Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag 4 Uhr Nachmittags.

Nr. 34. Dienstag, den 3. Mai 1892. Jahrgang I.

Pränumerationspreise: Für Wien: **ohne Zustellung** ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl., „ „ **mit Zustellung** ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom 29. April 1892 unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Johann Nep. Prix und des Vice-Bürgermeisters Dr. Franz Vorschke.

Bürgermeister Dr. Prix: Die Sitzung ist eröffnet. Ich constatiere deren Beschlussfähigkeit.

1. Ihr Ausbleiben von der heutigen Sitzung haben entschuldigt die Herren Gem.-Räthe Schneiderhan, Dehm und Zagórski.

2. Ich habe die Ehre, eine vom Herrn Gem.-Rathe Jedlička gestellte Interpellation, betreffend die Überstellung eines Fiakers vom Standplatze auf der Freyung zum Hotel Imperial in der Künstlergasse zu beantworten. Nach den gepflogenen Erhebungen habe ich die Ehre, zu erwidern, dass auf Grund der Acten aus den Jahren 1887 bis 1891, welche sich auf die in der Interpellation angeführten Fälle beziehen, nicht constatiert werden konnte, dass die in der Interpellation gemachten Anführungen sich bestätigen. Es ist allerdings eine Frau Elisabeth Schweitzer im Jahre 1890 mit einem Überstellungsgesuche abgewiesen worden. Dieses Gesuch bezieht sich aber auf einen ganz anderen Standplatz als auf jenen in der Künstlergasse beim Hotel Imperial. Ich mache jedoch hiezu die weitere Bemerkung, dass die Verleihung der Standplätze von Seite der Gewerbebehörde im Einvernehmen mit der Polizei erfolgt.

Ich bitte den Herrn Schriftführer, die Einläufe zu verlesen.

3. Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

Hochgeehrter Herr Bürgermeister!

Mit ergebener Zuschrift vom 8. October 1891 haben wir uns erlaubt, Propositionen für den Abschluss eines neuen Beleuchtungsvertrages, welcher das gesammte gegenwärtige Gemeindegebiet der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien umfassen sollte, zu unterbreiten.

Da wir bis zum heutigen Tage hierüber keinerlei Erledigung erhalten haben, so ziehen wir hiemit diese unsere Propositionen bedingungslos und im vollen Umfange zurück (Bravo! links), so dass dieselben als unsererseits nicht gestellt zu betrachten sind.

Wir knüpfen daran die ergebenste Bitte, dass Euer Hochwohlgeboren hievon geneigte Kenntnis zu nehmen geruhen und zeichnen mit vorzüglichster Hochachtung

ergebenst

Die Imperial-Continental-Gas-Association:

Dr. Leop. Teltscher.

Bürgermeister: Wird zur Kenntnis genommen. (Bravo-Rufe! links.)

4. Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh: Der Herr Gem.-Rath Stehlik überreicht eine Resolution der Plenarversammlung des christlich-socialen Vereines am 25. März 1892, betreffend die Kündigung des mit der englischen Gasgesellschaft bestehenden Vertrages.

Die Resolution lautet:

Die heutige Plenarversammlung des christlich-socialen Vereines beschließt: Der löbliche Gemeinderath der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiemit ersucht, der seit nahezu einem halben Jahrhunderte währenden, kolossalen — — — der Gemeinde und Bevölkerung von Wien seitens der englischen Gasgesellschaft endlich einmal ein Ende zu machen und ehebaldigst an die Kündigung des mit der Imperial-Continental-Gas-Association bestehenden Vertrages zu schreiten, damit beim Ablaufe desselben die gesammte öffentliche Beleuchtung, sowie die Versorgung des Privatconsumenten mit Gas in die eigene Regie der Gemeinde übernommen werden kann.

Bürgermeister: Dient zur Kenntnis.

5. Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh: Gem.-Rath Gräf überreicht eine in der Plenarversammlung des Ottakringer Volksvereines am 18. März l. J. einstimmig gefasste Resolution, sie lautet:

Die am 18. März in Eduard Klier's Saallocalitäten, Ottakring, Lerchenfelderstraße 6, tagende öffentliche Plenarversammlung des Ottakringer Volksvereines hat beschlossen, an den Gemeinderath der Stadt die Forderung zu stellen, die Hochquellenleitung oder anderes dem Hochquellenwasser gleichwertiges Wasser ehethunlichst in den neuen Bezirken einzuleiten und verwahrt sich die Wählerschaft des XVI. Bezirkes auf das entschiedenste gegen die Erbauung einer Donaunutzwasserleitung.

Desgleichen wird der Gemeinderath der Stadt Wien ersucht, mit allen möglichen Mitteln dahin zu wirken, um die Tramway-Gesellschaft zu verhalten, die Route VII. Bezirk, Lerchenfelderstraße durch die Thaliastraße und Lerchenfelderstraße im XVI. Bezirke auszubauen.

Auf das allerentschiedenste aber spricht sich die versammelte Wählerschaft des XVI. Bezirkes gegen jedes neue Abkommen sowie gegen jede Verlängerung des Gasvertrages mit der englischen Gasgesellschaft aus und fordert die Vertreter der Stadt Wien auf, mit der englischen Gasgesellschaft jedweden Vertrag nicht zu erneuern.

Obige Punkte hat die Versammlung für nothwendig erachtet, sie bilden Lebensfragen für den Bezirk und sind umsomehr berechtigt, als der XVI. Bezirk sich eine bedeutende Mehrbelastung anlässlich der Einverleibung gefallen lassen musste.

Mit der Überreichung dieser Resolution wird der Herr Gem.-Rath Ferdinand Gräf betraut.

Bürgermeister: Dient zur Kenntnis.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

6. Interpellation des **Gem.-Rathes Tagleicht:**

Vor der Franz Josef-Kaserne zwischen der Ferdinands- und Aspernbrücke befindet sich eine Allee, dort hat der Stadtgärtner vor einigen Tagen sieben Stück gesunde, mehrjährige Ailanthus-Bäume ausgehoben, um dieselben angeblich vor dem Landesgerichtsgebäude in der Lastenstraße einzusetzen.

Die hiedurch entstandene Lücke in der Allee ist nicht bepflanzt worden.

Ich erlaube mir an den Herrn Bürgermeister die Anfrage:

1. Warum wurden diese sieben gut gediehenen Bäume hier ausgehoben und dort eingesetzt?

2. Warum wurden nicht an Stelle der ausgehobenen Bäume gleichzeitig andere Bäume eingesetzt?

Bürgermeister: Wird in der nächsten Sitzung beantwortet werden.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

7. Interpellation des **Gem.-Rathes Wimberger** an den Herrn Bürgermeister:

Nachdem ich seinerzeit den Antrag eingebracht habe, es solle der Unfug der Überfütterung der Thiere auf dem Central-Viehmarkte strenge überwacht werden und auch, vom löblichen Stadtrathe aufgefordert, den Beweis der thatsächlich vorgekommenen Überfütterungen zu erbringen, denselben vollständig erbracht habe, so stelle ich an den Herrn Bürgermeister die Anfrage:

Ob er Kenntnis hat, dass Montag den 25. April 1892 neuerdings zwei Fälle von Überfütterung vorgekommen sind.

Erster Fall am Neubaugürtel, wo das Thier crepierte und dem Wasenmeister übergeben werden musste; zweiter Fall: Nothschlachtung an einem Ochsen im Gumpendorfer Schlachthaus, welcher dem Fleischhauer Herrn Tomaschitz gehörte und die Wampe des Thieres nicht weniger als 112 kg, sage: hundertzwölf Kilo gewogen hat, und

ob der Herr Bürgermeister nicht geneigt wäre, eine strengere Überwachung einzuführen.

Bürgermeister: Ich werde diese Interpellation in der nächsten Sitzung beantworten.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

8. Interpellation des **Gem.-Rathes Röhrl:**

Auf den drei Marktplätzen im XVI. Bezirke Wiens war es bisherige Gepflogenheit, dass die Detail-Marktvictualien-Verschleißer ihre Ware, das ist Obst, den ganzen Tag bis zur Dämmerung zum Verkaufe ausbieten konnten.

Durch eine Verordnung oder durch einen sonstigen Befehl wurde jenen armen Steuerträgern der Verkauf von Obst, einem ohnehin dem Verderben ausgesetzten Artikel, in den Nachmittagsstunden eingestellt und ihnen die Einräumungsstunde auf zwölf Uhr mittags angeordnet, ferner wurde die Marktgebür seit der Einverleibung der Vororte mit Wien bedeutend erhöht. Also, Steuerzahlen, eine höhere Marktgebür und eine geringere Verkaufszeit ist gewiss eine höchst ungerechte Forderung an solche mit Noth und Witterungsverhältnissen kämpfende Geschäftsleute; dieses Vorgehen ist gewiss einer Stadt Wien unwürdig. Ich erlaube mir daher an den geehrten Herrn Bürgermeister die höfliche Anfrage:

Ob ihm diese Verordnung über die Einschränkung der Verkaufszeit bekannt ist, und ob er geneigt sei, die ungerechte Verordnung zurückzuziehen, damit diese armen Steuerträger nicht dem gänzlichen Ruine anheimgestellt werden.

Bürgermeister: Ich werde in der nächsten Sitzung diese Interpellation beantworten.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

9. Dringlichkeits-Antrag des **Gem.-Rathes Gregorig** und Genossen:

Im IX. Bezirke, Gürtelstraße, gegenüber der Severingasse, wurden durch den städtischen Contrahenten Marek zwei Durchbrechungen des Linienwalles ausgeführt, und zwar eine in der beiläufigen Breite von zwanzig Meter, die zweite in einer Weite von circa drei Meter.

Eine Planierung des Grabens wurde nur in der Art vorgenommen, dass der Graben im Niveau des Durchbruches ausgefüllt wurde und die Passanten das vor dem Walle befindliche höhere Terrain auf einer schiefen Ebene über zwei Reihen Ziegeln unter Mühen erreichen können. Geradezu beispiellos ist die Behandlung des Grabens der zweiten (der Währingerlinie zu gelegenen) Öffnung. Dort wurde bis an die gegenüberliegende Böschung des Liniengrabens eine gaisrückenartige Anschüttung mit der Basis von etwas über ein Meter gemacht, über welche es einem geübten Gymnastiker gelingen kann, die äußere Böschung des Grabens zu erreichen, um durch einen kühnen Sprung die noch über ein Meter hohe Böschung zu gewinnen.

Es ist einleuchtend, dass auf diese Art wohl für die dort wohnende Bevölkerung keine Verkehrswege geschaffen sind.

Das gewonnene Erdreich, welches ganz gut zur Anschüttung des Grabens verwendet werden konnte, wurde weggeführt.

Bei allen Abgrabungen werden, insoferne sie an begangenen Stellen sind, Böschungen gemacht.

Anders wurde hier vorgegangen. Das Erdreich wurde in senkrechter Höhe von drei bis fünf Meter stehen gelassen, ja an einzelnen Stellen hängt dasselbe sogar über.

Die Folgen dieser gewissenlosen Außerachtlassung jeder Vorsicht sollten sich nur zu bald in entsetzlicher Weise einstellen.

Vor circa drei Wochen stürzten, dem Hause Gürtelstraße Nr. 22 gegenüber, sechs Cubikmeter Erdreich ab und begrub einen 14jährigen dort spielenden Knaben, der sich theils durch eigene Kraft, theils durch die Beihilfe der Passanten befreite. Ob derselbe verletzt wurde, ist mir nicht bekannt.

Vorgestern spielte der vierjährige Sohn der Hausbesorgerin des Hauses Nr. 92 bei der zweiten Öffnung; plötzlich lösten die durch den Regen erweichten Erdmassen sich los und begruben das arme Kind. Ein Passant, Herr Adalbert Klötzl, welcher das Entsetzliche mit ansah, sprang hinzu und grub, trotz der ihm drohenden Gefahr eines weiteren Absturzes, solange mit seinen Händen, bis es ihm gelang, endlich einen Arm des Kindes zu erreichen und es ans Tageslicht zu schaffen.

Der fürchterlich zugerichtete Kleine wurde zu seiner Mutter gebracht und von da ins St. Annen-Kinderspital getragen, wo derselbe sich noch befindet.

Die Absturzstelle befindet sich noch so, wie sie ursprünglich war, und es wurde unbegreiflicherweise keinerlei Nachgrabung gemacht, ob nicht eines der vielen dort gewesenen Kinder noch dort begraben liegt.

In Erwägung dieser Thatsachen stellen die Gefertigten folgende Anträge:

1. Der Herr Bürgermeister werde ersucht, die noch stehenden Erdwände sofort pölzen zu lassen und alle Vorsichtsmaßregeln zum Schutze der Passanten zu treffen.

2. Dem Bezirksausschusse des Bezirkes Alsergrund werde für die Überwachung dieser gewissenlosen Abgrabung die entsprechende Anerkennung ausgesprochen.

3. Dem Herrn Adalbert Klötzl sei eine entsprechende Belohnung anzuweisen.

4. Der Herr Bürgermeister werde ersucht, eine strenge Untersuchung zu pflegen, damit die Schuldigen einer strengen Strafe nicht entgehen und zur Entschädigung an die Eltern des vielleicht zeitlebens zum Krüppel gewordenen Knabens verhalten werden.

Über das Ergebnis dieser Untersuchung ist binnen drei Wochen von heute dem Gemeinderathe Bericht zu erstatten.

Bürgermeister: An den Magistrat zur sofortigen Erhebung und Berichterstattung.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

10. Antrag des **Gem.-Rathes Stehlik** und Genossen:

Für den fleißigen und gewissenhaften Beamten, der das ganze Jahr hindurch an seinem Dienstorte Wien zu weilen hat, ist namentlich in vorgeschrittenem Lebensalter die Möglichkeit eines kurzen Landaufenthaltes oder Luftwechsels eine Unerlässlichkeit, soll derselbe seine körperliche und geistige Kraft in vollem Umfange erhalten. Es erscheint daher in hohem Maße wünschenswert, dass bei der bevorstehenden Regelung der materiellen Lage der Communalbeamten auch auf diesen gewiss berechtigten Wunsch der Beamtenschaft Rücksicht genommen werde, und es stellen daher die Gefertigten den Antrag, der löbliche Gemeinderath wolle beschließen:

Es sei den Gemeindebeamten der XI. und X. Rangsclasse jährlich ein Urlaub von vierzehn Tagen, denjenigen der IX. Rangsclasse ein dreiwöchentlicher, der VIII. Rangsclasse ein vierwöchentlicher, der VII. Rangsclasse ein fünfwöchentlicher, der VI. und V. Rangsclasse endlich ein sechswöchentlicher Urlaub ex offo in der Weise zu gewähren, dass dadurch erstens keinerlei Geschäftsstörung eintritt und zweitens der Gemeinde keinerlei Mehrkosten erwachsen, indem die Substitution der Beurlaubten durch die Collegen erfolgt.

Bürgermeister: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

11. Antrag des **Gem.-Rathes Wimberger** und Genossen:

Nachdem unter den bestehenden Verhältnissen es nicht möglich ist, dass auf dem Central-Viehmarkte jemals eine Ordnung hergestellt wird, so stellen die Gefertigten den Antrag:

Es wolle für den Central-Viehmarkt eine ganz separate Verwaltung geschaffen werden, unter der Oberaufsicht und Verantwortlichkeit einer eigens hiezu bestellten Person mit dem Titel Verwalter, welche nur dem Herrn Bürgermeister, dem Stadtrath und Gemeinderath untersteht und in keiner weiteren Beziehung zu den übrigen Wiener Marktverhältnissen ist.

Bürgermeister: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

12. Antrag des **Gem.-Rathes Gräf** und Genossen:

Die beiden Häuser Or.-Nr. 24 in der Hyrtlgasse und das Haus des Herrn Katz in der Hauslabgasse im XVI. Bezirke sind seit 15. November v. J. von je 13 Parteien bewohnt.

In der Hyrtlgasse reicht der Sammelcanal bis zum Hause Nr. 22 und wäre demnach, wie aus beiliegender Skizze zu ersehen ist, nur um circa 16 m zu verlängern, so dass bei dem Umstande, als der Hauscanal bis in die Straßenmitte geführt ist, die Einmündung sogleich erfolgen könnte. Bei dem heurigen nassen Winter mussten die Canäle der bezeichneten Häuser und besonders jener von Hyrtlgasse Nr. 24, täglich und des öfteren zwei- bis dreimal geräumt werden. Abgesehen von den bedeutenden Kosten, welche das Überschütten des Unrathes in den Hauptcanal bei dem Hause Nr. 22 den Hausbesitzern verursachte, ist dies ein Übelstand, welcher mit Eintritt der wärmeren Jahreszeit in sanitärer Hinsicht sehr gefährlich werden könnte, und umsomehr, als sich vor dem Hause Nr. 24 in der Hyrtlgasse auch eine Senkgrube befindet. Nachdem auch die im Bau begriffenen fünf drei Stock hohen Wohnhäuser in der Hauslabgasse ihrer Vollendung entgegengehen, so stellen die Gefertigten den Antrag:

Der löbliche Gemeinderath wolle beschließen:

Es sei die Canalisierung in der Hyrtl- und Hauslabgasse mit aller Beschleunigung in Angriff zu nehmen, die Verlängerung des Canales in der Hyrtlgasse bis zum Hause Nr. 24 jedoch sofort herzustellen.

Da die Projecte schon seit Monaten ausgearbeitet und die Herstellungskosten namentlich bei dem letzterwähnten Stücke keine bedeutenden sein werden, ersuchen wir die Dringlichkeit anzuerkennen, um dadurch einem sanitätswidrigen, der Stadt Wien unwürdigen Zustande abzuhelfen.

Bürgermeister: An den Stadtrath.

13. Antrag des **Gem.-Rathes Trambauer:**

Durch die Auflassung der Linienämter in Matzleinsdorf und Favoriten sind auch die Brückenwagen cassiert worden.

Sowohl im I. wie auch im IV. und V. Bezirke wohnen sehr viele Milchmeier, Fuhrwerksbesitzer und sonstige Gewerbsleute, die oft eine Brückenwage benützen müssen.

Nachdem die Brückenwage am städtischen Heumarkte im V. Bezirke nur an Markttagen benützt werden kann, so stelle ich den Antrag:

Der Magistrat werde beauftragt, dass die Brückenwagen am städtischen Heumarkte im V. Bezirk an jedem Werktage den Gewerbetreibenden gegen die übliche Waggebühr zur Benützung steht.

Dieses soll durch eine Affiche an den Gemeindehäusern kundgegeben werden.

Bürgermeister: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

14. Antrag des **Gem.-Rathes Arnhart** und Genossen:

Die Benützung des städtischen Bades im Donaustrome wird den Besuchern desselben, welche in den Bezirken IV bis XIX wohnen, trotz des ermäßigten Tramwaypreises dahin im Verhältnisse zu anderen Städten sehr theuer. In Triest z. B. sind für die Benützung der Seebäder Abonnementskarten erhältlich, welche zur Benützung der Tramway zum und vom Bade zu bedeutend ermäßigtem Preise berechtigen. Da der Preis für solche gemeinschaftliche Karten geringer ist als der, welcher sich aus der Summierung der einzelnen separat gelösten Karten ergibt, so wird durch den dadurch bedingten Mehrverbrauch trotzdem ein höheres Erträgnis der Tramway und des Bades erzielt.

Um nun einen erhöhten Besuch des so schönen städtischen Bades am Donaustrome trotz der vielen Schwimmbäder in den einzelnen Bezirken Wiens zu ermöglichen, wolle der löbliche Gemeinderath beschließen:

1. Es sei mit der Tramway-Gesellschaft ein Übereinkommen dahin zu erreichen, dass sich dieselbe zur Ausgabe von bedeutend ermäßigten Fahrkarten zum und vom städtischen Bade am Donaustrome bereit erkläre, wenn dieselben mit einer Badekarte verbunden sind.

Der Preis für ein Bad wird für diese Karten bedeutend herabgesetzt.

Bürgermeister: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

15. Antrag des **Gem.-Rathes v. Götz** und Genossen:

Zufolge Auftrages des magistratischen Bezirksamtes vom 27. Februar d. J., G.-Z. 5660, wurde der Brunnen in der Volksschule in Ober-St. Veit aus sanitären Gründen gesperrt, ohne dass bis heute Verfügungen getroffen wurden, denselben durch Räumung und Säuberung wieder praktikabel zu machen, es stellen demnach die Gefertigten den Antrag:

Das magistratische Bezirksamt im XIII. Bezirke werde angewiesen, obigen Brunnen sofort in betriebsfähigen Zustand zu versetzen.

Bürgermeister: Ich werde dies dem Magistrate mittheilen und Erhebungen pflegen. Bestehen aber noch die sanitären Übelstände, dann kann ein solcher Auftrag nicht erfolgen. Wir schreiten zur Tagesordnung.

16. Referent Gem.-Rath Vaugoin: Z. 1607. Die Genossenschaft der Gürtler, Bronzearbeiter und Ciseleure bittet um eine Subvention für ihre Fachfortbildungsschule. Diese Genossenschaft bezieht seit einer Reihe von Jahren von Seite der Stadt Wien eine Subvention von 1000 fl. Sie bittet auch für das Jahr 1892 um eine solche. Ich bemerke bei dieser Gelegenheit, dass von Seite der Staatsverwaltung die Genossenschaft mit einem Betrage von 2500 fl. durch eine Reihe von Jahren subventioniert wird, und dass in den letzten zwei vergangenen Jahren noch eine Nachtrags-Subvention von 1500 fl. von Seite der Staatsverwaltung gewährt wurde. Bei der allgemeinen Nützlichkeit in gewerblicher Beziehung beantrage ich im Namen des Stadtrathes die Subvention in der gleichen Höhe auch für das Jahr 1892, dass ist mit 1000 fl., zu genehmigen.

Bürgermeister: Wenn keine Einwendung erhoben wird (Zustimmung), so ist dieser Antrag angenommen.

Es wurde daher beschlossen, der Genossenschaft der Gürtler, Bronzearbeiter und Ciseleure für ihre fachliche Fortbildungsschule eine Subvention von 1000 fl. pro 1892 zu gewähren.

17. Referent Gem.-Rath Vaugoin: Z. 1782. Der Kindergartenverein im IX. Bezirke bittet ebenfalls um eine Subvention, und zwar in der gleichen Höhe wie bis jetzt, für die Jahre 1892, 1893 und 1894. Es wird darauf hingewiesen, dass er bis jetzt eine Subvention für zwei Kindergärten in der Höhe von zusammen 1000 fl. gehabt hat. Im vorigen Jahre ist ein dritter Kindergarten errichtet

worden, und es hat auch für diesen Kindergarten der geehrte Gemeinderath 500 fl., in Summe 1500 fl. votiert. Es wird nun von Seite des Stadtrathes dem Gemeinderathe der Antrag gestellt, es möge mit Rücksicht auf die Zweckmäßigkeit und Nothwendigkeit für die Bevölkerung für das Jahr 1892 — also nicht auf drei Jahre — eine Subvention in der Höhe von 1500 fl. gewährt werden. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Gem.-Rath Arnhart: Ich beantrage die Vertagung dieses Referates, weil von Seite mehrerer Gemeinderäthe, wenn ich mich recht erinnere, hauptsächlich vom Gem.-Rath Wünsch seinerzeit der Antrag auf Regulierung des ganzen Kindergärtenwesens gestellt wurde. Dieser von der Majorität der Gemeinderäthe unterschriebene Antrag harrt noch seiner Erledigung. Da ich nun erfahren habe, dass dieser Antrag bereits im Bezirksschulrathe verhandelt wurde, und demnächst dem Stadtrathe und Gemeinderathe vorgelegt werden soll, glaube ich, ist mein Antrag auf Vertagung dieses Referates begründet.

Bürgermeister: Es ist der Antrag auf Vertagung gestellt; es hat also nur der Herr Berichterstatter das Wort, ich ertheile ihm dasselbe.

Referent: Ich möchte die geehrten Herren recht sehr bitten, auf den gestellten Antrag nicht einzugehen. Es ist ein Drittel des Jahres bereits abgelaufen, und es sind die Mittel des Vereines keine solchen, dass etwa die Mitglieder des Vereines oder der Verein selbst im Stande wären, die aufgelaufenen Kosten zu tragen. Es ist eine große Anzahl von Lehrkräften bestellt worden, die besoldet werden müssen. Wenn also wirklich eine Abänderung in dem Sinne des Vorsprechers getroffen werden sollte, könnte dieselbe nach meinem Dafürhalten doch erst mit dem Jahre 1893 inkraft treten. Deshalb bitte ich den Gemeinderath, für den Antrag des Stadtrathes zu stimmen.

Bürgermeister: Wir schreiten zur Abstimmung. Ich ersuche die Herren, welche mit dem Vertagungs-Antrage des Herrn Gem.-Rathes Arnhart einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Nach einer Pause.) Es ist die Minderheit, der Antrag ist abgelehnt. Die Debatte wird fortgesetzt. Herr Gem.-Rath Dürbek hat das Wort.

Gem.-Rath Dürbek: Es hat bereits der Herr Referent die Bedenken gegen den Antrag Arnhart ausgesprochen, und auch ich kann mich diesem Antrage nicht anschließen. Ich wohne im IX. Bezirke und bin Mitglied des Vereines, solange Kindergärten dort bestehen. Ich weiß, was geleistet wird, und wie es mit den Vermögensverhältnissen aussieht. Wenn der Gemeinderath diesen Kindergärten, deren drei in dem Bezirke bestehen, nicht jährlich eine Subvention bewilligt, wird deren Bestand in Frage gestellt; diese Institute sind der Unterstützung würdig. Es ist ja möglich, dass die Kindergärten ganz reorganisiert werden, dies kann aber vielleicht erst im nächsten Jahre oder noch später geschehen; der vorliegende Antrag lautet ohnehin nur auf ein Jahr. Ich möchte die Herren daher bitten, dem Referenten-Antrage zuzustimmen.

Bürgermeister: Wünscht noch jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Die Debatte ist geschlossen, der Herr Referent hat das Schlusswort.

Referent: Ich habe nichts mehr zu bemerken.

Bürgermeister: Ich bitte also diejenigen Herren, welche dem Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Es ist die Mehrheit, der Antrag ist angenommen.

Es wurde daher beschlossen, dem Kindergarten-Vereine im IX. Bezirke eine Subvention von 1500 fl. pro 1892 zu gewähren.

18. Referent Gem.-Rath Vaugoin: Z. 1710. Im vorliegenden Acte handelt es sich um die Genehmigung des Zuschuss-credites zur Ausgabs-Rubrik „Auslagen für Gemeinderaths- und Bezirksausschuss-Wahlen im Jahre 1891". Wie die Herren wissen, hat der Gemeinderath mit Rücksicht auf die Unsicherheit der Ziffern bei der Budgetberathung keine Rücksicht auf die Einbeziehung der Vororte genommen und hat sein Präliminare nur derart verfasst, wie es nach dem dreijährigen Durchschnittsergebnisse der Vorjahre einzusetzen war. Nun hat es sich herausgestellt, dass die Ziffer 18.660 fl. eingestellt werden muss. Nachdem jedoch bei den vorjährigen Wahlen im Jahre 1891 die Zahl der Wähler, die im Jahre 1890 51.844 betrug, auf 79.215 gestiegen ist, hat sich naturgemäß eine große Vermehrung der Ausgaben ergeben. Beispielsweise haben im Jahre 1891 108 Wahlcomités fungiert und in vielen Fällen mussten sie auch noch wiederholt werden; ebenso ist durch 90 Tage eine große Anzahl Aushilfskräfte in Verwendung gestanden und dadurch sind natürlich große Auslagen erwachsen.

Nachdem diese Umstände alle nachgewiesen sind, ergibt sich, dass die Ausgaben im Jahre 1891 31.781 fl. 81½ kr. betrugen; daraus entsteht die Nothwendigkeit, einen Nachtragscredit in der Höhe von 11.786 fl. 8½ kr. zu genehmigen. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

(Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke übernimmt den Vorsitz.)

Gem.-Rath Bärtl: Es ist nicht ganz richtig, was der Herr Referent uns mittheilt; er sagt, es ist im Jahre 1891 auf die verstärkten Wahlen keine Rücksicht genommen worden, und dennoch wurden im Jahre 1889 16.839 fl. für die Wahlauslagen für den Gemeinderath eingestellt, im Jahre 1890 15.800 fl. und im Jahre 1891 17.490 fl., also beinahe um 2000 fl. mehr als in den früheren Jahren. Ich weiß, es nützt nichts, die Sache ist erledigt, die Gelder sind ausgegeben und wir müssen diesem Credite von 11.786 fl. zustimmen. Allein, mir ist die Summe von 31.000 fl. für Wahlauslagen denn doch zu hoch. In jedem Wahlkörper sind drei Commissionen; man ist im Jahre 1891 ja sehr praktisch vorgegangen, indem gleichzeitig mit dem Gemeinderathe auch die Bezirksausschüsse gewählt wurden. Im Grunde genommen waren es nicht so viele Wahlcommissionen wie in den anderen Jahren; freilich, wenn man die neunzehn Bezirke berücksichtigt, sind es mehr Wahlcommissionen gewesen. Aber im Verhältnisse gegen früher, wo für die Bezirksausschüsse eigene Wahlcommissionen waren, finde ich diese Summe etwas stark.

Jede Commission hat 60 fl., glaube ich, zur Beköstigung gehabt. Wenn Sie das berechnen, so sind es 180 fl. für die drei Commissionen in jedem Bezirke zusammen, nach dieser Berechnung von 31.000 fl. kämen aber 560, also beinahe 600 fl. auf jede Wahlcommission. Mir ist diese Motivierung und Aufklärung von Seite des Herrn Referenten viel zu wenig. Ich möchte mir die Anfrage an den Herrn Referenten erlauben, ob ihm denn die Summe von 31.000 fl. für die neunzehn Bezirke nicht aufgefallen ist, nachdem ja die Wahlen gleichzeitig für den Gemeinderath und die Bezirksausschüsse vorgenommen wurden.

Ich habe gestaunt und mich gewundert und habe geglaubt, der Herr Referent werde in der Lage sein, näher aufzuklären, woher

die Summe von 31.000 fl. stammt. Er sagt, das Geld ist ausgegeben, wir müssen zustimmen; aber wenn man schon einer so horrenden Summe zustimmt, solle man doch wissen, wieso sie aufgegangen ist.

Ich muss gestehen, ich bin mit der Aufklärung des Herrn Referenten nicht zufrieden; die Summe von 31.000 fl. ist mir viel zu hoch, weil ich weiß, dass ökonomisch vorgegangen wurde, indem die Wahlen für den Gemeinderath und die Bezirksausschüsse gleichzeitig vorgenommen wurden.

Referent: Ich habe schon vorher bemerkt, dass die Zahl der Wähler, um mit runden Ziffern zu sprechen, von 51.000 auf 79.000, also um 28.000, das ist nahezu um 60 Percent der früheren Wählerzahl gestiegen ist.

Nun bin ich in der Lage nachzuweisen, dass die aufgestellte Rechnung nicht richtig ist. Denn 100 Wahlcommissionen à 60 fl. machen schon 6000 fl. aus. Es ist aber hier von Seite der Buchhaltung ein Ausweis über die Ausgaben, welche im Jahre 1891 gemacht wurden: Für Verköstigung der Wahlcommissionen 6266 fl., Papier, Druck, Kundmachungen, Wählerlisten, Legalisierungsurkunden, Stimmzettel für sämmtliche Bezirke 11.551 fl., Zeitungsinsertionen 448 fl., Wagenauslagen 1696 fl., Remunerationen 3655 fl., für verschiedene Auslagen, Kostgelder für die mit der Zusammensetzung der Wählerlisten, Ausfertigung der Legitimationsurkunden, Zustellung der Legitimationskarten betrauten städtischen Organe und für Schreibrequisiten und sonstige Utensilien 8363 fl., in Summa 31.781 fl. Wenn der Herr Vorsprecher die Verhältnisse bei den früheren Wahlen in Betracht zieht, dass bei 51.000 Wählern 18.800 fl. gebraucht wurden, so wird er zugeben, dass jetzt bei 79.000 — also um 28.000 Wähler mehr — der Mehrbetrag von 11.000 fl. vollständig gerechtfertigt ist. Ja, er steht noch in gar keinem richtigen Verhältnisse zur Vermehrung der Wähler, die sich an der Wahl betheiligen, denn mit der Anzahl der Wähler wächst natürlich auch die Geldauslage nach jeder Richtung. Früher habe ich auch bemerkt, dass 108 Wahlcommissionen fungierten, von welchen viele zwei Tage hintereinander functionieren mussten. Außerdem fanden zahlreiche engere Wahlen, in neun Bezirken auch Nachwahlen bei den Bezirksausschüssen und Gemeinderathswahlen statt, wie die Herren ja wissen. Das habe ich ja den Herren alles mitgetheilt und wenn ich den Herren den Bericht vorlese, so bringen Sie auch keine anderen Ziffern heraus. Es wurden außerdem 90 Hilfskräfte vor- und nachmittag gegen Bezahlung des üblichen Kostgeldes durch längere Zeit verwendet. Überdies waren im verflossenen Jahre die Reichsrathswahlen, was auch in Betracht kommt. Ich habe Ihnen das ganze Materiale vorgelegt und Ihnen nichts von dem vorenthalten, was hier steht.

Gem.-Rath Steiner: Ja, meine Herren, das Geld ist ausgegeben worden, ob es nun veressen oder vertrunken oder zu Agitationszwecken in irgend einer Weise verwendet wurde (Lebhafter Widerspruch rechts), ist heute, wie ich glaube, Nebensache (Lebhafte Unruhe), denn bezahlt muss werden.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Ich bitte, der Herr Referent hat Ihnen die genaue Rechnung vorgelegt. (Referent: Von der Buchhaltung!) Auch von der Buchhaltung. Er hat Ihnen die einzelnen Posten genau specificiert und daher kann ich eine solche Verdächtigung nicht dulden.

(Gem.-Rath Gregorig: Aber mit den Stimmzetteln hat er schon recht!)

Gem.-Rath Steiner: Ich muss mich dagegen verwahren, Sie wissen ja die Affaire des ehemaligen Bürgermeisters von Währing (Rufe links: Richtig!), welcher Feuerwehrleute mit einer schönen Empfehlung vom Herrn Bürgermeister zu den Wählern hinschickte, und der dann hier in öffentlicher Sitzung des Missbrauches der Amtsgewalt geziehen wurde. Der Mann wurde doch als Bezirksvorsteher des XVIII. Gemeindebezirkes bestätigt, gewiss eine traurige Erscheinung für die herrschende Partei! Ich möchte auch aufmerksam machen, dass sich in Zukunft vielleicht doch derartige Vorgänge nicht mehr abspielen sollten und dass jede Partei ihre Agitation selbst bezahlen soll, nicht aber, dass jeder arme Teufel von Steuerträger dazu beitragen muss, dass den Herren, die gewählt werden sollen, die Agitationskosten bezahlt werden.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Es ist ja geradezu ausgeschlossen, dass solche Agitationsgelder hiebei verrechnet sind und ich muss dagegen protestieren.

(Gem.-Rath Gregorig: Die Stimmzettel, was ist es denn damit?)

Gem.-Rath Dr. Lueger: Meine Herren! Ich hätte mich wirklich nicht zum Worte gemeldet, wenn hier nicht mit solcher — man könnte sagen — Ostentation behauptet worden wäre, dass nichts für die Partei gethan worden sei.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Aber nicht mit diesem Gelde!

Gem.-Rath Dr. Lueger (fortfahrend): Ich möchte da nur an den Herrn Vorsitzenden oder an ein anderes Mitglied des Präsidiums die Frage richten, aus welcher Quelle haben denn unsere Gegner die ungeheuer zahlreichen Stimmzettel bekommen? Die haben sie nicht drucken lassen können, weil dies sonst die Fälschung einer öffentlichen Urkunde gewesen wäre, sie müssen daher die Stimmzettel von anderer Seite bekommen haben und diese Stimmzettel werden aus den allgemeinen Gemeindegeldern bezahlt. Thatsache ist, dass die liberalen Agitatoren in Stimmzetteln geradezu geschwommen sind (Richtig! links), und Thatsache ist es auch, dass z. B. ein Candidat der liberalen Partei in der Lage war, den sämmtlichen Wählern ausgefüllte amtliche Stimmzettel zuzusenden. Woher hat sie der betreffende Mann bekommen? Wer hat das bewilligt? Das sind Zustände, die eigentlich nicht zu dulden sind und Sie thäten im eigenen Interesse gut, wenn Sie selbst mit uns übereinstimmen und sagen würden, derartige Vorkommnisse dürfen sich nicht wieder ereignen; schlagen Sie an Ihre Brust und sagen Sie: „Es ist unsere Schuld, mea culpa, mea culpa, mea maxima culpa, in Hinkunft wollen wir — es fehlt mir da der parlamentarische Ausdruck — solche Dinge nicht wieder thuen." Vorläufig wird das Geld ohnedies bewilligt werden, es ist selbstverständlich, es nützt ohnedies nichts, wenn wir reden, aber wir müssen hie und da Ihnen Ihre Sünden ins Gedächtnis zurückrufen. (Heiterkeit rechts; Bravo! links.)

Gem.-Rath Weitmann: Ich möchte mir die Anfrage an den geehrten Herrn Referenten erlauben, wieviel Stimmzettel gedruckt wurden?

Referent: Wenn eine Einsicht gewünscht wird, so müsste ich mich selbst in die städtische Buchhaltung begeben. Der Ausweis, der vom Oberbuchhalter unterfertigt ist, bringt dies in folgender Weise: „Für verschiedene Auslagen, Kostgelder, für mit der Zusammenstellung der Wählerlisten, Ausfertigung der Legitimations-Urkunden und Zustellung der Stimmzettel und Legitimationskarten

betraute städtische Organe, für Schreibrequisiten 8163 fl." und oben kommt eine Post 2: „Papier und Druck, die Kundmachungen der Wählerlisten, Legitimationsurkunden und Stimmzettel für die sämmtlichen Gemeindebezirke 11.551 fl." Diese Ansätze habe ich Ihnen bekanntgegeben, aber ich kann ja nicht einen Stoß Rechnungen, die vielleicht bei der Cassa liegen, ermitteln und derartige Details werden Sie, glaube ich, auch nicht von einem Referenten verlangen. (Rufe links: Ja!)

Gem.-Rath Weitmann: Das kann man mit Fug und Recht!

Referent: Verzeihen Sie, ich bin der Meinung, es geht über das gewöhnliche Maß, wie es im Gemeinderathe üblich ist, sonst müsste ich mit einem solchen Stoß Rechnungen an den Referententisch treten in einer Angelegenheit, die zu nichts weiter führt, als ein ausgegebenes Geld zu genehmigen. Es steht aber jedem einzelnen Gemeinderathe frei, wenn er zweifelt, ob die Angaben des Buchhalters und Oberbuchhalters richtig sind, zur Buchhaltung und zur Cassa zu gehen und Einsicht in die vorhandenen Rechnungen zu nehmen. Ich habe das Material nicht zur Verfügung und wäre ich als Stadtrath gar nicht in der Lage, solche Erhebungen zu pflegen, das gestehe ich. (Gem.-Rath Dr. Lueger: Das ist sehr traurig!)

Gem.-Rath Weitmann: Es ist nicht der leiseste Anwurf und keine Verdächtigung gegen die Buchhaltung ausgesprochen worden, aber das soll der Referent jederzeit sagen können, was die Stimmzettel gekostet und welche Anzahl Stimmzettel gedruckt wurde. Dieses Verlangen ist ein vollkommen berechtigtes und wenn der Referent nicht genügend informiert ist, soll er es nicht wagen, an den Referententisch zu treten. (Widerspruch rechts; Beifall links.)

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Das geht denn doch zu weit, ich bitte, Herr College!

Gem.-Rath Weitmann: Man soll dann aber auch nicht sagen, dass ich eine Verdächtigung gegen die Buchhaltung ausgesprochen hätte, das ist ja gar nicht in meiner Absicht gelegen, aber wissen muss ich, wieviel Stimmzettel gedruckt wurden. Wie es im Bezirke Neubau zugegangen ist, ist mir bekannt; ich weiß, dass Wähler Stimmzettel im Übermaße gehabt haben, unserer Partei standen keine zur Verfügung. (Rufe rechts: Das ist nicht wahr!) So ist es in sämmtlichen Bezirken gegangen und darin liegt die Corruption der liberalen Majorität. (Bravo! links.)

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Ich rufe Sie wegen dieser Äußerung zur Ordnung und erkläre übrigens, dass, wenn im Stadtrathe so gewirtschaftet würde, es nicht möglich wäre, auch nur einige Stücke während des Tages zu erledigen; es gienge dann so wie im Gemeinderathe.

Gem.-Rath Dr. Grübl: Ich möchte mir nur wenige Worte erlauben und erklären, dass es geradezu unerhört ist, mit welcher Sicherheit und Entschiedenheit Behauptungen aufgestellt werden, die absolut nicht wahr sind. (Unruhe und Widerspruch links.) Ich bitte sehr, der Herr Vorredner, der behauptet hat, dass wir in den Stimmzetteln geschwommen sind oder Überfluss daran gehabt haben, irrt gewaltig und ich erkläre ihm Folgendes und werde abwarten, ob er sich getrauen wird, zu behaupten, dass das nicht richtig ist. Wir haben im III. Bezirke keine Stimmzettel gehabt, wir haben vom Bezirksvorsteher *nicht* einen einzigen bekommen. Ob die Gegenseite welche bekommen hat, weiß ich nicht; sie hat aber viele gehabt, von wem, weiß ich nicht. Wir haben vom Bezirksvorsteher nicht einen einzigen bekommen, wir haben vom Herrn Bürgermeister nicht einen einzigen erhalten, wir haben vom Wahlcataster nicht einen einzigen bekommen. Ich habe mich bemüht, einen Stimmzettel zu bekommen. Ich habe blos einen einzigen bekommen, gemäß der Vorschriften, wonach, wenn man hingeht und um einen Stimmzettel bittet, man ein Exemplar zu erhalten hat. Wir haben keine Stimmzettel versendet und haben nur jene gehabt, welche unsere intimen Parteigenossen uns zur Verfügung gestellt haben. Jeder nur einen. Ich bitte, für die Richtigkeit dieser Thatsachen stehe ich ein. Ich spreche da allerdings nur von den Verhältnissen des III. Bezirkes. Die Verhältnisse der anderen Bezirke sind mir nicht bekannt. Ich möchte aber sehr bitten, wenn Sie über derlei Verhältnisse sprechen, wenigstens Namen und die Bezirke zu nennen, wo das vorgekommen ist. Im III. Bezirke ist es so gewesen, wie ich gesagt habe und ich möchte Sie bitten, solche Beschuldigungen mit mehr Vorsicht zu erheben.

Gem.-Rath Dr. Nechansky: Ich beantrage Schluss der Debatte.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Schluss der Debatte ist beantragt. Jene Herren, welche dafür sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Das Wort haben noch die Herren Gem.-Räthe Stehlik, Hipp, Matzenauer, Herrdegen, Dr. Vogler, Dr. Lueger und Steiner.

Gem.-Rath Stehlik: Ich muss in erster Linie dem Herrn Bürgermeister bemerken, dass Dr. Grübl sich später gemeldet hat als ich, doch ist er früher als ich zum Worte gekommen.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Das ist nach meinen Aufzeichnungen nicht richtig, ich schreibe die Namen auf, wie sie mir gemeldet werden.

Ich lasse mir einen Vorwurf nicht machen. (Widerspruch links; Gem.-Rath Hawranek: Was ist das für ein Ton? So etwas!)

Gem.-Rath Stehlik (fortfahrend): Wenn wir uns hier beklagen, so geschieht das mit vollem Rechte. Die Behandlung der Wahlcommissionen, wie es unserer Partei, auch mir und meinem Freunde Gregorig geschehen ist, ist ein Scandal; und das sollen wir noch theuer bezahlen? Wer hat bestellt, dass solche Bankactien gedruckt werden, wo auf der einen Seite sechs Wochen früher der Wahlzettel, und auf der anderen Seite sechs Wochen später der Adler aufgedruckt wurde? Dieser Unsinn mit der blöden Furcht kostet eine Masse Geld, man muss nun noch den Adler darauf drucken lassen, ein Wappen der Stadt Wien, das ist wirklich unwürdig. (Lebhafter Widerspruch und Gelächter rechts.) Ich bitte, unwürdig ist es. Man hat früher mit einfachen Stimmzetteln auch anständige Menschen gewählt.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Ich bitte, in einem anderen Tone zu sprechen.

Gem.-Rath Stehlik (fortfahrend): Ich muss gegen diese Behandlung sprechen. Man setzt in die Commissionen Leute, die uns mit der Zuchtruthe behandeln. Mir ist es geschehen. Diese Behandlung muss abgestellt werden. Wenn wir uns wehren, so geschieht es mit vollem Rechte.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Ich muss bemerken, dass die Stimmzettel auf Grund des Gesetzes so angefertigt werden, und dass andere Stimmzettel nach dem Gesetze nicht gelten. Da kann man keine Kritik üben.

Gem.-Rath Hipp: Ich habe mich nur deshalb zum Worte gemeldet, weil ich seinerzeit bei der Bestätigung der Wahlen mich darüber beschwert habe, dass die Wählerlisten so schlecht zu-

sammengestellt waren. Es wurde mir erwidert, dass die Sache rasch gehen muss und dass man nicht gedacht hat, dass die Wählerschaft eine so bedeutende sein wird. Bei den kolossalen Kosten von 31.000 fl. hätte man die Listen richtiger zusammenstellen können. Die Wählerlisten waren eine Stümperarbeit, welche nicht soviel Zeit als Geld erfordert hätte, und die auf eine billigere Weise herzustellen gewesen wäre. Man sieht, dass der Sache nicht die richtige Aufmerksamkeit geschenkt wurde, und dass gewiss das Verlangen berechtigt ist, dass man in Hinkunft, nachdem so große Summen von uns verlangt werden, der Sache etwas mehr Aufmerksamkeit zuwendet, nachdem später eine Reclamation nicht mehr möglich ist und Neuwahlen auf Grund dieser verpfuschten Wählerlisten vorgenommen werden müssen. Für soviel Geld und solches Material kann man, glaube ich, auch eine anständige Arbeit verlangen.

Gem.-Rath Matzenauer: Ich erkläre, dass im I. Bezirke die Verhältnisse in Bezug auf die Stimmzettel bei der Wahl genau dieselben waren, wie sie Herr Dr. Grübl bezüglich des III. Bezirkes geschildert hat. Wir haben keine weiteren Stimmzettel gehabt.

Hier im Rathhause hat im Wahlcataster nur derjenige, welcher als Wähler erschienen ist und sich legitimiert hat, einen Stimmzettel bekommen. Bezüglich anderer Bezirke kann ich keine Auskunft geben, weil ich die Verhältnisse aus eigener Anschauung nicht kenne und nur über das spreche, was ich aus eigener Anschauung kennen zu lernen die Gelegenheit hatte. Im I. Bezirke waren aber die Verhältnisse genau so, wie Dr. Grübl sie geschildert hat. (Rufe rechts: So war es überall!)

Gem.-Rath Herrdegen: Ich lasse mich auf die Frage, wie sie hier liegt, nicht ein, sondern ich habe nur eine Sache zu constatieren, die zu erwähnen ich mich nur aus reiner Wahrheitsliebe veranlasst finde. Im Bezirke Mariahilf wurde von beiden Parteien auf das lebhafteste agitiert. Die sogenannte liberale Partei (Rufe rechts: Warum die sogenannte?) hat ja Verbindungen mit dem Rathhause hier erhalten. Ich muss aber constatieren, dass alle die Bemühungen derjenigen, welche die Agitation geleitet haben, Wahlzettel zu bekommen und sie an Wähler auszusenden, fruchtlos waren. Ein Herr, welcher mit dem Bürgermeister persönlich in sehr gutem Verkehre steht, wurde zum Bürgermeister geschickt, um ihm die Bitte vorzutragen, er möge ihm Wahlzettel überlassen. Der Bürgermeister hat das Ansuchen entschieden abgelehnt, und der betreffende Herr ist ohne einen Wahlzettel zurückgekommen. Das wollte ich constatiert haben.

Gem.-Rath Dr. Vogler: Der Herr Gemeinderath aus dem VII. Bezirke hat die Behauptung aufgestellt, dass die liberalen Agitatoren in Stimmzetteln geschwommen sind. Ich erkläre das für eine grobe Unwahrheit. (Lebhafter Widerspruch links.) Es ist eine grobe Unwahrheit, weil es nicht wahr ist, dass unsere Agitatoren überhaupt über Stimmzettel verfügt haben. Wir haben mit der größten Noth die erforderlichen Stimmzettel für die Agitatoren zustande gebracht, und das in vollkommen ehrlicher und redlicher Weise, und man macht die Geschichte sehr einfach, indem man seinen eigenen Stimmzettel zur Agitation benützt. Ich kann übrigens bezüglich des VII. Bezirkes constatieren, dass zur Zeit, als die Wahl-Legitimationen sammt Stimmzettel eben erst ausgetragen wurden, gleich am ersten Tage zu unserer großen Überraschung die Antisemiten am Neubau gezeigt haben, dass sie sehr flott mit Stimmzetteln versehen sind. (Erneuerter Widerspruch links. — Hört! Hört! rechts.) Ich bin der Sache nachgegangen und habe constatiert, dass diese Stimmzettel vom Herrn Gem.-Rathe Stehlik herrühren. Wie derselbe in den Besitz dieser reichlichen Anzahl von Stimmzetteln gekommen ist, weiß ich allerdings nicht. Aber die Behauptung kann ich aufstellen, dass Herr Gem.-Rath Stehlik viel früher in den Besitz der Stimmzettel gekommen ist, als die große Mehrheit unserer Wähler die berechtigtermaßen ihnen gebürenden Stimmzettel in Empfang genommen hat. (Hört! Hört! rechts.)

Gem.-Rath Dr. Lueger: Mich berührt es immer komisch, wenn die sogenannten Propheten drüben aufstehen und einer nach dem andern versichert, er wisse nichts, er habe keine Stimmzettel bekommen ꝛc. ꝛc. Einer war sogar so ehrlich, zu gestehen, er habe sich bemüht, Stimmzettel zu bekommen, aber die Mühe sei vergebens gewesen. Meine Herren! Wenn Sie mich fragen, wer ihnen die Stimmzettel gegeben hat, so sage ich darauf: Wenn ich das wüsste, würde ich es ruhig sagen. Ich kann aber nur die eine Thatsache constatieren, dass die liberalen Agitatoren im III. Bezirke und die liberalen Agitatoren in allen anderen Bezirken in den Stimmzetteln wirklich förmlich geschwommen sind. (Zustimmung links, Widerspruch rechts.) Die Thatsache ist wahr. Ich kann constatieren, dass speciell die liberalen Agitatoren im III. Bezirke in Stimmzetteln geschwommen sind. Von dem VI. Bezirke weiß ich nichts, aber die liberalen Agitatoren im VII. Bezirke sind ebenfalls in Stimmzetteln geschwommen. (Rufe links: Ja wohl!) Ich glaube, dass soviele übriggeblieben sind, dass sie sie schließlich beim Greißler haben verkaufen können. Wenn man da die Kühnheit haben kann, zu sagen, das sei nicht richtig, eine Thatsache, welche, wenn Sie wollen, durch tausende von Zeugen erwiesen werden kann, so muss ich sagen, entweder sehen die Herren nichts oder sie wollen nichts sehen. Es hat der Herr Collega Dr. Grübl aus dem III. Bezirke gesagt, er habe keine Stimmzettel vom Bezirksvorsteher bekommen; das glaube ich ihm sehr gerne, er hat nichts gekriegt, vielleicht hat er sie überhaupt nicht vom Bezirksvorsteher des III. Bezirkes bekommen. Er sagt, er habe sie nicht vom Bürgermeister bekommen; ja, er hat sie nicht gekriegt, das sind Dinge, die — wie soll ich sagen — nur dann richtig beobachtet werden können, wenn man mitten im Getriebe drinsteht und sieht, was vorgeht, wenn man sieht, wie die geehrten Herren Agitatoren, wie durch Zeugen bewiesen werden kann, mit ganzen Stimmzettelpaketen von Wähler zu Wähler gegangen sind, wie sie mit den Stimmzetteln, ich könnte sagen, geurasst haben, während wir auf jeden Stimmzettel achtgeben, jeden Stimmzettel ausstreichen mussten. Sie aber haben Stimmzettel in solcher Menge gehabt, wie man es sich gar nicht träumen kann. Der beste Beweis dafür ist, wenn sich einer verredet. Dr. Grübl ist ein sehr geschickter Agitator, er wird gewiss nicht die Dummheit begehen und ausgefüllte amtliche Stimmzettel an die Wähler versenden; dazu ist er viel zu gescheit (Heiterkeit); gewiss aber hat er solche Stimmzettel gehabt, um es eventuell thun zu können. Gewiss wird der Dr. Vogler nicht ausgefüllte Stimmzettel an die Wähler versenden, so gescheit ist der Dr. Vogler auch. Aber unter den Liberalen war doch einer, der nicht so gescheit war und den Überschuss an Stimmzettel, über den er verfügt hatte, so recht documentierte. Es war das, glaube ich, in Währing. Der Betreffende hat alle Feuerwehrmänner mit Stimmzettel ausgestattet und sie zu den Wählern geschickt mit einer schönen Empfehlung vom Bürgermeister, und außerdem sind ausgefüllte Stimmzettel an alle Wähler versendet

worden. Woher hat er die Stimmzettel gehabt? Ich weiß es nicht — aber er hat sie gehabt, und das ist das Entscheidende.

Wenn wir alle Ihre Schliche, Ihre Kniffe und Pfiffe wüssten, (Widerspruch rechts), würden wir es ruhig sagen, das ist natürlich unter dem Schleier des Amtsgeheimnisses verborgen, das werden Sie uns nicht sagen, aber die Wähler wissen es, dass Sie die Stimmzettel gehabt haben, während wir die Stimmzettel nicht gehabt haben. Das wissen die Wähler sehr gut und da können Sie aufstehen und einer nach dem anderen sagen, wir haben keine Stimmzettel gehabt, Sie haben sie doch gehabt in schwerer Menge und ich bin ehrlich genug, Ihnen zu sagen, mir wäre es sehr angenehm gewesen, wenn unsere Partei ebenfalls in Stimmzetteln geschwommen wäre. Wenn Sie uns ebenfalls Stimmzettel geben, dann können Sie Stimmzettel nehmen, wieviel Sie wollen, das geht mich nichts an; aber die amtlichen Stimmzettel sind geschaffen worden, angeblich, wie der Statthalter gesagt hat, damit Wahlmissbräuche hintangehalten werden. Die Folge der amtlichen Stimmzettel war aber die: Die Opposition war gehemmt, der Opposition waren die Hände gebunden, die Opposition hatte keine Stimmzettel, die große Majorität hatte soviele Stimmzettel als sie wollte, das ist die Wahrheit; da kann einer nach dem anderen aufstehen, das kann er nicht ableugnen, das ist einmal so und das kann ich Ihnen durch tausend Zeugen, wenn Sie wollen, beweisen. (Gem.-Rath Tagleicht: Das ist nicht wahr!) Dort, wo die Juden Agitatoren waren — ich führe das ungern an — sie waren nicht Wähler, schmierig haben sie ausgesehen, dass man sie sich nicht anzurühren getraut hat — haben sie mehr Stimmzettel gehabt, als die anständigsten Wähler von Wien und das müssen wir bezahlen. Wir bezahlen die Kriegskosten Ihres Feldzuges, aber stimmen werden wir nicht dafür. Sie können mit lachendem Antlitz dafür stimmen, Sie haben ja gesiegt; wie Sie gesiegt haben, durch welche Mittel, das ist eine zweite Frage, aber die Bevölkerung wird es sich schon merken. Zu den Hunderttausenden, welche Ihnen zur Verfügung gestanden sind, haben sich auch noch die Mittel der Macht der Executive gesellt, und so haben Sie gesiegt. Jetzt begehrt man von uns 31.000 fl., $8^1/_2$ kr. sind auch dabei: den halben Kreuzer möchten wir Ihnen noch bewilligen, aber die 31.000 fl. sind uns zuviel. (Beifall links.)

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Ich muss den Vorwurf, dass die Executive in der Sache überhaupt interveniert hat, als vollständig unbegründet zurückweisen.

Gem.-Rath Steiner: Sehr geehrte Herren! Die Herren Juristen Dr. Vogler und Dr. Grübl haben Argumente ins Treffen geführt, die ich als Nichtjurist nicht einmal ins Treffen führen würde. Es wurde von Herrn Dr. Grübl bemerkt, dass weder vom Bürgermeister, noch im Wahlcataster Stimmzettel ausgegeben wurden. Nun, das glaube ich, dass officielle Persönlichkeiten sich nicht dazu hergeben werden, Stimmzettel auszufolgen, aber die Hinterthürln sind voll und ganz geöffnet gewesen. Herr Dr. Grübl hat die Frage aufgeworfen, in welchem Bezirke das vorgekommen ist. Nun, der Schwurgerichtsprocess Gerlach contra Baumann hat bewiesen, dass im ersten Wahlkörper nach Mitternacht in der jüdischen Synagoge Stimmzettel mit dem Namen Gerlach ausgefüllt worden sind. Wo waren die Stimmzettel her, die der Herr Bürgermeister mit einer schönen Empfehlung abgesendet hat. Diese Argumente, die Sie heute ins Treffen führen, sind von einem Herrn Ihrer Seite ganz richtig charakterisiert worden: Die liberale, aber eigentlich rückschrittliche Partei hat mit allen Mitteln und Wegen, ob sie gerade oder ungerade sind, ihr Ziel zu erreichen gesucht. (Beifall links.)

Referent: Die Discussion, die jetzt geführt wird, steht außer dem Bereiche meines Referates. Ich habe für den Stadtrath den Zuschusscredit beantragt. Ich glaube, dass die jetzt geführte Debatte wenigstens insofern, als alles finanziell richtig ist, mit meinem Referate nicht in Zusammenhang steht.

Was aber meine Person betrifft, bezüglich welcher ein Vorsprecher von dieser (linken) Seite gesagt hat, dass ich es nicht wagen soll, an den Referententisch zu treten, wenn ich nicht hinreichend informiert bin, so bemerke ich, dass ich seit mehr als einem Vierteljahrhunderte Referate führe und jedesmal über den Gegenstand, der in den Acten steht, mich vollständig informiere und (Bravo! rechts) nichts verheimliche. Wenn man aber in Hinkunft im Gemeinderathe verlangt, dass man bei einer solchen Angelegenheit in die Ämter gehen und in sämmtliche Acten und Rechnungen Einsicht nehmen soll, dann müssen Sie sich Referenten anderswo suchen; hier im Gemeinderathe könnte dann Niemand arbeiten. Ich lasse mir also von niemand den Vorwurf gefallen (stürmischer Widerspruch und Lärm links), dass ich es nicht wagen soll, an den Referententisch zu treten. Ich lasse mir das nicht gefallen. (Erneuerter Widerspruch links.)

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Ich habe schon früher erklärt, dass es nicht zu verlangen ist, dass der Referent solche kleinliche Details, die Ihnen gerade gefallen, beherrschen soll. Das ist nicht möglich. Da müssen Sie erst in die Agenden des Stadtrathes Einblick nehmen. (Zwischenrufe links: Der Referent muss das wissen! — Gem.-Rath Weitmann: Das könnte ein billigerer Referent auch. Wozu zahlen wir dann 3000 fl. ?)

Gem.-Rath Stehlik (zu einer thatsächlichen Berichtigung): Ich muss den Herrn Gem.-Rath Dr. Vogler berichtigen, er soll mir beweisen, wo ich die Stimmzettel hergehabt habe. Ich habe keine Druckerei. Er hat mich beworfen und ich will ihn auch bewerfen, wir dürfen uns nicht alles gefallen lassen. Das ist eben ein Vorwurf, den ich nicht vertrage, soweit darf es nicht gehen. (Zwischenrufe und Lärm links.)

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Das ist keine Berichtigung, ich bitte aufzuhören.

Gem.-Rath Stehlik: Wenn uns der Herr Bürgermeister nicht reden läßt, setzen wir uns nieder.

Gem.-Rath Janotta: Es ist vom Herrn Gem.-Rath Stehlik die Behauptung aufgestellt worden, dass er sich früher zum Worte gemeldet habe, als Herr Dr. Grübl. Ich glaube, dass mir niemand den Vorwurf machen kann, dass ich nicht in allem vollständig objectiv vorgehe und ich muss constatieren, dass Herr Gem.-Rath Dr. Grübl sich früher gemeldet hat, Herr Gem.-Rath Stehlik später und dass auch in dieser Reihenfolge beide Herren gemeldet und zum Worte gerufen wurden. (Unruhe und Widerspruch links; Gem.-Rath Stehlik ruft: Richtig!)

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Sie brauchen dem Herrn Schriftführer nicht rechtzugeben; Sie haben mich beleidigt.

Gem.-Rath Dr. Vogler: Von Herrn Gem.-Rath Stehlik sind einige unverständliche Bemerkungen über die Druckerei und die Stimmzettel gemacht worden. Ich brauche nicht erst zu constatieren, dass die ausgegebenen Stimmzettel amtlich waren und dass es nicht möglich gewesen wäre, in der für die Wahlen übrigen Zeit, wenn es überhaupt eine Druckerei gegeben hätte, die diese Stimmzettel nachgedruckt hätte, solche herzustellen. Wenn ich nicht

irre, ist es übrigens selbst von einem Herrn Vorredner gesagt worden; was also dieser Vorwurf besagen soll, verstehe ich nicht.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Wir schreiten zur Abstimmung. Diejenigen Herren, welche für den Referenten-Antrag stimmen, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Es wurde daher beschlossen, zur Ausgabs-Rubrik „Auslagen für Gemeinderaths- und Bezirksausschuss-Wahlen im Jahre 1891" einen Zuschusscredit in der Höhe von 11.786 fl. 8½ kr. zu genehmigen.

19. Referent Gem.-Rath Dr. Hackenberg: Ich habe zu referieren ad St.-R.-Z. 2143. Dieses Referat steht auf der lithographierten Tagesordnung für heute. Es handelt sich um die Ergreifung der Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof in folgender Angelegenheit.

Die geehrten Herren werden seit einiger Zeit die Wahrnehmung gemacht haben, dass Tramwaywaggons einer neuen Type verkehren. Die Bewilligung zur probeweisen Benützung dieser Tramwaywägen hat die Statthalterei, und zwar ohne Einvernehmen des Gemeinderathes, sonach im Gegensatze zu der Bestimmung des § 23 des ursprünglichen Tramwayvertrages vom Jahre 1868 ertheilt, wonach die Modelle der Wägen dem Gemeinderath zur Genehmigung vorzulegen sind.

Der Stadtrath hat gegen diese probeweise Bewilligung seitens der Statthalterei den Recurs an das Handelsministerium und zwar in zwei Fällen ergriffen, in dem einen Fall insbesonders auch aus dem formalen Grunde, weil die Statthalterei ihre ursprüngliche Entscheidung, nach welcher die probeweise Benützung unbeschadet der der Gemeinde zustehenden Rechte bewilligt worden war, über Einschreiten der Tramway-Gesellschaft widerrufen, diesen Zusatz „unbeschadet der der Gemeinde zustehenden Rechte" cassiert und die probeweise Benützung des Wagens unbedingt gestattet hat. Nach Ansicht des Stadtrathes verstößt diese Entscheidung der Statthalterei in formaler Hinsicht einer im Reichsgesetzblatt publicierten Verordnung des Ministeriums des Innern vom Jahre 1868, wonach eine untere Instanz eine Entscheidung, welche einer Partei ein Recht zuspricht, über Einschreiten einer anderen Partei nicht einseitig aufheben kann. In meritorischer Beziehung hat der Stadtrath sich in den Recursen darauf berufen, dass der Gemeinderath vertragsmäßig das Recht auf Genehmigung der Wagenmodelle habe.

Das Handelsministerium hat nun im Einvernehmen mit dem Ministerium des Innern beide Recurse zurückgewiesen, und zwar mit der kurzen Motivierung, dass die in Rede stehende Verordnung des Ministeriums des Innern vom Jahre 1868 im vorliegenden Falle keine Anwendung finde, und dass in meritorischer Hinsicht der Regierung das ausschließliche gesetzliche Recht zustehe, die probeweise Benützung dieser Wägen zu gestatten, es wurde jedoch in dieser Entscheidung die gesetzliche Bestimmung nicht berufen, auf welche sich das Ministerium stützt. Nun ist diese Angelegenheit sicherlich eine solche, die zu verschiedenen Zweifeln Anlass gibt. Wie die Herren ohnedies wissen, ist das Gebiet des ganzen Tramwayrechtes nicht codificiert. Die Regierung hat nun insbesonders seit jüngster Zeit das intensivste Bestreben entwickelt, die ganze Competenz in Tramwayangelegenheiten an sich zu ziehen. Der Stadtrath war aber der Ansicht, dass diese Entscheidung des Handelsministeriums insbesonders der bekannten Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes vom 12. Juni 1885 widerspricht. In dieser Entscheidung, die die erste autoritative Grundlage im Tramwayrechte ist, ist insbesonders eine Stelle folgenden Inhaltes (liest): „Hiernach könnte die Staatsverwaltung nur solche Bedingungen abweisen, welche einem Gesetze zuwiderliefen, als eine solche Bedingung kann aber weder die Anwendung der Bestimmungen des Vertrages vom 7. März 1868 auf die neu zu erbauenden Linien, noch jene der Einschränkung der Straßenbenützung bis zum 31. December 1903 angesehen werden."

Nach dieser Stelle, die ich eben vorzulesen die Ehre hatte, würde folgen, dass die Genehmigung der Modelle ein Recht des Gemeinderathes sei, und dass daher durch die in Rede stehende Entscheidung des k. k. Ministeriums dieses vertragsmäßige Recht des Gemeinderathes verletzt worden sei. Es stellt somit der Stadtrath durch mich den Antrag: „Es sei die Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof puncto der seitens des Handelsministeriums erfolgten Abweisung der Recurse der Gemeinde Wien in Angelegenheit der Vornahme der Probefahrten mit dem Waggon 748 und der Inbetriebsetzung dieser neuen Wagentype zu ergreifen". Ich bitte die Herren, diesem Antrage ihre Zustimmung zu geben.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Wünscht jemand das Wort? (Es meldet sich niemand.) Dann bitte ich die Herren, welche damit einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Es wurde daher beschlossen:

Es sei die Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof puncto der seitens des Handelsministeriums erfolgten Abweisung der Recurse der Gemeinde Wien in Angelegenheit der Vornahme der Probefahrten mit dem Waggon 748 und der Inbetriebsetzung dieser neuen Wagentype zu ergreifen.

20. Referent Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich habe die Ehre, zu berichten über die Z. 1398 der gedruckten Tagesordnung, betreffend die Aufnahme von Bauaufsehern für die Bezirksämter in den neuen Bezirken. Anlass dazu gab ein Promemoria des Baudirectors, welcher darauf verweist, dass infolge der Baugesetznovelle, die vorschreibt, dass die Neubauten vom Beginne bis zur Vollendung mindestens dreimal besichtigt werden müssen, eine solche Überbürdung der bei den Bezirksämtern exponierten Bauamtsabtheilungen sich herausgestellt hat, dass es nothwendig sei, eine Vermehrung der Hilfsarbeiter eintreten zu lassen, wie sie bereits innerhalb der alten Bezirke, z. B. im Bezirke Leopoldstadt, bestanden hat. Es würde auf diese Weise ermöglicht, die Bauamtsbeamten etwas zu entlasten und die untergeordneten Manipulationsarbeiten im Interesse des Publicums schneller besorgen zu können. Es handelt sich um die Bestellung sogenannter Bauaufseher, wie sie bereits beim Bauamte bestehen und wie sie geeignet wären, die Bauamtsbeamten in ihren Obliegenheiten zu unterstützen und Geschäfte zunächst bei den Privatbauführungen und bezüglich der Instandhaltung bei den städtischen Objecten zu besorgen. Außerdem würden sie — und das fehlt jetzt vollständig — bei den Vermessungen hilfreiche Hand leisten. Diese Vermehrung bezieht sich auf die Bezirke X bis inclusive XIX und wird vom Baudirector

beantragt, zehn solche Bauaufseher oder Ausmesser mit einem Bezug von 2 fl. Taggeld zu bestellen.

Der Vice-Director des Magistrates legt dieses Promemoria vor und verweist darauf, dass ein Mangel an technisch gebildeten Arbeitskräften besteht, dass es nicht möglich ist, bei dem absoluten Mangel an geeigneten Personen, welche die technischen Studien vollendet haben, solche Personen zu acquirieren, und dass man sich bis auf weiteres auf diese Weise behelfen müsse. Die Kosten der Bestellung dieser zehn Bauaufseher würde für das ganze Jahr 7300 fl. betragen und würde, wenn der Gemeinderath die Genehmigung ertheilt, dass die Bestellung vom 1. Mai zu laufen hätte, für das laufende Jahr noch der Betrag von 4864 fl. erforderlich, welcher auf den Reservefond zu verweisen wäre.

Ich erlaube mir nun, die im Sinne des Antrages des Bauamts-Directors und des Magistrats-Directors zu beantragen: „Es sei die Aufnahme von zehn Bauaufsehern mit dem Bezuge von täglich 2 fl. zu bewilligen und die hiefür auflaufenden Kosten pro 1892 auf den Reservefond zu verweisen." Ich bitte Sie, Ihre Zustimmung zu geben.

Gem.-Rath Hipp: Meine sehr geehrten Herren! Man ist heute an uns mit der Aufforderung herangekommen, für die Aufnahme von Bauaufsichts-Praktikanten 4864 fl. zu bewilligen.

Da muss ich Ihnen denn doch einen Fall vor Augen führen, wie bis jetzt gearbeitet wird, um zu zeigen, dass, wenn ein bisschen haushälterischer vorgegangen wird, wir diese Summe nicht brauchen.

Eine Bewohnerin des XVII. Bezirkes hatte infolge schlechter Verhältnisse sich veranlasst gesehen, eine große Wohnung in zwei kleinere zu zertheilen, und zwar so, dass sie aus einem großen Zimmer, Cabinet und Küche: Zimmer und Küche und noch einmal Zimmer und Küche gemacht hat.

Nun, nach der Bauordnung musste sie mit drei Plänen herantreten und hat eine Commission wegen dieser einzigen Scheidemauer stattgefunden. Die Ausführung wurde genehmigt und nachdem die Arbeit vorüber war, hat die Frau die Mauer von beiden Seiten trocknen lassen, und zwar vom 21. bis 26. März mit Coaksöfen. Am 26. März ist sie wegen des Benützungsconsenses eingekommen. Die Partei, welche die Wohnung gemietet hat, hat vorläufig in der Küche ihr Meublement untergebracht. Nachdem nicht mehr geheizt wurde und die Wohnung thatsächlich trocken war, hat die Partei ohne Wissen der alten Frau, die Witwe ist und eine Tochter hat, einige Möbelstücke hineingegeben. Die Benützungs-Commission ist nun gekommen und hat dieses immense Verbrechen sofort entdeckt und hat, weil die Benützung vor der Bewilligung erfolgt, sofort die Delogierung veranlasst, hat in riesiger Weise dargestellt, wie gesundheitsschädlich sie ist. Es wurde sogar eine Anzeige gemacht und die alte Frau soll 10 fl. Strafe außerdem bezahlen. Es hat eine weitere Commission am 15. April stattgefunden und da wurde endlich die Benützung bewilligt. Nun, was hat das der Frau für Kosten gemacht? 32 fl. 46 kr., und was hat die Mauer gekostet? 30 fl.

Das kommt, wenn man wegen solcher Kleinigkeiten, wegen solcher Lappalien so große Commissionen abhält. Es kommen vier Herren im Fiaker angefahren; wenn man es so machen würde, wie früher, durch eine einfache Anzeige, worauf eine Person nachträglich die richtige Ausführung constatiert, dann würde man einen solch großen Apparat nicht brauchen und wir würden nicht neuerlich einen Betrag von 4300 fl. zu bewilligen haben.

Es möge eine Revision der bezüglichen Vorschriften erfolgen. So kleine Adaptierungen kommen in den einbezogenen Vororten häufig vor, weil die Verhältnisse derart sind, dass die Leute solche Umgestaltungen vornehmen müssen. Wenn da jedesmal ein kolossales Opfer gefordert wird, so werden Sie sich die Bevölkerung nicht zu Freunden machen, und ich glaube, dass nach dieser Richtung gearbeitet werden müsste. Bei großen Ausführungen und großen Bauten lasse ich mir so bedeutende Commissionen gefallen, aber es geht doch nicht an, dass man bei so kleinen Adaptierungen drei Commissionen abhält, dazwischen noch einmal hingeht und constatiert, ob nicht vielleicht jemand hingekommen ist.

Ich muss ferner bemerken, dass sich die Commission sehr tactlos benommen hat. Sie sind der alten Frau und ihrer Tochter in der schroffsten Weise entgegengekommen, so dass man sie vom ersten Stockwerke bis ins Parterre hat hinunter rufen gehört. Stellen Sie sich vor, dass man eine nahezu 74 Jahre alte Person, welche ausdrücklich erklärt hat, „die Partei hat ohne mein Wissen die Möbelstücke hingestellt, ich bekomme keine Miete dafür, die Mauer ist trocken", in dieser Weise behandelt, und dass man sie noch zur Anzeige bringt, so dass sie noch 10 fl. Strafe zahlen muss. In solcher Weise geht man nicht vor, und es sollte von Seite des Präsidiums den Herren ein Bisschen der Standpunkt klar gemacht werden, damit sie sich nicht immer auf das hohe Ross setzen und gegen solche wehrlose Geschöpfe in solch roher Weise vorgehen. Ich ließe es mir noch gefallen, wenn man es mit einem Manne zu thun hätte, aber gegen Frauen soll man gewiss immer rücksichtsvoller sein.

Und nun sehen wir, dass man noch mehr trachtet, die Bevölkerung und die Steuerträger zu seckieren, und dazu sollen wir neuerdings 7300 fl. bewilligen. Ich meine, das Stadtbauamt soll die Sache noch einmal durchgehen und diese kleinen Commissionen etwas verringern und nicht bei jeder Kleinigkeit solche große Commissionen abhalten.

Gem.-Rath Djörup: Ich begrüße es mit Freuden, dass das Stadtbauamt zur Erkenntnis gekommen ist, dass Bauaufseher aufgenommen werden müssen. Ich habe bereits im Herbste des vorigen Jahres wiederholt hier Anlass genommen, um zu betonen, dass die Ausführung der Bauten viel zu wenig überwacht wird. Die Pläne werden genehmigt und dann kümmert sich kein Mensch mehr darum, ob der Bau wirklich so ausgeführt wird, wie er in den Plänen vorliegt. Erst wenn der Bau dem Benützungsconsens zugeführt werden soll und wenn an allen Ecken und Enden verputzt und gemalt werden soll, kommt man, und dann kann kein Mensch mehr nachsehen, ob die vorgeschriebenen Traversen darin sind, ob die Tramstärke die richtige ist. Ich begrüße daher mit Freuden, dass wir endlich solche Bauaufseher anstellen, die den Bau während der Ausführung controlieren. Ich glaube, dass wir zur Steuerung des sogenannten Bauschwindels sehr viel beitragen, wenn man die Ausführung von Bauten ein klein wenig mehr überwachen lässt und man den Leuten mehr auf die Finger sieht. Ich bitte Sie, diesem Betrage, der eigentlich viel zu klein ist, zuzustimmen, indem eine solche Einrichtung nicht allein in den Vororten, sondern auch in den alten zehn Bezirken noththut.

Gem.-Rath Hörmann: Ich erlaube mir, an den Herrn Vice-Bürgermeister die Anfrage zu richten, ob auch in den alten Bezirken Bauaufseher bestellt werden.

Referent: Die beantragte Vermehrung bezieht sich auf die Bezirke X bis XIX.

Gem.-Rath Hörmann: Dann bedauere ich sehr, dass diese Einrichtung nicht auch für die zehn alten Bezirke getroffen wird.

Ich habe vor drei Jahren den Antrag gestellt, dass in allen Bezirken Bauaufseher bestellt werden. Das wäre das richtige. — Dann wäre den vielen Commissionen und den vielen Chicanierungen, die das Baugewerbe jetzt erleidet, abgeholfen.

Gem.-Rath Ziegelwanger: Ich erlaube mir, an den Herrn Vice-Bürgermeister die Anfrage zu stellen, welche Vorbildung diese Bauaufseher eigentlich haben sollen; denn mit 2 fl. glaube ich bekommen Sie nicht einmal einen ordentlichen Maurergesellen, weil er sich sonst mehr verdient; und es gehört doch dazu, dass der Bauaufseher doch etwas vom Fache versteht, aber um 2 fl. kann ich mir das gar nicht vorstellen. Wozu wird das sein? Er wird einfach ein Spitzel sein, sonst nichts, aber um 2 fl. können Sie nicht viel mit einem Menschen machen, der Bauaufseher sein soll.

Referent: Nach dem Gesagten müssen die Verhältnisse in den Vororten außerordentlich glänzend gewesen sein, wenn man dort um 2 fl. nicht Bauaufseher bekommen hat; in der alten Stadt war das der Fall. So bestehen im II., IV. und auch im I. Bezirke solche Bauaufseher; es sind für dieselben Instructionen ausgearbeitet worden, und alle diese Leute sind mit 2 fl. zufrieden. Es ist nämlich auch unter anderem doch eine gewisse Sicherheit, bei der Gemeinde Wien angestellt zu sein; insbesondere ist es wichtig für Leute, die keine höheren Studien haben. Sicher ist, dass sie sich im Baugewerbe auskennen müssen. Ich habe bereits hervorgehoben, dass sie als Hilfsorgane für die Bauamtsbeamten zu fungieren haben bei Privatbau-Ausführungen, bei Instandhaltung städtischer Objecte und bei städtischen Vermessungen. Der Aufseher muss also eine gewisse Schulbildung haben, nur hat er keine höheren Studien; dass man solche Personen bekommt, das zeigen die Thatsachen.

Gem.-Rath Gräf: Ich wollte mir ganz dieselbe Frage an den Herrn Referenten erlauben, wie Herr College Ziegelwanger; ich muss aber bemerken, dass ich durch die Antwort des Herrn Referenten nicht befriedigt bin. Ich kann mir gar nicht denken, wieso ein technisch mindergebildeter Mensch dazu kommen soll, etwaige Mängel und Fehler auf Neubauten zu controlieren; wie soll ein Mann mit weniger technischer Vorbildung untersuchen, ob die Gewölbeconstruction richtig ist, ob die sogenannten Terassenschlüsse mit gehöriger Stärke und Menge angewendet werden? Ich will vom Mörtel und Ziegel nicht sprechen, das könnte auch ein Laie beurtheilen; was aber die Construction des ganzen Baues anbelangt, so ist es nothwendig, dass diese Leute einen gewissen Grad technischer Bildung haben.

Ich begrüße den Antrag mit Freuden, denn es wird dadurch so manchem Schwindel der sogenannten Bauspeculanten vorgebeugt, die Eisen und Traversen in die Pläne einzeichnen und Holz zur Ausführung nehmen.

Diesen Leuten muss das Handwerk gelegt werden, denn sonst werden wir dazu kommen, dass uns ganze Bezirkstheile einfallen. Ich begrüße das also mit Freuden, nur möchte ich wünschen, dass man für zwei oder drei Bezirke zusammen einen Aufseher bestellt, es wird das vollständig genügen. Man stelle Leute an, die eine gewisse Vorbildung haben, bezahle aber den Mann auch so, wie er es mit einem solchen Bildungsgrade zu beanspruchen das Recht hat. Ich stelle den Antrag, statt zehn Bauaufsehern vier oder fünf anzustellen, die eine Prüfung abzulegen haben, um ihre Befähigung nachzuweisen, damit das ganze Institut jenen Zweck erfüllt, für welchen es creiert wird.

Gem.-Rath Dr. Linke: Der Antrag lautet auf Aufnahme von zehn Bauaufsehern mit einem Bezuge von täglich je 2 fl. Nun muss man unter dem Worte „Bezug" offenbar einen Taglohn verstehen. Das ist mir sehr auffällig und scheint mir geradezu in Widerspruch zu sein mit dem Zwecke und der Bedeutung der Aufgabe, welche dieser Aufseher zu erfüllen hat. Die Anstellung von Aufsehern ist nur dann zweckmäßig und nutzbringend, wenn sie eine bleibende und stabile ist. Das steht nun in Widerspruch mit der täglichen Honorierung. Ich erlaube mir also an den Herrn Referenten die Anfrage, wie das eigentlich gemeint ist „Bezug von täglich je 2 fl."?

Referent: Ich kann das nicht besser aufklären, als es aus den Worten hervorgeht „täglich 2 fl.", ich bedaure, wenn das unverständlich ist. (Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Ist der Sonntag inbegriffen?) Wenn ich schon beim Worte bin, will ich mir erlauben, aus der Instruction für die bestehenden Bauaufseher einiges zur Verlesung zu bringen, womit sie beschäftigt werden (liest): „Dem Bauaufseher obliegt die Nachschau bei Privatbauführungen" — es handelt sich hier um den II. Bezirk — „seien dieselben aus Mauerwerk oder Holz (Schupfen), sowie die Aufsicht darüber, dass kein Bau ohne Genehmigung begonnen werde.

Der Bauaufseher hat auch sein Augenmerk zu richten auf Fundamentaushebungen, auf Herstellung von Einfriedungen und Einplankungen gegen öffentliche Straßen, Gassen und Plätze, sowie überhaupt auf die Inanspruchnahme städtischen Grundes und hat jedes eigenmächtige Vorgehen in diesen Fällen dem ihm vorgesetzten Beamten zur Anzeige zu bringen.

Ebenso sind von ihm eigenmächtige, wesentliche Änderungen an bestehenden Privatgebäuden und die Fortsetzung behördlich eingestellter Bauten anzuzeigen.

Der Bauaufseher hat auch darauf zu achten, ob die nothwendigen Sicherheitsvorkehrungen bei einem Baue als: Warnungstafeln, Aufstellung von Laternen bei Dunkelheit, Versicherung der Gruben, Hängegerüste u. s. w. getroffen wurden, ferner, ob nach Vollendung des Baues die vorschriftsmäßige Abräumung, Wiederherstellung des Pflasters, Zuschüttung der alten Canäle u. s. w. erfolgt ist, endlich ob das Trottoir hergestellt wurde.

Um die Controle durchführen zu können, hat der Bauaufseher in einem Vormerkbuche genaue Vorschreibung über die genehmigten Bauten, Materiallagerplätze, Hängegerüste u. s. w. zu führen und jede vorkommende eigenmächtige Bauführung oder jedes sonstige gesetzwidrige Vorgehen bei Bauführungen sofort dem ihm vorgesetzten Beamten unter genauer Angabe aller hierauf Bezug habenden Daten (Bezeichnung und Lage des Objectes, Name und Wohnort des Bauherrn, Bauführers u. dgl.) schriftlich zu melden.

Weiters obliegt dem Bauaufseher die Wahrnehmung von etwaigen Mängeln und Gebrechen an Privatgebäuden, die Erhebung feuer- und sanitätspolizeilicher Übelstände in denselben, namentlich mit Rücksicht auf die Aborte, Canäle, Senk-, Mist- und Düngergruben, Feuerungsanlagen, Rauchbelästigungen u. s. f., sowie die Aufsicht über den entsprechenden Zustand der Gassenaufschrifts- und Orientierungsnummertafeln."

Gem.-Rath Ziegelwanger: Es ist richtig, dass die Agenden der Ingenieure vom Stadtbauamte jetzt große sind, zum Beispiele nach der jüngsten Verordnung bezüglich der Constatierung der

Fundamente und des Oberbaues. Es kann factisch, wenn eine größere Bauthätigkeit sich entwickelt, ein Ingenieur, besonders bei uns draußen, nicht überall sein und es dürften diese Bauaufseher ganz gut dazu auch verwendet werden. Aber, meine Herren, ich bin gegen diese 2 fl.; um 2 fl. werden Sie nie einen ordentlichen Menschen bekommen. Dieser Mensch soll wenigstens eine praktische Erfahrung haben, er soll vorher, wenn er schon gar nichts anderes war, ein Polier gewesen sein; er muss auch einen gewissen Respect einflößen. Er kommt auf den Bau, der betreffende Polier kennt ihn und weiß, dass es nur ein Maurergeselle ist und — es gibt solche Leute — wirft ihn hinaus. Wenn er aber weiß, der versteht etwas vom Baufach, so wird der Verkehr mit ihm anders sein. Ich erlaube mir den Antrag zu stellen: Es wird beschlossen, dass wenigstens ein Taggeld von 3 fl. eingestellt werde und dass bei Aufnahme der Bauaufseher darauf geachtet werde, dass ein solcher sich über seine praktische Befähigung ausweisen kann, indem er wenigstens ein Polierzeugnis von fünf Jahren hat. (Beifall links.)

Gem.-Rath Eigner: Meine Herren! Diejenigen, die Bauaufseher aufnehmen, müssen sich auch ganz genau informieren, ob sie das Maurerhandwerk erlernt haben, wielange sie als Maurer gearbeitet haben, ob sie Poliere gewesen sind.

Ich werde auch meine Anschauung dahin aussprechen, dass derjenige, welcher die Maurerarbeit gelernt hat, als Maurer und Baupolier in Verwendung war, beim Bau leichter einen Fehler constatieren kann als derjenige, der technisch gebildet ist; der weiß den Fehler nicht; der weiß die Finten nicht, die da vorkommen. Wenn einige Herren sagen, man wird um 2 fl. Leute nicht finden, so muss ich widersprechen. Es ist an mich ein Mann — ich will ihn nicht nennen — herangetreten, ich möge für ihn ein gutes Wort sprechen; ich habe ihm gesagt: Sie, Herr, ich glaube, Sie wissen sich mehr zu verdienen; er sagte mir: Ja, Sie haben ganz recht, aber Sie wissen, wie die Verhältnisse im Baufach sind, man kriegt keinen Platz, hier habe ich Sommer und Winter mein Geschäft, und vielleicht ist es doch möglich, wenn ich längere Zeit bei der Commune Wien bin, eine bessere Stelle zu bekommen. Der Mann hat beim Militär gedient, war Unterofficier und ist von Kindheit auf bei der Maurerei, war lange Zeit Polier und hat sich gut aufgeführt; das ist gewiss ein tüchtiger Mann und würde das genau verstehen. Es müssen nicht gerade fünf Jahre sein, es genügt, wenn er ein erfahrener Mann ist und nachweisen kann, dass er längere Zeit Polier war.

Ein Bogenmacher von Fach ersetzt sehr gut einen untergeordneten Baupolier, sogar Hauptpolier, weil der nicht mehr versteht, als die anderen. Dann geht ja auch dieser Bauaufseher nicht allein auf den Bau, um irgend etwas anzusehen, sondern der Bezirks-Ingenieur wird ihm sagen, hier haben Sie den Plan, Sie haben dort das zu machen und zu untersuchen, ob der Mann so und soviel Mauerwerk, Materiale, Traversen ꝛc. verwendete. Der Mann geht also schon mit einem Ausweise hin und wird vom Bezirks-Ingenieur beauftragt: das und das musst du untersuchen. Beim Lohne können Sie vielleicht etwas zugeben. Das kann ich Ihnen bestätigen, dass ein Baupolier, der 18 bis 20 fl. bekommt, schon einen großen Bau aufführen muss. Hier vis-à-vis dem Rathhause, wo wir den Platz verkauft haben, wird gebaut, und ich möchte den Polier nicht fragen, ob er 18 bis 20 fl. hat. Er bekommt heute nicht soviel, weil immer noch andere Dinge daran hängen, z. B. Ziegelgeld ꝛc. Man sollte vorsichtig sein, dass man die richtigen Leute bekommt, gesunde, kräftige Leute und auch nüchterne Leute, nicht versoffene. (Heiterkeit.) Die Bauadjuncten würde ich aber nicht empfehlen. Ich weiß selbst, wie Bauten aufgeführt werden. Da findet eine Commission statt, der Bau wird bewilligt; aber solange gebaut wird, kommt kein Teufel hin. Wie kann man denn dann constatieren, wie alles ausgeführt wird? Dann kommt die Collaudierung, und dann sieht man, dass dies und jenes geändert worden ist; es müssen die Pläne ausgewechselt, andere eingereicht werden und der Mann wird gestraft.

So sollte man nicht vorgehen. Die Bauaufseher würden auch Pläne in die Hand bekommen, aus denen sie sich genau orientieren können, so dass sie nicht auf den Bau gehen werden, ohne zu wissen, wo sie nachschauen sollen. Ich empfehle Ihnen also, die Bauaufseher einzuführen, sie werden Ihnen gute Dienste leisten. (Beifall links.)

Gem.-Rath Dr. Vogler: Nachdem in Bezug auf dieses Referat völlige Einigkeit herrscht, beantrage ich Schluss der Debatte. — Angenommen.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Das Wort haben noch die Herren Gem.-Räthe v. Stummer, Gräf und der Herr Referent.

Gem.-Rath v. Stummer: Ja, meine Herren, ich bin vollkommen mit den Worten des Herrn Collegen Djörup einverstanden, allein mit der Art dieser Anstellung kann ich mich nicht einverstanden erklären. Die Agenden dieser Bauaufseher sind ziemlich ausgedehnte, und zwar sowohl in administrativer wie in technischer Beziehung.

Ich gestehe, ich wüsste auch keine Leute zu finden, die uns bei einem Taglohne von 2 fl. vollkommen entsprechen würden. Ich glaube auch, dass es nicht das Richtige ist, wenn solche Leute, die Aufsichtsorgane sind, mit einem Taglohne angestellt werden, sondern dass man sie mindestens per Monat anstellen sollte, denn dann würde man nicht nur gewöhnliche Poliere oder bessere Maurer bekommen.

Ich erlaube mir hiebei vorzuschlagen, dass wir auf die Gewerbeschüler greifen sollen; das sind junge Leute, die für solche Sachen ganz ausgezeichnet sind. (Richtig! links.) Ich kann Ihnen aus meiner eigenen Praxis sagen, dass ich drei solche junge Leute habe, und mit ihnen bezüglich ihrer Leistungen im Hochbau außerordentlich zufrieden bin, und dass sie ebenso praktisch sind als manche andere, und auch soviele theoretische Kenntnisse haben als sie brauchen. Dann möchte ich noch einen zweiten Punkt vorschlagen, und ich erlaube mir, Ihnen da einen rein praktischen Fingerzeig zu geben. Es sind noch Leute da, die wir zu solchen Sachen heranziehen sollten, und zwar diejenigen, die im Militärbaufache angestellt sind. Aus meiner eigenen Erfahrung kann ich sagen, dass sie außerordentlich praktisch sind, und genügende Theorie haben, dass sie vollständig entsprechen. Das sind Leute, welche lange Jahre bei Festungsbauten gewesen sind, aber nach den militärischen Regeln nicht weiter avancieren können. Sie sind — ich hatte Gelegenheit, einen solchen aufzunehmen — außerordentlich tüchtige Menschen, welche sehr zufrieden sind, wenn man ihnen per Monat oder Jahr eine bestimmte Summe gibt, damit sie wissen, dass sie eine ständige Stellung haben. Ich würde mir daher erlauben, den Antrag zu stellen, von einem solchen Taglohn von 2 fl. abzusehen, und lieber ein Monats- oder Jahresgehalt auszuwerfen, wenn auch das etwas höher kommt, und jedenfalls auf Gewerbeschüler im Baufache und Militär-

aufseher Rücksicht zu nehmen. Beide sind ganz ausgezeichnete Leute, ich kann aus eigener Erfahrung sprechen. Ich empfehle Ihnen sehr meinen Antrag.

Gem.-Rath Gräf: Ich habe aus der Verlesung der Bauordnung oder der Instruction der Bauaufseher ihren Wirkungskreis entnommen. Mit dem Antrage ist uns aber nicht geholfen, wenn wir wirklich anstreben wollen, schleuderhafte Bauausführungen hintanzuhalten. Es werden die Bauaufseher nach dem, was ich gehört habe, zu nichts anderem als zu Spitzeln der Baubehörde verwendet. Unter solchen Umständen würde ich meine Zustimmung zu deren Anstellung nicht geben. Ich kann mich nur dem anschließen, was Herr Gem.-Rath v. Stummer gesagt hat, dass eine bessere technische Vorbildung nothwendig sein wird, damit die Leute ihrem Zweck ganz entsprechen, wenn sie dazu da sein sollen, die Ingenieure bei Beaufsichtigung der Bauten zu unterstützen. Ich schließe mich daher vollständig dem Antrage des Herrn Gemeinde-Rathes v. Stummer an.

Referent (zum Schlusswort): Ich bin außerordentlich darüber erstaunt, dass man ganz vergisst, dass sich an der Spitze unseres Bauamtes ein Mann befindet, der in ganz Europa als ein Fachmann ersten Ranges anerkannt ist. Wenn der Mann an uns herantritt und erklärt, ich werde mir Leute verschaffen, welche ich brauche, bewilligen Sie mir die Mittel von 2 fl. täglich, so erscheint mir — verzeihen Sie mir den Ausdruck — die Belehrung, die ihm hier von verschiedenen Seiten ertheilt wurde, ganz und gar überflüssig. (Widerspruch links.)

Ich habe die Anschauung, dass der Herr Baudirector zum mindesten ein so ausgezeichneter Fachmann ist, als jeder der Sachverständigen, die hier sitzen. Ich glaube, die Herren werden dem selbst nicht widersprechen. (Rufe links: Das ist wieder eine Provocation! — Gem-Rath Silberer: Das ist überflüssig! Wir protestieren gegen einen solchen Ton!) Ich erkläre nochmals, es ist eine vollständige Verkennung der Stellung des Gemeinderathes, die sich darin ausspricht, dass man sich um diese Details der Administration kümmert. (Widerspruch links. — Gem.-Rath Hawranek ruft: Zu was sind wir denn da!) Vor allem anderen ist es unmöglich, wenn die Verwaltung glaubt, mit einem bestimmten Betrage das Auslangen zu finden, dass seitens der Verwaltungsoberbehörde gesagt wird: „Nein, das kostet mir zu wenig". Das war noch nicht da. Wenn die Verwaltung mit dem Betrage nicht das Auslangen findet, wird sie nochmals an den Gemeinderath herantreten und um die Bewilligung höherer Mittel ansuchen müssen. Aber dass der Gemeinderath sagt, zwei Gulden sind zu wenig, es müssen drei Gulden bewilligt werden, das war noch nicht da. Die Herren haben vollkommen übersehen, dass durch die Novelle zur Bauordnung der Baubehörde eine Macht eingeräumt wurde, welche sie bisher nicht gehabt hat. Nach der alten Bauordnung konnte die Baubehörde sich um die Qualität und fachmännische Verwendung des Materiales gar nicht bekümmern, nun ist durch Einfügung des § 100 dasselbe der Aufsicht der Ingenieure unterworfen und sind dieselben befugt, nachzusehen, ob den Vorschriften entgegen gehandelt wurde, ob unqualitätmäßiges oder gutes Baumateriale und ob dasselbe fachmäßig verwendet wird.

Es ist also den Organen des Stadtbauamtes eine Anzahl von Agenden zugewachsen. Das erklärt, warum die ohnehin spärlich votierten Bezirksämter mit ihrem Personale nicht auskommen können. Nun möchte ich aber nur eins bitten. Wenn seitens des Baudirectors die Aufnahme zehn solcher Hilfsarbeiter beantragt wird dann begreife ich nicht, warum Sie an dieser Ziffer, die ein Sachverständiger vorschlägt, mäkeln; ebensowenig als ich begreife, warum Sie veranlassen wollen, dass Vorschriften gemacht werden über die Auswahl der Personen, die schließlich nur der Baudirector treffen kann; ich gestehe, dass ich nicht begreifen kann, wie man sich in diese Agenden des Baudirectors einmischen kann, die man doch nicht zu controlieren vermag. Sie müssten nur ganz neue Prüfungsvorschriften entwerfen, mit einem Worte Dinge vorschreiben, die Sie alle selbst als überflüssig erkennen. Ich bitte Sie daher, dem Antrage zuzustimmen, die Beschränkung nicht zu bewilligen und insbesondere eine Erhöhung der Kosten unter gar keiner Bedingung zuzugestehen.

Gem.-Rath Gräf: Ich habe mir zu einer persönlichen Bemerkung gegen den Referenten das Wort erbeten. Es hat uns der Herr Referent gesagt, man solle in Berücksichtigung dessen, dass der Stadtbaudirector eine anerkannte Capacität ist — ich mache ihm das nicht streitig — es nicht versuchen, ihm eine Belehrung zu geben. Als Vertreter einer so großen Wählerschaft sind wir im Gemeinderath doch berufen, uns mit dem Referate etwas näher zu beschäftigen. Wir thun damit nur unsere Pflicht (Sehr richtig! links), und wir könnten das nur dann unterlassen, wenn der ganze Gemeinderath unter Curatel gestellt wäre. Gerade durch den Titel Bauaufseher habe ich mich veranlasst gesehen, mich gegen das Referat in gewisser Beziehung auszusprechen, weil ich verlange, dass derjenige, der einen Bau zu beaufsichtigen hat, auch von der Sache etwas versteht.

Hätten Sie gesagt Baumaterialien-Aufseher, so hätte ich kein Wort dagegen gesprochen und ich muss daher die Bemerkungen des Referenten bezüglich meiner Person als unpassend und überflüssig zurückweisen. (Zustimmung links.)

Gem.-Rath Ziegelwanger: Ich berichtige thatsächlich, dass ich eigentlich gar nicht gegen den Antrag bin, sondern ich begrüße denselben. Nur das Wort „Bauaufseher" und die zwei Gulden haben mich etwas befremdet.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Das ist keine Berichtigung.

Gem.-Rath Ziegelwanger (fortfahrend): Und constatiere und berichtige thatsächlich: Ich verstehe auch etwas davon, wie man Arbeiter bezahlt, von denen man etwas verlangen kann. Es hat der Herr Baudirector gesagt, dass er zufrieden ist, wenn man ihm zwei Gulden für die Aufseher bewilligt. Sein fachmännisches Urtheil habe ich nicht angegriffen, aber ich kann Ihnen nur sagen, mit zwei Gulden kann man ordentliche Arbeiter nicht bekommen.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Das ist keine Berichtigung.

Gem.-Rath Ziegelwanger: Ich wollte das nur berichtigen, weil ich die Sache gewiss besser verstehe als der Baudirector und der Vice-Bürgermeister.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Das ist ja wieder keine Berichtigung; das ist ja neuerliche Debatte.

Gem.-Rath v. Stummer (zu einer Berichtigung): Ich will nur constatieren, dass es mir nicht eingefallen ist, unseren Baudirector zu belehren (Rechts: Sehr richtig!), aber ich halte mich auch fähig und bin so eitel auf mein Wissen, zu sagen, dass auch ich über eine solche Sache ein Urtheil habe, dass man für zwei Gulden keine ordentlichen Leute bekomme (Zustimmung rechts),

und wenn der Herr Baudirector da wäre, würde er mir rechtgeben. Ich bitte daher, meinen Antrag anzunehmen. (Lebhafte Zustimmung und Händeklatschen.)

Gem.-Rath Eigner: Ich erlaube mir auch eine Bemerkung zu machen. Es hat mich befremdet, wie uns der Herr Vice-Bürgermeister so „niedergeduftet" hat, als ob wir von der Sache nichts verstehen würden und erst heute auf die Welt gekommen wären.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke (unterbrechend): Das ist keine Berichtigung.

Gem.-Rath Eigner (fortfahrend): Ferner bemerke ich auf die Ausführungen des Gem.-Rathes Stummer, man solle Realschüler und Baugewerbeschüler anstellen, dass ich mit denselben selbst Erfahrung gemacht habe, sie sind nicht einmal fähig, Wochenlisten zu schreiben, sie sind nicht einmal fähig, einen Thürstock abzumessen. (Lebhafte Unruhe im ganzen Saale.)

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Das ist keine Berichtigung.

Gem.-Rath Eigner (fortfahrend): Bevor man solche Leute anstellt, ist es besser, wenn Sie Diurnisten anstellen.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Ich kann Sie nicht fortreden lassen. Ich entziehe Ihnen das Wort. Das ist keine Berichtigung, unter dem Titel der Berichtigung wird die Geschäftsordnung missbraucht. Das kann ich nicht gestatten.

Gem.-Rath Eigner: Ich empfehle Ihnen, dass Sie nur praktische Leute anstellen.

Gem.-Rath Pursche (zur Geschäftsordnung): Ich erlaube mir nur die Bemerkung zu machen, dass man Referate, über welche der Gemeinderath nichts dreinzureden hat, nicht herbringen soll.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Es liegen verschiedene Anträge vor. Der Antrag Gräf ist ein Gegen-Antrag gegen den Referenten-Antrag und kommt zuerst zur Abstimmung. Derselbe geht dahin, für die zehn Bezirke werden nur fünf Aufseher bestellt, welche eine entsprechende technische Vorbildung nachzuweisen haben und daher ihren Kenntnissen entsprechend honoriert werden sollen. Die Herren, welche für diesen Antrag sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Es ist die Minorität.

Nun kommen wir zum Referenten-Antrage. Gegen die Zahl der Bauaufseher, die bestellt werden sollen, ist keine Einwendung erhoben worden. Es sind nur die Kosten bekämpft worden, und zwar hat Herr Gem.-Rath Ziegelwanger den Antrag gestellt, dass 3 fl. Taggeld gegeben werden. (Rufe: Antrag Stummer!)

Gem.-Rath Ziegelwanger (zur Geschäftsordnung): Ich ziehe meinen Antrag zu Gunsten des Antrages Stummer zurück. (Bravo! Bravo!)

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Der Antrag Stummer geht dahin, es sei bei der Aufnahme von Bauaufsehern in erster Linie auf Gewerbeschüler und Militäraufseher Rücksicht zu nehmen, und es sei denselben ein Monatsgehalt von 60 fl. zu bewilligen.

Ich bringe zunächst die Zahl 10 zur Abstimmung. Jene Herren, welche damit einverstanden sind, dass zehn Bauaufseher bestellt werden, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Jene Herren, welche für den Antrag des Herrn Gem.-Rathes Stummer sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Es ist die Majorität, dieser Antrag ist also angenommen. (Beifall links.)

Es wurde daher beschlossen:

Es sei die Aufnahme von zehn Bauaufsehern mit dem Bezuge von täglich 2 fl. zu bewilligen und die hiefür auflaufenden Kosten pro 1892 auf den Reservefond zu verweisen.

21. Referent Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich habe weiters zu Z. 1523 zu berichten, betreffend die Vermehrung von Gebüreneinhebungs-Organen. Der Anlass zu diesem Referate ist ein Bericht der Direction der städtischen Hauptcassa, welcher darauf verweist, dass infolge des Zuwachses des Gebüreneinhebungsgeschäftes bei den magistratischen Bezirksämtern sich ein Mehrbedarf an Einhebungs-Organen für die Bezirke I bis X herausgestellt hat. Der Bericht verweist ferner darauf, dass die Zahl schon früher eine für den Dienst ungenügende war. Weiters wird auf die Berichte der Magistrats-Direction über die Agenden der städtischen Bezirksämter verwiesen, und es wird hervorgehoben, dass sich speciell in den Bezirken XI, XII und XVII eine Vermehrung der Gebüreneinhebungs-Organe als nothwendig herausstellt. Mit Rücksicht darauf wird Ihnen nun folgender Antrag unterbreitet: Es sei eine Vermehrung der Gebüreneinhebungs-Organe für die Bezirke I bis X, XI, XII und XVII, im ganzen um sechs Individuen, zu genehmigen und die Bemessung der Bezüge derselben in der Weise durchzuführen, wie sie systemmäßig einem provisorischen Taxcommissär gebüren.

Der Grund zu dem letzteren Antrage ist ein Gemeinderaths-Beschluss aus dem Jahre 1884, welcher in dieser Weise eine Ausmessung der Entlohnung verfügt. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Gem.-Rath Ferdinand Mayer: Ich möchte den Referenten-Antrag unterstützen aus dem Grunde, weil sämmtliche Genossenschaften sehr hart betroffen sind durch den Umstand, dass ihre Eingaben wegen Einhebung der Genossenschaftsbeträge, die von den Genossenschafts-Vorstehern verlangt wird und vom Magistrat durchgeführt werden soll, monatelang liegen bleiben. Es ist heute schon soweit gekommen, dass die Genossenschafts-Krankencassen Schaden leiden, weil die nichtzahlenden Parteien nicht einmal vorgeladen werden, vielweniger, dass sie zur Zahlung der Beträge verhalten werden. Die Sachen bleiben einfach liegen, die Bezirksämter können die Arbeiten nicht bewältigen; es ist also unbedingt nothwendig, dass diese Calamität aufhört. Wenn die Sache in der beantragten Weise durchgeführt wird, denke ich, dass wenigstens ein Theil der Angelegenheiten in richtigerer Weise sich wird erledigen lassen; auch die Genossenschaften werden damit einverstanden sein, dass ihre Angelegenheiten zur Behandlung gelangen und deshalb empfehle ich den Antrag zur Annahme.

Gem.-Rath Weitmann: Es ist in diesen Angelegenheiten wirklich eine gewisse Lauheit seitens der betreffenden Organe eingetreten. Ich bin Ausschussmitglied der Genossenschaft der Feinzeugschmiede und wir sind bei einigen Meistern nicht im Stande, die Genossenschaftsgebüren einzutreiben; diese Meister befinden sich in den Vororten. Der Magistrat geht in dieser Beziehung etwas energischer vor, aber die Bezirkshauptmannschaften sind in letzter Zeit sehr lau gegen säumige Mitglieder vorgegangen und es wäre sehr gut, energischer vorzugehen. Man soll einfach demjenigen, der die Genossenschaftsgebür nicht entrichtet, der sich gegen die Bezahlung

stemmt oder sich sogar renitent benimmt, das Geschäft entziehen, das wäre eine Warnung für die anderen Mitglieder. Dass man dieses störrige Vorgehen duldet, macht auch jene Leute, welche zahlen würden, renitent, und sie sagen: Wenn der nicht zahlt, zahle ich auch nicht. Ich möchte diese Anregung geben, damit man eventuell bei den Bezirkshauptmannschaften die nöthigen Schritte macht, damit die Genossenschaften bei Eintreibung ihrer Forderungen etwas energischer unterstützt werden.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Die Debatte ist geschlossen. Der Referent hat das Schlusswort. (Der Referent verzichtet.) Ich bitte also, jene Herren, welche mit diesem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Es wurde daher beschlossen:

Es sei eine Vermehrung der Gebüreneinhebungs-Organe um sechs Individuen mit den systemmäßigen Bezügen von provisorischen Taxcommissären zu genehmigen.

22. Referent Gem.-Rath Schlechter: Ich habe die Ehre, zu referieren zur Zahl 29 und bemerke, dass der Antrag auf der gedruckten Tagesordnung steht. Es ist von Seite der Genossenschaft der Friseure und Raseure in Wien eine Eingabe eingelangt, in welcher dieselbe um eine Subvention für ihre fachliche Fortbildungsschule ersucht. Bemerkt wird, dass diese Schule von der Genossenschaft vor bereits 12 Jahren gegründet wurde und in demselben Curse im Frisieren, Rasieren, Haarschneiden und Damenfrisieren abgehalten werden, und zwar sowohl für Lehrlinge, Gehilfen, Hilfsarbeiter, als auch für Meister. Es wird übrigens in der Eingabe auch ganz besonders hervorgehoben, dass diese Schule einen eminent humanitären Charakter hat, weil im Laufe eines Jahres circa 30.000 bis 40.000 arme Leute hinkommen, denen unentgeltlich die Haare geschnitten und die unentgeltlich rasiert werden. (Heiterkeit.)

Es wird nun vom Magistrats-Referenten sehr empfohlen, diese Fortbildungsschule von Seite des Gemeinderathes zu subventionieren und wird hiefür ein Betrag von 200 fl. für das Jahr 1892 vorgeschlagen. Ich empfehle Ihnen die Annahme des Antrages.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Keine Einwendung? Angenommen.

Es wurde daher beschlossen, der Genossenschaft der Friseure und Raseure eine Subvention von 200 fl. pro 1892 für ihre Fachschule zu gewähren.

23. Referent Gem.-Rath Schlechter: Ich habe ferner zur Zahl 30 zu referieren; der Antrag befindet sich ebenfalls auf der gedruckten Tagesordnung. Es handelt sich um ein Subventionsgesuch des Ersten öffentlichen Kinderkrankeninstitutes in Wien. Dieses ist schon zu wiederholtenmalen vom Gemeinderathe mit Subventionen bedacht worden, das letztemal mit Beschluss der Finanzsection für die Jahre 1889 bis 1891 mit einem jährlichen Betrag von je 200 fl., wovon 100 fl. aus eigenen Geldern und 100 fl. aus den Geldern des allgemeinen Versorgungsfonds bezahlt wurden. Mit Rücksicht darauf, dass dieses Institut sehr bekannt ist und dass eine große Anzahl von Kindern dort unentgeltliche Ordination finden, wird sowohl vom Sanitäts- als vom Finanz-Referenten des Magistrates beantragt, dass für die Jahre 1892, 1893 und 1894 wie in den Vorjahren eine Subvention von je 200 fl. gegeben werde und die Vertheilung auf die eigenen und die Gelder des Versorgungsfonds in der bisherigen Weise zu erfolgen habe. Dieser Antrag wird von Seite des Stadtrathes zur Annahme empfohlen. — Angenommen.

Es wurde daher beschlossen, dem Ersten öffentlichen Kinderkrankeninstitute eine Subvention von je 200 fl. pro 1892, 1893 und 1894 zu gewähren. Hiezu sind jährlich je 100 fl. den eigenen Geldern der Gemeinde Wien und je 100 fl. dem allgemeinen Versorgungsfonde zu entnehmen.

24. Referent Gem.-Rath Wiesberger: Ich habe die Ehre, zur Zahl 1548 zu referieren über das Ansuchen der freiwilligen Feuerwehr in Grinzing um eine Subvention. Dieselbe hat sich an das magistratische Bezirksamt des XIX. Bezirkes gewendet und um eine Subvention angesucht mit Hinweis darauf, dass sie seit Beginn dieses Jahres einen angestellten Feuerwehrmann zu bezahlen hat, weil die freiwillige Feuerwehr, die früher diesen Dienst besorgte, das jetzt nicht mehr thut, und weil sie verschiedene Geräthschaften vom vergangenen Jahre im Monate Jänner zu bezahlen gehabt habe, so dass bis Ende März schon 255 fl. ausgegeben wurden. Das magistratische Bezirksamt hat dieses Gesuch an den Magistrat geleitet. Der Magistrat hat das Feuerwehr-Commando und sämmtliche Ämter befragt, und alle Ämter mit Ausnahme des Feuerwehr-Commandos von Wien befürworten die Subvention. Es wird seitens des Stadtrathes eine Subvention im Betrage von 500 fl. beantragt. Ich bitte, diesen Antrag anzunehmen.

Gem.-Rath Steiner: Es ist ja selbstverständlich, dass den freiwilligen Feuerwehren Subventionen bewilligt werden müssen. Nur würde ich bitten, dass die Feuerwehr über die Verwendung dieser Subventio n strenge Rechnung lege. Denn es kommt bei den freiwilligen Feuerwehren vor, dass, wenn irgendwo außer dem Rayon von Wien jemand stirbt, diese sich einen Wagen nehmen — oder sie haben auch einen Mannschaftswagen — und spazierenfahren, und das muss alles aus der Subvention bezahlt werden. Ich würde also bitten, dass die Feuerwehr verpflichtet werde, strenge Rechnung zu legen über die von der Gemeinde Wien bewilligte Subvention. (Rufe: Sehr brav!)

Gem.-Rath K. M. Mayer: Ich möchte an den Herrn Referenten eine Anfrage richten. Er sagt: Alle Befragten waren für die Subvention, nur der Branddirector Zier — der für uns die höchste Autorität in diesem Fache ist — ist dagegen. Ich bitte nun den Herrn Referenten, zu sagen, welche Gründe er anführt.

Referent: Diese Frage kann ich ganz kurz beantworten. Es ist selbstverständlich, dass die Feuerwehr von Wien vielleicht die tüchtigste der Welt ist; ich habe alle Hochachtung vor derselben. Nun dürften die Herren wissen, dass von jeher ein immerwährender Krieg zwischen den Feuerwehren der Vororte und derjenigen von Wien geführt wird. Die letztere weist darauf hin, dass die freiwilligen Feuerwehren nicht so schlagfertig sind, dass die Subventionen sich mehren werden u. s. w. Infolge dessen beantragt man die Ablehnung. Ich muss übrigens constatieren, dass sich die Herren im Laufe der Zeit anders besonnen haben müssen, weil ich noch ein Referat hier habe, wo sie die Subvention schon befürworten.

Gem.-Rath Schlechter: Die freiwilligen Feuerwehren sind eine Institution, welche vornehmlich in den Vororten besteht. Es ist daher eine Institution, welche gewissermaßen zu dem Status, den wir in Wien haben, hinzugekommen ist und es würde jedenfalls ein Beweis von Fürsorge und Entgegenkommen sein, wenn der Stadtrath und Gemeinderath diesen freiwilligen Feuerwehren Subventionen gibt. Wir wollen sie doch in ihrer Wirksamkeit sehen und werden nicht Institutionen, welche die bisherigen Vororte gegründet haben, vielleicht dahin bringen wollen, dass sie sich auflösen.

Dem Antrage Steiner stimme ich im Principe ganz zu, indem ich erklären muss, dass ich den Zusatz, dass über die Verwendung der Gelder Rechenschaft gelegt werde, vollkommen begreiflich finde; nur bitte ich, das nicht in jene strenge Form zu kleiden, wie er es gethan hat, denn ich glaube, es ist doch ein klein bisschen Beleidigung daran, wenn man sagt: Du musst mir strenge Rechenschaft geben. Ich glaube, es muss uns genügen zu sagen, dass wir die Subvention bewilligen und dass die freiwilligen Feuerwehren verpflichtet seien, über die Verwendung der Gelder am Ende des Jahres entsprechend Rechnung zu legen.

In dieser Form würde ich Ihnen auch den Zusatz Steiner zur Genehmigung empfehlen. (Referent: Er kommt gar nicht als Zusatz zur Abstimmung, sondern nach meinem Antrage.)

Gem.-Rath K. M. Mayer: Die Herren werden mit mir vollkommen einig sein, wenn ich sage, dass eigentlich meine präcis gestellte Frage nicht, oder zum mindesten nicht umfassend beantwortet wurde.

Der Antagonismus, der besteht, und von dem der Herr Referent gesprochen hat, gilt hier nicht und kann hier nicht maßgebend sein, weil dort die städtische Feuerwehr noch nicht etabliert ist, weshalb eine Eifersüchtelei nicht bestehen kann. (Referent: O ja!) Nach meiner Anschauung ist es nicht so, und wenn dies also kein Amtsgeheimnis ist, so möchte ich bitten, uns die Äußerung des Herrn Branddirectors Zier vorzulegen.

Referent: Ich erachte es als meine Pflicht, Ihnen dies nicht zu verschweigen und werde ich Ihnen diese Äußerung sofort mittheilen.

Der städtische Feuerwehr-Commandant äußert sich dahin, dass circa zwei Drittel des als Schuld angeführten Betrages auf die Zeit vor der Einbeziehung der Vororte entfallen. Weiters ist aus dem Schreiben von Höllsch in Graz ersichtlich, dass die von demselben gekaufte Schiebleiter derzeit entweder dienstunfähig ist oder der Ersatz des gebrochenen Theiles noch in Rechnung kommt. Endlich ist nun auch für den angeführten „Feuerwehrdiener" bereits der Februar- und Märzgehalt und auch der mit 15 fl. bemessene Wachlocalzins für den März zugewachsen, so dass sich das Gesammterfordernis heute schon nicht auf 155, sondern auf rund 250 fl. belauft, wenn nicht indes noch andere Auslagen hinzugekommen sind.

Das Feuerwehr-Commando deutet dann im allgemeinen auf die übliche Gebarung hin und hebt noch im Speciellen hervor, dass der Rechenschaftsbericht über Ausbildung, Leistungen, Brände ꝛc. gar keine Auskunft gibt. Es wird also die Abweisung beantragt.

Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Meine Herren! Ich werde mich für die Subventionierung aussprechen und bekräftige dies damit, dass ich jederzeit für die Wiener Feuerwehr die größte Hochachtung an den Tag gelegt habe und die Anträge, die ich zu Gunsten der Berufsfeuerwehr wiederholt in diesem Saale gestellt habe, beweisen, dass ich nicht die geringste Animosität gegen die Berufsfeuerwehr empfinde. Dessen ungeachtet ist nicht zu leugnen, dass Conflicte und Reibereien zwischen den freiwilligen Feuerwehren und der Berufsfeuerwehr bei jedem Brande, auch in den Vororten vorkommen, wo eigentlich die Berufsfeuerwehr niemals in der Lage ist, das Commando zu führen, sondern nur der betreffende Hauptmann der freiwilligen Feuerwehr. Ich spreche deshalb für die Subvention, damit diese freiwilligen Feuerwehren auch in der Zukunft in der Lage sind, weiter zu functionieren; weil uns dies bedeutend billiger zu stehen kommt, als wenn wir eine Feuerwehr-Filiale errichten. Wenn gesagt wird, dass die freiwilligen Feuerwehren vielleicht nicht jene Schlagfertigkeit besitzen wie die Berufsfeuerwehr, so ist dies auch nicht richtig. Ich möchte mir da nur auf einen concreten Fall aus jüngster Zeit hinzuweisen erlauben, nämlich auf den vor einigen Wochen stattgehabten Brand am Leopoldsberg. Die freiwillige Feuerwehr des IX. Bezirkes war die erste, welche am Leopoldsberg eintraf, später kamen erst die Ortsfeuerwehren und dann die Berufsfeuerwehr. Aus diesem Grunde bitte ich, für den Antrag des Herrn Referenten zu stimmen.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Meine Herren! Wenn ich in dieser geringfügig scheinenden Angelegenheit das Wort ergreife, so geschieht es nur, um meinen Standpunkt in der Feuerwehrfrage überhaupt zu präcisieren. Ich bin nämlich der Meinung, dass in jenen Theilen der Stadt Wien, welche einen wirklich städtischen Charakter an sich tragen, die freiwilligen Feuerwehren — mein unmittelbarer Herr Vorredner möge es mir verzeihen — etwas Anachronistisches an sich haben und dass in den betreffenden Theilen — der Stadt die Berufsfeuerwehr eingerichtet werden muss. — Grinzing liegt aber derzeit noch so ziemlich abseits und die freiwillige Feuerwehr wird nach meiner Meinung dort noch eine geraume Zeit erhalten bleiben müssen. Ich werde daher in diesem ausnahmsweisen Falle für die Subvention stimmen, ich werde aber auch dafür stimmen, dass ordnungsmäßig Rechnung gelegt werde, weil ich die freiwilligen Feuerwehren nur dann begrüßen kann, wenn sie wirklich als ein Theil des Ganzen beziehungsweise als Gemeindeorgane betrachtet werden. Ich empfehle Ihnen daher den combinierten Antrag des Stadtrathes und des Herrn Collegen Steiner.

Referent (zum Schlusswort): Man mag über die freiwilligen Feuerwehren denken wie man will, das Eine ist richtig: Eine so schlagfertige und geschickte Feuerwehr, wie die Groß-Gemeinde Wien sie hat, haben sich die Vororte nicht bestellen können; das war unmöglich. Sicher ist aber, dass die freiwilligen Feuerwehren draußen, selbst in den allerkleinsten Orten, in jeder Richtung ihre Schuldigkeit gethan haben. Viele Mitglieder haben den freiwilligen Dienst, den sie ihren Mitbürgern gewidmet haben, mit ihrem Leben bezahlen müssen, viele sind Krüppel geworden, und sie haben nichts davon, weil sie gar keine Besoldung bezogen haben. Sie haben also ihre Schuldigkeit voll und ganz gethan.

Ich möchte die Herren darauf aufmerksam machen, dass man trachten soll, solange es überhaupt möglich ist, die freiwilligen Feuerwehren zu erhalten. Denn erst wenn sie einmal verschwinden werden, wird man sehen, was die Feuerwehr in Wien kosten wird. Derzeit sind 39 freiwillige Feuerwehren mit 1200 Mann thätig. Wollen Sie diese auf Kosten der Gemeinde Wien vielleicht mit geringeren Mitteln ersetzen? Das, was jetzt eingestellt ist in dem Präliminare pro 1892, ist verschwindend klein gegen das, was

es nachträglich kosten wird. Ich empfehle Ihnen meinen Antrag, welchen ich vorlesen werde, bestens zur Annahme. Er geht dahin (liest): Es sei der freiwilligen Feuerwehr in Grinzing eine auf den Reservefond pro 1892 zu überweisende Subvention per 500 fl. ö. W. gegen dem zu bewilligen, dass damit die Besoldung des Dieners mit 30 fl. monatlich und die laufenden Auslagen mit Ausnahme der Ergänzung und Anschaffung der Löschrequisiten, Signalapparate bestritten, genaue Abrechnung gelegt und von jeder größeren Anschaffung die Anzeige erstattet werde. Ich bitte um die Annahme dieses Antrages. (Gem.-Rath Dr. Lueger ruft: Warum wird denn das nicht gleich vorgelesen?)

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Bei Subventionen werden vom Stadtrathe stets derlei Bedingungen gestellt. Wir schreiten zur Abstimmung. Es fällt der Antrag Steiner-Schlechter natürlich infolge dieser Stilisierung weg. Diejenigen Herren, welche für den Referenten-Antrag stimmen, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Es wurde daher beschlossen:

Es sei der freiwilligen Feuerwehr in Grinzing eine auf den Reservefond pro 1892 zu überweisende Subvention per 500 fl. ö. W. gegen dem zu bewilligen, dass damit die Besoldung des Dieners mit 30 fl. monatlich und die laufenden Auslagen mit Ausnahme der Ergänzung und Anschaffung der Löschrequisiten, Signalapparate bestritten, genaue Abrechnung gelegt und von jeder größeren Anschaffung die Anzeige erstattet werde.

25. Referent Gem.-Rath Witzelsberger: Ich habe die Ehre, zur Zahl 1978 zu referieren über eine Subvention für die freiwillige Feuerwehr in Unter-Sievering. Dieselbe ist ebenfalls um eine Subvention von 382 fl. 50 kr. ö. W. beim magistratischen Bezirksamte eingekommen. Das Ansuchen wird vom magistratischen Bezirksamte im XIX. Bezirke befürwortet und geht der Antrag des Stadtrathes dahin: Es sei der freiwilligen Feuerwehr in Unter-Sievering die angesuchte Subvention per 382 fl. 50 kr. ö. W. gegen dem zu bewilligen, dass die davon zu deckenden Bedürfnisse dem Magistrate fallweise angezeigt und die bestrittenen Auslagen genau nachgewiesen werden. Ich bitte um die Annahme dieses Antrages.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Angenommen.

Es wurde daher beschlossen:

Es sei der freiwilligen Feuerwehr in Unter-Sievering die angesuchte Subvention per 382 fl. 50 kr. ö. W. gegen dem zu bewilligen, dass die davon zu deckenden Bedürfnisse dem Magistrate fallweise angezeigt und die bestrittenen Auslagen genau nachgewiesen werden.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Die öffentliche Sitzung ist geschlossen, es folgt eine vertrauliche Sitzung.

(Schluss der öffentlichen Sitzung 7½ Uhr abends.)

Beschluss-Protokoll

der **vertraulichen** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom 29. April 1892.

Vorsitz: **Vice-Bürgermeister Dr. Richter.**

1. Gem.-Rath Schlechter referiert über das Ansuchen des Karl Hofmeier um Schadloshaltung für die Grundabtretung beim Hause Nr. 45 Kärnthnerstraße, I. Bezirk und beantragt, im Sinne des § 12 der Bauordnung für Wien eine Schadloshaltung von 360 fl. per Quadratmeter für den zur Straßenverbreiterung abzutretenden Grund im Ausmaße von 215 m². (Angenommen.)

2. Gem.-Rath Witzelsberger referiert über die Gewährung einer Subvention für die freiwillige Feuerwehr in Gersthof und beantragt den Betrag von 400 fl. (Angenommen.)

3. Gem.-Rath Dr. Grübl beantragt die Verleihung des Bürgerrechtes mit Nachsicht der Taxe an den städtischen Oberlehrer Leopold Heiden. (Angenommen.)

4. Die **Gem.-Räthe Dr. Vogler, Vaugoin** und **Dr. Grübl** referieren über Personal-Angelegenheiten.

(Schluss der Sitzung.)

Stadtrath.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom 22. April 1892.

Vorsitzender: Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke.

Anwesende: Dr. v. Billing, Boschan, v. Götz, v. Goldschmidt, Dr. Grübl, Dr. Huber, Kreindl, Dr. Lederer, Matzenauer, Meißl, Müller, v. Neumann, Noske, Rückauf, Schlechter, Schneiderhan, Dr. Stenzl, Vaugoin, Dr. Vogler, Witzelsberger, Wurm.

Bürgermeister Dr. Prix,
Vice-Bürgermeister Dr. Richter.

Entschuldigt: Dr. Hackenberg.
Schriftführer: Magistrats-Concipist Appel.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke eröffnet die Sitzung.

St.-R. Dr. Hackenberg entschuldigt sein Ausbleiben wegen Unwohlseins.

Antrag des St.-R. Kreindl, die Wiedereröffnung des Durchbruches von der Liechtenstein- in die Nussdorferstraße im XIX. Bezirke ehestens zu veranlassen.

An den Magistrat zur schleunigen Amtshandlung.

St.-R. Vaugoin referiert über das Ansuchen um Bewilligung von Gehaltsvorschüssen.

Die Anträge des Referenten werden angenommen.

— **Derselbe** referiert über eine Graberhaltungswidmung und beantragt, die Widmung des Emerich Winter zur Erhaltung der Doppelgruft Gruppe 31 B, Reihe 12, Nr. 1 am Wiener Central-Friedhofe anzunehmen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen der Buchhaltungs-Registratorswaise Anna Dworzak um Verlängerung der Gnadengabe und beantragt, der Genannten die Gnadengabe von 60 fl. jährlich vom 6. März 1892 an auf weitere drei Jahre eventuell bis zu einer anderweitigen früheren Versorgung zu bewilligen.

(Angenommen; an den Gemeinderath);

— **derselbe** referiert über die Annahme mehrerer Graberhaltungswidmungen und beantragt:

Die Widmung der Rosalia Berger für das Einzelgrab Gruppe 15 D, Reihe 2, Nr. 4 am Central-Friedhofe anzunehmen.

Die Widmung der Erben nach Anton Schwarz für das Einzelgrab Gruppe 16 B, Reihe 4, Nr. 21 am Wiener Central-Friedhofe anzunehmen.

Die Widmung der Francisca Jungbauer für das Einzelgrab Gruppe 43 A, Reihe 15, Nr. 19 am Wiener Central-Friedhofe anzunehmen.

Die Widmung der Erben nach Josefa Paulus für das Einzelgrab Gruppe 39, Reihe 2, Nr. 28 auf dem Wiener Central-Friedhofe anzunehmen.

Die testamentarische Widmung des Franz Christen für das Einzelgrab Gruppe 41 F, Reihe 9, Nr. 14 am Wiener Central-Friedhofe anzunehmen.

Diese Anträge werden angenommen.

— **Derselbe** referiert über die Abschreibung von Beerdigungsgebüren und beantragt:

Die Todtenbeschaugebür per 1 fl. 50 kr. nach Marie Wolfsberger aus dem XIX. Bezirke abzuschreiben.

Die Grabstellgebür per 10 fl. nach Franz Werner aus dem XIX. Bezirke abzuschreiben.

Die Beerdigungsgebür im Betrage von 4 fl. 45 kr. nach Heinrich Bucher aus dem XIX. Bezirke abzuschreiben.

Die Beerdigungsgebüren aus dem XIX. Bezirke im Gesammtbetrage von 37 fl. 50 kr. nach Alois und Theresia Manhart, Amalie Dohnal, Kaspar und Anna Bogner, Andreas und Theresia Schwendtner, Maria Kuschal, Barbara Denk und Amalie Andersch abzuschreiben.

Diese Anträge werden angenommen.

Bürgermeister Dr. Prix referiert bezüglich der Bestimmungen über die Regulierung der Bezüge der städtischen Beamten:

§ 1.

Sämmtliche mit Gehalt angestellten städtischen Beamten — welche nicht unter die Ausnahmen des § 14 fallen — werden in sieben Rangsclassen getheilt, welche sich dem mit dem Gesetze vom 15. April 1873, Nr. 47 des R.-G.-Bl. für die k. k. Staatsbeamten bestimmten Rangsclassen-Schema XI bis V anschließen.

§ 2.

Das Ausmaß der Bezüge wird nach dem Range bestimmt, welcher der Stelle zukommt, die der städtische Beamte definitiv einnimmt.

Beamten, welche den Titel einer höheren Diensteskategorie haben, oder Beamten, welche auf einem systemisierten höheren Dienstposten nur provisorisch ernannt sind, gebüren die dem Range dieser höheren Diensteesstelle entsprechenden Bezüge erst dann, wenn ihnen dieser höhere Dienstposten definitiv verliehen wird.

§ 3.

Die systemmäßigen Bezüge bestehen:
a) in Gehalten,
b) in Quartiergeldern.

§ 4.

Die Gehalte werden festgesetzt wie folgt:

in der XI. Rangsclasse mit		700 fl. 800 fl.
„ „ X. „	zweiter Kategorie mit . .	900 fl. 1000 fl. 1100 fl.
„ „ X. „	erster Kategorie mit . . .	1200 fl. 1300 fl. 1400 fl.
„ „ IX. „	mit	1600 fl. 1700 fl. 1800 fl.
„ „VIII. „	„	2000 fl. 2200 fl. 2400 fl.
„ „ VII. „	„	2800 fl. 3200 fl. 3600 fl.
„ „ VI. „	„	4000 fl. 4500 fl.
„ „ V. „	„	5000 fl. 6000 fl.

§ 5.

Für die Rangsclassen wurden folgende Quartiergelder bestimmt:

Für die	XI.	Rangsclasse	300 fl.
„ „	X.	„	400 fl.
„ „	IX.	„	500 fl.
„ „	VIII.	„	600 fl.
„ „	VII.	„	700 fl.
„ „	VI.	„	800 fl.
„ „	V.	„	1000 fl.

§ 6.

Die Vorrückung in den höheren Gehalt hat in der XI. Rangsclasse, dann in der X. Rangsclasse zweiter Kategorie nach Verlauf von drei, in der X. Rangsclasse erster Kategorie aber, sowie in den übrigen Rangsclassen nach Verlauf von je fünf in dieser Rangsclasse rücksichtlich Kategorie vollstreckten Dienstjahren zu erfolgen.

§ 7.

Die Versetzung aus einer geringeren in eine höhere Rangsclasse, sowie aus der zweiten Kategorie der X. Rangsclasse in die erste Kategorie dieser Rangsclasse erfolgt im Wege der Ernennung.

§ 8.

Bei der Pensionierung eines Beamten ist demselben außer der normalmäßigen Pension auch der halbe Betrag desjenigen Quartiergeldes, welches er in dem seiner Pensionierung vorausgehenden Quartale bezogen hat, anzuweisen.

§ 9.

Den Aspiranten, Praktikanten und Eleven wird ohne Einreihung in eine Rangsclasse der Charakter von städtischen Beamten eingeräumt. Sie dürfen jedoch erst nach einer in der Dienstpragmatik festzusetzenden vollständig befriedigenden Probepraxis beeidet werden, welche ihnen in die für die Pensionsbemessung anrechenbare Dienstzeit eingerechnet wird.

§ 10.

Jene Eleven, Aspiranten oder Praktikanten, welche eine höhere wissenschaftliche Vorbildung nachzuweisen haben, erhalten ein Adjutum von jährlich 600 fl., die übrigen ein Adjutum von jährlich 500 fl.

§ 11.

Der Genuss der systemmäßigen Gehalte, Adjuten, Quartiergelder und der etwaigen sonstigen Zulagen beginnt in den Fällen der Ernennung vom ersten Tage des der Ernennung nächstfolgenden Monates. Die Gehalte, Adjuten und etwaigen Zulagen werden monatlich vorhinein erfolgt, die Quartiergelder aber am 1. Februar, 1. Mai, 1. August und 1. November eines jeden Jahres ausbezahlt. Als Tag der Ernennung gilt jener Tag, an welchem die Ernennung des Beamten vom Stadtrathe und bezüglich der Eleven, Aspiranten oder Praktikanten jener Tag, an welchem deren Anstellung vom Bürgermeister ausgesprochen worden ist.

§ 12.

Bei Vorrückungen hat der Bezug des höheren Gehaltes vom ersten Tage des Monates, welcher auf das vollstreckte Triennium oder Quinquennium zunächst folgt, anzufangen.

§ 13.

Der Bezug der Gehalte, Adjuten, Quartiergelder und etwaiger Zulagen hört in den Fällen einer neuen Ernennung oder einer Vorrückung mit jenem Zeitpunkte auf, von welchem die neuen Bezüge beginnen, sonst aber mit Ende des Monates, in welchem der Dienstaustritt erfolgt.

§ 14.

Auf die Bibliotheks-, Archiv- und Museumsbeamten, auf das städtische Forstpersonale, auf die in den städtischen Waisenhäusern im Asyle für verlassene Kinder, dann im Asyl- und Werkhause Angestellten, ferner auf die Beamten des städtischen Lagerhauses, auf die städtischen Ärzte, auf die Hausverwaltung und die Todtengräber, sowie auf jene Angestellten, deren Bezüge auf einem vertragsmäßigen Übereinkommen beruhen, finden diese Bestimmungen keine Anwendung.

Übergangsbestimmungen.

§ 1.

Die Einreihung der Beamten in die Gehaltsstufen derselben Rangsclasse hat nach der Dienstzeit, welche dieselben in ihrer letzten Diensteseigenschaft zugebracht haben, zu erfolgen.

§ 2.

Personalzulagen sind bei Erlangung einer höheren Gehaltsstufe, mag dieselbe durch Vorrückung oder Ernennung oder durch die bloße Einreihung in die Rangsclasse erreicht werden, nach Maßgabe des erlangten höheren Gehaltes einzuziehen, hiebei sind jedoch die Quartiergelder nicht in Anrechnung zu bringen.

§ 3.

Sollte ein Beamter auf Grund der gegenwärtigen Bestimmungen an Gehalt und Quartiergeld zusammen weniger erhalten, als seine gegenwärtigen Bezüge an Gehalt und Quartiergeld zusammen betragen, so hat er eine bei der Pension anrechenbare Zulage im Betrage der erwähnten Differenz zu erhalten, welche nach Maßgabe der Vorrückung des Beamten in höhere Bezüge einzuziehen ist.

Diese Bestimmung findet auf Beamte, deren Bezüge auf einem besonderen vertragsmäßigen Übereinkommen beruhen, keine Anwendung.

§ 4.

Wenn ein Beamter, welcher mit dem Titel eines höheren Dienstpostens ausgezeichnet ist, für diese höhere Dienstesstelle definitiv ernannt wird, so ist demselben zur Erlangung der Vorrückung in den höheren Gehalt innerhalb der ihm nunmehr gebürenden Rangsclasse jene Dienstzeit in Anrechnung zu bringen, welche er seit der Verleihung des Titels vollstreckt hat.

St.-R. Matzenauer beantragt, in die Specialberathung einzugehen und auf Grund des Stadtraths-Beschlusses die Systemisierung der Zahl der Beamten für die einzelnen Rangsclassen vorzunehmen und sodann dem Gemeinderathe zu berichten.

Es wird beschlossen, in die Special-Debatte einzugehen und sodann die Berathung abgebrochen.

St.-R. Dr. Vogler referiert über den Erlass der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 26. März 1892, Z. 17321, betreffend die Inbetriebsetzung einer neuen Tramwaywagen-Type, resp. des Wagens Nr. 206, und beantragt, denselben lediglich zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über den Vertragsentwurf wegen Miete der Amtsräume im städtischen Hause Or.-Nr. 64 Dorfgasse, XI. Bezirk für das k. k. Bezirksgericht Simmering und beantragt die genehmigende Kenntnisnahme. (Angenommen.)

St.-R. Kreindl referiert über den Antrag des Gem.-Rathes R. v. Neumann wegen Pflasterung der Fuhrmanns- und Löwenburggasse im VIII. Bezirke und beantragt die Genehmigung der Pflasterung dieser beiden Gassen mit alten Würfelsteinen mit dem Gesammtkostenerfordernisse von 3892 fl. 88 kr. und Vergebung der Pflasterungsarbeiten im Offertwege. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Kanzlei-Aspiranten Alois Schubert um Altersnachsicht und beantragt die Gesuchsgewährung. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Kanzlei-Diurnisten Ludwig Wolf um Studiennachsicht und beantragt die Gesuchsgewährung. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Andreas Hintermayer, Eigenthümers des von der Kaspar Groß'schen Concursmasse erworbenen Hauses XIII. Bezirk, Breitensee, Herrengasse 11 um Abschreibung des von ihm geforderten Rückstandes an Zinskreuzern per 26 fl. 88 kr. und beantragt die Genehmigung. (Angenommen.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter referiert bei Anwesenheit von achtzehn Stadträthen über die Besetzung erledigter Stellen im Conceptsstatus und beantragt:

a) Die Ernennung der Secretäre 1. Gehaltsstufe Josef Silberbauer, Mathias Schmitt und August Schiebek zu Magistratsräthen 3. Gehaltsstufe.

b) Die Vorrückung der Secretäre 2. Gehaltsstufe Ludwig Linsbauer, Dr. Julius Jaitner und Julius Griller in die 1. Gehaltsstufe; der Secretäre 3. Gehaltsstufe Dr. Friedrich Edl. v. Radler, Karl Sedlmayer und Wenzel Kienast in die 2. Gehaltsstufe.

c) Die Ernennung der Concipisten 1. Gehaltsstufe Dr. Wilhelm Löwy, Ludwig Teller und Philipp Klinenberg zu Secretären 3. Gehaltsstufe.

d) Die Vorrückung der Concipisten 2. Gehaltsstufe Dr. August Stern, Robert Hanel, Anton Frischauf in die 1. Gehaltsstufe; der Concipisten 3. Gehaltsstufe Emil Gazda, Leopold Schmidbauer und Dr. Emil Schwarz in die 2. Gehaltsstufe; der Concipisten 4. Gehaltsstufe Johann Bednař, Eduard Göttl und Dr. Max Weiß in die 3. Gehaltsstufe.

e) Die Ernennung der Concepts-Adjuncten 1. Gehaltsstufe Aug. Stich, Dr. Alois Heilinger und Karl Roth zu Concipisten 4. Gehaltsstufe.

f) Die Vorrückung der Concepts-Adjuncten 2. Gehaltsstufe Karl Hanisch, Dr. Franz Stiebitz und Dr. Karl Schaad in die 1. Gehaltsstufe.

Diese Anträge werden angenommen.

Zu Concepts-Adjuncten 2. Gehaltsstufe werden ernannt: Karl Bornwald und Franz Fürst.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter referiert über die Verpachtung der Gemeindejagd in Hütteldorf und beantragt, dem Julius Schuster das Jagdrecht in dem mit Wien vereinigten Theile der bestandenen Gemeinde Hütteldorf im Ausmaße von 891 Joch und in dem von der Gemeinde Hadersdorf einbezogenen Theile von 27 Joch, und zwar ersteres vom 1. April 1892 und letzteres vom 1. November 1893, beide um den jährlichen Pachtzins von 200 fl. ohne Ausschreibung einer Licitation aus freier Hand unter den vom magistratischen Bezirksamte für den XIII. Bezirk vorgelegten Bedingungen bis 31. December 1897 zu verpachten. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Revierförsters Heinrich Scharich um Altersnachsicht wegen Erlangung der Forstwartstelle in Groß-Enzersdorf und beantragt die Gesuchsgewährung.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert bei Anwesenheit von achtzehn Stadträthen über die Pensionierung des quiescierten Registranten Rudolf Khuen und beantragt, den Genannten auf Grund des § 111 der Dienstpragmatik in den bleibenden Ruhestand zu versetzen und demselben die normalmäßige Pension von 576 fl. jährlich zu bewilligen.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Leopold Forster, Buchhalters der gewesenen Gemeinde Simmering, um Anweisung des ersten Quinquenniums und beantragt, dem Genannten vom 1. Februar 1892 an die erste Quinquennalzulage von jährlich 100 fl. flüssig zu machen und demselben vom gleichen Zeitpunkte an das Quartiergeld um jährlich 20 fl. zu erhöhen. (Angenommen.)

St.-R. Müller referiert über den Erlass der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 23. März 1892, Z. 15405, womit ein für die Bauzwecke des Breitenfelder Kirchenbaufondes derzeit nicht erforderlicher Grundstreifen in der Breite von 12 m längs, beziehungsweise in der Flucht der Abschlussmauern des k. u. k. Militärverpflegsmagazines im VIII. Bezirke zum Zwecke der Eröffnung einer die Fortsetzung der Florianigasse bildenden Passage aus dem VIII. in den XVI. Gemeindebezirk der Gemeinde Wien zur vorläufigen Benützung unter gewissen Bedingungen unentgeltlich überlassen wird, und beantragt, der Statthalterei mitzutheilen, dass die Gemeinde diese Bedingungen acceptiert, und daran die Bitte zu knüpfen, auch noch die kleine im Plane mit a b c bezeichnete Fläche bei der Einmündung der Florianigasse zu Straßenzwecken zu überlassen. (Angenommen.)

St.-R. Meißl referiert über das Ansuchen der Maria Fischer, Hausmiteigenthümerin, um Verleihung der Zuständigkeit und beantragt die Verleihung. (Angenommen.)

St.-R. Schneiderhan referiert über das Ansuchen des M. Martschitz, Holzhändler in Simmering, die auf dem gepachteten Bürgerspitalsgrunde Abtheilung 3 b, Cat.-Parc. 368/1, 368/2, 1797 und 1798 an der Rinnböckstraße befindlichen, ihm gehörigen zwei Schupfen theilweise in provisorische Pferdestallungen umgestalten und zwei wasserdichte Jauchesammelgruben herstellen zu dürfen und beantragt, dem Ansuchen gegen dem gewährende Folge zu geben, dass diese Objecte bei Ablauf des Bestandvertrages vom Gesuchsteller im Sinne der allgemeinen Pachtbedingungen ohne Anspruch auf eine Entschädigung auf eigene Kosten wieder entfernt und der Grund in den vorigen Stand versetzt werde. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen um Bewilligung zu Adaptierungen im Hause Or.-Nr. 33 Stiftgasse, VII. Bezirk, und zur Aufstellung eines Gasmotors zum Betriebe der Glasschleiferei und beantragt, den Antrag des Magistrates auf Ertheilung des Bauconsenses für diese Adaptierungen und Aufstellung des Gasmotors im Hinblicke darauf, dass hieraus ein Nachtheil für die im Nachbarhause (Or.-Nr. 35) befindlichen Schule nicht zu erwarten steht, zu bestätigen.

(Angenommen.)

St.-R. Müller referiert über das Ergebnis der Offertverhandlung bezüglich der Erweiterung des Hietzinger Friedhofes und beantragt:

a) die Erd- und Baumeisterarbeiten dem Stadtbaumeister Joh. Töpfl mit dem Nachlasse von 18 Percent;

b) die Steinmetzarbeit der Wiener Baugesellschaft mit der Verwendung von Gmündner Granit für alle Arbeiten und dem Nachlasse von 15 Percent;

c) die Lieferung der hydraulischen Bindemittel der Lilienfelder Cement-Gewerkschaft (Förster & Co.) zum Preise von 1 fl. 38 kr. per 100 kg netto Lilienfelder hydraulischen Kalk im specifischen Gewichte von 80 kg per Hektoliter und von 3 fl. per 100 kg netto Gartenmauer-Portland-Cement aus der Fabrik Gebr. Leube im specifischen Gewichte von 126 kg per Hektoliter zu übertragen.

(Angenommen.)

Die Sitzung wird geschlossen.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom 26. April 1892.

Vorsitzende: Vice-Bürgermeister Dr. Borschke,
Vice-Bürgermeister Dr. Richter.

Anwesende:

Dr. v. Billing,	Meißl,
Boschan,	Müller,
v. Götz,	v. Neumann,
v. Goldschmidt,	Schlechter,
Dr. Grübl,	Schneiderhan,
Dr. Hackenberg,	Dr. Stenzl,
Dr. Huber,	Baugoin,
Kreindl,	Dr. Vogler,
Dr. Lederer,	Witzelsberger,
Matzenauer,	Wurm.

Bürgermeister Dr. Prix.

Entschuldigt: Rückauf.

Schriftführer: Magistrats-Concepts-Adjunct Pfeiffer.

Vice-Bürgermeister Dr. Borschke eröffnet die Sitzung.

St.-R. Rückauf entschuldigt sein Ausbleiben wegen Unwohlseins.

(Zur Kenntnis.)

St.-R. Meißl referiert über das Ansuchen des Kanzleiaspiranten Ferd. Drobil um Altersnachsicht und beantragt die Gesuchsgewährung. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über Gesuche um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt, an nachbenannte Personen

a) die Verleihung der Zuständigkeit:

Planer Sigmund, Handlungsreisender;

Hodinar Georg, Seiler;

Eisler Bernard, Kaffeebrenner;
Hajek Mathias, Gasmonteur;
Haslinger Johann, Holz- und Kohlen-Verschleißer;
Gottscher Mathias, Taglöhner;
Reichmann David, Schächter;
Süß Johann, Hausbesorger;
Wilk Jakob, Taglöhner;
Broter Josef, Metallgießer;
Krasa Franz, Schneider;
Rosenberg Ferdinand, Polizeiagent;
Feuchtinger Laurenz, Holz- und Kohlenhändler;
Stefke Gratian, Gemischtwaren-Verschleißer;
Rotkovsky Juliana Amalia, Köchin;
Waas Dominik, Geschäftsdiener;
Passauer Franz Karl, Hausbesorger;
Müller Franz, Gemischtwaren-Verschleißer;
Proschko Mathias, Sicherheitswachmann;
Biza Cäcilia, Bedienerin;
Bauer Arnold, Marktfactor;
Respor Theresia, Gastwirtin;
Kühlböck August, Taglöhner;
Pölzl Laurenz recte Pelz, Maurergehilfe;
Faist Franz, Schuhmacher;
Polt Heinrich, Zahlmarqueur;
Göbel Emil, Gärtner;
Malik Johann, Eisendreher;
Opper Lewy, Geschäftsführer;
Fröhlich Isaak, Schlossergehilfe;
Mandler Samson, Spengler;
Smudek Anton, Vicepolier;
Schüller Israel, Agent;
Putz Josef, Schlosser;
Rauch Israel, Geschäftsreisender;
Krizan Marie, Wäscherin;
Pradel Eduard, Postamtsdiener;
Löwy Philipp, Privatier;
Ostermann Josef, Hausbesitzer;
Nedowlaczil Gotthard, Spengler;
Ambrosch Wenzel, Schneider;
Hesaun Mathias, Schneider;
Tycho Wilhelm, Commis;
Kontny Josef, Schlossergehilfe;
Wollinger Thomas, Diener.

b) die Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband:

Mohapel Josef, Magazineur;
Hammer Karl, Schneider;
Schamer Maria, Private;
Braun Berthold, Ingenieur;
Rußo Samuel, Hilfsbeamter;
Goldenberg Ludwig Daniel, Commis.

(Angenommen.)

St.-R. Schlechter referiert über das Ansuchen des R. Ph. Waagner um käufliche Überlassung von altem Gußeisen und beantragt, demselben das bei der Auswechslung der schadhaften zwei Stück 950millimetrigen Absperrschieber gewonnene Brucheisen im Gewichte von circa 200 Metercentner loco des derzeitigen Lagerplatzes auf der Linzer Poststraße gegen den Einheitspreis von 3 fl. 60 kr. für 100 km käuflich zu überlassen. (Angenommen.)

St.-R. Dr. v. Billing referiert über das Schreiben der Imperial-Continental-Gas-Association vom 8. October 1891 wegen eventuellen Abschlusses eines neuen für das ganze Wiener Gemeindegebiet geltenden Beleuchtungs-Vertrages und beantragt:

I. Die Zuschrift der Imperial-Continental-Gas-Association vom 8. October 1891 sei dahin zu beantworten, dass die Gemeinde Wien nicht in der Lage sei, in Unterhandlungen einzutreten, welche auf eine Verlängerung des Vertrages vom 22. Mai 1875 über den 31. October 1899 hinaus abzielen.

II. Die Gemeinde Wien erklärt dagegen ihre Bereitwilligkeit, in Verhandlungen einzutreten, welche den Zweck haben sollen:

a) einen möglichst einheitlichen und einvernehmlichen Vorgang bei der Gasbeleuchtung in Wien in dem ganzen erweiterten Gemeindegebiete auf Grund und im Zeitrahmen des Vertrages vom 22. Mai 1875 herbeizuführen, und

b) eine einverständliche Durchführung des der Gemeinde Wien vertragmäßig zustehenden Einlösungsrechtes, beziehungsweise ihrer Einlösungspflicht anzubahnen.

III. Der Magistrat erhält den Auftrag, jedenfalls rechtzeitig alle zur Durchführung der Übernahme der Gasbeleuchtung vom 1. November 1899 ab in die eigene Regie der Gemeinde erforderlichen Vorkehrungen zu treffen, und die diesfalls erforderlichen Anträge rechtzeitig vorzulegen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter übernimmt den Vorsitz.

St.-R. Matzenauer beantragt, den Punkt II des Referenten-Antrages zu eliminieren, an dessen Stelle Punkt III zu setzen. Als Punkt III wird von demselben beantragt:

Die englische Gasgesellschaft ist aufzufordern, in allen jenen einbezogenen Gebietstheilen, wo gegenwärtig die öffentliche Beleuchtung noch nicht mit Gas stattfindet, die Rohrlegung durchzuführen, damit auch dort die Gasbeleuchtung durchgeführt werden kann.

Das Stadtbauamt ist aufzufordern, jene Straßen zu bezeichnen, in welchen die öffentliche Gasbeleuchtung noch nothwendig erscheint.

St.-R. Baugoin beantragt, den Magistrat zu beauftragen, binnen sechs Monaten alle zur Durchführung der Übernahme der Gasbeleuchtung in die eigene Regie erforderlichen Anträge zu stellen.

Bürgermeister Dr. Prix beantragt, die Beschlussfassung des Referates bis Freitag zu vertagen und zu dieser Sitzung den Stadtanwalt und Baudirector einzuladen.

St.-R. Dr. Huber beantragt, für die Verhandlungen sub II eine Frist zu bestimmen.

Die Berathung wird sohin bis Freitag den 29. April vertagt.

St.-R. v. Goldschmidt referiert über das Ansuchen des Gustav Fischl um Baubewilligung für Parcelle 1694/5 im I. Bezirke, Seilerstätte und beantragt, die Bestätigung der vom Magistrate beantragten Baubewilligung, beziehungsweise Genehmigung des Risalites (0·15 m Vorsprung) und Thorportales (0·20 m Vorsprung) gegen dem, dass der hiezu erforderliche Grund im Ausmaße von 1·66 m² um den Betrag von 299 fl. 80 kr. eingelöst werde. (Angenommen.)

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke übernimmt den Vorsitz.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter referiert über Besetzungen in der städtischen Buchhaltung und beantragt, den Oberbuchhalter anzuweisen, unter Bedachtnahme auf den § 18 der Dienstpragmatik einen neuerlichen Besetzungsvorschlag zu erstatten, welcher dem Stadtrathe die Wahl unter den Vorgeschlagenen und damit eine ordnungsmäßige Besetzung ermöglicht.

St.-R. Dr. Vogler beantragt, es sei unter Ablehnung der erstatteten Vorschläge eine neuerliche Verlautbarung der erledigten Stellen zu veranlassen.

Der Antrag des Referenten wird angenommen.

Hierauf wird die Sitzung geschlossen.

Allgemeine Nachrichten.

(Sparcassa der Gemeinde Sechshaus.)

April 1892.

Eingelegt 497.041 fl. 36 kr. von 1732 Parteien (auf Sparcassa-Bücheln).

Rückgezahlt 438.156 fl. 43 kr. an 1736 Parteien.

Stand vom 30. April 1892:

Gesammteinlagen (auf 16.353 Conti)	9,509.396 fl. 07 kr.
Hypothekar-Darlehen	7,217.628 fl. 07 kr.

Approvisionierung.

(Der tägliche Fleischmarkt.)

(In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 24. bis 30. April 1892.)

1. Fleischsendungen:

a) für den täglichen Fleischmarkt.

Rindfleisch	220.643 Kg.	(Davon aus Nieder-Österreich — 151.759; aus Ober-Österreich — 1.267; aus Mähren — 20.654; aus Galizien — 33.187; aus Ungarn — 13.776 Kg.)
Kalbfleisch	62.596 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 4.852; aus Mähren — 56; aus Galizien — 57.401; aus Ungarn — 287 Kg.)
Schaffleisch	380 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 19; aus Galizien — 309; aus Ungarn — 52 Kg.)
Schweinfleisch	30.434 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 26.458; aus Böhnen — 95; aus Mähren — 121; aus Galizien 1735; aus Ungarn — 2025 Kg.)
Kälber	2.317 Stück	(Davon aus Nieder-Österreich — 54; aus Mähren — 21; aus Galizien — 2228; aus Ungarn — 14 St.)
Schafe	86 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 84; aus Galizien — 2 St.)
Schweine	473 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 64; aus Mähren — 4; aus Galizien — 387; aus Ungarn — 18 St.)
Lämmer	263 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 206; aus Galizien — 15; aus Ungarn — 42 St.)

b) Für den Approvisionierungsverein.

Rindfleisch	3.945 Kg.	Kälber	87 Stück
Kalbfleisch	440 „	Schafe	13 „
Schaffleisch	— „	Schweine	— „
Schweinfleisch	329 „	Lämmer	4 „

2. Preisbewegung:

Rindfleisch	von 34	bis	95	kr.	per Kg.
Kalbfleisch	„ 25	„	80	„	„ „
Schaffleisch	„ 50	„	56	„	„ „
Schweinfleisch	„ 54	„	76	„	„ „
Kälber	von 32	bis	58	kr.	per Kg.
(extrem	„ 32	„	62	„	„ „)
Schafe	„ 30	„	48	„	„ „
Schweine	„ 50	„	66	„	„ „
Lämmer	2 fl.	bis	5 fl.	per	Stück.

Bei einer gegen die Vorwoche stärkeren Zufuhr an Fleischwaren und verhältnismäßig schwacher Nachfrage waren zum Wochenschlusse die Preise im allgemeinen gedrückt und mussten die Verkäufer von Fleischwaren galizischer Provenienz Preisnachlässe, und zwar bei Rindfleisch 2—4 kr., bei Kalbfleisch und Kälber 4—8 kr. und bei Schweine 4—6 kr. per Kilogramm gewähren.

* * *

(Pferdemarkt vom 29. April 1892.)

Zum Verkaufe wurden gebracht: 784 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . . . 120—420 fl. per Stück,
„ Schlachtpferde . . . . . 23—100 fl. per Stück.

Der Markt war sehr lebhaft.

Detailpreise in der Woche vom 24. April bis 30. April 1892:

(Geschlachtet wurden 295 Pferde.)

Vorderes Pferdefleisch	1 Kg.	20—36	kr.
Hinteres „	1 „	24—44	„
Lungen- und Rostbraten	1 „	24—44	„
Selchfleisch	1 „	36—56	„
Extrawürste	1 „	30—44	„
Dürre Würste	1 „	32—56	„
Rohes Fett	1 „	36—60	„
Geschmolzenes Fett	1 „	40—80	„
Schweifhaare	1 Schweif	25—100	„
Knochen	100 Kg.	fl. 2.—3.—	
Häute	per St.	„ 3.—7.50	

vom Pferde

* * *

(Schlachtviehmarkt vom 2. Mai 1892.)

1. Auftrieb.

Mastvieh — 3988, Weidevieh —.—, Beinlvieh — 440.

Summa . 4428.

Davon — nach Racen:

Ungarische Thiere	2353
Galizische „	545
Deutsche „	1474
Büffel „	56

Davon — nach Gattungen:

Ochsen	3651
Stiere	386
Kühe	391

2. Preisbewegung.

a) Preis per 100 Kg. Lebendgewicht mit Procentabzug:

Ungarische Schlachtthiere	von 52	bis	62	fl.	
(extrem	„ 63	„	—	„	„)
Galizische Schlachtthiere	„ 53	bis	59	„	
(extrem	„ 60	„	61	„	„)
Deutsche Schlachtthiere	„ 56	„	63	„	
(extrem	„ 64	„	—	„	„)
Stiere	„ —	„	—	„	
Kühe	„ —	„	—	„	
Büffel	„ —	„	—	„	
Beinlvieh	„ —	„	—	„	

Diese Preise ermäßigen sich um den beim Handel vereinbarten Procentabzug (auf dem heutigen Markte 36 bis 47 %), welchen der Verkäufer dem Käufer als Entschädigung:

a) für den Gewichtsverlust infolge der Schlachtung;
b) für die minderwertigen Stoffe, wie: Haut, Horn, Blut, Unschlitt 2c.;
c) für die wertlosen Stoffe, wie: Magen- und Darminhalt 2c. zugesteht.

b) Preis per 100 Kg. Lebendgewicht **ohne** Procentabzug:

Ochsen	von	23	bis	34½ fl.
Stiere	„	26	„	36½ „
Kühe	„	21	„	31½ „
Büffel	„	21	„	29 „
Beinlvieh	„	—	„	— „

c) Preis per Stück:

Beinlvieh . von 32 bis 121 fl.

Nach dem Modus auf Schlachtgewicht wurden keine Rinder angekauft.

Unverkauft blieben:

Ochsen . . . . . 52 Stück.
Beinlvieh . . . . 26 „

Bei einem gegen den letzten Montagsmarkt um 339 Stück Schlachtthiere stärkeren Auftriebe war die Kauflust ziemlich flau, daher die Preise einen Rückgang von 1 bis 2 fl. per 100 Kg. erfahren haben.

* * *

(Verbot der Einfuhr von Schafen.) Das hohe k. k. Ministerium des Innern hat mit dem Erlasse vom 22. März 1892, Z. 5676, sich bestimmt gefunden, wegen Verbreitung der Pockenseuche unter den Schafen in mehreren an Galizien und die Bukowina grenzenden Gebieten des russischen Reiches die Einfuhr von Schafen aus Rußland vom 1. April l. J. an zu untersagen.

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 30. April 1892.

a) Getreide.

Weizen	(Qualitätsgewicht 74—80 Kg.)	von	8 fl.	39 kr.	bis	10 fl.	05 kr.	per 100 Kg.
Roggen	(„ 68—73 „)	„	7 „	58 „	„	9 „	35 „	
Gerste		„	5 „	50 „	„	8 „	50 „	
Mais		„	5 „	35 „	„	5 „	52 „	
Hafer		„	5 „	90 „	„	6 „	05 „	

b) Mahlproducte.

Gries	von	15 fl.	75 kr.	bis	17 fl.	50 kr.	per 100 Kg.
Weizenmehl	„	8 „	50 „	„	17 „	25 „	
Roggenmehl	„	11 „	25 „	„	16 „	— „	
Weizenkleie	„	4 „	30 „	„	4 „	60 „	
Roggenkleie	„	4 „	90 „	„	5 „	— „	

Städtisches Lagerhaus.

1. bis 30. April 1892:

Waren eingelagert . . . . . 183.366 Meter-Centner
„ ausgelagert . . . . . 186.565 „

Der Lagerstand betrug am 30. April 288.829 Meter-Centner im Assecuranzwerte von 3,825.370 fl. gegen 134.051 Meter-Centner im Werte von 1,620.065 fl. in der gleichen Zeit des Vorjahres; darunter waren:

62.832	Meter-Centner	Weizen	gegen	35.786
17.114	„	Roggen	„	10.698
45.213	„	Gerste	„	20.231
37.463	„	Hafer	„	29.123
8.381	„	Mais	„	3.910
11.203	„	Ölsaaten	„	4.448
17.596	„	Mehl und Kleie	„	924
8.061	„	*Wein*	„	*2.154*
28.668	„	Zucker	„	2.059 und
1.795	Hektoliter à 100%	Spiritus	„	540 im Vorjahre.

Die durchschnittliche Tagesbewegung während des Monates April bezifferte sich auf . . . . . 14.797 Meter-Centner; es wurden 36 Lagerscheine ausgegeben und bei 7 Lagerscheinen im Versicherungswerte von . . . . . 40.500 fl. — kr. eine Lombardierung von . . . . . 23.435 „ — „ in die Lagerbücher vorgemerkt.

* * *

21. April bis 28. April 1892:

Waren eingelagert . . . . . 52.351 Meter-Centner
„ ausgelagert . . . . . 46.727 „

Die durchschnittliche Tagesbewegung bezifferte sich auf . . . . . 16.513 Meter-Centner.

Lagerstand vom 28. April 1892: 292.471 Meter-Centner, und zwar:

63.271	Meter-Centner	Weizen,	16.990	Meter-Centner	Roggen,
46.927	„	Gerste,	40.207	„	Hafer,
9.575	„	Mais,	11.207	„	Ölsaaten,
17.487	„	Mehl u. Kleie,	8.097	„	Wein,
26.189	„	Zucker,	1.602	Hektoliter à 100%	Spiritus.

Der Assecuranzwert dieser Waren stellt sich auf 3,785.750 fl. öst. Währ.

Sanitätswesen.

Besuch der städtischen Volksbäder im April 1892.

			männliche Personen	weibliche Personen
III. Bez., Apostelgasse 18 (Eröffnet August 1891.)	—	4153, davon	3538	615
V. Bez., Einsiedlerplatz (Eröffnet August 1890.)	—	8197, „	6978	1219
VII. Bez., Mondscheingasse 9 (Eröffnet December 1887.)	—	7843, „	6465	1378
X., Simmeringerstr. 163 a (Eröffnet August 1890.)	—	6039, „	5327	712

Gewerbeangelegenheiten.

Genossenschaftsangelegenheiten.

(Lehrlingsstellen-Nachweisamt des Wiener Magistrates vom 1. bis incl. 30. April 1892.)

Meisteranmeldungen 40
Lehrlingsanmeldungen 16
Vermittlungen 12

Seit dem Bestande des Lehrlingsstellen-Nachweisamtes (d. i. seit 2. Mai 1888) wurden von den Meistern 3655 freie Lehrlingsstellen angemeldet; Lehrlinge stellten sich 4382 zur Unterbringung vor. In 2058 Fällen wurde eine Vermittlung zustande gebracht.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 21. April 1892.

(Fortsetzung.)

Bachstetz Oskar — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Scherzergasse 14.
Gerhold Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Hütte bei der Stubenthorbrücke.
Herrmann Rosa — Gemischtwaren-Verschleiß — XIX., Ober-Döbling, Hauptstraße 38.
Hübsch Heinrich Justus — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Ottakring, Hauptstraße 9.
Hunner Mathilde — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Münzgasse 4.
Löwenthal David — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Treustraße 44.

Rothstern Hermann — Gemischtwaren-Verschleiß — XIX., Unter-Döbling Silbergasse 16.
Sejtko Philomena — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Wassergasse 28.
Singer Adolf, Singer Emil, Singer Salomon Manfred Dr. — Gemischtwarenhandel — II., Fischergasse 4.
Urban Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Hofstallstraße 5.
Wagner Theresia — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Inzersdorf, Gierstergasse 4.
Wasel Francisca — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Ottakring, Bachgasse 17.
Schnitzer Simon — Geschäftsagent — II., Pillersdorfgasse 2.
Nathanson Chaim Moriz Dr. — Gift-Verschleiß — II., Praterstraße 40.
Chalupa Marie — Grünwaren-Verschleiß — III., Hagenmüllergasse 1.
Schmidt Franz — Hadernhandel — XI., Simmering, Dorfgasse 15.
Petravitzky Josef — Hallentrödlergewerbe — IX., Trödlerhalle Zelle 41.
Schulbaum Max — Holzhandel — II., Nordbahnhof.
Wottowa Karl — Kammacher — XIV., Rudolfsheim, Felberstraße 60.
Hermann Marie — Kleidermacherin — III., Barichgasse 17.
Zahradnik Franz — Kleidermacher — III., Adamsgasse 27.
Haider Anton — Kleinfuhrwerk — XIX., Heiligenstadt, Mühlgasse 4.
Fiedler Rudolf — Agentie mit Leinenwaren — X., Laxenburgerstraße 48.
Hofbauer Franz — Marktvictualienhandel — XIV., Rudolfsheim, Centralmarkt.
Fischer Heinrich — Ein- und Verkauf von alten Maschinenbestandtheilen — X., Van der Nüllgasse 34.
Artacker Anna — Mehl- und Gries-Verschleiß — XII., Gaudenzdorf, Hauptstraße 25.
Bauer Franz — Metallschläger — V., Untere Bräuhausgasse 48.
Bernard Heinrich — Milchmeier — V., Fockygasse 3.
Gföllner Anna — Milch- und Brod-Verschleiß — V., Spengergasse 50.
Kratky Peter — Milch- und Gebäck-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Fröbelgasse 37.
Wohlfahrtstätter Anton — Milchmeierei — X., Inzersdorf, Indersdorfer straße 55.
Wieser Marie — Modistin — III., Kegelgasse 4.
Paupie Therese — Feilbieten von Naturblumen — X., Inzersdorf, Gierstergasse 6.
Rapurzi Francesco — Naturblumenhandel — VII., Kirchengasse 24.
Ullmann Josef — Orgelbauer — VIII., Lederergasse 23.
Hirschl Betti — Pfaidlerin — II., Rothen-Sterngasse 23.
Holoubek, geb. Wiesner Karoline — Paidlerin — VIII., Strozzigasse 14.
Rosenstrauß Anna — Pfaidlergewerbe — II., Schreigasse 6.
(Das Weitere folgt.)

Z. 34187
ex 1892

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der maschinellen Arbeiten zur Herstellung einer Niederdruck-Dampfluftheizung für das städtische Schulgebäude im IV. Bezirke, Phorusgasse 10, wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am Freitag, den 20. Mai d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Philipp, im neuen Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, Kostenanschläge und die dem Projecte beigeschlossenen allgemeinen und speciellen Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende, oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 3. Mai 1892. 1—3

G.-Z. 59846
V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen **Vergebung der Lieferung von 580.000 Stück 7/7" Mauthausener Würfelsteinen, 7000 Stück 7" Mauthausener Zwickelsteinen, 175.000 Stück 5/7/9" doppeltgeritzten Mauthausener Steinen und 2000 m geraden Randsteinen** wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 11. Mai d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl** im neuen Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Lieferungsvorschriften im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 28. April 1892. 1—3

G.-Z. 28635
V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für die Herstellung von Haupt-Unrathscanälen** aus Beton in der Hyrtl-, Hauslab- und Habichergasse, weiters in der Paniken- und Gablenzgasse und in der noch unbenannten Parallelgasse zur Panikengasse in Ottakring im XVI. Bezirke im veranschlagten Gesammtkostenbetrage von 12.628 fl. 84 kr. und 1410 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 14. Mai d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl im neuen Rathhause, 4. Stiege, Mezzanin,** eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, die Profile, die Kostenanschläge und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städt. Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse des Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 1. Mai 1892. 1--3

G.-Z. 163407

V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für die Verlängerung des Haupt-Unrathscanales** aus Beton in der Embelgasse im V. Bezirke im veranschlagten Kostenbetrage von 3752 fl. 88 kr. und 1000 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 13. Mai d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl im neuen Rathhause (4. Stiege, Mezzanin)** eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse des Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 30. April 1892. 1—3

G.-Z. 467724

V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen **Vergebung der Erd- und Pflastererarbeiten für die Herstellung eines Linienwall-Durchbruches** behufs theilweiser Durchführung der Starhemberggasse **im IV. Bezirke** im veranschlagten Kostenbetrage von 2038 fl. 32 kr. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 10. Mai d. J., präcise um 10 Uhr vormittags** im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl im neuen Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 27. April 1892. 2--3

Z. 261082.

V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen **Vergebung der Erd- und Baumeisterarbeiten für die Herstellung einer Steinzeugrohr-Leitung und eines Betoncanales** im Schulwege in Heiligenstadt im XIX. Bezirke im Gesammtkostenbetrage von 807 fl. 50 kr. und 150 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 5. Mai d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl** im neuen Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, die Kostenanschläge und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift

im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Magistrat vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 22. April 1892. 2—3

Prot.-Nr. 43883 ex 1892
IV 539.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Maurerarbeiten, der Lieferung von Cementkalk, der Steinmetz-, Zimmermanns-, Spengler-, Schieferdeckerarbeiten, der Lieferung der Traversen, der Bautischler-, Schlosser-, Anstreicher-, Glaser-, Bildhauer-, Holzcement- und Asphaltiererarbeiten, der Lieferung der Steinzeugwaren, der Herstellung der Heizanlage, der Ausführung der Sparherde, der Möbeltischlerarbeiten, der Lieferung der Schulbänke, der Schriftenmaler- und Metallgießerarbeiten, der Gasrohrleitungs- und der Wasserleitungs-Installationsarbeiten sammt Closet-Lieferung für den Schulhausbau in der Winkelgasse Or.-Nr. 4 im II. Bezirke** wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am **Montag den 9. Mai d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Philipp** im neuen Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, Ausmaße, Kostenanschläge und die dem Projecte beigeschlossenen allgemeinen und speciellen Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 21. April 1892. 3—3

G.-Z. 70978
XV.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Lieferung einer Brückenwage für Rinder mit einer Tragkraft 8000 kg** für den neuen Contumazmarkt auf dem Central-Viehmarkte zu St. Marx im veranschlagten Kostenbetrage von 1300 fl. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am Freitag, den 20. Mai d. J., präcise um 10 Uhr vormittags im Bureau des Herrn Magistratsrathes Dr. Kronawetter** im neuen Rathhause (3. Stiege, Parterre), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossenen allgemeinen und speciellen Bedingnisse im Stadtbauamte (4. Stiege, Mezzanin) während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 27. April 1892. 1—3

Z. 63892
V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der Erd- und Baumeisterarbeiten für die Herstellung von Haupt-Unrathscanälen in der Stromstraße und Pasettigasse im II. Bezirke, ersterer mit dem Kostenerfordernisse von 4557 fl. 11 kr. und 800 fl. Pauschale, letzterer mit einem Kostenerfordernisse von 3407 fl. 81 kr. und 600 fl. Pauschale, wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 4. Mai d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistrathes Siegl im neuen Rathhause (4. Stiege, Mezzanin),** eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, die Profile, die Kostenanschläge und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen. Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 21. April 1892. 3—3

G.-Z. 80566.
V.

Kundmachung.

(Politische Begehung wegen Regulierung des Vorplatzes beim Aufnahmsgebäude des Kaiser Franz Josefs-Bahnhofes.)

Die hohe k. k. n.-ö. Statthalterei hat mit dem Erlasse vom 22. April 1892, Z. 23630, die politische Begehung des Projectes der k. k. Eisenbahnbetriebs-Direction in Wien für die Regulierung und Pflasterung des Vorplatzes vor der Abfahrtsseite des Aufnahmsgebäudes am Kaiser Franz Josefs-Bahnhofe in Wien und für die Gartenumgestaltung daselbst für **Montag den 2. Mai 1892, um ½10 Uhr vormittags** anberaumt und versammeln sich die Commissionsmitglieder zur angegebenen Stunde an Ort und Stelle.

Das bezügliche Project kann bis zum Tage der Commission **im Stadtbauamte im Bureau des Herrn Baurathes Josef Schiebek** während der gewöhnlichen Amtsstunden, d. i. von 8 Uhr früh bis 2 Uhr nachmittags, von jedermann eingesehen werden, und steht es jedem Betheiligten frei, etwaige Einwendungen gegen das Project entweder bei dem Magistrate (Departement V) protokollarisch oder bei der commissionellen Verhandlung anzubringen.

Vom Wiener Magistrate,
am 25. April 1892. 2—3

G.-Z. 82925.
V.

Kundmachung.

(Politische Begehung wegen Herstellung eines Industriegeleises bei der Donauuferbahn.)

Laut Erlasses der hochlöblichen k. k. n.-ö. Statthalterei vom 25. April 1892, Z. 25054, findet **am 10. Mai l. J. um ½ 10 Uhr vormittags** hinsichtlich des Projectes der k. k. Eisenbahn-Betriebs-Direction in Wien für die Herstellung eines in Kilometer 1·677 der Donauuferbahn abzweigenden Industriegeleises für die Firma Bernhard Weiniger & Sohn die politische Begehung gemäß § 21 der Handels-Ministerial-Verordnung vom 29. Mai 1880, R.-G.-Bl. Nr. 57, beziehungsweise § 18 der Handels-Ministerial-Verordnung vom 25. Jänner 1879, R.-G.-Bl. Nr. 19, statt.

Die Commissionsmitglieder versammeln sich zur vorbezeichneten Stunde am Rangier-Bahnhofe Wien-Brigittenau.

Das bezügliche Project liegt bis 6. Mai l. J. hieramts im Stadtbauamte im Bureau des Herrn Baurathes Schiebek (Neues Rathhaus, Mezzanin, Stiege 6) während der gewöhnlichen Amtsstunden zur allgemeinen Einsicht auf und steht es jedem Betheiligten frei, bei dieser Commission zu erscheinen und Einwendungen gegen dieses Project entweder während der vorbezeichneten Zeit hieramts oder bei der politischen Begehung vorzubringen.

Vom Wiener Magistrate,
am 27. April 1892. 2—3

B.-A.-Z. 19794.

Kundmachung.

(Stiftung für Unterofficiere, eventuell Invaliden.)

Mit Bezug auf die mit Circular-Verordnung des k. und k. Reichs-Kriegsministeriums vom 21. Juni 1867, Abtheilung 9, Nr. 4656, herausgegebenen Bestimmungen über **die Stiftung** des Braumeisters **Ignaz Kuffner** sind dem k. und k. Ergänzungsbezirks-Commando Nr. 4 in Wien **vier** zur Gemeinde Ottakring zuständige reengagierte Unterofficiere **oder** in deren Ermangelung vier Invaliden bekanntzugeben, um dieselben für die Betheiligung aus den Stiftungsinteressen beim k. u. k. Reichs-Kriegsministerium in Antrag bringen zu können.

Bewerber wollen sich mit den diesbezüglichen Nachweisen beim magistratischen Bezirksamte für den XVI. Bezirk, Commissionszimmer Nr. 5, zwischen 8 und 2 Uhr melden.

Wien, am 28. April 1892. 1—3

G.-Z. 59807 ex 1892
XII.

Kundmachung.

(Waisenstiftung.)

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiemit bekanntgemacht, dass die für Waisen bestimmten Interessen vom Jahre 1892 aus der Sebastian Neydhart'schen Stiftung zur Vertheilung gelangen werden. Nach den stiftbrieflichen Bestimmungen und den wegen Persolvierung dieser Stiftung vom Wiener Gemeinderathe gefassten Beschlüssen sind diese Interessen zunächst für die aus den städtischen Waisenhäusern austretenden Waisen beiderlei Geschlechtes, sodann in weiterer Linie überhaupt für die in der Versorgung der Commune Wien stehenden Waisen nach Maßgabe des Bedürfnisses zu Unterstützungen ein- für allemal, oder beim Antritte eines Gewerbes, oder zur Fortsetzung ihrer Ausbildung durch Verleihung von Stipendien bis zur Vollendung ihrer bezüglichen Studien zu verwenden.

Die Verleihung dieser Unterstützungen und Stipendien hat sich der Wiener Gemeinderath vorbehalten.

Mütter, Vormünder oder Pflegeparteien, welche für die in ihrer Obsorge befindlichen Waisen um eine Unterstützung oder ein Stipendium aus dieser Stiftung bittlich werden wollen, haben ihre Gesuche mit dem Tauf- und Impfscheine der Waisen, ferner mit dem Nachweise über deren Versorgung seitens der Commune Wien und endlich mit den Schul-Fortgangs-Zeugnissen (Jahres-Zeugnissen oder Schulnachrichten) oder den Zeugnissen über deren Fortgang in einer Berufsbildung zu belegen und bis **längstens einschließlich 31. Mai 1892** im Einreichungs-Protokolle des Wiener Magistrates zu überreichen.

Auf verspätet überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Wiener Magistrate,
am 13. April 1892. 3—3

Z. 80465
XI.

Kundmachung.

(Armenstiftung.)

Von dem Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiemit bekanntgemacht, dass **am 1. Juli 1892 die Interessen der Gustav Freiherr von Heine-Geldern'schen Stiftung per 327 fl. 20 kr. ö. W. in Beträgen von 25 bis 50 fl. ö. W. zur Vertheilung gelangen werden.**

Auf eine Unterstützung aus dieser Stiftung haben Anspruch: Witwen von Gewerbsleuten und krüppelhafte Waisen, ohne Unterschied der Confession, welche der Stadt Wien angehören und dieses, sowie ihre Armut legal nachweisen können.

Der Stiftungsgenuss kann, höchst würdige Fälle ausgenommen, in zwei auf einander folgenden Jahren nicht an eine und dieselbe Person verliehen werden.

Witwen, welche um eine Unterstützung aus dieser Stiftung einschreiten, haben ihren Gesuchen ein legales Armutszeugnis, den Tauf-, respective Geburtsschein, den Trauungsschein, den Todtenschein des Mannes, das ihr Heimatrecht in Wien nachweisende Document, endlich eine Bestätigung, dass der Gatte ein Gewerbe betrieben hat, beizulegen.

Waisen haben dem Gesuche den Tauf-, beziehungsweise Geburtsschein, den Impfzettel, den Todtenschein des Vaters oder der Eltern, ein legales Armutszeugnis, ein armenärztliches Zeugnis über ihre Krüppelhaftigkeit und den Nachweis des Heimatrechtes in Wien anzuschließen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 25. Mai 1892 im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates zu überreichen.**

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 25. April 1892. 1—3

Inhalt.

Seite

Gemeinderath:
Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 29. April 1892.
Inhalt:
Mittheilungen des Vorsitzenden:
1. Entschuldigung der Gem.-Räthe Schneiderhan, Dehm und Zagórski wegen Fernbleibens . . . 1039
2. Beantwortung der Interpellation des Gem.-Rathes Jedlička, betreffend die Zuweisung von Standplätzen an Fiaker 1039
Einläufe:
3. Zuschrift der Imperial-Continental-Gas-Association, betreffend die Zurücknahme der seinerzeit gestellten Propositionen wegen Verlängerung des Gasvertrages . . . 1039
4. Resolution der Plenarversammlung des christlich-socialen Vereines, betreffend die Kündigung des Gasvertrages . . . 1039
5. Resolution der Plenarversammlung des Ottakringer Volksvereines, betreffend die Wasserfrage, den Bau der Tramwaylinie Lerchenfelderstraße—Thaliastraße und die Gasfrage . . . 1039

Seite

Interpellationen:
6. Gem.-Rath Tagleicht, betreffend die Aushebung von Bäumen am Franz-Josefs-Quai . . . 1040
7. Gem.-Rath Wimberger, betreffend die Einführung strengerer Maßregeln gegen die Überfütterung der Thiere auf dem Central-Viehmarkte . . . 1040
8. Gem.-Rath Röhrl, betreffend die Einschränkung der Verkaufszeit für Marktwictualien-Verschleißer . . . 1040
Anträge:
9. Gem.-Rath Gregorig, betreffend die Einleitung einer Untersuchung im Hinblicke auf die schlechte Ausführung von Linien-Durchbrüchen gegenüber der Severingasse im IX. Bezirke . . . 1040
10. Gem.-Rath Stehlik, betreffend die Regelung der Urlaubsbewilligungen für die städt. Beamten . . . 1040
11. Gem.-Rath Wimberger, betreffend die Einführung einer separaten Verwaltung für den Central-Viehmarkt . . . 1041
12. Gem.-Rath Gräf, betreffend die Canalisierung der Hyrtl- und Hauslabgasse . . . 1041
13. Gem.-Rath Trambauer, betreffend die Gestattung der täglichen Benützung von Brückenwagen am städtischen Heumarkte im V. Bezirke . . . 1041
14. Gem.-Rath Arnhart, betreffend Verbilligerung des städtischen Bades am Donaustrome und des Tramway-Fahrpreises zu demselben . . . 1041
15. Gem.-Rath v. Götz, betreffend die Instandsetzung des Brunnens in der Volksschule in Ober-St. Veit . . . 1041
Referate:
16. Gem.-Rath Baugoin, betreffend die Subventionierung der Genossenschaft der Gürtler, Bronzearbeiter und Ciseleure für ihre fachliche Fortbildungsschule . . . 1041
17. Derselbe, betreffend die Subvention des Kindergarten-Vereines im IX. Bezirkes . . . 1041
18. Derselbe, betreffend die Genehmigung eines Zuschusscredites zur Ausgabs-Rubrik „Auslagen für die Gemeinderaths- und Bezirksausschusswahlen im Jahre 1891 . . . 1042
19. Gem.-Rath Dr. Hackenberg, betreffend die Ergreifung der Beschwerde an den k. k. Verwaltungsgerichtshof wegen erfolgter Einführung einer neuen Tramwaywaggon-Type . . . 1047
20. Vice-Bürgermeister Dr. Richter, betreffend die Aufnahme von Bauaufsehern für die Bezirksämter in den neuen Bezirken . . . 1047
21. Derselbe, betreffend die Vermehrung der Gebüreneinhebungs-Organe . . . 1052
22. Gem.-Rath Schlechter, betreffend die Subvention der Genossenschaft der Friseure und Rasseure für ihre Fachschule . . . 1053
23. Derselbe, betreffend die Subvention des Ersten öffentlichen Kinderkrankeninstitutes . . . 1053
24. Gem.-Rath Witzelsberger, betreffend die Subvention der freiwilligen Feuerwehr in Grinzing . . . 1053
25. Derselbe, betreffend die Subvention der freiwilligen Feuerwehr in Unter-Sievering . . . 1055

Beschluss-Protokoll der vertraulichen Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom 29. April 1892.
Inhalt:
1. Gem.-Rath Schlechter, betreffend Schadloshaltung für Grundabtretung . . . 1055
2. Gem.-Rath Witzelsberger, betreffend Subvention für die freiwillige Feuerwehr in Gersthof . . . 1055
3. Gem.-Rath Dr. Grübl, betreffend Bürgerrechtsverleihung an den städt. Oberlehrer Leopold Heiden . . . 1055
4. Gem.-Räthe Dr. Vogler, Baugoin, Dr. Grübl, betreffend Personalangelegenheiten . . . 1055

Stadtrath:
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 22. April 1892 . . . 1055
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 26. April 1892 . . . 1058

Allgemeine Nachrichten:
Sparcassa der Gemeinde Sechshaus . . . 1060
Approvisionierung:
Täglicher Fleischmarkt vom 24. bis 30. April 1892 . . . 1060
Pferdemarkt vom 29. April 1892 . . . 1060
Schlachtviehmarkt vom 2. Mai 1892 . . . 1060
Verbot der Einfuhr von Schafen . . . 1061
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 30. April 1892 . . . 1061
Städtisches Lagerhaus . . . 1061
Sanitätswesen:
Besuch der städtischen Volksbäder im April 1892 . . . 1061
Gewerbeangelegenheiten:
Lehrlingsstellen-Nachweiseamt des Wiener Magistrates . . . 1061
Gewerbeanmeldungen . . . 1061
Kundmachungen . . . 1062—1066

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** — Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.
Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. B. Wallishausser's** k. u. k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Otto Maaß (Haasenstein & Vogler), Wien, I., Wallfischgasse 10.

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag 4 Uhr Nachmittags.

Nr. 35. Freitag, den 6. Mai 1892. Jahrgang I.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl., „ „ mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Sitzungen des Gemeinderathes.

Dienstag, den 10. Mai 1892, um 5 Uhr Nachmittags.
Freitag, den 13. Mai 1892, um 5 Uhr Nachmittags.

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom 3. Mai 1892 unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Johann Nep. Prix und des Vice-Bürgermeisters Dr. Albert Richter.

Bürgermeister Dr. Prix: Die Sitzung ist eröffnet. Ich constatiere die Beschlussfähigkeit der Versammlung.

1. Herr Gem.-Rath R. v. Götz hat sein Ausbleiben entschuldigt.

2. Herr Regierungsrath Dr. Alois Valenta aus Laibach hat dem historischen Museum der Stadt Wien ein Ölgemälde „Die Darstellung des von dem Wiener Bürgercorps und der Nationalgarde bis zum Jahre 1848 benützten Exercierplatzes auf der Landstraße" zum Geschenke gemacht.

Dasselbe wird dankend angenommen.

3. Herr Landesgerichtsrath Schneider widmet der Bibliothek der Stadt Wien eine Original-Ausgabe von Abraham a Sancta Clara's Werken.

Wird der Dank ausgesprochen.

4. Frau Wilhelmine v. Fürth hat aus Anlass des Ablebens ihres Gatten den Betrag von 500 fl. zur Vertheilung an die Armen der Stadt Wien gespendet.

Wird der Dank ausgesprochen.

5. Ich habe die Ehre, folgende Interpellationen zu beantworten:

Die Interpellation des Herrn Gem.-Rathes Tagleicht geht dahin, warum die Ailanthusbäume bei der Franz Josefs-Kaserne weggenommen wurden, und warum dort keine Nachpflanzung geschehen ist. Die Wegnahme erfolgte deshalb, weil die Bäume überhaupt zur Auflassung bestimmt sind, da die meisten abgestorben sind, und eine Nachpflanzung erfolgt deshalb nicht, weil dort erst die Baulinie und die Linie für den Donaucanal zu bestimmen sein wird, daher eine Nachpflanzung dort nicht stattfindet.

6. Die Interpellation des Herrn Gem.-Rathes Wimberger betrifft die angebliche Überfütterung am Viehmarkt. Es sollen nämlich nach dem Inhalte der Interpellation zwei Ochsen an Überfütterung gestorben sein. Die Erhebungen ergaben, dass nach Untersuchung von zwei Thierärzten bei dem einen dieser verendeten Thiere nicht die Überfütterung schuld gewesen ist, sondern die Berstung einer Milzcyste, bei dem anderen ist ebenfalls nicht eine Überfütterung constatiert, sondern nach Ansicht der competenten Organe die Ursache, dass zu kaltes Wasser getrunken worden ist. (Heiterkeit links.)

Es wird von Seite des Marktcommissariates behauptet, dass das Hochquellenwasser zu kalt ist und dass infolge dessen solche Zustände eintreten. Es hat daher das Marktcommissariat auch gebeten um Beistellung von Wächtern zur Überwachung der Fütterung in den Stallungen und um Absperrvorrichtungen der Wasserausläufe. Mag nun diese Todesursache wahr sein oder nicht wahr sein, die Frage der Bestellung von Wächtern in den einzelnen Ställen scheint aber jedenfalls der Erwägung wert, und es wird daher auch hierüber von Seite des Magistrates Bericht erstattet, rücksichtlich ein Antrag gestellt werden.

7. Eine Interpellation des Gem.-Rathes Georg Röhrl betrifft das Verbot des nachmittägigen Standhaltens auf dem Markte im XVI. Bezirk. Der Herr Interpellant hat sich darüber beschwert, dass auch da Gebüren eingehoben werden; nach den Erhebungen wird aber für das nachmittägige Standhalten keine

besondere Gebür eingehoben, wohl aber ist die Übung, welche jetzt besteht, in den Marktordnungen für die betreffenden ehemaligen Gemeinden begründet. Es liegt übrigens auch hierüber ein Antrag dem Magistrate zur Erwägung vor, um diese Märkte auch in der Richtung des nachmittägigen Standhaltens mit den übrigen in Wien gleichzustellen, und wird das weitere hierüber dem Gemeinderathe vorgelegt werden.

8. Dann habe ich mitzutheilen, dass in der vertraulichen Sitzung vom 29. April das folgende, für die öffentliche Sitzung bestimmte Referat erstattet wurde. Herr Gem.-Rath Witzelsberger referierte über die Bewilligung einer Subvention für die freiwillige Feuerwehr in Gersthof. Der Referent beantragt, für die genannte freiwillige Feuerwehr für ihre Zwecke eine Subvention von 400 fl. zu bewilligen und diese Ausgabe auf den Reservefond zu verweisen, welcher Antrag angenommen worden ist.

Ich ersuche, die Einläufe bekannt zu geben.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

9. Gem.-Rath Dr. Grübl überreicht eine Petition der Viehmarkt-Interessenten um ein Schiedsgericht auf dem Viehmarkt.

Die Petition lautet:

Löblicher Gemeinderath!

Die Zweckmäßigkeit und gedeihliche Wirksamkeit der Schiedsgerichte zur Schlichtung gewerblicher und geschäftlicher Streitfälle ist eine derart allgemein anerkannte und bewährte, dass es uns überflüssig erscheint, hier über die glatte, rasche, nahezu kostenlose, den geschäftlichen Anschauungen gerecht werdende Durchführung der schiedsgerichtlichen Urtheile in weitere Einzelheiten einzugehen. Man kann richtig sagen, dass sich diese Institution in allen geschäftlichen Branchen erfolgreich eingelebt hat. Nur in einer hervorragenden Geschäftsbranche war es bisher trotz alles Drängens und Petitionierens der Parteien, trotz alles auf die Erreichung dieses Zieles gerichteten Strebens leider nicht möglich, die Creierung eines Schiedsgerichtes zu erreichen. Den Interessenten des Wiener Central-Viehmarktes blieb, ungeachtet aller Mühen und Anstrengungen, die in dieser Richtung von den Interessenten gemacht worden sind, die Einführung eines Schiedsgerichtes versagt.

Es sei uns erlaubt, bevor wir durch Darstellung der Thatsachen und Hinweis auf eine Reihe von Einzelfällen den Beweis der dringenden Nothwendigkeit der Errichtung eines Schiedsgerichtes auf den Wiener Central-Viehmarkt erbringen, vorher noch einen historischen Rückblick aller Schritte zu verzeichnen, welche in dieser bisher resultatlos gebliebenen Sache unternommen wurden. Wir werden uns möglichst kurz fassen.

Vor zehn Jahren wurde seitens der Parteien des Wiener Viehmarktes der erste Versuch in dieser Richtung unternommen. Es fand eine von sämmtlichen Interessenten des Viehmarktes veranstaltete, sehr zahlreich besuchte Versammlung statt, in welcher die Bildung eines „Wiener Viehmarkt-Vereines" beschlossen wurde. Delegierte aus den verschiedenen Parteien wurden in ein zur Ausarbeitung der Statuten gebildetes Comité gewählt.

Einen Punkt der Statuten bildete die Creierung eine Schiedsgerichtes auf dem Wiener Viehmarkte. Die Vereinsstatuten wurden jedoch von der Statthalterei nicht genehmigt, und trotz Recurses an das Ministerium blieb es bei dem Bescheid. Einen der Ablehnungspunkte machte gerade die, das beabsichtigte Schiedsgericht betreffende Bestimmung, indem die Statthalterei es als unzulässig erklärte, dass durch den Verein andere als die Mitglieder in Vereinsangelegenheiten betreffende Streitfälle zur schiedsgerichtlichen Entscheidung gebracht werden sollten.

Dieser durch die ablehnende Haltung der Behörden vereitelten Privatinitiative zur Creierung eines Schiedsgerichtes auf dem Wiener Central-Viehmarkte folgte später ein diesbezüglicher Schritt des löblichen Wiener Gemeinderathes.

Am 19. April 1884 fasste der Gemeinderath einen Beschluss, in welchem gesagt wurde:

„Insbesonders wäre eine Organisation des Central-Viehmarktes nach dem Muster der Frucht- und Mehlbörse und eines Schiedsgerichtes im Sinne der vom Gemeinderathe gemachten, von der Regierung jedoch bisher nicht acceptierten Vorschläge zu empfehlen."

Mit diesen Vorschlägen ist ein vom damaligen Gem.-Rathe Dr. M. Menger ausgearbeiteter Statutenentwurf für ein zu creierendes Schiedsgericht gemeint. Unter den Namen der Gemeinderäthe, welche für diesen Antrag gestimmt haben, finden wir die der Herren Dr. Borschke, Dr. Grübl, Dr. Lederer, Matzenauer, Bürgermeister-Stellvertreter Dr. Prix, Bürgermeister Uhl 2c.

Nun ruhte die Angelegenheit eine lange Weile. Am 28. Februar 1888 brachte sie niemand Geringerer als der Ackerbauminister zur Sprache. Auf eine, an Se. Excellenz in der Budget-Commission des Abgeordnetenhauses von Dr. Max Menger gerichtete Anfrage antwortete Graf Falkenhayn wörtlich Folgendes: „Die Frage einer Betheiligung der Besucher des Central-Viehmarktes an der Administration des Marktes, sowie die Einführung eines Schiedsgerichtes werde er in ernste Erwägung ziehen, sobald er in dieser Richtung eine Aufforderung seitens der Wiener Gemeinde erhielte." Diese Aufforderung ist unseres Wissens seither nicht erfolgt.

Wohl brachten Gem.-Rath Dr. Grübl und Genossen schon im März des Jahres 1888 folgenden Antrag im Gemeinderathe ein: „Der Gemeinderath wolle beschließen, es sei eine Eingabe an die hohe Regierung mit dem Ersuchen zu richten, es möge sich dieselbe bestimmt finden, wegen der Organisation des Central-Viehmarktes nach dem Muster der Wiener Frucht- und Mehlbörse und der Einsetzung eines Schiedsgerichtes im Sinne der vom Gemeinderathe bereits früher gemachten Vorschläge mit der Gemeinde in Verhandlung zu treten. Dieser Antrag ist der Approvisionierungs- und Rechts-Section zur schleunigen Berichterstattung zuzuweisen". — Seither ist von einer diesbezüglichen Berichterstattung nichts bekannt worden.

Das letztemal beschäftigte sich der Wiener Gemeinderath am 21. November 1890 mit dieser Frage. In der betreffenden Sitzung brachte Gem.-Rath Dr. Klotzberg folgenden Antrag ein: „Eines der wichtigsten und dringendsten Bedürfnisse für den Wiener Central-Viehmarkt wäre die Schaffung eines Schiedsgerichtes auf dem Central-Viehmarkte. Obwohl diese Institution bereits wiederholt im löblichen Gemeinderathe — so vom Herrn Gem.-Rathe Dr. R. Grübl beantragt wurde, und auch die Regierung die Erklärung abgegeben hat: „die Einführung eines Schiedsgerichtes in Erwägung zu ziehen", so ist doch bis zum heutigen Tage diese für alle Marktinteressenten höchst wichtige Institution auch nicht um einen Schritt vorwärts gekommen. Die Unterzeichneten stellen aus diesem Grunde neuerdings folgenden Antrag: „Der Gemeinderath wolle beschließen, es sei an die Regierung eine Eingabe mit dem Ersuchen zu richten, es möge sich dieselbe bestimmt finden, wegen der Organisation des Central-Viehmarktes nach dem Muster der Wiener Frucht- und Mehlbörse und der Einsetzung eines Schiedsgerichtes im Sinne der vom Gemeinderathe bereits früher gemachten Vorschläge mit der Gemeinde in Verhandlung zu treten. Dieser Antrag ist der Rechts-Section und der Approvisionierungs-Section zur dringlichen Berichterstattung zuzuweisen." Weiter hat man von der Sache nichts mehr gehört — bis auf den heutigen Tag.

Noch einmal kommt der Gegenstand im selben Jahre, und zwar in der n.-ö. Handels- und Gewerbekammer zur Sprache. Am 17. December 1890 beschloss die Kammer die Abgabe eines Gutachtens an den Wiener Magistrat, in welchem dieselbe die Organisierung des Central-Viehmarktes nach dem Muster der Börse für landwirtschaftliche Producte und die Einsetzung eines Schiedsgerichtes an diesem Markt empfiehlt.

Damit endet unser historischer Rückblick, die Schiedsgerichtsfrage betreffend. Wir glauben sagen zu dürfen, all diese hier reproducierten Beschlüsse, Anträge 2c. sprechen für sich selbst und lassen es fast unerklärlich erscheinen, dass die Sache auch nicht um eine Linie vorgerückt ist. Und doch ist es so.

Die Gefertigten sehen sich gezwungen, heute neuerdings dem löblichen Gemeinderathe die möglichst rasche Inangriffnahme der zur Durchführung nothwendigen und diese vorbereitenden Schritte zu empfehlen.

Wir können uns bei dem Ernst und der Wichtigkeit der Sache nicht an der Aufzählung aller bisher unternommenen und leider resultatlos verlaufenen Versuche zur Herbeiführung eines Schiedsgerichtes auf dem Wiener Markte genügen lassen, sondern halten uns verpflichtet, nochmals klar und genau darzulegen, wie sehr der Mangel eines Schiedsgerichtes auf dem Wiener Central-Viehmarkte von sämmtlichen Parteien hart empfunden wird und wie dieser Mangel nahezu jede Woche, an jedem Markttage, sich fühlbar macht. Der wöchentliche Geldumsatz auf dem Wiener Central-Viehmarkte übersteigt eine Million Gulden und diese große Summe ergibt sich aus tausenden von Kauf- und Verkaufsabschlüssen. Wie nicht anders möglich, kommen auch da und dort Differenzen und Streitfälle vor. Einmal ist es die Preisbestimmung, ein andermal die Abwage, ein drittesmal ein veterinärer Anstand, ein viertesmal eine Beschwerde geschäftlicher Natur, welche den Anlass bietet u. s. f. Wie heute die Dinge liegen, so rufen die streitenden Parteien oder eine derselben die Intervention des Marktcommissariates an. Der jeweilig functionierende Marktcommissär, der weder zu einer Einschreitung berufen, noch berechtigt ist, dem oft die Anhaltspunkte fehlen, um ein Urtheil abzugeben, sucht zu intervenieren oder gibt seiner Anschauung nach der einen oder anderen Richtung hin Ausdruck. Selbstverständlich hängt es dann erst von dem guten Willen der Parteien ab, sich diesem „Urtheil" zu fügen. Die versierteren Geschäftsleute wissen ganz wohl, dass die Entscheidung des betreffenden Marktcommissärs kein Gewicht hat, wenn sie dieselbe nicht anerkennen wollen, und verweisen den Kläger auf den Processweg, was auch ja das letzte Auskunftsmittel ist, welches der intervenierende Beamte in der Regel der sich beschädigt fühlenden Partei empfiehlt. Damit ist aber keiner der streitenden Parteien geholfen und die Geschäftsinteressen aller leiden unter solchen Processen. Wir wollen nur als Beweis einen bemerkenswerten Fall anführen.

Vor dem Bezirksgericht Landstraße spielte sich im Frühjahre ein drastischer Streitfall ab, welcher bezeichnend genug der Wiedergabe wert erscheint. Ein Landsfleischhauer kaufte bei einem Viehmäster aus Siebenbürgen, der auf dem Wiener Markte durch eine hiesige Viehcommissions-Firma vertreten war, mehrere Ochsen minderer Kategorie. Auf dem Triebe verendete eines der gekauften Thiere. Der Wert des Thieres betrug nach dem Kaufpreise ö. W. fl. 144. Der Rechtsstreit bestand darin, wer von den beiden Parteien den Schaden zu tragen habe? Bei der vor dem Bezirksgerichte stattgehabten Verhandlung wurden als Sachverständige der Vorsteher der Wiener Fleischhauer-Genossenschaft und der Geschäftsleiter der Vieh- und Fleischmarktcassa zugezogen und gaben übereinstimmend ihr Gutachten dahin ab, dass das Umstehen des Thieres nicht als eine Folge des Triebes angesehen werden kann, da bei leichten Ochsen der Trieb gar nichts Bedenkliches an sich habe, insbesondere im Monate Mai, in welchem der Fall sich ereignet hatte. Auch in anderer Hinsicht stimmte das Gutachten der beiden Sachverständigen überein. Zum Schlusse lehnten beide Herren ab, ein Honorar in Anspruch zu nehmen. Die beiden Parteienvertreter

aber nahmen jeder einzeln fl. 25 für sich in Anspruch. Die Verhandlung wurde vertagt. Thatsache ist, dass die Processkosten einige hundert Gulden betragen werden, welche die verlierende Partei zu bezahlen haben wird, während sich die Streitsache bloß um fl. 144 handelt. Hätte ein Schiedsgericht, das aus Fachmännern besteht, welche die beiderseitigen Interessen zu wahren bestrebt sind, nicht kurz und bündig und gewiß auch nicht ungerecht in dieser Sache entschieden?

Gleichwie dieser eine Fall auf die unbedingte Nothwendigkeit der Creierung eines Schiedsgerichtes auf dem Wiener Viehmarkte hinweist, so könnten noch zahlreiche, nicht minder eclatante Fälle aufgeführt werden, die alle die Dringlichkeit der Einführung dieser Institution befürworten. Vor allem würde das Schiedsgericht durch die Urtheilsfähigkeit der Parteien Sicherheit vor groben Rechtsverletzungen bieten, anderseits eine im Interesse des Handels und Geschäftsverkehres liegende rasche und definitive Abwicklung der Streitfälle sichern. Alles das spricht für die Nothwendigkeit und Zweckmäßigkeit eines Schiedsgerichtes. Nicht zum geringsten die Unzufriedenheit aller Parteien mit den gegenwärtigen Zuständen auf dem Wiener Viehmarkte, der auf diese Weise abgeholfen werden könnte.

So schließen wir denn mit Hinsicht auf alle die hier angeführten Thatsachen und Argumente mit der ergebenen Bitte:

Der löbl. Gemeinderath der Stadt Wien möge ehethunlichst die geeigneten Beschlüsse fassen und Schritte unternehmen, welche die baldigste Creierung eines Schiedsgerichtes auf dem Wiener Central-Viehmarkte garantieren.

Bürgermeister: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

10. Interpellation des **Gem.-Rathes Rückauf:**

Mit Polizeiverordnung vom 15. März l. J. sind die Fiaker und Einspänner, welche nach dem bestehenden Turnus die Tour zum Anfahren bei den Bahnhöfen trifft, gehalten, mehr als zur Hälfte während der Sommermonate mit geschlossenen Wagen anzufahren.

Diese Maßregel, für welche besonders im Hochsommer sich keinerlei thatsächliches Bedürfnis zeigt, verursacht den Fuhrwerkern bedeutende Regie-Erhöhung und schmälert deren Einkommen in empfindlicher Weise.

Die Aufregung unter den genannten Gewerbetreibenden ist so groß, dass deren Genossenschaftsvorsteher dieser Tage dem Herrn Ministerpräsidenten offen erklärten: Es sei die Gefahr eines allgemeinen Strikes der Fiaker und Einspänner während der heuer stattfindenden Musik- und Theater-Ausstellung zu befürchten, und dies umsomehr, als auch die berechtigten Wünsche der Genossenschafts-Vertretungen bei den Ziffernansätzen der neuen Fahrtaxe nicht entsprechend berücksichtigt wurden.

Nachdem es der Gemeinde-Vertretung nicht gleichgiltig sein kann, bei einem anlässlich einer großen Ausstellung regeren Fremdenverkehr einen Strike der öffentlichen Fuhrwerker eintreten zu sehen;

nachdem ferner, wenn schon während der Sommermonate geschlossene Wagen bei den Bahnhöfen anfahren müssen, „Ein Viertel" derselben mehr als genügend ist, erlaubt sich der Gefertigte, an den Herrn Bürgermeister die höfliche und dringende Bitte zu richten:

Ob derselbe geneigt ist, bei Sr. Excellenz dem Herrn Statthalter im Interesse einer nach tausenden zählenden hochbesteuerten Geschäftsbranche vorzusprechen und selben zur Milderung der Maßregel hinsichtlich der geschlossenen Wagen auf den Bahnhöfen zu veranlassen, und zwar noch vor Eröffnung der Musik- und Theater-Ausstellung.

Bürgermeister: Ich werde hierüber rasch Erhebungen pflegen lassen und soweit als es möglich ist, intervenieren.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

11. Anfrage des **Gem.-Rathes Dr. Lueger** an den Herrn Bürgermeister:

In der Sitzung des Stadtrathes, welche Freitag den 29. April d. J. stattfand, wurden die Anträge des St.-R. Dr. v. Billing in Sachen der Verhandlung mit der englischen Gasgesellschaft zum Beschlusse erhoben.

Die Sitzungen des Stadtrathes sind nach dem bestehenden Gemeindestatute für Wien geheim.

Merkwürdigerweise erhielt an demselben Tage, 4 Uhr nachmittags, der Herr Bürgermeister ein Schreiben der englischen Gasgesellschaft, in welchem die letztere ihre Offerte deswegen zurückzog, weil sie bis jetzt eine Antwort auf dieselbe nicht erhalten habe.

Das Zusammentreffen der beiden erwähnten Umstände kann vielleicht ein zufälliges sein; aber es drängt sich jedem die Vermuthung auf, dass die englische Gasgesellschaft das erwähnte Schreiben erst dann expedierte, nachdem sie von dem Beschlusse des Stadtrathes in Kenntnis gesetzt war.

Es liegt daher wohl im Interesse des Ansehens des Stadtrathes, dass diese Angelegenheit klar gestellt wird, und ich erlaube mir daher, an den Herrn Bürgermeister folgende Anfrage zu stellen:

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, darüber Erhebungen zu pflegen, ob, eventuell durch welche Person die englische Gasgesellschaft von dem in der Freitag-Sitzung gefassten Beschlusse des Stadtrathes in Kenntnis gesetzt wurde?

Bürgermeister: Ich habe die Ehre, diese Interpellation wie folgt zu beantworten:

Aus dem Schreiben der Gasgesellschaft geht nicht hervor, dass dieselbe in Kenntnis vom Beschlusse des Stadtrathes gewesen ist; ich bin daher gar nicht in der Lage, ebensowenig wie der Herr Interpellant, zu beurtheilen und zu wissen, ob die Gasgesellschaft von diesem Beschlusse Kenntnis gehabt hat oder nicht. Auch bin ich nicht in der Lage, im Stadtrathe Erhebungen zu pflegen, ob solche Mittheilungen gemacht worden sind. Die Beamten haben jedenfalls eine Mittheilung nicht gemacht.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

12. Anfrage an den geehrten Herrn Bürgermeister vom **Gem.-Rathe Hipp:**

Ist dem Herrn Bürgermeister bekannt, dass die Steuerzahler im magistratischen Bezirksamte des XVI. Bezirkes, Abelegasse, am Gang dortselbst warten müssen, da die Liquidatur nur diesen als Vorraum hat?

Nicht nur, dass die wartenden Parteien durch den ebenfalls dort mündenden Eingang dem Zuge und der Kälte ausgesetzt sind, versperren sie auch den Zugang zu den übrigen Ämtern vollständig.

Ich stelle daher an den geehrten Herrn Bürgermeister die Anfrage:

Ob demselben dieser Übelstand bekannt ist, und wenn nicht, ob Herr Bürgermeister geneigt ist, diesem abzuhelfen?

Ebenso erlaube ich mir, an den Herrn Bürgermeister die Anfrage zu stellen:

Ob es ihm bekannt ist, dass die für dasselbe Bezirksamt gelieferten neuen Möbelstücke größtentheils Risse bekommen, da sie aus nassem Holz hergestellt sind, so zwar, dass Beamte genöthigt waren, die Sitze der Stühle mit Pappe auszufüllen, um nicht ihre Beinkleider zu beschädigen.

Bürgermeister: Was die Localitäten anbelangt, so sind dieselben allerdings im dortigen Bezirksamte etwas beengt, aber momentan läßt sich eine Abhilfe nicht treffen. Was den zweiten Punkt der Interpellation anbelangt, so ist mir natürlich von dem Zustande der Möbel nichts bekannt geworden; aber ich werde mich diesbezüglich unterrichten lassen.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

13. Interpellation des **Gem.-Rathes Dr. Friedjung:**

Wie verlautet, wurde die der Unternehmung für Tiefquellenleitung gewährte Concession, welche bereits abgelaufen war, von dem Ackerbauministerium abermals, und zwar bis zum 1. Juni 1892 verlängert.

Nun ist es eine bekannte Thatsache, daß die Concession für die Tiefquellenleitung zum Theile auf Grund einer Vollmacht gewährt wurde, welche die Gemeindevertretungen der ehemaligen Vororte den Concessionären zur Verfügung gestellt hatten.

Die Aussteller dieser Vollmacht existieren aber seit der Vereinigung der Vororte mit Wien nicht mehr und ihre Rechtsnachfolger sind der Bürgermeister und der Gemeinderath der Stadt Wien.

Da aber die Gemeinde Wien nach Ansicht des Gefertigten auch dann, wenn sie die Grundwasserschätze des Steinfeldes in Anspruch nehmen sollte, niemals eine Privatunternehmung mit der Schöpfung der neuen Leitung betrauen darf; da es demnach ausgeschlossen ist, daß die Gemeinde Wien eine Privatunternehmung mit einer ähnlichen Vollmacht ausstatten wird, so erlaubt sich der Gefertigte, an den Herrn Bürgermeister nachstehende Interpellation zu stellen:

1. Sind die von den ehemaligen Vorortegemeinden den Concessionären der Tiefquellenleitung ausgestellten Vollmachten noch rechtskräftig?

2. Ist der Herr Bürgermeister geneigt, die Rücknahme dieser Vollmachten zu veranlassen, um den Gemeinderath der Stadt Wien in die Lage zu versetzen, nach freier Wahl unter den vorliegenden Projecten auch zu jenen Entwürfen greifen zu können, welche die Hereinleitung der Grundwasserschätze des Steinfeldes zum Gegenstande haben?

Bürgermeister: Ich habe die Ehre, hierauf Folgendes zu erwidern. Die Dauer der Concession ist allerdings bis Ende Juni d. J. verlängert worden; das liegt aber im Ermessen des Ackerbauministeriums auf Grund der Bestimmungen der Concession. Was die Vollmachten anbelangt, die seitens der Gemeinde gegeben worden sind, so betreffen sie die Ermächtigung der Unternehmung zum Ansuchen um die Concession; diese Vollmachten haben mit der Erlangung der Concesssion ihre Wirkung vollkommen gethan. Was die Verträge zwischen den einzelnen Gemeinden und der Tiefquellenleitung anbelangt, so sind dieselben meines Wissens nicht mehr erneuert worden.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

14. Antrag des **Gem.-Rathes Lang** und Genossen:

In der Versammlung des Gemeinderathes wurde schon vor Jahresfrist der Antrag gestellt, daß die Unternehmungen, welche behufs der Einleitung elektrischen Lichtes in den Straßen Kabellegungen vornehmen, in doppelter Richtung verpflichtet werden, und zwar:

1. Dass die Legung der Kabel mit thunlichster Vermeidung jeder Störung des Personen- und Wagenverkehres erfolgt;

2. dass die Zupflasterung der Straßen schnell und in vollkommen genügender Weise erfolgt.

Leider zeigt die Erfahrung, dass weder in der einen, noch in der anderen Beziehung von Seite der Elektricitäts-Unternehmungen diesen Anforderungen Rechnung getragen wird. Im Gegentheile, es werden von vielen Geschäftsleuten lebhafte Klagen über die Ausführung der Kabellegung in den Straßen und noch mehr über die ungenügende Zupflasterung der Straßen erhoben.

Im Laufe des heutigen Vormittages wurden beispielsweise die Trottoirs am Stefansplatze und Stock-im-Eisenplatze aufgerissen und dadurch eine empfindliche Störung des Personenverkehres verursacht.

Mit Rücksicht auf diese berechtigten Beschwerden wird der folgende Antrag gestellt:

1. Der Magistrat wird beauftragt, die Anordnung zu treffen, dass die Kabellegungen in den belebten Straßen der Inneren Stadt nur bei Nachtzeit vorgenommen werden.

2. Es sei gegen Unternehmungen, welche nicht den Anordnungen des Magistrates auf eine vollständig genügende Zupflasterung der Straßen entsprechen, mit empfindlichen Geldstrafen vorzugehen.

An den Stadtrath.

15. Antrag des **Gem.-Rathes Jg. Wessely:**

Seit dem Bestande des Friedhofes in Ober-St. Veit wurden von den bestandenen und dorthin eingepfarrten Gemeinden Unter-St. Veit und Hacking bei Benützung dieses Friedhofes ganz ungleichmäßige Gebüren eingehoben.

Es wird beispielsweise für ein eigenes Grab mit zehnjähriger Dauer für erwachsene Inwohner aus Ober-St. Veit 5 fl., aus Unter-St. Veit oder Hacking 7 fl. und für Fremde 10 fl., ferner für ein Doppelgrab mit zwanzigjähriger Dauer 30, 40 und 50 fl. ö. W. eingehoben.

Durch die erfolgte Einverleibung dieser gewesenen Vororte soll den Bewohnern derselben gleiche Behandlung zutheil werden, und da dieser Friedhof nun Eigenthum der Groß-Commune Wien ist, welche diese Gebüren einhebt und auch regeln kann, so stellt der Gefertigte den Antrag:

Es sei so bald als thunlich eine einheitliche Gebür für die Benützung der Gräber und Gruften auf dem Friedhofe, XIII., Ober-St. Veit, von den eingepfarrten, früheren Gemeinden Ober-St. Veit, Unter-St. Veit und Hacking festzustellen und einzuheben.

An den Stadtrath.

16. Antrag des **Gem.-Rathes Geyer** und Genossen:

In der Gemeinderathssitzung vom 6. August v. J. habe ich den Antrag gestellt: Der löbliche Gemeinderath beschließe, an das hohe k. k. Ministerium für Cultus und Unterricht eine Eingabe zu richten, um in derselben um die Eröffnung des Sternwarteparkes zur Benützung des Publicums zu bitten.

Nachdem dieser Antrag meines Wissens bis heute nicht zur Berathung gelangt ist, so muss ich mit Grund besorgen, dass die Erledigung desselben im heurigen Jahre nicht mehr stattfinden werde.

Der Sommer mit all seinen Plagen für diejenigen Residenzbewohner, die sich den sengenden Sonnenstrahlen, dem Staube und Dunste durch keinen Aufenthalt in Bädern und Sommerfrischen entziehen können, steht vor der Thür. Die Bewohner Währings, ganz besonders aber die zumeist ärmere und mit Kindern reich gesegnete Bevölkerung des in der Umgebung der bestandenen n.-ö. Landes-Zwangsarbeitsanstalt in Weinhaus gelegenen Theiles des XVIII. Bezirkes empfindet die Qualen der Sommerhitze doppelt. Die Straßen und Gassen dortselbst sind größtentheils ungepflastert und staubig und es können ohne Übertreibung die Leute, welche dort oft in unverhältnismäßiger Zahl in den kleinen, im 2. und 3. Stockwerke, leider auch mitunter im Souterrain gelegenen Wohnungen verbannt sind, bedauernswerte Geschöpfe genannt werden. Besonders gilt dies von den Kindern, von denen manchem der Mangel an gesunder Luft, der Mangel an Bewegung im Freien am verkümmerten rhachitischen Körper abzulesen ist.

In der ganzen Umgebung befindet sich kein dem Publicum zugänglicher Erholungsort. Der fürstlich Czatorisky'sche Park, der Park der verstorbenen Frau Hofräthin von Bischoff-Altenstern, der Park der k. k. Sternwarte, der Klostergarten der P. P. Lazaristen, der schöne, mit alten Bäumen bepflanzte Garten der ehemaligen n.-ö. Landes-Zwangsarbeitsanstalt in Weinhaus, sie alle sind dem Publicum verschlossen, der Türkenschanzpark aber, sowie der kleine Kinderspielplatz nächst der ehemaligen Währinger-Linie sind viel zu entlegen.

In der Erwägung der aus den geschilderten Zuständen für jedermann erkennbaren Nothwendigkeit, der Bewohnerschaft des bezeichneten Bezirkstheiles einen Erholungsort zu bieten;

in der Erwägung, dass die gänzliche Auflassung, Veräußerung und eventuell Parcellierung der gesammten Area der ehemaligen n.-ö. Landes-Zwangsarbeitsanstalt in Weinhaus ohnehin eine Frage kürzerer Zeit ist;

in der Erwägung, dass der löbliche n.-ö. Landes-Ausschuss gegen die einstweilige gleichfalls pachtweise Überlassung des Anstaltsgartens zum gedachten Zwecke an die Commune Wien keinen Anstand erheben dürfte;

in endlicher Erwägung, dass schon der Gemeinde-Ausschuss von Währing Ende 1890 den Beschluss faßte, sich mit diesem Anliegen an den löblichen n.-ö. Landes-Ausschuss zu wenden, welcher Beschluss aber infolge der Einverleibung nicht mehr durchgeführt wurde;

stellen die Gefertigten den Antrag:

Der löbliche Gemeinderath beschließe, an den löblichen n.-ö. Landes-Ausschuss das Ansuchen um Überlassung des Gartens der bestandenen n.-ö. Landes-Zwangsarbeitsanstalt in Weinhaus zum Zwecke der Benützung als öffentlicher Erholungsort eventuell gegen Entrichtung eines mäßigen Anerkennungszinses zu stellen.

An den Stadtrath.

17. Antrag des **Gem.-Rathes Jedlička** und Genossen:

Im IX. Bezirke bei der Ausmündung der Severingasse in die Gürtelstraße ist die Linienmauer niedergerissen und der Liniengraben verschüttet worden und es hatte diese Arbeit das Aussehen, als ob hier zwischen der Severingasse und Gürtelstraße eine Verbindung hergestellt werden sollte.

Diese Arbeit ist jedoch auf dem halben Wege eingestellt worden.

Infolge der unvollkommenen Ausführung ist der Übergang des Gürtelspiegels nur für junge Leute, das heißt nur für solche Leute, welche noch springen können, passierbar, bei feuchter Witterung ist dieser Weg selbst für solche Leute unpassierbar und erhielt er infolge seiner Beschaffenheit im Volksmunde den Namen „Touristensteig".

In Anbetracht dessen, dass eine Verbindung zwischen der Severingasse und der Gürtelstraße als eine Nothwendigkeit bezeichnet werden muss, stellen die Gefertigten folgenden Antrag:

Der Gemeinderath wolle beschließen, dass zwischen der Severingasse und der Währinger Gürtelstraße der angefangene Durchbruch ausgeführt und nicht nur ein Übergang, sondern eine fahrbare Straße hergestellt wird.

An den Stadtrath.

18. Interpellation des **Gem.-Rathes Trambauer:**

Seit Einführung des neuen Zonentarifes gibt die Wiener Tramway-Gesellschaft keine Abonnements-Karten zu 10 Stück mehr aus, sondern nur solche zu 20 Stück.

Hiedurch wird das Publicum sehr empfindlich geschädigt, da es nicht jedermann möglich ist, sich 20 Stück Abonnements-Karten auf einmal zu kaufen.

Ich erlaube mir daher, an den Herrn Bürgermeister die ergebenste Anfrage zu richten:

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, seinen Einfluss dahin geltend zu machen, dass die Tramway-Gesellschaft verhalten werde, Abonnements-Karten zu 10 Stück abzugeben?

Und weiters:

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, untersuchen zu lassen, ob die Tramway-Gesellschaft auf Grund eines behördlichen Erlasses berechtigt ist, in den Waggons die Anzahl der Stehplätze, welche immer die Zahl der Sitzplätze übersteigt, mittels Tafeln zu affigieren?

Bürgermeister: Ich werde diese Interpellation in der nächsten Sitzung beantworten.

Gem.-Rath Trambauer (zur Geschäftsordnung): Bereits seit elf Monaten, Herr Bürgermeister, steht ein Referat auf der Tagesordnung betreffs des Grundaustausches an der Triesterstraße zwischen der Gemeinde Wien und der allgemeinen österreichischen Baugesellschaft. Nachdem das von eminenter Wichtigkeit für die betreffenden Bewohner, respective Hauseigenthümer ist, so möchte ich bitten, dieses Referat in der nächsten Sitzung erledigen zu lassen.

Bürgermeister: Ich werde sehen, ob die Sache dringend behandelt werden kann. Ich weiß nicht, wer das Referat hat, werde mich aber darüber erkundigen.

Wir schreiten zur Tagesordnung.

19. Referent Gem.-Rath Dr. v. Billing referiert ad Beilage Nr. 42. Es handelt sich, meine Herren, um die Wiedersubventionierung der freiwilligen Rettungs-Gesellschaft. Ich sage Wiedersubventionierung, nachdem die freiwillige Rettungs-Gesellschaft bereits in früheren Jahren seitens der Gemeinde Subventionen erhalten hat, und zwar in den Jahren 1884 und 1885 je 2000 fl., in den Jahren 1886, 1887, 1888 und 1889 je 3000 fl., für das Jahr 1890 hatte die Finanz-Section 5000 fl. beantragt. Bevor das Referat im Gemeinderath zur Entscheidung gekommen war, hat die freiwillige Rettungs-Gesellschaft ihr Gesuch zurückgezogen.

Im Jahre 1891 wurde ein Gesuch nicht eingebracht; erst im Jahre 1892 ist wieder ein solches vorgelegt worden. Nun glaube ich wohl, meine Herren, dass ich Ihnen nicht erst lange auseinanderzusetzen brauche, welche Bedeutung und welches Wesen die freiwillige Rettungs-Gesellschaft hat. Ich glaube, es gibt wohl kaum ein Institut, welches in Wien populärer ist als dieses, und jedermann, alt und jung, weiß, insbesonders wenn er den schrillen Pfiff hört, dass irgendwo ein Unglück geschehen ist und hilfsbereite Männer hineilen, um die erste Hilfe zu bringen. Wenn man überblickt, was die Gesellschaft im Laufe eines Jahres leistet, so wird man sich über den Wert dieser Institution gewiß klar sein. Es sei mir gestattet, hier nur einige Ziffern vorzubringen, welche die Thätigkeit der Gesellschaft im Jahre 1891 illustrieren.

Die erste Hilfeleistung bei Unglücksfällen wurde im Jahre 1891 vollbracht in 2696 Fällen, also durchschnittlich in 7 Fällen per Tag. Interventionen bei anderen Unglücksfällen waren 1029, Krankentransporte 3175, fliegende Ambulanzen bei Feuersbrünsten u. s. w. 349, sonstige ärztliche Dienstleistungen 3779, polizeiliche Requisitionen 1901, bei blindem Lärm ist die Gesellschaft ausgefahren in 65 Fällen. Nachtdienst der Ärzte und Hebammen 589 Fälle, das macht zusammen eine nach vielen Tausenden zählende Intervention seitens der Rettungs-Gesellschaft. Dass die Rettungs-Gesellschaft durch ihre Thätigkeit einen Theil der Aufgabe erfüllt, welche eigentlich der Gemeinde auf Grundlage des Gemeindestatutes obliegt, ist nicht zu bezweifeln und ist schon die Idee aufgetaucht auf Grundlage eines Antrages, der hier im Plenum gestellt wurde, es sei das ganze Sanitätswesen der Gemeinde, insoferne es Unglücksfälle und dergleichen betrifft, der freiwilligen Rettungs-Gesellschaft zu übertragen — eine Frage, welche ich aber bitte bei Seite liegen zu lassen, weil dieselbe noch ganz eingehender Studien bedarf, ehe sie spruchreif sein und zur Berathung gelangen wird. Es handelt sich heute nur darum, ob der freiwilligen Rettungs-Gesellschaft wieder eine Subvention gegeben werden soll, und in welcher Höhe. Der Stadtrath hat sich einstimmig dafür ausgesprochen, dass derselben eine entsprechende Subvention gegeben werden soll und hat nach Prüfung der diesbezüglichen Rechnungsvorlagen gemeint, die richtige Mitte zu finden und in entsprechender Weise einen Betrag auszumitteln, indem derselbe einstimmig beantragt, der freiwilligen Rettungs-Gesellschaft für die nächsten drei Jahre 1892 bis 1894 je 5000 fl. zu bewilligen mit dem Vorbehalte, wie bei derlei dreijährigen Bewilligungen von Ihnen wiederholt genehmigt wurde, dass die Subvention in den Jahren 1893 und 1894 widerrufen werden könnte, wenn sich aus der Vorlage der Rechenschaftsberichte, zu welchen die Gesellschaft verpflichtet sein soll, sich solche Anhalte ergeben würden, welche eine ganz entschiedene Änderung in der Tendenz oder Gebarung herbeiführen und zu einer solchen Revocation berechtigen würden.

Ich erlaube mir, Ihnen diesen Antrag, welchen die Herren gedruckt in Händen haben, zur Annahme zu empfehlen.

Gem.-Rath Herold: Meine Herren! Es wurde seinerzeit vom Herrn Gem.-Rathe Seiler ein Antrag eingebracht, welcher auf eine Subvention von 10.000 fl. für die freiwillige Rettungs-Gesellschaft lautete. Ich habe diesen Antrag unterschrieben und fühle mich verpflichtet, für denselben einzustehen, da ich mich auf dem Standpunkte befinde, dass dies nicht als eine Unterstützung anzusehen ist, sondern als eine Vergütung für Dienste, welche die Rettungs-Gesellschaft der Commune geleistet hat. Wenn Sie einen Blick auf das Statut werfen, so werden Sie meine Worte vollkommen berechtigt finden. Es liegt im Wirkungskreise der Commune das Rettungswesen, und ob die Wiener Commune in den letzten Jahren stets dieser Pflicht entsprochen hat, überlasse ich den geehrten Herren. Aber darüber, dass die freiwillige Rettungs-Gesellschaft in den letzten elf Jahren für die Commune ganz außerordentliche Dienste geleistet hat, herrscht kein Zweifel. Ich habe hier den statistischen Ausweis, der von zehn Monaten, und zwar vom 1. Jänner bis 31. October 1891, die Fälle anzeigt, in welchen die freiwillige Rettungs-Gesellschaft eingetreten ist. Das sind 5000 Unfälle in zehn Monaten, und zwar bei 745 plötzlichen Erkrankungen, 1543 Verletzungen, 2686 Krankentransporten, in 1622 Fällen, wo die freiwillige Rettungs-Gesellschaft von Behörden requiriert wurde. Es sind das statistische Daten, die gewiss eine deutliche Sprache reden. Ich frage, ob mit Rücksicht auf diese Ziffern bei der bekannten Thätigkeit der freiwillige Rettungs-Gesellschaft die Commune in der Lage gewesen wäre, mit 10.000 fl. das zu bewältigen. Ich glaube nicht, und ich halte es in finanzieller Beziehung für die Commune Wien von Vortheil, die freiwillige Rettungs-Gesellschaft würdig zu unterstützen

und eine gesunde Basis zu schaffen. Es ist auch bemerkenswert, wie z. B. das Ausland über die freiwillige Rettungs-Gesellschaft urtheilt. Der Oberstabsarzt v. Villaret in Berlin sagte bei Eröffnung der hygienischen Ausstellung in Berlin Folgendes über die Wiener freiwillige Rettungs-Gesellschaft (liest): „Es ist unstreitig die großartigste Einrichtung, welche allein von dem Gedanken der Nächstenliebe getragen, geplant und ausgeführt worden ist." Weiters sagt er: „Indes die finanzielle Noth der Gesellschaft ist so bedeutend, dass man das ominöse Wort „Auflösung" schon zu hören bekam. Es wäre sehr, sehr bedauerlich, wenn das bisher Erreichte, alle die Arbeit, alle Mühen, alle Leistungen, wenn Alles, Alles für nichts gewesen sein sollte." Und endlich heißt es da: „Wahrlich, bräche die Gesellschaft zusammen, wir würden das Gefühl haben, als stürze ein eben erst mühsam errichtetes Prachtgebäude wieder zusammen." So spricht eine ausländische Autorität über die Rettungs-Gesellschaft. Sie ist das einzig und allein in der Welt dastehende Barmherzigkeits-Institut, und es ist daher Pflicht des Gemeinderathes, für sie eine gesunde Basis zu schaffen. Ich halte 5000 fl. für zu wenig und stelle den positiven Antrag auf die Gewährung von 10.000 fl. Ich führe an, dass Pest bereits mit 10.000 fl. vorangeschritten ist und den Grund zum Bau unentgeltlich gegeben hat, dass ferner sogar Prag der Wiener freiwilligen Rettungs-Gesellschaft einen Beitrag von 1000 fl. gewährt hat. Ich glaube, dass doch die k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien nicht hinter diesen beiden Städten zurückstehen kann. Hier ist Engherzigkeit nicht am Platze. Was die Commune Wien der Wiener Rettungs-Gesellschaft gibt, gibt sie sich selbst. Ich bitte daher, den Antrag auf Gewährung von 10.000 fl. anzunehmen, er ist allein der Commune Wien entsprechend und würdig.

Ich nenne nur die Namen Wilczek, Lamezan und Mundy. (Beifall rechts.) Ich muss demzufolge Folgendes bemerken: Auch ich gehöre zu den Mitgliedern der Rettungs-Gesellschaft seit langer Zeit. Auch ich habe dort schon angeregt, dass man in gewissen Dingen etwas sparsam sein möge, nämlich mit Drucksorten u. dgl., und ich kann Ihnen die eine Versicherung geben, dass das schon geschehen ist. Man hat seit Neujahr die Zahl der Publicationen, die früher waren, aufgegeben, man hat sie auf das allernothwendigste restringiert. Man spart jetzt, wo man kann, aber, meine Herren, eine humanitäre Gesellschaft kann sich nicht bloß vom Sparen erhalten, denn das, werden Sie mir zugeben, ist nicht möglich.

Die Subvention muss also gegeben werden. Wenn wir die 10.000 fl. geben und die Gesellschaft noch so viel spart, wird sie noch immer nicht gesichert sein und noch immer nicht den großen Anforderungen gewachsen sein, wenn nicht große Zuflüsse von anderwärts kommen; sie wird den Anforderungen nicht gewachsen sein, die heute bei der großen Ausdehnung, die Wien hat, an sie gestellt werden. Bedenken Sie, welche große Verpflichtungen die Gesellschaft übernimmt, die Bevölkerung sieht es als etwas Selbstverständliches an, wenn irgendwo, und sei es auch noch so weit, etwas geschieht, einfach an die Rettungs-Gesellschaft zu telephonieren. Meine Herren! Wenn die Bevölkerung so große Anforderungen stellt, muss sie doch etwas zu den Existenzbedingungen der Gesellschaft beitragen. Und damit komme ich zum Schlusse. Die Bevölkerung will es, dass wir in diesem Falle in die Tasche greifen. (Bravo! rechts), und wenn es von der Abstimmung seitens der Bevölkerung abhienge, dann kann ich Ihnen sagen, würde wahrscheinlich über den Betrag von 10.000 fl. hinausgegangen werden, weil die Bevölkerung sagen würde: Ihr gebt soviel Geld für verschiedene Sachen aus, und da müsst ihr erst fragen, ob die Gesellschaft für uns Nutzen hat? Wir sehen den Nutzen, den die Rettungs-Gesellschaft für uns hat, jeden Tag, so oft der Wagen mit der rothen Laterne an uns vorbeifährt. Ich bitte, meine Herren, machen Sie daraus nicht eine Parteifrage, es handelt sich nicht um politische Anschauungen, sondern nur um den Humanitätszweck. Diese Humanitätsfrage ist in diesem Falle so groß und so bedeutend für die Wiener Bevölkerung, so tief einschneidend, dass ich die Herren des Stadtrathes und den geschätzten Herren Referenten tief ergebenst bitten möchte, nicht so sehr den fiscalischen und finanziellen Standpunkt in diesem Falle hervorzukehren. In diesem Falle wäre er wirklich nicht angebracht. Der Wunsch der Bevölkerung deckt sich hier mit den Pflichten der Humanität, und ich bitte Sie alle und jeden einzelnen: Stimmen Sie für die 10.000 fl., wie ich es thun werde. (Beifall und Händeklatschen rechts.)

Gem.-Rath Silberer: Meine sehr geehrten Herren! Ich finde es sehr begreiflich, dass der verehrliche Stadtrath und der geschätzte Vertreter desselben, der Herr Referent, hier für die Rettungs-Gesellschaft einen Betrag von 5000 fl. beantragt. Es steht dem Stadtrathe und selbstverständlich dessen Referenten zu, die Schnüre unseres Geldbeutels soviel als möglich zuzuhalten, denn wenn der Stadtrath in solchen Fällen, wo es sich um Subventionen handelt, immer schon den größtmöglichen Betrag beantragen würde, so würden wir sehr wahrscheinlich auf abschüssige Bahnen in finanzieller Beziehung kommen. Ich finde es also vollkommen begründet, wenn der verehrte Stadtrath sich bewogen fühlte, eine kleinere Summe zu beantragen, als diejenige, welche wir beantragen und für welche wir stimmen, nämlich 10.000 fl.

Ich brauche dem, was der geschätzte Herr College Herold gesagt hat, nicht mehr viel beizufügen. Die Wiener Rettungs-Gesellschaft bedarf keines Fürsprechers. Ihre Thaten sprechen für sie, was sie für die Bevölkerung geleistet hat, und was sie täglich leistet. Ich verweise wieder darauf, dass das Institut vorwiegend den ärmeren Classen zugute kommt. Der Reiche wird nicht so leicht von einem Wagen überfahren, er fährt ja in seiner Equipage; der Reiche ist kein Ziegeldecker, der vom Dache fällt und schnelle Hilfe braucht, und so gibt es eine Menge von Fällen, wo nur der Arme betroffen wird, so z. B. der Arbeiter beim Maschinenbetrieb vom Treibriemen erfasst wird. Kurz, wenn Sie die Statistik der Rettungs-Gesellschaft durchschauen, so hat sie, wie Sie sehen werden, den größten Wert für die arbeitende Bevölkerung, welche für das tägliche Brot kämpft und ihre Glieder und ihr Leben täglich im großstädtischen und modernen Fabrikswesen riskiert. Nun, ich kann nicht glauben, dass wir unserer Wiener Rettungs-Gesellschaft, welche allen derartigen Institutionen der Welt als Muster gedient, welche lediglich Ursache war, dass in anderen Städten solche Institute ins Leben gerufen, die Subvention nicht bewilligen werden.

Wir werden doch hinter Pest nicht zurückbleiben. In Pest hat man die Gesellschaft erst gegründet, nachdem die unsere schon eine geraume Zeit bestanden und sich außerordentlich bewährt hat, und was hat Budapest gethan, das eine kleinere Stadt als Wien und die Hauptstadt eines kleinen Reiches ist. Budapest hat sofort den Grund, und zwar einen wertvollen Grund, in einem vortheilhaften Stadttheil geschenkt und eine Baulichkeit, ein Haus hingestellt, demgegenüber das Haus unserer Gesellschaft ein wahres

„Vogelhäuserl" ist. Sie hat es großartig eingerichtet, wunderbar ausgestattet und außerdem gibt die Gemeinde Budapest noch 10.000 fl. jährlich. Da können wir lernen, und ich bitte Sie recht sehr, stimmen Sie für die 10.000 fl. Es ist damit nicht zu viel gethan. Ich will aber hier einem vorgreifen, was möglicherweise geschehen wird, es ist nämlich schon davon gesprochen und uns angedeutet worden, wenn wir uns herausnehmen werden, für die Subvention von 10.000 fl. für die Rettungs-Gesellschaft zu plaidieren, dass man darauf hinweisen wird, dass bei der Rettungs-Gesellschaft auch nicht alles so ist, wie es sein sollte, und dass mancher Gulden unnütz ausgegeben worden ist. Meine Herren! Ich acceptiere diese Thatsachen, ich greife dem vor, ich sage das selbst, es ist bei der Rettungs-Gesellschaft nicht jeder Gulden, der ausgegeben worden ist, genug angeschaut worden. Es ist beispielsweise für Drucksorten etwas viel ausgegeben worden, und es hieße den Kopf in die Federn stecken und etwas nicht sehen wollen, was andere sehen, wenn man es nicht erwähnen wollte. Deshalb will ich es lieber gleich selbst berühren und ich greife es selbst heraus, weil man das Kind nicht mit dem Bade ausschütten darf, weil es überhaupt nichts ganz Vollkommenes in der Welt gibt. Wenn ein Institut, welches im Laufe von zehn Jahren oder mehr, viel mehr als eine halbe Million für Humanitätszwecke ausgegeben hat, in großem Stile geführt ist, und wenn einige Hunderte und Tausende, die in der Zeit ausgegeben worden sind, hätten erspart werden können, so ist damit der Sache im großen und ganzen noch nichts Böses nachgesagt. Ich acceptiere demzufolge, dass beispielsweise bei der Rettungs-Gesellschaft etwas viel in Drucksorten gearbeitet worden ist. Das, meine Herren, ist sehr erklärlich. Eine Gesellschaft, welche von heute auf morgen nicht zu leben hat, welcher die finanzielle Basis fehlt, welche darauf eingerichtet ist, Tag für Tag betteln zu gehen, bedarf einer großen Reclame, bedarf der Entfaltung eines großen literarischen und publicistischen Apparates, um der Welt klarzulegen, dass die Nothwendigkeit vorhanden ist. Sie hat sehr viele Freunde und sehr viele Gegner. Ich könnte Ihnen Namen nennen, ich thue es nicht, weil ich mit der Sache, nicht mit Namen es zu thun habe. Die Personen aber, welche an der Spitze der Rettungs-Gesellschaft stehen, stehen tief eingegraben in Erz und Marmor in unserem Rathhause und im Gedächtnis aller Wiener. Die Namen der Männer, welche die Rettungs-Gesellschaft gegründet haben, werden, solange ein Wiener lebt, von der heutigen und der kommenden Generation mit der größten Ehrfurcht genannt werden.

Gem.-Rath Frauenberger: Sehr geehrte Herren! Ich muss aufrichtig sagen, dass ich in dieser Frage sehr gern jede Debatte vermieden hätte. Wir kennen alle die Leistungen, die großen Leistungen der Wiener Rettungs-Gesellschaft. An ihrer Spitze stehen die ersten Männer Wiens, und das, was die Rettungs-Gesellschaft für die Wiener Bevölkerung schon geleistet hat, lässt sich wirklich in den hellsten Farben schildern; dessen ungeachtet aber meine ich, meine hochverehrten Herren, dass es auch in dieser Frage eine Grenze für die Gemeinde Wien geben muss, und diese Grenze scheint mir in dem Antrage des Stadtrathes gegeben, welchen uns der Herr Referent vorgetragen hat. Ich muss Sie bitten, dass Sie sich nicht in der Begeisterung für die freiwillige Rettungs-Gesellschaft, deren Verdienste ich gewiss über alle Maßen anerkenne, soweit hinreißen lassen, dass Sie übersehen, dass wir hier das Geld der Steuerträger, das Geld der Bürger, das Gemeindegeld verwalten, und dass es nicht angeht, in einer solchen Weise mit den Tausendern umzuspringen. Es ist eine andere Sache, wenn ich in meinen eigenen Sack hineingreife, 10.000 fl. herausnehme und sie jemandem gebe, als wenn ich in den Säckel der Steuerträger, der Gemeinde hineingreife; ich muss mir doch die Frage vorlegen, inwieweit ich berechtigt bin, diese Gelder in Anspruch zu nehmen. In dieser Richtung stehe ich auf dem Standpunkte: Wenn wir alle diese Institutionen von Seite der Gemeinde Wien in einer solchen Weise unterstützen, dann wird sich im gleichen Maße die Privatwohlthätigkeit zurückziehen (Widerspruch) und es geht nicht an, dass die Gemeinde alle diese Lasten übernimmt. Meine hochverehrten Herren! Wenn wir die Rettungs-Gesellschaft mit 5000 fl. unterstützen, so unterstützen wir sie nicht allein mit diesem Betrage, sondern es liegt darin auch die moralische Unterstützung der Gemeinde Wien — mehr verlangt die Rettungs-Gesellschaft nicht, sie ist mit dem Betrage von 5000 fl. vollkommen zufrieden. (Rufe: O nein!) Die Wiener Rettungs-Gesellschaft hat seit jener Zeit, wo sie gegründet wurde, bis zum heutigen Tag soviele Freunde und Gönner gefunden, die sie gerne unterstützen und auch das Geld hergeben; denn wovon hätte die Gesellschaft alles geleistet? Es geht jedoch nicht an, in einer solchen Weise vorzugehen.

Ich möchte Sie daher dringendst bitten, trotz aller Anerkennung, trotz aller Hochachtung, welche ich der Rettungs-Gesellschaft zolle, im Interesse der Finanzen der Stadt Wien und im Interesse der Steuerträger den gestellten Antrag auf 10.000 fl. abzulehnen und dem Antrage des Referenten zuzustimmen. Das ist die richtige Mitte, wir thun, was wir zu thun verpflichtet sind, aber weiter hinaus sollen wir nicht gehen, wir müssen eine Grenze einhalten, weil wir das Geld der Steuerträger zu verwalten haben.

Gem.-Rath Seiler: Ich habe vor geraumer Zeit einen Antrag, betreffend die Subventionierung der Rettungs-Gesellschaft mit dem Betrage von 10.000 fl. eingebracht. Dieser Antrag wurde von dem größten Theile der Budget-Commission und anderen Herren unterfertigt und so überreicht. Leider hat es lange Zeit gedauert, bis dieser Antrag in Berathung gekommen ist, d. h. mein Antrag gar nicht, sondern die Petition der Rettungs-Gesellschaft. Dass der Stadtrath den Betrag von 5000 fl. beantragen wird, habe ich gewusst, weil das ein Wunsch des Bürgermeisters gewesen ist, aber über eines bin ich erstaunt, dass der Stadtrath einstimmig diese 5000 fl. angenommen hat. Ich sehe da, wie viel eigene Willenskraft, wie viel Energie dieser Stadtrath eigentlich hat, da unter seinen Mitgliedern viele waren, die mir ihr Wort gegeben haben, für die 10.000 fl. einzutreten (Hört! links) und sogar den Antrag unterschrieben, dagegen aber gestimmt haben. (Gem.-Rath Hawranek: Kommt das auch vor?) Ich will dem, was meine hochverehrten Herren Vorredner gesagt haben, nichts hinzufügen und will nur auf eines zurückkommen, was Herr Frauenberger erwähnt hat, nämlich den Säckel der Steuerträger. Man hat seinerzeit, wie die Erhöhung der Steuern hier besprochen worden ist, nicht um den Säckel der Steuerträger gefragt, sondern wir haben recht tief hineingegriffen und das Geld herausgenommen und nehmen es noch immer heraus, und daher können wir aus dem tiefen Sacke auch etwas für diejenigen thun, von denen wir es genommen haben, d. i. für die Ärmsten der Armen. Ich will mich vorläufig nicht mehr in dieser Sache aussprechen, und bitte Sie nur, diesen meinen Antrag auf Bewilligung von 10.000 fl., welchen ich nochmals stelle, anzunehmen, und füge noch hinzu, damit ich sehe, ob auch

alle diese Herren die Energie haben werden, dafür zu stimmen, dass ich namentliche Abstimmung beantrage. (Beifall.)

Referent: Ich fühle mich verpflichtet, angesichts einer soeben gefallenen Äußerung das Wort zu ergreifen. Es hat dem Herrn Collegen Seiler gefallen zu erklären, der Stadtrath habe 5000 fl. beantragt, weil dies der Wunsch des Herrn Bürgermeisters gewesen ist. Ich erkläre, dass weder ich mit dem Herrn Bürgermeister über die Summe dessen, was ich nach meinem Gewissen zu beantragen habe, gesprochen habe und dass der Herr Bürgermeister in der betreffenden Sitzung des Stadtrathes entweder gar nicht anwesend war, oder wenn er anwesend war, nicht ein Wort gesprochen hat, und dass meines Wissens auch der Herr Bürgermeister sich gegenüber anderen Mitgliedern des Stadtrathes jeder Beeinflussung enthalten hat. Wenn der Herr College dennoch glaubt, ein solches Wort aufrecht erhalten zu müssen, so wird es seine Sache sein, dafür den Beweis zu erbringen. Ich aber weise im Namen des Stadtrathes und in meinem Namen als Referent, der ich weder eine Puppe bin, noch auch die Ehre habe, mit Puppen im Stadtrathe zusammenzusitzen (Gelächter links), eine derartige Insinuation zurück und bitte, ein anderesmal mit derlei Vorwürfen etwas vorsichtiger zu sein. (Beifall rechts.)

Nachdem ich hier bereits das Wort habe, erlaube ich mir noch eine kurze Bemerkung. Der Herr Gem.-Rath Silberer hat selbst mit einer Loyalität, die ihm nur zur Ehre angerechnet werden kann, das Zifferngebiet gestreift und hat in dieser Richtung schon selbst angegeben, dass bei der Gesellschaft, was die finanzielle Gebarung betrifft, nicht alles so sein mag, wie es sein soll. Ich hatte nicht die Absicht, außer wenn man mich effectiv dazu zwingen würde, mit solchen Daten zu kommen, weil ich ein Freund der freiwilligen Rettungs-Gesellschaft bin und weil ich nicht gewohnt bin, die Fehler einzelner Persönlichkeiten der Sache anzurechnen, weil ich aber dann, wenn ich dasjenige, was ich nach meinem Gewissen vertrete, angegriffen sehe, zum Schwerte greife, dann es aber auch blank ziehe. Ich werde auch diese Reserve bewahren, bitte aber zu bemerken, dass jedenfalls einzelne Punkte sich der Öffentlichkeit preisgeben, weil sie gedruckt sind, und dass beispielsweise nur das Conto der Drucksorten die Summe von 4996 fl. 91 kr. ausmacht (Hört! Hört!), dass beispielsweise das gedruckte Conto der Besoldungen über 17.000 fl. beträgt und dass außerdem ein Conto von circa 19.000 fl. mit Diversen belastet ist, Ziffern, die mir alle zur Hand stehen, welche aber mir und dem Stadtrath bewiesen haben, dass jetzt nunmehr ein Abschluss in der Zeit gekommen ist, wo eine sehr bedeutende Summe von Auslagen, insbesondere die außerordentlicher Art, z. B. Restzahlungen für den Bau des Gebäudes, dann für die Einrichtung einer Filiale in Prag u. s. f. in Wegfall kommen, so dass, wenn die Gemeinde 5000 fl. Subvention gibt, und wenn, wie es ein offenes Geheimnis ist, dann auch von Seite des Staates eine gleich hohe Subvention gegeben wird, nach genauer Prüfung der Ziffern das Gleichgewicht im Haushalte hergestellt wird, so dass thatsächlich die Rettungs-Gesellschaft mit denjenigen Mitteln, die sie dann haben wird, in der Lage sein wird, ihrer schönen Aufgabe voll nachzukommen. Übrigens constatiere ich, dass in der That nach den mir gewordenen Nachweisungen schon im heurigen Jahre mit einigen Ersparungen begonnen worden ist, und es wird ja die Zukunft lehren, ob bei fortgesetzten Ersparungen die Ansichten des Stadtrathes richtig sind, oder ob später irgend eine Erhöhung des Betrages nothwendig sein wird. Ich bitte aber nicht gleich mit der höchsten Summe zu beginnen, sondern bei derjenigen Summe zu bleiben, welche der Stadtrath nach reiflicher Prüfung auch des Ziffernmaterials — und dazu hatte der Stadtrath nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht — in einem Momente, wo die Gesellschaft an die Gemeinde um Subvention herantritt, geglaubt hat, beantragen zu sollen.

Gem.-Rath Silberer: Ich möchte mir zunächst erlauben, einige Worte auf das zu erwidern, was der Herr Referent gesagt hat. Ich habe schon wiederholt betont, dass ich so wie alle, die für diese 10.000 fl. stimmen, weit davon entfernt bin, dem Stadtrath oder dem geschätzten Referenten einen Vorwurf zu machen, auch nicht dem Herrn Bürgermeister, wenn er glaubt, dass 5000 fl. genügend sind, was ja bekanntlich die Privatmeinung des Herrn Bürgermeisters ist. Ich nehme das ihm, dem Stadtrathe und dem Herrn Referenten nicht übel. Die Herren haben eben darauf zu achten, dass mit dem Gelde möglichst gewirtschaftet und nicht zuviel ausgegeben wird. Hier stehen wir aber vor einem Falle, wo die ganze Bevölkerung gewiss für den höheren Betrag stimmen wird (Beifall und Widerspruch), und deshalb können wir ganz ruhig und mit gutem Gewissen für diesen höheren Betrag stimmen. Ich, meine Herren, kann nicht von der ganzen Bevölkerung reden, sondern nur von jenem Theil der Wählerschaft, der mich hereingeschickt hat, und das ist der III. Wahlkörper der Inneren Stadt. Im I. und II. Wahlkörper sind aber die wohlhabenden Classen vertreten, und im Wiener Wählerverein, dessen Obmann zu sein ich die Ehre habe, und der eigentlich die Basis bildet, auf dem ich hier fuße, und durch den ich hereingeschickt wurde, habe ich bei der letzten Versammlung in dieser Richtung erklärt, dass ich für 10.000 fl. votieren werde, und diese Erklärung wurde mit dem größten Beifalle und Zustimmung begleitet. Wie das bei den anderen Herren ist, weiß ich nicht. Ich möchte aber noch eines speciell gegenüber dem bemerken, was der Herr Referent gesagt hat. Ich habe loyal anerkannt und erwarte auch von seiner Loyalität, dass er ebenso vorgehe, dass in der Vergangenheit bei der Rettungs-Gesellschaft mancher Gulden ausgegeben wurde, der bei besserem Zurückhalten und besserer Wirtschaft leicht hätte erspart werden können. Damit hätten aber die Herren nicht soviel erspart, um die Gesellschaft ohne Subvention zu erhalten, und ich erwarte von der Loyalität des Herrn Referenten, dass er ebenso auch zugibt, was ein Factum ist, dass nämlich schon heuer während der vier Monate die vielen Publicationen und Veröffentlichungen die in früheren Jahren bestanden, und die die großen Kosten verursachten, auf das nothwendigste restringiert, und dadurch Tausende erspart wurden. Es wird jetzt seitens der Gesellschaft sehr sorgfältig und sparsam gewirtschaftet, und es wird kein Gulden mehr vergeudet.

Weiters kann ich auch nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, dass der Prinz von Wales die Anstalt besichtigte, ein Mann, der in der ganzen Welt, in allen Welttheilen und Ländern herumgekommen ist, und alles gesehen hat, was die moderne Humanität bietet, und dass er seine lebhafteste Bewunderung über die Anstalt ausgesprochen hat und veranlasste, dass englische Ärzte herkommen, um die hiesigen Einrichtungen zu studieren und eine solche Anstalt womöglich auch in England zu errichten. Ich constatiere weiters, dass das ganze Ausland schon Capacitäten hergeschickt hat; alle Weltstädte haben Ärzte und Fachmänner hergeschickt, und alles war entzückt und einstimmig im Lobe der Anstalt. Meine Herren! Wenn bei einer solchen Anstalt schließlich in einem oder dem

anderen Jahre, in einer Zeit, wo die Gesellschaft der Reclame bedarf, weil sie Mittel braucht und um das tägliche Brot betteln muss, einige hundert Gulden mehr an Drucksorten ausgegeben werden, als manche Herren im Stadtrathe ausgeben würden, so ist das kein Verbrechen, das uns bestimmen könnte, der Gesellschaft das Nothwendige zu verweigern. Ich muss auch dem entgegentreten, was der geschätzte Herr Collega Frauenberger gesagt hat, von dem bekannt ist, dass er immer den fiscalischen Standpunkt einnimmt und für möglichste Sparsamkeit ist, ein Standpunkt, der sich mit dem des Herrn Referenten und des Stadtrathes deckt. Diesen Herrn nehme ich ihn nicht übel, aber er ist in diesem Falle ebenso deplaciert, wie beim Stadtrath, ja eigentlich noch mehr, denn beim Stadtrath ist diese Haltung Pflicht, hier im Plenum aber ist es nach meiner Ansicht unsere Pflicht, die höhere Summe zu votieren. Eines möchte ich dem Collegen vom Neubau nur sagen: Er meint, diejenigen, die hier für 10.000 fl. stimmen, nehmen keine Rücksicht auf die Steuerträger, und da möchte ich dem Herrn Collegen nur eines bemerken, wenn ihm auf der Mariahilferstraße, was ich nicht wünsche, ein Malheur geschieht, dass er von einem Pferde umgestoßen, ihm vielleicht etwas gebrochen wird und er bewusstlos daliegt — wird er in diesem Falle nach den Steuerträgern oder nach den Krankenträgern rufen? Meine Herren! Wir brauchen die Krankenträger, und dazu gehört Geld. Die Steuerträger sind ja diejenigen, denen vielleicht ein Unglück passieren kann, und bei den Steuernträgern sind auch die Reichen dabei. Diejenigen aber, die verunglücken, und denen die Freiwillige Rettungs-Gesellschaft zu Hilfe kommt, sind meistens nicht Reiche, sondern Arme. Ich komme zum Schlusse, ich würde sonst die Herren ermüden, aber die Sache spricht für sich. Ich stimme auf das wärmste für den Antrag des Herrn Collegen Seiler, dass die namentliche Abstimmung platzgreife, damit die Bevölkerung wisse, wer für ihr Wohl stimmt. (Bravo-Rufe rechts.)

Gem.-Rath Boschan: Ich werde für den Antrag des Herrn Referenten eintreten. Die Freiwillige Rettungs-Gesellschaft hat ein Analogon in der Bevölkerung, das sind die Barmherzigen Brüder in der Leopoldstadt, welche den Herren wohl bekannt sind. Früher haben nämlich diese, bevor die Freiwillige Rettungs-Gesellschaft etabliert war, einen Theil jener Rettungsdienste besorgt. Wenn jemand z. B. auf der Straße zusammengestürzt ist, da wurde er zu den Barmherzigen Brüdern getragen. (Rufe links: Ganz richtig! — Rufe rechts: Aber wie!)

Meine Herren! Die Barmherzigen Brüder in der Leopoldstadt erhalten ihr Geld von der Bevölkerung im Wege von Sammlungen, und es ist den Herren bekannt, dass die einzelnen Brüder dieser geistlichen Congregation sammeln gehen und jeder von der Bevölkerung nach Kräften ein Sechserl oder einen Gulden in die Büchse wirft. Wir müssen bei solchen Unternehmungen, welche allerdings die in Ordnung gebrachte Nächstenliebe sind, auf die Bevölkerung rechnen, und wenn wir die Freiwillige Rettungs-Gesellschaft allein erhalten würden, brauchten wir das nicht. Wir wollen aber, dass die Bevölkerung ihre Nächstenliebe dadurch zum Ausdrucke bringe, dass sie der Freiwilligen Rettungs-Gesellschaft, deren Verdienste sie anerkennt, etwas beiträgt. Ich habe im Hause selbst einen Fall gehabt. Einer meiner Bediensteten hat das Unglück gehabt, sich das Bein zu verletzen. Ich habe an die Freiwillige Rettungs-Gesellschaft telephoniert und sie war in fünf Minuten da. Ich habe selbstverständlich ein kleines Geschenk gegeben und mich erkundigt, und man hat mir gesagt, in den meisten Fällen, wo jemand verunglückt, bekommt die Gesellschaft vom Dienstgeber oder dem Nächststehenden des Verunglückten ein kleines Geschenk. Das will die Freiwillige Rettungs-Gesellschaft gewiss nicht fallen lassen, und wenn sie mehr als das brauchen sollte, werden wir gewiss in den nächsten Jahren mit einer Erhöhung des Betrages vorgehen.

Ich glaube aber, dass, wie die Institution der Barmherzigen Brüder ins Herz der Bevölkerung eingedrungen ist, die Freiwillige Rettungs-Gesellschaft gewiss besser thun würde, wenn sie die übermäßige Reclame abschwächen würde. Wir haben von vielen Seiten so viel Schönes und Gutes gehört, aber ich glaube, es wird doch etwas zu viel geplauscht. Im Interesse der Gesellschaft würde es daher gut sein, wenn das „Zuviel" in dieser Richtung etwas abgeschwächt würde. Wir haben früher 3000 fl. gegeben, wir wollen den Betrag auf 5000 fl. erhöhen, und sollte die Gesellschaft in den künftigen Jahren in eine Bedrängnis kommen, ist es kein Zweifel, dass sich der Gemeinderath gerne zur Erhöhung der Summe bereit finden wird. Ich bitte, den Antrag des Herrn Referenten anzunehmen. (Beifall.)

Bürgermeister: Wünscht noch jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall, der Herr Referent hat das Schlusswort.

Referent: Meine Herren! Ich habe nur wenig dazuzusetzen und glaube nur an das Gedächtnis der Herren appellieren zu dürfen, dass ich als Referent des Stadtrathes gewiss der Freiwilligen Rettungs-Gesellschaft die verdiente Würdigung habe zutheil werden lassen, sowie ich das loyale Vorgehen des Herrn Collegen Silberer gewiss gewürdigt habe. Allein, meine Herren, man muss bei solchen Dingen, wie ein Herr Vorredner bemerkt hat, denn doch immer das richtige Maß halten, besonders in einer Zeit, wo wir in der Gemeinde Wien es mit einem Versuchsjahre zu thun haben und es Pflicht des Stadtrathes und auch Ihre Pflicht ist, jeden Gulden anzusehen, welcher ausgegeben wird. Das wäre ein schlechtes Princip, wenn man annehmen wollte, der Stadtrath solle nur die Schnüre zuziehen, aber wir gehen unbedacht ins Zeug und geben mehr aus. Fragen Sie die Theile von Wien, welche neu angegliedert sind, wie sie sich immer beklagen, dass man bei jeder Kleinigkeit, bei Befriedigung ihrer Bedürfnisse, z. B. Errichtung von Gaslaternen, immer erst darüber zu Rathe geht, ob die Mittel es zulassen, und das sind doch dringende Dinge, welche uns näher stehen, weil wir pflichtgemäß vorzugehen haben. Es ist richtig das Wort, das ausgesprochen wurde, und es möge sich jeder dasselbe merken: Mit seinem eigenen Gulden kann man generöser sein als mit dem fremden; da muss man den Gulden zweimal umdrehen, ehe man ihn ausgibt.

Die Freiwillige Rettungs-Gesellschaft wäre schon in der Lage gewesen, thatsächlich vor dem Jahre 1890 die Subvention zu beziehen. Es war nicht unsere Schuld, es war ihr freier Wille, dass sie damals von der Competenz, ehe noch der Gemeinderath gesprochen, zurückgetreten ist.

Was endlich die sogenannte Reclame betrifft, von der gesprochen wurde, so möchte ich nur schließen mit einem einzigen Worte: Wenn irgend eine Gesellschaft so glücklich ist, einer entgeltlichen Reclame weniger zu bedürfen als viele andere humanitäre Institute, so ist es gerade bei dieser Gesellschaft der Fall, welche stets in intimen Beziehungen zu den Herren von allen Journalen und auf vertrautem Fuße mit denselben gestanden, so dass dieselben gerne

und immer und ohne Entgelt die nöthige Reclame für dieses wohlthätige Institut besorgen.

Ich bitte Sie daher, die Anträge des Stadtrathes anzunehmen.

Gem.-Rath Seiler: Herr Gem.-Rath Boschan hat erwähnt, dass er bei einem Unglücksfall eines seiner Bediensteten für den Wagentransport ein Geschenk der Gesellschaft geschickt hat. Laut Statut, und wie allbekannt, nimmt die Gesellschaft absolut nichts für den Transport von Kranken. Sie thut es freiwillig ohne jedes Entgelt. Freiwillige milde Gaben nimmt sie, aber den Transport lässt sie sich nicht bezahlen.

Gem.-Rath Dr. v. Billing: Ich erlaube mir demgegenüber thatsächlich zu berichtigen, was mir auch aus meiner eigenen Erfahrung bekannt ist, dass die Freiwillige Rettungs-Gesellschaft ganz und gar und dankbar eine freiwillige Spende annimmt und dass dies von den Unglücksbetroffenen nicht als eine Bezahlung für die Hilfeleistung, sondern als freiwillige Unterstützung des schönen Zweckes geschenkt ist. (Rufe: Ganz richtig!) So wird es auch der Fall beim Herrn Collegen Boschan gewesen sein und mir sind mehrere derartige Fälle aus meiner Erfahrung bekannt.

Gem.-Rath Silberer (zu einer thatsächlichen Berichtigung): Ich muss nur etwas thatsächlich berichtigen, was Gem.-Rath Frauenberger gesagt hat. Er hat gesagt, die Rettungs-Gesellschaft selber verlangt gar nicht mehr als die 5000 fl. Nachdem das bei dem einen oder anderen der Herren eine irrige Meinung erzeugen und bei der Abstimmung beeinflußen könnte, so erlaube ich mir zu bemerken, dass das thatsächlich unrichtig ist, ich stehe im intimen Connex mit den Leuten und kann sagen, dass die Rettungs-Gesellschaft darauf ansteht. Sie wird, wenn sie auch die 10.000 fl. erlangt, noch lange nicht genug Geld haben und auch weiter auf die Privatwohlthätigkeit angewiesen sein.

Bürgermeister: Wir schreiten zur Abstimmung.

Gegen den Antrag des Referenten:

„Es sei der Wiener Freiwilligen Rettungs-Gesellschaft für die Jahre 1892, 1893 und 1894 eine Subvention von je 5000 fl. ö. W. mit dem Vorbehalte zu bewilligen, dass diese Subvention für die Jahre 1893 und 1894 widerrufen werden kann, wenn sich in den Verhältnissen oder in dem Gebaren des Vereines eine hiezu Veranlassung bietende Veränderung ergeben sollte. Der Verein hat alljährlich der Gemeinde seinen Rechenschaftsbericht und Rechnungsabschluss vorzulegen." hat Gem.-Rath Herold den Antrag gestellt: Es sei der Rettungs-Gesellschaft für die Jahre 1892, 1893 und 1894 eine Subvention von je 10.000 fl. zu bewilligen.

Ferner hat Gem.-Rath Seiler den Antrag gestellt, dass über diesen Antrag Herold namentlich abgestimmt werde. Jene Herren, welche damit einverstanden sind, dass der höhere Betrag zuerst zur Abstimmung komme und darüber namentlich abgestimmt werde, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Wir schreiten zur namentlichen Abstimmung. Diejenigen Herren, welche der Rettungs-Gesellschaft für die Jahre 1892, 1893 und 1894 je eine Subvention von 10.000 fl. bewilligen wollen, bitte ich, bei dem Namensaufrufe mit „Ja" und jene, die das ablehnen wollen, mit „Nein" zu antworten.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm verliest die Namen der einzelnen Herren Gemeinderäthe:

(Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Gem.-Rath Dehm stimmen mit „Ja" die Gem.-Räthe v. Bachofen, Djörup, Geitler, Gfrorner, Haßfurther, Herold, Herrdegen, Kaspar, Dr. Klotzberg, Lang, K. M. Mayer, Dr. Nechansky, Schieferl, Schoderböck, Seiler, Siegert, Silberer, Simon, Dr. Stern, Dr. Uhl, Vock, Waegner, Winker, Winkler, Dr. Zimmermann.

Mit „Nein" die Gem.-Räthe Altenberg, Arnhart, Bärtl, Beutnitz, Dr. v. Billing, Dr. Borschke, Boschan, Brauneiß, Büsch, Dr. Daum, Dehm, Dürbek, Edlhofer, Eigner, Erndt, Frauenberger, Gerhardus, Geyer, Ritter von Goldschmidt, Gregorig, Dr. Grübl, Grünbeck, Gschwandner, Dr. Hackenberg, Hawranek, Hipp, Hörmann, Janotta, Kirchmayer, Kraetschmer, Kreindl, Latschka, Lechner, Dr. Lederer, Dr. Lerch, Dr. Linke, Dr. Lueger, Markl, Matthies, Matzenauer, Meißl, Ritter von Neumann, Dr. Prix, Dr. Prockſch, Purscht, Reichert, Röhrl, Rückauf, Sasse, Scheidl, Schenzel, Schlechter, Schlögl, Schneeweiß, Schneiderhan, Schuh, Seidler, Stehlik, Steiner, Stiaßny, von Stummer, Tagleicht, Taubler, Trambauer, Vaugoin, Dr. Vogler, Walther, Vincenz Wessely, Wimberger, Witzelsberger, Wurm, Zagórski, Ziegelwanger, Zweig.

Bürgermeister: Das Resultat der Abstimmung ist folgendes: 74 Herren haben gegen den Antrag und 26 dafür gestimmt; der Antrag ist daher abgelehnt. Ich bitte nun diejenigen Herren, welche mit dem Referenten-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist einstimmig angenommen. (Beifall.)

Es wurde daher beschlossen:

Es sei der Wiener Freiwilligen Rettungs-Gesellschaft für die Jahre 1892, 1893 und 1894 eine Subvention von je 5000 fl. ö. W. mit dem Vorbehalte zu bewilligen, dass diese Subvention für die Jahre 1893 und 1894 widerrufen werden kann, wenn sich in den Verhältnissen oder in dem Gebaren des Vereines eine hiezu Veranlassung bietende Veränderung ergeben sollte.

Der Verein hat alljährlich der Gemeinde seinen Rechenschaftsbericht und Rechnungsabschluss vorzulegen.

Referent Gem.-Rath R. v. Neumann: Zahl 55. Es handelt sich um die Anträge des Stadtrathes behufs Erlangung von Entwürfen für einen General-Regulierungsplan für das gesammte Gemeindegebiet von Wien. Durch die abgeänderte Bauordnung ist der Wiener Gemeinderath verpflichtet, einen General-Regulierungsplan und in weiterer Folge einen General-Baulinienplan aufzustellen. Die bisherige bauliche Ausgestaltung der Bezirke I bis IX hat nun nicht auf Grund eines solchen General-Baulinienplanes stattgefunden, sondern die Baulinien wurden zumeist fallweise bestimmt, sei es für einzelne kleinere Stadtgebiete, sei es für einzelne Straßenzüge. In den Bezirken X bis XIX bestehen allerdings General-Baulinienpläne, und zwar wurden durch die Gemeinde Wien für den X. Bezirk und durch die Vorortegemeinden für die Bezirke XI bis XIX solche Baulinienpläne unter

Zustimmung der Regierung aufgestellt. Die Baulinienpläne für die Bezirke I bis IX, welche also keineswegs vollständig sind, entsprechen zufolge ihrer fallweisen Aufstellung nicht jenen Ansprüchen, welche man rücksichtlich des Verkehres und der sonstigen Bedingungen für die Stadtentwicklung erwarten muss; auch die Baulinienpläne der Vorortebezirke entsprechen den dermaligen, nunmehr veränderten Verhältnissen nicht; dieselben wurden zumeist von localen Gesichtspunkten ausgehend aufgestellt; es kommt nicht jener Bezug zu den Nachbarbezirken und zur eigentlichen Stadt zur Geltung und insbesondere nicht jene charakteristische Stellung, welcher jeder Stadttheil zur ganzen Stadt einzunehmen hat. Allerdings ist nicht zu leugnen, dass gerade in den Vororten durch Gründung bestimmter Wohnungsviertel bereits ein günstiger Anfang zur Lösung der Wohnungsfrage gemacht wurde. Es handelt sich nun darum, diesem Mangel durch Aufstellung eines Regulierungsplanes, beziehungsweise Herstellung der nothwendigen Ergänzungen abzuhelfen.

Es besteht nun die Frage, welche Ziele ein solcher Plan zu erreichen haben wird. Ich will dies nur in Kürze skizzieren und mich im allgemeinen auf das gedruckte Referat beziehen. In erster Linie wird das Verkehrswesen ins Auge zu fassen sein. Durch die Verkehrsanlagen, durch die Schaffung einer Stadtbahn und der Wasserstraßen wird bereits einem wesentlichen Bedürfnisse Rechnung getragen; es genügt aber nicht dieses allein, sondern die bisherigen sonstigen Verkehrsmittel, Pferdebahnen und Straßenbahnen, sind durch neue zweckmäßige Verbindungen in gehörigen Bezug zu setzen, um endlich ein Verkehrsnetz für Wien zu schaffen, welches allen Anforderungen des Personen- und Frachtenverkehrs entspricht. In Verbindung damit ist unser Straßennetz auszubilden, sowohl unsere Hauptverkehrsstraßen, als auch hauptsächlich die heute mangelnden Querverbindungen durch die innere und äußere Stadt. Denn außer der Ringstraße, Lastenstraße und Gürtelstraße mangeln alle entschiedenen Querverbindungen. (Unruhe.)

Bürgermeister: Es handelt sich um ein sehr wichtiges Referat, ich bitte doch um Ruhe!

Referent (fortfahrend): Es ist ferner die Wohnungsfrage in socialer und sanitärer Hinsicht zur Lösung zu bringen. Es wird auch künftig das Miethaus im Centrum der Stadt zu bleiben haben mit Rücksicht auf die Kosten des Baugrundes; es wird aber im erweiterten Wien auch zweckmäßig sein, jene Gattung von Miethäusern einzuführen, die auch in anderen Städten nützlicherweise eingeführt sind, das kleinere Miethaus mit einer kleineren Grundfläche und weniger Etagen, um so weiter zur vollkommensten Art von Wohnungen, den Einzelwohnhäusern zu gelangen. Derartige Anlagen werden zu schaffen sein in geschlossener Bauweise in den Zukunftsstraßen der heutigen Vororte und zwar mit oder ohne Vorgärten, und schließlich in villenartiger Weise. Es wird ferner im Anschlusse daran zur Gründung der Fabriksviertel zu schreiten sein, welche nach dem Baugesetze zu begründen auch eine Pflicht des Gemeinderathes ist, wo Industrie und Handel ihre weiteren Interessen verfolgen können, und wo die Anlage von Fabriken wieder ungehindert erfolgen kann. Die verehrten Herren wissen ja, dass die Errichtung von Fabriksbauten in gewissen Bezirken — ich nenne selbst den X. Bezirk — stets bekämpft wurde, und dass Bezirke, welche sinngemäß zur Anlage von Fabriksbauten geeignet sind, in dieser Richtung. . . . . (Andauernde Unruhe.)

Bürgermeister: Ja, meine Herren, ich muss denn doch bitten, gefälligst sich auf die Plätze zu begeben und das Referat, welches von ungeheuerer Bedeutung für die Stadt ist, auch anzuhören. Ich werde das Referat unterbrechen, bis die geehrten Herren Zeit finden zuzuhören. Ich ersuche, sich auf die Plätze zu begeben und zuzuhören oder wenigstens nicht zu conversieren.

Referent (nach einer Pause — fortfahrend): Dieser Aufgabe zunächst steht nun die Förderung der sanitären Verhältnisse, die schon einigermaßen durch die Gründung eines Wohnhausviertels gefördert wird. Es wird die Schaffung von Gartenanlagen, Reservierung von Plätzen und Ausschließung von der Verbauung unter Schonung der heutigen Umgebung Wiens, insbesondere der Wälder, auch eine Vorsorge des General-Stadtplanes bilden. Schließlich sind die Planungen so auszuführen, dass auch den anderen Anforderungen entsprochen wird, dass wieder eine Erhöhung der Baukunstthätigkeit eintritt, und zwar nicht allein um der Baukunst willen, sondern auch um der Schwesterkünste willen, so dass mit der Erhöhung der Qualität dem Baugewerbe Nutzen geschaffen wird, das heute unter einer schlechten Productionsweise darniederliegt. Diesen vielverzweigten, großen Anforderungen auf technischem, künstlerischem, wirtschaftlichem, sanitärem und schließlich socialem Gebiete gegenüber erscheint die Aufgabe eines Regulierungsplanes sehr bedeutungsvoll, aber auch ebenso schwierig, und es tritt die Frage an uns heran, welche Form die geeignetste ist, diesen Regulierungsplan zu erbringen, wozu wir im Interesse der Stadt verpflichtet sind.

In diesem Punkte stimmen mit wenigen Ausnahmen die Meinungen zusammen, und zwar die Meinungen aller maßgebenden Fachcorporationen, aller Ämter, die Ansicht des Gemeinderathes, wie er sie früher bekundet hat und ebenso das Beispiel anderer Städte — dass es sich nämlich empfiehlt, in diesem Falle eine allgemeine Preisbewerbung auszuschreiben.

Die Aufgabe ist so vielseitig, dass ein einzelner Mann kaum in der Lage ist, die für diese Aufgabe nothwendigen Ideen zu erbringen; auch nicht ein einzelnes Amt kann einer solchen Aufgabe genügen.

Dieser Weg einer allgemeinen Preisbewerbung ist nun gar kein neuer, er gehört ja eigentlich zu jenen Formen, die in der Regel gewählt werden; in anderen Ländern, wie Deutschland und Frankreich, ist das Concurrenzwesen so ausgebildet, dass auch der Staat sich desselben bedient und damit der Kunst, insbesonders aber auch dem technischen Stande außer dem Amte aufhilft. Nur in Österreich hat man sich noch zumeist mit der directen Beauftragung begnügt, welche unter Umständen einer Art Protection gleichsieht. Die Gemeinde Wien hingegen hat bei allen großen Aufgaben immer den Weg der Preisbewerbung beschritten. Ich erinnere nur an die Plänebeschaffung für den Friedhof, für den Cursalon, für das Schützenhaus und das Rathhaus. Ich verweise aber auch auf Budapest, wo vor einigen Jahren eine Concurrenz für einen Stadtplan ausgeschrieben wurde, ferner auf Köln und aus jüngster Zeit auf München, wo dermalen eine derartige Concurrenzausschreibung im Zuge ist, wo man beinahe sicher aus den Vorlagen und Mustern erkennen kann, dass sie aus Wiener Kreisen herstammt. Meine Herren, auch die erste Stadterweiterung kam in dieser Weise zustande und was wirklich gut und vortrefflich an dieser Stadterweiterung ist, wurde jenen Plänen entnommen, die damals von den ersten Künstlern verfasst wurden, welche siegreich geblieben sind. Viele nützliche Ideen in den Detailprojecten — ich habe mir auch erlaubt, die Pläne hier auszustellen — sind leider nicht zur Anwendung gekommen, zum Schaden der Stadt Wien; sie hätten aber Verwendung finden können. Heute bestehen ganz

andere Verhältnisse, heute sind die Schwierigkeiten, die damals bestanden haben, namentlich von militärischer Seite, für die Gemeinde Wien nicht maßgebend und wir werden aus den Ideenschätzen, die uns gebracht werden, das Beste für unsere Stadt benützen können.

Auch im Gemeinderathe, meine Herren, liegen diesbezügliche bestimmte Äußerungen, und zwar von beiden Seiten des Hauses vor. Zwei Collegen, die Herren Gem.-Räthe Silberer und Schuh, haben den Antrag gestellt, es seien diese Pläne im Wege einer allgemeinen Preisbewerbung zu verfassen. Allerdings hat Herr Gem.-Rath Gregorig einen anderen Antrag gestellt, wie es scheint aus finanziellen Rücksichten, welchen Standpunkt ich ja vollkommen würdige. Er beantragt, es sei das Stadtbauamt mit der Ausarbeitung dieser Pläne zu beauftragen, es seien dieselben in eigener Regie durchzuführen und zu diesem Behufe eine Anzahl Ingenieure und Ingenieurs-Assistenten zu engagieren. Nach dem Wortlaute des Antrages glaube ich, dass damit nicht dasselbe erreicht werden kann, was wir eigentlich beabsichtigen.

Ich werde mir erlauben, einige Stellen aus dem Antrage zu verlesen.

„Der General-Bauregulierungsplan der Stadt Wien ist in eigener Regie herzustellen, die bereits bestehenden Pläne der Bezirke I bis IX sind durch das Stadtbauamt zu ergänzen und richtigzustellen, insbesonders sind die Verbindungsstraßen und Plätze dieser Bezirke mit den übrigen Bezirken X bis XIX durch dasselbe Amt zu bestimmen; für die Bezirke X bis XIX sind sechs Ingenieure mit einem Jahresgehalte à 1800 fl. und Ingenieur-Adjuncten mit 800 fl. Gehalt auf die Dauer des Planentwurfes, welche mit höchstens einem Jahre bestimmt wird, aufzunehmen. Dieselben haben im Anschlusse zu den vom Stadtbauamte bestimmten Verbindungen die Pläne der ihnen zugetheilten Bezirke anzulegen und unterstehen dem Stadtbauamte."

Nun, meine Herren, hier ist gewissermaßen gedacht, die heutige General-Baulinienplanung der Bezirke I bis IX nur fortzusetzen; von Correcturen ist hier keine Rede; es ist auch kaum denkbar, dass das Stadtbauamt an seinen bisher stets festgehaltenen Plänen Correcturen vornehmen wird. Es wäre dies geradezu ein Widerspruch; ein Amt, welches derartige Pläne vorgelegt hat, war ja der guten Überzeugung und Meinung, das Richtige zu bieten. Nun wird dieses Amt das, was wir wollen, eventuelle Ergänzungs- und Abänderungsvorschläge schwer stellen können, sondern nur die Baulinien weiterführen, welche ja großentheils durch die heutige Situation gegeben sind.

Was nun die Bezirke X bis XIX anbelangt, so bestehen ja General-Baulinienpläne, welche von den Bauamtsbeamten der Vororte und den Bauamtsbeamten des Ministeriums gemacht worden sind. Da wird auch kein großer Unterschied sein zwischen dem, was das Bauamt geplant und dem, was die Ingenieure der damaligen Vorortegemeinden und der Regierung proponiert haben. Wir brauchen hier grundlegende, bahnbrechende Ideen, wir brauchen Neues, wir brauchen eine Veränderung der heutigen Verhältnisse, wir brauchen Fachmänner aller Kreise und aller Zweige, die uns die Ideen bringen sollen. Das wäre mit diesem Projecte nicht erreicht, das allerdings billiger zu stehen kommt und ich verarge es dem geehrten Herrn Collegen durchaus nicht, dass er einen Antrag gestellt hat, der uns in die Lage versetzen sollte, es billiger zu erreichen, wenn dieser Antrag überhaupt zu dem Zwecke führen würde. Der berufenste Zeuge gegen den geehrten Herrn Collegen ist das Stadtbauamt. Das Stadtbauamt hat schon seit dem Jahre 1882 und früher immer darauf hingewiesen, dass für einen Regulierungsplan eine Preisbewerbung die einzige Möglichkeit sei, um die vielseitigen Ideen zutage zu bringen, aus denen ausgewählt werden soll. Nun, einem Amte zuzumuthen, das, was es ja in richtiger Erkenntnis der veränderten Situation selbst als für sich nicht gut erfüllbar zurückweist, auszuführen, das wäre, glaube ich, nicht klug. Ich glaube daher, der geehrte Herr College Gregorig wird es wohl richtig finden, dass wir auf diesen Antrag nicht eingegangen sind, umsomehr als ich noch eine andere Besorgnis auszusprechen hätte.

Es sollen hier 16 Personen engagiert werden. Wir wollen doch tüchtige Leute mit einer relativ sehr bescheidenen Bezahlung anstellen und die sollen nach einem Jahre wieder den Laufpass bekommen; oder sollen diese Leute dem Status des Amtes einverleibt werden? Das geht ja nicht, denn die würden dann einfach das Amt überlasten. Also, das alles sind Gründe, welche diesen, wenn auch sehr wohlgemeinten Antrag als nicht zweckmäßig erscheinen lassen, so dass wir daher auf dem Standpunkte stehen, es sei nur die Preisausschreibung die richtige Form.

Ich will noch eine Idee streifen, weil sie in der Öffentlichkeit besprochen worden ist; sie ist nämlich auch so eigenthümlich, dass sie vielleicht in einigen Worten berührt werden darf, nämlich die Idee, es soll dieser Plan im Wege einer Commission gefertigt werden. Eine Commission ist zur Vorbereitung gut, und eine solche Commission hat ja getagt; und eine Commission wird gut sein zur Auswahl der Projecte und zur endgiltigen Beschlussfassung, aber zum Zeichnen eines Planes wäre eine Commission ein Novum, das gewiss nicht zu empfehlen wäre.

Nun, meine Herren, handelt es sich um die nächste Frage, soll dieser Regulierungsplan, beziehungsweise sollen die einzelnen Projecte sich auf die gesammte Arbeit, auf die ganze Stadt beziehen, oder sollen auch Theilaufgaben gestattet werden?

Ich verweise darauf, dass wir Aufgaben technischer Natur haben, Verkehrsanlagen, die Ausbildung des Donaucanals im Anschlusse an den Donau-Oder- und den Donau-Elbe-Canal, weiters künstlerische Aufgaben, wie die Ausbildung des Wienthal-Gebietes und der inneren Stadt und combinierte Aufgaben, wie die Gründung von Wohnungs- und Fabriksvierteln. Nun wird es nur wenige geben, welche in der Lage sein werden, sämmtlichen Aufgaben zu genügen und nur Compagnie-Arbeiten werden ensprechen; es werden sich Ingenieure und Architekten vereinigen, Techniker und Künstler, um solche Gesammtpläne zu schaffen. Eine Reihe von Personen wird es aber geben, welche nicht die Zeit haben und auch nicht die Mittel wagen wollen, ein großes Gesammtproject zu schaffen, sondern welche die eine oder andere Idee, die sie leicht neben ihren sonstigen Arbeiten ausführen können, zutage fördern wollen.

Für diese ist nun vorgesorgt, indem eine jede beliebige Theilarbeit ebenfalls zugelassen wird, und zwar ist den Projectanten vollkommen die Wahl gelassen. Es wird daher vom Stadtrathe beantragt, die Ausschreibung von Gesammtprojecten und Theilarbeiten zu verfügen.

Nun kommt noch eine Frage: Soll diese Preisbewerbung eine allgemeine sein oder soll sie eine Beschränkung erfahren? Allgemein in dem Sinne, dass jeder sich betheiligen kann.

Die Gemeinde Wien hat bis jetzt diesen Standpunkt eingehalten, sie hat wenigstens in technischen und künstlerischen Ange-

legenheiten niemals gefragt, wo der Mann geboren wurde und welches seine Staatsangehörigkeit sei, sondern sie hat nur darnach gefragt, was der Mann leisten kann, und das scheint mir der richtige Standpunkt auch für diese Sache zu sein. Damit ist aber auch der Vortheil der Gegenseitigkeit erreicht. Concurrenzen dieser Art waren immer auf Gegenseitigkeit aufgebaut. Die Österreicher haben nach Deutschland, Frankreich und Italien concurriert und umgekehrt, und in dem Augenblicke, wo wir mit dem bösen Beispiele vorangehen würden, diese Concurrenzen zu beschränken, sagen wir auf Wiener und Österreicher, würden wir die technischen und künstlerischen Kreise schädigen, uns aber auch. Es ist allerdings von einer Seite bemerkt worden: Es ist nicht zu erwarten, dass jemand, der die localen Verhältnisse nicht kennt, einen solchen Plan schaffen kann.

Nun, meine Herren, wer weiß, wie es bei Concurrenzen zugeht, wird Folgendes sagen. Bei einer jeden Aufgabe, ob Sie ein Rathhaus für eine Gemeinde machen oder einen Stadtplan, müssen Sie die localen Verhältnisse kennen lernen, ebenso die Situation. Wer heute eine solche Arbeit machen will, geht immer an Ort und Stelle, besieht die Situation und nimmt die localen Verhältnisse zur Kenntnis.

So wird es auch hier nothwendig sein; bei den Preisen, wie sie vorgeschlagen werden, ist die Reise nach Wien doch keine Unwahrscheinlichkeit, und ferner steht jedem das Mittel der Verbindung mit einem Wiener zu, um sich über die Detailsachen zu informieren.

Wir stehen daher auf dem Standpunkte, dem geehrten Gemeinderathe zu empfehlen, eine allgemeine Preisbewerbung auszuschreiben, also ohne Beschränkung. In- und Ausländer können concurrieren, und Gesammtprojecte und Theilprojecte sind zulässig. Diese Preisausschreibung soll auf Grund der Preisbewerbungsvorschriften und auf Grund des Programmes stattfinden, welches die Aufgabe, die wir zu lösen haben, näher bezeichnet. Dieses Programm und diese Vorschriften wurden sorgfältig geprüft, nicht allein von den Ämtern, sondern auch von einem Comité des Stadtrathes, dem Delegierte des Ingenieur- und Architektenvereines und der Künstlergenossenschaft zugezogen waren, und diese Herren haben sich mit diesen Vorschlägen einverstanden erklärt. Wir stehen also heute mit einem Antrage hier, von dem wir sagen können, dass die fachlichen Bestimmungen und die die Fachkreise berührenden Fragen in voller Übereinstimmung mit den Fachkreisen durch ihn zur Lösung kommen, und können wir daher diese Vorlagen nach dieser Richtung empfehlen.

Ich werde mir nur erlauben, nur das Hauptsächlichste aus den Preisbewerbungsvorschriften zu erwähnen, indem ich annehme, dass ja vielleicht eine Lesung der einzelnen Punkte ohnedies stattfindet und nur zur Einleitung der General-Debatte einige Ausführungen zweckmäßig sind.

Es soll also diese Preisbewerbung für In- und Ausländer zulässig sein, das Arbeitsausmaß der Planleistung ist auf das geringste Maß beschränkt, nämlich auf jenes Maß, welches unbedingt nothwendig ist, womit aber auch vollkommene Klarheit über die Projecte gewonnen wird. Da die Arbeit groß ist, wird unnöthige Arbeit nicht verlangt. Dafür ist jeder Concurrent berechtigt, andere Pläne hinzuzufügen und Darstellungen jeder Art Perspectiven und Modelle beizubringen. Die Entscheidung findet jedoch nur auf Grund der vorgeschriebenen Pläne statt. Diese Pläne sind daher nur Hilfspläne zur Erklärung.

Die Projecte können eingereicht werden als Gesammtprojecte oder als Theilentwürfe. Was Theilentwürfe sind, ist bezeichnet: das Wienthalgebiet, die Innere Stadt, die Verkehrsanlagen und Wohnungs- und Fabriksviertel. Es kann aber jemand auch einen beliebigen Punkt herausgreifen, z. B. die Partie Südbahnhof, ein Anderer Westbahnhof, ein Dritter den Nordbahnhof oder den Paradeplatz umgestalten zu wollen, jeder kann bieten, was er zu bieten in der Lage ist. Es liegt in dem Ermessen eines jeden, mit irgend einer Idee zu debutieren. Das Preisgericht wird ja entscheiden können, welcher Wert dem Vorschlage zukommt.

Es ist nun weiter dafür vorgesorgt, dass die Pläne, welche der Preiswerber benöthigt, und das sind die vom Stadtbauamte mustergiltig hergestellten Baulinienpläne der alten und neuen Bezirke, um den Betrag von 100 fl. zu beziehen sind, eventuell einzelne Blätter, um jene Theilbeträge, die in dem Plananhange hier angenommen sind.

Um gerecht gegen die Preiswerber vorzugehen, ist eine Bestimmung aufgenommen, dass derjenige, welcher concurriert hat und welcher nicht prämiiert und nicht honoriert wurde, die Kosten, die er aufgewendet hat, zurückerstattet bekommt. Das Geld ist also gewissermaßen nur eine Art Garantiebetrag, dass kein Missbrauch versucht werde.

Die wichtigste Frage für den geehrten Gemeinderath und auch für die Preiswerber ist die Frage der Preise selbst. Es ist das eine Angelegenheit, wo möglicherweise die Meinungen auseinandergehen. Es wird vorgeschlagen, für das Gesammtproject folgende Preise festzusetzen: Zwei Preise zu 10.000 fl., drei zu 5000 fl. und drei zu 3000 fl. Für die Theilarbeiten soll ein Gesammtbetrag von 20.000 fl. bestimmt werden, wobei aber nur bis zur Einzelhöhe von 3000 fl. vertheilt werden kann. Ein Preisgericht soll das alleinige Recht der Zuerkennung der Preise und der Auftheilung der Honorare innerhalb der Bestimmungen des Programms und der Preisbewerbungs-Vorschriften haben. Wenn nicht genügend Gesammtprojecte vorhanden sind, so dass eine Preiszuerkennung seitens der Jury mit gutem Gewissen nicht erfolgen kann, hat die Jury das Recht, diese ersparten Beträge zu Honorierungen zu verwenden. Wenn daher weniger prämiierbare Gesammt- und gute Theilprojecte kommen, so hat die Jury eine Art Revirement, das heißt, sie kann in der Sache nach den Verhältnissen entscheiden. Es ist dies eine Bestimmung, welche dem Preisgerichte, wie es auch zweckmäßig ist, die größte Freiheit lässt, in der Annahme, das Preisgericht werde nach Wissen Recht und Fachkenntnis entscheiden. Dieses Preisgericht soll, wie vorgeschlagen wird, zusammengesetzt werden aus 14 Personen und zwar aus dem Herrn Bürgermeister und 13 Mitgliedern, wovon 5 Mitglieder aus der Mitte des Gemeinderathes gewählt werden sollen, ein Mitglied in Vertretung der Generaldirection der Staatsbahnen, ein Mitglied in Vertretung der Bauleitung der Regulierungsarbeiten an der Donau, je zwei Delegierte des Ingenieurvereines und der Genossenschaft der Künstler, der Stadtbaudiector und der Baureferent des Magistrates und eine entsprechende Anzahl von Ersatzmännern. Ich glaube wohl nicht rechtfertigen zu müssen, dass der Gemeinderath eine Anzahl von Mitgliedern entsendet. Der Gemeinderath hat stets bei derartigen Preisentscheidungen Personen aus seiner Mitte delegiert. Zweifellos ist die Frage einer Stadtplanung eine Angelegenheit, von der schließlich jeder Gemeinderath eine bestimmte Meinung und Ansicht haben muss; denn die Bedingungen für die Entwicklung der Stadt und ihre

Bedürfnisse muss jeder Gemeinderath von Wien kennen, und ich kann daher sagen, dass jeder im Stande ist, nach einer gewissen Richtung ein Urtheil abzugeben. Nun hat der Gemeinderath aber auch Mitglieder, die über gewisse fachliche Kenntnisse verfügen, und es ist daher wohl zulässig, eine Anzahl von Gemeinderäthen in eine solche Jury zu entsenden. Die Betheilung der Generaldirection der Eisenbahnen ist deshalb vorgeschlagen, weil die Frage der Stadtbahn tangiert wird und jene der Donauregulierungs-Commission, weil die Ausbildung des Donaucanales berührt wird. Die Betheiligung der Corporationen der Künstlergenossenschaft und des Ingenieurvereines ist wohl selbstverständlich.

Die Preisrichter haben sich von jeder Betheiligung an den Arbeiten zurückzuhalten, sowohl direct als indirect. Sie haben aber auch die Vorlagen zu prüfen und anzuerkennen, was in diesem Falle keine Schwierigkeit bieten wird, weil beide Fachvereine geprüft haben. Das ist also eine Formsache, die erfüllt werden soll, damit den allgemeinen Bedingnissen Rechnung getragen werde. Die prämiierten und honorierten Pläne gehören der Gemeinde Wien, und dieselbe kann jede Idee ganz oder theilweise benützen, ohne Entschädigungen zu zahlen oder dem Verfasser irgend etwas zu leisten oder Verhandlungen mit ihm einzuleiten. Die Entwürfe sind mit Kennworte oder -Zeichen einzusenden.

Die Pläne sind nach erfolgter Preiszuerkennung zur Ausstellung zu bringen. Nun habe ich vielleicht noch einiges über das Programm hinzuzufügen, welches dieser Preisbewerbungsvorschrift als Ergänzung dient. Ich will das, was ich bereits über die allgemeine Frage gesagt habe, nicht weiter berühren, ich will nur ausführen, dass gerade das Capitel der Stadteintheilung, Wohnungsquartiere und Fabriksviertel, zu den wichtigsten Entscheidungen gehört.

Da will ich darauf aufmerksam machen, dass parallel mit dieser Vorlage ein anderer Act im Zuge ist. Es ist im Gemeinderathe der Antrag gestellt worden, es sei im Sinne der §§ 82 und 71 der Wiener Bauordnung eine Verfügung zu treffen über die Begrenzung jener Gebiete für Wohnhaus- und Fabriksbauten. Da besteht nun ein Plan, den die verehrten Herren hier an der Wand affichiert finden, wo die blaue Partie die Fabriksviertel bezeichnet, die gelbe Partie die Wohnungsquartiere, und die rothe Partie zu gemischter Verbauung bestimmt ist. Diese Pläne sind an die Bezirksvertretungen gelangt, und mit Ausnahme des XIX. Bezirkes haben sich alle bereits geäußert, und, wie ich sagen kann, mit ganz kleinen Veränderungen zustimmend. Dieser Plan wird nun statt der Vorschreibung des Programmes die seinerzeit den Concurrenten als das vom Gemeinderathe bestimmte Programm über die Ausdehnung der Wohnungsquartiere und Fabriksviertel dienen. Als weitere Aufgabe erscheint die Ausführung und Verbesserung unseres Straßennetzes. Ich glaube Sie nicht verweisen zu sollen, dass namentlich die Innere Stadt und die Bezirke vielfacher Ergänzungen in dieser Richtung bedürfen.

Dabei sollen die Monumentalbauten und die historisch denkwürdigen Monumente berücksichtigt werden. Die sanitären Anforderungen sollen beachtet durch Reservierung von Gartenanlagen, Schonung unserer Wälder u. s. f. Für die Kasernengründe, die frei werden, sind entsprechende Vorschläge aufzustellen, ebenso bezüglich der Auflassung der Friedhöfe, und zwar sollen diese nicht zur Verbauung gelangen, sondern zu Gartenanlagen und Kirchenbauten verwendet werden. Für den Bau neuer Kirchen, deren eine Anzahl nothwendig wird, sind entsprechende Plätze zu bestimmen, sowie auch für den Bau anderer öffentlicher Gebäude. Bezüglich der Verkehrsanlagen steht der Vorschlag auf dem Standpunkte, dass das Regierungs-Programm, welches auch der Gemeinderath genehmigt hat, zu benützen und zu beachten sei. An diesen Verkehrsanlagen kann in der Hauptsache nichts geändert werden; es wurde aber auch schon im Gemeinderathe von einem verehrten Collegen ausgeführt, dass an den Verkehrsanlagen im Detail zu bessern sein wird, und zwar in schönheitlicher Hinsicht, und dass es Aufgabe des Regulierungsplanes ist, in dieser Richtung Vorsorge zu treffen. Wir wollen haben, dass diese Aufgaben nicht einseitig technisch gelöst werden, sondern auch künstlerisch, und dass eine rücksichtslose Art der Bauführung nicht erfolge. Für den Donaucanal, der eine hochwichtige Partie ist, wird der Regulierungsplan Aufschlüsse zu geben haben. Für den Donaucanal ist eigentlich nur die Schiffahrtstraße als solche bestimmt. Die Benützung der Ufer, Creierung von Landungsplätzen, Anlage von Umladeplätzen, Verbindung mit den Bahnen, dem Donau-Oder- und Donau-Elbe-Canal, — das alles ist zu projectieren.

Es wird erwartet, dass Fachmänner nach dieser Richtung Vorschläge erstatten, da im Programme eine Reihe nützlicher Anregungen gegeben sind, welche die Concurrenten in die Lage versetzen, nach dieser Richtung hin auszugreifen.

Bezüglich der Wienfluss-Regulierung steht das Programm auf dem Standpunkte des Gemeinderathes, es sei der Fluss einstweilen mit offenem Gerinne herzustellen, jedoch so, dass die Eindeckung jederzeit möglich wird. Es wird dem Concurrenten gesagt: Ein Beschluss, ob und wo einzudecken ist, wurde vom Gemeinderathe nicht gefasst; daher möge der Concurrent selbst vorschlagen, was technisch zweckmäßig und nothwendig und ästhetisch zulässig sei. Es wird ausgeführt, dass, wenn die Zudeckung beantragt und beschlossen werden sollte, dieselbe kaum in der ersten Zeit auf der Strecke Schikanederbrücke flussaufwärts, sondern flussabwärts bei der Karlskirche, Schwarzenbergplatz und weiters von der Ungargasse u. s. f. erfolgen wird.

Eine der wichtigsten Partien ist das eigentliche Wienthalgebiet von der Schikanederbrücke abwärts, wo wieder baukünstlerische Arbeit, und zwar den höchsten Anforderungen entsprechend, zu erwarten ist. Dort haben wir die Karlskirche, das Schwarzenbergpalais, den Stadtpark, die Ausmündung der Ringstraße, den Donaucanal in Betracht zu ziehen, eine Reihe von Aufgaben, wie sie im Zusammenhange künstlerisch bedeutender gar nicht gestellt werden können. Dieser Stadttheil von der Schikanederbrücke bis zum Donaucanal soll eine Glanzpartie werden und kann die Ringstraßenanlage übertreffen, da infolge der Erfahrung die Mängel der ersten Stadterweiterung vermieden werden können.

Ich glaube Ihnen, allerdings bloß skizzenhaft, ein Bild der Aufgabe gezeichnet zu haben und will die eigentlichen Anträge, welche Sie in der Vorlage finden, nur in Kürze skizzieren. Es wird dem geehrten Gemeinderathe empfohlen:

I. Zur Erlangung von Regulierungsplänen ist eine Preisbewerbung auszuschreiben unter Genehmigung des Programmes und der Preisbewerbungs-Vorschriften.

II. Das Preisgericht ist nach § 10 zu wählen, und die Preisrichter haben vor Annahme der Wahl die Vorlage anzuerkennen; sie haben auch die alleinige Prüfung und Zuerkennung der Preise und Honorare.

Nach Punkt III wird der Magistrat beauftragt, die ausstehenden Pläne für die Verkehrsanlagen, diese nothwendigsten Behelfe für die Bearbeitung der Pläne zu beschaffen.

IV. Wird der Magistrat mit der Durchführung der Ausschreibung beauftragt, und ist als Arbeitstermin ein Jahr vom Tage der Ausschreibung an zu bestimmen.

V. Wird beantragt, es sei für die Preise und Honorare sowie für die Honorierung der außer dem Gemeinderathe und den städtischen Ämtern stehenden Preisrichtern in das Budget pro 1893 einen Betrag von 70.000 fl. einzustellen, welcher sich aus den Preisen und Honoraren per 64.000 fl. und aus einer Reserve von 6000 fl. zur Deckung der genannten weiteren Auslagen zusammensetzt.

VI. Der Gemeinderath wolle dem österr. Ingenieur- und Architekten-Vereine, aus dessen Elaborate die Vorlage hervorgegangen ist, unter Bekanntgabe der im Sinne seines Ansuchens getroffenen Verfügungen den Dank für seine Mithilfe und thatkräftige Förderung in dieser wichtigen Angelegenheit aussprechen.

Damit erscheinen die Anträge des Ingenieur- und Architekten-Vereines, sowie jene der Herren Gem.-Räthe Silberer, Schuh und Gregorig erledigt. Der Ingenieur- und Architekten-Verein hat ferner noch zwei Anträge gestellt: Einigungsvorschriften für eine künftige Bauordnung — es wird bei der Bauordnung Gelegenheit sein, darauf zurückzukommen — und bezüglich der erhöhten Steuerfreiheit für Regulierungsbauten in den Hauptverkehrsstraßen, eine Angelegenheit, welche den Gemeinderath schon beschäftigt hat. Nun, meine Herren, habe ich allerdings vielleicht lückenhaft, aber mit Rücksicht auf das gedruckte Referat doch genügend die wesentlichsten Momente dargelegt und bitte Sie nun, diese Vorlage zu prüfen und die Anträge zu genehmigen. (Lebhafter Beifall rechts.)

Bürgermeister: Ich mache aufmerksam, die Anträge stehen auf Seite 6 des Referates. Der Herr Referent hat sie nicht verlesen.

Referent: Ich habe sie nur skizziert.

Gem.-Rath Gregorig: Sehr geehrte Herren! Als ich das Referat das erstemal zur Hand bekam, habe ich unwillkürlich sagen müssen: es lebe die Consequenz. Ich habe vor circa zwei Jahren im Gemeinderathe einen Antrag gestellt, es möge die Druckluft-Unternehmung in eigener Regie der Gemeinde durchgeführt werden; aber siehe da, das Referat wurde im Plenum verhandelt, ohne dass man meinen Antrag nur im geringsten erwähnte.

Dieselbe Erscheinung zeigt sich auch bei diesem Referate, auch hier ist von meinem Antrage, der doch so einschneidend war, nichts erwähnt! Sie können sich daher meine Überraschung vorstellen, als ich heute auf meinem Schreibtische die Einladung zur Sitzung fand und sah, dass da mein Name prangt! Ich habe mich aber dadurch nicht so sehr geschmeichelt gefühlt, denn ich wusste schon, es hängt was daran. Wie ich dann die Anträge des Referenten gelesen habe, habe ich auch gesehen, dass mit einem gewissen Eclat versucht wird, diesen „Stecken" hinunter zu bekommen. Es ist auch gewiss eine Keckheit von mir als Gewerbetreibender, hier in dieser illustren Versammlung, wo Doctoren aller Facultäten, Ingenieure, weise Gelehrte sitzen (Unruhe), dass auf einmal so ein einfacher Pfaidler es wagt, einen Antrag zu stellen und eine Ansicht zu haben! Ein solches Vorgehen muss um jeden Preis niedergeschlagen werden.

Das darf nicht geduldet werden! Nun meine Herren, es ist nicht so, wir Gewerbetreibende haben es satt. Wir lassen uns nicht immer bevormunden, es ist auch nicht nothwendig, dass im Gemeinderathe von jedem schön gedrechselte Reden gehalten werden; nein, hier handelt es sich um die Ansicht von der Sache, und wenn diese von einem einzelnen Mitgliede richtig vorgebracht wird, so müssen Sie sie annehmen, ob Sie wollen oder nicht, ohne Rücksicht auf die Personen.

Wie wir die Vorlage des Stadtrathes erhalten haben, habe ich mir gedacht, diese Vorlage wird eine große Ideenkundgebung sein, ich habe gedacht, wir werden neue Ideen, glänzende Ideen finden, es werden Pläne vorgelegt werden, große Gesichtspunkte, von denen aus unsere schöne Stadt noch verschönert werden solle. Nirgends ist jedoch das Sprichwort besser anzuwenden, als hier: Es kreißen die Berge und gebären eine Maus. Lesen Sie den Eingang und Sie finden ein Geständnis, das nicht beschämender sein kann. Es heißt: Wir waren faul und haben nichts gemacht. Seit 1877 liegt der Antrag des Ingenieur- und Architekten-Vereines vor und es ist nichts geschehen. Man hat die Vororte vereinigt und nicht daran gedacht, dass das Wichtigste geschaffen werde, der Baulinienplan. Noch nichts wäre geschehen, wenn nicht das Drängen des Ingenieur- und Architekten-Vereines und die Anträge der Herren Collegen Schuh und Silberer und der Künstlerschaft gekommen wären. Es würde die Sache noch immer beim Alten bleiben. Ja, zu dem ist der Stadtrath nicht da, es muss in anderer Weise fortgearbeitet werden. Mir gefällt das Vorgehen des Ingenieur- und Architekten-Vereines. Es ist jenes Princip darin ausgesprochen, auf dessen Basis ich überhaupt stehe, das ist das Princip der Interessen- und Classenvertretung. Der Ingenieur- und Architekten-Verein verlangt für seine Mitglieder Beschäftigung. (Widerspruch rechts und Rufe: O nein!) Ganz gewiss. Wenn Sie eine Preisausschreibung machen, so werden die Mitglieder des Ingenieur- und Architekten Vereines sich an der Preisausschreibung betheiligen. Das ist ganz schön und lobenswert, weil der Ingenieur- und Architekten-Verein für seine Mitglieder sorgt. Er erweist auch der Gemeinde Wien dadurch einen Dienst, dass er ihr Kräfte zur Verfügung stellt. Die würden ihr aber auch sonst zur Verfügung stehen. Es ist also eine Classenvertretung und unbedingt zur Anwendung gebracht. Weiters heißt es: Eine einzelne Person kann so etwas nicht ausführen.

Das ist Ansichtssache, ein so wichtiges Werk kann eine einzelne Person allerdings nicht ausführen, aber ein groß angelegtes Amt kann es ausführen, das ist kein Zweifel. Dann heißt es weiter: Bei allen bisherigen Beispielen von Lösungen großer technischer und künstlerischer Aufgaben, insbesondere bei Feststellung von Stadtplänen, hat sich der Weg der Concurrenz als erfolgreich erwiesen. Wenn Sie gesagt hätten, es ist in einzelnen Fällen der Fall gewesen, so hätte ich nichts dagegen einzuwenden, aber dass das bei allen Fällen gewesen sein soll, dem muss ich widersprechen. Sehen Sie sich die Pläne von Budapest an. Wer hat sie durchgeführt? Der Ingenieur Halaszy mit ein paar Beamten. Die haben keine Concurrenz ausgeschrieben. Sehen Sie nur die Säle an, wo sich in Budapest die Pläne befinden. Sämmtliche Pläne sind auf Glastafeln gezeichnet und befinden sich in Glasschränken; man kann die Gläser zusammenpassen, es ist das eine wunderbare Einführung. Warum wäre das nicht auch hier versuchsweise möglich? Man kann also nicht sagen, dass es bei allen der Fall gewesen ist, wenn dem nicht so ist.

Geradezu classisch ist das Geständnis über die Stadterweiterung. Da heißt es, es sind die damaligen Proponenten enttäuscht worden.

Ich bin mit dem ersten Stadterweiterungsplane nicht vollkommen einverstanden, weil ich der Ansicht bin, dass die Straßen in den neuen Theilen Wiens um den Ring zu eng sind im Verhältnisse der zu hohen Häuser. Es dürfte aber auch damals der geistige Autor nicht der Ansicht gewesen sein, wie die Pläne später durchgeführt worden sind. Hier heißt es, dass sie enttäuscht waren, also eine weitere Verbesserung der früheren Projecte führte zu einer Verschlechterung. Das sind meistens die Früchte.

Wenn auch die Preisausschreibung erfolgen wird, so werden doch dann wieder solche Verbesserungen vorgenommen werden, die der Feind des Guten sind.

Dann heißt es hier: Groß und bedeutend ist die Aufgabe, der die Stadterweiterung nunmehr entgegensieht, nämlich Wien zum zweitenmale zu erweitern, für großstädtische Entwicklung und für deren Zukunft zu sorgen. Das ist zu spät, was hier gesagt wird. Als man Wien zum erstenmale erweitert hat, da waren die Glacis, die Gründe für die Ringstraße frei. Damals hat man Wien nach einem neuen Plane anlegen wollen. Legen Sie heute die Gürtelstraße nach einem neuen Plane um. Sie haben schon bei der Lerchenfelderlinie alle möglichen Verschiebungen vornehmen müssen. Wollen Sie die Gürtelstraße wieder niederreißen? Das ist doch nicht möglich. Es wird nur ein Flickwerk werden. Ja, wenn Sie vom Standpunkte ausgehen, wir reißen einen großen Theil nieder, machen directe Verbindungen und führen Neubauten auf, ähnlich wie in Paris, und wenn Sie das Geld dazu beschaffen, dann werde ich mit Freuden damit einverstanden sein, aber mit unseren beschränkten Finanzen wird sich die Ausführung nach meiner Meinung als unmöglich herausstellen.

Ein eigenthümlicher Passus kommt weiter unten vor. Es heißt: Hiermit im vollkommenen Einklange befinden sich die Ämter, das städtische Bauamt und der Magistrat, welche sich diesen Vorschlägen anschließen.

Ja, meine Herren, das ist sehr böse. Ich hätte von dem Referenten erwartet, dass er uns die Äußerung des städtischen Bauamtes und des Magistrates zur Verlesung bringen wird, dass uns das Ganze überhaupt im Drucke vorgelegt werden wird, damit wir uns ein Urtheil bilden können. Da haben wir wieder die unglückliche Seite des neuen Gemeindestatuts. Unter dem früheren Sectionswesen wäre es jedem Gemeinderathe möglich gewesen, in die Detailfragen einzugehen, heute ist dies aber unmöglich, man muss sich darauf verlassen, was der Referent sagt.

Zum bloßen Jasagen sind wir aber bei aller Hochachtung für den Herrn Referenten doch nicht da. Wir wollen doch wissen, was die Ämter gesagt haben. Später heißt es, dass doch kleine Abweichungen vorhanden sind, die sich darauf beziehen, dass das Bauamtsproject später fertig wurde; so kommen noch ähnliche Äußerungen vor. Wir können uns daher aus dem Vorliegenden kein gutes Bild machen und nicht ruhig zur Abstimmung schreiten. Sehen wir nur, wie im Gemeinderathe gearbeitet wird. Wir wollen einen neuen General-Baulinienplan schaffen; blicken wir nach Penzing; da haben wir vor 14 Tagen für die Hauptgasse eine Baulinienbestimmung getroffen. Glauben Sie, dass irgend jemand, der einen Plan entwirft, einem solchen Winkelwerk, so engen Straßen zustimmen wird? Gewiss nicht! Wir wollen einen General-Baulinienplan schaffen und machen auf der anderen Seite solche Plutzer, wie es dort geschehen ist.

Wenn man das ganze Elaborat ansieht, findet man keine neuen Gedanken, keine neuen Ideen, sondern nur bombastische Worte, insbesonders im Schlusssatze, und damit ist eben nichts gethan.

Gehen wir weiter. Ich habe bereits erwähnt, dass die weiteren Bemerkungen über die Ämter, besonders rücksichtlich des Bauamtes, mit den ersteren Bemerkungen divergieren. Zuerst heißt es, das Bauamt ist vollkommen einverstanden, später heißt es wieder, dass das nicht der Fall sei. Noch eine Irrung finde ich. Man sagt: Die Pläne für die Verkehrsanlagen sind fertig und der Proponent hat sich an die fertigen Pläne zu halten, später aber heißt es wieder, man soll Pläne für die Verkehrsanlagen machen; das ist auch ein Widerspruch, und die Directive, die gegeben wird, ist auch nicht richtig.

Eine Bestimmung in der Vorlage gefällt mir besonders, und das ist jene, welche die stückweisen Projecte betrifft. Ja, wer wird diese Stücke eigentlich einmal zusammenflicken? Diese Idee von der Annahme der stückweisen Baupläne ist nur ein Hinterthürchen, aus dem die Herren, wenn die Sache einmal schiefgeht, hinausflüchten werden. Ich glaube, dass das Project, wie es hier vorliegt, im großen und ganzen nicht der Sache entspricht; erstens werden wir viel theurer herauskommen — ich werde später darauf zurückkommen — und zweitens dürften wir kaum den Zweck erreichen, den wir erreichen wollen. Warum wollen Sie die Armen ausschließen? Wir haben in Wien viele Bautechniker, außerordentlich verständige Leute, die bei Straßenregulierungen gewiss mitgewirkt haben. Sie sagen nun: Jeder einzelne muss 100 fl. erlegen. 100 fl. sind viel Geld, und wenn Sie manchen Bautechniker zehnmal auf den Kopf stellen, so finden Sie keine 10 fl. bei ihm, geschweige denn 100 fl. Und diese 100 fl. sind möglicherweise noch verloren, wenn er durchfällt und keinen Preis bekommt. Das heißt die Armen von vornherein ausschließen und die reichen Architekten zur Concurrenz zulassen. Das ist vom volkswirtschaftlichen Standpunkte zu verwerfen.

Auf Seite 7 hat sich der geehrte Stadtrath nicht anders zu helfen gewusst, als mit einer Dankeshymne für den Architektenverein. Alles, was uns der Stadtrath vorlegt, ist nichts anderes, als die Ausführung einer Directive, die ihm der Architektenverein gegeben hat. Meine Herren, das ist denn doch einer solchen Körperschaft, wie sie unser Stadtrath ist, nicht würdig. Der Stadtrath der Stadt Wien muss doch mit eigenen Ideen kommen und selbständig dastehen; aber sich nur auf einen Verein berufen, nur auf die Basis einer Vereinsarbeit arbeiten, das ist nach meiner Ansicht der Stellung, die sich der Stadtrath immer zu geben sucht, und die ihm der Bürgermeister zu geben sucht, nicht würdig.

Ich habe überall gehört, dass die Sache vom Baurathe Fellner ist. Das hat mir sehr imponiert. Fellner ist ja doch eine Capacität. Das ist geradeso wie seinerzeit mit dem Artikel, den ein Professor in der „Neuen Freien Presse" veröffentlicht hat, wobei vier seiner Namenscollegen gesagt haben, dass sie das nicht waren, das war der liberale Professor Exner. In diesem Falle ist es geradeso. Der Baurath Fellner, den ich im Auge gehabt habe, und den ich in dieser Angelegenheit habe interpellieren lassen, hat gesagt: Gott bewahre! Wie können Sie mir so etwas zumuthen? Das ist ein ganz anderer Fellner, mit dessen Namen die Sache hier gedeckt wurde. (Rufe rechts: Fänner!)

Es sind 70.000 fl. veranschlagt. Ja, meine Herren, bei den 70.000 fl. bleibt es gar nicht! Sie werden 70.000 fl. für die Projecte ausgeben, und das wollen Sie innerhalb eines Jahres durchführen. Angenommen, es geht; jetzt kommen erst die Arbeiten, die ich schon erwähnt habe, nämlich das Zusammenfügen der einzelnen Projecte, wenn Sie das stückweise System annehmen, wie es hier auf Seite 6 geplant ist. Mit diesem Zusammenfügen haben Sie aber zwei Jahre zu thun, und Sie werden dann ein Chaos bekommen, aus dem Sie gar nie herausfinden können.

Es heißt ja, die ausländischen Capacitäten werden herkommen und hier mitarbeiten. Meine Herren! das ist gänzlich ausgeschlossen. Denken Sie sich, was die Anfertigung eines solchen correcten Planes kostet! Nun soll ein Mann aus einem Auslande hereinkommen, er soll sich hier ein Bureau etablieren, zehn oder fünfzehn Beamte anstellen, ein ganzes Jahr arbeiten, das kostet ihm 30.000 fl., wenn er die Sache ordentlich durchführen will. Dieser Mann muss vor der ganzen Welt katzenbuckeln, dass man seinen Plan überhaupt nur anschaut, und dann wird er abgewiesen. Glauben Sie, es wird jemand so dumm sein, wird nach Wien kommen, 30.000 fl. in die Luft hauen und von der Gnade anderer abhängen? Das ist von ausländischen Capacitäten schon gar nicht zu erwarten, noch unmöglicher aber wird die Sache für einen Inländer sein; wenn er in Wien nicht domiciliert, das Wiener Terrain und die Wiener Verhältnisse nicht kennt, so ist es unmöglich, die Pläne durchzuführen, weil da viele Fragen mitspielen. Die Pläne am Papier sehen dann sehr schön aus, auf dem Boden aber sind sie absolut undurchführbar. Beim früheren Gegenstande hat ein Herr Redner darauf hingewiesen, dass wir mit dem Gelde der Steuerträger sparen müssen. Dem stimme ich zu, und deswegen habe ich einen Ausweg gesucht, wie wir aus diesem Dilemma herauskommen können, um Geld zu ersparen. In dieser Ersparungsabsicht bin ich zu meinem Antrage gekommen.

Sie sehen, das Gutachten des Stadtbauamtes liegt uns nicht vor; aber wir haben doch einen Stadtbauamtsdirector, eine Capacität, über den wir neulich vom Herrn Vice-Bürgermeister gehört haben, dass, wenn er spricht, kein Gemeinderath mehr etwas zu reden hat. Wollen Sie diesen wirklichen Fachmann, den ich auch anerkenne, von dem ich mit Freuden anerkenne, dass er ein Wiener ist, der unser Stolz ist, bei Seite schieben und einen fremden hernehmen? Glauben Sie, der Mann ist nicht fähig? Welche Ursache hat Sie also dazu veranlasst? Das ist ja eigentlich eine Beleidigung für den Mann!

Wir haben tüchtige Ingenieure; warum also in die Ferne schweifen, wir haben das Gute doch so nahe? Wenn wir die Leute heranziehen, die nothwendig sind, werden Sie sehen, dass die Sache geht. Der geehrte Herr Referent hat bezüglich meines Antrages gesagt, ich hätte nur Finanzielles im Auge gehabt; er hat aber bloß meinen Antrag verlesen ohne die Motivierung, die ich gebracht habe und ich war der Meinung, dass ich den Antrag nicht zu lange halten und die Motive mündlich aussprechen soll. Ich möchte den Herrn Referenten bitten, das stenographische Protokoll nachzulesen und er wird finden, von welchen Gesichtspunkten ich ausgegangen bin; er hat das jedoch nicht gethan und ist auf Irrwege gerathen. Mein Antrag ging dahin: Wir haben in Wien über hundert beschäftigungslose tüchtige Techniker, man solle nun einen Concurs für die Stellen ausschreiben und die Bedingung für die Aufnahme solcher Beamten, Ingenieure oder Adjuncten soll bei Bewerbung um die Stellen die Vorlage der Pläne sein, wie sie sich die Regulierung denken. Auf diese Weise würden wir vielleicht fünfzig Pläne bekommen, die nichts kosten und wir haben einen Gesichtspunkt, nach dem wir arbeiten können. (Gelächter rechts.) Die Herren können ja ihre Ansichten dann aussprechen. Ich bin der Meinung, wenn man ein Offert schreibt, muss man doch seine Fähigkeiten im Offerte klarlegen, und wenn vorgeschrieben wird, man müsse für ein bestimmtes Object die Fähigkeiten documentieren, muss es der Betreffende thun. Ich habe mit verschiedenen Technikern über die Sache gesprochen und diese haben sie weniger lächerlich gefunden, als Herr Gem.-Rath Seiler.

Wir haben, wie ich schon früher erwähnt habe, eine Unmasse von wirklich tüchtigen Technikern, die auch schon anderwärts Baulinienpläne gearbeitet haben, die Fachmänner sind, und wenn wir von solchen Leuten Arbeiten bekommen, ist es ganz gut. Ich habe beantragt, man solle acht Ingenieure und ebensoviele Adjuncten aufnehmen. Der Herr Referent hat sich versprochen. Er hat gesagt, ich hätte für einen Ingenieur 800 fl. in Antrag gebracht; ich habe 1800 fl. für den Ingenieur und 1200 fl. für den Adjuncten beantragt, das ist ein Gehalt, für den man heute hunderte Leute bekommt, denn jeder ist froh, wenn er eine solche Summe erhält. Er wird auf bestimmte Zeit aufgenommen, er hat solange zu arbeiten; ist der Plan fertig, so wird er entlassen.

Mein Plan ging dahin, wie der Herr Referent ganz richtig verlesen hat, die bereits bestehenden Pläne für die innerhalb der Linien liegenden neun Bezirke durch das Stadtbauamt ergänzen und ausfüllen zu lassen. Man wird doch unserem Stadtbauamt die Fähigkeit zumuthen, das zu machen. Von einer Voreingenommenheit kann man da nicht reden, denn wo käme man hin, wenn man unserem Stadtbauamte eine Voreingenommenheit vindicieren wollte? Wenn das Stadtbauamt den Auftrag bekommt, das zu machen, so wird es sich gewiss geehrt fühlen und wird sein bestes Können daran setzen, um das ordentlich durchzuführen. So viele Achtung habe ich schon vor unseren Beamten, weil ich die Herren im Stadtbauamte kenne, vor deren Person und Wissen ich alle Achtung habe.

Es hat der Herr Referent auch gesagt, dass die Pläne für die Vororte, die bereits bestehen, von den Vorortebaubeamten ausgeführt worden sind. Ich erkläre dem gegenüber, dass das nicht richtig ist, sondern ich erinnere mich, dass diese Pläne vor 15 oder 18 Jahren von einem Wiener Architekten verfertigt worden sind.

Weiters sagte der Herr Referent, das Stadtbauamt sei selbst gegen meinen Antrag. Ja, das Stadtbauamt ist in einer sehr verzwickten Lage. Der Stadtbaudirector ist, wie wir wissen, Obmann des Ingenieur- und Architekten-Vereines; gerade die hervorragendsten Beamten des Stadtbauamtes sind Mitglieder desselben. Wenn dieser Verein eine Eingabe macht, so sind die Herren ja doch nicht mehr ganz frei. Sie können gegen ihren eigenen Verein nicht gut Stellung nehmen, sie können sich nicht selbst lobhudeln, sie müssen sich dem anschließen. Darauf möchte ich den Wert der Äußerungen des Herrn Referenten zurückführen.

Meine Ansicht geht überhaupt dahin, dass Sie mit dem Verfahren, welches Sie einschlagen, entschieden in eine Sackgasse kommen, dass Sie hunderttausende von Gulden ersparen, wenn

Sie meinen Antrag annehmen. Sie werden dann sofort innerhalb eines Jahres ein vollkommen richtiges Elaborat haben. Deshalb möchte ich bitten, dass Sie meinen Antrag nicht annehmen — nicht ablehnen, wollte ich sagen. (Lebhafte Heiterkeit rechts.) Die Herren haben nichts Besseres zu thun, als zu lachen, wenn sich einer verspricht; das kann jedem geschehen; mir kommt es gerade so vor, als ob wir in der Schule wären. (Sehr gut! links.)

Berücksichtigen Sie also die Argumente, die ich vorgebracht habe, berücksichtigen Sie die vielen beschäftigungslos herumgehenden Architekten und Techniker, stimmen Sie meinem Antrage zu und führen Sie den General-Baulinienplan in eigener Regie durch; Sie werden den Dank der Bevölkerung dafür erwerben.

(Während vorstehender Rede hat Vice-Bürgermeister Dr. Richter den Vorsitz übernommen.)

Gem.-Rath Purscht (zur Geschäftsordnung): Ich fordere den Herrn Vorsitzenden auf, den unberechtigten Ordnungsruf gegen Herrn Collegen Steiner zurückzuziehen. (Bravo! Bravo! links.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich habe bereits wiederholt zu erklären Gelegenheit gehabt, dass ich diese Aufforderungen als eine Ungehörigkeit betrachte. (Rufe links: Das muss sein! Da nützt nichts!) Ich bitte um Ruhe. Ich ertheile dem Herrn Redner für diese Bemerkung eine Rüge.

Die öffentliche Sitzung ist geschlossen.

(Schluss der öffentlichen Sitzung um $^1/_2$8 Uhr abends.)

Beschluss-Protokoll

der **vertraulichen** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom 3. Mai 1892.

Vorsitz: **Vice-Bürgermeister Dr. Richter.**

Die **Gem.-Räthe Dr. v. Billing, Dr. Huber, Meißl** und **Dr. Vogler** referieren über Personalangelegenheiten.

(Schluss der Sitzung.)

* * *

Richtigstellung. Im Amtsblatt Nr. 34, pag. 1052, Spalte 2 hat der Beschluss zu lauten: „Es sei die Aufnahme von zehn Bauaufsehern mit einem Monatsgehalte von 60 fl. zu bewilligen und die hiefür auflaufenden Kosten pro 1892 auf den Reservefond zu verweisen. Bei Aufnahme der Aufseher ist in erster Linie auf Gewerbeschüler und Militäraufseher Rücksicht zu nehmen."

Stadtrath.

Sitzungen des Stadtrathes.

Dienstag, den 10. Mai 1892.
Mittwoch, den 11. Mai 1892.
Donnerstag, den 12. Mai 1892.
Freitag, den 13. Mai 1892.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom 27. April 1892.

Vorsitzender: Vice-Bürgermeister Dr. Richter.

Anwesende: Boschan, v. Neumann, v. Götz, Noske, v. Goldschmidt, Rückauf, Dr. Grübl, Schlechter, Dr. Hackenberg, Schneiderhan, Dr. Huber, Dr. Stenzl, Kreindl, Baugoin, Dr. Lederer, Dr. Vogler, Matzenauer, Witzelsberger, Meißl, Wurm, Müller,
Vice-Bürgermeister Dr. Borschke.

Entschuldigt: Dr. v. Billing.
Schriftführer: Magistrats-Secretär Roßner.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter eröffnet die Sitzung.

St.-R. Matzenauer referiert über das Ansuchen der Commission für die Internationale Musik- und Theater-Ausstellung um Bewilligung zur unentgeltlichen Aufstellung von zehn Placatenständern auf der Ringstraße und beantragt die Gesuchsgewährung. (Angenommen.)

St.-R. Boschan referiert über das Ansuchen des Waisenhausvaters Jakob Brenner um Anweisung der zweiten Quinquennalzulage und beantragt die Anweisung dieser Quinquennalzulage von 100 fl. vom 1. September 1891 angefangen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die weitere Belassung der Kinder Hörmann im Waisenhause und beantragt, es sei Heinrich Hörmann, geboren am 25. Juni 1878, und August Hörmann, geboren am 17. August 1881, ausnahmsweise bis zum vollendeten 14. Lebensjahre im III. städtischen Waisenhause zu belassen. (Angenommen.)

St.-R. Dr. Huber referiert über die Turnberichte der fünf städtischen Mittelschulen und beantragt:

1. Kenntnisnahme der vorgelegten Semestral-Turnberichte;

2. die aushilfsweise Bestellung des Lehramtscandidaten Norbert Tattelbaum als provisorischen Hilfsturnlehrer auf dem Turnplatze der Communal-Oberrealschule im IV. Bezirke gegen die übliche Entlohnung von jährlich 30 fl. für jede wöchentliche Unterrichtsstunde. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die im XIII. Bezirke vorgenommenen Ergänzungswahlen in den Armenrath und beantragt deren Bestätigung. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen der Wiener Tramway-Gesellschaft um Löschung der auf den Realitäten Grundb.-Einl.-Z. 625 und 626 Grundbuch Penzing zu Gunsten der Gemeinde Wien haftenden Lasten und beantragt die Ertheilung der Löschungsbewilligung auf Kosten der Gesuchsstellerin. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Vornahme von Ergänzungswahlen in den Armenrath des VII. Bezirkes und beantragt die Bestätigung. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Vornahme von Ergänzungswahlen in den Armenrath des XVII. Bezirkes und beantragt deren Bestätigung. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über Schulgeldbefreiungen am Communal-Gymnasium des XIX. Bezirkes und beantragt die Genehmigung der vom Magistrate diesfalls gestellten Anträge. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Urtheil des k. k. Oberlandesgerichtes vom 22. März l. J., Z. 2699, womit das Urtheil des k. k. Bezirksgerichtes Schwechat ddto. 12. November 1891, Z. 12330, in Betreff Kündigung des Fischereirechtes der Gemeinde Albern im Donaustrome und im Donaucanale in den Gemeinden Simmering, Kaiser-Ebersdorf, Gut Ebersdorf und Mannswörth bestätigt wurde, und beantragt die Kenntnisnahme dieser obergerichtlichen Entscheidung sowie der vom Magistrate wegen Verpachtung der Fischereirechte des Fondsgutes Ebersdorf getroffenen Verfügungen. (Angenommen.)

St.-R. Meißl referiert über ein Gesuch des Gusti, auch Gottfried Flaschner um Einbürgerung und stellt den Antrag auf Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband an den Bittsteller. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über zwölf Gesuche um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit nach Wien an:

Klima Alexander, Webergehilfe;
Zöhrer Anton, Schuhmachermeister;
Matzka Simon, Nadlermeister;
Kern Josef, Tischlermeister;
Lobner Agnes, Einspännerswitwe;
Willner Philipp, Taglöhner;
Schnürmacher Johann, Weißgerbergehilfe;
Novaček Alois, Brantweinschänker;
Dirnhofer Albert, Tischlermeister;
Bürke Stefan, Schlossergehilfe;
Strobl Anton, Kutscher, und
Doubravsky Anton, Gelbgießer. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über siebzehn Gesuche um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit nach Wien an:

Brendl Karl, Eisenbahnbeamter;
Brandl Georg Michael, Marqueur:
Hackl Michael, Silberarbeiter;
Gollner Maria, Dienstmagd;
Mika Adalbert, Schuhmachergehilfe;
Link Ludwig, Tambourierer;
Dollinar Gregor, Tischlermeister und Hausbesitzer;
Wopenka Josef, k. k. Postamtsdiener;
Laber Karl Jakob, Hilfsarbeiter;
Patek Karl, Schneidermeister;
Feiertag Leopold, Schuhmacher;
Eirisch Karoline, Wäscherin;
Rambousek Wenzel, Schuhmachergehilfe;
Fitzek Lambert, Handelsagent;
Dworzak Johann, Drechslergehilfe;
Fischer Franz, Hausbesorger, und
Pazdirek Josef, Zuschneider. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über drei Gesuche um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit nach Wien an:

Chilář Franz, Schneidermeister;
Beer Johann, Anstreichermeister, und
Bader Philipp, Kleinfuhrmann. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über sechzehn Gesuche um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und stellt folgende Anträge:

a) die Verleihung der Zuständigkeit nach Wien an:

Kopetzky Ignaz, Schuhmachermeister;
Scheicher Franz, Maschinenwärter;
Mlsák Josef, Schneidergehilfe;
Polak Josef, Herrenkleidermacher;
Ecklmayer Franz, Fiakerkutscher;
Kreppl Anna, Wirtschafterin;
Klement Anton, Kartograph;
Wachelhofer Francisca, Hausbesorgerin;
Schöffel Julius, Sollicitator;
Steinwendner Johann Florian, Zahlkellner;
Čoufek Josef, Schuhmachermeister;
Schlesinger Sigismund, Kammerdiener;
Slapak Johann, Diener;
Ruprecht Alois, Bildhauergehilfe;
Leiwolf Alois, Gemischtwarenhändler;

b) die Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband an:

Wimmer Camilla, Lehrerin. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Nowotny Josef, Schlossermeister und Hausbesitzer, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (Angenommen.)

St.-R. v. Götz referiert über die Forderung des Laurenz Trillsam an die bestandene Gemeinde Ober-St. Veit per 500 fl. und beantragt, die Rückzahlung dieses Betrages per 500 fl. sammt den ausständigen Zinsen zu genehmigen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert in Betreff der Nachschaffung von vier Zellen für die Accumulatoren-Batterie A und B der elektrischen Anlage im Rathhause und beantragt die Kenntnisnahme des Magistrats-Berichtes, sowie die Genehmigung der Mehrkosten per 37 fl. 20 kr. und Verweisung des Kostenbetrages per 487 fl. 52 kr. auf den Reservefond. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Schlussrechnung für Herstellung des Casinobaues und des Schlosparkes in Baumgarten und beantragt in Übereinstimmung mit dem vom St.-R. Schlechter gestellten Antrage, es sei der Act an die Buchhaltung zur Trennung der Kosten, welche für den Casinobau und jener, welche für den Schlospark verausgabt wurden und noch zu zahlen sind, und sohin Vorlage zweier getrennter Referate zurückzuleiten. (Angenommen.)

St.-R. Müller referiert über das Project für Herstellung von 80- und 105millimetrigen Rohrsträngen der Hochquellenleitung in der Bleicher-, Fuchsthaler- und Eisengasse im IX. Bezirke mit dem Gesammtkosten-Erfordernisse von 2650 fl. und beantragt die Genehmigung. (Angenommen);

— **derselbe** referiert in Betreff der Reconstruction einer Stützmauer bei dem Hause Or.-Nr. 98 der Hauptstraße in Ober-Döbling und beantragt diesfalls die Abschließung eines Übereinkommens mit Frau Francisca v. Wertheimstein, worin sich letztere verpflichtet, die fragliche Stützmauer, sowie das Stackettengitter in der ganzen Ausdehnung provisorisch, und zwar in der Art zu reconstruieren, dass die Mauer mit theilweiser Benützung des alten Materiales unter Aufsicht des Stadtbauamtes auszubessern wäre gegen einen seitens der Gemeinde Wien zu leistenden Beitrag von 75 fl., ohne Präjudiz für die hier obwaltende Rechtsfrage, ferner sich Frau v. Wertheimstein verpflichtet, Mauer und Gitter fernerhin bis zur definitiven Regulierung

des an ihre Realität angrenzenden öffentlichen Gehweges auf ihre Kosten in Stand zu halten. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Julius Frankl um Baulinienbekanntgabe bezüglich der Grundb.-Einl. 2507 Ottakring und beantragt die Genehmigung der Baulinie im Sinne des Magistrats-Antrages.

St.-R. Witzelsberger beantragt die Vertagung des Referates behufs Beschaffung der zur Entscheidung erforderlichen Acten und Pläne.

Der Antrag Witzelsberger wird angenommen.

— **Derselbe** referiert über das Stadtbauamtsproject für den Bau von Haupt-Unrathscanälen in der Hauslab-, Habicher-, Hyrtl-, Paniken- und Gablenzgasse und in der noch unbenannten Parallelgasse zur Panikengasse im XVI. Bezirke.

Referent beantragt, die vorgelegten, mit dem budgetmäßig bedeckten Gesammtkostenbetrage von 15.117 fl. 92 kr. bezifferten Projecte zu genehmigen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Project für die mit Gemeinderaths-Beschluss vom 26. Februar l. J., Z. 64, genehmigte Einwölbung des Sulzbaches innerhalb der ehemaligen Gemeinden Salmannsdorf und Neustift und beantragt die Genehmigung dieses mit 5089 fl. 75 kr. veranschlagten Projectes. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Herstellung eines Linienwall-Durchbruches in der Mollardgasse im VI. Bezirke und beantragt, es sei das diesfalls vorgelegte Project mit dem Kostenerfordernisse von 4929 fl. 20 kr. zu genehmigen, und seien die Erd- und Pflastererarbeiten im Betrage von 3386 fl. 65 kr. im Wege einer öffentlichen schriftlichen Offertverhandlung zu vergeben. Weiters sei die in Antrag gebrachte Aufstellung zweier ganznächtiger Flammen daselbst und die Umwandlung einer halbnächtigen in eine ganznächtige Flamme im Kostenbetrage von 95 fl. 39 kr. zu genehmigen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die bei dem Canalbaue in der Laimäcker- und Kudlichgasse im X. Bezirke eingetretene Kostenüberschreitung per 159 fl. 23 kr. und beantragt die Genehmigung. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Project für den Umbau der Haupt-Unrathscanäle in der Siebenstern- und Zollergasse und beantragt die Genehmigung dieses Projectes mit den veranschlagten bedeckten Gesammtkosten per 8437 fl. 94 kr. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Florian und der Marie Gassenreiter um Ertheilung des Bauconsenses zum Baue eines einstöckigen Wohnhauses auf Grundb.-Einl.-Z. 1876, Grundbuch Ottakring, und beantragt die Bestätigung des Antrages des magistratischen Bezirksamtes für den XVI. Bezirk auf Ertheilung der Baubewilligung gegen grundbücherliche Sicherstellung der Verpflichtung der Bauwerber, den nach Bestimmung der Baulinie eventuell in die Straße fallenden Grundtheil ihrer Realität auf Verlangen der Gemeinde Wien bis zur gesetzlichen Breite im richtigen Niveau und lastenfrei an die Gemeinde Wien abzutreten. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Schadloshaltung für den von der Realität Einl.-Z. 255 in Neulerchenfeld, Or.-Nr. 7 Grundsteingasse, zur Straßenverbreiterung abzutretenden Grund und beantragt die Festsetzung der Schadloshaltung mit 5 fl. per Quadratmeter.

(Angenommen.)

St.-R. v. Neumann referiert über den vom Gem.-Rathe Gregorig gelegentlich der Budget-Debatte gestellten Antrag auf Herstellung des General-Bauregulierungsplanes der Stadt Wien in eigener Regie und beantragt, diesen Antrag durch den Stadtraths-Beschluss vom 5. April 1892, betreffend die Ausschreibung einer allgemeinen Preisbewerbung, als erledigt zu erklären.

St.-R. Noske beantragt, diesen Antrag als eigenen Punkt der dem Plenum vorzulegenden Anträge bezüglich des General-Baulinienplanes zu formulieren. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Reconstruction der Heizanlage in dem Schulhause Or.-Nr. 10 Phorusgasse, IV. Bezirk, und beantragt, die Auswechslung der Heizapparate mit Ausnahme der in Zone VII gelegenen, mit dem Kostenbetrage von 10.719 fl. 54 kr. zu genehmigen. Die Anlage ist derart auszuführen, dass bei seinerzeitiger Auswechslung der Caloriféres aus der Zone VII für die Einführung der Dampfschlangen entsprechend vorgesorgt wird. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Bewilligung von Gleichengeldern für die beim Baue der Volksschule II., Vorgartenstraße, beschäftigten Arbeiter und beantragt die Bewilligung dieser Gleichengelder im Betrage von 251 fl. Für die Maurer, Taglöhner, Weiber, Maurer- und Taglöhnerjungen wird ein Betrag von 100 fl. bestimmt, welcher über den Vorschlag des Stadtbauamtes derart zur Vertheilung kommen soll, dass jene, welche längere Zeit am Baue gearbeitet haben, einen relativ höheren Betrag erhalten, wobei die sonst übliche Abstufung mit Bezug auf den Arbeitslohn einzuhalten ist.

St.-R. Baugoin beantragt, für jeden der vorgenannten Arbeiter 1 fl. zu bestimmen.

St.-R. Matzenauer beantragt, für jeden Arbeiter einen eintägigen Taglohn zu geben.

St.-R. Dr. Huber stellt den Zusatz-Antrag, dass nur jene Arbeiter zu bedenken seien, welche am Tage der Gleiche beim Baue beschäftigt waren.

St.-R. Dr. Lederer beantragt die Vertagung und sei der Magistrat zur Erstattung eines Berichtes aufzufordern, ob solche Gleichengelder ausnahmslos bei von der Gemeinde geführten Bauten gegeben werden, eventuell in welchem Ausmaße.

Dieser Antrag wird angenommen.

— **Derselbe** referiert über das Gesuch des Johann Reichhalter und der Anna Funk um Bauconsens für Grundb.-Einl. 49 des VII. Bezirkes, Or.-Nr. 23 Bandgasse und Or.-Nr. 5 Kandlgasse und beantragt die Bestätigung des Magistrats-Antrages auf Ertheilung des Bauconsenses unter Bewilligung des projectierten Risalites mit 0·15 m Vorsprung und 5·25 m, respective 5·50 m Länge in der Band-, respective Kandlgasse gegen Abrechnung des hiezu erforderlichen Grundes per 1·61 m² von dem zur Straßenverbreiterung abzutretenden Grunde. (Angenommen.)

St.-R. Wurm referiert über das Kaufanbot des Ignaz Steiner auf die Baustelle Grundb.-Einl.-Z. 1252 in der Sterngasse, I. Bezirk und beantragt die Ablehnung des gestellten Anbotes von 130 fl. per Quadratmeter für diese Baustelle im Ausmaße von 215·20 m² wegen zu geringen Preises.

St.-R. Baugoin beantragt die Einsetzung eines Verhandlungscomités.

Dieser Antrag wird abgelehnt und der Referenten-Antrag angenommen.

— **Derselbe** referiert über das Project der Congregation der Gesellschaft Jesu für Reconstruction der Vortreppe beim Haupteingange und Herstellung zweier neuer Eingänge beiderseits des Haupteinganges der Universitätskirche, I. Bezirk und beantragt die Ertheilung der Zustimmung unter den vom Magistrate beantragten Modalitäten, insbesondere gegen Ausstellung der im Entwurfe vorgelegten, das Eigenthumsrecht der Gemeinde Wien an dem beanspruchten Straßengrunde sichernden Reverses. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Kaufanbot des Notars Dr. Peter Gasser auf das Haus Or.-Nr. 1 Kirchengasse, XVIII. Bezirk (ehemaliges Gemeindehaus in Währing) und beantragt die Ablehnung. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Project des Johann Mervic bezüglich Behebung der durch den Wienfluss hervorgerufenen Übelstände und beantragt, den Proponenten einzuladen, sein Project dem Magistrate zur Prüfung zu übermitteln und demselben für den Fall der Annahme und Ausführung desselben eine entsprechende Honorierung in Aussicht zu stellen.

St.-R. Dr. Huber beantragt, der Stadtrath finde auf diesen Vorschlag nicht einzugehen.

Dieser Antrag wird angenommen.

St.-R. Schlechter referiert über das Ansuchen der Eigenthümer der Häuser Nr. 3, 5a, 5b, 4, 8 und 10 in der Gumpendorferstraße um Bewilligung zur Legung eines Klinkertrottoirs vor ihren Häusern und beantragt die Bewilligung unter den vom magistratischen Bezirksamte für den VI. und VII. Bezirk vorgeschlagenen Bedingungen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen der Conferenz zum heil. Laurenz in Simmering um Subvention und beantragt, dieser Conferenz pro 1891 eine Subvention von 200 fl. zu bewilligen.

(Angenommen; hierüber ist dem Gemeinderathe zu berichten.)

— **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Firma Stützer und Naber um Bezug des Abfallwassers von dem in der Heinrichsgasse im XII. Bezirke befindlichen Auslaufbrunnen und beantragt, dieses Gesuch abzuweisen; dagegen sei auf Widerruf die Herstellung einer separaten Abzweigrohrleitung von dem Straßenrohre auf Kosten der Gesuchsteller und die Abgabe von täglich 40 hl Wasser gegen Bezahlung der normalmäßigen Gebüren zu bewilligen.

(Angenommen.)

St.-R. Rückauf referiert über die Auszahlung der Restforderungen anlässlich der Renovierung der Pfarrkirche und des Pfarrhofes zu Lichtenthal und beantragt die Verweisung des Betrages per 2137 fl. 17 kr. auf den Reservefond. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Julius und Philomen Olbrich um Bewilligung zur Erbauung einen Gartenpavillons XIII. Bezirk, Penzing, Parkgasse 70 unter erleichterten Bedingungen und beantragt die Gesuchsbewilligung. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen der Wilhelmine Rathner um Bewilligung zur Herstellung eines eisernen Einfriedungsgitters vor ihrem Hause Or.-Nr. 6 und 8 Reichgasse in Unter-St. Veit, XIII. Bezirk und beantragt die Bestätigung des Antrages des magistratischen Bezirksamtes für den XIII. Bezirk auf Gesuchsgewährung. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Rupen Margossian um Bewilligung zur Herstellung eines Verbindungsganges zwischen den Häusern Or.-Nr. 8 und 10 Floßgasse, II. Bezirk und beantragt die Bestätigung des Magistrats-Antrages auf Gesuchsgewährung. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des S. J. Götzl noe. Marie Kleinmann um Schadloshaltung für den von dem Hause Or.-Nr. 13 Feldgasse, Ecke der Breitenfeldergasse, VIII. Bezirk zur Straßenverbreiterung abgetretenen Grund und beantragt die Schadloshaltung für den abzutretenden Grund im Ausmaße von 20·08 m² mit 20 fl. per Quadratmeter zu bestimmen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Kaufoffert des Franz Gegenbauer auf die in der Ried Berghaiden in Speising liegende Parcelle 380, Einl.-Z. 190 und beantragt die Ablehnung dieses Offertes. (Angenommen.)

St.-R. Dr. Hackenberg referiert über das Expropriationserkenntnis in Betreff der Realität Or.-Nr. 17 Nussdorferstraße, Or.-Nr. 12 Fluchtgasse, IX. Bezirk und beantragt die Wahl eines Verhandlungscomités aus dem Stadtrathe. (Angenommen.)

Gewählt werden die Stadträthe Dr. Huber, Müller und Baugoin.

St.-R. Noske referiert über die Sicherstellung der Canalräumungsarbeiten im XVI. Bezirke; die Beschlussfassung wird jedoch vertagt.

Die Sitzung wird geschlossen.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom 28. April 1892.

Vorsitzender: Vice-Bürgermeister Dr. Borschke.

Anwesende: v. Götz, v. Goldschmidt, Dr. Grübl, Dr. Hackenberg, Kreindl, Dr. Lederer, Matzenauer, Meißl, Müller, v. Neumann, Noske, Rückauf, Schlechter, Schneiderhan, Dr. Stenzl, Baugoin, Dr. Vogler, Witzelsberger.
Bürgermeister Dr. Prix.
Vice-Bürgermeister Dr. Richter.

Entschuldigt: Boschan, Dr. Huber und Wurm.
Schriftführer: Magistrats-Concipist Schmidbauer.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den **Vice-Bürgermeister Dr. Borschke** macht derselbe der Versammlung nachfolgende Mittheilungen:

St.-R. Dr. Huber ersucht, sein verspätetes Erscheinen in der heutigen Sitzung, eventuell sein Ausbleiben aus derselben wegen einer Familienangelegenheit zu entschuldigen.

Die St.-R. Boschan und Wurm entschuldigen ihr Ausbleiben wegen einer gleichzeitig stattfindenden Amtshandlung bei der k. k. Statthalterei. (Dient zur Kenntnis.)

St.-R. Dr. Hackenberg referiert über die Einhebung der Marktgebüren im XV. und XVII. Bezirke vom 1. Mai 1892 an in eigener Regie der Gemeinde und beantragt:

1. Der Vertrag mit Eduard Weichesmüller wegen Einhebung der Marktgebüren im XV. Bezirke ist auf Grund des § 4 der diesfälligen Bedingnisse mit 30. April 1892 als aufgelöst zu erklären und die Caution zur Deckung des Pachtzinsrückstandes einzuziehen.

2. Vom 1. Mai 1892 sind im XV. Bezirke, sowie auch im XVII. Bezirke die Marktgebüren von der Gemeinde Wien in eigener Regie auf Grund des mit dem Stadtraths-Beschlusse vom 2. December 1891, Z. 3341, M.-Z. 180220 für die Stadt Wien festgesetzten Marktgebüren-Tarifes einzuheben.

3. Zum Zwecke der Einhebung der Marktgebüren in den genannten zwei Bezirken sind zwei neue Gebüreneinheber zu bestellen.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ergebnis der Offertverhandlung für den Verkauf der städtischen Baustelle an der Ecke der Burg- und Kirchberggasse im VII. Bezirke.

Referent beantragt, es sei die durch die Demolierung der Häuser Or.-Nr. 6 und 8 Burggasse, dann Marzellingasse 4 und durch die Einbeziehung eines Theiles der letzteren, zur Auflassung bestimmten Gasse gewonnenen Baustelle an der Ecke der Burg- und Kirchberggasse im VII. Bezirke im Ausmaße von 603·94 m² an den Architekten und Stadtbaumeister Georg Demsky, IX., Günthergasse 3, und dessen noch bei dem Vertragsabschlusse zu nennende zwei Mitofferenten um den Preis von 119 fl. 21 kr. per Quadratmeter, sohin um den Gesammtpreis von 71.995 fl. 69 kr. auf Grund der vorgelegten Vorschrift zu verkaufen. (Angenommen.)

Hierüber ist dem Gemeinderathe zu berichten.

— **Derselbe** referiert über die Statthalterei-Erlässe vom 9. März 1892, Z. 12304, und vom 26. März 1892, Z. 17603, womit die Handelsministerial-Erlässe vom 23. Februar 1892, Z. 50073/91, und vom 15. März 1892, Z. 447, betreffend die Abweisung der Recurse der Gemeinde Wien in Angelegenheit der Vornahme von Probefahrten mit dem Tramwaywaggon Nr. 748 und in Angelegenheit der Inbetriebsetzung der Tramwaywaggon-Typen Nr. 204 und 205 mitgetheilt werden.

Referent beantragt, gegen die vorerwähnten Erlässe des hohen k. k. Handelsministeriums die Beschwerde an den k. k. Verwaltungsgerichtshof zu erheben. (Angenommen.)

Hierüber ist dem Gemeinderathe zu berichten.

St.-R. Kreindl referiert über das Stadtbauamtsproject für die Umpflasterung der Praterstraße im II. Bezirke, von der Taborstraße bis zur großen Mohrengasse, und beantragt, dieses mit dem (budgetmäßig bedeckten) Gesammterfordernisse von 13.898 fl. 87 kr. bezifferte Project zu genehmigen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über den stadtbauämtlichen Kostenanschlag, betreffend die Umpflasterung der schadhaften Straßenstrecken in der Nussdorferstraße, IX. Bezirk, und beantragt, die Kosten dieser Umpflasterungen und Ausbesserungen im veranschlagten Betrage von 3343 fl. 38 kr. zu genehmigen.

Die erforderlichen Pflasterungsarbeiten sind im Offertwege sicherzustellen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen der Anna Matzenauer um mietweise Überlassung der pro Maitermin gekündigten Wohnung Nr. 12 im dritten Stocke des Schäffer'schen Stiftungshauses, IV., Hauptstraße Nr. 18 um den Mietzins von jährlich 300 fl.

Referent beantragt, den Mietzins für diese aus zwei Gassenzimmern, Vorzimmer, Küche, Boden und Keller bestehende Wohnung vom Maitermin 1892 ab von jährlich 347 fl. 55 kr. auf jährlich 320 fl. (inclusive Nebengebüren) herabzusetzen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Offert des Franz Steinbach, betreffend die Bestandnahme des Gemeindegasthauses in Heiligenstadt, Herrengasse Nr. 14.

Referent beantragt, die gesammte, der Commune Wien gehörige Realität in Heiligenstadt, Herrengasse Nr. 14, mit Ausnahme der im vorgelegten Plane grün lasierten Räumlichkeit im rechtsseitigen Hoftracte und der zu Baumschulzwecken benützten Gartenfläche unter den im gleichfalls vorgelegten, mit 31. Juli 1892 ablaufenden Pachtvertrage enthaltenen Bedingungen gegen beiderseitige jährliche Kündigung, welche nur zu den August- und November-Zinsterminen gegenseitig einzubringen ist, um einen Jahreszins von 1100 fl., eventuell vom 1. Mai l. J. an, dem Bittsteller in Bestand zu geben. (Angenommen.)

St.-R. Witzelsberger referiert über das Ansuchen der freiwilligen Feuerwehr in Gersthof um Besoldung des activen Feuerwehrmannes Anton Beck.

Referent beantragt, dieser Feuerwehr eine Subvention von 400 fl. zur Besoldung des mit dem Meldedienste betrauten Feuerwehrmannes im bisherigen Betrage von monatlich 30 fl. vom 1. Jänner 1892 an, sowie für die Kosten der Beleuchtung des Wachlocales zu bewilligen. Dieser Betrag sei auf den Reservefond zu verweisen.

St.-R. Müller beantragt, diesen Feuerwehrmann mit 400 fl. jährlich definitiv anzustellen.

Bürgermeister Dr. Prix beantragt, der genannten Feuerwehr für ihre Zwecke überhaupt eine Subvention von 400 fl. zu gewähren.

Dieser letztere Antrag wird angenommen.

Hierüber ist dem Gemeinderathe zu berichten.

St.-R. Noske referiert über das Offert der Sparcassa Sechshaus in Betreff der Mietung des Hauses Or.-Nr. 44 Ullmannstraße in Sechshaus, C.-Nr. und Einl.-Z. 35 in Sechshaus.

Referent beantragt, es sei das magistratische Bezirksamt für für den XIV. und XV. Bezirk zu ermächtigen, dieses der Gemeinde Wien eigenthümliche Haus der Sparcassa der Gemeinde Sechshaus auf die Dauer von vier Jahren um einen Jahreszins von 3500 fl., inclusive aller Nebengebüren, unter den im vorgelegten Offert sonst angeführten Bedingungen und gegen dem zu vermieten, dass die Stempelgebür für die Mietzins-Quittungen jedesmal von der genannten Sparcassa bestritten werde, und die Sparcassa sich verpflichtet, nach Ablauf des Mietverhältnisses auf ihre Kosten den vorigen Stand wieder herzustellen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Sicherstellung der Canalräumungsarbeiten in Ottakring für die Zeit vom 1. Mai bis 31. December 1892.

Referent beantragt, dem Canalräumer Josef Wolf die Canal- und Senkgruben-Räumung im Gebiete von Ottakring auf Grund der bisherigen Bedingnisse, jedoch mit der Verpflichtung zur monatlichen Räumung sämmtlicher Hauscanäle für die Zeit vom 1. Mai bis 31. December 1892 gegen die bisherige jährliche Pauschalvergütung von 13.000 fl. und eine Aufzahlung von 500 fl., letztere für die bezeichneten acht Monate, zu übertragen. (Die hiernach für die Monate Mai bis December 1892 entfallende Entlohnung per 9166 fl. 67 kr. erscheint budgetmäßig bedeckt.)

Unter einem sei der Magistrat aufzufordern, eingehend an den Stadtrath zu berichten, in welcher Weise die Controle über die Canalräumung im Gemeindegebiete von Wien geübt wird, und ob insbesondere eine abwechselnde und unvermutete Controle der Aufsichtsorgane des einen Bezirkes in anderen Bezirken geübt wird. (Angenommen.)

St.-R. Dr. Grübl referiert über die vom Stadtanwalte vorgelegte Erledigung des k. k. Verwaltungsgerichtshofes, mit welcher die Beschwerde der Gemeinde Wien gegen die Ministerial-Verordnung vom 30. Jänner 1892, Nr. 29 R.-G.-Bl., betreffend Änderung der Marktordnung für den Wiener Central-Viehmarkt, ohne weiteres Verfahren zurückgewiesen wird.

Referent beantragt, diese Erledigung zur Kenntnis zu nehmen.

(Angenommen.)

Referent beantragt ferner, diese Erledigung auch dem Plenum dem Gemeinderathes mitzutheilen.

Wird gleichfalls angenommen.

Hierüber ist somit dem Gemeinderathe zu berichten.

Bürgermeister Dr. Prix referiert über die Bestimmungen in Betreff der Regulierung der Bezüge der städtischen Beamten.

(Die Berathung über diesen Gegenstand wird fortgesetzt.)

Referent theilt zunächst mit, dass die städtischen Beamten sich zufolge einer an ihn gerichteten Eingabe dem geplanten Rangsclassen-System anschließen, und nur einige Wünsche in Betreff der Bemessung der Gehalte und des Quartiergeldes vorgebracht haben.

(Dient zur Kenntnis.)

Es wird sohin in die Special-Debatte eingegangen.

Die §§ 1, 2 und 3 werden nach dem Referenten-Antrage, wie folgt, angenommen:

§ 1.

Sämmtliche mit Gehalt angestellten städtischen Beamten — welche nicht unter die Ausnahmen des § 14 fallen — werden in sieben Rangsclassen getheilt, welche sich dem mit dem Gesetze vom 15. April 1873, Nr. 47 des R.-G.-Bl. für die k. k. Staatsbeamten bestimmten Rangsclassen-Schema XI bis V anschließen.

§ 2.

Das Ausmaß der Bezüge wird nach dem Range bestimmt, welcher der Stelle zukommt, die der städtische Beamte definitiv einnimmt.

Beamten, welche den Titel einer höheren Dienstes-kategorie haben, oder Beamten, welche auf einem systemisierten höheren Dienstposten nur provisorisch ernannt sind, gebüren die dem Range dieser höheren Dienstesstelle entsprechenden Bezüge erst dann, wenn ihnen dieser höhere Dienstposten definitiv verliehen wird.

§ 3.

Die systemmäßigen Bezüge bestehen:

a) in Gehalten,

b) in Quartiergeldern.

Zu § 4, welcher lautet:

§ 4.

Die Gehalte werden festgesetzt wie folgt:

in der XI. Rangsclasse mit	700 fl.	
	800 fl.	
„ „ X. „ zweiter Kategorie mit . .	900 fl.	
	1000 fl.	
	1100 fl.	
„ „ X. „ erster Kategorie mit . . .	1200 fl.	
	1300 fl.	
	1400 fl.	
„ „ IX. „ mit	1600 fl.	
	1700 fl.	
	1800 fl.	
„ „VIII. „ „	2000 fl.	
	2200 fl.	
	2400 fl.	
„ „ VII. „ „	2800 fl.	
	3200 fl.	
	3600 fl.	
„ „ VI. „ „	4000 fl.	
	4500 fl.	
„ „ V. „ „	5000 fl.	
	6000 fl.	

beantragt St.-R. Dr. Lederer: Es sei in der IX. Rangsclasse eine neue Kategorie mit 1500 fl. einzuschalten, und dieselbe außerdem in zwei Kategorien zu theilen, und zwar II. Kategorie zu 15- und 1600 fl., I. Kategorie zu 17- und 1800 fl. Gehalt. Der Übertritt von der II. in die I. Kategorie findet im Wege der Beförderung statt.

St.-R. Matzenauer beantragt, es sei den Beamten der X. Rangsclasse, welche die höchste Gehaltsstufe von 1400 fl. erreicht haben, das Recht zum Bezuge von zwei Quinquennien à 100 fl. zuzuerkennen.

St.-R. Noske beantragt, die X. Rangsclasse in vier Gehaltsstufen und zwei Kategorien zu theilen:

II. Kategorie	1000 fl.
„ „	1200 fl.
I. Kategorie	1300 fl.
„ „	1500 fl.

Ferner sei die XI. Rangsclasse mit 700 fl. und 900 fl. festzusetzen und das Quartiergeld für die X. Rangsclasse mit 400 und für die XI. mit 300 fl. zu bestimmen.

St.-R. Dr. Vogler beantragt, es sei die XI. Rangsclasse mit 600, 700 und 800 fl. festzusetzen, die zweite Kategorie der X. Rangsclasse nach dem Antrage des Referenten beizubehalten, die I. Kategorie dieser Rangsclasse jedoch mit 1300, 1400 und 1500 fl. festzusetzen.

St.-R. Dr. Grübl beantragt, es seien die Vorstände des Marktcommissariates und des Conscriptionsamtes in die VII. und die betreffenden Directions-Adjuncten in die VIII. Rangsclasse einzureihen; ferner seien auch die Liquidatoren der städtischen Hauptcassa in die VIII. Rangsclasse zu setzen.

St.-R. Noske zieht seinen Antrag, in der XI. Rangsclasse eine Gehaltsstufe mit 900 fl. zu schaffen, zurück.

Die St.-R. Dr. Lederer und Dr. Grübl ziehen ihre Anträge gleichfalls zurück.

Bei der Abstimmung wird bezüglich der XI. Rangsclasse der Antrag des St.-R. Dr. Vogler, dieselbe mit 600, 700 und 800 fl. festzusetzen, abgelehnt und der Referenten-Antrag (700 und 800 fl.) angenommen.

Bezüglich der X. Rangsclasse II. Kategorie wird der Antrag des St.-R. Noske, dieselbe mit 1000 und 1200 fl. festzusetzen, abgelehnt und der Referenten-Antrag (900, 1000 und 1100 fl.) angenommen.

Bezüglich der ersten Kategorie dieser Rangsclasse wird der Antrag des St.-R. Dr. Vogler, welchem sich der Referent anschließt, angenommen und diese Kategorie sohin mit 1300, 1400 und 1500 fl. festgesetzt.

Bezüglich der übrigen Rangsclassen wird der Referenten-Antrag angenommen.

Der Antrag des St.-R. Matzenauer auf Schaffung von Quinquennien für die erste Kategorie der X. Rangsclasse wird abgelehnt.

Die §§ 5, 6 und 7 werden nach dem Referenten-Antrage, wie folgt, angenommen:

§ 5.

Für die Rangsclassen werden folgende Quartiergelder bestimmt:

Für die	XI. Rangsclasse . .	300 fl.
„ „	X. „ . .	400 fl.
„ „	IX. „ . .	500 fl.
„ „	VIII. „ . .	600 fl.
„ „	VII. „ . .	700 fl.
„ „	VI. „ . .	800 fl.
„ „	V. „ . .	1000 fl.

§ 6.

Die Vorrückung in den höheren Gehalt hat in der XI. Rangsclasse, dann in der X. Rangsclasse zweiter Kategorie nach Verlauf von drei, in der X. Rangsclasse erster Kategorie aber, sowie in den übrigen Rangsclassen nach Verlauf von je fünf in dieser Rangsclasse, rücksichtlich Kategorie vollstreckten Dienstjahren zu erfolgen.

§ 7.

Die Versetzung aus einer geringeren in eine höhere Rangsclasse, sowie aus der zweiten Kategorie der X. Rangsclasse in die erste Kategorie dieser Rangsclasse erfolgt im Wege der Ernennung.

Zu § 8, welcher lautet:

„Bei der Pensionierung eines Beamten ist demselben außer der normalmäßigen Pension auch der halbe Betrag desjenigen Jahres-Quartiergeldes, welches er in dem seiner Pensionierung vorausgehenden Quartale bezogen hat, anzuweisen", beantragt St.-R. Noske, es sei grundsätzlich auszusprechen, dass auch die andere Hälfte des Quartiergeldes gegen einen von den Beamten zu leistenden Beitrag in die Pensionsbemessung einbezogen werden kann, worüber im Wege eines besonderen Statutes verfügt werden wird.

Dieser Antrag wird abgelehnt und § 8 in der Fassung des Referenten angenommen.

Die §§ 9 bis 13 werden nach dem Referenten-Antrage in folgender Fassung angenommen:

§ 9.

Den Aspiranten, Praktikanten und Eleven wird ohne Einreihung in eine Rangsclasse der Charakter von städtischen Beamten eingeräumt. Sie dürfen jedoch erst nach einer in der Dienstpragmatik festzusetzenden, vollständig befriedigenden Probepraxis beeidet werden, welche ihnen in die für die Pensionsbemessung anrechenbare Dienstzeit eingerechnet wird.

§ 10.

Jene Eleven, Aspiranten oder Praktikanten, welche eine höhere wissenschaftliche Vorbildung (Hochschule) nachzuweisen haben, erhalten ein Adjutum von jährlich 600 fl., die übrigen ein Adjutum von jährlich 500 fl.

§ 11.

Der Genuss der systemmäßigen Gehalte, Adjuten, Quartiergelder und der etwaigen sonstigen Zulagen beginnt in den Fällen der Ernennung vom ersten Tage des der Ernennung nächstfolgenden Monates. Die Gehalte, Adjuten und etwaigen Zulagen werden monatlich vorhinein erfolgt, die Quartiergelder aber in Vierteljahrsraten, u. zw.: am 1. Februar, 1. Mai, 1. August und 1. November eines jeden Jahres im vorhinein ausbezahlt. Als Tag der Ernennung gilt jener Tag, an welchem die Ernennung des Beamten vom Stadtrathe und bezüglich der Eleven, Aspiranten oder Praktikanten jener Tag, an welchem deren Anstellung vom Bürgermeister ausgesprochen worden ist.

§ 12.

Bei Vorrückungen hat der Bezug des höheren Gehaltes vom ersten Tage des Monats, welcher auf das vollstreckte Triennium oder Quinquennium zunächst folgt, anzufangen.

§ 13.

Der Bezug der Gehalte, Adjuten, Quartiergelder und etwaiger Zulagen hört in den Fällen einer neuen Ernennung oder einer Vorrückung mit jenem Zeitpunkte auf, von welchem die neuen Bezüge beginnen, sonst aber mit Ende des Monates, in welchem der Dienstaustritt erfolgt.

Die Berathung des vorliegenden Gegenstandes wird sohin unterbrochen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter referiert (in Anwesenheit von 18 Stadträthen) über Beförderungen und Vorrückungen in der städtischen Buchhaltung.

Referent beantragt zu genehmigen:

a) Die Vorrückung des Officials I. Classe, dritter Gehaltsstufe Karl Bayer, in die zweite Gehaltsstufe mit 1300 fl. und dem 30percentigen Quartiergelde;

b) die Beförderung des Officials II. Classe, erster Gehaltsstufe Josef Wagner, zum Official I. Classe, dritter Gehaltsstufe, mit 1200 fl. und dem 30percentigen Quartiergelde;

c) die Vorrückung des Officials II. Classe, zweiter Gehaltsstufe Julius Stieber, zum Official II. Classe, erster Gehaltsstufe mit 1100 fl. und dem 30percentigen Quartiergelde;

d) die Vorrückung des Officials II. Classe, dritter Gehaltsstufe Otto Schrott, zum Official II. Classe, zweiter Gehaltsstufe mit 1000 fl. und dem 30percentigen Quartiergelde;

e) die Beförderung des Accessisten I. Gehaltsstufe Josef Lintner zum Official II. Classe, dritter Gehaltsstufe mit 900 fl. und dem 30percentigen Quartiergelde;

f) die Vorrückung des Accessisten zweiter Gehaltsstufe Moriz Wittmann in die erste Gehaltsstufe mit 800 fl. und dem 30percentigen Quartiergelde, endlich

g) die Ernennung des Praktikanten Ferdinand Fieber zum Accessisten zweiter Gehaltsstufe mit 700 fl. und dem 30percentigen Quartiergelde. (Angenommen.)

Die Sitzung wird geschlossen.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom 29. April 1892.

Vorsitzender: 1. Vice-Bürgermeister Dr. Borschke.
2. Vice-Bürgermeister Dr. Richter.

Anwesende:

Dr. v. Billing,	Müller,
Boschan,	v. Neumann,
v. Götz,	Noske,
v. Goldschmidt,	Rückauf,
Dr. Grübl,	Schlechter,
Dr. Hackenberg,	Schneiderhan,
Dr. Huber,	Dr. Stenzl,
Kreindl,	Baugoin,
Dr. Lederer,	Dr. Vogler,
Matzenauer,	Witzelsberger,
Meißl,	Wurm.

Bürgermeister Dr. Prix.

Experte: Stadtanwalt Dr. Schmitt,
Magistratsrath Philipp,
Baudirector Berger.

Schriftführer: Magistrats-Concipist Appel.

Vice-Bürgermeister Dr. Borschke eröffnet die Sitzung.

St.-R. Müller referiert über das Project der k. k. Eisenbahn-Betriebsdirection für die Regulierung und Pflasterung des Vorplatzes vor der Abfahrtsseite des Aufnahmsgebäudes am Kaiser Franz Josefs-Bahnhofe und für die Umgestaltung der Gartenanlage daselbst.

Referent beantragt, zu diesem Projecte unter der Bedingung die Zustimmung zu ertheilen, dass die sämmtlichen Arbeiten, einschließlich der Umpflasterung des der Gemeinde Wien gehörigen Trottoirs, auf Kosten der k. k. Eisenbahn-Betriebsdirection nach Angabe des Stadtbauamtes durchgeführt und dass alle innerhalb Jahresfrist an der umgeänderten Trottoirpflasterung eintretenden Trottoirgebrechen auf Kosten der k. k. Eisenbahn-Betriebsdirection behoben werden und dass die k. k. Eisenbahn-Betriebsdirection den innerhalb ihrer Eigenthumsgrenze fallenden Theil der Pflasterung auch in Zukunft auf eigene Kosten ordnungsgemäß zu erhalten hat. (Angenommen.)

St.-R. v. Göth referiert über das Ansuchen der Imperial-Continental-Gas-Association um die Bewilligung zur Legung eines elektrischen Kabels von der Centralstation I., Schenkenstraße 10 zum Gebäude der österr.-ung. Bank.

Referent beantragt, es sei der Magistrat zu beauftragen, die Bedingungen bekanntzugeben, unter welchen die Legung eines Kabels von der Centrale in der Schenkenstraße zum ausschließlichen Zwecke der Beleuchtung der österr.-ung. Bank in der Herrengasse mit elektrischem Lichte der Imperial-Continental-Gas-Association bewilligt werden könnte.

St.-R. Matzenauer beantragt die unbedingte Abweisung des Ansuchens.

St.-R. Schlechter beantragt — conform dem Magistrats-Antrage — das Ansuchen dermalen abzulehnen.

Dieser letztere Antrag wird angenommen.

St.-R. Dr. v. Billing referiert über das Schreiben der Imperial-Continental-Gas-Association vom 8. October 1891 wegen eventuellen Abschlusses eines neuen, für das ganze Wiener Gemeindegebiet geltenden Beleuchtungs-Vertrages.

Der Stadtbaudirector Berger und der Stadtanwalt Dr. Schmitt geben ihr Gutachten ab.

Bei der Abstimmung wird der Referenten-Antrag:

„I. Die Zuschrift der Imperial-Continental-Gas-Association vom 8. October 1891 sei dahin zu beantworten, dass die Gemeinde Wien nicht in der Lage sei, in Verhandlungen einzutreten, welche auf eine Verlängerung des Vertrages vom 22. Mai 1875 über den 31. October 1899 hinaus abzielen."

einstimmig angenommen;

der Referenten-Antrag:

„II. Die Gemeinde Wien erklärt dagegen ihre Bereitwilligkeit, in Verhandlungen einzutreten, welche den Zweck haben sollen:

a) einen möglichst einheitlichen und einvernehmlichen Vorgang bei der Gasbeleuchtung in Wien in dem ganzen erweiterten Gemeindegebiete auf Grund und im Zeitrahmen des Vertrages vom 22. Mai 1875 herbeizuführen, und

b) eine einverständliche Durchführung des der Gemeinde Wien vertragsmäßig zustehenden Einlösungsrechtes, beziehungsweise ihrer Einlösungspflicht anzubahnen" wird abgelehnt;

der Referenten-Antrag:

„III. Der Magistrat erhält den Auftrag, jedenfalls rechtzeitig alle zur Übernahme der Durchführung der Gasbeleuchtung vom 1. November 1899 ab in die eigene Regie der Gemeinde erforderlichen Vorkehrungen zu treffen, und die diesfalls erforderlichen Anträge rechtzeitig vorzulegen."

wird einstimmig angenommen. (An den Gemeinderath.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter referiert über die Besetzung der Stelle des städtischen Buchhalters.

Referent beantragt, für diese Stelle einen neuen Concurs auszuschreiben.

St.-R. Dr. Lederer beantragt, dieselbe dem in Competenz getretenen Rechnungsrathe Karl Mortenthaler zu verleihen.

Dieser Antrag wird angenommen.

St.-R. Dr. Vogler referiert über das Ansuchen der Antonie Bobies um vorläufige Belassung in der von ihrem Bruder, dem verstorbenen Bürgerschul-Director Franz Bobies, innegehabten Naturalwohnung IV., Pressgasse 24.

Referent beantragt, die Bittstellerin gegen dem im unentgeltlichen Genusse der gedachten Naturalwohnung zu belassen, dass diese Wohnung bis längstens Mitte Mai 1892 von ihr geräumt wird. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des provisorischen Unterlehrers Nikolaus Gruber um Aufnahme als ordentlicher Hörer in das städtische Pädagogium und beantragt die Genehmigung dieses Ansuchens. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des pensionierten Bürgerschul-Directors Josef Nicodemus um Belassung seiner Personal- und außerordentlichen Zulage.

Referent beantragt, dem Josef Nikodemus die normalmäßige Pension mit dem jährlichen Betrage von 1500 fl. vom 2. Jänner 1892 ab, vorläufig aus der Wiener Lehrer-Pensionscasse, gegen seinerzeitige Abrechnung flüssig zu machen und demselben außerdem eine Personalzulage von 200 fl. zu gewähren. (Angenommen.)

Über die Personalzulage ist dem Gemeinderathe zu berichten.

(Vice-Bürgermeister Dr. Richter übernimmt den Vorsitz.)

St.-R. Noske referiert über das Ansuchen des S. Zilzer, Mieters der Wohnung Nr. 6 im dritten Stocke des Bürgerspital-Fondshauses, I., Neuthorgasse 18, um Herabsetzung des Mietzinses.

Referent beantragt, das Ansuchen des Gedachten um einen Zinsnachlass von jährlich 200 fl. von dem Jahreszinse per 700 fl. und $15^1/_4$ Percent Nebengebüren abzuweisen, jedoch eine Herabsetzung des Zinses von 700 fl. und $15^1/_4$ Percent Nebengebüren auf 676 fl. und $15^1/_4$ Percent Nebengebüren vom 1. Mai 1892 an zu bewilligen.

Der Magistrat sei zu ermächtigen, bei Vermietungen in den Wiener Bürgerspital-Fondshäusern I., Schottenring 22, 24, 28, 30, 32, Zelinkagasse 3, 5, 9, 11, 13, Gonzagagasse 21 und 23 und Neuthorgasse 18 und 20 weiterhin nach der mit dem Beschlusse der IX. Section des bestandenen Gemeinderathes vom 2. März 1888, Z. 384, genehmigten Zinsregulierungs-Tabelle vorzugehen. (Angenommen.)

St.-R. Vaugoin referiert über das Ansuchen des Josef Sucharipa um Einleitung der Schadloshaltungs-Unterhandlung für die Grundabtretung I., Wipplingerstraße 16.

Referent beantragt, den Magistrat im Sinne des § 12 der Bauordnung für Wien zur Erhebung und Verhandlung über die Schadloshaltung für den bei einem Umbau des Hauses I., Wipplingerstraße 16 zur Straßenverbreiterung abzutretenden Grund im Ausmaße von circa 200·39 m² noch vor der Bauausführung zu ermächtigen, wobei die Giltigkeit der ermittelten Schadloshaltung auf die Dauer von zwei Jahren festzusetzen ist. Die Kosten der Schätzung sind vom Gesuchsteller zu tragen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Gemeindedieners in Lainz, Leop. Melchart, um Quartiergeldanweisung und beantragt,

dem Genannten vom 1. Mai 1892 an, ein dem Werte der ihm decretmäßig zugestandenen Naturalwohnung entsprechendes Quartiergeld von 120 fl. jährlich gegen gleichzeitige Räumung der Naturalwohnung zu bewilligen. (Angenommen.)

St.-R. Wurm referiert über das Ansuchen des Wilh. Schediwy und Mathias Baxa um Ertheilung des Consenses für die Erbauung eines Ringofens auf den Cat.-Parc. 634/1, Einl.-Z. 420 und 633, Einl.-Z. 588, Grundbuch Simmering und auf der der priv. österr.-ungar. Staatseisenbahn-Gesellschaft gehörigen Cat.-Parc. 624.

Referent beantragt, dem Antrage des magistratischen Bezirksamtes für den XI. Bezirk auf Ertheilung dieses Bauconsenses unter Beobachtung der in der Äußerung des Vertreters der Bauamts-Abtheilung für den XI. Bezirk, im Commissionsprotokolle vom 3. März 1892, enthaltenen Bedingungen die Bestätigung zu ertheilen.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen der k. k. priv. Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft um Bewilligung zum Umbaue des Werkstättengebäudes Nr. 11, Herstellung eines Abortbaues, sowie zur Ausführung einer Canalisierung am Landungsplatze, Praterquai, II. Bezirk und beantragt, den Antrag des Magistrates auf Ertheilung der Baubewilligung für die projectierten Bauführungen mit Ausschluss der Rohrleitungen zu bestätigen und den Magistrat zu ermächtigen, der Gesellschaft eine Ermäßigung der Canaleinmündungs-Gebür in Aussicht zu stellen. (Angenommen.)

Die Sitzung wird geschlossen.

Allgemeine Nachrichten.

Approvisionierung.

(Borstenviehmarkt vom 3. Mai 1892.)

1. Auftrieb:

Jungschweine	3650	Stück
Fettschweine	4692	„
Summa	8342	Stück

Angekauft wurden:

für Wien	6958	Stück
für das Land	927	„
unverkauft blieben	457	„

2. Preisbewegung:

Jungschweine . . . von 36 bis 45 kr.
Fettschweine . . . „ 38 „ 43 „ } per Kg. Lebendgewicht.

Jungschweine wurden um ½ kr. billiger, Fettschweine dagegen zu den vorwöchentlichen Preisen verkauft.

* * *

(Pferdemarkt vom 3. Mai 1892.)

Zum Verkaufe wurden gebracht: 1064 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . . . 120—380 fl. per Stück,
„ Schlachtpferde . . . . . 20— 65 fl. per Stück.

Der Markt war sehr lebhaft.

* * *

(Stechviehmarkt vom 5. Mai 1892.)

1. Auftrieb:

Kälber — 3703, Lämmer — 2657, Schafe — 5072.

2. Preisbewegung:

Kälber Waidner per Kg. . . . . von 26 bis 58 kr.
Kälber lebend . „ „ . . . . . von 26 bis 50 kr.
Lämmer Waidner „ Paar . von 4 bis 10 fl.
Lämmer lebend „ „ . „ 5 „ 11 „
Schafe Waidner „ Kg. . . . . von 30 bis 42 kr.
Schafe lebend . „ Paar . von 8 bis 23 fl.

Auf dem Jungviehmarkte wurden um 72 Stück Kälber weniger zugeführt. Bei flauer Kauflust blieben die Preise der Waidner Kälber unverändert, während lebende Kälber um 1 kr. per Kilo theuerer verkauft wurden.

Auf dem Schafmarkte wurden um 616 Stück Schafe weniger aufgetrieben. Bei guter Kauflust sind die Preise um ½ fl. per Paar gestiegen.

Auf dem Schlachtviehmarkte wurden am 5. Mai l. J. 117 Stück Mast- und 247 Stück Beinlvieh aufgetrieben.

Conscriptionsangelegenheiten.

Ergebnis der Hauptstellung in Wien vom 3. März bis 30. April 1892.

Einheimische Stellungspflichtige 9293.

Davon I. Altersclasse . .	4315		
II. „ . .	2875		
III. „ . .	2103		
Erschienen sind	8489.	Davon I. Altersclasse . .	3820
		II. „ . .	2709
		III. „ . .	1960
Tauglich waren	1389.	Davon zum Heere:	
		I. Altersclasse . .	692
		II. „ . .	207
		III. „ . .	87
		zur Ersatzreserve:	
		I. Altersclasse . .	70
		II. „ . .	43
		III. „ . .	271
		zur Landwehr:	
		III. Altersclasse . .	19
Als Einjährig-Freiwillige wurden assentiert	61.	Davon I. Altersclasse . .	39
		II. „ . .	16
		III. „ . .	6
Untauglich, zurückgestellt, waffenunfähig, gelöscht	7100.	Davon I. Altersclasse . .	3058
		II. „ . .	2459
		III. „ . .	1583
Restanten	804.	Davon I. Altersclasse . .	495
		II. „ . .	166
		III. „ . .	143
Begünstigungen wurden zuerkannt:			
		nach § 31 des Wehrgesetzes . .	6
		§ 32 „ „ . .	16
		§ 34 „ „ . .	23
Zur Erprobung des angegebenen Gebrechens wurden in das Militärspital abgegeben			230
Der Überprüfungs-Commission überwiesen wurden			3

Fremde wurden vorgeführt . . . . 7890.
Tauglich waren davon . 1240.

Gesammtzahl aller Vorgeführten . . . . . 16.379.
Gesammtzahl aller Tauglichen . . . . . 2.629.

Baubewegung.

(Vom 16. bis 30. April 1892.)

Bauconsense wurden ertheilt:

a) für Neubauten:

I. Bezirk: Wohnhaus, Ebendorferstraße Nr. 1, an den Stadtbaumeister Eduard Schweinburg.

II. Bezirk: Wohnhaus, Nordbahnstraße Nr. 28, an Wilhelm Dittrich (Bauführer A. Dittrich).

" " Wohnhaus, Rueppgasse Nr. 40, an denselben.

" " Wohnhaus, Grundb.-Einl. 4164, nächst der Klosterneuburgerstraße, an den Stadtbaumeister Franz Bernert.

III. Bezirk: Wohnhaus, Grundb.-Einl. 2618, Stammgasse, an Max Freiherrn v. Ferstl und Wilhelm Ritter von Doderer (Bauführer J. Watasek).

" " Wohnhaus, Grundb.-Einl. 2628, Mohsgasse, an Max Goll (Bauführer J. Doležal).

IX. Bezirk: Wohnhaus, Grundb.-Einl. 1166 und 1542, Bleicher- und Eisengasse, an Eduard und Sofie Hartmann (Bauführer K. Ziegelwanger).

" " Wohnhaus, Grundb.-Einl. 1475 und Theil der Grundb.-Einl. 1474, Eisengasse, Ecke der Fuchsthalergasse, an den Stadtbaumeister Josef Kubelka.

" " Wohnhaus, Grundb.-Einl. 1473 und Theil der Grundb.-Einl. 1474, Eisengasse, Ecke der Bleichergasse, an denselben.

X. Bezirk: Wohnhaus, Erlachgasse, Einl.-Z. 328, an Alois Flandorfer (Bauführer Josef Hable).

" " Wohnhaus, Rothehofgasse, Ecke der Columbusgasse, Einl.-Z. 1434, an Johann und Genovefa Kasek (Bauführer Johann Schweitzer).

XI. Bezirk: Magazin, Geiselbergstraße, Parc. 379, an Johann Schneider, Stadtbaumeister.

" " Döblerhofstraße, Parc. 1560/I, an Johann Gugl (Bauführer Karl Reichstätter.)

XIII. Bezirk: Einstöckiges Wohnhaus, Ober-St. Veit, Amalienstraße, (Parc. 376/II, Grundb.-Einl.-Z. 239, Ober-St. Veit) an Anton und Magdalena Trillsam (Bauführer Anton Trillsam).

XV. Bezirk: Circus Schumann, Mariahilfergürtel C.-P. 4 I. Grundb.-Einl.-Z. 311, an Albert Schumann (Bauführer Hermann Otte).

XVI. Bezirk: Neulerchenfeld, Herbststraße Nr. 46, an Franz und Rosalia Loho (Bauführer Thomas Hofer).

" " Ottakring, Galitzynstraße, an Antonin Zagórski, Stadtbaumeister.

XVII. Bezirk: Wohnhaus, Hernals, Sterngasse Nr. 3, an Anton Himmel (Bauführer Thomas Hofer).

XVIII. Bezirk: Hausbau, Währing, Antonigasse, Grundb.-Einl. 1690, an Lorenz Waldmann (Bauführer Adolf Ritter v. Bergmüller).

b) für Umbauten.

II. Bezirk: Wohnhaus, Schmelzgasse Nr. 7, an Jacob Egg und Jacques Kretsch (Bauführer Al. Sallatmeyer).

V. Bezirk: Wohn- und Geschäftshaus, Pilgramgasse Nr. 4, an Jos. Stähr (Bauführer Jos. Schneider).

VIII. Bezirk: Wohnhaus, Fuhrmannsgasse Nr. 15, an F. Figlhuber (Bauführer Heinrich Ohrner).

XIII. Bezirk: Zweistöckiges Wohnhaus, Penzing, Hauptgasse Nr. 65, an Wilhelm Türk (Bauführer Karl Ziegelwanger).

XIV. Bezirk: Wohnhaus, Sechshauser Hauptstraße Nr. 80, Grundb.-Einl.-Z. 78, Ecke der Fischergasse Nr. 1, an Josef und Maria Machaczek (Bauführer Franz Simlinger).

c) Zubauten:

II. Bezirk: Stall- und Schupfenbau, Leopoldsgasse 21, an Heinrich Staudigl (Bauführer A. Schlesak).

" " Fabrikszubauten, Gaswerk, Engerthstraße, an die Imperial-Continental-Gas-Association (Bauführer F. Olbricht).

" " Hofseitentract, Taborstraße 12, an Karl Witzmann (Bauführer Ferd. Dehm und F. Olbricht).

" " Schmiede- und Schupfenbau, Dresdenerstraße 29, an Joh. Friedl (Bauführer J. Schrepfer).

" " Wohnhauszubau, Handelsquai 344, an H. Riesz' Söhne (Bauführer Alb. Laar).

" " Magazinsbau, Baustelle XIV, Rueppgasse, an Franz Reitbauer (Bauführer J. Matschinger).

IV. Bezirk: Kesselhausbau, Theresianumgasse 7, an Karl Kuhn & Comp. (Bauführer A. Leidenfrost).

VI. Bezirk: Fabrikszubau, Gumpendorferstraße 120, an die Firma Karl Biehler (Bauführer J. Sedlaczek).

" " Wohn- und Geschäftstracte, Dürergasse 6, an Alois Preßler (Bauführer Joh. Seitl und Al. Klee).

X. Bezirk: Laaerstraße, Einl.-Z. 162, an Ignaz und Christine Pawelka (Bauführer Josef Zeitlinger).

" " Gaswerk, Wienerberg, österreichische Gasbeleuchtungs-Actiengesellschaft (Bauführer Jos. Hofbauer).

XII. Bezirk: Unter-Meidling, Laudongasse 8, an die Firma R. Ph. Waagner, hölzerner Schupfen über Theergrube (Bauführer W. Schubert).

" " Magazinsbau, Unter-Meidling, Johannesgasse 11, an Karl und Albert Göbel (Bauführer W. Voit).

" " Schupfen- und Remisenbau, Unter-Meidling, Newalgasse 6, an Franz und Agnes Schaffler (Bauführer W. Voit).

XIII. Bezirk: Zubau eines Cabinets, Penzing, Flachgasse 7, an Emerich und Adolf Wenger (Bauführer Heinrich Staud).

„ „ Einstöckiger Zubau an einen Hofseitentract, Penzing, Pfarrgasse 12, an Julius und Louise Maschner (Bauführer Karl Ziegelwanger).

„ „ Seitentract und Stockwertsaufsetzung, Ober-St. Veit, Neustiftgasse 10, an Josef Daubek (Bauführer Anton Trillsam).

„ „ Seitentract, Penzing, Matznergasse 4, an Anton und Theresia Haas (Bauführer Eduard Horn).

XVI. Bezirk: Ottakring, Saillergasse 33, an Franz Katzenbeißer (Bauführer Ferdinand Baldia).

„ „ Neulerchenfeld, Liebhartgasse 4, an Wenzel und Josefa Güntner (Bauführer Josef Seichert.)

„ „ Neulerchenfeld, Liebhartgasse 9, an Josef Seichert (Eigenthümer und Stadtbaumeister).

„ „ Ottakring, Hauptstraße 73, an Ignaz und Jakob Kuffner (Bauführer Antonin Zagórski).

XVII. Bezirk: Dornbach, Wohnhaus, Heuberggasse 36, an F. G. Tallian (Bauführer Friedrich Silberbauer).

„ „ Hernals, Fabriks-Zubau, Comeniusgasse 4, an Gebrüder Anger (Bauführer Karl Haas).

„ „ Dornbach, Stall-Zubau, Ottakringerstraße 3, an Franz Lehner (Bauführer Joh. Steinmetz).

„ „ Hernals, Abort-Zubau, Comeniusgasse 8, an Wilhelm Anger (Bauführer Karl Haas).

XVIII. Bezirk: Währing, Hoftractbau, Mitterberggasse 8, an David Tröger (Bauführer Alex. Jungwirth).

XIX. Bezirk: Ober-Döbling, Gartensalon, Hirschengasse 31, an Anna Lesser (Bauführer Joh. Kolař).

„ „ Ober-Döbling, Erker und Kegelbahn, Parkstraße 8, an Dr. Josef Jolly (Bauführer Josef Wurts).

„ „ Ober-Döbling, Restaurationsküchen-Zubau, Donaugasse 33, an Johann Weinzinger sen. (Bauführer Karl Hölberl jun.).

„ „ Unter-Döbling, zwei ebenerdige Seitenflügel nebst genannter Vorhalle und Glassalon, Gemeindegasse 22, an Sigmund Friedl (Bauführer Karl Mayer).

„ „ Ober-Döbling, Gartentract, Grinzingerstraße 6, an Anna Pilz (Bauführer J. Haselmayer).

„ „ Ober-Döbling, Gartenzimmer, Donaugasse 6, an Jakob Alschech (Bauführer Joh. Fesenmayer).

d) Stockwerksaufsetzungen:

III. Bezirk: Nebengebäude des Palais Schwarzenberg, Rennweg 2, an Adalbert Neubauer (Bauführer M. Ram).

XIII. Bezirk: Breitensee, Stockwerksaufsetzung auf einen Hofseitentract, Hauptstraße 10, an Josef Franz Schütz (Bauführer: Ludwig Zatzka).

e) Adaptierungen:

I. Bezirk: Kärnthnerring 7, an Andreas Kührer (Bauführer F. Dirnberger).

„ „ Wipplingerstraße 38, an Versicherungs-Gesellschaft „Donau" (Bauführer Fl. Bauer).

„ „ Kolowratring 6, an Arasin Fallon (Bauführer J. Ludwig).

„ „ Graben 28, an Hirsch & Comp. (Bauführer P. Wittmann).

„ „ Postgasse 2, an den St. Dominicaner Convent (Bauführer M. Lindauer).

II. Bezirk: Sachsengasse 4, an Math. Plementasch (Bauführer A. Schlesak).

„ „ Nordbahnstraße 48, an Hans Mikisch und Julian Niedzielski (Bauführer W. Schimitzek).

„ „ Fugbachgasse 1, an Heinrich Körner (Bauführer J. Matschinger).

„ „ Wallensteinstraße 27, an Peter Mayer (Bauführer M. Gasselseder).

„ „ Jägerstraße 60, an Heinrich Hansel (Bauführer J. Matschinger).

III. Bezirk: Rasumoffskygasse 27, an Baumeister Ludwig Schoderböck.

„ „ Erdbergerlände 16, an Dr. Alois Klemperer (Bauführer F. Gutmann).

IV. Bezirk: Belvederegasse 6 bis 8, Central-Boden-Credit-Bank (Bauführer J. Nowak).

„ „ Große Neugasse 26, an Johann Neßner (Bauführer Otto Ettmayer).

„ „ Karolinengasse 3, an Maurermeister Ad. Mayer.

V. Bezirk: Lainzerstraße 13, an Marie Kautz (Bauführer Ad. R. v. Bergmüller).

„ „ Krongasse 3, an Gottlieb Alde (Bauführer F. Doleyschka).

VI. Bezirk: Schmalzhofgasse 12, an Simon Weißenstein (Bauführer ?).

„ „ Schmalzhofgasse 18, an Karl Swoboda (Bauführer M. & J. Sturany).

„ „ Hofmühlgasse 13, an Heinrich Haustein (Bauführer F. Sonnenburg).

„ „ Sandwirthgasse 14, an Wolf Hirsch (Bau-Leop. Klima).

VII. Bezirk: Kandlgasse 11, an Josef Knett (Bauführer A. Knett).

„ „ Zieglergasse 31, an Sigm. Hallwachs (Bauführer M. & J. Sturany).

„ „ Bandgasse 6, an Franz Schulz (Bauführer Th. Hofer).

„ „ Stiftgasse 33, an Katharina Ullwer (Bauführer Jg. Hranicka).

VIII. Bezirk: Landesgerichtsstraße 5, an Francisca Schweinitz (Bauführer ?).

VIII. Bezirk: Fuhrmannsgasse 17, an Alois Foltin (Bauführer Th. Grünzweig).
„ „ Feldgasse 13, an Marie Kleinmann (Bauführer S. J. Götzl).
IX. Bezirk: Eisengasse 23, an Theodor Grohmann (Bauführer ?).
„ „ Hahngasse 28, an Stadtbaumeister J. Pecival.
„ „ Rothe Löwengasse 1 a, an Heinrich Weiß (Bauführer A. Brunner).
„ „ Kinderspitalgasse 4, an Clotilde Röthler (Bauführer F. Weese).
„ „ Hahngasse 34, an Josef Huber (Bauführer L. Scherer).
„ „ Thurngasse 4, an Dr. Jul. R. v. Newald (Bauführer A. Gasselseder).
X. Bezirk: Stall, Alxingerstraße 36, an Johann Steffel (Bauführer Franz Schmitt).
„ „ Maschinenhaus, Simmeringerstraße 179, an Alexander Dolainski (Bauführer Josef Haba).
„ „ Sicherheitswachstube, Laaerwald, Wienerberger Ziegelfabriks- und Bau-Gesellschaft (Bauführer Joh. Sedlaczek).
XI. Bezirk: Rinnböckstraße, Parc. 368 und 1797 bis 1798, an Michael Martschitz (Bauführer Anton Heindl).
XII. Bezirk: Ober-Meidling, Grünberggasse 13, an Anna Naprawnik'sche Erben (Bauführer Jos. Schonka).
„ „ Hetzendorf, Rudolfsgasse 6, an Joh. Sasinka (Bauführer Franz Prosser.)
„ „ Gaudenzdorf, Schönbrunner Hauptstraße 1, an Franz Römer (Bauführer Ignaz Hranicka).
XIII. Bezirk: Unter-St. Veit, Gassenladenthüre, Auhofstraße 7, an Agnes Jegan (Bauführer ?).
XIV. Bezirk: Schmelzgasse 2, an Betti Lesk (Bauführer Edm. Schwarzer).
„ „ Plankengasse 52, an Jakob Zimbalnik (Bauführer Karl Brunner).
„ „ Märzstraße 59, an W. P. Möbs (Bauführer Franz Brantner).
„ „ Gewölbeportal, Marktgasse 24, an Bernhard Gostl (Bauführer E. Rosenthal).
XVI. Bezirk: Ottakring, Lerchenfelderstraße 100, an Adele von Dornfeld (Bauführer Antonin Zagórski).
„ „ Ottakring, Kulmgasse 6, an Johann Hürka (Bauführer Franz Haslinger).
„ „ Ottakring, Abelegasse 5, an Ernst Pfeiffer (Bauführer Thomas Hofer).
„ „ Ottakring, Lerchenfelderstraße 16, an Johann Hornacsek (Bauführer Thomas Mann).
„ „ Ottakring, Römergasse 27, an Moriz Glattau (Bauführer Josef Pollak).
„ „ Ottakring, Abelegasse 18, an Michael Kreitner (Bauführer Thomas Hofer).
XVI. Bezirk: Ottakring, Degengasse 46, an Josef Palka (Bauführer Johann Mödler).
„ „ Ottakring, Gablenzgasse 29, an Franz Kappel (Bauführer Karl Lang).
„ „ Ottakring, Hauptstraße 125, an Francisca Fischer (Bauführer Thomas Hofer).
„ „ Ottakring, Dettergasse 3, an Franz Urban (Bauführer Adalbert Pfeiffer).
„ „ Ottakring, Degengasse 79, an Ludwig Kerndlinger (Bauführer ?).
„ „ Ottakring, Hauptstraße 148, an Elise Wöginger (Bauführer Franz Horak).
XVII. Bezirk: Dornbach, Pointengasse 11, an Joh. Frohner (Bauführer Heinrich Glaser).
„ „ Dornbach, Pointengasse 38, an Franz Kabelka (Bauführer Johann Steinmetz).
„ „ Hernals, Stiftgasse 108, an Franz Schinner (Bauführer Adalbert Pachner).
„ „ Hernals, Hauptstraße 17, an Josef Laber (Bauführer Johann Gschwandner).
„ „ Hernals, Mitterberggasse 3, an Elise Heindl (Bauführer Ignaz Graf).
„ „ Hernals, Stiftgasse 19, an Löwit & Co. (Bauführer Josef Grünbeck).
„ „ Dornbach, Hauptstraße 73, an Apollonia Oehrling (Bauführer Joh. Steinmetz).
„ „ Dornbach, Pointengasse 58, an Joh. Kernast (Bauführer Johann Kernast).
„ „ Dornbach, Hauptstraße 50, an J. Makowitsch (Bauführer Joh. Steinmetz).
XVIII. Bezirk: Gersthof, Bergsteiggasse 40, an Julius Hielberth (Bauführer Johann Dollberger),
„ „ Währing, Kirchenplatz 1, an die Gemeinde Wien (Bauführer Franz Schlögl jun.).
„ „ Währing, Antonigasse 52, an Stefan Namiesteg (Bauführer Ignaz Kraus).
„ „ Währing, Gürtelstraße 93, an Friedrich Wagner (Bauführer Franz Simlinger).
„ „ Währing, Alsbachstraße 18, an Barbara Peyer (Bauführer Karl Haas).
XIX. Bezirk: Kahlenbergerdorf, am Leopoldsberge, an das Stift Klosterneuburg (Bauführer Martin Schöner).
„ „ Heiligenstadt, Herrngasse 19, an Dominik und Theresia Uhl (Bauführer Franz Mayer).
„ „ Ober-Döbling, Steingasse 26, an die Firma Ignaz Kuffner und Jakob Kuffner (Bauführer Johann Pecival).

f) Diverse (geringere) Bauten:

I. Bezirk: Schauapparat-Aufstellung — Etablissement Ronacher — Seilerstätte, an Karl Ludwig Koritz (Bauführer ?).
„ „ Hofeindeckung, Herrengasse 8, an Wiener Bankverein (Bauführer D. Zifferer).
II. Bezirk: Verandabau, Taborstraße 8, an die Börse für landwirtschaftliche Producte (Bauführer Th. Fink).

II. Bezirk: prov. Stallungen, Feuerwerkswiese im k. k. Prater, an Paul Busch (Bauführer Joh. Anderl).
" " Kellerbau, Handelsquai 388, an Wiener Fleischhauer-Company (Bauführer Jakob Zieser).
" " Verandabau, beim Lusthaus k. k. Prater, an Josef Zwickl (Bauführer J. Anderl).
" " Glasdach, Rennplatz Freudenau, an Jockey-Club für Österreich (Bauführer ?).
" " Pavillon- und Schankbauten, II. Kaffeehaus im k. k. Prater, an Rudolf Schneider (Bauführer Th. Fink).
" " Abort- und Pissoirbau, Praterhütte 14, an Franz Seel (Bauführer J. Seitl).
" " Kleiner Zubau zur Praterhütte 111, an Amalie Marker (Bauführer J. Kapeller).
" " Pavillon, Nordosthof der Rotunde k. k. Prater, an die I. österr. Thüren-, Fenster- und Fussboden-Fabriks-Gesellschaft (Bauführer J. Puchinger).
" " Canalreconstruction, Raimundgasse 4, an Franz May (Bauführer J. Witzmann).
" " Canalreconstruction, Schreigasse 2, an die Stadtbaumeister O. Luckeneder und C. Miserowsky.
III. Bezirk: Gartengitter, Hauptstraße 33, an Gustav Broser (Bauführer F. Schlimp und Fr. Kleibl).
IV. Bezirk: Kegelbahn, Blechthurmgasse 2, an Theresia Thoma (Bauführer Hermann Otte).
" " Kleiner Stall, Weyringergasse 25, an Ludwig Strictius (Bauführer A. Ribak).
V. Bezirk: Kegelbahndach, Margarethenstraße 32, an H. Landschulz (Bauführer Th. Kaschka).
" " Hofmauer, Zentagasse 9, an Elise Söchting (Bauführer H. Ohrner).
" " Flugdach, vor der Hundsthurmerlinie, an R. Mayerhofer (Bauführer ?).
VII. Bezirk: Solar-Camera, Westbahnstraße 25, an die k. k. Lehr- und Versuchsanstalt für Photographie ꝛc. (Bauführer ?).
" " Rohrcanal, Wickenburggasse 3, an Hermann Weiner (Bauführer M. Göd).
XII. Bezirk: Pissoirbau, Unter-Meidling, Rosaliagasse 7, an Dr. Ludwig Blau (Bauführer Thomas Hofer).
XIII. Bezirk: Hölzerne Veranda, Hütteldorf, Halterbachstraße 3, an Rudolf und Louise Chwalla (Bauführer Johann Österreicher).
" " Hölzerner Schupfen und gemauerte Wächterhütte, Unter-Baumgarten, Grundb.-Einl. 228, an Franz Medura (Bauführer Franz Medura.)
" " Gedeckter Holzschupfen, Ober-St. Veit, Rudolfsgasse 34, an Johann und Maria Glasauer (Bauführer Anton Trillsam).
XVII. Bezirk: Hernals, Hölzerne Veranda, Hauptstraße 123, an Emanuel Winter (Bauführer Johann Glaser).
XVII. Bezirk: Dornbach, Wasserlauf, Hauptstraße 7, an Rosalie Benedict (Bauführer Paul Oberst).
XVIII. Bezirk: Währing, Einfriedungsgitter mit untermauertem Sockel, Feldgasse 41, an Dr. Robert Mathoy (Bauführer Josef Schober).
XIX. Bezirk: Nussdorf, schliefbarer Rauchfang, Hauptstraße 4, an Marie Pulkert (Bauführer Franz Feigl).
" " Grinzing, Comptoirbau, Brauhausgasse 30, an die Firma Franz Richter & Comp. (Bauführer Eduard Spieß).
" " Ober-Döbling, Abortbau und Canalisierung, Donaugasse 23, an Josef Oppenheim (Bauführer Franz Feigl).

g) Parcellierungen.

II. Bezirk: Grundabtheilung, Kleine Pfarrgasse 25 und Obere Augartenstraße 62, dem Franz Tisofsky.
V. Bezirk: Reinprechtsdorferstraße 66, dem Wenzel Krassel.
XIII. Bezirk: Ober-St. Veit, Grundb.-Einl. 98, dem Friedrich Würffel.

Gewerbeangelegenheiten.

Gewerbeanmeldungen vom 21. April 1892.

(Fortsetzung.)

Salzer Netti — Betrieb des Pfaidlergewerbes — II., Springergasse 13.
Mayer Samuel — Sammeln von Pränumeranten und Subscribenten auf Druckwerke — VII., Burggasse 60.
Gießwein Josef — Schuhmacher — IV., Schleifmühlgasse 5.
Nachtnebel Franz — Schuhmacher — III., Adamsgasse 1.
Fels Maximilian — Verschleiß von Schneider- und Kürschnerzugehör-Artikeln — VII., Neubaugasse 7.
Kohn Gisela — Sonn- und Regenschirmmacherin — II., Taborstr. 38.
Binter Mathias — Spirituosenhandel — III., Löwengasse 16.
Hanzl Josefa — Spirituosenhandel — X., Sennefeldergasse 45.
Pelikan Franz — Spirituosenhandel — X., Bürgergasse 11.
Auer Johann — Tischler — III., Obere Viaductgasse 24.
Kasarna Katharina — Hausierhandel mit Victualien — II., Sachsengasse 6.
Sara Josefa — Hausierhandel mit Victualien — II., Toborstraße 78.
Seidl Marie — Victualien- und Zuckerbäckerwaren-Verschleiß — VIII., Florianigasse 20.
Wetterschneider Resi — Victualienhandel — II., Obere Donaustraße 6.
Zwettler Amalie — Victualienhandel — VIII., Lerchenfelderstraße 80.
Weiser Karl, Dr. — Privat-, Volks- und Bürgerschule mit zwei Fortbildungs-Cursen — I., Weihburggasse 10.
Siroky Josefa — Wäschergewerbe — III., Am Kanal 15.
Grieß Johann — Weinhandel — II., Erzherzog Karlplatz 12.
Jira Josef — Wirtsgewerbe — XVI., Ottakring, Lerchenfelderstraße 50.
Kirrer Georg — Wirtsgewerbe — VII., Siebensterngasse 58.
Maurer Johann — Wirts- und Kaffeefiedergewerbe — XIII., Penzing, Hietzingergasse 4.
Hummelberger Franz — Zeitungs-Verschleiß — XIX., Unter-Sievering, Hauptstraße 11.
Guttmann Max — Verschleiß von Zucker, Kaffee und Feigenkaffee — III., Fasangasse 15.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 22. April 1892.

Schiffler Hugo, Dr. — Advocatie — IX., Maria Theresienstraße 11.
Babka Johann — Auskochergewerbe — VI., Eßterházygasse 15a.
Glas Johanna — Auskocherei — II., Novaragasse 12.
Huschek Vincenz — Bau-Depositorium — VIII., Josefstädterstraße 52.
Brunner Cäcilie — Gasthauspächterin — XII., Unter-Meidling, Schönbrunner Hauptstraße 164.
Losos Karl — Gelbgießergewerbe — XVII., Hernals, Mayßengasse 16.
Kaspar Juliana — Gemischtwaren-Verschleiß — XIII., Ober-St. Veit, Einsiedeleigasse 27.

Röder Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Hernals, Alsbachstraße 1.
Zwillinger Adolf — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Hernals, Stiftgasse 41.
Kobasta Franz — Goldarbeitergewerbe — VI., Windmühlgasse 30a.
Clous Martha — Kaffeeschankgewerbe — VI., Kanalgasse 2.
Gruber Barbara — Kaffeeschankgewerbe — VI., Dreihufeisengasse 17.
Kanzler Alois — Kaffeehaus-Concession — V., Wienstraße 73.
Lippert geb. Mugrauer Barbara — Kaffeesieder — IX., Spitalgasse 19a.
Rizzi Josef — Kaffeeschank — IX., Hahngasse 3.
Fugl Francisca — Damenkleidermacherin — XVIII., Währing, Pulverthurmgasse 2.
Großmann Albert — Herrenkleidermacher — II., Blumauergasse 18.
Groß Benedikt — Kürschner — I., Rothenthurmstraße 20.
Huber Johann — Stadtlohnkutscher — V., Fockygasse 4.
Blaha Apollonia — Marktvictualienhandel — III., Augustinermarkt.
Stift Johann — Mehl- und Gries-Verschleiß — XVII., Hernals, Blumengasse 2.
Maschek Josef — Metallgießergewerbe — X., Inzersdorf, Wienerfeldgasse 12.
Greiner Gisela — Pappschachtel-Erzeugung — IX., Hebragasse 5.
Domonkes Julius — Bau- und Kunstschlosser — V., Kohlgasse 36.
Hrdlicka Franz — Schuhmachergewerbe — XVII., Hernals, Lobenhauerngasse 26.
Klein Anna — Selchwaren-Verschleiß — VIII., Langegasse 11.
Matzka Franz — Fleischselchergewerbe — XVII., Hernals, Ottakringerstraße 94.
Schindler Vincenz — Selchwaren-Verschleiß — IV., Rainergasse 19.
Findeis Guido — Thierhandel — I., Wollzeile 25.
Bach Theresia — Tischlergewerbe — XIV., Rudolfsheim, Pereirag. 9a.
Nauthe Anton — Uhren-Verschleiß — VII., Mariahilferstraße 66.
Houdek Hermine — Victualienhandel — XVIII., Währing, Kreutzg. 73.
Sockl Albin — Verschleiß von Zündhölzern durch automatische Apparate — I., Doblhoffgasse 7.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 23. April 1892.

Doubrava Franz — Sammeln von Abonnenten und Subscribenten auf Druckwerke — VII., Neubaugasse 29.
Schien Hubert — Sammeln von Abonnenten und Subscribenten auf Druckwerke — VII., Burggasse 32.
Bock Rudolf — Adjustierung von Schweißblättern — I., Habsburgergasse 1.
Jordan Max — Verschleiß von chromolithographischen Bildern — VII., Neubaugasse 36.
Frömmel Marie Magdalena — Blumen-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Gürtel 12.
Donner Franz — Brantweinschank — IX., Thurygasse 19.
Schneider Josef — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks — II., Lichtenauergasse 4.
Göhre Aloisia — Übernahme zum Feinputzen und Färben — IV., Schleifmühlgasse 18.
Berger Franz — Fiakergewerbe — I., Stefansplatz.
Kuplinger Barbara — Fiakergewerbe — I., Heßgasse.
Petz Aloisia — Fiakergewerbe — I., Stefansplatz.
Petz Aloisia — Fiakergewerbe — V., Ziegelofengasse 14.
Deutsch Anna — Fleisch-Verschleiß — IV., Phorushalle.
Zuschmann Josef — Fleischhauer — IV., Favoritenstraße 33.
Cervinka Josef — Gast- und Schankgewerbe — XV., Fünfhaus, Pelzgasse 17.
Funk Franz — Gast- und Schankgewerbe — XIV., Sechshaus, Wehrgasse 4.
Zalaudek Laurenz — Gastwirt — VIII., Piaristengasse 6/8.
Gindl Magdalena — Gemischtwaren-Verschleiß — IV., Favoritenstr. 39.
Maierhofer recte Mayerhofer Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Neudeggergasse 20.
Schwub Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Hernals, Bergsteiggasse 3.
Sohr Alexander, Menner Johann — Gemischtwarenhandel — II., Opernring 23.
Blau Moriz — Kaffeesieder — II., Praterstraße 25.
Koffler Gustav — Kaffeesieder — II., Franzensbrückenstraße 24.
Leckel Magdalena — Kaffeeschank — XIV., Rudolfsheim, Schönbrunnerstraße 95.
Schärf Franz — Kaffeehausgewerbe — XVI., Ottakring, Hauptstr. 164.
Weingruber Markus David — Kaffeesieder — I., Franz-Josefs-Quai 1.
Kontner Marie — Erzeugung von Kinderspielwaren — XVI., Neulerchenfeld, Rödlgasse 6.
Moyses Francisca — Damenkleidermachergewerbe — VIII., Schmidgasse 11.
Mracek Emilie — Damenkleidermacherin — VIII., Laudongasse 32.
Preiß Johanna — Kunst- und Ziergärtnerei — XI., Simmering, Döblerhoffstraße 10.
Schneyer Simon — Lohndiener — I., Grand Hotel.
Wurst Ludwig — Mehl- und Gries-Verschleiß — XVII., Hernals, Bergsteiggasse 47.
Stanzl Adolf — Musikergewerbe — XV., Fünfhaus, Poutongasse 6.
Urenjak Francisca — Pfaidlerei — XVII., Hernals, Hauptstraße 131.
Ficker Wenzel — Verschleiß von Pferdefleisch und Pferdefleischwaren — II., Marchfeldstraße 10.
Ramharter geb. Aichberger Barbara Josefa — Verschleiß von Papier, Schreib- und Zeichenrequisiten und Kurzwaren — VII., Burggasse 18.
Diamant Adolf — Schuhmachergewerbe — I., Rothenthurmstraße 20.
Scheller Josef — Silberwaren-Erzeugung — XVI., Neulerchenfeld, Neumayergasse 1.
Klatscher Victor — Spirituosen-Erzeugung — V., Wienstraße 6.
Duchek Peter — Tischler — VII., Neubaugasse 36.
Schweinfurt Georg — Tischler — VI., Bürgerspitalgasse 28.
Kirschenhofer Anna — Victualienhandel — XVII., Hernals, Helblinggasse 15.
Habetswallner Andreas — Wirtshauspacht — IX., Grüne Thorgasse 9.
Rabl Aloisia — Wolladjustierung — IX., Seegasse 23.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 25. April 1892.

Fuchs Marie — Damenkleidermacherin — XVIII., Währing, Anastasius-Grüngasse 3.
Weiß Adolf — Fischkäufler-Kammerhandel — I., Fischmarkt.
Hirschfeld Anna — Fleisch-Verschleiß — XIV., Rudolfsheim, Schwendergasse 1.
Roth Anna — Fleischhauergewerbe — XI., Simmering, Marktplatz.
Antengruber Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Hernals, Veronikagasse 48.
Schanowetz Ignaz — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Gersthof, Bergsteiggasse 28.
Stiaßny Max — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Klosterneuburgerstraße 34.
Welisch Ludmilla — Verschleiß von Gratulationskarten — I., Schottenring 14.
Swoboda Katharina — Grünwaren-Verschleiß — XIV., Rudolfsheim, Rudolfstraße 1.
Pentlička Samuel — Kochgeschirr-Verschleiß — II., Körnergasse 6.
Angst Adolf — Kostgebung mit Wein- und Bierschank — II., Ferdinandstraße 27.
Bodascher Bernhard — Mechanikergewerbe — XV., Fünfhaus, Neubaugürtel 35.
Rock Josef — Mehl- und Gries-Verschleiß — XVIII., Währing, Kirchengasse 26.
Wertheimer Salomon — Meerschaum- und Bernsteinwaren-Erzeugung — V., Margarethenstraße 69.
Handl Leopold — Milchmeierei — XI., Simmering, Kirchengasse 13.
Frischauf Aloisia — Pfaidlergewerbe — XV., Fünfhaus, Märzstraße 27.
Guttmann Josefine — Pfaidlergewerbe — XV., Fünfhaus, Sperrgasse 13.
Häring Karoline — Pfaidlergewerbe — XVIII., Währing, Theresieng. 14.
Marle Leonhard, Kovacs Ignaz — Schuhwaren-Verschleiß — I., Seitenstettengasse 5.
Oster Alexander — Tapetenhandel — I., Jasomirgottstraße 5.
Samet Elias — Verschleiß von neuen Uhren — II., Novaragasse 20.
Senekovic Blasius — Hausierhandel mit Victualien — II., Mathildeng. 2.
Altmann Salomon — Vieh-Commissionshandel — III., Central-Viehmarkt.
Gabler Josef, recte Mayer — Wolladjustierer — IX., Rossauerlände 27.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 26. April 1892.

Kollmann Sofie — Auskocherin — II., Schreygasse 1.
Formanek Ernst — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Servitengasse 5.
Rauscher Karl — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Sennefeldergasse 42.
Walenta Wenzel — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Hetzendorf, Premlechnergasse 12.
Wiener Johanna — Gemischtwaren-Verschleiß — XV., Fünfhaus, Schönbrunnerstraße 31.
Rumbold Valentin — Kaffeeschank — I., Elisabethstraße 13.
Cillich Florian — Herrenkleidermachergewerbe — VII., Stuckgasse 14.
Kühnle Johanna — Damenkleidermacherin — VII., Mariahilferstraße 118.
Matuschka Emilie — Damenkleidermachergewerbe — IX., Garelligasse 3.
Stolhofer Josefa — Damenkleidermacherin — XIV., Rudolfsheim, Stättermayergasse 7.
Mayer Karoline — Maschinstrickerei — XIV., Rudolfsheim, Dadlerg. 15.
Eiß Hermine — Mechanikergewerbe — VI., Stumpergasse 10.
Schopper Johann — Mehl-Verschleißer — XV., Fünfhaus, Michaelerg. 7.
Ledl Katharina — Milch-Verschleiß — XI., Simmering, Meichelstr. 124.
Winter Anna — Milch- und Gebäck-Verschleiß — IX., Thurngasse 2.
Bucher Max Wilhelm — Musikinstrumenten-Erzeuger — I., Seilerstätte 7.
Klimek Johann — Handel mit Naturblumen und Kränzen — XVIII., Weinhaus, neben der Kirche.

Kneisel Richard — Handel mit Naturblumen und Kränzen — XVIII., Währing, Hauptstraße 34.
Weiser Marie — Papier- und Kurzwaren-Verschleiß — V., Zentagasse 8.
Pichl Andreas — Sammeln von Pränumeranten und Subscribenten auf Druckwerke — VI., Gumpendorferstraße 79.
Gerischer Rudolf — Speditionsgewerbe — I., Grashof 4.
Birnbaum Emanuel Salomon — Waschsoda-Erzeugung — IX., Liechtensteinstraße 63.
Heidenreich Barbara — Wäsche-Feinputzerei — XI., Simmering, Hauptstraße 9.
Weßner Marie — Wirtin — II., Taborstraße 49.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 27. April 1892.

Pollak Benedict — Agent — II., Untere Donaustraße 49.
Kutscher Alexander — Bierdepot der ungarischen Ostrauer-Brauerei — III., Ungargasse 52.
Klein Gustav — Buchbinder — III., Rennweg 41.
Alter Abraham — Branntweinschank — III., Rasumoffskygasse 22.
Witz Johanna — Canditen-Verschleiß — II., Glockengasse 2.
Kriegl Franz — Cantine — II., Engerthstraße neben Nr. 144.
Illner Katharina — Flaschenbierhandel — XII., Unter-Meidling, Wertheimsteingasse 15.
Gürtl Ferdinand — Fleischhandel — III., Großmarkthalle.
Lazar Moriz — Fleischselchergewerbe — II., Schreygasse 12.
Brachfeld Alexander — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Praterstraße 13.
Dunglmeyer Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Rothehofgasse 23.
Kastner Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Wintergasse 17.
Seidl Emilie — Gemischtwaren-Verschleiß — IV., Freundgasse 2.
Berni Rinaldo — Gipsfiguren-Erzeugung — VI., Magdalenenstraße 43.
Pacini Franz — Gipsfiguren-Erzeugung — V., Schlossgasse 16.
Klampferer Josef — Gold- und Silberwaren-Verschleiß — I., Jasomirgottstraße 29.
Vogl-Rieß Katharina — Unternehmung von Hochbauten — X., Quellengasse 90.
Kreuz Johann — Kleinhandel mit Holz, Kohlen und Coaks — III., Pragerstraße 1.
Pavlik Anton — Incassogeschäft — VIII., Alserstraße 47.
Schneider Rudolf — Kaffeesieder — k. k. Prater, Ausstellungspark.
I. Wiener Volks-Kindergarten — V., Schloßgasse 18.
Dont Vincenz — Herrenkleidermacher — III., Dianagasse 8.
Krehcy Alfred — Herrenkleidermacher — III., Hauptstraße 112.
Macuba Johann — Damenkleidermacher — III., Ungargasse 63.
Theban Josefa — Kunstblumen-Erzeugung — IV., Mayerhofgasse 11.
Klenz Leopold — Leichenbestattungs-Unternehmung — XIII., Hietzing, Platz 1.
Witzmann Franz — Stadtlohnkutschergewerbe — VII., Mariahilferstraße 112.
Feigelstock Jakob — Mehl- und Gries-Verschleiß — XVI., Ottakring, Hauptstraße 184.
Parzer Josef — Mehl-Verschleiß — III., Hauptstraße 93.
Posch Samuel — Verschleiß von Mehl und Gries — III., Stanislausgasse 2.
Jezek Heinrich — Metalldreher — III., Erdbergstraße 18.
Fuchs Francisca — Feilbieten von Naturblumen — V., Lainzerstr. 11.
Sloboda Johann — Handel mit Naturblumen — XVIII., Währing, Weitlofgasse 6.
Walent Johann — Verschleiß von Obst, Canditen und Zuckerbäckerwaren — XVI., Ottakring, Langegasse 36.
Colditz Johanna — Verschleiß von Papier und Kurzwaren — VIII., Josefstädterstraße 26.
Klein Israel — Verschleiß von Papier, Schreib- und Zeichenrequisiten — II., Blumauergasse 22.
Kirsch Norbert — Pfaidler — IV., Margarethenstraße 41.
Schmutzer Karl — Pferdesensal — V., Pferdemarkt.
Qualbrunn Jakob — Sammeln von Pränumeranten und Subscribenten auf Druckwerke — VII., Neubaugasse 29.
Thurner Franz Josef — Pretiosenhändler — X., Quellengasse 57.
Kaiser Adolf — Rahmen-Verschleiß — IX., Grüne Thorgasse 8.
Löwenstein Jakob — Vermittlung des Kaufes und Verkaufes von Realitäten — V., Bacherplatz 9.
Jamaček Johann — Schuhmacher — X., Eugengasse 41.
Král Emanuel — Schuhmacher — V., Bachergasse 10.
Heigl Karl — Tapezierergewerbe — XVI., Ottakring, Hauptstraße 25.
Perin Heinrich — Tischler — III., Hafengasse 16.
Groß Leonore — Trödlerin — VI., Konalgasse 12.
Steiner Leib — Vieh-Commissionshandel — III., Central-Viehmarkt.
Hönig Katharina — Victualienhandel — XVIII., Währing, Kirchengasse, Markt.
Illias Josefa — Victualienhandel — III., Hetzgasse 12.
Waldmann Anna — Marktvictualienhandel — III., Großmarkthalle.
Neuhofer Aloisia — Wäscheputzerei — III., Barichgasse 40.
Victor Bertha — Zeitungs-Verschleiß — IV., Margarethenstraße 10.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 28. April 1892.

Grundmann Karl — Handelsagentur mit Baumwollgarnen und Geweben — I., Gonzagagasse 1.
Kristel Franz — Anfertigung und Verschleiß von Bilderrahmen — V., Hundsthurmerstraße 47.
Scheuch Emilie — Brantwein- und Theeschank — XIV., Rudolfsheim, Stättermayergasse 2.
Kiner Georg — Gastwirt — XVII., Hernals, Gürtelstraße 12.
Kramer Karl — Wirtsgewerbe — IX., Liechtensteinstraße 109.
Flesch Samuel — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Rembrandtstraße 32.
Hinterberger Karl — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Währing, Martinsstraße 40.
Jonas Franz — Gemischtwaren-Verschleiß mit Petroleum — XIV., Rudolfsheim, Dreihausgasse 13.
Kasal Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Hermannsgasse 15.
Lorenz Josefine — Gemischtwaren-Verschleiß — XI., Simmering, Hauptstraße 66.
Lukowitsch Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — XI., Simmering, Hauptstraße 18.
Paneth Julius — Gemischtwaren-Verschleiß — IV., Margarethenstraße 41.
Rose Risen (Rosine) — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Hundsthurmerstraße 26.
Schramm Antonia — Gemischtwaren-Verschleiß mit Petroleum — XVI., Neulerchenfeld, Thaliastraße 7.
Smrcka Rudolf — Gemischtwaren-Verschleiß — XI., Simmering, Reichsstraße im neuen Hanns'schen Hause, gegenüber dem Schwechater Linienamte.
Zirm Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Taborstraße 3.
Gußmann Rudolf — allgemeine Handelsagentie — II., Rothe Sterngasse 31.
Klein Adolf — Verschleiß von Holzkohlen-Briquettes — XI., Simmering, Hauptstraße 42.
Felsmann Peter — Kaffeeschank — XIV., Rudolfsheim, Floragasse 7.
Hausner Franz — Kaffeeschank — IX., Lazarethgasse 7.
Heßty Marie — Damenkleidermacherin — VI., Engelgasse 5.
Knauer Marie — Verkauf abgelegter Kleider u. Wäsche — XI., Simmering, Hauptstraße 33.
Böhm Franz — Lederausschnitt sammt Schuhmacherzugehör — XVII., Hernals, Maßengasse 35.
Eisner Theresia — Marktvictualien-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Markt in der Brunnengasse.
Silbermann Jakob — Marktvictualienhandel — XVIII., Währing, am Marktplatz.
Moelzer Louise — Privatlehranstalt für Maßnehmen, Schnittzeichnen und Kleidermachen — IX., Mariannengasse 21.
Mayer Rosa — Milchverschleißerin — XII., Unter-Meidling, Miesbachgasse 34.
Freudenreich Raimund — Verschleiß von neuen Möbeln — IX., Berggasse 37.
Stokner Josef — Pfaidler — XVII., Hernals, Grillparzergasse 8.
Zach Amalie — Selchwaren-Verschleiß — III., Erdbergerlände 12.
Mayer August — Speditionsgewerbe — VI., Gumpendorferstraße 63 a.
Grübl Anton — Spenglergewerbe — XIII., Unter-St. Veit, Rudolfsgasse 24.
Grißmüller Magdalena — Spiritusen-Verschleiß — XVI., Ottakring, Langegasse 4.
Nitschke Francisca — Spirituosenhandel — X., Quellengasse 51.
Hink Jakob Ferdinand — Stadtlohnkutscher — XII., Unter-Meidling, Lainzerstraße 38.
Hussek Eva — Victualienhandel — IX., Mariannengasse 30.
Röhr Elisabeth — Victualienhandel — XVIII., Anastasius Grüngasse 10.
Haydendorfer Franz — Wäscheputzergewerbe — XIV., Rudolfsheim, Goldschlagstraße 50.
Resinger Rosa — Commissionswaren-Verschleiß und -Handel — XI., Simmering, Hauptstraße 125.
Wolf Karl — Handels-, Zier- und Küchengärtnerei — XIII., Breitensee, Wienerstraße 2.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 29. April 1892.

Esterlus Moriz — Verschleiß von zu arzneilichen Zwecken bestimmten Stoffen und Präparaten — IX., Mariannengasse 2.
Maderthan Franz — Drechsler — VIII., Strozzigasse 7.
Putz Wenzel — Drechsler — V., Lainzerstraße 13.
Weiß Aloisia — Einspännergewerbe — XIX., Ober-Döbling, Friedlg. 4.
Dugačsek Johann — Fleischhauer — X., Gellertgasse 7.
Weigel Emma — Fleisch-Verschleiß — II., Volkertmarkt.
Kust, verwitwet gewesene Krammer Marie — Fremdenbeherbergung — IX., Nussdorferstraße 59.
Singer Siegmund — Frucht- und Mehl-Agentie — II., Frucht- und Mehlbörse.
Bareis Alois — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Richardgasse 17.
Felzmann Adolf — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Taborstraße 77.
Gollner Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — VI., Chwallagasse 4.
Kusché Francisca — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Hermanng. 15.

— (Das Weitere folgt.)

Z. 1522.

Kundmachung.

(Concurs zur Besetzung erledigter zwei Oberlehrerstellen, beziehungsweise einer Oberlehrerstelle im Wiener Schulbezirke.)

Im Wiener Schulbezirke kommen die Stellen eines Oberlehrers, beziehungsweise einer Oberlehrerin an der allgemeinen Volksschule für Mädchen II., Karajangasse Nr. 14, und eines Oberlehrers an der allgemeinen Volksschule für Knaben und Mädchen XIII. Unter-St. Veit, Auhofstraße Nr. 27 zur Besetzung.

Mit jeder dieser Stellen ist der **Jahresgehalt** der II. Gehaltsclasse von 1200 fl. und mit ersterer der Genuss einer **Naturalwohnung** im Schulgebäude, mit letzterer eine **Quartiergeldentschädigung** von jährlich 450 fl., mit beiden der Anspruch auf **Dienstalterszulagen** von je 100 fl. nach einer Dienstzeit von je fünf Jahren im Sinne der gesetzlichen Bestimmungen verbunden.

Die Bewerber haben ihre Gesuche an den **Wiener Stadtrath** zu richten und **längstens bis 31. Mai 1892** im vorgeschriebenen Dienstwege bei jenen Ortsschulräthen einzubringen, in deren Sprengel die betreffenden Lehrstellen zu vergeben sind, und zwar sind bei jedem Ortsschulrathe soviele Gesuche zu überreichen, als **Kategorien** von Lehrstellen in Betracht kommen. Die in einem Gemeindebezirke angestrebten Lehrstellen **derselben** Kategorie müssen im Gesuche einzeln angeführt werden.

Die Gesuche sind **zu belegen mit:** Dem Tauf-, beziehungsweise Geburtsscheine bei solchen Bewerbern, welche im Wiener Schulbezirke noch nicht definitiv angestellt sind, dem Heimatscheine bei männlichen Bewerbern unter derselben Voraussetzung, bei weiblichen Bewerbern in jedem Falle, dem Trauungsscheine bei verheirateten oder verwitweten Bewerberinnen, dem Reifezeugnisse (beziehungsweise dem Maturitätszeugnisse einer Mittelschule) oder der Dispens von der Ablegung der Reifeprüfung, dem Lehrbefähigungszeugnisse für Volksschulen, den Nachweisen der Dienstleistung (Anstellungs-, Enthebungs-Decreten und dergleichen) sowie der Befähigung zum Religionsunterrichte des katholischen Glaubensbekenntnisses im Originale oder in gesetzlich beglaubigten Abschriften, endlich mit der in den Rubriken 1 bis 5 auszufüllenden **Dienstabelle.**

Verspätet einlangende oder innerhalb des Concurstermines nicht gehörig documentierte Gesuche können nicht berücksichtigt werden.

Vom Bezirksschulrathe der Stadt Wien,
am 30. April 1892. 1—3

Z. 1922

Kundmachung.

(Concurs zur Besetzung erledigter Bürgerschullehrer-, beziehungsweise Bürgerschullehrerinnen-Stellen im Wiener Schulbezirke.)

Im Wiener Schulbezirke kommen nachstehend angeführte Bürgerschullehrer, beziehungsweise Bürgerschullehrerinnen-Stellen zur Besetzung:

An den Bürgerschulen:

für Knaben, II. Bezirk, Staudingergasse Nr. 6, je 1 Stelle für einen Lehrer der I., II. und III. Fachgruppe;

für Mädchen, II. Bezirk, Staudingergasse Nr. 6, 1 Stelle für eine Lehrerin, beziehungsweise einen Lehrer der I. Fachgruppe;

für Knaben, II. Bezirk, Pazmanitengasse Nr. 26, 1 Stelle für einen Lehrer der I. Fachgruppe;

für Mädchen, V. Bezirk, Embelgasse Nr. 48, 1 Stelle;

für eine Lehrerin, beziehungsweise einen Lehrer der I. Fachgruppe;

für Knaben, X. Bezirk, Herzgasse Nr. 27, je 1 Stelle für einen Lehrer der I. und III. Fachgruppe;

für Knaben, X. Bezirk, Eugengasse Nr. 30/32, 1 Stelle für einen Lehrer der III. Fachgruppe;

für Mädchen, XI. Bezirk, Simmering, Marktplatz, je 1 Stelle für eine Lehrerin, beziehungsweise einen Lehrer der II. und III. Fachgruppe;

für Knaben, XIII. Bezirk, Penzing, Schulgasse Nr. 10, 2 Stellen für einen Lehrer der I. und 1 Stelle für einen Lehrer der III. Fachgruppe;

für Mädchen, XVI. Bezirk, Neulerchenfeld, Neumayergasse Nr. 33, 1 Stelle für eine Lehrerin, beziehungsweise einen Lehrer der II. Fachgruppe;

für Knaben, XVII. Bezirk, Hernals, Petersplatz Nr. 1, 1 Stelle für einen Lehrer der I. Fachgruppe;

für Knaben, XVIII. Bezirk, Währing, Cottagegasse Nr. 17, 2 Stellen für einen Lehrer der I. und 1 Stelle für einen Lehrer der III. Fachgruppe;

für Mädchen, XVIII. Bezirk, Währing, Josefigasse Nr. 23, 1 Stelle für eine Lehrerin, beziehungsweise einen Lehrer der III. Fachgruppe.

Mit jeder dieser Stellen ist der **Jahresgehalt** der 2. Gehaltsclasse von 1000 fl. und das **Quartiergeld** jährlich 300 fl. für Bürgerschullehrer und je 200 fl. für Bürgerschullehrerinnen, beziehungsweise nach 15jähriger Dienstleistung in definitiver Anstellung an öffentlichen Volksschulen von jährlich 400 fl. für Bürgerschullehrer und jährlich 250 fl. für Bürgerschullehrerinnen, sowie der Anspruch auf **Dienstalterszulagen** von je 100 fl. nach einer Dienstzeit von je 5 Jahren im Sinne der gesetzlichen Bestimmungen verbunden.

Die Bewerber haben ihre Gesuche an den **Wiener Stadtrath** zu richten und **längstens bis 31. Mai 1892** im vorgeschriebenen Dienstwege bei jenen Ortsschulräthen einzubringen, in deren Sprengel die betreffenden Lehrstellen zu vergeben sind, und zwar sind bei jedem Ortsschulrathe so viele Gesuche zu überreichen, als **Kategorien** von Lehrstellen in Betracht kommen. Die in einem Gemeindebezirke angestrebten Lehrstellen **derselben** Kategorie müssen im Gesuche einzeln angeführt werden.

Die Gesuche sind **zu belegen mit** dem Tauf-, beziehungsweise Geburtsscheine, bei solchen Bewerbern, welche im Wiener Schulbezirke noch nicht definitiv angestellt sind, dem Heimatscheine bei männlichen Bewerbern unter derselben Voraussetzung, bei weiblichen Bewerbern in jedem Falle, dem Trauungsscheine bei verheirateten oder verwitweten Bewerberinnen, dem Reifezeugnisse (beziehungsweise dem Maturitätszeugnisse einer Mittelschule) oder der Dispens von der Ablegung der Reifeprüfung, den Lehrbefähigungs-Zeugnissen für Volks- und Bürgerschulen, den Nachweisen der Dienstleistung (Anstellungs-, Enthebungs-Decreten und dergleichen) im Originale oder in gesetzlich beglaubigten Abschriften, endlich mit der in den Rubriken 1 bis 5 auszufüllenden **Dienstabelle.**

Verspätet einlangende oder innerhalb des Concurstermines nicht gehörig documentierte Gesuche können nicht berücksichtigt werden.

Vom Bezirksschulrathe der Stadt Wien,
am 30. April 1892. 1—3

Z. 1922.

Kundmachung.

(Concurs zur Besetzung erledigter Volksschullehrer-, beziehungsweise Volksschullehrerinnen-Stellen im Wiener Schulbezirke.)

Im Wiener Schulbezirke kommen nachstehend angeführte Volksschullehrer-, beziehungsweise Volksschullehrerinnen-Stellen zur Besetzung:

An den allgemeinen Volksschulen:

für Mädchen II. Bezirk, Pazmanitengasse Nr. 22, 1 Stelle für eine Lehrerin, beziehungsweise einen Lehrer;

für Knaben und Mädchen II. Bezirk, Engerthstraße Nr. 105, 1 Stelle für einen Lehrer, beziehungsweise eine Lehrerin;

für Knaben und Mädchen II. Bezirk, Schüttaustraße Nr. 78, 1 Stelle für einen Lehrer, beziehungsweise eine Lehrerin;

für Knaben II. Bezirk, Wasnergasse Nr. 33, 1 Stelle für einen Lehrer, beziehungsweise eine Lehrerin;

für Mädchen II. Bezirk, Karajangasse Nr. 14, 1 Stelle für eine Lehrerin, beziehungsweise einen Lehrer;

für Mädchen II. Bezirk, Leopoldsgasse Nr. 3, 1 Stelle für einen Lehrer, beziehungsweise eine Lehrerin;

für Knaben V. Bezirk, Grüngasse Nr. 14, 1 Stelle für einen Lehrer;

für Mädchen V. Bezirk, Hundsthurmerplatz Nr. 14, 1 Stelle für eine Lehrerin, beziehungsweise einen Lehrer;

für Knaben V. Bezirk, Fockygasse Nr. 20, 1 Stelle für einen Lehrer, beziehungsweise eine Lehrerin;

für Mädchen V. Bezirk, Malfattigasse Nr. 1, 1 Stelle für eine Lehrerin, beziehungsweise einen Lehrer;

für Mädchen V. Bezirk, Heinegasse Nr. 36, 1 Stelle für eine Lehrerin, beziehungsweise einen Lehrer;

für Knaben X. Bezirk, Quellengasse Nr. 52, 1 Stelle für einen Lehrer;

für Mädchen X. Bezirk, Keplerplatz Nr. 7, 1 Stelle für eine Lehrerin, beziehungsweise einen Lehrer;

für Knaben X. Bezirk, Uhlandgasse Nr. 1, 1 Stelle für einen Lehrer;

für Mädchen X. Bezirk, Uhlandgasse Nr. 1, 1 Stelle für eine Lehrerin, beziehungsweise einen Lehrer;

für Mädchen X. Bezirk, Laaerstraße Nr. 1, 1 Stelle für eine Lehrerin, beziehungsweise einen Lehrer;

für Knaben und Mädchen X. Bezirk, Quellengasse Nr. 31, 1 Stelle für einen Lehrer, beziehungsweise eine Lehrerin;

für Knaben und Mädchen XI. Bezirk, Simmering, Am Geiselberg, 2 Stellen für Lehrer, beziehungsweise Lehrerinnen;

für Mädchen XI. Bezirk, Simmering, Marktplatz, 2 Stellen für Lehrerinnen, beziehungsweise Lehrer;

für Knaben und Mädchen XI. Bezirk, Simmering, Meichelstraße, 1 Stelle für einen Lehrer;

für Knaben und Mädchen XI. Bezirk, Kaiser Ebersdorf, 1 Stelle für einen Lehrer;

für Knaben XII. Bezirk, Unter-Meidling, Schulgasse Nr. 6, 1 Stelle für einen Lehrer;

für Mädchen XII. Bezirk, Unter-Meidling, Schulgasse Nr. 8, 1 Stelle für eine Lehrerin;

für Knaben XIII. Bezirk, Breitensee, Antonsgasse Nr. 38, 1 Stelle für einen Lehrer;

für Knaben und Mädchen XIII. Bezirk, Lainz, Hauptstraße Nr. 26, 1 Stelle für einen Lehrer, beziehungsweise eine Lehrerin;

für Knaben XIV. Bezirk, Rudolfsheim, Stättermayergasse Nr. 19, 1 Stelle für einen Lehrer;

für Mädchen XIV. Bezirk, Rudolfsheim, Prinz Karlgasse Nr. 1, 1 Stelle für eine Lehrerin;

für Knaben XVI. Bezirk, Ottakring, Hauptstraße Nr. 158, 1 Stelle für einen Lehrer;

für Knaben XVI. Bezirk, Neulerchenfeld, Schinaglgasse Nr. 5, 2 Stellen für Lehrer, beziehungsweise Lehrerinnen;

für Mädchen XVI. Bezirk, Neulerchenfeld, Neumayergasse Nr. 33, 1 Stelle für eine Lehrerin;

für Knaben XVII. Bezirk, Hernals, Leopoldigasse Nr. 37, 1 Stelle für einen Lehrer;

für Mädchen XVII. Bezirk, Hernals, Leopoldigasse Nr. 37, 1 Stelle für eine Lehrerin;

für Knaben und Mädchen XVIII. Bezirk, Weinhaus, Köhlergasse Nr. 1, 1 Stelle für einen Lehrer, beziehungsweise eine Lehrerin;

für Knaben und Mädchen XVIII. Bezirk, Neustift a. W., 1 Stelle für einen Lehrer, beziehungsweise eine Lehrerin.

Mit jeder dieser Stellen ist der **Jahresgehalt** der II. Gehaltsclasse von 800 fl. und das **Quartiergeld**, jährlich 300 fl. für Volksschullehrer und jährlich 200 fl. für Volksschullehrerinnen, beziehungsweise nach fünfzehnjähriger Dienstleistung in definitiver Anstellung an öffentlichen Volksschulen von 400 fl. für Volksschullehrer und jährlich 250 fl. für Volksschullehrerinnen, sowie der Anspruch auf **Dienstalterszulagen** von je 100 fl. nach einer Dienstzeit von je fünf Jahren im Sinne der gesetzlichen Bestimmungen verbunden.

Die Bewerber haben ihre Gesuche an den **Wiener Stadtrath** zu richten, und **längstens bis 31. Mai 1892** im vorgeschriebenen Dienstwege bei jenen Ortsschulräthen einzubringen, in deren Sprengel die betreffenden Lehrstellen zu vergeben sind, und zwar sind bei jedem Ortsschulrathe soviele Gesuche zu überreichen, als **Kategorien** von Lehrstellen in Betracht kommen. Die in einem Gemeindebezirke angestrebten Lehrstellen **derselben** Kategorie müssen im Gesuche einzeln angeführt werden.

Die Gesuche sind **zu belegen mit:** dem Tauf-, beziehungsweise Geburtsscheine bei solchen Bewerbern, welche im Wiener Schulbezirke noch nicht definitiv angestellt sind, dem Heimatscheine bei männlichen Bewerbern unter derselben Voraussetzung, bei weiblichen Bewerbern in jedem Falle dem Trauungsscheine bei verheirateten oder verwitweten Bewerberinnen, dem Reifezeugnisse (beziehungsweise dem Maturitätszeugnisse einer Mittelschule) oder der Dispens von der Ablegung der Reifeprüfung, dem Lehrbefähigungszeugnisse für Volksschulen, den Nachweisen der Dienstleistung (Anstellungs-, Enthebungsdecreten u. dgl.) im Originale oder in gesetzlich beglaubigten Abschriften, endlich mit der in den Rubriken 1 bis 5 auszufüllenden **Dienstabelle**.

Verspätet einlangende, oder innerhalb des Concurstermines nicht gehörig documentierte Gesuche können nicht berücksichtigt werden.

Vom Bezirksschulrathe der Stadt Wien,

am 30. April 1892. 1—3

Z. 1922.

Kundmachung.

(Concurs zur Besetzung erledigter Unterlehrer-, beziehungsweise Unterlehrerinnenstellen im Wiener Schulbezirke.)

Im Wiener Schulbezirke kommen nachstehend angeführte Unterlehrer-, beziehungsweise Unterlehrerinnenstellen zur Besetzung:

An den allgemeinen Volksschulen:

für Knaben I. Bezirk, Johannesgasse Nr. 4, 1 Stelle für einen Unterlehrer;

für Mädchen I. Bezirk, Habsburgergasse Nr. 14, 1 Stelle für eine Unterlehrerin;

für Knaben VII. Bezirk, Zieglergasse Nr. 21, 1 Stelle für einen Unterlehrer;

für Mädchen VII. Bezirk, Lerchenfelderstraße Nr. 61, 1 Stelle für eine Unterlehrerin;

für Knaben XI. Bezirk, Simmering, Marktplatz, 1 Stelle für einen Unterlehrer;

für Knaben und Mädchen XI. Bezirk, Simmering, Blumengasse, 1 Stelle für eine Unterlehrerin;

für Knaben und Mädchen XI. Bezirk, Simmering, Am Geiselberg, 1 Stelle für eine Unterlehrerin;

für Knaben XII. Bezirk, Unter-Meidling, Schulgasse Nr. 6, 3 Stellen für Unterlehrer;

für Mädchen XIV. Bezirk, Rudolfsheim, Selzergasse Nr. 19, 1 Stelle für eine Unterlehrerin;

für Knaben XIV. Bezirk, Rudolfsheim, Prinz-Karlgasse Nr. 7, 2 Stellen für Unterlehrer;

für Knaben XV. Bezirk, Fünfhaus, Victoriagasse Nr. 2, 1 Stelle für einen Unterlehrer;

für Knaben und Mädchen XVI. Bezirk, Ottakring, Hauptstraße Nr. 158, 2 Stellen für Unterlehrer, beziehungsweise Unterlehrerinnen;

für Knaben XVII. Bezirk, Hernals, Kirchengasse Nr. 37, 1 Stelle für einen Unterlehrer;

für Mädchen XVII. Bezirk, Hernals, Schulgasse Nr. 1, 1 Stelle für eine Unterlehrerin;

für Knaben XVIII. Bezirk, Währing, Antonigasse Nr. 4, 1 Stelle für einen Unterlehrer;

für Knaben XIX. Bezirk, Ober-Döbling, Pantzergasse Nr. 25, 2 Stellen für Unterlehrer;

für Knaben XIX. Bezirk, Nussdorf, 1 Stelle für einen Unterlehrer;

für Knaben und Mädchen XIX. Bezirk, Heiligenstadt, 2 Stellen für Unterlehrer, beziehungsweise Unterlehrerinnen.

Mit jeder dieser Stellen ist der **Jahresgehalt** der II. Gehaltsclasse von 600 fl. und das **Quartiergeld** — jährlich 120 fl. für Unterlehrer und jährlich 90 fl. für Unterlehrerinnen — verbunden.

Die Bewerber haben ihre Gesuche an den **Wiener Stadtrath** zu richten und **längstens bis 31. Mai 1892** im vorgeschriebenen Dienstwege bei jenen Ortsschulräthen einzubringen, in deren Sprengel die betreffenden Lehrstellen zu vergeben sind, und zwar sind bei jedem Ortsschulrathe soviele Gesuche zu überreichen, als **Kategorien** von Lehrstellen in Betracht kommen. Die in einem Gemeindebezirke angestrebten Lehrstellen **derselben** Kategorie müssen im Gesuche einzeln angeführt werden.

Die Gesuche sind **zu belegen mit:** Dem Tauf-, beziehungsweise Geburtsscheine, bei solchen Bewerbern, welche im Wiener Schulbezirke noch nicht definitiv angestellt sind, dem Heimatscheine bei männlichen Bewerbern unter derselben Voraussetzung, bei weiblichen Bewerbern in jedem Falle, dem Trauungsscheine bei verheirateten oder verwitweten Bewerberinnen, dem Reifezeugnisse (beziehungsweise dem Maturitätszeugnisse einer Mittelschule) oder der Dispens von der Ablegung der Reifeprüfung, dem Lehrbefähigungszeugnisse für Volksschulen, den Nachweisen der Dienstleistung (Anstellungs-, Enthebungs-Decreten u. dgl.) im Originale oder in gesetzlich beglaubigten Abschriften, endlich mit der in den Rubriken 1 bis 5 auszufüllenden **Diensttabelle.**

Verspätet einlangende oder innerhalb des Concurstermines nicht gehörig documentierte Gesuche können nicht berücksichtigt werden.

Vom Bezirksschulrathe der Stadt Wien,
am 30. April 1892.

M. Z. 84213
XII.

Kundmachung.

(Concurs für die Stelle des Waisenhausvaters im V. städt. Waisenhause in Klosterneuburg.)

Wegen Besetzung der Stelle des Waisenhausvaters für das V. städtische Waisenhaus für Knaben und Mädchen in Klosterneuburg wird hiemit ein Concurs ausgeschrieben.

Der Waisenhausvater muss österreichischer Staatsbürger und verheiratet sein, die Lehrbefähigung für öffentliche Volksschulen besitzen, damit er in der, mit diesem Waisenhause verbundenen Schule, welche mit dem Öffentlichkeitsrechte ausgestattet ist, die Stelle eines Oberlehrers versehen könne.

Bewerber, die schon im Communaldienste stehen, dürfen das Alter von 50 Jahren, andere das Alter von 40 Jahren nicht überschritten haben.

Mit dieser Stelle sind ein Jahresgehalt von 800 fl. ö. W., vier Quinquennien à 100 fl., eine Naturalwohnung im Anstaltsgebäude, der Bezug des für diese Wohnung erforderlichen Brenn- und Beleuchtungsmateriales, endlich die Verköstigung verbunden, und erhält der Waisenhausvater diese Kost sowohl für sich, als auch für seine Gattin und Kinder, solange die Letzteren sich noch unter seiner väterlichen Obhut befinden, nach der jeweilig bestehenden Speiseordnung. — Die sämmtlichen Obliegenheiten eines Waisenhausvaters sind in der Instruction und Hausordnung enthalten, und können beide während der Concursdauer im Waisendepartement des Magistrates eingesehen werden.

Die Gesuche um diese Stelle sind mit dem Heimatsdocumente, den Zeugnissen über die Lehrbefähigung, die bisherige Verwendung und die musikalischen Kenntnisse der Bewerber, dann mit den Taufscheinen und dem Trauungsscheine beider Ehegatten zu belegen, und **längstens bis 15. Mai 1892** im hierortigen Einreichungsprotokolle zu überreichen.

Später einlangende Gesuche können nicht berücksichtigt werden.

Da die Gattin des Waisenhausvaters die Besorgung und Überwachung aller in einem geordneten Haushalte der Familienmutter obliegenden Geschäfte zu übernehmen, und insbesondere auch ohne Anspruch auf separate Honorirung an der Aufsicht über die

weiblichen Zöglinge der Anstalt theilzunehmen, sowie die Bereitung der Kost zu überwachen hat, so ist seitens des Bewerbers dem Gesuche noch der Nachweis beizuschließen, dass seine Gattin entweder eine größere Hauswirtschaft geleitet, oder hiebei mitgewirkt und sich überhaupt solche Kenntnisse zu eigen gemacht habe, dass sie einer größeren Hauswirtschaft vorzustehen und Kinder zu erziehen im Stande ist.

Die Ertheilung des Industrie-Unterrichtes obliegt der Gattin des Waisenhausvaters nicht.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 1. Mai 1892. 1—3

Z. 85147
XVI.

Kundmachung.

(Die Aufnahme von Studierenden der Mittelschulen in die k. u. k. Pionnier-Cadettenschule zu Hainburg a. D. betreffend.)

Über Zuschrift der k. u. k. Pionnier-Cadettenschule zu **Hainburg vom 1. Mai l. J.**, Z. 212, wird hiermit verlautbart, dass diese Cadettenschule zu Beginn jedes Schuljahres (**Mitte September**) eine Anzahl von Studierenden der Mittelschulen in den I. und II. Jahrgang aufnimmt.

Der Eintritt in diese Cadettenschule ist im allgemeinen an nachstehende Bedingungen geknüpft:

1. Die österreichische oder ungarische Staatsbürgerschaft,
2. die körperliche Eignung,
3. ein makelloses Vorleben (befriedigendes sittliches Verhalten),
4. das erreichte Minimal- und nicht überschrittene Maximalalter,
5. eine entsprechende Vorbildung,
6. die Übernahme der Verpflichtung, für die Anschaffung und Erhaltung der vorgeschriebenen Ausstattungsgegenstände aus eigenen Mitteln zu sorgen,
7. den rechtzeitigen Erlag des Schulgeldes und
8. die verlängerte Präsenzdienstpflicht.

Die weiteren Ausführungen zu den einzelnen Punkten sind aus dem Programme der obgenannten Cadettenschule zu ersehen, wovon Exemplare im Bureau des Herrn Magistratsrathes Neubauer im neuen Rathhause, I. Stock, Stiege 4, zur Einsicht aufliegen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 2. Mai 1892. 1—3

G.-Z. 472809.
V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen **Vergebung der Erd- und Pflastererarbeiten für die Herstellung eines Linienwall-Durchbruches in der Mollardgasse im VI. Bezirk** im veranschlagten Kostenbetrage von 3386 fl. 65 kr. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 18. Mai d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl im neuen Rathhause (I. Stiege, Mezzanin)**, eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar **mit der** dem Projecte beiliegenden **Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen,** beziehungsweise **zu ergänzen,** sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 3. Mai 1892. 1—3

Prot.-Nr. 66876
ex 1892

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen **Sicherstellung der Lieferung von mindestens 170.000 q Steinkohle und 4600 Raummetern weichem Holze, dann der Verfrachtung von ungefähr 150.000 q Steinkohle** von den städtischen Rutschen am Nordbahnhofe in die Lagerräume der in den Bezirken I bis XIX gelegenen städtischen Anstalten innerhalb der Zeit vom 1. Juni 1892 bis 31. Mai 1893 wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am **Donnerstag den 19. Mai d. J.** präcise um 10 Uhr vormittags im Bureau des Herrn Magistratsrathes **Philipp**, im neuen Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die im Stadtbauamte und in den Marktcommissariats-Exposituren am Nordbahnhofe und an der Rosauerlände während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen, sowie Exemplare derselben zum Preise von je 10 kr. bei der städtischen Hauptcassa erhalten.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 6. Mai 1892. 1—3

G.-Z. 62172.
V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen **Vergebung der Brunnenmeister-Arbeiten für die Reconstruction des Schöpfwerkes** in der Martinsstraße nächst der Blumengasse und des Schöpfwerkes bei der Vereinigung der Wienerstraße mit der Johannes- und Wildenmanngasse im XVIII. Bezirke, im veranschlagten Kostenbetrage von 4149 fl. 40 kr. und 100 fl. Pauschale, beziehungsweise 2982 fl. 26 kr. und 100 fl. Pauschale, wird vom **Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am 16. Mai d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl im neuen Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Kostenanschläge und die beigeschlossenen allgemeinen und speciellen Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Das Offert ist, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, versiegelt zu überreichen und ist demselben das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 2. Mai 1892. 1—3

G.-Z. 70978
XV.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Lieferung einer Brückenwage für Rinder mit einer Tragkraft 8000 kg** für den neuen Contumazmarkt auf dem Central-Viehmarkte zu St. Marx im veranschlagten Kostenbetrage von 1300 fl. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am Freitag, den 20. Mai d. J., präcise um 10 Uhr vormittags im Bureau des Herrn Magistratsrathes Dr. Kronawetter** im neuen Rathhause (3. Stiege, Parterre), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossenen allgemeinen und speciellen Bedingnisse im Stadtbauamte (4. Stiege, Mezzanin) während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 27. April 1892. 2—3

M.-Z. 63843.
V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen **Vergebung der Erd- und Baumeisterarbeiten für die Herstellung eines Haupt-Unrathskanales aus Beton in der Klosterneuburgerstraße im II. Bezirke** zwischen der Gürtelstraße und der V. Radialstraße, im veranschlagten Kostenbetrage von 5337 fl. 60 kr. und 600 fl. Pauschale, wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 12. Mai d. J., präcise um 10 Uhr Vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl, im neuen Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu **ergänzen**, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 29. April 1892. 1—3

Z. 30841
V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen **Vergebung der Pflastererarbeiten für die Pflasterung der Fuhrmanns- und Löwenburggasse im VIII. Bezirke** im veranschlagten Kostenbetrage von 2432 fl. 66 kr. und 300 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 16. Mai d. J., präcise um 11 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl** im neuen Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Die Buchhaltung wolle bei dieser Offertverhandlung durch einen Abgeordneten intervenieren.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 2. Mai 1892. 1—3

G.-Z. 59846
V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen **Vergebung der Lieferung von 580.000 Stück 7/7″ Manthausener Würfelsteinen, 7000 Stück 7″ Manthausener Zwickelsteinen, 175.000 Stück 5/7/9″ doppeltgeritzten Manthausener Steinen** und **2000 m geraden Randsteinen** wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 11. Mai d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl** im neuen Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Lieferungsvorschriften im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 28. April 1892. 2—3

G.-Z. 28635
V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für die Herstellung von Haupt-Unrathscanälen** aus Beton in der Hyrtl-, Hauslab- und Habichergasse, weiters in der Paniken- und Gablenzgasse und in der noch unbenannten Parallelgasse zur Panikengasse in Ottakring im XVI. Bezirke im veranschlagten Gesammtkostenbetrage von 12.628 fl. 84 kr. und 1410 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 14. Mai d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl im neuen Rathhause, 4. Stiege, Mezzanin,** eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, die Profile, die Kostenanschläge und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städt. Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse des Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 1. Mai 1892. 2—3

G.-Z. 163407
V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für die Verlängerung des Haupt-Unrathscanales** aus Beton in der Embelgasse im V. Bezirke im veranschlagten Kostenbetrage von 3752 fl. 88 kr. und 1000 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 13. Mai d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl im neuen Rathhause (4. Stiege, Mezzanin)** eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse des Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 30. April 1892. 2—3

Z. 76728.
V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen **Vergebung der Pflastererarbeiten für die Umpflasterung der schadhaften Straßenstrecken in der Nussdorferstraße** im IX. Bezirke im veranschlagten Kostenbetrage von 2020 fl. 16 kr. und 100 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am **17. Mai d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl, im neuen Rathhause (4. Stiege, Mezzanin)**, eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Die städtische Buchhaltung wolle bei dieser Offertverhandlung durch einen Abgeordneten intervenieren.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 2. Mai 1892. 1—3

G.-Z. 467724
V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen **Vergebung der Erd- und Pflastererarbeiten für die Herstellung eines Linienwall-Durchbruches** behufs theilweiser Durchführung der Starhemberggasse **im IV. Bezirke** im veranschlagten Kostenbetrage von 2038 fl. 32 kr. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 10. Mai d. J., präcise um 10 Uhr vormittags** im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl im neuen Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 27. April 1892. 3—3

Z. 34187
ex 1892

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der maschinellen Arbeiten zur Herstellung einer **Niederdruck-Dampfluftheizung** für das städtische Schulgebäude im IV. Bezirke, Phorusgasse 10, wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am **Freitag, den 20. Mai d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Philipp, im neuen Rathhause (4. Stiege, Mezzanin)**, eine **öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.**

Unternehmungslustige können die Pläne, Kostenanschläge und die dem Projecte beigeschlossenen allgemeinen und speciellen Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende, oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 3. Mai 1892. 2—3

G.-Z. 82925.
V.

Kundmachung.

(Politische Begehung wegen Herstellung eines Industriegeleises bei der Donauuferbahn.)

Laut Erlasses der hochlöblichen k. k. n.-ö. Statthalterei vom 25. April 1892, Z. 25054, findet **am 10. Mai l. J. um ½ 10 Uhr vormittags** hinsichtlich des Projectes der k. k. Eisenbahn-Betriebs-Direction in Wien für die Herstellung eines in Kilometer 1·677 der Donauuferbahn abzweigenden Industriegeleises für die Firma Bernhard Weiniger & Sohn die politische Begehung gemäß § 21 der Handels-Ministerial-Verordnung vom 29. Mai 1880, R.-G.-Bl. Nr. 57, beziehungsweise § 18 der Handels-Ministerial-Verordnung vom 25. Jänner 1879, R.-G.-Bl. Nr. 19, statt.

Die Commissionsmitglieder versammeln sich zur vorbezeichneten Stunde am Rangier-Bahnhofe Wien-Brigittenau.

Das bezügliche Project liegt bis 6. Mai l. J. hieramts im Stadtbauamte im Bureau des Herrn Baurathes Schiebek (Neues Rathhaus, Mezzanin, Stiege 6) während der gewöhnlichen Amtsstunden zur allgemeinen Einsicht auf und steht es jedem Betheiligten frei, bei dieser Commission zu erscheinen und Einwendungen gegen dieses Project entweder während der vorbezeichneten Zeit hieramts oder bei der politischen Begehung vorzubringen.

Vom Wiener Magistrate,

am 27. April 1892. 3—3

B.-A.-Z. 19794.

Kundmachung.

(Stiftung für Unterofficiere, eventuell Invaliden.)

Mit Bezug auf die mit Circular-Verordnung des k. und k. Reichs-Kriegsministeriums vom 21. Juni 1867, Abtheilung 9, Nr. 4656, herausgegebenen Bestimmungen über **die Stiftung** des Braumeisters **Ignaz Kuffner** sind dem k. und k. Ergänzungsbezirks-Commando Nr. 4 in Wien **vier** zur Gemeinde Ottakring zuständige reengagierte Unterofficiere **oder** in deren Ermangelung vier Invaliden bekanntzugeben, um dieselben für die Betheiligung aus den Stiftungsinteressen beim k. u. k. Reichs-Kriegsministerium in Antrag bringen zu können.

Bewerber wollen sich mit den diesbezüglichen Nachweisen beim magistratischen Bezirksamte für den XVI. Bezirk, Commissionszimmer Nr. 5, zwischen 8 und 2 Uhr melden.

Wien, am 28. April 1892. 2—3

Z. 80465
XI.

Kundmachung.

(Armenstiftung.)

Von dem Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiemit bekanntgemacht, dass **am 1. Juli 1892 die Interessen der Gustav Freiherr von Heine-Geldern'schen Stiftung per 327 fl. 20 kr. ö. W. in Beträgen von 25 bis 50 fl. ö. W. zur Vertheilung gelangen werden.**

Auf eine Unterstützung aus dieser Stiftung haben Anspruch: Witwen von Gewerbsleuten und krüppelhafte Waisen, ohne Unterschied der Confession, welche der Stadt Wien angehören und dieses, sowie ihre Armut legal nachweisen können.

Der Stiftungsgenuss kann, höchst würdige Fälle ausgenommen, in zwei auf einander folgenden Jahren nicht an eine und dieselbe Person verliehen werden.

Witwen, welche um eine Unterstützung aus dieser Stiftung einschreiten, haben ihren Gesuchen ein legales Armutszeugnis, den Tauf-, respective Geburtsschein, den Trauungsschein, den Todtenschein des Mannes, das ihr Heimatrecht in Wien nachweisende Document, endlich eine Bestätigung, dass der Gatte ein Gewerbe betrieben hat, beizulegen.

Waisen haben dem Gesuche den Tauf-, beziehungsweise Geburtsschein, den Impfzettel, den Todtenschein des Vaters oder der Eltern, ein legales Armutszeugnis, ein armenärztliches Zeugnis über ihre Krüppelhaftigkeit und den Nachweis des Heimatrechtes in Wien anzuschließen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 25. Mai 1892 im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates zu überreichen.**

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 25. April 1892. 2—3

Inhalt.

Seite

Gemeinderath:
Sitzungen des Gemeinderathes 1067
Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 3. Mai 1892.
Inhalt:
Mittheilungen des Vorsitzenden:
1. Entschuldigung des Gem.-Rathes v. Götz wegen Fernbleibens . 1067
2. Spende des Herrn Regierungsrathes Dr. Alois Valenta für das historische Museum (Bürgercorps und Nationalgarde) . . . 1067
3. Spende des Herrn Landesgerichtsrathes Schneider für die Stadt-Bibliothek (Abraham a Sancta Clara) 1067
4. Spende der Frau Wilhelmine v. Fürth für die Armen . . . 1067
5. Beantwortung der Interpellation des Gem.-Rathes Tagleicht, betreffend die Aushebung von Bäumen am Franz Josefs-Quai . 1067
6. Beantwortung der Interpellation des Gem.-Rathes Wimberger, betreffend die Einführung strengerer Maßregeln gegen die Überfütterung der Thiere auf dem Central-Viehmarkte 1067
7. Beantwortung der Interpellation des Gem.-Rathes Röhrl, betreffend die Einschränkung der Verkaufszeit für Marktvictualien-Verschleißer 1067
8. Mittheilung des in der vertraulichen Sitzung vom 29. April erstatteten Referates des Gem.-Rathes Witzelsberger, betreffend die Subvention der freiwilligen Feuerwehr in Gersthof 1068
Einlauf:
9. Petition der Interessenten des Central-Viehmarktes, betreffend die Errichtung eines Schiedsgerichtes daselbst. (Gem.-Rath Dr. Grübl) 1068
Interpellationen:
10. Gem.-Rath Rückauf, betreffend die Milderung der Maßregel hinsichtlich der geschlossenen Wagen auf den Bahnhöfen 1069
11. Gem.-Rath Dr. Lueger, betreffend Einleitung von Erhebungen ob und durch welche Person die Gasgesellschaft von dem Stadtraths-Beschlusse vom 29. April in die Kenntnis gesetzt wurde . 1069
12. Gem.-Rath Hipp, betreffend die Localitäten und den Zustand der Möbeln im magistratischen Bezirksamte für den XVI. Bezirk 1069
13. Gem.-Rath Dr. Friedjung, betreffend die von den ehemaligen Vorortegemeinden den Concessionären der Tiefquellenleitung ausgestellten Vollmachten 1069
18. Gem.-Rath Trambauer, betreffend die Einführung von Tramway-Abonnementskarten zu zehn Stück und die Affichierung der Anzahl der Stehplätze in den Waggons 1070
Anträge:
14. Gem.-Rath Lang, betreffend die Kabellegungen in den Straßen des I. Bezirkes 1070
15. Gem.-Rath Jg. Wessely, betreffend die Einführung einer einheitlichen Gebür auf dem Friedhofe in Ober-St. Veit 1070
16. Gem.-Rath Geyer, betreffend die Widmung des Gartens der früheren Zwangsarbeits-Anstalt in Weinhaus zur öffentlichen Benützung 1070
17. Gem.-Rath Jedlička, betreffend die Erweiterung des Linienwall-Durchbruches Severingasse im IX. Bezirke 1070
Referate:
19. Gem.-Rath Dr. v. Billing, betreffend die Subventionierung der Wiener Freiwilligen Rettungs-Gesellschaft 1071
Beschluss-Protokoll der vertraulichen Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom 3. Mai 1892.
Inhalt:
1. Gem.-Räthe Dr. v. Billing, Dr. Huber, Meißl und Dr. Vogler über Personalangelegenheiten 1084
Stadtrath:
Sitzungen des Stadtrathes 1084
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 27. April 1892 1084
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 28. April 1892 1087
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 29. April 1892 1090
Allgemeine Nachrichten:
Approvisionierung:
Borstenviehmarkt vom 3. Mai 1892 1092
Pferdemarkt vom 3. Mai 1892 1092
Stechviehmarkt vom 5. Mai 1892 1092
Conscriptionsangelegenheiten:
Ergebnis der Hauptstellung in Wien vom 3. März bis 30. April 1891 1092
Baubewegung vom 16. bis 30. April 1892 1093
Gewerbeangelegenheiten:
Gewerbeanmeldungen 1096
Kundmachungen . . . . . 1099—1106

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** — Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.
Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. B. Wallishausser's** k. u. k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Otto Maaß (Haasenstein & Vogler), Wien, I., Wallfischgasse 10.

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag 4 Uhr Nachmittags.

Nr. 36. Dienstag, den 10. Mai 1892. Jahrgang I.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl., „ „ mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom 6. Mai 1892 unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Johann Nep. Prix und des Vice-Bürgermeisters Dr. Albert Richter.

Bürgermeister Dr. Prix: Die Sitzung ist eröffnet.

1. Herr Gem.-Rath Dr. v. Billing wird vom 10. d. M. ab einen vierwöchentlichen Urlaub antreten.

2. Herr Gem.-Rath Siegert entschuldigt sein Ausbleiben von der heutigen Sitzung, ebenso Herr Gem.-Rath Pollak, und zwar letzterer auch für die nächste Woche wegen Krankheit. Auch Herr Gem.-Rath v. Stummer entschuldigt sein Ausbleiben.

3. Ich habe die Ehre, den Herren mitzutheilen, dass die Stadtbahnskizzen in den Sectionszimmern ausgestellt sind, und es scheint mir wohl wünschenswert, wie auch den geehrten Herren, dass der Gemeinderath unter Führung des Baudirectors Kenntnis von diesen Plänen nehme. Ich würde mir daher erlauben, vorzuschlagen, dass morgen um 4 Uhr nachmittags die geehrten Herren sich hier versammeln und die Pläne unter Führung eines Sachverständigen, also des Herrn Baudirectors, besichtigen. Sind die Herren mit dem Tage einverstanden? (Zustimmung.) Also bleibt es dabei, dass morgen um 4 Uhr nachmittags die Herren sich hier versammeln, und zwar, wie ich glaube, ohne weitere Einladung.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Ich möchte den Herrn Bürgermeister nur darauf aufmerksam machen, dass es für diejenigen Mitglieder des Gemeinderathes, welche noch nebstbei auch ein Geschäft haben, mit Schwierigkeiten verbunden ist, sich Samstag hier einzufinden und möchte daher Sonntag Vormittag vorschlagen.

Bürgermeister: Ja, Sonntag vormittags, meine Herren, wird es schwer möglich sein, da werden wieder andere Herren nicht Zeit haben, auch haben wir die Ausstellung ....

Gem.-Rath Dr. Lueger: Ich bitte, wenn möglich die Besichtigung auch in zwei Partien vorzunehmen, denn wenn morgen um 4 Uhr sämmtliche Herren zusammenkommen, ist die Besichtigung ohnehin nicht möglich.

Bürgermeister: Wir können es vielleicht so machen, dass morgen um 4 Uhr nachmittags der Gemeinderath zusammenkommt und die Herren, die nicht kommen können, würden dann Montag nachmittags auch um 4 Uhr und vielleicht ebenfalls ohne weitere Einladung zur Besichtigung erscheinen. (Zustimmung.)

4. Die Herren Wilhelm Kuffner und Karl Kuffner, Erben nach dem am 8. Mai 1891 gestorbenen Herrn Jakob Kuffner widmen 200 fl. ö. W. zur Vertheilung an in Döbling wohnende Arme christlicher Confession am 8. Mai d. J., dem Sterbetage des seligen Herrn Jakob Kuffner.

Wird der Dank votiert.

5. Der Maler Friedländer hat dem städtischen Museum ein Bild, darstellend die Eheleute Knottinger nach der Feier ihrer diamantenen Hochzeit in der Pfarrkirche zu St. Florian in Matzleinsdorf zum Geschenk gemacht.

Wird der Dank votiert.

6. Ich habe weiters die Ehre, eine Interpellation des Herrn Gem.-Rathes Trambauer zu beantworten. Der Herr Gemeinderath hat bezüglich der Ausgabe von Abonnementskarten durch die Tramway-Gesellschaft interpelliert, nämlich warum nicht zehn Stück Abonnementskarten abgegeben werden. In dieser Richtung wird an die Tramway-Gesellschaft das Ersuchen gestellt werden. Weiters hat der Herr Gemeinderath sich darüber beschwert, dass in den Wägen angeschlagen ist, wie viele Stehplätze sind. Ich habe die Ehre, hierauf zu bemerken, dass dies infolge einer Statthalterei-Verordnung von Seite der Tramway-Gesellschaft geschehen muss.

Wird zur Kenntnis genommen.

Ich bitte, die Einläufe zu verlesen.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh verliest nachstehende Einläufe.

7. Interpellation des **Gem.-Rathes Bärtl** und Genossen:

In den Wirkungskreis des Gemeinderathes gehört auch nach § 49 des Gemeindestatutes die Scontrierung der Cassen, nach welchem der Gemeinderath darauf zu sehen hat, dass die Gemeinde- und städtischen Fondscassen von Zeit zur Zeit scontriert werden, und kann er auch deren Scontrierung durch Commissionen aus seiner Mitte vornehmen.

Grund dessen erlauben sich die Gefertigten an den Herrn Bürgermeister die Anfrage zu richten:

Ist dem Herrn Bürgermeister bekannt, wann die letzte Scontrierung in den Cassen des Fondsgutes Ebersdorf, respective Groß-Enzersdorf, Mannswörth, sowie in Spitz a. d. Donau stattgefunden hat, und wenn dies seit langer Zeit nicht geschehen,

ist der Herr Bürgermeister geneigt, baldmöglichst in den obbezeichneten Cassen die Scontrierung vornehmen zu lassen?

Bürgermeister: Ich habe die Ehre, hierauf zu erwidern, dass die Scontrierung sämmtlicher Cassen sich schon seit Wochen im Zuge befindet.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

8. Anfrage des **Gem.-Rathes Grünbeck** an den geehrten Herrn Bürgermeister:

Es taucht allgemein die Kunde auf, dass die alten unregelmäßigen, unschönen, sanitätswidrigen Linienamtsgebäude von Hernals, Neulerchenfeld u. s. w. an verschiedene Gewerbsleute und Trödler vermietet werden sollen.

Man ist allgemein erstaunt, dass trotz der Erklärung Sr. Excellenz des Herrn Statthalters „wegen Rückvergütung" mit der Demolierung der Linienamtshäuser, sowie den Durchbrüchen im Linienwall und den Abgrabungen noch immer nicht begonnen wird.

Ich erlaube mir daher die Anfrage zu stellen:

1. Ist es wahr, dass die Linienamtsgebäude für verschiedene Erwerbsunternehmungen und Trödler von Seite der Finanzverwaltung vermietet werden sollen, und so die Aussicht auf Beseitigung dieser unschönen Baracken auf längere Zeit verschoben wird.

2. Wann wird endlich an die Beseitigung des Linienwalles, wie auch an die Abgrabungen des Währingergürtels, insbesondere aber an die Herstellung der Linien-Durchbrüche geschritten?

Bürgermeister: Ich werde diese Interpellation, die sich wahrscheinlich durch ein Referat erledigen wird, in der nächsten Sitzung beantworten.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

9. Anfrage des **Gem.-Rathes Grünbeck:**

Alljährlich im Frühjahre finden innerhalb der Grenzen Wiens Feldübungen, sowie Übungsmärsche vom k. u. k. Militär statt, wo die Weingärten, Äcker und Wiesen oft stark ins Mitleid gezogen werden.

Der jungen Saat, sowie den Weinstöcken schadet jede Berührung in jetziger Zeit, wo ein Anstreifen an den Weinstöcken genügt, dass die Antriebe abfallen und die Ernte vermindert wird.

Wäre der Herr Bürgermeister geneigt, an das k. u. k. Militär-Commando das Ansuchen zu richten um möglichste Schonung der Äcker, Wiesen und Weingärten?

Bürgermeister: Ich habe die Ehre, hierauf zu erwidern, dass ich wohl auf Grundlage dieser Interpellation ein solches Ersuchen nicht richten kann, weil Thatsachen vorliegen müssten, aus denen sich ergibt, dass hier ganz besonders nicht bezahlte Beschädigungen vorgekommen sind; auch sagt ja der Herr Interpellant selbst: „Möglichste Schonung". Ich glaube, dass in dieser Richtung ohnehin vorgegangen wird.

10. Antrag des **Gem.-Rathes Büsch:**

Am 26. Februar d. J. stellte ich den Antrag: Es seien die in dem ehemaligen Gemeindehause von Gaudenzdorf leerstehenden Räumlichkeiten zu Schulzwecken zu adaptieren, respective eine dreiclassige Knaben- und Mädchen-Bürgerschule mit Beginn des nächsten Schuljahres zu eröffnen.

Der Ortsschulrath sowie auch der Schulinspector haben die Dringlichkeit der Errichtung einer Bürgerschule in diesem Theile des XII. Bezirkes auch erkannt und haben einen, mit meinem Antrage übereinstimmenden Antrag an den Stadtrath gerichtet. Infolge dieses Antrages fand sich am 2. Mai dortselbst eine Commission ein, bestehend aus dem magistratischen Amtsleiter, dem Bezirksvorsteher, zwei Ortsschulräthen, alle aus dem XII. Bezirke, dem Schulinspector, drei Herren aus dem Stadtbauamte, dem Secretär des IV. magistratischen Departements, den Oberlehrern von der Mädchen- und der Knaben-Volksschule.

Wenn ich von dem Schuldiener von dieser angesetzten Commissionierung, die schon bis zum 15. April nach dem Stadtraths-Beschlusse hätte stattfinden sollen, nicht tagsvorher zufällig in Kenntnis gesetzt worden wäre, so wäre ich als Antragsteller, der doch die Orts- und Schulverhältnisse kennen musste, nicht so glücklich gewesen, dieser Commission anzuwohnen.

Es ist daher gewiss deprimierend für jeden Gemeinderath, der die Interessen seiner Mitbürger und gleichzeitig die der Stadt Wien im Auge hat, von einer solch wichtigen Commissionierung ausgeschlossen zu sein, welche aus seinem Antrage hervorgerufen wurde.

Damit dem gemeinderäthlichen Antragsteller Gelegenheit geboten werde, an den Commissionen sich zu betheiligen, stelle ich folgenden Antrag:

Der Gemeinderath beschließe: Es sei bei Commissionierung über den von einem Gemeinderathe beantragten Gegenstand der betreffende Gemeinderath dieser Commission beizuziehen und hiezu einzuladen.

An den Stadtrath.

11. Antrag des **Gem.-Rathes Geyer** und Genossen:

Der von der Martinsstraße nordwärts gelegene Theil Währing ist entgegen dem übrigen Gebiete dieses bestandenen Vorortes in mehr als einer Richtung stiefmütterlich behandelt, indem dort in Bezug auf die Wasserversorgung, Bespritzung, Beleuchtung, Pflasterung, Beschotterung u. s. w. zahlreiche Mängel bestehen.

Insbesondere haben die Bewohner der Paulinengasse unter diesen Übelständen zu leiden. Von der Kreuzung der Union- und Kreutzgasse aufwärts bis an das Ende der letzteren, die Uniongasse entlang bis zur Kreuzung der Hernalser Mitterberggasse mit der Rokitanskygasse, dann wieder die Antonigasse aufwärts bis zu deren Ende, die ganze Paulinen- und Rosensteingasse entlang befindet sich kein einziger Auslaufbrunnen und müssen die Inwohner jener ganzen, großen Häusercomplexe den weiten Weg entweder bis zur Tramway-Remise in Währing oder bis zur Mitterberggasse in Hernals machen, um Wasser zu bekommen. Ferner befindet sich im bezeichneten Gebietstheile kein gepflasterter Straßenübergang, so dass man bei schlechtem Wetter dort ein Kothmeer zu durchwaten bemüssigt ist.

In der Erwägung, dass solche Zustände der Wiener Communalverwaltung nicht würdig sind;

in der Erwägung, dass hiedurch die Vermietbarkeit der Wohnungen leidet und die in jener Gegend seit Auflassung des Nothspitals einigermaßen zunehmende Verbauung wieder beeinträchtigt wird;

in der weiteren Erwägung, dass die Paulinengasse bereits sechs große, drei Stockwerke hohe Zinshäuser besitzt und noch drei andere dortselbst eben im Bau begriffen sind und dass die Beseitigung der geschilderten Übelstände auch den Bewohnern der in der Verlängerung dieser Gasse gelegenen Rosensteingasse zugute käme;

stellen die Unterzeichneten den Antrag:

Es werde an geeigneter Stelle, am zweckmäßigsten in der Paulinengasse vor dem die Ecke der Antonigasse bildenden Hause Nr. 94, ein Auslaufbrunnen der Hochquellenwasserleitung errichtet und es werden zwischen der Paulinen- und Rosensteingasse, dann in der Antonigasse an der Ausmündung der Uniongasse und zwischen der Uniongasse und Rokitanskygasse gepflasterte Straßenübergänge sobald wie möglich hergestellt.

An den Stadtrath.

12. Bürgermeister: Wir schreiten zur Tagesordnung, und zwar Fortsetzung der Debatte des General-Regulierungsplanes. Ich ersuche den Herrn Gem.-Rath Ritter v. Neumann, den Referentenplatz einzunehmen. (Gem.-Rath Ritter

v. Neumann tritt an den Referententisch.) Zum Worte vorgemerkt ist, und zwar für, Gem.-Rath Dr. Friedjung.

Gem.-Rath Dr. Friedjung: Meine Herren! Die Verkleinerer von Wien werden sich beschämt fühlen, dass, nachdem wir das große Werk der Verkehrsanlagen wenigstens im Principe beschlossen haben, wir jetzt im Begriffe sind, einen künstlerisch bedeutungsvollen Antrag zu berathen und anzunehmen. Es handelt sich nämlich darum, Wien künstlerisch zu gestalten, schöne Formen der Stadtverbauung herzustellen. Der Städtebau ist eine künstlerische Aufgabe, genau so, wie die Composition von Monumenten und Gemälden; er kann nur einer künstlerischen Individualität gelingen. Wenn wir uns entschließen könnten, was auf jener (linken) Seite des Hauses vorgeschlagen wurde, eine Commission einzusetzen, oder wenn wir das Stadtbauamt beauftragen würden, hier Pläne zu entwerfen, so würde dies den Anforderungen nicht entsprechen können. Wir wissen ja aus der Geschichte der ersten Stadterweiterung, dass das Wirken einer Commission häufig dasjenige verdirbt, was einzelne bedeutende Köpfe geschaffen haben.

Herr Gem.-Rath Gregorig hat gemeint, dass das Stadtbauamt allein die Aufgabe übernehmen könnte, den ganzen Stadtplan zu verfassen. Wenn wir die Plätze betrachten, welche bei der Stadterweiterung geschaffen worden sind, so sehen wir, dass jene Plätze, welche von einzelnen Künstlern entworfen wurden, vortrefflich gelungen sind, dass dagegen diejenigen Plätze, welche durch eine Commission entworfen wurden, die größten Mängel haben. Wir haben einen schönen von Ferstel gezeichneten Platz hinter der Votivkirche, der stimmungsvoll daliegt, und einen schönen Platz hinter dem Rathhause, den Friedr. v. Schmidt entworfen hat.

Aber schon der große Platz vor dem Rathhause, wo die Architekten Schmidt, Ferstel und Hansen zusammengewirkt haben, ist nicht ganz gelungen, weil jeder Meister bestrebt war, sein eigenes Werk — was selbstverständlich ist — künstlerisch darzustellen, und sein Werk durch das andere nicht stören zu lassen, während die drei Architekten zusammen weniger an den einheitlichen Plan des Platzes gedacht haben.

Wenn ein einzelner bedeutender Künstler einen derartigen Plan entwirft, so wird er weit wirkungsvoller ausfallen, als wenn derselbe durch das Zusammenwirken einer Commission zustande gekommen ist.

Aber ganz besonders würde es zu widerrathen sein, wie Herr Gem.-Rath Gregorig beantragt hat, dass ein bestimmtes Amt mit dieser Aufgabe betraut werde.

Nicht etwa, dass ich gegen das Stadtbauamt bin — Stadtbaudirector Berger gilt als ein bedeutender Techniker, der seine Aufgaben stets mit großem Verständnis durchgeführt hat — aber ein Amt kann eine große künstlerische Aufgabe nicht lösen.

In einem Amte wird bureaukratisch erledigt, da muss der Untergeordnete seine künstlerischen Gedanken dem Vorgesetzten und dieser wieder nach der bureaukratischen Stufenleiter dem Höherstehenden vorlegen, und den Erfahrungen gemäß wird eine derartige Verarbeitung eines künstlerischen Gedankens niemals zum Heile des Ganzen ausfallen.

Das ist der Grund, warum wir dem Rathschlage des Herrn Gem.-Rathes Gregorig nicht folgen dürfen. Es ist auch die Anschauung des Herrn Gem.-Rathes Gregorig nicht von allen Mitgliedern der Gegenseite getheilt worden, es hat ja Herr Gem.-Rath Schuh gleichfalls die Ausschreibung einer Concurrenz befürwortet. Wir können, da der Städtebau gleichfalls ein Werk ist, das nur von einer hervorragenden Individualität gelöst werden kann, keinen anderen Weg gehen, als den, welchen der Herr Referent vorschlägt, und wir werden dann dem großen Zug, der bei der Ausgestaltung der Verkehrsanlagen wirkte, jedenfalls treu bleiben.

Ich habe nun, meine Herren, die Vorlage mit großem Interesse gelesen und finde sie vortrefflich gearbeitet, soweit ich als Laie es verstehen kann und soweit es mir einleuchtet nach dem, was ich durch Rundgänge in Wien und auf meinen Reisen an Erfahrungen gewonnen habe. Von ganz besonderem Werte scheint es mir, dass die Vorlage des Stadtrathes direct Preise für Special-Pläne ausschreibt. Es ist meine Überzeugung, dass wir wahrscheinlich viel gründlichere und tüchtigere Specialpläne, als wir Generalpläne erhalten werden. Denn Generalpläne der ganzen Stadt Wien sind ein so großes Unternehmen, dass es kaum möglich ist, dass es einem einzelnen vollständig gelingen kann. Aber einzelne Ideen zum Ausbau der Stadt, die einzelnen Specialpläne der einzelnen Künstler können als Ideenschatz aufgespeichert werden. Es scheint mir auch ein sehr gesunder communal-politischer Gedanke zu sein, dass für Specialpläne Preise ausgeschrieben werden, und zwar aus folgendem Grunde. Es liegt in Natur und Sache, dass die Verfasser von Generalplänen vereinigend mit der Inneren Stadt und mit den Theilen um die Innere Stadt herum sich beschäftigen werden. Dadurch könnten die Vorstädte zu kurz kommen, und wir müssen wünschen, dass gerade die Theile der Stadt, die sich früher selbständig und in künstlerischer Beziehung gewiss nicht glücklich entwickelt haben, von dem Auge kunstverständiger Männer durchforscht und eine Besserung vorgenommen wird. Es scheint mir, dass wir ganz besonders auf jene Theile zu achten haben, welche den Übergang von den alten Bezirken zu den neuen darstellen. Hier möchte ich einen Gedanken aussprechen, der vielleicht einer öffentlichen Discussion wert ist, der vielleicht aufgegriffen werden könnte, der mir bei der Betrachtung des Bodens der Stadt Wien von nicht geringer Wichtigkeit zu sein scheint. Der Boden der neuen Bezirke Wiens, welche sich außerhalb der Leopoldstadt erstrecken, ist durch die bestehenden Wasserstraßen naturgemäß in feste Theile getheilt. Wir haben hier den Wasserzug des Wienflusses, den Wasserzug des Ottakringer Baches, der durch die Lerchenfelderstraße geht, den Wasserzug des Alserbaches, der durch die Alserstraße in die Alserbachstraße hinabzieht und den Wasserzug des Donaucanales. Zwischen diesen vier Wasserzügen erstrecken sich nun Höhenzüge, und zwar zwischen der Donau und dem Wienflusse der Höhenzug, der zum Belvedere hinaufgeht, zwischen dem Wienflusse und dem Ottakringerbache der Höhenzug, der zur Mariahilferlinie hinaufreicht, zwischen dem Ottakringerbache und dem Alserbache der Höhenzug, auf dessen Höhe sich die Josefstädterstraße hinstreckt und endlich an vierter Stelle die Erhöhung der Nussdorfer- und Währingerlinie. Nun haben wir bei der ersten Stadterweiterung der Stadt Wien viel zu wenig darauf gesehen, dass perspectivische Richtpunkte geschaffen werden. Es wäre sehr gut, wenn an das Ende dieser Höhenzüge, welche in den Hauptverkehrslinien der Vorstädte gegeben sind, Plätze mit perspectivischen Punkten, mit später zu errichtenden Denkmälern ins Auge gefasst würden. Es scheint mir, dass gerade, wenn wir Specialpläne bei der Concurrenz erwarten, wir hoffen können, hier manchen werten Vorschlag zu erhalten.

Ich denke mir nämlich, dass am Schlusse dieser Hauptstraßen, wo jetzt die Linienämter sich befinden, Plätze anzulegen seien,

welche aufbewahrt werden könnten für Monumente, die in späterer Zeit zu errichten sind. So müsste auf eine solche Verbindung der Stadt und der alten Vorstädte mit den Vororten ununterbrochen Bedacht genommen werden. Gerade darin ist der Vorschlag, welchen der Stadtrath gemacht, ein durchaus gesunder. Der Ingenieur- und Architekten-Verein stand nicht immer auf dem Standpunkte, auf dem er jetzt steht. Er hat im Jahre 1887 selbst gewünscht, dass das Stadtbauamt den Gesammtplan von Wien entwerfe. Aber er hat sich die Sache später selbst überlegt und im Jahre 1891 Beschlüsse gefasst, welche denjenigen entsprechen, die uns hier vorgeschlagen werden.

Aber die Vorlage des Stadtrathes ist selbst eine Verbesserung gegen das, was der Ingenieur- und Architekten-Verein im Jahre 1891 vorgeschlagen hat. Der Ingenieur- und Architekten-Verein war damals noch für den Ausschluss von perspectivischen Ansichten bei den Concurrenzarbeiten. Gegen diese Anschauung des Ingenieur- und Architekten-Vereines hat sich die Künstler-Genossenschaft entschiedenst ausgesprochen, weil dadurch der Concurrenz der Bildhauer und Maler beim Entwurfe dieser Concurrenzpläne eine Schranke gezogen wurde.

Daran hat auch der Vorschlag des Stadtrathes das Richtige getroffen.

In demjenigen Theile des Vorschlages des Stadtrathes, in welchem speciell diese Special-Concurrenzen gewünscht werden, liegt aber eine gewisse Unklarheit. Es sind hier einige Wendungen, die ich nicht für ganz glücklich ansehe, ich mache die Herren ganz besonders auf Seite 9 des Entwurfes aufmerksam. Ich bitte Sie, mit mir jene Stelle zu lesen, welche ich gerade im Auge habe. Es ist hier auf Seite 9 eine Anmerkung und diese scheint mir in ihrer Fassung nicht ganz glücklich zu sein, ja sie scheint mir kaum ganz — ich bitte um Entschuldigung — den stilistischen Gesetzen der deutschen Sprache zu entsprechen; sie könnte wenigstens missverstanden werden. Ich bitte einmal anzuhören, was hier in dem Programme für die Preisausschreibung enthalten ist und was in die Welt hinausgehen soll. (Unruhe.)

Ich bitte den Herrn Bürgermeister, die Ruhe etwas aufrecht zu erhalten; ich muss bei der herrschenden Unruhe so laut sprechen — (Der Bürgermeister gibt das Glockenzeichen. — Gem.-Rath Dr. Lueger: Wir hören zu!) Es ist nämlich hier folgender Satz: „Als solche Theilentwürfe erscheinen insbesondere: Verbauungs- und Regulierungs-Vorschläge für das Wienthalgebiet und die Innere Stadt, Vorschläge für die Stadtbahnen und Wasserstraßen in Bezug zu den Wohnungs- und Fabriksvierteln, sowie den Handelsanlagen und den hiefür aufzustellenden Details-Dispositionen."

Dieser Satz scheint mir, besonders was die Stelle „in Bezug zu" betrifft, nicht ganz glücklich stilisiert zu sein, und wenn man bedenkt, dass dieses Programm gewiss allen deutschen Künstlergenossenschaften zugeschickt werden soll, würde ich glauben, dass eine stilistische Verbesserung nothwendig wäre. Da ich diesen Specialconcurrenzen eine größere Wichtigkeit beimessen wollte als der General-Concurrenz, so wäre ich überhaupt dafür, dass wir diese Thatsache, die wir hier in dieser Anmerkung sagen, nicht in einer Anmerkung, sondern im § 3 selbst sagen sollten und ich werde eine andere Fassung dieser Stelle vorschlagen, welche, wenn ich nicht irre, einige Abrundung in diese Zeilen bringt und zugleich einige Wünsche enthält, die mir vorschweben.

Wir haben vor einigen Wochen einen sehr folgenschweren Entschluss zwischen Thür und Angel gefaßt, welchen ich sehr beklagen muss. Wir haben nämlich den neuen Verbauungsplan für die Donaustadt vorgenommen und haben denselben unter dem Drucke der Thatsache angenommen, da man uns gesagt hat, es sei unumgänglich nothwendig, rasch vorzugehen, weil die Regierung die Baulinie zum Baue der neuen Kasernen wünsche. Aber die neuen Kasernen in der Donaustadt sind nicht gebaut worden aus finanziellen Schwierigkeiten, und jener unglückselige Plan, nach dem die neue Donaustadt zu gründen sei, ist acceptiert. Aber schon damals haben mehrere Redner dieser (rechten) Seite, insbesondere Herr Gem.-Rath Silberer Einspruch dagegen erhoben, dass wir so unkünstlerisch aufgestellte Pläne wirklich acceptieren. Es sind gerade in den letzten Jahren hervorragende Werke erschienen, in welchen der Städtebau nach künstlerischen Gründen dargelegt wird, die Werke von Rudolf Baumeister, insbesondere aber von unserem ausgezeichneten Landsmann Camillo Sitte, welches den Rundgang durch Deutschland genommen und ersprießlich gewirkt hat, Werke, in welchen gegen eine derartig ganz unkünstlerische Weise, Städte zu bauen, wo nämlich nur rastrierte Linien gezogen werden, Einspruch erhoben wird. Wir müssen auch ganz besonders für diesen unglücklich angelegten Theil Vorschläge zu gewinnen trachten. Ich wäre demnach dafür, dass wir dieser Anmerkung eine andere Gestalt geben und schlage deswegen eine andere Fassung dieser Stelle vor, welche folgenden Wortlaut erhalten soll (liest): „Als solche Theilentwürfe wären insbesondere ins Auge zu fassen: Bau- und Regulirungspläne für die innere Stadt und das Wienthalgebiet, Vorschläge für die Einrichtung von Wohnungs- und Fabriksvierteln, zumal mit Bezug auf die neuen Linien der Stadtbahn, Entwürfe für die Anlage von Verkehrslinien, Verkehrspläne für die Donaustadt, Verbesserung und Fortsetzung von Straßenzügen in den Vororten, Pläne zur weiteren Entwicklung der Wiener Sommerfrischen, Entwürfe zu Gartenanlagen an Stelle der alten Friedhöfe". Es sind nicht sowohl die neuen Dinge, die ich hineinnehme, als die stilistisch strammere Fassung, welche ich vorschlage.

Nun, meine Herren, habe ich noch einen Wunsch auf dem Herzen und bitte Sie in dieser Angelegenheit um Ihre freundliche Aufmerksamkeit. Der Stadtrath hat eine Abänderung an dem Vorschlage der Commission vorgenommen, welche er mit der Ausarbeitung dieser Vorlage betraut hat. Der Stadtrath hat eine Commission eingesetzt, welcher unter anderen die Herren St.-R. Wurm und Ritt. v. Neumann angehörten, und welcher auch Mitglieder des Ingenieur- und Architekten-Vereines zugezogen waren. Diese Commission hat in einem Punkte eine abweichende Ansicht gehabt von derjenigen, die später vom Stadtrathe acceptiert wurde. Es wurde nämlich dem Stadtrathe vorgeschlagen, er solle in das Preisgericht auch Fachmänner aus dem Auslande berufen. Es war mir sehr erfreulich, dass gerade Architekten, wie die Herren v. Neumann und Wurm, sich dahin ausgesprochen haben, dass man auch aus dem Auslande Fachmänner ins Preisgericht berufen solle. Diese beiden Männer, obwohl selbst Wiener Architekten, haben die rein künstlerische Empfindung gehabt und gesagt, dass die Wiener Architekten dadurch in keiner Weise eine geringere Schätzung erfahren, wenn hervorragende Fachmänner aus dem Auslande berufen werden, damit sie an der Auswahl der besten Entwürfe mitwirken. Wien soll sich nicht auf den Isolirschemel stellen und nicht von der deutschen Kunst trennen, denn die Wiener Kunst ist ja ein Theil der deutschen Kunst. Leider wurde der Vorschlag, welchen die

Gem.-Räthe R. v. Neumann und Wurm im Stadtrathe befürworteten, im Stadtrathe mit 10 gegen 7 Stimmen zu Falle gebracht.

Es hat der Stadtrath beschlossen, dass anstatt der drei Mitglieder des Gemeinderathes fünf Mitglieder des Gemeinderathes in die Jury zu wählen seien und Fachmänner außerhalb des Gemeinderathes nicht zu designieren seien. Ich bin der letzte, welcher das Ansehen des Wiener Gemeinderathes herabsetzen will, aber ich sage nur, das Preisgericht habe die Aufgabe, dem Wiener Gemeinderathe Vorschläge zu machen über das, was es für künstlerisch richtig und gelungen hält. Infolge dessen ist es nicht richtig, dass man in das Preisgericht der Mehrheit nach Männer nehmen will, welche dem Wiener Gemeinderathe oder den Wiener Ämtern angehören; es ist nicht richtig, das Preisgericht so zusammenzusetzen, dass ihm außer dem Bürgermeister fünf Mitglieder des Gemeinderathes, der Baudirector und der Magistrats-Referent angehören. Dann sind sieben dem Wiener Gemeinderathe oder den Wiener Ämtern angehörige Männer gegen sechs nicht dem Gemeinderathe oder den Ämtern angehörige, und das ist nicht das richtige Verhältnis. Wir können ohnedies im Gemeinderathe den Rath aller Fachmänner hören, welche hier sitzen; wir wollen aber nicht gerade den Rath dieser Männer im Preisgericht überwiegen lassen, sondern dem Gemeinderathe soll vom Preisgerichte ein Rath gegeben werden, welcher nicht beeinflusst ist von der Stimmung im Gemeinderathe.

Uns sollen Rathschläge gegeben werden, und wenn wir ein gutes Preisgericht haben wollen, muss es so zusammengesetzt sein, dass es der Mehrheit nach nicht aus dem Wiener Gemeinderathe und den Ämtern entnommen ist, sondern aus Künstlern und Technikern, welche außerhalb des Gemeinderathes stehen. Das war der Gedanke, von dem das Comité ausgegangen ist.

Der Stadtrath hat diesen sehr glücklichen, guten Gedanken, welchen die beiden Fachmänner Neumann und Wurm vertreten haben, zu Fall gebracht und ich halte es in diesem Falle für meine Pflicht, den Antrag des Stadtrathes gewissermaßen wieder aufzunehmen und zwar, wie ich gleich beifüge, in etwas verschärfter Form. Das Comité im Stadtrathe hat nämlich beantragt, dass zwei Fachmänner, die außerhalb des Gemeinderathes stehen, in das Preisgericht gewählt werden sollen, während ich Ihnen rathe, vier solche Männer zu wählen, damit wir etwa einen Franzosen, einen Deutschen, einen Italiener und einen Engländer ins Preisgericht berufen können. Unsere großen Architekten Ferstel, Hansen, Schmidt sind nicht selten in ein Preisgericht außerhalb Österreich berufen worden und gerade in diesem Augenblick ist in das Preisgericht, welches den neuen Stadtplan von München beurtheilen soll, ein Wiener Architekt berufen werden, nämlich Herr Camillo Sitte, der Verfasser des ausgezeichneten Buches über den Stadtbau, aus welchem eine Menge von Anregungen zu entnehmen sind, die auch jetzt bei Stadtanlagen in Deutschland zur Ausführung kommen.

Wir sollen daher mindestens ebenso weitherzig sein wie der Münchener Magistrat und Männer, wie etwa Mertens, der bei allen Preisgerichten anwesend war, oder Henrici, welcher den schönen Stadtplan von Hannover entworfen hat oder den Italiener Borto, welcher das große Verdienst hat, dass er Venedig vor der Modernisierung rettete, berufen und dadurch einen großen Zug in die Entwicklung Wiens bringen, welches ja die Cultureinflüsse aller Städte und Länder in sich aufgenommen hat. Deswegen mache ich Ihnen den Vorschlag, dass wir die Anzahl der aus dem Gemeinderathe zu wählenden Mitglieder des Preisgerichtes genau so, wie die Herren Stadträthe Neumann und Wurm beantragten, von fünf auf drei herabsetzen, dagegen von außerhalb des Gemeinderathes vier Fachmänner in das Preisgericht wählen.

Nach diesem Vorschlage wird die Preisjury nicht aus 13, sondern aus 15 Mitgliedern bestehen, von denen drei vom Gemeinderathe aus seiner Mitte und vier Fachmänner vom Gemeinderathe nicht aus seiner Mitte in die Jury entsendet werden. Damit gewinnen wir 15 Mitglieder und mit dem Herrn Bürgermeister an der Spitze 16 Personen, und das ist eben das Preisgericht, welches ich vorschlage.

Mit diesen zwei Änderungen, glaube ich, kann man diesen Entwurf acceptieren, der im großen und ganzen ein überaus gelungenes und glückliches Werk ist. Es ist uns schon anlässlich der General-Debatte über das Budget vorgeworfen worden, dass wir die Dinge zu optimistisch ansehen, aber meine Herren, wir können stolz sein in Bezug auf den Ausbau unserer Stadt, insbesonders auf das, was bezüglich unserer Verkehrsanlagen in letzter Zeit beschlossen wurde und was doch auch der Ausführung entgegengeht, und auch stolz darauf, dass wir das Herz haben, eine solche Vorlage zu votieren, die uns allerdings nicht unbedeutende Opfer auferlegt, aber zeigt, dass wir bereit sind, der Kunst wirklich eine Huldigung darzubringen. (Lebhafter Beifall.)

Bürgermeister: Für den Referenten-Antrag ist, nachdem die Herren Gem.-Räthe Rosenstingl, Dr. Nechansky, Ritt. v. Goldschmidt und Wurm auf das Wort verzichtet haben, niemand mehr vorgemerkt.

Gem.-Rath Bärtl (zur Geschäftsordnung): Meine Herren! Ich glaube, dass es von großem Interesse wäre, wenn der Herr Bürgermeister so freundlich wäre, den Herrn Stadt-Baudirector zu veranlassen, dass er uns kurz seine Anschauung über das Referat bekanntgibt.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Meine Herren! Wir sollen für die Erlangung eines ordentlichen General-Regulierungsplanes 70.000 fl. ausgeben. Mir ist die Summe nicht zu hoch, — das schicke ich voraus — weil ich ganz aufrichtig gestehe, dass, wenn wir in der Lage wären, einen ordentlichen General-Regulierungsplan zu bekommen, ich auch geneigt wäre, eine höhere Summe als 70.000 fl. einem allein zu geben. Aber jetzt komme ich zu der Frage, von deren Beantwortung ich meine Abstimmung abhängig mache. Derjenige, der sich an diesem Concurs betheiligt, muss Folgendes liefern: Er muss liefern einen Lageplan im Maßstabe von 1 : 10.000 des ganzen Gemeindegebietes von Wien, der dürfte vielleicht so sein, wie hier dieser große Plan; dann einen Plan im Maßstabe von 1 : 2880; dann Längen- und Querschnitte und Detailpläne von bestimmten Gegenden und endlich einen Erläuterungsbericht. Der Betreffende, der einen solchen Plan feststellt, muss — der Herr Referent wird mir das zugeben — vor allen die Baulinien feststellen. Bei Feststellung der Baulinien muss der Betreffende auf alle jene Gebäude Rücksicht nehmen, welche vermöge ihrer architektonischen Schönheit oder ihrer historischen Berühmtheit verschont werden müssen. (Ruf: Das steht darin!) Das weiß ich, dass das darin steht. Ich frage aber nicht Sie darum, Herr College, sondern den Herrn Referenten, Sie brauchen mich nicht aufzuklären.

Ich mache aufmerksam, dass diese Arbeit außerordentlich schwierig ist; ich mache aufmerksam, dass sich an der Lösung der

Frage über die Verbauung des Platzes bei der Karlskirche, beziehungsweise über die Freistellung der Karlskirche schon außerordentlich talentierte Köpfe den Kopf zerbrochen haben, ohne dass bis jetzt eine allgemeine befriedigende Lösung gefunden wurde; ich mache aufmerksam, dass der Betreffende auf das Niveau im ganzen Gemeindegebiete Rücksicht nehmen muss, dass er sich klar sein muss, wo Parkanlagen hinzukommen haben, wo Fabriksanlagen zu erbauen sind und wo Villenviertel sein sollen. Ich bin nun der Meinung, dass derjenige, der eine solche Arbeit zu bewältigen hat, diese Arbeit allein gar nicht bewältigen kann; das ist meine Privatmeinung, ich kann mich täuschen. Ich bin vielmehr der Meinung, dass der Betreffende, der sich an einer solchen Concurrenz betheiligt, sich mehrere Hilfskräfte wird beiziehen müssen. Er wird gewiss auch persönlich sehr viel Zeit opfern müssen, an schwierigen Punkten wird er Vermessungen vorzunehmen haben, mit einem Worte, der Betreffende wird bedeutende Auslagen und überdies eine bedeutende Aufopferung seiner Zeit zu riskieren haben.

Nun möchte ich an den Herrn Referenten, nachdem er dem Fache angehört, die Frage richten, ist es möglich, um 10.000 fl. einen solchen Regulierungsplan zu liefern, von dem man überdies noch verlangt, dass ausgezeichnete Ideen in demselben zum Vorscheine kommen? Ich bitte, mir jenen Architekten und Ingenieur zu nennen, der um 10.000 fl. eine so riesige Arbeit zu bewältigen im Stande ist. Das wäre eben jener Ingenieur und Architekt, der den ersten Preis bekommt. Der, welcher den zweiten Preis bekommt, muss sich mit 5000 fl. zufriedengeben und der den dritten Preis bekommt, dem müssen gar 3000 fl. genügen. Meine sehr geehrten Herren, ich bin der festen Überzeugung, dass diese Preisausschreibung ein Schlag ins Wasser ist. Ich bin der Meinung, dass Sie, wenn Sie einen ordentlichen General-Regulierungsplan bekommen wollen, als ersten Preis nicht 10.000 fl. ausschreiben dürfen, sondern meiner Überzeugung nach mindestens auf das doppelte gehen und 20.000 fl. ausschreiben müssen, wenn Sie überhaupt an eine Concurrenzausschreibung denken.

Nun appelliere ich nicht bloß an den Herrn Referenten, sondern an sämmtliche Ingenieure und Architekten, ob das, was ich gesagt habe, richtig ist oder nicht. Wenn Sie einsehen, dass es richtig ist, so möchte ich denjenigen kennen, der dafür stimmt, dass wir Preise aussetzen, ohne dass wir die Gewähr haben, wirklich eine ordentliche Arbeit zu bekommen.

Ich wäre der Meinung, meine Herren, wir sollten drei Preise ausschreiben, ich sage es offen, den ersten Preis mit 20.000 fl., den zweiten Preis mit 10.000 fl., den dritten Preis mit 5000 fl. Das wäre nach meiner Meinung viel richtiger, besser und zweckmäßiger; denn wenn jemand sich eventuell eine größere Summe verdienen kann, wird er auch den nöthigen Fleiß und die erforderlichen Hilfskräfte in Anwendung bringen, um etwas Ordentliches zu liefern. So aber meine Herren, mit diesen — die Herren verzeihen — Schnackerlpreisen, denn 10.000 fl. für eine so kolossale Arbeit ist gar nichts, werden wir zu gar keinem Ziele kommen. Wir werden vielleicht wirklich eine Menge Pläne zusammenbekommen, aber brauchbare Pläne, solche, welche wirklich Ideen enthalten, werden wir nicht erhalten. Sie dürfen nicht übersehen, dass der Betreffende, welcher solche Pläne liefert, ein Jahr seines Lebens opfern muss und überdies noch weitere Auslagen zu bestreiten hat. Jetzt frage ich Sie, was bleibt ihm von den 10.000 fl. übrig? Rechnen Sie das, was er für sich selbst braucht, rechnen Sie das ab, was er für seine Hilfskräfte braucht und Sie werden finden, was ihm da von seinen 10.000 fl. übrig bleibt! Ich stelle daher diese Anfrage an den Herrn Referenten. Ich weiß nicht, ob über die Preise noch speciell gesprochen wird. Wenn ja, so behalte ich mir meinen Antrag für die Special-Debatte vor. Wenn nicht, so würde ich jetzt schon den Antrag stellen, den ich früher formuliert habe, die genannten drei Preise festzusetzen.

Erlauben Sie mir, dass ich mich noch ganz kurz gegen die Ideen wende, welche von jener (rechten) Seite geltend gemacht wurden. Es wird nämlich gesagt, man solle nicht so viel Mitglieder des Gemeinderathes in das Preisrichter-Collegium wählen. Nun, meine Herren, es hat noch gar keinem Preisrichter-Collegium geschadet, wenn auch Männer in demselben vorhanden waren, welche nicht als unbedingte Fachmänner zu gelten hatten. Ich weiß z. B., dass jene Preisrichter-Collegien, die über die Preis-Lustspiele zu entscheiden hatten, in der Regel aus Dichtern ꝛc. zusammengesetzt waren, aus lauter Fachkundigen, und in der Regel sind die ausgewählten Lustspiele — mit Ausnahme eines einzigen glänzend durchgefallen. (Heiterkeit.) Ich bin überzeugt, dass man, wenn man nicht soviel Dichter hineingesetzt hätte, sondern auch einen Mann, welcher etwas urwüchsig ist und nicht mit vorgefassten Meinungen an die Beurtheilung einer solchen Arbeit geht, eher das Richtige getroffen hätte. So geht es in allem, es geht bei der Juristerei so und geht es auch bei derlei Arbeiten so. Darum schadet es durchaus nicht, dass auch das Laienelement in diesem Preisrichter-Collegium vertreten ist, es wirkt corrigierend und das schadet nicht. Darum werde ich in dieser Beziehung für die Anträge des Stadtrathes stimmen, und bitte nochmals ich den Herrn Referenten um Aufklärung über den von mir angeregten Punkt.

Referent: Der geehrte Herr Collega Dr. Lueger darf wohl annehmen, dass ich mich mit der Frage vertraut gemacht habe, wie groß die Arbeit ist und ob dieselbe seitens der Concurrenten zu erhoffen und erwarten ist. Nun gehört eine weitere Erklärung dazu, um klar zu werden über das Ausmaß der eigentlichen materiellen Arbeit; von der geistigen Arbeit ist nicht gesprochen worden. Der geehrte Herr Collega hat ja von den Hilfskräften gesprochen.

Es wird nicht ein Plan im Maßstabe von 1 : 10.000 zu zeichnen sein, sondern auf einem Plane, welchen der Bewerber bekommt, werden die projectierten Hauptstraßenzüge einzuzeichnen sein. Es ist ein großer Unterschied, auf einem Plane, der in Blassdruck geliefert wird, einzelne Correcturen einzutragen, als einen neuen Plan zu zeichnen. Rücksichtlich des Planes im Maßstabe 1 : 2880 möchte ich Folgendes bemerken: Der Preiswerber erhält sämmtliche Baulinienpläne, in welchen die dermaligen Baulinien enthalten sein werden, die alten Gebäude, die Monumentalbauten und die Bauzeit der einzelnen Häuser ersichtlich gemacht sind, und in diese in Lichtdruck ausgeführten Pläne werden nun jene Änderungen einzutragen sein, die der Projectant beantragt. Es wird nun verlangt, dass für den I. Bezirk das Straßennetz vollständig zu geben ist, für die äußeren Bezirke aber nur die Hauptverkehrslinien und Verbindungen, also nicht für diese 10.000 Straßen, um die es sich sonst handeln würde. Dadurch erscheint die Arbeit wesentlich reduciert. Wenn man sich vorstellen wollte, es müsste jemand solche Pläne ganz neu zeichnen, alle Aufnahmen machen u. dgl., dann wäre die Arbeit freilich eine solche, die nahezu unerschwinglich wäre. Er zeichnet aber in die vorhandenen Pläne seine zu proponierenden

Abänderungs- oder Ergänzungsvorschläge ein, und für die äußeren Bezirke speciell nur das Hauptgerippe, so z. B. für die Wohnungsquartiere nur das Verbauungssystem, um zu zeigen, wie die Art der Verbauung gedacht ist, dadurch ist die Arbeit, wie gesagt, wesentlich reduciert.

Was die materiellen Kosten für die Hilfskräfte, die ohne Zweifel ein solcher Preiswerber haben muß, anbelangt, so schätze ich die Honorare für die nothwendige Arbeitszeit auf etwa 4000 fl. Nun bleibt allerdings nur ein Honorar von 6000 fl. übrig. Da hat eben der Betreffende zu erwägen, ob ihm dies genügt.

Bei Theilarbeiten ist aber dies bedeutend günstiger. Diese sind im Arbeitsausmaße wesentlich reduciert, so dass ein einzelner Architekt oder Ingenieur, der sich keine Arbeitskräfte nehmen will, die Arbeit persönlich leisten kann. Es ist also in dem Vorschlage dafür gesorgt, dass auch solche Fachmänner sich an der Concurrenz betheiligen können. Die Sache, eine Preisbewerbung für solche Pläne auszuschreiben, ist übrigens keine Erfindung von uns. Ich habe erwähnt, dass München eben eine derartige Preisbewerbung ausgeschrieben hat, und zwar sind die Preise geringer. Allerdings ist die Arbeit etwas kleiner, aber es handelt sich dort auch um den Gesammt-Stadtplan. Für München sind Preise von 6000, 4000, 3000 und 2000 Mark bestimmt. Das sind weit bescheidener bemessene Preise, während wir zwei Preise zu 10.000, drei zu 5000 und drei zu 3000 fl. ausgeschrieben haben. Es ist auch erwogen worden, ob es räthlicher sei, die Gesammtbeträge für zweite oder dritte Preise aufzutheilen. Man hat sich aber wieder sagen müssen, gerade dieses va banque-Spiel, welches damit gegeben ist, erscheint ungünstig und ladet nicht zur Theilnahme an der Concurrenz ein. Es ist angenommen, dass derjenige, der überhaupt eine gute Arbeit leistet, zweifellos prämiiert oder honoriert wird und mit einiger Sicherheit darauf rechnen kann, wenigstens auf seine Kosten zu kommen, während, wenn Sie drei große Preise machen, viele zurückscheuen werden, 3000 oder 4000 fl. an Atelierskosten zu wagen, um dann vielleicht auch mit relativ guter Arbeit durchzufallen. Denken Sie sich 50 Projectanten für Gesammtprojecte und nur drei Hauptpreise, so ist das viel zu wenig. Ich glaube also, dass der Antrag, kleinere und zahlreichere Preise, wie wir es vorgeschlagen und wie es auch der Ingenieur- und Architektenverein beantragt hat, praktischer sei. Dadurch werden viele veranlasst zu concurrieren, die es sonst unterlassen würden. Die Vorschläge sind in dieser Beziehung gewiss zweckmäßig und muss ich mich entschieden dagegen aussprechen, die Preise in der Weise zu proponieren, wie es Herr College Dr. Lueger will, nämlich hohe und wenige Preise.

Bürgermeister: Ich ersuche den Herrn Baudirector, das Wort zu ergreifen. Es wird gewünscht, dass der Herr Baudirector seine Meinung über die Vorschläge abgibt, welche auf Seite 6 und 7 dem Gemeinderathe gemacht werden, sowie über die Preisausschreibung, die sich daran knüpft.

Stadtbaudirector Berger: Die vorliegenden Anträge entsprechen im großen und ganzen den Vorschlägen des Stadtbauamtes. Bei der Preisausschreibung sind hinsichtlich der Preisbemessung geringfügige Änderungen, hinsichtlich der Zusammensetzung des Preisgerichtes, die ich noch später besprechen werde, weitergehende Änderungen vorgenommen worden.

Was die Preisbemessung betrifft, so möchte ich, um nicht zu wiederholen, auf die eben gehörten Ausführungen des Herrn Referenten hinweisen. Es hat sich als sehr praktisch erwiesen, dass man die Preise nicht zu hoch spannt und einzeln stellt, sondern dass man Preise gleicher Gattung, sogenannte Classenpreise, macht, um das Zufallsspiel etwas zu vermeiden, und um weiters das Preisgericht von gewissen Schwierigkeiten zu entlasten. Es ist nämlich wohl möglich, eine Anzahl Projecte zu eruieren, welche in erste Linie zu stellen sind. Aber es ist ungemein schwierig und oft ein Spiel des Zufalls, aus dem Besten das Allerbeste herauszusuchen, und nachdem man ja bei der Beschaffung des General-Baulinienplanes ohnehin nicht der Idee sich hingeben kann, dass man einen Plan bekomme, den man einfach, wie er eingereicht ist, genehmigt und durchführt, so ist es besser, mehrere gute Ideen um verhältnismäßig geringere Preise zu erwerben; ich bin überzeugt — und es wird das auch eintreten —, dass sich die wenigsten Preisbewerber damit befassen werden, einen Regulierungsplan für ganz Wien auszuarbeiten, sondern es wird, wie schon betont worden ist, das Schwergewicht in die Ausarbeitung von Detailentwürfen gelegt werden. Wenn nicht genug Preisbewerber auftreten, die für den ersten Preis geeignete Projecte liefern, so ist in der Ausschreibung Punkt 9 vorgeschrieben, dass die dadurch ausgesetzten Beträge nicht verfallen sollen, sondern das Preisgericht ermächtigt sein soll, dieselben zur Honorierung von Detailentwürfen zu verwenden; dadurch werden die Preisbewerber ungemein angespornt, weil sie Aussicht haben, für gelungene Ideen eine Entschädigung zu erhalten. Soviel hinsichtlich der Bemessung der Preise, die allerdings nicht opulent sind, aber doch eine bedeutende Summe in Anspruch nehmen, wenn man sie insgesammt betrachtet. Was die Zusammensetzung des Preisgerichtes betrifft, habe ich allerdings eine abweichende Anschauung vertreten von der, welche dem löblichen Gemeinderathe vorgeschlagen wird. Ich war nämlich im Entwurfe des Stadtbauamtes der Anschauung, dass in das Preisgericht allerdings Herren vom Gemeinderathe gewählt werden sollen, dass es aber nicht obligatorisch vorgeschrieben sein soll, dass es Gemeinderäthe sein müssen; ich habe vorgeschlagen, fünf Mitglieder durch den Gemeinderath zu wählen, wobei natürlich nicht ausgeschlossen ist, Fachmänner des Gemeinderathes zu wählen. Ich wollte aber vermeiden, dass in dem Preisgerichte Herren kraft ihres Mandates als Gemeinderäthe sitzen, und zwar aus dem Grunde, weil ich denke, dass ja der Gemeinderath als solcher eigentlich — wenn ich den Ausdruck gebrauchen darf — das Oberpreisgericht über die ganze Arbeit ist, und dann erst entscheiden wird, was er für gut befindet. Er hat die Absicht, dem Preisgerichte das Recht zu überweisen, die Preise zuzuerkennen; was für Pläne er zur Grundlage der Ausführung nimmt, behält er sich vollständig frei. Ich dachte nun, es könne auf die entsandten Herren Gemeinderäthe in dem Preisgerichte unangenehm wirken, wenn sie sich mit der Preisgerichtsmajorität vereinigen und hinterher mit vorgefasster Meinung im Gemeinderathe sprechen, und es könnten andererseits auch für andere Preisrichter, die nicht Gemeinderäthe sind, ihre Entscheidungen vielleicht nicht so frei sein, wie dies der Fall wäre, wenn Herren, die nicht nach Ihrer Wahl mit Amt und Würde versehen sind, im Preisgerichte sitzen. Der Herr Referent hat auch in seinem Vorschlage, der dem Comité unterbreitet wurde, einen Mittelweg diesfalls vorgeschlagen, und hat zwei oder drei Herren direct aus dem Gemeinderathe und separat außerhalb stehende Fachmänner zu entsenden beantragt. Ich hielt den Vorschlag des Stadtbauamtes deshalb für praktisch, weil der Gemeinderath bei Zusammensetzung des Preisgerichtes auf die verschiedenen Fächer und Fähigkeiten Rücksicht nehmen muss, und es ist speciell darauf aufmerksam gemacht worden,

dass Eisenbahntechniker, Hydrotechniker, Sanitätspersonen ꝛc. ins Preisgericht gewählt werden sollen. Das ist die einzige Differenz, die hinsichtlich der Zusammensetzung des Preisgerichtes zwischen den dem Gemeinderathe vorliegenden Anträgen und denen des Stadtbauamtes besteht. (Beifall.)

Gem.-Rath Rosenstingl: Den Ausführungen des Herrn Gem.-Rathes Dr. Friedjung habe ich nur weniges hinzuzufügen, denn ich habe mir vorgenommen, überhaupt nur über das Preisgericht zu sprechen. Ich bin mit dem ganzen Vorschlage einverstanden und würde auch, wie Herr Gem.-Rath Dr. Lueger, höhere Preise wünschen. Ich glaube auch, dass wahrscheinlich nur mit Rücksicht auf die finanziellen Verhältnisse der Stadtrath nicht den Muth gehabt hat, mit höheren Preisen an uns heranzutreten, denn ich bin vollständig der Meinung, dass ja 10.000 fl. höchstens dasjenige sein kann, was vielleicht als Entschädigung für die Arbeit, die da geleistet worden ist, gelten darf.

Oder wenn einer selbst sehr viel macht, mag er vielleicht noch ein paar tausend Gulden herausschlagen. Andererseits aber muss denn doch bemerkt werden, dass hier die Ehre, preisgekrönt zu werden, für den betreffenden Concurrenten einen ganz bedeutenden Wert hat: denn es ist ja eine internationale Concurrenz, und derjenige, der das Glück hat, mit dem ersten Preise gekrönt zu werden, wird im Augenblicke nicht daran denken, ob der Preis 10.000 oder 20.000 fl. beträgt, sondern dass er den Preis bekommt, das ist die Hauptsache.

Dann könnte man aber sagen: Geben wir überhaupt als Preis einen silbernen Lorbeerkranz oder so etwas. Nun, die Ehre ist nur ein gewisser Theil, ein Percentsatz dabei, es muss aber diese Arbeit auch wenigstens zum größten Theile entschädigt werden, und darum möchte ich vielleicht einen Vermittlungs-Antrag stellen; die Ausführung desselben würde nicht mehr kosten, in der Anzahl der Preise auch keine große Differenz herbeiführen. Ich würde sagen: Machen wir zwei Preise in jeder Kategorie; was wir bei den beiden anderen Kategorien ersparen, schlagen wir auf den ersten Preis drauf. Ich würde beantragen: Zwei erste Preise à 15.000 fl. und je zwei Preise mit 5000 und 3000 fl. Die Kostendifferenz wäre nur 2000 fl.; denn während Sie jetzt 44.000 fl. ausgeben, würden sie dann 46.000 fl. betragen. Wir hätten dann noch immer sechs Preise, und die zwei ersten wären vor den anderen ausgezeichnet, so dass die übrigen vier factisch nur eine Entschädigung für die Arbeit darstellen. Es könnte eine Einigung in dieser Richtung erzielt werden.

Was die Preisrichter anbelangt, so muss ich mich auch zu der Ansicht bekennen, dass es nicht gut ist, wenn in einem solchen Preisrichtercollegium eine Gesellschaft enthalten ist, die für sich eine Art geschlossenen Körpers bildet, wenn also unter dreizehn Herren sieben sind, die dem Gemeinderathe oder der Communalverwaltung angehören.

Ich möchte sehr wünschen, und das ist ja das Ideal bei einem solchen Preisgerichte, dass jeder womöglich für sich ein Urtheil abgibt. In einem Momente, wo die Urtheile Resultat einer Collegialberathung geworden sind, handelt es sich schon um Compromisse, da wird schon zusammen gehandelt, das ist schon nicht mehr gut. Das Idealste von einem solchen Preisgerichte ist, wenn jeder einen Namen oder eine Chiffre nennt und zufälligerweise die große Majorität dafür ist. Das ist wünschenswert; können wir nur wünschen, dass z. B. acht, neun, zehn Herren irgend eine Chiffre als diejenige bezeichnen, der sie den ersten Preis geben würden; sie würde gewiss das beste enthalten. Wenn aber vorher über die Sache deliberiert wird, ist es schon gefährlich. Ich will keinem Preisrichter nahetreten, aber ich könnte Ihnen einiges erzählen, was in der Welt vorkommt, doch das lasse ich lieber beiseite. Wenn eine geschlossene Gruppe hier ist, die — es nützt ja alles nichts — sich mehr zusammenthun und auf ein einstimmiges Votum hinzielen wird, so sind die anderen Preisrichter überflüssig. Es nützt da nichts, wenn die sechs Herren wollen, weil sie einer geschlossenen Gruppe von sieben Herren gegenüberstehen. Es wäre höchst bedauerlich, wenn es so bliebe. Ändern Sie daran, wie Sie wollen, vermehren Sie die Zahl der Preisrichter, lassen Sie fünf Gemeinderäthe darin, nehmen Sie aber zu den fünf Gemeinderäthen noch eine Anzahl, vielleicht drei oder vier auswärtige Herren dazu, wenn Sie glauben, dass es zu wenig sind, oder nehmen Sie zwei Gemeinderäthe weg und geben Sie dafür nach dem Antrage Friedjung, der mir so ziemlich der richtigste zu sein scheint, vier Herren dazu, dann haben Sie ein besseres Verhältnis, fünf Herren aus der Gemeindeverwaltung und acht oder neun Herren aus aller Herren Länder. Es ist jedenfalls ein unabhängigeres Urtheil zu erwarten, wenn die Herren nicht einzelne Gruppen bilden und nicht einer dem anderen zuliebe sagt: Nun, ich werde diesem den Preis geben. Mir wäre es am allerliebsten, wenn sich die Herren im Leben noch nie gesehen hätten und eines schönen Tages hier zusammenkommen würden. Das wäre eigentlich das idealste Preisgericht.

Unter allen Umständen bitte ich Sie aber, nicht bei dieser Ziffer zu bleiben, die hier beim Preisgerichte festgestellt worden ist, sondern ich bitte Sie, in dieser Richtung eine Abänderung zu treffen, und schließe mich vollinhaltlich dem Antrage des Herrn Gem.-Rathes Dr. Friedjung an. Ich empfehle Ihnen auch meinen Vermittlungs-Antrag mit dreimal zwei Preisen zu 15.000 fl., 5000 fl. und 3000 fl.

Bürgermeister: Es ist niemand mehr vorgemerkt, die Debatte ist geschlossen, der Herr Referent hat das Schlusswort.

Referent: Meine Herren! Ich erlaube mir zunächst die Frage des Preisgerichtes zu besprechen. Der geehrte Herr Collega Dr. Friedjung hat bereits ausgeführt, dass in meinem ursprünglichen Referenten-Antrage enthalten war, es seien drei Mitglieder aus dem Gemeinderathe, ferner vom Gemeinderathe zwei Fachmänner, und zwar, wie ich mir gedacht habe, aus auswärtigen Fachmännern zu wählen; es seien ferner ein Vertreter der General-Direction der Eisenbahnen, also ein Eisenbahn-Techniker, und ein Vertreter der Donauregulierungs-Commission, ein Hydrotechniker, dann zwei Mitglieder des Ingenieur-Vereines, zwei Mitglieder der Genossenschaft der Künstler, der Stadtbaudirector und der Magistrats-Referent zu entsenden.

Wenn Sie nun annehmen, dass der Gemeinderath drei Mitglieder wählen würde, welche nicht als Fachmänner in Betracht kommen können, — nehmen Sie also selbst diesen höchst unwahrscheinlichen Fall an, — so würden in einem solchen Preisgerichte vertreten sein: der Herr Bürgermeister als Vorsitzender, drei Gemeinderäthe und neun andere Mitglieder, also dreimal soviel, welche unbedingt Fachmänner sind. Die Befürchtung also, dass, wenn die drei Gemeinderäthe, die gewählt werden würden, keine Fachmänner sind, einen Druck auf die berufsmäßigen Fachleute ausüben könnten — kann ich nicht theilen.

Nun möchte ich Ihnen aber in Erinnerung bringen, dass der Gemeinderath bisher bei allen Preisgerichten so verfahren ist,

dass er Mitieglder aus seiner Mitte wählte; so wurden bei der Rathhausbau-Concurrenz fünf Mitglieder des Gemeinderathes und fünf auswärtige Fachmänner gewählt, also die Hälfte der Preisrichter, während hier etwa ein Drittel vorgeschlagen ist.

Ferner wurden für das Preisgericht für den Central-Friedhofplan vier Mitglieder aus dem Gemeinderathe und vier außer dem Gemeinderathe stehende Fachmänner abgesendet. Ich habe übrigens hier auch die Preisausschreibung von München und diese setzt fest: „Über die Zuerkennung der Preise entscheidet der Stadtmagistrat München auf gutächtlichen Antrag eines aus Sachverständigen und Mitgliedern beider Gemeinde-Collegien bestehenden Ausschusses." Sie sehen also, dass auch in anderen Städten so verfahren wird; mir ist eine Preisausschreibung für städtische Aufgaben nicht bekannt geworden, sei es für ein Rathhaus- oder für ein anderes Gemeinde-Project, wo die betreffende Corporation nicht in dem Preisgerichte vertreten gewesen wäre. Ich würde dies für eine Art Armutszeugnis halten, das sich eine solche Körperschaft damit selbst ausstellen würde, wenn selbe verzichten wollte, aus ihrer Mitte Mitglieder in das Preisgericht zu entsenden. Der Gemeinderath, welcher über das Programm zu berathen hat, der Gemeinderath, welcher in jeder Sitzung beinahe Baulinien zu bestimmen hat, der Gemeinderath, welcher zu entscheiden haben wird über die endgiltige Genehmigung des Regulierungsplanes, wird sicher auch einige Mitglieder entsenden können, welche auch in einem solchen Preisgerichte als gleichwertige Vertreter erscheinen können. Über die Zahl lässt sich streiten, aber das Princip halte ich für richtig, dass aus dem Gemeinderathe eine Anzahl Delegierter entsendet werde, wie dies stets der Fall war. Nun wurde mein erster Vorschlag, welcher, wie ich glaube, zweckmäßig war, nur drei Mitglieder aus dem Gemeinderathe zu wählen und die anderen Mitglieder aus dem Kreise der Fachmänner, und zwar des In- und Auslandes zu delegieren, abgeändert, und es wurde die Wahl von fünf Gemeinderäthen beschlossen. Ich habe die Pflicht, als Referent auf dem Standpunkt zu verbleiben, der im Stadtrathe schließlich obsiegte, aber es ist selbstverständlich, dass ich als Fachmann (Rufe: Hört!) einem Antrage, dass man auswärtige Kräfte heranziehen solle, nicht entgegentreten könnte, weil, wenn man die Concurrenz international ausschreibt, dies eine entgegenkommende Artigkeit ist, die zu gewähren üblich ist. So hat auch die Gemeinde bei der Rathhaus-Concurrenz gehandelt. Sie hat den Oberbaurath Hase und Gottfried Semper gewählt. Aber auf dem Standpunkte, dass Gemeinderathsmitglieder entscheiden sollen, würde auch ich stets verharren und bitte daher, wenn der Antrag des Stadtrathes nicht genehm ist, den Antrag des Dr. Friedjung anzunehmen.

Was nun die Preise selbst anbelangt, so habe ich schon ausgeführt, dass wir Classenpreise, hohe Preise in geringer Zahl vorziehen. Nun kann man aber auch die Combination, wie sie Herr College Rosenstingl beantragt, annehmen, das ist Ansichtssache. Es lässt sich nicht bestimmt sagen und behaupten, dass bei Annahme der Proposition, wie sie der Stadtrath vorschlägt, die Concurrenz ungünstiger ausfallen werde. Der Herr Gem.-Rath Rosenstingl hat einen Vorschlag gebracht, welcher eine höhere Ziffer in sich schließt, ich habe daher keinen Grund, diesem Antrage unbedingt zu opponieren; und bitte ich daher die Anträge des Stadtrathes anzunehmen, — wenn das aber nicht erfolgt, dann würde ich in zweiter Linie mich für den Antrag des Herrn Gem.-Rathes Rosenstingl aussprechen.

Bürgermeister: Wir schreiten zur Abstimmung. Ich bitte, meine Herren, die Druckforte zur Hand zu nehmen. Die Anträge, welche zur Abstimmung kommen, sind auf Seite 6 und 7 verzeichnet. Ich glaube, Sie werden mir das Vorlesen derselben erlassen. Wenn Sie aber wünschen, lese ich sie vor. (Rufe: Nein!) Es ist eine Einwendung gegen dieselben nicht erhoben worden und darf ich dieselben als angenommen erklären.

Ferner ist Gegenstand der Abstimmung die Preisausschreibung Seite 8, II. Hier ist nur in einigen Punkten eine Einwendung erhoben worden, und zwar vorerst gegen die Stilisierung der Anmerkung; auf Seite 9 ist ein Gegen-Antrag seitens des Herrn Gem.-Rathes Dr. Friedjung vorgeschlagen worden. Der Vorschlag des Herrn Referenten lautet nämlich in der Anmerkung bezüglich der Theilentwürfe (liest):

„Als solche Theilentwürfe erscheinen insbesondere: Verbauungs- und Regulierungs-Vorschläge für das Wienthalgebiet (ad d) und die Innere Stadt, Vorschläge für die Stadtbahnen und Wasserstraßen in Bezug zu den Wohnungs- und Fabriksvierteln sowie den Handelsanlagen und den hiefür aufzustellenden Detail-Dispositionen."

Dagegen hat Herr Gem.-Rath Dr. Friedjung folgende Fassung vorgeschlagen (liest):

„Als solche Theilentwürfe wären insbesondere ins Auge zu fassen: Bau- und Regulierungspläne für die Innere Stadt und das Wienthalgebiet, Vorschläge für die Einrichtungen von Wohnungen und Fabriksvierteln, zumal mit Bezug auf die neuen Linien der Stadtbahn, Entwürfe für die Anlage von Verkehrslinien, Verkehrspläne für die Donaustadt, Verbesserung und Fortsetzung von Straßenzügen in den Vororten, Pläne zur weiteren Entwicklung der Wiener Sommerfrischen und der Entwürfe zu Gartenanlagen an Stelle der alten Friedhöfe."

Ich muss diesen Gegen-Antrag zuerst zur Abstimmung bringen. Jene Herren, welche mit dem Gegen-Antrage des Herrn Gem.-Rathes Dr. Friedjung einverstanden sind, bitte die Hand zu erheben. (Nach einer Pause.) Minorität. Abgelehnt.

Jene Herren, welche mit dem Referenten-Antrage einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Majorität. Angenommen.

Bezüglich der Preise bestimmt:

§ 8. Für die gelungensten und der Preisausschreibung vollkommen entsprechenden Gesammtentwürfe sind nachstehende Preise bestimmt:

2	Preise mit je	10.000 fl.
3	„ „ „	5.000 „
3	„ „ „	3.000 „

Außerdem 20.000 fl. für Honorare. Bezüglich der Preise ist ein Gegen-Antrag des Herrn Gem.-Rathes Dr. Lueger gestellt, welcher beantragt, es seien nur drei Preise festzusetzen, nicht acht, wie hier vorgeschlagen, und zwar einer mit 20.000 fl., einer mit 10.000 fl., einer mit 5 000 fl.

Ferner ein Gegen-Antrag des Herrn Gem.-Rathes Rosenstingl, welcher sechs Preise im ganzen ausgeschrieben wünscht, und zwar:

2	Preise mit	15.000 fl.
2	„ „	5.000 fl.
2	„ „	3.000 fl.

Ich muss nun die höhere Ziffer zuerst zur Abstimmung bringen, nämlich die Anträge des Herrn Referenten mit den bekannten Abtheilungen. Jene Herren, welche mit dem Referenten-Antrage:

2 Preise mit 10.000 fl.
3 „ „ 5.000 fl.
3 „ „ 3.000 fl.

einverstanden sind, bitte ich die Hand zu erheben. (Geschieht.) Majorität. Angenommen.

Dadurch entfallen die übrigen Anträge.

Es kommt nun der § 10, der die Zusammensetzung des Schiedsgerichtes betrifft.

Nach dem Antrage des Herrn Referenten soll das Preisgericht bestehen: aus dem Bürgermeister von Wien als Vorsitzendem und aus nachstehenden 13 Preisrichtern: fünf Mitgliedern, von dem Wiener Gemeinderathe aus seiner Mitte gewählt, u. s. w.

Gegen diesen Punkt sind verschiedene Anträge eingebracht worden.

Erstens vom Herrn Gem.-Rath Dr. Friedjung, welcher wünscht, dass nicht fünf Gemeinderäthe aus der Mitte des Gemeinderathes, sondern nur drei gewählt werden, dass dafür aber außerdem vom Gemeinderathe gewählt werden sollen außer dem Gemeinderathe stehende Fachmänner in der Anzahl von vier.

Herr Gem.-Rath Rosenstingl schließt sich diesem Antrage an und eventuell dem Referenten-Antrage, jedoch mit dem Zusatz, dass jedenfalls vier Herren von auswärts dazu kommen.

Ich muss nun wieder mit der höheren Ziffer beginnen. Jene Herren, welche damit einverstanden, dass, wie der Referent vorschlägt, fünf Mitglieder von dem Gemeinderathe aus seiner Mitte in das Schiedsgericht gewählt werden, bitte ich, die Hand zu erheben. (Pause.) Majorität. Angenommen.

Es ist nun der Zusatz-Antrag gestellt worden, dass auch vom Gemeinderathe Fachmänner, welche außerhalb des Gemeinderathes stehen, in der Anzahl von vier gewählt werden.

Jene Herren, welche mit diesem Zusatz-Antrage einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Minderheit. Abgelehnt.

Damit sind nun alle Gegen-Anträge erledigt. Gegen die übrigen Vorschläge des Herrn Referenten, wie sie in der Preisausschreibung enthalten sind, ist eine Einwendung nicht erhoben worden, daher ich sie für angenommen erkläre, ebenso das Programm und die Erläuterungen.

Damit ist nun der Gegenstand erledigt.

Gem.-Rath Arnhart (zur Geschäftsordnung): Es ist ein Antrag von mir auf der Geschäftsordnung schon bald ein ganzes Jahr; Referent ist Gem.-Rath Noske — er ist selten da, nachdem er uns heute das Vergnügen seiner Gegenwart schenkt, so könnte er vielleicht referieren.

Bürgermeister: Ich kann nicht abgehen von dem Gegenstande der Tagesordnung, der heute besonders dringlich erscheint und neulich von einem Herrn Collegen urgiert worden ist, es ist das Referat des Gem.-Rathes Dr. Hackenberg, welches nur bei Gegenwart von 92 Mitgliedern des Gemeinderathes referiert werden kann. Da soviele Mitglieder anwesend sind, so ersuche ich Herrn Gem.-Rath Dr. Hackenberg, das Referat zu erstatten.

Gem.-Rath Arnhart: Ich bitte, dass das Referat das nächstemal auf die Tagesordnung gestellt werde.

Bürgermeister: Sobald es möglich sein wird, bin ich gerne bereit, den Herrn Gem.-Rath Noske aufzurufen.

Ich bitte um Entschuldigung, ich muss zu der früheren Abstimmung doch noch eine Bemerkung machen. Es ist übersehen worden, dass Herr Gem.-Rath Gregorig einen Antrag gestellt hat, und es muss nachträglich darüber abgestimmt werden. Herr Gem.-Rath Gregorig hat nämlich beantragt: „Es sei der General-Regulierungsplan der Stadt Wien in eigener Regie herzustellen, die bereits bestehenden Pläne der Bezirke I bis IX seien durch das Stadtbauamt zu ergänzen und richtigzustellen, und insbesondere die Verbindungsstraßen und Plätze dieser Bezirke mit den übrigen Bezirken X bis XIX durch dasselbe Amt zu bestimmen.

Für die Bezirke X bis XIX seien sechs Ingenieure mit einem Jahresgehalte von je 1800 fl., zehn Adjuncten mit einem Jahresgehalte von je 1200 fl. und zehn Zeichner mit einem Jahresgehalte von je 800 fl. auf die Dauer des Planentwurfes, welche mit höchstens einem Jahre bestimmt wird, aufzunehmen.

Dieselben haben im Anschlusse zu den vom Stadtbauamte bestimmten Verbindungen die Pläne der ihnen zugetheilten Bezirke anzulegen und unterstehen dem Bauamte." Dieser Antrag ist also eigentlich erledigt.

Gem.-Rath Dr. Lueger (zur Abstimmung): Ich glaube doch, Herr Bürgermeister sollten, um die Sache in Ordnung zu erledigen, die ganze Abstimmung reassumieren, wir werden bald fertig sein.

Bürgermeister: Wenn der Antrag Gregorig angenommen wird, sind alle anderen Beschlüsse natürlich beseitigt.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Aber es bleibt doch nichts anderes übrig. Jetzt sind die früheren Beschlüsse als Gemeinderaths-Beschlüsse erklärt, es müssen Herr Bürgermeister naturnothwendig sagen: Die früheren Beschlüsse werden nicht als Beschlüsse erklärt.

Bürgermeister: Der Antrag Gregorig ist ein Gegen-Antrag und ist von mir übersehen worden. Ich bin also gezwungen, die Abstimmung zu reassumieren und bitte, zuerst über den Gegen-Antrag schlüssig zu werden. Jene Herren, welche mit dem Antrage Gregorig einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Ist die Minderheit. Abgelehnt.

Für die übrigen Anträge bedarf es keiner weiteren Abstimmung. Ich darf also ennunciren, dass die früheren Beschlüsse nach der früheren Abstimmung aufrecht erhalten werden. Keine Einwendung? (Zustimmung.) Angenommen.

Es wurde daher beschlossen:

I. Zur Erlangung von Entwürfen für einen General-Regulierungsplan über das gesammte Gemeindegebiet von Wien wird eine allgemeine Preisbewerbung ausgeschrieben und werden die vorgeschlagenen Vorschriften sowie das Programm hiefür genehmigt.

II. Für diese Preisbewerbung wird vor Ausschreibung derselben im Sinne des § 10 der Bestimmungen ein Preisgericht eingesetzt, dessen Mitglieder vor Annahme der Wahl die geltenden Preisbewerbungs-Vorschriften, das aufgestellte Programm

und die Planbehelfe zu prüfen und anzuerkennen haben.

Diesem Preisgerichte obliegt die alleinige Zuerkennung der Preise und Honorare nach Maßgabe der Preisbewerbungs-Vorschriften.

III. Hinsichtlich der Verkehrsanlagen sind die entsprechenden Planbehelfe in solcher Art und in solchem Umfange herzustellen, als dies für die Ausarbeitung des General-Regulierungsplanes nothwendig ist, und wird daher der Magistrat beauftragt, die entsprechenden Maßnahmen zur Erlangung der bezüglichen generellen Projecte, als auch zur Vervielfältigung derselben zu treffen.

IV. Der Magistrat wird beauftragt, nach erfolgter Annahme der Wahl seitens der zu wählenden Preisrichter die Ausschreibung für die Preisbewerbung in geeigneter Weise zu publicieren und hiebei die Namen der Preisrichter und das Datum des Endtermines zur Projectseinreichung bekanntzugeben.

Als Endtermin wird die Frist eines Jahres vom Tage der erfolgten Ausschreibung bestimmt.

V. Für die auflaufenden Kosten, für die Preise und Honorare, sowie auch für die Honorierungen der außer dem Gemeinderathe und den städtischen Ämtern stehenden Preisrichter ist in das Budget für das Jahr 1893 ein Betrag von 70.000 fl. einzustellen.

VI. Dem österreichischen Ingenieur- und Architekten-Vereine wird unter Bekanntgabe der im Sinne seines Ansuchens getroffenen Verfügungen der Dank für die Mithilfe und die thatkräftige Förderung in dieser wichtigen Angelegenheit ausgesprochen.

13. Referent Gem.-Rath Dr. Hackenberg: Ich habe die Ehre, über eine Grundtransaction zu referieren, welche die Gemeinde Wien mit der österreichischen Baugesellschaft abzuschließen hat. (Gem.-Rath Ritt. v. Goldschmidt verläßt den Saal.) Es hat nämlich der Gemeinderath am 10. November 1890 (Unruhe) — es handelt sich hier um eine Menge von Ziffern, und wenn mir die Herren Ihre gütige Aufmerksamkeit schenken, werden wir wahrscheinlich in der etwas fahrigen Sache manches ersparen, weil Sie die Details im vorhinein kennen werden und ich nicht Aufklärungen zu geben haben werde, was mir ohnedies heute etwas schwer wird — es hat der Gemeinderath am 10. November 1890 den Beschluss gefasst, den Magistrat anzuweisen, mit der allgemeinen österreichischen Baugesellschaft zum Zwecke der Arrondierung der durch die Parcellierung des städtischen Grundcomplexes an der Triesterstraße im X. Bezirke geschaffenen Fragmente D bis M — die Herren haben auch einen Plan miterhalten — mit den an diese Fragmente angrenzenden, dieser Gesellschaft gehörigen, im Gemeindegebiete von Inzersdorf gelegenen Grundtheilen unter Zugrundelegung der Alternative 2 des Stadtbauamtes in Unterhandlungen zu treten.

Es waren nämlich zwei Alternativen bezüglich dieses Tausches. Die eine Alternative bestand darin, dass die Gemeinde Wien die ihr gehörigen roth umränderten, nicht schraffierten Grundstücke vertausche mit den der Baugesellschaft gehörigen grün umränderten, nicht schraffierten; das ist die Alternative 2. Die Alternative 1 bestand darin, dass die Gemeinde Wien vertauschen möge die roth umränderten, schraffierten, mit den grün umränderten, der Baugesellschaft gehörigen, schraffierten Grundstücke. Es war ein Auftrag an den Magistrat ergangen seitens des Gemeinderathes, bezüglich eines Umtausches der roth umränderten, der Gemeinde Wien gehörigen, mit den grün umränderten, nicht schraffierten, der Baugesellschaft gehörigen Grundstücke in Verhandlung zu treten. Die Baugesellschaft wurde von diesem Beschlusse in Kenntnis gesetzt und erklärte darauf, dass sie diesem Gemeinderaths-Beschlusse zustimme. Die Baugesellschaft stellte jedoch wegen Ausführung des Ganzen einige Bedingungen. Diese waren, dass die Gemeinde diejenigen Theile der Buchengasse, Rothenhofgasse, Davidgasse, Inzersdorferstraße, Stephaniegasse, Rudolfstraße, Mackstraße, der neuen Gasse 7 und 8 und schließlich Bergstraße, insoweit dieselben auf städtischem Territorium gelegen sind, gleichfalls als öffentlichen Straßengrund abtrete und diese vorbezeichneten Straßenstellen von ihrer Ausmündung an der Triesterstraße bis zur Einmündung der Straße 1 auf das behördlich festgesetzte Niveau auf ihre Kosten zu bringen hat, wobei ich gleich hier zu bemerken mir erlaube, dass diese grundbücherliche Abschreibung und die Eintragung der betreffenden Grundstücke in das Verzeichnis für das öffentliche Gut bereits stattgefunden hatte. Weiter begehrte die Baugesellschaft zum Zwecke der baldigen Durchführung der entsprechenden Verwertung der Baustellen, dass der löbliche Gemeinderath sich verbindlich mache, die der Baugesellschaft obliegende Straßenabtretung und Niveauherstellung in den vorgedachten Straßentheilen bis 1. Mai 1891 durchzuführen, wogegen auch die gleiche Verpflichtung bezüglich der Straße Nr. 1 seitens der Baugesellschaft eingegangen wird. Diese Verpflichtung wurde in einer Nachtragserklärung der Baugesellschaft dahin abgeändert, dass 42 Tage nach Bekanntgabe des Beschlusses des Gemeinderathes über die Genehmigung dieser Transaction diese Niveauherstellung stattzufinden habe.

Die Herren sehen, dass wir eigentlich auf Grund eines bereits bestehenden Gemeinderaths-Beschlusses vorzugehen haben, eines Gemeinderaths-Beschlusses, der sich auf eine bestimmte Transaction von bestimmten Grundflächen, in bestimmten Ausmaßen mit einem bestimmten Betrage und bestimmter Aufzahlung bezieht. Es handelt sich also lediglich heute um die Ausführung dieses Gemeinderaths-Beschlusses von damals und die Modalitäten derselben. Ich möchte nur, um Missverständnisse zu vermeiden, bemerken, dass das Bauamt eine genaue Berechnung, beziehungsweise eine genaue Schätzung einzelner hier in Frage kommender Grundfragmente vorgenommen hat, dass die Werte dieser Grundfragmente einzeln berechnet worden sind, die Werte, soweit sie gleich waren, compensiert erscheinen, und dass nach dieser hier in einem genauen Tableau durchgeführten Berechnung sich ergibt, dass die Gemeinde Wien an die Baugesellschaft um 608·46 m² mehr abzutreten hat, als sie von der Gesellschaft erhält, wogegen die Gesellschaft an die Gemeinde 304 fl. 23 kr. aufzuzahlen hat. Hier ist der illustrierte Plan. (Redner demonstriert an demselben die einschlägigen Verhältnisse.)

Über die Schätzungswerte will ich mich natürlich nicht aussprechen; ich glaube auch, das ist heute nicht Gegenstand der

Debatte, nachdem bereits der Gemeinderath im Beschlusse vom 10. November 1890 die ganze Transaction genehmigt hat und es sich heute lediglich um die Durchführungsmodalitäten für diese Transaction handelt.

Die Gemeinde hätte eine Menge Niveauherstellungen vorzunehmen, ebenso die Baugesellschaft; die Niveauherstellungen, welche die Gemeinde theilweise in Anschüttungen, theilweise in Abgrabungen vorzunehmen hätte, machen ungefähr die Summe von 3000 fl. aus.

Es ergibt sich in diesem Falle der überaus glückliche Umstand, dass hier gerade an diesen Stellen, wo die Niveauherstellung stattzufinden hat, ein sehr guter Sand ist. Es hat sich ein Unternehmer gefunden, welcher sich erboten hat, gegen unentgeltliche Überlassung des gewonnenen Sandes die ganze Niveauherstellung ohne Aufzahlung zu leisten, gegen Erlag einer Caution und Durchführung der ganzen Angelegenheit in 42 Tagen, wenn die Regentage in Abrechnung gebracht werden.

Ich glaube, damit habe ich die Transaction in allen Details ziemlich klargelegt und erlaube mir jetzt die Bitte zu stellen, den Antrag des Stadtrathes in dieser Angelegenheit anzunehmen, der ja lediglich die Ausführung eines bereits gefassten Gemeinderaths-Beschlusses bezweckt. Der Antrag lautet (liest):

Der allgemeinen österreichischen Baugesellschaft sind die in dem vorgelegten Plane roth umränderten, nicht schraffierten Grundtheile im Gesammtausmaße von 4302·27 m² gegen dem zu überlassen, dass die allgemeine österreichische Baugesellschaft der Gemeinde Wien lastenfrei die in diesem Plane grün umränderten, nicht schraffierten Grundtheile im Gesammtausmaße von 3863·30 m² und gegen eine bei der Unterfertigung des Vertrages von ihr an die Gemeinde Wien zu leistende Aufzahlung von 304 fl. 23 kr. zur Arrondierung des gegenseitigen Grundbesitzes überlässt.

An diese Grundtransaction werden nachstehende Bedingungen geknüpft:

1. Die allgemeine österreichische Baugesellschaft verpflichtet sich, die zur grundbücherlichen Durchführung dieser Transaction erforderliche Parcellierung ihres (im Inzersdorfer Gemeindegebiete gelegenen) Grundcomplexes von der Rudolfstraße aufwärts (nachdem der gesellschaftliche Besitz bis zur Rudolfstraße bereits parcelliert ist) sofort einzuleiten und die eheste Eröffnung von Grundbuchseinlagen für die einzelnen Trennstücke, sowie die grundbücherliche lastenfreie Abschreibung der sämmtlichen in dem vorgelegten Plane braun lasierten Grundflächen als Straßengrund im Grundbuche und im Cataster zu bewirken.

2. Die allgemeine österreichische Baugesellschaft verpflichtet sich, die Niveauherstellung in der Straße I binnen 60 Arbeitstagen, von dem Tage an gerechnet, mit welchem die allgemeine österreichische Baugesellschaft von der Genehmigung der vorerwähnten Transaction in Kenntnis gesetzt wird, in Angriff zu nehmen und zu vollenden.

In diese Frist werden die Arbeit hindernde Regentage nicht eingerechnet.

3. Die Gemeinde Wien verpflichtet sich, die in dem Plane B mit gelber und brauner Lasierung bezeichneten, zur Eröffnung der Buchengasse, Rothenhofgasse, Davidgasse, Inzersdorferstraße, Stephaniegasse, Rudolfstraße, Mackstraße, neuen Gasse VII, neuen Gasse VIII und der Bergstraße entfallenden Grundtheile, und zwar in der Ausdehnung zwischen der neuen Gasse I und der Triesterstraße, binnen 42 Arbeitstagen, von dem Tage der Genehmigung dieser Grundtransaction an gerechnet, auf das richtige Niveau zu bringen, in welche Frist jedoch die Arbeit hindernde Regentage nicht eingerechnet werden.

4. Jeder Vertragstheil hat jene Vertragskosten und Vermögensübertragungs-Gebüren zu tragen, welche bezüglich der von ihm erworbenen Grundflächen zu tragen sind.

Ich bitte Sie, meine Herren, diesen Antrag anzunehmen, Sie werden dadurch definitive Zustände schaffen, die die Verbauung in einer Gegend ermöglichen, über welche schon lange verhandelt wurde, und solche Parcellen schaffen, die eine Verbauung ausführbar erscheinen lassen.

Gem.-Rath Trambauer: Meine Herren! Wenn diese Transaction nicht vor sich gehen würde, so kann weder die Gemeinde Wien, noch die allgemeine österr. Baugesellschaft bauen. Ist das richtig, Herr Referent? (Referent: Ja!) Wie ich mir erklären ließ, beginnt diese Transaction bei der Buchengasse und schließt bei der Gruppe G ab. (Referent: Ja!) Alle diese Gründe, die an der neu zu eröffnenden Straße liegen, tritt die Gemeinde Wien an die Baugesellschaft ab? (Referent: Richtig!) Von hier aus aber gehen die Gründe an die Gemeinde Wien über. Mithin hat die Gemeinde Wien nur Gründe, die an der Triesterstraße liegen. Die bleiben der Gemeinde Wien, Herr Referent? (Referent: Ja!) Die Gründe an der neuzueröffnenden Straße tritt die Gemeinde Wien an die Baugesellschaft ab.

Referent: Nein, die Baugesellschaft tritt an die Gemeinde Wien die in der Gasse Nr. 1 liegenden Gründe ab, die im Plane grün schraffiert sind.

Gem.-Rath Trambauer: Ich bitte, Sie missverstehen mich. Von Gruppe G ab gegen die Spinnerin am Kreuz zu werden die Gründe an die Gemeinde Wien abgetreten, dagegen diejenigen Gründe, die an der neuzueröffnenden Straße liegen, bekommt die Gesellschaft.

Die Baugruppe also vom Haus Nr. 13 bis zu Nr. 33 bekommt die Gemeinde und daran schließt sich dieser Baugrund im Ausmaße von 329·29 m², welchen die Gesellschaft bekommt. Die Baugesellschaft grenzt an die Triesterstraße nur mit dem kleinen Grundtheile von 100 □°. Ich habe nun nichts gegen diese Transaction einzuwenden und finde, dass die Gemeinde ein sehr lucratives Geschäft dabei macht, weil sie die ganzen Gründe an der Triesterstraße bekommt. Für die 329 m² bekommt die Gemeinde allerdings nur eine Bagatelle, 4 fl. 23 kr., das Meter kommt auf 69 kr., aber das ist kein Gegenstand, meine Herren, das macht nichts und wir können ruhig zustimmen, denn die Gemeinde macht ein sehr gutes Geschäft dabei. Ich bitte Sie also, den Antrag des Herrn Referenten anzunehmen.

Aber noch etwas hätte ich auf dem Herzen, was den Herrn Referenten allerdings nicht berührt. Die Leute an der Triesterstraße haben wirklich bedauernswürdige Zustände, wenn es regnet. Die Straße ist nicht abgegraben, so dass das Wasser in die Häuser, beziehungsweise in die Wohnungen fließt. Licht und Orientierungs-Nummern haben sie ebenfalls nicht. Ich möchte bitten, dass, wenn

der Antrag angenommen wird, was ich voraussehe, die Canalisierung durchgeführt werde und die Leute Licht und Orientierungs-Nummern für ihre Häuser bekommen. Es muss ja die Straße aufgemacht werden, und zwar ist projectiert die Inzersdorferstraße. Die ist aber nicht so gut situiert. Die Leute sagen, die Rothenhofgasse entspräche besser, resp. eine Verbindung zwischen der Triesterstraße und Laxemburgerstraße. Diese Gründe gehören den Maggschen Erben und die haben nichts dagegen, und wenn auch die Gründe des Weber tangiert würden, so hat auch der nichts dagegen. Die Leute sehnen sich darnach, dass diese Gasse aufgemacht werde. Ich möchte Sie bitten, diesen Antrag anzunehmen.

Gem.-Rath Dr. Friedjung: Ich habe gegen das Project nichts einzuwenden. Ich kenne dasselbe nicht genau, aber, meine Herren, ich mache Sie darauf aufmerksam, dass der Plan, wie er für die Triesterstraße vorgeschlagen wurde, direct den Grundsätzen zuwiderläuft, von denen wir ausgegangen sind, als wir diese große Concurrenz ausgeschrieben haben. Die Baulinien sind so geistlos wie die Baulinien, welche zumeist den Vororten vorgeschrieben sind, und ganz besonders, meine Herren, verweise ich Sie auf die großen Sünden hin, dass das Denkmal „Die Spinnerin am Kreuz" ganz ungeschickt und unpassend, unkünstlerisch in die Mitte des Platzes zu stehen kommt.

Ich bitte, meine Herren, sehen Sie sich die Baulinie um „Die Spinnerin am Kreuz" an, dieses historische Denkmal, diese Merkwürdigkeit Wiens wird sich hier in einer abscheulichen Fassung präsentieren. Es ist hier keine Straße, kein Platz um „Die Spinnerin am Kreuz", sondern es sind nur einige Straßen, welche zusammenlaufen.

Dann hat aber der Architekt, damit diese Sache eine Form bekommt, die Ecke abgekappt, das ist alles, was geschehen ist, um die Würde dieses historischen Denkmales zu wahren. Das, meine Herren, war ein ganz unglücklicher Plan; wenn das Rechtsgeschäft noch so gut sein mag, so schaffen wir einen Stadttheil wieder so öde und langweilig, wie soviele andere Stadttheile, welche in den letzten Jahrzehnten hergestellt wurden, und das soll auch heute, an demselben Tage, wo wir eine große Concurrenz ausschreiben, geschehen.

Wenn wir dies annehmen, so werden wir damit eine künstlerische Sünde begehen.

Gem.-Rath Eigner: Ich erlaube mir an den Herrn Vorsitzenden das Ersuchen zu stellen, zu veranlassen, dass in Hinkunft die Pläne für die Mitglieder des Gemeinderathes ähnlich gemacht werden, wie die Pläne des Referenten sind. Ich will nicht sagen, dass ich ein Genie im Baufache bin, aber wenn man die Vorlage einsieht und durchliest, so kann man, wenn man den Plan nicht selbst gemacht hat, sich nicht auskennen. Wenn dort (auf den großen Plan weisend) eine blaue oder grüne Schraffierung ist, so bitte ich, dass das auch hier der Fall ist, damit man sich ein Bild machen kann, um was es sich eigentlich handelt. Auf diesem Plane da kann sich niemand auskennen, auch ein Ingenieur nicht. Ich ersuche daher den Herrn Vorsitzenden, zu veranlassen, dass in Hinkunft die Pläne für die Mitglieder des Gemeinderathes gleichlautend mit jenem des Herrn Referenten gemacht werden.

Gem.-Rath Dr. Friedjung: Ich constatiere nur, dass ich den Antrag stelle, dass von der Rudolfstraße aufwärts eine andere Baulinie zu bestimmen sei, als hier vorliegt.

Gem.-Rath Bärtl: Ich bitte Sie, die Anträge des Referenten anzunehmen. Es geht nicht an, über den Antrag des Bauamtes noch weiter hinauszugehen. Wer den Plan gemacht hat, ist dafür auch verantwortlich, wahrscheinlich ist er vom Bauamte gemacht worden (Referent: Ja!), und warum sollen wir dem Stadtbauamte nicht vertrauen? Es ist dies ein Plan, der eine Zukunft hat, und für dort draußen sind die Straßen und Plätze groß genug. Ich bitte, nicht die Vertagung, sondern die Anträge des Referenten anzunehmen. (Lebhafte Zustimmung.)

Referent (zum Schlusswort): Mit den Anträgen des Herrn Gem.-Rathes Trambauer bin ich insoferne einverstanden, als sie dem Stadtrathe zugewiesen werden. Eine Umparcellierung bei der Rudolfstraße halte ich ganz und gar für überflüssig, in dieser Gegend brauchen wir nur Rücksichten auf den öffentlichen Verkehr, aber keine Rücksichten auf Ästhetik zu üben.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (der den Vorsitz übernommen hat): Wir schreiten zur Abstimmung. Es sind Anträge gestellt worden: 1. Vom Herrn Gem.-Rath Dr. Friedjung, dahin gehend, es soll von der Rudolfstraße aufwärts die Parcellierung umgeändert werden. Weiters ist ein Zusatz-Antrag gestellt vom Herrn Gem.-Rath Trambauer, der lautet: Es seien die Rothenhofgasse und Inzersdorferstraße sofort zu eröffnen, und weiters: Es sei dafür sofort Sorge zu tragen, dass die Häuser an der Triesterstraße Canalisierung, Beleuchtung und auch die nöthigen Orientierungstafeln bekommen. Ich bringe zuerst zur Abstimmung den Antrag Friedjung, denn wenn dieser Antrag angenommen wird, müsste das ganze Referat zurückgewiesen werden. Ich bitte jene Herren, welche dem Antrage Friedjung zustimmen, die Hand zu erheben. (Nach einer Pause.) Es ist die Minorität! Abgelehnt.

Ich bringe nun die Referenten-Anträge unter einem zur Abstimmung und bitte jene Herren, die denselben zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. (Nach erfolgter Auszählung:) Dieselben sind mit 98 Stimmen angenommen. Die Anträge des Herrn Gem.-Rathes Trambauer gehen zur dringenden Erledigung an den Stadtrath.

Es wurde daher beschlossen:

Der allgemeinen österreichischen Baugesellschaft sind die in dem vorgelegten Plane roth umränderten, nicht schraffierten Grundtheile im Gesammtausmaße von 4302·27 m² gegen dem zu überlassen, dass die allgemeine österreichische Baugesellschaft der Gemeinde Wien lastenfrei die in diesem Plane grün umränderten, nicht schraffierten Grundtheile im Gesammtausmaße von 3863·30 m² und gegen eine bei der Unterfertigung des Vertrages von ihr an die Gemeinde Wien zu leistende Aufzahlung von 304 fl. 23 kr. zur Arrondierung des gegenseitigen Grundbesitzes überlässt.

An diese Grundtransaction werden nachstehende Bedingungen geknüpft:

1. Die allgemeine österreichische Baugesellschaft verpflichtet sich, die zur grundbücherlichen Durchführung dieser Transaction erforderliche Parcellierung

ihres (im Inzersdorfer Gemeindegebiete gelegenen) Grundcomplexes von der Rudolfstraße aufwärts (nachdem der gesellschaftliche Besitz bis zur Rudolfstraße bereits parcelliert ist) sofort einzuleiten und die eheste Eröffnung von Grundbuchseinlagen für die einzelnen Trennstücke, sowie die grundbücherliche lastenfreie Abschreibung der sämmtlichen in dem vorgelegten Plane braun lasierten Grundflächen als Straßengrund im Grundbuche und im Cataster zu bewirken.

2. Die allgemeine österreichische Baugesellschaft verpflichtet sich, die Niveauherstellung in der Straße I binnen 60 Arbeitstagen, von dem Tage an gerechnet, mit welchem die allgemeine österreichische Baugesellschaft von der Genehmigung der vorerwähnten Transaction in Kenntnis gesetzt wird, in Angriff zu nehmen und zu vollenden.

In diese Frist werden die Arbeit hindernde Regentage nicht eingerechnet.

3. Die Gemeinde Wien verpflichtet sich, die in dem Plane B mit gelber und brauner Lasierung bezeichneten, zur Eröffnung der Buchengasse, Rothenhofgasse, Davidgasse, Inzersdorferstraße, Stephaniegasse, Rudolfstraße, Mackstraße, neuen Gasse VII, neuen Gasse VIII und der Bergstraße entfallenden Grundtheile, und zwar in der Ausdehnung zwischen der neuen Gasse I und der Triesterstraße, binnen 42 Arbeitstagen, von dem Tage der Genehmigung dieser Grundtransaction an gerechnet, auf das richtige Niveau zu bringen, in welche Frist jedoch die Arbeit hindernde Regentage nicht eingerechnet werden.

4. Jeder Vertragstheil hat jene Vertragskosten und Vermögensübertragungs-Gebüren zu tragen, welche bezüglich der von ihm erworbenen Grundflächen zu tragen sind.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte nun, das zweite Referat zu erstatten.

14. Referent Gem.-Rath Dr. Hackenberg: Ich erlaube mir nun, mein bereits früher begonnenes Referat bezüglich des Offertverhandlungsergebnisses wegen Verkauf der Baustelle Ecke der Burg- und Kirchberggasse fortzusetzen. Es ist Zahl 2232.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (unterbrechend): Ich bitte, dasselbe ist auf der gedruckten Tagesordnung verzeichnet.

Referent (fortfahrend): Ich habe bereits bemerkt, dass die Tramway-Gesellschaft auf Grund des Nachtragsübereinkommens verpflichtet ist, die Häuser Nr. 6 und 8 Burggasse einzulösen, die Häuser zu demolieren und den Grund unentgeltlich abzutreten.

Der Gemeinderath hat den Beschluss gefasst, die Marzellingasse aufzulassen, weiters fasste der Gemeinderath den Beschluss, eine neue Baustelle aus einem Theile der von der Tramway-Gesellschaft abgetretenen Fläche und aus dem erworbenen Hause Nr. 4 Marzellingasse zu bilden, und zwar im Ausmaße von 603·94 m².

Es ist auch bereits diese Transaction im Grundbuche durchgeführt. Es fand eine Schätzung dieser Baustelle durch die städtisch beeideten Schätzmeister statt und diese schätzten dieselbe per Quadratmeter auf 85 fl.

Über Beschluss des Gemeinderathes wurde der Landtag angegangen um Bewilligung des Verkaufes dieser Baustelle um 110 fl. per Quadratmeter. Der Landtag hat diesen Antrag des Gemeinderathes auch bereits beschlussweise genehmigt, und infolge des Beschlusses des Gemeinderathes vom 16. März 1892 hat nun eine öffentliche Offertverhandlung mit folgendem Ergebnis stattgefunden: Eingelaufen waren fünf Offerte, zwei lauteten auf je 105 fl. per Quadratmeter, eines auf 111 fl. 26 kr. per Quadratmeter, eines auf 112 fl. 60 kr. per Quadratmeter und eines auf 119 fl. 21 kr. per Quadratmeter. Das Offertverhandlungsergebnis kann als ein außerordentlich günstiges bezeichnet werden.

Es stellt nun der Stadtrath den Antrag (liest):

Die durch die Demolierung der Häuser Nr. 6 und 8 Burggasse, dann Marzellingasse Nr. 4 und durch Einbeziehung eines Theiles der letzteren zur Auflassung bestimmten Gasse gewonnenen Baustelle an der Ecke der Burg- und Kirchberggasse im VII. Bezirke im Ausmaße von 603·94 m² wird an Herrn Georg Demsky, Architekt und Stadtbaumeister, IX., Günthergasse Nr. 3, und dessen noch beim Vertragsabschlusse zu nennenden zwei Mitofferenten um den Preis von 119 fl. 21 kr. per Quadratmeter, zusammen um 71.995 fl. 69 kr. auf Grund der aufgelegten Vorschrift verkauft.

Bemerken möchte ich nur noch, dass der Offerent, beziehungsweise Ersteher, ein Drittel des Verkaufspreises innerhalb acht Tagen nach Bekanntgabe der Genehmigung seiner Offerte zu erlegen, den Rest aber in vier gleichen Jahresraten zu bezahlen und mit fünf Percent zu verzinsen sich bereit erklärt hat, und dass dieser Rest grundbücherlich sichergestellt werden soll. Ich bitte Sie, dem verlesenen Antrage des Stadtrathes Ihre Zustimmung zu ertheilen.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Ich habe mich nur deswegen zum Worte gemeldet, um auf das günstige Resultat dieser Offertverhandlung hinzuweisen. Gelegentlich der Berathung und Beschlussfassung über den Verkauf eines Platzes in der Burggasse hat ein Mitglied des Wiener Gemeinderathes, ein aus dem VII. Bezirke Gewählter, merkwürdigerweise gesagt, dass der betreffende Käufer quasi einen Lieblingspreis offeriert, und dass er es gar nicht versteht, wie jemand eine solche Summe für ein Quadratmeter dort geben kann. Hier wird, wenn ich nicht irre, ein noch bedeutend höherer Preis erzielt. Soviel ich glaube, haben wir damals 110 fl. bekommen. Jetzt bekommen wir bei der öffentlichen Offertverhandlung 119 fl. 21 kr. Da muss laut darauf hingewiesen werden, dass man sich auch auf die Schätzungen nicht verlassen kann. Dieser Platz wurde auf 85 fl. geschätzt, erzielt wurden 119 fl. 21 kr., also um 34 fl. 21 kr. per Quadratmeter, das sind 120 fl. per Quadratklafter mehr.

Was für eine Schätzung muss das gewesen sein? So wird geschätzt, und wenn dann in unserer Mitte einer auftritt und sagt, es dürfe nicht in einer solchen Weise vorgegangen werden, wie es in früheren Jahren manchmal beliebt wurde, so wirft man uns vor, dass wir die Interessen der Gemeinde hintansetzen, dass wir die Interessen der Gemeinde schädigen. Auch jenen gewissen Herren,

welche immer von Zinsen phantasieren, die man angeblich hinauswirft, wenn man zögert und nicht jeden Grund und Boden gleich um einen Schandpreis verschleudert, jenen gewissen Finanzkünstlern, welche sich mit ihrer Finanzkunst eigentlich pensionieren lassen sollten, wäre das sehr zu empfehlen, und jene Herren wären zu fragen, wo es ein Capital gibt, welches in so kurzer Zeit von 85 auf 119 fl. kommt. Das ist ein eclatanter Beweis, wie recht wir mit unseren Behauptungen hier haben. Es freut mich, dass in dem vorliegenden Falle der richtige Weg, nämlich der Weg der öffentlichen Offertverhandlung betreten wurde, und ich würde wünschen, dass der Stadtrath in anderen Angelegenheiten den nämlichen Weg beträte. Es wird immer ein guter Weg sein, der zum Ziele führt und wir werden daher diesmal aus voller Überzeugung für den Antrag des Herrn Referenten stimmen. (Beifall.)

(Gem.-Rath Hawranek verzichtet auf das Wort.)

Gem.-Rath Rosenstingl: Es ist ganz unglaublich, wie Dinge ausgebeutet werden, die noch in unserem Gedächtnis liegen. Es ist keinem Menschen eingefallen zu sagen, dass ein Grund so verkauft werden soll, wie der Minimalpreis hier vorgeschlagen worden ist. (Rufe links: Ja wohl!) Es ist nicht wahr, sondern man hat gesagt, ein Minimalpreis muss vom Landtage begehrt werden, der Landtag wolle uns einen Preis bewilligen, unter den wir nicht heruntergehen dürfen, damit wir das Gemeindevermögen nicht etwa verschleudern. So ist die Sache gemeint, das ist mehr eine formelle Angelegenheit, aber es ist keinem Menschen eingefallen, dass auch die Grundstücke um diesen Preis verkauft werden sollen, im Gegentheil, ich habe neulich schon gesagt, dass gewisse Gründe so verkauft werden, wie die Betreffenden, die ihn kaufen wollen, schätzen. Die Herren, die einen Grund kaufen wollen, kümmern sich einen blauen Teufel darum, was wir hier sagen, denen ist das ganz egal, ob wir sagen, wir halten den Grund für so oder so wertvoll. Das sind subjective Ansichten, die wir hier äußern; darum kümmern sich die Leute nicht, sondern nur um die Meinung, die sie selbst haben. Der eine ist ein Bauunternehmer und will auf dem Grunde einen fünf Stock hohen Kasten aufbauen, den er brutal ausnützt, wie es unsere Bauordnung, leider Gott! gestattet. Der Mann kann also für den Grund mehr geben, wie jemand, der ein Familienhaus hinbauen will, welches er nicht so brutal ausnützt, von dem er vielleicht 4 Percent Zinsen haben will. Ein dritter wieder ist ein Bauspeculant, der überhaupt nur baut, damit er ein Loch aufmacht und ein anderes zumacht, solche Leute gibt es auch in Wien, dem liegt wieder nichts daran, was der Grund kostet. Nach dem dürfen Sie sich also nicht richten.

Es ist neulich darüber auch gesagt worden — und das ist interessant —, wenn Sie hier soviel als Minimalpreis annehmen, bekommen Sie nicht um einen Kreuzer mehr, und hier ist der Beweis geliefert, dass wir nicht nur um einen Kreuzer, sondern um bedeutend mehr bekommen haben, dass sich die Leute eben nicht darum gekümmert haben, wieviel als Minimalpreis begehrt wird, sondern nur um ihre eigene Meinung. Die Leute sagen, mir ist der Grund so viel werth, und so und so viel gebe ich her; da kann der Gem.-Rath X und der Gem.-Rath Y die oder jene Meinung vom Grunde haben, um die kümmert man sich nicht, sondern gibt nur soviel. als der Grund wert ist. Und gerade das Argument, das Sie gegen die Geschichte ausgespielt haben, wollen Sie nun hier für die Geschichte ausspielen, das ist unglaublich — ich hätte nie geglaubt, dass jemand den Muth haben wird, die Geschichte so umzudrehen, wie sie wirklich umgedreht worden ist. (Lebhafter Beifall rechts. — Lebhafter Widerspruch links.)

Gem.-Rath Frauenberger: Ich kann mich nur sehr darüber freuen, dass wir in der Burggasse einen solchen Preis für diese Baustellen erzielt haben. Ich werde Ihnen sagen, warum das so gekommen ist. Die Burggasse ist nämlich dadurch, dass sie reguliert wurde, eine sehr schöne Gasse geworden und aus diesem Grunde haben jetzt die Gründe dort einen ganz anderen Wert als früher. Die Tramway-Gesellschaft, die von Ihnen (links) bei jeder Gelegenheit „genommen" wird, hat nämlich die Burggasse reguliert; wäre das nicht geschehen, so wären die Gründe heute noch auf jener Stufe des Wertes, auf welcher sie einst gewesen sind. Ich muss mich eigentlich auch sehr darüber wundern, dass die Schätzungs-Commission diesen Umstand nicht ins Auge gefasst und den Grund um den Preis von 85 fl. geschätzt hat. Dieser Preis ist für die Stelle, wo sich die Bauplätze befinden, ganz gewiss zu gering; diese Plätze haben einen im Verhältnis viel höheren Wert als diejenigen, welche Sie hier um das Rathhaus herum verkauft haben. Da können Sie überzeugt sein, durch eine Concursausschreibung über diesen Platz würde auch kein höherer Preis erzielt worden sein. Das wollte ich den Herren bemerken. (Gem.-Rath Dr. Lueger: Aber recht haben wir doch? — Heiterkeit links.)

Gem.-Rath Hawranek: Ich hätte mich nicht zum Worte gemeldet, wenn nicht der Herr Gem.-Rath Frauenberger es auch gethan hätte. Er hat uns erzählt, dass jetzt die Gründe in der Burggasse einen größeren Wert haben. Ich muss constatieren, dass diese Gründe, als wir vor fünf Wochen über diesen Verkauf debattierten, denselben Wert hatten wie jetzt. (Sehr richtig! links.) Das ist also nicht stichhältig.

Dann muss ich bemerken, dass Herr Gem.-Rath Rosenstingl damals ausdrücklich sagte: Ich bin nicht so dumm, dass ich für diesen Platz soviel gebe. Es ist ihm erwidert worden, dass der Käufer, wenn er auf der Gallerie ist, nicht soviel geben wird. So verhandelt man nicht im Gemeinderathe, dass man die Plätze so verschleudert. (So ist es! links.)

Was die Plätze beim Rathhaus anbelangt, muss ich bemerken, dass man das doppelte erzielt hätte, wenn man gewartet hätte.

Gem.-Rath Steklik: Ich glaube, zum großen Theile ist die öffentliche Concursausschreibung wohl schuld daran. Wie die Geschichte früher gemacht worden ist, hat man mich gefragt: Zu welchem Stadtrathe soll ich gehen? Bei dem und bei dem war ich schon. Ich habe gesagt: Gehen Sie zu gar keinem, sondern machen Sie ein ordentliches Offert. Ich will die Namen nicht nennen. (Stürmische Rufe rechts: Namen nennen!) Jetzt sage ich es ihm, dem Herrn Baugoin, dass der Baumeister bei ihm war. So steht die Geschichte. Mit dem Vertuschen geht es nicht. Er war bei Ihnen, Herr Baugoin, hat mit Ihnen gesprochen. Das ist nicht der richtige Weg. (Unruhe und Widerspruch rechts.) Ja, meine Herren, die Wahrheit hören Sie nicht gerne. Er war wirklich bei Ihnen, Herr Baugoin, wegen des Platzes. (Gem.-Rath Baugoin: Ich werde schon antworten!) Ich habe eine ordentliche Offertausschreibung gewünscht, und was hat man mir erwidert? „Sie wollen, dass Sie in die liberalen Zeitungen hineinkommen." Mit solchen Ohrfeigen geht es nicht, man muss die Wahrheit sagen. Eine öffentliche Offertausschreibung ist das Richtige. Wenn der Gem.-Rath Rosenstingl von der Burggasse spricht, so hat ja die Tramway zehn, fünfzehn Jahre damit Zeit gehabt. Fragen Sie die Tramway, wie sie ihre Plätze verkauft hat; viel-

leicht noch besser als wir! Wenn Sie den Fehler wissen, warum haben Sie den Durchbruch in der Kirchengasse nicht gemacht? Den haben Sie verpetschiert, man hat den Eigenthümer geschädigt und die Transaction vorgenommen, ihm das Haus abgeschnitten. Da sind Sie, Herr Dr. Vogler, wieder der Schuldtragende. (Beifall links, Widerspruch rechts.)

Gem.-Rath Baugoin: Meine verehrten Herren! Ich habe auf die von einem früheren Sprecher gemachten kleinen Sticheleien „Finanzkünstler", „Verschleuderer" u. s. f. keine Antwort geben wollen, denn ich bin nicht so eitel, mich als einen Finanzkünstler zu betrachten, sondern ich habe immer nach bestem Wissen und Gewissen gearbeitet. Da aber solche Anschuldigungen in böswilliger Weise zum zweitenmale in diesem Saale meiner Person gegenüber gemacht werden, muss ich auch einmal aufstehen, um dem betreffenden Herrn die gebürende Antwort zu geben. (Beifall rechts.)

Der Fall ist folgender. Wie der Baumeister heißt, weiß ich nicht. (Gem.-Rath Stehlik: Litschka heißt er!) Ich weiß es nicht. (Unruhe links.) Ich bitte mich anzuhören; wenn man jemanden in seiner Ehre beleidigt, muss man auch seine Antwort hören. Der Mann ist zu mir gekommen; wie Sie wissen, habe ich ein öffentliches Geschäft. Er kommt also beim Laden hinein und sagt: „Guten Tag, Herr Stadtrath." Ich frage ihn: „Was steht zu Diensten?" Da sagte er: „Ich bitte, mir zu sagen, wenn ich für den Grund" — ich weiß nicht mehr welchen — „145 fl. bieten würde, würde der Stadtrath zustimmen?" Darauf habe ich wörtlich Folgendes erwidert — und das sollte der betreffende Baumeister auch Herrn Gem.-Rath Stehlik gesagt haben (Gem.-Rath Stehlik: Er hat es auch gesagt!): „Herr Baumeister, wenn Sie überhaupt auf einen städtischen Grund reflectieren, dann wenden Sie sich mit Ihrem Ansuchen an das Präsidium des Gemeinderathes, oder gehen Sie zu dem betreffenden Magistratsrathe, der das Referat über diesen Grund hat."

Meine Herren, der Mann hat mich nicht losgelassen, er wollte meine Ansicht wissen. Ich habe ihm aber gesagt: „Um keinen Preis der Welt würde ich meine Ansicht sagen, weil ich nicht das Recht habe, im Namen des Gemeinderathes im vorhinein zu sprechen. (Beifall rechts.) Wenn Sie verhandeln wollen, lassen Sie das Comité einberufen — das wird das Präsidium thun — oder Sie müssen mit dem Magistratsrathe reden, das ist noch besser."

Meine Herren, ich glaube, so handelt ein Mann, der die Interessen der Gemeinde gewissenhaft vertritt. (Lebhafter Beifall rechts.) So habe ich gehandelt und dafür muss ich mir diese — ich möchte sagen — böswillige und verleumderische Anschuldigung in öffentlicher Sitzung von einem Manne gefallen lassen, der in so gewissenloser, leichtfertiger Weise einen Mann, der Charakter und Ehre hat, beschimpft. (Lebhafter, langanhaltender Beifall und Händeklatschen rechts.)

Gem.-Rath Dr. Vogler: Meine Herren, ich bin ein ernster Mann und besitze leider nicht den erforderlichen Humor, der dazu gehören würde, um den Herrn Gem.-Rath Stehlik in gebürender Weise abzufertigen; denn, was er hier wieder in seiner bekannten unverständlichen und unverständigen Redeweise über den Durchbruch dieser Gasse vorgebracht hat, ist, soweit es meine Person betrifft, von A bis Z unwahr und das Gegentheil ist wahr. Ich war zufälligerweise zu der seinerzeitigen Begehungs-Commission für die Burggassen-Tramway delegiert, und da bin ich es gewesen, der gegen das Vorgehen der Sachverständigen, insbesonders des damaligen Landes-Baudirectors, Protest eingelegt hat. Dieser Herr Sachverständige hat nämlich erklärt, man braucht dort den Grund nur soweit abzuschneiden, als er in die Burggasse fällt, und brauche den Grund von der Kirchengasse ab nicht zu expropriieren, weil er nicht zu Tramwayzwecken gehört. Ich habe mich damals sogar in einer Zuschrift an den Herrn Bürgermeister gewendet, und dieser hat damals Gelegenheit genommen, an den Landesausschuss heranzutreten, um gegen dieses Vorgehen des Landes-Baudirectors, der damals seine Meinung über einen Gegenstand abgegeben hat, der ihn meines Erachtens gar nichts angeht, Protest einzulegen. Das bin ich gewesen, meine Herren! (Beifall rechts.) Und als die Tramway-Gesellschaft jetzt vor einigen Wochen an den Stadtrath herangetreten ist wegen Auszahlung der 400.000 fl., die sie für die Regulierung der Burggasse zu bekommen hat, habe ich, nachdem College Dr. Hackenberg, der das Tramway-Referat im Stadtrath hat, damals erkrankt war und ich in seiner Substitution dieses Referat bekommen hatte, gegen den Antrag des Magistrates und gegen den Vorschlag der Organe erklärt und den Antrag im Stadtrathe gestellt: Verweigern wir die Auszahlung der 400.000 fl., weil die Tramway-Gesellschaft die Verpflichtung hatte, das Haus Nr. 28 in der Burggasse einzulösen, und weil sie nur ein Stück von diesem Hause eingelöst hat, und dadurch der Durchbruch in die Kirchengasse auf Jahre hin verschoben wird. Das ist also mein Vorgehen gewesen, und wenn nun Herr College Stehlik hieherkommt und mir imputiert, ich sei schuld, dass die Kirchengasse nicht durchgeführt werde, so ist das einfach lächerlich. (Lauter, anhaltender Beifall rechts.)

Gem.-Rath Stehlik: Ja, meine Herren, es ist wohl traurig, wenn man . . . . (Große Unruhe, lebhafte Rufe rechts: Ja, es ist traurig!)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte um Ruhe.

Gem.-Rath Stehlik: Was hat Herr Gem.-Rath Baugoin gesagt? Er hat bestätigt, was ich gesagt habe. (Widerspruch rechts). Was Herr Gem.-Rath Dr. Vogler gesagt hat, ist ebenfalls wahr. Aber die Burggasse haben Sie verdorben, und dass die Tramway-Gesellschaft 450.000 fl. bekommen hat, wissen Sie auch. Was ich gesagt habe, ist vollständig wahr. Sie haben es selbst bestätigt. (Widerspruch und Gelächter rechts.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich muss richtigstellen, dass der Tramway-Gesellschaft die Auszahlung verweigert, dass ihr nichts ausgezahlt wurde.

Gem.-Rath Frauenberger: Meine Herren! Ich habe zu erklären, dass das, was Herr Gem.-Rath Dr. Vogler soeben ausgeführt hat, wörtlich wahr ist. Ich war ebenfalls bei dieser Commission und habe mich dem Proteste angeschlossen.

Referent (Schlusswort): Die Debatte ist von dem Gegenstande des Referates vollständig abgeschweift. Das Referat ist in gar keiner Richtung zu bekämpfen; ich hätte also eigentlich gar nichts zu bemerken. Tief bedauern muss ich nur, dass bei einem so sachlichen Referate die schwersten Anschuldigungen gegen den Stadtrath in toto und gegen einzelne Mitglieder desselben geschleudert wurden. (Beifall rechts.) Nachdem ich Referent bin, so könnte ich in erster Linie in den Verdacht kommen, dass mich jemand wegen dieser Frage besucht hat. Ich erkläre nun, dass mich niemand besucht hat. Aber selbst wenn das der Fall gewesen wäre, so wäre ich noch immer derselbe, der ich zu sein meine, ein Ehrenmann, auch wenn ich das Referat führe. Herr Gem.-Rath Stehlik scheint schon der Ansicht zu sein, dass kein Ge-

meindeangehöriger ein Mitglied des Stadtrathes besuchen darf; damit soll schon dieses Mitglied des Stadtrathes stigmatisiert sein. Soweit darf man die Sache doch nicht treiben. Sonst müssten Sie sich entschließen, für den Stadtrath eine ungeheure Glasglocke zu bauen und die Mitglieder desselben in diese zu setzen (Heiterkeit rechts. — Rufe links: Ja, das wäre das Beste! — Gem.-Rath Gregorig: Und dann die Luft auspumpen!), damit Sie die Stadträthe jederzeit beobachten können, damit niemand sie besucht, oder vielleicht würden Sie auch Gemeindediener vor die Thüren stellen, die Ihnen rapportieren, wer bei einem Mitgliede des Stadtrathes aus- und eingeht. (Heiterkeit und Beifall rechts.) Soweit, meine Herren, müsste es kommen. In der Sache selbst wurde ein Widerspruch nicht erhoben; ich bitte also um die Annahme meines Antrages.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wir schreiten zur Abstimmung; es wird abgestimmt über den Antrag auf Verkauf an Georg Demsky um den offerierten Preis von 119 fl. 21 kr. per Quadratmeter. Die Herren, welche zustimmen, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Es wurde daher beschlossen:

Die durch die Demolierung der Häuser Nr. 6 und 8 Burggasse, dann Marzellingasse Nr. 4 und durch Einbeziehung eines Theiles der letzteren zur Auflassung bestimmten Gasse gewonnenen Baustelle an der Ecke der Burg- und Kirchberggasse im VII. Bezirke im Ausmaße von 603·94 m² wird an Herrn Georg Demsky, Architekt und Stadtbaumeister, IX., Günthergasse Nr. 3, und dessen noch beim Vertragsabschlusse zu nennenden zwei Mitofferenten um den Preis von 119 fl. 21 kr. per Quadratmeter, zusammen um 71.995 fl. 69 kr. auf Grund der aufgelegten Vorschrift verkauft.

Gem.-Rath Dobeš (zur Geschäftsordnung): Ich ersuche den Herrn Vorsitzenden, er möge so gut sein und den Ordnungsruf ... (Lebhafte anhaltende Heiterkeit rechts — die weiteren Worte des Redners bleiben unverständlich.)

Gem.-Rath Hawranek: Den Ordnungsruf zurücknehmen sollen Sie, meint er. (Neuerliche lebhafte Heiterkeit.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die öffentliche Sitzung ist geschlossen; es folgt eine vertrauliche Sitzung.

(Schluss der öffentlichen Sitzung um ½8 Uhr abends.)

Beschluss-Protokoll

der **vertraulichen** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom 6. Mai 1892.

Vorsitz: **Vice-Bürgermeister Dr. Richter.**

1. Gem.-Rath Wurm referiert über den Erlass des k. k. Ministeriums des Innern vom 29. April 1892, Z. 9100, betreffend den Aufschub der Demolierung des Hauses Nr. 2 am Minoritenplatz, I. Bezirk und beantragt:

Es sei die Zustimmung zu ertheilen

a) zum Aufschube der Demolierung dieses Hauses bis zum Monate Mai 1893;

b) zur Gewährung eines Zinsnachlasses von vierteljährlich 11 fl. 94 kr. für jene Partei, welche den gegen die Regierungsgasse vorspringenden Garten gepachtet und sich bereit erklärt hat, diesfalls auf das Benützungsrecht an demselben zu verzichten;

c) zur sofortigen Abgrabung des Gartengrundes bis auf das Niveau der Straße. (Angenommen.)

2. Gem.-Rath Josef Müller referiert über das Ansuchen des Ludwig C. Zamarski um Bekanntgabe der Schadloshaltung für die bei einem eventuellen Umbaue des Hauses VI., Gumpendorferstraße Nr. 15 abzutretende Grundfläche und beantragt, die Schadloshaltung für die abzutretende Grundfläche per 424·40 m² gemäß der Schätzung mit 42 fl. per Quadratmeter, mithin im ganzen auf 17.824 fl. 80 kr. zu bewerten und die Dauer der Giltigkeit dieser Schätzung auf zwei Jahre festzusetzen. (Angenommen.)

(Schluss der Sitzung.)

Stadtrath.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom 4. Mai 1892 (10 Uhr Vormittags).

Vorsitzender: 1. Vice-Bürgermeister Dr. Borschke.
2. Vice-Bürgermeister Dr. Richter.

Anwesende:	Dr. v. Billing,	Müller,
	Boschan,	v. Neumann,
	v. Götz,	Noske,
	v. Goldschmidt,	Rückauf,
	Dr. Grübl,	Schlechter,
	Dr. Hackenberg,	Schneiderhan,
	Dr. Huber,	Dr. Stenzl,
	Kreindl,	Vaugoin,
	Dr. Lederer,	Dr. Vogler,
	Matzenauer,	Witzelsberger,
	Meißl,	Wurm.

Schriftführer: Magistrats-Concipist Schmidbauer.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den **Vice-Bürgermeister Dr. Borschke** macht derselbe der Versammlung nachfolgende Mittheilung:

Die Belastung des Reservefondes mit Ende April 1892 stellt sich wie folgt:

Reservefond	600.000 fl. — kr.
Effective Belastung	84.212 fl. 16 kr.
Belastung durch in Aussicht stehende, noch nicht effectuierte Auslagen	64.867 fl. 61 kr.
zusammen .	99.079 fl. 77 kr.
Daher noch verfügbar	500.920 fl. 23 kr.
und nach Abzug der Reserve für unvorhergesehene Auslagen in den Bezirken II bis XIX per . .	9.000 fl. — kr.
noch .	491.920 fl. 23 kr.

Außerdem stehen für Rechnung des Reservefondes Anträge im Gesammtbetrage von 269.007 fl. 61 kr. in Vormerkung.

(Dient zur Kenntnis.)

St.-R. Meißl referiert über das Ansuchen des Papierwaren-Verschleißers Georg Prechler um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt, diesem Ansuchen Folge zu geben. (Angenommen.)

St.-R. Dr. v. Billing referiert über die Vorstellung des Kunstfeuerwerkers Georg Weinberger gegen die vom Magistrate verfügte Abweisung seines Ansuchens um Gestattung der Aufstellung einer Feuerwerk-Verkaufshütte in den Gartenanlagen am Wienflussufer nächst der Elisabethbrücke.

Referent beantragt, diese Vorstellung abzuweisen.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über die am 6. Februar 1892 erfolgte Persolvierung der Mauthner von Markhof'schen Stiftung für Wiener Waisenknaben und Waisenmädchen und beantragt, den diesfälligen Magistratsbericht zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Ober-Telegraphisten der städtischen Feuerwehr Moriz Kölbig um einen Krankheitsurlaub in der Dauer von fünf Monaten und beantragt, dem Bittsteller diesen Urlaub vom heutigen Datum an zu bewilligen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Ferdinand Mayer, betreffend die Vornahme der nothwendigen Vorarbeiten zur Errichtung städtischer Gaswerke unter Rücksichtnahme auf das ganze Gemeindegebiet, und bemerkt, dass dieser Antrag durch die zur Z. 1157 in der Sitzung vom 29. April l. J. vom Stadtrathe gefassten Beschlüsse erledigt erscheine. (Dient zur Kenntnis);

— **derselbe** referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Kreindl, betreffend die Rücksichtnahme auf eine bessere Beleuchtung der Straßen in den ehemaligen Vororten bei der Feststellung des Präliminares pro 1892.

Referent bemerkt, dass sich dieser Antrag durch den Beschluss des Gemeinderathes, mit welchem für die Vermehrung der öffentlichen Beleuchtung in den Bezirken XI bis XIX in das Budget pro 1892 ein Betrag von 20.000 fl. eingestellt wurde, erledige.

(Dient zur Kenntnis);

— **derselbe** referiert über die Note der k. k. Finanz-Landesdirection vom 9. April 1892, Z. 16692, betreffend das Nachtrags-Übereinkommen zum Mietvertrage über das Amtshaus in Sechshaus, Ullmannstraße Nr. 54.

Referent beantragt, diese Note, laut welcher die k. k. Finanz-Landesdirection, entgegen dem Stadtraths-Beschlusse vom 29. März 1892, Z. 1473, bei der von ihr vorgeschlagenen Textierung des Punktes F des Nachtrags-Übereinkommens zum gedachten Mietvertrage beharrt und sohin die Gemeinde die Stempel und Kosten der Ausfertigung der Erklärung ganz und allein zu tragen hätte, dahin zu beantworten, dass die Gemeinde auf der bekanntgegebenen Stilisierung des Punktes F beharrt, und zwar umsomehr, als durch dieselbe keineswegs die Stempelfreiheit für das auszufertigende Exemplar des Übereinkommens beansprucht werden, sondern die Beistellung der sonst von der Gemeinde beizustellenden Stempel, resp. die Zahlung der Gebüren durch den anderen vertragschließenden Theil, sonach durch das k. k. Ärar stipuliert werden wollte, wie dies zwischen den ehemaligen Vorortegemeinden und dem k. k. Ärar und nun auch zwischen diesem und der Gemeinde Wien wiederholt mit Zustimmung der höchsten Instanzen vereinbart worden ist. (Angenommen.)

St.-R. Meißl referiert über die Verleihung der Zuständigkeit an mehrere Bewerber und beantragt, dieselbe zu verleihen an:

Pascher Andreas, Tabakverschleißer;
Kraft Johann, Amtsdiener;
Kříž Johann, Metalldreher;
Doubek Robert, Drechslergehilfe;
Haßmann Franz, Fabriksarbeiter;
Pascher Peter, Fabriksarbeiter;
Erber Franz, Brantweiner;
Hackl Anton, Privatbeamter;
Kaltenbrunner Anton, Bäcker. (Angenommen);

— **derselbe** referiert weiters über Gesuche um Verleihung der Zuständigkeit nach Wien und beantragt, dieselbe gegen Erlag der entsprechenden Taxe zu verleihen an:

Steffel Johann, Milchmeier;
Burg Franz, Warenagent;
Kralik Johann, gewesener Commis;
Mraz Johann, Privatgärtner;
Mravinz Josef A., Streckenwächter der k. k. Staatsbahnen;
Bochenek Karl, Bäckergehilfe;
Selig Margarethe, Köchin;
Singer Maria, Hilfsarbeiterin;
Koch Anna geb. Rabauer, Friseurgeschäfts-Inhaberin;
Grünberger Leopold, Obermälzer;
Seyfert Anton, Schuhmacher;
Helmesberger Leopold, Lohnfuhrwerksbesitzer;
Saletu Martin, k. k. Geldbriefträger. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des

Joachimovitz Bernhard, Doctor der Medicin und praktischer Arzt, und des

Schreyer (recte Schreier) Michael, Gastwirt,

um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt, den Bittstellern diese Zusicherung gegen Erlag der entsprechenden Taxe zu geben. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Diurnisten Friedrich Gaubatz um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt, diesem Ansuchen gegen Erlag der entsprechenden Taxe Folge zu geben. (Angenommen);

— **derselbe** referiert weiters über Gesuche um Verleihung der Zuständigkeit nach Wien und beantragt, dieselbe gegen Erlag der entsprechenden Taxe zu verleihen an:

Preisler Wilhelm, Glasmalergehilfe;
Nopička Anton, Gastwirt;
Kopecky Josef, Tischlergehilfe;
Hosna Simon, Schlossergehilfe;
Sima Johann, Schlossergehilfe;
Böhm Theodor, Victualien-Verschleißer;
Heger Josef, Kleidermacher;
Franc Karl, Schmiedgehilfe;
Donner Josef W., Eisendreher;
Pešat Leopold, Drechsler;
Kurfirt Johann, Kupferschmied;
Schamberger Franz, Schlosser;
Hawelka Franz, Schlosser;
Puchinger Ignaz, Einspänner-Eigenthümer;
Langer Ludwig W., Schriftsetzer;
Kreuz Franz, Lackierergehilfe;
Macha Peter, Schlosser;

Pulpitel Wenzel, Tischler;
Schröder Josef, Büchsenmacher;
Lindenberger Anton, Schlosser;
Hron Franz, Fabriksarbeiter;
Seidenglanz Franz, Schlossergehilfe;
Spielmann August, Monteur;
Matzinger Josef, Kutscher;
Hort Jakob, Schlossergehilfe. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Vorstellung der Privaten Karoline Adam gegen die Bemessung der Taxe von 400 fl. für die ihr ertheilte Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband.

Referent beantragt, der Vorstellung Folge zu geben, und die Taxe für die zugesicherte Aufnahme der Bittstellerin in den Wiener Gemeindeverband mit 100 fl. zu bemessen. (Angenommen.)

St.-R. v. Götz referiert über die Note der k. k. Polizeidirection vom 28. März 1892, $\frac{19632}{897 \text{ ö. R.}}$, womit bekanntgegeben wird, dass in Penzing, Poststraße Nr. 88 und Tegetthoffstraße Nr. 23, Wachzimmer der k. k. Sicherheitswache activiert worden sind, und beantragt, diese Note zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen der Imperial-Continental-Gas-Association um Consens für bauliche Herstellungen (Auswechslung der alten Retortenöfen gegen solche neuen Systems, theilweise Umgestaltung des Retortenhauses ꝛc.) auf dem Gartengrunde III. Bezirk, Erdbergerlände Nr. 36.

Referent beantragt, den Antrag des Magistrates auf Ertheilung dieses Bauconsenses, da sich gegen Einhaltung der commissionell festgesetzten Bedingungen ein Anstand gegen die Anlage nicht ergeben hat, zu bestätigen. (Angenommen.)

St.-R. Schneiderhan referiert über das Ansuchen des Kleidermachers Mathias Zelinka um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt, diesem Ansuchen Folge zu geben. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über mehrere weitere Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Verleihung derselben an:

Schmitt Pankraz, Kleidermacher;
Schneeweiß Josef, Bettwaren-Erzeuger.
(Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Schlossergehilfen Franz Ševčik um Verleihung der Zuständigkeit nach Wien und beantragt die Verleihung gegen Erlag der entsprechenden Taxe.
(Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Pflasterermeisters Eduard Berger um Enthebung von der Haftpflicht für die in der Burggasse auf der Area der demolierten Häuser ausgeführten Pflasterungsarbeiten.

Referent beantragt, dieses Ansuchen abzulehnen.
(Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Genehmigung der Kosten für die Frohnleichnams-Procession im XII. und XIII. Bezirk.

Referent beantragt, die Vorsteher dieser Bezirke zur Verausgabung der diesfälligen (budgetmäßig bedeckten) Kosten per 532 fl. 46½ kr. im XII. Bezirk und 1424 fl. im XIII. Bezirk zu ermächtigen.
(Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Vergebung der Lieferung von Schlackenschotter für einzelne Straßen des XI. Gemeindebezirkes und beantragt, der „Alpinen Montangesellschaft" die Lieferung von 1700 m³ solchen Schotters für den XI. Bezirk, und zwar 1200 m³ für die Ebersdorferstraße zum Preise von 2 fl. 35 kr. per Cubikmeter und 500 m³ für die Straße von Ebersdorf nach Schwechat und von da nach Kledering zum Preise von 2 fl. 25 kr. per Cubikmeter auf Grund der vorgelegten Vorschrift zu übertragen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Bespritzung des durch den Durchbruch des Linienwalles in der Lerchenfelderstraße entstandenen Straßentheiles und beantragt, diese Straßenfläche vom 1. April 1892 an, von welchem Tage dieselbe thatsächlich bespritzt wird, mit dem (budgetmäßig bedeckten) Kostenbetrage von jährlich 21 fl. 82 kr. in die Bespritzung einzubeziehen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Bewilligung eines Zuschusscredites für die Straßenbespritzung im Jahre 1891 und beantragt, zur betreffenden Rubrik einen Zuschusscredit von 887 fl. 47 kr. zu bewilligen.
(Angenommen.)

St.-R. Dr. Huber referiert über das Ansuchen der k. k. Eisenbahn-Betriebsdirection in Wien um Einverleibung des zufolge Plenarbeschlusses vom 13. März 1891, Z. 1386, erworbenen Bestandrechtes zum Zwecke der Anlage einer Saugrohrleitung auf den Bürgerspitalfonds-Parcellen 1037/1 und 1513/3, Landtafel-Einl.-Z. 390 im IX. Bezirk, und beantragt, gegen die Aufnahme der gewünschten Einverleibungsclausel in den Vertrag und die grundbücherliche Einverleibung des Bestandrechtes auf Kosten des k. k. Eisenbahn-Ärars gegen seinerzeitige Löschung nach Beendigung des Bestandverhältnisses keinen Anstand zu erheben. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über Armenraths-Ergänzungswahlen im XVI. Bezirke Ottakring und beantragt, die Wahl des

Silberbauer Alois, Bäckermeister, und
Mayer Georg, Bäckermeister,

zu Armenräthen dieses Bezirkes zu bestätigen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über Armenraths-Ergänzungswahlen im XIV. Gemeindebezirke Rudolfsheim und beantragt, die Wahl des

Hartner Alois, Gastwirt, und
Beran Johann, Leichenbestattungs-Übernehmer,

zu Armenräthen dieses Bezirkes zu bestätigen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über Schulgeldbefreiungs-Verluste an der Wiedener Communal-Ober-Realschule pro II. Semester 1891/92.

Referent beantragt, die im vorgelegten Verzeichnisse der Direction der genannten Mittelschule diesfalls namhaft gemachten 27 Schüler wegen ihrer ungenügenden Sitten-, beziehungsweise Fleiß- und Fortgangs-Noten der bisher genossenen Schulgeldbefreiung für verlustig zu erklären. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Asylvereines der Wiener Universität um Verleihung einer Subvention und beantragt, diesem Vereine pro 1892 eine Subvention von 340 fl. zu bewilligen.

Angenommen; hierüber ist dem Gemeinderath zu berichten.

— **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Vorstehers des V. Bezirkes um Eröffnung der unteren Bräuhausgasse zwischen Reinprechtsdorferstraße und Spengergasse im V. Bezirk, resp. um Einlösung der zu dieser Gassenverlängerung nöthigen Parcellentheile.

Referent beantragt, von einer Einlösung dieser zum Zwecke der Verlängerung der unteren Bräuhausgasse benöthigten Parcellentheile aus den vom Stadtbauamte angeführten Gründen derzeit abzusehen.
(Angenommen.)

St.-R. Dr. v. Billing referiert über die Montursbeschaffung für das von den Vorortegemeinden übernommene definitive Diener- und Feuerwehr-Personale.

Referent stellt folgende Anträge:

1. Die von den Vorortegemeinden übernommenen definitiven Amts- und Schuldiener, sowie die activen Feuerwehrleute erhalten dieselben Monturen hinsichtlich Anzahl, Farbe und Ausstattung, sowie das gleiche Stiefelpauschale (von 8 fl. bei den Dienern und 24 fl. jährlich bei den Feuerwehrleuten) wie die städtischen Amts- und Schuldiener, resp. Feuerwehrleute.

2. Die Diener in den Bezirkskanzleien haben mit Rücksicht auf die den Vorstehern der Bezirke XI bis XIX überlassene Anschaffung von Galamonturen nur eine russisch-graue Hose jährlich zu erhalten.

3. An den Monturen der in den Bezirkskanzleien verwendeten Diener sind künftighin nur Knöpfe mit dem städtischen Wappen anzubringen; hinsichtlich der Bezirke II bis X sind jedoch die noch vorräthigen Knöpfe aufzubrauchen.

4. Die Anschaffung der Monturen im approximativen Kostenbetrage von 8000 fl. (bedeckt unter den einschlägigen Rubriken des Hauptvoranschlages pro 1892) hat ehestens durch die städtischen Contrahenten im currenten Wege zu erfolgen.

5. Die von den einzelnen Gemeinden gezahlten Pauschalien für Montursbeschaffung sind, soweit sie nicht bereits ganz oder theilweise geleistet wurden, mit 1. Jänner 1892, die letzteren aber mit 1. Jänner 1893 einzustellen. (Angenommen.)

St.-R. Rückauf referiert über das Ansuchen der Firma Ign. und Jak. Kuffner um Genehmigung zur Änderung der Abtrennung einer Baustelle von der Realität Einl.-Z. 3853 im II. Bezirk, Treustraße.

Referent beantragt, die geplante Abtrennung der Baustelle $\frac{\text{A C D}}{\text{roth}}$ und $\frac{\text{a}}{\text{roth}}$ von der genannten Realität zu genehmigen, da gegen diese Änderung ein Bedenken nicht vorliegt. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Comités des I. österreichischen Weinbautages, Wien 1892, um Subvention und beantragt, diesem Comité eine Subvention von 500 fl. gegen dem zu bewilligen, dass eine entsprechende Anzahl von Exemplaren der diesfälligen Brochure unentgeltlich an die Weinhauer Wiens vertheilt wird. (Angenommen.)

Hierüber ist dem Gemeinderathe zu berichten.

— **Derselbe** referiert über das Ansuchen des „I. Neubauer Kindergarten-Vereines" um Erneuerung der bisher gewährten Subvention für den II. Neubauer Kindergarten, VII., Burggasse Nr. 17/18.

Referent beantragt, diesem Vereine für den II. Neubauer Kindergarten neuerlich eine Subvention von jährlich 500 fl., jedoch mit Rücksicht auf den wünschenswerten gleichzeitigen Ablauf der Subventionsdauer bezüglich beider Neubauer Kindergärten nur für die Jahre 1893 und 1894 zu bewilligen. (Angenommen.)

Hierüber ist dem Gemeinderathe zu berichten.

St.-R. Schlechter referiert über den Antrag des Stadtanwaltes Dr. Schmitt auf Annahme des von den Erben nach Gustav Scharf, gewesenen Eigenthümers des Hauses Or.-Nr. 10 Florianigasse, VIII. Bezirk, bezüglich der für dieses Haus bis inclusive II. Quartal 1891 aushaftenden Wassermehrverbrauchsgebür von zusammen 318 fl. 64 kr. angebotenen Vergleichung, und beantragt die Annahme des Antrages des Stadtanwaltes, wornach zur vollständigen Berichtigung der Forderung der Gemeinde 25 Percent des obigen Betrages sofort nach Verständigung der Erbin von der Annahme des Ausgleichs-Antrages an die Gemeinde Wien zu zahlen sind, widrigens letztere nicht an den Ausgleich gebunden wäre. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Verschönerungs-Vereines in Pötzleinsdorf um Bewilligung einer Subvention und beantragt, diesem Vereine pro 1892 eine Subvention von 400 fl. zu gewähren. Über die Verwendung derselben ist am Schlusse des Jahres Rechnung zu legen. (Angenommen.)

Hierüber ist dem Gemeinderathe zu berichten.

— **Derselbe** referiert über den Magistratsbericht, betreffend den Antrag des Gem.-Rathes Grünbeck puncto Aufstellung von Auslaufbrunnen in Dornbach und Neuwaldegg und beantragt, diesen Bericht, nach welchem die Aufstellung öffentlicher Auslaufbrunnen der Hochquellenleitung im ehemaligen Gemeindegebiete von Dornbach und Neuwaldegg laut Bauamtsäußerung vom 8. April 1892 dermalen technisch undurchführbar ist, zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Bock in Betreff der Aufstellung von Auslaufbrunnen in Neulerchenfeld.

Referent beantragt, den folgenden Magistrats-Anträgen die Zustimmung zu ertheilen:

1. Aufstellung von drei öffentlichen Auslaufbrunnen und zwar auf dem freien Platze vor dem Schulgebäude in der Grundsteingasse, in der Koppstraße bei den Häusern Or.-Nr. 2 B und 2 C und am inneren Lerchenfeldergürtel im XVI. Bezirke mit dem bei der Rubrik XXVI 1 e „Herstellung von Auslaufbrunnen" bedeckten Kostenbetrage von 1100 fl.

2. Ausführung der betreffenden Arbeiten und Lieferungen durch den Ersteher der städtischen currenten Arbeiten und Lieferungen des XVI. Bezirkes um die von ihnen zugestandenen Nachlässe von den Preisen des städtischen Tarifes.

3. Entnahme der erforderlichen Bleiröhren und Maschinenbestandtheile aus dem städtischen Vorrathe.

4. Dotierung dieser drei Brunnen mit je 114 hl Wasser per Tag. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über Wasserbezugs-Gebürenrückstände nach mehreren Parteien und beantragt, diese Gebüren aus dem Titel der Uneinbringlichkeit abzuschreiben. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Protokolle der Sitzungen des Bezirksausschusses für den VII. Bezirk vom 9. März 1892, für den II. Bezirk vom 13. April 1892, für den I. Bezirk vom 11. April 1892, für den IV. Bezirk vom 28. März 1892, für den II. Bezirk vom 20. April 1892 und für den III. Bezirk vom 17. März und 6. April 1892 und beantragt, diese sämmtlichen Protokolle zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen.)

St.-R. Dr. Steuzl referiert über die Entsendung von kranken Kindern in das Triester Seehospiz und über die Vermehrung der Zahl dieser zu entsendenden Kinder.

Referent beantragt:

1. Es seien in der Cursaison 1892 dem Seehospize zu Triest 30 Kinder unter denselben Modalitäten wie im Jahre 1891 in Pflege und Behandlung zu übergeben.

2. Zur Rubrik IX 5 des Voranschlages für den allgemeinen Versorgungsfond pro 1892 „Auslagen für die Verpflegung von Kindern im Seehospize Triest" sei ein Zuschusscredit von 1000 fl. zu bewilligen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über den Statthalterei-Erlass vom 25. März 1892, Z. 16888, betreffend die Zufuhr von Leichenmateriale von auswärts zu Studienzwecken der anatomischen Lehrkanzeln an die k. k. Wiener Universität.

Referent beantragt, den gedachten Leichentransport unter Wahrung des Rechtsstandpunktes der Gemeinde Wien bezüglich der Aufnahme und Bestattung solcher Leichen auf ihren Friedhöfen gegen dem zu gestatten, dass die in der Äußerung des Stadtphysikates vom 4. April 1892, Z. 5878 sub 1 bis 12 festgesetzten sanitäts-polizeilichen Cautelen strenge eingehalten und für die Erwerbung der zur Beerdigung der Leichen im gemeinsamen Grabe im Wiener Central-Friedhofe nothwendigen Grabstellen nach Vorschrift der Wiener Begräbnis- und Gräber-Ordnung die festgesetzten Gebüren entrichtet werden; überhaupt dürfen der Gemeinde Wien aus der Überbringung solcher Leichen, respective Leichentheile und deren Beerdigung keine wie immer namhaften Kosten erwachsen.

St.-R. Dr. Vogler beantragt, nur jenen Theil des Referenten-Antrages anzunehmen, welcher sich auf die Beerdigung der fraglichen Leichen im Wiener Central-Friedhofe und auf die Tragung der Kosten dieser Beerdigung bezieht, da die Gestattung des Transportes solcher Leichen nach Wien und die betreffenden sanitätspolizeilichen Cautelen nicht in die Competenz des Stadtrathes fallen.

Der Antrag des St.-R. Dr. Vogler wird angenommen.

St.-R. Müller referiert über das Ansuchen des Josef und der Theresia Dutter um Consens zur Erbauung eines Wohnhauses, XVI., Ottakring, Wagnergasse 30, und zur Vornahme von Adaptierungen im Hoftracte daselbst.

Referent beantragt, den Antrag des magistratischen Bezirksamtes für den XVI. Bezirk auf Ertheilung dieser Baubewilligung gegen Einlösung der für die Risalitanlage benöthigten Grundfläche per 0·252 m² um den Einheitspreis von 17 fl. per Quadratmeter, sohin um den Betrag von 4 fl. 28 kr. zu bestätigen.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Verlängerung des Canales in der Karmarsch-, respective Altmüttergasse, zwischen der Quellengasse und Rechtenbacherstraße im X. Bezirke und die Herstellung von Zweigcanälen in der Buchengasse und Rechtenbacherstraße ebendaselbst.

Referent beantragt, das diesfällige, mit 8964 fl. 40 kr. (budgetmäßig bedeckt) bezifferte Stadtbauamtsproject zu genehmigen.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Josef, der Elise und der Ernestine Friesl um Bauconsens für ein Wohnhaus sammt Schupfe und Stalltract auf der künftigen Baustelle 4 der stiftlich Klosterneuburgischen Gründe zwischen der Nordwestbahn-, Pappenheim-, Damm- und Leipzigerstraße im II. Bezirke.

Referent beantragt die Bestätigung des Magistrats-Antrages auf Ertheilung dieser Baubewilligung, bei welcher die Erfüllung der Parcellierungsbedingnisse als Bedingung beizufügen ist. Unter einem ist das Stift Klosterneuburg zu verständigen, dass weitere Baubewilligungen auf stiftlichem Grunde vor Durchführung der Parcellierung und der damit verbundenen Straßengrund-Abschreibung keinesfalls mehr werden ertheilt werden. (Angenommen.)

St.-R. Ritt. v. Neumann referiert über das Ergebnis der Offertverhandlung, betreffend die Arbeiten und Lieferungen für den Schulhausbau in der Freudenau (Aspernallee), II. Bezirk.

Referent beantragt, diese Arbeiten und Lieferungen in folgender Weise zu vergeben:

1. Die Erd- und Maurerarbeiten dem Baumeister Johann Töpfl, XIV., Arnsteingasse 7, mit einem Nachlasse von 17½ Percent;

2. die Steinmetzarbeiten dem Jos. Konheiser, Steinmetzmeister, IV., Victorgasse 20, zu den Einheitspreisen des Kostenanschlages;

3. die Zimmermannsarbeiten dem Stadtzimmermeister Johann Anderl, III., Erdbergstraße 127 und 129 mit einem Nachlasse von 25½ Percent;

4. die Spenglerarbeiten dem J. K. Weinkopf, Bau- und Galanteriespengler, Währing, Schulgasse 13, mit einem Nachlasse von 2 Percent;

5. die Lieferung der Traversen und Eisenbahnschienen zu den offerierten Preisen der Firma Max Wahlberg, I., Stubenbastei 12;

6. die Herstellung der Falzziegelgewölbe dem Eduard Schneider, Stadtbaumeister, Fünfhaus, Glückgasse 5, zum Preise von 2 fl. 90 kr. per Quadratmeter;

7. die Bautischlerarbeiten der Allgem. österr. Baugesellschaft, I., Führichgasse 5, mit einem Nachlasse von 15·3 Percent;

8. die Schlosserarbeiten dem E. Kriszt, Schlossermeister, IX., Sensengasse 4, mit einem Nachlasse von 16½ Percent;

9. die Anstreicherarbeiten dem Salomon Kaufer, Anstreichermeister, II., Untere Augartenstraße 13, mit einem Nachlasse von 36 Percent;

10. die Glaserarbeiten dem Adolf Adam, Glasermeister, III., Löwengasse 7, mit einem Nachlasse von 13·5 Percent;

11. die Lieferung der Klinker-, Steinzeug- und Thonwaren der fürstlich Liechtenstein'schen Thonwaren- und Ziegelfabriksniederlage, IX., Liechtensteinstraße 46, mit einem Nachlasse von 33 Percent;

12. die Herstellung der Sgrafittoarbeiten dem Giuseppe Rossi, Decorationsmaler, XIII., Speising, Mayerhofgasse 45, zu den Preisen des Kostenanschlages.

13. die Lieferung der Öfen der Firma Alexander Herzog, I., Bräunerstraße 6, mit einem Nachlasse von 21½ Percent;

14. die Möbeltischlerarbeiten der Firma Scheiber & Klein, V., Griesgasse 30, mit einem Nachlasse von 19 Percent;

15. die Asphaltierarbeiten der Firma Johann Bosch, III., Hauptstraße 68, zu den offerierten Preisen;

16. die Lieferung der Sparherde dem E. Kriszt, mit einem Zuschlage von 15 Percent;

17. die Schriftenmaler- und Metallgießerarbeiten dem Ludwig Richter, Schilder- und Schriftenmaler, X., Landgutgasse 14, mit einem Nachlasse von 32 Percent;

18. die Wasserleitungs-Installationsarbeiten sammt Lieferung der Closets der Firma Heß, Wolff & Comp., IX., Porzellangasse 49, mit einem Nachlasse von 23 Percent.

Bezüglich der Lieferung von hydraulischem Kalke und Portland-Cement beantragt Referent, es sei das Stadtbauamt zu beauftragen, sich darüber zu äußern, ob es sich nicht empfehle, eine für Bauten im Wasser noch brauchbarere Marke als die vorgeschlagene zu wählen.

Diese sämmtlichen Anträge des Referenten werden angenommen.

(St.-R. Ritt. v. Goldschmidt in seiner Eigenschaft als Präsident der Allgem. österr. Baugesellschaft hat sich hiebei der Abstimmung enthalten.)

Referent beantragt ferner, es sei hinsichtlich der Vergebung der Schieferdeckerarbeiten zwischen den gleichbietenden Unternehmern Karl Schwab und Karl Niernsee durch das Los zu entscheiden.

St.-R. Meißl beantragt die Vergebung an Karl Schwab.

Der Referenten-Antrag wird angenommen und sohin zur Vornahme der Losung geschritten, welche zu Gunsten des Unternehmers Karl Schwab entscheidet.

Bezüglich der Schulbänkelieferung beantragt Referent, es sei mit der Firma Brüder Schlimp, welche seit mehreren Jahren sich an diesen Arbeiten betheiligte und deren patentierte Schulbänke bei den letztausgeführten Schulbauten von den betreffenden Commissionen neben den Wackenroder'schen Bänken zur Annahme empfohlen worden sind, eine Verhandlung einzuleiten und ihr diese Lieferung dann zu übertragen, wenn sie auch für diesen Schulbau den mit Stadtraths-Beschluss vom 30. März 1892, Z. 1596, für die Schule Lange Gasse bewilligten Schulbaukpreis zuzugestehen sich bereit erklärt. (Angenommen.)

Endlich beantragt Referent, die übrigen Arbeiten für den in Rede stehenden Schulbau in der von der städtischen Buchhaltung angegebenen Weise in Ausführung zu bringen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über den Statthalterei-Erlass vom 24. April 1892, Z. 25095, betreffend den Bauconsens für die Herstellung eines Zubaues im zweiten Hofe des allgemeinen Krankenhauses behufs Unterbringung der dritten medicinischen Lehrkanzel und Klinik an der k. k. Wiener Universität, sowie für die Herstellung eines Durchganges zwischen den Krankenzimmern Nr. 30 und 31.

Referent beantragt, diesen im Sinne des § 106 der Bauordnung für Wien mitgetheilten Erlass zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Alexander König um Consens für die Herstellung mehrerer kleinerer Baulichkeiten (Schupfen) auf den Realitäten Einl.-Z. 1339, Or.-Nr. 29 Quellengasse und Einl.-Z. 86, 88 und 90, Or.-Nr. 26, 28 und 30 Buchengasse im X. Bezirk.

Referent beantragt, die Bestätigung des Antrages des magistratischen Bezirksamtes für den X. Bezirk auf Ertheilung dieser Baubewilligung. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über den Kostenanschlag für die Verbreiterung der Fahrbahn in der Florianigasse, VIII. Bezirk, von Nr. 30, 32 und 34 daselbst.

Referent beantragt diese mit dem (budgetmäßig bedeckten) Kostenbetrage von 2444 fl. 71 kr. bezifferte Fahrbahnverbreiterung zu genehmigen. (Angenommen.)

St.-R. Wiesberger referiert über die Errichtung von Pissoirs im X. Bezirke.

Referent beantragt, es sei die Aufstellung von zwei fünfständigen Pavillon-Pissoirs am Erlachplatz und am Quellenplatze im X. Bezirke mit dem (budgetmäßig bedeckten) Kostenaufwande von 2773 fl. 41 kr. zu genehmigen. Für diese beiden Pissoirs sei eine tägliche Wasserdotation von je 114 hl zu bewilligen und seien die erforderlichen Arbeiten und Lieferungen den Contrahenten für currente Arbeiten zu übertragen. (Angenommen.)

(Vice-Bürgermeister Dr. Richter übernimmt den Vorsitz.)

St.-R. Wiesberger referirt über das neuerliche Ansuchen des Bürsten- und Pinselmachers Josef Leutner um Verleihung des Bürgerrechtes.

Referent beantragt, es sei diesem erneuerten Ansuchen unter Bezugnahme auf den Stadtraths-Beschluss vom 12. Februar 1892, Z. 3080 ex 1891, womit das erste Gesuch des Bittstellers mit Rücksicht auf die zu kurze Dauer seiner Zuständigkeit nach Wien dermalen abgewiesen wurde, keine Folge zu geben.

St.-R. Meißl beantragt die Verleihung des Bürgerrechtes.

St.-R. Dr. Grübl beantragt als Motivierung für die Verleihung beizufügen, dass dieselbe mit Rücksicht auf die Verdienste des Josef Leutner auf gewerblichem Gebiete und auf seine Thätigkeit als Vorstands-Mitglied der Genossenschaft erfolge.

Bei der Abstimmung wird die Verleihung des Bürgerrechtes mit der vom St.-R. Dr. Grübl beantragten Motivierung beschlossen.

St.-R. Ritt. v. Goldschmidt referiert über die Schlussrechnung des Baumeisters Josef Spilka und über drei weitere Conten für den Schulbau in Untermeidling, Radetzkygasse 19.

Referent beantragt, für diese im Jahre 1892 zur Auszahlung gelangenden Restforderungen einen Zuschusscredit von 9372 fl. 86 kr. zu bewilligen und diesen Betrag auf den Reservefond zu verweisen. (Angenommen.)

Hierüber ist dem Gemeinderathe zu berichten.

— **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Firma Holzmann & Comp. um Consens für ein Wohn- und Geschäftshaus, Ecke der Kölbel- und Fasangasse, Grundb.-Einl. 481, III. Bezirk.

Referent beantragt, den Antrag des Magistrates auf Ertheilung der Baubewilligung gegen Einlösung des für die Eckrisalite mit 6 m Länge und 0·10 m Breite, resp. mit 5·7 m Länge und 0·10 m Breite und für das Thorportal mit 3·36 m Länge und 0·10 m Breite in Anspruch genommenen städtischen Grundes per 1·506 m² um den Einheitspreis von 45 fl. per Quadratmeter, zusammen 67 fl. 87 kr., zu bestätigen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Stadtbauamts-Project für den Umbau des Canales in der Schreygasse, II. Bezirk, bis zum Hause Or.-Nr. 2 Malzgasse und beantragt, dieses mit dem (budgetmäßig bedeckten) Kostenerfordernisse per 2858 fl. 61 kr. bezifferte Project zu genehmigen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ergebnis der Offertverhandlung in Betreff der Lieferung von Hydranten, Ständern und Radabweisern für die Umgestaltung der bestehenden Feuerhydranten der Kaiser Ferdinands-Wasserleitung in den Bezirken I bis IX in Hochquellen-Feuerhydranten.

Referent beantragt, diese Lieferung der Firma Tendloff und Dittrich als Bestbieterin mit dem zugestandenen Nachlasse von 20·5 Percent zu übertragen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen der Aloisia Höfelmayer um Consens zur Herstellung eines Zubaues VI., Hofmühlgasse Nr. 1.

Referent beantragt, den Antrag des Magistrates auf Ertheilung des Consenses unter Genehmigung der Risalitanlage mit 0·15 m Vorsprung an der Ufer- und Hofmühlgasse gegen compensationsweisen Abzug der erforderlichen Grundfläche per 1·30 m² von dem abzutretenden Grunde per 325 m² zu bestätigen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Stadtbauamts-Project für den Bau eines Haupt-Unrathscanales in der Kröllgasse im XIV. Bezirke Rudolfsheim und beantragt, dieses mit dem (budgetmäßig bedeckten) Kostenerfordernisse von 2941 fl. 44 kr. bezifferte Project zu genehmigen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Stadtbauamts-Project für den Bau eines Canales in einem der Theile der Hasner- und Herbstgasse im XI. Bezirke Simmering und beantragt, dieses mit dem (budgetmäßig bedeckten) Kostenbetrage von 4913 fl. 8 kr. veranschlagte Project zu genehmigen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Stadtbauamts-Project für die Verlängerung des Haupt-Unrathscanales in der Göllnergasse, III. Bezirk

und beantragt die Genehmigung auch dieses, mit dem (budgetmäßig bedeckten) Betrage von 2209 fl. 47 kr. veranschlagten Projectes. (Angenommen.)

St.-R. Schlechter referiert über die Herstellung eines Wasserleitungs-Rohrstranges in der Haidinger- und Göllnergasse, III. Bezirk.

Referent beantragt, die Bewilligung zu ertheilen, dass der Rohrstrang der Hochquellenleitung in der Haidingergasse um 100 m mit einem Kostenaufwande von 1300 fl. verlängert und ein solcher in der Göllnergasse mit einem Kostenaufwande von 1100 fl. im currenten Wege durch die städtischen Contrahenten hergestellt werde. Letztere Herstellung hat anlässlich der Ausführung des Unrathscanales in der Göllnergasse zu erfolgen. (Angenommen.)

St.-R. R. v. Goldschmidt referiert über das Stadtbauamts-Project für die Erbauung eines Haupt-Unrathscanales in der Rudolfsstraße und Jadengasse, XIV. Bezirk, und beantragt, dieses mit dem (budgetmäßig bedeckten) Gesammtkostenbetrage von 3728 fl. 77 kr. veranschlagte Project zu genehmigen. (Angenommen.)

St.-R. Wurm referiert über den Erlass des k. k. Ministeriums des Innern vom 29. April 1892, Z. 9100, betreffend den Aufschub der Demolierung des Hauses Or.-Nr. 2 am Minoritenplatze im I. Bezirke.

Referent beantragt, zu dem Aufschube der Demolierung dieses Hauses bis zum Monate Mai 1893, ferner zu dem der Partei, welche den gegen die Regierungsgasse vorspringenden Garten gepachtet hat, für die Verzichtleistung auf das Benützungsrecht an demselben zu gewährenden Zinsnachlasse von 11 fl. 94 kr. pro Vierteljahr, endlich zur sofortigen Abgrabung des Gartengrundes bis auf das Niveau der Straße die Zustimmung zu ertheilen. (Angenommen.)

Hierüber ist dem Gemeinderathe zu berichten.

— **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Franz Bernert um Baubewilligung für ein Wohnhaus auf der Baustelle Einl.-Z. 4165 im II. Bezirke in der Klosterneuburgerstraße, Ecke einer neuen, noch unbenannten Gasse.

Referent beantragt, den Antrag des Magistrates auf Ertheilung der Baubewilligung gegen dem, dass der für die beiden Risalite in der Länge von 9·40 m und 5·70 m und in der Breite von 0·30 m und 0·15 m^2 in Anspruch genommene Straßengrund per 3·675 m^2 um den als angemessen bezeichneten Einheitspreis von 19 fl. per Quadratmeter, sohin um zusammen 69 fl. $82^5/_{10}$ kr. eingelöst wird, zu bestätigen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Peter und Karl Habig um die Bewilligung zur Vornahme von Adaptierungen in dem Hause IV. Bezirk, Hauptstraße Nr. 29.

Referent beantragt, den Antrag des Magistrates auf Genehmigung dieser für die Wertbemessung des genannten Hauses ganz irrelevanten Adaptierungen zu bestätigen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über den Statthalterei-Erlass vom 23. April 1892, Z. 21979, betreffend den Consens für den theilweisen Umbau des Wilhelminen-Witteczek-Watterroth'schen Stiftungshauses in der Adlergasse Nr. 10, I. Bezirk, und beantragt, diesen Erlass im Hinblicke auf § 106 der Bauordnung für Wien zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen);

St.-R. Vaugoin referiert über das Ansuchen des Amtsdieners Josef Harold um einen dreimonatlichen Krankheitsurlaub und beantragt, demselben einen solchen Urlaub, vom heutigen Datum an gerechnet, zu bewilligen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen der Rathsdienerswitwe Anna Leonhardt um Anweisung der Pension und beantragt, der Genannten die normalmäßige Witwenpension von jährlich 280 fl. vom 1. April 1892 an anzuweisen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die von Dr. Peter Gasser, k. k. Notar, als Erbenmachthaber nach Magdalena Böhm angebotene Widmung per 500 fl. zum Zwecke der Erhaltung, Ausschmückung und Beleuchtung der im Friedhofe von Ober-Döbling gelegenen Gruft, Gruppe IX, Reihe 1, Nr. 8, und beantragt, diese Widmung anzunehmen und zu genehmigen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die von Dr. Alfred Pollak, Hof- und Gerichtsadvocat, als Erbenmachthaber nach Marie Mras, angebotene Widmung von 300 fl. zur Ausschmückung und Beleuchtung des Einzelgrabes Gruppe 33 E, Reihe 11, Nr. 3 im Wiener Central-Friedhofe und beantragt die Annahme und Genehmigung dieser Widmung. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des „Gemeinnützigen Vereines zur Bekleidung armer Kinder in Wien" um eine Subvention und beantragt, diesem Vereine pro 1891/92 eine Subvention von 50 fl. zu bewilligen. (Angenommen.)

Hierüber ist dem Gemeinderathe zu berichten.

— **Derselbe** referiert über die vom magistratischen Bezirksamte für den III. Bezirk, Landstraße beantragte Abschreibung von Beerdigungskosten nach 75 Parteien und beantragt, die Abschreibung dieser Kosten aus dem Titel der Uneinbringlichkeit zu genehmigen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Abschreibung verschiedener Gebüren und beantragt, dieselben aus dem Titel der Uneinbringlichkeit, respective wegen unbekannten Aufenthaltes der Restanten abzuschreiben.

St.-R. Dr. Grübl referiert über den Bericht des Mariahilfer Communal-Real- und Ober-Gymnasiums, betreffend die Verlängerung des Urlaubes für den Professor Josef Schram.

Referent beantragt, den Genannten bis zum Schlusse des laufenden Schuljahres zu beurlauben und dem Dr. Anton Stallinger die Supplierung in 16 Wochenstunden gegen die normalmäßige Remuneration von 60 fl. jährlich per wöchentliche Unterrichtsstunden weiter, und zwar bis zum Schlusse des Schuljahres zu übertragen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Gesuch des Johann Hladik um Ankauf naturhistorischer Präparate für Bürgerschulen.

Referent beantragt, die von dem Genannten offerierten Präparate: „Die Entwicklung der Forelle" und „Die Entwicklung des Wasserfrosches" für sämmtliche Bürgerschulen des dermaligen Wiener Schulbezirkes anzuschaffen und zur Deckung der diesfälligen Kosten per circa 560 fl. einen Zuschusscredit in dieser Höhe zu bewilligen. (Angenommen.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter referiert über das Ergebnis der Offertverhandlung puncto Lieferung von Röhren für die Erweiterung des Rohrnetzes der Hochquellenleitung.

Referent beantragt, es sei die Lieferung der sub Post 41 bis inclusive 160 des bauämtlichen Kostenanschlages bezeichneten Röhren dem Erzherzoglichen Producten-Verschleiße, III., Neulinggasse 12, und die Lieferung der sub Post 1 bis 40 und 161 bis inclusive 232 desselben Kostenanschlages bezeichneten Röhren der Witkowitzer Bergbau- und Eisenhütten-Gewerkschaft um die von diesen beiden Offerenten angebotenen Preise, welche bei dem ersteren derselben eine Gesammtverdienstsumme von 64.220 fl. 14 kr. und bei dem letzteren eine solche von 115.574 fl. 65 kr. ergeben, zu übertragen, wobei sich das Ersparnis gegenüber der Kostenanschlagssumme per 202.756 fl. 44 kr. mit 22.961 fl. 65 kr. beziffert. (Angenommen);

St.-R. Noske referiert über die Sicherstellung von Kohle und Brennholz für die Heizperiode 1892/93.

Referent stellt folgende Anträge:

1. Wegen Sicherstellung der Lieferung von mindestens 170.000 Meter-Centnern Steinkohle und 4600 Raummetern weichen Holzes, dann der Verfrachtung von 150.000 Meter-Centnern Steinkohle von den städtischen Rutschen am Nordbahnhofe in die einzelnen Lagerräume ist eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung auszuschreiben; die derselben zugrunde zu legenden Bedingnisse werden genehmigt.

2. Wegen Beistellung von 5000 bis 5500 Meter-Centnern Coaks ist mit der Imperial-Continental-Gas-Association, wegen Lieferung von 300.000 Stück Unterzündern mit Josef Weiß, III., Hauptstraße 22 zu verhandeln.

3. In die Feuerwehr-Centrale und in das Versorgungshaus am Alserbache sind je 18 m³ Aspen- und Albenholz aus den Forsten des Fondsgutes Ebersdorf in Groß-Enzersdorf zur probeweisen Verwendung abzugeben und haben die Leiter dieser Anstalten über die Verwendbarkeit dieses Holzes zum Unterzünden und zum Brennen zu berichten.

(Angenommen.)

St.-R. Dr. Grübl referiert über die Note des n.-ö. Landes-ausschusses vom 2. April 1892, Z. 11644, betreffend den vom n.-ö. Landtage in seiner Sitzung vom 12. März 1892 votierten Dank für die Gemeinde Wien und andere Gemeinden, Körperschaften ꝛc. in Ansehung der um Schulbauten und Schulwesen im allgemeinen erworbenen Verdienste und beantragt, diese Note zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen.)

Der **Vorsitzende** legt den Geschäfts-Ausweis des Stadtrathes für die Monate Jänner, Februar, März und April 1892 vor.

Einlauf im Monate	Jänner	 456	Stücke
„ „ „	Februar	 580	„
„ „ „	März	 693	„
„ „ „	April	 720	„
	Zusammen	. . 2449	Stücke.

Hievon wurden im Monate Jänner durch den Stadtrath erledigt . . . . . 384 Stücke,
dem Magistrate zur Berichterstattung zugewiesen (Anträge, Interpellationen ꝛc.) . . . . . 64 Stücke,
in Berathung befinden sich noch . . . . . 8 Stücke.

Im Monate Februar wurden durch den Stadtrath erledigt . . . . . 465 Stücke,
dem Magistrate wurden zur Berichterstattung zugemittelt . . . . . 93 Stücke,
in Berathung befinden sich . . . . . 22 Stücke,

Im Monate März wurden durch den Stadtrath erledigt . . . . . 554 Stücke,
dem Magistrate wurden zur Berichterstattung zugemittelt . . . . . 84 Stücke,
in Berathung befinden sich noch derzeit . . . . . 55 Stücke,

Im Monate April erledigte der Stadtrath . . . 495 Stücke,
dem Magistrate wurden zur Berichterstattung zugemittelt . . . . . 90 Stücke,
in Berathung befinden sich . . . . . 135 Stücke.

(Dient zur Kenntnis.)

Die Sitzung wird geschlossen.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom 4. Mai 1892 (5 Uhr Nachmittags).

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Prix.
Vice-Bürgermeister Dr. Richter.

Anwesende: Dr. v. Billing, Boschan, v. Götz, v. Goldschmidt, Dr. Grübl, Dr. Hackenberg, Dr. Huber, Kreindl, Dr. Lederer, Matzenauer, Meißl, Müller, v. Neumann, Noske, Rückauf, Schlechter, Schneiderhan, Dr. Stenzl, Vaugoin, Dr. Vogler, Witzelsberger, Wurm.

Entschuldigt: Vice-Bürgermeister Dr. Borschke.
Schriftführer: Magistrats-Secretär Roßner.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den **Bürgermeister Dr. Prix** macht derselbe die Mittheilung, dass das Ersuchen gestellt wurde, auf den Theaterzetteln des Ausstellungstheaters im Prater jenes angebliche Wiener Stadtwappen, welches seinerzeit vom bestandenen Wiener Stadttheater verwendet wurde, anbringen zu dürfen.

Nachdem dieses vorgelegte Wappen nicht das Stadtwappen von Wien ist, wird gegen das gestellte Ansuchen keine Einwendung erhoben.

(Vice-Bürgermeister Dr. Richter übernimmt den Vorsitz.)

Bürgermeister Dr. Prix referiert in Betreff der Bestimmungen über die Regulierung der Bezüge der städtischen Beamten.

Es wird in die Berathung über die dem gedruckten Bericht des Bürgermeisters beigegebene, diesem Protokolle als Beilage angeschlossene Tabelle eingegangen.

1. Concept.

Referenten-Antrag auf Einreihung

des Magistrats-Directors	in die	V. Rangsclasse,
„ Magistrats-Vice-Directors	„ „	VI. „
der Magistratsräthe	„ „	VII. „
„ Magistrats-Secretäre	„ „	VIII. „
„ Magistrats-Commissäre	„ „	IX. „
„ Magistrats-Concipisten I. und II. Classe	„ „	X. „

wird angenommen.

2. Bauamt.

St.-R. v. Götz beantragt:

1. den Stadtbaudirector in die V. Rangsclasse einzureihen;

2. die Stelle eines Vice-Baudirectors in der VI. Rangsclasse zu schaffen.

St.-R. R. v. Goldschmidt beantragt:

1. den Stadtbaudirector in die V. Rangsclasse einzureihen;

2. Oberbaurathsstellen zu creieren, welche in die VI. Rangsclasse einzureihen sind.

Die Anträge R. v. Goldschmidt und v. Götz (Punkt 1) werden abgelehnt.

Antrag 2 des St.-R. v. Götz kommt nicht zur Abstimmung, Antrag 2 des St.-R. R. v. Goldschmidt wird abgelehnt.

Die Referenten-Anträge auf Einreihung

des Baudirectors . . . . . in die VI. Rangsclasse,
der Bauräthe . . . . . „ „ VII. „
„ Ober-Ingenieure . . . . . „ „ VIII. „
„ Ingenieure . . . . . „ „ IX. „
„ Ingenieur-Adjuncten I. und II. Classe „ „ X. „

werden angenommen.

3. Buchhaltung.

Die Referenten-Anträge auf Einreihung

des Oberbuchhalters . . . . . in die VI. Rangsclasse,
„ des Buchhalters . . . . . „ „ VII. „
der Rechnungsräthe . . . . . „ „ VIII. „
„ Revidenten . . . . . „ „ IX. „
„ Officiale I. und II. Classe . . . . . „ „ X. „
„ Accessisten . . . . . „ „ XI. „

werden angenommen.

4. Hauptcassa.

St.-R. Dr. Grübl beantragt, es möge bei der Hauptcassa, beim Steueramte, beim Conscriptionsamte, bei der Kanzlei und beim Marktcommissariate der „Directortitel" belassen werden; ferner — der Bürgermeister wird ersucht, bei der weiteren Ausarbeitung des Rangsschemas in Erwägung zu ziehen, ob nicht bei der Hauptcassa und beim Steueramte für die Beamten der VIII. Rangsclasse ein solcher Titel gewählt werden kann, welcher es ermöglicht, die gegenwärtigen Liquidatoren in die VIII. Rangsclasse einzutheilen.

Antrag Dr. Grübl auf Beibehaltung des „Directortitels" wird abgelehnt; desgleichen wird dessen zweiter Antrag bezüglich des Titels „Ober-Controlor" abgelehnt.

Die Referenten-Anträge auf Einreihung

des Vorstandes . . . . . in die VII. Rangsclasse,
der Ober-Controlore . . . . . „ „ VIII. „
„ Cassiere und Controlore . . . . . „ „ IX. „
„ Officiale I. und II. Classe . . . . . „ „ X. „
„ Accessisten . . . . . „ „ XI. „

werden angenommen.

5. Taxabtheilung.

Der Referenten-Antrag auf Einreihung der Officiale II. Classe in die X. Rangsclasse wird angenommen.

6. Steueramt.

Die Referenten-Anträge auf Einreihung

des Vorstandes . . . . . in die VII. Rangsclasse,
der Ober-Controlore . . . . . „ „ VIII. „
„ Cassiere und Controlore . . . . . „ „ IX. „
„ Officiale I. und II. Classe . . . . . „ „ X. „
„ Accessisten . . . . . „ „ XI. „

werden angenommen.

7. Steuerexecutionsamt.

St.-R. Dr. v. Billing beantragt, dem in der IX. Rangsclasse eingetheilten „Revisor" den Titel „Controlor" zu geben. Der Referent accommodiert sich diesem Antrage.

Es wird sohin der Referenten-Antrag auf Einreihung des Controlors in die IX. Rangsclasse und die Officiale I. und II. Classe in die X. Rangsclasse angenommen.

8. Marktamt.

St.-R. Dr. Grübl stellt folgende Anträge:

1. Es sei der Vorstand des Marktamtes in die VII. Rangsclasse inzureihen.

2. Es sei dessen Stellvertreter in die VIII. Rangsclasse einzureihen.

3. Es seien Ober-Commissärsstellen zu creieren, welchen der IX. Rang gebürt.

4. Es sei den Beamten der X. Rangsclasse der Titel „Commissär" zu geben, resp. zu belassen.

St.-R. Dr. Vogler beantragt, den Bürgermeister zu ersuchen, einen anderen Titel als „Directions-Adjunct" für die Beamten der IX. Rangsclasse zu wählen.

Der Bürgermeister erklärt, diesem Ersuchen damit nachzukommen, dass er einfach den Titel „Adjunct" vorschlage.

St.-R. Matzenauer beantragt, die Thierärzte aus dem Status des Marktamtes auszuscheiden und für dieselben einen eigenen Status zu bilden.

Der erste Antrag Dr. Grübl wird abgelehnt.

Demnach entfällt dessen zweiter und dritter Antrag.

Der vierte Antrag Dr. Grübl wird abgelehnt.

Der Antrag Matzenauer wird zurückgezogen, kommt daher nicht zur Abstimmung.

Die Referenten-Anträge auf Einreihung

des Vorstandes . . . . . in die VIII. Rangsclasse,
der Adjuncten . . . . . „ „ IX. „
„ Officiale I. und II. Classe . . . . . „ „ X. „
„ Accessisten . . . . . „ „ XI. „

werden angenommen.

9. Conscriptionsamt.

Die Referenten-Anträge auf Einreihung

des Vorstandes . . . . . in die VIII. Rangsclasse,
der Adjuncten . . . . . „ „ IX. „
„ Officiale I. und II. Classe . . . . . „ „ X. „
„ der Accessisten . . . . . „ „ XI. „

werden angenommen.

10. Kanzlei.

11. Registratur.

Die Referenten-Anträge auf Einreihung

des Vorstandes . . . . . in die VIII. Rangsclasse,
der Adjuncten . . . . . „ „ IX. „
„ Officiale I. und II. Classe . . . . . „ „ X. „
„ Accessisten . . . . . „ „ XI. „

werden angenommen.

12. Feuerwehr-Officiere.

Die Referenten-Anträge auf Einreihung

des Commandanten . . . . . in die VII. Rangsclasse,
„ Ober-Inspectors . . . . . „ „ VIII. „
der Inspectoren . . . . . „ „ IX. „

werden angenommen.

12. Wasserbezugs-Revisorat.

Die Referenten-Anträge auf Einreihung der Officiale I. und II. Classe in die X. Rangsclasse werden angenommen.

14. Schlachthäuser.

Der Referenten-Antrag auf Einreihung der Verwalter in die IX. Rangsclasse wird angenommen.

15. Central-Friedhof.

Die Referenten-Anträge auf Einreihung

des Verwalters . . . . . in die VIII. Rangsclasse
„ Adjuncten . . . . . „ „ IX. „
der Officiale I. und II. Classe . . . . . „ „ X. „
„ Accessisten . . . . . „ „ XI. „

werden angenommen.

16. Versorgungshäuser.

St.-R. Dr. Lederer beantragt, zwei Kategorien von Verwaltern in zwei verschiedenen Rangsclassen zu schaffen.

Referent Bürgermeister Dr. Prix erklärt, seinen Antrag im Sinne dieser Anregung zu modificieren und bei der nächsten Berathung stellen zu wollen.

Die Sitzung wird geschlossen.

Allgemeine Nachrichten.

Approvisionierung.

(Der tägliche Fleischmarkt.)

(In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 1. bis 7. Mai 1892.)

1. Fleischsendungen:

a) für den täglichen Fleischmarkt.

Rindfleisch	214.280 Kg.	(Davon aus Nieder-Österreich — 168.676; aus Ober-Österreich — 1.201; aus Mähren — 16.265; aus Galizien — 21.987; aus Ungarn — 6.151 Kg.)
Kalbfleisch	44.664 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 5.156; aus Mähren — 73; aus Galizien — 39.435 Kg.)
Schaffleisch	353 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 17; aus Galizien — 272; aus Ungarn — 64 Kg.)
Schweinfleisch	29.999 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 26.465; aus Böhmen — 315; aus Mähren — 953; aus Galizien 1.616; aus Ungarn — 420; aus Siebenbürgen 230 Kg.)
Kälber	1.358 Stück	(Davon aus Nieder-Österreich — 160; aus Mähren — 4; aus Galizien — 1192; aus Ungarn — 2 St.)
Schafe	91 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 90; aus Galizien — 1 St.)
Schweine	434 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 79; aus Galizien — 355 St.)
Lämmer	59 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 14; aus Mähren — 1; aus Galizien — 15; aus Ungarn — 29 St.)

b) Für den Approvisionierungsverein.

Rindfleisch	4.058 Kg.	Kälber	41 Stück
Kalbfleisch	279 „	Schafe	4 „
Schaffleisch	— „	Schweine	3 „
Schweinfleisch	861 „	Lämmer	20 „

2. Preisbewegung:

Rindfleisch	von	36	bis	96	kr. per Kg.
Kalbfleisch	„	25	„	70	„ „ „
Schaffleisch	„	50	„	56	„ „ „
Schweinfleisch	„	54	„	70	„ „ „
Kälber	„	32	„	54	„ „ „
Schafe	„	30	„	44	„ „ „
Schweine	„	46	„	63	„ „ „

Lämmer . . . . von 3 fl. bis 5 fl. per Stück.

Bei einer gegen die Vorwoche etwas geringeren Zufuhr an Fleischwaren haben sich die Preise bei lebhafterer Nachfrage namentlich zum Wochenschlusse bei Rindfleisch um 2 kr., bei Kalbfleisch um 4 kr. und bei Kälbern um 2 kr. per Kilogramm gebessert.

* * *

(Pferdemarkt vom 6. Mai 1892.)

Zum Verkaufe wurden gebracht: 467 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . . . 110—400 fl. per Stück,
„ Schlachtpferde . . . . . 23— 83 fl. per Stück.

Der Markt war lebhaft.

Detailpreise in der Woche vom 1. Mai bis 7. Mai 1892:

(Geschlachtet wurden 807 Pferde.)

Vorderes Pferdefleisch		1 Kg.	20—36 kr.
Hinteres „		1 „	24—44 „
Lungen- und Rostbraten		1 „	24—44 „
Selchfleisch	vom Pferde	1 „	36—56 „
Extrawürste	vom Pferde	1 „	30—44 „
Dürre Würste	vom Pferde	1 „	32—56 „
Rohes Fett	vom Pferde	1 „	36—60 „
Geschmolzenes Fett	vom Pferde	1 „	40—80 „
Schweifhaare	vom Pferde	1 Schweif	25—100 „
Knochen	vom Pferde	100 Kg.	fl. 2.—3.—
Häute	vom Pferde	per St.	„ 3.—7.50

* * *

(Schlachtviehmarkt vom 9. Mai 1892.)

1. Auftrieb.

Mastvieh — 4632, Weidevieh —.—, Beinlvieh — 579.

Summa . 5211.

Davon — nach Racen:

Ungarische Thiere	2686
Galizische „	993
Deutsche „	1492
Büffel „	40

Davon — nach Gattungen:

Ochsen	4427
Stiere	383
Kühe	401

2. Preisbewegung.

a) Preis per 100 Kg. Lebendgewicht **mit** Procentabzug:

Ungarische Schlachtthiere	von 50 bis 61	fl.	
(extrem	„ — „ —	„)	
Galizische Schlachtthiere	„ 50 bis 60	„	
(extrem	„ — „ —	„)	
Deutsche Schlachtthiere	„ 53 „ 62	„	
(extrem	„ 63 „ —	„)	
Stiere	„ — „ —	„	
Kühe	„ — „ —	„	
Büffel	„ — „ —	„	
Beinlvieh	„ — „ —	„	

Diese Preise ermäßigen sich um den beim Handel vereinbarten Procentabzug (auf dem heutigen Markte 37 bis 47 %), welchen der Verkäufer dem Käufer als Entschädigung:
a) für den Gewichtsverlust infolge der Schlachtung;
b) für die minderwertigen Stoffe, wie: Haut, Horn, Blut, Unschlitt ꝛc.;
c) für die wertlosen Stoffe, wie: Magen- und Darminhalt ꝛc. zugesteht.

b) Preis per 100 Kg. Lebendgewicht **ohne** Procentabzug:

Ochsen	von	20	bis	35	fl.
Stiere	„	25½	„	36½	„
Kühe	„	23	„	31	„
Büffel	„	21½	„	27	„
Beinlvieh	„	—	„	—	„

c) Preis per Stück:

Beinlvieh . von 29 bis 102 fl.

Nach dem Modus auf Schlachtgewicht wurden keine Schlachtthiere angekauft.

Unverkauft blieben:

Ochsen . . . . . 129 Stück.
Beinlvieh . . . . 69 „

Gegen den letzten Montagsmarkt wurden um 783 Schlachtthiere größtentheils vorzüglicher Qualität mehr aufgetrieben. Die Kauflust war ziemlich flau, daher sehr gute Qualitäten um 1 bis 2 fl. und die übrigen Sorten um 2 bis 3 fl. per 100 Kilo billiger verkauft wurden.

* * *

(Mundgebäck zu 1 Kreuzer und Affichierung der Bäcker-Preistarife.)

Vom Wiener Magistrate wurde unterm 11. April 1892 ad Z. 44998 folgende Currende an die Mitglieder der Wiener Bäckergenossenschaft erlassen.

Über hohen Auftrag des k. k. Ministeriums des Innern vom 17. Febr ar 1892, Z. 16111, intimiert mit Statthalterei-Erlass vom 29. Februar 1892 wird hiemit zur allgemeinen Kenntnis der Mitglieder der Wiener Bäckergenossenschaft gebracht, dass dieselben der hierämtlichen Kundmachung vom 27. März 1872, beziehungsweise vom 3. August 1875, M.-Z. 148441, in correcter Weise nachzukommen haben, das Publicum insbesondere durch keine irgendwie geartete Überredung vom Verlangen der Einhaltung dieser Bestimmungen abbringen dürfen, dem Auftrage, frisches Mundgebäck zu 1 Kreuzer für ein Stück jederzeit in genügender Menge zum Verkaufe zu bieten, sofort zu entsprechen und den nach der oben citierten Kundmachung vorgeschriebenen, ordentlich ausgefüllten Tarif an einer leicht sichtbaren Stelle, also insbesondere an den Außenthüren, Fenstern und Außenwänden ihrer Localitäten, zu verlautbaren haben. Die Einhaltung dieser Vorschriften wird das Marktcommissariat in strengster Weise überwachen und jeden Übertreter behufs Strafamtshandlung bei dem competenten magistratischen Bezirksamte zur Anzeige bringen.

* * *

(Beschränkung der Einfuhr von Schweinen und Wiederkäuern aus Bosnien-Herzegowina.)

Im Hinblicke auf den Fortbestand der Maul- und Klauenseuche in mehreren Orten in Bosnien hat die k. k. Statthalterei mit Kundmachung vom 27. April 1892, Z. 25188, zum Zwecke der thunlichsten Verhütung der Einschleppung dieser Seuche aus Bosnien-Herzegowina nach Niederösterreich unter Behebung der Bestimmungen der h. o. Kundmachung vom 3. März 1892, Z. 9831, Nachstehendes angeordnet:

1. Die Einfuhr von Schweinen aus Bosnien-Herzegowina mit Ausnahme der Provenienzen aus den jeweiligen verseuchten Bezirken darf nur auf dem Borstenviehmarkt in Wiener-Neustadt und zwar nur unter der Bedingung stattfinden, dass diese Thiere daselbst gleich den nach Deutschland bestimmten Schweinetransporten einer fünftägigen Separation und thierärztlichen Beobachtung unterzogen werden und dürfen solche Thiere erst nach Ablauf dieser Frist und nur bei unbedenklichem Gesundheitszustande zum freien Verkehre zugelassen werden.

2. Die Einfuhr von Wiederkäuern (Rindern, Schafen und Ziegen) aus dem genannten Gebiete ist nur nach Wien zur Eisenbahnstation St. Marx (Centralviehmarkt) behufs Schlachtung in den Schlachthäusern des Wiener Schlachtgebietes gestattet.

Übertretungen dieser Bestimmungen werden nach dem Gesetze vom 24. Mai 1882 (R.-G.-Bl. Nr. 51) bestraft.

Diese Verfügung tritt am 29. April 1892 in Wirksamkeit.

Wien, am 27. April 1892.

Von der k. k. n.-ö. Statthalterei.

Kielmansegg m. p.

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 7. Mai 1892.

a) Getreide.

Weizen	(Qualitätsgewicht 74—80 Kg.)	von	8 fl.	51 kr.	bis	10 fl.	20 kr.	per 100 Kg.
Roggen	(„ 68—73 „)	„	7 „	83 „	„	9 „	55 „	
Gerste		„	5 „	50 „	„	8 „	50 „	
Mais		„	5 „	30 „	„	6 „	60 „	
Hafer		„	5 „	89 „	„	6 „	80 „	

b) Mahlproducte.

Gries	von	15 fl.	75 kr.	bis	17 fl.	50 kr.	per 100 Kg.
Weizenmehl	„	8 „	50 „	„	17 „	25 „	
Roggenmehl	„	11 „	25 „	„	16 „	— „	
Weizenkleie	„	4 „	30 „	„	4 „	60 „	
Roggenkleie	„	4 „	90 „	„	5 „	— „	

Städtisches Lagerhaus.

28. April bis 5. Mai 1892:

Waren eingelagert . . . . . 35.652 Meter-Centner
„ ausgelagert . . . . . 47.335 „
Die durchschnittliche Tagesbewegung bezifferte sich auf . . . . . 13.831 Meter-Centner.

Lagerstand vom 5. Mai 1892: 280.788 Meter-Centner, und zwar:

60.884	Meter-Centner	Weizen,	16.657	Meter-Centner	Roggen,
40.853	„	Gerste,	39.248	„	Hafer,
7.014	„	Mais,	10.159	„	Ölsaaten,
17.342	„	Mehl u. Kleie,	8.053	„	Wein,
28.128	„	Zucker,	2.077	Hektoliter à 100%	Spiritus.

Der Assecuranzwert dieser Waren stellt sich auf 3,704.720 fl. öst. Währ.

Öffentliche Sicherheit.

Im Monate April 1892 betrug die Zahl der vom Wiener Magistrate abgeschobenen Individuen . . . 449
dem Wiener Magistrate zugeschobenen (zuständigen) Individuen 43
Durchschüblinge 243
Gesammtzahl . 735

Gewerbeangelegenheiten.

Gewerbeanmeldungen vom 29. April 1892.

(Fortsetzung.)

Mayr Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — VIII., Albertgasse 27.
Nepil Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Inzersdorf, Laxenburgerstraße 3.
Rathausky Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Himbergerstraße 2.
Simek Karoline — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Erlachgasse 6.
Stippel Barbara — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Buchengasse 127.
Türk Antonie — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Schwenkenberggasse 3.
Purner Franz — Verschleiß von geistigen Getränken — XVIII., Währing, Anastasius Grüngasse 9.
Singer Adolf — Gold- und Silberwaren-Verschleiß — I., Kärnthnerstraße 57.
Bartoschek Franz — Hadernhändler — X., Rudolfgasse 13.
Müller Anna — Kleinhandel mit Holz, Kohlen und Coaks — II., Circusgasse 41.

Mezuik Anton — Huf- und Wagenschmied — V., Reinprechtsdorferstraße 6.
Lill Adolf — Hundehändler — X., Kinskygasse 6.
Luigard Anna — Erzeugerin von Kautschuk-Stampiglien — VIII., Piaristengasse 12.
Potzmann Johann — Herrenkleidermacher — VIII., Lenaugasse 16.
Zawistowsky Marie — Damenkleidermacherin — V., Spengergasse 38.
Maly Wenzel — Küchengärtner — XIX., Unter-Döbling, Grinzingerstraße 1.
Reich Regina — Kunstblumen-Erzeugung — IX., Pelikangasse 10.
Lohr Mathias — Mehl- und Gries-Verschleiß — XVIII., Währing, Marktgasse 18.
Bychodil Barbara — Hausierhandel mit Obst und Grünzeug — II., Wintergasse 31.
König Rosa und Schwarz Gustav — Pfaidlerei — I., Vorlaufstraße 5.
Nowotny Ignaz — Schuhmacher — XV., Fünfhaus, Schönbrunnerstraße 43.
Vejlupek Josef — Schuhmacher — X., Leibnitzgasse 3.
Blasaty auch Wlasaty Franz — Schuhmacher — X., Siccardsburgg. 37.
Krenberger Franz Josef — Verschleiß von Schul- und Gebetbüchern — III., Erdbergstraße 40.
Horvath Anna — Spirituosenhandel — X., Columbusgasse 71.
Wolf Agnes — Spirituosenhandel — X., Dampfgasse 21.
Guthmann geb. Koči Marie — Stickerei — VIII., Löwenburggasse 4.
Brand Friedrich — Tapezierer und Decorateur — VIII., Strozzig. 35.
Schandalik Johann — Tapezierer und Decorateur — VIII., Strozzigasse 35.
Baum Moriz — Tischler — X., Quellengasse 50.
Nowotny Antonia — Victualienhandel — II., Wallensteinstraße 50.
Tiller Theresia — Victualienhandel — V., Bacherplatz 13.
Höppe Anna — Wäscheputzerei — VIII., Laudongasse 49.
Fieselmann Georg — Wirtsgewerbe — VII., Neustiftgasse 5.
Krammer Karl — Wirtsgewerbe sammt Fremdenbeherbergung — IX., Nussdorferstraße 59.
Poller Josef — Wirtsgewerbe — VI., Mollardgasse 46.
Schönbauer Leopoldine — Pachtbetrieb des Wirtsgewerbes — VI., Magdalenenstraße 18.
Stadtschnitzer Lorenz — Wirtsgewerbe — X., Bürgergasse 8.
Fischer Ludwig — Commissions-Verschleißer von Wohnungs-Einrichtungsgegenständen — I., Kärnthnerstraße 14. (Das Weitere folgt.)

Z. 1522.

Kundmachung.

(Concurs zur Besetzung erledigter zwei Oberlehrerstellen, beziehungsweise einer Oberlehrerstelle im Wiener Schulbezirke.)

Im Wiener Schulbezirke kommen die Stellen eines Oberlehrers, beziehungsweise einer Oberlehrerin an der allgemeinen Volksschule für Mädchen II., Karajangasse Nr. 14, und eines Oberlehrers an der allgemeinen Volksschule für Knaben und Mädchen XIII. Unter-St. Veit, Auhofstraße Nr. 27 zur Besetzung.

Mit jeder dieser Stellen ist der **Jahresgehalt** der II. Gehaltsclasse von 1200 fl. und mit ersterer der Genuss einer **Naturalwohnung** im Schulgebäude, mit letzterer eine **Quartiergeldentschädigung** von jährlich 450 fl., mit beiden der Anspruch auf **Dienstalterszulagen** von je 100 fl. nach einer Dienstzeit von je fünf Jahren im Sinne der gesetzlichen Bestimmungen verbunden.

Die Bewerber haben ihre Gesuche an den **Wiener Stadtrath** zu richten und **längstens bis 31. Mai 1892** im vorgeschriebenen Dienstwege bei jenen Ortsschulräthen einzubringen, in deren Sprengel die betreffenden Lehrstellen zu vergeben sind, und zwar sind bei jedem Ortsschulrathe soviele Gesuche zu überreichen, als **Kategorien** von Lehrstellen in Betracht kommen. Die in einem Gemeindebezirke angestrebten Lehrstellen **derselben** Kategorie müssen im Gesuche einzeln angeführt werden.

Die Gesuche sind **zu belegen mit:** dem Tauf-, beziehungsweise Geburtsscheine bei solchen Bewerbern, welche im Wiener Schulbezirke noch nicht definitiv angestellt sind, dem Heimatscheine bei männlichen Bewerbern unter derselben Voraussetzung, bei weiblichen Bewerbern in jedem Falle, dem Trauungsscheine bei verheirateten oder verwitweten Bewerberinnen, dem Reifezeugnisse (beziehungsweise dem Maturitätszeugnisse einer Mittelschule) oder der Dispens von der Ablegung der Reifeprüfung, dem Lehrbefähigungszeugnisse für Volksschulen, den Nachweisen der Dienstleistung (Anstellungs-, Enthebungs-Decreten und dergleichen) sowie der Befähigung zum Religionsunterrichte des katholischen Glaubensbekenntnisses im Originale oder in gesetzlich beglaubigten Abschriften, endlich mit der in den Rubriken 1 bis 5 auszufüllenden **Dienstabelle.**

Verspätet einlangende oder innerhalb des Concurstermines nicht gehörig documentierte Gesuche können nicht berücksichtigt werden.

Vom Bezirksschulrathe der Stadt Wien,
am 30. April 1892. 2—3

Z. 1922

Kundmachung.

(Concurs zur Besetzung erledigter Bürgerschullehrer-, beziehungsweise Bürgerschullehrerinnen-Stellen im Wiener Schulbezirke.)

Im Wiener Schulbezirke kommen nachstehend angeführte Bürgerschullehrer, beziehungsweise Bürgerschullehrerinnen-Stellen zur Besetzung:

An den Bürgerschulen:

für Knaben, II. Bezirk, Staudingergasse Nr. 6, je 1 Stelle für einen Lehrer der I., II. und III. Fachgruppe;

für Mädchen, II. Bezirk, Staudingergasse Nr. 6, 1 Stelle für eine Lehrerin, beziehungsweise einen Lehrer der I. Fachgruppe;

für Knaben, II. Bezirk, Pazmanitengasse Nr. 26, 1 Stelle für einen Lehrer der I. Fachgruppe;

für Mädchen, V. Bezirk, Embelgasse Nr. 48, 1 Stelle;

für eine Lehrerin, beziehungsweise einen Lehrer der I. Fachgruppe;

für Knaben, X. Bezirk, Herzgasse Nr. 27, je 1 Stelle für einen Lehrer der I. und III. Fachgruppe;

für Knaben, X. Bezirk, Eugengasse Nr. 30/32, 1 Stelle für einen Lehrer der III. Fachgruppe;

für Mädchen, XI. Bezirk, Simmering, Marktplatz, je 1 Stelle für eine Lehrerin, beziehungsweise einen Lehrer der II. und III. Fachgruppe;

für Knaben, XIII. Bezirk, Penzing, Schulgasse Nr. 10, 2 Stellen für einen Lehrer der I. und 1 Stelle für einen Lehrer der III. Fachgruppe;

für Mädchen, XVI. Bezirk, Neulerchenfeld, Neumayergasse Nr. 33, 1 Stelle für eine Lehrerin, beziehungsweise einen Lehrer der II. Fachgruppe;

für Knaben, XVII. Bezirk, Hernals, Petersplatz Nr. 1, 1 Stelle für einen Lehrer der I. Fachgruppe;

für Knaben, XVIII. Bezirk, Währing, Cottagegasse Nr. 17, 2 Stellen für einen Lehrer der I. und 1 Stelle für einen Lehrer der III. Fachgruppe;

für Mädchen, XVIII. Bezirk, Währing, Josefigasse Nr. 23, 1 Stelle für eine Lehrerin, beziehungsweise einen Lehrer der III. Fachgruppe.

Mit jeder dieser Stellen ist der **Jahresgehalt** der 2. Gehaltsclasse von 1000 fl. und das **Quartiergeld** jährlich 300 fl. für Bürgerschullehrer und je 200 fl. für Bürgerschullehrerinnen, beziehungsweise nach 15jähriger Dienstleistung in definitiver An-

stellung an öffentlichen Volksschulen von jährlich 400 fl. für Bürgerschullehrer und jährlich 250 fl. für Bürgerschullehrerinnen, sowie der Anspruch auf **Dienstalterszulagen** von je 100 fl. nach einer Dienstzeit von je 5 Jahren im Sinne der gesetzlichen Bestimmungen verbunden.

Die Bewerber haben ihre Gesuche an den **Wiener Stadtrath** zu richten und **längstens bis 31. Mai 1892** im vorgeschriebenen Dienstwege bei jenen Ortsschulräthen einzubringen, in deren Sprengel die betreffenden Lehrstellen zu vergeben sind, und zwar sind bei jedem Ortsschulrathe so viele Gesuche zu überreichen, als **Kategorien** von Lehrstellen in Betracht kommen. Die in einem Gemeindebezirke angestrebten Lehrstellen **derselben** Kategorie müssen im Gesuche einzeln angeführt werden.

Die Gesuche sind **zu belegen mit:** dem Tauf-, beziehungsweise Geburtsscheine, bei solchen Bewerbern, welche im Wiener Schulbezirke noch nicht definitiv angestellt sind, dem Heimatscheine bei männlichen Bewerbern unter derselben Voraussetzung, bei weiblichen Bewerbern in jedem Falle, dem Trauungsscheine bei verheirateten oder verwitweten Bewerberinnen, dem Reifezeugnisse (beziehungsweise dem Maturitätszeugnisse einer Mittelschule) oder der Dispens von der Ablegung der Reifeprüfung, den Lehrbefähigungs-Zeugnissen für Volks- und Bürgerschulen, den Nachweisen der Dienstleistung (Anstellungs-, Enthebungs-Decreten und dergleichen) im Originale oder in gesetzlich beglaubigten Abschriften, endlich mit der in den Rubriken 1 bis 5 auszufüllenden **Dienstabelle.**

Verspätet einlangende oder innerhalb des Concurstermines nicht gehörig documentierte Gesuche können nicht berücksichtigt werden.

Vom Bezirksschulrathe der Stadt Wien,
am 30. April 1892. 2—3

Z. 1922.

Kundmachung.

(Concurs zur Besetzung erledigter Volksschullehrer-, beziehungsweise Volksschullehrerinnen-Stellen im Wiener Schulbezirke.)

Im Wiener Schulbezirke kommen nachstehend angeführte Volksschullehrer-, beziehungsweise Volksschullehrerinnen-Stellen zur Besetzung:

An den allgemeinen Volksschulen:

für Mädchen II. Bezirk, Pazmanitengasse Nr. 22, 1 Stelle für eine Lehrerin, beziehungsweise einen Lehrer;

für Knaben und Mädchen II. Bezirk, Engerthstraße Nr. 105, 1 Stelle für einen Lehrer, beziehungsweise eine Lehrerin;

für Knaben und Mädchen II. Bezirk, Schüttaustraße Nr. 78, 1 Stelle für einen Lehrer, beziehungsweise eine Lehrerin;

für Knaben II. Bezirk, Wasnergasse Nr. 33, 1 Stelle für einen Lehrer, beziehungsweise eine Lehrerin;

für Mädchen II. Bezirk, Karajangasse Nr. 14, 1 Stelle für eine Lehrerin, beziehungsweise einen Lehrer;

für Mädchen II. Bezirk, Leopoldsgasse Nr. 3, 1 Stelle für einen Lehrer, beziehungsweise eine Lehrerin;

für Knaben V. Bezirk, Grüngasse Nr. 14, 1 Stelle für einen Lehrer;

für Mädchen V. Bezirk, Hundsthurmerplatz Nr. 14, 1 Stelle für eine Lehrerin, beziehungsweise einen Lehrer;

für Knaben V. Bezirk, Fockygasse Nr. 20, 1 Stelle für einen Lehrer, beziehungsweise eine Lehrerin;

für Mädchen V. Bezirk, Malfattigasse Nr. 1, 1 Stelle für eine Lehrerin, beziehungsweise einen Lehrer;

für Mädchen V. Bezirk, Heinegasse Nr. 36, 1 Stelle für eine Lehrerin, beziehungsweise einen Lehrer;

für Knaben X. Bezirk, Quellengasse Nr. 52, 1 Stelle für einen Lehrer;

für Mädchen X. Bezirk, Keplerplatz Nr. 7, 1 Stelle für eine Lehrerin, beziehungsweise einen Lehrer;

für Knaben X. Bezirk, Uhlandgasse Nr. 1, 1 Stelle für einen Lehrer;

für Mädchen X. Bezirk, Uhlandgasse Nr. 1, 1 Stelle für eine Lehrerin, beziehungsweise einen Lehrer;

für Mädchen X. Bezirk, Laaerstraße Nr. 1, 1 Stelle für eine Lehrerin, beziehungsweise einen Lehrer;

für Knaben und Mädchen X. Bezirk, Quellengasse Nr. 31, 1 Stelle für einen Lehrer, beziehungsweise eine Lehrerin;

für Knaben und Mädchen XI. Bezirk, Simmering, Am Geiselberg, 2 Stellen für Lehrer, beziehungsweise Lehrerinnen;

für Mädchen XI. Bezirk, Simmering, Marktplatz, 2 Stellen für Lehrerinnen, beziehungsweise Lehrer;

für Knaben und Mädchen XI. Bezirk, Simmering, Meichelstraße, 1 Stelle für einen Lehrer;

für Knaben und Mädchen XI. Bezirk, Kaiser-Ebersdorf, 1 Stelle für einen Lehrer;

für Knaben XII. Bezirk, Unter-Meidling, Schulgasse Nr. 6, 1 Stelle für einen Lehrer;

für Mädchen XII. Bezirk, Unter-Meidling, Schulgasse Nr. 8, 1 Stelle für eine Lehrerin;

für Knaben XIII. Bezirk, Breitensee, Antonsgasse Nr. 38, 1 Stelle für einen Lehrer;

für Knaben und Mädchen XIII. Bezirk, Lainz, Hauptstraße Nr. 26, 1 Stelle für einen Lehrer, beziehungsweise eine Lehrerin;

für Knaben XIV. Bezirk, Rudolfsheim, Stättermayergasse Nr. 19, 1 Stelle für einen Lehrer;

für Mädchen XIV. Bezirk, Rudolfsheim, Prinz Karlgasse Nr. 1, 1 Stelle für eine Lehrerin;

für Knaben XVI. Bezirk, Ottakring, Hauptstraße Nr. 158, 1 Stelle für einen Lehrer;

für Knaben XVI. Bezirk, Neulerchenfeld, Schinaglgasse Nr. 5, 2 Stellen für Lehrer, beziehungsweise Lehrerinnen;

für Mädchen XVI. Bezirk, Neulerchenfeld, Neumayergasse Nr. 33, 1 Stelle für eine Lehrerin;

für Knaben XVII. Bezirk, Hernals, Leopoldigasse Nr. 37, 1 Stelle für einen Lehrer;

für Mädchen XVII. Bezirk, Hernals, Leopoldigasse Nr. 37, 1 Stelle für eine Lehrerin;

für Knaben und Mädchen XVIII. Bezirk, Weinhaus, Köhlergasse Nr. 1, 1 Stelle für einen Lehrer, beziehungsweise eine Lehrerin;

für Knaben und Mädchen XVIII. Bezirk, Neustift a. W., 1 Stelle für einen Lehrer, beziehungsweise eine Lehrerin.

Mit jeder dieser Stellen ist der **Jahresgehalt** der II. Gehaltsclasse von 800 fl. und das **Quartiergeld**, jährlich 300 fl. für Volksschullehrer und jährlich 200 fl. für Volksschullehrerinnen, beziehungsweise nach fünfzehnjähriger Dienstleistung in definitiver Anstellung an öffentlichen Volksschulen von 400 fl. für Volksschul-

lehrer und jährlich 250 fl. für Volksschullehrerinnen, sowie der Anspruch auf **Dienstalterszulagen** von je 100 fl. nach einer Dienstzeit von je fünf Jahren im Sinne der gesetzlichen Bestimmungen verbunden.

Die Bewerber haben ihre Gesuche an den **Wiener Stadtrath** zu richten, und **längstens bis 31. Mai 1892** im vorgeschriebenen Dienstwege bei jenen Ortsschulräthen einzubringen, in deren Sprengel die betreffenden Lehrstellen zu vergeben sind, und zwar sind bei jedem Ortsschulrathe soviele Gesuche zu überreichen, als **Kategorien** von Lehrstellen in Betracht kommen. Die in einem Gemeindebezirke angestrebten Lehrstellen **derselben** Kategorie müssen im Gesuche einzeln angeführt werden.

Die Gesuche sind **zu belegen mit:** dem Tauf-, beziehungsweise Geburtsscheine bei solchen Bewerbern, welche im Wiener Schulbezirke noch nicht definitiv angestellt sind, dem Heimatscheine bei männlichen Bewerbern unter derselben Voraussetzung, bei weiblichen Bewerbern in jedem Falle dem Trauungsscheine bei verheirateten oder verwitweten Bewerberinnen, dem Reifezeugnisse (beziehungsweise dem Maturitätszeugnisse einer Mittelschule) oder der Dispens von der Ablegung der Reifeprüfung, dem Lehrbefähigungszeugnisse für Volksschulen, den Nachweisen der Dienstleistung (Anstellungs-, Enthebungsdecreten u. dgl.) im Originale oder in gesetzlich beglaubigten Abschriften, endlich mit der in den Rubriken 1 bis 5 auszufüllenden **Dienstabelle.**

Verspätet einlangende, oder innerhalb des Concurstermines nicht gehörig documentierte Gesuche können nicht berücksichtigt werden.

Vom Bezirksschulrathe der Stadt Wien,

am 30. April 1892. 2—3

Z. 1922.

Kundmachung.

(Concurs zur Besetzung erledigter Unterlehrer-, beziehungsweise Unterlehrerinnenstellen im Wiener Schulbezirke.)

Im Wiener Schulbezirke kommen nachstehend angeführte Unterlehrer-, beziehungsweise Unterlehrerinnenstellen zur Besetzung:

An den allgemeinen Volksschulen:

für Knaben I. Bezirk, Johannesgasse Nr. 4, 1 Stelle für einen Unterlehrer;

für Mädchen I. Bezirk, Habsburgergasse Nr. 14, 1 Stelle für eine Unterlehrerin;

für Knaben VII. Bezirk, Zieglergasse Nr. 21, 1 Stelle für einen Unterlehrer;

für Mädchen VII. Bezirk, Lerchenfelderstraße Nr. 61, 1 Stelle für eine Unterlehrerin;

für Knaben XI. Bezirk, Simmering, Marktplatz, 1 Stelle für einen Unterlehrer;

für Knaben und Mädchen XI. Bezirk, Simmering, Blumengasse, 1 Stelle für eine Unterlehrerin;

für Knaben und Mädchen XI. Bezirk, Simmering, Am Geiselberg, 1 Stelle für eine Unterlehrerin;

für Knaben XII. Bezirk, Unter-Meidling, Schulgasse Nr. 6, 3 Stellen für Unterlehrer;

für Mädchen XIV. Bezirk, Rudolfsheim, Selzergasse Nr. 19, 1 Stelle für eine Unterlehrerin;

für Knaben XIV. Bezirk, Rudolfsheim, Prinz Karlgasse Nr. 7, 2 Stellen für Unterlehrer;

für Knaben XV. Bezirk, Fünfhaus, Victoriagasse Nr. 2, 1 Stelle für einen Unterlehrer;

für Knaben und Mädchen XVI. Bezirk, Ottakring, Hauptstraße Nr. 158, 2 Stellen für Unterlehrer, beziehungsweise Unterlehrerinnen;

für Knaben XVII. Bezirk, Hernals, Kirchengasse Nr. 37, 1 Stelle für einen Unterlehrer;

für Mädchen XVII. Bezirk, Hernals, Schulgasse Nr. 1, 1 Stelle für eine Unterlehrerin;

für Knaben XVIII. Bezirk, Währing, Antonigasse Nr. 4, 1 Stelle für einen Unterlehrer;

für Knaben XIX. Bezirk, Ober-Döbling, Pantzergasse Nr. 25, 2 Stellen für Unterlehrer;

für Knaben XIX. Bezirk, Nussdorf, 1 Stelle für einen Unterlehrer;

für Knaben und Mädchen XIX. Bezirk, Heiligenstadt, 2 Stellen für Unterlehrer, beziehungsweise Unterlehrerinnen.

Mit jeder dieser Stellen ist der **Jahresgehalt** der II. Gehaltsclasse von 600 fl. und das **Quartiergeld** — jährlich 120 fl. für Unterlehrer und jährlich 90 fl. für Unterlehrerinnen — verbunden.

Die Bewerber haben ihre Gesuche an den **Wiener Stadtrath** zu richten und **längstens bis 31. Mai 1892** im vorgeschriebenen Dienstwege bei jenen Ortsschulräthen einzubringen, in deren Sprengel die betreffenden Lehrstellen zu vergeben sind, und zwar sind bei jedem Ortsschulrathe soviele Gesuche zu überreichen, als **Kategorien** von Lehrstellen in Betracht kommen. Die in einem Gemeindebezirke angestrebten Lehrstellen **derselben** Kategorie müssen im Gesuche einzeln angeführt werden.

Die Gesuche sind **zu belegen mit:** Dem Tauf-, beziehungsweise Geburtsscheine, bei solchen Bewerbern, welche im Wiener Schulbezirke noch nicht definitiv angestellt sind, dem Heimatscheine bei männlichen Bewerbern unter derselben Voraussetzung, bei weiblichen Bewerbern in jedem Falle, dem Trauungsscheine bei verheirateten oder verwitweten Bewerberinnen, dem Reifezeugnisse (beziehungsweise dem Maturitätszeugnisse einer Mittelschule) oder der Dispens von der Ablegung der Reifeprüfung, dem Lehrbefähigungszeugnisse für Volksschulen, den Nachweisen der Dienstleistung (Anstellungs-, Enthebungs-Decreten u. dgl.) im Originale oder in gesetzlich beglaubigten Abschriften, endlich mit der in den Rubriken 1 bis 5 auszufüllenden **Dienstabelle.**

Verspätet einlangende oder innerhalb des Concurstermines nicht gehörig documentierte Gesuche können nicht berücksichtigt werden.

Vom Bezirksschulrathe der Stadt Wien,

am 30. April 1892. 2—3

M. Z. 84213

XII.

Kundmachung.

(Concurs für die Stelle des Waisenhausvaters im V. städt. Waisenhause in Klosterneuburg.)

Wegen Besetzung der Stelle des Waisenhausvaters für das V. städtische Waisenhaus für Knaben und Mädchen in Klosterneuburg wird hiemit ein Concurs ausgeschrieben.

Der Waisenhausvater muss österreichischer Staatsbürger und verheiratet sein, die Lehrbefähigung für öffentliche Volksschulen besitzen, damit er in der, mit diesem Waisenhause verbundenen Schule, welche mit dem Öffentlichkeitsrechte ausgestattet ist, die Stelle eines Oberlehrers versehen könne.

Bewerber, die schon im Communaldienste stehen, dürfen das Alter von 50 Jahren, andere das Alter von 40 Jahren nicht überschritten haben.

Mit dieser Stelle sind ein Jahresgehalt von 800 fl. ö. W., vier Quinquennien à 100 fl., eine Naturalwohnung im Anstaltsgebäude, der Bezug des für diese Wohnung erforderlichen Brenn- und Beleuchtungsmateriales, endlich die Verköstigung verbunden und erhält der Waisenhausvater diese Kost sowohl für sich, als auch für seine Gattin und Kinder, solange die Letzteren sich noch unter seiner väterlichen Obhut befinden, nach der jeweilig bestehenden Speiseordnung. — Die sämmtlichen Obliegenheiten eines Waisenhausvaters sind in der Instruction und Hausordnung enthalten, und können beide während der Concursdauer im Waisendepartement des Magistrates eingesehen werden.

Die Gesuche um diese Stelle sind mit dem Heimatsdocumente, den Zeugnissen über die Lehrbefähigung, die bisherige Verwendung und die musikalischen Kenntnisse der Bewerber, dann mit den Taufscheinen und dem Trauungsscheine beider Ehegatten zu belegen, und **längstens bis 15. Mai 1892** im hierortigen Einreichungsprotokolle zu überreichen.

Später einlangende Gesuche können nicht berücksichtigt werden.

Da die Gattin des Waisenhausvaters die Besorgung und Überwachung aller in einem geordneten Haushalte der Familienmutter obliegenden Geschäfte zu übernehmen, und insbesondere auch ohne Anspruch auf separate Honorierung an der Aufsicht über die weiblichen Zöglinge der Anstalt theilzunehmen, sowie die Bereitung der Kost zu überwachen hat, so ist seitens des Bewerbers dem Gesuche noch der Nachweis beizuschließen, dass seine Gattin, entweder eine größere Hauswirtschaft geleitet, oder hiebei mitgewirkt und sich überhaupt solche Kenntnisse zu eigen gemacht habe, dass sie einer größeren Hauswirtschaft vorzustehen und Kinder zu erziehen im Stande ist.

Die Ertheilung des Industrie-Unterrichtes obliegt der Gattin des Waisenhausvaters nicht.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 1. Mai 1892. 2—3

G.-Z. 80782.
V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Pflastererarbeiten** für die Umpflasterung der Praterstraße von der Taborstraße bis zur großen Mohrengasse im II. Bezirke im veranschlagten Kostenbetrage von 2646 fl. 92 kr. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 18. Mai d. J., präcise um 11 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl** im Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 6. Mai 1892. 1—

Prot.-Nr. 66876
ex 1892

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen **Sicherstellung der Lieferung von mindestens 170.000 q Steinkohle und 4600 Raummetern weichem Holze, dann der Verfrachtung von ungefähr 150.000 q Steinkohle** von den städtischen Rutschen am Nordbahnhofe in die Lagerräume der in den Bezirken I bis XIX gelegenen städtischen Anstalten innerhalb der Zeit vom 1. Juni 1892 bis 31. Mai 1893 wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am **Donnerstag den 19. Mai d. J.**, präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes **Philipp**, im neuen Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die im Stadtbauamte und in den Marktcommissariats-Exposituren am Nordbahnhofe und an der Rossauerlände während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen, sowie Exemplare derselben zum Preise von je 10 kr. bei der städtischen Hauptcassa erhalten.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 6. Mai 1892. 2—3

G.-Z. 87360
V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Lieferung der Holzstöckel und der Dachpappe sowie Pflasterungsarbeiten** zur Erneuerung des Holzstöckelpflasters zwischen dem Tramwaygeleise und dem flussaufwärts liegenden Fußwege der Rudolfsbrücke im V. Bezirke im veranschlagten Kostenbetrage von 663 fl. 11 kr. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 19. Mai d. J., präcise um 10 Uhr vormittags**, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl im neuen Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Kostenanschlag, die allgemeine Vorschrift sowie die speciellen Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Das Offert ist, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen und ist demselben das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Magistrat vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 6. Mai 1892. 1—3

Z. 34187
ex 1892

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **maschinellen Arbeiten zur Herstellung einer Niederdruck-Dampfluftheizung für das städtische Schulgebäude im IV. Bezirke, Phorusgasse 10**, wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am Freitag den 20. Mai d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Philipp, im neuen Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.**

Unternehmungslustige können die Pläne, Kostenanschläge und die dem Projecte beigeschlossenen allgemeinen und speciellen Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende, oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 3. Mai 1892. 3—3

Z. 76728.
V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen **Vergebung der Pflastererarbeiten für die Umpflasterung der schadhaften Straßenstrecken in der Nussdorferstraße** im IX. Bezirke im veranschlagten Kostenbetrage von 2020 fl. 16 kr. und 100 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am **17. Mai d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl, im neuen Rathhause (4. Stiege, Mezzanin)**, eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Die städtische Buchhaltung wolle bei dieser Offertverhandlung durch einen Abgeordneten intervenieren.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 2. Mai 1892. 2—3

G.-Z. 59846
V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen **Vergebung der Lieferung von 580.000 Stück 7/7" Mauthausener Würfelsteinen, 7000 Stück 7" Mauthausener Zwickelsteinen, 175.000 Stück 5/7/9" doppeltgeritzten Mauthausener Steinen und 2000 m geraden Randsteinen** wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 11. Mai d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl** im neuen Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Lieferungsvorschriften im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 28. April 1892. 3—3

Z. 30841
V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen **Vergebung der Pflastererarbeiten für die Pflasterung der Fuhrmanns- und Löwenburggasse** im VIII. Bezirke im veranschlagten Kostenbetrage von 2432 fl. 66 kr. und 300 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 16. Mai d. J., präcise um 11 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl** im neuen Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Die Buchhaltung wolle bei dieser Offertverhandlung durch einen Abgeordneten intervenieren.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 2. Mai 1892. 2—3

Z. 424734
VII.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der Erd-, Maurer-, Zimmermanns- und **Maschinistenarbeiten** im veranschlagten Gesammtkostenbetrage von 30.163 fl. 15 kr., dann der Lieferung der geraden Muffenröhren und **Façonröhren** im veranschlagten Kostenbetrage von 63.101 fl. 83 kr., der Maschinenbestandtheile mit der Kostenanschlagssumme von 885 fl. und der geschweißten schmiedeisernen Röhren im veranschlagten Kostenbetrage von 3330 fl. zur **Herstellung einer Nutzwasserleitung vom Lagerhaus-Schöpfwerke für den Central-Viehmarkt und das St. Marxer Schlachthaus** wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am Freitag den 20. d. M., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Stadler** im neuen Rathhause (Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, die Ausmaße, die Kostenanschläge und die dem Projecte beigeschlossenen allgemeinen und speciellen Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke per Bogen zu versehenden Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder mit dem vorgeschriebenen Vadium nicht versehene Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Auch finden nur Offerte von gewerbebehördlich berechtigten Geschäftsleuten Berücksichtigung.

Die Einhaltung der allgemeinen und speciellen Bedingnisse wird seitens der Bauleitung strenge überwacht werden.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 4. Mai 1892. 1—3

G.-Z. 62172.
V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen **Vergebung der Brunnenmeister-Arbeiten für die Reconstruction des Schöpfwerkes** in der Martinsstraße nächst der Blumengasse und des Schöpfwerkes bei der Vereinigung der Wienerstraße mit der Johannes- und Wildenmanngasse im XVIII. Bezirke, im veranschlagten Kostenbetrage von 4149 fl. 40 kr. und 100 fl. Pauschale, beziehungsweise 2982 fl. 26 kr. und 100 fl. Pauschale, wird vom **Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am 16. Mai d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl im neuen Rathhause (4. Stiege, Mezzanin)**, eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Kostenanschläge und die beigeschlossenen allgemeinen und speciellen Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Das Offert ist, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, versiegelt zu überreichen und ist demselben das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 2. Mai 1892. 2—3

G.-Z. 70978
XV.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Lieferung einer Brückenwage für Rinder mit einer Tragkraft 8000 kg** für den neuen Contumazmarkt auf dem Central-Viehmarkte zu St. Marx im veranschlagten Kostenbetrage von 1300 fl. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am Freitag, den 20. Mai d. J., präcise um 10 Uhr vormittags im Bureau des Herrn Magistratsrathes Dr. Kronawetter** im neuen Rathhause (3. Stiege, Parterre), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossenen allgemeinen und speciellen Bedingnisse im Stadtbauamte (4. Stiege, Mezzanin) während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 27. April 1892. 3—3

M.-Z. 63843.
V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen **Vergebung der Erd- und Baumeisterarbeiten für die Herstellung eines Haupt-Unrathskanales aus Beton in der Klosterneuburgerstraße im II. Bezirke** zwischen der Gürtelstraße und der V. Radialstraße, im veranschlagten Kostenbetrage von 5337 fl. 60 kr. und 600 fl. Pauschale, wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 12. Mai d. J., präcise um 10 Uhr Vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl, im neuen Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu **ergänzen**, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 29. April 1892. 2—2

G.-Z. 163407
V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für die Verlängerung des Haupt-Unrathscanales** aus Beton in der Embelgasse im V. Bezirke im veranschlagten Kostenbetrage von 3752 fl. 88 kr. und 1000 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 13. Mai d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl im neuen Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin) eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse des Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 30. April 1892. 3—3

G.-Z. 28635
V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für die Herstellung von Haupt-Unrathscanälen** aus Beton in der Hyrtl-, Hauslab- und Habichergasse, weiters in der Paniken- und Gablenzgasse und in der noch unbenannten Parallelgasse zur Panikengasse in Ottakring im XVI. Bezirke im veranschlagten Gesammtkostenbetrage von 12.628 fl. 84 kr. und 1410 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 14. Mai d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl im neuen Rathhause, 4. Stiege, Mezzanin,** eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, die Profile, die Kostenanschläge und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städt. Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse des Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 1. Mai 1892. 3—3

G.-Z. 472809.
V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen **Vergebung der Erd- und Pflastererarbeiten für die Herstellung eines Linienwall-Durchbruches in der Mollardgasse im VI. Bezirk** im veranschlagten Kostenbetrage von 3386 fl. 65 kr. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 18. Mai d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl im neuen Rathhause (4. Stiege, Mezzanin)**, eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar **mit der** dem Projecte beiliegenden **Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen,** beziehungsweise **zu ergänzen,** sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 3. Mai 1892. 2—3

Z. 85147
XVI.

Kundmachung.

(**Die Aufnahme von Studierenden der Mittelschulen in die k. u. k. Pionnier-Cadettenschule zu Hainburg a. D. betreffend.**)

Über Zuschrift der k. u. k. Pionnier-Cadettenschule zu **Hainburg vom 1. Mai l. J.**, Z. 212, wird hiermit verlautbart, dass diese Cadettenschule zu Beginn jedes Schuljahres (**Mitte September**) eine Anzahl von Studierenden der Mittelschulen in den I. und II. Jahrgang aufnimmt.

Der Eintritt in diese Cadettenschule ist im allgemeinen an nachstehende Bedingungen geknüpft:

1. Die österreichische oder ungarische Staatsbürgerschaft,
2. die körperliche Eignung,
3. ein makelloses Vorleben (befriedigendes sittliches Verhalten),
4. das erreichte Minimal- und nicht überschrittene Maximalalter,
5. eine entsprechende Vorbildung,
6. die Übernahme der Verpflichtung, für die Anschaffung und Erhaltung der vorgeschriebenen Ausstattungsgegenstände aus eigenen Mitteln zu sorgen,
7. den rechtzeitigen Erlag des Schulgeldes und
8. die verlängerte Präsenzdienstpflicht.

Die weiteren Ausführungen zu den einzelnen Punkten sind aus dem Programme der obgenannten Cadettenschule zu ersehen, wovon Exemplare im Bureau des Herrn Magistratsrathes Neubauer im neuen Rathhause, I. Stock, Stiege 4, zur Einsicht aufliegen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 2. Mai 1892. 2—3

B.-A.-Z. 19794.

Kundmachung.

(**Stiftung für Unterofficiere, eventuell Invaliden.**)

Mit Bezug auf die mit Circular-Verordnung des k. und k. Reichs-Kriegsministeriums vom 21. Juni 1867, Abtheilung 9, Nr. 4656, herausgegebenen Bestimmungen über **die Stiftung** des Braumeisters **Ignaz Kuffner** sind dem k. und k. Ergänzungsbezirks-Commando Nr. 4 in Wien **vier** zur Gemeinde Ottakring zuständige reengagierte Unterofficiere **oder** in deren Ermangelung vier Invaliden bekanntzugeben, um dieselben für die Betheiligung aus den Stiftungsinteressen beim k. u. k. Reichs-Kriegsministerium in Antrag bringen zu können.

Bewerber wollen sich mit den diesbezüglichen Nachweisen beim magistratischen Bezirksamte für den XVI. Bezirk, Commissionszimmer Nr. 5, zwischen 8 und 2 Uhr melden.

Wien, am 28. April 1892. 3—3

Z. 79771
XI.

Kundmachung.

(**Stiftung für verarmte Gewerbs- und Handelsleute.**)

Von dem Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiemit bekanntgemacht, dass im Monate Juli 1892 die halbjährigen Interessen der **Baron Moriz Wodianer'schen Stiftung** im Betrage von 973 fl. 20 kr. zur Vertheilung gelangen werden.

Anspruch auf eine Unterstützung aus dieser Stiftung haben **ohne ihr Verschulden verarmte Gewerbs- und Handelsleute ohne** Rücksicht auf die Confession oder Heimatsberechtigung; dieselben müssen jedoch **in Wien wohnhaft** sein. Diejenigen, welche für eine Familie zu sorgen haben und nicht kinderlose Witwen, die ein Gewerbe betreiben, haben unter gleichen Verhältnissen den Vorzug.

Bewerber um obige Stiftung haben ihren Gesuchen den Tauf-, respective Geburtsschein, den Trauungsschein und die Tauf-, respective Geburtszettel der Kinder, ferner den Gewerbeschein oder das Concessionsdecret, den Erwerbsteuerschein und ein legales Mittellosigkeitszeugnis, Witwen aber noch außerdem den Todtenschein des Gatten beizulegen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind längstens bis 28. Mai 1892 im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Wien, am 28. April 1892. 1—3

G.-Z. 79772
XI.

Kundmachung.

(Stiftung für verarmte, kränkliche Gastgeberswitwen.)

Von dem Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiemit bekannt gemacht, dass am 24. Juni 1892 die Interessen der Johann Stettner'schen Stiftung im Betrage von 81 fl. 15 kr. an fünf Gastgeberswitwen in Wien, die kränklich und ohne ihr Verschulden verarmt sind, zur Vertheilung gelangen werden.

Bewerberinnen um eine Betheilung aus dieser Stiftung haben ihren Gesuchen den Tauf-, Geburts-, Trauungs- und Heimatschein, die Tauf-, Geburts-Zeugnisse der Kinder, den Todtenschein des Gatten, den Rathschlag über die erfolgte Wirtsconcessionszurücklegung ein ärztliches Parere über ihre Kränklichkeit, sowie ein legales Armutszeugnis, in welchem der Umstand, dass sie ohne ihr Verschulden verarmt sind, bestätigt erscheint, beizulegen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind längstens bis 20. Mai 1892 im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates zu überreichen.

Auf später überreichte, oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Wien, am 30. April 1892. 1—3

Z. 80465
XI.

Kundmachung.

(Armenstiftung.)

Von dem Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiemit bekanntgemacht, dass **am 1. Juli 1892 die Interessen der Gustav Freiherr von Heine-Geldern'schen Stiftung per 327 fl. 20 kr. ö. W. in Beträgen von 25 bis 50 fl. ö. W. zur Vertheilung gelangen werden.**

Auf eine Unterstützung aus dieser Stiftung haben Anspruch: Witwen von Gewerbsleuten und krüppelhafte Waisen, ohne Unterschied der Confession, welche der Stadt Wien angehören und dieses, sowie ihre Armut legal nachweisen können.

Der Stiftungsgenuss kann, höchst würdige Fälle ausgenommen, in zwei auf einander folgenden Jahren nicht an eine und dieselbe Person verliehen werden.

Witwen, welche um eine Unterstützung aus dieser Stiftung einschreiten, haben ihren Gesuchen ein legales Armutszeugnis, den Tauf-, respective Geburtsschein, den Trauungsschein, den Todtenschein des Mannes, das ihr Heimatrecht in Wien nachweisende Document, endlich eine Bestätigung, dass der Gatte ein Gewerbe betrieben hat, beizulegen.

Waisen haben dem Gesuche den Tauf-, beziehungsweise Geburtsschein, den Impfzettel, den Todtenschein des Vaters oder der Eltern, ein legales Armutszeugnis, ein armenärztliches Zeugnis über ihre Krüppelhaftigkeit und den Nachweis des Heimatrechtes in Wien anzuschließen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 25. Mai 1892 im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates zu überreichen.**

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 25. April 1892. 3—3

Inhalt.

Seite

Gemeinderath:
Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 6. Mai 1892.
Inhalt:
Mittheilungen des Vorsitzenden:
1. Beurlaubung des Gem.-Rathes Dr. v. Billing 1107
2. Entschuldigung der Gem.-Räthe Siegert, Pollak und von Stummer wegen Fernbleibens 1107
3. Einladung zur Besichtigung der Stadtbahnskizzen 1107
4. Spende der Herren Wilhelm und Karl Kuffner für Arme . . 1107
5. Spende des Malers Friedländer (Bild) 1107
6. Beantwortung der Interpellation des Gem.-Rathes Trambauer, betreffend die Einführung von Tramway-Abonnementskarten zu zehn Stück und die Affichierung der Anzahl der Stehplätze in den Waggons 1107
Interpellationen:
7. Gem.-Rath Bärtl, betreffend die Scontrierung der Fondsgutscassen Ebersdorf und Spitz 1108
8. Gem.-Rath Grünbeck, betreffend die Vermietung der Linienamtsgebäude, die Beseitigung des Linienwalles und die Herstellung von Linienwall-Durchbrüchen 1108
9. Derselbe, betreffend die Schonung der Äcker, Wiesen und Weingärten bei den militärischen Feldübungen 1108
Anträge:
10. Gem.-Rath Büsch, betreffend Einladung der Gemeinderäthe zu den infolge ihrer Anträge stattfindenden Commissionen 1108
11. Gem.-Rath Geyer, betreffend die Errichtung eines Auslaufbrunnens in der Paulinengasse in Währing und die Herstellung mehrerer gepflasterter Straßenübergänge in diesem Bezirke . . 1108
Referate:
12. Gem.-Rath R. v. Neumann, betreffend die Erlangung von Entwürfen für einen General-Regulierungsplan über das gesammte Gemeindegebiet von Wien. (Fortsetzung der in der Gemeinderaths-Sitzung vom 3. Mai l. J. begonnenen Debatte) . 1108
13. Gem.-Rath Dr. Hackenberg, betreffend Grundtausch mit der allgemeinen österreichischen Baugesellschaft an der Triesterstraße im X. Bezirke 1117
14. Derselbe, betreffend den Verkauf der städtischen Baustellen an der Ecke der Burg- und Kirchberggasse im VII. Bezirke . . . 1120
Beschluss-Protokoll der vertraulichen Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom 6. Mai 1892.
Inhalt:
1. Gem.-Rath Wurm, betreffend den Aufschub der Demolierung des Hauses Nr. 2 Minoritenplatz, I. Bezirk 1123
2. Gem.-Rath Josef Müller, betreffend Schadloshaltung für Grundabtretung 1123
Stadtrath:
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 4. Mai 1892, 10 Uhr Vorm. 1123
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 4. Mai 1892, 5 Uhr Nachm. 1130
Allgemeine Nachrichten:
Approvisionierung:
Täglicher Fleischmarkt vom 1. bis 7. Mai 1892 1132
Pferdemarkt vom 6. Mai 1892 1132
Schlachtviehmarkt vom 9. Mai 1892 1132
Mundgebäck zu 1 Kreuzer und Affichierung der Bäcker-Preistarife . . 1133
Beschränkung der Einfuhr von Schweinen und Wiederkäuern aus Bosnien-Herzegowina 1133
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 7. Mai 1892 1133
Städtisches Lagerhaus 1133
Öffentliche Sicherheit 1133
Gewerbeangelegenheiten:
Gewerbeanmeldungen 1133
Kundmachungen . . . . . 1134—1142
Beilage: Mittheilungen des statistischen Departements des Wiener Magistrates. Monatsbericht pro Februar 1892.

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** — Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.
Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. B. Wallishausser's** k. u. k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Otto Maaß (Haasenstein & Vogler), Wien, I., Wallfischgasse 10.

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag 4 Uhr Nachmittags.

Nr. 37. Freitag, den 13. Mai 1892. Jahrgang I.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl., „ „ mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Sitzungen des Gemeinderathes.

Dienstag, den 17. Mai 1892, um 5 Uhr Nachmittags.
Freitag, den 20. Mai 1892, um 5 Uhr Nachmittags.

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom 10. Mai 1892 unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Johann Nep. Prix und des Vice-Bürgermeisters Dr. Albert Richter.

Bürgermeister Dr. Prix: Die Sitzung ist eröffnet.

1. Gem.-Rath Silberer hat einen Urlaub von 14 Tagen angetreten. Gem.-Rath Winkler entschuldigt sein Ausbleiben von der heutigen Sitzung, ebenso Gem.-Rath R. v. Neumann.

2. Die „Berliner Liedertafel" hat ein Schreiben an mich gerichtet, mit dem Ersuchen, der verehrlichen Vertretung der Kaiserstadt Wien den herzlichsten Dank der „Berliner Liedertafel" zur Kenntnis bringen zu wollen. (Beifall.)

3. Das constituierende Comité für den I. Wiener Naturheilverein hat aus dem Erlöse für die Eintrittskarten zum Vortrage des Pfarrers Kneipp einen Betrag von hundert Gulden für die Armen übergeben.

Wird der Dank ausgesprochen.

4. Ich habe die Ehre, die Interpellation des Herrn Gem.-Rathes Grünbeck bezüglich der Linienamtsgebäude und der Linienwall-Durchbrüche zu beantworten. Die alten Linienamtsgebäude werden, soweit sie nicht zur Unterbringung von Beamten und Mannschaften der Finanzwache verwendet werden, vom Finanzärar an Gewerbetreibende gegen vierteljährige oder monatliche Kündigung vermietet.

Was die Abgrabung des Linienwalles betrifft, so ist bekanntlich von Seite des Gemeinderathes schon am 11. März diesfalls ein Beschluss gefasst worden, der ans Ministerium gieng. Darüber ist die Erledigung bereits eingelangt, welche in den nächsten Tagen Gegenstand des Referates hier sein wird.

Was die Herstellung von Linienwall-Durchbrüchen überhaupt anbelangt, so ist es überall dort, wo es möglich war und Privatverhältnisse nicht entgegengestanden sind, geschehen; wo aber solche Verhältnisse sind, sind Verhandlungen, sie zu beseitigen, im Zuge. Das lässt sich aber naturgemäß nicht so rasch durchführen. Sowie Resultate darüber erzielt werden, wird der Gemeinderath in die Lage kommen, darüber zu beschließen.

Ich ersuche, die Einläufe zu verlesen.

Schriftführer Gem.-Rath Janotta (liest):

5. Interpellation des **Gem.-Rathes Wimberger:**

In der Sitzung vom 19. Jänner d. J. erlaubte ich mir, wegen Behebung der Verhinderung des allgemeinen Verkehrs durch die schlechte Veranlagung des Tramwaygeleises beim Hause Nr. 67 in der Burggasse eine Anfrage zu stellen, in deren Beantwortung der Herr Bürgermeister wohl die Pflege von Erhebungen zusicherte, zugleich aber auch darauf aufmerksam machte, dass die nach eingehender Tracenrevision und Feststellung derselben zwischen den Parteien, also zwischen der Gemeinde und der Tramway, erfolgte Durchführung der Tramwaylinie nur wieder im Einverständnisse beider Theile abgeändert werden könnte, vorausgesetzt, es fände thatsächlich eine Behinderung des Verkehres statt.

Ich constatiere nun, dass über diese Angelegenheit am 21. April d. J. eine commissionelle Besichtigung und darüber eine Verhandlung stattfand, in deren Verlauf von allen daran theilnehmenden Personen die das in Frage stehende Haus factisch blockierende Veranlagung der Trace zugegeben und auch allseits die unbedingte Nothwendigkeit einer ehesten Abhilfe anerkannt wurde. Auch die Vertreter der Tramway-Gesellschaft selbst pflichteten dieser Ansicht bei, ja selbe machten noch weitere Vorschläge wegen Abhilfe, nur konnte selbe nicht umhin, auch auf die thatsächliche, im Einvernehmen der Parteien, also zwischen der Gemeinde und der Tramway-Gesellschaft, stattgefundenen Feststellung der Trace zu verweisen und sonach auch schon aus principiellen Rücksichten die Tragung der diesbezüglichen Kosten abzulehnen. Der Leiter der Verhandlungen regte selber an, dass die Kosten der Abänderung von der Gesellschaft und von dem Besitzer des Hauses Nr. 67 bestritten werden mögen, wogegen von den Beschädigten wohl keine sofortige Einwendung erhoben wurde. Nachträglich berechnete die Tramway-Gesellschaft die Kosten der Abänderung mit 800 fl. und wünschte von dem Hauseigenthümer eine Beitragsleistung von

600 fl., welche der letztere jedoch ablehnte, indem er zugleich diesfalls die Intervention Sr. Excellenz des Herrn Statthalters sich erbat.

Mittlerweile sind die Bewohner des Hauses aber noch fortwährend allen Unzukömmlichkeiten der Verkehrsbehinderung ausgesetzt, und wenn selbe absolut einmal auch dadurch in eine Zwangslage versetzt erscheinen, so droht ihnen sogar eine Bestrafung. Thatsächlich ist der in dem fraglichen Hause wohnende Wirt, welcher am 4. d. M. Wein abladen musste, weil er solchen seinen Gästen nicht mehr hätte vorsetzen können, einer Bestrafung nur wegen der Nachsicht entgangen, die der Polizeirath, welcher den wirklich betrübenden Bestand persönlich kennt, gegen ihn übte.

Es geht aber nun nicht an, daß Bewohner Wiens ohne jedes persönliche Verschulden einerseits förmlich zu einer Leistung gepresst werden, andererseits aber unabänderlich auch einer Bestrafung ausgesetzt erscheinen, weil deren allgemeine Interessen von den berufenen Organen vielleicht nicht genügend gewahrt wurden.

Mit Rücksicht auf das Angeführte erlaube ich mir sonach in dieser Angelegenheit die neuerliche Anfrage zu stellen:

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, über die Sachlage weitere Erhebungen insbesonders darüber pflegen zu lassen, ob der unhaltbare Bestand nicht auf ein Versehen communaler Organe oder Vertrauensmänner zurückzuführen ist, und wenn solches der Fall sein sollte, wäre er nicht auch bereit, auf eine Abhilfe Bedacht zu nehmen, durch welche nicht Unschuldige zu irgend einer Leistung herangezogen werden?

Bürgermeister: Nach dem Inhalte dieser Interpellation sind ohnedies die Verhandlungen im Zuge, ich kann auf das Resultat derselben und auf die Durchführung einen Einfluss nicht nehmen.

Schriftführer Gem.-Rath Janotta (liest):

6. Interpellation des Gem.-Rathes Röhrl:

Im XIV. Bezirke Wiens war es bisher Gepflogenheit, dass Schankgewerbetreibende, welche das Trottoir vor ihrem Geschäftslocale zum Aufstellen von Tischen und Sesseln benützten, 50 Kreuzer per Quadratmeter und Jahr als Platzmiete bezahlten.

Nach Einverleibung der Vororte mit Wien nahm der löbliche Magistrat auf den seinerzeitigen Ausschuss-Beschluss der Gemeinden Rudolfsheim-Sechshaus keine Rücksicht und erhöhte die Platzmiete auf zwei Gulden per Quadratmeter ganz im gleichen Verhältnisse wie am Stefansplatz und der Ringstraße.

Es ist selbstverständlich, dass diese Gleichstellung eine ungerechte ist, da doch die Geschäftsposten Märzstraße, Felbergasse mit dem Stefansplatze und der Ringstraße in keinem Verhältnisse stehen.

Ebenso sind die damit verbundenen Commissionsgebüren, welche eingehoben werden, viel zu hoch und gewiss den Einkünften der Gewerbetreibenden der neuen Bezirke Wiens nicht entsprechend.

Ich erlaube mir daher, folgende Interpellation zu stellen:

Ist der geehrte Herr Bürgermeister geneigt, die Verträge der ehemaligen Vorortegemeinde-Vertretungen in Beziehung auf die Benützung des Trottoirs zu respectieren, ferner die Platzmiete der Trottoirs und die damit verbundenen Commissionsgebüren auf die Dauer von zehn Jahren, während des Übergangsstadiums, in den neuen Bezirken Wiens dem Verhältnisse entsprechend herabzusetzen, um damit jede gewerbliche Störung und sonstige Verluste der Schankgewerbetreibenden zu vermeiden?

Bürgermeister: Ich habe die Ehre, zu erwidern, dass ich ja persönlich auf solche Verhältnisse in der Richtung nicht Einfluss nehmen kann, dass ich irgend etwas decretiere. Ich glaube, dass die Interpellation eigentlich als Antrag aufzufassen sei und würde dieselbe als solchen dem Stadtrathe zur Vorberathung zuweisen. Sind die Herren damit einverstanden? (Allgemeine Zustimmung.) Angenommen.

Schriftführer Gem.-Rath Janotta (liest):

7. Gem.-Rath Trambauer stellt folgende Interpellation:

Am 8. Mai a. c., in den frühen Morgenstunden, wurde eine größere Anzahl Lohnfuhrwerksbesitzer durch Wachleute aus ihrer Wohnung ausgehoben, zum Polizei-Commissariat im X. Bezirke escortiert und dort in Arreste abgeführt, später dann truppweise von mehreren Wachleuten zur Polizei-Expositur „Südbahn" abgeführt und dort interniert.

Ich war am 8. Mai um 8 Uhr morgens am Südbahnhof und habe mich persönlich von dem Falle überzeugt.

Da es doch nicht angeht, steuerzahlende Gewerbsleute wie gemeine Verbrecher zu behandeln, unter Wachebegleitung in den Straßen zu escortieren und so dem öffentlichen Spotte preiszugeben, so erlaube ich mir, an den hochgeehrten Herrn Bürgermeister die ergebenste Anfrage zu richten:

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, als Oberhaupt der Bürgerschaft der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, dahin zu wirken, dass jedem Bürger im Sinne des Gesetzes der Schutz der persönlichen Freiheit gewährleistet wird?

Bürgermeister: Ich habe hierauf zu erwidern, dass mir nicht Fälle bekannt geworden sind, aus denen sich eine Verletzung des Gesetzes zum Schutze der persönlichen Freiheit ergibt.

Gem.-Rath Trambauer: Zur Geschäftsordnung!

Bürgermeister: Über Interpellationen gibt es keine Debatte.

Gem.-Rath Trambauer: Ich würde wünschen . . . .

Bürgermeister (unterbrechend): Ich bitte, sich der Geschäftsordnung zu fügen.

Gem.-Rath Trambauer: Es steht dort, was die Comfortabler mir geschickt haben; ich bitte, dass das zur Verlesung gebracht werde.

Bürgermeister: Ich ersuche, sich nicht weiter darüber zu ergehen; es gibt über Interpellationen und deren Beantwortung keinerlei Debatten.

Gem.-Rath Trambauer: Entschuldigen, Herr Bürgermeister, ich will keine Debatte führen, sondern drücke den Wunsch aus, dass das verlesen werde.

Bürgermeister: Es geht nicht. Wir müssen das Gesetz (Unruhe.) . . . . Ich bitte um Ruhe! Das Gesetz, das wir uns selbst gegeben haben, müssen Sie wahren. Es gibt keine Debatte und ich lasse keine Debatte zu. (Lebhafte Unruhe links.) Ich bitte fortzufahren.

Schriftführer Gem.-Rath Janotta (liest):

8. Interpellation des Gem.-Rathes Frauenberger:

Zur großen und peinlichen Überraschung des leidtragenden Publicums wird seit Mittwoch den 4. d. M. auf dem Central-Friedhofe die Leichenversenkung wieder mittels des Strickes vorgenommen, weil die bisher in Verwendung gestandenen Apparate, deren sich eine Firma, welcher seitens der Commune die Leichenversenkung übertragen war, bediente, infolge einer Entscheidung des Obersten Gerichtshofes wegen Patentverletzung confisciert worden sind. Dass diese rohe und verletzende Manipulation mit dem Stricke dem ganzen Begräbniswesen der Reichshauptstadt unwürdig ist, bedarf wohl keiner näheren Begründung. Ebenso wäre überflüssig, jetzt noch den Nachweis führen zu wollen, dass diejenigen Recht behalten haben, welche seit Jahren, freilich vergebens, gegen die fast privilegierte Übertragung der Leichenversenkung an eine Bestattungsfirma aufgetreten sind und deren Übernahme in die eigene Regie der Gemeinde anstrebten, weil die Thatsachen nunmehr von selbst sprechen.

Richtig ist, dass die Commune Wien jährlich tausende von Gulden mühelos einem Privaten verdienen ließ, der die Leichenversenkung noch mit einem Apparat ganz veralteten Systems durchführte, an welches obendrein noch ein Patentstreit geknüpft war, während dieselbe in eigener Regie pietätvoller, würdiger und für die Gemeinde einträglicher hätte bewerkstelligt werden können. Demzufolge erlaube ich mir, an den Herrn Bürgermeister die Anfrage zu richten:

1. Ob derselbe nicht geneigt wäre, den Stadtrath zu beauftragen, meinen schon längst eingebrachten Antrag wegen Übernahme der Leichenversenkung in eigene Regie in schleunigste Berathung zu ziehen und hierüber dem Gemeinderathe ehestens Bericht zu erstatten.

2. Ob der Herr Bürgermeister nicht geneigt wäre, sofort zu veranlassen, dass das verletzende Hantieren mit dem Stricke wieder abgeschafft und die Leichenversenkung auf dem Central-Friedhofe indessen probeweise und in eigener Regie mit Apparaten durchgeführt

werde, wie sie beispielsweise seit Jahren auf den Friedhöfen in Ober-Döbling, Hernals, Meidling &c. in Verwendung stehen, gegen welche kein Patentstreit vorliegt, neuesten Systems sind, der Pietät vollkommen entsprechen und ohne jeden Anstand auf das beste functionieren.

Bürgermeister: Ich glaube, dass diese Angelegenheit dem Stadtrathe zuzuweisen sein wird. (Zustimmung.) Angenommen.

Schriftführer Gem.-Rath Janotta (liest):

9. Antrag des **Gem.-Rathes Dr. Klotzberg:**

An dem wichtigsten Straßen-, Tramway- und Omnibusknotenpunkte des IX. Bezirkes, nämlich an der Nussdorferlinie, ist keine Haltestelle der Donaucanallinie (Gesellschaft Krauß); denn nach den Plänen hat der IX. Bezirk nur die Haltestellen Nossau und Franz Josefbahn; die nächste Haltestelle folgt erst in der Leibenfrostgasse in Döbling, somit 1200 m von der Franz Josefbahn-Haltestelle entfernt; diese Haltestelle hätte somit eine Entfernung von 600 m von der Franz Josefbahn und 600 m von der Leibenfrostgasse, welche Entfernungen für eine dem Zwecke entsprechende Stadtbahn keineswegs zu klein sind, da sich in London und New-York noch näherliegende Haltestellen vorfinden.

An der Nussdorferlinie kreuzen sich folgende Verkehre:

1. Dampftrambahn Nussdorf—Gürtelstraße,
2. Neue Trambahn Nussdorferlinie—Schottenring,
3. Alte Trambahn Viriotplatz—Porzellangasse—Schottenring,
4. Alte Trambahn Döbling—Schottenring,
5. Stellwagen Döbling—Stadt,
6. „ Grinzing—Stadt,
7. „ Sievering—Stadt,
8. „ Nussdorferlinie—Fünfhaus.

An einem so wichtigen Knotenpunkte, an welchem sich zugleich die Hauptstraßenzüge begegnen von: a) Liechtensteinstraße, b) Nussdorferstraße, c) Gürtelstraße, d) Döblinger Hauptstraße, e) Althanstraße, beantragen daher die Gefertigten:

Eine Haltestelle der Donaucanallinie bei der Nussdorferlinie zu errichten.

An den Stadtrath.

10. Antrag des **Gem.-Rathes Wimberger** und Genossen:

In Erwägung des Umstandes, dass die Approvisionierung der Stadt Wien durch strenge veterinäre Maßregeln in sehr empfindlicher Weise geschädigt wird, erlaube ich mir im Hinblicke auf den Fortbestand der Ministerial-Verordnung vom 27. Jänner d. J., R.-G.-Bl. Nr. 14, die Aufmerksamkeit des löblichen Gemeinderathes auf die Thatsache zu lenken, dass ungeachtet der herrschenden Fleischvertheuerung in Wien durch die Maßregeln der erwähnten Verordnung, welche eine fünftägige Contumaz aller für Wien bestimmten Schweine vorschreibt, auch die Preise des Schweinefleisches continuierlich im Steigen begriffen sind.

Wenn nicht bald Abhilfe geschaffen und durch die Auflassung der Contumaz für eine vermehrte Zufuhr galizischer Schweine gesorgt wird, so ist die Gefahr einer exorbitanten Fleischtheuerung unvermeidlich und wird auch dieser der ärmeren Bevölkerungsclasse noch zugängliche Fleisch-Consumartikel über kurz oder lang unerschwinglich.

Ich stelle daher den Antrag:

1. Der Herr Bürgermeister werde ersucht, an Se. Excellenz den Herrn Ministerpräsidenten als Leiter des Ministeriums des Innern die Anfrage zu richten, ob und unter welchen Umständen die directe Einfuhr der Schweine aus Galizien nach Wien ohne Berührung der Station Biala gestattet werden würde;

2. der löbliche Gemeinderath wolle seine Bereitwilligkeit erklären, eventuellen Falles für diese Gattung Schweine den Bau eines eigenen Marktes in Verbindung mit einem Schlachthause für den Wiener Localbedarf unverzüglich in Ausführung zu bringen;

3. sei im Sinne des Antrages 2 dieses Baues am Schienenstrang dieses Szállásflügels anschließend an den projectierten Seuchenhof in St. Marx zu beschließen und

4. sei das Stadtbauamt im Falle der Annahme meiner Anträge zur schleunigen Vorlage eines Gutachtens, beziehungsweise Detailprojectes zu beauftragen.

An den Stadtrath.

11. Antrag des **Gem.-Rathes Frauenberger** und Genossen:

Mit Beseitigung des Linienwalles schließen die Häuser der neu angegliederten Gemeinden, welche innerhalb der Gürtelstraße liegen, fast an die äußersten Häuser der alten Bezirke an, und es wäre daher im hohen Grade wünschenswert, wenigstens dieses beinahe angebaute Territorium so rasch als möglich mit Hochquellenwasser zu versehen.

Es ist dies umso leichter durchführbar, als die Niveaudruckverhältnisse in diesem Theile der neuen Gemeinden dieselben sind als in den angrenzenden Häusern der alten Bezirke, und andererseits auch das für diese Häusergruppen nothwendige Wasserquantum schon unter den gegenwärtigen Verhältnissen vollständig ausreichend erscheint.

Ohne einer weiteren Begründung stelle ich daher den Antrag, der löbliche Gemeinderath wolle beschließen:

Es sei das Bauamt zu beauftragen, wegen Versorgung der innerhalb der Gürtelstraße liegenden Häuser der einbezogenen Gemeinden mit Hochquellenwasser das Nöthige zu veranlassen und hierüber dem Gemeinderathe ehestens Bericht zu erstatten.

An den Stadtrath.

12. Antrag des **Gem.-Rathes Lang** und Genossen:

In Erwägung, dass die bisher gewonnenen Erfahrungen bereits allen Gemeinderäthen die Überzeugung beigebracht haben dürften, dass die neben dem Amtsblatte erscheinenden Beschlussprotokolle eine entbehrliche Drucksorte sind, welche das Budget der Gemeinde überflüssig belasten, beantragen die Gefertigten:

Es seien die Beschlussprotokolle über die Sitzungen des Gemeinderathes ab Ende 1892 aufzulassen.

An den Stadtrath.

13. Antrag des **Gem.-Rathes Steiner** und Genossen:

Im XIX. Bezirke Unter-Sievering, Windhabergasse, besteht dermalen gegenüber dem Hause Nr. 12 ein Holzbeschlacht zum Schutze des Straßenkörpers gegen den vorbeifließenden Bach; dasselbe ist jedoch schon verfault und zum Theile sogar schon eingestürzt. Die hiedurch entstandenen Öffnungen sind mit Pfosten überlegt.

Da an dieser Stelle, sowie überhaupt in der ganzen Windhabergasse längs des Baches die Gefahr besteht, dass durch weitere Abstürze und Abrutschungen des Erdreichs Unglücksfälle eintreten, da ferner die in Rede stehende Gasse den einzigen Zugang für die vom oberen Theile Sieverings kommenden Kinder zum Schulhause bildet, so stellen die Gefertigten den Antrag:

Das Stadtbauamt, resp. die technische Abtheilung des Bezirksamtes des XIX. Bezirkes werde beauftragt, wegen einsturzsicherer Überwölbung des gefährdeten Theiles der Windhabergasse oder wegen Abstellung der gerügten Übelstände in einer anderen geeigneten Form das Nöthige schleunigst zu veranlassen.

Bürgermeister: Ich kann das nur als eine Anzeige auffassen, gebe sie daher dem Magistrate.

Schriftführer Gem.-Rath Janotta (liest):

14. Antrag des **Gem.-Rathes Steiner** und Genossen:

In der Grinzingerstraße im XIX. Bezirke Ober-Döbling bestehen dermalen sowohl in sanitärer als auch in polizeilicher Hinsicht geradezu unhaltbare Zustände. Es fließt dort aus den Häusern Nr. 3, 5, 6, 13, 15 Grinzingerstraße, Ober-Döbling, sowie Haus Nr. 1 (Zehenthof) Grinzingerstraße, Unter-Döbling, das Spülwasser in das offene Rinnsal in einer Länge von 240 m nächst dem beiderseits gelegenen, jederzeit sehr stark frequentierten Trottoir. Weiters führt auf der anderen Seite ein im Durchschnitte von 90 bis 110 cm tief unter dem Straßenrande liegender Graben, der als offener Ablauf für das überlaufende Wasser dient. Dieser Graben wird sowohl dem gehenden als auch dem fahrenden Publicum für seine persönliche Sicherheit gefährlich, und sind auch diesfalls von Seite der Polizei wiederholt Anzeigen wegen vorgekommener Unfälle erstattet worden; andererseits kommt das von einem Auslaufbrunnen beständig ablaufende, sowie das aus der Lerchengasse kommende Spülwasser im Winter zum Gefrieren, so dass der Graben dann eine ebene Fläche mit Straße und Trottoir bildet, und können dann die bei Thauwetter aus Sievering und Grinzing kommenden bedeutenden Wassermassen nicht regelmäßig Abfluss finden, wodurch Straße und Gehweg überschwemmt und unpassierbar gemacht werden.

Aus den oben angeführten Gründen, namentlich auch in der Erwägung, dass in unmittelbarer Nähe des bezeichneten Ortes das Rudolfiner-Krankenhaus sich befindet, erlauben sich die Gefertigten, den Antrag zu stellen:

Das Stadtbauamt sei zu beauftragen, wegen Herstellung eines Straßencanales vom Kreuzungspunkte der Silbergasse, Grinzingerstraße, Herrengasse und Hirschengasse einerseits, woselbst ein Canal bereits besteht, bis zur Kreuzung der Sieveringer- und Grinzingerstraße andererseits das Geeignete zu verfügen, und es seien die Kosten dieses Canalbaues als Nachtragscredit in das Budget für das Jahr 1892 einzustellen.

An den Stadtrath.

15. Antrag des **Gem.-Rathes Edlhofer:**

Die Brestelgasse im XVI. Bezirke ist eine durchaus mit drei Stock hohen Häusern erbaute Gasse, in welcher mindestens 1200 Personen wohnen.

In dieser Gasse ist noch kein Auslaufbrunnen und daher die Wasserversorgung eine derart schwierige und kostspielige, dass durch diesen Übelstand in dieser Gasse ein steter Parteienwechsel stattfindet, wodurch die Hausbesitzer schwer geschädigt werden. In der Nähe befinden sich wohl zwei Auslaufbrunnen, welche aber derart in Anspruch genommen werden, dass buchstäblich täglich und stündlich vollständige Kämpfe ums Wasser aufgeführt werden.

Ich erlaube mir demnach, den Antrag zu stellen:

Der löbliche Gemeinderath beschließe, dass in der Brestelgasse ehestens an geeigneter Stelle ein Auslaufbrunnen aufgestellt werde.

An den Stadtrath.

Gem.-Rath Arnhart (zur Geschäftsordnung): Ich bitte den Herrn Bürgermeister auf Grund der Geschäftsordnung, auf welche er sich früher gelegentlich des Falles Trambauer berufen hat, nämlich auf Grund des § 20, in welchem es heißt: „Sohin erfolgt die Verlesung der eingebrachten Interpellationen und eventuell deren Beantwortung", die Interpellation des Herrn Gem.-Rathes Trambauer verlesen zu lassen. Das wollte Gem.-Rath Trambauer früher haben.

Bürgermeister: Erlauben Sie, das ist hier wiederholt vorgekommen und auch beschlossen worden; wenn die Verlesung einer Interpellation oder eines Antrages verlangt wird, wird das Haus befragt; da muss es aber verlangt werden ..... (Gem.-Rath Arnhart: Das ist geschehen!) So unterbrechen Sie mich nicht, das ist doch nicht anständig, ich habe Sie auch nicht unterbrochen. Herr Gem.-Rath Trambauer hat aber erst sprechen wollen, nachdem die Interpellation beantwortet war und dann ist es ja zu spät; mir ist es ja gleichgiltig, ob Sie etwas verlesen haben wollen oder nicht, aber zur Leitung der Berathung muss unbedingt eine Ordnung sein, sonst können wir nicht verhandeln. Wenn Sie die Verlesung haben wollten, hätte das bei der Verlesung der Interpellation beantragt werden müssen; so war es immer. (Gem.-Rath Trambauer: Ich bitte, Herr Bürgermeister, ich habe ...) Unterbrechen Sie nicht, der Herr Gem.-Rath Arnhart hat das Wort, da müssen Sie warten, bis er ausgesprochen hat. (Gem.-Rath Trambauer: Das muss man sich gefallen lassen!)

Gem.-Rath Arnhart: Ich bitte, Herr Bürgermeister, es geht das Verlesen der Interpellationen, sowie der ganze Geschäftsgang so rasch vor sich, dass man sich oft nicht zum Worte melden kann.

Bürgermeister: Das *ist nicht* richtig, Sie können sich zum Worte melden; die Schriftführer sind da, und wenn die Herren auf die Gegenstände aufmerken, können Sie den Moment herausfinden, wo Sie sich zum Worte zu melden haben. Ich kann nicht für Sie denken, das muss jeder für sich selbst thun.

Gem.-Rath Steiner (zur Geschäftsordnung): Ich erlaube mir an den Herrn Bürgermeister eine Bitte in Bezug auf den heute von mir eingebrachten Antrag wegen Überwölbung des Baches in der Windhabergasse in Unter-Sievering nämlich, dass er schnellstens erledigt werde ....

Bürgermeister: Ich bitte, über den Antrag gibt es keine Debatte, er ist dem Stadtrathe zugewiesen worden.

Gem.-Rath Steiner: Verzeihen Sie mir, Herr Bürgermeister, Sie haben zweimal erklärt, dass es unanständig ist, zu unterbrechen; Sie haben aber mich und Collegen Arnhart unterbrochen; das ist auch nicht anständig. (Lebhafter Widerspruch rechts.)

Bürgermeister: Ich rufe Sie für diese Bemerkung, die höchst ungebürlich ist, zur Ordnung (Beifall rechts), und wenn Sie sie nochmals wiederholen, gehe ich mit den strengsten Maßregeln vor, weil es nicht geduldet werden kann, dass gegenüber dem Bürgermeister in einer solchen — ich mag den Ausdruck nicht gebrauchen — Form vorgegangen werde. Das werde ich nicht zugeben, weil Sie die Würde des Bürgermeisters verletzen, mithin die der Stadt. (Lebhafter Beifall rechts.)

Gem.-Rath Hipp (zur Geschäftsordnung): Nachdem die Sache bereits vom Herrn Vorredner erwähnt wurde, verzichte ich auf das Wort.

Bürgermeister: Wir schreiten zur Tagesordnung.

16. Referent Gem.-Rath Schlechter: Ich habe die Ehre, zu referieren über das Gesuch der Conferenz zum heiligen Laurenz in Simmering vom Vereine des heiligen Vincenz von Paul in Wien um eine Subvention. Ich bemerke, dass der Antrag auf der gedruckten Tagesordnung steht. Von der St. Vincenz-Conferenz ist eine Eingabe um eine Subvention eingelaufen. In dieser Eingabe wird zunächst bemerkt, dass diese Conferenz seit 1885 besteht und dass die Gemeindevorstehung von Simmering das Wirken derselben wohlwollend unterstützt hat. Die Gemeindevorstehung hat auch diese Conferenz als Pflanz- und Pflegestätte für die Erziehung tüchtiger Armenräthe angesehen und einen Beitrag von 200 fl. bewilligt. Hiezu ist noch zu bedenken, dass von dieser Conferenz Nothleidende ohne Unterschied des Glaubensbekenntnisses unterstützt werden, dass namentlich die Unterstützung erfolgt durch Verabreichung von Lebensmitteln, Brennmateriale, Haus- und Arbeitsgeräthen, dass aber die Unterstützung in barem Gelde nur in Ausnahmsfällen verabfolgt wird. Es wird nun die Petition, die vorliegt, von der Bezirksvorstehung wärmstens unterstützt, und der Magistrat beantragt, der Conferenz für das Jahr 1891 — es ist nur für dieses Jahr ein Subventionsgesuch eingelaufen — eine Subvention von 200 fl. zu bewilligen.

Der Stadtrath hat nun die Ehre, folgenden Antrag zur Annahme zu empfehlen (liest): Der Conferenz zum heil. Laurenz in Simmering vom Vereine des heil. Vincenz von Paul in Wien wird für das Jahr 1891 eine Subvention von 200 fl. bewilligt.

Gem.-Rath Dr. Linke: Ich bitte, den Antrag anzunehmen, weil das alles wirklich auf Wahrheit beruht und die Conferenz unterstützungswürdig ist.

Bürgermeister: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall; ich ersuche demnach jene Herren, welche dem Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Derselbe ist angenommen.

Es wurde daher beschlossen, der Conferenz zum heil. Laurenz in Simmering vom Vereine des heil. Vincenz von Paul in Wien eine Subvention von 200 fl. pro 1891 zu bewilligen.

17. Referent Gem.-Rath Schlechter: Ich habe ferner über eine Eingabe des Verschönerungs-Vereines in Pötzleinsdorf zu berichten; der Antrag befindet sich ebenfalls auf der gedruckten Tagesordnung. Der Verein verweist in dieser an den Stadtrath gerichteten Eingabe auf seine Thätigkeit seit einer Reihe von Jahren und hebt besonders hervor, dass sich das Comité die Pflege der gewiss reizenden Umgebung von Pötzleinsdorf zur Aufgabe machte und dass die Wälder in dieser Gegend, des Schaf- und Michaelerberges, durch Herstellung gebahnter Wege dem Publicum zugänglich gemacht wurden. Die Mittel zur Erfüllung dieser Zwecke sind meist durch freiwillige Beiträge aufgebracht worden, und meint das Verschönerungs-Comité, dass es im Interesse der Commune liegen werde, diese Thätigkeit zu unterstützen, nachdem bei einer allfälligen Auflösung die seinerzeit angekauften Grundstreifen in das Eigenthum der Commune übergehen werden, ebenso die gesetzten Bänke, Wegweiser, Orientierungstafeln u. dgl.

Das Comité regt in dieser Eingabe auch die Frage an, wie sich die Commune gegenüber den Verschönerungs-Comités überhaupt stellen werde. Es wird nach Anschauung des Comités die Frage dahin zuzuspitzen sein, ob die Commune diese Aufgabe direct erfüllt, wodurch diese Comités überflüssig werden, oder ob sie dieselben durch Subvention in ihrem Bestande fördern will. Der Stadtrath meint, dass es im Interesse der Commune liegt, in den verschiedenen Sommerfrischen, wo Comités bestehen, dieselben nicht zur Auflösung zu veranlassen (Zustimmung), sondern sie durch materielle Unterstützung zu fördern, so dass sie ihren Zweck wie bis jetzt zum Besten der bezüglichen Ortschaften erreichen können.

Es wird daher auch vom Magistrate vorgeschlagen, dass dem Verschönerungs-Comité für das Jahr 1892 eine Subvention von 400 fl. bewilligt werde, und ich habe die Ehre, folgenden Antrag des Stadtrathes zur Genehmigung zu empfehlen: Nach dem Magistrats-Antrage wird dem Verschönerungs-Comité in Pötzleinsdorf für das Jahr 1892 eine Subvention von 400 fl. bewilligt. Über die Verwendung dieser Subvention ist am Schlusse des Jahres Rechnung zu legen. (Rufe: Einverstanden!)

Bürgermeister: Keine Einwendung? (Nach einer Pause.) Angenommen.

Es wurde daher beschlossen, dem Verschönerungs-Vereine in Pötzleinsdorf eine Subvention von 400 fl. pro 1892 zu bewilligen. Über die Verwendung dieser Subvention ist am Schlusse des Jahres Rechnung zu legen.

18. Referent Gem.-Rath Rückauf: Z. 1712. Ich habe die Ehre, über das Subventionsgesuch des Kirchenmusik-Vereines zu „Maria vom Siege" in Fünfhaus zu berichten. Der Zweck des Vereines ist Verherrlichung des Gottesdienstes durch solenne Aufführung von Kirchenmusik und Gesangspiècen. Bisher wurde ihm von der Gemeinde Fünfhaus eine Subvention bewilligt. Der Stadtrath beantragt, diesem Vereine 60 fl. für das Jahr 1892 zu bewilligen. (Rufe: Einverstanden!)

Bürgermeister: Keine Einwendung? (Nach einer Pause.) Angenommen.

Es wurde daher beschlossen, dem Kirchenmusik-Vereine zu „Maria vom Siege" in Fünfhaus eine Subvention von 60 fl. pro 1892 zu bewilligen.

19. Referent Gem.-Rath Rückauf: Z. 1783. Das zweite Stück betrifft den Verein zur Förderung von Kirchenmusik in der Pfarre von St. Othmar unter den Weißgärbern in Wien. Der Verein ersucht um eine Subvention für die Jahre 1891 und 1892. Der Stadtrath beantragt aber, nur für das Jahr 1892 eine Subvention von 50 fl. zu bewilligen. Der Verein besteht seit dem Jahre 1887 und hat bisher eine Subvention nicht bekommen. (Rufe: Einverstanden!)

Bürgermeister: Keine Einwendung? (Nach einer Pause.) Angenommen.

Es wurde daher beschlossen, dem Vereine zur Förderung von Kirchenmusik in der Pfarre Sanct Othmar unter den Weißgärbern eine Subvention von 50 fl. pro 1892 zu bewilligen.

20. Referent Gem.-Rath Rückauf: Nunmehr habe ich zu berichten über ein Subventionsgesuch der freiwilligen Feuerwehr in Penzing. Dieselbe ersucht um eine Subvention von 600 fl. Ich erlaube mir, zu bemerken, dass diese 600 fl. nur als vorläufige Unterstützung dieser Feuerwehr zu betrachten sind. Ich erwähne dies nur, damit mir nicht später ein Vorwurf gemacht wird, wenn ich noch einmal mit einem diesbezüglichen Referate an das Plenum herantrete. Nachdem der Magistrat beauftragt ist, alles genau festzustellen und die einstweilen nothwendigen Auslagen zu leisten, genügt vorderhand eine Subvention von 600 fl. Im vorigen Jahre wurden circa 2000 fl. ausgegeben. Sie sehen also, dass es wichtig ist, dass die Sache einmal bei allen freiwilligen Feuerwehren geregelt wird. Nachdem sich das Ansuchen nur auf 600 fl. bezieht, beantragt der Stadtrath die Genehmigung und ersuche ich Sie, diesem Antrage zuzustimmen. (Rufe: Ist das à conto?)

Bürgermeister: Das ist nicht à conto, sondern es wird eine Subvention von 600 fl. pro 1892 beantragt. — Einverstanden.

Es wurde daher beschlossen, der freiwilligen Feuerwehr in Penzing eine Subvention von 600 fl. pro 1892 zu bewilligen.

21. Referent Gem.-Rath Rückauf: Z. 2335. Das Comité des ersten österreichischen Weinbautages ersucht um eine Subvention. Am 2. April l. J. wurde im Sofiensaale der von circa 3000 Personen besuchte Weinbautag abgehalten und es wurden sehr wichtige Beschlüsse bezüglich der Bekämpfung der Reblaus und der Peronospora, sowie der Hintanhaltung der Weinverfälschung gefasst; es wurde weiters eine Brochure in einer Auflage von 5000 Exemplaren in Druck gelegt, welche unentgeltlich zur Vertheilung kamen. Die Auslagen des Vereines, an dessen Spitze der Landtags- und Reichsrathsabgeordnete Franz Richter steht, betrugen 1460 fl., von denen nur ein Theil mit 700 fl. bedeckt ist, so dass noch eine ziemliche Differenz besteht. Der Verein bittet um eine Subvention von 500 fl. Der Stadtrath beantragt, dieselbe zu gewähren und ich bitte um Ihre Genehmigung.

Gem.-Rath Tagleicht: Ich werde für die Genehmigung der Summe stimmen, ersuche aber, dass der Verein verhalten werde, am Schlusse des Jahres Rechnung zu legen.

Referent: Das ist selbstverständlich, die Rechnung liegt ja vor.

Gem.-Rath Steiner: Zur Aufklärung bemerke ich, es ist gar kein Verein, sondern ein Executiv-Comité aus sämmtlichen Reichsrathsabgeordneten der ganzen Monarchie.

Referent (zum Schlusswort): Ich habe nur zu bemerken, dass die Rechnung über die jetzigen Auslagen bereits vorliegt. Die 1460 fl. sind belegt und der Verein bittet um einen Beitrag hiezu.

Bürgermeister: Gegen den Antrag ist keine Einwendung erhoben worden, er ist daher angenommen.

Der Antrag Tagleicht ist, wie ich glaube, mit Rücksicht auf die Aufklärung zurückgezogen.

Es wurde daher beschlossen, dem Comité des ersten österreichischen Weinbautages Wien 1892 eine Subvention von 500 fl. zu gewähren.

22. Referent Gem.-Rath Rückauf: Zahl 2106. Der Obmann des Neubauer Kindergarten-Vereines ersucht um eine Subvention. Der Verein erhält zwei Kindergärten, für den einen ist die Subvention vom Gemeinderathe für die Jahre 1892, 1893 und 1894 per je 500 fl. bereits bewilligt worden, die Subvention für den zweiten Kindergarten endet aber mit 1892. Der Verein bittet daher, diese Subvention auf drei Jahre zu erneuern. Der Stadtrath beantragt aber, damit die Subvention für beide Kindergärten zu gleicher Zeit abläuft, die Subvention nur für die Jahre 1893 und 1894 zu bewilligen, und zwar mit je 500 fl. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Gem.-Rath Arnhart: Ich habe schon das vorigemal bemerkt, dass die Kindergartenfrage der Entscheidung harrt, da der Antrag des Herrn Gem.-Rathes Wünsch noch immer nicht vorgelegt wurde. Ich beantrage daher, mit der Subventionierung der Kindergarten-Vereine zu warten, nachdem das Kindergartenwesen in Wien einheitlich geregelt werden soll. Ich beantrage also die Vertagung des Referates, bis der Antrag des Gem.-Rath Wünsch im Gemeinderathe verhandelt ist. (Unruhe.)

Bürgermeister: Es ist die Vertagung beantragt; nach der Geschäftsordnung hat nur mehr der Berichterstatter über die Vertagung das Wort.

Referent: Ich muß mich dagegen aussprechen, weil der Gemeinderath wiederholt unter den gleichen Umständen dieselbe Subvention bewilligt hat, und nachdem die Subvention für den ersten Kindergarten bereits bis 1894 bewilligt wurde, handelt es sich nun darum, dass der zweite, von demselben Vereinscomité — um den richtigen Ausdruck zu gebrauchen — ins Leben gerufene Kindergarten für die Jahre 1893 und 1894 die Subvention erhält, damit die Subventionen für beide Kindergärten zu gleicher Zeit ablaufen. Ich glaube, dann wäre die richtige Zeit, darüber schlüssig zu werden, ob für die Kindergärten überhaupt etwas gegeben werden soll oder nicht. Ich bin also gegen die Vertagung, denn es handelt sich doch nur um eine halbe Maßregel, weil für den einen Kindergarten die Subvention bereits beschlossen ist.

Bürgermeister: Es ist der Antrag auf Vertagung des Referates gestellt; die Herren, welche diesem Antrage zustimmen, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Das ist abgelehnt. Das Wort in der Sache hat Herr Gem.-Rath Dr. Huber.

Gem.-Rath Dr. Huber: Nachdem die Vertagung des Referates abgelehnt wurde, habe ich eigentlich nicht viel zu sprechen. Ich glaube, dass die Kinder der armen Leute, welche hauptsächlich die Kindergärten besuchen, ebensowenig warten können wie die hungernden Schulkinder. Es ist daher die Subvention zu bewilligen und ich bitte Sie darum.

Bürgermeister: Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Referent hat das Schlusswort.

Referent: Ich habe nichts zu bemerken.

Bürgermeister: Ich bitte diejenigen Herren, welche mit dem Antrage des Referenten einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Es wurde daher beschlossen, dem Neubauer Kindergarten-Verein eine Subvention von je 500 fl. pro 1893 und 1894 für den zweiten Neubauer Kindergarten zu bewilligen.

23. Referent Gem.-Rath Witzelsberger: Ich habe die Ehre, zur Geschäftszahl 2385 zu referieren, über ein Ansuchen der Turnerfeuerwehr in Unter-Meidling um Subvention. Diese Turnerfeuerwehr existiert seit dem Jahre 1884 und befasst sich größtentheils mit dem Rettungsdienste. Es wurde dem Vereine im Jahre 1884 ein Ambulanzwagen geschenkt, einen zweiten hat er sich angeschafft, dessen Kosten theilweise durch freiwillige Spenden bestritten wurden; der Rest wurde von der Gemeinde Unter-Meidling bezahlt. Dieser Verein wirkt in einer sehr segensreichen Weise, er hat nämlich im Jahre 1888 bei 133 Fällen mitgewirkt, im Jahre 1889 bei 325 Fällen und im Jahre 1890 hat er 538mal mitgewirkt. Nun hat sich aber das Rettungsterrain von Unter-Meidling ausgedehnt, nachdem zu diesem Bezirke noch Hetzendorf und Altmannsdorf dazugekommen ist. Der Verein war früher von der Gemeinde Hetzendorf mit einer Subvention von 100 fl. bedacht. Nachdem der Verein aber große Rückstände hat, speciell für das Fuhrwerk, besonders für das Jahr 1890, wo er 538mal zum Rettungsdienst ausfahren musste, wurde vom Stadtrathe beantragt, damit der Verein sich aufhelfen und ohne Schulden dastehen kann (gegenwärtig hat derselbe 368 fl. Schulden), demselben eine Subvention von 500 fl. zu bewilligen. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Bürgermeister: Diejenigen Herren, welche mit dem Referenten-Antrage einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Der Referenten-Antrag ist angenommen.

Es wurde daher beschlossen, der Turnerfeuerwehr in Unter-Meidling eine Subvention von 500 fl. pro 1892 zu bewilligen.

24. Referent Gem.-Rath Vaugoin: Ich habe die Ehre, zur Z. 2445 zu referieren. Der gemeinnützige Verein zur Bekleidung armer Schulkinder im I. Bezirke bittet um eine Subvention. Derselbe besteht seit neun Jahren und hat sich zur Aufgabe gestellt, arme Schulkinder mit Kleidern zu versehen. Er besteht aus einer größeren Anzahl Mitglieder und hat für die Jahre 1889 bis 1890 und 1890 bis 1891 eine Subvention von je 50 fl. erhalten. Der Stadtrath beantragt, diesem Verein in Anerkennung seines gemeinnützigen Wirkens auch pro 1891 bis 1892 eine Subvention in der gleichen Höhe zu gewähren.

Bürgermeister: Wünscht jemand das Wort? (Es ist nicht der Fall.) Ich bitte die Herren, welche mit dem Referenten-Antrag einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Es wurde daher beschlossen, dem gemeinnützigen Vereine zur Bekleidung armer Kinder in Wien eine Subvention von 50 fl. pro 1891 bis 1892 zu bewilligen.

25. Referent Gem.-Rath Dr. Huber: Ich habe die Ehre zu referieren über einen Antrag auf der gedruckten Tagesordnung, betreffend das Ansuchen des Asylvereines der Wiener Universität um eine Subvention. Dieser Verein besteht schon seit nahezu 20 Jahren. Der Gemeinderath ist selbst ursprünglich diesem Verein beigetreten und hat demselben jährlich 200 fl. zugewendet. Ich bemerke, dass der Hauptzweck des Vereines darin besteht, armen Studenten Freiquartier zu geben. Er besitzt ein Haus im IX. Bezirk und hat im letzten Jahre ein zweites dazugekauft. Der Verein hat, wie gesagt, bisher von der Gemeinde Wien jährlich 200 fl. erhalten; von den verschiedenen Vororten, welche der Gemeinde Wien incorporiert worden sind, hat der Verein in den letzten Jahren im ganzen genommen 140 fl. erhalten. Diese 140 fl. kann er nicht von den einzelnen Gemeinden hereinbringen und wendet sich an die Gemeinde Wien, damit die Subvention erhöht werde.

(Vice-Bürgermeister Dr. Richter übernimmt den Vorsitz.)

Der Stadtrath beantragt im Grunde dessen, diese Subvention von 200 fl. auf 340 fl. zu erhöhen. Ich bitte um ihre Zustimmung.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Ich bitte die Herren, welche mit dem Referenten-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Es wurde daher beschlossen, dem Asylvereine der Wiener Universität eine Subvention von 340 fl. pro 1892 zu bewilligen.

26. Referent Gem.-Rath Schneiderhan: Zahl 4272. Der Verschönerungs-Verein in Hetzendorf sucht an um eine Subvention und um einen Beitrag zur Anschaffung von Bänken, welche in der Schönbrunner-Allee, von Hetzendorf gegen Schönbrunn führend, aufgestellt werden sollen. Er hat von der Gemeinde Hetzendorf bisher eine Subvention erhalten, welche aber entfällt, nachdem die Gemeinde Hetzendorf incorporiert worden ist. Der Stadtrath beantragt, dem Vereine pro 1892 eine Subvention von 170 fl. und einen einmaligen Beitrag von 250 fl. zur Anschaffung von Sitzbänken zu bewilligen.

Ich bitte um die Annahme dieses Antrages.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte, wünscht jemand das Wort? (Nach einer Pause.) Keine Einwendung? Angenommen.

Es wurde daher beschlossen, dem Verschönerungs-Vereine in Hetzendorf eine Subvention von 170 fl. pro 1892 und einen einmaligen Beitrag von 250 fl. zur Anschaffung von Sitzbänken zu bewilligen.

27. Referent Gem.-Rath R. v. Goldschmidt: Ich habe über den Rechnungsabschluss bezüglich des Schulbaues in Unter-Meidling Radetzkygasse zu referieren. Das Budget, welches im vergangenen Jahr für dieses Jahr aufgestellt worden ist, weist eine Gesammtsumme aus, welche geringer ist als diejenige, welche bei der Abrechnung sich ergeben hat, und zwar fehlt zur gänzlichen Begleichung aller Rechnungen noch ein Betrag von 9372 fl. 86 kr. Dies erklärt sich dadurch, dass zur Zeit, als dieses Budget aufgestellt worden ist — im vergangenen Jahre — die Rechnungen noch nicht vollzählig vorgelegen sind und noch nicht vollkommen revidiert waren.

Es dürfte jedoch nicht schwer fallen, trotzdem diese 9372 fl. 86 kr. zu genehmigen, weil aus einer Schlussabrechnung und aus den Acten, welche vom Stadtrathe genau geprüft worden sind hervorgeht, dass immerhin der Gesammtkosten-Voranschlag, welcher seinerzeit von der früheren Gemeinde Unter-Meidling genehmigt worden ist, 181.190 fl. beträgt, während selbst mit Einrechnung dieser Mehrarbeiten heute nur der Betrag von 179.992 fl. 57 kr. erreicht wird, so dass immerhin noch gegen diesen ursprünglichen Kosten-Voranschlag ein Ersparnis von 1197 fl. 43 kr. resultiert.

Da wir nun in der Art budgetieren, dass wir kein Gruppenbudget oder Objectenbudget, sondern nur ein Perioden-, respective ein Jahres-Budget aufstellen, erklärt sich die Sachlage vollkommen. Die Verlesung der Vertheilung dieser Arbeiten werde ich mir, wenn sie nicht besonders begehrt wird, ersparen und bitte um Genehmigung des Betrages von 9372 fl. 86 kr. als Nachtragscredit.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Herren, welche dem Antrage zustimmen, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Es wurde daher beschlossen, einen Zuschusscredit von 9372 fl. 86 kr. für die Restzahlungen hinsichtlich des Schulbaues in Unter-Meidling, Radetzkygasse 19, zu bewilligen und diesen Betrag auf den Reservefond zu verweisen.

28. Referent Gem.-Rath Dr. Grübl: Der Gemeinderath hat in seiner Sitzung vom 15. März beschlossen, gegen den Erlass des Ackerbauministeriums vom 4. Februar 1892, betreffend die Abänderung der §§ 2 und 3 der Viehmarktordnung, die Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof zu ergreifen, unter Hinweis darauf, dass sich die Gemeinde selbst zur Erlassung der Viehmarktordnung, beziehungsweise der Abänderung derselben als competent und infolge dessen durch den Erlass des Ackerbauministeriums in ihren Rechten sich verletzt erachtet.

Die beim Verwaltungsgerichtshofe eingebrachte Beschwerde wurde vom hohen Verwaltungsgerichtshofe ohne weiteres Verfahren zurückgewiesen, und zwar mit folgender Begründung, „weil es sich vorliegend nicht um eine Verfügung oder Entscheidung im Sinne des § 2, sondern um eine allgemeine Verordnung handelt, deren Giltigkeit der Verwaltungsgerichtshof nach § 8 erst dann zu prüfen in der Lage wäre, wenn eine auf Grund derselben ergangene specielle Verfügung oder Entscheidung von jemanden, der hiedurch in seinen Rechten verletzt zu sein behauptet, in Beschwerde gezogen würde, und weil sonach die Stadtgemeinde Wien, welche diese Verordnung lediglich aus dem Grunde anficht, weil angeblich die betheiligten Centralstellen zur Erlassung derselben nicht competent seien, die Legitimation zur Beschwerdeführung vollständig mangelt."

Da gegen eine Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes ein Rechtsmittel nicht vorhanden ist, so kann der Stadtrath

lediglich den Antrag stellen, die Entscheidung zur Kenntnis zu nehmen. (Rufe: Mit Bedauern!)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Keine Einwendung. Angenommen.

Es wurde daher beschlossen, die Zurückweisung der von der Gemeinde Wien an den k. k. Verwaltungsgerichtshof erhobenen Beschwerde gegen die Ministerial-Verordnung vom 30. Jänner 1892, Nr. 29 R.-G.-Bl., betreffend Änderung der Marktordnung für den Wiener Central-Viehmarkt, zur Kenntnis zu nehmen.

Gem.-Rath Eigner (zur Geschäftsordnung): Ich fordere den Herrn Vice-Bürgermeister Dr. Richter auf, den Ordnungsruf gegen den Gem.-Rath Steiner zurückzunehmen. (Beifall und Händeklatschen links. — Gelächter rechts.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die öffentliche Sitzung ist geschlossen, es folgt nun eine vertrauliche Sitzung.

(Schluss der öffentlichen Sitzung 6 Uhr.)

Beschluss-Protokoll

der **vertraulichen** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom 10. Mai 1892.

Vorsitz: **Bürgermeister Dr. Prix.**

1. **Vice-Bürgermeister Dr. Richter** referiert über die Kostengenehmigung für die Wasserbeschaffung 1891 bis 1892 aus den Quellen beim großen Höllenthale und mittels des provisorischen Schöpfwerkes beim Kaiserbrunnen und beantragt, die Gesammtentschädigungssumme per 141.958 fl. 4 kr. und die Kosten per 3438 fl. 38 kr. für die Auf- und Abmontierung und den Betrieb der provisorischen Schöpfwerksanlage beim Kaiserbrunnen, sowie die Verweisung der Gesammtauslage von 145.396 fl. 42 kr. auf den Reservefond zu genehmigen. (Angenommen.)

2. **Derselbe** referiert über Personalangelegenheiten.

3. **Gem.-Rath Vaugoin** referiert über Personalangelegenheiten.

4. **Gem.-Rath Bärtl** urgiert die Erstattung des auf der Tagesordnung für die öffentliche Sitzung stehenden Referates über die Errichtung einer Brandschaden-Versicherungsanstalt durch die Gemeinde Wien.

(Schluss der Sitzung.)

Stadtrath.

Sitzungen des Stadtrathes.

Dienstag, den 17. Mai 1892.
Mittwoch, den 18. Mai 1892.
Donnerstag, den 19. Mai 1892.
Freitag, den 20. Mai 1892.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom 5. Mai 1892.

Vorsitzende: 1. Vice-Bürgermeister Dr. Borschke.
2. Vice-Bürgermeister Dr. Richter.

Anwesende: Dr. v. Billing, Boschan, v. Götz, v. Goldschmidt, Dr. Grübl, Dr. Hackenberg, Dr. Huber, Kreindl, Dr. Lederer, Matzenauer, Meißl, Müller, v. Neumann, Noske, Rückauf, Schlechter, Schneiderhan, Dr. Stenzl, Vaugoin, Dr. Vogler, Witzelsberger, Wurm.

Schriftführer: Magistrats-Concipist Appel.

Vice-Bürgermeister Dr. Borschke eröffnet die Sitzung.

St.-R. Meißl referiert über 50 Gesuche um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt, die Zuständigkeit nach Wien zu verleihen:

Triebel Karl, Privat;
Ressel Ferdinand, Leibkutscher;
Kohaut Josef, Naturblumen-Verschleißer;
Großkopf Simon, Cassadiener;
Dentl Georg, Kaffeekoch;
Emert Josef, Hafnergehilfe;
Vincenz Barbara, Köchin;
Gruber Mathias, Hausbesorger;
Pokorny Katharina, Köchin;
Zingel Johann, Schlossergehilfe;
Platz Leopold, Tischlergehilfe;
Schopper Lorenz, Hausbesorger;
Pribyl Franz, Rauchfangkehrergehilfe;
Gutkas Leopold, Hausbesorger;
Grün Karl, Stadtträger;
Grötzsch Karl Wilhelm, Fabriks-Gesellschafter;
Roßmanith Josef, Schlossergehilfe;
Zouplna Josef, Schneider;
Hirsch Johann, Tapezierergehilfe;
Kuchta Karl, Schneidergehilfe;
Küss Karl, Ober-Revisor;
Melzer Franz, Futteralmachergehilfe;
Hincik Mathäus, Hallentrödler;
Müllner Rudolf, Geschäftsdiener;
Krejcka Josef, Schlossergehilfe;
Jaschy Theresia, Zeitungs-Verschleißerin;
Heß Johann, Tischlergehilfe;
Siebert Alexander, Maurergehilfe;
Hasenberger Ed., Sauerkräutler;
Staudinger Johann, Geschäftsdiener;
Kellner Karl, Geschäftsführer;
Stern Josef, Fiakerkutscher;
Schravogl Franz, Hausbesitzer;
Kaßl Katharina, Wärterin;
Sauer Johann Wenzel, Uhrmacher;

Hönig Anna, Private;
Apeltauer Anna, Köchin;
Tolma Josef, Schneider;
Troger Johanna, Köchin;
Hukal Wilhelm, Musiker;
Stein Philipp, Dienstmann;
Spenneder Johann, Privatbeamter;
Portele Josef, Sicherheitswachmann;
Podobski Josef, Stadtträger;
Schweiger Michael, Schlossergehilfe;
Nemetz Antonia, Köchin;
Illichmann Anna, Wärterin;
Silber Johann, Handschuhmacher;
Höß Karl, Buchbindergehilfe;
Hofbauer Leopold, Maurer. (Angenommen.)

St.-R. v. Götz referiert über das Ergebnis der Offertverhandlung wegen Vergebung der Lieferung und Aufstellung zweier Reservoirs aus Schmiedeisenblech sammt den dazu gehörigen zwei Tropftassen für das Schöpfwerk am Haberlplatz im XVI. Bezirke im veranschlagten Kostenbetrage von 1089 fl. 76 kr. und der Erd- und Maurerarbeiten für die Erbauung eines Brunnenhauses im veranschlagten Kostenbetrage von 3008 fl. 42 kr. und beantragt, die Offerte der beiden Bestbieter, und zwar des P. F. Adamek bezüglich der Reservoirs zum Preise von 29 fl. per 100 kg, des Aufziehens derselben zum Preise von 40 fl. und der beiden Tropftassen zum Preise von 85 fl., und des Georg Löwitsch bezüglich der Erd- und Maurerarbeiten mit 10·6 Percent Nachlass zu genehmigen. (Angenommen.)

St.-R. Matzenauer referiert bezüglich der Abschreibung von Mietzinsrückständen in dem Sehr'schen Stiftungshause, X. Bezirk, Quellengasse Nr. 31 und beantragt, die Zinsrückstände pro Juli und August 1891 per 28 fl. 25 kr. und 83 fl. 75 kr. aus dem Titel der Uneinbringlichkeit in Abschreibung zu bringen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Josef Marschalek um Erhöhung des Reinigungspauschales und beantragt, dem Hausbesorger Josef Marschalek den Lohn von jährlich 240 fl. für die Reinigung und Beheizung der magistratischen Bezirksamts-Localitäten im Gemeindehause XV. Bezirk, Gasgasse 8 und 10 vom 1. Jänner 1892 ab auf jährlich 330 fl., wovon für die Reinigung der Betrag von 210 fl. und für die Beheizung der Betrag von 120 fl. anzunehmen ist, zu erhöhen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über den von im vorgelegten Verzeichnisse angeführten Inwohnern des Nasswaldes für das Jahr 1892 angesuchten Bezug von Klaubholz, über die Waldstreu- und Grasnutzung aus dem städtischen Oberhof- und Wasserhofgebiete im Nasswalde und die hiefür abzuleistenden Tagschichten bei den städtischen Forstculturarbeiten, bezüglich eventuell hiefür zu leistenden Geldentschädigungen per 124 fl. 50 kr. und beantragt die Genehmigung. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Gehölz-Inventarien der städtischen Baumschule für das Jahr 1891 und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die anlässlich der Berathung der Regenerierung der Ringstraßenbäume im Gemeinderathe gestellten Anträge (St.-R.-Z. 2876 ex 1891) und beantragt den bezüglichen Magistratsbericht, wonach

1. über den Antrag des Gem.-Rathes Gregorig wegen Kündigung des Vertrages mit der englischen Gasgesellschaft bezüglich der Wasserleitung und Bespritzung der Ringstraße, beziehungsweise Begießung der Bäume mit dem Wasser dieser Leitung ein separater Bericht und Antrag seitens des Magistrats-Departements für Wasserleitung gestellt werden wird,

2. über den Antrag des Gem.-Rathes Röhrl und des Gem.-Rathes K. J. Müller wegen Reorganisation des Gartenpersonales diese Angelegenheit in Verhandlung steht,

3. über die Anträge des Gem.-Rathes K. J. Müller wegen Lockerung und Anhäuflung der Erde innerhalb der Baumscheibe und ausgiebige Bespritzung — der Bericht des Stadtgärtners, dass die Lockerung der Erde und die Bespritzung regelmäßig erfolgt, dies hohe Anhäufeln der Erde zwecklos ist, zur Kenntnis zu nehmen ist,

4. über den Antrag des Gem.-Rathes Dr. Klotzberg wegen Verbot der Schneeablagerung an die Bäume und wegen Düngung der Bäume bezüglich des ersten Punktes der erforderliche Auftrag an die Transport-Gesellschaft bereits ergangen ist, bezüglich des letzteren Punktes dem Stadtgärtner zu gestatten ist, an fünf Bäumen einen Versuch mit dem Düngen auf die von demselben vorgeschlagene Art zu machen — zur Kenntnis zu nehmen mit dem Beisatze, dass falls wegen Wassermangels zeitweilig das nöthige Begießen der Ringstraßenbäume mit Hochquellenwasser nicht möglich ist, die Donauwasserleitung hiezu in Verwendung zu nehmen ist, und mit der weiteren Abänderung, dass dem Stadtgärtner zehn Bäume zum Versuche bezüglich des Düngens zur Verfügung gestellt werden. (Angenommen.)

St.-R. Schneiderhan referiert über das Gesuch des Fiakereigenthümers Michael Dier um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Verleihung. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Verschönerungsvereines in Hetzendorf um Subvention und beantragt, dem genannten Vereine pro 1892 eine Subvention im Betrage von 170 fl. und zur Anschaffung von Sitzbänken einen einmaligen Beitrag von 250 fl. zu bewilligen. (Angenommen.)

An den Gemeinderath.

St.-R. Witzelsberger referiert über das Ansuchen der freiwilligen Feuerwehr in Unter-Sievering um Überlassung von Localitäten und beantragt, das aus Zimmer und Vorraum bestehende ehemalige Gemeindeamtslocale in Unter-Sievering, Hauptstraße 117 gegen vierteljährige Kündigung unentgeltlich der freiwilligen Feuerwehr in Unter-Sievering als Wachlocale und die anstoßenden drei Locale des sogenannten Armenhauses als Depotlocale gleichfalls unentgeltlich und gegen vierteljährige Kündigung vom 1. Mai 1892 zu überlassen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen der Turnerfeuerwehr in Unter-Meidling um Subvention und beantragt, eine Subvention von 250 fl. für das Jahr 1892 gegen genauen Nachweis der Verwendung zu bewilligen.

St.-R. Schneiderhan beantragt, mit Rücksicht auf den Schuldenstand pro 1892 500 fl. zu bewilligen.

St.-R. Dr. v. Billing beantragt, jenen Betrag, welchen die Feuerwehr als Schuldenstand ausweist, behufs Abstoßung der Schulden als Subvention zu bewilligen und stellt den Zusatz-Antrag, der Magistrat habe über die Frage einer entsprechenden systematischen Unterstützung, beziehungsweise Subventionierung aller freiwilligen Feuerwehren Bericht zu erstatten.

Der Antrag des St.-R. Schneiderhan und der Zusatz-Antrag des St.-R. Dr. v. Billing werden angenommen.

— **Derselbe** referiert über die Abschreibung einer Wassermehrverbrauchsgebür und beantragt, die Abschreibung der Gebür per 11 fl. 12 kr. für den im Hause Or.-Nr. 9 Hohenstaufengasse im IV. Quartale

1891 eingetretenen Wassermehrverbrauches infolge Rohrgebrechens aus Billigkeitsrücksichten zu genehmigen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Abschreibung einer Wassermehrverbrauchsgebür per 150 fl. 57 kr. im IV. Quartale 1891 im Hause Or.-Nr. 7 Neuthorgasse, I. Bezirk, und beantragt, diese Gebür für den aus Anlass eines Rohrgebrechens eingetretenen Mehrverbrauch aus Billigkeitsrücksichten abzuschreiben. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Abschreibung von Wassermehrverbrauchsgebüren und beantragt, die Gebür von 18 fl. 79 kr., beziehungsweise 43 fl. 22 kr. für den im Hause IX. Bezirk, Mariannengasse 14, beziehungsweise IX. Bezirk, Berggasse 41 im IV. Quartale 1891 infolge eines Rohrgebrechens eingetretenen Wassermehrverbrauch aus Billigkeitsrücksichten in Abschreibung zu bringen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über den von der freiwilligen Feuerwehr im IX. Bezirke vorgelegten Jahresbericht pro 1891 und die Wahl der Functionäre und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Gesuch des Schuhmachers Wenzel Matzek und des Gemischtwaren-Verschleißers Josef Binar um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Verleihung.

(Angenommen.)

St.-R. Dr. Vogler referiert bezüglich der Bewilligung von Wagenpauschalien für die k. k. Bezirks-Schulinspectoren und beantragt:

1. Den k. k. Bezirks-Schulinspectoren Josef Pölzl, Dr. Karl Rieger, Dr. Vincenz Suchomel und Franz Homolatsch sei für die Zeit vom 16. September 1891 bis Ende des Schuljahres 1892/93 ein Wagenpauschale aus den eigenen Geldern ohne Präjudiz für die Zukunft zu bewilligen und zur Deckung des diesfalls für das Jahr 1891 entfallenden Betrages zur Ausgabspost-Rubrik XLIII 9 des Hauptvoranschlages pro 1892 ein Zuschusscredit von 420 fl. zu bewilligen.

2. Nachdem der Stadtrath aus der vom löblichen Bezirksschulrathe vorgelegten Geschäftsordnung und dem Magistratsberichte vom 24. März 1892 entnimmt, dass die Herren k. k. Bezirks-Schulinspectoren als Obmänner der Bezirkssectionen neben dem Inspectionsgeschäfte auch die administrativen Agenden der Bezirkssectionen (etwa 20.000 bis 30.000 per Jahr) zu versehen haben, welche sonst von Beamten besorgt werden müssten, dass ferner dieser Geschäftszuwachs seitens der k. k. Bezirks-Schulinspectoren die täglich mehrstündige Anwesenheit im Amtslocale erfordert, sieht sich der Stadtrath veranlasst, seinem Bedenken dahin Ausdruck zu geben, dass durch die den Bezirks-Schulinspectoren in der Geschäftsordnung angewiesene Stellung eine solche Überbürdung derselben mit administrativen Agenden hervorgerufen wird, dass eine Beeinträchtigung der berufsmäßigen Thätigkeit der Inspectoren, das ist der Schulinspection, zu befürchten ist.

Hievon ist dem Bezirksschulrathe Mittheilung zu machen.

3. Da der Stadtrath ferner aus der ihm am 25. April 1892 vorgelegten Geschäftsordnung des Bezirksschulrathes entnimmt, dass der Bezirksschulrath die Bewilligung von Remunerationen an Lehrpersonen für außerordentliche Dienstleistungen aus dem Bezirksschulfond, ferner die Bewilligung von Aushilfen und Gehaltsvorschüssen an Lehrpersonen, beziehungsweise an ihre Hinterbliebenen aus dem Bezirksschulfond für sich in Anspruch nimmt, während diese Bewilligung — allenfalls über Antrag oder nach Äußerung des Bezirksschulrathes — in Wien von der Gemeindevertretung als Verwalter des Bezirksschulfonds (§ 40 des L.-G. vom 5. April 1870, Nr. 34) auszusprechen ist, da somit durch die fragliche Geschäftsordnung in die auch bisher stets geübte Competenz der Gemeindevertretung eingegriffen wird, so sei gegen diese Norm der Geschäftsordnung des Bezirksschulrathes der Recurs an die competente höhere Schulbehörde einzubringen.

St.-R. Boschan beantragt, dem Magistrate zu untersagen, in Hinkunft solche vom Bezirksschulrathe angewiesene Remunerationen, Gehaltsvorschüsse und Aushilfen auszugeben.

St.-R. Dr. v. Billing beantragt, die Erfolgung von Vorschüssen &c. hat erst nach erfolgter Bewilligung seitens des Stadtrathes als gesetzlichen Verwalters des Bezirksschulfondes in Wien zu geschehen.

St.-R. Noske beantragt:

a) In der Vorstellung an den Bezirksschulrath sei darauf hinzuweisen, dass in der Lehrer-Enquête von den Mitgliedern des Lehrstandes mit aller Schärfe der Standpunkt vertreten wurde, dass die Inspectoren — ohne die jetzt zugewiesene administrative Thätigkeit — schon außer Stande seien, die Schulaufsicht entsprechend zu besorgen.

(Angenommen.)

b) Der Recurs an den Landesschulrath habe sich auch gegen die Bildung von Sectionen in den Bezirken, für welche der Gemeinde erhebliche Opfer durch Unterbringung, Beheizung, Beleuchtung, Bedienung &c. erwachsen, zu richten.

(Während dieses Referates hat für kurze Zeit Vice-Bürgermeister Dr. Richter den Vorsitz übernommen.)

Die Referenten-Anträge, ferner der Antrag des St.-R. Dr. v. Billing und der erste Antrag des St.-R. Noske werden angenommen; der zweite Antrag des St.-R. Noske wird abgelehnt.

St.-R. Dr. Lederer referiert über das Ansuchen der k. k. n.-ö. Statthalterei noe. des Wiener k. k. Krankenanstaltsfonds um Löschungserklärung bezüglich der auf Einl.-Z. 337 Ottakring, von welcher ein Theil per 5700 m² an den Wiener Krankenanstaltenfond zur Errichtung eines Reconvalescentenheims abgetreten wird, haftenden Servitut der „Duldung der Albertinischen Wasserleitung und der neuen Brunnenröhren“ und beantragt, die Ausstellung dieser Löschungserklärung hinsichtlich der für das Trennstück zu eröffnenden neuen Grundbuchs-Einlagen und deren Vorlage an die k. k. n.-ö. Statthalterei zu bewilligen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert bezüglich der Erwerb- und Einkommensteuerbezahlung für das städtische Lagerhaus und beantragt, der städtischen Lagerhauscassa den von derselben an Erwerb- und Einkommensteuer für den Betrieb des Lagerhauses in der Zeit vom zweiten Semester 1876 bis Ende 1890 am 3. Juni 1891 bezahlten Betrag von 26.199 fl. 59 kr. seitens der städtischen Hauptcasse rückzuvergüten, beziehungsweise diesen Betrag dem Lagerhausconto gutzuschreiben und bei den eigenen Geldern in Ausgabe zu stellen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über den Bericht des Magistrates, wonach die Verleihung des Franz Xav. Muthsam'schen Stipendiums für in Weinhaus geborene oder wohnhafte Mittelschüler diesmal nicht erfolgen kann, da keiner der Bewerber die stiftbrieflichen Erfordernisse besitzt, und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Verwendung des aus dem Studienjahre 1891/92 herrührenden Intercalares der Moriz Goldberger'schen Stiftung für mittellose Candidaten der medicinischen, juridischen und philosophischen Doctorswürde und für einen Maler per 99 fl. 84 kr. und beantragt, dasselbe zum Ankaufe von einheitlichen Notenrenten mit Mai- und November-Coupons zu verwenden.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen der Francisca Schubert um Fortbezug der Radetzky-Stiftung nach ihrem verstorbenen Gatten Anton und beantragt, der Genannten den Stiftplatz Nr. 141 gnadenweise zu belassen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Telegraphisten der Feuerwehr in Unter-Meidling Leopold Hechtl um Verleihung der ersten Quinquennalzulage und beantragt, dem Genannten die erste Quinquennalzulage per 50 fl. vom 1. October 1891 an flüssig zu machen und das Quartiergeld vom gleichen Termine um 15 fl. jährlich zu erhöhen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des k. k. Sicherheitswach-Inspectors Anton Schragl, als gewesener Secretär der bestandenen Gemeinde Salmannsdorf, um eine einjährige Abfindung und beantragt, dem Genannten gnadenweise einen Betrag von 120 fl. als Abfertigung zu bewilligen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert bei Anwesenheit von 19 Stadträthen über die Pensionierung des städtischen Rathsdieners Josef Dorn und beantragt, denselben mit der normalmäßigen Pension von 700 fl. in den bleibenden Ruhestand zu versetzen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das neuerliche Offert des Ferdinand Strobl, IX., Berggasse 11 wegen eines Grundtausches in der Volkertstraße und Fugbachgasse und beantragt, das Anbot des Ferd. Strobl, den außer die Baulinie fallenden Theil seines an der Ecke der Volkertstraße und Fugbachgasse gelegenen Grundes im Ausmaße von 238·51 m² an die Gemeinde um den Betrag von 14 fl. per Quadratmeter abzutreten und für den von ihm zu erwerbenden anstoßenden städtischen Grund im Ausmaße von 301·60 m² den Preis von 32 fl. per Quadratmeter zu bezahlen — abzulehnen.

St.-R. Müller beantragt, auf das Anbot des Strobl einzugehen.

Dieser Antrag wird abgelehnt und der Referenten-Antrag angenommen.

— **Derselbe** referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Grünbeck wegen Herstellung einer Gartenanlage auf dem Areale des aufgelassenen Hernalser Friedhofes im XVII. Bezirke und beantragt:

1. Das vom Stadtgärtner verfasste Detailproject rücksichtlich der Herstellung einer Gartenanlage auf dem Areale des aufgelassenen Hernalser Friedhofes im XVII. Bezirke mit dem Kostenbetrage von 6446 fl. 16 kr. zu genehmigen und dieses im Präliminare 1892 nicht bedeckte Kostenerfordernis auf den Reservefond zu verweisen.

2. Die Baumeisterarbeiten per 560 fl. 60 kr., die Zimmermannsarbeiten per 458 fl. 23 kr., die Steinzeugrohrleitung per 357 fl. 60 kr., die Anstreicherarbeiten per 55 fl. 44 kr., die Wasser- und Laufgitterlieferung per 119 fl. 7 kr., die Wegarbeiten per 1669 fl. 50 kr., die Banklieferung per 150 fl. und die Lieferung der Warnungstafeln per 40 fl., daher Arbeiten und Lieferungen im Gesammtbetrage von 3410 fl. 44 kr., dem Stadtbauamte, die übrigen, die eigentliche Gartenherstellung betreffenden Arbeiten im Gesammtbetrage per 2305 fl. 72 kr. dem Stadtgärtner zur Ausführung zuzuweisen.

3. Die Lieferung des Gebirgsrieselsandes, der Acker- und Gartenerde, dann die Verführung des Erdmateriales und die Lieferung der Gartenbänke im Wege einer beschränkten Offertverhandlung sicherzustellen.

4. Falls bei der Herstellung der Gas- und Wasserleitung und der Canäle Knochen und derlei Überreste bloßgelegt werden sollten, ist sofort in jedem solchen Falle die Anzeige an das magistratische Bezirksamt für den XVII. Bezirk zu erstatten, damit von Seite des städtischen Arztes Vorkehrungen für deren Sammlung und Abtransportierung behufs Wiederbeerdigung getroffen werden.

(Angenommen; Punkt 1 an den Gemeinderath.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter referiert über die Kosten für die Beschaffung von Wasser in der Winterperiode 1891/92 aus den Quellen beim großen Höllenthale und mittelst des provisorischen Schöpfwerkes beim Kaiserbrunnen und beantragt, die Gesammt-Entschädigungssumme per 141.958 fl. 4 kr. und die Kosten per 3438 fl. 38 kr. für die Auf- und Abmontierung und den Betrieb der provisorischen Schöpfwerksanlage beim Kaiserbrunnen zu genehmigen und die Gesammtauslage per 145.396 fl. 42 kr. auf den Reservefond zu verweisen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

— **Derselbe** referiert bei Anwesenheit von 19 Stadträthen über das Ansuchen des gewesenen Gemeinde-Secretärs von Penzing, Eduard Aichinger, um Pensionierung und Verleihung einer Personalzulage und beantragt, den Genannten in den bleibenden Ruhestand zu versetzen, demselben den Activitätsgehalt von 1600 fl. als jährliche Pension anzuweisen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert bei Anwesenheit von 19 Stadträthen über das Ansuchen des Forstverwalters in Spitz, Eduard Weninger, um Versetzung in den bleibenden Ruhestand und beantragt, den Genannten in den bleibenden Ruhestand zu versetzen, demselben einen Ruhegenuss von 540 fl. jährlich anzuweisen und mit Rücksicht auf die von ihm auf der Herrschaft Spitz früher in privatherrschaftlichem Dienste zugebrachte Dienstzeit, sowie auf dessen hohes Alter und Verdienste eine Personalzulage von jährlich 360 fl. zu bewilligen.

(Angenommen; bezüglich der Personalzulage an den Gemeinderath.)

— **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Exerciermeisterswitwe Aloisia Knoch um Anweisung der Pension und Erziehungsbeiträge und beantragt, der Genannten die normalmäßige Witwenpension von 400 fl. jährlich und eine Zulage von 100 fl. jährlich auf drei Jahre und für die drei Kinder die normalmäßigen Erziehungsbeiträge von je 53 fl. jährlich, und zwar sämmtliche Bezüge vom 1. April 1892 an zu bewilligen.

(Angenommen; bezüglich der Zulage an den Gemeinderath.)

— **Derselbe** referiert über die Bewirtschaftung der Waldungen der mit Wien vereinigten Vorortegemeinden und beantragt:

1. die Oberaufsicht über den der Gemeinde Wien aus den bestandenen Vorortegemeinden Hütteldorf, Ottakring, Pötzleinsdorf, Ober-St. Veit, Dornbach und Ober-Sievering zugewachsenen Waldbesitz provisorisch dem k. k. Forstmeister Karl Hettmer in Neuwaldegg zu übertragen und ihm für seine diesfällige Mühewaltung und auflaufenden Reisekosten ein Honorar von jährlich 250 fl. zu bewilligen;

2. mit dem Forstschutz- und Aufsichtsdienste provisorisch zu betrauen:

a) für die Waldtheile in Ober-St. Veit und Hütteldorf den k. k. Förster Franz Kratky in Hütteldorf gegen ein jährliches Honorar von 120 fl. unter gleichzeitiger Einstellung seines bisherigen Bezuges;

b) für den Ottakringer Gemeindewald den stiftlich Schotten'schen Forstadjuncten Emil Adler gegen ein jährliches Honorar von 120 fl., und

c) für die Waldtheile in Dornbach, Pötzleinsdorf und Ober-Sievering den k. k. Forstgehilfen Othmar Luitz in Neuwaldegg gegen ein jährliches Honorar von 60 fl.;

3. diese Honorare halbjährig in verfallenen Raten vom 15. April 1892 zahlbar anzuweisen und die hiedurch erwachsenden Kosten auf Ausgabs-Rubrik XII 10 „Wald- und Flurschutzkosten" zu verweisen;

4. die k. k. Polizei-Direction zu ersuchen, die Waldaufsicht durch die k. k. Sicherheitswache aufrecht erhalten zu wollen, wogegen der letzteren von der Gemeinde ohne Anerkennung einer Verpflichtung, ohne jegliches Präjudiz und gegen Widerruf auch fernerhin 4° Brennholz beigestellt werden;

5. der k. k. Forst- und Domänen-Direction sowie dem Stifte Schotten den Dank der Gemeinde auszusprechen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ergebnis der Offertverhandlung wegen Lieferung der Gußeisenrohre für den Wasserleitungsbau in der Strecke von der Wasseralpe im Naßwalde bis zum großen Höllenthale und beantragt:

1. die Lieferung der geraden Gußeisenröhren und der diversen Façonröhren für die Erweiterung der Hochquellenleitung in der oberwähnten Strecke der Firma R. Ph. Waagner zum Durchschnittspreise von 10 fl. 50 kr. per 100 kg für die geraden und die Façonröhren netto franco Waggon Payerbach einschließlich der für diese Röhren erforderlichen neuen Modelle zu übertragen;

2. es habe §. 25, Absatz 1 der allgemeinen Vorschrift zu lauten: „Wenn sämmtliche Lieferungen beendet, die betreffenden Baurechnungen und Conten überreicht und von der Bauleitung revidiert sind, erfolgt die endgiltige Abrechnung mit dem Contrahenten. Absatz 2, 3 und 4 dieses Paragraphs, sowie §. 26 haben zu entfallen, die §§ 5 bis 9 der speciellen Vorschrift nach dem Magistrats-Antrage zu formulieren.

Die Kosten des in eigener Regie der Gemeinde auszuführenden Transportes der Rohre ab Payerbach bis zum Verwendungsorte finden in dem gegen die bewilligte Überschlagssumme per 135.698 fl. 74 kr. durch die Sicherstellung erzielten Ersparnisse von 15.043 fl. 14 kr. Deckung. (Angenommen);

— **derselbe** referiert bei Anwesenheit von 19 Stadträthen über das Ansuchen der Josefa Auer um Zuerkennung einer Pension nach ihrem am 9. Februar 1892 verstorbenen Gatten Franz Auer, pensionierten Kanzleibeamten der bestandenen Gemeinde Hernals, und beantragt, der Genannten vom 1. März 1892 an eine Witwenpension von 200 fl. jährlich anzuweisen. (Angenommen.)

St.-R. Dr. Lederer referiert über den Antrag des St.-R. Matzenauer wegen commissioneller Besprechung behufs Ermittlung passender Aufstellungsplätze für die Originalfiguren des Donnerbrunnens am Neuen Markte und der Fischer'schen Bleifiguren und beantragt, den Antrag des Bibliotheks-Directors auf Einberufung einer Expertise bezüglich der geeigneten Plätze und der Art und Weise der Wiederaufstellung dieser Figuren, und dessen Vorschlag auf Beiziehung des k. k. Regierungsrathes Dr. Ilg und des k. k. Baurathes Professor A. Hauser als Experten zu genehmigen. (Angenommen.)

Die Sitzung wird geschlossen.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom 6. Mai 1892.

Vorsitzende: 1. Vice-Bürgermeister Dr. Borschke,
2. Vice-Bürgermeister Dr. Richter.

Anwesende: Dr. v. Billing, Müller, Boschan, v. Neumann, v. Götz, Noske, v. Goldschmidt, Rückauf, Dr. Grübl, Schlechter, Dr. Hackenberg, Schneiderhan, Dr. Huber, Dr. Stenzl, Kreindl, Baugoin, Dr. Lederer, Dr. Vogler, Matzenauer, Witzelsberger, Meißl, Wurm.

Schriftführer: Magistrats-Concepts-Adjunct Pfeiffer.

Vice-Bürgermeister Dr. Borschke eröffnet die Sitzung.

St.-R. Matzenauer referiert über die Erneuerung des Asphaltpflasters am Graben, I. Bezirk, und beantragt die Genehmigung der Reparatur des Asphaltcomprimépflasters in der Fahrbahn am Graben im I. Bezirk zwischen der Spiegelgasse und dem Kohlmarkte zu dem Gesammtkostenbetrage von 3743 kr. 25 kr. und Übertragung dieser Herstellung an die Firma The Neuchatel Asphalte Company in Wien zu dem offerierten Preise von 2018 fl. 25 kr. gegen dem, dass die genannte Gesellschaft für diese herzustellende Arbeit eine dreijährige Haftung übernimmt und die vorgeschriebene Caution erlegt. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des S. Kalder um Aufstellung eines Pavillons am Rudolfsplatze oder im Parke am Franz Josefs-Quai und beantragt, vorerst den Bezirksausschuss zu befragen, ob er eine Tischaufstellung am Rudolfsplatze für wünschenswert erachtet. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Winter puncto Passageeröffnung zwischen der Westbahn- und Kandlgasse, Entfernung des Reservoirs der Ferdinands-Wasserleitung vor der Westbahnlinie. Derselbe beantragt die Versetzung des Gitters in der Baulinie der Gürtelstraße, Cassierung der in den Sprengel der Gürtelstraße fallenden Bäume und Auspflasterung der betreffenden Straßenstrecke mit alten Steinen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Gregorig puncto Kündigung des mit der Gasbeleuchtungs-Gesellschaft für Wasserlieferung aus dem Schöpfwerke am Schanzl abgeschlossenen Vertrages und Verwendung des Wassers zur Ringstraßenbespritzung und beantragt, auf den Antrag des Gem.-Rathes Gregorig nicht einzugehen. Der Magistrat ist jedoch zu beauftragen, sich rechtzeitig, d. i. vor dem nächsten Kündigungstermine darüber zu äußern, ob es nicht angezeigt wäre, den Preis derart zu normieren, dass die Imperial-Continental-Gas-Association künftig ebenso wie andere Industrielle für das ihr gelieferte Wasser 4 fl. 60 kr. per hl im Jahre zu bezahlen hätte. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Herstellung von Peetz'schen Bedürfnisanstalten im I. Bezirke und beantragt, dass eine Localcommission abgehalten werde bezüglich der Ausmittelung des Platzes für eine derlei Anstalt am Stefansplatze.

St.-R. Ritt. v. Neumann beantragt, dass bei der Commission auch die Verlegung dieser Anstalten in den Untergrund besprochen werde.

Das Referat wird zurückgezogen.

St.-R. Dr. v. Billing referiert über den Antrag des St.-R. v. Götz wegen Einführung der Gasbeleuchtung in den einverleibten Vorortegemeinden und beantragt:

1. Der Stadtrath wolle constatieren, dass die Imperial-Continental-Gas-Association das Recht und die Pflicht habe, die zugewachsenen Gemeindegebiete, für welche bisher keine Beleuchtungsverträge bestanden, nach Bekanntgabe der laut § 1, Alinea 1 des Vertrages vom 22. Mai 1875 in Betreff der Anzahl der Gasflammen von der Gemeinde zu treffenden Entscheidung, nach den Bestimmungen dieses Vertrages mit Leuchtgas zu versorgen.

2. Der Stadtrath wolle genehmigen, dass das Stadtbauamt angewiesen werde, vorläufig die Projecte hinsichtlich der Einführung der öffentlichen Gasbeleuchtung in den ehemaligen Gemeinden Lainz, Ober- und Unter-St. Veit, Neustift, Josefsdorf und den einbezogenen Theilen der Gemeinde Salmannsdorf und Kahlenbergerdorf mit thunlichster Beschleunigung auszuarbeiten und zur weiteren Amtshandlung vorzulegen.

St.-R. v. Götz beantragt, dass das Stadtbauamt angewiesen werde, binnen vier Wochen die Pläne vorzulegen.

Der Referent accommodiert sich diesem Antrage. Der modificierte Referenten-Antrag wird angenommen.

— **Derselbe** referiert über den Antrag des Gem.-Rathes v. Götz betreffend die Vermehrung der Beleuchtung im XIII. Bezirke, insbesondere in Breitensee und Baumgarten. Derselbe beantragt:

1. Der Stadtrath wolle die Vermehrung der Beleuchtung im XIII. Bezirke im Sinne des bauämtlichen Beleuchtungsprojectes mit dem pro 1892 in Aussicht genommenen Jahresbetrage von 758 fl. 73 kr. genehmigen.

2. Der Magistrat wird beauftragt, Bericht zu erstatten, ob diese Vermehrung der Gasbeleuchtung auf Grund des Vertrages vom 22. Mai 1875 oder auf Grund der mit den Gemeinden Baumgarten und Breitensee abgeschlossenen Verträge von der Imperial-Continental-Gas-Association verlangt werden soll. (Angenommen.)

Durch diese vom St.-R. Dr. v. Billing erstatteten Referate Z. 3652 und 1156 erledigt sich auch der Antrag v. Götz, betreffend die Einführung der Gasbeleuchtung in Ober-St. Veit, Lainz, Speising und Hütteldorf.

St.-R. Dr. Vogler referiert über die Beschaffung von Localitäten für die Pfandleihanstalt in Sechshaus und beantragt die Kündigung der im Hause Sechshauser Hauptstraße Nr. 45 gemieteten Localitäten zum Maitermin 1892 zu unterlassen.

St.-R. Matzenauer beantragt die Kündigung.

St.-R. Noske beantragt, den Magistrat zu beauftragen, in nächster Nähe nach Ergänzungslocalitäten Umschau zu halten.

Der Referenten-Antrag mit dem Zusatze des St.-R. Noske wird angenommen.

Die Berathung über die Regulierung der Bezüge der städtischen Beamten wird fortgesetzt.

Referent **Bürgermeister Dr. Prix:**

Ad Rubrik „Versorgungshäuser" der Tabelle.

Referent beantragt, die Verwalter der Versorgungshäuser in Wien in die VIII., die Verwalter der auswärtigen Versorgungshäuser in die IX. Rangsclasse einzutheilen.

St.-R. Boschan beantragt, sämmtliche Verwalter in die IX. Rangsclasse einzutheilen.

Der Referenten-Antrag wird angenommen.

Referent beantragt, die Eintheilung der Cassiere und Materialverwahrer habe zu entfallen, die der Officiale I. Classe und Officiale II. Classe in die X., und der Accessisten in die XI. Rangsclasse zu erfolgen. (Angenommen.)

Die Fassung des § 14 wird vom Referenten in folgender Weise beantragt:

§ 14.

Auf die Bibliotheks-, Archiv- und Museumsbeamten, auf das städtische Forstpersonale, auf die in den städtischen Waisenhäusern, im Asyle für verlassene Kinder, dann im Asyl- und Werkhause Angestellten, ferner auf die Beamten des städtischen Lagerhauses, auf die städtischen Ärzte, auf die Hausverwaltung und die Todtengräber, sowie auf jene Angestellten, deren Bezüge auf einem vertragsmäßigen Übereinkommen beruhen, finden diese Bestimmungen keine Anwendung.

(Vice-Bürgermeister Dr. Richter übernimmt den Vorsitz.)

St.-R. Matzenauer beantragt, die Bibliotheks-, Archiv- und Museumsbeamten in Rangsclassen einzureihen und stellt folgende Alternativ-Anträge:

Den Director in die VII. Rangsclasse, beziehungsweise VIII. Rangsclasse,

den Custos in die VIII. Rangsclasse, beziehungsweise IX. Rangsclasse,

den Custos-Adjuncten in die IX. Rangsclasse, beziehungsweise X. Rangsclasse, 1. Kategorie,

die Scriptoren in die X. Rangsclasse, 1. Kategorie, beziehungsweise X. Rangsclasse, 2. Kategorie, und

Amanuensis in die XI. Rangsclasse

einzutheilen.

Es wird beschlossen, die Bibliotheks-, Archivs- und Museumsbeamten in Rangsclassen einzutheilen.

St.-R. Dr. Grübl beantragt, die Einreihung zu vertagen und den Bürgermeister zu ersuchen, diesfalls Vorschläge zu machen. (Angenommen.)

Der Referenten-Antrag auf Nichteintheilung des Forstpersonales wird angenommen.

St.-R. Dr. Grübl beantragt, die Waisenhausväter in die Rangsclassen einzureihen; der Bürgermeister wird ersucht, diesfalls Vorschläge zu machen.

Der Antrag des St.-R. Dr. Grübl wird abgelehnt, der Referenten-Antrag angenommen.

Der Referenten-Antrag auf Nichteintheilung der im Asyle für verlassene Kinder Angestellten wird angenommen.

St.-R. v. Götz beantragt, den Verwalter des Asyl- und Werkhauses in die IX. Rangsclasse einzutheilen.

Der Antrag des St.-R. v. Götz wird abgelehnt.

Der Referent beantragt die Streichung der Worte „dann im Asyl- und Werkhause". (Angenommen.)

St.-R. Boschan beantragt die Eintheilung der Beamten des Lagerhauses in Rangsclassen.

St.-R. Dr. Vogler beantragt folgende Stilisierung: „ferner auch die Beamten des städtischen Lagerhauses und die Beamten der Pfandleihanstalt".

St.-R. Dr. Grübl beantragt, die derzeit definitiv angestellten Beamten des Lagerhauses in Rangsclassen einzutheilen.

Der Referenten-Antrag mit dem Zusatze des St.-R. Dr. Vogler wird angenommen.

St.-R. Dr. Lederer beantragt, die städtischen Ärzte in folgender Weise einzutheilen:

VI. Rangsclasse: Stadtphysicus,

VII. Rangsclasse: dessen Stellvertreter,

VIII. und IX. Rangsclasse: die städtischen Ärzte.

St.-R. Dr. Stenzl stellt folgenden Antrag:

1. Das Physikat sammt den städtischen Bezirksärzten bildet für sich einen Status, weil die betreffenden Ärzte bei dem Magistrate als politische Behörde amtieren und zu ihrer Anstellung den Nachweis der abgelegten Physikatsprüfung erbringen müssen.

2. Es käme daher in die VI. Rangsclasse: der Stadtphysicus unter Zuerkennung seiner dermaligen Mehrbezüge als Personalzulagen und Zugrundelegung derselben für die Pensionsbemessung;

VII. Rangsclasse: die Stadtphysicus-Stellvertreter;

VIII., IX. und X. Rangsclasse (1. Kategorie): 25 städtische Bezirksärzte;

X. Rangsclasse (2. Kategorie): die Physikats-Assistenten;

XI. Rangsclasse: alle übrigen bisherigen Gemeindeärzte und dermaligen städtischen Ärzte, welche bloß die Armenbehandlung und zum Theile auch die Todtenbeschau, aber sonst keine Agenden bei den politischen Behörden auszuführen haben, sowie die noch anzustellenden städtischen Armenärzte mit Einschluss der Versorgungshaus-Ärzte, und könnte für diese eine Aufsteigung in die X., IX., eventuell bis zur VIII. Rangsclasse festgesetzt werden.

Schließlich sei den städtischen Ärzten vom Physikat bis zur XI. Rangsclasse gleich den Beamten nach dem Entwurfe des Herrn Bürgermeisters das Quartiergeld in die Pension einzurechnen.

St.-R. Dr. Lederer modificiert seinen Antrag dahin, die übrigen städtischen Ärzte seien in die VIII., IX. und X. Rangsclasse einzutheilen.

St.-R. Dr. Grübl beantragt vorerst die Beschlussfassung, ob die städtischen Ärzte überhaupt einzutheilen sind.

Die Eintheilung der städtischen Ärzte wird beschlossen.

St.-R. Dr. Vogler beantragt die getrennte Abstimmung über den Antrag des St.-R. Dr. Lederer. (Angenommen.)

St.-R. Dr. Stenzl zieht seinen Antrag zurück.

Abstimmung:

VI. Rangsclasse: Stadtphysicus; angenommen.

VII. Rangsclasse: dessen Stellvertreter; abgelehnt.

VIII., IX. und X. Rangsclasse: Städtische Ärzte; abgelehnt.

St.-R. Schlechter beantragt, die Todtengräber zu streichen.

Der Referent beantragt, einzufügen: „Die Angestellten des Beerdigungs- und Gräberausschmückungsdienstes und den Stadtgärtner". (Angenommen.)

Der restliche Theil des § 14 wird in der Fassung des Referenten angenommen.

§ 14 lautet daher:

§ 14.

Auf das städtische Forstpersonale, auf die in den städtischen Waisenhäusern, im Asyle für verlassene Kinder, ferner auch die Beamten des städtischen Lagerhauses und die Beamten der Pfandleihanstalt, auf die Hausverwaltung, die Angestellten des Beerdigungs- und Gräberausschmückungsdienstes, den Stadtgärtner, sowie auf jene Angestellten, deren Bezüge auf einem vertragsmäßigen Übereinkommen beruhen, finden diese Bestimmungen keine Anwendung.

Die Berathung über diesen Gegenstand wird sohin abgebrochen.

St.-R. Dr. Huber referiert über die Stiftung nach Alida Fleischmann zu Gunsten einer erwerbsunfähigen Gouvernante und beantragt, die Stiftung in die Verwaltung der Gemeinde Wien zu übernehmen und den Stiftbrief mit den gemachten Correcturen zu genehmigen. (Angenommen.)

St.-R. Witzelsberger referiert über den Bau eines Stalles und einer Waschküche im Restaurationsgebäude in Baumgarten und beantragt die Genehmigung dieser Herstellungen mit dem Betrage von 3408 fl. 96 kr. Die Arbeiten sind dem Maurermeister Eduard Horn zu übertragen; sollte sich derselbe jedoch den vorliegenden Bedingnissen nicht unterwerfen, so wären dieselben durch den städtischen Contrahenten zur Ausführung zu bringen.

Dieser Betrag ist auf den Reservefond zu verweisen.

(Angenommen.)

St.-R. Dr. Grübl referiert über die Flüssigmachung der Remuneration für die Ertheilung des katholischen Religionsunterrichtes und beantragt die Zustimmung ertheilen zu wollen, dass die in den vorgelegten Tabellen detailliert angeführten Remunerationen, welche den gesetzlichen Bestimmungen gemäß ausgemessen sind und zu deren Flüssigmachung der Bezirksschulrath zufolge Erlasses des k. k. n.-ö. Landesschulrathes vom 22. April 1892, Z. 3422, ermächtigt wurde, aus dem Wiener Bezirksschulfonde flüssig gemacht werden. Die auf die Zeit bis Ende 1891 entfallenden Quoten für die Religionslehrer in den ehemaligen Vororten werden von den betreffenden Bezirksschulfonden zu refundieren sein. (Angenommen.)

St.-R. Moske referiert über das Ansuchen der Transport-Gesellschaft um Miete eines Locales Salzgries unter der Stiege gegenüber den Häusern Nr. 15, 17 und beantragt, die Vermietung dieser Localität vom Maitermine 1892 jedoch mit der Bestimmung des Zinses in der Höhe von 240 fl. jährlich, inclusive aller Nebengebüren, exclusive des Gewölbwachbeitrages. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Unterbringung der Hausmeisterwohnung im Schrey'schen Stiftungshause, II. Bezirk, Untere Augartenstraße 3 und beantragt die Demolierung des Hoftractes und Verlegung der Hausmeisterwohnung in einen Theil der gekündeten Wohnung Nr. 2 rechts im Parterre des Gassentractes, derart, dass dem Hausmeister ein Zimmer und Küche oder zwei Cabinette und Küche zugewiesen werden. Aus dem restlichen Theile der erwähnten Wohnung ist die Waschküche und ein Gassengewölbe, letzteres womöglich mit der Verwendung einer Kammer, welche vorhanden ist, als Magazin herzustellen.

Die Adaptierungskosten per 200 bis 300 fl., welche aus dem Stiftungserträgnisse Deckung finden, wären als Pauschalbetrag zu genehmigen; für den restierenden Theil der Wohnung Nr. 2 wäre die Verwendung als Gassenladen zu genehmigen und vorläufig die Weitervermietung zu dem Minimalzinse von 180 fl. zu bewilligen.

(Angenommen.)

Die Sitzung wird geschlossen.

Allgemeine Nachrichten.

Approvisionierung.

(Borstenviehmarkt vom 10. Mai 1892.)

1. Auftrieb:

Jungschweine	3019 Stück
Fettschweine	4596 „
Summa .	7615 Stück

Angekauft wurden:

für Wien	6177 Stück
für das Land	948 „
unverkauft blieben	490 „

2. Preisbewegung:

Jungschweine . . . von 37 bis 45 kr.
Fettschweine . . . „ 38 „ 44 „ } per Kg. Lebendgewicht.

Bei ziemlich lebhafter Kauflust sind die Preise um ½ kr. per Kilo gestiegen.

* * *

(Pferdemarkt vom 10. Mai 1892.)

Zum Verkaufe wurden gebracht: 414 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . . . 90—300 fl. per Stück,
„ Schlachtpferde . . . . . 24— 70 fl. per Stück.

Der Markt war sehr flau.

* * *

(Stechviehmarkt vom 12. Mai 1892.)

1. Auftrieb:

Kälber Waidner 3213, Lämmer Waidner 1937, Schafe Waidner 162.

Kälber lebend 270, Lämmer lebend 173, Schafe lebend 3609.

2. Preisbewegung:

Kälber Waidner per Kg. . . . . von 28 bis 54 kr.
Kälber lebend . „ „ . . . . . von 30 bis 48 kr.
Lämmer Waidner „ Paar . von 4 bis 9 fl.
Lämmer lebend „ „ . „ 6 „ 10 „
Schafe Waidner „ Kg. . . . . von 32 bis 40 kr.
Schafe lebend . „ Paar . von 7 bis 22 fl.

Auf dem Jungviehmarkte wurden um 220 Stück Kälber weniger zugeführt. Waidner Kälber sind bei flauer Nachfrage um 1 kr. per Kilo im Preise gefallen, während lebende Kälber bei lebhafter Kauflust um 1 kr. gestiegen sind.

Auf dem Schafmarkte wurden um 1221 Stück Schafe weniger aufgetrieben. In Folge ungünstiger Pariser Berichte haben die Preise einen Rückgang von 1 fl. per Paar erfahren.

Auf dem Schlachtviehmarkte wurden am 12. Mai l. J. 175 Stück Mast- und 96 Stück Beinlvieh aufgetrieben.

Gewerbeangelegenheiten.

Gewerbeanmeldungen vom 30. April 1892.

Suck Clement — Brantweinschenker — XVII., Hernals, Blumengasse 13.
Maringer Leopold — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks — XVII., Hernals, Mitterberggasse 5.
Grechtshammer Theresia — Cravattennäherin — V., Gartengasse 6.
Bösau Sebastian — Fleischhauergewerbe — IX., Detailmarkthalle.
Zuckermann Zacharias — Verschleiß von Filzhüten — II., Wallensteinstraße 13.
Großer Julius — Gastwirt — XVII., Hernals, Annagasse 12.
Batist Schaje Samuel — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Pillersdorfgasse 6.
Gruber Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Riemergasse 2.
Hornaëzel Anton — Gemischtwaren-Verschleiß — XI., Simmering, Geiselbergstraße 417.
Reich Leib — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Pillersdorfgasse 6.
Slawisch Katharina — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Hernals, Rokitanskygasse 45.
Wachtl Theodor — Gemischtwaren-Verschleiß — XIII., Penzing, Poststraße 17.
Fux Heinrich — Huf- und Wagenschmied — II., Kronprinz Rudolfstraße 7.
Parolla Marie, geb. Fritsch — Kaffeeschank — I., Schottengasse 3.
Ehrenberger Paul — Damenkleidermacher — V., Hundsthurmerstraße 26.
Jahn Franz — Herrenkleidermacher — VIII., Lenaugasse 9.
Zdralek Antonia — Damenkleidermacherin — XVII., Hernals, Bergsteiggasse 7.
Schimani Marie — Milch-Verschleißerin — VII., Siebensterngasse 28.
Prochaska Leopold — Musikergewerbe — XIII., Ober-St. Veit, Anhofstr. 23.
Stark Josef — Verschleiß von Papier- und Kurzwaren — IX., Nussdorferstraße 66.
Bilowitzky Karl — Pfaidlergewerbe — XVI., Ottakring, Hauptstraße 11.
Hoffmann Bernhard — Realitäten- und Hypothekar-Darlehensvermittlung — IX., Liechtensteinstraße 55.
Heisinger Franz — Selchwaren-Verschleiß — IV., Kettenbrückengasse 10.
Seipel Dominik — Erzeugung von Siegellack, Tinte und Oblaten — VIII., Langegasse 17.
Stavjanik Antonia — Stickerei — XVII., Hernals, Krongasse 14.
Franek Felix — Zuckerbäckerwaren-Verschleiß — I., Laurenzerberg 3.
Duschek Marie — Victualienhandel — III., Obere Weißgärberstraße 20.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 2. Mai 1892.

Karch Rosa — Dienstvermittlung — IX., Hörlgasse 6.
Ensle Andreas — Fleischhauergewerbe — I., Zedlitzhalle.
Goldstein Siegmund — Fleischcommissionshandel — III., Großmarkthalle.
Oberheinrich Georg — Gast- und Schankgewerbe — XIII., Penzing, Poststraße 36.
Tadler Martin — Gast- und Schankgewerbe — XIV., Sechshaus, Plankengasse 12.
Brantner Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — VIII., Lammgasse 8.
Huth Rosina — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Spengergasse 13.
Kulm Anton — Gemischtwaren-Verschleiß — VI., Sandwirthgasse 2.
Schmid Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — VI., Webgasse 43.
Kurz Adolf — Kaffee-, Bierschank, Kostgebergewerbe — II., Greisenecker-gasse 8.
Zwillinger Katharina Anna — Kaffeesiederin — II., Stefaniestraße 8.
Spira Samuel — Knopflochnäherei — VI., Seidengasse 33.
Klauber Ludwig — Mannfacturwaren-Verschleiß — II., Große Sperlgasse 2.
Alt Eleonore — Marktvictualien-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Brunnengasse, Marktstand.
Waldmann Moriz — Privatlehranstalt für Maßnehmen, Schnittzeichnen und Kleidermachen — II., Glockengasse 2.
Fichtner Konrad — Mehl- und Grieshändler — XV., Fünfhaus, Würffelgasse 6.
Löw Johann Cajetan — Mehl- und Gries-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Hauptstraße 55.
Mayerhofer Johann J. — Mehl-Verschleiß — VII., Burggasse 19.
Drabek Amalie — Verschleiß von Milch, Gebäck und Zuckerbäckerwaren — V., Tichtelgasse 10.
Korneisl Karoline — Pfaidlerin — V., Krongasse 7.
Stein Abraham — Israelitische Religions-Privatschule — V., Margarethenstraße 73.
Lichtenfels Samuel — Sammeln von Subscribenten und Pränumeranten auf Druckwerke — VII., Kandlgasse 21.
Führer Susanne — Stickerei und Vordruckerei — I., Spiegelgasse 21.
Komin Marie — Victualien-Verschleiß — IV., Karolinengasse 8.
Kuster Eduard — Wagnergewerbe — XIII., Hütteldorf, Hauptstraße 35.
Kittel Johann — Privat-Zitherschule — VIII., Josefstädterstraße 89.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 3. Mai 1892.

Brecher Ignaz, Dr. — Advocatie — IX., Schlickgasse 5.
Breuer Emil, Dr. — Advocatie — I., Wipplingerstraße 14.
Eibenschütz Maximilian — Agent — II., Kaiser Josefstraße 32.
Hahn Sigmund, Dr. — Hof- und Gerichtsadvocat — I., Ballgasse 6.
Jolles Hermann, Dr. — Advocatie — I., Franz Josefs-Quai 11.

Klein Rafael M., Dr. — Advocatie — I., Gonzagagasse 1.
Markus Rudolf, Dr. — Advocatie — I., Marc-Aurelstraße 8.
Mitterlechner Karl, Dr. — Hof- und Gerichtsadvocat — I., Kärnthnerstraße 20.
Singer Moriz, Dr. — Hof- und Gerichtsadvocat — I., Bräunerstraße 3.
Wallenstein Max, Dr. — Advocatie — I., Franz Josefs-Quai 25.
Kohn Nathan — Agentie — I., Tuchlauben 8.
Wekerle jun. Pius — Anstreicher — III., Dietrichgasse 19.
Egg Jakob — Commissionshandel mit Baumwollwaren — I., Augustengasse 2.
Abelej Betti — Commissionshandel mit Börseeffecten — I., Schottenring 27.
Hochfeld Joachim — Börsebesucher — II., Taborstraße 10.
Teltscher Josef — Betrieb von Börsegeschäften — I., Wiener Börse.
Schmidt Anna — Einspännergewerbe — II., Franzensbrückenstraße.
Adler Moriz — Fotografie — II., Ferdinandsstraße 17.
Dinstl Josef — Gast- und Schankgewerbe — XIII., Penzing, Kaisergasse 29.
Hotznauer Antonie — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Siebenbrunneng. 65.
Mayer Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Siebenbrunnengasse 7.
Nakladal Karl — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Castellezgasse 10.
Sonnenschein Adolf — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Circusgasse 27.
Witzmann Karl — Hotel- und Wirtsgewerbepächter — II., Taborstraße 12.
Hermann Anton — Hutmacher — V., Matzleinsdorferstraße 4.
Korlschin Emilie — Damenkleidermacherin — II., Glockengasse 16.
Kubin Johann — Herrenkleidermacher — II., Tandelmarktgasse 9.
Bavra Anna — Damenkleidermacherin — V., Zentagasse 20.
Waldschütz Leopold — Kleinfuhrgewerbe — IX., Liechtensteinstraße 92.
Segall Leon — Leder-Commissions-Verschleiß — II., Taborstraße 12.
Feichtinger Karl — Markt-Victualienhandel — I., Am Hof.
Lehner Katharina — Markt-Victualienhandel — XV., Fünfhaus, Schönbrunnerstraße.
Dolejs Josef — Mechaniker — III., Hauptstraße 122.
Dworscheg Josef — Privatlehranstalt für Maßnehmen, Schnittzeichnen und Kleidermachen — IX., Währingerstraße 3.
Kral Francisca — Milch- und Gebäck-Verschleiß — II., Lichtenauergasse 12.
Krauß Johanna Jenni — Milch-, Butter- und Gebäck-Verschleiß — II., Rueppgasse 23.
Reichl Vincenz — Reparatur von Nähmaschinen — V., Obere Bräuhausgasse 16.
Pick Gottfried — Öl-Verschleiß — II., Vereinsgasse 18.
Heiß Antonia — Pfaidlergewerbe — VII., Kaiserstraße 70.
Ludinger, geb. Nessie Raby — Pfaidlerei — IX., Sechsschimmelgasse 16.
Roth Hermine — Pfaidlerin — III., Rasumoffskygasse 16.
Wenzel Josef — Verkauf von Realitäten — II., Obere Donaustraße 49.
Breitenbrunner Ludwig — Verschleiß von Rum und Liqueur — V., Griesgasse 43.
Janotta Josef — Schuhmacher — III., Dietrichgasse 38.
Fröhlich Ferdinand — Tischlergewerbe — II., Stefaniestraße 7.
Fleischer Salomon — Verkauf von neuen Tuchresten und Schneiderzugehör — II., Glockengasse 114.
Pollak Alexander — Uhren-Verschleiß — III., Hauptstraße 114.
Flechl Katharina — Victualienhandel — IV., Kärntnerthormarkt.
Fuchs Theresia — Victualienhandel — VIII., Josefstädterstraße 23.
Zemlicka Anna — Victualienhandel — VI., Bürgerspitalgasse 12.
Haumann Johann — Verkauf von Waldblumen und Kränzen — IV., Kärntnerthormarkt.
Zeiteles Leopold und Zeiteles Sigmund — Commissionshandel mit allen Waren — I., Salvatorgasse 11.
Hoffmann Adolf — Übernahme von Wäsche zum Putzen — V., Hundsthurmerstraße 37.
Neuhofer Josef — Wäscherei — III., Barichgasse 40.
Martensohn Anna Magdalena — Weißnähergewerbe — IX., Eisenq. 25.
Dobrowsky Johann — Wirtsgewerbe — IX., Bindergasse 4.
Knaurek Josef — Bestandwirt — X., Wielandplatz 10.
Ciurku Sterie, Dr. — Druckschrift-Herausgeber — VIII., Feldgasse 15.
Frankl Marc Aurel — Zeitungs-Herausgeber — VI., Gumpendorferstraße 95.
Gradt Julius — Druckschrift-Herausgeber — IX., Alserstraße 42.
Fabigan Johann — Zimmermaler — III., Pragerstraße 2.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 4. Mai 1892.

Byletal Anton — Baumeister — XVIII., Währing, Goldschmiedgasse 23.
Fischer Anton — Brantweinschank — XVII., Hernals, Rötzergasse 46.
Hausner Fanny — Brantweinschank — XVI., Ottakring, Wichtlgasse 11.
Maly Franz — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks — IX., Sechsschimmelgasse 10.
Stockinger Michael — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks — V., Wehrgasse 18.
Garber Karoline — Bau-Cantine — k. k. Prater, Ausstellungsstraße, Circus Busch.
Kisch Ignaz — Eisentrödler — XI., Simmering, Rinnböckstraße 23.
Eßler Wilhelm — Fiakergewerbe — I., Verlängerte Johannesgasse.
Hafeneder Franz — Fotograf — IV., Hauptstraße 8.
Häusler Johann — Fragner — VII., Kirchberggasse.
Schildberger Josefine — Fragner — VII., Burggasse 34.
Bock Ludwig — Fremdenbeherbergung — IV., Wiedener Hauptstraße 78.
Bauer Theodor — Gastwirtsgewerbe — XVI., Ottakring, Dornbacherstraße 7.
Bartik Leopold — Gastwirt — IX., Prechtlgasse 3.
Bodschild Katharina — Gastwirtsgewerbe — XVI., Neulerchenfeld, Herbststraße 2.
Meisnitzer Rosa — Wirtsgewerbe — VII., Kaiserstraße 70.
Röscher Josef — Gasthauspächter — XII., Unter-Meidling, Schönbrunner Hauptstraße 148.
Straßer Ludwig — Gastwirt — XVIII., Pötzleinsdorf, Hauptstraße 85.
Wöginger Karl — Gastwirt — XVIII., Währing, Marktgasse 3.
Beran Hermine — Gemischtwaren-Verschleiß mit Petroleum — VI., Grasgasse 3.
Grießer Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Hernals, Bergsteiggasse 43.
Kneißl Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Hernals, Josefigasse 28.
Resch Eleonore — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Neustiftgasse 20.
Röder Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — VI., Gumpendorferstr. 56 a.
Rüscher Johann Michael — Gemischtwaren-Verschleiß — VI., Mariahilferstraße 117.
Schürtl Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — XIII., Breitensee, Hüttelsdorferstraße.
Weißberg Scharna — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Kleine Schiffgasse 4.
Konrad Johann — Handel mit Gold, Silberwaren und Uhren — IV., Margarethenstraße 27. (Das Weitere folgt.)

Z. 1522.

Kundmachung.

(Concurs zur Besetzung erledigter zwei Oberlehrerstellen, beziehungsweise einer Oberlehrerstelle im Wiener Schulbezirke.)

Im Wiener Schulbezirke kommen die Stellen eines Oberlehrers, beziehungsweise einer Oberlehrerin an der allgemeinen Volksschule für Mädchen II., Karajangasse Nr. 14, und eines Oberlehrers an der allgemeinen Volksschule für Knaben und Mädchen XIII. Unter-St. Veit, Auhofstraße Nr. 27 zur Besetzung.

Mit jeder dieser Stellen ist der **Jahresgehalt** der II. Gehaltsclasse von 1200 fl. und mit ersterer der Genuss einer **Naturalwohnung** im Schulgebäude, mit letzterer eine **Quartiergeldentschädigung** von jährlich 450 fl., mit beiden der Anspruch auf **Dienstalterszulagen** von je 100 fl. nach einer Dienstzeit von je fünf Jahren im Sinne der gesetzlichen Bestimmungen verbunden.

Die Bewerber haben ihre Gesuche an den **Wiener Stadtrath** zu richten und **längstens bis 31. Mai 1892** im vorgeschriebenen Dienstwege bei jenen Ortsschulräthen einzubringen, in deren Sprengel die betreffenden Lehrstellen zu vergeben sind, und zwar sind bei jedem Ortsschulrathe soviele Gesuche zu überreichen, als **Kategorien** von Lehrstellen in Betracht kommen. Die in einem Gemeindebezirke angestrebten Lehrstellen **derselben** Kategorie müssen im Gesuche einzeln angeführt werden.

Die Gesuche sind **zu belegen mit:** dem Tauf-, beziehungsweise Geburtsscheine bei solchen Bewerbern, welche im Wiener Schulbezirke noch nicht *definitiv* angestellt sind, dem Heimatscheine bei männlichen Bewerbern unter derselben Voraussetzung, bei weiblichen Bewerbern in jedem Falle, dem Trauungsscheine bei verheirateten oder verwitweten Bewerberinnen, dem Reifezeugnisse (beziehungsweise dem Maturitätszeugnisse einer Mittelschule) oder der Dispens von der Ablegung der Reifeprüfung, dem Lehrbefähigungszeugnisse für Volksschulen, den Nachweisen der Dienstleistung (Anstellungs-, Enthebungs-Decreten und dergleichen) sowie der Befähigung zum Religionsunterrichte des katholischen Glaubensbekenntnisses im Originale oder in gesetzlich beglaubigten Ab-

schriften, endlich mit der in den Rubriken 1 bis 5 auszufüllenden **Dienstabelle.**

Verspätet einlangende oder innerhalb des Concurstermines nicht gehörig documentierte Gesuche können nicht berücksichtigt werden.

Vom Bezirksschulrathe der Stadt Wien,
am 30. April 1892. 3—3

Z. 1922

Kundmachung.

(Concurs zur Besetzung erledigter Bürgerschullehrer-, beziehungsweise Bürgerschullehrerinnen-Stellen im Wiener Schulbezirke.)

Im Wiener Schulbezirke kommen nachstehend angeführte Bürgerschullehrer, beziehungsweise Bürgerschullehrerinnen-Stellen zur Besetzung:

An den Bürgerschulen:

für Knaben, II. Bezirk, Staudingergasse Nr. 6, je 1 Stelle für einen Lehrer der I., II. und III. Fachgruppe;

für Mädchen, II. Bezirk, Staudingergasse Nr. 6, 1 Stelle für eine Lehrerin, beziehungsweise einen Lehrer der I. Fachgruppe;

für Knaben, II. Bezirk, Pazmanitengasse Nr. 26, 1 Stelle für einen Lehrer der I. Fachgruppe;

für Mädchen, V. Bezirk, Embelgasse Nr. 48, 1 Stelle;

für eine Lehrerin, beziehungsweise einen Lehrer der I. Fachgruppe;

für Knaben, X. Bezirk, Herzgasse Nr. 27, je 1 Stelle für einen Lehrer der I. und III. Fachgruppe;

für Knaben, X. Bezirk, Eugengasse Nr. 30/32, 1 Stelle für einen Lehrer der III. Fachgruppe;

für Mädchen, XI. Bezirk, Simmering, Marktplatz, je 1 Stelle für eine Lehrerin, beziehungsweise einen Lehrer der II. und III. Fachgruppe;

für Knaben, XIII. Bezirk, Penzing, Schulgasse Nr. 10, 2 Stellen für einen Lehrer der I. und 1 Stelle für einen Lehrer der III. Fachgruppe;

für Mädchen, XVI. Bezirk, Neulerchenfeld, Neumayergasse Nr. 33, 1 Stelle für eine Lehrerin, beziehungsweise einen Lehrer der II. Fachgruppe;

für Knaben, XVII. Bezirk, Hernals, Petersplatz Nr. 1, 1 Stelle für einen Lehrer der I. Fachgruppe;

für Knaben, XVIII. Bezirk, Währing, Cottagegasse Nr. 17, 2 Stellen für einen Lehrer der I. und 1 Stelle für einen Lehrer der III. Fachgruppe;

für Mädchen, XVIII. Bezirk, Währing, Josefigasse Nr. 23, 1 Stelle für eine Lehrerin, beziehungsweise einen Lehrer der III. Fachgruppe.

Mit jeder dieser Stellen ist der **Jahresgehalt** der 2. Gehaltsclasse von 1000 fl. und das **Quartiergeld** jährlich 300 fl. für Bürgerschullehrer und je 200 fl. für Bürgerschullehrerinnen, beziehungsweise nach 15jähriger Dienstleistung in definitiver Anstellung an öffentlichen Volksschulen von jährlich 400 fl. für Bürgerschullehrer und jährlich 250 fl. für Bürgerschullehrerinnen, sowie der Anspruch auf **Dienstalterszulagen** von je 100 fl. nach einer Dienstzeit von je 5 Jahren im Sinne der gesetzlichen Bestimmungen verbunden.

Die Bewerber haben ihre Gesuche an den **Wiener Stadtrath** zu richten und **längstens bis 31. Mai 1892** im vorgeschriebenen Dienstwege bei jenen Ortsschulräthen einzubringen, in deren Sprengel die betreffenden Lehrstellen zu vergeben sind, und zwar sind bei jedem Ortsschulrathe so viele Gesuche zu überreichen, als **Kategorien** von Lehrstellen in Betracht kommen. Die in einem Gemeindebezirke angestrebten Lehrstellen **derselben** Kategorie müssen im Gesuche einzeln angeführt werden.

Die Gesuche sind **zu belegen mit**: dem Tauf-, beziehungsweise Geburtsscheine, bei solchen Bewerbern, welche im Wiener Schulbezirke noch nicht definitiv angestellt sind, dem Heimatscheine bei männlichen Bewerbern unter derselben Voraussetzung, bei weiblichen Bewerbern in jedem Falle, dem Trauungsscheine bei verheirateten oder verwitweten Bewerberinnen, dem Reifezeugnisse (beziehungsweise dem Maturitätszeugnisse einer Mittelschule) oder der Dispens von der Ablegung der Reifeprüfung, den Lehrbefähigungs-Zeugnissen für Volks- und Bürgerschulen, den Nachweisen der Dienstleistung (Anstellungs-, Enthebungs-Decreten und dergleichen) im Originale oder in gesetzlich beglaubigten Abschriften, endlich mit der in den Rubriken 1 bis 5 auszufüllenden **Dienstabelle.**

Verspätet einlangende oder innerhalb des Concurstermines nicht gehörig documentierte Gesuche können nicht berücksichtigt werden.

Vom Bezirksschulrathe der Stadt Wien,
am 30. April 1892. 3—3

Z. 1922.

Kundmachung.

(Concurs zur Besetzung erledigter Volksschullehrer-, beziehungsweise Volksschullehrerinnen-Stellen im Wiener Schulbezirke.)

Im Wiener Schulbezirke kommen nachstehend angeführte Volksschullehrer-, beziehungsweise Volksschullehrerinnen-Stellen zur Besetzung:

An den allgemeinen Volksschulen:

für Mädchen II. Bezirk, Pazmanitengasse Nr. 22, 1 Stelle für eine Lehrerin, beziehungsweise einen Lehrer;

für Knaben und Mädchen II. Bezirk, Engerthstraße Nr. 105, 1 Stelle für einen Lehrer, beziehungsweise eine Lehrerin;

für Knaben und Mädchen II. Bezirk, Schüttaustraße Nr. 78, 1 Stelle für einen Lehrer, beziehungsweise eine Lehrerin;

für Knaben II. Bezirk, Wasnergasse Nr. 33, 1 Stelle für einen Lehrer, beziehungsweise eine Lehrerin;

für Mädchen II. Bezirk, Karajangasse Nr. 14, 1 Stelle für eine Lehrerin, beziehungsweise einen Lehrer;

für Mädchen II. Bezirk, Leopoldsgasse Nr. 3, 1 Stelle für einen Lehrer, beziehungsweise eine Lehrerin;

für Knaben V. Bezirk, Grüngasse Nr. 14, 1 Stelle für einen Lehrer;

für Mädchen V. Bezirk, Hundsthurmerplatz Nr. 14, 1 Stelle für eine Lehrerin, beziehungsweise einen Lehrer;

für Knaben V. Bezirk, Fockygasse Nr. 20, 1 Stelle für einen Lehrer, beziehungsweise eine Lehrerin;

für Mädchen V. Bezirk, Malfattigasse Nr. 1, 1 Stelle für eine Lehrerin, beziehungsweise einen Lehrer;

für Mädchen V. Bezirk, Heinegasse Nr. 36, 1 Stelle für eine Lehrerin, beziehungsweise einen Lehrer;

für Knaben X. Bezirk, Quellengasse Nr. 52, 1 Stelle für einen Lehrer;

für Mädchen X. Bezirk, Keplerplatz Nr. 7, 1 Stelle für eine Lehrerin, beziehungsweise einen Lehrer;

für Knaben X. Bezirk, Uhlandgasse Nr. 1, 1 Stelle für einen Lehrer;

für Mädchen X. Bezirk, Uhlandgasse Nr. 1, 1 Stelle für eine Lehrerin, beziehungsweise einen Lehrer;

für Mädchen X. Bezirk, Laaerstraße Nr. 1, 1 Stelle für eine Lehrerin, beziehungsweise einen Lehrer;

für Knaben und Mädchen X. Bezirk, Quellengasse Nr. 31, 1 Stelle für einen Lehrer, beziehungsweise eine Lehrerin;

für Knaben und Mädchen XI. Bezirk, Simmering, Am Geiselberg, 2 Stellen für Lehrer, beziehungsweise Lehrerinnen;

für Mädchen XI. Bezirk, Simmering, Marktplatz, 2 Stellen für Lehrerinnen, beziehungsweise Lehrer;

für Knaben und Mädchen XI. Bezirk, Simmering, Meichelstraße, 1 Stelle für einen Lehrer;

für Knaben und Mädchen XI. Bezirk, Kaiser-Ebersdorf, 1 Stelle für einen Lehrer;

für Knaben XII. Bezirk, Unter-Meidling, Schulgasse Nr. 6, 1 Stelle für einen Lehrer;

für Mädchen XII. Bezirk, Unter-Meidling, Schulgasse Nr. 8, 1 Stelle für eine Lehrerin;

für Knaben XIII. Bezirk, Breitensee, Antonsgasse Nr. 38, 1 Stelle für einen Lehrer;

für Knaben und Mädchen XIII. Bezirk, Lainz, Hauptstraße Nr. 26, 1 Stelle für einen Lehrer, beziehungsweise eine Lehrerin;

für Knaben XIV. Bezirk, Rudolfsheim, Stättermayergasse Nr. 19, 1 Stelle für einen Lehrer;

für Mädchen XIV. Bezirk, Rudolfsheim, Prinz Karlgasse Nr. 1, 1 Stelle für eine Lehrerin;

für Knaben XVI. Bezirk, Ottakring, Hauptstraße Nr. 158, 1 Stelle für einen Lehrer;

für Knaben XVI. Bezirk, Neulerchenfeld, Schinaglgasse Nr. 5, 2 Stellen für Lehrer, beziehungsweise Lehrerinnen;

für Mädchen XVI. Bezirk, Neulerchenfeld, Neumayergasse Nr. 33, 1 Stelle für eine Lehrerin;

für Knaben XVII. Bezirk, Hernals, Leopoldigasse Nr. 37, 1 Stelle für einen Lehrer;

für Mädchen XVII. Bezirk, Hernals, Leopoldigasse Nr. 37, 1 Stelle für eine Lehrerin;

für Knaben und Mädchen XVIII. Bezirk, Weinhaus, Köhlergasse Nr. 1, 1 Stelle für einen Lehrer, beziehungsweise eine Lehrerin;

für Knaben und Mädchen XVIII. Bezirk, Neustift a. W., 1 Stelle für einen Lehrer, beziehungsweise eine Lehrerin.

Mit jeder dieser Stellen ist der **Jahresgehalt** der II. Gehaltsclasse von 800 fl. und das **Quartiergeld**, jährlich 300 fl. für Volksschullehrer und jährlich 200 fl. für Volksschullehrerinnen, beziehungsweise nach fünfzehnjähriger Dienstleistung in definitiver Anstellung an öffentlichen Volksschulen von 400 fl. für Volksschullehrer und jährlich 250 fl. für Volksschullehrerinnen, sowie der Anspruch auf **Dienstalterszulagen** von je 100 fl. nach einer Dienstzeit von je fünf Jahren im Sinne der gesetzlichen Bestimmungen verbunden.

Die Bewerber haben ihre Gesuche an den **Wiener Stadtrath** zu richten, und **längstens bis 31. Mai 1892** im vorgeschriebenen Dienstwege bei jenen Ortsschulräthen einzubringen, in deren Sprengel die betreffenden Lehrstellen zu vergeben sind, und zwar sind bei jedem Ortsschulrathe soviele Gesuche zu überreichen, als **Kategorien** von Lehrstellen in Betracht kommen. Die in einem Gemeindebezirke angestrebten Lehrstellen **derselben** Kategorie müssen im Gesuche einzeln angeführt werden.

Die Gesuche sind **zu belegen mit:** dem Tauf-, beziehungsweise Geburtsscheine bei solchen Bewerbern, welche im Wiener Schulbezirke noch nicht definitiv angestellt sind, dem Heimatscheine bei männlichen Bewerbern unter derselben Voraussetzung, bei weiblichen Bewerbern in jedem Falle dem Trauungsscheine bei verheirateten oder verwitweten Bewerberinnen, dem Reifezeugnisse (beziehungsweise dem Maturitätszeugnisse einer Mittelschule) oder der Dispens von der Ablegung der Reifeprüfung, dem Lehrbefähigungszeugnisse für Volksschulen, den Nachweisen der Dienstleistung (Anstellungs-, Enthebungsdecreten u. dgl.) im Originale oder in gesetzlich beglaubigten Abschriften, endlich mit der in den Rubriken 1 bis 5 auszufüllenden **Dienstabelle**.

Verspätet einlangende, oder innerhalb des Concurstermines nicht gehörig documentierte Gesuche können nicht berücksichtigt werden.

Vom Bezirksschulrathe der Stadt Wien,

am 30. April 1892. 3—3

Z. 1922.

Kundmachung.

(Concurs zur Besetzung erledigter Unterlehrer-, beziehungsweise Unterlehrerinnenstellen im Wiener Schulbezirke.)

Im Wiener Schulbezirke kommen nachstehend angeführte Unterlehrer-, beziehungsweise Unterlehrerinnenstellen zur Besetzung:

An den allgemeinen Volksschulen:

für Knaben I. Bezirk, Johannesgasse Nr. 4, 1 Stelle für einen Unterlehrer;

für Mädchen I. Bezirk, Habsburgergasse Nr. 14, 1 Stelle für eine Unterlehrerin;

für Knaben VII. Bezirk, Zieglergasse Nr. 21, 1 Stelle für einen Unterlehrer;

für Mädchen VII. Bezirk, Lerchenfelderstraße Nr. 61, 1 Stelle für eine Unterlehrerin;

für Knaben XI. Bezirk, Simmering, Marktplatz, 1 Stelle für einen Unterlehrer;

für Knaben und Mädchen XI. Bezirk, Simmering, Blumengasse, 1 Stelle für eine Unterlehrerin;

für Knaben und Mädchen XI. Bezirk, Simmering, Am Geiselberg, 1 Stelle für eine Unterlehrerin;

für Knaben XII. Bezirk, Unter-Meidling, Schulgasse Nr. 6, 3 Stellen für Unterlehrer;

für Mädchen XIV. Bezirk, Rudolfsheim, Selzergasse Nr. 19, 1 Stelle für eine Unterlehrerin;

für Knaben XIV. Bezirk, Rudolfsheim, Prinz Karlgasse Nr. 7, 2 Stellen für Unterlehrer;

für Knaben XV. Bezirk, Fünfhaus, Victoriagasse Nr. 2, 1 Stelle für einen Unterlehrer;

für Knaben und Mädchen XVI. Bezirk, Ottakring, Hauptstraße Nr. 158, 2 Stellen für Unterlehrer, beziehungsweise Unterlehrerinnen;

für Knaben XVII. Bezirk, Hernals, Kirchengasse Nr. 37, 1 Stelle für einen Unterlehrer;

für Mädchen XVII. Bezirk, Hernals, Schulgasse Nr. 1, 1 Stelle für eine Unterlehrerin;

für Knaben XVIII. Bezirk, Währing, Antonigasse Nr. 4, 1 Stelle für einen Unterlehrer;

für Knaben XIX. Bezirk, Ober-Döbling, Pantzergasse Nr. 25, 2 Stellen für Unterlehrer;

für Knaben XIX. Bezirk, Nussdorf, 1 Stelle für einen Unterlehrer;

für Knaben und Mädchen XIX. Bezirk, Heiligenstadt, 2 Stellen für Unterlehrer, beziehungsweise Unterlehrerinnen.

Mit jeder dieser Stellen ist der **Jahresgehalt** der II. Gehaltsclasse von 600 fl. und das **Quartiergeld** — jährlich 120 fl. für Unterlehrer und jährlich 90 fl. für Unterlehrerinnen — verbunden.

Die Bewerber haben ihre Gesuche an den **Wiener Stadtrath** zu richten und **längstens bis 31. Mai 1892** im vorgeschriebenen Dienstwege bei jenen Ortsschulräthen einzubringen, in deren Sprengel die betreffenden Lehrstellen zu vergeben sind, und zwar sind bei jedem Ortsschulrathe soviele Gesuche zu überreichen, als **Kategorien** von Lehrstellen in Betracht kommen. Die in einem Gemeindebezirke angestrebten Lehrstellen **derselben** Kategorie müssen im Gesuche einzeln angeführt werden.

Die Gesuche sind **zu belegen mit**: Dem Tauf-, beziehungsweise Geburtsscheine, bei solchen Bewerbern, welche im Wiener Schulbezirke noch nicht definitiv angestellt sind, dem Heimatscheine bei männlichen Bewerbern unter derselben Voraussetzung, bei weiblichen Bewerbern in jedem Falle, dem Trauungsscheine bei verheirateten oder verwitweten Bewerberinnen, dem Reifezeugnisse (beziehungsweise dem Maturitätszeugnisse einer Mittelschule) oder der Dispens von der Ablegung der Reifeprüfung, dem Lehrbefähigungszeugnisse für Volksschulen, den Nachweisen der Dienstleistung (Anstellungs-, Enthebungs-Decreten u. dgl.) im Originale oder in gesetzlich beglaubigten Abschriften, endlich mit der in den Rubriken 1 bis 5 auszufüllenden **Diensttabelle.**

Verspätet einlangende oder innerhalb des Concurstermines nicht gehörig documentierte Gesuche können nicht berücksichtigt werden.

Vom Bezirksschulrathe der Stadt Wien,

am 30. April 1892. 3—3

M. Z. 84213
XII.

Kundmachung.

(**Concurs für die Stelle des Waisenhausvaters im V. städt. Waisenhause in Klosterneuburg.**)

Wegen Besetzung der Stelle des Waisenhausvaters für das V. städtische Waisenhaus für Knaben und Mädchen in Klosterneuburg wird hiemit ein Concurs ausgeschrieben.

Der Waisenhausvater muss österreichischer Staatsbürger und verheiratet sein, die Lehrbefähigung für öffentliche Volksschulen besitzen, damit er in der, mit diesem Waisenhause verbundenen Schule, welche mit dem Öffentlichkeitsrechte ausgestattet ist, die Stelle eines Oberlehrers versehen könne.

Bewerber, die schon im Communaldienste stehen, dürfen das Alter von 50 Jahren, andere das Alter von 40 Jahren nicht überschritten haben.

Mit dieser Stelle sind ein Jahresgehalt von 800 fl. ö. W., vier Quinquennien à 100 fl., eine Naturalwohnung im Anstaltsgebäude, der Bezug des für diese Wohnung erforderlichen Brenn- und Beleuchtungsmateriales, endlich die Verköstigung verbunden und erhält der Waisenhausvater diese Kost sowohl für sich, als auch für seine Gattin und Kinder, solange die Letzteren sich noch unter seiner väterlichen Obhut befinden, nach der jeweilig bestehenden Speiseordnung. — Die sämmtlichen Obliegenheiten eines Waisenhausvaters sind in der Instruction und Hausordnung enthalten, und können beide während der Concursdauer im Waisendepartement des Magistrates eingesehen werden.

Die Gesuche um diese Stelle sind mit dem Heimatsdocumente, den Zeugnissen über die Lehrbefähigung, die bisherige Verwendung und die musikalischen Kenntnisse der Bewerber, dann mit den Taufscheinen und dem Trauungsscheine beider Ehegatten zu belegen, und **längstens bis 15. Mai 1892** im hierortigen Einreichungsprotokolle zu überreichen.

Später einlangende Gesuche können nicht berücksichtigt werden.

Da die Gattin des Waisenhausvaters die Besorgung und Überwachung aller in einem geordneten Haushalte der Familienmutter obliegenden Geschäfte zu übernehmen, und insbesondere auch ohne Anspruch auf separate Honorierung an der Aufsicht über die weiblichen Zöglinge der Anstalt theilzunehmen, sowie die Bereitung der Kost zu überwachen hat, so ist seitens des Bewerbers dem Gesuche noch der Nachweis beizuschließen, dass seine Gattin, entweder eine größere Hauswirtschaft geleitet, oder hiebei mitgewirkt und sich überhaupt solche Kenntnisse zu eigen gemacht habe, dass sie einer größeren Hauswirtschaft vorzustehen und Kinder zu erziehen im Stande ist.

Die Ertheilung des Industrie-Unterrichtes obliegt der Gattin des Waisenhausvaters nicht.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 1. Mai 1892. 3—3

G.-Z. 78772.
V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für die Herstellung eines Haupt-Unrathscanales** aus Beton in der Karmarsch-, beziehungsweise Altmüttergasse im X. Bezirke zwischen der Quellengasse und Reitenbachstraße sammt Zweigcanälen in der Buchen- und Reitenbachstraße mit dem veranschlagten Kostenerfordernisse von 7879 fl. 51 kr. und 400 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 23. Mai d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl im neuen Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse des Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen, und mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 11. Mai 1892. 1–3

G.-Z. 56753

V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für die Herstellung eines Haupt-Unrathscanales** aus Beton in der verlängerten Göllnergasse vor Baustelle VI, VII und X im III. Bezirke mit dem Kostenerfordernisse von 1763 fl. 97 kr. und 300 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 23. Mai d. J., präcise um 11 Uhr vormittags,** im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl im neuen Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenvoranschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städt. Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse des Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 11. Mai 1892. 1–3

G.-Z. 352002

V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für die Herstellung eines Haupt-Unrathscanales** aus Beton in der Jadengasse und Rudolfstraße im XIV. Bezirke, Rudolfsheim, mit dem veranschlagten Kostenbetrage von zusammen 3095 fl. 93 kr. und 335 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 24. Mai d. J., präcise um 11 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl im neuen Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, die Profile, die Kostenanschläge und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse des Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 11. Mai 1892. 1—3

G.-Z. 90486

V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen **Vergebung der Erd- und Baumeisterarbeiten für die Herstellung eines Haupt-Unrathscanales aus Beton** in der Weitlofgasse im XVIII. Bezirke mit dem Kostenerfordernisse von 1292 fl. 23 kr. und 150 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 21. Mai d. J., präcise 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl, im neuen Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa

erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Magistrat vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 9. Mai 1892. 1–3

G.-Z. 394125
V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der Erd- und Baumeisterarbeiten für die Herstellung eines Haupt-Unrathscanales aus Beton in der Herbst- und Hasnergasse im XI. Bezirke Simmering mit dem veranschlagten Kostenerfordernisse von 4210 fl. 98 kr. und 400 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am 24. Mai d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl im neuen Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse des Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 11. Mai 1892. 1–3

G.-Z. 80782.
V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Pflastererarbeiten** für die Umpflasterung der Praterstraße von der Taborstraße bis zur großen Mohrengasse im II. Bezirke im veranschlagten Kostenbetrage von 2646 fl. 92 kr. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 18. Mai d. J., präcise um 11 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl** im Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 6. Mai 1892. 2–3

G.-Z. 87360
V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Lieferung der Holzstöckel und der Dachpappe sowie Pflasterungsarbeiten** zur Erneuerung des Holzstöckelpflasters zwischen dem Tramwaygeleise und dem flussaufwärts liegenden Fußwege der Rudolfsbrücke im V. Bezirke im veranschlagten Kostenbetrage von 663 fl. 11 kr. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 19. Mai d. J., präcise um 10 Uhr vormittags**, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl im neuen Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Kostenanschlag, die allgemeine Vorschrift sowie die speciellen Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Das Offert ist, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen und ist demselben das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Magistrat vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 6. Mai 1892. 2–3

G.-Z. 77982
V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für die Herstellung eines Haupt-Unrathscanales** aus Beton in der Kröllgasse im XIV. Bezirke, Rudolfsheim, mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 2443 fl. 14 kr. und 270 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am 25. **Mai d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl im neuen Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse des Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 11. Mai 1892. 1—3

Prot.-Nr. 66876
ex 1892

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen **Sicherstellung der Lieferung von mindestens 170.000 q Steinkohle und 4600 Raummetern weichem Holze, dann der Verfrachtung von ungefähr 150.000 q Steinkohle** von den städtischen Rutschen am Nordbahnhofe in die Lagerräume der in den Bezirken I bis XIX gelegenen städtischen Anstalten innerhalb der Zeit vom 1. Juni 1892 bis 31. Mai 1893 wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am **Donnerstag den 19. Mai d. J.**, präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes **Philipp**, im neuen Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die im Stadtbauamte und in den Marktcommissariats-Exposituren am Nordbahnhofe und an der Rossauerlände während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen, sowie Exemplare derselben zum Preise von je 10 kr. bei der städtischen Hauptcassa erhalten.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 6. Mai 1892. 3—3

G.-Z. 62172.
V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen **Vergebung der Brunnenmeister-Arbeiten für die Reconstruction des Schöpfwerkes** in der Martinsstraße nächst der Blumengasse und des Schöpfwerkes bei der Vereinigung der Wienerstraße mit der Johannes- und Wildenmanngasse im XVIII. Bezirke, im veranschlagten Kostenbetrage von 4149 fl. 40 kr. und 100 fl. Pauschale, beziehungsweise 2982 fl. 26 kr. und 100 fl. Pauschale, wird vom **Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am 16. Mai d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl im neuen Rathhause (4. Stiege, Mezzanin)**, eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Kostenanschläge und die beigeschlossenen allgemeinen und speciellen Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Das Offert ist, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, versiegelt zu überreichen und ist demselben das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 2. Mai 1892. 3—3

G.-Z. 472809.
V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen **Vergebung der Erd- und Pflastererarbeiten für die Herstellung eines Linienwall-Durchbruches in der Mollardgasse im VI. Bezirk** im veranschlagten Kostenbetrage von 3386 fl. 65 kr. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 18. Mai d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl im neuen Rathhause (4. Stiege, Mezzanin)**, eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar **mit der** dem Projecte beiliegenden **Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen,** beziehungsweise **zu ergänzen,** sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 3. Mai 1892. 3—3

Z. 76728.
V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen **Vergebung der Pflastererarbeiten für die Umpflasterung der schadhaften Straßenstrecken in der Nussdorferstraße** im IX. Bezirke im veranschlagten Kostenbetrage von 2020 fl. 16 kr. und 100 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am **17. Mai d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl, im neuen Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Die städtische Buchhaltung wolle bei dieser Offertverhandlung durch einen Abgeordneten intervenieren.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 2. Mai 1892. 3—3

Z. 424734
VII.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der Erd-, Maurer-, Zimmermanns- und Maschinistenarbeiten im veranschlagten Gesammtkostenbetrage von 30.163 fl. 15 kr., dann der Lieferung der geraden Muffenröhren und Façonröhren im veranschlagten Kostenbetrage von 63.101 fl. 83 kr., der Maschinenbestandtheile mit der Kostenanschlagssumme von 885 fl. und der geschweißten schmiedeisernen Röhren im veranschlagten Kostenbetrage von 3330 fl. zur **Herstellung einer Nutzwasserleitung vom Lagerhaus-Schöpfwerke für den Central-Viehmarkt und das St. Marxer Schlachthaus** wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am **Freitag den 20. d. M., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Stadler im neuen Rathhause** (Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, die Ausmaße, die Kostenanschläge und die dem Projecte beigeschlossenen allgemeinen und speciellen Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke per Bogen zu versehenden Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder mit dem vorgeschriebenen Vadium nicht versehene Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Auch finden nur Offerte von gewerbebehördlich berechtigten Geschäftsleuten Berücksichtigung.

Die Einhaltung der allgemeinen und speciellen Bedingnisse wird seitens der Bauleitung strenge überwacht werden.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 4. Mai 1892. 2—3

Z. 30841
V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen **Vergebung der Pflastererarbeiten für die Pflasterung** der Fuhrmanns- und Löwenburggasse im VIII. Bezirke im veranschlagten Kostenbetrage von 2432 fl. 66 kr. und 300 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am 16. Mai d. J., präcise um 11 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl im neuen Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Die Buchhaltung wolle bei dieser Offertverhandlung durch einen Abgeordneten intervenieren.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 2. Mai 1892. 3—3

G.-Z. 87160
V.

Kundmachung.

(Licitation.)

Wegen Veräußerung von altem Weißblech, Schmiedeeisen, Gusseisen, Zink, Messing, Kupfer, Metall, Lederzeug, von Leinen- und Wollstrazzen, Mistwägelchen, Feuerspritzen, Wasserwägen, von alten Thüren und Fensterstöcken, Schiffen und Baumaterialien, wird am Montag, den 23. Mai l. J., 9 Uhr vormittags im städtischen Materialdepot im IX. Bezirke, Rossauerlände Nr. 23 eine öffentliche Licitation abgehalten werden.

Kauflustige werden hiezu mit dem Bemerken eingeladen, dass die zur Veräußerung gelangenden Gegenstände täglich von 8 bis 2 Uhr im obenbezeichneten Depot besichtigt werden können und

dass die erstandenen Gegenstände sogleich bar ausbezahlt und binnen längstens drei Tagen, vom Erstehungstage gerechnet, aus dem Depot abgeholt werden müssen, da über diese Zeit hinaus für die Richtigkeit des Gewichtes und für den unveränderten Zustand der erstandenen Objecte keine weitere Haftung übernommen wird.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 10. Mai 1892. 1—3

Z. 85147

XVI.

Kundmachung.

(Die Aufnahme von Studierenden der Mittelschulen in die k. u. k. Pionnier-Cadettenschule zu Hainburg a. D. betreffend.)

Über Zuschrift der k. u. k. Pionnier-Cadettenschule zu **Hainburg vom 1. Mai l. J.**, Z. 212, wird hiermit verlautbart, dass diese Cadettenschule zu Beginn jedes Schuljahres (**Mitte September**) eine Anzahl von Studierenden der Mittelschulen in den I. und II. Jahrgang aufnimmt.

Der Eintritt in diese Cadettenschule ist im allgemeinen an nachstehende Bedingungen geknüpft:

1. Die österreichische oder ungarische Staatsbürgerschaft,
2. die körperliche Eignung,
3. ein makelloses Vorleben (befriedigendes sittliches Verhalten),
4. das erreichte Minimal- und nicht überschrittene Maximalalter,
5. eine entsprechende Vorbildung,
6. die Übernahme der Verpflichtung, für die Anschaffung und Erhaltung der vorgeschriebenen Ausstattungsgegenstände aus eigenen Mitteln zu sorgen,
7. den rechtzeitigen Erlag des Schulgeldes und
8. die verlängerte Präsenzdienstpflicht.

Die weiteren Ausführungen zu den einzelnen Punkten sind aus dem Programme der obgenannten Cadettenschule zu ersehen, wovon Exemplare im Bureau des Herrn Magistratsrathes Neubauer im neuen Rathhause, I. Stock, Stiege 4, zur Einsicht aufliegen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 2. Mai 1892. 3—3

Inhalt.

Seite

Gemeinderath:
Sitzungen des Gemeinderathes 1143
Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 10. Mai 1892.
Inhalt:
Mittheilungen des Vorsitzenden:
1. Beurlaubung des Gem.-Rathes Silberer und Entschuldigung der Gem.-Räthe Winkler und R. v. Neumann wegen Fernbleibens 1143
2. Dank der „Berliner Liedertafel" 1143
3. Spende des constituierenden Comités des I. Wiener Naturheilvereines für Arme 1143
4. Beantwortung der Interpellation des Gem.-Rathes Grünbeck, betreffend die Vermietung der Linienamtsgebäude, die Beseitigung des Linienwalles und die Herstellung von Linienwall-Durchbrüchen 1143
Interpellationen:
5. Gem.-Rath Wimberger, betreffend die Behebung der durch schlechte Veranlagung des Tramwaygeleises hervorgerufenen Verkehrsbehinderung in der Burggasse bei Nr. 67 1143
6. Gem.-Rath Röhrl, betreffend die Verbilligerung der Platzzinse für die Trottoirs in den neuen Bezirken und Herabsetzung der diesbezüglichen Commissionsgebüren 1144
7. Gem.-Rath Trambauer, betreffend die Internierung einer Anzahl Lohnfuhrwerksbesitzer durch die Polizei 1144
8. Gem.-Rath Frauenberger, betreffend die Leichenversenkung auf dem Central-Friedhofe 1144
Anträge:
9. Gem.-Rath Dr. Klotzberg, betreffend die Errichtung einer Haltestelle der Donaucanallinie bei der Nussdorfer-Linie 1145
10. Gem.-Rath Wimberger, betreffend die Gestattung der Einfuhr galizischer Schweine 1145
11. Gem.-Rath Frauenberger, betreffend die Versorgung der innerhalb der Gürtelstraße liegenden Häuser der neuen Bezirke mit Hochquellenwasser 1145
12. Gem.-Rath Lang, betreffend die Auflassung der Beschluss-Protokolle über die Sitzungen des Gemeinderathes 1145
13. Gem.-Rath Steiner, betreffend die Reparatur der Überwölbung des Baches in der Windhabergasse in Unter-Sievering 1145
14. Derselbe, betreffend die Herstellung eines Straßencanales in der Grinzingerstraße in Ober-Döbling 1145
15. Gem.-Rath Edlhofer, betreffend die Aufstellung eines Auslaufbrunnens in der Brestelgasse im XVI. Bezirke 1146
Referate:
16. Gem.-Rath Schlechter, betreffend die Subventionierung der Conferenz zum heil. Laurenz in Simmering vom Vereine des heil. Vincenz von Paul in Wien 1146
17. Derselbe, betreffend die Subventionierung des Verschönerungsvereines in Pötzleinsdorf 1147
18. Gem.-Rath Rückauf, betreffend die Subventionierung des Kirchenmusikvereines zu Maria vom Siege in Fünfhaus 1147
19. Derselbe, betreffend die Subventionierung des Vereines zur Förderung von Kirchenmusik in der Pfarre St. Othmar unter den Weißgärbern 1147
20. Derselbe, betreffend die Subventionierung der freiwilligen Feuerwehr in Penzing 1147
21. Derselbe, betreffend die Subventionierung des Comités des I. österr. Weinbautages Wien 1892 1147
22. Derselbe, betreffend die Subventionierung des Neubauer Kindergartenvereines 1148
23. Gem.-Rath Witzelsberger, betreffend die Subventionierung der Turnerfeuerwehr in Unter-Meidling 1148
24. Gem.-Rath Baugoin, betreffend die Subventionierung des gemeinnützigen Vereines zur Bekleidung armer Kinder in Wien 1148
25. Gem.-Rath Dr. Huber, betreffend die Subventionierung des Asylvereines der Wiener Universität 1149
26. Gem.-Rath Schneiderhan, betreffend die Subventionierung des Verschönerungsvereines in Hetzendorf 1149
27. Gem.-Rath R. v. Goldschmidt, betreffend die Schlussrechnung des Baumeisters Josef Spilka und drei weitere Conten für den Schulhausbau in Unter-Meidling, Radetzkygasse 19 1149
28. Gem.-Rath Dr. Grübl, betreffend die Zurückweisung der von der Gemeinde Wien an den k. k. Verwaltungsgerichtshof erhobenen Beschwerde gegen die Ministerial-Verordnung vom 30. Jänner 1892, Nr. 29 R.-G.-Bl., betreffend die Änderung der Marktordnung für den Wiener Central-Viehmarkt 1150
Beschluss-Protokoll der vertraulichen Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom 10. Mai 1892.
Inhalt:
1. Vice-Bürgermeister Dr. Richter, betreffend die Genehmigung der Kosten für die Wasserbeschaffung pro 1891—1892 1150
2. Derselbe, betreffend Personalangelegenheiten 1150
3. Gem.-Rath Baugoin, betreffend Personalangelegenheiten . . . 1150
4. Gem.-Rath Bärtl, betreffend die Erstattung des Referates puncto Brandschaden-Versicherungsanstalt der Gemeinde Wien 1150
Stadtrath:
Sitzungen des Stadtrathes 1150
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 5. Mai 1892 1150
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 6. Mai 1892 1154
Allgemeine Nachrichten:
Approvisionierung:
Borstenviehmarkt vom 10. Mai 1892 1157
Pferdemarkt vom 10. Mai 1892 1157
Stechviehmarkt vom 12. Mai 1892 1157
Gewerbeangelegenheiten:
Gewerbeanmeldungen 1157
Kundmachungen . . . . . 1158—1166

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** — Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.
Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. B. Wallishausser's** k. u. k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Otto Maaß (Haasenstein & Vogler), Wien, I., Wallfischgasse 10.

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag 4 Uhr Nachmittags.

Nr. 38. Dienstag, den 17. Mai 1892. Jahrgang I.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl., „ „ mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Stadtrath.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom 10. Mai 1892.

Vorsitzende: Vice-Bürgermeister Dr. Borschke,
Vice-Bürgermeister Dr. Richter.

Anwesende: Boschan, Müller, v. Götz, Noske, v. Goldschmidt, Rückauf, Dr. Grübl, Schlechter, Dr. Hackenberg, Schneiderhan, Dr. Huber, Dr. Stenzl, Kreindl, Vaugoin, Dr. Lederer, Dr. Vogler, Matzenauer, Witzelsberger, Meißl, Wurm.
Bürgermeister Dr. Prix.

Beurlaubt: Dr. v. Billing.
Entschuldigt: v. Neumann.
Schriftführer: Magistrats-Secretär Roßner.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den **Vice-Bürgermeister Dr. Richter** macht derselbe folgende Mittheilungen:

St.-R. v. Neumann entschuldigt sein Ausbleiben von der heutigen und morgigen Sitzung durch eine dringende Reise.

(Zur Kenntnis.)

Belastung des Reservefonds mit 7. Mai 1892:

Reservefond	600.000 fl.	— kr.
Effective Belastung	40.212 „	16 „
Belastung durch in Aussicht stehende, bereits genehmigte, jedoch noch nicht effectuierte Auslagen	74.759 „	96 „
daher noch verfügbar	485.027 fl.	88 kr.
resp. nach Abzug des für die Bezirke II bis XIX für unvorhergesehene Auslagen zu reservierenden Betrages von	9.000 fl.	— kr.
	476.027 fl.	88 kr.

Außerdem stehen für Rechnung des Reservefonds Anträge im Gesammtbetrage von 267.967 fl. 94 kr. in Vormerkung, bezüglich deren die Genehmigung noch aussteht. (Zur Kenntnis.)

Note des n.-ö. Landesschulrathes vom 6. Mai l. J., Z. 3463, mit welcher für die mit Stadtraths-Beschluss vom 30. März l. J., Z. 1318, den Schülern des Communal-Real- und Obergymnasiums im VI. Bezirke im sogenannten Eßterhazyparke eingeräumten Sommerturnplatz der Dank ausgesprochen wird. (Zur Kenntnis.)

Interpellation des **St.-R. Noske:**

a) ob thatsächlich am Central-Friedhofe das Versenken der Särge mit Leichenversenkungs-Apparaten eingestellt ist,
b) was der Bürgermeister vorzukehren gedenkt, um gegebenenfalls diesem Zustande ein Ende zu machen,
c) ob dem Bürgermeister die in dieser Angelegenheit ausgesendete Zuschrift des Patentinhabers Hlubek bekannt ist und was derselbe diesfalls zu veranlassen gedenkt.

(Wird in der nächsten Sitzung beantwortet werden.)

St.-R. Boschan referiert über den Landesschulraths-Erlass, betreffend die a. h. Sanction des Gesetzes über die Regelung der Bezüge des Lehrpersonales, und beantragt, diesen Erlass als durch die Budget-Erledigung erledigt zu erklären. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die von dem Vereine für kaufmännische Interessen am 5. November v. J. beschlossene Resolution in Betreff der Verzehrungssteuer-Zuschläge und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Herstellung neuer Communicationen in der Brigittenau zur Verbindung der Kaiser Franz Josefs-Regierungsjubiläumsbrücke und der Kaiser Franz Josefsbrücke und beantragt, diese Angelegenheit als durch die Budget-Erledigung pro 1892 erledigt zu erklären. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen der Bertha Kloska, ehem. Waisenhauszögling, um Ausfolgung ihrer Depositen und beantragt die Gesuchsgewährung unter den vom Magistrate beantragten Modalitäten. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über Überschreitungen der Präliminar-Positionen des Jahres 1891 für „Leichentransportkosten" und für „Einsegnungsgebüren und Sargbeistellung" und beantragt die Bewilligung eines Zuschusscredites zur Rubrik XXXIII 3 im Betrage von 1663 fl. 70 kr. und zur Rubrik XXXIII 4 im Betrage von 1522 fl. 80 kr. (Angenommen);

— **derselbe** referirt über die Fructificierung des Cassarestes des Bürgerladfonds durch Ankauf von Pfandbriefen der n.-ö. Landes-Hypothekenbank im Nominalwerte von 16.000 fl. und beantragt die Aufrechthaltung des diesfalls gefassten Stadtraths-Beschlusses vom 16. November 1891, St.-R.-Z. 2912. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über den vom Gem.-Rathe Dr. Stern in der Plenarsitzung vom 15. März l. J. gelegentlich der Debatte über den Haupt-Rechnungsabschluss pro 1891 gestellten Antrag, es seien die Rechnungsabschlüsse in Zukunft rechtzeitig der von Jahr zu Jahr zu wählenden Budget-Commission zur Vorprüfung und zur Berichterstattung an das Plenum zuzuweisen, und beantragt, es seien die Rechnungsabschlüsse rechtzeitig dem Gemeinderathe vorzulegen, welchem es anheimgestellt bleibt, zur Prüfung derselben seinerzeit Commissionen einzusetzen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Forstcultur-Anträge für das Fondsgut Ebersdorf a. d. Donau und beantragt die Genehmigung dieser Anträge mit dem Zusatze, dass die Forstverwaltungen angewiesen werden, Versuche mit der Cultur von Obstbäumen, zunächst Zwetschkenbäumen, zu machen und seinerzeit hierüber zu berichten. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über den Bericht des Lagerhaus-Directors in Betreff des Ansuchens der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien um Überlassung eines Locales im Lagerhause in der zweiten Hälfte des Monates August zur Abhaltung des internationalen Getreide- und Saatenmarktes und beantragt die Genehmigung des Antrages des Lagerhaus-Directors auf Gesuchsgewährung. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über den von Gem.-Rath Meißl am 12. Jänner l. J. gestellten Antrag auf Pflasterung der Straße vom Erzherzog Karlplatz in der Verlängerung der Engerthstraße und beantragt, diesen Antrag als durch die Budget-Erledigung für erledigt zu erklären. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Brauneiß wegen Erbauung der St. Rudolfskirche im XIV. Bezirk und beantragt, den Magistrat zu beauftragen, darüber zu berichten, ob die Gemeinde Wien rechtlich verpflichtet sei, die seinerzeit von der bestandenen Gemeinde Rudolfsheim bewilligten 50.000 fl. zu diesem Kirchenbaue beizutragen.

St.-R. Rückauf beantragt den Zusatz, dass dieser Bericht schleunigst zu erstatten sei.

Referenten-Antrag und Antrag Rückauf werden angenommen.

— **Derselbe** referiert über die Deckung des Abganges beim allgemeinen Versorgungsfonde pro 1891 und beantragt, zur Ausgabs-Rubrik XXXVII, „Öffentliche Armenpflege", Post 1 b, „unter bare Dotation aus den eigenen Geldern" einen Zuschusscredit per 220.000 fl. pro 1891 zu bewilligen, welcher aus dem disponiblen Cassavorrathe der eigenen Gelder zu entnehmen wäre. (Angenommen.)

Hierüber ist dem Gemeinderathe zu berichten.

— **Derselbe** referiert über das Verzeichnis der in den Bezirken I bis X bestehenden ungepflasterten Straßen nach dem Stande vom 31. December 1891 und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Belastungen des Reservefonds mit Ende September 1891, wonach der Reservefond inclusive Zuschuss

per		550.000 fl. — kr.
effectiv mit	305.144 fl. 72 kr.	
und durch hierauf verwiesene, jedoch noch nicht effectuierte Auslagen mit	239.115 fl. 26 kr.	
zusammen mit	544.259 fl. 98 kr.	
belastet ist, so dass noch der Betrag von		5.740 fl. 02 kr.
respective nach Abzug der für die Bezirke II bis X zu reservierenden Summe von		4.500 fl. — kr.
		1.240 fl. 02 kr.

verfügbar war. (Zur Kenntnis.)

Bürgermeister Dr. Prix referiert in Betreff der Bestimmungen über die Regulierung der Bezüge der städtischen Beamten.

Mit Bezug auf den in der Sitzung vom 6. Mai l. J. gefassten principiellen Beschluss, die Bibliotheks-, Archivs- und Museumsbeamten in die Rangclassen einzutheilen, stellt der Bürgermeister auf Grund der von ihm diesfalls gemachten Studien den Antrag, es habe in Abänderung dieses Beschlusses die Rangclassen-Eintheilung der städtischen Beamten auf die Bibliotheks-, Archivs- und Museumsbeamten keine Anwendung zu finden.

St.-R. Matzenauer beantragt unter Festhaltung des genannten principiellen Beschlusses die Eintheilung des Bibliotheks-Directors in die VIII. Rangclasse und der übrigen Bibliotheksbeamten in die IX. und X. Rangclasse.

Der Antrag des St.-R. Matzenauer wird abgelehnt, der Antrag des Bürgermeisters angenommen.

Mit Bezug auf den gleichfalls in der Sitzung vom 6. Mai l. J. gefassten Beschluss bezüglich der Eintheilung der städtischen Ärzte in die Rangclassen beantragt der Bürgermeister: „Es sei von der Eintheilung des städtischen Sanitätspersonales in das Rangclassen-Schema Umgang zu nehmen."

Für den Fall der Ablehnung dieses Antrages stellt der Bürgermeister den Eventual-Antrag: „Es sei der Stadtphysicus in die VI. Rangclasse und die beiden Stadtphysicus-Stellvertreter in die VII. Rangclasse einzureihen. Von der Einreihung der übrigen städtischen Ärzte sei jedoch Umgang zu nehmen."

St.-R. Dr. Lederer beantragt: Es seien von den städtischen Ärzten (mit Ausschluss der vom Bürgermeister zur Einreihung in die VI. und VII. Rangclasse beantragten) einige in die VIII. Rangclasse, die übrigen in die IX. und X. Rangclasse einzureihen.

St.-R. Dr. Stenzl beantragt, für den Fall als die Eintheilung der städtischen Ärzte in das Rangclassen-Schema nicht erfolgen sollte, zu beschließen, dass den städtischen Ärzten bei der Pensionierung das halbe Quartiergeld in gleicher Weise wie den in die Rangclassen eingetheilten Beamten einzurechnen sei.

St.-R. Dr. Lederer stellt den Eventual-Antrag, dass der erste Stellvertreter des Stadtphysicus in die VII. Rangclasse, der zweite Stellvertreter in die VIII. Rangclasse und die übrigen städtischen Ärzte in die IX. und X. Rangclasse einzureihen seien.

Bei der Abstimmung wird der erste Antrag des Bürgermeisters, von der Einreihung der städtischen Sanitätspersonen in das Rangclassen-Schema ganz abzusehen, abgelehnt.

Der Eventual-Antrag des Bürgermeisters auf Einreihung des Stadtphysicus in die VI. Rangclasse und seiner beiden Stellvertreter in die VII. Rangclasse wird angenommen.

Der Antrag Dr. Lederer, einige städtische Ärzte in die VIII. Rangclasse einzureihen, wird abgelehnt.

Dessen weiterer Antrag auf Einreihung der städtischen Ärzte in die IX. und X. Rangclasse wird abgelehnt.

Antrag Dr. Stenzl bezüglich Einbeziehung des halben Quartiergeldes in die Pension wird angenommen.

St.-R. Rückauf beantragt die Einreihung des Stallmeisters der städtischen Feuerwehr in die X. Rangclasse. Dieser Antrag wird abgelehnt.

St.-R. Dr. Huber referiert über die Herstellung eines Linienwall-Durchbruches in der Verlängerung der unteren Bräuhausgasse, V. Bezirk, und beantragt die Demolierung des auf der städtischen Cat.-Parc. 533, Grundb.-Einl. 105 des V. Bezirkes stehenden, an Rob. Kleyhonz vermieteten ehemaligen Feuerlöschrequisiten-Depots nach erfolgter Kündigung im laufenden Kündigungstermin behufs Herstellung des Linienwall-Durchbruches als Gehweg im Kostenbetrage von 333 fl. 12 kr.

Hiedurch erledigt sich auch der diesen Gegenstand betreffende, vom Gem.-Rath Dr. Lueger in der Sitzung vom 26. April l. J. gestellte Antrag. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über Schulgeldbefreiungen an der Gumpendorfer Communal-Oberrealschule und beantragt die Genehmigung des Magistrats-Antrages auf Gewährung der Schulgeldbefreiung an zwei Schüler dieser Anstalt unter den beantragten Modalitäten. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die im X., XII., III. und IX. Bezirke vorgenommenen Ergänzungswahlen in den Armenrath und beantragt die Bestätigung der vorgenommenen Wahlen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Baulinienänderung für die Weinhauserstraße und Rötzergasse im XVII. Bezirke und beantragt, unter Hinweis auf den vorgelegten Plan:

1. Für die Weinhauserstraße zwischen der Karls- und Rötzergasse eine Breite von 15·17 m und für die Häuser Nr. 10 bis 16 die Linie s q sammt einer 11·00 m langen Abkappung q g an der Ecke der Rötzergasse.

2. Für die Weinhauserstraße von der Rötzergasse bis zur Hauptstraße eine Breite von 18·96 m und die Linien p z und m n, welche derartig parallel gezogen werden, dass der Punkt p als Grenze der Realitäten Nr. 7 Weinhauserstraße und Nr. 25 Rötzergasse und der Punkt n die Grenze der Häuser Nr. 6 und 7 Elterleinplatz als Fixpunkte zu gelten haben.

3. Für die 6·00 m lange Abkappung an der zweiten Ecke der Rötzergasse die Linie m l und für die Verlängerung der Rötzergasse die Linie f l.

4. Für die Hernalser Hauptstraße bis zum Elterleinplatze unter Beibehaltung der Straßenbreite von 15·17 m die Linie c y und für die 4·00 m lange Abkappung an der Ecke des Hauses Hernalser Hauptstraße Nr. 78 die Linie y z.

Vice-Bürgermeister Dr. Borschke übernimmt den Vorsitz.

St.-R. Müller beantragt, die Baulinien für den zwischen der Rötzergasse und der Hernalser Hauptstraße gelegenen Theil der Weinhauserstraße in der Weise zu bestimmen, dass die Baulinie für die Häuser mit geraden Nummern durch Verbindung des im Plane mit „m" bezeichneten Punktes mit dem Durchschnittspunkte zwischen der Grenzlinie der Häuser 6 und 7 Elterleinplatz und der gegenwärtigen Baufluchte dieser zwei Häuser gewonnen und die Baulinie für die Häuser mit ungeraden Nummern in einer Entfernung von 18 m parallel gezogen wird.

St.-R. v. Goldschmidt beantragt die Abhaltung einer Localcommission.

Bei der Abstimmung wird Punkt 1 des Referenten-Antrages angenommen. Gegen-Antrag Müller puncto Abschwenkung der Baulinie der Weinhauserstraße angenommen. Straßenbreite nach Referenten-Antrag mit 18·96 m angenommen. Referenten-Antrag 3 und 4 angenommen.

Hierüber ist dem Gemeinderathe zu berichten.

— **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Josef Polke um Bewilligung der Zusammenlegung der Parcellen 816 und 817 Grundb.-Einl. 1525 mit Parcelle 822 Einl.-Z. 658 des V. Bezirkes, Or.-Nr. 26 und 28 Kohlgasse in eine Baustelle und beantragt die Gesuchsgewährung. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen der Rosa Peydl um Bewilligung zur Herstellung von Baxten unter erleichterten Bedingungen auf den durch Parcellierung der Realitäten Einl.-Z. 13 und 219 in Lainz entstandenen Baustellen und beantragt, es werde beschlossen, die in den §§ 84 bis inclusive 87 der Wiener Bauordnung angeführten Erleichterungen von den Bestimmungen der Bauordnung für Wien bei dem im Sinne des Parcellierungsconsenses der k. k. Bezirkshauptmannschaft Hietzing vom 13. October 1891, Z. 38162 auf den durch diese Parcellierung entstehenden Baustellen aufzuführenden einzelstehenden kleinen Wohnhäusern für die Dauer der Jahre 1892 bis inclusive 1901 mit dem Vorbehalte im Sinne des § 83 der Wiener Bauordnung eintreten zu lassen, dass die Zugestehung dieser Erleichterung innerhalb dieser Frist abgeändert oder wieder zurückgenommen und die Anwendung der allgemeinen Vorschriften der Bauordnung beschlossen werden kann. (Angenommen.)

Hierüber ist dem Gemeinderathe zu berichten.

— **Derselbe** referiert über die mit Stadtraths-Beschluss vom 22. März, Gem.-Z. 1424 erfolgte Normierung der Mietzinse für Wohnungen in dem städtischen Hause Or.-Nr. 54 Ullmannstraße, XIV. Bezirk und beantragt, es sei der mit dem genannten Beschlusse normierte Mietzins für die neuentstehenden Wohnungen „inclusive Nebengebüren" zu verstehen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über den Bau eines Haupt-Unrathscanales in der Fichtegasse, I. Bezirk, und beantragt, das vorgelegte Project mit dem Kostenerfordernisse von 2663 fl. 46 kr. zu genehmigen. (Angenommen.)

St.-R. Dr. Lederer referiert über den Abschluss von Bestandverträgen mit Friedr. Almeder und Arnold Lewissohn (Krull & Comp.) bezüglich der Pachtgründe in der Spittelau und beantragt:

1. Mit der Firma Krull & Comp. ist über das Bestandverhältnis bezüglich der Cat.-Parc. 1046/1 mit dem richtigen Ausmaße von 1143·40 □° ein Bestandvertrag auf Grund der bisherigen Pachtbedingnisse auszufertigen und der Pachtzins nach dem neuen Ausmaße vom 1. Mai 1892 an zu entrichten.

2. Das Bestandverhältnis mit der Firma Krull & Comp. puncto des Theiles der Parcelle 1043/2, welche im Vertrage vom 28. November 1890, Z. 414174 näher bezeichnet ist, im Ausmaße

von 68□° (im Plane grün bezeichnet) ist infolge des Verkaufes eines Theiles des Grundes zu lösen.

3. Das Pachtverhältnis mit Franz Gemeiner ist aufzulösen.

4. An Franz Gemeiner ist der Rest von dem sub 2 bezeichneten Grund zum Pachtzinse von 30 kr. per Quadratmeter, welcher Grundrest durch Abtrennung eines Theiles der an Krull & Comp. verpachteten Parcelle 1043/1 auf 160 m² ergänzt wird, zu verpachten.

5. Der Rest der bisher an Krull & Comp. verpachteten Theile der Parcelle 1043/1, im Ausmaße von 745.90 □° = 2682 m², wird an diese Firma um 500 fl. Pauschalzins verpachtet.

6. Die den bisher bestehenden Bestandverträgen zugrunde liegenden Bedingungen bleiben im übrigen aufrecht. (Angenommen);

— **derselbe** referiert in Angelegenheit der Ministerial-Entscheidung über den Recurs der Kaiser Ferdinands-Nordbahn gegen die ihr aufgetragene nächtliche Beleuchtung der sogenannten Nordbahnbrücke bei Wien und beantragt die Kenntnisnahme dieser Ministerial-Entscheidung, wonach die Kaiser Ferdinands-Nordbahn insolange für diese Beleuchtung aufzukommen hat, bis das zwischen der Gemeinde Wien und dieser Bahn strittige Eigenthumsrecht an der genannten Brücke im Civilrechtswege ausgetragen sein wird. (Zur Kenntnis.)

St.-R. Dr. Grübl referiert über das neuerliche Vergleichsanbot des Karl Kaiser hinsichtlich seiner namens der Verlassenschaft nach Maria Böhm für Instandsetzungsarbeiten an dem Hause Nr. 6 Freisingergasse, I. Bezirk, aushaftenden Forderung an den Wiener Bürgerspitalsfond und beantragt, den in dem Protokolle vom 6. Mai l. J. von Karl Kaiser fixierten Ausgleichsbetrag per 1750 fl. gegen Abgabe der Erklärung Kaisers, dass er damit vollkommen befriedigt sei und keine Forderung mehr an die Gemeinde zu stellen habe, auszubezahlen. (Angenommen.)

St.-R. Müller referiert über die Abänderung der Baulinie für die Ferstelgasse in Grinzing und beantragt, es sei die im vorgelegten Plane roth gezogene Baulinie als Straßenbegrenzung zu genehmigen, jedoch sei zu bedingen, dass die Verbauung nur mit Vorgärten von 4·75 m Tiefe zu gestatten sei. (Angenommen.)

St.-R. Dr. Vogler beantragt, es sei die Frage der Baulinienbestimmung von jener der Verbauungsart zu trennen und seien dementsprechend zwei separate Beschlüsse zu formulieren. (Angenommen.)

Die Formulierung ist dem Stadtrathe vorzulegen.

— **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Franz und der Rosalia Loho um Ertheilung des Bauconsenses für ein Wohnhaus Or.-Nr. 46 Herbstgasse in Neulerchenfeld und beantragt die Bestätigung des Antrages des magistratischen Bezirksamtes für den XVI. Bezirk auf Ertheilung des Bauconsenses unter Genehmigung der projectierten je 0·07 m vortretenden Risalite in der Herbststraße und Haberlgasse gegen Einlösung des hiezu erforderlichen communalen Grundes per 0.521 m² um den Einheitspreis von 12 fl. per Quadratmeter. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Baumeisters Antonin Zagórski um den Consens zum Baue eines Wohnhauses auf der Realität Einl.-Z. 2830/2831 in Ottakring und beantragt die Bestätigung des Antrages des magistratischen Bezirksamtes für den XVI. Bezirk auf Ertheilung des Bauconsenses gegen Ausstellung eines grundbücherlich einzuverleibenden Reverses, durch welchen die seinerzeit eventuell bei Bestimmung der Baulinie der Galitzynstraße nothwendige Straßengrundabtretung bis zur halben Straßenbreite (unentgeltlich, lastenfrei und im richtigen Niveau) gesichert ist. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Nussdorfer Spar- und Vorschussvereines um Bewilligung für Zubauten zur Realität Or.-Nr. 40 Nussdorferstraße und beantragt die Bestätigung des Antrages des magistratischen Bezirksamtes für den XIX. Bezirk auf Ertheilung des Bauconsenses für den außerhalb der Baulinie projectierten Schupfenbau. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das von Lorenz Twaroch einverständlich mit dem Eigenthümer der angrenzenden Realität Bezchleba gestellte Ansuchen um Abänderung der Baulinie für die Verbindungsstraße zwischen der Karlsgasse und Alsbachstraße in Hernals und beantragt, dass anstatt der genehmigten, im Plane roth eingezeichneten Linien A B und C D die blauen Linien A B und C D derart als Baulinien bestimmt werden, dass erstere Linie in einem Abstande von 8 m von der Grenze der Realität Einl.-Z. 685 gegen Or.-Nr. 30 Alsbachstraße und letztere Linie in einem Abstande von 12 m von ersterer geführt wird. Gleichzeitig sind die Baulinien nach B roth, B blau in der Alsbachstraße und D roth, D blau in der Karlsgasse zu ergänzen. Für den Fall der nur theilweisen Eröffnung dieser Seitengasse ist dem Twaroch die bestandweise Überlassung des von ihm unentgeltlich abgetretenen Straßengrundes der Seitengasse gegen Abschließung an der Seite der Alsbachstraße und Einzahlung eines jährlichen Anerkennungszinses von 1 fl. zuzusichern. (Angenommen.)

Über die Baulinienänderung ist dem Gemeinderathe zu referieren.

St.-R. R. v. Goldschmidt referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis bezüglich Vergebung der Erd- und Baumeisterarbeiten für die Erbauung eines Haupt-Unrathscanales aus Beton in der verlängerten Stammgasse im III. Bezirke im veranschlagten Betrage von 2760 fl. 66 kr. und 500 fl. Pauschale und beantragt die Genehmigung des Bestbotes der Bauunternehmung Pittel & Brausewetter mit 23 Percent Nachlass. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Baugesuch der Katharina Keck puncto Baues eines Wohnhauses auf Baustelle XV, Grundb.-Einl.-Z. 1712, V. Bezirk, Or.-Nr. 76 Matzleinsdorferstraße, Ecke der Kompertgasse und beantragt die Bestätigung des Magistrats-Antrages auf Ertheilung des Bauconsenses und Genehmigung des 15 cm vorspringenden Risalites an der abgekappten Hausecke gegen Einlösung des hiefür erforderlichen Grundes per 1·23 m² um den Einheitspreis von 30 fl. per Quadratmeter. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Jakob Franz Neugebauer um Bauconsens für ein vierstöckiges Wohnhaus auf Grundb.-Einl.-Z. 731 des XV. Bezirkes in der Wimbergergasse und beantragt die Bestätigung des Antrages des magistratischen Bezirksamtes für den XV. Bezirk auf Ertheilung des Bauconsenses und Genehmigung der zwei projectierten je 0·15 m vortretenden Risalite und des 0·36 m vortretenden Thorportales gegen Einlösung des für diese Vorbauten erforderlichen Grundes per 2·66 m² um den Preis von 79 fl. 80 kr. und gegen Erlag einer Caution von 500 fl. für seinerzeitige Erwerbung des zur Eröffnung der Wimbergergasse erforderlichen Linienwallgrundes im Ausmaße von 22·50 m². (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Friedrich Fleischmann um Bewilligung zum Baue eines Wächterhauses auf Südbahngrund X., Vordere Südbahnstraße Nr. 16 und beantragt die Bestätigung des Antrages des magistratischen Bezirksamtes für den X. Bezirk auf Ertheilung des Bauconsenses für diesen provisorischen, auf unparcelliertem Grunde zu führenden Bau unter den vorgeschlagenen Modalitäten. (Angenommen.)

St.-R. Schlechter referiert über das Ansuchen des M. v. Kuffner um Bewilligung zur Legung eines Wasserleitungsrohres im XVI. Bezirke,

Waldstraße behufs Wasserversorgung seiner Sternwarte und beantragt die Bewilligung gegen Widerruf, Zahlung eines jährlichen Anerkennungszinses von 5 fl. und unter den übrigen vom Magistrate gestellten Bedingungen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Aufstellung eines öffentlichen Auslaufbrunnens im XVI. Bezirke in der Habichergasse und beantragt dieselbe, sowie Dotierung dieses Brunnens mit täglich 124 hl Hochquellenwasser. (Angenommen.)

Die Sitzung wird geschlossen.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom 11. Mai 1892.

Vorsitzende: 1. Vice-Bürgermeister Dr. Borschke.
2. Vice-Bürgermeister Dr. Richter.

Anwesende: v. Götz, Noske,
v. Goldschmidt, Rückauf,
Dr. Grübl, Schlechter,
Dr. Hackenberg, Schneiderhan,
Dr. Huber, Dr. Stenzl,
Kreindl, Vaugoin,
Dr. Lederer, Dr. Vogler,
Matzenauer, Witzelsberger,
Meißl, Wurm.
Müller,

Entschuldigt: Boschan und v. Neumann.
Beurlaubt: Dr. v. Billing.
Schriftführer: Magistrats-Concipist Schmidbauer.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den **Vice-Bürgermeister Dr. Borschke** macht derselbe der Versammlung nachstehende Mittheilungen:

St.-R. Boschan entschuldigt sein Ausbleiben wegen Theilnahme an einer Commission. (Dient zur Kenntnis.)

Der Obmann des „Wiedener Bücherei-Vereines" Dr. Josef Scholz ladet zu der am 16. l. M. um 6 Uhr abends stattfindenden Eröffnung der Freilesehalle im IV. Bezirke, Karolinenplatz Nr. 7, ein. (Dient zur Kenntnis.)

In Beantwortung der Interpellation des St.-R. Noske vom 10. l. M., betreffend die Einstellung des Versenkens der Särge mit Versenkungs-Apparaten am Wiener Central-Friedhofe, die Beseitigung dieses Zustandes und die Zuschrift des Ingenieurs Peter Hlubek in dieser Angelegenheit, ist Folgendes mitzutheilen:

Das Versenken der Särge mit Versenkungs-Apparaten wurde thatsächlich eingestellt, da vom k. k. Bezirksgerichte Simmering infolge des Umstandes, als der zwischen Peter Hlubek und A. M. Beschorner anhängige Privilegium-Eingriffsproceß zu Ungunsten des letzteren entschieden worden ist, die Beschlagnahme der vorhandenen Beschorner'schen Apparate bestätigt wurde. Es müßte nunmehr mit Hlubek neuerlich wegen Aufstellung seiner Apparate auf Grund der ihm mit dem Gemeinderaths-Beschlusse vom 13. October 1882, Z. 6430 ertheilten Bewilligung und wegen des hiebei zu verwendenden städtischen Personales, eventuell wegen entgeltlicher Benützung derselben, verhandelt werden.

Die von Peter Hlubek gegen die Gemeinde Wien erhobenen Vorwürfe wegen angeblich ungerechtfertigter Übertragung der Bewilligung zur facultativen Benützung seiner patentierten Versenkungs-Apparate an A. M. Beschorner sind unbegründet.

(Wird zur Kenntnis genommen.)

St.-R. Meißl referiert über eine Anzahl von Gesuchen um Verleihung der Zuständigkeit nach Wien, respective der Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt, dieselbe gegen Erlag der entsprechenden Taxe zu verleihen an:

Kreiner Josef, Stadtträger;
Rosmann Rudolf J. A., Galvanoplastiker;
Rauscher Lorenz, Hausbesorger;
Munganast Josef, Spielwaren-Erzeuger;
Neugeborn Aloisia, Bedienerin;
Leder Franz, Schneider;
Skrutek Josef, Korbflechter;
Zauner Laurenz, Geschäftsdiener;
Ebert Ignaz, Sattlergehilfe;
Sträußelberger Johann, Schlossergehilfe;
Knotek Philipp, Schneider;
Krautwurst Albert, Geschäftsdiener,
Telgmann Karoline, Hausbesitzerin, und ihre zwei minderjährigen Kinder (Zusicherung);
Fischbach Johann, Parfumeur (Zusicherung);
Heimann Hermann, Verkäufer „
Lafaire Johann, Procurist „
Paesler Wilhelm, Buchbinder „
Horwath Franz, Einspänner „
Ullmann Norbert, Verschleißer von Gummischläuchen;
Zaruba Franz, Kanzleidiener;
Demuth Karl Edl. v., Ingenieur und Bauunternehmer;
Wiesinger Philipp, Hausbesorger;
Horak Karl, Kleidermacher;
Eckert Wenzel, Heizer;
Sammer Josef, k. k. Briefträger;
Sekanina Ferdinand, Gasarbeiter;
Bartel Ignaz, Hufschmied;
Krbalek Josef, Einspänner-Eigenthümer;
Engel Friedrich, Buchhalter;
Filipovsky Franz, Schuhmacher;
Quaß Josef, Herrschaftskutscher;
Nemeč Franz, Gasarbeiter;
Gerner Michael, Advocatursbeamter;
Jellinek David, Brantweiner;
Fried Josef, k. k. Postexpedient;
Pichler Anton, Zimmerputzer und Hausbesorger;
Haas Franz, Reisender;
Ratzenböck Maria, Köchin;
Steinbreiter Stefan, Fragner;
Werner Magdalena A., Hausbesorgerin;
Klimesch Anna, Wirtschafterin;
Jaksch, geb. Weilguny Regina, Hausbesorgerin;
Ranke Leopold, Fleischhauer;
Mahler Ludwig, Schmuckfedern-Erzeuger;
Hackl Leopold, Milchverschleißer;
Frenzl Franz, Glaser;
Hönig Anton, Zimmerputzer;
Wagner Alois, Geschäftstheilhaber;
Linsbauer Norbert, Büchsenmacher;
Höfer Karl, Schriftsetzer;

Weselý Johann, Gürtlergehilfe;
Raab Franz, Hausbesorger;
Radl Anton M., Hausbesitzer. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über eine Anzahl von Gesuchen um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt, das Bürgerrecht zu verleihen an:

Bielsky Franz, Schlosser;
Meyer Friedrich, Fellhändler;
Troutsch Wenzel, Schneider;
Kern Leopold, Schuhmacher;
Buda Josef, Uhrmacher. (Angenommen);

— **derselbe** referiert weiters über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt, dasselbe zu verleihen an:

Holnsteiner Adolf, Fiaker;
Grünwald Wilhelm, Goldarbeiter;
Wagner Franz, Korbmacher; (Angenommen.)

St.-R. Witzelsberger referiert über das Ansuchen des Leopold Hauser, Inhaber des I. russischen Tattersall um mietweise Überlassung der Stallungen Nr. 13, 14 und 15 auf dem städtischen Pferdemarkte.

Referent beantragt, die gedachten Ställe an den Gesuchsteller vom 1. Mai 1892 an, auf unbestimmte Zeit gegen vierteljährige Kündigung um einen vierteljährig im voraus zu bezahlenden Jahreszins von 600 fl. per Stallung, sohin zusammen von 1800 fl., sammt den gesetzlichen Nebengebüren und unter den übrigen, vom Magistrate festgesetzten Modalitäten zu vermieten.

St.-R. Rückauf beantragt (als Zusatz), es sei der Magistrat zu beauftragen, Schritte einzuleiten, dass für diese Stallungen bei künftigen Vermietungen (eventuell im Wege einer Kundmachung) höhere Mietzinse erzielt werden.

Der Referenten-Antrag und der Zusatz-Antrag des St.-R. Rückauf werden angenommen.

— **Derselbe** referiert über das Ansuchen der freiwilligen Feuerwehr in Nussdorf um Liquidierung eines Betrages von 300 fl. zur Abzahlung eines Mannschafts-Rüstwagens von W. Knaust.

Referent beantragt, dem Ansuchen zu entsprechen und der genannten Feuerwehr zur letzten Ratenzahlung für den Rüstwagen eine Subvention von 300 fl. gegen Nachweis der Verwendung zu bewilligen.

St.-R. Schlechter beantragt, es seien in Hinkunft alle Anschaffungen der freiwilligen Feuerwehren nach den Typen der Wiener Feuerwehr zu machen und habe das Angeschaffte im Falle der Auflösung der betreffenden Feuerwehr in das Eigenthum der Gemeinde Wien überzugehen.

Bei der Abstimmung wird der Referenten-Antrag und der Antrag des St.-R. Schlechter angenommen.

Über die Subvention ist dem Gemeinderathe zu berichten.

— **Derselbe** referiert über das Ansuchen des M. Habann um pachtweise Überlassung von Theilen der Parcelle Nr. 182/2 und 492 in Speising, Hauptstraße, bei den Häusern Nr. 27 und 84 zur Anlage eines Holzplatzes.

Referent beantragt, dieses Pachtanbot mit Rücksicht auf die hierüber gepflogenen Erhebungen abzulehnen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Bewilligung eines Zuschussredites pro 1891 zur Ausgabs-Rubrik IV 5 a „Reinigung der Amtslocalitäten" und beantragt, zu dieser Rubrik einen Zuschussredit von 364 fl. 54 kr. zu bewilligen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über den Ausweis des Markt-Commissariats, betreffend die Pferdeschlachtungen im I. Quartale 1892, über die thierärztlichen Untersuchungen und über die Preise des Pferdefleisches und der Würste ꝛc.

Referent beantragt, diesen Ausweis, nach welchem unter anderem in diesem Quartale um 357 Stück Pferde mehr geschlachtet wurden als im gleichen Quartale des Vorjahres, zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen.)

St.-R. Dr. Vogler referiert über die Aufhebung, resp. Einschränkung der Ausgabe von Freikarten und Karten zu ermäßigten Preisen für die Benützung des städtischen Donaustrombades.

Referent stellt folgende Anträge:

1. Die Ausgabe von Freikarten zur Benützung des Donaustrombades am rechten Ufer wird aufgehoben.

2. Für die Kinder der ärmeren Classe sind unter Vereinbarung mit dem Pächter des Freibades Freikarten zur unentgeltlichen Benützung der Badewäsche auszugeben.

3. Die Ausgabe von Kinderkarten auf Schüleranweisungen wird für Volks- und Bürgerschulen auf die Tageszeit bis 2 Uhr beschränkt, ausgenommen für Kinder, welche Schwimmunterricht nehmen und für solche, welche in Begleitung ihrer Angehörigen erscheinen.

4. Die ermäßigten Schwimmunterrichts-Karten berechtigen zugleich zur Benützung des Bades mittels ermäßigter Badekarte.

5. Für die erste Badeclasse werden auf Namen lautende Saisonkarten nach dem vom Magistrate vorgelegten Muster zum Preise von 10 fl. ausgegeben, welche den Besitzer während der betreffenden Badesaison zur täglich einmaligen Benützung der Anstalt berechtigen.

6. Die Giltigkeitsdauer der für die betreffende Badesaison ausgegebenen Abonnementskarten wird auf das nächstfolgende Jahr ausgedehnt. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über den Statthalterei-Erlass vom 29. April 1892, Z. 26324, betreffend die Beseitigung des Linienwalles in den zwei Strecken zwischen der Lerchenfelderstraße und der Breitenfeldergasse und von der Landes-Irrenanstalt bis zur Währingerstraße, resp. die Erklärung des Finanzministers, dass er nicht in der Lage sei, sich dem in den Punkten 2 und 3 des Gemeinderaths-Beschlusses vom 11. März 1892, Z. 1201, eingenommenen Standpunkte anzuschließen.

Referent beantragt, den gedachten Gemeinderaths-Beschluss mit der Modification aufrecht zu halten, dass der Zeitraum für den Abschluss der beim k. k. Finanzministerium schwebenden Verhandlungen wegen Überlassung der Linienwälle an die Gemeinde bis Ende 1893 ausgedehnt werde, so dass es in den Punkten 2 und 3 des citierten Gemeinderaths-Beschlusses anstatt „im Laufe des Jahres 1892" — „bis zum Ablaufe des Jahres 1893" zu lauten hätte. (Angenommen.)

Hierüber ist dem Gemeinderathe zu berichten.

— **Derselbe** referiert über den Recurs der bestandenen Gemeinde Penzing vom 31. Juli 1881 puncto verweigerter Steuerbefreiung für eine Gemeindedieners-Wohnung, Penzing, Hauptstraße Or.-Nr. 46.

Referent beantragt, diesen Recurs bei dem Umstande, als bisher für Gemeindedieners-Wohnungen in städtischen Häusern die Steuerbefreiung aus dem Titel der Widmung anstandslos bewilligt wurde, seitens der Gemeinde Wien aufrecht zu halten.

— **derselbe** referiert über die Anschaffung des Lechner'schen Wandplanes der Stadt Wien für die Volks- und Bürgerschulen.

Referent beantragt, es sei die vom Bezirksschulrathe empfohlene Anschaffung des Lechner'schen Wandplanes der Stadt Wien für die Volks- und Bürgerschulen in 140 Exemplaren mit einem Kosten-

erfordernisse von 2331 fl. zu genehmigen, und diese Summe zur Bedeckung auf den Reservefond zu verweisen.

St.-R. Noske beantragt, es sei der anzukaufende Plan vorzulegen und das Referat mit einem Nachweise über die im Lehrmittel-Verzeichnisse derzeit schon enthaltenen und über die in den Schulen schon vorhandenen Pläne zu ergänzen, sohin bis zur Vorlage dieses Verzeichnisses und des Planes zu vertagen.

Der Antrag des St.-R. Noske wird angenommen.

St.-R. Dr. Vogler referiert über den vom Wiener Bezirksschulrathe mit Note vom 29. April 1892, Z. 1922, übermittelten Erlass des k. k. n.-ö. Landesschulrathes vom 23. April 1892, Z. 3362, betreffend den Vorgang bei der künftigen Ausschreibung und Besetzung von Lehrstellen im Wiener Schulbezirke und den Auftrag an den Bezirksschulrath, für dieses Jahr die Ausschreibung der erledigten Lehrstellen unverzüglich zu veranlassen.

Referent beantragt, diese Note, beziehentlich den gedachten Erlass des Landesschulrathes zur Kenntnis zu nehmen.

St.-R. Dr. Grübl beantragt, den Erlass nicht lediglich zur Kenntnis zu nehmen, sondern zu erklären, dass der Stadtrath die Anordnung des Landesschulrathes als Versuch eines neuen zweckmäßigen Vorganges bei der künftigen Ausschreibung und Besetzung von Lehrstellen betrachte, sich aber vorbehalte, nach Durchführung der ersten Präsentation seine Wahrnehmungen mitzutheilen und Anträge wegen eventueller Abänderung des Gesetzes vom 5. April 1870, Nr. 35 L.-G.-Bl., zu stellen.

Der Referent schließt sich diesem Antrage mit der Modification an, dass sich vorbehalten werde, überhaupt im Allgemeinen „bei Gelegenheit von Präsentationen" die Wahrnehmungen mitzutheilen.

Mit dieser Modification wird der Antrag des St.-R. Grübl angenommen.

St.-R. Dr. Vogler referiert über die Noten des Wiener Bezirksschulrathes vom 30. April 1892, Z. 1922, betreffend die Concursausschreibung zur Besetzung von Bürgerschullehrer- und -Lehrerinnen-, Volksschullehrer- und -Lehrerinnen- und Unterlehrer- und -Lehrerinnenstellen im Wiener Schulbezirke.

Referent beantragt, diese Noten zur Kenntnis zu nehmen.

(Angenommen.)

St.-R. Kreindl referiert über das Offert des Richard Freih. v. Suttner auf Lieferung von circa 1700 Stück 7/7" Gabbro-Würfelsteinen.

Referent beantragt, von dem Genannten seinem Offert gemäß 1700 Stück 7/7" Würfel aus Gabbro um den Preis von 320 fl. per mille unter der Bedingung anzukaufen, dass die Steine loco städtischer Steinlagerplatz Rossau geliefert und auf Grund der Vorschrift für die städtischen Steinlieferungen sortiert und in zählbaren Figuren geschlichtet übergeben werden. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Hauseigenthümers Josef Kalas, II., Blumauergasse 20, um Gestattung der Legung eines Klinkertrottoirs vor diesem Hause und beantragt, dieses Ansuchen aus den vom Stadtbauamte geltend gemachten Gründen abzulehnen.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen der Julie Schiffer, Witwe nach dem städtischen Contrahenten Josef Schiffer, Maurer in Purkersdorf, um Übertragung der Ausführung der für die städtische Versorgungsanstalt in Mauerbach bis Ende December 1892 erforderlichen Maurer-, Stukkatorer- und Steinmetzarbeiten unter den mit Josef Schiffer vereinbarten Bedingungen und beantragt, diesem Ansuchen Folge zu geben. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Franz Deutscher, Comptoiristen, und des Engelbert Sedlaczek (dermalen in einer Advocaturskanzlei in Verwendung) um Gewährung der Studiennachsicht zur Erlangung einer Kanzlei-Praktikantenstelle und beantragt, diesem Ansuchen Folge zu geben. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des patriotischen Wohlthätigkeitsvereines „Humanitas" in Hernals um eine Subvention und beantragt, diesem Vereine pro 1892 eine Subvention von 30 fl. zu bewilligen. (Angenommen.)

Hierüber ist dem Gemeinderathe zu berichten.

— **Derselbe** referiert über die Bewilligung eines Betrages für die Frohnleichnamsfeier und einige sonstige kirchliche Auslagen in Grinzing im Jahre 1891 und beantragt, die diesfalls pro 1891 aufgelaufene Auslage per 42 fl. 92 kr. (bedeckt) zu genehmigen.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Gemischtwaren-Verschleißers Alois Wegenstein um Bewilligung zur Ausstellung von Waren vor seinem Geschäftslocale im XIX. Bezirk, Ober-Döbling, Hauptstraße 45, und beantragt die Abweisung dieses Ansuchens.

(Angenommen.)

St.-R. Dr. Hackenberg referiert über das Ansuchen des Dr. E. Reif noe. Johann Wengraf einverständlich mit Josef Dreisiebner um Genehmigung der Parcellierung der Realität Einl.-Z. 1536 im II. Bezirk, zwischen Rauscherstraße und Heistergasse.

Referent beantragt, die erbetene Abtheilung auf Baustellen nach den vorgelegten Plänen unter der Bedingung zu bewilligen, dass sich die Abtheilungswerber mittels rechtskräftigen und intabulationsfähigen Reverses verpflichten, auf den abgetheilten Gründen (Baustellen) weder jetzt noch künftighin Fabriken oder Werkstätten zu errichten, welche Dampf- oder größere Feuerungen haben, übelriechende oder gesundheitsschädliche Ausdünstungen verbreiten, oder endlich größeres Geräusch verursachen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Erbserklärung der Gemeinde Wien in der Verlassenschaft nach Heinrich Drasche in Brünn.

Referent stellt folgenden Antrag:

1. Die k. k. mährisch-schlesische Finanzprocuratur sei zu verständigen, dass die Gemeinde Wien der von dieser Procuratur auf Grund der Dienst-Instruction vom 16. Februar 1855, Nr. 34 R.-G.-Bl. noe. piae causae abzugebenden bedingten Erbserklärung zum Nachlasse des Alois Drasche, und zwar im Grunde des Testamentes ddto. Wien, 24. März 1873 und ddto. Brünn, 9. September 1891 zu zwei Drittel für die Wiener und zu einem Drittel für die Brünner „Alois Drasche-Stiftung" zustimme, sich jedoch vorbehalte, für den Fall der unvermutheten Nichtannahme dieser Erbserklärung die bedingte Erbserklärung im eigenen Namen abzugeben, und sich ferner vorbehalte, einen Beschluss, ob sie freiwillig aus eigenem die betreffenden Staats- und frommen Gebüren bestreite, im Falle der Abgabe ihrer bedingten Erbserklärung nachträglich zu fassen; dass sie weiters im letzteren Falle jene Schritte, welche zur Erwirkung der Gebürenfreiheit zu unternehmen wären, einverständlich mit der Gemeinde der Stadt Brünn berathen und vornehmen werde, und dass sie endlich in diesem Falle auch von dem Anerbieten der k. k. mährisch-schlesischen Finanzprocuratur, die Bevollmächtigung seitens der Gemeinde Wien anzunehmen, Gebrauch machen und die ordnungsmäßig ausgestellte Vertretungs-Vollmacht übersenden werde.

3. Hievon sei der Gemeinderath der Stadt Brünn zu verständigen und beizufügen, dass für den Fall der Nichtannahme der obigen Erbserklärung der k. k. mährisch-schlesischen Finanzprocurator und der Ab-

gabe der bedingten Erbserklärung der Gemeinde Wien zur Erwirkung der Gebürenbefreiung eine motivierte Eingabe an das Abgeordnetenhaus zu überreichen in Vorschlag gebracht wird.

St.-R. Dr. Lederer beantragt, es sei die Bereitwilligkeit der mährischen Finanzprocuratur mit dem Ausdrucke des Dankes anzuerkennen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter beantragt, es sei der Magistrat zu beauftragen, unbeschadet der von der k. k. mährisch-schlesischen Finanzprocuratur abzugebenden Erbserklärung wegen Offenhaltung der erforderlichen Frist zur eventuellen Abgabe der bedingten Erbserklärung im eigenen Namen der Gemeinde Wien das Erforderliche vorzukehren.

Der Referenten-Antrag und die Anträge des St.-R. Dr. Lederer und des Vice-Bürgermeisters Dr. Richter werden angenommen.

— **Derselbe** referiert über die Note des k. k. Landesgerichtes Brünn, ddto. 29. April 1892, Z. 4875/I, betreffend die Abstandnahme von dem gerichtlichen Erlage mehrerer Coupons aus dem Nachlasse des Alois Drasche.

Referent beantragt, diese Note zur Kenntnis zu nehmen und von dem depositenämtlichen Erlage von Coupons der Actien-Interimsscheine der Franco-österr. Bank und der Wienerberger Ziegelfabriksgesellschaft abzusehen, da dieselben seit den 70er Jahren längst verjährt und daher wertlos sind. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Bescheide des k. k. Landesgerichtes Brünn vom 22. April 1892, ZZ. 4640 und 4646, betreffend die Annahme von Legaten nach Alois Drasche durch die k. k. mährisch-schlesische Finanzprocuratur und die Mittheilung der k. k. priv. österr. Creditanstalt für Handel und Gewerbe in Wien über die für Alois Drasche, resp. nunmehr für dessen Verlassenschaft daselbst im Depot befindlichen Werteffecten.

Referent beantragt, diese Bescheide zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen.)

St.-R. Schneiderhan referiert über das Offert der Eheleute Georg und Barbara Walzhofer auf Ankauf des ehemaligen Gemeindehauses in Hetzendorf, Or.-Nr. 23 Hetzendorfer Hauptstraße.

Referent beantragt, dieses Anbot auf Grund der vom Stadtbauamte vorgenommenen Bewertung der zum Kaufe begehrten Realität abzulehnen und dem magistratischen Bezirksamte für den XII. Bezirk den betreffenden Bauamtsbericht zur Berücksichtigung bei allfälligen weiteren Anboten der Bittsteller oder eines anderen Bewerbers mitzutheilen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Johann Enzenberger um die Bewilligung zur Herstellung eines Asphalt-Trottoirs vor dem Neubaue X. Bezirk, Grundb.-Einl.-Z. 1709, Or.-Nr. 15 Himbergerstraße, 9 Staatsbahngasse und beantragt, diesem Ansuchen unter den in dem Berichte des Amtsingenieurs des magistratischen Bezirksamtes für den X. Bezirk vorgeschlagenen Bedingungen Folge zu geben. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Offertverhandlungsergebnis, betreffend die Lieferung von Canalschachtgittern, Wasserlaufgittern und Schachtdeckeln für die neuen Bezirke von Wien.

Referent beantragt, diesfalls das Bestbot der Zbirower Eisenwerke, lautend auf einen Preis von 9 fl. 25 kr. per 100 Kilogramm, zu genehmigen. (Angenommen.)

St.-R. Schlechter referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Rückauf puncto Wassereinleitung in die Schulen in den neuen Bezirken.

Referent beantragt, die mit dem präliminarmäßig bedeckten Kostenbetrage von 11754 fl. bezifferte Einleitung von Hochquellenwasser, respective Wasser aus der Albertinischen Wasserleitung in nachstehenden Schulen zu genehmigen:

a) Hochquellenwasser.

XI. Bezirk, Marktplatz, Braunhubergasse, Meichlstraße, Blumengasse und Geiselberg;

XII. Bezirk, Bischofgasse, Ehrenfelsgasse, Schillergasse;

XIV. Bezirk, Dadlergasse 16, Dadlergasse 9, Selzergasse, Schmelzgasse, Stättermayergasse;

XV. Bezirk, Friedrichsplatz, Victoriagasse, Thalgasse, Herklotzgasse, Hackengasse.

b) Ferner sei die Einleitung von Wasser aus der Albertinischen Wasserleitung in die Schule XIII. Bezirk, Tegetthoffstraße zu genehmigen.

Die Vergebung der Arbeiten hat im currenten Wege an die städtischen Contrahenten zu erfolgen, die nöthigen Rohre und Rohrbestandtheile sind aus dem städtischen Vorrathe im Depot am Laaerberge zu entnehmen und wird die Dotierung der fünf Schulen im XI. Bezirke, der Schule in der Schillergasse im XII. Bezirke, in der Stättermayergasse im XIV. Bezirk und am Friedrichsplatze und in der Hackengasse im XV. Bezirke mit je 20 hl und in den übrigen Schulen mit je 10 hl täglich genehmigt.

St.-R. v. Götz beantragt, es sei der Magistrat, respective das Stadtbauamt zu beauftragen, bezüglich der Weiterführung des Rohres bis zur Poststraße in Penzing und Einleitung des Wassers in die Schule in der Preysinggasse, XIII. Bezirk, eine Vorlage zu machen.

Der Referenten-Antrag und der Antrag des St.-R. v. Götz werden angenommen.

St.-R. Schlechter referiert über die Einführung der Wasserspülung bei den Closets und Pissoiren in mehreren Schulen.

Referent beantragt, es sei die Einführung dieser Wasserbespülung für die Schulen IV. Bezirk, Phorusgasse 10, V. Bezirk, Grüngasse 14, VI. Bezirk, Stumpergasse 56 und IX. Bezirk, Liechtensteinstraße 137 (Viriotgasse 8) zu genehmigen. Zur Sicherstellung der Installationsarbeiten und Closetlieferungen im veranschlagten Gesammtkostenbetrage von 13.900 fl. sei auf Grund der vorgelegten Bedingnisse, der Kostenanschläge und Tarife im Sinne der Äußerungen des Stadtbauamtes und der Buchhaltung eine allgemeine öffentliche Offertverhandlung einzuleiten. Die erforderlichen Bleiröhren seien aus den städtischen Vorräthen zu entnehmen und sei unter einem der vom Stadtbauamte ermittelte, voraussichtliche Wassermehrverbrauch von zusammen 126 hl per Tag nach Einführung der Closet- und Pissoirbespülung zu genehmigen.

St.-R. Matzenauer beantragt, mit der Erledigung dieses Referates zuzuwarten, respective dasselbe zu vertagen, bis auch für die bestandenen Vororte genügend Trinkwasser vorhanden sein wird.

Dieser Antrag wird mit 8 gegen 7 Stimmen angenommen.

St.-R. Dr. Grübl referiert über das Ansuchen der freiwilligen Feuerwehr in Grinzing um Überlassung eines Zimmers im Gemeindehause in Grinzing und beantragt die unentgeltliche Überlassung des Kanzleilocales gegen Widerruf, sowie die leihweise Überlassung einiger vom Bezirksamte für den XIX. Bezirk näher bezeichneten Einrichtungsstücke. (Angenommen.)

St.-R. Dr. Stenzl referiert über das Ansuchen der Amtsdienerswitwe Philippine Krautinger um Anweisung der Witwenpension und des Erziehungsbeitrages für ihre Tochter.

Referent beantragt, der Genannten vom 1. April 1892 an die normalmäßige Witwenpension von jährlich 240 fl. und für ihre Tochter Leopoldine den Erziehungsbeitrag jährlicher 50 fl., letzteren bis zur Erreichung des Normalalters, eventuell bis zu einer früher eintretenden anderweitigen Versorgung zu bewilligen.

(Angenommen.)

St.-R. Noske referiert über das Ansuchen der Pächterin des Cursalons im Stadtparke um Erlaubnis zur Beleuchtung der Cursalons-Terrasse mit elektrischen Bogenlampen und um einen Beitrag zu den Installationskosten.

Referent beantragt:

a) Der Genannten die Bewilligung zur elektrischen Beleuchtung der Terrasse und des zum Betriebe der Kaffeewirtschaft überlassenen Theiles des Stadtparkes zu geben und hiezu seitens der Gemeinde unter den vom Magistrate vorgeschlagenen Bedingungen, insbesondere auch gegen dem, dass nach Ablauf des gegenwärtigen Pachtvertrages (30. April 1897) die gesammte Installation in jenem Umfange, in welchem sie in der der Bemessung des Beitrages zugrunde gelegten Rechnung enthalten ist, in das Eigenthum der Gemeinde Wien übergehe, einen Beitrag von 800 fl. zu bewilligen. Die Pächterin hat dafür Sorge zu tragen, dass die Straßenzuleitung schon jetzt in jener Stärke hergestellt werde, welche für den Stromverbrauch des Cursalons in allen seinen Theilen und des ganzen zum Betriebe der Kaffeewirtschaft verpachteten Theiles des Stadtparkes genügt.

b) Zur Deckung des Beitrages sei ein Zuschusscredit von 800 fl. zur Rubrik XII 4 d „Erhaltung der gemischten Häuser" zu bewilligen.

St.-R. Dr. Huber beantragt, es habe der seinerzeitige Übergang in das Eigenthum der Gemeinde unentgeltlich zu erfolgen.

Der Referenten-Antrag wird mit diesem Zusatze angenommen.

(Während dieses Referates hat Vice-Bürgermeister Dr. Richter den Vorsitz übernommen.)

St.-R. Noske referiert über das Ansuchen des Gärtners Gustav Passecker und des Parkwächters Peter Kaiser im Eßterhazypark um Aufbesserung ihrer Bezüge während der Sommermonate.

Referent beantragt, es sei der Bezug des Erstgenannten per monatlich 67 fl. und jener des Letztgenannten per wöchentlich 7 fl. in der Zeit vom 1. April bis Ende October jedes Jahres um den Betrag von je 40 kr. täglich zu erhöhen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Stadtbauamtsproject für die Herstellung eines geräuschlosen Pflasters (Holzstöckeln für die Fahrbahn, asphalte coulé für die Trottoirs) in der Strauchgasse im I. Bezirke und beantragt, dieses mit 9997 fl. 80 kr. (bedeckt) bezifferte Project zu genehmigen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Stadtbauamtsproject für die Herstellung eines geräuschlosen Pflasters (Holzstöckeln für die Fahrbahn, asphalte coulé für die Trottoirs) in der Freisingergasse, I. Bezirk, von Or.-Nr. 1 bis 5.

Referent beantragt, dieses mit 2128 fl. 3 kr. (bedeckt) bezifferte Project zu genehmigen.

St.-R. Matzenauer beantragt (als Zusatz), es sei das Trottoir vor den Risaliten des Hauses der Assicurazioni generali nach Thunlichkeit zu verbreitern und das vorgelegte Project dementsprechend abzuändern.

Mit diesem Zusatze wird der Referenten-Antrag angenommen.

— **Derselbe** referiert über das mit dem Kostenbetrage von 7146 fl. 63 kr., eventuell 7111 fl. 65 kr. (bedeckt) bezifferte Project für die Herstellung eines geräuschlosen Pflasters (Holzstöckeln oder Asphalt) in der Bognergasse, I. Bezirk.

Referent beantragt, dieses Project zu genehmigen, die Offertverhandlung für eine geräuschlose Pflasterung überhaupt auszuschreiben und die Wahl des Pflasterungsmateriales zu verschieben.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Project für die Herstellung eines geräuschlosen Pflasters (Holzstöckeln) auf dem Lobkowitzplatze im I. Bezirke.

Referent beantragt, dieses mit 7000 fl. 7 kr. (bedeckt) veranschlagte Project zu genehmigen.

St.-R. Matzenauer beantragt, die bezügliche Offertverhandlung sowohl auf Asphalt als auf Holzstöckeln auszuschreiben.

Dieser Antrag wird abgelehnt, der Referenten-Antrag angenommen.

(Während dieses Referates hat Vice-Bürgermeister Dr. Borschke wieder den Vorsitz übernommen.)

St.-R. Noske referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Rückauf, betreffend die Errichtung einer Terrasse längs des Donaucanales am Franz Josefs-Quai anlässlich der geplanten Verkehrsanlagen daselbst.

Referent beantragt, an die Donauregulierungs-Commission das Ersuchen zu richten, in Durchführung der principiellen Bestimmung des Programmes für die öffentlichen Verkehrsanlagen (Absatz B, Punkt VI) auch in der Strecke zwischen der Augarten- und Stefaniebrücke die rechtsseitige Donaucanal-Quaimauer bis zum Niveau der Quaistraße in entsprechend monumentaler Weise zur Ausführung zu bringen. Auch die Vertreter der Gemeinde Wien mögen bei der Tracenrevision den Wunsch der Gemeinde wegen Errichtung einer Terrasse längs des Franz Josefs-Quais zur Geltung bringen. (Angenommen.)

(Vice-Bürgermeister Dr. Richter übernimmt den Vorsitz.)

St.-R. Noske referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Gräf, betreffend die Veröffentlichung der Bezirksausschuss-Protokolle.

Referent beantragt:

1. Die Berichte über die öffentlichen Bezirksausschuss-Sitzungen sind in Gemäßheit des Programmes für das Amtsblatt in Hinkunft in das Amtsblatt aufzunehmen.

2. Zu diesem Ende wird für jede Sitzung ein Raum von einer viertel Seite gewöhnlicher Druck des Amtsblattes (Lettern der Reden im Gemeinderaths-Berichte) zugestanden, welcher nur in außergewöhnlichen Fällen bei besonderer Wichtigkeit einer Angelegenheit überschritten werden soll.

3. Für die Beibringung des Textes der zu veröffentlichenden Berichte hat der Bezirksvorsteher zu sorgen. Die Redaction hat ein Formular und ein Muster für die Abfassung solcher Berichte zu entwerfen, welche nach Genehmigung seitens des Bürgermeisters durch den Magistrat an die Bezirksvorsteher zur Richtschnur hinauszugeben sind.

4. Die einlangenden Berichte dürfen nicht früher veröffentlicht werden, als bis das bezügliche Protokoll vom Stadtrath zur Kenntnis genommen ist. Nach Erfüllung dieser Vorbedingung soll die Veröffentlichung in der Regel in einer der nächstfolgenden fünf Nummern erfolgen. Innerhalb dieser Grenze wird es der Redaction überlassen, die Veröffentlichung nach Maßgabe des Raumes zu veranlassen.

St.-R. Schlechter beantragt die Vertagung dieser Angelegenheit bis nach Erlassung des definitiven Statuts für die Bezirksvorsteher und Bezirksausschüsse.

Dieser Vertagungs-Antrag wird angenommen.

Der Vorsitzende bringt die Formulierung des Referenten-Antrages über die in der gestrigen Stadtrathssitzung beschlossene Baulinienbestimmung für die Ferstelgasse in Grinzing zur Kenntnis und wird diese Formulierung wie folgt genehmigt:

1. Als Baulinie für die Ferstelgasse in Grinzing wird die vom Ministerium des Innern genehmigte Baulinie aufrecht erhalten.

2. Der Gemeinderath bestimmt auf Grund des § 82 der Bauordnung für Wien, dass die Häuser in der Ferstelgasse in Grinzing mit 4·75 m breiten Vorgärten gegen die Straße herzustellen sind, wobei als Grenzlinie zwischen Straße und Vorgärten die für diese Gasse ministeriell genehmigte Baulinie bestimmt wird.

Die Sitzung wird geschlossen.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom 12. Mai 1892.

Vorsitzende: 1. Vice-Bürgermeister Dr. Borschke.
2. Vice-Bürgermeister Dr. Richter.

Anwesende:

Boschan,	v. Neumann,
v. Goldschmidt,	Noske,
Dr. Grübl,	Rückauf,
Dr. Hackenberg,	Schlechter,
Dr. Huber,	Schneiderhan,
Kreindl,	Dr. Stenzl,
Dr. Lederer,	Vaugoin,
Matzenauer,	Dr. Vogler,
Meißl,	Witzelsberger,
Müller,	Wurm.

Bürgermeister Dr. Prix.

Entschuldigt: v. Götz.
Beurlaubt: Dr. v. Billing.
Experte: Ober-Ingenieur Fausek.
Schriftführer: Magistrats-Concipist Appel.

Vice-Bürgermeister Dr. Borschke eröffnet die Sitzung.

St.-R. v. Götz entschuldigt sein Ausbleiben wegen Theilnahme an einer Cassenscontrierung.

St.-R. Noske referiert über das Ansuchen des Pfarrers zu Maria Geburt am Rennweg, Alfons Gärtner, um Genehmigung der Kostenüberschreitung per 201 fl. 86 kr., resp. 199 fl. 42 kr. anlässlich der Renovierung der Pfarrerwohnung und beantragt, dem Gesuchsteller den seinerzeit genehmigten Betrag von 498 fl. 99 kr. flüssig zu machen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Mehrkosten für die Adaptierungen im städtischen Hause IX. Bezirk, Spittelauergasse Nr. 12 und beantragt, das infolge der Auswechslung von Dippelbäumen in dem obgenannten Hause gegenüber der für die Adaptierung dieses Hauses mit dem Stadtraths-Beschlusse vom 11. und 12. Juni 1891, Z. 394, bewilligten Kostensumme von 400 fl. sich ergebende Mehrerfordernis von 346 fl. 53 kr. zu genehmigen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Vorstehers des I. Bezirkes wegen Aufstellung eines permanenten Sicherheitswachpostens an der Ausmündung der Wollzeile und an der Kreuzungsstelle beim Hotel Metropole und beantragt, die Mittheilung des k. k. Polizei-Bezirkscommissariates Innere Stadt vom 28. März 1892, Z. 8856, dass der Rayonposten 13 angewiesen wurde, während der Demolierung des Hauses Nr. 36 an der Ausmündung der Wollzeile zu Beginn und Schluss der Schulstunde als Stehposten zu intervenieren, dass jedoch die Aufstellung eines permanenten Postens dort, sowie beim Hotel Metropole nicht unbedingt nothwendig erscheint, und derlei auf die nothwendigsten Fälle zu beschränken ist, zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über drei Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt,

dem Josef Toffler, Handelsgesellschafter, VII., Siebensternsterngasse 4, das Bürgerrecht zu verleihen, die beiden anderen Bewerber aber abzuweisen.

St.-R. Dr. Vogler beantragt, dem Gastwirt Julius Michel das Bürgerrecht zu verleihen.

Es wird beschlossen, dem Josef Toffler und Julius Michel das Bürgerrecht zu verleihen.

— **Derselbe** referiert über vier Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt, drei Bewerber abzuweisen, dem Andreas Prokosch, Kürschner, VIII., Lerchenfelderstraße 40, das Bürgerrecht zu verleihen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über zwei Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt, die Bewerber derzeit abzuweisen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über Bezirksausschuss-Sitzungsprotokolle und beantragt, die Protokolle der Sitzungen des Bezirksausschusses des XVIII. Bezirkes vom 3. Februar 1892, des XVIII. Bezirkes vom 26. Februar 1892, des XIX. Bezirkes vom 29. März 1892, des XIX. Bezirkes vom 13. April 1892, des X. Bezirkes vom 23. März 1892 und des XV. Bezirkes vom 29. März 1892 zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über mehrere Bezirksausschusssitzungs-Protokolle und beantragt:

a) Das Protokoll der vertraulichen Sitzung des Ausschusses des XVI. Bezirkes vom 24. März 1892 zur Kenntnis zu nehmen, den Vorsteher des XVI. Bezirkes aufmerksam zu machen, dass die im Annexe des Protokolles enthaltenen Gegenstände in einer öffentlichen Sitzung zu verhandeln gewesen wären;

b) das Protokoll der öffentlichen Sitzung des Ausschusses des XII. Bezirkes vom 2. März 1892 zur Kenntnis zu nehmen, desgleichen das Protokoll der vertraulichen Sitzung vom 16. März 1892 zur Kenntnis zu nehmen, den Bezirksvorsteher jedoch aufmerksam zu machen, dass sämmtliche Verhandlungsgegenstände dieser Sitzung — mit Ausnahme der Personalien — in einer öffentlichen Sitzung zu verhandeln gewesen wären;

c) die Protokolle der öffentlichen und der vertraulichen Sitzung des Ausschusses des XV. Bezirkes vom 24. Februar 1892 zur Kenntnis zu nehmen, den Bezirksvorsteher jedoch aufmerksam zu machen, dass der Punkt III der Tagesordnung der vertraulichen Sitzung in der öffentlichen Sitzung zu verhandeln gewesen wäre;

d) das Protokoll der vertraulichen Sitzung des Ausschusses des XII. Bezirkes vom 13. April 1892 zur Kenntnis zu nehmen, den Bezirksvorsteher jedoch aufmerksam zu machen, dass die auf Seite 1 und 2 des Protokolles bis zu den Bürgerrechtsverleihungen enthaltenen Gegenstände in einer öffentlichen Sitzung zu verhandeln gewesen wären. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Protokolle der öffentlichen und vertraulichen Sitzung des Ausschusses des XIV. Bezirkes vom 12. April 1892 und beantragt, dieselben zur Kenntnis zu nehmen, den Bezirks-

vorsteher jedoch aufmerksam zu machen, dass über das Gutachten, betreffend die Abgrenzung des Stadtgebietes und betreffend die Preiswürdigkeit eines Schulbauplatzes, in öffentlicher Sitzung zu verhandeln gewesen wäre.

Über Antrag des St.-R. Dr. Vogler zieht Referent seinen Antrag, „betreffend die Preiswürdigkeit eines Schulbauplatzes" zurück.

Der Referenten-Antrag wird angenommen.

— **Derselbe** referiert über die Protokolle der öffentlichen und der vertraulichen Sitzung des Bezirksausschusses des XII. Bezirkes vom 27. April 1892 und beantragt die Kenntnisnahme.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Protokoll der öffentlichen Sitzung des Ausschusses des XVIII. Bezirkes vom 24. März 1892 und beantragt, dasselbe mit dem Bemerken zur Kenntnis zu nehmen, dass der Beschluss ad Punkt 15 des Protokolles competenzmäßig nur als Vorschlag des Bezirksausschusses aufzufassen ist, wovon der Bezirksvorsteher zu verständigen ist. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Protokolle der öffentlichen und vertraulichen Sitzung des Ausschusses des XVII. Bezirkes vom 11. März 1892 und beantragt, dieselben mit dem Beifügen zur Kenntnis zu nehmen, dass in demselben nicht ersichtlich sei, ob die Anträge, deren weitere Behandlung der Bezirksvorsteher in Aussicht stellte, von Plenum angenommen worden seien, welchem Mangel in den künftigen Protokollen abgeholfen werden möge.

St.-R. Schlechter beantragt lediglich die Kenntnisnahme.

Der Referenten-Antrag wird angenommen.

— **Derselbe** referiert über das Protokoll der öffentlichen Sitzung des Ausschusses des XVI. Bezirkes vom 21. März 1892 und beantragt, dasselbe zur Kenntnis zu nehmen, den Bezirksvorsteher jedoch aufmerksam zu machen, dass die an zwei Stellen des Protokolles in Aussicht genommenen directen Verhandlungen mit der Neuen Wiener Tramway-Gesellschaft nach §§ 1, 6 und 7 der provisorischen Geschäftsordnung für die Bezirksausschüsse nicht in der Competenz des Bezirksausschusses gelegen sind.

Über Anregung des St.-R. v. Neumann stellt Referent den weiteren Antrag, dem Bezirksvorsteher mitzutheilen, es möge in ähnlichen Fällen, wie die beanständeten, die Verhandlung im Wege des Magistrates, beziehungsweise Bürgermeisters gepflogen werden.

(Angenommen.)

St.-R. v. Neumann referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis für den Schulbau im XVI. Bezirke, Panikengasse, und beantragt:

I. Die Arbeiten und Lieferungen für den Bau der städtischen Doppelschule im XVI. Bezirke, Panikengasse in folgender Weise zu vergeben:

1. Die mit 69.755 fl. 76 kr. veranschlagten Baumeisterarbeiten dem Josef Köhl, XVIII., Währing, Johannesgasse 64 gegen einen Nachlass von 20·1 Percent von den Tarifpreisen; Regiearbeiten zu den Tarifpreisen mit der laut Gemeinderaths-Beschluss vom 7. November 1890, Z. 1753, bewilligten Erhöhung von 25 Percent.
2. Die mit 3710 fl. veranschlagte Lieferung der hydraulischen Bindemittel, und zwar den Cementkalk zum Preise von 1 fl. 23 kr. per 100 kg, den Portlandcement zum Preise von 3 fl. per 100 kg, dem Em. Tichy, X., Vordere Südbahnstraße 4 A.
3. Die mit 4325 fl. 96 kr. veranschlagten Steinmetzarbeiten dem Franz Aufhauser, XII., Breitenfurterstraße 1 gegen eine Aufzahlung von drei Percent zu den Tarifpreisen.
4. Die mit 3855 fl. 60 kr. veranschlagten Zimmermannsarbeiten dem Zimmermeister Hermann Otte, IX., Seegasse 10 gegen einen Nachlass von 23·6 Percent von den Tarifpreisen.
5. Die Bedachung mit englischem Schiefer auszuführen und diese Arbeiten dem Bestbieter Alois Heigl zum Preise von 1 fl. 59 kr. per Quadratmeter zu übertragen.
6. Die mit 1673 fl. veranschlagten Holzcement- und Asphaltierer-arbeiten, und zwar die Posten 1, 3 und 4 des Kostenanschlages der Firma J. Diepold & Co. in Brunn a. G. zum Preise von 95 kr. für den Quadratmeter Holzcementdeckung, von 64 kr. für den Quadratmeter Isolierplatten und von 1 fl. 15 kr. für den Quadratmeter Asphaltschichte; ferner die Post 2 des Kostenanschlages (Asphaltierung) an die Firma Johann Bosch, III., Hauptstraße 68 zu den Einheitspreisen des Kostenanschlages.
7. Die mit 2063 fl. 55 kr. veranschlagten Spenglerarbeiten dem Leopold Horner, V., Hundsthurmerstraße 87 gegen einen Nachlass von 14 Percent von den Tarifpreisen.
8. Die mit 20.089 fl. 14 kr. veranschlagten Bautischlerarbeiten der Firma Brüder Schlimp, II., Treustraße 94 gegen einen Nachlass von 19·6 Percent von den Tarifpreisen.
9. Derselben Firma die Bauschlosserarbeiten (veranschlagt mit 9924 fl. 97 kr.) gegen einen Nachlass von 16·8 Percent von den Tarifpreisen.
10. Die Möbeltischlerarbeiten (veranschlagt mit 4716 fl. 60 kr.) an die Firma Scheiber & Klein gegen einen Nachlass von 20·2 Percent von den Tarifpreisen.
11. Die mit 22.110 fl. veranschlagte Lieferung der eisernen Träger, und zwar von 80 bis 320 mm Höhe und 1 bis 10 m Länge inclusive Stiegenträger, zum Preise von 10 fl. 50 kr. per 100 kg mit den usancemäßigen Aufschlägen für Profil 35 und 40 zu 50 kr. per 100 kg, und Längen über 10 m jeder weitere halbe Meter 25 kr. per 100 kg, ferner alte Eisenbahnschienen zum Preise von 5 fl. per 100 kg an Max Wahlberg, I., Stubenbastei 12.
12. Die mit 2368 fl. 70 kr. veranschlagten Anstreicherarbeiten dem Salamon Kaufer, II., Untere Augartenstraße 13 gegen einen Nachlass von 37 Percent von den Tarifpreisen.
13. Die mit 1267 fl. 30 kr. veranschlagten Glaserarbeiten dem Johann Tichy, VIII., Alserstraße 39 gegen einen Nachlass von 14·5 Percent von den Einheitspreisen.
14. Die mit 4002 fl. 50 kr. veranschlagte Lieferung der Thon- und Steinzeugwaren an die fürstl. Liechtenstein'sche Thonwaren- und Ziegelfabriks-Niederlage, IX., Liechtensteinstraße 46 gegen einen Nachlass von 39·5 Percent von den Tarifpreisen.
15. Die mit 984 fl. veranschlagte Lieferung der Schultafeln an Anton Dimmel, V., Matzleinsdorferstraße 24 gegen einen Nachlass von 20 Percent von den Tarifpreisen.
16. Demselben und gegen den gleichen Nachlass die Metallgießer- und Schriftenmalerarbeiten.
17. Die Lieferung der Gipsdielen (veranschlagt mit 1058 fl.) an Fritz Mögle, II., Kaiserplatz 6 gegen einen Nachlass von 4 Percent von den Tarifpreisen; die Gipsdielenverkleidung ist nur dort auszuführen, wo sie unerlässlich erscheint.
18. Die mit 120 fl. veranschlagte Herstellung der Sparherde dem Leopold Heger, Schlossermeister, XVI., Yppenplatz 10 gegen einen Nachlass von 10 Percent von den Einheitspreisen.

19. Die Herstellung der Gasleitung (veranschlagt mit 2742 fl. 39 kr.) an J. Brod & Co., I., Wipplingerstraße 20 gegen einen Nachlass von 34·25 Percent von den Tarifpreisen.

(Alle diese Anträge werden angenommen.)

20. Bezüglich der Vergebung der Installation der Wasserleitung und Lieferung des Closets (veranschlagt mit 2147 fl. 39 kr., beziehungsweise von 1680 fl. ist von J. Nowotny der Nachweis zu verlangen, dass der Betreffende die entsprechenden Schritte zur selbständigen Ausübung des Gewerbes eingeleitet, im entgegengesetzten Falle die betreffende Arbeit dem Leopold Horner V., Hundsthurmerstraße 87 zu 24 Percent Nachlass zu übertragen.

St.-R. Boschan beantragt, sofort die Arbeit an Leopold Horner zu übertragen.

Letzterer Antrag, dem sich der Referent accommodiert, wird angenommen.

21. Die mit 729 fl. veranschlagten Brunnenmeisterarbeiten dem Anton Rabl, Währing, Theresiengasse 42/44 zu den Preisen des Kostenanschlages.

22. Die Herstellung der Falzziegelgewölbe (veranschlagt auf 9355 fl. 40 kr.) an den Stadtbaumeister Eduard Schneider, XV. Bezirk, Gluckgasse 5 zum Preise von 2 fl. 90 kr. per Quadratmeter.

23. Die Lieferung und Montage des Gasmotors (veranschlagt mit 870 fl.) an die Firma Langen und Wolf, X. Bezirk, Laxenburgerstraße 53 zu den Preisen des Kostenanschlages.

24. Die Herstellung der Niederdruckdampf-Luftheizung der Firma L. und E. Körting, II. Bezirk, Dresdnerstraße 70 zu den Preisen des beigebrachten Kostenanschlages, jedoch nur mit dem Maximalbetrage von 13.627 fl. 75 kr. nach Alternative I, jedoch ohne die zur Herstellung der Anlage erforderlichen Erd-, Maurer-, Steinmetz- und sonstigen Professionistenarbeiten.

II. Die Lieferung der Schulbänke ist erst auf Grund des Gutachtens der diesbezüglich einzuberufenden Expertise zu vergeben.

III. Das Offert des Wenzel Spittler für Herstellung der Kunststeinarbeiten ist abzulehnen und diesbezüglich mit der Firma Matscheko & Schrödl zu verhandeln. Jedoch hat eine möglichste Reduction im Ausmaße der Ausführung stattzufinden und ist hiebei in Erwägung zu ziehen, ob sich derselbe für Sockel, wo Spritzwasser hinanreicht, eigne.

Über Anregung des Vice-Bürgermeisters Dr. Richter, den Verputz wie bisher vorzunehmen, beantragt Referent, diese Arbeiten wegzulassen.

IV. Für die Ausführung der Baumeister- und sonstigen Professionistenarbeiten, welche bei der Herstellung der Centralheizung nöthig werden, hat das Stadtbauamt mit Zugrundelegung des Projectes I der Firma Körting die Kostenanschläge zu verfassen und sind die Baumeisterarbeiten für die Heizung durch den Contrahenten Köhl auszuführen.

V. Unter der Voraussetzung, dass sich bei der abzuhaltenden Localcommission kein Anstand ergibt, wird der Bauconsens unter einem ertheilt.

VI. Es ist zukünftig die Provenienz der Traversen in der Zusammenstellung anzuführen.

Alle Referenten-Anträge I. 21 bis 24, sowie II. bis VI. werden angenommen.

St.-R. Ritt. v. Neumann referiert über das Ergebnis der Offertverhandlung für den Bau eines Volksbades im IV. Bezirke, Klagbaumgasse und beantragt, die Arbeiten und Lieferungen in folgender Weise zu vergeben:

1. Die mit 16.266 fl. 60 kr. veranschlagten Baumeisterarbeiten an die Stadtbaumeister Schlimp und Kleibl, VII. Bezirk, Siebensterngasse 29 gegen 10·3 Percent Nachlass; für Regiearbeiten 25 Percent Aufzahlung; für das alte Materiale haben die Ersteher den Betrag von 3000 fl. zu bezahlen.

2. Die mit 916 fl. 80 kr. veranschlagte Lieferung des Cementkalkes an die Lilienfelder Cementgewerkschaft Förster & Cie., VI., Magdalenenstraße 16 zum Preise von 1 fl. 38 kr. per 100 kg, das Hektoliter hydraulischer Kalk hat 80 kg zu wiegen.

3. Die Lieferung der Traversen, veranschlagt mit 4000 fl. an die Firma Karl Wahlberg, I., Stubenbastei Nr. 12 zum Preise von 10 fl. 50 kr. per 100 kg.

4. Die mit 2004 fl. 90 kr. veranschlagten Bautischlerarbeiten dem Andreas Oltmanns, VI., Ägydigasse 6, gegen 5 Percent Nachlass.

5. Die mit 1373 fl. 20 kr. veranschlagten Möbeltischlerarbeiten an Josef Reiner, VIII., Josefstädterstraße 83, gegen 15 Percent Nachlass.

6. Die mit 2405 fl. 57 kr. veranschlagten Schlosserarbeiten an Franz Meid, IV., Weyringergasse 34, gegen 18 1/4 Percent Nachlass.

7. Die Lieferung der Steinzeug- und Chamottewaren, veranschlagt mit 1328 fl. 40 kr. an Karl Habenicht, I. Nibelungengasse 1 gegen 38·5 Percent Nachlass.

8. Die Herstellung der Heiz- und Badeeinrichtung an F. X. Komarek mit der als unüberschreitbare Maximalsumme geltenden Gesammtforderung von 5384 fl. 55 kr.

9. Die Herstellung der Monierwände, veranschlagt mit 1839 fl. 20 kr. der Firma G. Wayß auf Grund ihres Offertes vom 12. März 1892 zu den Preisen des bauämtlichen Kostenanschlages unter Einräumung eines vierzigtägigen Arbeitstermines.

10. Bezüglich der Vergebung der mit 1139 fl. 48 kr. veranschlagten Herstellung der Wasserleitung und der Closets zwischen den mit 23 1/2percentigem Nachlasse offerierenden Firmen Johannes Haag, VII., Neustiftgasse 98, und Heß, Wolff & Co., IX., Porzellangasse 49, durch das Los zu entscheiden.

Die Referenten-Anträge werden angenommen, und entscheidet das vom Vorsitzenden ad 10 gezogene Los für Johannes Haag.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter referiert bezüglich der Übernahme der Besorgung der öffentlichen und privaten Beleuchtung durch die Gemeinde und beantragt:

a) Der Herr Bürgermeister wird ermächtigt:
   1. durch Verhandlungen mit der Imperial-Continental-Gas-Association die ungesäumte Vornahme der im § 4 Alinea 3 des Gasvertrages vorgesehenen gerichtlichen Schätzung mit allen Rechtswirkungen des Vertrages zu erwirken;
   2. für den Fall des Scheiterns oder der Ablehnung solcher Verhandlungen die im § 11, Alinea 1 des Vertrages vorgesehene specielle Untersuchung aller Anlagen der Gasanstalt (der Fabriken, des Röhrennetzes ꝛc.) unter Zuziehung von tauglichen Sachverständigen binnen kürzester Frist vorzunehmen.

   Das Ergebnis ist in beiden Fällen dem Gemeinderathe ohne Verzug vorzulegen.

b) Die in der „Übersicht" aufgezählten, für die Errichtung städtischer Gasanstalten nothwendigen Arbeiten werden genehmigt und der

Herr Bürgermeister ermächtigt, die in dieser Übersicht" für die Jahre 1892 und 1893 vorgesehenen Arbeiten, Vorkehrungen, Geschäfte ꝛc. durchzuführen und die nöthige Creditvorlage sofort zu erstatten.

St.-R. Dr. Vogler beantragt:

1. In die „Übersicht" auch die Erwerbung der Baugründe aufzunehmen.

2. Punkt b) folgendermaßen zu stilisieren:

b) Die in der „Übersicht" aufgezählten, für die Errichtung städtischer Gasanstalten nothwendigen und für die Jahre 1892 und 1893 vorgesehenen Arbeiten, Vorkehrungen, Geschäfte ꝛc. werden genehmigt und der Bürgermeister ermächtigt, dieselben durchzuführen und die nöthige Creditvorlage zu erstatten.

Der Referent modificiert sodann den Punkt b) in folgender Weise:

b) Die in der „Übersicht" aufgezählten, für die Errichtung städtischer Gasanstalten nothwendigen Arbeiten werden genehmigt. Der Herr Bürgermeister wird ermächtigt, die in dieser „Übersicht" für die Jahre 1892 und 1893 vorgesehenen Arbeiten, Vorkehrungen, Geschäfte ꝛc. durchzuführen, und die dafür nöthige Creditvorlage sofort zu erstatten.

Über Aufklärung des Ober-Ingenieurs Fausek zieht St.-R. Dr. Vogler seinen ersten Antrag und über die Modification des Referenten bezüglich Punkt b) auch seinen zweiten Antrag zurück.

Bei der Abstimmung wird der Referenten-Antrag a) einstimmig, der Referenten-Antrag b) mit allen gegen eine Stimme angenommen.

(Vice-Bürgermeister Dr. Richter übernimmt den Vorsitz.)

St.-R. Dr. Huber referiert über die Vornahme von Adaptierungen im ehemaligen Gemeinde- und Armenhause in Gaudenzdorf, Schönbrunner Hauptstraße 39 bis 41, zum Zwecke der Errichtung einer Mädchen-Bürgerschule und beantragt, die vom Stadtbauamte und Magistrate vorgeschlagenen, nach Räumung der erforderlichen Localitäten vorzunehmenden Adaptierungen sowie die erforderliche Kostensumme per 7014 fl. 13 kr. für Adaptierung und Einrichtung zu bewilligen, die Beträge auf die Rubriken XII 4 g, XLIII 2 und 4 zu überweisen, und als Zuschusscredit zu genehmigen, endlich die Lieferung der Schulbänke im Offertwege zu vergeben, die übrigen Arbeiten und Lieferungen den städtischen Contrahenten zu übertragen, und die Arbeiten schleunigst in Angriff zu nehmen und zu vollenden. (Angenommen.)

An den Gemeinderath.

Hiedurch erledigt sich der Antrag des Gem.-Rathes Büsch und erscheint das vom magistratischen Bezirksamte für den XII. Bezirk zur Z. 10510 (St.-R.-Z. 2414), vorgelegte Ansuchen des Dr. L. Kris um mietweise Überlassung einer Wohnung im Hause XII., Schönbrunnerstraße 39, gegenstandslos.

St.-R. Müller referiert über das Ansuchen des Josef Dinter um Ertheilung des Consenses zur Erbauung von zwei Wohnhäusern in Nussdorf, Grundb.-Einl. Nr. 508 Hauptstraße und Diemstraße und beantragt, nachdem ein Bedenken hinsichtlich des Baues vom Standpunkte der Gemeinde als Anrainerin (Ecke der Nussdorfer Landesstraße und Diemgasse) nicht vorliegt, gegen den projectierten Bau keine Einwendung zu erheben. (Angenommen.)

Die Sitzung wird geschlossen.

Allgemeine Nachrichten.

Approvisionierung.

(Der tägliche Fleischmarkt.)

(In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 8. bis 14. Mai 1892.)

1. Fleischsendungen:

a) Für den täglichen Fleischmarkt.

Rindfleisch	218.301	Kg.	(Davon aus Nieder-Österreich — 166.232; aus Ober-Österreich — 1.339; aus Mähren — 20.961; aus Galizien — 17.438; aus Ungarn — 12.275; aus Croatien — 56 Kg.)
Kalbfleisch	45.393	„	(Davon aus Nieder-Österreich — 3.923; aus Mähren — 63; aus Galizien — 41.397; aus Ungarn — 10 Kg.)
Schaffleisch	395	„	(Davon aus Nieder-Österreich — 55; aus Galizien — 290; aus Ungarn — 50 Kg.)
Schweinfleisch	24.202	„	(Davon aus Nieder-Österreich — 20.254; aus Steiermark — 400; aus Böhmen — 644; aus Mähren — 657; aus Galizien — 1.205; aus Ungarn — 1.042 Kg.)
Kälber	1.713	Stück	(Davon aus Nieder-Österreich — 109; aus Ober-Österreich — 3; aus Mähren — 16; aus Galizien — 1.575; aus Ungarn — 10 St.)
Schafe	149	„	(Davon aus Nieder-Österreich — 135; aus Mähren — 8; aus Ungarn — 6 St.)
Schweine	379	„	(Davon aus Nieder-Österreich — 99; aus Mähren — 8; aus Ungarn — 6; aus Galizien — 266 St.)
Lämmer	47	„	(Davon aus Nieder-Österreich — 35; aus Mähren — 2; aus Galizien — 7; aus Ungarn — 3 St.)

b) Für den Approvisionierungsverein.

Rindfleisch	4.033	Kg.	Kälber	52	Stück
Kalbfleisch	96	„	Schafe	8	„
Schaffleisch	—	„	Schweine	—	„
Schweinfleisch	496	„	Lämmer	—	„

2. Preisbewegung:

Rindfleisch	von 36	bis	98	kr.	per Kg.
Kalbfleisch	„ 30	„	62	„	„ „
Schaffleisch	„ 52	„	54	„	„ „
Schweinfleisch	„ 54	„	76	„	„ „
Kälber	„ 34	„	60	„	„ „
Schafe	„ 30	„	46	„	„ „
Schweine	„ 46	„	62	„	„ „
Lämmer	von $2^1/_2$	fl.	bis 5	fl.	per Stück.

Die Zufuhr an Fleischwaren war gegen die Vorwoche etwas stärker und blieben die Preise bei einer zum Wochenschlusse lebhaften Nachfrage im allgemeinen unverändert.

* * *

(Pferdemarkt vom 13. Mai 1892.)

Zum Verkaufe wurden gebracht: 576 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . . . 150—400 fl. per Stück,
„ Schlachtpferde . . . . . 20— 70 fl. „ „

Der Markt war ziemlich lebhaft.

Detailpreise in der Woche vom 8. Mai bis 14. Mai 1892:

(Geschlachtet wurden 344 Pferde.)

vom Pferde:

Vorderes Pferdefleisch	1 Kg.	20—36 kr.
Hinteres „	1 „	24—44 „
Lungen- und Rostbraten	1 „	24—44 „
Selchfleisch	1 „	36—56 „
Extrawürste	1 „	30—44 „
Dürre Würste	1 „	32—56 „
Rohes Fett	1 „	36—60 „
Geschmolzenes Fett	1 „	40—80 „
Schweifhaare	1 Schweif	25—100 „
Knochen	100 Kg.	fl. 2.—3.—
Häute	per St.	„ 3.—7.50

* * *

(Schlachtviehmarkt vom 16. Mai 1892.)

1. Auftrieb.

Mastvieh — 3551, Weidevieh —.—, Beinlvieh — 425.

Summa . 3976.

Davon — nach Racen:

Ungarische Thiere	2092
Galizische „	609
Deutsche „	1247
Büffel „	28

Davon — nach Gattungen:

Ochsen	3260
Stiere	310
Kühe	406

2. Preisbewegung.

a) Preis per 100 Kg. Lebendgewicht **mit** Procentabzug:

Ungarische Schlachtthiere	von 52 bis 62½ fl.	
(extrem	„ 64 „ — „)	
Galizische Schlachtthiere	„ 53 bis 61 „	
(extrem	„ 62 „ — „)	
Deutsche Schlachtthiere	„ 54 „ 63 „	
(extrem	„ 64 „ — „)	
Stiere	„ — „ — „	
Kühe	„ — „ — „	
Büffel	„ — „ — „	
Beinlvieh	„ — „ — „	

Diese Preise ermäßigen sich um den beim Handel vereinbarten Procentabzug (auf dem heutigen Markte 37 bis 46 %), welchen der Verkäufer dem Käufer als Entschädigung:

a) für den Gewichtsverlust infolge der Schlachtung;
b) für die minderwertigen Stoffe, wie: Haut, Horn, Blut, Unschlitt ꝛc.;
c) für die wertlosen Stoffe, wie: Magen- und Darminhalt ꝛc. zugesteht.

b) Preis per 100 Kg. Lebendgewicht **ohne** Procentabzug:

Ochsen	von 25 bis	32½ fl.
Stiere	„ 26 „	36½ „
Kühe	„ 21 „	34 „
Büffel	„ 20 „	27½ „
Beinlvieh	„ — „	— „

c) Preis per Stück:

Beinlvieh . von 17½ bis 131 fl.

Nach dem Modus auf Schlachtgewicht wurden keine Schlachtthiere angekauft.

Unverkauft blieben:

Ochsen . . . . . 146 Stück.

Bei einem gegen den letzten Montagsmarkt um 1235 Stück Schlachtthiere schwächeren Auftriebe war die Kauflust beim Beginne des Marktes ziemlich lebhaft, daher die Preise um 1 bis 1½ fl. per 100 Kilo gestiegen sind, während im späteren Verlaufe bei flauer Nachfrage nur letztwöchentliche Preise erzielt wurden.

* * *

(Veterinär-polizeiliche Bestimmungen über den Viehverkehr.) Die k. k. n.-ö. Statthalterei hat mit Erlass vom 5. Mai 1892, Z. 27818, rücksichtlich des Viehverkehrs nachstehende veterinär-polizeiliche Bestimmungen getroffen:

Im Hinblicke auf den zur Zeit im allgemeinen günstigen Stand der Maul- und Klauenseuche in allen zum Geltungsgebiete des Gesetzes vom 29. Februar 1880 (R.-G.-Bl. Nr. 35), gehörigen Länder dann in Ungarn und Croatien-Slavonien einerseits, sowie behufs Hintanhaltung der Einschleppung ansteckender Thierkrankheiten nach Niederösterreich und deren Tilgung im Lande andererseits, findet die k. k. n.-ö. Statthalterei Nachstehendes anzuordnen:

1. Die Einbringung von Rindern, Schafen, Ziegen und Schweinen nach Niederösterreich ist unter Beobachtung der vorgeschriebenen allgemeinen Vorschriften hinsichtlich des Viehverkehres gegen genaue Einhaltung der im Folgenden angeführten Bestimmungen und Beschränkungen gestattet.

2. Der Zutrieb von Rindern und Schafen aus Niederösterreich nach dem Wiener Centralviehmarkte, sowie der Abtrieb dieser Thiere von dem bezeichneten Markte nach den Bestimmungsorten innerhalb der an das Stadtgebiet von Wien (Gesetz vom 19. December 1890, L.-G.-Bl. Nr. 45) angrenzenden politischen Bezirke, d. i. der politische Bezirk Bruck a. d. Leitha, Hietzing—Umgebung, Tulln, Korneuburg und Groß-Enzersdorf, dann nach Orten des politischen Bezirkes Baden wird gestattet, es müssen jedoch hiebei die Vorschriften über den Viehtrieb, sowie jene der Durchführungs-Verordnung, Alinea 3 und 4 zu § 7 des Gesetzes vom 29. Februar 1880 (R.-G.-Bl. Nr. 35 und 36) betreffend die abgesonderte Haltung des Schlacht- und Nutzviehes seitens der Fleischhauer, sowie die Unterbringung der Thiere in den Ställen der Gastwirte, genauestens befolgt werden. Nach Orten, welche außerhalb der vorangeführten politischen Bezirke gelegen sind, dürfen derlei Thiere vom Wiener Centralviehmarkte nur mittelst der Eisenbahn und zwar nach den den Bestimmungsorten nächstgelegenen Eisenbahnstationen befördert werden, von wo sie dann in die Bestimmungsorte abgetrieben werden können.

Aus den genannten politischen Bezirken, sowie aus dem Stadtgebiete Wien selbst dürfen Schweine, welche in Niederösterreich aufgezüchtet oder daselbst gemästet wurden, worüber der Nachweis durch eine auf den betreffenden Viehpässen ersichtlich zu machende gemeindeämtliche, beziehungsweise bezirksämtliche Bestätigung beizubringen ist, außer mit der Eisenbahn auch mittelst mit Pferden bespannten Wägen auf den Centralviehmarkt in Wien gebracht werden.

3. Vom Wiener Centralviehmarkte können Schlachtthiere (daher auch Schweine) in ihre in den unter Punkt 2 genannten Bezirken gelegenen Bestimmungsorte auch in zum Transporte geeigneten Wägen mit Pferdebespannung gebracht werden.

4. Die vom Wiener Centralviehmarkte in andere, nicht in den unter Punkt 2 aufgeführten Bezirken gelegenen Orte abverkauften Schweine, sowie größere Schweineherden, welche vom Borstenviehmarkte in Wiener-Neustadt abgegeben werden, dürfen nur mittelst Eisenbahn nach der dem Bestimmungsorte nächstgelegenen

Eisenbahnstation befördert werden, von wo sie direct an ihren Bestimmungsort mittelst mit Pferden bespannten Wägen verführt werden müssen; kleinere Schweinetransporte dürfen vom Borstenviehmarkte in Wiener-Neustadt auch mittels geeigneten, mit Pferden bespannten Wägen in ihre Bestimmungsorte abgeführt werden.

5. Das Treiben der Schweine oder das Führen derselben in Wägen von Ort zu Ort und von Gehöft zu Gehöft zum Zwecke des Abverkaufes (Hausierens) bleibt nach wie vor untersagt.

6. Jene Thiere, welche vom Centralviehmarkte in Wien oder vom Borstenviehmarkte in Wiener-Neustadt per Eisenbahn abgegeben werden, dann Thiere, welche auf einer Viehbeschaustation oder in einer anderen Eisenbahnstation in Niederösterreich der thierärztlichen Untersuchung unterzogen wurden, unterliegen, soferne eine Bestätigung hierüber auf den Viehpässen ersichtlich ist, wenn sie für Niederösterreich bestimmt sind, bei ihrer Ausladung, falls sich kein Anstand ergibt, mit Ausnahme der für Wien bestimmten Thiere, welche bei der Ausladung unter allen Umständen thierärztlich zu beschauen sind, keiner neuerlichen Beschau.

7. Bis auf weiteres ist die Aufnahme, beziehungsweise Abgabe auch von mehr als zehn Stück Rinder und mehr als 25 Stück Kälber, beziehungsweise Schafe, Ziegen und Schweine, zählenden Viehtransporten in jenen Eisenbahnstationen gestattet, in welchen die Beschau durch einen Thierarzt erfolgen kann, in allen übrigen Eisenbahnstationen dagegen darf die Aufnahme, respective Abgabe nur von einzelnen mit vorschriftsmäßigen Viehpässen gedeckten Thieren inländischer Provenienz und zwar bis zu zehn Rindern und bis zu 25 Stück Kälber, beziehungsweise Schafe, Ziegen und Schweine, keinesfalls aber einer ganzen Waggonladung stattfinden.

8. Die Einfuhr von Schlacht- und Nutzrindern, sowie von Schafen und Ziegen aus Ungarn und Croatien-Slavonien darf, insoweit nicht aus einzelnen Bezirken (Comitaten) dieser Länder die Vieheinfuhr nach Niederösterreich infolge besonderer Anordnungen verboten ist, nur nach solchen den Bestimmungsorten zunächst gelegenen Eisenbahnstationen stattfinden, in welchen auf Kosten der Partei die Beschau durch einen Thierarzt vorgenommen werden kann.

9. Die directe Einfuhr von Schweinen aus Ungarn und Croatien-Slavonien wird auf nachstehend angeführte Eisenbahnstationen, in welchen die Beschau der Viehtransporte durch Thierärzte erfolgt, eingeschränkt, und zwar:

a) St. Marx (Centralviehmarkt in Wien) und Bruck a. d. Leitha der k. k. priv. österr.-ungar. Staatseisenbahn;

b) Hohenau, Mistelbach, Laa a. d. Thaya und Floridsdorf der k. k. priv. Kaiser Ferdinands-Nordbahn;

c) Baden, Mödling, Vöslau, Leobersdorf, Neunkirchen und Wiener-Neustadt (Steinfeld) der k. k. priv. Südbahn;

d) Aspang und Edlitz der k. k. priv. Eisenbahn Wien—Aspang;

e) Jedlesee und Korneuburg der k. k. priv. österr. Nordwestbahn;

f) Nussdorf, Krems, Langenlois, Amstetten, St. Pölten und Schwarzenau der k. k. österr. Staatsbahnen.

Alle aus Ungarn und Croatien-Slavonien direct einlangenden Schweinetransporte, unter welchen bei der Ausladung auch nur ein an der Maul- und Klauenseuche erkranktes Stück vorgefunden wird, sind in dem Falle unbedingt nach der Aufgabsstation in Ungarn, respective Croatien-Slavonien mit dem nächsten Lastenzuge, in welchem keine anderen Klauenviehtransporte enthalten sind, auf Gefahr und Kosten des Versenders zurückzusenden, wenn die betreffenden Schweine nicht in einem öffentlichen Schlachthause des Stationsortes oder in einem solchen Schlachthause einer nahegelegenen Eisenbahnstation unter veterinär-polizeilicher Aufsicht geschlachtet und vom Bahnhofe des einen oder des anderen Stationsortes in einer die Infection der einheimischen Klauenthiere ausschließenden Weise abgeführt werden können.

Der Auftrag zur Rückweisung eines beanständeten Schweinetransportes kann nur von der betreffenden politischen Bezirksbehörde auf Grund des von dem Beschauorgane protokollarisch constatierten Anstandes ertheilt werden und ist dieser Auftrag vom Eisenbahnstationsamte dem Frachtbriefe und den mit der thierärztlichen Befundsclausel versehenen Viehpässen anzuschließen.

Von solchen Vorfällen ist übrigens die k. k. Statthalterei jedesmal sofort im kürzesten Wege, eventuell telegraphisch in Kenntnis zu setzen.

Die aus derlei Anlässen in der End- (Auslade-) Station erlaufenen Kosten für Fütterung und Tränkung der Schweine, für Telegramme ꝛc., sowie die Kosten für die täglich einmalige Fütterung und Tränkung während des Rücktransportes sind, falls nicht hiefür von Seite des den Schweinetransport begleitenden Wärters Vorsorge getroffen wird, durch die Bahnorgane in die sonstigen Nachnahme-Forderungen specificiert einzubeziehen.

10. Die politischen Bezirksbehörden bleiben auch fortan ermächtigt, in besonders berücksichtigungswürdigen Fällen den Eintrieb von Schlacht- und Nutzvieh jeder Gattung, beziehungsweise die Einfuhr von Schweinen mittelst Wägen aus Ungarn — insoweit nicht aus einzelnen Comitaten die Vieheinfuhr infolge besonderer Anordnungen verboten ist — auf specielle Ansuchen und gegen strenge thierärztliche Untersuchung der betreffenden Thiere beim Grenzübertritte auf Kosten der Parteien zu gestatten.

11. Durch diese Verfügungen werden die Bestimmungen der hierortigen Kundmachungen vom 28. März, 19. October, 30. November und 15. December 1889, ZZ. 18226, 56202, 70836 und 74616, dann vom 13. und 18. Jänner, 4. Februar, 22. März und 26. November 1890, ZZ. 505, 2205, 7147, 11097 und 71591, endlich vom 6. Jänner und 1. Juni 1891, ZZ. 673 und 30643 außer Wirksamkeit gesetzt.

Dagegen werden durch die vorliegenden Verfügungen die bestehenden Bestimmungen über den kleinen Grenzverkehr mit Rindergespannen gegenüber den an Niederösterreich angrenzenden ungarischen Gemeinden, sowie die derzeit inkraft stehenden Beschränkungen der Einfuhr von Klauenthieren aus Bosnien-Herzegowina (hierortige Kundmachung vom 27. April 1892, Z. 25188) und von Rindern aus den Comitaten Bars, Hont, Neutra, Neograd, Preßburg, Saros, Sohl, Trencsin, Turocz und Zips nicht berührt.

12. Übertretungen der vorstehenden Anordnungen werden nach dem Gesetze vom 24. Mai 1882 (R.-G.-Bl. Nr. 51), beziehungsweise nach § 46 Thierseuchengesetz (R.-G.-Bl. Nr. 35 ex 1880) bestraft.

13. Diese Verfügungen treten am 9. Mai 1892 in Wirksamkeit.

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 14. Mai 1892.

a) Getreide.

Weizen	(Qualitätsgewicht 74—80 Kg.)	. .	von	8	fl.	34	kr.	bis 10	fl.	15 kr.
Roggen	(„ 68—73 „)	. .	„	7	„	66	„	„ 9	„	50 „
Gerste		. .	„	5	„	50	„	„ 8	„	50 „
Mais		. .	„	5	„	32	„	„ 5	„	67 „
Hafer		. .	„	5	„	81	„	„ 6	„	80 „

per 100 Kg.

b) Mahlproducte.

Gries	von	15	fl. 75	kr.	bis	17	fl. 50	kr.
Weizenmehl	„	8	„ 50	„	„	17	„ 25	„
Roggenmehl	„	11	„ 25	„	„	16	„ —	„
Weizenkleie	„	4	„ 30	„	„	4	„ 60	„
Roggenkleie	„	4	„ 90	„	„	5	„ —	„

per 100 Kg.

Armenangelegenheiten.

Ausweis

über den Belegraum und Stand der städtischen Humanitätsanstalten (für das I. Quartal 1892).

	Belegraum	Stand mit 1. April 1892
Versorgungsanstalt Wien	1678	1575
„ Mauerbach	622	531
„ St. Andrä	338	273
„ Ybbs	690	607
„ Liesing	831	771
Summe der Versorgungsanstalten	4159	3757
Bürger-Versorgungsanstalt	540	504

	Belegraum	Stand mit 1. April 1892
I. Waisenhaus	100	99
II. „	100	100
III. „	100	100
IV. „	100	100
V. „	100	100
VI. „	100	101
VII. „	100	101
Summe der Waisenhäuser	700	701
Grundspital Leopoldstadt	103	91
Grundspital Gumpendorf	7	6
Summe der Grundspitäler	110	97
Asyl- und Werkhaus	650	382

Summarisch:

	Belegraum	Stand mit 1. April 1892
I. Versorgungsanstalten	4159	3757
II. Bürgerversorgungshaus	540	504
III. Waisenhäuser	700	701
IV. Grundspitäler	110	97
Asyl- und Werkhaus	650	382
Neuübernommene Armenhäuser	664	406
Summe	6823	5847

Bezirk	Übernommen wurden:	Belegraum	Stand mit 1. April 1892
XI.	Simmering zwei Armenhäuser	45	36
„	Kaiser-Ebersdorf zwei Armenhäuser	5	3
XII.	Ober-Meidling (bereits aufgelassen)	—	—
„	Unter-Meidling Armen- und Waisenhaus	60	46
„	Gaudenzdorf (bereits aufgelassen)	—	—
„	Hetzendorf (bereits aufgelassen)	—	—
„	Altmannsdorf (bereits aufgelassen)	—	—
XIII.	Hietzing Armen- und Waisenhaus	24	21
„	Penzing „	40	17
„	Ober-St. Veit „	20	19
„	Unter-St. Veit „	8	6
„	Hütteldorf „	24	21
XIV.	Sechshaus „	20	18
XV.	Fünfhaus „	35	14
XVI.	Ottakring „	51	34
„	Neulerchenfeld „	100	59
XVII.	Dornbach „	10	6
„	Neuwaldegg „	6	6
XVIII.	Währing „	54	24
„	Neustift „	8	2
„	Pötzleinsdorf „	18	2
„	Weinhaus „	5	3
„	Salmannsdorf „	2	1
XIX.	Ober-Döbling „	24	18
„	Unter-Döbling „	6	6
„	Ober-Sievering „	2	2
„	Unter-Sievering „	8	5
„	Nußdorf „	20	22
„	Heiligenstadt „	10	7
„	Grinzing „	12	10
	Summe	617	408

Städtisches Lagerhaus.

5. Mai bis 12. Mai 1892:

Waren eingelagert . . . . . 54.132 Meter-Centner
„ ausgelagert . . . . . 42.496 „

Die durchschnittliche Tagesbewegung bezifferte sich auf . . . . . 16.105 Meter-Centner.

Lagerstand vom 12. Mai 1892: 292.424 Meter-Centner, und zwar:

73.866 Meter-Centner	Weizen,	19.294 Meter-Centner	Roggen,
38.368 „	Gerste,	38.732 „	Hafer,
7.905 „	Mais,	9.558 „	Ölsaaten,
16.669 „	Mehl u. Kleie,	8.092 „	Wein,
27.818 „	Zucker,	3.044 Hektoliter à 100%	Spiritus.

Der Assecuranzwert dieser Waren stellt sich auf 3,838.100 fl. öst. Währ.

Gewerbeangelegenheiten.

(Licitations-Vorschrift für das k. k. Versatzamt.) Die hohe k. k. n.-ö. Statthalterei hat mit dem Erlasse vom 1. Mai 1892, Z. 25582, die „Licitations-Vorschrift für das k. k. Versatzamt in Wien (Haupt- und Zweiganstalt)" genehmigt und angeordnet, dass diese Vorschrift mit 1. Juni 1892 in Geltung zu treten habe. Aus derselben ist zu entnehmen, dass auf Grund des Hofkanzlei-Decretes vom 13. September 1791, Z. 940, an den für die Licitationen im k. k. Versatzamte bestimmten Tagen in Wien keine gerichtlichen oder außergerichtlichen Licitationen abgehalten werden dürfen; ferner dass die Anstalt auch nicht belehnte Effecten und Pretiosen, die von Parteien zur Versteigerung eingereicht werden, gegen Abnahme einer fünfpercentigen Licitationsgebür zum Verkaufe übernimmt.

* * *

(Das Dampfkesselwesen in Österreich.) Der Ministerialrath Dr. Georg Ritter v. Thaa hat mit Genehmigung des hohen k. k. Handelsministeriums und mit Benützung der ämtlichen Quellen ein Werk über das „Dampfkesselwesen in Österreich" verfasst, welches die sämmtlichen auf diesen Gegenstand bezüglichen Gesetze, Verordnungen und Normalerlässe enthält und kürzlich im Verlage der J. G. Manz'schen k. u. k. Hof-Verlags- und Universitäts-Buchhandlung in Wien erschienen ist.

Da diese Arbeit geeignet erscheint, dem längst gefühlten Bedürfnisse nach einer vollständigen und systematischen Zusammenstellung der einschlägigen Vorschriften abzuhelfen, werden die Besitzer von Etablissements, in welchen Dampfkessel und Dampfmaschinen in Verwendung stehen, sowie die einschlägigen Fachvereine und Genossenschaften auf dieselbe besonders aufmerksam gemacht.

* * *

(Sattler-Genossenschaft.) Bei der am 2. Mai l. J. unter Intervention des Genossenschafts-Commissärs, Magistrats-Concipisten Dr. August Nüchtern, abgehaltenen Gehilfenversammlung der Genossenschaft der Sattler wurde Herr Johann Hönig, III., Krieglergasse Nr. 12, zum Obmann und Herr Johann Falnbigl zum Obmannstellvertreter der Gehilfenversammlung gewählt.

* * *

(Gremium der Stein- und Kupferdrucker.) Bei der am 11. Mai 1892 unter Intervention des Gremial-Commissärs, Magistrats-Secretär Julius Griller, vorgenommenen

Wahl wurde Herr Johann Haupt, IV., Goldeggasse Nr. 20, zum Vorsteher und Herr Ignaz Schmutterer, III., Marxergasse Nr. 29, zum Vorsteher-Stellvertreter des Gremiums der Stein- und Kupferdrucker gewählt.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 4. Mai 1892.

(Fortsetzung.)

Brill Katharina — Verschleiß von Handschuhen, Cravatten und Hosenträgern — V., Margarethenstraße 76.
Hallaschke Karl — Kaffeeschänker — XVIII., Währing, Gürtelstraße 79.
Hart Josef — Kaffeesieder — IX., Schwarzspanierstraße 1.
Kovar Anna — Kaffeeschänkerin — VI., Gumpendorferstraße 109.
Schützenhofer Josefa — Kaffeeschänkerin — XVIII., Währing, Johannesgasse 21.
Köller Katharina — Verkauf von Kämmen und Bürsten — I., Markthalle, Stadiongasse.
Oppermann Klara Schaje — Damenkleidermacherin — II., Darwing. 33.
Prchly Johann — Kleidermacher — XVI., Ottakring, Friedmanngasse 21.
Rolenec Wenzel — Kleinfuhrwerk — XVII., Hernals, Krongasse 13.
Spiegler Sigmund — Lederhandel — II., Ferdinandsstraße 4.
Weinmann Theresia — Lohnfuhrgewerbe — XVIII., Pötzleinsdorf, Hauptstraße 65 und 69.
Franz Karl — Marktvictualien-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Thaliastraße. Marktstand.
Stangl Karl — Marktvictualienhandel — XVI., Neulerchenfeld, Markt, Thaliastraße.
Binder Aloisia — Privat-Lehranstalt für Maßnehmen, Schnittzeichnen und Kleidermachen — III., Hauptstraße 56.
Kohn Marie — Modistengewerbe — VI., Königseggasse 5.
Bednar Juliana — Obst-Verschleiß — X., Landgutgasse 5.
Radacher Francisca — Hausierhandel mit Obst und Blumen — II., Jägerstraße 5.
Czyżenicz Adam — Verschleiß von Ölgemälden und Rahmen — VII., Zieglergasse 38.
Erdös Ignaz — Presshefehandel — IV., Heumühlgasse 18.
Aschner Leopoldine — Privat-Arbeitsschule — VI., Mittelgasse 16.
Stern Deborah — Spirituosenhandel — II., Circusgasse 45.
Schindler Vincenzia — Trödlergewerbe — IX., Nußdorferstraße 24.
Brunner Johanna — Hausierhandel mit Victualien und Blumen — II., Gerhardusgasse 9.
Filipek Helene — Victualienhandel — V., Matzleinsdorferstraße 11.
Riegel Katharina — Victualienhandel — XVII., Hernals, Bergsteiggasse 33.
Kargl Julius — Vogel- und Vogelfutterhandel — III., Krieglergasse 6.
Emmerling Felix — Waren-Commissions-Verschleiß — II., Schiffamtsgasse 10.
Buchner Josefine, geb. Schmidinger — Wäscheputzerei — IX., Althangasse 21.
Zeman Theresia — Weißnäherin — IV., Blechthurmgasse 4.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 5. Mai 1892.

Jeannée Josef, Dr. — Hof- und Gerichts-Advocat — I., Hegelgasse 7.
Tasch Hugo, Dr. — Advocatie — X., Keplergasse 12.
Rindskopf Paul — Agent — II., Praterstraße 40.
Jellinek Gustav — Agent — IV., Technikerstraße 5.
Zukriegl Josef — Agent — X., Quellengasse 35.
Fuchs Josef — Commissionshandel mit Baumwollwaren — I., Börsegasse 1.
Otte Hermann — Bierschankgewerbe — IX., Nußdorferstraße 30.
Wolf Karl — Ausschank von Bier und Verabreichung von Speisen — II., Prater, Ausstellungspark.
Meilberger Rudolf — Bildhauer — IX., Liechtensteinstraße 141.
Bavro Marie — Hausierhandel mit Blumen — II., Jägerstraße 16.
Goldstern Jakob — Betrieb von Börsegeschäften — I., Wiener Börse.
Hoffmann Oskar Edl. v. Hoffmannsthal — Betrieb von Börsegeschäften — I., Wiener Börse.
Uhrmacher Karl — Verschleiß von Eisen- und Stahlwaren — II., Holzhausergasse 2.
Teifel Barbara — Fiakergewerbe — I., Hoher Markt.
Götz Josef — Fleischhauer — X., Triesterstraße 21.
Holzer Karl — Fleischhauergewerbe — XIII., Breitensee, Hauptstraße 27.
Nikolič Peter — Fotografengewerbe — XIX., Heiligenstadt, Hohe Warte, Cat.-Parc. 358.
Cichocki Ludwig auch Czihorzki — Futteralmacher — V., Wolfganggasse 34.
Leiter Daniel — Futteralmacher — V., Einsiedlergasse 17.
Krammer Josef — Gastwirt — I., Rothenthurmstraße, Steyrerhof 2.
Maroušek Prokop — Wirt — II., Salzachstraße 25.
Wimmer Johann — Gastwirt — VII., Zieglergasse 4.
Ehrentreu Mathilde — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Große Stadtgutgasse 20.
Felkel Karl — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Obere Donaustraße 63.
Guth Bertha, geb. Metzel — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Columbusgasse 66.
Klinke Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Kaisermühlen, Schüttaustraße 50.
Maurer Theresia — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Rennweg 65.
Mayer Emilie — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Lobkowitzplatz 1.
Riegl Theresia — Gemischtwaren-Verschleiß — XIV., Sechshaus, Rauchfangkehrergasse 10.
Rosenberg Schanette (Jeanette) — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Columbusgasse 54.
Rozehnal Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Unter-Meidling, Rudolfsgasse 13.
Smejkal Anton — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Eugengasse 3.
Stipánek Thomas — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Puchsbaumgasse 50.
Widder Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Kaiserstraße 123.
Hawerland Johann — Geometer — II., Springergasse 3.
Nagel Alexander — Getreide-Agentie — II., Frucht- und Mehlbörse.
Schmetterling Hersch — Handelsagentie — VIII., Albertgasse 22.
Schmetterling Leib — Handelsagentie — VIII., Albertgasse 22.
Engl Felicitas — Verschleiß von Handschuhen und Cravatten — III., Hauptstraße 22.
Tauber Leonhard — Kaffee-Restaurant — k. k. Prater, I. Kaffeehaus, Hauptallee 4.
Streit Anna — Damenkleidermacherin — IV., Margarethenstraße 13.
Lehmann Therese — Marktvictualien-Handel — II., Karmeliterplatz.
Loibner Marie — Milch-Verschleiß — II., Klosterneuburgerstraße 1.
Schößer Marie — Milch-Verschleiß — VII., Myrthengasse 3.
Listner Marie — Modistengewerbe — XIX., Ober-Döbling, Hauptstr. 35.
Subal Barbara — Modistengewerbe — I., Freyung 6.
Strohmayer Anton — Musikergewerbe — VII., Kaiserstraße 57.
Sigmund Marie — Obst- und Gemüsehandel — XIV., Rudolfsheim, Hollergasse 14.
Mosch Emilie — Pfaidlergewerbe — XVI., Neulerchenfeld, Brunnengasse 52.
Pacaß Antonia — Pferdefleisch-Verschleiß — II., Darwingasse 37.
Peisker Francisca — Privatschule für französische Sprache — VI., Hirschengasse 7.
Fridau Anton — Schuhmacher — XIV., Rudolfsheim, Schellingergasse 22.
Král Franz — Schuhmacher — V., Bacherplatz 13.
Schereschewsky Moriz, Peißel Hirsch — Schuhwaren-Verschleiß — VII., Kaiserstraße 8.
Welt Marie — Schuhwaren-Verschleiß — II., Taborstraße 48.
Jordan Max — Verschleiß von Schul- und Gebetbüchern und Kalendern — VII., Neubaugasse 36.
Unger Max — Stadtlohnfuhrwerk — III., Kolonitzgasse 7.
Koutnik Josef — Tischlergewerbe — XII., Unter-Meidling, Mandlg 10.
Gruber Georg — Victualienhandel — V., Untere Bäuhausgasse 74.
Holl Franz — Victualienhandel — IV., Alleegasse 20.
Kovascez Julie — Victualienhandel — VIII., Maria Treugasse 1.
Swoboda Marie — Victualien- und Zuckerbäckerwaren-Verschleiß — VIII., Florianigasse 3.
Kasik Johann — Wagenlackierer — XIX., Ober-Döbling, Neugasse 18.
Schmid Marie — Weißbleicherei — VI., Mollardgasse 9.
Birnbaum Nathan, Dr. — Zeitschrift-Herausgeber — II., Malzgasse 4.
Litarschik Theresia — Zuckerbäckerwaren-Verschleiß — III., Ungargasse 48.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 6. Mai 1892.

Pawelzig Otto Emil — Buchbindergewerbe — XVIII., Neu-Gersthof, Bergsteiggasse 22.
Bergaus Marie — Canditen- und Zuckerbäckerwaren-Verschleiß — XV., Fünfhaus, Neubaugürtel 5.
Feirer Anton — Bau-Cantine — IX., Rögergasse, Ecke der Glasergasse.
Grand Leopold — Bau-Cantine — IX., Floßgasse 16.
Tengler Johann Georg — Einspännergewerbe — I., verlängerte Wipplingerstraße.
Iranyi Gustav — Exporthandel — I., Schottenring 10.
Hofer Georg — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Peregringasse 4.
Linka Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — VI., Schmalzhofgasse 5.
Matzner Elisabeth — Gemischtwaren-Verschleiß — VIII., Josefstädterstraße 89.
Petrovits Julius — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Hernals, Hauptstraße 37.
Preiner Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — VIII., Florianigasse 34.
Rabl Michael — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Hernals, Hauptstraße 131.
Schindler Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — XIX., Ober-Sievering, Hauptstraße 51.
Schmiedl Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — VI., Brückengasse 14.
Widra Genovefa — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Bäckerstraße 20.

Windisch Joh. Gottlieb — Glaser — IV., Hauptstraße 76.
Burech, geb. Heinzel Marie — Verschleiß von Gratulationskarten — IV., Hauptstraße 87.
Aulisch Josefa — Damenkleidermacherin — VIII., Blindengasse 20.
Schweinberger Josef — Kleinfuhrwerk — XVI., Ottakring, Liebhartsgasse 27.
Hopfmüller Eva — Marktfahrergewerbe — XVII., Hernals, Kirchengasse 55.
Koller Amalia — Markt-Victualienhandel — IV., Kärnthnerthormarkt.
Schwarz Anna — Markt-Victualienhandel — IV., Kärnthnerthormarkt.
Fenz Jakob — Mehl- und Gries-Verschleiß — XVII., Hernals, Blumengasse 39.
Schick Magdalena — Milch-Verschleiß — VI., Mittelgasse 7.
Zand Augustin — Milch-Verschleiß — XVIII., Währing, Johannesgasse 30.
Böhm Karoline — Pfaidlergewerbe — XIV., Rudolfsheim, Schönbrunnerstraße 81.
Hochmann Sigmund — Sammeln von Pränumeranten auf Druckwerke — XV., Fünfhaus, Michaelergasse 19.
Glas sen., Isidor — Verschleiß von Rahmen und geschnitzten Holzwaren — IX., Maximilianplatz 14.
Kofron Leopoldine — Selchwaren-Verschleiß — VII., Burggasse 26.
Mechtler Michael — Selchwaren-Verschleiß — VII., Kirchengasse 31.
Pribitz Anna — Schuhwichs-Erzeugung — XVIII., Währing, Antonigasse 58.
Brassler Francisca — Thonwaren-Verschleiß — VI., Millergasse 27.
Hrachovsky Elisabeth — Hausierhandel mit Victualien und Blumen — II., Webergasse 17.
Berokay Marie — Victualienhandel — XVIII., Währing, Döblingerstraße 59.
Weippert Heinrich — Wirkwaren-Erzeugung — VI., Liniengasse 21.
Mader Arthur — Zeitungs-Herausgabe — IV., Viktorgasse 22.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 7. Mai 1892.

Schirnhofer Karl — Schreiben von Adressen — III., Marxergasse 22.
Gelber Josef, Dr. — Hof- und Gerichts-Advocat — I., Wipplingerstraße 17.
Halberstamm Leo, Dr. — Advocat — IV., Wohllebengasse 4.
May Adolf — Agent — II., Springergasse 25.
Zeller Franz — Baumeister — III., Erdbergstraße 37.
Goldner Anna — Bettfedern-Verschleiß — I., Sterngasse 2.
Kaufmann Mayer — Betrieb von Börsegeschäften — I., Wiener Börse.
Löwenthal Emil — Betrieb von Börsegeschäften — I., Wiener Börse.
Jörg Karl Alexander — Brantwein- und Essig-Erzeugung — XII., Unter-Meidling, Wilhelmsstraße 2.
Müller Josefa — Brantwein-Ausschank — XII., Gaudenzdorf, Gärtnergasse 19.
Kalina Josef — Erzeugung von Fächergestellen — III., Fasangasse 41.
Bangerl Mathias — Fiakergewerbe — I., Michaelerplatz.
Brad Johann — Fiakergewerbe — I., Neuer Markt.
Kunst Leopoldine — Fiakergewerbe — II., Ferdinandstraße.
Heinrich Josef — Fleisch-Verschleiß — III., Schimmelgasse 14.
Student Johann — Fleischhauergewerbe — IX., Mariannengasse 30.
Kratzer Magdalena — Fragnergewerbe — XVIII., Währing, Wienerstraße 73.
Klein Samuel — Gas- und Wasserleitungs-Installateur — I., Wildpretmarkt 2.
Barton Franz — Gasthauspächter — XVII., Hernals, Kirchengasse 19.
Hellinger August — Gastwirt — II., k. k. Prater, Ausstellungspark.
Hentschel Anna — Gast- und Schankgewerbe — XIII., Penzing, Parkgasse 20.
Hönig Josef — Bestandwirt — IX., Lichtenthalergasse 7.
Reinhart Friedrich — Gastwirt — IX., Nussdorferstraße 24.
Dubsky Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Lichtensteg 2.
Felgenhauer Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Gießaufgasse 22.
Gebauer Richard — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Embelgasse 26.
Haslinger Ignaz — Gemischtwaren-Verschleiß mit Petroleum — XVI., Neulerchenfeld, Haberlgasse 44.
Haller Feiwel — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Alserbachstraße 6.
Schwan Alois — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Myrthengasse 16.
Urban Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — XIV., Rudolfsheim, Schellingergasse 19.
Pollak Alexander — Goldarbeiter — III., Hauptstraße 114.
Bothe Wenzel Julius — Hafer-, Heu- und Strohhandel — XIII., Penzing, Hauptgasse 42.
Bothe Wenzel Julius — Holz- und Kohlen-Verschleiß — XIII., Penzing, Hauptgasse 42.
Vidoni Max — Käse- und Salamihandel — k. k. Prater, II. Kaffeehaus.
Hundt Anna — Damenkleidermacherin — VI., Gumpendorferstraße 64.
Pauer Marie — Damenkleidermacherin — XVIII., Währing, Kircheng. 9.
Kraus Marie — Marktvictualienhandel — III., Augustinermarkt.
Seitz Elisabeth — Marktvictualien- und Blumen-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld in der Brunnengasse.
Cerny August — Mehl- und Gries-Verschleiß — XVII., Hernals, Stiftgasse 26.
Diller Magdalena — Mehl- und Gries-Verschleiß — XII., Unter-Meidling, Rauchgasse 43.
Oelmann Georg — Mehl- und Gries-Verschleiß — V., Siebenbrunnengasse 32.
Walter Johanna — Mieder-Verschleiß — VIII., Wickenburggasse 3.
Bothe Wenzel Julius — Milchmeiergewerbe — XIII., Penzing, Hauptgasse 42.
Hoflacher Franz — Milch-Verschleiß — XVII., Hernals, Kastergasse 17.
Lill Josefine — Milch-Verschleiß — XVIII., Währing, Maynollogasse 4.
Wildt Josef — Milch-Verschleiß — VII., Stuckgasse 13.
Janik Leopoldine Elise — Modistengewerbe — VIII., Florianigasse 22.
Kral Karl — Modewaren-Verschleiß — XVI., Ottakring, Lerchenfelderstraße 20.
Trittinger Josef — Naturblumen-Verschleiß — VIII., Alserstraße 17.
Szábar Agnes — Obst- und Grünwarenhandel — I., Am Hof.
Bude Bertha — Verschleiß von Papier, Schreib- und Zeichenrequisiten — II., Kleine Pfarrgasse 33.
Chleborad Leopoldine — Pfaidlerin — V., Krongasse 13.
Schwed Leopold — Pfaidler — III., Apostelgasse 29/31.
Trnka Wenzel — Pferdefleisch- und Wurst-Verschleiß — XIII., Penzing, Marktgasse 41.
Zuser Johann — Verschleiß von Pferdefleischselchwaren — VII., Neustiftgasse 14.
Kallusch Anna — Puppen-Verschleiß — XVI., Ottakring, Hauptstraße 142.
Englisch Marie — Verschleiß von Schul- und Gebetbüchern — II., Rafaelgasse 18.
Knechtel Josef — Schuhmacher — III., Hörnesgasse 25.
Steier Franz — Schuhmacher — III., Rochusgasse 23.
Ladner Heinrich — Schlossergewerbe — I., Singerstraße 14.
Löwy Anna — Selchwaren-Verschleiß — II., Kaiser Josefstraße 30.
Orthof Josef — Selchwaren-Verschleiß — II., Gerhardusgasse 8.
Bieröckl Marie — Selchwaren-Verschleiß — VII., Neustiftgasse 33.
Böhm Emilie — Victualienhandel — XIII., Ober-St. Veit, Wiengasse 21.
Wimmer Karl — Victualienhandel — XVIII., Währing, Theresiengasse 23.
Haimann Wilhelmine — Wäscheputzerei — IX., Hörlgasse 6.
Daum Adolf, Dr. — Druckschrift-Herausgeber — IX., Schlickgasse 3.
Wielander Magdalena — Zeitungs-Verschleiß — IV., Margarethenstraße 10.
Titze Franz — Zimmermaler — III., Ungargasse 7.
Kleon Jakob — Zuckerbäcker- und Lebzeltergewerbe — XIV., Rudolfsheim, Reindorfgasse 38.
Leberl Eduard — Zuckerbäcker — XVII., Hernals, Hauptstraße 85.
Seitenberg Augusta — Verschleiß von Zuckerbäckerwaren und Sodawasser — II., Praterstraße 33.
Wagner Auguste — Zwirn- und Wollwaren-Verschleiß — VII., Siebensterngasse 31.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 9. Mai 1892.

Reich Otto, Dr. — Hof- und Gerichts-Advocat — I., Spiegelgasse 10.
Weiner Leopold — Agent — II., Taborstraße 64.
Wurm Rosalia — Privat-Arbeitsschule und Privatschule für französische Sprache — IX., Maria Theresienstraße 9.
Klausegger Josef — Bäckergewerbe — II., Taborstraße 45.
Rudroff Adolf — Baumeister — III., Erdbergstraße 3.
Dreher Anton — Bierausschank — II., k. k. Prater, Ausstellungspark.
Wich Johann — Büchsenmacher — VII., Kaiserstraße 104.
Zelenyi Karl — Commissionswaren-Verschleiß — II., Jägerstraße 4.
Datinsky Robert — Druckschrift-Herausgeber — IX., Fluchtgasse 2.
Werner Babette — Druckschrift-Herausgabe — III., Hühnergasse 5.
Bennauer Rudolf — Fiakergewerbe — X., Sempergasse 10.
Weißinger Leopold — Flaschenbierhandel — XII., Unter-Meidling, Bahnstraße 6.
Schenk Georg — Fleisch-Verschleiß — XV., Fünfhaus, Schönbrunnerstraße 47.
Schleibach Karl — Friseur — II., Vereinsgasse 2.
Kietreiber Agnes — Gasthausgewerbe — XVI., Ottakring, Wilhelminenstraße 133.
Noil August, Julius Heine — Gastwirt — II., k. k. Prater, Ausstellungspark.
Steinlechner Karl — Gastwirt — II., k. k. Prater, Ausstellungspark.
Dumler Hermann — Gemischtwaren-Verschleiß — VI., Mariahilferstraße 25.
Erdreich Leopold — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Rothehofgasse 27.
Mitiche Mehmed — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Kaiser Josefstr. 13.
Perwanger Anna Amalie — Gemischtwaren-Verschleiß — XIV., Rudolfsheim, Märzstraße 61.
Süß Friedrich — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Kaiserstraße 117.
Sternberg Wolfgang — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Vereinsgasse 32.
Zwergbaum Nathan — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Naglergasse 22.
Sendera Francisca — Grünzeug- und Obsthandel — II., Lessinggasse 24.

Hein Josef — Allgemeine Handelsagentie — V., Kohlgasse 18.
Marcuschewitz Julius — Handelsagentie — II., Raimundgasse 6.
Blach Clara — Verschleiß von Holzwollin-Erzeugnissen — VII., Neustiftgasse 94.
Fuchs Marie — Incasso für Kranken- und Leichenvereine — XVI., Ottakring, Veronikagasse 7.
Götzlinger Rudolf — Herrenkleidermachergewerbe — I., Franz Josefs-Quai 29.
Groß Leopold — Herrenkleidermacher — V., Krongasse 14.
Mathias Clotilde — Damenkleidermacherin — II., Heleuengasse 6.
Müller Amalie — Damenkleidermacherin — XVI., Ottakring, Veronikagasse 23.
Krist Gustav — Mechanikergewerbe — XIII., Ober-St. Veit, Einsiedeleigasse 12.
Pflänzel Eduard — Mechaniker — VI., Liniengasse 20.
Gallus Simon — Musiker — X., Himbergerstraße 77.
Jachlik Karl — Verschleiß von Ölen, Kerzen und Seifen — I., Zedlitzhalle.
Kohn Friederike — Pfaidlerin — II., Taborstraße 11.
Porils Ignaz — Schuhwaren-Verschleiß — II., Taborstraße 55.
Schindler Francisca — Selchwaren-Verschleiß — I., Naglergasse 4.
Busek Rudolf und Wieshaupt Julius — Technisches Bureau — I., Schottenring 14.
Rusnyak Therese — Victualienhandel — XIII., Breitensee, Hütteldorferstraße 8.
Stiller Marie — Zeitungs-Verschleiß — VII., Hermanngasse 31.
Karafiat Franz — Zuckerbäcker — X., Quellengasse 121.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 10. Mai 1892.

Bloch Gustav, Dr. — Hof- und Gerichts-Advocat — I., Hohenstaufengasse 9.
Kornitzer Adolf, Dr. — Hof- und Gerichts-Advocat — I., Rothenthurmstraße 31.
Lienerbrunn Katharina — Fleisch- und Selchwaren-Verschleiß — VII., Zieglergasse 15.
Mikula Martin — Fleisch-Verschleiß — VII., Neustiftgasse 37.
Dohnal Johann — Gast- und Schankgewerbe — XV., Fünfhaus, Märzstraße 21.
Jarolin Josef — Gastgewerbe — XV., Fünfhaus, Sperrgasse 18.
Marchart Theresia — Gast- und Schankgewerbe — XIII., Breitensee, Hütteldorferstraße 20.
Nowak Karl — Gastgewerbe — XV., Fünfhaus, Robert Hamerlinggasse 28.
Pertl Karl Wenzel — Gastwirt — II., k. k. Prater, Ausstellungspark.
Heinrici Friedrich Josef — Erzeugung von Gelatinkapseln — VII., Neubaugasse 52.
Bielsky Emilie — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Kaiserstraße 23.
Huber Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Währing, Wienerstraße 52.
Merville Christian — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Hernals, Leitermayergasse 12.
Sauer Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Hundsthurmerstraße 130.
Schallek Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Altmannsdorf, Laxenburgerstraße 12.
Schneider Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Lindengasse 1.
Scholl Moriz — Gemischtwaren-Verschleiß — IV., Starhemberggasse 4.
Schwarz Michael — Gemischtwaren-Verschleiß — XIII., Breitensee, Wienerstraße 53.
Strnadt Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Matzleinsdorferstr. 47.
Philipp Johann — Hornplatten-Erzeugung — XII., Unter-Meidling, Neue Gasse 5.
Schreiber Johann — Kaffeeschänker — XII., Hetzendorf, Rosenhügelstraße 5.
Schicht Adolf — Verschleiß von Kerzen und Seifen — II., Taborstraße 17.
Protiwinsky Robert — Mehl- und Gries-Verschleiß — XIX., Heiligenstadt, Herrengasse 6.
Nowak Johann — Metalldruckergewerbe — XV., Fünfhaus, Burgg. 13.
Lehner Johanna — Milch-Verschleiß — XVIII., Währing, Annagasse 48.
Grubeck Leopoldine — Modistin — IV., Preßgasse 23.
Panek Elisabeth — Parfumeriewaren-Verschleiß — VIII., Wickenburgg. 5.
Kornblüh Ignaz und Neufeld Salomon — Pfaidler — I., Franz Josefs-Quai 7.
Scheyrer Crescentia — Pfaidlergewerbe — VII., Kaiserstraße 48.
Wasowicz Cäcilie, geb. Schwarz — Pfaidlerei — IX., Georg Sigig. 1.
Stiller Alois — Handel mit Pferden — VII., Mariahilferstraße 112.
Delbeck Louise — Verschleiß von Puppenspielwaren — VII., Lerchenfelderstraße 117.
Lackenbacher Theodor — Vermittlung des Kaufes und Verkaufes von Realitäten — II., Czerninplatz 2.
Schall Josef — Schlosser — II., Taborstraße 49.
Stern Benjamin — Schlosser — II, Taborstraße 49.
Jüttner Karoline — Selchwaren-Verschleiß — XIX., Unter-Sievering, Friedlgasse 14.
Mettler Francisca — Selchwaren-Verschleiß — XIX., Grinzing, Kirchengasse 7.
Nekvasil Wenzel — Selchwaren-Verschleiß — VI., Magdalenenstraße 46.
Kaspar Karl — Spengler — XIX., Nussdorf, Hauptstraße 37.
Notes Rosa (Rachel) — Verschleiß von Stoffresten — I., Ruprechtsplatz 2.
Kral Mathias — Tischler — XII., Unter-Meidling, Miesbachgasse 59.
Hannich Marie — Hausierhandel mit Artikeln des täglichen Verbrauches — XIX., Heiligenstadt, Nussdorferstraße 34.
Bojkovsky Katharina — Victualienhandel — IV., Ehemaliges Mauthäuschen bei der Belvederelinie.
Nebilly Anna — Victualienhandel — V., Ziegelofengasse 39.
Schretzmeier Marie — Wäscheputzerin — IX., Badgasse 14.
Syrowatka Antonia — Wäscheputzerei — XI., Simmering, Hauptstraße 16.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 11. Mai 1892.

Baumer Heinrich — Bildhauer — V., Matzleinsdorferstraße 6.
Wurm Johann — Drechslergewerbe — XV., Fünfhaus, verlängerte Zinkgasse 706.
Pösinger Josef Alexander — Federnschmücker — V., Griesgasse 38.
Kammer Adelheid — Gast- und Schankgewerbe — XII., Ober-Meidling, Hauptstraße 47.
Weiner Ludwig — Gastwirt — II., k. k. Prater, Rotunde.
Großlicht Karoline — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Lerchenfelderstraße 9.
Hanslick Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Neustiftgasse 22.
Ketterer Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Hermanngasse 1.
Mann Katharina — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Gerhardusgasse 36.
Matsche Katharina — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Burggasse 114.
Pfeiffer Ferdinand — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Hernals, Dornerplatz 3.
Steiner Ignaz — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Grüne Thorgasse 15.
Wessely Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Kaiserstraße 64.
Wiener Johanna — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Hernals, Gürtelstraße 29.
Praschl Marie — Verschleiß von Geschirr und Küchengeräthen — IX., Nussdorferstraße 12b.
Kutzer Hermann — Grabsteinhandel — XI., Simmering, nächst der israelitischen Abtheilung des Central-Friedhofes.
Neubauer Ludwig — Handelsagent — VII., Lerchenfelderstraße 15.
Wertheimer Salomon — Handelsagent — V., Grüngasse 24.
Stadler Magdalena — Handschuhwaren-Verschleiß — VII., Neubaug. 73.
Nekheim Michael — Verschleiß von Hüten — VI., Gumpendorferstraße 4.
Kaßner Klara — Damenkleidermacherin — II., Taborstraße 17.
Nowotny Katharina — Damenkleidermacherin — IV., Heumühlgasse 20.
Medlen Marie — Kleinfuhrwerksgewerbe — XVII., Hernals, Weinhauserstraße 55.
Spiegler Marcus — Lederausschnitt — II., Große Mohrengasse 3.
Zitzmann Alois — Lust- und Ziergärtner — XI., Simmering, Kleine Wintergasse 518.
Granetz Marcus — Marktvictualienhändler — VI., Markthalle, Zelle 59/60.
Leschinger Johanna — Milch- und Gebäck-Verschleiß — V., Garteng. 26.
Mayer Johann — Milchhandel — XV., Fünfhaus, Marktplatz, Westbahnlinie.
Rehak Theresia — Obst- und Grünwarenhandel — XVIII., Währing, Abt Karlgasse 19.
Forchheimer Emma — Pfaidlergewerbe — XVII., Hernals, Ottakringerstraße 64.
Peltz Aloisia — Pfaidlergewerbe — VII., Kirchengasse 19.
Mendel Elisabeth — Verabreichung von kalten Speisen und Ausschank von Wein — XVIII., Währing, Weinberggasse 13.
Musel Katharina — Spirituosenhandel — II., Stressleurgasse 8.
Petrovicky Franz — Tischler — XVII., Hernals, Annagasse 33.
Spitzer Ludwig — Weißwaren-Verschleiß — I., Lichtensteg 1.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 12. Mai 1892.

Reinhold Aron Arthur — Agent — II., Große Stadtgutgasse 8.
Tosolini Carlo — Agent — VII., Schottenfeldgasse 26.
Chitil Eduard — Anstreicher — IV., Victorgasse 15.
Heidler Edmund — Bauunternehmung — II., Kleine Schiffgasse 8.
Nierody Franz — Handel mit Bau-, Wagner- und Brennholz, Kohlen und Coaks — XIII., Speising, Hauptstraße 18.
Neutwich Wilhelm — Brot-Verschleiß — VII., Neustiftgasse 48.
Reinstein Fanny — Verleihen von Drehorgeln — III., Baumgasse 25.
Kettmann Ludwig — Drechslergewerbe — XVI., Ottakring, Hofergasse 14.
Bartos Johann — Herstellung von Druckplatten — V., Straußengasse 20.
Deltl Josef — Handelsagentur mit mercantilen Drucksorten — VIII., Stolzenthalergasse 15.
Hertzka Theodor, Dr. — Druckschrift-Herausgeber — VIII., Langegasse 53.
Hierhammer Heinrich — Druckschrift-Herausgeber — IV., Alleegasse 36.

Schlür Anton — Druckschrift-Herausgeber — IX., Nussdorferstraße 74.
Kriz Karl — Elektrotechniker — III., Untere Viaductgasse 25.
Hlawati Johann — Futteralmacher — V., Kohlgasse 22.
Valentin Julius — Verschleiß von Galanteriewaren — I., Stock-im-Eisenplatz, Equitable-Palais.
Fuchs Ferdinand — Gastwirt — III., Bechardgasse 13.
Glaser Karl — Gastwirt — II., Dresdnerstraße 51.
Pitschmann Josef — Gastwirt — III., Dietrichgasse 20.
Weber Marie — Gastwirtsgewerbe — IX., Währingerstraße 21.
Eggenhofer Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Hundsthurmerstraße 34.
Horiza Johanna — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Severingasse 4.
Hutterer Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Ottakring, Langegasse 89.
Jerusalem Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Neubaugasse 35.
König Eduard — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Neustiftgasse 50.
Königer Anton — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Hetzendorf, Hauptstraße 44.
Kunovsky Elisabeth — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Gürtel 24.
Lorenz Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — IV., Kettenbrückengasse 16.
Maier Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Währing, Weitlofgasse 16.
Manhart Karl — Gemischtwaren-Verschleiß — XIV., Rudolfsheim, Märzstraße 66.
Pochopin Therese — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Nordwestbahnstraße 71.
Prost Johann — Gemischtwaren-Verschleißer — III., Rennweg 54.
Rohringer Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Steinbauergasse 17.
Schleimar Agnes — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Herndlgasse 11.
Seifer Ignaz — Gemischtwaren-Verschleiß — VIII., Blindengasse 23.
Weidinger Leopoldine — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Mariannengasse 21.
Wolf Sofie — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Matzleinsdorferstraße 53.
Fux Johann — Kleinhandel mit gebrannten geistigen Getränken — XVI., Ottakring, Habichergasse 25.
Sedal Stefan — Grünwarenhandel — V., Hundsthurmerstraße 61.
Heller Karl — Handelsagent — VI., Gumpendorferstraße 35.
Scharer Lewi recte Leon — Allgemeine Handelsagentie — II., Herminengasse 3.
Kopfschlägl Anna — Hut-Verschleiß — VII., Schottenfeldgasse 51.
Faiß Ferdinand — Kaffeesieder — I., Kärntnerring 2.
Molat, geb. Pospischil Antonia — Kaffeesiederin — I., Stubenbastei 10.
Wiener Lloyd, Vertreter: Schneider Julius — Kaffeesiedergewerbe — II., Praterstraße 13.
Prechtl Anna — Verschleiß von neuen Damenkleidern und Wäsche — XVI., Ottakring, Lienfeldergasse 8.
Schulz Josefa — Kleidermacherin — III., Ungargasse 50.
Lüftinger Johann — Erzeugung von Lederfalbe — III., Gstettengasse 13.
Hammer Rosa — Markt-Victualienhandel — IV., Phorushalle.
Reischel Marie — Markt-Victualien-Verschleiß — XVI., Ottakring, Markt am Yppenplatz.
Schmidt Cäcilie — Markt-Victualienhandel — XVI., Neulerchenfeld, Markt in der Brunnengasse.
Wintersberger Johann — Markt-Victualienhandel — XVIII., Währing, Kirchengasse am Markt.
Plappert Franz — Metallwaren-Verschleiß — VII., Westbahnstraße 19.
Frey-Trauer Karl — Musikergewerbe — XVIII., Währing, Johannesgasse 47.
Hoefft Oskar — Director der Musik- und Theater-Ausstellung — II., k. k. Prater, Rotunde.
Daum Wilhelmine — Handel mit Naturblumen und Kränzen — XVIII., Währing, Kreutzgasse 20.
Soehla Marie — Obst- und Grünwaren-Verschleiß — III., Schimmelgasse 17.
Möbius Anna — Verschleiß von Papier, Schreib- und Zeichenrequisiten — III., Hauptstraße 76.
Buczkowsky Josef Franz Johann — Erzeugung von Parfumeriewaren — VI., Mariahilferstraße 115.
Deutsch Hermine — Pfaidlerei — II., Mühlfeldgasse 14.
Harmel Moses Aron — Pfaidler und Bordrucker — III., Löwengasse 18.
Kommer Peßl — Pfaidlergewerbe — II., Große Schiffgasse 10.
Lederer Fanny — Pfaidlergewerbe — II., Taborstraße 45.
Schnizer Valentine — Pfaidlergewerbe — XVI., Ottakring, Eisnerstraße 22.
Heinz, geb. Schwach Anna — Pferdefleischhandel — V., Siebenbrunnengasse 65.
Knappe Marie — Privatlehranstalt für Schnittzeichnen, Zuschneiden und Kleidermachen — I., Burgring 1.
Floh Anna — Schuhwaren-Verschleiß — IV. Margarethenstraße 1.
Mikschofsky Josef — Schuhmachergewerbe — XVIII., Währing, Theresiengasse 32.
Badstüber Johann — Stadtlohnwagengewerbe — IV., Hungelbrunngasse 5.
Otto Franz — Tapezierer — X., Laxenburgerstraße 67.
Junghans Anton — Thee- und Rum-Verschleiß — V., Reinprechtsdorferstraße 54.
Führer Franz — Tischlergewerbe — XV., Fünfhaus, Zinkgasse 22.
Fischer Josef — Pächter des Trödlergewerbes — XVIII., Währing, Kunzgasse 10.
Jedlinsky Moriz — Trödlergewerbe — XVI., Neulerchenfeld, Gürtel 31.
Paschkes Bernhard — Uhren- und Juwelen-Verschleiß — III., Kollergasse 10.
Jaquemont Marie — Victualienhandel — X., Bürgerplatz 7.
Steindl Johann — Victualienhandel — XIII., Penzing, Poststraße 133.
Zeger Marie — Victualienhandel — V., Wimmergasse 15.
Bernert Katharina — Wäscheputzergewerbe — V., Wimmergasse 3.
Bodenfeld Helene Baronin — Zeitungs-Verschleiß — VIII., Josefstädterstraße 22.
Zezulka Edmund — Zuckerbäckergewerbe — XVI., Neulerchenfeld, Hauptstraße 12. (Das Weitere folgt.)

G.-Z. 88716.
V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen **Vergebung der Anstreicherarbeiten für die Erneuerung des Anstriches der Tegetthoffbrücke über den Wienfluss** im III. Bezirke im veranschlagten Kostenbetrage von 1226 fl. 80 kr. und 50 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 20. Mai d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl, im neuen Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Kostenanschlag, die allgemeine Vorschrift und die speciellen Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen. Das Offert ist, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, versiegelt zu überreichen und ist demselben das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Magistrat vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 7. Mai 1892. 1—3

G.-Z. 78772.
V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für die Herstellung eines Haupt-Unrathscanales** aus Beton in der Karmarsch-, beziehungsweise Altmüttergasse im X. Bezirke zwischen der Quellengasse und Reaktenbachstraße sammt Zweigcanälen in der Buchen- und Reaktenbachstraße mit dem veranschlagten Kostenerfordernisse von 7879 fl. 51 kr. und 400 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 23. Mai d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl im neuen Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse des Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen, und mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 11. Mai 1892. 2–3

G.-Z. 56753

V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der Erd- und Baumeisterarbeiten für die Herstellung eines Haupt-Unrathscanales aus Beton in der verlängerten Göllnergasse vor Baustelle VI, VII und X im III. Bezirke mit dem Kostenerfordernisse von 1763 fl. 97 kr. und 300 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am 23. Mai d. J., präcise um 11 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl im neuen Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenvoranschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städt. Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse des Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 11. Mai 1892. 2–3

G.-Z. 352002

V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für die Herstellung eines Haupt-Unrathscanales** aus Beton in der Jadengasse und Rudolfstraße im XIV. Bezirke, Rudolfsheim, mit dem veranschlagten Kostenbetrage von zusammen 3095 fl. 93 kr. und 335 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 24. Mai d. J., präcise um 11 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl im neuen Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, die Profile, die Kostenanschläge und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse des Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 11. Mai 1892. 2–3

G.-Z. 90486

V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen **Vergebung der Erd- und Baumeisterarbeiten für die Herstellung eines Haupt-Unrathscanales aus Beton** in der Weitlofgasse im XVIII. Bezirke mit dem Kostenerfordernisse von 1292 fl. 23 kr. und 150 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 21. Mai d. J., präcise 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl, im neuen Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Magistrat vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 9. Mai 1892. 2—3

G.-Z. 394125
V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der Erd- und Baumeisterarbeiten für die Herstellung eines Haupt-Unrathscanales aus Beton in der Herbst- und Hasnergasse im XI. Bezirke Simmering mit dem veranschlagten Kostenerfordernisse von 4210 fl. 98 kr. und 400 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am 24. Mai d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl im neuen Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse des Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 11. Mai 1892. 2—3

G.-Z. 80782.
V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Pflastererarbeiten** für die Umpflasterung der Praterstraße von der Taborstraße bis zur großen Mohrengasse im II. Bezirke im veranschlagten Kostenbetrage von 2646 fl. 92 kr. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 18. Mai d. J., präcise um 11 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl** im Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 6. Mai 1892. 3—3

G.-Z. 87360
V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Lieferung der Holzstöckel und der Dachpappe sowie Pflasterungsarbeiten** zur Erneuerung des Holzstöckelpflasters zwischen dem Tramwaygeleise und dem flussaufwärts liegenden Fußwege der Rudolfsbrücke im V. Bezirke im veranschlagten Kostenbetrage von 663 fl. 11 kr. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 19. Mai d. J., präcise um 10 Uhr vormittags**, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl im neuen Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Kostenanschlag, die allgemeine Vorschrift sowie die speciellen Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Das Offert ist, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen und ist demselben das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Magistrat vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 6. Mai 1892. 3–3

G.-Z. 77982

V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der Erd- und Baumeisterarbeiten für die Herstellung eines Haupt-Unrathscanales aus Beton in der Kröllgasse im XIV. Bezirke, Rudolfsheim, mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 2443 fl. 14 kr. und 270 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am 25. Mai d. J., **präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl im neuen Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse des Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 11. Mai 1892. 2–3

Z. 424734

VII.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der Erd-, Maurer-, Zimmermanns- und Maschinistenarbeiten im veranschlagten Gesammtkostenbetrage von 30.163 fl. 15 kr., dann der Lieferung der geraden Muffenröhren und Façonröhren im veranschlagten Kostenbetrage von 63.101 fl. 83 kr., der Maschinenbestandtheile mit der Kostenanschlagssumme von 885 fl. und der geschweißten schmiedeisernen Röhren im veranschlagten Kostenbetrage von 3330 fl. zur Herstellung einer Nutzwasserleitung vom Lagerhaus-Schöpfwerke für den Central-Viehmarkt und das St. Marxer Schlachthaus wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am Freitag den 20. d. M., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Stadler im neuen Rathhause (Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, die Ausmaße, die Kostenanschläge und die dem Projecte beigeschlossenen allgemeinen und speciellen Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke per Bogen zu versehenden Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder mit dem vorgeschriebenen Vadium nicht versehene Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Auch finden nur Offerte von gewerbebehördlich berechtigten Geschäftsleuten Berücksichtigung.

Die Einhaltung der allgemeinen und speciellen Bedingnisse wird seitens der Bauleitung strenge überwacht werden.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 4. Mai 1892. 3–3

G.-Z. 21674.

Kundmachung.

(Holzlicitation.)

Das aus der Fällungsperiode 1891/92 aus dem Ottakringer Gemeindewalde herrührende, der Gemeinde Wien gehörige Holz, und zwar: **21 Meter Scheitholz und 487 Meter starke Prügl gelangt Samstag den 28. Mai 1892,** für den Fall schlechter Witterung: Samstag den 4. Juni 1892 zur Veräußerung an den Meistbietenden.

Der Meistbot ist **sofort vom Ersteher bei der Feilbietungs-Commission zu erlegen.**

Zusammenkunft am obigen Tage **um 9 Uhr** vormittags in der Restauration „Steinbruch" am Galitzynberge.

Vom magistratischen Bezirksamte für den XVI. Bezirk.

Wien, am 5. Mai 1892. 1–3

Z. 115.

Kundmachung.

(Licitation.)

Zufolge Bescheides des magistratischen Bezirksamtes für den XIV. und XV. Bezirk vom 12. d. M., Z. $\frac{12991}{XIV.}$ wird die öffentliche Versteigerung der in der **Pfandleihanstalt der Gemeinde Sechshaus im Monate September 1891** verpfändeten und nicht aus-

gelösten **Pretiosen** von Pfand-Nr. 21893 bis incl. Pfand-Nr. 24901 und **Effecten** von Pfand-Nr. 47646 bis incl. Pfand-Nr. 53204 am **3. Juni 1892, um 9 Uhr vormittags,** im **Pfandleihanstalts-Gebäude, Sechshaus, Gemeindegasse 5** gegen gleich bare Bezahlung vorgenommen.

Im Falle die Licitation am oben angegebenen Tage nicht beendigt werden könnte, wird sie am nächstfolgenden Werktage fortgesetzt.

Pfandleihanstalt der Gemeinde Sechshaus,
am 14. Mai 1892. 1—3

G.-Z. 87160
V.

Kundmachung.

(Licitation.)

Wegen Veräußerung von altem **Weißblech, Schmiedeeisen, Gusseisen, Zink, Messing, Kupfer, Metall, Lederzeug,** von **Leinen- und Wollstrazzen, Mistwägelchen, Feuerspritzen, Wasserwägen,** von alten **Thüren und Fensterstöcken, Schiffen und Baumaterialien,** wird am **Montag den 23. Mai l. J., 9 Uhr vormittags** im städtischen **Materialdepot** im **IX. Bezirke, Rossauerlände Nr. 23** eine öffentliche Licitation abgehalten werden.

Kauflustige werden hiezu mit dem Bemerken eingeladen, dass die zur Veräußerung gelangenden Gegenstände täglich von 8 bis 2 Uhr im obenbezeichneten Depot besichtigt werden können und dass die erstandenen Gegenstände sogleich bar ausbezahlt und binnen längstens drei Tagen, vom Erstehungstage gerechnet, aus dem Depot abgeholt werden müssen, da über diese Zeit hinaus für die Richtigkeit des Gewichtes und für den unveränderten Zustand der erstandenen Objecte keine weitere Haftung übernommen wird.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 10. Mai 1892. 2—3

Z. 79771
XI.

Kundmachung.

(Stiftung für verarmte Gewerbs- und Handelsleute.)

Von dem Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiemit bekanntgemacht, dass im Monate Juli 1892 die halbjährigen Interessen der **Baron Moriz Wodianer'schen Stiftung** im Betrage von 973 fl. 20 kr. zur Vertheilung gelangen werden.

Anspruch auf eine Unterstützung aus dieser Stiftung haben **ohne ihr Verschulden verarmte Gewerbs- und Handelsleute** ohne Rücksicht auf die Confession oder Heimatsberechtigung; dieselben müssen jedoch in **Wien wohnhaft** sein. Diejenigen, welche für eine Familie zu sorgen haben und nicht kinderlose Witwen, die ein Gewerbe betreiben, haben unter gleichen Verhältnissen den Vorzug.

Bewerber um obige Stiftung haben ihren Gesuchen den Tauf-, respective **Geburtsschein,** den **Trauungsschein** und die Tauf-, respective **Geburtszettel der Kinder,** ferner den **Gewerbeschein** oder das **Concessionsdecret, den Erwerbsteuerschein** und ein legales **Mittellosigkeitszeugnis, Witwen** aber noch außerdem den **Todtenschein des Gatten** beizulegen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind längstens bis 28. Mai 1892 im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Wien, am 28. April 1892. 2—3

G.-Z. 79772
XI.

Kundmachung.

(Stiftung für verarmte, kränkliche Gastgeberswitwen.)

Von dem Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiemit bekannt gemacht, dass am 24. Juni 1892 die Interessen der **Johann Stettner'schen Stiftung** im Betrage von 81 fl. 15 kr. an fünf **Gastgeberswitwen** in **Wien, die kränklich und ohne ihr Verschulden verarmt** sind, zur Vertheilung gelangen werden.

Bewerberinnen um eine Betheilung aus dieser Stiftung haben ihren Gesuchen den Tauf-, Geburts-, Trauungs- und Heimatschein, die Tauf-, Geburts-Zeugnisse der Kinder, den Todtenschein des Gatten, den Rathschlag über die erfolgte Wirtsconcessionszurücklegung, ein ärztliches Parere über ihre Kränklichkeit, sowie ein legales Armutszeugnis, in welchem der Umstand, dass sie ohne ihr Verschulden verarmt sind, bestätigt erscheint, beizulegen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind längstens bis 20. Mai 1892 im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Wien, am 30. April 1892. 2—3

Inhalt.

Stadtrath:
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 10. Mai 1892 1167
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 11. Mai 1892 1171
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 12. Mai 1892 1176
Allgemeine Nachrichten:
Approvisionierung:
Täglicher Fleischmarkt vom 8. bis 14. Mai 1892 1179
Pferdemarkt vom 13. Mai 1892 1179
Schlachtviehmarkt vom 16. Mai 1892 1180
Veterinär-polizeiliche Bestimmungen über den Viehverkehr 1180
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 14. Mai 1892 1181
Armenangelegenheiten:
Ausweis über den Belegraum und Stand der städtischen Humaniätsanstalten 1182
Städtisches Lagerhaus 1182
Gewerbeangelegenheiten:
Licitations-Vorschrift für das k. k. Versatzamt 1182
Das Dampfkesselwesen in Österreich 1182
Sattler-Genossenschaft 1182
Gremium der Stein- und Kupferdrucker 1182
Gewerbeanmeldungen . . . . . 1183—1186
Kundmachungen . . . . . 1186—1190

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** — Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.
Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. B. Wallishausser's** k. u. k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Otto Maaß (Haasenstein & Vogler), Wien, I., Wallfischgasse 10.

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag 4 Uhr Nachmittags.

Nr. 39. Freitag, den 20. Mai 1892. Jahrgang I.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl., „ „ mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Sitzungen des Gemeinderathes.

Montag, den 23. Mai 1892, Nachmittags $^1/_2$5 Uhr.
Dienstag, den 24. Mai 1892, Vormittags 10 Uhr und Nachmittags $^1/_2$5 Uhr.
Mittwoch, den 25. Mai 1892, Vormittags 10 Uhr und Nachmittags $^1/_2$5 Uhr.
Freitag, den 27. Mai 1892, Nachmittags $^1/_2$5 Uhr.
Samstag, den 28. Mai 1892, Vormittags 10 Uhr und Nachmittags $^1/_2$5 Uhr.

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom 17. Mai 1892 unter dem Vorsitze der Vice-Bürgermeister Dr. Franz Vorschke und Dr. Albert Richter.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Die Sitzung ist eröffnet.

1. Der Herr Bürgermeister ist dienstlich verhindert.

2. Die Berliner Liedertafel sendet 518 fl. 89 kr. als Antheil an dem Ergebnisse des Concertes im Arcadenhof für die Armen Wiens. (Bravo!)

3. Herr Dr. Philipp Kallmus als Testamentsvollstrecker nach dem am 30. April 1892 verstorbenen Fabrikanten Wilhelm Nagel, hat namens des Universalerben Herrn Friedr. Nagel den Betrag von 200 fl. für Arme des Bezirkes Neubau ohne Unterschied der Confession erlegt. (Bravo!)

4. Herr Josef Auer, Hofrath und Kanzleidirector des Oberststallmeisteramtes hat infolge letztwilliger Anordnung seiner verstorbenen Frau den Betrag von 100 fl. für Arme in Penzing übergeben. (Bravo!)

Die Herren werden einverstanden sein, wenn für diese Spenden der Dank ausgesprochen wird. (Zustimmung.)

5. Gem.-Rath Trambauer sucht um einen fünfwöchentlichen Urlaub an; die Herren werden ihn genehmigen. (Zustimmung.)

6. Der neuernannte Magistratsrath Mathias Schnitt legt seine Stelle im Bezirksschulrathe nieder.

7. Die Wiener Freiwillige Rettungs-Gesellschaft bedankt sich für die gewährte Subvention von 5000 fl.

Ich bitte die Einläufe zu verlesen:

8. Schriftführer Gem.-Rath Zagórski: Gem.-Rath Herrdegen überreicht eine Petition des Vereines für erweiterte Frauenbildung um Bewilligung eines Ehrengrabes für Frau Ida Pfeiffer (liest):

Die Auszeichnung, welche in jüngster Zeit unser erhabener Monarch einer Tochter Wiens, einer kühnen Reisenden, der tapferen Begleiterin eines Forschers verliehen, ist die aufmunternde Veranlassung für den ergebenst unterzeichneten Verein, dem Gemeinderathe unserer Stadt die Bitte zu unterbreiten, er wolle, dem Beispiele des erlauchten Fürsten folgend, eine Bürgerin Wiens ehren, eine heldenmüthige Frau, die mit der Kraft des Genies jede Noth und Gefahr überwindend, einen unvergänglichen Ruhmeskranz erwarb, mit dem sie sterbend in ihre geliebte Vaterstadt zurückkehrte.

Frau Ida Pfeiffer, geb. Reyer, der berühmten Weltumseglerin, verdankt das kaiserliche Naturaliencabinet zu Wien eine große Bereicherung; sie wurde auf Anregung A. v. Humboldts und Ritters zum Ehrenmitgliede der geographischen Gesellschaft zu Berlin ernannt, erhielt vom König von Preußen die goldene Medaille für Kunst und Wissenschaft und wurde erwähltes Ehrenmitglied der geographischen Gesellschaft in Paris. Das Vaterland, die Heimat, hat ihre Werke schweigend hingenommen. So möge der Gemeinderath Wiens in gerechter Würdigung der Verdienste dieser Frau, deren Name genannt wird, wo man die Besten nennt, eine Ruhestätte schenken inmitten der hingeschiedenen Großen unserer Vaterstadt, damit die Fremde, welche einst die Lebende ausgezeichnet, nicht die Bürger Wiens des Undanks gegen die Todte zeihe.

Der Verein für erweiterte Frauenbildung und die Mitunterzeichneten bitten den hochlöblichen Gemeinderath der Stadt Wien, derselbe möge in Erwägung der angeführten Gründe beschließen: Es seien die sterblichen Überreste der auf dem St. Marxer Friedhofe Bestatteten am 28. October, dem Todestage Ida Pfeiffers in diesem Jahre, zu exhumieren und feierlich in ein Ehrengrab auf dem Central-Friedhof zu überführen.

Dient zur Kenntnis.

Schriftführer Gem.-Rath Zagórski (liest):

9. Interpellation des **Gem.-Rathes Kraetschmer:**

Während meiner Thätigkeit als Bezirksausschuss hat sich öfter der Fall ereignet, dass Bittgesuche um Verleihung einer Wirtshaus-Concession oder Transferierung einer derartigen Concession von einem Bezirk in den andern von Seite der Bezirksvertretung nach Erhebung der bestehenden Verhältnisse und Localaugenschein-Vornahme ablehnend erledigt wurden.

Von Seite des löblichen Magistrates wurden solche Gesuche jedoch ohne Rücksicht auf das Gutachten der Bezirksvertretung zum Schaden der bereits bestehenden Geschäftsleute im entgegengesetzten Sinne erledigt.

In letzter Zeit hat sich ein derartiger Fall im X. Bezirke neuerdings ereignet.

Herr Josef Schwartz, Weingroßhändler, X., Quellenplatz 4, ist um Transferierung einer Weinschank-Concession vom III. in den X. Bezirk bittlich geworden, das Gesuch wurde jedoch von Seite der Bezirksvertretung aus dem Grunde abgelehnt, weil Wirtshäuser mehr als genug vorhanden sind, und die bestehenden Wirte mit Rücksicht auf die schlechten Zeitverhältnisse ihr Auskommen nicht finden können.

Von Seite des löblichen Magistrates wurde dieses Gesuch trotz des abgegebenen Gutachtens der Bezirksvertretung und zum Schaden der dort befindlichen Geschäftsleute abermals bewilligt.

Der Gefertigte erlaubt sich daher folgende Anfrage:

Hat der geehrte Herr Bürgermeister Kenntnis davon, dass auf gefasste Beschlüsse der Bezirksvertretung keine Rücksicht genommen wird von Seite des löblichen Magistrates, und ist der geehrte Herr Bürgermeister geneigt, dahin wirken zu wollen, dass dem Gutachten und Beschlüssen der Bezirksvertretung mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird, um dadurch das Ansehen der Bezirksvertretung nicht zu erniedrigen und die bestehenden Geschäftsleute durch Wiederholung solcher Fälle vor Schaden zu bewahren?

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Ich werde die Erhebungen pflegen lassen und dann die Interpellation beantworten.

Schriftführer Gem.-Rath Zagórski (liest):

10. Interpellation des **Gem.-Rathes Bärtl:**

Nachdem die partielle Nutzwasserleitung vom städtischen Lagerhaus im Prater bis auf den Central-Viehmarkt mehr als ein Jahr vom Gemeinderathe genehmigt worden ist und bis heute noch nicht in Angriff genommen wurde, so erlaubt sich der Gefertigte an das geehrte Präsidium die Anfrage:

Was ist denn die Ursache dieser Verzögerung der Ausführung der Nutzwasserleitung für den Viehhof in St. Marx?

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Es werden hierüber Erhebungen gepflogen werden.

Schriftführer Gem.-Rath Zagórski (liest):

11. Interpellation des **Gem.-Rathes Edlhofer:**

Nach einer dem hohen Ministerium des Innern vom Stadtrathe überreichten Projectskizze soll, und zwar noch im heurigen Jahre, auf dem in der Nähe des Central-Viehmarktes hiezu bestimmten Platze der Seuchenhof erbaut werden.

Dieser genannte Platz wird nun, wie ich mich selbst überzeugt habe, angeschüttet, was nicht nur eine ungeheuere Erschwerung der Arbeiten bei der künftigen Grundaushebung verursacht, sondern auch für die Commune Wien mit großen unnöthigen Kosten verbunden ist, welche durch die unnöthigen Pölzungsarbeiten entstehen.

Ich erlaube mir daher an den Herrn Bürgermeister die Anfrage zu stellen:

Ob ihm dieser Vorgang bekannt ist und ob er gegen die Schuldtragenden mit aller Strenge vorzugehen gedenkt.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Es werden gleichfalls Erhebungen gepflogen werden.

Schriftführer Gem.-Rath Zagórski (liest):

12. Interpellation des **Gem.-Rathes Gregorig:**

In Amerika, dem Lande der Freiheit, hält man auf strenge Sonntagsheiligung und geht in diesem Bestreben so weit, dass eine Petition schon hunderttausende von Unterschriften aufzuweisen hat, welche verlangen, es solle die Weltausstellung in Chicago an Sonntagen geschlossen bleiben.

In unserem lieben Heimatlande Österreich muss, einem bestehenden Gesetze zufolge, an Sonntagen alle gewerbliche Arbeit ruhen und in Wien dürfen die Verkaufsgewölbe nur bis 12 Uhr mittags offen gehalten werden. Man sollte glauben, dass gesetzliche Bestimmungen für jedermann Geltung haben sollen, doch dem ist nicht so. In der Musik- und Theaterausstellung wird auch an Sonntagen nachmittags auf der Tambouriermaschine lustig gearbeitet und mit den auf dieser Maschine mit Namenszug versehenen Tücheln sogleich von zwei Jüdinnen ein recht lebhafter Verschleiß betrieben.

Nachdem die Ausstellung nicht exterritorial ist, sondern der Wiener Gewerbebehörde untersteht, so stelle ich an den Herrn Bürgermeister als Chef des Magistrates die ergebene Anfrage:

Ob er geneigt ist, auch in dem gegebenen Falle dem Gesetze Achtung zu verschaffen.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Es werden auch diesfalls Erhebungen gepflogen werden.

Schriftführer Gem.-Rath Zagórski (liest):

13. Interpellation des **Gem.-Rathes Bachofen v. Echt:**

Die Kaiser Franz Josefs-Regierungsjubiläumsbrücke ist wegen der auf dem linken Donaucanal-Ufer einmündenden unpassierbaren Straßen vor wie nach nahezu nutzlos. Ich erlaube mir daher die Anfrage an den Herrn Bürgermeister:

Ob Hoffnung vorhanden, dass in absehbarer Zeit diese Straßen in einen fahrbaren Zustand hergestellt werden.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Wird in der nächsten Sitzung beantwortet werden.

Schriftführer Gem.-Rath Zagórski (liest):

14. Interpellation des **Gem.-Rathes Meißl:**

Die Gemeinde Wien hat sich an der Ausstellung für Musik und Theaterwesen in wahrhaft glänzender Weise betheiligt und wird dies auch von allen Seiten auf das lobendste anerkannt.

So hervorragend sich nun die städtische Abtheilung besagter Ausstellung gestaltet, so interessant und lehrreich ihr Besuch sich erweist, so sehr macht sich der Übelstand geltend, dass ein Katalog über die zahlreichen Bilder, Zeichnungen 2c., welche zum Theil historischen Wert besitzen, mangelt.

Ich erlaube mir nun, an den sehr geehrten Herrn Bürgermeister die Bitte zu richten:

Ob er nicht im Interesse der Sache Auftrag ertheilen wolle, dass ein ordnungsmäßiger Katalog über die in der städtischen Ausstellung exponierten Gegenstände verfasst und sohin den Besuchern zur Benützung übergeben werde.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Ich glaube constatieren zu können, dass der Katalog bereits im Drucke ist.

Schriftführer Gem.-Rath Zagórski (liest):

15. Antrag des **Gem.-Rathes Meißl:**

Die gegenwärtig stattfindende, so glänzend in Scene gesetzte Ausstellung für Musik und Theaterwesen enthält für alt und jung eine Fülle des Anregenden und Lehrreichen.

Eine ähnliche prachtvolle Exposition wird hier sobald nicht wieder erstehen, und halte ich es daher gar sehr am Platze, den Besuch derselben möglichst zu fördern.

Insbesondere für unsere Jugend dürfte besagte Ausstellung anregend und belebend wirken; leider ist der jetzige Eintrittspreis für viele zu hoch gehalten, und erlaube ich mir daher den Antrag zu stellen:

Der löbliche Gemeinderath beschließe, sich an die Ausstellungs-Commission mit dem Ersuchen zu wenden, für die Volks-, Bürger- und Mittelschüler, falls dieselben in Begleitung ihrer Classenlehrer erscheinen, einen bedeutend ermäßigten Eintrittspreis gewähren zu wollen. (Bravo-Rufe.)

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Zagórski (liest):

16. Antrag des **Gem.-Rathes Eigner:**

Infolge der letzten Gewitterregen ist im XVII. Bezirke Dornbach die linke Seite des Alsbaches von dem Hause des Herrn Anton Schwach Nr. 110 bis zur Villa des Herrn Dumreicher Nr. 42 derart unterwaschen worden, so dass das Eigenthum der angrenzenden Besitzer nicht geschützt ist vor Gefahr und Untergang. Die morschen Piloten vermögen auch nicht den geringsten Widerstand zu leisten. Bei einem wolkenbruchartigen Gewitter ist sogar zu befürchten, dass herbeigeschwemmte Erdmassen, Gesträuch, Gehölz, Steine 2c. den Rechen bei der Einmündung des genannten Baches in den Canal verlegen und auf diese Weise eine Überschwemmung verursacht wird, bei der noch Menschenleben in Gefahr sind.

Ist dem Herrn Bürgermeister hievon Anzeige erstattet worden, damit sofort Abhilfe geschaffen werde?

Wenn nicht, so erlaube ich mir folgenden Antrag zu stellen:

Der Herr Bürgermeister wolle sofort an Ort und Stelle unter Beiziehung des Antragstellers Erhebungen pflegen und den ganzen Alsbach begehen lassen und dem löblichen Gemeinderathe berichten.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Zagórski (liest):

17. Antrag des **Gem.-Rathes Eigner:**

Nachdem im XVII. Bezirke sich die Nothwendigkeit einer Vermehrung der öffentlichen Anstandsorte ergibt, so beantragt der Gefertigte Folgendes:

Der Herr Bürgermeister möge eine Begehung des Bezirkes durch eine Commission unter Beiziehung des Antragstellers anordnen, um die geeigneten Plätze zur Anlegung obgenannter Objecte ausfindig zu machen.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Zagórski (liest):

18. Antrag des **Gem.-Rathes Kraetschmer:**

Die Bewohner jenes Theiles des X. Bezirkes von der rechtsseitigen Hälfte der Laxenburgerstraße bis zur Triesterstraße haben nur zwei Verbindungen mit den inneren Bezirken und der Stadt, durch welche sie auf großen Umwegen und mit empfindlichen Zeitverlusten in die Stadt gelangen können.

Durch Eröffnung der bereits projectierten Karmarschgasse und Durchschneidung eines kleinen Theiles des seit 1874 nicht mehr in Benützung stehenden katholischen Matzleinsdorfer Friedhofes und Benützung des dortselbst befindlichen Durchlasses des Südbahndammes, ließe sich mit geringen Kosten eine directe Verbindung mit der Wieden, Innere Stadt und Mariahilf herstellen, nachdem der Linienwall bei der Laurenzigasse im X. Bezirke bereits durchbrochen und als Gehweg benutzt wird.

Um diesem Übelstande abzuhelfen, stellen die Gefertigten folgenden Antrag:

1. Der löbliche Gemeinderath wolle beschließen, die Karmarschgasse zu eröffnen, durch den Friedhof eine von beiden Seiten abgeplankte Parkgasse zu eröffnen, und diese neu eröffnete Gasse durch drei halbnächtige und zwei ganznächtige Flammen zu beleuchten.

2. Den bereits primitiv eröffneten Durchbruch des Linienwalles bei der Laurenzigasse im X. Bezirke etwas zu erweitern, um den Verkehr der durch den Südbahndamm so schwer geschädigten Bewohner des X. Bezirkes mit den inneren Bezirken und der Stadt zu ermöglichen.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Zagórski (liest):

19. Antrag des **Gem.-Rathes Röhrl:**

Aus Anlass des großen Unglücksfalles, welcher sich dieser Tage im XV. Bezirke Wiens dadurch ereignete, dass von einem Hängegerüste, welches an einem morschen Balken hieng, drei Arbeiter stürzten und ihr Leben einbüßten, stelle ich den folgenden Antrag:

Der löbliche Gemeinderath beschließe dringlichst:

Es sei bei der Aufstellung der Hängegerüste das städtische Bauamt zu verständigen; dasselbe habe das Gerüste, die Eisenbestandtheile, die Balken und die Seile genau zu untersuchen, und erst dann, wenn mangellos, der Benützung zu übergeben. Ferner dürfen nur solche Balken in Verwendung gelangen, welche entweder aus Eichen- oder aus Föhrbaumholz angefertigt und vom Bauamte geaicht sind, ebenso sollen die Hanfseile eine vorschriftsmäßige Stärke haben.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Zagórski (liest):

20. Antrag des **Gem.-Rathes Skama** und Genossen:

Aus dem im „Rudolfinerhause" (Ober-Döbling, Grinzingerstraße 21), aufliegenden Jahresberichte vom Jahre 1890 des zur Heranbildung von Pflegerinnen für Kranke und Verwundete bestehenden Rudolfiner-Vereines ist zu ersehen, dass dieser Verein für arme Patienten, welche er unentgeltlich behandelt und verpflegt, in oben angeführtem Jahre 19.514 fl. 24 kr. verausgabt hat.

Da sich die Einnahmen zum größten Theil aus milden Spenden zusammensetzen, welche edelherzige Gönner diesem Vereine zufließen lassen, so wirkt es befremdend, dass der Commune Wien von diesem allseits anerkannten Wohlthätigkeits-Institute für den Bezug von jedenfalls zu Krankenzwecken verbrauchten Hochquellenwasser im Verwaltungsjahre 1890 341 fl. 14 kr. bezahlt werden mussten, und ich stelle daher den Antrag:

Die Commune Wien möge sich in Anerkennung der humanitären Verdienste als Wohlthäter dem Rudolfiner-Vereine anschließen, und diesem das Hochquellenwasser in seinem Rudolfinerhause unentgeltlich überlassen.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: An den Stadtrath. — Wir schreiten zur Tagesordnung. Ich ersuche den Herrn Vice-Bürgermeister Dr. Richter, das Referat zu erstatten.

21. Referent Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich habe die Ehre, Bericht zu erstatten, über das in Ihren Händen befindliche Referat, betreffend die Übernahme der Besorgung der öffentlichen und der privaten Beleuchtung durch die Gemeinde.

Das Referat betrifft eine Angelegenheit, welche die Gemeinde wiederholt beschäftigt hat und in ihren Grundzügen, wie ich glaube, ziemlich allgemein bekannt ist.

Ich werde mich in meinen Ausführungen mit Rücksicht auf die vorliegende Druckvorlage, welche das Material, soweit es mir zugebote stand, auszugsweise mittheilt, ziemlich kurz fassen können.

Die Gemeinde Wien hat mit einem Vertrage vom 6. Mai 1845 das erstemal mit der sogenannten englischen Gasgesellschaft einen Pachtcontract über die Besorgung der öffentlichen Beleuchtung abgeschlossen. Dieser Vertrag wurde abgeschlossen auf die Dauer vom 1. Juli 1845 bis 1. Juli 1855. Noch vor Ablauf dieses Vertrages, und zwar am 9. Februar 1852, wurde abermals ein Vertrag, welcher die Aufschrift trägt: „Pachtcontract zwischen der Gemeinde Wien und der Gasgesellschaft", abgeschlossen, mit der Dauer vom 1. Februar 1852 bis 1. November 1877.

Die Verträge sind in ihrem Inhalte nahezu vollständig gleichlautend und enthalten die Bestimmungen, nach welchen die Gemeinde die öffentliche Straßenbeleuchtung sowohl der Inneren Stadt — wie es in dem ersten Vertrage heißt — als auch der sämmtlichen Vorstädte — wie es im zweiten Vertrage heißt — der Gesellschaft überträgt, und diese sich zur Besorgung dieser Beleuchtung verpflichtet.

Es sind die Bestimmungen über die von der Gemeinde zu bezahlenden Gebüren für die Besorgung der Beleuchtung, und zwar nach Gasflammen per Jahr berechnet, und endlich ist in den Bestimmungen übereinstimmend gesagt, dass es der Gasgesellschaft freigestellt wird, aus den Hauptleitungsröhren an Private Gas abzugeben. Vor Ablauf des letzterwähnten Vertrages, und zwar am 22. Mai 1875, wurde jener Vertrag geschlossen, welcher heute noch inkraft ist und mit welchem die öffentliche Beleuchtung für die Zeit vom 1. November 1877 bis 31. October 1899, mithin auf 22 Jahre der englischen Gesellschaft übertragen worden ist. Dieser Vertrag unterscheidet sich wesentlich von den beiden erstgenannten Verträgen; er ist außerordentlich ausführlich gearbeitet, enthält über eine große Anzahl von Umständen genaue Bestimmungen, welche in den beiden ersten Verträgen zu vermissen sind.

Von entscheidender Wichtigkeit in diesem Gasvertrage sind die §§ 1, 2 und 4. Der § 1 enthält Bestimmungen über die Dauer des Vertrages. § 2 enthält die Bestimmung, dass die Gesellschaft berechtigt, aber auch verpflichtet ist, während des Zeitraumes, in welchem sie die öffentliche Beleuchtung besorgt, aus den zur öffentlichen Beleuchtung dienenden Gasröhren außer an die Gemeinde auch an jeden sich Meldenden Gas abzugeben. Im § 4 wird gesagt, dass die Gemeinde nach Ablauf des Vertrages berechtigt sei, sämmtliche zur Beleuchtung des gegenwärtigen und während der Vertragsdauer etwa erweiterten Gemeindegebietes von Wien nothwendigen Gaswerke und Röhrenstränge gegen Bezahlung des zu erhebenden Schätzwertes käuflich zu erwerben.

Die Ausübung dieses Rechtes ist jedoch an die Bedingung geknüpft, dass die Gemeinde drei Jahre vor Ablauf dieses Vertrages die Gasgesellschaft von ihrem Rechte, diese Ablösung vorzunehmen, schriftlich in Kenntnis setzt. Zu Beginn des vierten Jahres ist zur Erhebung des Wertes eine gerichtliche Schätzung der von der Gemeinde zu übernehmenden Gegenstände, das ist Gaswerke, Rohrstränge &c. vorzunehmen, und zwar — und das ist auch von Bedeutung — mit Bedachtnahme auf den Zustand, in welchem sich diese Objecte befinden und mit Rücksicht auf deren Bestimmung zur Gaserzeugung und zu Beleuchtungszwecken.

Wenn die Gemeinde sich zur Übernahme bereit erklärt, hat ein Jahr vor Ablauf des Vertrages noch eine Ergänzungsschätzung stattzufinden, welche die mittlerweile eingetretenen Veränderungen zu berücksichtigen hat und auf deren Grundlage die endgiltige Feststellung des Übernahmspreises zu erfolgen hat.

Die Übergabe der Werke hat, im Falle die Gemeinde sich hiezu bereit erklärt hat, „unweigerlich", wie es hier heißt, zu geschehen, sobald die Gemeinde mindestens, ich glaube zwei Drittel, des durch die Schätzung erhobenen Wertes erlegt haben wird.

Würde, meine Herren, gar kein Ereignis in den Vertragsverhältnissen zwischen der Gemeinde und der Gasgesellschaft eingetreten sein, so würden heute die Verhältnisse so stehen, dass die Gemeinde zu gewärtigen hätte, dass vor Ablauf von vier Jahren vor Erledigung des Vertrages, das ist anfangs 1896 diese Schätzung stattzufinden hätte; die Gemeinde würde dann die Erklärung zur Übernahme der Werke abgeben und nach Ablauf des Vertrages den Schätzungswert erlegen und auf diese Art Eigenthümerin der Gaswerke werden, soferne sie zur Beleuchtung des derzeitigen und erweiterten Gemeindegebietes von Wien nothwendig sein wird. Es ist aber ein solches Ereignis eingetreten, welches das Verhältnis wesentlich anders gestaltet, und zwar ist das der bekannte Präjudicialproces, welcher über Anregung des derzeitigen Bürgermeisters seinerzeit vom Gemeinderathe beschlossen und durchgeführt wurde. Es ist nämlich in dem Vertrage vom Jahre 1875 die Frage offen gelassen, ob die Gesellschaft verpflichtet ist, nach Beendigung des Vertrages für jeden Fall ihre Rohre aus den Straßen zu entfernen, kurz gesagt, ob sie mit der Gemeinde in eine Concurrenz treten könnte. Denn, wenn die Gemeinde von dem Ablösungsrechte keinen Gebrauch machen würde, sondern beispielsweise eigene Beleuchtungswerke, seien diese welcher Art immer, zu erbauen sich entschlossen haben sollte, ob dann die Gesellschaft berechtigt ist, ihre Etablissements als Gasbeleuchtungsanstalt fortzubehalten. Es ist leicht ersichtlich, dass dies nicht möglich ist, ohne dass die Röhrenstränge zum Betriebe des Gewerbes benützt werden, weil nur durch die Röhren eine Vertheilung des erzeugten Gases an die Consumenten ermöglicht ist. In dem Erkenntnis über die Präjudicialklage der Gemeinde hat nun das Gericht rechtskräftig ausgesprochen, dass der Gasgesellschaft ein Recht, die Röhren nach Beendigung des Vertrages in dem Straßenkörper liegen zu lassen, nicht zusteht, dass das Recht, diese Röhren zur Gasabgabe weiterhin zu verwenden, erloschen sei und dass sie verpflichtet ist, die in nicht ärarischen Straßen, Gassen und Plätzen des Gemeindegebietes befindlichen Gasleitungsröhren, soweit sie zum Zwecke der öffentlichen Beleuchtung und zu industriellen Zwecken Gas liefern, nach Ablauf oder Auflösung des Vertrages vom Jahre 1875 aus diesen Straßen zu entfernen.

Es bedarf eines Beweises nicht, dass in dem Momente, in welchem der Gasbereitungsanstalt das Recht, das Gas durch die Straßen weiter zu führen, benommen wird, das Werk selbst seinen gewerblichen Betrieb einstellen muss. Es ist die Folge dieses Erkenntnisses die, dass die Gemeinde heute in der Lage ist, zu wählen, ob sie im Jahre 1899 die Gaswerke übernehmen will, in welchem Falle sie die im Vertrage vorgesehenen Vorkehrungen rechtzeitig zu machen hat. Sie hat nämlich Schätzungen zu veranlassen und hat die Erklärung abzugeben, ob sie ablösen will; dann wird der Betrag festgesetzt, und gegen Bezahlung dieses Betrages kommt die Gemeinde in den Besitz dieser Werke. Allerdings wird der Schätzungswert dann sich nach dem Werte der Gegenstände richten, insoferne sie zur Gasbereitung tauglich sind, das heißt es werden nicht die eisernen Röhren als altes Eisen geschätzt, sondern als zur Verwendung im Erdboden liegende und geeignete Röhren. So ist es mit sämmtlichen anderen baulichen Anlagen.

Das wäre eine Möglichkeit. Eine andere Möglichkeit besteht darin, dass die Gemeinde erklärt, sie mache von diesem Einlösungsrechte keinen Gebrauch, sondern sie entscheidet sich dafür, selbst die Beleuchtung in irgendeiner Weise, sei es durch Gaswerke oder durch irgend andere Werke zu besorgen. Es sind in dieser Beziehung verschiedene Möglichkeiten denkbar. Dadurch, dass die Gemeinde dieses Recht hat, übt sie auf das Schicksal der Gaswerke der englischen Gesellschaft naturgemäß einen Einfluss; denn in dem Momente, in welchem die Gemeinde erklärt, sie wolle die Werke nicht übernehmen, sondern sie wolle selbst Werke bauen, in diesem Momente sind eigentlich die englischen Gaswerke wertlos, der Betrieb erlischt, und es ist wohl ein Complex von Baulichkeiten und eine gewisse Anzahl von Kilometern eiserner Röhren vorhanden, diese dürfen und können aber in dem Gewerbebetriebe nicht weiter benützt werden. Eine Folge dieses Zustandes ist aber, dass heute die Bestimmung des Gasvertrages, wonach die Schätzung nach Maßgabe des Wertes, den die Gegenstände als betriebsfähige Bestandtheile haben, eigentlich der Gemeinde gegenüber nicht mehr ein richtiges Resultat liefert. Nachdem die Gemeinde es in der Hand hat, die Werke, ich möchte sagen, wertlos zu machen, so ist auch diese Bestimmung, wie sie hier in dem Vertrage vorgesehen ist, nicht mehr von der Bedeutung, die sie seiner zeit vor der Entscheidung des Präjudicialstreites hatte.

Die Entscheidung, welche nun dem Gemeinderathe vorgelegt wird, läßt sich dahin formulieren: Soll die Gemeinde Gaswerke bauen oder soll sie die englischen Gaswerke übernehmen? Um diese Entscheidung fällen zu können, fehlt ein drittes. Wenn an den Gemeinderath diese Frage zur Entscheidung kommt, ist es naturgemäß, dass die erste Frage lauten wird: Was kostet die Erbauung neuer Werke? die zweite Frage: Was kosten die englischen Gaswerke? und endlich noch eine Frage, die von Bedeutung ist: Wie stellt sich die Rentabilität der bestehenden Werke und der

etwa neu zu erbauenden Werke? Diese Daten muss der Gemeinderath besitzen, weil er sich sonst nicht entscheiden kann; denn es ist ja die Möglichkeit gegeben, dass die Antwort der Sachverständigen etwa dahin ausfiele, dass der Bau neuer Werke weit mehr kostet als die Übernahme der alten; dann würde ja der Gemeinderath die Wahl sehr leicht haben, oder umgekehrt, dann würde er sich wahrscheinlich nicht für die Übernahme entscheiden. Nun ist aber ein entscheidender Punkt, welcher die Entschließungen der Gemeindevertretung in wesentlichem Maße zu beeinflussen geeignet ist, und dieser Punkt ist folgender: Nach den Auseinandersetzungen des Stadtbauamtes ist es unzweifelhaft, dass zu dem Baue neuer Werke ein Zeitraum von sechs bis sieben Jahren erforderlich ist. Es geht nämlich dem wirklichen Baue eine Reihe von Vorkehrungen voraus, welche sämmtlich schrittweise diesen Bau vorbereiten müssen. Abgesehen von den behördlichen Agenden, von den verschiedenen Gesuchen, die an die Behörden zu richten sind, ist von Entscheidung, in richtiger Weise die Plätze für die neu zu erbauenden Gasanstalten zu wählen und zu erwerben u. s. w., mit einem Worte — Sie finden in einer im Referat wortgetreu abgedruckten Übersicht das Programm des Stadtbauamtes, aus dem Sie entnehmen, wie schrittweise der Bau der neuen Werke vorzubereiten ist. Nun ist das Programm so gefasst, dass schon für das Jahr 1892 eine Reihe von Vorkehrungen sich als nothwendig erweist; darunter finden Sie unter Punkt I die Vorlage eines Programmes für die Concursausschreibung zur Beschaffung von Projecten; dieser Punkt beinhaltet schon die Wahl von Plätzen, weil es erklärlich ist, dass die Concursausschreibung für die Projecte nicht gedacht werden kann, wenn nicht schon Plätze in Aussicht genommen sind, wohin diese Anstalten zu situieren sein werden.

Es hängt dies zusammen mit der Calibrierung der Röhren, mit den Distanzen von den Werken bis zur Consumtionsstelle. Die Gemeinde, welche sich meines Erachtens das Wahlrecht vorbehalten muss, welches ihr zugebote steht, kann nicht darauf verzichten, jene Vorkehrungen besorgen zu lassen, welche je nach der Entscheidung des Gemeinderathes zum Bau der Werke führen müssen.

Es ist also die Aufgabe der Gemeindevertretung dahin zu formulieren, dass sie jene Schritte zu unternehmen hat, welche geeignet sind, über den Schätzwert oder die Ablösungspreise der englischen Werke ein Gutachten zu bekommen; hat sie dieses Gutachten, dann kann sie durch Sachverständige erheben lassen, wie viel die neuen Werke kosten und kann die Entscheidung treffen. Da der Bau Vorkehrungen erheischt, ist sie gezwungen, diese Vorkehrungen heute schon einzuleiten, und nach diesem Gesichtspunkte sind auch die Anträge formuliert, welche der Stadtrath Ihnen hiemit zur Beschlussfassung unterbreitet.

Diese Anträge beziehen sich zunächst auf die Schätzung, welche in § 4 erwähnt ist. Ich bemerke, dass die Gemeinde das Recht, diese Schätzung nach § 4, Alinea 3, zu verlangen, erst zu Beginn des Jahres 1896 hat. Das ist aber für die Gemeinde zu spät. Wenn auch diese Schätzung im Jahre 1896 in regelrechter Weise vorgenommen werden kann, kann die Gemeinde im Jahre 1896 nicht mehr an den Bau von Gaswerken denken, weil die Zeit einfach zu kurz ist, sie wäre dann in jener Zwangslage, in der sie sich eigentlich befand, bevor der Präjudicialprocess entschieden war. Es verschlägt aber nichts, wenn die Gemeinde versucht, diese Schätzung vornehmen zu lassen, und das dazu erforderliche Einvernehmen mit der Gasgesellschaft ist Gegenstand des ersten Antrages. Sollte dieser Schritt erfolglos bleiben, sollte die Gasgesellschaft die Vornahme der Schätzung verweigern, wozu sie das Recht hat, nachdem sie eine Pflicht, diese Schätzung vorzunehmen nicht hat, müsste die Gemeinde von dem § 11 des Gasvertrages Gebrauch machen, in dem es heißt „die Gemeinde hat das Recht, zu jeder Zeit von dem Zustande und Betriebe der Gasbeleuchtungsanstalt Kenntnis zu nehmen, sowie auch, so oft sie es als nothwendig erachtet, eine specielle Untersuchung aller Anlagen der Gasanstalten, sei es der Fabriken oder des Röhrennetzes unter Zuziehung von fachkundigen Organen der Gemeinde oder von anderen Sachverständigen vorzunehmen."

Würde also die Gasgesellschaft die Vornahme dieser Schätzung, welche im § 4 des Vertrages erwähnt ist, verweigern, so wäre die Gemeinde in ihrem Interesse verpflichtet, nach § 11 diese specielle Untersuchung sämmtlicher Anlagen vornehmen zu lassen. Es ist kein Zweifel, dass diese Untersuchung auch Resultate, welche als Basis weiterer Entschließungen dienen können, ergeben wird. Daher ist im Antrage weiters empfohlen, für den Fall, als die Gasgesellschaft die im § 4 erwähnte Schätzung nicht vornehmen ließe, solle die im § 11 vorgesehene specielle Untersuchung vorgenommen werden. Dazu habe ich zu erwähnen, das gesammte Röhrennetz, nämlich die Hauptleitungsrohre sind beim Stadtbauamte in Evidenz gehalten, sowohl nach ihren Dimensionen als nach ihrer Liegedauer; es ist also von jedem einzelnen Röhrenstrange bekannt, wie stark er ist, welches Caliber er hat, wie lange er in der Erde liegt, daher welchen Wert er für den Weiterbetrieb auch haben kann.

Auf diese Weise nun wäre der eine Factor, den die Gemeinde zu ihrer Entschließung benöthigt, geschaffen, nämlich die Übersicht über den Wert der jetzt bestehenden Werke. Die Sachverständigen, welche zur Vornahme dieser Schätzung, die nach § 11 stattfinden soll, zugezogen wurden, sind dann auch in der Lage, auf Grund eines Projectes der Gemeinde ein Gutachten über den Kostenaufwand, welchen die Errichtung neuer Werke verursachen dürfte, abzugeben; dann hätte der Gemeinderath die zwei Factoren, die er benöthigt. Es wäre aber auch seitens dieser Sachverständigen bezüglich der Rentabilität ein Gutachten abzugeben, was auch möglich ist. Nothwendig sind diese Factoren aus folgendem Grunde: Es ist nämlich möglich, dass neue Werke, die vielleicht genau soviele Auslagen verursachen würden als die bestehenden, dennoch rentabler sind, weil möglicher Weise Fortschritte in der Technik benützt werden können, die in den alten Werken nicht mehr angewendet werden könnten, so dass eine bessere Ausnützung der Rohstoffe und eine bessere Verwertung der Nebenproducte stattfinden könnte. Das ist der Sachverhalt, den zu kennen der Gemeinderath allen Grund hat.

Das ist der Inhalt der Anträge, wie sie unter A Ihnen vorgelegt werden. Unter B wird Ihnen empfohlen, ganz ohne Rücksicht auf diesen Schritt das Programm für den Bau der neuen Werke zu genehmigen: Dieses Programm ist ein ganzes und lässt sich nicht stückweise genehmigen; es lassen sich auch Stücke aus demselben nicht herausreißen. Sie werden finden, dass schrittweise der Bau der Werke in demselben vorbereitet ist. Es wird Ihnen nun empfohlen, sowohl dieses Programm als auch die für die Jahre 1892 und 1893 vorgesehenen Arbeiten zur Durchführung zu genehmigen, und wird dann die hiefür erforderliche Creditvorlage, soweit es nöthig ist, dem Gemeinderathe zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

In dieser Weise erscheint dem Stadtrathe das Interesse der Gemeinde in jeder Richtung gewahrt: Es wird das neue Gaswerk

vorbereitet, die Gemeinde ist in keiner Zwangslage und kann ihre Entschließungen vollkommen frei fassen, je nach dem Ausfalle dieser Begutachtungen der vorhandenen Werke, und es wird einem weiteren Beschlusse des Gemeinderathes vorbehalten sein, ob die Werke übernommen werden sollen oder ob neue Gaswerke zu bauen sind.

Ich habe mir erlaubt, im Referate unter dem Hinweise auf zwei Städte, welche in ähnlicher Lage sich befanden, darzuthun, wie die Verhältnisse sich gestalten können: Das eine Beispiel ist München, das zweite Köln.

Bezüglich des letzteren Falles muss ich jetzt schon hervorheben, dass der Vertrag, welchen die Gemeinde Köln hatte, wesentlich ungünstiger für die Gemeinde lautete und überhaupt nicht mit solcher Sorgfalt gearbeitet war wie unser Gasvertrag, und dass bezüglich der Beendigung des Vertrages eigentlich eine Bestimmung gemangelt hat. Es sind auch eine Reihe von Processen entstanden, welche schließlich dazu führten, dass acht Jahre vergiengen, bevor die Übernahme der Gaswerke erfolgen konnte.

In München wurde die Sache mit großer Entschiedenheit behandelt und hat diese Entschiedenheit die Folge gehabt, dass die Gemeinde sich über die Ablösungsfrage vollständig einigte, und dass mit einem Worte die Angelegenheit im Interesse und zum Vortheile der Gemeinde abgewickelt werden konnte.

Nach Anschauung des Stadtrathes wird es, wenn die Anträge, die ich mir Ihnen zu unterbreiten erlaubte, Ihre Genehmigung finden, auch dazu kommen, dass die Gemeinde in der Lage sein wird, lediglich nach Maßgabe ihrer Interessen diese Frage zu lösen, und ich bitte Sie daher um die Annahme der Anträge, welche ich hiemit zur Verlesung bringe:

A. Der Herr Bürgermeister wird ermächtigt: I. durch Verhandlungen mit der Imperial-Continental-Gas-Association die ungesäumte Vornahme der im § 4, Alinea 3 des Gasvertrages vorgesehenen gerichtlichen Schätzung mit allen Rechtswirkungen des Vertrages zu erwirken; II. für den Fall des Scheiterns oder der Ablehnung solcher Verhandlungen die im § 11, Alinea 1 des Vertrages vorgesehene specielle Untersuchung aller Anlagen der Gasanstalt (der Fabriken, des Röhrennetzes 2c.) unter Zuziehung von tauglichen Sachverständigen binnen kürzester Frist vorzunehmen.

Das Ergebnis ist in beiden Fällen dem Gemeinderathe ohne Verzug vorzulegen.

B. Die in der „Übersicht" aufgezählten, für die Errichtung städtischer Gasanstalten nothwendigen Arbeiten werden genehmigt. Der Herr Bürgermeister wird ermächtigt, die in dieser „Übersicht" für die Jahre 1892 und 1893 vorgesehenen Arbeiten, Vorkehrungen, Geschäfte 2c. durchzuführen und die dafür nöthige Creditvorlage sofort zu erstatten.

Gem.-Rath Seiler (zur Geschäftsordnung): Meine Herren! Mit großer Freude habe ich diese Vorlage begrüßt und ich glaube, dass es in unserer Situation das Beste wäre, diese Anträge, mit welchen ich und gewiss auch viele der Herren einverstanden sind, en bloc anzunehmen, da ja jede Besprechung von den Gegnern nur ausgenützt werden würde und wir absolut keine Zeit zu verlieren haben. Ich bitte daher, meinen Antrag anzunehmen. (Widerspruch.)

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Diesen Antrag kann ich nicht gleich zur Abstimmung bringen, weil zuerst die Herren zum Worte kommen, welche bereits gemeldet sind.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Meine Herren! Ich begrüße die Anträge des Stadtrathes mit Freuden, jedoch nur bezüglich zweier Anträge ist meine Freude eine vollständige; bezüglich eines Antrages werde ich, wenigstens für meine Person, dagegen stimmen

Wenn man das Verhalten, welches die Gemeinde Wien gegenüber der englischen Gasgesellschaft einzunehmen hat, bestimmen will, so muss man nach meiner Überzeugung erst darauf sehen, welches Verhalten die englische Gesellschaft bisher der Gemeinde Wien gegenüber eingenommen hat, und ferner muss man darauf sehen, welches Verhalten dieselbe englische Gesellschaft in ähnlichen Fällen gegenüber anderen Städten eingehalten hat. Diese zwei Momente müssen nach meiner Überzeugung genau ins Auge gefasst werden. Wie hat sich nun die englische Gasgesellschaft gegenüber der Gemeinde Wien verhalten?

Ich will da nicht auf die früheren Geschichten zurückkommen, das fällt mir durchaus nicht ein; aber — das eine müssen Sie mir zugestehen — es genügt, wenn ich erwähne, dass die englische Gasgesellschaft ihre sogenannten Propositionen in dem nämlichen Momente zurückgezogen hat, in welchem der Stadtrath auf Ablehnung derselben seinen Beschluss gefasst hat.

Die Art und Weise, wie diese Zurückziehung erfolgte, ist eine solche, dass ich gestehen muss, dass im gewöhnlichen geschäftsmännischen Verkehr Derartiges nicht vorkommt. Gewiss nicht. Es war geradezu unanständig, und wenigstens ich habe das Gefühl gehabt, dass eine Gesellschaft mit der Gemeinde Wien nicht in der Weise verkehren kann und verkehren darf, wie es die englische Gasgesellschaft gethan hat. (Zustimmung.) Ich kann mir zwar denken, warum es geschehen ist; es wollte nämlich die englische Gasgesellschaft ein Präjudiz schaffen. Sie hat durch irgend jemand von dem Vorgange im Stadtrathe Kenntnis erlangt, hat infolge dessen die Propositionen am selben Tage (Rufe: Zur selben Stunde war es!) zurückgezogen, aber gerade dieser Umstand bestimmt mich zu sagen: „Vorsichtig sein!" d. h. ich verkehre mit der englischen Gasgesellschaft nur insoweit als es unbedingt nothwendig ist, und insoweit als mir ein Recht dazu vertragsmäßig zusteht. Erster Grundsatz, den ich festhalten will. Zweiter Grundsatz: Wie hat sich denn die englische Gasgesellschaft in anderen Fällen verhalten? Ich bitte, die Leidensgeschichte der Stadt Köln, welche Sie im Referate ausführlich behandelt finden, genau zu lesen und Sie werden zugestehen — es ist das dieselbe Gesellschaft, die wir in Wien haben — es ist 100 gegen 1 zu wetten, dass sich die englische Gasgesellschaft in ganz gleicher Weise gegenüber der Gemeinde Wien verhalten wird, wie sie es gegenüber der Gemeinde Köln gethan hat. (Rufe: Gewiss!) Es ist meine feste Überzeugung, dass diese Gesellschaft nichts unversucht lassen wird, um sich hier in Wien zu behaupten; es ist meine feste Überzeugung, dass Process auf Process kommen wird. Es ist meine Überzeugung, dass wir einen langen Leidensweg zurückzulegen haben werden, um mit dieser Gesellschaft endlich fertig zu werden. Wenn ich das aber weiß, meine Herren, dann verlange ich von der englischen Gasgesellschaft auch nicht das Geringste, wozu sie nicht vertragsmäßig verpflichtet ist. (Rufe: Sehr gut!) Sie ist nach dem Vertrage nicht verpflichtet, derzeit eine gerichtliche Schätzung vornehmen zu lassen. (Rufe: Sie wird es auch nicht thun!) Ich erkläre, das ist

der Punkt, in welchem ich mich vom Stadtrathe und dem Herrn Referenten unterscheide.

Ich glaube, meine Herren! — ich kann mich ja täuschen — dass es unter der Würde der Gemeinde Wien ist, an die englische Gasgesellschaft mit der Bitte heranzutreten (Beifall), derzeit in die Schätzung einzuwilligen, und ich glaube daher in meinem Namen und im Namen meiner Parteigenossen zur Erklärung berechtigt zu sein, dass wir gegen den Antrag A I. stimmen werden. Nun werden Sie sagen: Es wäre doch zweckmäßig, wenn wir vielleicht auf diesem Wege giengen. Nein! bis eine solche gerichtliche Schätzung beendet ist, dauert es sehr lange und dann haben Sie eigentlich erst ein Elaborat in Händen, von welchem Sie nicht wissen, was Sie damit anzufangen haben. Die Grundlagen der Schätzung sind außerordentlich schwierig. Darüber will ich nicht discutieren.

Wir sind heute in der Situation, dass wir der englischen Gasgesellschaft Ende des Jahres 1899 sagen können: „Du, nimm die Röhren heraus, grabe dort nach dem Eisen, welches du hineingelegt hast!" Ich bin der Meinung, wir sollen diese Situation ruhig ausnützen, nicht in dem Sinne, dass wir die englische Gasgesellschaft über das Ohr hauen wollen, nein! sondern in dem Sinne, dass wir uns von der englischen Gasgesellschaft nicht übers Ohr hauen lassen. (Beifall.) Für den Punkt II in A werde ich stimmen, denn ich glaube, dass es in dieser Beziehung gut ist, zu wissen, was die Werke wert sind; aber dies will ich nicht wissen von irgend welchem Schätzmeister, welcher ja ganz gute Kenntnisse haben kann, aber das zu beurtheilen nicht im Stande ist. Das will ich wissen von dem Bauamte, von jenen Organen, welche unter ihrem Eide verpflichtet sind, für das Wohl der Gemeinde Wien jederzeit einzutreten. (Beifall.)

Es wird im Bauamtsberichte vom Jahre 1888 hervorgehoben — und es hat das auch der Herr Referent erwähnt —, dass das Bauamt sich bereits im Besitze sämmtlicher quantitativen Daten bezüglich der zu schätzenden Gegenstände befindet, und es erübrigt nur, sich die Überzeugung von der Qualität und Quantität zu verschaffen. Dazu gibt uns der Vertrag das Recht. Das Bauamt kann in die verschiedenen Werke gehen und sich von der Qualität der Röhren überzeugen. Von der Qualität der Röhren, die jetzt unter dem Boden liegen, wird man sich durch Augenschein nicht überzeugen, obwohl es auch da möglich ist. Man weiß nämlich die Liegezeit, und ich glaube, die Herren Techniker werden mit mir darin übereinstimmen, dass immerhin eine Wahrscheinlichkeitsrechnung möglich ist, die Qualität des Rohres zu bestimmen, welches durch eine gewisse Reihe von Jahren in der Erde liegt und welches durch eine so lange Reihe von Jahren benützt worden ist. Aber selbst wenn die Wissenschaft nicht im Stande wäre, einen solchen Schlüssel an die Hand zu geben, so ist es auch möglich, ich könnte sagen, durch Stichproben das zu erreichen. Man würde dann an einzelnen Stellen, wo man weiß, dass Rohre von einer gewissen Zeit her liegen, aufreißen und sich die Rohre an einer Stelle anschauen. Die Gleichmäßigkeit kann man immer voraussetzen, und es ist daher auch in dieser Beziehung die Prüfung, beziehungsweise Schätzung von Seite unserer Organe sehr leicht möglich.

Ich werde daher den Antrag A in dem Sinne modificieren — und ich würde bitten, dass getrennt abgestimmt werde —, dass es heißen soll: „Der Herr Bürgermeister wird ermächtigt, die im § 11, Alinea 1 des Vertrages vorgesehene specielle Untersuchung aller Anlagen der Gasanstalt unter Zuziehung von tauglichen Sachverständigen binnen kürzester Frist vorzunehmen." Ich bin also gegen Alinea I.

Nun erlauben Sie mir noch, dass ich zum letzten Alinea spreche.

Ich muss gestehen, ich hätte sehr gern einen mir bekannten Sachverständigen gefragt, wie lange Zeit das in Anspruch nehmen kann. Es heißt nämlich im letzten Absatze: „das Ergebnis ist in beiden Fällen" — das würde sich nach meinem Antrage modificieren — „dem Gemeinderathe ohne Verzug vorzulegen." Meine sehr geehrten Herren! Ich bin der Meinung, dass hier eine Frist bestimmt werden sollte. Die Herren verzeihen, dass ich diese Meinung habe; „ohne Verzug" ist ein ziemlich vager Ausdruck. Es heißt das: sobald als möglich, sobald als es fertig ist, soll es vorgelegt werden; aber es ist immer gut, dass da eine Frist bestimmt würde.

Es muss im Jahre 1892 nach der „Übersicht", die ich für sehr praktisch befunden habe, manches geschehen. Es muss rechtzeitig geschehen. Es kann, bevor wir darüber nicht entscheiden, nicht mit der Anwerbung von tüchtigen Ingenieuren vorgegangen werden. Das muss aber sobald als möglich geschehen, das Jahr 1892 darf unter keiner Bedingung verloren gehen. Ich bin nun der Meinung, dass drei Monate genügen, um die Prüfung vorzunehmen. Das ist meine Meinung, und ich würde daher beantragen, dass es im zweiten Absatze heißen soll: „Das Ergebnis ist dem Gemeinderathe bis längstens 1. September" — das sind $3\frac{1}{2}$ Monate, nachdem noch der halbe Mai zur Verfügung steht — „dem Gemeinderathe vorzulegen."

Wenn wir bis dahin den Bericht haben, so sind wir in der Lage, noch jene Arbeiten vorzunehmen, welche in der Übersicht für das Jahr 1892 in Aussicht genommen sind. Diese Änderungen beantrage ich und ich bitte um getrennte Abstimmung über den Punkt A II. Es würde mich freuen, wenn der löbliche Gemeinderath mit mir zur Überzeugung kommen würde, dass eine weitere Unterhandlung mit der englischen Gasgesellschaft nutzlos und dass es besser ist, die Herren zeigen die feste und entschiedene Absicht, mit derselben im Jahre 1899 definitiv zu brechen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen links.)

Gem.-Rath Dr. Nechansky: Es ist gar kein Zweifel, dass wir heute vor einen sehr wichtigen und folgenschweren Entschluss gestellt sind. Es handelt sich nämlich darum, ob wir einmal mit der Übernahme der Erzeugung von Gas in eigener Regie Ernst machen sollen. Ich glaube, dass in dieser Frage heute in diesem Raume eine ziemlich einhellige Meinung sich zur Geltung bringen wird (Rufe: Gewiss!), und ich glaube nicht, dass irgend jemand in der Hauptfrage gegen den Antrag des Stadtrathes und gegen die Gedanken, welche darin zum Ausdrucke gebracht worden sind, sein wird.

Es ist dies eigentlich schon ein alter Beschluss des Gemeinderathes, der wiederholt gefasst wurde, und wenn er einmal wieder aufgegeben worden ist, so hat es damals einen speciellen Grund gehabt. Die Übernahme der Gasbeleuchtung in die eigene Regie wurde schon am 24. September 1880 beschlossen. Wenn im Jahre 1885 gegen den Antrag der Gascommission davon abgegangen wurde, so hatte das damals seinen Grund darin, dass die Frage der Herausnahme der Röhren erst durch einen Process zu entscheiden gewesen ist. Dieser Process ist nun entschieden, das hat der Herr

Referent bereits hervorgehoben, es ist damit die Situation in dieser Richtung wesentlich geklärt. Wir wissen, dass wir eine vom Gericht zugesprochene Ermächtigung und ein vom Gericht zugesprochenes Recht haben, die Gasgesellschaft zu zwingen, die Röhren aus den Straßen herauszunehmen. Wir könnten daher ganz einfach und rasch uns entschließen, die Gasbeleuchtung in eigene Regie zu übernehmen, wenn nicht noch eine andere Frage zu erwägen wäre, und das ist die Frage, die der Herr Referent zwar im gedruckten Referate auch gestreift hat, aber, soviel ich gehört habe, in seinem mündlichen Referate nicht berührt hat, und das ist die Zukunft der Straßenbeleuchtung überhaupt. Es ist inzwischen, das ist gar keine Frage, die Elektricität zu einer Stufe entwickelt worden, welche die elektrische Beleuchtung als die Beleuchtung der Zukunft schon jetzt betrachten läßt. Es würde also diese Frage noch wohl zu erwägen sein, ob wir mit der Übernahme der Gasbeleuchtung in eigene Regie nicht zu spät kommen und ob nicht in dem Augenblicke, da wir eigene Gaswerke mit vielem Gelde errichtet haben, die Gasbeleuchtung von der Tagesordnung verschwunden ist. (Jawohl! rechts.) Da ist eine für den Laien sehr schwer zu lösende Frage. Ich selbst kann mir als Nichtfachmann darüber kein bestimmtes Urtheil bilden. Nichtsdestoweniger sind wir verpflichtet, nicht blindlings und im Hasse gegen eine capitalistische Gesellschaft, die allerdings ihre Position immer in einer sehr rücksichtslosen Weise ausgenützt hat, zu stürmen, sondern wir müssen uns auch alle Momente, welche für unsere Entschlüsse maßgebend sind, genau überlegen. (Sehr richtig! rechts.) Das ist nur einer dieser Punkte. Ich bedauere, ich sehe unseren Fachmann in der Frage der Elektricität (Rufe: Kareis!) nicht hier; denn ich wollte gerne an ihn die Frage richten, ob er nicht in der Lage ist, heute bei Erörterung dieser wichtigen Frage uns über die Zukunft der Elektricität irgend eine Andeutung zu machen. Ich glaube übrigens, dass selbst er als Fachmann nicht über Andeutungen hätte hinausgehen können; denn heute beschäftigen sich mit der Elektricität alle erfindenden Genies auf dem Erdball, und es ist sehr leicht möglich, dass eine nicht geahnte Erfindung gemacht wird, welche die Elektricität einerseits verbilligt, andererseits zu jener Beleuchtung tauglich macht, welche in größeren Städten dadurch angewendet werden kann, dass der elektrische Strom weiter geleitet werde. Wir stehen da also vor einem uns noch unbekannten Dinge. Ich muss mir als Laie daher sagen, sobald ich nur mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit rechnen kann, sobald ich mir nur sagen kann, es ist wahrscheinlich, dass eine solche Erfindung gemacht wird, aber unmittelbar nichts Bestimmtes vorliegt: Gehen wir auf dem betretenen Wege fort und entschließen wir uns wenigstens dazu, die vorbereitenden Schritte zu machen, die Gasbeleuchtung in eigene Regie übernehmen zu können. Denn durch einen so unwahrscheinlichen Factor können wir uns doch nicht in einem Entschlusse aufhalten lassen; wir können nicht wissen, wann dieser unwahrscheinliche Factor wahrscheinlich wird, wann er gewiss wird. Diese Erwägung ist für mich bestimmend, dass ich über diese Bedenken hinweggehe und sage, wir können uns doch auch nicht durch die Zukunft der Elektricität aufhalten lassen, dasjenige zu thun, was wir jetzt schon thun müssen, um seinerzeit den Entschluss zu verwirklichen, die Gasbeleuchtung in eigene Regie zu übernehmen. Wir haben nur zwei Wege zu diesem Zwecke, die schon der Herr Referent erörtert hat und die auch dem sehr ausführlichen und genau gearbeiteten Referate zu entnehmen sind. Wir können entweder den Vertragsweg beschreiten, das heißt wir können die Gasgesellschaft zur Erfüllung des Vertrages verhalten und die Gaswerke im Jahre 1899 nach dem gerichtlichen Schätzungswerte übernehmen, und wir können eigene Gaswerke bauen. Ich muss von vorneherein sagen, dass ich es unzweifelhaft für zweckmäßiger halten würde, wenn wir die Erfüllung des Vertrages anstrebten; ich bin nicht der Anschauung, trotz der Haltung, welche die Gasgesellschaft eingenommen hat, dass wir uns in einem unpraktischen Stolz zeigen und sagen sollen: ich verkehre überhaupt nicht mit der Gasgesellschaft; wir haben nicht nach Empfindung, sondern nach Zweckmäßigkeit zu handeln.

Nun ist es allerdings richtig, dass die Gasgesellschaft auf ein solches Ansuchen, wie es im Punkt A des Stadtraths-Antrages enthalten ist, mit einem einfachen „Nein" antworten kann; es ist das gar keine Frage — eine vertragsmäßige Pflicht hat die Gasgesellschaft nicht, aber ich bitte zu bedenken, dass wir von einer solchen selbst vorgenommenen Schätzung auch nichts haben; das ist eine für uns informatorische Schätzung, aber es ist nicht die Anbahnung zur Übernahme der Gaswerke, denn die Gaswerke müssen auf Grund des gerichtlichen Schätzungswertes übernommen werden. Was haben wir also davon? Wir erfahren höchstens auf Grund der Äußerungen des Bauamtes, wie hoch das Bauamt die Gaswerke schätzt, aber wir haben keine Grundlage, auf welcher wir seinerzeit die Übernahme der Gaswerke durchführen können. Daher halte ich es für ganz zweckmäßig, wenn jetzt wenigstens versucht wird, an die Gasgesellschaft heranzutreten, um diese gerichtliche Schätzung, welche erst vier Jahre vor Ablauf des Vertrages, also 1895 vorzunehmen wäre, schon jetzt vorzunehmen. Ich verschließe mich nicht der Anschauung, dass wahrscheinlich die Gasgesellschaft „Nein" sagen wird, dann haben wir das Unserige gethan, um die ganze Sache in zweckmäßiger Weise durchzuführen. Daher wäre ich nicht dafür, dass dieser Theil des Antrages des Stadtrathes im Sinne des Antrages des Collegen aus dem III. Bezirke gestrichen werde, sondern ich halte es für eine ganz zweckentsprechende Idee, dass man vorerst versucht, mit der Gasgesellschaft in gütlicher Weise eine gerichtliche Schätzung in einem früheren Zeitpunkte zu erreichen. Überhaupt würde ich wünschen, dass von beiden Theilen, ich möchte sagen, im Interesse der öffentlichen Moral die Vertragstreue zunächst gewahrt werde, dass sowohl die Gasgesellschaft auf Grund des Vertrages ihre Maßnahmen trifft, als auch die Gemeinde Wien. Von der Gemeinde Wien steht das außer Zweifel, aber ich möchte hier öffentlich aussprechen, dass es auch der Gasgesellschaft geziemen würde, ein vertragstreuer Theil zu sein.

Nun müssen wir aber bedenken, was wird geschehen, wenn diesem Wunsche, den wir aussprechen, von der Gasgesellschaft nicht nachgekommen wird, wenn sie kein vertragstreuer Theil sein wird, wenn sie nicht sagen wird: „Ja, wenn du die gerichtliche Schätzung im Jahre 1895 haben willst, werde ich sie vornehmen lassen, was die gerichtlichen Schätzleute aussprechen, soll die Summe sein, die zwischen uns gilt, die wirst du zahlen und im Jahre 1899 werde ich dir die Gaswerke übergeben", und das wäre die Handlungsweise eines vertragstreuen redlichen Mannes. Wenn die Gesellschaft das nicht thun wird, so ist gar keine Frage, dass wir einen ganzen Rattenkönig von Processen haben werden, aber eine Reihe von Processen, aus denen meiner Überzeugung nach wieder die Commune schließlich siegreich hervorgehen muss. Denn die vertragsmäßigen Rechte sind in dem Vertrage vom Jahre 1875 so klar ausgedrückt, dass die Gerichte, wenn auch nach langjährigem Streite schließlich doch nach den Rechten

werden erkennen müssen, welche vertragsmäßig der Gemeinde zukommen. Es würde sich nur darum handeln, was würde am 31. October 1899 geschehen, wenn wir bis dorthin die Processe nicht durchgeführt haben? Das ist die schwierige Frage. Wir haben dann die Processe noch nicht gewonnen und können also die Gaswerke nicht um den Schätzungswert abnehmen. (Zwischenruf links: Das gibt's nicht, sie müssen hinaus!) Ich kann nicht jemanden mit Brachialgewalt aus seinem Besitze hinauswerfen. Die Entfernung kann nur mit Hilfe des Gerichtes geschehen, wir haben kein Sequestrations-, kein Depossedierungsrecht. Wir können uns unser Recht nur gerichtlich erstreiten. Dazu werden wir aber sicherlich gelangen; es ist keine Frage, dass die Gasgesellschaft weichen muss. In der Übergangszeit von 1899 könnte allerdings durch provisorisches Übereinkommen eine Sachlage geschaffen werden, welche zweckentsprechend wäre. (Unruhe.) Ich bitte, meine Herren, die Frage ist sehr ernst.

Es ist leider infolge des späteren Bauamtsberichtes vom Jahre 1888 eine Incongruenz der Zeiträume entstanden. Der Bauamtsbericht vom Jahre 1885 hat für die Errichtung einer eigenen Gasanstalt vier Jahre und vier Monate als genügend erkannt. Ich vermuthe nun — ich weiß es allerdings nicht gewiss — dass auf Grund dieses Bauamtsberichtes vom Jahre 1885 auch dieser vierjährige Termin im Vertrage gewählt wurde. Im Jahre 1888 kommt das Bauamt und sagt: Diese Zeit ist zu kurz, wir brauchen wenigstens sieben Jahre zehn Monate.

Nun stehen wir vor der bösen Eventualität; wir können nicht zu derselben Zeit das Wahlrecht ausüben, nicht zu derselben Zeit zur Errichtung einer eigenen Gasanstalt und zur Kündigung schreiten.

Würde im Vertrage vom Jahre 1875, respective im Jahre 1885, beschlossen worden sein, dass sieben Jahre vor Ende des Vertrages gekündigt werden soll, so hätten wir zur rechten Zeit das Wahlrecht nach beiden Seiten hin ausüben können. Dies zu thun sind wir jetzt nicht in der Lage, sondern müssen früher Vorkehrungen treffen zur Errichtung einer eigenen Gasanstalt, bevor wir uns entscheiden können, ob wir den Gasvertrag im Jahre 1895 kündigen und mit dem Jahre 1899 endigen lassen wollen, um die Gaswerke um den gerichtlichen Schätzwert zu übernehmen. Das ist allerdings eine unangenehme Situation, hat aber doch meines Erachtens nur die eine Folge, dass wir gewisse Vorarbeiten und die Kosten dafür riskieren müssen. Nach meiner Laienauffassung sind diese Kosten nicht so groß, wenn man die bis 1895 in Aussicht genommenen Arbeiten, die in der Übersicht enthalten sind, in Betracht zieht — ich sage, sie sind nicht so groß, dass wir sie nicht machen können, in Rücksicht auf die ganze große Transaction, auf die Millionen, die sie uns kosten wird, um uns die Möglichkeit zu erhalten, auch eigene Gasanstalten zu errichten.

Ich betrachte nun den Beschluss, den wir heute fassen, nicht als solchen, dass wir schon definitiv eine solche Gasanstalt errichten werden, und glaube auch, dass der Antrag des Stadtrathes in diesem Sinne gestellt ist, obzwar es nicht genau so ausgedrückt ist, und daher werde ich mich später gegen diesen Theil des Stadtraths-Antrages wenden. Wir brauchen zwei Ziffern; wir brauchen den Schätzwert der Gasanstalt und den Kostenanschlag für die Errichtung eines eigenen Gaswerkes. Diese zwei Ziffern müssen wir uns beschaffen, in welcher Weise ist gleichgiltig. Wenn es auch einiges Geld kostet, so müssen wir uns insbesondere die letztere Ziffer beschaffen, nämlich den Kostenanschlag über die Errichtung einer eigenen Gasanstalt. Ich wünsche, ich wiederhole es, dass schließlich der ganze Krieg damit ende, dass wir nicht eine eigene Anstalt errichten, sondern die Gaswerke übernehmen; warum? — Nur aus Zweckmäßigkeitsgründen, weil ich es mir doch als eine sonderbare Situation denke, dass man im Jahre 1899 für die städtische Gasanstalt die Röhren legt und in einigen Monaten darauf die anderen Röhren herausnimmt . . . . (Große andauernde Unruhe links.)

Vice-Bürgermeister Dr. Borschke: Ich bitte, ich habe nicht gehört, was der Herr Redner gesagt hat, werde es aber nachlesen.

Gem.-Rath Dr. Nechansky (fortfahrend): Ich kann es mir nicht anders vorstellen, als dass wir, wenn wir eine neue Gasanstalt errichten, doch die Rohre dafür legen müssen, und wenn wir dann die alten Rohre wieder herausnehmen, so ist das die doppelte Arbeit. So stellt sich mir die Sache dar, und es ist doch ziemlich einerlei, wenn wir die Gasbeleuchtung in eigene Regie übernehmen, ob wir eigene Gaswerke errichten oder dieselben ablösen. Es ist das eine Frage der Zweckmäßigkeit. (Fortdauernde große Unruhe.)

Nach diesen meinen Ausführungen werden die Herren es begreifen, dass ich dem Antrage lit. A des Stadtrathes vollkommen zustimme und damit einverstanden bin, dass der Herr Bürgermeister ermächtigt werde, in diese Verhandlungen einzutreten, und dass eventuell bei ablehnender Haltung der Gasgesellschaft diese informatorische Schätzung von Seite des Stadtbauamtes vorgenommen wird.

Was die Frist anbelangt, welche der Herr College aus dem III. Bezirke vorgeschlagen hat, so meine ich wohl, dass wir es nicht wagen dürfen, hier überhaupt eine Frist zu bestimmen. Das kann er nicht ermessen und ich auch nicht, wie lange diese Schätzung dauern wird. Ich bin sonst auch für Fristen, die kalendermäßig festgesetzt werden, denn dann kann darüber kein Streit entstehen, aber es muss doch die Möglichkeit sein, eine solche Frist kalendermäßig festzustellen, und diese besteht im vorliegenden Falle nicht, da wir gar keine Elemente haben, aus denen wir schließen können, dass die Arbeit bis zum 1. September vollendet sein kann.

Ich glaube also, dass wir uns damit begnügen können, dass es heißt: „das Ergebnis ist ohne Verzug vorzulegen", und ich betone, dass wir uns umsomehr damit begnügen können, als ja der Herr Bürgermeister und der Stadtrath eine große Verantwortung auf sich laden würden, falls sie das Resultat nicht sofort vorlegen würden. Denn in der Durchführung dieser Sache, die wir wirklich mit Energie, Muth und Consequenz führen müssen, gibt es keine Verzögerung, das sehe ich und wohl jeder von Ihnen ein, und ich bin auch vollkommen überzeugt, dass der Herr Bürgermeister und der Stadtrath in diesem Sinne handeln werden.

Nicht einverstanden muss ich mich jedoch damit erklären, dass im Antrage lit. B uns zugemuthet wird, wir sollen diese ganzen, in der Übersicht aufgezählten Arbeiten genehmigen.

Ich muss aufrichtig gestehen, dass mir dieser Satz auch nach den Erläuterungen des Herrn Referenten noch nicht klar geworden ist. Er hat gesagt, diese Übersicht ist ein Programm, aus welchem sich kein Theil herausnehmen lässt. Nun, was soll denn dann unsere Genehmigung? Wir wollen nach den Anträgen des Stadtrathes und nach dem ganzen Gedanken, welche diesem Antrage zugrunde liegen, nicht heute schon die Errichtung einer städtischen Gasanstalt beschließen. Also, wozu brauchen wir dann diese ganzen

Arbeiten, welche bis zum Jahre 1899 gehen, schon jetzt zu genehmigen, das finde ich zu weitgehend. (Unruhe.) Nothwendig ist nur, dass wir uns schon mit der Vornahme jener Vorarbeiten einverstanden erklären, welche keinen Aufschub erleiden dürfen. Ich werde mir daher einen diesbezüglichen Antrag vorzulegen erlauben. Derselbe lautet (liest):

Die zur eventuellen Errichtung einer städtischen Gasanstalt nothwendigen Vorarbeiten, und zwar

1. Vorlage eines Programmes für die Concursausschreibung zur Beschaffung von Projecten,

2. Concursausschreibung für die Verfassung von Projecten für neue städtische Gaswerke, Verfassung des Haupt-Kostenvoranschlages,

3. Voreinleitungen für die Bestellung eines Bauleiters und seines technischen Personales und Durchführung dieser Bestellung,

4. Erwerbung des Bauconsenses für die Gaswerke,

5. Verhandlungen mit jenen Behörden, welche über die Straßen zu verfügen haben, in welchen die Hauptrohre von den Gaswerken zur Stadt geführt werden sollen,

6. Verfassung der Detailpläne, Detailüberschläge, Contractbedingnisse 2c. für die Vergebung der Arbeiten, und zwar für die Ausführung der Gebäude, dann für die Lieferung der Apparate und die Herstellung des Hauptrohrnetzes

sind nach Maßgabe des Bedürfnisses in Angriff zu nehmen und durchzuführen. Die dafür nöthigen Credite sind ehethunlichst zu beantragen.

Es sind die von mir angeführten Arbeiten identisch mit jenen in der Übersicht enthaltenen, welche in den Jahren 1892 und 1893 unter der Zahl 1 bis 7 aufgezählt sind. Ich gehe dabei von dem Gedanken aus, das seien die Vorarbeiten, welche nothwendig sind, um die eventuelle Errichtung einer eigenen Gasanstalt vorzubereiten, aber es ist noch nicht nothwendig, dass wir im jetzigen Zeitraum schon beschließen, dass Offertverhandlungen bezüglich der Abschließung von Contracten ausgeschrieben werden.

Ich halte es auch nicht für richtig, dass wir den Herrn Bürgermeister ermächtigen und ihm die ganze Verantwortlichkeit zuschieben, sondern dass wir beschließen und sagen: die Vorarbeiten sind nach Maßgabe des Bedürfnisses zu machen und ebenso die Creditvorlagen.

In dieser Richtung würde ich mir also erlauben, die Abänderung des Antrages des Stadtrathes lit. B zu beantragen und Ihnen diesen Antrag vorzulegen. (Bravo-Rufe.)

Gem.-Rath Baugoin (zur Geschäftsordnung): Ich habe mir das Wort zur Geschäftsordnung erbeten, weil der Herr Vorredner Äußerungen gemacht hat, welche meines Dafürhaltens in der öffentlichen Sitzung nicht vorzubringen sind. Nachdem ich der Meinung bin, dass wir in diesem Saale das Bestreben haben, die Sache im Sinne der Anträge des Stadtrathes durchzusetzen, beantrage ich die Fortsetzung der Debatte in der vertraulichen Sitzung, um solchen Unzukömmlichkeiten nicht ausgesetzt zu sein.

Gem.-Rath Bärtl (zur Geschäftsordnung): Ich habe mir auch das Wort zur Geschäftsordnung erbeten und habe vorhergesehen, dass mein Herr Vorredner diesen Antrag stellen wird. Ich will auch nicht, dass die Gemeinde in Verlegenheit komme, geschweige denn, dass ein Schaden daraus entstehen würde. Ich unterstütze den Antrag und bitte, diesen Gegenstand in vertraulicher Sitzung zu behandeln.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Es ist wohl richtig, dass eine Rede, wie Sie sie zuletzt gehört haben, einen zur Meinung bringen kann, es wäre zweckmäßig, die Angelegenheit in vertraulicher Sitzung zu behandeln.

Das ist richtig. Aber, meine Herren, wenn es eine Angelegenheit gibt, die öffentlich verhandelt werden muss, so ist es die Frage, über welche wir jetzt berathen, und es muss dem Tactgefühl jedes einzelnen Mitgliede des Gemeinderathes überlassen bleiben, Äußerungen zu unterdrücken, von denen man vermuthen kann, dass sie eventuell die Gemeinde schädigen könnten. Das muss jeder einzelne Gemeinderath selbst fühlen, und wenn er dieses Tactgefühl nicht hat, so nützt es auch nichts, wenn die Angelegenheit in vertraulicher Sitzung verhandelt wird. Der Stadtrath ist vertraulich bis zum höchsten Grade und dennoch sind Dinge des Stadtrathes hinausgekommen, welche nicht hätten hinauskommen sollen.

Die vertraulichen Sitzungen, die wir hatten, sind nicht öffentlich und gerade das, was die Öffentlichkeit nicht erfahren soll, ist in den nächsten Tagen in den Zeitungen zu lesen; darum ist es besser, wir verhandeln öffentlich, und wenn ein College vielleicht nicht das nöthige Tactgefühl hat, jene Äußerungen zu unterdrücken, von denen zu vermuthen ist, dass sie der Gemeinde Wien schaden, so wird ein oder das andere Mitglied des Gemeinderathes sich finden, in entsprechender Weise darauf Antwort zu geben.

Darum stimme ich für die Öffentlichkeit der Verhandlung.

Gem.-Rath Hawranek: Ich verzichte nach den Ausführungen des Herrn Vorredners auf das Wort.

Gem.-Rath Gregorig: Ich verzichte ebenfalls.

Gem.-Rath Dr. Lederer: Ich muss mich auch gegen den Antrag aussprechen, diese Angelegenheit vertraulich zu behandeln. Es hat wirklich den Anschein, und es wurde bereits vom Herrn Vorredner hervorgehoben, als ob wir in dieser Sache irgendwie die Öffentlichkeit zu scheuen hätten. Wir haben das aber gar nicht. Dasjenige, was ein Vorsprecher ausgeführt hat, und was bei einem Collegen unbegreiflicherweise solches Entsetzen hervorgerufen hat, kann sich jeder selbst sagen und die Engländer haben es sich gewiss auch gesagt, und darum haben wir gar keinen Anlass, irgend etwas hier nicht auszusprechen, was diese Frage betrifft. Sie verträgt das Licht der Öffentlichkeit vollkommen und nach jeder Richtung hin, und ich bin der Meinung, sie soll auch öffentlich behandelt werden.

Referent: Ich habe keine Äußerung mehr zu machen.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Wir müssen nun zur Abstimmung übergehen. Diejenigen Herren, die einverstanden sind, dass die Angelegenheit in vertraulicher Sitzung behandelt werde, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Abgelehnt.

Referent: Es ist von dem ersten Herrn Redner in dieser Debatte eine Äußerung gemacht worden, welche mich zu der Annahme führt, dass er meine Ausführungen und Anträge missverständlich aufgefasst hat. Der Herr Redner hat ungefähr folgende Äußerung gethan: „Wir müssen eine Frist für die Vorlage dieses Berichtes festsetzen, sagen wir drei Monate; wenn wir diese Frist haben, dann wissen wir, was wir von der Übersicht anzunehmen haben.“ Der Redner scheint der Anschauung gewesen zu sein, dass es von der Erstattung dieses Berichtes, darüber, ob die Schätzung stattgefunden habe oder habe stattfinden können, oder welches

Resultat diese informatorische Schätzung ergeben habe, abhänge, ob wir diese Übersicht durchführen oder nicht. So ist das nicht gemeint. Die Übersicht soll nach den Anträgen sofort ins Werk gesetzt werden, ohne Verzug.

Die Sache ist auch immer so aufgefasst worden, auch von den Ämtern, bei welchen schon Berichte laufen, welche sich auf die Vorkehrungen im Jahre 1892 beziehen, davon lässt sich nichts aufschieben und wenn Sie die Idee haben, Ihre Position zu festigen und mit Entschiedenheit zu vertreten, dann dürfen Sie hier keinen Verzug eintreten lassen, im Interesse der Gemeinde. Daher ist die Frage nach einer Frist ganz nebensächlich in dieser Action. Nach dem Programme, wie es hier dargestellt ist, kann es überhaupt nicht aufgeschoben werden, denn wenn Sie drei Monate warten, so können Sie das Programm für 1892 gar nicht mehr erfüllen, daher muss ich bitten — und ich habe mir nur deshalb das Wort erbeten — damit ich dem Herrn Redner Gelegenheit gebe, zu antworten, damit nicht am Schlusse der Debatte dann Äußerungen kommen, die er vielleicht berichtigt, ich möchte also bitten, dass der Herr Redner davon Kenntnis nehme, dass die Sache nicht so gedacht ist, dass an die Ausführung des Projectes geschritten wird, wenn heute oder morgen der Gemeinderath einen Beschluss gefasst hat, und dass das auch allen Ernstes so gemeint ist, und dass eine Äußerung, wie sie hier vom letzten Herrn Redner gefallen ist — „denn wir werden ja doch die Gaswerke nicht bauen" — in den Intentionen des Stadtrathes und des Referenten nicht gelegen ist. (Zustimmung.) Die Entschiedenheit ist eine vollkommene. (Beifall.) Es handelt sich aber darum, diese Frage mit kalter Überlegung zu entscheiden, und das Vorgehen der Engländer ist dabei für mich ganz gleichgiltig, derartige geschäftliche Dinge werden erwogen mit ruhiger Überlegung und entschieden nach reiflicher Überlegung. Es ist ganz gleichgiltig, ob die Gegner etwa Anlass gegeben haben, einmal aufgeregt zu werden. Auf diese Weise kann man geschäftliche Agenden und die Verwaltung einer Stadt nicht führen.

Niemand in der Versammlung weiß, ob das Begehren der Stadt Wien, dass diese Schätzung vorgenommen werde, auf Grund des § 4 des Vertrages abgelehnt wird; das weiß niemand. Man soll uns aber nicht nachsagen, daß wir ohne Überlegung hineingesprungen sind in eine Unternehmung, welche ja gewiss ihre Schwierigkeiten in der Durchführung haben wird. Darüber täuschen wir uns auch nicht, aber der Weg ist klar vorgezeichnet: es soll diese informatorische Schätzung stattfinden; wenn die englische Gesellschaft dieselbe nach Maßgabe des Vertrages ermöglicht, umso besser. Der Gemeinderath wird die Grundlagen für seine Entschließung haben, aber nach meinem Erachten wird er nie davon abgehen, die Position, die er heute hat, auch nur um einen Beistrich aufzugeben und seine Position verschlechtern zu lassen; das müsste eintreten, wenn er heute von der Durchführung des Programmes abstehen würde, das darf nicht sein.

Und was eine Einschränkung des Programmes betrifft, so bitte ich Sie: Vermeiden Sie jeden Schritt, welcher auch nur den falschen Schein erwecken könnte, als sei es Ihnen nur um den Schein und nicht um die Wirklichkeit, nicht um einen entschiedenen Entschluss zu thun. (Beifall.)

Und in diesem Sinne bitte ich Sie auch, mögen die Anschauungen auch getheilt und verschiedenartig sein, mit Rücksicht auf die Öffentlichkeit sich jene Reserve aufzuerlegen, die wir uns schließlich alle auferlegen müssen. Es ist nicht nothwendig, dass wir den Leuten Waffen in die Hand geben; sie werden schon ihre Waffen selbst benützen. Wir haben die Interessen der Gemeinde zu vertreten und lediglich davon auszugehen, dass wir nach Klarstellung der Sachlage den Gemeinderath in die Lage versetzen müssen, seinen Entschluss zum Vortheile und im Interesse der Gemeinde und der Bevölkerung zu fassen. (Beifall.)

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Ich muss die Debatte abbrechen, weil wir dringende Referate zu erledigen haben.

Gem.-Rath Dr. Nechansky: Ich bitte um das Wort zu einer thatsächlichen Berichtigung.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Das nächstemal. Ich habe schon abgebrochen.

Gem.-Rath Dr. Nechansky: Ich kann ja das nicht unbeantwortet lassen. (Widerspruch und lebhafte Unruhe.) Ich werde ganz kurz sein.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Ich bitte zu sprechen! (Widerspruch links.) Zu einer persönlichen Bemerkung muss ich das Wort geben; das werden mir die Herren zugestehen.

Gem.-Rath Dr. Nechansky: Nachdem mir Tactlosigkeit vorgeworfen wurde, habe ich das Recht, mich dagegen zu wehren, und das geschieht in der Form, dass ich erkläre, dass ich offenbar missverstanden worden bin. (Widerspruch.) Ich bitte, meine Herren, betrachten Sie mich als einen, der vielleicht für die Gasgesellschaft spricht? (Rufe links: Ja wohl!) Das können Sie nicht thun, weil ich ausdrücklich gesagt habe, dass wir mit Muth und Consequenz und mit Festigkeit den einmal betretenen Weg weiterschreiten müssen. Ich habe nur das eine gesagt: Es sind zwei Wege, entweder Erfüllung des Vertrages . . . . (Unruhe.) Ich begnüge mich also mit der Erklärung, dass es mir ganz ferne gelegen ist . . . . (Lebhafte Unruhe. Gem.-Rath Gregorig: Gleiches Recht für alle! — Vice-Bürgermeister Dr. Borschke: Es ist eine persönliche Berichtigung. — Rufe rechts: Ausreden lassen! — Gem.-Rath Gregorig: Das wird uns nie gestattet! — Vice-Bürgermeister Dr. Borschke: Der Herr Gemeinderath will nur eine Erklärung abgeben.) . . . . dass es mir ganz ferne gelegen ist, eine Position der Gemeinde in irgendwelcher Weise abzuschwächen, sondern dass ich nur auf die Eventualitäten gewiesen habe, welche sich aus dem ganzen Verlaufe der Dinge ergeben können. Ich bin auch dafür, dass diese Schritte mit Ernst unternommen und mit Consequenz durchgeführt werden. Das habe ich auch erklärt.

22. Referent Gem.-Rath Wurm: Zahl 2162, Beilage 69. Es handelt sich hier um die Baulinienbestimmung für die Weinhauserstraße und Rötzergasse im XVII. Bezirke. Die Baulinien dieser Straßen waren schon seinerzeit ministeriell bestimmt, jedoch ist von einer Seite eine Abänderung gewünscht und der Antrag gestellt worden, diese Linie anders zu ziehen; sowohl diese abgeänderte Linie, als auch die Linien, welche seinerzeit bestimmt worden, sind nicht durchzuführen, denn beide Linien kommen dem eingewölbten Alsbache zu nahe. — (Lebhafte Unruhe.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (den Vorsitz übernehmend): Ich bitte um etwas Ruhe; der Herr Referent kann sich nicht verständlich machen.

Referent (fortfahrend): Es ist also nothwendig, eine Baulinienbestimmung vorzunehmen, welche soweit vom eingewölbten Alsbache entfernt bleibt, dass eben die neu zu erbauenden Gebäude nicht beschädigt werden; es ist eine Entfernung von mindestens 3 m vom eingewölbten Alsbach nothwendig. Mit Rücksicht darauf

lassen sich nun die Baulinien bestimmen, welche auch in ökonomischer Beziehung das Interesse der Gemeinde Wien weit mehr wahren, als die ursprünglich bestimmten Baulinien. Nach diesen wäre es nämlich nothwendig gewesen, dass ganz kolossale Grundflächen seitens der Gemeinde eingelöst würden; das Haus 78 in in der Hauptstraße, dann die Häuser 1, 3, 5 sind größtentheils in die Straße fallend, und wären daher von der Gemeinde einzulösen. Nach der nun vorgeschlagenen Baulinienbestimmung werden von den Häusern ungerader Zahl in der Weinhauserstraße ein nur verhältnismäßig kleiner Streifen einzulösen sein, während von der gegenüberliegenden Seite von den Häusern mit gerader Numerierung das Einzulösende und Abzutretende sich gegenseitig compensiert; es wird also von der Straße circa ebensoviel zu verbauen sein, als andererseits von den Bauflächen abzulösen ist.

In der Weinhauserstraße, in dem Theile über die Rötzergasse, war nun seinerzeit die Baulinie auf der einen Seite mit ungeraden Nummern bestimmt, während auf der Seite mit geraden Nummern eine Baulinienbestimmung nicht stattgefunden hat. Für diese Strecke muss die Baulinie ganz gewiss neu bestimmt werden. Die Weinhauserstraße hat im weiteren Verlaufe eine Breite von 8°, es ist also ganz angezeigt, wenn diese Breite bis zur Rötzergasse beibehalten und die Baulinie auf der Seite mit geraden Nummern parallel der Seite mit ungeraden Nummern in einer Breite von 8° bestimmt wird. Dadurch wird die Baulinie für die Häuser 10, 12 und 14 der Weinhauserstraße gegeben. Um eine Überleitung in die Rötzergasse zu finden, ist die Ecke Weinhauserstraße und Rötzergasse abzustumpfen, und zwar durch eine 11 m lange Linie. Der Theil der Weinhauserstraße, welcher zwischen der Rötzergasse und dem Elterleinplatze liegt, wird am besten dadurch bestimmt, wenn dieselbe Breite beibehalten wird, welche die Rötzergasse im weiteren Verlaufe hat. Diese Breite beträgt 10°. Wenn man nun den Schnittpunkt der Häuser 23 und 25 in der Rötzergasse und den Schnittpunkt der Häuser 6 und 7 des Elterleinplatzes annimmt und von diesem Fixpunkte die Parallele zieht in der Entfernung von 10°, so werden auch für diesen Theil der Weinhauserstraße die Baulinien in zweckmäßiger Weise bestimmt sein. Es wird wieder gut sein, die Ecke an der Rötzergasse und Weinhauserstraße abzustumpfen, um die Überleitung des weiteren Theiles der Rötzergasse in den schmäleren Theil zu vermitteln. Ebenso wird es zweckmäßig sein, die Ecke zur Hernalser Hauptstraße und Weinhauserstraße vom Elterleinplatz abzustumpfen, um das Einfahren von der Weinhauserstraße in die Hernalser Hauptstraße bequemer zu gestalten.

Gegen diese Baulinienänderung wurde von den Eigenthümern der Häuser Hernalser Hauptstraße 80 und Elterleinplatz 7 Einwendungen gemacht, selbstverständlich darum, weil sie der enormen Vortheile, welche sie durch die frühere Baulinienbestimmung genossen hätten, verlustig werden. Das sind aber nur Vortheile, welche auf Kosten der Gemeinde möglich gewesen wären.

Demzufolge stellt der Stadtrath folgende Anträge (liest):

1. Für die Weinhauserstraße zwischen der Karl- und Rötzergasse eine Breite von 15·17 m und für die Häuser Nr. 10 und 16 die Linie s q sammt einer 11·00 m langen Abkappung q g an der Ecke der Rötzergasse.

2. Für die Weinhauserstraße von der Rötzergasse bis zur Hauptstraße eine Breite von 18·96 m und die Linien p z und m n n', welche derartig parallel gezogen werden, dass der Punkt p als Grenze der Realitäten Nr. 7 Weinhauserstraße und Nr. 25 Rötzergasse und der Punkt n Durchschnittspunkt der Grenzlinie der Häuser Nr. 6 und 7 Elterleinplatz mit der gegenwärtigen Baufluchte dieser Häuser als Fixpunkte zu gelten haben.

3. Für die 6 m lange Abkappung an der zweiten Ecke der Rötzergasse die Linie m l und für die Verlängerung der Rötzergasse die Linie f l.

4. Für die Hernalser Hauptstraße bis zum Elterleinplatze unter Beibehaltung der Straßenbreite von 15·17 m die Linie c y und für die 4·00 m lange Abkappung an der Ecke des Hauses Hernalser Hauptstraße Nr. 78 die Linie y z.

Ich bitte, diese Anträge anzunehmen.

Gem.-Rath Brauneiß: Ich fordere den Herrn Vorsitzenden auf, die gegen den Gem.-Rath Steiner erhobene Beschuldigung zurückzunehmen. (Gem.-Rath Frauenberger: Hören S' auf, das ist ja blöd! — Lebhafte Unruhe links.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Der Herr Gem.-Rath Eigner hat das Wort.

Gem.-Rath Eigner: Ich bitte den Herrn Referenten um die Auskunft, ob auch bei dem Punkte a die Entfernung 3 m beträgt.

Referent: Jawohl! Es ist vom Stadtbauamte eine ganz genaue Aufnahme des Alsbaches gemacht und constatiert worden, dass keiner der Punkte, weder der Punkt p noch n' näher als 3 m gelegen ist.

Gem.-Rath Eigner: Nach dieser Zeichnung hier sieht es so aus, wie wenn dieser Punkt nicht einmal 60 cm entfernt wäre.

Referent: Die Entfernung beträgt ganz gewiss 3 m.

Gem.-Rath Eigner: Wenn ich hier die Baulinie ansehe, so sieht es bei dem Punkte n so aus, wie wenn die Entfernung noch mehr als 3 m wäre. Bei dem Punkte p ist also die Zeichnung schlecht, oder es ist in Natur wirklich so.

Dann muss ich weiter erwähnen, dass noch in einem Punkte die Pläne nicht ganz richtig gezeichnet sind. Das entgegengesetzte Haus, welches dem Amon gehört, sieht so aus, als ob das mehrere Parcellen wären; das täuscht denjenigen, der die Verhältnisse nicht kennt.

Ich möchte den Herrn Referenten auch fragen, was mit dem Amon'schen Hause geschieht, wenn das bewilligt wird. Das ist das Haus Nr. 2 und das anstoßende Nr. 6. Diese zwei Häuser haben zwei Eigenthümer. Wenn die Baulinie heute bestimmt wird, ist dieser Amon vollständig lahmgelegt; er müsste höchstens das anstoßende Haus Nr. 6 dazukaufen, anders ist es nicht möglich. Dann will ich auch noch weiter wegen dieser Abkappung etwas anführen. Es sind das 11 und 6 m; ob das in natura auch so schön aussehen wird, wie es hier ist, weiß ich nicht, denn die Rötzergasse, die hier nur 8 m Breite hat, hat in der Verlängerung 12° (Referent: 10°!) und die wird auch befahren werden.

Ich will also nur sagen, dass die Sache in diesem Plane nicht vollständig richtig dargestellt ist, so dass man sich daraus nicht genau orientieren kann.

Referent: Ich will nur erklären, dass ja die Nummern eingezeichnet sind, nämlich Nr. 2, 4 und 6. Allerdings sind beim Hektographieren die Trennungslinien undeutlich geworden und auf manchen Plänen vielleicht ganz verschwunden, aber, weil die Orientierungsnummern eingezeichnet sind, so ergibt sich daraus, dass es

sich wirklich um mehrere Parcellen handelt. Wenn da umgebaut werden soll, so können die Häuser Nr. 4 und 6 umgebaut werden und auch vom Hause Nr. 2 ein großer Theil, während nur ein ganz kleines Stück vorläufig liegen bleiben muss, bis das Haus Nr. 6 umgebaut ist; so etwas kommt ja oft vor. Ich bitte aber, die frühere Baulinie zu betrachten, da hätten Sie eine ganze Reihe Häuser entweder einlösen müssen, oder sie hätten vorläufig liegen bleiben müssen, bis sich ein großer Unternehmer findet, der alles zusammenkauft und endlich die abzutrennende Fläche von der Commune sich ablösen lässt. Was ökonomischer ist, ist ganz klar. Gewiss ist es nicht ökonomisch, wo es nicht dringend nothwendig ist, große Straßenflächen einzulösen.

Gem.-Rath Purscht: Ich erlaube mir an den Herrn Referenten die Anfrage: Die Straßenbreite der Weinhauserstraße ist 17 m. (Referent: Acht Klafter!) Die eine Straßenbreite soll mit 18·96 m beantragt werden. (Referent: In Übereinstimmung mit der Rötzergasse.) Ich bitte, die Weinhauserstraße geht parallel mit diesem Stück, folglich ist das überflüssig. 18·96 m ist nach meiner Anschauung viel zu breit. Man hat ja letzthin schon davon gesprochen, dass eine so übermäßige Breite der Straße nicht nothwendig ist und nachdem in der Weinhauserstraße nur 15 m Breite sind, empfehle ich Ihnen, dass man hier 18 m nimmt und ich glaube, das wird vollständig genügen. Ich beantrage daher, die Straße mit 18 m zu bestimmen.

Referent: Allerdings ist auch dieser Theil als Weinhauserstraße bezeichnet, aber jedenfalls geht der große Verkehrszug durch die Alsbachstraße über den Elterleinplatz und im weiteren Verlaufe durch diesen Theil der Weinhauserstraße in die Rötzergasse, dann wieder auf einen Platz und an der Als fort. Dieser große Verkehrszug ist in seinem ganzen Verlaufe nirgends schmäler als zehn Klafter und darum wäre es sehr bedauerlich, wenn man gerade hier bei der Einfahrt vom Elterleinplatz eine Verengung machen würde. Es ist auch nicht ausgeschlossen, dass nicht durch diese Gasse einmal eine elektrische Bahn oder Dampftramway geführt werden wird, weil dieser Theil von der Rötzergasse abwärts jedenfalls für eine solche Anlage in Aussicht genommen ist. Es ist auch die General-Inspection der Eisenbahnen gefragt worden und sie hat in einer Zuschrift erklärt, dass sie die Breite von zehn Klaftern acceptiert und, mit einem Worte, dieselbe für ihre Pläne für hinreichend hält.

Gem.-Rath Purscht: Ich glaube, diese Straßenbreite genügt ja vorderhand; die Weinhauserstraße ist eine ganz neue Gasse, es sind lauter neue Häuser dort, die Straße ist auf 15 m berechnet, und hier will man für ein kleines Stück derselben 18·96 m haben! Ich gehe ja vollkommen auf die Ansicht des Herrn Referenten ein und sage, dieses Stück soll etwas breiter sein, aber die 0·96 m spielen da keine Rolle, und daher beantrage ich und bitte auch den Herrn Referenten, für diesen Antrag zu stimmen, dass die Straßenbreite mit 18 m bestimmt wird. Es genügt dies vollkommen.

Gem.-Rath Gregorig: Meine Herren! Es ist wirklich zu verwundern, was uns der Herr Referent hier erzählt! Soeben erfahre ich aus seinem Munde, es sei dort eine elektrische Bahn geplant und zwar in nächster Zeit! Das hat der Herr Referent gesagt. Nun liegt mir zuhause ein anderer Plan, auch vom Stadtrath, vor, und, zwar für die Verlängerung der Rötzergasse, und dort will man die Gasse acht Klafter breit machen. Ich bin also neugierig, wie der Herr Referent durch die Fortsetzung bei acht Klafter Breite die elektrische Bahn führen wird!

Sie sehen wie die Sache im Zusammenhange steht, welcher Kohl uns geboten wird, den wir glauben sollen. Sehen Sie den Plan an. Der Gemeinderath soll nach einem solchen Plane seine Entscheidung treffen, es ist geradezu empörend, wenn man das sieht. Man muss überhaupt die Vorgeschichte dieser Straßenverengerung ein bisschen kennen, wie sie mir durch einen Bekannten mitgetheilt wurde. Ich kenne denjenigen, welcher den Plan und die ganze Geschichte verfasst hat, ich will aber nicht weiter loslegen, sonst würden wir zu manchen Sachen kommen. Aber es zeigt nur, was unser Stadtrath uns vormacht. Dieser Referent sagt, es sind drei Meter bis zum Alsbache. Nach den vorliegenden Zeichnungen, wie auch Herr College Eigner meint, sind es aber höchstens 60 cm. Nun bitte ich, den Punkt m zu berücksichtigen, dort geht die Grundmauer des Hauses direct an den Canal hinan, und da sagt man, es sei gefahrlos. Einer solchen Sache können wir nicht zustimmen und wenn der Herr Referent auf einen von uns sagt, er travestiert den Wallenstein, so müssen wir uns das gefallen lassen. Ich werde ihm aber auch eine Travestie sagen und einen antisemitischen Dichter citieren. Er sagt: „Es sind andere Zeiten gekommen", ich travestiere das so: „Den Stadtrath habe ich durchschaut, nur eins hat mich wundergenommen, dass man euch je getraut."

Referent: Ich will nur bemerken, dass der Herr Vorredner nicht informiert ist, wie die Straßen draußen laufen. Die Rötzergasse geht vom Elterleinplatz, wenn dieses Stück 18·96 m breit ist, bis auf den großen Platz in einer Breite von 10 m fort. Über diesen Platz geht der Alserbach und dort ist der Platz, wo eine elektrische Bahn oder eine andere Bahnanlage gemacht wird. Die acht Klafter breite Strecke der Rötzergasse ist über diesem Platze drüben und kommt nicht in Betracht, wenn eine Bahnanlage gemacht wird. Was die Buchstaben anbelangt, so scheint sich der Herr Vorredner zu irren. Punkt p ist nach meiner Zeichnung ein Fünftel soweit entfernt als die Rötzergasse unten breit ist. Die Rötzergasse ist unten 15 m breit, also ist in dieser Zeichnung eine Breite von 3 m herauszufinden und der Punkt m' ist noch weiter entfernt, also es ist gar nirgends ein Punkt, welcher in der Zeichnung einpunktiert ist, angrenzend. Er muss einfach die Punkte verwechseln oder die Buchstaben nicht richtig gelesen haben.

Gem.-Rath v. Stummer: Ich bin sonst ganz einverstanden, nur möchte ich beantragen, dass das Eck am Elterleinplatz — y z in einer Länge von 6 bis 8 m — abgestumpft werde und dass diese Linie derart gemacht werde, dass die Verlängerung derselben auf n' zugeht.

Bezirksvorsteher Helbling: Erlauben Sie mir, meine geehrten Herren, einige Aufklärungen zu geben. Ich kenne die Verhältnisse ganz genau. Wenn Sie auf der linken Seite den Plan gegen den Elterleinplatz ansehen, werden Sie finden, dass nach der vom Ministerium genehmigten früheren Baulinie ein ungeheuer großer Platz einzulösen sei, welcher der Gemeinde Wien mehr als 40.000 fl. kostet. Es steht um die Ecke ein altes Gebäude. Dieses alte Gebäude an der Ecke der Hernalser- und Weinhauserstraße, welches um circa 33.000 fl. angekauft ist, würde nach dieser Baulinie vollständig wegkommen. Dieses Haus müsste eingelöst werden. Es sind einige Bauplätze bis gegen die Rötzergasse. Infolge dessen ist die Baulinie geändert worden, um den Bau dieses

Hauses zu ermöglichen und diese Grundeinlösungskosten zu ersparen. Auf der anderen Seite vis-à-vis rechts ist ein Gebäude einzulösen.

Dieses Gebäude hier ist, wie schon Gem.-Rath Eigner erwähnt hat, ein sehr schmales, und wenn es zum Umbaue kommt, dann muss es mit dem Nebengebäude verschmolzen werden. Es ist auch hier bei dieser Gasse eine Verengerung. Die Breite, wie sie vom Ministerium bewilligt wurde, ist nicht nothwendig, was dadurch klargelegt ist, dass seinerzeit die Rötzergasse eine directe Verbindung mit der Kirchengasse erhalten wird. Es steht dem heute nur ein ebenerdiges Haus im Wege. Wenn dieses eingelöst wird, was keine großen Kosten verursachen würde, so haben Sie eine directe Verbindung von der Kirchengasse und eine Abzweigung vom Elterleinplatz geschaffen. Darum ist es ganz gut, nicht unnöthigerweise Grund wegzugeben, wenn nicht aus Gründen des öffentlichen Verkehrs dies geboten erscheint; hier ist es nicht nothwendig. Die Rötzergasse hat hier nur eine Breite von 15·17 m und gegenwärtig wird die Fortsetzung der Rötzergasse bei der Ausmündung in die Alsbachstraße mit 18·96 m, somit um 3 m breiter beantragt. Das ist kein Hindernis, weil 3 m zu beiden Seiten vorhanden sind.

Ich würde daher den löblichen Gemeinderath bitten, die Einlösung zum Baue zu ermöglichen, damit die Regulierung dort einmal vorgenommen werden kann. Ich bitte, den Referenten-Antrag zu genehmigen.

Gem.-Rath Eigner: In erster Linie will ich constatieren, dass das Haus Nr. 4, nämlich in der Weinhauserstraße, nicht zum Hause Nr. 1 und 2 gehört, sondern ein selbständiges Haus ist, das mit dem Vorderhause gar keine Beziehung hat. Zweitens erlaube ich mir den Referenten zu fragen, wo überhaupt diese Baulinie am Elterleinplatz beginnt, wie viel Fenster Gassenfront das Gebäude beim Ecke des Kandel-Hauses erhalten soll? (Rufe: Was weiß der Referent vom Kandel-Hause?!) Ich bitte, ich werde es dem Herrn Referenten sagen. Das Haus Nr. 5 am Elterleinplatz ist herausgebaut aus der Baulinie und das Haus Nr. 6 steht hinter der Baulinie zurück und kreuzt die neue Baulinie an der Grenze zwischen dem Hause Nr. 6 und 1. Nach dieser Zeichnung hier scheint es aber nicht so zu sein. (Rufe: 6 und 7!)

Referent: Ich habe schon erwähnt, dass das Haus Nr. 7 zweckmäßig nur dann umgebaut werden kann, wenn es im Vereine mit Haus Nr. 6 umgebaut wird.

Gem.-Rath Eigner: Um das frage ich nicht. Ich frage, wenn man die Baulinie vom Hause Nr. 6 und 7 verlängert, wie es sich dann mit der neuen Baulinie verhält?

Referent: Die Baulinie beginnt beim Punkt N′ und M N′ ist die Baulinie für die Weinhauserstraße.

Gem.-Rath Eigner: Das weiß ich schon. Ich meine nur, ob diese neue Baulinie am Ecke des Elterleinplatzes und der Weinhauser Hauptstraße beginnt. Nach dieser Zeichnung müssen die zwei alten Häuser Nr. 6 und 7 zusammenstoßen.

Referent: Punkt N ist bloß ein Fixpunkt, aber N′ ist die Ecke.

Gem.-Rath Eigner: Ja, von der alten Baulinie. (Gem.-Rath Dr. Lueger: Nein, von der neuen!)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte um Ruhe!

Gem.-Rath Eigner: Der Plan ist eine vollständige Null. Das ist eine Irreführung. Wenn mir ein Zeichner einen solchen Plan macht, so schmeiße ich ihn hinaus! (Heiterkeit links.) Er ist nicht einmal Bauplanpraktikant.

Ich möchte den Herrn Referenten noch fragen, wie er sich die Verbauung dieser Häuser denkt, wie er sich diese Tracte vorstellt, wenn ein Nachbar einen Seitentract hinstellt.

Referent: Ich glaube, der Herr Vorredner hat gefragt, wie die Häuser Nr. 78 Elterleinplatz und Nr. 1, 5, 7 Rötzergasse verbaut werden sollen.

Gem.-Rath Eigner: Ich habe um diese neue Baulinie gefragt. Es handelt sich um die Nummern 1, 5, 7 und darum, was geschieht, wenn hier ein Seitentract gebaut würde.

Referent: Das sind Häuser, welche eine Tiefe von 14 bis 13 m haben. Solche Sachen kommen oft vor, es gibt ganze Gassen, welche durch Häusercomplexe mit einer solchen Tiefe gezogen werden. Ich weise nur auf die Buchholzgasse hin, wo die Tiefe 10 m beträgt. Hier sind Häuser mit 13 m Tiefe, da macht man rückwärts einen halben oder einen Viertteltract.

Gem.-Rath Eigner: Ich weise auf die Favoritenstraße gegenüber dem „Hotel Victoria" hin, wo ein Haus steht, welches nur ein Fenster hat. Ich würde die Herren Referenten ersuchen, bevor sie an den Referententisch kommen, sich einen Wagen zu nehmen und sich an Ort und Stelle die Sachen genau anzusehen, weil sie dann genau informiert sind und die Fragen beantworten können, die man an sie stellt.

Ich glaubte, der Herr Referent wird mir sagen können, wie ein Haus bei einer Tiefe von zwölf Meter gebaut werden kann, ob nun ganze Tracte, halbe, Viertteltracte u. s. w. gebaut werden.

Gem.-Rath Müller: Ich habe bereits im Stadtrathe den Antrag gestellt, dass die Straße, welche hier mit 18·96 m cotiert ist, mit 18 m zu cotieren und zu bestimmen sei, und zwar derart, dass die rechtsseitige Baulinie M N N′ beizubehalten ist und von ihr parallel auf der linken Seite die Baulinie in einer Entfernung von 18 m zu fixieren ist. Ich war der Überzeugung und bin es noch immer, dass diese Straße die Verbindunglinie zwischen dem Elterleinplatze und der Rötzergasse deshalb mit 22·76 m bestimmt war, weil man den ganzen Verkehr in diese Straße hat leiten wollen. Man war der Ansicht, dass die Tramway hier hineingelegt wird. Das ist nicht der Fall. Die Tramway hat ihre Verbindung durch die Hernalser Hauptstraße nach Dornbach gefunden. Es ist daher diese Verbindungsstraße nur secundärer Natur. Die Hauptverbindung wird von der Rötzergasse zur Stadt wieder durch die Rötzergasse gehen, wenn dieselbe eröffnet ist. Die Rötzergasse hat nicht überall die Breite, wie sie hier cotiert ist, sondern nach rechts gegen die Stadt eine solche von 15·17 m, gegen die Comeniusgasse eine Breite von ebenfalls 15·17 m. Das beweist, dass dieser Straße nicht der Charakter einer eminenten Straße beigelegt ist. Bezüglich der Häuser 6 und 7 möchte ich bemerken, dass diese Häuser separat, unter Beibehaltung welcher vorgeschlagenen Baulinie immer, als selbständig nicht zu verbauen sind. Es ist beim Bau das eine Haus auf das andere angewiesen. Das Haus Nr. 6 muss das Haus Nr. 7 erwerben oder umgekehrt. Es wird aus beiden Häusern eine große Realität werden, welche nunmehr ihre kleinere Front gegen den Elterleinplatz und ihre größere Front gegen die Verbindungsstraße haben wird. Die Trace des Alsbaches ist derart gelegen, dass eine derartige Verschiebung auf 18 m noch vollkommen im Rahmen einer richtigen Verbauung respective Fundierung gelegen ist. Wenn man die Baulinie auf 18 m verengt,

so muss seitens der Gemeinde seinerzeit eine Ablösung stattfinden, weil die jetzige Front an die Gasse grenzt. Diese 18·96 m stammen daher, dass früher eine Breite von 8, 9, 10° fixiert war. Das ist eine Übertragung von Klaftern in Meter.

Das hat meiner Ansicht nach gar keine Berechtigung, und ich habe schon einmal gesagt, man solle die Decimalen weglassen. Es soll heißen 18, 19 m ohne Decimalen. Wenn einer nicht auf die Umwandlung von Klaftern in Meter eingeschult ist, wird er fragen warum 18·96 m; nur wer diese Übertragung gewohnt ist, wird es begreifen. Man soll also diesen Anhang von Decimalen weglassen.

Nachdem ich die Überzeugung habe, dass die Straße eine vollkommen genügende Breite mit 18 m hat, stelle ich den Antrag, es sei die Baulinie derart zu bestimmen, dass bei Festhaltung der Baulinien m n n' die Straßenbreite mit 18 m zu fixieren ist.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Referent hat das Schlusswort.

Referent (zum Schlusswort): Man lernt nie aus. Ich bin sehr überrascht, dass ich heute bei dieser Debatte gefragt wurde, wie man Häuser mit einer Tiefe von 13 bis 14 m verbaut. Ich bin sehr gerne bereit, dem Herrn Collegen privatim darüber meine Meinung auszusprechen, wenn er Wert darauf legt, aber dass ich in öffentlicher Sitzung eine Abhandlung darüber halte, ist wohl überflüssig. Hauptsächlich habe ich mich dagegen zu wenden, dass diese Straße an der Einfahrt des Elterleinplatzes verengt werde. Die Rötzergasse hat in ihrem ganzen Verlauf bis zu diesem Platze, über welchen der Verkehr möglich ist, gegen den Alsbach zu eine Breite von 10°. Es wurde eigens die General-Inspection der Eisenbahnen gefragt, ob sie diese Verengung an der Einfahrt von 12 auf 10° gutheiße, und diese hat sich damit einverstanden erklärt; aber noch weiter herunterzugehen, eine Gasse — ich muss immer die Einfahrt als Rötzergasse betrachten — schmäler zu machen, als sie des Verkehres wegen im weiteren Verlaufe ist, ist höchst unzweckmäßig; daher möchte ich bitten, meinen, respective den Antrag des Stadtrathes aufrecht zu erhalten und die Einfahrt ebenfalls 10° breit zu machen, wie die Rötzergasse im weiteren Verlaufe ist. Bitte die Anträge anzunehmen.

Gem.-Rath Eigner (zur thatsächlichen Berichtigung): Ich muss dem Herrn Referenten nur einige Worte sagen. Der Herr Referent hat sich nämlich erlaubt zu bemerken, dass ich überhaupt eine Anfrage an ihn gerichtet habe, wie man das verbaut. Das ist ganz richtig, aber ich habe nur gemeint, wie man 11 oder 12 m Tiefe verbaut; darüber habe ich eine Äußerung haben wollen.

Der Herr Referent hat die Sache so hingestellt, als wenn ich das nicht verstehen würde. Wenn der Herr Referent von mir ein Project haben will, werde ich es vor seinen Augen entwerfen. Das Eckhaus des Amon wird aber noch lange stehen bleiben und die Gasse sehr verengern.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wir schreiten zur Abstimmung. Gegen die Punkte 1 und 3 ist eine Einwendung nicht erhoben worden. Gegen Punkt 2 ist ein Gegen-Antrag gestellt worden vom Herrn Gem.-Rath Pursch allgemeiner Natur, es sei die Breite der Gasse von der Rötzergasse bis zur Hauptstraße mit 18 m festzustellen. Gem.-Rath Müller hat ebenfalls die Breite mit 18 m beantragt, jedoch derart, dass von der Linie m n n' gemessen werde. Vielleicht will sich Herr Gem.-Rath Pursch diesem Antrage accomodieren, weil damit fixiert ist, von wo aus gemessen werden soll. Das würde eine gleichmäßige Vorrückung von beiden Seiten beinhalten. (Gem.-Rath Pursch accomodiert sich dem Antrage Müller.)

Referent: Diese Formulierung ist absolut unmöglich. Denn wenn man die Straße so schmal macht, so käme eine Ecke wirklich in den Alsbach hinein. Die Fixpunkte p und n' müssen bleiben.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Zu Punkt 4 ist ein Gegen-Antrag vom Herrn Gem.-Rath Stummer gestellt worden, dass eine Abkappung statt wie beantragt mit 4 m, mit 6 m anzubringen sei.

Ich bringe nun die einzelnen Punkte zur Abstimmung. Punkt 1. Ich ersuche jene Herren, welche diesem Punkte zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Bei Punkt 2 bringe ich den Antrag des Herrn Referenten zur Abstimmung, weil er die höhere Ziffer enthält. Ich ersuche jene Herren, welche diesem Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Zu Punkt 3 ist keine Einwendung gemacht worden. Ich ersuche die Herren, welche demselben zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Bei Punkt 4 bringe ich zuerst den Antrag Stummer zur Abstimmung, es sei eine Abkappung von 6 m Länge zu machen. Ich ersuche die Herren, welche diesem Gegen-Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause.) Angenommen.

Ich bringe nun den übrigen Inhalt des § 4 zur Abstimmung. Ich ersuche jene Herren, welche demselben zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Es wurde daher beschlossen:

1. Für die Weinhauserstraße zwischen der Karl- und Rötzergasse eine Breite von 15·17 m und für die Häuser Nr. 10 bis 16 die Linie s q sammt einer 11·00 m langen Abkappung q g an der Ecke der Rötzergasse.

2. Für die Weinhauserstraße von der Rötzergasse bis zur Hauptstraße eine Breite von 18·96 m und die Linien p z und m n n', welche derartig parallel gezogen werden, dass der Punkt p als Grenze der Realitäten Nr. 7 Weinhauserstraße und Nr. 25 Rötzergasse und der Punkt n Durchschnittspunkt der Grenzlinie der Häuser Nr. 6 und 7 Elterleinplatz mit der gegenwärtigen Bauflucht dieser Häuser als Fixpunkte zu gelten haben.

3. Für die 6 m lange Abkappung an der zweiten Ecke der Rötzergasse die Linie m l und für die Verlängerung der Rötzergasse die Linie f l.

4. Für die Hernalser Hauptstraße bis zum Elterleinplatze unter Beibehaltung der Straßenbreite von 15·17 m die Linie c y und für die 6·00 m lange Abkappung an der Ecke des Hauses Hernalser Hauptstraße Nr. 78 die Linie y z.

23. Referent Gem.-Rath Wurm: Nr. 1963. Rosa Peydl um Bewilligung zur Herstellung von Bauten unter erleichterten Bedingungen in Lainz. Es ist dies Beilage Nr. 65.

Diese Gründe, für welche die erleichterte Verbauung angesucht wird, liegen jenseits der Verbindungsbahn in Lainz, gegen St. Veit zu, und zwar an der Einsiedlergasse. Es ist in dieser Gegend noch nichts verbaut, die isolierte Lage berechtigt jedenfalls, die Erleichterungen zu gestatten, umsomehr als nach dem Parcellierungsconsens die Eigenthümer verpflichtet sind, dort Häuser zu bauen, welche vollkommen isoliert sind, kleine Familienhäuser. Für solche eignet sich jedenfalls die erleichterte Verbauung, welche nach den §§ 84 bis 87 der Bauordnung zulässig ist. Es ist nach diesen Paragraphen gestattet, 1 m breite Stiegen anzubringen, die Mauerstärke etwas geringer zu nehmen und Dachwohnungen einzurichten. Bei solchen Familienhäusern, die nicht höher als ein Stockwerk sind und vollkommen freistehen, ist es jedenfalls zweckmäßig, wenn auch der Dachkragen in entsprechender Weise benützt wird.

Der Stadtrath stellt demnach den Antrag, dass für dieses kleine abgegrenzte Gebiet die §§ 84 bis 87 der Bauordnung zur Anwendung kommen sollen. Die weiteren drei Paragraphe, welche auch Bauerleichterungen gestatten, sind in diesem Falle nicht anzuwenden, weil dieselben Bauerleichterungen für landwirtschaftliche Gebäude, Scheunen u. s. w. betreffen, welche bei Familienhäusern nicht anzuwenden sind. Der Antrag lautet (liest):

„Es seien die in den §§ 84 bis inclusive 87 der Wiener Bauordnung angeführten Erleichterungen von den Bestimmungen der Bauordnung für Wien bei den im Sinne des Parcellierungsconsenses der k. k. Bezirkshauptmannschaft Hietzing vom 13. October 1891, Z. 38162, auf den durch diese Parcellierung entstehenden Baustellen aufzuführenden, einzeln stehenden, kleinen Wohnhäusern für die Dauer der Jahre 1892 bis inclusive 1901 mit dem Vorbehalte im Sinne des § 83 der Wiener Bauordnung eintreten zu lassen, dass die Zugestehung dieser Erleichterungen innerhalb dieser Frist abgeändert oder wieder zurückgenommen und die Anwendung der allgemeinen Vorschriften der Bauordnung beschlossen werden kann."

Ich bitte, diesen Antrag anzunehmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? Angenommen.

Es wurde daher beschlossen:

Es seien die in den §§ 84 bis inclusive 87 der Wiener Bauordnung angeführten Erleichterungen von den Bestimmungen der Bauordnung für Wien bei den im Sinne des Parcellierungsconsenses der k. k. Bezirkshauptmannschaft Hietzing vom 13. October 1891, Z. 38162, auf den durch diese Parcellierung entstehenden Baustellen aufzuführenden, einzeln stehenden, kleinen Wohnhäusern für die Dauer der Jahre 1892 bis inclusive 1901 mit dem Vorbehalte im Sinne des § 83 der Wiener Bauordnung eintreten zu lassen, dass die Zugestehung dieser Erleichterungen innerhalb dieser Frist abgeändert oder wieder zurückgenommen und die Anwendung der allgemeinen Vorschriften der Bauordnung beschlossen werden kann.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich ersuche den Herrn Gem.-Rath Dr. Huber, zu referieren.

24. Referent Gem.-Rath Dr. Huber: Ich habe die Ehre, über die Adaptierung des Gemeindehauses in Gaudenzdorf zu einer Mädchenschule zu referieren. Die Verhältnisse liegen so, meine Herren! Bereits im Jahre 1888 wurde vom Bezirksschulrathe, welchem damals diese Vorortegemeinde unterstand, der Auftrag gegeben, der Calamität in Gaudenzdorf in Ansehung der Schulen abzuhelfen. In Gaudenzdorf war es nämlich der Fall, dass man, um den Kindern doch ihre Schulpflicht erfüllen zu lassen, zu einer Doppel-Volksschule eine sechste Classe errichtete, also gegen das Gesetz. Die Gemeinde hat nun wegen Mangel an Mitteln einen neuen Schulbau damals unterlassen. In letzterer Zeit wurde aber vom Herrn Gem.-Rathe Büsch der Antrag eingebracht, es sei eine Doppel-Bürgerschule für Knaben und Mädchen durch Adaptierung des Gemeindehauses zu errichten. Die Erhebungen hierüber ergaben Folgendes:

Das Bauamt sagt, dass die Adaptierung zugleich für eine Knaben- und Mädchen-Bürgerschule nicht angehe. Es ist nur eine einzige Stiege und es geht nicht an, dass Knaben und Mädchen über diese eine Stiege gehen, außerdem lassen sich aber auch separate Aborte für die Knaben nicht herstellen. Dazu kommt noch Folgendes:

Wenn man dieses Gemeindehaus zu einer Mädchenschule adaptiert, so wird die anstoßende Volksschule entlastet, indem einerseits die Mädchen von der sechsten Classe an nunmehr in die Bürgerschule kommen und man andererseits das Gymnasium im XII. Bezirke in der Ehrenfelsgasse vorzieht und dann durch weitere Ausschulung der näher gegen Meidling Wohnenden auch dort Unterkunft geschaffen wird. Die Schule, welche nun errichtet werden soll, hat fünf Classen, dazu kommt ein Zeichensaal, ein Directionszimmer, ein Lehrmittelzimmer und ein Conferenzzimmer. Die Kosten dieser Adaptierungen belaufen sich nach dem Voranschlage des Stadtbauamtes und der Buchhaltung auf 7014 fl. 13 kr. Weiters wird beantragt, die Schulbänke im Offertwege zu vergeben, die anderen Arbeiten aber durch die städtischen Contrahenten ausführen zu lassen.

Anbelangend nun die Frage wegen der Knaben-Bürgerschule, so ist zu erwähnen, dass infolge der Entlastung der anstoßenden Volksschule dort einige Classen der Bürgerschule untergebracht werden können, so dass wenigstens vorläufig dem dringendsten Bedürfnisse abgeholfen ist. Ich habe daher auch im Stadtrathe die Ansicht vertreten und bitte, dass der Gemeinderath nunmehr in Gemäßheit des Stadtraths-Beschlusses genehmige, es seien diese Adaptierungen um den erwähnten Kostenbetrag vorzunehmen und im Gemeindehause in Gaudenzdorf diese Mädchen-Bürgerschule zu errichten; in Ansehung der Knaben-Bürgerschule sei aber weiter abzuwarten, welche Vorschläge der Bezirksschulrath in dieser Hinsicht erstatten wird.

Ich habe nur noch zu bemerken, dass der Gegenstand höchst dringend ist, denn im zweiten Stocke dieses Gemeindehauses ist bis 1897 eine Reihe von Localitäten an den Postvorstand vermietet und weiters sind andere Localitäten an den ehemaligen Gemeindesecretär vermietet. Letzterer hat nun protokollarisch erklärt, dass er sich mit dem classenmäßigen Quartiergelde, er ist dem Bezirksamte im XII. Bezirke zugewiesen, begnüge, und infolge dessen die Localitäten räume und auch der Postvorstand ist bereit, ungeachtet des Vertrages, welchen die Postverwaltung hierüber geschlossen hat, mit Genehmigung der letzteren sein Quartier zu räumen, wenn ihm Localitäten im 1. Stocke überlassen werden. Solche

Localitäten sind noch vorhanden und es kann also auch das rechtzeitig geschehen. Ich bitte Sie also, dem Antrage des Stadtrathes Ihre Zustimmung zu geben.

Gem.-Rath Büsch: Meine Herren, ich bin sehr überrascht über den Beschluss des Stadtrathes, dass nur eine Mädchen-Bürgerschule in Gaudenzdorf errichtet werden soll. Wie der Herr Referent sagt, ist es dringend nothwendig, dass diese Bürgerschule eröffnet wird, und ebenso dringend nothwendig ist es auch, dass die Knaben-Bürgerschule eröffnet wird. Ich habe seinerzeit den Antrag gestellt, dass diese leeren Räume in eine Bürgerschule verwandelt werden sollen. Die Commission war kürzlich dort, und ich muss mich darüber beschweren, dass ich als Antragsteller nicht zugezogen wurde. Sonst wäre ich in der Lage gewesen, die Commission auf manche Übelstände aufmerksam zu machen, insbesondere in dem Punkte, dass es, wie es heißt, nicht möglich ist, die Aborte so herzustellen, wie eine Bürgerschule sie erfordert. Man sagt, dass es nicht gestattet ist, dass auf einer Treppe Knaben und Mädchen den Eingang haben. Gerade in der Volksschule ist aber die erste Classe der Mädchen in demselben Gange, in welchem die Knabenclassen sind. Es wären also von hier die Mädchenclassen dort hinüber zu versetzen, wo adaptiert wird und eine Knabenschule zu errichten.

Ich möchte daher den Antrag stellen und ich bitte, denselben anzunehmen, dass dieser Gegenstand an den Stadtrath zurückgeleitet werde, welcher nochmals Erhebungen pflegen lassen, respective alle Räumlichkeiten ins Auge fassen möge. Man wird gewiss daraufkommen, dass eine Knaben-Bürgerschule gleichzeitig mit einer Mädchen-Bürgerschule errichtet werden kann. Ich kann als Antragsteller für den Antrag des Stadtrathes, dass nur eine Mädchen-Bürgerschule errichtet werden soll, schon aus dem Grunde nicht stimmen, weil in der letzten Classe der Mädchen-Volksschule heute 43 Schülerinnen sind und in der 7. und 8. Classe nur 18 Schülerinnen, während bedeutend mehr Knaben aus der 5. Volksschulclasse den weiten Weg nach Meidling in die Bürgerschule machen müssen. In Meidling ist die 1. Bürgerschulclasse in drei Parallelclassen getheilt und jede hat 80 Schüler. Gaudenzdorf liefert 200 bis 300 Schüler hinüber. Es ist leicht einzusehen, dass für diesen Theil eine solche Bürgerschule dringend nothwendig ist.

Neu-Margarethen, welches sich immer mehr entwickelt, hat ebenfalls keine Bürgerschule und die betreffenden Schüler müssen auch nach Meidling oder Margarethen gehen. Auch aus Gaudenzdorf mussten seinerzeit die Schüler theilweise in Margarethen aus Gnade aufgenommen werden. Es wurde von Seite der Bezirkshauptmannschaft auf die Gemeinde Gaudenzdorf eine Pression ausgeübt, sie müsse eine Bürgerschule etablieren. Das war schon vor vier Jahren, und der gewesene Bürgermeister hat es nicht verstanden, eine solche Bürgerschule zu der Zeit, wo ihm die Mittel zur Hand waren, zu errichten. Er hat sich mit der Nachbargemeinde Sechshaus ins Einvernehmen gesetzt in dem Sinne, dass im Centrum eine Bürgerschule errichtet wird und zwar, dass auf der Gaudenzdorfer Seite die Mädchen-Bürgerschule, und auf der Sechshauser Seite die Knaben-Bürgerschule zu erbauen sei. Dies ist durch die Einverleibung zunichte geworden und so stehen wir heute in diesem Bezirke ohne Bürgerschule da. Ich bitte daher, meinen Antrag anzunehmen und den Gegenstand an den Stadtrath zurückzuleiten, damit nochmals erhoben werde, ob nicht die Zimmer der Volksschule für die Zwecke der Knaben-Bürgerschule verwendet werden können. Falls aber die Erhebungen ergeben sollten, dass die Schulräumlichkeiten sich für die Knaben-Bürgerschule durchaus nicht eignen, so sei zu beschließen, heuer einen Neubau für die Knaben-Bürgerschule zu errichten und gleichzeitig mit der Mädchen-Bürgerschule zu eröffnen. Also nur in diesem Falle, meine geehrten Herren, kann ich dafür sein, dass die Mädchen-Bürgerschule eröffnet werde, anderenfalls muss ich, trotzdem ich der Antragsteller bin, gegen den Antrag des Stadtrathes stimmen. (Bravo-Rufe links.)

Referent (zum Schlusswort): Ich bin überzeugt, dass es der Herr Collega sehr gut meint, sowohl mit den Schulkindern als überhaupt mit seinem Bezirke. Seine Wohlmeinung ist aber nicht geeignet, jenen Nutzen zu bringen, welchen er offenbar im Auge hat. Er meint, Gaudenzdorf bedarf einer Doppel-Bürgerschule. Ich gebe das zu; Gaudenzdorf bedarf einer Schule für Knaben und Mädchen. Der Gegenstand ist aber so dringender Natur, dass heute die Frage so liegt: Wollen Sie, dass die Kinder im nächsten Schuljahre ihre Schulpflicht in der Bürgerschule erfüllen, oder wollen Sie das nicht? Die Adaptierung ist bereits — ich möchte sagen, dringend nothwendig.

Sie muss schnellstens geschehen, damit bei Beginn des nächsten Schuljahres überhaupt die Localitäten für die Schule verwendet werden können. Sie bekommen eine Mädchen-Bi erschule, und damit ist für Mädchen zunächst gesorgt. Ich habe bereits in meinem Referat hervorgehoben, dass die anstoßenden Schulen entlastet werden und dadurch drei, vier Classen auch heute schon für Knaben als Bürgerschule verwendet werden können.

Dieser Zustand ist kein neuer. In Margarethen habe ich, da ich dort Obmann des Ortsschulrathes bin, ganz denselben Zustand gehabt, dass ich sozusagen eine Filiale am Bacherplatz hatte, bis die neue Bürgerschule in der Embelgasse eröffnet wurde. Das ist ganz zweckmäßig. Es muss vor allem gesorgt werden, dass die Kinder im nächsten Schuljahr unterkommen.

Neue Erhebungen! Ich bitte, die Acten anzusehen; die Erhebungen sind ganz vollständig. Wenn der Antragsteller dieser Commission nicht beigezogen wurde, ist das nicht Sache des Referenten, dieses Moment in Erwägung zu ziehen und zu beurtheilen. Das geschieht überhaupt nicht nach der heutigen Geschäftsordnung. (Widerspruch links.)

Ich bitte, das zu bedenken, das ist nicht Sache des Referenten. Ich muss mit dem Zustand rechnen, den ich heute habe, nicht mit dem Zustande, der von einzelnen, sei es mit Recht oder Unrecht, gewünscht wird. Es ist von unseren Organen und vom Bezirksschulrath ausdrücklich erklärt worden, und der Bezirksschulrath gibt die Bewilligung dazu nicht, dass in diesem Gemeindehause eine Bürgerschule für Knaben und Mädchen errichtet werde. Nun habe ich — verzeihen Sie es mir — einiges Vertrauen auf das Bauamt, Buchhaltung und Bezirksschulrath; wenn das alles der Antragsteller nicht hinnimmt, so ist das seine Sache; ich als Referent vertrete das, was mir actenmäßig bewiesen vorliegt. Der Herr Antragsteller braucht nur die Freundlichkeit haben und sich daselbst umzusehen, so wird er zu meiner Anschauung kommen.

Ich würde Sie daher bitten, weder auf das einzugehen, den Act zurückzuleiten, noch heute den Beschluss zu fassen auf Errichtung eines eigenen Bürgerschulgebäudes für Gaudenzdorf, denn die Frage der Errichtung eines neuen Gebäudes muss separat behandelt und studiert werden.

In Wien ist es Usus seit Jahren, dass in jedem Jahre einmal, insbesondere in der Frühjahrszeit, die ganzen Obmänner

aller Schulbezirke eingeladen werden und von ihnen gemeinschaftlich festgesetzt wird, welche Schulbauten im kommenden Jahre ausgeführt werden sollen.

Das ist heuer noch nicht geschehen. Sollte es der Fall sein, dass wirklich ein Neubau zu schaffen ist, so wird das in jenem Kreise wieder berathen werden; es kann ja dazukommen, aber heute ist diese Frage nicht zu erledigen, sie ist auch nicht spruchreif.

Ich bitte Sie daher, über die Anträge des Stadtrathes die Entscheidung zu treffen.

Gem.-Rath Dr. Lueger (zur Geschäftsordnung): Meine Herren! Nach § 20 der von Ihnen beschlossenen Geschäftsordnung muss, wenn über einen eingebrachten Antrag eine Augenschein-Commission vorgenommen wird, der betreffende Antragsteller jederzeit hiezu eingeladen werden. (Rufe: So ist es!) Wenn nun im vorliegenden Falle der Antragsteller nicht eingeladen worden ist, so liegt eine Verletzung der Geschäftsordnung jedenfalls vor, auf welche eventuell auch der Referent aufmerksam zu machen hat; auf eine Verletzung des Gesetzes zu achten, ist auch Sache des Referenten. Bei der Geringfügigkeit der Rechte, welche das Plenum des Gemeinderathes und der einzelne Gemeinderath genießt, ist es wohl nothwendig, die wenigen Brosamen, die vom Tische des Stadtrathes auf uns herabgefallen sind, die Rechte sorgfältig zu bewahren, und glaube ich, dass der Referent verpflichtet gewesen wäre, den Gemeinderath aufmerksam zu machen, dass im vorliegenden Falle die Geschäftsordnung verletzt worden ist.

Ich bitte den Herrn Vorsitzenden, diesbezüglich das Nöthige zu veranlassen, damit in Hinkunft der Gemeinderath immer zu solchen Commissionen herangezogen werde.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Sache ist mir nicht bekannt, aber es ist höchst wahrscheinlich, dass die Commission durch das Bezirksamt ausgeschrieben und abgehalten wurde, und da kann es allerdings stattfinden, dass die Vorschriften der Geschäftsordnung des Gemeinderathes nicht beobachtet werden, weil sie dort nicht bekannt sind. Es wird Sorge getragen werden, dass diese Vorschriften der Geschäftsordnung genau eingehalten werden.

Wir schreiten zur Abstimmung.

Gegen die Anträge des Referenten ist vom Herrn Gem.-Rath Büsch ein Vertagungs-Antrag gestellt worden, welcher lautet: Dieser Gegenstand sei an den Stadtrath zurückzuleiten, um nochmals zu erheben, ob nicht Schulzimmer der Volksschule zum Zwecke der Knaben-Bürgerschule verwendet werden können. Falls die Erhebungen ergeben sollten, dass die Schulräumlichkeiten sich für eine Knaben-Bürgerschule durchaus nicht eignen, so sei zu beschließen, einen Neubau für die Knaben-Bürgerschule heuer noch aufzuführen und gleichzeitig mit der Mädchen-Bürgerschule zu eröffnen.

Jene Herren, welche diesem Vertagungs-Antrage zustimmen, wollen die Hand erheben. (Nach einer Auszählung): Es sind 29 dafür; ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause): Der Antrag Büsch ist abgelehnt.

Ich bitte jene Herren, welche dem Antrage des Referenten zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Es wurde daher beschlossen:

Die vom Stadtbauamte und vom Magistrate beantragten, nach Räumung der erforderlichen Localitäten vorzunehmenden Adaptierungen im ehemaligen Gemeinde- und Armenhause in Gaudenzdorf, Schönbrunner Hauptstraße Nr. 39 und 41, zum Zwecke der Unterbringung einer Mädchen-Bürgerschule, sowie die erforderliche Kostensumme per 7014 fl. 13 kr. für Adaptierung und Einrichtung zu bewilligen und die Beträge nach dem Antrage der städtischen Buchhaltung auf die Rubriken XII 4 g. XLIII 2 und 4, zu überweisen und als Zuschusscredit zu diesen Rubriken zu genehmigen.

25. Referent Gem.-Rath Boschan: Ich habe die Ehre, über einen Zuschusscredit zur Ausgabs-Rubrik „Öffentliche Armenpflege" zu referieren.

Im vorigen Jahre war beim allgemeinen Versorgungsfonde der Abgang mit 370.181 fl. präliminiert. Bis 30. September v. J. war der Betrag von 350.000 fl. bereits ausgegeben, so dass nur mehr ein Rest von 20.181 fl. verfügbar war. Nach einer Wahrscheinlichkeits-Berechnung, welche die Buchhaltung aufgestellt hat, ist ein weiterer Betrag von 220.000 fl. nothwendig, um welchen Zuschusscredit angesucht werden muss. Über die Ursache dieser bedeutenden Überschreitung theilt die Buchhaltung Folgendes mit:

Dieses beträchtliche Mehrerfordernis gegenüber der budgetmäßig sichergestellten Dotation findet hauptsächlich darin seine Erklärung, dass die Eingänge der Haupt-Einnahms-Rubrik des allgemeinen Versorgungsfondes fast durchwegs gegenüber der betreffenden Präliminarposition zurückgeblieben sind. So dürfte sich nach einem vorliegenden neunmonatlichen Ergebnisse bei den Verlassenschafts-percenten ein Ausfall von 47.000 fl., bei der Verzehrungssteuer ein solcher von 25.000 fl., bei Strafen von 11.000 fl. u. s. w. ergeben. Dagegen sind die Ausgabs-Rubriken größtentheils aus Anlass der Vereinigung der Vororte bedeutend größer geworden, als präliminiert werden konnte. Die Betheiligung der Pfründner außerhalb des Armenbezirkes ist um 34.500 fl. höher, Erhaltungsbeiträge für die zur gänzlichen Versorgung geeigneten Pfründner um 35.000 fl. Nachdem die Beträge bereits ausgegeben sind und diesbezüglich eine Änderung nicht mehr stattfinden kann, bitte ich, den Antrag des Magistrates, der dahin geht, zur betreffenden Rubrik einen Zuschusscredit von 220.000 fl. auf Rechnung der disponiblen Cassabestände zu bewilligen, gefälligst zu genehmigen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wenn keine Einwendung erhoben wird (Zustimmung), ist dieser Antrag angenommen.

Es wurde daher beschlossen, zur Ausgabs-Rubrik XXXVII „Öffentliche Armenpflege", Post 1 b „Deckung des Abganges beim allgemeinen Versorgungsfonde durch bare Dotation aus den eigenen Geldern" einen Zuschusscredit in der Höhe von 220.000 fl. pro 1891 zu bewilligen.

26. Referent Gem.-Rath Meißl: St.-R.-Z. 2604. Es betrifft dies ein Ansuchen der Kleinkinderbewahranstalt in Kaisermühlen um eine Subvention. In der Eingabe wird bemerkt, dass bis zum 30. November 1891 36.565 Kinder vollständig verpflegt wurden, wovon 20 Freiplätze für Kinder armer, mit zahlreicher Familie gesegneter Eltern bestanden. Es stellt sich nun die dringende Nothwendigkeit heraus, 20 weitere Freiplätze zu schaffen. Die Anstalt ist eine wahre Wohlthat für die dortige arme Bevölkerung,

die ihre Kinder tagsüber in der Anstalt vollkommen verpflegt und beaufsichtigt weiß.

Der Bezirksschulinspector gibt das Gutachten dahin ab, dass diese Anstalt wirklich dem Bedürfnisse entspricht, dass sie musterhaft eingerichtet und geleitet ist und empfiehlt wärmstens, für die nichtschulpflichtigen Kinder nach Möglichkeit Vorsorge zu treffen, denn in Wien gebe es soviel unterstützungsbedürftige Armut, die Vermehrung der unentgeltlichen Plätze sei dringend wünschenswert. Von Seite der Bezirksvertretung, des Armenreferenten, des Bezirksschulrathes, ebenso vom Referenten des Magistrates Dr. Beczicza wird die Subvention von 1000 fl. bestens befürwortet mit dem Vorbehalte, dass dieselbe für 1893 widerrufen werden kann, wenn eine in den Verhältnissen oder dem Gebaren dieser Anstalt sich ergebende Veränderung Veranlassung dazu bietet. Der Betrag ist durch Rubrik XXXVIII gedeckt.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wenn keine Einwendung erhoben wird, erkläre ich den Antrag als angenommen.

Es wurde daher beschlossen, der Kleinkinder-Bewahranstalt in Kaisermühlen eine Subvention von je 1000 fl. pro 1892 und 1893 mit dem Vorbehalte zu bewilligen, dass dieselbe pro 1893 widerrufen werden kann, wenn eine in den Verhältnissen oder dem Gebaren dieser Anstalt sich ergebende Veränderung Veranlassung dazu bietet.

27. Referent Gem.-Rath Dr. Lederer: Z. 2361. Gem.-Rath Grünbeck und Genossen haben voriges Jahr den Antrag gestellt, dass die Area des alten Hernalser Friedhofes einem schon von der früheren Gemeindevertretung gefassten Beschlusse gemäß zu einem Kindergarten und einer Parkanlage verwandelt werde. Es hat darüber im Herbste vorigen Jahres ein Localcommission stattgefunden, zu welcher Gem.-Rath Grünbeck laut Protokoll zugezogen war. (Bravo! links.) Es sind in dieser Commission die wesentlichen Bedingnisse festgestellt worden, die eben bei einem Project einer derartigen Gartenanlage im Auge zu halten wären. Der Stadtgärtner hat sodann über Auftrag eine Projectskizze vorgelegt — die ich den Herren hiemit anheimgebe — und mit möglichster Benützung der vorhandenen Bäume und Sträucher eine Erweiterung derselben veranlaßt, wobei ich gleichzeitig bemerke, dass das bestehende ehemalige Todtengräberhaus und auch ein Pissoir erhalten worden ist, welches zur Benützung kommt. Die Gesammtauslagen belaufen sich ziemlich hoch. Zunächst ist ein Betrag von 730 fl., welchen der Wert der aus den städtischen Reservegärten zu entnehmenden Bäume und Sträucher ausmacht; die Baumeister-Arbeiten betragen zusammen 560 fl. 60 kr., die Zimmermanns-Arbeiten — es ist nämlich gedacht, dass die gegenwärtig bestehende Planke entfernt und ein circa ein Meter hohes Stakettengitter mit festen Planken gemacht werde — 458 fl. 23 kr., die Steinzeugrohrleitung, um den Abfluss des Wassers herzustellen, 357 fl. 60 kr., die Anstreicherarbeiten 55 fl. 44 kr., die Wasserlaufgitter 119 fl. 07 kr., die Wegarbeiten — das ist die bedeutendste Post, weil ja 2300 m Weg hergestellt werden müssen — 1669 fl. 50 kr, Bänke circa 150 fl., Warnungstafeln 40 fl. Das sind die vorbereitenden Arbeiten. Es kommen dann die eigentlichen Gärtnerarbeiten: für Gebirgrieselsand 405 fl., für Ackererde 132 fl., für Gartenerde 425 fl., für Verführung des auszuhebenden Erdmateriales 162 fl., schließlich der gewöhnliche Pauschalbetrag für die Lieferung von Gartenbänken 150 fl. Der Gesammtbetrag stellt sich auf 6446 fl. 16 kr. Der Stadtrath war nun der Meinung, dass die Errichtung einer Gartenanlage gerade an dieser Stelle wirklich im Interesse des Bezirkes gelegen ist, und erlaubt sich, Ihnen somit den Antrag zu stellen, dieser Gartenherstellung mit dem Kostenwerte von 6446 fl. 16 kr. die Zustimmung zu ertheilen. (Beifall.)

Gem.-Rath Eigner: Mir ist der Preis von 6440 fl. zu hoch gegriffen, indem die Bäume theilweise schon gesetzt sind. Ich würde nur die Bitte hinzufügen, dass der Park nicht so angelegt wird, wie der Rathhauspark oder der Stadtpark. Die Kinder draußen in Hernals sind etwas anders als in der Stadt; ich bitte also, den Park nicht so fein auszustatten, sondern etwas gewöhnlicher, damit sich die Kinder frei bewegen können, und bitte alles fest zu machen; feine Blumen und Gesträuche sind dort nicht nothwendig.

Gem.-Rath Grünbeck: Es wird sich diese Summe bedeutend niedriger stellen, als angegeben ist; denn bei Herstellung der Wege können wir die alten Mauern wegreißen und anschütten. Die Sache wird sich unbedingt billiger stellen, seien Sie darüber nicht beängstigt. Die meisten Arbeiten können in eigener Regie ausgeführt werden. Ich bitte um Ihre gütige Zustimmung.

Referent (zum Schlusswort): Mir erschien die Summe auch zu hoch gegriffen; das ist aber bei den städtischen Gartenanlagen meist der Fall, dass die Beträge etwas hoch aussehen. Hier, wo es sich gerade darum handelt, einem der neuen Bezirke eine Gartenanlage zuzuweisen, habe ich mich nicht veranlasst gesehen, Einsprache zu erheben. (Heiterkeit und Beifall.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich ersuche jene Herren, welche dem Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Es wurde daher beschlossen:

Das vom Stadtgärtner verfasste Detailproject rücksichtlich der Herstellung einer Gartenanlage auf dem Areale des aufgelassenen Hernalser Friedhofes im XVII. Bezirke mit dem Kostenbetrage von 6446 fl. 16 kr. zu genehmigen und dieses im Präliminare 1892 nicht bedeckte Kostenerfordernis auf den Reservefond zu verweisen.

28. Referent Gem.-Rath Witzelsberger: Ich habe die Ehre, zur Geschäftszahl 2415 zu referieren über ein Ansuchen der Nussdorfer Feuerwehr um Subvention. Sie besteht aus 35 Mann nur ausübenden Mitgliedern und erhält sich aus Sammlungen, die sie in Nussdorf veranstaltet. Sie ist noch 300 fl. für einen Rüstwagen schuldig, und diesem Zweck soll die Subvention dienen. Diese Subvention von 300 fl. ist von allen Ämtern befürwortet, vom Stadtrath beantragt, und ich bitte um Ihre Zustimmung.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung; angenommen.

Es wurde daher beschlossen, der freiwilligen Feuerwehr in Nussdorf zur Abzahlung eines angeschafften Mannschafts-Rüstwagens eine Subvention von 300 fl. gegen Nachweis der Verwendung dieses Betrages zu bewilligen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die öffentliche Sitzung ist geschlossen.

Schluss der Sitzung 7 Uhr 20 Minuten abends.

Beschluss-Protokoll

der **vertraulichen** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom 17. Mai 1892.

Vorsitz: **Vice-Bürgermeister Dr. Richter.**

1. Gem.-Rath Boschan referiert über die Verleihung einer Gnadengabe.

Die Sitzung wird geschlossen.

Stadtrath.

Sitzung des Stadtrathes.

Freitag, den 27. Mai 1892.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom 13. Mai 1892.

Vorsitzender: 1. Vice-Bürgermeister Dr. Borschke.

Anwesende: Boschan, v. Götz, v. Goldschmidt, Dr. Grübl, Dr. Hackenberg, Dr. Huber, Kreindl, Dr. Lederer, Matzenauer, Meißl, Müller, v. Neumann, Noske, Rückauf, Schlechter, Schneiderhan, Dr. Stenzl, Vaugoin, Dr. Vogler, Witzelsberger, Wurm.

Bürgermeister Dr. Prix.
Vice-Bürgermeister Dr. Richter.

Beurlaubt: Dr. v. Billing.
Schriftführer: Magistrats-Concepts-Adjunct Pfeiffer.

Vice-Bürgermeister Dr. Borschke eröffnet die Sitzung.

St.-R. Schneiderhan referiert über den Recurs der Katharina Löffler wegen verweigerter Tischaufstellung XII., Schönbrunner Hauptstraße Nr. 111 und Theresienbadgasse.

Derselbe beantragt, der Katharina Löffler die Bewilligung zur Aufstellung von Tischen vor ihrem Geschäftslocale Schönbrunner Hauptstraße Nr. 111 von der abgekappten Ecke an der Theresiengasse bis zum Hauseingange zu ertheilen, und soll das 3·60 m breite Trottoir in einer Breite von 1·60 m benützt werden dürfen, so dass für die Passanten noch 2 m frei bleiben. Die Anbringung einer festen Treppe ist zu untersagen und sollen die Tische erst um 6 Uhr abends aufgestellt und während der Tageszeit entfernt werden. Die Epheustöcke sind während des Tages an die Hauswand anzurücken.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Project für die Herstellung eines Metallicpflasters in der Auenbrugger-, Veith- und Strohgasse im III. Bezirke.

Referent beantragt die Genehmigung des bauämtlichen Projectes für die Herstellung eines Metallicpflasters in der Strohgasse von Or.-Nr. 26 bis zur Marokkanergasse, in der Veithgasse vom Rennweg bis zum Ende des Hauses Or.-Nr. 4 und in der Auenbruggergasse mit dem Gesammtkostenerfordernisse von 15.839 fl. 61 kr.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über den Antrag des Gem.-Rathes v. Götz wegen Reconstruction des Brunnens in Ober-St. Veit und beantragt, den Bericht des Magistrates, nach welchem die Herstellung dieses Brunnens bereits in Ausführung begriffen ist, zur Kenntnis zu nehmen.

(Angenommen.)

St.-R. Vaugoin beantragt im Nachhange zu dem am 5. April d. J. erstatteten Referate bezüglich der Kostgeldbewilligung für Cassenbeamte, es seien in Hinkunft alle infolge der Vereinigung mit Wien sich ergebenden Ausgaben gesondert in den Hauptvoranschlag einzustellen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über eine Anzahl von Gesuchen um Gehaltsvorschüsse für städtische Beamte und Diener.

Die Anträge des Referenten werden angenommen.

— **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Steuercommissärs Ferdinand Babor um einen dreimonatlichen Urlaub und beantragt die Gewährung dieses Urlaubes vom Tage der Bewilligung an gerechnet.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Dr. Josef Neumayer wegen Graberhaltungswidmung der Katharina Thurn und beantragt die Annahme der Graberhaltungswidmung von 2 Stück fünfpercentiger Rente und $3^3/_4$ Percent der Sparcasseneinlage per 31 fl. 73 kr. gegenüber einem Jahreserfordernisse von 10 fl. 50 kr.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen um Nachsicht einer Musik-Impostgebür für die von den Schülern des Communal-Gymnasiums in Döbling abgehaltenen Schulakademie und beantragt die Gesuchsgewährung. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Johann Lösinger, Amtsbote im städtischen Materialdepot, um Erhöhung seines Taglohnes und beantragt die Erhöhung des Taglohnes von 1 fl. 30 kr. auf 1 fl. 50 kr. und Verweisung der Mehrauslagen auf den Reservefond.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Abschreibung von Beerdigungskosten nach 52 Parteien und beantragt die Abschreibung derselben aus dem Titel der Uneinbringlichkeit. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Abschreibung von Beerdigungskosten nach 14 Parteien und beantragt die Abschreibung derselben aus dem Titel der Uneinbringlichkeit. (Angenommen.)

St.-R. v. Götz referiert über die Ertheilung des Consenses für Herstellungen im städtischen Hause Hütteldorf, Hauptstraße Nr. 43 und beantragt:

1. die Ertheilung des Bauconsenses;

2. das magistratische Bezirksamt im XIII. Bezirke wird beauftragt, Bericht zu erstatten, ob es nicht im Interesse der späteren Vermietung des ehemaligen Gemeindewirtshauses in Hütteldorf gelegen wäre, den mit Herrn Brischa geschlossenen, noch ein Jahr laufenden Pachtvertrag heute schon aufzuheben — da er die Localitäten gesperrt hält — und die neuerliche Vermietung auszuschreiben.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Terminüberschreitung bei dem Baue des Wasserlaufcanales in der Altmannsdorferstraße, XII. Bezirk, und beantragt die Genehmigung der nach dem Schlusscollaudierungs-Protokolle begründeten neuntägigen Terminüberschreitung.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über Nachtragslieferungen anlässlich der Completierung der elektrischen Beleuchtungsanlage und der Ventilation in den Festräumen des Rathhauses und beantragt die Genehmigung der Überweisung des für die vorbezeichneten Arbeiten aufgelaufenen Kostenbetrages per 373 fl. 20 kr. auf den Reservefond.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Frauenberger wegen Herstellung einer Ventilation in der Volkshalle und beantragt, die Ausführung der Ventilierung der Volkshalle im Rathhause auf einen späteren Zeitpunkt zu verlegen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Einführung der Verbesserung des Auer'schen Gasglühlichtes bei den in den Ämtern im Rathhause in Verwendung stehenden Brennern und beantragt:

1. Die Auswechslung der 191 im Rathhause in Verwendung stehenden Auer-Brenner älterer Construction gegen solche neuester Construction um den Betrag von 95 fl. 50 kr. zu genehmigen und dieselbe der Firma Welsbach und Williams zu übertragen.

2. Zu genehmigen, dass der genannten Firma vom 1. März l. J. an nebst dem Erhaltungsbeitrage von 1 kr. per Tag und Lampe für den Ersatz der zerbrochenen Glascylinder und für die Reparatur der Bunsenbrenner, respective deren Auswechslung gegen neue noch für jede Auswechslung eines durch die Benützung unbrauchbar gewordenen Glühkörpers der Betrag von 20 kr. ausbezahlt werde, jedoch mit dem Vorbehalte, dass es der Gemeinde Wien freihstehe, die Bezahlung dieses Betrages einzustellen, und den Modus der Bezahlung des erhöhten Instandhaltungsbetrages von $1^1/_2$ kr. per Tag und Lampe zu wählen, wenn sich ergeben sollte, dass dieser letzte Modus für die Gemeinde vortheilhafter ist.

St.-R. Noske beantragt die Belassung des derzeitigen Zustandes bis zur Einführung der elektrischen Beleuchtung.

Der Referenten-Antrag wird angenommen.

— **Derselbe** referiert über Restforderungen anlässlich der Fertigstellung des Restaurationsgebäudes in Baumgarten und beantragt, die Auszahlung der adjustierten Restforderungen per 4508 fl. 57 kr. zu bewilligen, und den nicht bedeckten Theilbetrag von 1381 fl. 41 kr. auf den Reservefond zu verweisen.

(Angenommen; an den Gemeinderath);

— **derselbe** referiert über Restforderungen anlässlich der Fertigstellung der Parkanlage in Baumgarten und beantragt, die zur Auszahlung obiger Restforderungen im Betrage von 4353 fl. 56 kr. erforderlichen Geldmittel aus dem Reservefonde zu entnehmen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

St.-R. Witzelsberger referiert über mehrere Ansuchen um Bewilligung auf den Märkten des XVI. Bezirkes an Nachmittagen Stand halten zu dürfen und beantragt, dass auf den Märkten der ehemaligen Gemeinde Ottakring der Obstverkauf auch nachmittags und zwar bis zum Anzünden der Straßenlaternen gestattet werde.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen der Marktvictualienhändler um Erlaubnis des nachmittägigen Standhaltens auf den Detailmärkten des XVI. Bezirkes und beantragt, es sei das Ansuchen der Genossenschaft der Victualienhändler ohne Verkaufsgewölbe um Gestattung des Verkaufes auf den Märkten des XVI. Bezirkes bis zur Dämmerung bloß bezüglich Obst, Südfrüchten und Blumen zu bewilligen. Für die übrigen Marktartikeln ist an dem Einräumen um 12 Uhr mittags festzuhalten, und nur dem Herkommen gemäß der Verkauf den ganzen Tag über an den Vortagen der hohen Feiertage Weihnachten, Ostern und Pfingsten gestattet. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen der Vorstehung der Kleinkinderbewahranstalt und der unentgeltlichen Arbeitsschule im XV. Bezirk um Subvention und beantragt, eine Jahressubvention von 1475 fl. bis auf Widerruf zu bewilligen.

Das Referat wird zurückgezogen.

Die Berathung über das Referat des **Bürgermeisters Dr. Prix,** betreffend die Bestimmungen über die Regulierung der Bezüge der städtischen Beamten wird fortgesetzt.

Referent beantragt:

Übergangsbestimmungen.

§ 1.

Die Einreihung der Beamten in die Gehaltsstufen derselben Rangclasse hat nach der Dienstzeit, welche dieselben in ihrer letzten Diensteseigenschaft zugebracht haben, zu erfolgen.

§ 2.

Personalzulagen sind bei Erlangung einer höheren Gehaltsstufe, mag dieselbe durch Vorrückung oder Ernennung oder durch die bloße Einreihung in die Rangclasse erreicht werden, nach Maßgabe des erlangten höheren Gehaltes einzuziehen, hiebei sind jedoch die Quartiergelder nicht in Anrechnung zu bringen.

§ 3.

Sollte ein Beamter auf Grund der gegenwärtigen Bestimmungen an Gehalt und Quartiergeld zusammen weniger erhalten, als seine gegenwärtigen Bezüge an Gehalt und Quartiergeld zusammen betragen, so hat er eine bei der Pension anrechenbare Zulage im Betrage der erwähnten Differenz zu erhalten, welche nach Maßgabe der Vorrückung des Beamten in höhere Bezüge einzuziehen ist.

Diese Bestimmung findet auf Beamte, deren Bezüge auf einem besonderen vertragsmäßigen Übereinkommen beruhen, keine Anwendung.

§ 4.

Wenn ein Beamter, welcher mit dem Titel eines höheren Dienstpostens ausgezeichnet ist, für diese höhere Dienstesstelle definitiv ernannt wird, so ist demselben zur Erlangung der Vorrückung in den höheren Gehalt innerhalb der ihm nunmehr gebürenden Rangclasse jene Dienstzeit in Anrechnung zu bringen, welche er seit der Verleihung des Titels vollstreckt hat. (Angenommen.)

Über die Anregung des St.-R. Dr. Vogler beantragt Referent:

Jenen Beamten, denen ein Naturalquartier zugewiesen ist, erhalten für die Dauer dieser Zuweisung kein Quartiergeld; im Falle der Pensionierung wird denselben jedoch die Hälfte des Quartiergeldes, das ihrem Range entspricht, in die Pension eingerechnet.

(Angenommen.)

St.-R. Dr. Hackenberg beantragt, im Referate bei dem Worte „Rangsclasse" jedesmal das „s" zu streichen.

(Angenommen.)

Referent beantragt, dass § 14 zu entfallen habe und dass § 1 folgendermaßen zu lauten habe:

„§ 1.

Sämmtliche mit Gehalt angestellten städtischen Beamten, welche in dem beigeschlossenen Rangclassenschema angeführt sind, werden in sieben Rangclassen getheilt, welche sich dem mit dem Gesetze vom 15. April 1873, Nr. 47 des R.-G.-Bl., für die k. k. Staatsbeamten bestimmten Rangclassen-Schema XI bis V anschließen."

(Angenommen.)

St.-R. Noske beantragt:

Diejenigen Beamten, welche derzeit decretmäßig einen anderen Titel führen als denjenigen, welcher ihnen nach der neuen Rangclassen-

eintheilung zukommt, sind berechtigt, den ihnen decretmäßig bereits zustehenden Titel auch fernerhin zu führen.

St.-R. v. Goldschmidt beantragt:

Die den Beamten vom Gemeinderathe als Auszeichnung verliehenen Titel bleiben denselben bis zu ihrer Beförderung erhalten.

St.-R. Noske accommodiert sich dem Antrage des St.-R. v. Goldschmidt.

Der Antrag des St.-R. v. Goldschmidt wird angenommen.

Der Referent beantragt, in der IX. Rangclasse unter den Rubriken Conscriptionsamt, Kanzleiregistratur statt des Titels „Adjuncten" „Vorstandsadjuncten" zu setzen.

Über diesen Antrag wird nicht abgestimmt.

Referent beantragt, in der Rubrik „Marktamt" folgende Änderung.

VIII. Rangclasse: Vorstand,
IX. „ Marktinspectoren,
X. „ Markt-Commissäre I. Kategorie,
X. „ Markt-Commissäre II. Kategorie,
XI. „ Accessisten.

St.-R. Dr. Grübl beantragt:

VII. Rangclasse: Vorstand,
VIII. „ Markt-Oberinspectoren,
IX. „ Marktinspectoren,
X. „ Markt-Commissäre I. Kategorie,
X. „ Markt-Commissäre II. Kategorie,
XI. „ Accessisten.

Der Antrag des St.-R. Dr. Grübl wird mit 12 gegen 7 Stimmen abgelehnt, der Referenten-Antrag mit 13 Stimmen angenommen.

Bürgermeister Dr. Prix referiert über Ansuchen aus den ehemaligen Vororten bezüglich der Abhaltung von Frohnleichnamsprocessionen und beantragt, es werde die Abhaltung der Frohnleichnamsprocessionen in den ehemaligen Vororten wie bisher gestattet und der Bürgermeister ermächtigt, die diesbezüglichen Ausgaben flüssig zu machen.

St.-R. Schlechter beantragt, den Herrn Bürgermeister zu ersuchen, eine Zusammenstellung dieser Auslagen vorzulegen.

Der Referenten-Antrag, sowie der Antrag des St.-R. Schlechter werden angenommen.

St.-R. Rückauf referiert über das Ansuchen des Johann Enzenberger um Consens für den Bau einer provisorischen Wächterhütte, X. Bezirk, Himbergerstraße 92 und beantragt, es sei die vom Magistrate beantragte Ertheilung des Bauconsenses zu bestätigen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen der Genossenschaft der Zuckerbäcker und Lebzelter um Subvention für die fachliche Fortbildungsschule und beantragt die Genehmigung einer Subvention von 100 fl. auch für das Jahr 1892. (Angenommen; an den Gemeinderath);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen der Adele Marek um Schadloshaltung für die Grundabtretung, IX. Bezirk, Währingerstraße 26, und beantragt, entsprechend dem Gutachten der Sachverständigen die Schadloshaltung für den abgetretenen Grund von 18·08 m² mit 30 fl. per Quadratmeter zu bestimmen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Hausbesorgers an der Schule, III. Bezirk, Hörnesgasse 12 um Altersnachsicht behufs Erlangung einer definitiven Schuldienerstelle und beantragt die Gesuchsgewährung. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Lese- und Geselligkeits-Vereines „Vlastenecka omladina" um Nachsicht eines Musik-Impostgebüren-Strafbetrages und beantragt, dass dem Ansuchen Folge gegeben und lediglich die einfache nach der dritten Abstufung der Kundmachung des Wiener Magistrates vom 1. December 1891, Z. 446001, zu bemessende Gebür eingehoben werde. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Abschreibung von Gemeindeumlagen nach Anton Rohringer und beantragt die Abschreibung des Betrages von 3 fl. 21 kr. wegen Uneinbringlichkeit. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Anton Groß um Rückvergütung von Verpflegskosten für Josefa Schrammel und beantragt, dem Bittsteller aus Billigkeitsrücksichten als theilweise Vergütung der ihm anlässlich der Erkrankung seiner Magd erwachsenen Auslagen per 41 fl. 60 kr. den Betrag von 18 fl. aus der Wiener Dienstboten-Krankencassa auszubezahlen.

St.-R. Boschan beantragt die Vertagung und Zuweisung des Actes an einen Juristen zum Referate.

Der Antrag des St.-R. Boschan wird angenommen.

St.-R. Schlechter referiert über die Frequenz des städtischen Donaubades in der Saison 1891 und beantragt, den bezüglichen Magistratsbericht zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Sitzungen des Bezirksausschusses im II. Bezirke vom 27. April und 4. Mai l. J., des VI. Bezirkes vom 9. März l. J., des IX. Bezirkes vom 30. December 1891, 19. Jänner, 4. Februar, 23. Februar l. J., des I. Bezirkes vom 24. April l. J. und beantragt, die Protokolle über diese Sitzungen zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Roman Welhuda, Eisendrehers in der k. k. Zeugs-Artillerie-Fabrik, um Verleihung der Zuständigkeit und beantragt die Gesuchsgewährung und Herabsetzung der normalen Taxe von 100 fl. auf 50 fl. (Angenommen.)

St.-R. Noske referiert über den Antrag des Gem.-Rathes v. Götz puncto Einlösung der Hälfte des Hauses Nr. 22 der Poststraße in Penzing und Durchführung der Buchgasse.

Derselbe beantragt: Der Stadtrath wolle das Ergebnis der Verhandlungen, welche das von demselben eingesetzte Comité mit den Interessenten geführt hat, zur Kenntnis nehmen und dem Gemeinderathe beantragen, derselbe wolle beschließen: Der Gemeinderath erklärt sich bereit, einen Beitrag von 10.000 fl. zur Durchführung der Buchgasse in Penzing, d. i. zur Einlösung der Hälfte des Hauses Nr. 22, Poststraße und zu den etwa erforderlichen Grundablösungen in der Buchgasse unter der Voraussetzung zu verwenden, dass unter den Interessenten bis längstens Juni 1892 eine Vereinbarung zustande kommt, der zufolge mit dem Betrage von 10.000 fl. seitens der Gemeinde das Auslangen gefunden werden kann. Der Magistrat wird beauftragt, die Interessenten, und zwar Salomon Beer, Heinrich Imhof und Josef Ungerer, sowie den Ausschuss des XIII. Bezirkes von diesem Beschlusse zu verständigen.

St.-R. Dr. Huber beantragt die Ablehnung dieses Antrages.

St.-R. Ritt. v. Goldschmidt beantragt die Vertagung.

Der Antrag des St.-R. Ritt. v. Goldschmidt und des Referenten werden abgelehnt.

Hierauf wird die Sitzung geschlossen.

* * *

Richtigstellung: Die im Amtsblatt Nr. 38 pag. 1169, Spalte I und II, angeführten fünf letzten Referatstücke des Herrn St.-R. Dr. Huber wurden nicht von diesem, sondern vom Herrn St.-R. Wurm referiert.

Allgemeine Nachrichten.

Approvisionierung.

(Borstenviehmarkt vom 17. Mai 1892.)

1. Auftrieb:

Jungschweine	3383	Stück
Fettschweine	4838	„
Summa	8221	Stück

Angekauft wurden:

für Wien	7127	Stück
für das Land	828	„
unverkauft blieben	266	„

2. Preisbewegung:

Jungschweine . . . von 37 bis 46 kr.
Fettschweine . . . „ 40 „ 43 „ } per Kg. Lebendgewicht.

Ungeachtet des stärkeren Auftriebes ist bei lebhafter Nachfrage im allgemeinen eine Preissteigerung von ½ kr. per Kilo eingetreten.

* * *

(Pferdemarkt vom 17. Mai 1892.)

Zum Verkaufe wurden gebracht: 573 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . . 100—380 fl. per Stück,
„ Schlachtpferde . . . . . 20— 60 fl. „ „

Der Markt war lebhaft.

* * *

(Stechviehmarkt vom 19. Mai 1892.)

1. Auftrieb:

Kälber 3502, Lämmer 1191, Schafe 3425.

2. Preisbewegung:

Kälber Waidner per Kg. . . . . von 30 bis 58 kr.
Kälber lebend . „ „ . . . . . von 30 bis 50 kr.
Lämmer Waidner „ Paar . von 4 bis 10 fl.
Lämmer lebend „ „ . „ 6 „ 9 „
Schafe Waidner „ Kg. . . . . von 30 bis 44 kr.
Schafe lebend . „ Paar . von 8 bis 22 fl.

Auf dem Jungviehmarkte wurden um 19 Stück Kälber mehr zugeführt. Die Kauflust war im allgemeinen ziemlich lebhaft, daher Waidner Kälber um 3 kr. und lebende Kälber um 1 kr. per Kilo im Preise gestiegen sind.

Auf dem Schafmarkte wurden um 425 Stück Schafe weniger aufgetrieben. Bei lebhafter Kauflust ist eine Preissteigerung von 50 kr. per Paar eingetreten.

Auf dem Schlachtviehmarkte wurden am 19. Mai 1892 264 Stück Mast- und 113 Stück Beinlvieh aufgetrieben.

Baubewegung.

(Vom 1. bis 15. Mai 1892.)

Bauconsense wurden ertheilt:

a) für Neubauten:

II. Bezirk: Fabrik, Grundb.-Einl. 3512, Pasettigasse und Innstraße, an Leo Weiß (Bauführer G. Alber).
„ „ Wohnhaus und Stall, Dammstraße 32, an Josef, Elise und Ernestine Friesl (Bauführer Joh. Enzenberger).
III. Bezirk: Wohnhaus, Wällischgasse 41 und Gstettengasse, an die Commune Wien (Bauführer Ed. Schätz).
„ „ Wohnhaus, Grundb.-Einl. 2529, unbenannte Gasse nächst der Hohlweggasse, an Marcus Siebenschein (Bauführer J. Dolezal).
V. Bezirk: Wohnhaus, Siebenbrunnengasse 18 u. 20, an Jakob und Antonie Voglhut (Bauführer Eduard Schätz).
„ „ Wohnhaus, Grundb.-Einl. 1674 und 299, Einsiedlerplatz und Gießaufgasse, an Wendelin Kühnel (Bauführer Adolf Ritter v. Bergmüller).
„ „ Wohnhaus, Grundb.-Einl. 1704, Reinprechtsdorferstraße, Ecke der Jahngasse, an Marie Jostal (Bauführer J. Jostal).
IX. Bezirk: Wohnhaus, Grundb.-Einl. 1353, Straßnitzkygasse, an Hermine Binder (Bauführer Leop. Ritter.
„ „ Wohnhaus, Grundb.-Einl. 1354, Rögergasse, an dieselben.
„ „ Wohnhaus, Grundb.-Einl. 1461, Eisengasse, Ecke der Sechsschimmelgasse, an Anna Dub (Bauführer A. Goldenberg).
„ „ Wohnhaus, Grundb.-Einl. 1748, Fuchsthalergasse, Ecke der Fluchtgasse, an den Stadtbaumeister W. Marek.
„ „ 2 Wohnhäuser, Grundb.-Einl. 1470, 1471, 1472, Fuchsthaler-, Eisen- und Bleichergasse, an den Stadtbaumeister Josef Kubelka.
XI. Bezirk: Blumengasse, Parc. 1800/I, an Josef und Anna Koch (Bauführer Anton Heindl).
„ „ Ringofen, Am Ziegelofen, Parc. 633 und 634/I, an Schediwy & Baxa (Bauführer Franz Breitenecker).
XII. Bezirk: Hausbau, Unter-Meidling, Jahngasse, Grund.-Einl. 746, Cat.-Parc. 108/13, an Johann Leopold, Realitätenbesitzer u. Maurermeister.
XIV. Bezirk: Parterrehaus, Pouthongasse 7, an Simon Gairshöfer (Bauführer Franz Brantner).
XVI. Bezirk: Neulerchenfeld, Hauslabgasse, Cat.-Parc. 2825, an Wilhelm Meißer (Bauführer Franz Roth.)
„ „ Neulerchenfeld, Ecke der Hauslab- und Habichergasse, Cat.-Parc. 2826, an Karl und Marie Lang (Bauführer Karl Lang).

XVIII. Bezirk: 3 Stock hohes Wohnhaus auf der Baustelle Grundb.-Einl.-Z. 1708 Währing, Or.-Nr. 50 Hauptstraße, an Karl Edinger (Bauführer Adolf Ritter v. Bergmüller).

„ „ Halbsouterrain- und Hochparterre-Wohnhausbau auf der Cat.-Parc. 172/39, Grundb.-Einl. Z. 689, Gersthof, Scheidlstraße, an Anton und Rosa Fischer (Bauführer Paul Oberst).

„ „ 3 Stock hohes Wohnhaus auf den Cat.-Parc. 286/41 und 286/49, Grundb.-Einl.-Z. 1683, Ecke der Paulinen- und Kreutzgasse, Währing, an Josef Maß (Bauführer Adolf Ritter v. Bergmüller).

XIX. Bezirk: Ober-Döbling, Hirschengasse 16, Wohn- und Geschäftshaus, an Josef Kalaš (Bauführer Adolf Ritter v. Bergmüller).

b) für Umbauten.

I. Bezirk: Wohnhaus, Wollzeile 34, an Josef Heller & Cie. (Bauführer R. Reichelt).

„ „ Wohnhaus, Wollzeile 34, an dieselben.

III. Bezirk: Wohnhaus, Fasangasse 33, an Holzmann & Co. (Bauführer Karl Holzmann).

„ „ Wohnhaus, Kleingasse 18, an Leopold und Anna Witzmann (Bauführer Leopold Witzmann).

V. Bezirk: Wohnhaus, Matzleinsdorferstraße 74, an Katharina Keck (Bauführer Leopold Ritter).

VII. Bezirk: Wohnhaus, Bandgasse 23, an Johann Reichhalter und Anna Funk (Bauführer Moritz und Josef Stursny).

IX. Bezirk: Wohnhaus, Simondenkgasse 11 bis 13, an Lorenz Waldmann (Bauführer Theodor Bauer).

XI. Bezirk: Döblerhofstraße 20 a, an Anton Satorina (Bauführer Anton Kurz).

„ „ Hauptstraße 118, an Georg Neumayer (Bauführer Ferdinand Kaindl).

XIII. Bezirk: Hausumbau, Penzing, Hauptstraße 23, an Therese Eder (Bauführer Julius Stättermayer).

XVI. Bezirk: Ottakring, Engerthgasse 22, an Johann Rabl (Bauführer Mathias Millik).

„ „ Ottakring, Hauptstraße 222, an Cäcilia Stojan und die übrigen Miteigenthümerinnen (Bauführer Anton Dittrich).

„ „ Ottakring, Gansterergasse 13, an Karl Zimmermann mit Zustimmung des Karl Hinterhofer (Bauführer Ferd. Baldia).

XIX. Bezirk: Stallumbau, Ober-Döbling, Theresiengasse 21, an Leopold Brandl (Bauführer F. Feigl).

c) Zubauten:

I. Bezirk: Ausbau der Gassenfront, Seilerstätte 15, an Gustav Fischl (Bauführer Heinz Gerl).

III. Bezirk: Zubauten zum Gaswerk „Erdberg", an die Imperial-Continental-Gas-Association (Bauführer Franz Olbricht).

„ „ Zubauten zum Palais, Reisnerstraße 50, an Gebrüder Seybel (Bauführer Max Kaiser).

IV. Bezirk: Hoftract, Kettenbrückengasse 22, an die Firma Bartelmus und Consorten (Bauführer Ad. Tichy).

VII. Bezirk: Fabrikstracte, Zieglergasse 32, an die Seiden- und Wolltrocknungsanstalt (Bauführer Moritz und Josef Stursny).

X. Bezirk: Schupfen, Buchengasse 30, an Alexander König (Bauführer W. Stadler).

„ „ Schupfen, Angeligasse 3 a, an Anna Röhlich (Bauführer Karl Walter, Maurermeister).

„ „ Schupfen, Herzgasse 46, an Cäcilia Martens (Bauführer J. Zeitlinger).

„ „ Magazin, Siccardsburggasse 37, an Ignaz Bacsek (Bauführer Franz Schmidt, Maurermeister).

„ „ Reserve-Kesselhaus, Leebgasse 4, an Ernst Dania & Co. (Bauführer W. Laitl, Maurermeister).

XI. Bezirk: Leberstraße 22, an Anton Winkler (Bauführer Josef Harhammer, Maurer).

„ „ Dorfgasse 10, an Thomas Kriner (Bauführer Ferdinand Kaindl).

„ „ Hugogasse 16, an Laurenz Wenzl (Bauführer Anton Heindl).

„ „ Feldgasse 51, an die Apollokerzen-Fabrik (Bauführer Johann Schneider).

XII. Bezirk: Hoftractbau, Hetzendorf, Hauptstraße 69, an Karl Donner (Bauführer Jos. Schaufler).

„ „ Pferdestall- und Remisenbau, Unter-Meidling, Albertgasse 1, an Barbara Wellner (Bauführer Ignaz Frasl).

XIV. Bezirk: Schupfenbau, Schellingergasse 21, an Anton und Anna Seidl (Bauführer Adolf Mayer).

XVII. Bezirk: Hernals, Blumengasse 29, an Maria Scherzer (Bauführer Josef Schimek).

XIX. Bezirk: Gartentract mit Terrasse, Ober-Döbling, Parkstraße 28, an Otto Schleiffelder (Bauführer Josef Wurts).

„ „ Offene Wagenschupfe, Unter-Döbling, Peregringasse 32, an Josef Böck (Bauführer Josef Haupt).

„ „ Gemauerter Zubau zur hölzernen Verschleißhütte, Ober-Döbling, Nussdorferstraße 15, an Karl Seidl (Bauführer Franz Feigl).

d) Stockwerksaufsetzung:

XIV. Bezirk: Wohngebäude, Gröllgasse 10, an Wilhelm Tobias (Bauführer Johann Schrepfer).

e) Adaptierungen:

I. Bezirk: Nibelungengasse 4, an Richard von Geiger (Bauführer E. Schwarzer).

„ „ Canovagasse 7, an die Baumeister O. Luckeneder und C. Miserowski.

„ „ Spiegelgasse 21, an Max Röttinger (Bauführer J. Röttinger).

„ „ Hoher Markt 13, an Anton Riemerschmid (Bauführer Johann Fesemayer).

I. Bezirk: Graben 10, an Max Zirner (Bauführer Al. Schumacher).
„ „ Tuchlauben 2—4, an die I. österr. Sparcasse (Bauführer Fr. Dirnberger).
„ „ Am Hof 5, an Ilma von Hehn (Bauführer J. Mayer).
„ „ Rauhensteingasse 5, an den Baumeister Rudolf Jäger.
„ „ Rothenthurmstraße 12, an den Zimmermeister Thomas Fink.
„ „ Renngasse 1, an Baron Nathaniel Rothschild (Bauführer Heinrich Glaser).
„ „ Heßgasse 1, an E. Hutterstraßer (Bauführer J. Schobesberger).
„ „ Maria Theresienstraße 20—22, an Heinrich Jäger (Bauführer F. List).
„ „ Brandstätte 8, an Leopold Schick (Bauführer Fr. Dirnberger).
„ „ Augustengasse 2, an Baumeister Ad. Hofbauer.

II. Bezirk: Castellezgasse 34, an Friedrich Wüste (Bauführer W. Schimitzek).
„ „ Herminengasse 18, an Le Comte Jean Alberti d'Enno.
„ „ Rauscherstraße 5, an Katharina Koch.
„ „ Hofenedergasse 2, an L. Liebscher (Bauführer M. Wawřinetz).

III. Bezirk: Erdbergerstraße 5, an Franziska Stürmer (Bauführer Fr. Gutmann).
„ „ Keinergasse 20, an Wilhelm Frey (Bauführer Ferd. Seif).
„ „ Marxergasse 19—21, an Eduard Sieger (Bauführer R. Jäger).
„ „ Wällischgasse 23, an Anton Heimel (Bauführer J. Frosch).

IV. Bezirk: Mittersteig 2 a, an Christian Kreuzer (Bauführer J. Witzmann).
„ „ Victorgasse 3, an Karl Otto Zandra (Bauführer Jak. Zieser).

V. Bezirk: Einsiedlerplatz 2, an die Baugesellschaft des Allg. Beamten-Vereines der österr.-ungar. Monarchie.
„ „ Wildemanngasse 9, an Karl Kraus (Bauführer G. Kleibl).
„ „ Rampersdorfgasse 5, an Katharina Schebesta (Bauführer J. Kernast).
„ „ Rampersdorfgasse 6, an Franz Butula (Bauführer H. Ohrner).
„ „ Wimmergasse 20, an Dr. Cornelius Reichl (Bauführer J. Schonka).

VI. Bezirk: Matrosengasse 8, an Maximilian Polaček (Bauführer Jg. Hranicka).
„ „ Mollardgasse 50, an Stadtbaumeister Karl Stöger.
„ „ Gumpendorferstraße 83, an Steinmann und Heitz.

VII. Bezirk: Westbahnstraße 1, an Hugo Mayburger.
VII. Bezirk: Stiftgasse 6, an Josef Seitz & Sohn (Bauführer L. Langer).
„ „ Hermanngasse 27, an Maurermeister August Haunzwickl.

VIII. Bezirk: Lenaugasse 2, an Dr. Karl Außerer (Bauführer E. Köhl).

IX. Bezirk: Berggasse 11, an Ferd. Strobl (Bauführer Franz Horack).
„ „ Spitalgasse 1, an Alois Schwarz (Bauführer Joh. Meidl).
„ „ Alserstraße 59, an Maurermeister Josef Müller.
„ „ Währingerstraße 23, an Agnes Fritz (Bauführer Thom. Mann).
„ „ Grüne Thorgasse 19, an Franz Lohner.
„ „ Dietrichsteingasse 9, an Joh. Schuhmann (Bauführer Karl Hofmann).
„ „ Rothe Löwengasse 16, an Maurermeister Michael Stirling.
„ „ Liechtensteinstraße 38, an Johanna Breuer (Bauführer J. Schäffer).

XI. Bezirk: II. Tramway-Remise, Simmering, Parc. 833, an Wiener Tramway-Gesellschaft (Bauführer Anton Kurz).
„ „ Ebersdorferstraße 52, an Johann Dubischar (Bauführer Anton Heindl).

XII. Bezirk: Unter-Meidling, Schönbrunner Hauptstraße 118/120, an Karl Otto (Bauführer Johann Neuwirth).

XIII. Bezirk: Gassenladenthüre, Unter-St. Veit, Hauptstraße 32, an Johann und Elisabeth Windisch (Bauführer Johann Mayer).
„ „ Gassenladen, Baumgarten, Berggasse 1, an Karl Birnöcker.
„ „ Schaufenster, Baumgarten, Hauptstraße 80, an Georg Moßbacher (Bauführer Anton Scharl).
„ „ Gassenladen, Hietzing, Auhofstraße 4, an Dr. Moriz Plattensteiner (Bauführer Josef Kopf).

XIV. Bezirk: Neugasse 8, an Emanuel Pollak (Bauführer Johann Töpfl).
„ „ Felbergasse 78, an Johann Dallinger (Bauführer Johann Schrepfl).

XVI. Bezirk: Neulerchenfeld, Gürtelstraße 45, an Josef Dworazek'sche Erben (Bauführer Wilh. Sachs).
„ „ Ottakring, Lerchenfelderstraße 28, an Rosalia Hasler (Bauführer Georg Kowarik).
„ „ Neulerchenfeld, Brunnengasse 45, an Franz Schmidt (Bauführer Franz Bock).
„ „ Neulerchenfeld, Kirchstetterngasse 51, an Barbara Koltscharsch (Bauführer Franz Bock).
„ „ Ottakring, Degengasse 12, an Michael Sauer (Bauführer Franz Haslinger).
„ „ Ottakring, Degengasse 25, an Karl Heidenreich (Bauführer Franz Roth).
„ „ Neulerchenfeld, Haberlgasse 49, an Johann Zeis (Bauführer Friedrich Silberbauer).

XVII. Bezirk: Dornbach, Pichlergasse 36, an Franz Baumann (Bauführer Johann Nowak).
" " Hernals, Halmgasse 7, an Josef Maduschek (Bauführer Josef Schulz).
XVIII. Bezirk: Gersthof, Weinberggasse 31, an Leopold Burzynski (Bauführer Martin Köller).
" " Währing, Fürstengasse 7, an Ignaz Mayr (Bauführer Leopold Scherer).
" " Gersthof, Mandlgasse 45, an Ignaz Schillerwein (Bauführer J. Köhl).
" " Währing, Kreutzgasse 48, an Zeller'sche Erben (Bauführer Johann Täuber).
" " Währing, Schulgasse 10, an Heinrich und Wilhelmine Abeles (Bauführer Josef Matschinger).
" " Währing, Paulinengasse 5, an Anton Brunner (Bauführer A. Brunner).
" " Währing, Sternwartestraße 11, an Hermann Grünwald (Bauführer Johann Hattay).
" " Weinhaus, Herrengasse 40, an Georg Scheidl (Bauführer Josef Haupt).
" " Währing, Kreutzgasse 34, an Franz Kaindl (Bauführer F. Kaindl).

f) Diverse (geringere) Bauten:

I. Bezirk: Nebentreppe, Weihburggasse 5, an Jakob Weinberger (Bauführer J. Röttinger).
II. Bezirk: Abortbau, Rechte Bahngasse 8, an Ludwig R. Schütz (Bauführer Franz Sokol).
" " Schupfenbau, Dammstraße 3, an Franz Lötz (Bauführer A. Schlesak).
" " Speise, Praterstraße 62, an Johann Hauswirth (Bauführer R. Jäger).
" " Verbindungsgang, Floßgasse 8—10, an Rupen Margossian (Bauführer Ant. Blaha).
" " Pavillon, Ausstellungsplatz, k. k. Prater, an Josef Friedländer (Bauführer H. Otte).
" " Musikpavillon, ebendort, an die I. österr. Thüren-, Fenster- und Fußboden-Fabriks-Gesellschaft.
" " Gibichingenhalle, ebendort, an die Direction der Internationalen Musik- und Theater-Ausstellung.
" " Südeingangsportale, Cassenlocale und Verbindungsgang, ebendort, an dieselbe.
" " Nordeingangsportale, Cassenlocale und Verbindungsgang, ebendort, an dieselbe.
" " Verschleißpavillon, ebendort, an die Administration des „Neuen Wiener Tagblattes".
" " Pavillon der Stadt Wien, ebendort, an die I. österr. Thüren-, Fenster- und Fußboden-Fabriks-Gesellschaft.
" " Atelierzubau, Taborstraße 41, an Hans Bittl und Clotilde Hawlik (Bauführer Jonas Rieger).
" " Abortbau beim Werkstättengebäude am Praterquai 11, an die I. österr. Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft (Bauführer Frauenfeld & Berghof).
III. Bezirk: Rauchfangbau, Untere Weißgärberstraße 17, an Karl Michna, Maurermeister.
IV. Bezirk: Gartenmauerherstellung, Theresianumgasse Nr. 12, an Baron Nathaniel Rothschild (Bauführer Heinrich Glaser).
" " Einfriedungsgitter, Weyringergasse Nr. 11, an Hermann Berendt (Bauführer August Ribak).
" " Gartensaletteln, Wiedener Gürtel Nr. 2, an Paul Smen (Bauführer M. Hartmann).
VII. Bezirk: Einfriedungsmauer, Burggasse Nr. 39, an die Congregation Notre Dame de Sion (Bauführer Joh. Ev. Hattey).
IX. Bezirk: Rauchfangherstellung, Pramergasse Nr. 7, an Joh. Dav. Starck (Bauführer C. Hofmann).
" " Wächterhütte, Seegasse Nr. 10, an H. Otte.
" " Kegelbahneindeckung, Liechtensteinstraße Nr. 98, an den Katholischen Gesellenverein.
" " Atelierbau, Servitengasse Nr. 8, an Karl Kawinek (Bauführer Math. Trimmel).
XIII. Bezirk: Gartenpavillon, Penzing, Parkgasse Nr. 70, an Julius und Philomene Olbrich (Bauführer Karl Ziegelwanger).
" " Kegelbahn, Lainz, Hauptstraße Nr. 35, an Marie v. Gutkowski (Bauführer Johann Höbinger).
XVII. Bezirk: Portalaufstellung, Hernals, Hauptstraße Nr. 43, an Ignaz Elias.
" " Holzschupfe, Dornbach, Promenadegasse Nr. 48, an Fanny Beck (Bauführer Eduard Keller).
XIX. Bezirk: Düngergrube, Heiligenstadt, Barawitzkagasse Nr. 34, an Katharina Wagner (Bauführer Franz Mayer).
" " Vorgarten, Terrasse und Canalisierung, Grinzing, Heiligenstädterstraße Nr. 16, an Georg Schöpflin (Bauführer Franz Mayer).

g) Parcellierungen.

III. Bezirk: Grundb.-Einl.-Z. 1881, Untere Weißgärberstraße, Grundabtrennung an Ignaz Fleischer und Salomon Stein.

h) Baulinien wurden bestimmt:

XIII. Bezirk: Für die Verlängerung einer Gasse über die Schlossgarten-Realität in Baumgarten.

Gewerbeangelegenheiten.

Genossenschaftsangelegenheiten.

(Genossenschaft der Webwarenzurichter.) Bei der am 8. Mai 1892 unter Intervention des Genossenschafts-Commissärs, Magistrats-Concepts-Adjuncten Dr. Franz Hinnerth, vorgenommenen Wahl wurde Herr Julius Höck, III., Wällischgasse 56 zum Vorsteher und Herr Franz Leppelt, XVI., Fröbelgasse 58 zum Vorsteher-Stellvertreter der Genossenschaft der Webwarenzurichter gewählt.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 13. Mai 1892.

Klemens Cyrill — Apotheker — IV., Favoritenstraße 11.
Schumann Albert — Circus — XIV., Sechshaus, Mariahilfergürtel.
Engel Andreas jun. — Einspännergewerbe — XIX., Ober-Döbling, Theresiengasse 13.
Blaschka Josef — Farben-, Öl- und Terpentin-Verschleiß — XVIII., Währing, Hauptstraße 19.
Giehl Franz — Friseur — IX., Währingerstraße 50.
Bauer Leopold — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Neustiftgasse 43.
Hartig Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — XIII., Hütteldorf, Bräuhausgasse 4.
Heidrich Antonia — Gemischtwaren-Verschleiß — VIII., Florianigasse 20.
Heyde Klara — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Circusgasse 19.
Kallaschek Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Hernals, Blumengasse 55.
Marschal Georg — Gemischtwaren-Verschleiß mit Petroleum — XVI., Ottakring, Kulmgasse 4.
Sommer Antonie — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Neu-Gersthof, Kleingasse 11.
Thurmann Abraham — Gemischtwaren-Verschleiß — IV., Favoritenstraße 6.
Spitz Hugo — Verschleiß von Gold- und Silberwaren — VII., Burggasse 45.
Hofmann Franz — Kaffeehausgewerbe — XVI., Ottakring, Sailergasse 28.
Huber Helene — Damenkleidermacherin — XIII., Unter-St. Veit, Hauptstraße 12.
Schödl Heinrich — Kleidermacher — II., Hannovergasse 6.
Poigner Franz — Kleinfuhrwerksgewerbe — VIII., Spittelberggasse 15.
Schuster Josefine — Mehl- und Gries-Verschleiß — XVII., Hernals, Weinhauserstraße 55.
Wah Aloisia — Milch-Verschleiß — XIII., Breitensee, Schmelzgasse 7.
Kaufmann Theodor — Verschleiß von Musikinstrumenten — I., Habsburgergasse 1.
Muthsam Josefa — Verkauf von Naturblumen — XI., Simmering, Hauptstraße 199.
Badasz Wilhelm — Nürnbergerwarenhandel — I., Rothenthurmstraße 14.
Kovak Leopold — Optiker — IV., Hauptstraße 37.
Petersen Hans — Hochsee-Panorama in der Musik- und Theater-Ausstellung — II., k. k. Prater.
Fischer Antonia — Selchwaren-Verschleiß — VII., Neustiftgasse 58.
Horn Johann — Schlosser — XIII., Breitensee, Antonsgasse 18.
Schneider Johann — Thee- und Brantweinschank — III., Erdbergstraße 84.
Müller Manuela — Trödlerin — III., Hauptstraße 23.
Böhm Clemens — Victualienhandel — XIII., Ober-St. Veit, Wiengasse 21.
Bagacs Marie — Victualien-Verschleiß — XIV., Rudolfsheim, Goldschlagstraße 52.
Schneider Johann — Wäscheputzergewerbe — II., Vereinsgasse 27.
Bucher Johann jun. — Wirtsgewerbe — IX., Liechtensteinstraße 89.
Zimmer Franz — Wirtsgewerbe — IX., Alserbachstraße 11.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 14. Mai 1892.

Waschke Wilhelm — Bierausschank — III., Keinergasse 22.
Aberbach Max recte Mendel — Fleisch-Commissionshandel — III., Großmarkthalle.
Szabó Johann — Verschleiß von fotografischen Apparaten — VII., Mariahilferstraße 4.
Bauer Anna — Gast- und Schankgewerbe — XIV., Sechshaus, Stiergasse 2.
Öller Lambert — Wirtsgewerbe — IV., Alleegasse 35.
Wiesinger Lorenz — Wirtsgewerbe — X., Himbergerstraße 42.
Allina Marcus — Gemischtwaren-Verschleiß — VI., Mariahilferstraße 89.
Bauer Bertha — Gemischtwaren-Verschleiß — VI., Garbergasse 8.
Funk Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — IV., Heumühlgasse 14.
Glatz Leopoldine — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Währing, Anastasius Grüngasse 29.
Liposky Alois — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Kaiserstraße 117.
Mandl Anton — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Lindengasse 20.
Mellich Karl — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Neustiftgasse 133.
Müller Barbara — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Kaiserstraße 84.
Brunna Marie — Grünwaren- und Obsthandel — XVIII., Währing, Kirchengasse, Stand 118.
Urwalek Franz — Kleidermacher — XVIII., Währing, Annagasse 39.
Schulz Rudolf — Markt-Victualienhandel — I., Stadiongasse, Markthalle.
Deutsch Karoline — Privatlehranstalt für Maßnehmen, Schnittzeichnen und Kleidermacher — I., Vorlaufgasse 1.
Kralkovu Francisca — Milch- und Canditen-Verschleiß — XVIII., Währing, Herrengasse 37.
Mirko Rosina — Milch-Verschleiß — VII., Bandgasse 3.
Löffelmann Kannt — Naturblumen-Verschleiß — VII., Neubaugasse 49.
Schön Wilma — Naturblumen-Verschleiß — VI. Mariahilferstraße 51.
Fuchs Julie recte Chulie Sara — Rum-, Thee- und Liqueur-Verschleiß — II., Brigittaplatz 23.
Münchner Schauspieler-Gesellschaft — Director Hofpauer Max — Karl-Theater.
Gschwandner Rudolf — Selchwaren-Verschleiß — VII., Kaiserstraße 48.
Dim Eustach — Spengler — IV., Alleegasse 54.
Tischky Emannel — Spirituosenhandel — VI., Brückengasse 11.
Haller Franz — Strombad für Frauen — II., Donaustrom, rechtes Ufer, Parcelle 4105/8, nächst dem Nussdorfer Sporn.
Waldmann Francisca — Victualienhandel — II., Tempelgasse 8.
Zeiner Rosalia — Victualienhandel — XVIII., Währing, Kirchengasse, Markt.
Fürst Bertha — Wäscheputzerei — IX., Mariannengasse 30.
Holubetz Jakob — Wäschergewerbe — XIV., Rudolfsheim, Pouthongasse 25.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 16. Mai 1892.

Melichar Thomas — Agent — I., Kumpfgasse 6.
Hofmann Gustav — Verschleiß von Bettwaren — VII., Breitegasse 28.
Jähn Wilhelm — Ausschank von Bier und Wein, und Verabreichung von Speisen — V., Hundsthurmerplatz 6.
Ehrenfeld Ignaz — Betrieb von Börsegeschäften — I., Wiener Börse.
Fischer Wilhelm — Betrieb von Börsegeschäften — I., Wiener Börse.
Kätz Josef — Betrieb von Börsegeschäften — I., Wiener Börse.
Kohn Sigmund — Betrieb von Börsegeschäften — I., Wiener Börse.
Konrad Baruch — Betrieb von Börsegeschäften — I., Wiener Börse.
Sadger Elias — Betrieb von Börsegeschäften — I., Wiener Börse.
Wilheim Eduard — Betrieb von Börsegeschäften — I., Wiener Börse.
Schmidt Johann — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks — II., Engerthstraße 198.
Schmal Ignaz — Buchhandel — I., Jasomirgottstraße 6.
Pitka Franz — Bau-Cantine — IX., Währingerstraße 21.
Grimm Andreas — Druckschrift-Herausgeber — I., Opernring.
Drexler Severin — Einspännergewerbe — V., Margarethenplatz.
Meixner Karl — Einspännergewerbe — IV., Rainergasse 23.
Meixner Karl — Einspännergewerbe — IV., Hauptstraße 53.
Robl Karl — Einspännergewerbe — V., Margarethenplatz.
Robl Karl — Einspännergewerbe — X., Johannitergasse 1.
Neuber Josef — Fiakergewerbe — I., Schwarzenbergplatz.
Neuber Leopold — Fiakergewerbe — VI., Hotel Kummer.
Krantz Josef — Gastwirt — II., k. k. Prater, Hauptallee 5.
Landgraf Josef — Gastwirtsgewerbe — IV., Igelgasse 2.
Österreicher Friedrich, Dr. — Gast- und Schankgewerbe — XIII., Breitensee, Wienerstraße 2.
Bauer Katharina — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Kirchengasse 31.
Eckart Francisca — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Neubaugasse 53.
Flack Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Ottakring, Hauptstraße 116.
Grögler Amalie — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Schrankenberggasse 6.
Hledik Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Stuckgasse 9.
Rudischer Mathias — Gemischtwaren-Verschleiß — XIX., Ober-Döbling, Nussdorferstraße 51.
Rummelhart Wilhelmine — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Burggasse 42.
Trisko Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Hernals, Ottakringerstraße 60.
Gerbitz Anton Otto und Rothe Heinrich Ernst — Gold-, Silber- und Juwelenarbeitergewerbe — I., Kohlmarkt 7.
Malez Helene — Grünwaren-Verschleiß — XV., Fünfhaus, Blüthengasse 28.
Liška Georg — Hafner — III., Lübeckgasse 12.
Freud Jakob — Commissionshandel mit Holz und Holzkohlen — II., Nordbahnhof.
Stumpf Karl — Kaffeesieder — VIII., Florianigasse 7.
Fleischner Malvine — Damenkleidermacherin — I., Hoher Markt 13.
Negerl Nikolaus — Ein- und Verkauf von Küchenabfällen — X., Rudolfshügel, Kieskygasse 5.
Kreuziger Franz — Leinen- und Baumwollwaren-Verschleiß — X., Laxenburgerstraße 37. (Das Weitere folgt.)

Ad G.-Z. 1922

Kundmachung.

(Zur Concursausschreibung wegen Besetzung erledigter Volksschullehrer-, beziehungsweise Volksschullehrerinnen-Stellen im Wiener Schulbezirke.)

In der im Amtsblatte Nr. 35, 36 und 37 verlautbarten Kundmachung, betreffend den Concurs zur Besetzung erledigter

Volksschullehrer-, beziehungsweise Volksschullehrerinnen-Stellen im Wiener Schulbezirke, soll es in dem Verzeichnisse der Stellen anstatt:

„24.) für Knaben XIII., Breitensee, Antonsgasse Nr. 38 für einen Lehrer."

heißen:

„24.) für Mädchen XIII., Breitensee, Kirchengasse Nr. 42 für eine Lehrerin, beziehungsweise einen Lehrer."

Vom Bezirksschulrathe der Stadt Wien. 1—1

G.-Z. 87358
V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für die Verlängerung des Haupt-Unrathscanales der Fichtegasse** im I. Bezirke im veranschlagten Kostenbetrage von 2113 fl. 60 kr. und 500 fl. Pauschale, wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 30. Mai 1892, präcise 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl** im neuen Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse des Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 16. Mai 1892. 1—3

Z. 65589.
V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen **Vergebung der Erd- und Baumeisterarbeiten für den Umbau des Haupt-Unrathscanales aus Beton** in der kleinen Pfarrgasse im II. Bezirke mit dem Kostenerfordernisse von 2184 fl. 65 kr. und 250 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 27. Mai d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl** im neuen Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 13. Mai 1892. 1—2

G.-Z. 90486
V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen **Vergebung der Erd- und Baumeisterarbeiten für die Herstellung eines Haupt-Unrathscanales aus Beton** in der Weitlofgasse im XVIII. Bezirke mit dem Kostenerfordernisse von 1292 fl. 23 kr. und 150 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 21. Mai d. J., präcise 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl, im neuen Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Magistrat vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 9. Mai 1892. 3—3

G.-Z. 56753

V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für die Herstellung eines Haupt-Unrathscanales** aus Beton in der verlängerten Göllnergasse vor Baustelle VI, VII und X im III. Bezirke mit dem Kostenerfordernisse von 1763 fl. 97 kr. und 300 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 23. Mai d. J., präcise um 11 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl im neuen Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenvoranschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städt. Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse des Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 11. Mai 1892. 3—3

G.-Z. 394125

V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für die Herstellung eines Haupt-Unrathscanales** aus Beton in der Herbst- und Hasnergasse im XI. Bezirke Simmering mit dem veranschlagten Kostenerfordernisse von 4210 fl. 98 kr. und 400 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 24. Mai d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl im neuen Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse des Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 11. Mai 1892. 3—3

G.-Z. 77982

V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für die Herstellung eines Haupt-Unrathscanales** aus Beton in der Kröllgasse im XIV. Bezirke, Rudolfsheim, mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 2443 fl. 14 kr. und 270 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 25. Mai d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl im neuen Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse des Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 11. Mai 1892. 3—3

G.-Z. 78772.
V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für die Herstellung eines Haupt-Unrathscanales** aus Beton in der Karmarsch-, beziehungsweise Altmüttergasse im X. Bezirke zwischen der Quellengasse und Rechtenbachstraße sammt Zweigcanälen in der Buchen- und Rechtenbachstraße mit dem veranschlagten Kostenerfordernisse von 7879 fl. 51 kr. und 400 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 23. Mai d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl im neuen Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse des Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen, und mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 11. Mai 1892. 3—3

G.-Z. 352002
V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für die Herstellung eines Haupt-Unrathscanales** aus Beton in der Jadengasse und Rudolfstraße im XIV. Bezirke, Rudolfsheim, mit dem veranschlagten Kostenbetrage von zusammen 3095 fl. 93 kr. und 335 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 24. Mai d. J., präcise um 11 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl im neuen Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, die Profile, die Kostenanschläge und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse des Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 11. Mai 1892. 3—3

Z. 115.

Kundmachung.

(Licitation.)

Zufolge Bescheides des magistratischen Bezirksamtes für den XIV. und XV. Bezirk vom 12. d. M., Z. $\frac{12991}{\text{XIV.}}$ wird die öffentliche Versteigerung der in der **Pfandleihanstalt der Gemeinde Sechshaus im Monate September 1891** verpfändeten und nicht ausgelösten **Pretiosen** von Pfand-Nr. 21893 bis incl. Pfand-Nr. 24901 und **Effecten** von Pfand-Nr. 47646 bis incl. Pfand-Nr. 53204 **am 3. Juni 1892, um 9 Uhr vormittags,** im **Pfandleihanstalts-Gebäude, Sechshaus, Gemeindegasse 5** gegen gleich bare Bezahlung vorgenommen.

Im Falle die Licitation am oben angegebenen Tage nicht beendigt werden könnte, wird sie am nächstfolgenden Werktage fortgesetzt.

Pfandleihanstalt der Gemeinde Sechshaus,

am 14. Mai 1892. 2—3

G.-Z. 21674.

Kundmachung.

(Holzlicitation.)

Das aus der Fällungsperiode 1891/92 aus dem Ottakringer Gemeindewalde herrührende, der Gemeinde Wien gehörige Holz, und zwar: **21 Meter Scheitholz und 487 Meter starke Prügl**

gelangt Samstag den 28. Mai 1892, für den Fall schlechter Witterung: Samstag den 4. Juni 1892 zur Veräußerung an den Meistbietenden.

Der Meistbot ist **sofort vom Ersteher bei der Feilbietungs-Commission zu erlegen.**

Zusammenkunft am obigen Tage **um 9 Uhr** vormittags in der Restauration „Steinbruch" am Galitzynberge.

Vom magistratischen Bezirksamte für den XVI. Bezirk.

Wien, am 5. Mai 1892. 2—3

G.-Z. 87160
V.

Kundmachung.

(Licitation.)

Wegen Veräußerung von altem **Weißblech, Schmiedeeisen, Gusseisen, Zink, Messing, Kupfer, Metall, Lederzeug, von Leinen- und Wollstrazzen, Mistwägelchen, Feuerspritzen, Wasserwägen, von alten Thüren und Fensterstöcken, Schiffen und Baumaterialien,** wird am **Montag den 23. Mai l. J., 9 Uhr vormittags im städtischen Materialdepot im IX. Bezirke, Rossauerlände Nr. 23** eine öffentliche Licitation abgehalten werden.

Kauflustige werden hiezu mit dem Bemerken eingeladen, dass die zur Veräußerung gelangenden Gegenstände täglich von 8 bis 2 Uhr im obenbezeichneten Depot besichtigt werden können und dass die erstandenen Gegenstände sogleich bar ausbezahlt und binnen längstens drei Tagen, vom Erstehungstage gerechnet, aus dem Depot abgeholt werden müssen, da über diese Zeit hinaus für die Richtigkeit des Gewichtes und für den unveränderten Zustand der erstandenen Objecte keine weitere Haftung übernommen wird.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 10. Mai 1892. 3—3

---

ad M.-Z. 88125.
XV.

Kundmachung.

(Hintanhaltung und Vertilgung der Schmarotzerpflanze Kleeseide [Cuscuta]).

Nach dem Gesetze vom 2. Jänner 1883, L.-G.-Bl. Nr. 31, sind alle Besitzer, beziehungsweise Nutznießer oder Pächter von Grundstücken, auf welchen sich die Schmarotzerpflanze Kleeseide (Seidenpflanze, Cuscuta) zeigt, verpflichtet, dieselbe zu vertilgen. Zu diesem Behufe müssen an jener Stelle, wo sie sich zeigt, mit der Sichel im erweiterten Umkreise, das ist mindestens 30 cm über die von der Seide übersponnenen Plätze hinausgreifend, alle Pflanzen dicht an der Erde abgeschnitten und zusammengeworfen werden. Dann gibt man auf die solchergestalt behandelten Plätze eine dicke Schichte von fußlang geschnittenem Stroh oder, wo solches mangelt, eine hinreichende Menge von Spänen, Reisig ꝛc. und verbrennt damit die mit der Sichel abgeschnittenen Kleepflanzen- und Kleeseidetheile, worauf die betreffenden Stellen sorgfältig umzugraben sind. **Diese Vertilgung der Kleeseide ist bis spätestens nach dem ersten Kleeschnitte vorzunehmen.**

Es empfiehlt sich jedoch, schon zur Herbstzeit den sogenannten Stoppelklee und im folgenden Frühjahre die Kleefelder und sonstigen Grundstücke aufmerksamst zu übergehen und die etwa vorgefundene Kleeseide auf die genannte Weise zu vernichten.

Diese Bestimmungen werden mit dem Bemerken zur allgemeinen Kenntnis gebracht, dass gegen die Besitzer, beziehungsweise Nutznießer oder Pächter von Grundstücken, auf welchen die Seidenpflanze in blühendem oder abgeblühtem Zustande vorgefunden wird, in den Wiener allgemeinen Versorgungsfond fließende Geldstrafen **bis 10 fl.** und im Falle der Zahlungsunfähigkeit Arreststrafen **bis zu 48 Stunden** vom competenten magistratischen Bezirksamte verhängt, und überdies Veranstaltungen getroffen werden, dass die Beseitigung der Kleeseide durch Ausschneiden und Verbrennen, sowie durch tiefes Umgraben der mit der Seidenpflanze bestandenen Flecke **auf Kosten der Säumigen** ausgeführt werde.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 15. Mai 1892. 1—3

Z. 97998
V.

Kundmachung.

(Varianten-Project der Theilstrecke „Westbahnhof-Südbahn" der Wiener Stadtbahn [Gürtellinie]).

Zufolge Erlasses der hohen k. k. nied.-österr. Statthalterei vom 17. Mai 1892, Z. 31367, hat der Herr Handelsminister mit dem Erlasse vom 15. Mai 1892, Z. 1505, die Einbeziehung des generellen Variantenprojectes der k. k. General-Inspection der österreichischen Eisenbahnen für die Theilstrecke „Westbahnhof-Südbahn" der Gürtellinie der Wiener Stadtbahn in die Tracenrevision hinsichtlich dieser Stadtbahnlinie angeordnet.

Dieses Project weicht insbesondere in Bezug auf die Anlage der Haltestelle beim Westbahnhofe, ferner auf die Tracenführung nächst der Mariahilferlinie, bei der Wienflussübersetzung und bei Matzleinsdorf—Meidling von dem Projecte ab, welches in der Zeit vom 6. bis einschließlich 13. d. M. zur Einsichtnahme aufgelegen ist.

Gemäß § 3 der Handelsministerialverordnung vom 25. Jänner 1879, R.-G.-Bl. Nr. 19, **liegt das obenerwähnte generelle Variantenproject vom 20. bis einschließlich 27. d. M.** während der gewöhnlichen Amtsstunden von 8 bis 2 Uhr im Rathhause, Stiege 7, 1. Stock im Sectionszimmer Nr. 2 des Gemeinderathes zu jedermanns Einsicht auf und werden allfällige Bemerkungen vom Wiener Magistrate im Magistrats-Departement V entgegengenommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 18. Mai 1892. 1—3

Z. 79771
XI.

Kundmachung.

(Stiftung für verarmte Gewerbs- und Handelsleute.)

Von dem Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiemit bekanntgemacht, dass im Monate Juli 1892 die halbjährigen Interessen der **Baron Moriz Wodianer'schen Stiftung** im Betrage von 973 fl. 20 kr. zur Vertheilung gelangen werden.

Anspruch auf eine Unterstützung aus dieser Stiftung haben ohne ihr Verschulden verarmte Gewerbs- und Handelsleute ohne Rücksicht auf die Confession oder Heimatsberechtigung; dieselben müssen jedoch in Wien wohnhaft sein. Diejenigen, welche für eine Familie zu sorgen haben und nicht kinderlose Witwen, die ein Gewerbe betreiben, haben unter gleichen Verhältnissen den Vorzug.

Bewerber um obige Stiftung haben ihren Gesuchen den Tauf-, respective Geburtsschein, den Trauungsschein und die Tauf-, respective Geburtszettel der Kinder, ferner den Gewerbeschein oder das Concessionsdecret, den Erwerbsteuerschein und ein legales Mittellosigkeitszeugnis, Witwen aber noch außerdem den Todtenschein des Gatten beizulegen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind längstens bis 28. Mai 1892 im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Wien, am 28. April 1892. 3—3

G.-Z. 79772
XI.

Kundmachung.

(Stiftung für verarmte, kränkliche Gastgeberswitwen.)

Von dem Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiemit bekannt gemacht, dass am 24. Juni 1892 die Interessen der Johann Stettner'schen Stiftung im Betrage von 81 fl. 15 kr. an fünf Gastgeberswitwen in Wien, die kränklich und ohne ihr Verschulden verarmt sind, zur Vertheilung gelangen werden.

Bewerberinnen um eine Betheilung aus dieser Stiftung haben ihren Gesuchen den Tauf-, Geburts-, Trauungs- und Heimatschein, die Tauf-, Geburts-Zeugnisse der Kinder, den Todtenschein des Gatten, den Rathschlag über die erfolgte Wirtsconcessionszurücklegung, ein ärztliches Parere über ihre Kränklichkeit, sowie ein legales Armutszeugnis, in welchem der Umstand, dass sie ohne ihr Verschulden verarmt sind, bestätigt erscheint, beizulegen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind längstens bis 20. Mai 1892 im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Wien, am 30. April 1892. 3—3

Inhalt.

Gemeinderath: Seite

Sitzungen des Gemeinderathes 1191

Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 17. Mai 1892.

Inhalt:

Mittheilungen des Vorsitzenden:

1. Entschuldigung des Bürgermeisters wegen Fernbleibens . . . 1191
2. Spende der „Berliner Liedertafel" 1191
3. Spende des Herrn Friedrich Nagel 1191
4. Spende des Herrn Hofrathes Josef Auer 1191
5. Beurlaubung des Gem.-Rathes Trambauer 1191
6. Resignation des Magistrats-Rathes Schnitt auf seine Stelle im Bezirksschulrathe 1191
7. Dank der Wiener Freiwilligen Rettungs-Gesellschaft . 1191

Einlauf:

8. Petition des Vereines für erweiterte Frauenbildung um Bewilligung eines Ehrengrabes für Ida Pfeiffer. (Gem.-Rath Herrdegen) 1191

Interpellationen:

9. Gem.-Rath Kraetschmer, betreffend das Gutachten der Bezirksvertretung bei Verleihung von Wirtsconcessionen 1191
10. Gem.-Rath Bärtl, betreffend die Verzögerung der Ausführung der Nutzwasserleitung für den Central-Viehmarkt 1192
11. Gem.-Rath Edlhofer, betreffend die Anschüttung des für den Bau des Seuchenhofes bestimmten Platzes beim Central-Viehmarkt 1192
12. Gem.-Rath Gregorig, betreffend die Einstellung gewerblicher Arbeit in der Musik- und Theater-Ausstellung während der Nachmittagsstunden an Sonntagen 1192
13. Gem.-Rath Bachofen v. Echt, betreffend die Regulierung der Straßen jenseits der Kaiser Franz Josef-Jubiläumsbrücke . . . 1192
14. Gem.-Rath Meißl, betreffend die Verfassung eines Kataloges rücksichtlich der in der städtischen Abtheilung der Musik- und Theater-Ausstellung exponierten Gegenstände 1192

Anträge:

15. Gem.-Rath Meißl, betreffend die Ermäßigung des Eintrittspreises in die Musik- und Theater-Ausstellung für Volks-, Bürger- und Mittelschüler 1192
16. Gem.-Rath Eigner, betreffend die Revision der Uferbauten des Alsbaches 1193
17. Derselbe, betreffend die Vermehrung der öffentlichen Anstandsorte im XVII. Bezirke 1193
18. Gem.-Rath Kraetschmer, betreffend die Eröffnung der Karmarschgasse und die Erweiterung des Linienwall-Durchbruches bei der Laurenzigasse im X. Bezirke 1193
19. Gem.-Rath Röhrl, betreffend Maßregeln zur Verhütung von Unglücksfällen bei Anwendung von Hängegerüsten 1193
20. Gem.-Rath Slama, betreffend unentgeltliche Überlassung von Hochquellenwasser an das Rudolfinum in Ober-Döbling 1193

Referate:

21. Vice-Bürgermeister Dr. Richter, betreffend die Übernahme der Besorgung der öffentlichen und der privaten Beleuchtung durch die Gemeinde 1193
22. Gem.-Rath Wurm, betreffend die Baulinienänderung für die Weinhauserstraße und Rötzergasse im XVII. Bezirke 1201
23. Derselbe, betreffend die Bewilligung zur Herstellung von Bauten unter erleichterten Bedingungen in Lainz, Einsiedeleigasse, für Rosa Peydl 1206
24. Gem.-Rath Dr. Huber, betreffend die Vornahme von Adaptierungen im ehemaligen Gemeinde- und Armenhause in Gaudenzdorf zum Zwecke der Errichtung einer Bürgerschule 1206
25. Gem.-Rath Boschan, betreffend die Bewilligung eines Zuschusscredites zur Ausgabs-Rubrik „Öffentliche Armenpflege" 1208
26. Gem.-Rath Meißl, betreffend die Subventionierung der Kleinkinderbewahranstalt in Kaisermühlen 1208
27. Gem.-Rath Dr. Lederer, betreffend den Antrag des Gem.-Rathes Grünbeck wegen Herstellung einer Gartenanlage auf der Area des aufgelassenen Hernalser Friedhofes 1209
28. Gem.-Rath Witzelsberger, betreffend die Subventionierung der freiwilligen Feuerwehr in Nussdorf 1209

Beschluss-Protokoll der vertraulichen Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom 17. Mai 1892.

Inhalt:

1. Gem.-Rath Boschan, betreffend einer Gnadengabe 1210

Stadtrath:

Sitzung des Stadtrathes 1210

Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 13. Mai 1892 1210

Allgemeine Nachrichten:

Approvisionierung:

Borstenviehmarkt vom 17. Mai 1892 1213

Pferdemarkt vom 17. Mai 1892 1213

Stechviehmarkt vom 19. Mai 1892 1213

Baubewegung vom 1. bis 15. Mai 1213

Gewerbeangelegenheiten:

Genossenschaftsangelegenheiten:

Genossenschaft der Webwarenzurichter 1216

Gewerbeanmeldungen 1217

Kundmachungen . . . . . 1217—1222

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** — Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.

Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. B. Wallishausser's** k. u. k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Otto Maaß (Haasenstein & Vogler), Wien, I., Wallfischgasse 10.

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag 4 Uhr Nachmittags.

Nr. 40. Dienstag, den 24. Mai 1892. Jahrgang I.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl., „ „ mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom 20. Mai 1892 unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Johann Nep. Prix und des Vice-Bürgermeisters Dr. Franz Borschke.

Bürgermeister Dr. Prix: Ich erkläre die Sitzung für eröffnet.

1. Die Herren Gem.-Räthe Röhrl, Dehm und Kreindl entschuldigen ihr Ausbleiben.

2. Herr Gem.-Rath Walther ersucht um einen einmonatlichen Urlaub vom 22. Mai ab.

Keine Einwendung.

3. Der Ortsschulrath des XVIII. Bezirkes zeigt an, dass Herr Theodor Bindtner, Spediteur, der Knabenvolksschule in Wien, XVIII. Bezirk, Josefigasse Nr. 19, 1100 Speisemarken zur Vertheilung an dürftige Schulkinder gespendet hat.

Wird der Dank votiert.

4. Oberlehrer Heiden hat anlässlich der Verleihung des Bürgerrechtes 100 fl. zur Bekleidung armer Schulkinder des VII. Bezirkes gespendet.

Wird der Dank votiert.

5. Ich habe die Ehre, folgende Interpellation zu beantworten. Herr Gem.-Rath Gregorig hat mich betreffs der Arbeiten auf einer Tambouriermaschine in der Musik- und Theater-Ausstellung interpelliert. Ich habe die Ehre, hierauf zu erwidern, dass ich diesen Gegenstand als in den Wirkungskreis der politischen Behörde fallend als Anzeige dem Magistrate abgetreten habe.

6. Weiters eine Interpellation des Herrn Gem.-Rathes Kraetschmer, ob der Bürgermeister davon Kenntnis habe, dass auf vom Bezirksausschuss gefasste Beschlüsse vom Magistrate bei Verleihung von Gewerben keine Rücksicht genommen werde. Hierauf habe ich die Ehre, zu erwidern, dass nach § 2 der provisorischen Geschäftsordnung für den Bezirksausschuss die Äußerung über die angesuchten Gewerbsconcessionen und Transferierungen von demselben anzugeben sind, dass aber der Magistrat als politische Behörde nach den bestehenden Vorschriften im eigenen Wirkungskreise zu entscheiden hat.

7. Weiters liegt vor die Interpellation des Herrn Gem.-Rathes Bachofen v. Echt, betreffend die Kaiser Franz Josef-Regierungsjubiläumsbrücke über den Donaucanal wegen Herstellung der Straße in der Nähe derselben. Nach den gepflogenen Erhebungen erlaube ich mir Folgendes mitzutheilen: Es ist wiederholt in dieser Richtung eine Anregung gegeben worden. Da jedoch die beabsichtigte Schaffung neuer Communicationen im Hinblicke auf die hohen Anforderungen der betreffenden Grundeigenthümer voraussichtlich auf längere Zeit verschoben werden muss, hat der Magistrat am 29. Jänner den Antrag gestellt, der Stadtrath wolle der Ausführung eines Provisoriums zustimmen und die Einstellung eines Betrages von 14.000 fl. hiefür in das Pflasterpräliminare pro 1892 genehmigen. Diesem Antrage hat der Stadtrath am 11. Mai die Zustimmung ertheilt, und es werden daher für die Ausführung des Provisoriums die Bedingungen festgestellt werden, unter welchen die Grundeigenthümer die Benützung der Straßen überlassen. Über das Resultat wird dem Gemeinderathe Bericht erstattet werden.

8. Eine Interpellation des Gem.-Rathes Edlhofer betrifft die Anschüttung des Seuchenhofterrains am Viehmarkte. Die Erhebungen haben Folgendes ergeben: Der Stadtrath hat mit Beschluss vom 29. September 1891 die Arbeiten zum Zwecke der Anschüttung des Seuchenhofterrains auf dem Wiener Central-Viehmarkte genehmigt und eine Entlohnung von 5 kr. ö. W. per Fuhr Anschüttungsmateriale bewilligt. Dieser Beschluss wurde durch einen Bericht des Stadtbauamtes veranlasst, wonach zur vorerwähnten Anschüttung ein Erdmateriale per 175.000 m^3

gleich 146.000 Fuhren erforderlich wäre, welches Materialquantum bei Vergebung an einen Unternehmer der Gemeinde bedeutende Kosten verursacht haben würde. Die Erdarbeiten für die Fundierung der seinerzeit zu erbauenden Gebäude auf diesem Terrain werden durch diesen Vorgang allerdings etwas größer, als wenn selbe in nicht angeschüttetem Terrain vorgenommen werden würden. Die hiefür auflaufenden Kosten sind aber gegenüber den Ersparungen, welche durch den jetzigen Vorgang der Anschüttung erzielt werden, so bedeutend, dass selbe nicht in Betracht kommen können und den Stadtrath zu oben angeführtem Beschlusse bestimmt haben. Hiedurch wird der Gemeinde derzeit bloß eine Auslage von circa 8000 fl. verursacht, während im Falle der Anschüttung dieses Terrains erst nach erfolgter Herstellung der einzelnen Gebäude daselbst diese Arbeit nach der Meinung des Stadtbauamtes gewiss das sechsfache kosten würde.

9. Interpellation des Gem.-Rathes Bärtl, warum die Nutzwasserleitung beim Lagerhause noch immer nicht in Angriff genommen ist. Ich habe die Ehre, hierauf zu erwidern, dass am 7. April 1892 der Stadtrath das Project genehmigt hat. Mit Statthalterei-Erlass vom 23. April 1892 ist mitgetheilt worden, dass die Bewilligung zur Inangriffnahme bereits in Rechtskraft erwachsen ist. Am 4. Mai 1892 wurde die Offertverhandlung ausgeschrieben, am 20. Mai 1892 wird das Ergebnis der Offertverhandlung vorliegen. Es ist daher die Angelegenheit im vollsten Zuge. Ich bitte, die Einläufe zu verlesen.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh verliest nachstehende Einläufe:

10. Interpellation des **Gem.-Rathes Matzenauer:**

Längs der gegen den Schottenring zugekehrten Front des Mölkerhofes wird derzeit nach den Mittheilungen der dabei Beschäftigten im Auftrage des Stadterweiterungs-Fonds an der Errichtung einer Abplankung gearbeitet, durch welche das längs der erwähnten Front laufende Trottoir, — welches an der Stelle des bestandenen Mölkersteiges den Zugang zu dem höher gelegenen Theil dieses Mölkersteiges vermittelt — welches als öffentliche Straße benützt wird, abgesperrt und der öffentlichen Benützung entzogen werden soll.

Die Gefertigten erlauben sich, folgende Interpellation zu stellen:

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, die zur sofortigen Wiederherstellung des bisherigen Zustandes erforderlichen, im Interesse des öffentlichen Verkehrs gebotenen Maßregeln zu treffen?

Bürgermeister: Nach erfolgten Erhebungen werde ich sofort die geeigneten Schritte einleiten.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

11. Interpellation des **Gem.-Rathes Steiner:**

In der Sitzung des Gemeinderathes vom 26. Juni 1891 wurde beschlossen, den Betrag von 20.000 fl. als letzte unüberschreitbare Rate für die Fertigstellung der Restauration in Baumgarten zu bewilligen. Dessenungeachtet wurde in der Stadtrathssitzung vom 21. August 1891 ein weiterer Betrag von 626 fl. zum Ankaufe eines Eiskastens bewilligt, und habe ich daher in der Gemeinderathssitzung vom 2. November 1891 verschiedene, eine weitere Überschreitung der Einrichtungskosten bezweckende Anträge gestellt.

Diese Anträge wurden dem Stadtrathe zugewiesen. Der Stadtrath hat hierüber bisher nicht berichtet, im Gegentheil wurde zu meiner Überraschung in der Stadtrathssitzung vom 6. Mai 1892 ein weiterer Betrag von 3408 fl. 96 kr. für verschiedene Herstellungen im Restaurationsgebäude in Baumgarten bewilligt.

Dieses Vorgehen des Stadtrathes ist geradezu ein unqualificierbares, derselbe setzt sich mit seinem Beschlusse ohne Berechtigung über den Willen des Gemeinderathes leichtfertig hinweg, obwohl er durch den ihm vorliegenden Antrag vom 2. September 1891 bereits bei näherer Dafürhaltung davor gewarnt war, weitere Kostenüberschreitungen für die Restauration in Baumgarten zu bewilligen.

Ich frage daher:

1. Ist der Herr Bürgermeister in der Lage, die Namen jener Stadträthe bekanntzugeben, welche bei der Sitzung vom 2. Mai 1892 für die gedachten Mehrausgaben per 3408 fl. 96 kr. gestimmt haben, oder übernehmen alle damals anwesenden Mitglieder des Stadtrathes diese sämmtliche Verantwortung für den erwähnten Beschluss?

2. Warum hat der Stadtrath über meinen Antrag vom 2. September 1891 bisher nicht Bericht erstattet?

Bürgermeister: Ich habe die Ehre, zu erwidern, dass über den Antrag des Gem.-Rathes Steiner der Stadtrath Beschluss gefasst hat, und was die Nennung der Namen anbelangt, so bin ich nicht in der Lage mitzutheilen, wer dafür, wer dagegen gestimmt hat; das enthält auch nicht das Protokoll. (Gem.-Rath Steiner meldet sich zum Worte.) Ich bitte, nach der Geschäftsordnung kann bei einer Interpellation eine Debatte nicht stattfinden.

Gem.-Rath Steiner: Ich bitte nur zu einer Aufklärung um das Wort.

Bürgermeister: Vielleicht später.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

12. Interpellation des **Gem.-Rathes Purscht:**

Nach vielfachen Klagen, sowie nach eigener Erfahrung, sehe ich mich veranlasst, dem sehr verehrten Herrn Bürgermeister bekanntzugeben, dass seit letzterer Zeit an den Waggons der Wiener Tramway-Gesellschaft neue Federn angebracht sind, welche während der Fahrt ein heftiges Schütteln und Stoßen verursachen. Erwähnte Gesellschaft hat sich nicht nur erlaubt, den Preistarif in die Höhe zu schrauben, selbe trachtet auch durch obigen Übelstand und Überfüllung der Waggons dem Publicum die Fahrt so unangenehm als möglich zu machen. Sollten irgend über den Bericht von Seite des Herrn Bürgermeisters Zweifel entstehen, so lade ich denselben ein, nur eine kurze Strecke in einem dieser Vehikel zu fahren, und sicherlich wird derselbe dann eine besondere Sehnsucht empfinden, alle seine Fahrten wieder in der Stadtcarosse zurückzulegen. Nachdem es aber nicht jedem gegönnt ist, einen derartigen Wechsel vornehmen zu können, stelle ich das Ersuchen an den sehr verehrten Herrn Bürgermeister:

Derselbe möge sich an die Wiener Tramway-Gesellschaft wenden, damit diesem Übelstande ehethunlichst abgeholfen wird.

Bürgermeister: Ich werde diese Interpellation dem Magistrate zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung abtreten.

13. Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh: Eine Interpellation des Herrn Gem.-Rathes Sauerborn betrifft den Hausierhandel im allgemeinen und er stellt die Frage an den Herrn Bürgermeister . . . .

Gem.-Rath Sauerborn (unterbrechend): Ich möchte doch bitten, dass die Interpellation verlesen werde.

Bürgermeister: Es ist der Antrag gestellt, dass diese Interpellation vollinhaltlich verlesen werde. Jene Herren, welche diesem Antrage zustimmen, bitte ich die Hand zu erheben. (Geschieht. Nach einer Pause.) Die Mehrheit! — Angenommen.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

Der Hausierhandel, oder richtiger, der Hausierunfug in den Straßen Wiens hat schon einen Umfang erreicht, welcher jeder Beschreibung und jeden Anstandes spottet. Auf jeder halbwegs belebten Straße sind selbst die schmalsten Gehsteige scharenweise von Hausierern verstellt, welche alle erdenklichen Artikel feilbieten und die Passanten in der zudringlichsten Weise belästigen. Selbst in der Inneren Stadt, in der Kärnthnerstraße, Rothenthurmstraße und vielen anderen Straßen verstellen diese Leute die schmalen Gehsteige, behindern die dort so lebhafte Passage, wie auch oft den Eintritt in die Geschäftslocale. Weit ärger ist es aber in den Hauptstraßen der anderen Bezirke. Wenn man an Sonntagen die Himbergerstraße betritt, glaubt man sich unwillkürlich auf einem Jahrmarkte zu befinden. Es gibt keinen Gebrauchsgegenstand, welcher dort nicht, und zwar in der schlechtesten Qualität, auf der Straße feilgeboten wird; selbst alte Hosen nicht ausgenommen. Die ansässigen Geschäftsleute, welche durch hohe Steuern und Zinse schwer belastet sind, werden dadurch schwer geschädigt, und wenn es so fortgeht, dürfte es wohl so weit kommen, dass dieselben nicht mehr im Staude sein werden, ihre Steuern zahlen zu können. Dass die meisten dieser Hausierer Fremde sind und dass kein Bedürfnis für dieselben vorhanden ist, wird wohl nicht bestritten werden können. Ebenso gereichen solche Zustände der Haupt- und Residenzstadt Wien gewiss nicht zur Zierde.

Ich erlaube mir daher an den Herrn Bürgermeister die Anfrage:

Ist ein derartiger Verkauf in den Straßen der Stadt gesetzlich begründet? Wenn nicht, ist der Herr Bürgermeister als oberster Chef der Gewerbebehörde geneigt, Verfügungen zu treffen, dass dieser Unfug eingestellt werde?

Bürgermeister: Ich habe die Ehre, hierauf zu erwidern, dass ja jeder Hausierer eine Licenz haben muss. Ich werde übrigens jedem Übelstande, den die Herren wahrnehmen, die gebürende Aufmerksamkeit schenken und den Magistrat als Gewerbebehörde verständigen.

Auch diese Interpellation, obwohl keine Thatsachen enthaltend, gebe ich an den Magistrat.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

14. Antrag des **Gem.-Rathes v. Götz** und Genossen:

Die vom 9. April d. J. datierte Kundmachung des Magistrates, durch welche auch für die neuen Bezirke XI bis XIX die regelmäßige Bespritzung der Fußwege in der ganzen Ausdehnung der Realitäten ohne Unterschied, ob dieselben gepflastert oder ungepflastert sind, angeordnet wird, hat hauptsächlich in den Bezirken mit ländlichem Charakter große Aufregung hervorgerufen, welche sich nun durch die strenge Handhabung dieser Verordnung von Seite der magistratischen Bezirksämter bis zur Unerträglichkeit gesteigert hat.

Bei dem Umstande, als in den meisten neuen Bezirken trotz wiederholten Drängens den Gemeindevertretern von Seite der Commune erklärt wurde,

a) keine Tiefbrunnen und Auslaufbrunnen aufstellen zu können, welche auch nur die dringendsten Bedürfnisse der Bevölkerung befriedigen könnten;
b) auch nur ein geringer Theil der öffentlichen Straßen und Plätze bespritzt wird, erscheint es demnach ungerecht, diese Bezirke in gleicher Weise zu behandeln wie jene, in welchen durch Wasserleitungen für alle Bedürfnisse genügend vorgesorgt erscheint.

Die von den magistratischen Bezirksämtern eingeleiteten Amtshandlungen wegen unterlassener Bespritzung der Fußwege nehmen bereits große Dimensionen an, und molestieren die Bevölkerung in ganz ungehöriger Weise, indem selbe zur Einvernahme in das Amt geladen, durch die große Ausdehnung der Bezirke weite Wege in das Amt zurückzulegen haben und hiedurch großen Zeitverlust erleiden, sowie auch durch die aufgetragenen Geldstrafen finanziell geschädigt werden.

Solange die Commune selbst nicht in der Lage ist, den neuen Bezirken Wasser zu beschaffen, müssen unbedingt für die wasserarmen Theile derselben auch andere Verordnungen erlassen werden, und beantragen die Gefertigten daher:

Der Magistrat werde beauftragt, in jenen Bezirken, wo notorisch nicht genügend Wasser zu Bespritzungszwecken vorhanden ist, die erlassene Kundmachung vom 9. April außer Kraft zu setzen, oder durch eine den Verhältnissen entsprechende Verordnung zu ersetzen.

Bürgermeister: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

15. Antrag des **Gem.-Rathes Eigner:**

Nachdem bezüglich der Ablagerungsstätten für Unrath in den neu einverleibten Bezirken Wiens ein derartiger Missbrauch und sanitärer Übelstand obwaltet, so beantrage ich:

Dass an allen diesen Orten Warnungstafeln aufgestellt und zur Hintanhaltung von Missbräuchen in jedem einzelnen Bezirke Aufsichtsorgane angestellt werden.

Um hiebei keine besondere Belastung des Communalsäckels hervorzurufen, wären zur Aufsicht Leute zu verwenden, welche mit Armengeldern betheilt, doch ein solches Amt auszuüben im Stande sind, wie es z. B. im k. und k. Augarten, Belvedere u. s. w. durch Invaliden geschieht.

Bürgermeister: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

16. Antrag des **Gem.-Rathes Eigner:**

Nachdem in den neu einverleibten Bezirken Wiens ein Mangel an Wasserabläufen in den Straßen, Gassen und auf Plätzen besteht, so beantragt der Unterfertigte:

Dass in jedem einzelnen Bezirke unter Beiziehung eines Gemeinderathes aus dem bezüglichen Bezirke durch die Bezirksvertretung (Bauamts-Abtheilung) die sich ergebenden Übelstände commissionell erhoben und dem Stadtrathe, beziehungsweise der Gemeindevertretung zur Entscheidung vorgelegt werden, dass noch im Laufe des Sommers die bezügliche Abhilfe geschaffen werde, um nicht die Straßen, Gassen und Plätze vom nicht ablaufenden Wasser noch weiter beschädigen zu lassen.

Bürgermeister: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

17. Antrag des **Gem.-Rathes Schneeweiß** und Genossen:

Spatzierer Andreas, gewesener Schuhmachermeister, im III. Bezirke, Keinergasse Nr. 10 wohnhaft, wird am 26. Juni d. J. 99 Jahre alt, ist gänzlich mittellos, bezieht eine Pfründe von monatlich 8 fl., hat das Schuhmachergewerbe mit 31. December 1864 zurückgelegt, und diente — wie sein Militärabschied vom 11. März 1825 bezeugt — beim k. k. Infanterie-Regimente Hoch- und Deutschmeister Nr. 4 durch 6½ Jahre, ferner beim damaligen Militär-Polizeiwachcorps durch 3½ Jahre zur vollsten Zufriedenheit seiner Vorgesetzten.

Die Gefertigten erlauben sich daher den Antrag zu stellen:

Der löbliche Gemeinderath wolle beschließen, es sei dem Andreas Spatzierer infolge seines hohen Alters und gänzlicher Erwerbsunfähigkeit eine Gnaden-Pfründe von jährlich 200 fl. bis an sein Lebensende zu bewilligen.

Bürgermeister: An den Stadtrath.

Ich werde aber Veranlassung treffen, dass mit Umgehung dieser Berathung wegen einer Subvention vielleicht eine nothwendige und zweckmäßige Aushilfe geschaffen werde. (Beifall.)

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

18. Antrag der **Gem.-Räthe Stiaßny** und **Herold.**

Bei der feierlichen Eröffnung der Stefaniebrücke wurde seinerzeit durch den Herrn Bürgermeister mit Recht hervorgehoben, dass nunmehr eine gerade Verkehrslinie von Schönbrunn bis zum wichtigsten Verkehrsknotenpunkt des II. Bezirkes hergestellt worden sei. In der That hat diese Linie seither eine ungemein starke Frequenz gewonnen und sie stellt sich als eine der wichtigsten Verkehrsadern des erweiterten Wien dar.

Ein Theil dieser so stark pulsierenden Verkehrsader, nämlich des oberen Theiles der Marc Aurelstraße am Ausgang auf den Hohen Markt wird durch die stark vorspringende Liebig'sche Realität in höchst gefahrdrohender Weise verengt.

Wenn man erwägt, dass an diesem hochwichtigen Verkehrsknotenpunkt sowohl Last- wie Personenwagen (Fiaker, Einspänner 2c.) stark verkehren und an der näher bezeichneten Stelle absolut kein Raum zum Ausweichen ist, wenn man weiters das stark abschüssige Terrain und die äußerst rege Frequenz durch Fußgänger in Betracht zieht, dann ist es nur ein Wunder zu nennen, dass hier noch keine schweren Unglücksfälle sich ereignet haben.

Es ist gewiss eine Anomalie, wenn die Passage an einem so überaus stark frequentierten Punkte kaum 9 m beträgt.

Wir erlauben uns daher folgenden Antrag zu unterbreiten:

Der löbliche Gemeinderath wolle beschließen, es sei unverzüglich wegen Einlösung der Liebig'schen Realität in der Marc Aurelstraße (Ecke der Salvatorgasse) das Geeignete vorzukehren und eine normale Gestaltung der Passage an der betreffenden Ecke herbeizuführen.

Bürgermeister: An den Stadtrath. — Ich ersuche den Herrn Gem.-Rath Boschan, zu referieren, es handelt sich um ein dringliches Referat.

19. Referent Gem.-Rath Boschan: Ich habe in folgender Angelegenheit zu berichten.

Es ist den geehrten Herren bekannt, dass in Ansehung der Wiener Verkehrsanlagen zwischen der Gemeinde Wien und der hohen Regierung ein Dissens besteht, welcher sich auf Folgendes zurückführen lässt. Die Herren wissen, dass die hohe Regierung zur Regulierung des Wienflusses den Beitrag von 5,000.000 fl. programmäßig zugesichert hat; über die Zeit, wann diese Zubuße von 5,000.000 fl. fällig gewesen wäre, wurde seinerzeit nichts abgemacht, es ist auch im Programm darüber nichts enthalten. Die Gemeinde hat daher selbstverständlich daran festgehalten, dass dieser

Betrag als ein in barem Gelde und zu derjenigen Zeit zu leisten ist, in welcher er gebraucht wird, d. h. nach Maßgabe des Baufortschrittes. Es ist den Herren ebenfalls bekannt, dass von Seiten der Regierung diesbezüglich eine andere Ansicht besteht und die Vorlage, welche im hohen Abgeordnetenhause eingebracht wurde, dahin geht, dass dieser Betrag nur in Obligationen zum pari-Course zugezählt und erst vom Jahre 1898 an verzinslich zur Verfügung gestellt werde. Wenn es nun allerdings im freien Belieben der Regierung steht, zu sagen, dass sie vom hohen Reichsrathe sich die Verzinsung erst von einem späteren Zeitpunkt an bewilligen lässt, so steht es doch meiner Meinung nach nicht im freien Belieben der Regierung, insofern sie an dem Programm festzuhalten gedenkt, die Zahlung der Gemeinde Wien gegenüber auf einen beliebigen späteren Zeitpunkt zu verschieben; denn sonst würde es ja die Regierung in ihrer Gewalt haben, mit dem gleichen Rechte als sie sagt: Es wird vom Jahre 1898 ab verzinst, auch zu sagen: Es wird vom Jahre 1920 ab oder noch später verzinst (Sehr richtig!), und sie würde auf diese Art den Wert der Beitragsleistung von 5,000.000 fl. auf eine bedeutend niedrigere Summe herabdrücken oder fast ganz illusorisch machen können.

Es wurde nun diesbezüglich im Abgeordnetenhause von Seiten eines Vertreters ein Antrag zu Gunsten der Stadt Wien gestellt, derselbe wurde jedoch, nachdem sich die hohe Regierung dagegen ausgesprochen hatte, vom Hause abgelehnt. Es wird nunmehr von Seiten des Stadtrathes der Antrag gestellt: Der Gemeinderath von Wien möge sich in einer Petition an das hohe Herrenhaus des Reichsrathes wenden, mit der Bitte, sich der Interessen der Stadt Wien in dieser Beziehung anzunehmen.

Ich bitte, diesem Antrage zuzustimmen, und erlaube mir die Hoffnung auszusprechen, dass das hohe Herrenhaus, welches schon bei wiederholten Anlässen sich als die felsenfeste Burg der Gerechtigkeit gezeigt hat, auch in diesem Falle das gerechte Ansuchen der Stadt Wien befürworten werde, und dass, wenn an so hoher Stelle der Regierung gesagt wird, was man für recht hält, auch den berechtigten Anforderungen der Stadt Wien Genüge geschehen wird. (Lebhafter Beifall.)

Gem.-Rath Dr. Lueger: In Anbetracht der Dringlichkeit dieses Gegenstandes gebe ich im Namen meiner Partei die kurze Erklärung ab, dass wir einstimmig für den Antrag des Stadtrathes eintreten. (Lebhafter Beifall.)

Bürgermeister: Wünscht noch jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall, ich ersuche die Herren, welche für den Antrag des Stadtrathes sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich constatiere die einstimmige Annahme dieses Antrages. (Lebhafter Beifall.)

Es wurde daher beschlossen, eine Petition an das hohe Herrenhaus des Reichsrathes mit der Bitte zu richten, sich der Interessen der Stadt Wien hinsichtlich der Beitragsleistung des Staates zu den Kosten der Wienfluss-Regulierung anzunehmen.

Gem.-Rath Dr. Lueger (zur Geschäftsordnung): Ich habe mir geschäftsordnungsmäßig deswegen das Wort erbeten, weil mir eine Liste der Sitzungen für die nächste Woche zugekommen ist, aus der ich entnehme, dass es eigentlich nothwendig sein wird, hier im Rathhause Betten für die Mitglieder des Gemeinderathes aufzuschlagen (Heiterkeit), damit wir wenigstens ein paar Stunden Schlaf genießen können. Es soll Montag abends um $^1/_2$5 Uhr, Dienstag um 10 Uhr vormittags und um $^1/_2$5 Uhr nachmittags, Mittwoch um 10 Uhr vormittags und $^1/_2$5 Uhr nachmittags — Donnerstag ist in den Schulen auch Feiertag, bei uns ist er also auch frei — Freitag um $^1/_2$5 Uhr nachmittag, Samstag um 10 Uhr vormittags und $^1/_2$5 Uhr nachmittags Sitzung gehalten werden. Ich würde nun an den Herrn Bürgermeister folgende Bitte richten. Es ist vielen Mitgliedern meiner Partei und auch gewiss vielen Mitgliedern der Majorität des Wiener Gemeinderathes, welche Geschäftsleute sind oder in Beamten- und Lehrerstellen sich befinden, ganz und gar unmöglich, den Vormittagssitzungen beizuwohnen. Ich fürchte daher auch sehr, dass eventuell die Vormittagssitzungen entweder sehr spät oder gar nicht beschlussfähig werden. Ich sehe ein, dass die Angelegenheit außerordentlich dringlich ist und würde mich bereit erklären, im Namen meiner Partei, mit der ich mich in kurzem Wege ins Einvernehmen gesetzt habe, dass einige Nachmittags- oder Abendsitzungen in der Form abgehalten werden, wie es zu wiederholtenmalen der Fall war, nämlich von $^1/_2$5 bis 8 Uhr und dann eine kleine Pause, in der uns die Möglichkeit gegeben wird, eine kleine Erholung zu nehmen und dass dann weiter fortgesetzt wird, eventuell bis Mitternacht. Wir wollen unsere Pflicht erfüllen, aber es soll uns auch die Möglichkeit gegeben werden, unserer Pflicht nachkommen zu können. Das ist die Bitte, welche ich mir an den Herrn Bürgermeister zu richten erlaube, damit in diesem Sinne eventuell von dieser Maßnahme Umgang genommen werde.

Bürgermeister: Verehrte Herren! Die Sache ist von dem Herrn Vorredner selbst als eine äußerst dringliche anerkannt worden. Es hat nach Aufstellung der Projecte das Bauamt sofort die Berathungen gepflogen und Beschlüsse gefasst in ungeheuer kurzer Zeit, ebenso schon gestern der Magistrat. Die Anträge sind lithographiert, und werden die Herren Gemeinderäthe bereits die Zustellungen haben oder werden sie bekommen. Morgen wird der Stadtrath berathen, vor- und nachmittag, bis er fertig wird. Es muss seitens des Stadtrathes morgen eine Entscheidung gefällt werden, so dass es möglich ist, die Berathungen Montag zu beginnen. Nun bitte ich, meine Herren! ich habe ja keine Idee, wann wir mit diesen Berathungen fertig werden; ich habe nur die nächste Woche, mit Ausnahme von Donnerstag — welcher ein Feiertag ist — Zeit, um diese Berathungen zu Ende zu führen. Montag über acht Tage, das ist am 30., beginnt die Tracenrevision; bei der Tracenrevision müssen wir schon fertige Beschlüsse haben. Um eine Verlängerung der Frist kann doch unmöglich der Gemeinderath ansuchen, nachdem ich mich ohnehin bemüht habe, eine vierzehntägige Fristerstreckung zu erlangen. Es war nämlich geplant, dass am 16. Mai die Tracenrevision beginne, so dass man uns nur drei Tage Zeit zu allen diesen Arbeiten gelassen hätte. Das habe ich für eine Unmöglichkeit erklärt und um vierzehn Tage Erstreckung gebeten, die mir auch gewährt worden sind.

Nun muss uns aber daran liegen, diese Frist einzuhalten; es ist allerdings sehr misslich, vormittags Sitzungen zu halten, aber in Aussicht genommen muss das doch werden. Werden wir früher fertig, dann können ja die übrigen Sitzungen entfallen; die Anordnung dieser Sitzungen gilt ja nur für den Fall, als wir sie brauchen. Sind wir z. B. Dienstag fertig, so entfallen jedenfalls die Sitzungen am Mittwoch und es geht die geordnete Verhandlung weiter; aber ich glaube, wir sollten das Opfer in diesem Falle bringen und sollten es

einmal mit einer Sitzung am Montag vormittag probieren, vielleicht geht es doch in kürzerer Zeit (Rufe: Für Montag vormittag ist keine Sitzung angeordnet!). Also Montag nachmittag, Dienstag und Mittwoch; vielleicht sind wir Dienstag fertig; ich würde also glauben, dass wir doch bei diesem Programme bleiben sollen. (Gem.-Rath Gregorig: Wir sind ja keine bezahlten Stadträthe!) Wir haben auch keine Stadtraths-Sitzungen infolge dessen, mit Ausnahme des Freitags. Ich glaube es ist gefährlich, nur Abendsitzungen zu halten, weil wir im günstigsten Falle hier fünf Sitzungen halten könnten. Ich überlasse es übrigens ganz und gar der Anschauung der geehrten Herren, in der einen oder anderen Richtung zu entscheiden, und werde wir nur erlauben, um diese Meinung einzuholen, meine Anträge zur Abstimmung zu bringen.

Jene Herren, welche mit meinem Vorschlage einverstanden sind, dass wir die Sitzungen so anordnen, wie sie bekanntgegeben sind, wollen aufstehen. (Geschieht. — Nach vorgenommer Auszählung:) Es ist die Minderheit; ich werde also Montag abends eine Sitzung anordnen, aber ich bitte, diese Sitzung wird nicht um $^1/_2$8 Uhr enden, sondern wird fortgesetzt werden, ebenso Dienstag. Ich behalte mir aber vor, je nach dem Fortgange der Debatten am Montag und Dienstag an den folgenden Tagen, wenn es nothwendig sein wird, Vormittags- und Abendsitzungen anzuordnen.

20. Ich ersuche den Herrn Vice-Bürgermeister Dr. Richter, zu referieren. Wir setzen die Debatte über die Anträge des Stadtrathes, betreffend die Übernahme der Beleuchtung durch die Gemeinde, fort.

(Vice-Bürgermeister Dr. Richter tritt an den Referententisch.)

Gem.-Rath Ferd. Mayer: Meine Herren! Nach dem uns vorliegenden Referat und den Anträgen des Herrn Referenten geht ganz klar und deutlich hervor, dass es diesmal die Gemeinde ernst meint, mit der Gesellschaft gänzlich aufzuräumen und den Vertrag nicht mehr zu erneuern. In den Anträgen wird gesagt, und auch in dem Arbeitsprogramme des Bauamtes und des Magistrates wird darauf hingewiesen, dass, wenn die Gemeinde Wien die Gaswerke in eigene Regie übernehmen will, keine Zeit zu verlieren ist und man rasch arbeiten muss und nicht bis zum Jahre 1895 warten kann. Meines Erachtens sind also die Anträge des Referenten anzunehmen.

Ich habe mich auch deshalb zum Worte gemeldet, weil ich der Anschauung bin, dass, wenn die Gemeinde in dieser Frage ernst vorgehen und wirklich bauen will, der erste Theil des Antrages, Punkt A, ganz überflüssig ist, wo nämlich der Bürgermeister damit betraut werden soll, an die Gesellschaft das Ersuchen zu richten, dass sie in eine frühere Schätzung einwillige. Meine Herren! Wir, das Präsidium und die ganze Bevölkerung weiß, dass die Gesellschaft von ihrem Rechte nicht ein Jota aufgeben wird und wenn man das im vorhinein weiß, so halte ich es für ganz überflüssig, ja für gefährlich, wenn so etwas geschieht. Dass Ernst gemacht werden soll, wird die Gesellschaft aus der ganzen Haltung des Stadtrathes entnehmen und es ist daher heute überflüssig zu beschließen, dass der Herr Bürgermeister beauftragt werde, derartig an die Gesellschaft heranzutreten. Was soll denn damit erreicht werden?

Was hat man denn davon, wenn wir die Gaswerke einlösen. Heute liegen die Gaswerke mitten in der Stadt, wie z. B. das Fünfhauser oder das Erdberger Gaswerk oder das im II. Bezirke. Ja, meine Herren, diese Werke haben eine ganz eigenthümliche Situation, sie sind dort heute gar nicht mehr am Platze, und ich bin überzeugt, wenn wir den Vertrag nicht hätten, so hätten wir die Gesellschaft längst dazu verhalten, ihre Gaswerke hinaus zu verlegen. Diese Gaswerke zu schätzen und abzulösen, hat eigentlich für die Gemeinde gar keinen Wert, im Gegentheil, es wäre hinausgeworfenes Geld, denn wir sind heute in einer ganz anderen Lage, meine Herren! Wir haben das vergrößerte Wien, wir bekommen die neuen Verkehrsanlagen, wir haben draußen Terrain gewonnen und haben jetzt billigen Grund draußen, wir können also die Gaswerke an die Peripherie hinaus verlegen und die Tracen von dort herein zu den Gasbehältern führen, die wir in allen Bezirken aufstellen werden. Das Gas können wir also draußen erzeugen und die Stadt wird dann nicht durch den Rauch und Gestank behelligt.

Ich halte also die Ablösung der Gaswerke für ganz überflüssig und es ist daher nebensächlich, ob die Gesellschaft auf eine frühere Schätzung eingehen will oder nicht. Wir können diese Gaswerke gar nicht kaufen, denn wir wollen doch nicht unser gutes Geld für Gaswerke ausgeben, die eine derartige Situation haben. Dass die Gemeinde Wien die Gasbeleuchtung in eigener Regie durchführen wird, davon bin ich vollkommen überzeugt und für mich liegt die Beruhigung in Folgendem: Wie es sich darum gehandelt hat, den Vertrag zu kündigen, waren unter den Hauptopponenten gegen die Kündigung Herr Dr. Prix und Herr Dr. Borschke, der heutige Bürgermeister und Vice-Bürgermeister. Sie haben damals die Einwendung bezüglich der Rohrfrage gemacht.

Es ist damals allerdings von unserer Seite gesagt worden, die Frage wird sich von selbst lösen. Wenn gekündigt wird, müssen die Engländer heraus. Die andere Seite, die Majorität, war aber einer anderen Anschauung und hat dem Standpunkte der beiden Herren Rechnung getragen. Es wurde der Präjudicialprocess angestrengt und auch zu Gunsten der Gemeinde durchgeführt, also es liegt heute — diese Beruhigung habe ich, und ich glaube jeder der einzelnen Herren wird von der Anschauung ausgehen — kein Grund vor, mit der Gasgesellschaft neuerlich zu pactieren oder einen neuerlichen Vertrag abzuschließen, da wir ja ganz gewiss das eine mit Beruhigung sagen können, dass wir uns Gaswerke selbst herstellen können. Wir geben die Millionen allerdings aus, aber sie bleiben hier, im Lande, in der Stadt, es wird unsere Bevölkerung verdienen, es werden unsere Fabriken, Maschinenfabriken verdienen, kurz, das ganze ausgegebene Geld bleibt hier. Das Geld, welches dann für das in eigener Regie erzeugte Gas ausgegeben wird, bleibt auch hier, es wird nicht hinausgehen nach England; also es handelt sich um eine Arbeit, die eminent im allgemeinen Interesse ist. Ich bin daher der Meinung, dass der Antrag des Collegen Dr. Lueger angenommen werde, dass wir aber den Punkt 2 zu Punkt 1 machen, um heute schon die Ziffer vor Augen zu haben. Was wird heute als Wert der bestehenden Gaswerke angenommen? Das soll aber keinen anderen Zweck haben, als den, dass wir wissen, welchen Wert unsere Sachverständigen annehmen, um darnach urtheilen zu können, wieviel wir dann für die neuen Gaswerke mehr ausgeben müssen und was wir dann mehr zahlen müssten, als der wirkliche Wert der Gaswerke ist. Dazu brauchen wir keine Bewilligung, das Stadtbauamt ist in der Lage, alle Tage das zu sagen, weil es aus den periodischen Revisionen die ganzen Baulichkeiten kennt. Aber für uns hat das überhaupt keinen Wert. Wenn wir also darangehen, die Frage ernstlich zu behandeln, bin ich der Meinung, dass wir in der Weise vorgehen und solche Anträge stellen sollen, dass die Engländer keinen Zweifel darüber

hegen und von Haus aus wissen, dass wir mit ihnen nichts zu thun haben wollen.

Ich unterstütze also den Antrag des Herrn Collegen Dr. Lueger, dass die Anträge angenommen werden, wie sie vorliegen, mit Ausnahme des ersten Absatzes in Punkt A der Anträge des Herrn Referenten.

Gem.-Rath Djörup (zur Geschäftsordnung): Ich beantrage in Anbetracht des Umstandes, dass noch 15 Herren für das Referat des Herrn Vice-Bürgermeisters Dr. Richter vorgemerkt sind, Schluss der Debatte.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke (welcher während vorstehender Rede den Vorsitz übernommen hat): Es ist Schluss der Debatte beantragt. Die Herren, welche damit einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause.) Schluss der Debatte ist mit 43 gegen 27 Stimmen angenommen.

Gem.-Rath Beutnitz (zur Geschäftsordnung): Nachdem sämmtliche Redner als pro-Redner eingetragen sind, so erlaube ich mir den Antrag auf die Wahl von Generalrednern zu stellen.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Es können wohl keine Generalredner, sondern höchstens ein Generalredner gewählt werden, da alle Redner pro eingetragen sind.

Referent: Herr Gem.-Rath Dr. Linke ist contra.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Dann bitte ich die Herren, die einverstanden sind, dass Generalredner gewählt werden, aufzustehen. (Geschieht.) Ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause.) Der Antrag ist abgelehnt. (Heiterkeit und Beifall links.)

Gem.-Rath Hawranek: Meine Herren! Am 17. d. M. war im Szeps'schen „Tagblatt" zu lesen, dass die Commune Wien viel mehr profitieren würde, wenn sie, statt die Gasbeleuchtungswerke zu schätzen und zu übernehmen, mit der Gasbeleuchtungs-Gesellschaft wieder den Vertrag bis 1910 verlängern würde. Es wurde unter anderem erwähnt, dass die Vororte andere Verträge mit ihr abgeschlossen haben, und dass man ferner auch auf die elektrische Beleuchtung Rücksicht nehmen soll, damit man nicht fortwährend Gas brennen müsse. Ich habe mich gewundert, denselben Tag abends, wie hier die Debatte über den Gegenstand war, dass Dr. Rechansky in demselben Sinne gesprochen hat.

Warum das Tagblatt für die Gasgesellschaft so schreibt, ist begreiflich, weil es wahrscheinlich dafür gezahlt wird. Aber wie ein Gemeinderath der Stadt Wien, ein Vertreter der Commune, so etwas nachzureden sich traut, dazu gehört wirklich ein großer Muth, um das in einer öffentlichen Sitzung vorzubringen.

Meine Herren! Ich bin der Ansicht, dass man mit einer solchen Contrahentin — die Gasgesellschaft ist doch eine Contrahentin der Commune Wien — nicht mehr verkehren kann, die sich so schroff der Commune gegenüberstellt. Ich möchte den Contrahenten, die Gewerbsleute sind, nicht rathen, mit der Commune so zu sprechen. Es ist doch alles eins, ob man es mit einem Gewerbe-Contrahenten oder mit einem Contrahenten für die Beistellung der Gasbeleuchtung zu thun hat.

Was die ehemaligen Vororte betrifft, ist im Vertrage für dieselben nichts anderes enthalten als für die Stadtbezirke. Was die Schätzung anbelangt, so ist unter anderem im Szeps'schen „Tagblatt" gestanden, daß wir das Gas viel billiger bekommen könnten.

Was wird denn geschätzt? Die Gaswerke! Die sind hübsch alt und hübsch übertragen! (Heiterkeit.) Was lachen Sie! Und was wird noch geschätzt? Die Rohre! Unter anderem hat das Tagblatt auch geschrieben, dass man die Röhren dann billig bekommt, dass man sie erst ausgraben und dann wieder eingraben muss. Das muss ohnedies geschehen; denn bis der Vertrag abläuft, sind die Röhren so schlecht, dass man sie nicht mehr brauchen kann, sondern sie ohnedies ausgraben und neue legen muss. Manche Röhren liegen schon vierzig Jahre in der Erde, und diese werden nicht so gut sein, dass man sie brauchen kann. Heute bringt dasselbe Tagblatt von Szeps wieder eine Notiz unter der Spitzmarke „Die Unzufriedenen vom Parteiverbande". Darin beklagt sich das Tagblatt, dass der Stadtrath dem Parteiverbande nicht erst referiert hat. Ich begreife das nicht. Sind denn zwei Gemeinderäthe da, denen besonders referiert werden muss? Dann könnten wir mit gutem Rechte verlangen, dass der Stadtrath auch in unserem Parteiverbande referiert. Das ist ein Ansinnen, das zu verwerfen ist. Ich will Sie nicht mehr lange belästigen, sondern erkläre nur, dass ich mich dem Antrage des Herrn Dr. Lueger vollinhaltlich anschließe und für den Referenten-Antrag stimme. Es ist Zeit, dass man einmal mit dieser Gesellschaft bricht. Herr Dr. Rechansky hat gesagt, dass man nicht so schroff vorgehen kann, dass man nicht der Gesellschaft schaden darf, sondern gerecht vorgehen muss. Ist aber, meine Herren, die Gesellschaft gerecht vorgegangen?

Denken Sie nur an die Gasmesserrente! Damals hat die Gesellschaft soviel Geld herausgeschlagen, dass sie ganz gut mit dem zufrieden sein kann, was sie hat, und mit solchen Leuten, welche das Geld immer nach England tragen, brauchen wir uns nicht zu beschäftigen: Die sollen nach England gehen. Ich schließe mich daher dem Antrage des Herrn Dr. Lueger an, und glaube, dass alle diejenigen, welche nicht für die Gasgesellschaft schwärmen, mit uns stimmen werden. (Bravo! Bravo! links.)

Gem.-Rath Weitmann: Jene Rede des Herrn Collegen Dr. Rechansky hat nicht nur auf mich, sondern in der ganzen Bevölkerung den bittersten Eindruck hervorgerufen. (Richtig! links.) Man musste unwillkürlich zur Überzeugung kommen, es spreche Dr. Teltscher auf jener Seite; denn für die Gasgesellschaft in dieser Weise einzutreten, dazu haben wir kein Mandat. Die Gasgesellschaft hat sich, wie wir alle wissen, ganz gewiss nicht sehr coulant gegenüber der Commune, wie den Privatpersonen gegenüber benommen. Es sind unzählige Klagen von Seite der Commune sowohl, wie von Seite der Privatconsumenten laut geworden, dass die Beleuchtung eine schlechte ist und sehr oft eine miserable mit Recht genannt werden muss, und wenn wir heute die Beleuchtung betrachten, so kommen wir zur Überzeugung, dass jene Leitung, die seinerzeit für ein viel geringeres Quantum Gas gelegt wurde, heute nicht mehr ausreichend ist. Denn die Röhren, die heute am Boden liegen, sind nicht mehr fähig, jenen Consum zu befördern, der factisch vorhanden ist. Es werden von Jahr zu Jahr neue Häuser gebaut und Gassen eröffnet, es wird von Jahr zu Jahr das Gas mehr zu geschäftlichen Zwecken ausgenützt, es ist eine Reihe von Gasmotoren aufgestellt worden, und alles dies auf Grund der alten Leitung, die dazumal errichtet wurde. Wenn man diese Leitung ablöst, so ist sie factisch heute nicht mehr brauchbar, man kann mit derselben heute nichts mehr anfangen, und wir könnten diese Leitung, die wir von der Gasgesellschaft vielleicht um den Schätzungswert ablösen, von dem wir heute noch nicht

wissen, wie er ausfallen wird, nicht brauchen; wir kämen dazu, die alte Leitung abzulösen und erst eine neue brauchbare dafür zu legen, und aus dem Grunde bin ich dagegen, dass man die alte Leitung der Gasgesellschaft ablöst.

Ein freundliches Entgegenkommen hat die Gasgesellschaft der Commune gegenüber gar nicht verdient; wir können rücksichtslos gegen diese Gesellschaft vorgehen und niemand kann uns das zum Vorwurf machen; „wie du mir, so ich dir!", bei diesem Princip wollen wir einstweilen beharren. Es hat auch der Vertreter von jener (rechten) Seite, welcher Jurist ist, einen Schreckschuss abgelassen, welcher eigentlich denn doch den Knalleffect verloren hat, und zwar sowohl bei uns, als auch bei der Bevölkerung. Er hat darauf hingewiesen, dass eine andere Beleuchtungsart entstehen und die Gasgesellschaft allmählich durch diese verdrängt werden würde. Dem ist denn doch nicht so. Das Gas wird zu unzähligen industriellen Zwecken ohne Beleuchtung verwendet, so dass das Gas unentbehrlich geworden ist. Es werden unzählige Gasmotoren in Bewegung gesetzt, man braucht Gas zum Bügeln und zu unzähligen gewerblichen Zwecken, zum Kochen ꝛc. Neuerdings hat die Auer'sche Erfindung dem Gas eine Zukunft gesichert, denn diese Brenner sind von großer Vorzüglichkeit; diese Erfindung befindet sich erst im Anfange, und ich glaube, dass sie noch bedeutend verbessert wird. Und wenn das geschieht, dann verdrängt sie wieder zum größten Theile die elektrische Beleuchtung, und heute haben wir schon Beweise dafür, dass dies der Fall ist. Es sind in Etablissements Maschinen aufgestellt worden, um die elektrische Beleuchtung einzuführen und die Auer'schen Brenner haben diese Maschinen sammt der elektrischen Beleuchtung verdrängt, so dass jetzt die Auer'schen Brenner dort zur Beleuchtung verwendet werden. Mit solchen Argumenten darf man uns also nicht kommen, die glauben wir einfach nicht, weil wir eine gesunde Überzeugung haben. Wir haben die Erfahrung gemacht, dass wir das, was man uns hier vormacht, nicht glauben dürfen, denn der gesunde Menschenverstand beurtheilt etwas besser.

Ich würde also in dieser Beziehung den Antrag des Gem.-Rathes Dr. Lueger auf das wärmste unterstützen, und ich glaube, es dürfte außer einigen wenigen kaum die Majorität den Muth haben, für die Verlängerung des Gasvertrages zu stimmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Da nur ein contra-Redner eingetragen ist, der Herr Gem.-Rath Dr. Linke, so ertheile ich ihm jetzt das Wort.

Gem.-Rath Dr. Linke: Sehr geehrte Herren! Wenn ich mich als contra-Redner habe eintragen lassen, will das nur bedeuten, dass ich gewisse Modificationen und Zusätze zu den Anträgen des Stadtrathes wünsche. Ich bin mit Ihnen allen einverstanden, dass der Gasvertrag mit der englischen Gesellschaft unter allen Umständen gelöst werde, ja ich muss sogar schmerzlich bedauern, dass er einmal in dieser Weise abgeschlossen worden ist. Wie sehr wir durch dieses Vertragsverhältnis ausgebeutet worden sind, geht hervor aus dem Verhältnisse der Beleuchtungsfrage in Wien und in Berlin. Wir haben in Wien auf einem viel größeren Terrain von 177 km² Fläche im Jahre 1890 consumiert 6,765.631 km³ Gas und Berlin hat consumiert auf einer viel kleineren Fläche von 60.61 km² 11,489.268 km³ Gas und hat außerdem noch elektrisches Licht, durch welches ganze Straßenzüge beleuchtet worden sind.

Was die Kostenfrage betrifft, so hat die gesammte Beleuchtung des Weichbildes von Berlin, ich meine die öffentliche Beleuchtung, und zwar nicht bloß Gas, sondern auch Petroleum und elektrisches Licht im ganzen gekostet 2,154.057 Mark, wogegen in Wien die öffentliche Beleuchtung bedeutend mehr gekostet hat; das ist ein geradezu entsetzliches Verhältnis. Aus diesem Grunde muss ich mit aller Entschiedenheit gegen die Verlängerung des Gasvertrages eintreten. Jedoch muss ich Ihnen wirklich gestehen, dass ich nicht bloß ein Gegner der Gasgesellschaft, sondern auch ein Gegner der Gasbeleuchtung bin. Wenn ich damit manchen Herren, die für die Auer'schen Lichter eingetreten sind, wehe thue, so gestatten Sie mir doch, diese Ansicht auszusprechen. Wenn wir eine eigene Gasanstalt errichten, so wird sie jedenfalls für eine unabsehbare Dauer, gewiss für Decennien errichtet: Mittlerweile wird aber auch nach Ansicht der Gegner die elektrische Beleuchtung auf jenen Höhepunkt der Vollkommenheit gelangt sein, dass man sagen wird: Jetzt haben wir eine Gasanstalt und sind nicht in der Lage, Elektricitätsanstalten zu errichten. Selbst die größten Gegner der elektrischen Beleuchtung geben zu, dass dieselbe eine Zukunft hat. Das muss gewisse Gründe haben, sie müssen ja Anhaltspunkte haben, aus denen sie das schließen. Wenn wir uns in den Städten umsehen, wo die elektrische Beleuchtung bereits eingeführt, so finden wir, dass nicht bloß wie in Wien, dieselbe einzelnen Privaten überlassen ist, sondern, dass die Städte selbst Centralanstalten errichtet haben; wir finden das in der uns zunächstgelegenen, als Muster geltenden Stadt Berlin, wo die Stadtverwaltung selbst bereits eine Centrale angelegt hat. Wir finden das in anderen Städten, wir finden sogar Städte, wo die elektrische Beleuchtung ausschließlich eingeführt ist.

Ich weise auf Trient hin und bin in der Lage, Ihnen sogar einen Kostenvoranschlag von dort vorzulegen, aus welchem Sie sehen, dass die elektrische Beleuchtung einen Reingewinn von 10.000 fl. abwirft — also eine Widerlegung der Meinung des Herrn Vorredners — und will noch auf andere Städte Deutschlands hinweisen: Darmstadt, Bremen, Hannover, Hamburg, wo wenigstens theilweise von der Stadtverwaltung die elektrische Beleuchtung eingeführt ist.

Da, wo die elektrische Beleuchtung sich bereits eingebürgert hat, lässt sie sich nicht mehr vertreiben; das kann mir kein Gegner widerlegen.

Ich möchte nun die Gegner fragen, ob es möglich ist, aus dem Seehafen von New-York die elektrische Beleuchtung zu vertreiben, ebenso aus anderen Hafenstädten; ob es möglich wäre, dasselbe von den Leuchtthürmen abzuschaffen; sie mögen es versuchen, dieses Licht aus den öffentlichen Localen, Concertsälen, Theaterräumen, wo es bereits besteht, abzuschaffen — unmöglich! Selbst aus den Fabriken und großen Etablissements, wo es eingeführt ist, lässt es sich nicht mehr vertreiben, ein Beweis, dass die elektrische Beleuchtung nicht bloß eine Zukunft, sondern wirklich schon eine Gegenwart hat.

Wir dürfen den Preis der elektrischen Anlagen nicht nach den einzelnen Anlagen beurtheilen, wie sie in Wien bestehen; da muss ich zugeben, dass der Preis viel höher ist, als der der Gasbeleuchtung. Das hat seinen Grund darin, dass dies eben nur einzelne Anlagen sind. Wenn man die Gasbeleuchtung für einzelne Consumenten einführen, Röhren legen, Straßenzüge machen wollte, so wäre sie auch viel theurer als jetzt. Wenn die elektrische Beleuchtung allgemein würde, so wäre sie viel billiger.

Es ist ja durch verschiedene Reden und durch die Monographien, die aus Anlass der Frankfurter Ausstellung erschienen

sind, nachgewiesen worden, dass das elektrische Licht gar nicht theurer ist als die Gasbeleuchtung. Nun ist aber das elektrische Licht, was die Qualität anbelangt, viel besser und ausgiebiger als das Gas.

Es würden mir die Auer'schen Brenner vorgehalten; sie können die Concurrenz mit dem Glühlicht aufnehmen, obwohl ich hinzufügen muss, dass die Auer'schen Brenner die Concurrenz mit den Glühlichtern nur bis zu 100 Normalkerzen aufnehmen können; aber mit den Bogenlichtern kann sich das Auer'sche Glühlicht nicht messen. Die Bogenlichter sind eine Centralleuchtquelle, welche es möglich macht, mit wenigen Lampen unabsehbar große Räume zu beleuchten. Das ist aber mit den Auer'schen Brennern niemals möglich, wenn man sie noch so vollkommen einrichtet, und es wäre unmöglich, mit dieser Beleuchtungsart Seehäfen, Schiffswerften, Leuchtthürme ꝛc. zu beleuchten. Wenn wir uns in anderen Städten umsehen, wo das elektrische Licht eingeführt ist, so finden Sie überall das Bogenlicht, wo große Flächen oder breite und lange Straßen beleuchtet werden und hiefür ist — das müssen auch die Gegner der elektrischen Beleuchtung zugeben — das elektrische Licht ohnegleichen.

Wenn ich mich also gegen die Anträge des Stadtrathes zum Worte gemeldet habe, so geschah dies nicht vielleicht, weil ich in jeder Beziehung ein Gegner derselben bin, oder weil ich vielleicht den Antrag stellen wollte, ausschließlich die elektrische Beleuchtung in Wien einzuführen, denn dazu habe ich nicht den Muth und auch nicht das Wissen; ich bin nur ein Laie, aber von meinen Reisen her und infolge des Studiums der verschiedenen Schriften, welchem ich mich mit Eifer hingegeben habe, kann ich mit voller Beruhigung sagen, dass wenigstens theilweise die elektrische Beleuchtung im städtischen Betriebe eingeführt werden soll.

Das sind nun die Amendements, welche mich veranlassen, gegen die Anträge des Stadtrathes Stellung zu nehmen.

Ich bin mit dem Antrage des Herrn Dr. Lueger einverstanden, dass überhaupt mit der englischen Gasgesellschaft wegen Erhebung des Schätzwertes gar nicht verhandelt werde, und ferner bin ich, weil ich nur theilweise für die Einführung des elektrischen Lichtes bin, selbst mit dem Antrage des Stadtrathes einverstanden, dass informative Erhebungen bezüglich der etwa einzulösenden Installationsobjecte gepflogen werden.

Ich bin auch mit den Vorerhebungen und Vorbereitungen einverstanden, welche in der Übersicht enthalten sind; meine Modificationen beziehen sich nur darauf, dass vom Stadtbauamte ein Programm bezüglich jener Straßenzüge und öffentlichen Plätze entworfen werden soll, welche mit elektrischem Lichte beleuchtet werden sollen. Es soll also die Übersicht in der Weise ergänzt werden, dass ein Programm für eine Concursausschreibung zur Schaffung von Projecten für eine neue Gasanstalt, beziehungsweise auch für ein städtisches Elektricitätswerk vorzulegen sei. Das Weitere ergibt sich dann consequent aus der Meinung, die ich hier ausgesprochen habe.

Ich formuliere nun meinen Antrag dahin, dass mit der englischen Gasgesellschaft gar keine Unterhandlungen zu pflegen sind, dass der Vertrag nicht erst drei Jahre vor Ablauf, sondern sofort gekündigt wird, und drittens, dass die in der Übersicht zusammengestellten Vorerhebungen auch auf die Einführung der elektrischen Beleuchtung ausgedehnt werden.

Gem.-Rath Dr. Kloßberg: Sehr geehrte Herren! Die beste und entschiedenste Antwort auf die Propositionen der Gasgesellschaft wäre die gewesen, die Anträge des Herrn Referenten einstimmig en bloc anzunehmen. (Zustimmung.) Nachdem aber in denselben manches enthalten ist, womit wir nicht vollkommen einverstanden sein können, was ich auch in meinen Ausführungen begründen werde, so ist es doch nothwendig, dass über diese Frage, die schon wiederholt im Gemeinderathe viel Staub aufgewirbelt hat, gesprochen wird.

Ich werde aber dessen ungeachtet für einen Theil der Referenten-Anträge sprechen, und zwar aus dem Grunde, weil alle jene Städte, welche die Gasbeleuchtung in eigener Regie durchgeführt haben, die besten Erfolge erzielt haben, wenn auch manchmal der Weg, welchen sie betreten mussten, wenn auch manchmal der Kampf, in den sie sich begeben mussten, um aus der Umklammerung, aus den Armen der englischen Gasgesellschaft frei zu werden, ein qualvoller, ein vehementer, ein starker war. Viele Städte haben diesen Kampf durchgekämpft, in der jüngsten Zeit erst eine Stadt nahe an den Grenzen unseres Reiches, die Stadt Pressburg, welche mit der Beleuchtung in eigener Regie einen glänzenden Erfolg schon im Verlaufe eines Jahres erzielt hat. Ich werde also aus diesem Grunde dafür stimmen, weil alle Städte, die die Gasbeleuchtung in eigener Regie eingeführt haben, gute Erfolge erzielt haben.

Aber, meine Herren, glauben Sie ja nicht, dass diese Anträge so unisono angenommen werden. Es werden wahrscheinlich Gegner erwachen, und sie sind bereits erwacht, welche sagen, dass man mit der Gasgesellschaft verhandeln soll. Ich, meine Herren, würde es nicht wagen. Die Gegner führen verschiedene Gründe ins Treffen, und sagen, oder könnten vielleicht sagen: Wenn die Gasbeleuchtungs-Gesellschaft es darauf ankommen ließe, dass die Rohre aus den Straßen entfernt werden, dann müssten die Straßen aufgerissen und neue Röhren wieder in die Straßen eingebettet werden u. s. w. Meine Herren, fürchten Sie das ja nicht, auf das lassen es die Engländer nicht ankommen, die Engländer sind gar zu gute Rechenmeister und werden darauf nicht eingehen, sondern sie werden aus dem Ganzen zu retten suchen, was noch zu retten ist, und erst, wenn das Schiff anfängt zu sinken, dann werden sie gleich Ratten dasselbe verlassen. (Heiterkeit.) Nun, meine Herren, andere Gegner werden wieder sagen: Es ist die Einführung der elektrischen Beleuchtung im Zuge, die Elektricität hat eine große Zukunft, und jetzt wagt es der Wiener Gemeinderath, in der zwölften Stunde, in dem Momente, wo die Elektricität vor der Thüre steht, die Gasbeleuchtung mit vielen Kosten zu investieren. Das fürchte ich durchaus nicht. Wenn wir die Fortschritte auf dem Gebiete der Elektrotechnik seit der jüngsten Ausstellung verfolgen, so müssen wir sagen, dass diese Erfolge zwar große, aber nicht so große sind, um die Elektricität für den allgemeinen Gebrauch zugänglich zu machen, das heißt um den allgemeinen Consum zu verbilligen. „Ja", wird man sagen, „die Engländer haben uns Propositionen gemacht." Ja, meine Herren, vielleicht haben sie uns Propositionen gemacht, und die Gegner werden sagen, sie haben uns deshalb Propositionen gemacht, weil sie die Gaswerke nichts kosten, sie sind längst amortisiert u. s. w. Das ist allerdings richtig; das Capital rastet und ruht aber niemals, sondern gibt sich in vielen Fällen mit einem ganz geringen Profit zufrieden, wenn es auch nur wenig ist. Wir müssen fragen: Woher kommt auf einmal diese Güte der Engländer uns gegenüber? Sie tragen uns ja eine Verbilligung, eine Verwohlfeilung des Gases an. Mir kommt das vor, wie ein Mann, der, solange er noch in Jugendkraft sich

befand, ein Ketzer war, in dem Momente jedoch, wo er alt geworden ist, die morschen Knochen zum Altare schleppt und sich erinnert, dass er im Leben auch einmal Religion gehabt hat. So kommt es mir auch hier mit den Engländern vor. Nachdem sie uns soviele Streiche zugefügt haben, wollen sie sich unser erbarmen. Wie steht es aber mit ihrem Erbarmen?

Vergleichen Sie nur unseren Vertrag mit den Verträgen in anderen Städten. Sehen Sie nach Berlin, wo die Gasbeleuchtung in eigener Regie durchgeführt ist. Dort bekommt der Consument jenes Gas, welches nicht für die Abendbeleuchtung gebraucht, sondern zum Betriebe von Gasmaschinen, zum Zwecke des Heizens und Kochens benützt wird, sogenanntes Tagesgaslicht, um 16 Pfennig per Cubikmeter, abzüglich 25 Percent Rabatt. Rechnen Sie aus, was das Gas in Berlin kostet und was jenes Gas kosten soll, welches uns die Engländer um einen sogenannten verbilligten Preis geben wollen. Die Propositionen sind dessen ungeachtet, obwohl sie etwas günstiger geworden sind als bisher, noch immer nicht annehmbar, aus dem einfachen Grunde, weil sie uns noch immer nicht jene Verbilligung gewähren, welche eigentlich gewährt werden sollte. Nur eines wünsche ich: In dem Moment, als die Commune die Gasbeleuchtung in eigene Regie übernimmt, dass uns das Gas wirklich billiger bereitet wird, und dass es uns in diesem Falle nicht geht, wie bei manchen anderen Unternehmen, die die Commune communalisiert hat, so z. B. die Canalisierungs- und Canalräumungsarbeiten, die wesentlich vertheuert worden sind. Ich werde also für den Referenten-Antrag stimmen. Schon aus dem Grunde werde ich für den Referenten-Antrag sein, weil es ja geradezu gefährlich ist, dagegen zu stimmen, weil man ja in Verdacht kommen könnte — ich sage: in Verdacht kommen müßte. Ich will damit gegen niemanden meiner Collegen auch nur den geringsten oder leisesten Verdacht aussprechen, ich aber für meine Person würde nicht wagen, dagegen zu stimmen. Nur handelt es sich hier darum, ob wir auch den Referenten-Antrag Punkt I annehmen sollen.

Mit diesem Punkte, meine Herren, kann ich mich nicht einverstanden erklären, und zwar aus folgenden Gründen: Als die Stadt Wien seinerzeit daran gieng, die Gasbeleuchtung, die Bereitung des Gases in eigener Regie zu übernehmen, war es doch unbedingt nothwendig, sich ein Exposé zu machen, welches Capital erforderlich ist ꝛc., und der Magistrat schrieb an die Direction der Gasgesellschaft und ersuchte sie um Beantwortung seiner Fragen, betreffend den jährlichen Verbrauch an Vergasungskohle ꝛc. Die Antwort war aber eine ausweichende; die Gasgesellschaft hat erklärt: Darauf geben wir keine Antwort. Und wenn wir heute wieder an die Gasgesellschaft herantreten würden, würden wir dasselbe Schauspiel erleben, wir würden uns einen Refus holen, und um uns von einer Gasgesellschaft einen Refus zu holen, dafür halte ich die Körperschaft, welche die Stadt Wien vertritt, für viel zu hochstehend und bedeutend und ich möchte nicht, dass der Wiener Gemeinderath sich in diesem Falle wieder einem solchen Canossa aussetzt.

Weiters bin ich auch dafür, dass es nicht in diesem Punkte heißen soll: „unter Zuziehung von tauglichen Sachverständigen", sondern dass es heiße: „durch das Stadtbauamt".

Weiters bitte ich, dass dieses Actionsprogramm, welches uns hier mitgetheilt wird, auch genau und streng eingehalten werde, so dass wir am 1. November 1899 bereits Gas erzeugen können. Ich schließe mich im übrigen den Anträgen des Referenten an.

Gem.-Rath Burscht: Sehr geehrte Herren! Es hat uns ein Herr auf jener Seite den Rath gegeben, hier im Gemeinderathe keine langen Reden zu halten. Ich habe mich darüber gewundert, dass jener selbst eine sehr lange Rede darüber gehalten hat, woraus so unzählige Differenzen entstanden sind. Er hätte einfach sagen können, dass er für die Verlängerung des Gasvertrages mit der englischen Gasgesellschaft ist, das wäre mit ein paar Wörtern gesagt gewesen.

Ich will mich über dieses Thema sehr kurz fassen; ich bin vollständig dafür, dass die Unterhandlungen mit der englischen Gasgesellschaft absolut abgebrochen werden, beziehungsweise vollständig unterbleiben sollen. Man spricht auch von der Schätzung. Was die Schätzung betrifft, so glaube ich, dass die Röhren, welche vor dem Jahre 1880 gelegt wurden, im Jahre 1899 absolut nichts mehr wert sind, und dass die Röhren, welche nach dem Jahre 1880 gelegt wurden, im Verhältnis auch wenig wert sein werden.

Wir wollen zugleich mit der Errichtung einer eigenen Gasanstalt auch die Sicherheit für die Bewohner der Stadt Wien haben, denn wenn wir das alte Rohrnetz darin lassen, so haben wir die Sicherheit für die Bewohner der Stadt Wien nicht. Wenn wir aber diese schaffen wollen, so müssen wir absolut neue Werke bauen.

Es ist hier gesagt worden, dass das elektrische Licht das Licht der Zukunft ist.

Ich bin vollständig dafür. Es ist gewiss die Elektricität das Licht der Zukunft, aber trotzdem brauchen wir noch immer Gas für Fabrikszwecke und Heizungen. Von einem Herrn Vorredner wurde das Auer'sche Licht erwähnt. Was dieses anbelangt, so ist es beinahe besser als das elektrische Licht, denn die Beleuchtung ist viel intensiver als das elektrische Licht. Ich bin vollkommen überzeugt, dass, wenn die englische Gasgesellschaft die Zusicherung erhielte, dass sie nach dem Ablaufe der Vertragsdauer ihr Röhrennetz darin lassen könnte, sie heute schon auf das ganze verzichten und uns die Werke ganz umsonst überlassen würde. Bei all dem würde, glaube ich, die Gasgesellschaft ein gutes Geschäft machen, wenn sie im Jahre 1899 die Röhren nicht herauszunehmen braucht.

Ich habe vor kurzem ein Büchelchen in die Hand bekommen, durch das wir über das Verhalten der englischen Gasgesellschaft vollkommen unterrichtet werden. Es heißt hier, dass bei der Probe immer eigene Brenner angeschraubt werden, die eine bedeutend bessere Leuchtkraftmessung zur Folge haben, so zwar, dass die Privaten dabei immer gewissermaßen über das Ohr gehauen werden.

Was die Rentabilität anbelangt, so sind wir vollständig davon überzeugt, dass die Gaswerke für die Commune sehr rentabel sein werden. Ein Beweis dafür ist, dass selbst die Abfälle der Gaserzeugung mehr Einnahmen liefern, als das Material überhaupt kostet. Es beweist dies auch das Beispiel anderer Städte, wie das von Prag, Berlin und von Dresden.

Als Wiener kann ich nur mit Freuden begrüßen, dass im Gemeinderath so ziemlich Einstimmigkeit für den Referenten-Antrag herrscht. Ich möchte Sie nur bitten, einen diesbezüglichen Antrag von mir gefälligst annehmen zu wollen. Derselbe lautet (liest):

„Es sollen Projecte vorgelegt werden:

1. Über den Kostenpunkt für das Erbauen neuer Gaswerke inclusive Röhrenlegung.

2. Bestimmung des Kostenpreises des Gases per Cubikmeter an Private.

3. Sollen diese Voranschläge bis längstens 30. Juni 1892 dem Gemeinderathe vorgelegt werden.

Ich bitte, meinen Antrag anzunehmen.

(Die Gem.-Räthe Dr. Stern und Frauenberger verlieren, da sie nicht anwesend sind, das Wort.)

Gem.-Rath Seiler (zur Geschäftsordnung): Nachdem die meisten Herrn Redner pro eingezeichnet sind, beantrage ich den Schluss der Debatte. (Rufe: Ist schon genehmigt! — Lebhafte Heiterkeit.) Ich habe mich nur versprochen, ich meine die Wahl der Generalredner.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Es ist die Wahl von Generalrednern beantragt. Die Herren, welche damit einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen. Es kann nur ein Generalredner gewählt werden, weil alle Herren pro eingetragen sind.

Gem.-Rath Gregorig: Woher wissen Sie, dass ich pro spreche?

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Weil es auf der Liste so steht. Herr Gem.-Rath Gregorig haben selbst zu mir gesagt, dass Sie pro sprechen.

Gem.-Rath Gregorig: Ich habe mit Ihnen nichts gesprochen.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Da gibt es nichts zu leugnen.

Vorgemerkt sind die Herren Gem.-Räthe Hipp, Steiner, Gregorig, Herold, Gfrorner, Bärtl, Lang, K. M. Mayer, Kareis, Winter, Dr. Lueger, Schneiderhan, Sasse und Dr. Stenzl. Ich bitte die Herren, einen Generalredner zu wählen.

Gem.-Rath Bärtl (zur Geschäftsordnung): Ich will, Herr Vorsitzender, nur constatieren, dass wir nur theilweise für den Referenten-Antrag sind. Ich z. B. . . . .

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke (unterbrechend): Ich bitte, Sie haben sich pro gemeldet.

Gem.-Rath Bärtl: Ich kann aber nicht sagen, dass wir für alle Punkte sind. Was den ersten Punkt betrifft, so sind wir dagegen.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Das geht nicht, dass sich jemand als contra-Redner meldet, nachdem er sich als pro-Reder hat eintragen lassen.

Ich bitte sohin, den Generalredner zu wählen. (Nach einer längeren Pause.) Darf ich bitten, meine Herren, wir können doch nicht so lange warten, damit ein Redner gewählt wird. (Nach einer Pause.) Zum Generalredner wurde Gem.-Rath Gfrorner gewählt. Ich ertheile ihm das Wort.

Gem.-Rath Gfrorner (als Generalredner): Ich bin einer derjenigen, welcher sich anlässlich des Processes Dr. Mandl, wie Sie sich vielleicht erinnern werden, freiwillig als Zeuge gemeldet hat, und zwar nicht aus Liebhaberei für Dr. Mandl und auch nicht aus Gehässigkeit gegen die Gasgesellschaft, sondern lediglich nur, um dem Gerichte den Beweis zu liefern, dass dasjenige, was der damalige Gem.-Rath Dr. Mandl hier im Saale behauptet hat, zum größten Theile auf Wahrheit beruht. Er hat sich eben getraut, etwas herauszusprechen, was zehntausende andere in Wien sich vielleicht denken; er hat nämlich gesagt, dass trotz der damaligen Versprechungen der Gasgesellschaft, das Gas werde billiger werden und es werde in Zukunft weniger gezahlt werden müssen, das nicht der Fall war, sondern dass man immer mehr und mehr bezahlen müsste. Ich war ein schlagender Zeuge, der nicht nur unter dem Eide vor Gericht ausgesagt, sondern auch sämmtliche Rechnungen mitgebracht hat.

Wir konnten allerdings nicht hinrennen und den anderen Tag hineinschreiben: Was gestern Kummer gesagt hat, ist ganz unrichtig. Ich habe mir sämmtliche Rechnungen der ganzen Jahre aufgehoben, wie ich mir auch sämmtliche Schneider- und Schusterrechnungen aufhebe. Ich habe immer den ersten Monat, den Jänner herausgehoben und habe bei gleicher Brenndauer, bei gleicher Anzahl der Brennstunden und bei der größtmöglichen Sparsamkeit, die man sich nur denken kann, im Jahre 1878 38 fl. bezahlt, dann 42, 46, 54, 68, 74, schließlich sogar 84 fl. (Hört! Hört!) Ich habe die Zeitung zu Hause, ich wusste nicht, dass ich heute zum Worte kommen werde, und habe sie daher nicht mitgebracht. Mir gegenüber hat die Gasgesellschaft nichts widerlegt. Es war also diese Ausführung des Herrn Dr. Mandl ganz richtig.

Ich habe mir also gedacht, wenn es bei der Gesellschaft so zugeht, muss außer dem Gas noch etwas anderes stinken. Aus diesem Grunde bin ich zu Gericht gegangen und habe mich freiwillig als Zeuge gemeldet, um das zu constatieren. (Bravo!)

Herr Dr. Linke hat in seiner Ausführung gesagt, er sei eigentlich gegen das Gas überhaupt und wäre dafür, dass man die Beleuchtung mit elektrischem Lichte in Combination zieht. Gerade aus diesem Grunde muss Herr Dr. Linke der erste sein, der für die Errichtung eigener Werke eintritt. Denn gerade aus dem Grunde kann man solche Werke errichten, welche durch die neuen technischen Erfahrungen viel billiger herzustellen sind als das alte Gerümpel, das sie dort haben und man kann dem Werke eine solche Ausdehnung geben, als es in Zukunft der Verbrauch für industrielle Zwecke erfordern wird, selbst auf die Gefahr hin, dass das elektrische Licht eine solche Vollendung erfahren wird, dass man es überall brauchen kann.

Die größten Geschäftsleute in Wien, welche Gas brauchen, sind die Gastwirte, Hoteliers, Restaurateurs; diese leiden unter dem Drucke der Gasgesellschaft in außerordentlich empfindlicher, furchtbarer Weise. (Hört!) Diese Herren haben so viel Patriotismus, wie auch ich ihn habe und Sie ihn haben müssen. Man zahlt den Preis sehr gern, wenn er in den Säckel der Commune kommt. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Aber wir können das nicht einer Gesellschaft bewilligen, welche uncontrolierbare Millionen im Jahre aus dem Volksvermögen herauspresst, um sie über die Grenze auf Nimmerwiedersehen hinauszuschleppen. (Beifall links.)

Jetzt muss ich Ihnen aber noch etwas sagen, was sehr interessant ist. (Hört!) Ich bitte um Ihre ganze Aufmerksamkeit, die Bevölkerung von Wien soll es auch hören, es ist wichtig. Dieser Gesellschaft, welche die Kohle im Lande kauft, welche das Gas hier erzeugt und hier verkauft, sowie ein Geschäftsmann in Wien, der mit einem anderen in Verbindung steht, ein Geschäft macht, hat die Finanz-Landesdirection die Passierbarkeit eines Betrages von 56.000 fl. im Jahre 1850 erlaubt, als die Concession ertheilt wurde. Diese Passierbarkeit wurde auf 66.000, auf 76.000, schließlich auf 86.000 fl. erhöht, und an die n.-ö. Handels- und Gewerbekammer ist von Seite der Finanz-Landesdirection eine Anfrage gekommen, ob sie diesen Betrag als richtig anerkenne und sich für die Passierbarkeit ausspreche. Selbstverständlich war ich der erste, der sich zum Worte gemeldet hat, um dagegen zu sprechen. Diese Passierbarkeit beruht darauf, dass ein reiner Verdienstbetrag in der Höhe von 86.000 fl. von der Finanz-

Landesdirection nicht zur Steuerleistung herangezogen wird. Wie viel tausende kleiner Geschäftsleute müssen Sie zusammennehmen, die 86.000 fl. Verdienst ausweisen?

Diese Gesellschaft aber, die ohnehin wie ein Alp auf ganz Wien liegt, welche thatsächlich zu unserer Verarmung in Wien beiträgt, weil sie sechs Millionen und mehr herauspresst, wird in dieser Weise behandelt.

Ich habe nichts dagegen, wenn noch so große Gesellschaften in Wien existieren und noch so große Beträge verdienen; sie verdienen sie hier, aber sie verbrauchen sie auch hier; aber wenn man einem Brunnen nichts zuführt, so muss er vertrocknen; wenn Beträge herausgezogen werden und über die Grenzen hinausgehen, sind sie für uns verloren.

Also sehen Sie, die Finanz-Landesdirection findet, dass man einer solchen Gesellschaft, welche ihre sogenannte Centralleitung in England hat, solche Begünstigungen einräumen muss und sie machten schon in den fünfziger Jahren 56.000 fl. aus, und wie die Herren gesehen haben, das geht ja ganz leicht, so wurde es auf 76.000, ja auf 86.000 fl. erhöht. Diese Angelegenheit wurde in der Kammer durch drei Sitzungen besprochen. Herr Kammerrath Rückauf kann dies bestätigen und in allen drei Sitzungen haben sich die Geschäftsleute und Gewerbetreibenden entschieden dagegen ausgesprochen bis auf einige Juristen, die gesagt haben, das ist eine speciell juridische Angelegenheit.

Die Regierung musste sich sagen, wenn sie einer ausländischen Gesellschaft solche Concessionen ertheilt, so muss sie ja selbstverständlich auch die Begünstigung geben, dass sie die Centralleitung auch bezahlen kann. Nachdem dieser Gegenstand durch drei Sitzungen hindurchgeschleppt wurde und es zu keinem Resultate kam, weil die überwiegende Majorität sich dagegen ausgesprochen hatte, ist er auf einmal vom Schauplatze verschwunden und man hörte gar nichts mehr davon. (Hört! links.) Er war verschwunden und es wurde sogar noch gesagt, es wäre sehr gefährlich, wenn das öffentlich ausgesprochen würde, denn es würde böses Blut in der Bevölkerung machen, wenn sie so etwas hört (Widerspruch links), ich aber habe gesagt, ich werde die nächste Gelegenheit, die sich mir bietet, darüber öffentlich sprechen zu können, ergreifen. (Beifall und Händeklatschen links.)

Da hat mir jemand einen Zettel, worauf „Coaks" steht, hergelegt. Es ist richtig, wenn wir unser eigenes Gas erzeugen, so werden die Coaks auch von uns verbraucht werden. Unsere Spitäler und öffentlichen Gebäude werden in Zukunft mit unserer Coaks erwärmt werden, während sie heute die Gesellschaft verkauft. Es ist klar, dass es unbedingt nothwendig ist, eigene Gaswerke zu errichten und nicht das alte Gerümpel, das miserable Baumaterial, das elende, verrostete Eisen der Gesellschaft zu horrenden Preisen abzukaufen. Die haben ja alles schon lange amortisiert. Heute ist alles schon Rebach, was sie bekommt. (Beifall und Händeklatschen links.) Dazu soll sich der Gemeinderath nicht hergeben.

Am allerwenigsten aber darf man die Rohre einlösen, denn diese sind oxydiert und verrostet, sie werden nur mehr durch die Umhüllung der Erde gehalten, sonst würden sie auseinanderfallen!

Wir lesen ja alle Augenblicke in den Zeitungen, dass ganze Familien in Gefahr sind zu ersticken, und warum? Weil die Rohre so schlecht sind, dass sie schon aus sanitären Gründen beseitigt werden müssten. Ganze Reihen von Bäumen gehen zugrunde. Warum? Weil die Rohre so schlecht sind, dass das Gas ausströmt und die Bäume verdirbt. Das ist wenigstens nicht ausgeschlossen, obwohl ich es nicht behaupten will.

Thatsache ist, dass diese Rohre altes Gerümpel sind und die Gesellschaft ist verpflichtet, sie herauszunehmen. Man kann sich ja mit der Gesellschaft ins Einvernehmen setzen und sagen: Während du die Rohre herausnimmst, zahlst du die Hälfte, und wir legen dann unsere Rohre hinein. So wird es sich vielleicht machen lassen; übrigens sind die Rohre heute auch sehr unpraktisch gelegt und können nicht dort liegen bleiben, wo sie jetzt liegen, so dass man die Straßen in der Mitte aufreißen muss; sie müssen am Trottoir gelegt werden, damit man nicht immer die Fahrbahn in der Mitte aufreißen muss und den Verkehr behindert. Die Rohre sind auch, wie schon Herr College Weitmann erwähnte, für den heutigen Verbrauch ganz ungenügend. Ihre Dimensionen genügten zu einer Zeit, wo nur einzelne Gewölbe beleuchtet wurden, nicht aber, wenn, wie es jetzt der Fall ist, der 3., 4. und 5. Stock mit Gas beleuchtet wird! Den unteren Localitäten fehlt heute das Gas, weil es natürlich nach oben in die Stockwerke strömt. Also, meine Herren, ich will Sie nicht länger ermüden, obwohl noch viel hierüber zu sprechen wäre; wir sind alle einig, und unsere Einigkeit liegt darin, dass wir zeigen wollen, dass wir Patrioten, Österreicher sind, und unserem patriotischen Sinn muss vorschweben: Es gibt nur eine Parole für uns und die heißt: Engländer hinaus! (Anhaltender Beifall und Händeklatschen links.)

Referent: Meine Herren, in der Sache selbst habe ich nicht viel anzuführen, denn die sämmtlichen Herren Redner waren im Principe mit den von mir Ihnen vorgelegten Anträgen einverstanden. Es wurde nur ein einziger Antrag bekämpft, nämlich der Antrag, es möge zuerst versucht werden, die in dem § 4 des Antrages vorgesehene gerichtliche Schätzung vornehmen zu lassen. Dieser Antrag ist, ich glaube, mit Unrecht bekämpft worden. Es hat uns aber nach meinem Erachten keiner der Herren Redner, welche für die Ablehnung des Antrages eingetreten sind, gesagt, welcher Schaden der Gemeinde erwachsen würde, wenn wir uns wirklich an die Gasgesellschaft wenden, um über diesen Punkt uns Klarheit zu verschaffen. Ich möchte, meine Herren, dass der Gemeinderath das Bewusstsein hat und auch die Bevölkerung das Bewusstsein gewinnt, dass diese Frage ohne Leidenschaft gelöst wird, denn Entschlüsse, die in einem — ich möchte sagen — überquellenden Gefühle gefasst werden, wie es fast den Anschein hat, nach dem Applaus, welcher dem letzten Redner zutheil wurde, könnte möglicherweise bereut werden. Nun, ich gestehe, dass ich es der Würde des Gemeinderathes entsprechender halte, wenn in aller Ruhe und mit einer gewissen Consequenz diese Frage gelöst wird. Thatsache ist, dass bei einer normalen Abwicklung der ganzen Angelegenheit diese gerichtliche Schätzung in unserem Interesse vorgenommen werden müsste. Es ist ganz unzweifelhaft, dass wir uns über die erste Prämisse, die wir zur Entscheidung benöthigen, nämlich „Wert der vorhandenen Werke", am besten informieren können, wenn diese gerichtliche Schätzung vorgenommen wird, denn soweit werden Sie in Ihrer Begeisterung doch nicht gehen wollen, den Bau der Werke zu beschließen, ohne zu fragen, was das kostet. Das halte ich für absolut unmöglich und das könnte auch der Gemeinderath vor der Bevölkerung nicht verantworten, das ist sonnenklar. Wenn man ein solches Unternehmen beginnt, frägt es sich in erster Linie, was es kostet. Wenn empfohlen wird festzustellen, was ein bestehendes Werk kostet, so ist das an und für sich von Interesse und für uns ein Maßstab für die weitere Action

für die Beträge, welche wir eventuell investieren müssen, und dabei liefern wir der Bevölkerung den Beweis, dass wir diese Frage mit voller Ruhe und Überlegung lösen können und nicht überstürzt und mit Leidenschaft.

Ich glaube, nachdem die Gemeinde keinen Schaden leiden kann, wenn dieser Versuch gemacht wird, und da es der Würde des Gemeinderathes entspricht, bei Berathung öffentlicher Angelegenheiten mit Ruhe und Besonnenheit vorzugehen, bitten zu dürfen, auch diesen Antrag zum Beschlusse zu erheben. Sie werden der Gemeinde in keinem Falle auch nur den geringsten Schaden zufügen.

Wenn die Gasgesellschaft das Ansinnen der Gemeinde ablehnt, werden wir Schritte machen, wie hier vorgeschlagen ist und werden dass Resultat erfahren und dann wird der Gemeinderath schlüssig werden können. Ich kann nicht umhin, einige Ausführungen zu besprechen, welche hier gemacht worden sind und die nur eine kleine Verwirrung in die Sache zu bringen scheinen. Ich kann z. B. nicht beipflichten den Ausführungen, welche ein geschätzter Redner dieser (linken) Seite gemacht hat und eigentlich eine Art Anpreisung der Elektricität bezweckten. Ich gebe ihm hinsichtlich der Sache selbst vollkommen recht, aber er wird mir auch darin rechtgeben, dass Elektricität und Gas etwas ganz Verschiedenes ist, und er wird gewiss nicht behaupten wollen, dass im Jahre 1899 das Gas überflüssig sein wird und wir anfangen, alles mit Elektricität zu beleuchten. Aber davor möchte ich warnen, dass man im Gemeinderathe, um ein Bild von den Kosten der Elektricität zu geben, hinweist auf Städte wie Trient. Wenn wir in der Nähe einen Wasserfall hätten wie in Gastein, hätten wir längst keine Gasbeleuchtung, da könnten wir einfach auf die billigste Weise uns den Motor beschaffen und ebenfalls billig Elektricität haben.

Die Verhältnisse Trients sind ganz andere als die von Wien, daher können wir das, was die Elektricität Trients kostet, doch nicht für uns als maßgebend erachten. Der Hinweis auf die deutschen Städte ist ebenso verfehlt. Es ist gar nicht von Interesse, wo eine Stadt liegt, sondern nur das, was die Kohle dort kostet und wenn die Tonne bei uns 20 fl. mehr kostet, dann ist es kein Wunder, dass das Gas dort billiger ist. Es fehlen also alle Voraussetzungen, um den richtigen Schluss aus dem zu ziehen, was der Herr Redner hier vorgebracht hat. Das eine kann nicht geleugnet werden, heute trägt die elektrische Beleuchtung den Charakter einer reinen Luxus-Beleuchtung. Es sitzen sehr viele Leute hier, die man vielleicht gegen ihren Willen zu den Großcapitalisten rechnen könnte, und frage Sie, wie viele von denselben die elektrische Beleuchtung, obwohl sie dies gewiss leisten könnten, bei sich eingeführt haben. Ich kenne keinen.

Nun glaube ich, dass bei allen Fortschritten, die wir in dieser Richtung erwarten können, das eine gewiss ist: Bei uns wird das Gas noch überhaupt viel zu wenig ausgenützt. (Rufe: Sehr richtig!) Zum Beispiel als Motor in gewerblichen Betrieben ist es bisher viel zu wenig benützt, weil es viel zu theuer ist. Da bringen Sie mich auf eine Frage, die sehr ernst ist und in der, glaube ich, volle Klarheit herrschen muss. Ein Herr Redner aus dem IX. Bezirke hat eine Äußerung gethan, die ungefähr schließen lässt, dass er wünsche, die Stadt Wien möge Gaswerke bauen. Ganz einverstanden! Aber dann soll das Gas billig sein, so billig als möglich. Ja, das können Sie nicht verlangen! Da müssen Sie sich früher aussprechen. Wenn wir sagen, wir bauen Gaswerke, damit das Gas dann uns nichts kostet, dann bin ich dagegen. Gaswerke, die nichts tragen! Einen solchen Luxus können wir uns nicht erlauben. Wir müssen von vornherein bei der Action im Auge behalten, das Gas im Preise eventuell nicht so herabzudrücken, wie bei der Wasserleitung, dass wir kaum das investierte Capital amortisieren und verzinsen können. Das wäre eine schlechte Speculation. Dafür würde sich die Bevölkerung nicht begeistern. Die Bevölkerung steht auf dem Standpunkte, dass wenn die Gaserzeugung eine Art ist, um aus der Bevölkerung eine Abgabe zu Gemeindezwecken zu ziehen, sich jeder dieser Steuer unterwerfen wird, weil sie der Allgemeinheit wieder zugute kommt. (Rufe: Sehr richtig!) Man richtet sich nur dagegen, dass diese Steuer — heute ist es auch eine solche — in fremde Säcke fließt und ins Ausland wandert. Nun möchte ich bitten, in der Richtung doch Unklarheiten über die Tendenzen nicht aufkommen zu lassen, sonst wird die Begeisterung für den Bau der Gaswerke sehr reduciert. Derselbe Herr Redner hat auch empfohlen, es möge in dem Antrage statt „tauglicher Sachverständige" gesagt werden: das „Bauamt". Nun muss ich seiner Autorität entgegensetzen dasselbe Bauamt, welches er hier empfiehlt. Ebendieses Bauamt sagt nämlich in seinem Berichte ausdrücklich auf Seite 7: „Einen Calcül könnten auch die erwähnten Fachleute liefern." Weiter unten heißt es in den Anträgen: „Sollte die Gasanstalt auf eine gemeinschaftliche Schätzung nicht eingehen, so wäre von der Gemeinde Wien allein auf ihre Kosten eine informatorische Schätzung einzuleiten und zu diesem Ende eine aus bewährten Gasfachmännern bestehende Commission einzusetzen."

Das ist der klarste Beweis, dass das Bauamt in der Lage ist, die Wahl besonderer Fachmänner empfehlen zu müssen, aus dem Grunde, weil es in seinem Kreise nicht diese gewissen Fachmänner hat, ja auch nicht haben kann, welche dazu erforderlich sind. Es wäre daher entschieden eine Verschlechterung der Anträge, wenn Sie die Absicht haben sollten, von der Wahl von Fachmännern abzugehen. Ich würde Sie daher bitten, diesen Antrag, den Herr Gem.-Rath Dr. Klotzberg gestellt, abzulehnen. Weiters wurde ein Antrag gestellt vom Herrn Gem.-Rath Purscht. Dieser Antrag lautet: „Es sollen Projecte vorgelegt werden über den Kostenpunkt für die Erbauung neuer Gaswerke inclusive Rohrlegung." Ich glaube, es ist einem Übersehen des Herrn Redners zuzuschreiben, wenn er sich veranlasst gesehen hat, diesen Antrag zu stellen. Denn, wenn er die Übersicht geprüft hätte, so hätte er gefunden, dass es dort unter Punkt 2 heißt: „Concursausschreibung für die Verfassung von Projecten für die Gaswerke, Verfassung des Hauptkosten-Voranschlages, Voreinleitung für die Bestellung des Bauleiters, Erwerbung des Bauconsenses u. s. w." Es ist also bereits in der Übersicht enthalten, und es wird Ihnen empfohlen, diese Übersicht zu genehmigen. Es ist somit dieser Antrag 1 zum mindesten überflüssig, weil er schon gestellt ist.

Weiters heißt es: „Bestimmung des Kostenpreises des Gases per Cubikmeter an Private." Meine Herren! Das ist eine Frage, die sich heute nicht lösen lässt. Das ist ja eben das Geheimnis, das wir uns zu erforschen anschicken, wenn wir Ihnen diese Anträge vorlegen. (Sehr richtig!) Auf den Gaspreis per Cubikmeter wirken so viele Factoren ein, von denen jeder einzelne fortwährend in Variation begriffen ist, dass der wirkliche Gaspreis, nämlich die Gestehungskosten, fortwährend schwanken. Es ist also gar nicht möglich, Ihnen zu sagen, was der Kostenpreis ist. Man kann nur sagen, was man dafür verlangt, und ich habe in den Motiven mir auch erlaubt, dies ausdrücklich hervorzuheben.

Nehmen Sie die Kohlenpreise, nehmen Sie die Preise der Coaks, nehmen Sie die Preise des Theers und aller Nebenproducte, wie Ammoniak, Gaswasser ꝛc., die fortwährend schwanken, dann werden Sie leicht sehen, dass die Gestehungskosten auch fortwährend schwanken und daher ein fixer Gaspreis ungerecht ist — entweder für die Consumenten oder für die Producenten — und es wird auch wohl die Gemeinde, wenn sie im Besitze der Gaswerke ist, mit dieser Gepflogenheit brechen müssen. Denn es ist klar, dass, wenn z. B. die Kohle, wie es jetzt der Fall ist, um soviel Kreuzer per Meter-Centner im Preise zurückgeht, weil die Verzehrungssteuer wegfällt, auch der Gaspreis eine entsprechende Reducierung erfahren muss. Das ist ja selbstverständlich. Ich halte also diesen Antrag für verfrüht, und ich halte es auch nicht für klug, eine Frage anzuregen, deren Lösung heute vielleicht nicht einmal möglich ist.

Nun wird noch verlangt, dass alle diese Voranschläge bis zum 30. Juni dem Gemeinderathe vorgelegt werden sollen. Meine Herren! Wir schreiben, wenn ich nicht irre, den 20. Mai. Wir haben eine Debatte vor uns, die die Kräfte des Stadtbauamtes schon im vorhinein in Anspruch genommen hat und die Kräfte des Baudirectors auch noch einige Zeit beanspruchen wird, weil Sie ja gewiss darauf Wert legen, dass er, der in der ganzen Sache informiert ist, auch über verschiedene Punkte seine Meinung abgibt. Nun ist aber eine andere dringende Angelegenheit im Zuge, die eine solche Masse von Arbeit verursacht, dass Sie heute dem Bauamte einen Auftrag gar nicht geben können. Es ist unmöglich, denselben zu erfüllen, schon deshalb, weil solche Voranschläge nur Fachleute liefern können, weil Sie ja diese erst beschaffen und weil Sie doch an irgend jemand sich wenden müssen und nicht erwarten können, dass der Director einer großen Anstalt sofort, ich möchte sagen, Kind und Kegel und seine Fabrik verlässt und hieher reist, um hier Kostenanschläge zu fabricieren. Das ist undenkbar. Es ist also meines Erachtens nicht möglich, dass Sie den Antrag Purscht in Erwägung ziehen.

Nun liegt ein Antrag des Herrn Gem.-Rathes Dr. Linke vor, welcher dahin zielt, es möge auch das Programm darauf ausgedehnt werden, dass die Errichtung eines städtischen Elektricitätswerkes ins Auge gefasst werde. Diesem Antrage, meine Herren, kann ich absolut nicht zustimmen; wir haben Elektricitätswerke verschiedener Art in Wien, die Verträge sind vom Gemeinderathe genehmigt worden und in allen Verträgen sind Stipulationen enthalten, wonach der Gemeinderath nach einer gewissen Zeit das Einlösungsrecht hat. Der Gemeinderath hätte längst die Gründung solcher Werke verbieten, d. h., sie unmöglich machen können, dadurch, dass er den Straßengebrauch nicht gestattet hätte. Aber er hat es für klüger gefunden, bei dem, wie doch alle Herren zugeben müssen, noch nicht voll entwickelten Stande der Technik auf diesem Gebiete nicht die Gefahren der Lernzeit, das Lehrgeld auf seine Schultern zu nehmen, sondern einfach sie von den Privaten tragen zu lassen. Darum glaube ich, es wäre nur eine Verzögerung eines Werkes, das nicht verzögert werden darf, wenn wir das Bauamt mit diesen Dingen belasten würden, denn wir werden die Elektricitätswerke bei diesem Stande der Technik kaum bauen können. Die Herren haben alle die Erfahrung, und wer von Ihnen in seinem Geschäftslocale Elektricität eingerichtet hat und das elektrische Licht benützt, möge frank und frei sagen, was ihm die Geschichte kostet und er wird uns dann einen Maßstab dafür liefern, ob es wirklich anzunehmen ist, dass in nächster Zeit in dieser Beziehung ein ungeheuerer Consum eintreten wird.

Dass hier das Bedauern ausgesprochen wurde, dass dieser Gasvertrag, denn wir heute noch haben, geschlossen worden ist, ist ein großes Unrecht; ein Unrecht, weil, wie ich glaube, damit auch das Andenken eines um diesen Vertrag hochverdienten Mannes in einer gewissen Weise berührt wird. Dieser Vertrag ist geradezu ein Verdienst, und ich möchte den Herrn Redner, der es bedauert hat, dass dieser Vertrag geschlossen worden ist, auf folgende Daten verweisen.

Der Gasvertrag datiert vom 22. Mai 1875, das Gesetz über den Verwaltungsgerichtshof vom 22. October 1875 und jene Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes, welche in der Tramwayangelegenheit das Gemeinde-Eigenthum an den Straßen eigentlich erst formuliert und gegen Übergriff sichergestellt hat, ist am 12. Juni 1885 gefällt worden.

Wenn Sie sich nun die alten Verträge vorhalten und bedenken, in welcher Weise dieser Vertrag einen Fortschritt bedeutet, dass er eine Kündigung und ein Ablösungsrecht enthält, was früher in keinem Vertrage enthalten war, so müssen Sie sagen, dass dieser Vertrag einen großen Fortschritt bedeutet. Es wurde von einem unserer geschätzten Collegen wiederholt hier im Saale ausgeführt, dass das Kündigungsrecht zu jener Zeit nicht viel wert gewesen ist, denn es hieß ausdrücklich: „In diesem Falle bleiben beiden Theilen die wirklichen und vermeintlichen Rechte vorbehalten.“ Damals war es vollkommen zweifelhaft, ob wir im Falle einer Kündigung die Engländer überhaupt hinausbringen können, und zu der Zeit war der Präjudicialprocess noch nicht entschieden; damals wusste man noch nicht, wie das Gericht in dieser Frage urtheilen wird, und darum war die Verlängerung um zehn Jahre, die man concediert hat, um die Ablösung im Vertrage concediert zu bekommen, wirklich das wert. Wenn wir den Präjudicialprocess verloren hätten, wüssten wir auch nicht, was wir im Jahre 1899 thun würden; wir brächten die Engländer nicht hinaus, wir könnten die Rohre aus den Straßen nicht entfernen und hätten einfach eine Concurrenz durchzuführen, die wir wahrscheinlich nicht bestehen würden. Unter diesen Verhältnissen ist es, glaube ich, nicht gerecht, wenn man auf jene Leute tadelnd zurückblickt, die diesen Vertrag abgeschlossen haben; dieser Vertrag war seinerzeit ein Verdienst und es ist niemand zu tadeln, der daran mitgewirkt hat. In einem Punkte, glaube ich, treffen wir uns alle: Es wurde das in der General-Debatte über das Budget von dem Correferenten auch ausgedrückt mit den Worten, die er damals dem Führer der Opposition zugerufen hat, indem er sagte: „Ihre Worte müssten anders lauten; warten Sie nicht das Jahr 1894 oder 1895 ab, emancipieren Sie sich heute von der Gasgesellschaft dadurch, dass Sie schon heute die Plätze an den richtigen Orten erwerben, dass Sie das Bauamt beauftragen, einen Plan für die Gasanstalten auszuarbeiten.“

Das alles sind Dinge, die Ihnen jetzt empfohlen werden; das ist in dem Programm enthalten. Sie sollen nur eines thun, Sie sollen heute keinen überstürzten Beschluss fassen, Sie sollen die Möglichkeit schaffen, die Engländer einfach, ich möchte sagen: kaltzustellen dadurch, dass Sie sie am 1. November 1899 als nicht vorhanden ansehen, sich um ihre Werke gar nicht kümmern; mittlerweile sollen Sie alle Vorbereitungen treffen, um selbst bauen zu können, mit einem Worte Vorkehrungen treffen, die die Gemeinde in keiner Weise schädigen, die Position der Gemeinde nur auf das ausgezeichnetste sicherstellen. Wenn Sie die Anträge annehmen — und da möchte ich bitten, von der Frist, die hier beantragt wurde, ganz abzusehen, denn

wenn wir uns für den Bau der Gaswerke rüsten, ist es gleichgiltig, ob wir das Resultat der Schätzung heute oder morgen erfahren — haben wir für zwei Jahre vorgesorgt; für zwei Jahre hat das Bauamt eine Reihe von Aufgaben zu lösen, mit denen sich auch der Gemeinderath wird beschäftigen müssen; also es ist einerlei, ob wir die Schätzung heuer oder das nächste Jahr bekommen. Derartige Dinge sind auch nicht so einfach. Denken Sie sich die Schätzung von Werken in Erdberg, Zwischenbrücken, Döbling, Baumgarten, dazu noch das ganze Rohrnetz, welches allerdings sichergestellt ist. Das ist gewiss eine Arbeit, die in so kurzer Zeit von gewissenhaften Fachleuten nicht vollführt werden kann. Doch ich betrachte das als ganz gleichgiltig. Entscheidend ist: Die Gemeinde bereitet sich auf den Bau vor, sucht zu erfahren, was die Gaswerke wert sind, die vorhanden sind, was die Gaswerke kosten, die neu gebaut werden müssen, und es wird in nicht langer Zeit der Gemeinderath vor der Frage stehen, ob er in der einen oder anderen Richtung sich entscheidet.

Ich möchte Sie daher bitten, die Anträge abzulehnen, und besonders möchte ich Sie bitten, keine Übereilung zu begehen, und auch dem Antrage, der sich auf diese Schätzung nach § 4 bezieht, zuzustimmen. Sie werden dann meines Erachtens etwas thun, was auch in gewisser Weise imponieren wird; denn Sie werden dann sämmtliche Anträge, wie ich glaube, einstimmig angenommen haben, und das wird seinen Wert äußern auch in der ferneren Zukunft. (Lebhafter Beifall.)

Gem.-Rath Dr. Mechansky (zur thatsächlichen Berichtigung): Unter Berufung auf den stenographischen Bericht berichtige ich thatsächlich, dass ich in keiner Stelle meiner Rede gesagt habe, man könne gar nicht daran denken, eigene Gaswerke zu errichten. Jeder der Herren, welchen ja der stenographische Bericht zur Verfügung steht, kann sich von der Wahrheit dieser meiner Worte überzeugen. (Beifall.)

Gem.-Rath Gregorig (zur thatsächlichen Berichtigung): Ich berichtige die Äußerung des Herrn Referenten, welche dahin gieng, es könne der Antrag Pursicht deshalb nicht zur Annahme gelangen, weil in der kurzen Zeit das nicht durchgeführt werden kann. Demgegenüber berichtige ich thatsächlich, dass mir die berufenste Person im Stadtbauamte im Vorjahre auf meine Frage Folgendes gesagt hat: Es seien infolge des Beschlusses des Gemeinderathes durch das Stadtbauamt sämmtliche Pläne und Berechnungen fertiggestellt worden, und die Quintessenz des Antrages des Stadtbauamtes gieng dahin, dass, wenn die Gaswerke im Jahre 1899 fertig sein sollen, schon im Jahre 1891 mit dem Baue begonnen werden muss.

Also der Antrag des Stadtbauamtes gieng dahin, dass schon im Vorjahre hätte mit dem Bau begonnen werden sollen. Es ist also hiermit constatiert, dass durch das Stadtbauamt eine ganz neue Vorlage gemacht wurde, auf Grund deren allerdings vielleicht keine Berechnung vorliegt. Thatsächlich liegen vollkommene Pläne und Berechnungen seitens des Stadtbauamtes vor.

Referent: Ich möchte den Herrn Redner bitten, auf Seite 6 des gedruckten Referates gefälligst zu lesen: „Vom Stadtbauamte in Wien im Juli 1888". Im Juli 1888 hat daher das Stadtbauamt bereits erklärt, dass im Jahre 1892 nichts anderes geschehen kann, als die Erwirkung des Bauconsenses. Den Anonymus, der noch mehr weiß als der Baudirector, kenne ich natürlich nicht, aber ich glaube dem Baudirector mehr als dem Anonymus. (Heiterkeit rechts.)

Gem.-Rath Dr. Linke (zur thatsächlichen Berichtigung): Zur thatsächlichen Berichtigung muss ich bemerken, dass ich nicht den Antrag gestellt habe, dass überhaupt gar keine Gasanstalten in Wien errichtet werden sollen, sondern dass auch ein Elektricitätswerk errichtet werde bis zum Jahre 1899 — nebenbei — und nur in dem Umfange, als es nothwendig ist, gewisse Straßenzüge von größerer Breite und öffentliche Plätze zu beleuchten, damit wir wenigstens im Jahre 1899 soweit sind, als heutzutage schon andere Großstädte, nämlich Berlin, Paris, New-York, Philadelphia, St. Louis u. s. f. (Vice-Bürgermeister Dr. Borschke: Ich bitte nur zu berichtigen!) Ich glaube, der Antrag ist vollkommen berechtigt, dass wenigstens eine partielle Beleuchtung in jener Stadt eingeführt werde, wo bei Eröffnung der elektrischen Ausstellung das erhabene Wort ausgesprochen wurde, dass ein Meer von Licht über die Stadt ausstrahlen möge.

Gem.-Rath Dr. Klotzberg (zur thatsächlichen Berichtigung): Ich berichtige thatsächlich, dass ich nicht gesagt habe, wie der Herr Referent meint, dass die Commune bei der Gasfabrication nichts verdienen soll; ich habe nur gesagt, dass sich die Kosten nicht vertheuern mögen, wie es anlässlich der Canalräumungsgebüren geschehen ist.

Vice-Bürgermeister Dr. Borschke: Wir schreiten zur Abstimmung. Die Anträge des Stadtrathes brauche ich wohl nicht vorzulesen. (Rufe: Nein!) Ein Gegen-Antrag ist eigentlich nur der Antrag des Herrn Dr. Lueger, dahin gehend, dass der erste Absatz wegbleibe und nur der zweite Absatz mit einer Modification und der Schlusspassus angenommen werde. Ich glaube also, wir stimmen so ab, dass ich Punkt I und II trenne und zuerst über Punkt I abstimmen lasse, weil der Gegen-Antrag nur die Negation ist.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Ich beantrage die namentliche Abstimmung über A I.

Vice-Bürgermeister Dr. Borschke: Diejenigen Herren, welche für die namentliche Abstimmung über Punkt A I sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Die namentliche Abstimmung ist abgelehnt.

Dann kommt der zweite Absatz und je nach dem Ergebnis der Abstimmung bezüglich der Punkte I und II lässt sich dann erst über die letzten Zeilen des Absatzes I entscheiden.

Die anderen Anträge sind durchwegs Zusätze und keine Gegen-Anträge. Ich beginne also mit der Abstimmung.

A. Der Herr Bürgermeister wird ermächtigt:

I. durch Verhandlungen mit der Imperial-Continental-Gas-Association die ungesäumte Vornahme der im § 4, Alinea 3 des Gasvertrages vorgesehenen gerichtlichen Schätzung mit allen Rechtswirkungen des Vertrages zu erwirken;

Diejenigen Herren, welche für diesen Antrag sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Dann kommt Punkt II mit derselben Einleitung:

II. für den Fall des Scheiterns oder der Ablehnung solcher Verhandlungen die im § 11, Alinea 1, des Vertrages vorgesehene specielle Untersuchung aller Anlagen der Gasanstalt (der Fabriken, des Röhrennetzes ꝛc.) unter Zuziehung von tauglichen Sachverständigen binnen kürzester Frist vorzunehmen.

Der Antrag des Gem.-Rathes Dr. Klotzberg ist zurückgezogen worden, es bleibt also der Referenten-Antrag. Diejenigen

Herren, welche für den Referenten-Antrag stimmen, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen. (Rufe: Einstimmig!)

Nun kommt der Schlusspassus, der jetzt heißt: „Das Ergebnis ist in beiden Fällen dem Gemeinderathe ohne Verzug vorzulegen." Es muss so bleiben, weil zwei Fälle vorgemerkt sind. (Gem.-Rath Dr. Lueger: Die Frist bezieht sich auf beide Fälle!) Das kann ja geschehen. Ich bitte also diejenigen Herren, die für die Textierung sind: „Das Ergebnis ist in beiden Fällen dem Gemeinderathe ohne Verzug vorzulegen," die Hände zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Nun ist vom Herrn Gem.-Rath Dr. Lueger eine Frist bis 1. September 1892 beantragt. Diejenigen Herren, die dafür sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Abgelehnt.

Nun kommen wir zu Punkt B, der lautet:

B. Die in der „Übersicht" aufgezählten, für die Errichtung städtischer Gasanstalten nothwendigen Arbeiten werden genehmigt. Der Herr Bürgermeister wird ermächtigt, die in dieser „Übersicht" für die Jahre 1892 und 1893 vorgesehenen Arbeiten, Vorkehrungen, Geschäfte ꝛc. durchzuführen und die dafür nöthige Creditvorlage sofort zu erstatten.

Diejenigen Herren, die dafür sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Das ist einstimmig angenommen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Nun kommen die verschiedenen Zusatz-Anträge:

Der Zusatz-Antrag des Herrn Gem.-Rathes Dr. Linke zu dem Programme: Die in der „Übersicht" aufgezählten Arbeiten für die Errichtung städtischer Beleuchtungsanlagen sind nach dem vom Stadtbauamte vorzuschlagenden Programme bezüglich der hiezu zu beantragenden Straßenzüge und öffentlichen Plätze auch auf die Errichtung eines städtischen Elektricitätswerkes auszudehnen.

Diejenigen Herren, die dafür sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Abgelehnt.

Nun kommen die Anträge des Herrn Gem.-Rathes Purscht. (Rufe: Zurückgezogen!) Nein, die Anträge sind alle aufrecht. Es sollen Projecte vorgelegt werden:

1. Über den Kostenpunkt für das Erbauen neuer Gaswerke inclusive Röhrenlegung.

Diejenigen Herren, welche dafür stimmen, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Abgelehnt.

2. Bestimmung des Kostenpreises des Gases für das Cubikmeter an Private.

Diejenigen Herren, welche damit einverstanden sind, bitte ich die Hand zu erheben. (Geschieht.) Abgelehnt.

3. Sollte dieser Voranschlag bis längstens 30. Juni 1892 dem Gemeinderathe vorgelegt sein.

Das ist nicht möglich, weil niemand beauftragt ist.

Nun kommt der Antrag des Herrn Gem.-Rathes Dr. Klotzberg: Das Actionsprogramm ist strenge einzuhalten.

Diejenigen Herren, welche damit einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Abgelehnt.

Somit ist die Angelegenheit erledigt.

Es wurde daher beschlossen:

A) Der Herr Bürgermeister wird ermächtigt: I. durch Verhandlungen mit der Imperial-Continental-Gas-Association die ungesäumte Vornahme der im § 4, Alinea 3 des Gasvertrages vorgesehenen gerichtlichen Schätzung mit allen Rechtswirkungen des Vertrages zu erwirken; II. für den Fall des Scheiterns oder der Ablehnung solcher Verhandlungen die im § 11, Alinea 1 des Vertrages vorgesehene specielle Untersuchung aller Anlagen der Gasanstalt (der Fabriken, des Röhrennetzes ꝛc.) unter Zuziehung von tauglichen Sachverständigen binnen kürzester Frist vorzunehmen.

Das Ergebnis ist in beiden Fällen dem Gemeinderathe ohne Verzug vorzulegen.

B. Die in der „Übersicht" aufgezählten, für die Errichtung städtischer Gasanstalten nothwendigen Arbeiten werden genehmigt. Der Herr Bürgermeister wird ermächtigt, die in dieser „Übersicht" für die Jahre 1892 und 1893 vorgesehenen Arbeiten, Vorkehrungen, Geschäfte ꝛc. durchzuführen und die dafür nöthige Creditvorlage sofort zu erstatten.

21. Referent Gem.-Rath Wurm: Ich habe die Ehre, zur Z. 2784, Beilage Nr. 74 zu referieren. Es handelt sich um das Offert des Karl Ludwig Zamarski auf Ankauf einer Baustelle im I. Bezirke in der Sterngasse. Zum Verkaufe dieser Baustelle um den Preis von 120 fl. per Quadratmeter sind wir durch ein Landesgesetz berechtigt. Es waren wiederholt schon Anbote im Stadtrathe, welche aber nie die Summe von 130 fl. per Quadratmeter überstiegen haben. Trotzdem dieser Platz nicht günstig gelegen und die Zufahrt erschwert ist, hat der Stadtrath doch nie eingerathen, die Baustelle um einen so billigen Preis herzugeben. In letzter Zeit ist abermals ein Antrag diesbezüglich abgelehnt worden. Kurz darauf ist ein Offert auf 135 fl. eingebracht worden und zuletzt von Zamarski mit 144 fl. per Quadratmeter. Dieses Anbot ist so günstig, dass der Stadtrath beantragt, diese Baustelle um diesen Preis zu verkaufen. Die näheren Bestimmungen sind in folgenden Anträgen enthalten:

Das Angebot des Ludwig Karl Zamarski, die Baustelle in der Sterngasse, Einl.-Z. 1252, im I. Bezirke, Cat.-Parc. 477/1 im Ausmaße von 215·20 m² um den Preis von 144 fl. per Quadratmeter anzukaufen, wird angenommen.

Die vom Offerenten abgegebene Erklärung, dass er für die allfälligen Adaptierungskosten, welche ihm oder seinen Nachfolgern infolge Herstellung des richtigen Straßenniveaus erwachsen könnten, keine Entschädigung von der Gemeinde Wien verlangen werde, ist grundbücherlich sicherzustellen.

(Zahlungsbedingnisse laut § 5 der unterfertigten Vorschrift: Ein Drittel binnen acht Tagen, der Rest gegen fünfpercentige Verzinsung und grundbücherliche

Sicherstellung in vier gleichen Jahresraten mit Vorbehalt der früheren Zahlung.)

Ich bitte daher, die Anträge anzunehmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Wünscht jemand das Wort? (Es meldet sich niemand.) Wenn dies nicht der Fall ist, bitte ich jene Herren, welche hiemit einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Es wurde daher beschlossen:

Das Angebot des Ludwig Karl Zamarski, die Baustelle in der Sterngasse, Einl.-Z. 1252, im I. Bezirke, Cat.-Parc. 477/1 im Ausmaße von 215·20 m² um den Preis von 144 fl. per Quadratmeter anzukaufen, wird angenommen.

Die vom Offerenten abgegebene Erklärung, dass er für die allfälligen Adaptierungskosten, welche ihm oder seinen Nachfolgern infolge Herstellung des richtigen Straßenniveaus erwachsen könnten, keine Entschädigung von der Gemeinde Wien verlangen werde, ist grundbücherlich sicherzustellen.

(Zahlungsbedingnisse laut § 5 der unterfertigten Vorschrift: Ein Drittel binnen acht Tagen; der Rest gegen fünfpercentige Verzinsung und grundbücherliche Sicherstellung in vier gleichen Jahresraten mit Vorbehalt der früheren Zahlung.)

22. Referent Gem.-Rath Rückauf: Nr. 2813. Ich habe die Ehre, zu berichten über zwei Subventionsgesuche. Dr. Wilhelm Hulesch, Pfarrer in Döbling und Vorstand des Döblinger Kirchenmusikvereines und der St. Vincenz-Conferenz, bittet um eine Subvention von je 50 fl. Diese Vereine haben von der ehemaligen Gemeinde Döbling jährlich eine Subvention erhalten, und zwar der Kirchenmusikverein vom Jahre 1875 an und die St. Vincenz-Conferenz vom Jahre 1869 an. Der Stadtrath beantragt für das laufende Jahr eine Subvention von je 50 fl. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Wünscht jemand das Wort. (Niemand meldet sich.) Ich bitte, die Herren, welche zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Es wurde daher beschlossen, dem Döblinger Kirchenmusikvereine und der St. Vincenz-Conferenz pro 1892 eine Subvention von je 50 fl. zu bewilligen.

23. Referent Gem.-Rath Dr. Stenzl: Z. 2626. Das Erzherzogin Sophienspital, welches unter dem Protectorate Sr. kais. Hoheit des Erzherzogs Karl Ludwig steht, sucht um eine Subvention an. Dasselbe hat seit Jahren eine Subvention von 1000 fl. erhalten. Es weist 11.000 Ordinationen aus, von denen 7000 allein auf die Vororte kommen.

Es hat im letzten Jahre eine chirurgische Abtheilung errichtet, deren Instandhaltung wesentliche Kosten verursacht, die es kaum erschwingen kann. Mit Rücksicht darauf, dass das Spital seinem Zwecke entspricht und von großem Nutzen für die arme Bevölkerung ist, beantragt der Stadtrath, es sei dem Spitale pro 1891 neuerlich eine Subvention von 1000 fl. zu gewähren.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Angenommen.

Es wurde daher beschlossen, dem Erzherzogin Sophienspitale pro 1891 eine Subvention von 1000 fl. zu bewilligen.

24. Referent Gem.-Rath Dr. Stenzl: Z. 2448. Der Lehrerverein des Schulbezirkes Hernals um Subvention für die Volksbibliothek. Dieser Lehrerverein hat die Volksbibliothek gegründet und da er über beschränkte Mittel verfügt, so hat ihm der Gemeinderath in den früheren Jahren einen Mietzinsbeitrag von 120 fl. und im letzten Jahre von 200 fl. bewilligt. Aus dem Jahresberichte ergibt sich, dass diese Bibliothek sehr in Anspruch genommen wird, namentlich von der arbeitenden Bevölkerung, von Geschäftsleuten und armen Studenten u. s. w. Mit Rücksicht auf den Umstand, dass diese Bibliothek wirklich zweckmäßig wirkt, beehrt sich der Stadtrath, das Plenum des löbl. Gemeinderathes zu ersuchen, eine Subvention von 200 fl. auch für das laufende Jahr 1892 dem genannten Lehrervereine zu bewilligen.

Gem.-Rath Eigner: Ich möchte mir an den Herrn Referenten die Anfrage erlauben, von wann an diese 200 fl. bewilligt werden. Ist das nämlich ein Credit oder eine Genehmigung für das zu bezahlende Quartiergeld (Referent: Ein Mietzinsbeitrag!) für die Bibliothek? (Referent: Ja.) Die Lehrer mussten das Geld für den Mietzins bereits aus der eigenen Tasche hergeben und mussten mit dem Besitzer des Hauses, in dem der Verein die Bibliothek untergebracht hat, den früher vierteljährigen Mietvertrag in einen monatlichen umwandeln, weil sie den vierteljährigen Mietzins zum Februar nicht gehabt haben.

Ich möchte ersuchen, dass die 200 fl. bis zum Februar zurück datiert werden, damit die Lehrer den aus ihren Taschen bezahlten Zins zurückerhalten.

Referent: Ich bitte, die Commune kann doch nicht den Zins zahlen, sie kann die Volksbibliothek nur subventionieren, sie kann aber nicht die Verpflichtung übernehmen, den Zins zu bezahlen. Die Subvention, die für das Vorjahr bewilligt worden war, soll auch pro 1892 bewilligt werden.

Gem.-Rath Eigner: Ich hätte noch eine Anfrage zu richten. Der zu bewilligende Betrag ist nur für den Mietzins, die Localitäten müssen aber auch geheizt und beleuchtet werden. Womit soll das geschehen?

Referent: Ich habe zu bemerken, dass in dem Gesuche allerdings die Petition enthalten war, der Gemeinderath, beziehungsweise die Gemeinde möge auch für die Beleuchtung und Beheizung aufkommen. Nun hat der Bezirksvorstand — ich glaube es ist Herr Helbling —, der ersucht wurde, ein Gutachten abzugeben, gesagt, es genügt vollständig, wenn eine Subvention von 200 fl. bewilligt werde, dass aber von einem Beitrage zu der Beleuchtung und Beheizung der Bibliothek abzusehen sei.

Auf Grund dieses Gutachtens des Bezirksvorstandes, der die Verhältnisse des Vereines wohl kennen muss, hat der Gemeinderath sich bewogen gefühlt, eine Subvention von 200 fl. zu bewilligen, aber von einem Beitrage zur Beheizung und Beleuchtung abzusehen.

Gem.-Rath Winkler: Ich habe mir erlaubt, im vorigen Monat einen Antrag einzubringen, in dem auseinandergesetzt wurde, aus welchem Grunde dem Lehrerverein bereits vor drei

Jahren die Subvention von Seite der Gemeinde Hernals gegeben wurde. Die Gemeinde Hernals hat damals den Antrag beschlossen und genehmigt, der Volksbibliothek des Lehrervereines eine Subvention von 100 fl. zu geben, mit dem ausdrücklichen Zusatz „als Beitrag für den Mietzins".

Damals hat das Local noch nicht soviel gekostet, in späteren Jahren hat der Zins 200 fl. gekostet, weil die Localitäten zu klein waren, um dem Andrang des Publicums zu genügen. Infolge dessen und nachdem jener Lehrerverein humanitäres Wirken entfaltet und eine Nothwendigkeit für die Bevölkerung ist, hat damals die Gemeinde Hernals beschlossen, den Lehrerverein alle Jahre mit einem Beitrage von 200 fl. als Beitrag zum Mietzins zu subventionieren.

Es ist eine Pflicht, die die Gemeinde Wien von Hernals seinerzeit übernommen hat. Ich will mich darauf nicht weiter einlassen, möchte jedoch den Antrag stellen, dass die verehrten Herren heute wie bei analogen Fällen, wo verschiedene Vereine subventioniert wurden, dem Antrage zustimmen, dass diese Subvention nicht nur für 1892, sondern auch für die Jahre 1893 und 1894 heute bewilligt werde, und zwar aus dem Grunde, weil das Gesuch des Lehrervereines bereits vor zehn Monaten eingebracht wurde. Denn sonst müssten die Lehrer wieder in den eigenen Sack greifen und den Zins zahlen. Nachdem es eine Pflicht ist, welche die Commune Wien von der Gemeinde Hernals übernommen hat, so möchte ich Sie bitten, meinem Antrage zuzustimmen, es wäre denn, dass Unzukömmlichkeiten vorkommen. Mein Antrag geht also dahin, es sei der Volksbibliothek des Lehrervereines eine Subvention zur Zahlung des Zinses in der Höhe von 200 fl. für die Jahre 1892, 1893 und 1894 zu bewilligen.

Referent: Ich möchte die Versammlung darauf aufmerksam machen, dass Subventionen für Vereine ursprünglich immer auf ein Jahr gewährt werden, und dass die Vereine in jedem Jahre darum einkommen. Der Grund liegt darin, weil möglicherweise der Verein Tendenzen cultivieren würde, welche mit dessen Subventionierung nicht vereinbarlich wären. Der Verein kann wieder einkommen. Wenn sich die Verhältnisse anders gestalten, so wird der Gemeinderath in seiner gewohnten Noblesse nicht anstehen, eine höhere Summe zu bewilligen. Ich bitte also die Herren, die Summe bloß für 1892 zu bewilligen.

Gem.-Rath Grünbeck: Wir in der Gemeinde Hernals haben die Gemeinnützigkeit dieses Vereines selbstverständlich anerkannt und haben 120 fl., dann 200 fl. für das Quartier bestimmt. Sie wissen jedoch, dass das Quartier beleuchtet und beheizt werden muss. Die Lehrerschaft bringt leider die Mittel nicht auf, um die Heizung und Beleuchtung bestreiten zu können. Ich erlaube mir daher — ich will nicht tief in den Säckel hineingreifen — den Antrag zu stellen, dass 50 fl. mehr für Beleuchtung und Beheizung bewilligt werden.

Gem.-Rath Wünsch: Ich möchte bitten, den Antrag, den Gem.-Rath Grünbeck gestellt hat, zu unterstützen. Es ist das eine Ehrenpflicht, die gewissermaßen die Commune übernimmt als Nachfolgerin der Gemeinde Hernals. Die Gemeinde Hernals hat seinerzeit dem Lehrerverein die Wohnung zur Verfügung gestellt und hat Beheizung und Beleuchtung bestritten.

Über die außerordentlich ersprießliche Thätigkeit und das vortheilhafte Wirken des Vereines brauche ich mich nicht auszulassen. Es ist bekannt, wie stark diese Bibliothek benützt wird, und die Lehrer sind wirklich darauf angewiesen, dass sie diese Subvention von der Gemeinde erhalten. Ich bitte daher, diese 50 fl. als Äquivalent für Beheizung und Beleuchtung für das Jahr 1892 zuzulegen.

Referent (zum Schlusswort): Mir ist es überhaupt nicht eingefallen, an dem Nutzen des Vereines zu zweifeln. Ich habe es in meinem Referate zum Ausdrucke gebracht, dass der Verein wirklich ersprießlich wirkt und für die Bevölkerung eine Nothwendigkeit ist. Ich würde nichts dagegen haben, wenn die Herren beschließen würden, statt 200 fl. 250 fl. zu bewilligen. Ich möchte sie aber dringend davor warnen, diese Summe unter dem Titel von Beleuchtungs- und Beheizungszwecken zu geben, weil Sie damit ein gefährliches Präjudiz schaffen und dann auch andere Vereine kommen könnten.

Vice-Bürgermeister Dr. Borschke: Wir schreiten zur Abstimmung. Der Herr Referent beantragt den Betrag von 200 fl. für das Jahr 1892. Dagegen liegt der Gegen-Antrag vor, für das Jahr 1892 250 fl. zu bewilligen. Die Herren, welche für den Gegen-Antrag sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Die Subvention von 250 fl. für das Jahr 1892 ist angenommen.

Es liegt weiter vom Collegen Winkler der Antrag vor, für 1893 und 1894 auch je 200 fl. zu bewilligen. Die Herren, welche für diesen Antrag sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Es ist die Minorität, der Antrag ist abgelehnt.

Es wurde daher beschlossen, dem Lehrervereine im Schulbezirke Hernals zur Erhaltung der Volksbibliothek pro 1892 eine Subvention von 250 fl. zu bewilligen.

25. Referent Gem.-Rath Dr. Stenzl: Ich habe weiters zu referieren zur Zahl 2742. Die israelitische Kinderbewahranstalt im II. Bezirke bittet um eine Subvention. Ich habe im vorigen Jahre aus gleichem Anlasse referiert und bemerke gleich im Eingange, dass es sich nicht um die Kinderbewahranstalt handelt und der Gemeinderath auch nicht mit Rücksicht auf die Kinderbewahranstalt die Subvention gewährt hat, sondern auf das mit der Kinderbewahranstalt in Verbindung stehende Institut einer Lehranstalt für Kindergärtnerinnen.

Der Bezirks-Schulinspector, der das Institut eingehend inspiciert hat, spricht sich außerordentlich lobend über die Thätigkeit und auch über die Leistungen dieser Anstalt aus. Nun bemerke ich, dass das Bedürfnis dieser Anstalt insofern gestiegen ist, als der Andrang der Katholikinnen größer geworden ist; die Zahl der Katholikinnen, die im vorigen Jahre acht betrug, ist im heurigen Jahre auf 13 gestiegen gegen 17 Israelitinnen. Die Zöglinge finden dort einen außerordentlich guten Unterricht, wie der Bezirks-Schulinspector bestätigt, und werden hauptsächlich in häuslicher Beziehung zu Kindergärtnerinnen herangebildet.

Mit Rücksicht auf die belobte Thätigkeit des Institutes als Lehranstalt für Kindergärtnerinnen beantragt der Stadtrath, es sei demselben, wie im Vorjahre, der Betrag von 200 fl. zu gewähren. Ich habe schon im vorigen Jahre vorgetragen, dass selbst Klosterfrauen Candidatinnen zum Unterricht hinschicken, ein Beweis, dass das Institut nützlich wirken muss, sonst wäre das nicht geschehen. Ich bitte um die Zustimmung zum Antrage des Stadtrathes.

Gem.-Rath Gregorig: Wird zum Ehrenjuden ernannt!

Referent: Das ist eine Gemeinheit!

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke (zum Gem.-Rathe Gregorig): Ich bitte, solche Bemerkungen zu unterlassen.

Gem.-Rath Hawranek: Der Antrag, der hier steht, lautet auf 200 fl. für die israelitische Kinderbewahranstalt. Die israelitische Cultusgemeinde ist so reich und hat so reiche Gönner. Warum wendet sie sich nicht an den Rothschild? Der kann sie ja doch unterstützen, aber da wir es fortwährend mit anderen humanitären Zwecken zu thun haben — es ist das zwar auch ein humanitärer Zweck — so soll sich die Cultusgemeinde ihre Anstalt selbst erhalten und auch die Kinder selbst erziehen, damit sie arbeiten können. Ich stimme für diesen Betrag nicht.

Gem.-Rath Dr. Nechansky: Ja, meine Herren, wir können doch bei Entscheidung über eine Subvention nicht von solchen Gesichtspunkten ausgehen, wie sie der Vorredner entwickelt hat. Wir fragen nicht danach, ob es eine israelitische oder katholische Bildungsanstalt ist, sondern ob es eine Bildungsanstalt ist, welche allgemeinen Zwecken dient und würdig ist, unterstützt zu werden. Man könnte ebensogut in einem Falle, wo eine katholische Bildungsanstalt kommt, darauf hinweisen, die solle der reiche Clerus unterstützen; das zu sagen fällt uns nicht ein, wir betrachten nur den allgemeinen Zweck, und von diesem Gesichtspunkte geben wir Subventionen. Ist eine Gesellschaft oder ein Verein derart gestaltet, dass man ihm einen solchen Betrag mit gutem Gewissen geben kann, werden wir es thun. Wir haben nur nach dem Zweck und nach Güte des Zweckes zu fragen; ich bin daher dafür, dass dieser Betrag in der beantragten Höhe bewilligt werde, umsomehr als auch in früheren Jahren diesem Institute der gleiche Betrag bewilligt worden ist.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Wünscht noch jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Referent hat das Schlusswort.

Referent: Ich habe eigentlich wenig zu bemerken; es wird auf Rothschild hingewiesen; ich möchte die Herren auffordern, mir unter den vielen Namen, die wir lesen, zu sagen, wie viele darunter sind, die besonders viel geben, die nicht Juden wären. Bei großen Instituten und Wohlthätigkeitsanstalten finden Sie gerade Namen von Juden, welche so außerordentlich mit Gaben glänzen.

Einem Herren hat es beliebt zu sagen, ich werde zum Ehrenjuden ernannt werden. Es ist das eine jener geistigen Capriolen, die ich vom pathologischen Standpunkte auffasse und auf die ich darum auch keine Antwort gebe.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Wir schreiten zur Abstimmung. Jene Herren, welche für den Referenten-Antrag stimmen, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Es wurde daher beschlossen, der israelitischen Kinderbewahr- und Privat-Bildungsanstalt für Kindergärtnerinnen im II. Bezirke für das Schuljahr 1891/92 eine Subvention von 200 fl. zu bewilligen.

Gem.-Rath Hipp (zur Geschäftsordnung): Ich habe bei Beginn der Sitzung den Herrn Bürgermeister gebeten, er möge trachten, dass das Geschäftsstück, welches seit dem 22. Juli v. J. auf unserer Tagesordnung figuriert — Z. 1009 —, womöglich heute vornehmen zu lassen. Indem ich die erfreuliche Bemerkung mache, dass Herr Stadtrath Noske soeben erschienen ist (Heiterkeit links), möchte ich bitten, dieses Stück vornehmen zu lassen.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Der Herr Referent hat sich bei mir nicht gemeldet, ich kann ihn daher nicht aufrufen. (Ruf links: Er kann sich nicht melden, wenn er nicht da ist!)

26. Referent Gem.-Rath Schlechter: Ich habe die Ehre, über St.-R.-Z. 2777 zu referieren. Der Antrag befindet sich auf der heute vorliegenden lithographierten Tagesordnung.

Es ist von Seite der Congregation der Töchter der göttlichen Liebe im III. Bezirke, Jaquingasse, eine Eingabe eingelaufen, worin sie um Subventionierung ersucht und darauf hinweist, dass sie erstens dort einen Kindergarten errichtet hat und dass eine Kirche erbaut wurde, dass sie seit 1. September 1891 150 Kinder in diesem Kindergarten unterrichtet, ferner dass sie auch, wie es hier heißt, für Dienstmädchen und Fabriksmädchen eine Sonntagsschule erhält. Es wird von allen Organen das wirklich werkthätige Wirken dieser Congregation hervorgehoben und bemerkt, dass bereits bei Erbauung der Schule und Kirche Subventionen gegeben worden sind, und zwar im Betrage von 1000 fl. Als es sich um Ausmittlung der Ziffer gehandelt hat, stellte sich heraus, dass von Seite des Magistrates über Befürwortung der Bezirksvorstehung des III. Bezirkes eine Subvention von 50 fl. beantragt wurde. Der Stadtrath hat geglaubt, dass dieser Betrag zu minimal ist, und ich habe daher namens des Stadtrathes den Antrag zu stellen, dass ein Betrag von 100 fl. als Subvention gegeben werde.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Es muss uns doch eigenthümlich berühren, wie verschieden die Gesuche behandelt werden. Die israelitische Kinderbewahranstalt und Bildungsanstalt für Kindergärtnerinnen soll 200 fl. bekommen; Sie haben vom Standpunkte der Gleichberechtigung dafür gestimmt. Die Congregation der Töchter der göttlichen Liebe, ein Institut, dessen Wirken außerordentlich segensreich ist und allen Schichten der Bevölkerung zugute kommt, soll eine jährliche Subvention von 100 fl. bekommen, weil in früheren Jahren Subventionen zum Bau gewährt worden sind. Das ist gar kein Verhältnis. Wenn man bedenkt, wie viele Christen und wie viele Juden in Wien sind, so müssen sie eigentlich dieser Congregation eine Subvention von 2000 fl. geben, denn es sind doch zehnmal soviel Christen als Juden in Wien. Ich gehe nicht soweit, ich bin so durchdrungen von dem Gefühle unserer Inferiorität, unseres Nichts in Wien, ich bin so sehr durchdrungen von dem Gefühle der Herrschaft der Juden — bei den früheren Referaten sind zwei Herren mit gebogenen Bittschriften erschienen, um ein Loblied von den betreffenden Blättern zu erlangen — dass ich gar nicht wage, eine percentuell entsprechende Subvention zu verlangen; ich bescheide mich damit, wenn man der Congregation eben soviel gibt als der israelitischen Kinderbewahranstalt und Privat-Bildungsanstalt für Kindergärtnerinnen im II. Bezirke. Sehen Sie ab von der Stellung, welche wir einnehmen, sind Sie so gnädig (Heiterkeit), und geben Sie der Congregation der Töchter der göttlichen Liebe auch 200 fl.

Referent: Ich glaube, ich darf nur nochmals hervorheben, dass der Stadtrath ohnehin über das vom Magistrate beantragte Maß hinausgegangen ist, von 50 auf 100 fl., also auf das Doppelte. Es wird keinem Zweifel unterliegen, dass die Congregation die Subvention verdient. Was einen Vergleich anbelangt, so lasse ich mich auf das nicht ein. (Rufe links: Wir auch nicht!) Ich denke, dass man die Leistungen auf jedem Gebiete, auch auf dem confessionellen, berücksichtigen soll, und das frühere Beispiel hat gezeigt, dass der Stadtrath in der einen und anderen Richtung

soweit als möglich geht. Was die Ziffer betrifft, so würde ich für meine Person auch für 200 fl. eintreten.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Der höhere Betrag kommt zuerst zur Abstimmung. Diejenigen Herren, die für eine Subvention von 200 fl. sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Es wurde daher beschlossen, der Congregation der Töchter der göttlichen Liebe pro 1892 eine Subvention von 200 fl. zu bewilligen.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Die öffentliche Sitzung ist geschlossen, es folgt eine vertrauliche Sitzung (Schluss der öffentlichen Sitzung um 1/4 8 Uhr abends.)

Beschluss-Protokoll

der **vertraulichen** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom 20. Mai 1892.

Vorsitz: **Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke** und **Vice-Bürgermeister Dr. Richter.**

1. Gem.-Rath Josef Müller referiert über die Erwerbung des Hauses Nr. 3 Fluchtgasse, IX. Bezirk, behufs Durchführung der Bleichergasse und beantragt den Ankauf dieser Realität um den Preis von 18.200 fl. Angenommen.

2. Die **Gem.-Räthe Vaugoin, Dr. Stenzl** und **Vice-Bürgermeister Dr. Richter** referieren über Personalangelegenheiten.

(Schluss der Sitzung.)

Stadtrath.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom 17. Mai 1892.

Vorsitzende: Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke,
Vice-Bürgermeister Dr. Richter.

Anwesende: Boschan, v. Götz, v. Goldschmidt, Dr. Grübl, Dr. Hackenberg, Dr. Huber, Kreindl, Dr. Lederer, Matzenauer, Meißl, Müller, v. Neumann, Noske, Rückauf, Schlechter, Schneiderhan, Dr. Stenzl, Vaugoin, Dr. Vogler, Witzelsberger, Wurm.

Beurlaubt: Dr. v. Billing.
Schriftführer: Magistrats-Secretär Roßner.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den **Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke** macht derselbe der Versammlung folgende Mittheilungen:

Der Reservefond per . . . . . 600.000 fl. — kr.
ist am 14. Mai 1892 belastet mit effectiven Auslagen per . . . . . 42.015 fl. 90 kr.
in Aussicht stehenden, bereits genehmigten, jedoch noch nicht effectuierten Auslagen per . . . . . 214.718 fl. — kr.
daher verfügbar . . 343.266 fl. 10 kr.
respective nach Abzug der für unvorhergesehene Auslagen in den Bezirken zu reservierenden Summe per . . . . . 9.000 fl. — kr.
334.266 fl. 10 kr.

Außerdem stehen noch für Rechnung des Reservefonds Anträge im Gesammtbetrage von 135.221 fl. 85 kr. in Vormerkung. (Zur Kenntnis.)

Zu einer gegen die Qualification eines Magistratsbeamten erhobenen Berufungsverhandlung sind vier Mitglieder des Stadtrathes zu wählen. (Zur Kenntnis.)

Es werden sohin die St.-R. Dr. Grübl, Dr. Huber, Dr. Lederer und Dr. Vogler gewählt.

Dringlichkeits-Antrag des **St.-R. Dr. Vogler:**

Der Stadtrath beauftrage eines seiner Mitglieder, dem Stadtrathe über die Gesetzentwürfe, betreffend die Feststellung der Kronenwährung, ferner betreffend den Münz- und Währungsvertrag mit Ungarn, dann betreffend die Erfüllung der auf Goldgulden lautenden Verpflichtungen in Landes-Goldwährung, — in Rücksicht auf ihre Rückwirkung auf die Finanz-, Steuer- und ökonomischen Verhältnisse der Gemeinde Wien Bericht zu erstatten.

Dieser Antrag wird angenommen.

St.-R. Meißl referiert über das Ansuchen der Kleinkinder-Bewahranstalt in Kaisermühlen um Subvention und beantragt, dieser Anstalt die Subvention für die Jahre 1892 und 1893 von 500 fl. auf je 1000 fl. zu erhöhen, jedoch mit dem Vorbehalte, dass diese Subvention pro 1893 widerrufen werden kann, wenn eine in den Verhältnissen oder in dem Gebaren dieser Anstalt sich ergebende Veränderung Veranlassung hiezu bilden sollte. (Angenommen.)

Hierüber ist dem Gemeinderathe zu referieren.

— **Derselbe** referiert über 20 Gesuche um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt:

a) die Verleihung der Zuständigkeit nach Wien an:

Steinhäufl Augustin, Zimmermann und Hausbesorger;
Křemeček Franz, Locomotivheizer;
Stran Jakob, Hauseigenthümer und Kutscher;
Marbach Benjamin, Bahnbeamter;
Košir Josef, Geschäftsreisender;
Jaich Thomas, Kaffeekoch;
Eisenbach Israel, recte Isidor, Börsebesucher;
Engel Josef, Buchhalter und Abtheilungsvorstand-Stellvertreter bei der Österr. Nordwestbahn;
Parger Josef, Holz- und Kohlenhändler;
Torbe Moses Mendel, Juwelenverschleißer, und
Beindl Anton, Dienstmann und Hausbesorger;

b) die Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband an:

Glück David, Reisender;
Franz Maria, Zeitungsausträgerin und Cravattennäherin;
Goldstein Josef, Schneidermeister;
Pajbach Martin, Taglöhner;
Klein Leopold, Börsebesucher;
Stein Karl, Annoncen-Acquisiteur;
Mladile Francisca, Näherin;

Varga Alexander, Schlossergehilfe, und
Thaler Eduard, Dr., Advocaturs-Candidat und Secretär der türkisch-sephardischen Gemeinde in Wien.
(Angenommen);

— **derselbe** referiert über 25 Gesuche um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt:

a) die Verleihung der Zuständigkeit nach Wien an:
Faßl Kaspar, Hammerschmiedgehilfe;
Eder Wenzel, Schlossergehilfe;
Kopeczny Georg, Schlossergehilfe;
Verderber Johann, Federnzurichter;
Ottmann Anton, Einspänner-Eigenthümer;
Beschtak Mathias, Sattlergehilfe;
Slivonč Karl, Schlossergehilfe;
Purkandl Wenzel, Locomotivführer;
Zuba Wenzel, Fabriksarbeiter;
Malcher Johann, Herrschaftskutscher;
Trežek Georg, Polier;
Sauer Alois, Schlossergehilfe:
Victorin Franz, Hausbesorger;
Ottmann Josef, Einspännerlicenz-Inhaber;
Kösner Franz, Kutscher;
Patzocha Karl, k. k. Sicherheitswachmann I. Classe;
Sulek Josef, Tischlergehilfe;
Chalus Josef, Claviertischlergehilfe;
Splichal Wenzel, Taglöhner und Hausbesorger;
Halla Albert, Eisendrehergehilfe, und
Kosina Ludwig, Eisendrehergehilfe;

b) die Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband an:
Fleißig Josef, gewesener Nachtwächter der österr.-ungar. Staatsbahn;
Stier Aron, recte Adolf, Brantweinschänker und Hausbesitzer;
Malarik Paul, Fabriksarbeiter, und
Schwenger Heinrich, Spenglergehilfe.
(Angenommen);

— **derselbe** referiert über ein Gesuch um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit nach Wien an Feigl Johann, Geschäftsdiener.
(Angenommen);

— **derselbe** referiert über mehrere Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Verleihung des Bürgerrechtes an:
Benies Heinrich, Dr., Hof- und Gerichtsadvocat;
Hall Joh., Gemischtwaren-Verschleißer;
Lipensky Josef, Kürschner;
Koch Adalbert, Fleischselcher;
Erber Rudolf, Gemischtwaren-Händler;
Oels Josef, Posamentierer;
Platzer Leopold, Tischlermeister;
St.-R. Dr. Hackenberg beantragt, auch dem Philipp Erhart das Bürgerrecht zu verleihen.

Diese Anträge werden angenommen.

St.-R. Schneiderhan referiert über das Ansuchen des Franz Bezchleba um Umschreibung des Conto der Minna Bezchleba, betreffend die Abgabe von Hochquellenwasser an die nunmehr in den Besitz des Gesuchstellers übergegangene Badeanstalt der Minna Bezchleba im XVII. Bezirke Alsgasse und beantragt die Gesuchsgewährung. (Angenommen.)

St.-R. v. Göth referiert über das Project für die Verlängerung des Haupt-Unrathscanales aus Beton in der Seidengasse und Herstellung eines solchen Canales in der noch unbenannten Seitengasse daselbst im VII. Bezirke und beantragt die Genehmigung dieses mit 3352 fl. 6 kr. veranschlagten Projectes. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Instandsetzung der Thurmuhr an der Kirche in Hietzing und beantragt:

1. Nach dem Kostenanschlage A bei Wilhelm Stiehl's Nachfolger in Speising ein neues Gehwerk, acht Tage gehend, um den Pauschalbetrag von 347 fl. 60 kr. zu bestellen, 20 fl. für Gasinstallationsarbeiten, 30 fl. für Maurerarbeiten und 80 fl. für Zimmermannsarbeiten zu genehmigen.

2. (Im Sinne der vom St.-R. Matzenauer gegebenen Anregung): Wegen Verkaufes des alten Gehwerkes ꝛc. an Wilhelm Stiehl in Speising solle der Magistrat dem Stadtrathe berichten.

3. Die sofortige Vorlage eines Kostenvoranschlages bezüglich Herstellung eines dritten Zifferblattes gegen die Schönbrunnerstraße.
(Angenommen.)

St.-R. Matzenauer referiert über die Sicherstellung des für das Jahr 1892 zur Instandhaltung der Gehwege erforderlichen Sandes und beantragt, es sei auf Grund der vorgelegten Vorschrift zur Deckung des Bedarfes an Sand, und zwar von ungefähr 900 m^3 Gebirgsrieselsand, 950 m^3 Donausand und 500 m^3 Wienflusssand für die Bezirke I bis X, XI, XV und XVI eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abzuhalten und hiebei festzusetzen, dass die Vergebung der Sandlieferung für den VI., VII., VIII. und IX. Bezirk, sowie auch für den XV. und XVI. Bezirk mit Rücksicht auf die geringere Menge des für diese Bezirke benöthigten Sandes an nur je einen Contrahenten zu erfolgen habe. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Verleihung communaler Auszeichnungen an die Armenräthe des I. Bezirkes Thomas Nowak, Johann Modl und Bartholomäus Mikesch und beantragt, denselben in Anerkennung ihres langjährigen ersprießlichen Wirkens auf dem Gebiete der Armenpflege die große goldene Salvatormedaille zu verleihen. (Angenommen.)

Hierüber ist dem Gemeinderathe zu referieren.

— **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Executiv-Comités zur Errichtung eines Erinnerungs-Denkmales an das Jahr 1683 im St. Stephansdome in Wien um einen Beitrag seitens der Gemeinde und beantragt, diesem Comité für die Jahre 1892, 1893 und 1894 eine Subvention von je 3000 fl., zusammen 9000 fl, zu bewilligen, welche Subvention für das Jahr 1892 auf den Reservefond zu verweisen und für die Jahre 1893 und 1894 budgetmäßig sicherzustellen sind. (Angenommen.)

Hierüber ist dem Gemeinderathe zu referieren.

— **Derselbe** referiert über das Ansuchen des August Ribak um Bewilligung zur Anpflanzung von acht Bäumen vor seinem Hause Or.-Nr. 20 am Wiedener Gürtel und beantragt die Gesuchsabweisung.
(Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Herstellung eines veränderten Winter-Brunnengehäuses für den Donnerbrunnen am Neuen Markte im I. Bezirke und beantragt die Herstellung dieses Gehäuses nach dem Kostenanschlage II des Hofzimmermeisters Johann Auderl, wonach die Stufen nicht eingedeckt werden und sich die Kosten mit 645 fl. für die Herstellung des Gehäuses und mit 65 fl. für das Abtragen, Aufbewahren ꝛc. belaufen. (Angenommen.)

St.-R. Rückauf referiert über das Ansuchen der Johanna Eckhardt um Bewilligung der Vergrößerung ihres Verkaufspavillons auf dem Kinderspielplatze im Eßterhazyparke um 1·50 m Tiefe und beantragt die Gesuchsgewährung gegen Erhöhung des jährlichen Pachtzinses per 100 fl. um 30 fl. vom Tage des Stadtraths-Beschlusses. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Wiener Frauenheim um Subvention und beantragt, diesem Vereine eine Subvention von 100 fl. für das Jahr 1891 zu bewilligen. (Angenommen.)

Hierüber ist dem Gemeinderathe zu referieren.

— **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Wiener Wohlthätigkeitsvereines für Hausarme um Subvention und beantragt die Gewährung einer Subvention per 150 fl. pro 1891. (Angenommen.)

Hierüber ist dem Gemeinderathe zu berichten.

— **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Kleinkinder-Warteanstalt in Wien, XV. Bezirk, Tellgasse um Subvention und beantragt die Gewährung einer Subvention per 500 fl. für das Jahr 1892. (Angenommen.)

Hierüber ist dem Gemeinderathe zu berichten.

— **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Jos. Hartl um Zustimmung zur Belassung eines von ihm auf Bürgerspitalgrund, Parc. 1903 und 1904, im X. Bezirk zwischen Simmeringerstraße und Hasengasse eigenmächtig erbauten Schoppens und beantragt, die Zustimmung zur Belassung desselben unter der Bedingung, dass Gesuchsteller den Bauconsens erwirkt, und die in baupolizeilicher Beziehung etwa für nöthig erachteten Herstellungen ausführt.

St.-R. Dr. Huber beantragt die Ablehnung dieses Gesuches.

Der Referenten-Antrag wird angenommen.

St.-R. Noske referiert über den Abgang bei der Ausgabs-Rubrik IV 3 „Beheizung der Amtslocalitäten" pro 1891 und beantragt die Bewilligung eines Zuschusscredites per 4999 fl. 92½ kr. zu dieser Rubrik mit dem Beifügen, es sei in Hinkunft mit aller Strenge darauf hinzuwirken, dass derartige Überschreitungen durch eine entsprechend sparsame Gebarung mit den Brennmaterialien hintangehalten werden. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Sitzungs-Protokoll des Bezirksausschusses des XVII. Bezirkes vom 8. April 1892 und beantragt die Kenntnisnahme mit dem Bemerken, dass der Bezirksvorsteher aufmerksam zu machen wäre, dass Punkt 3 und 4 der Tagesordnung, betreffend künftige Verbauung, resp. Wahl der Armenräthe in öffentlicher Sitzung zu verhandeln gewesen wäre. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Donauvereines um Subvention pro 1892 und beantragt, diesem Vereine auch pro 1892 eine Subvention von 200 fl. zu gewähren. (Angenommen.)

Hierüber ist dem Gemeinderathe zu berichten.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter und St.-R. v. Goldschmidt enthalten sich mit Rücksicht auf ihre Eigenschaft als Mitglieder dieses Vereines der Abstimmung.

— **Derselbe** referiert über den Bericht und Rechnungsabschluss der Donauregulierungs-Commission pro 1890 und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Auszahlung von liquiden Restforderungen für gelieferte Schulbänke und Turngeräthe für die Schule Nr. 19 und 21 Liebhardtgasse in Neulerchenfeld und beantragt, diese im Budget pro 1892 nicht bedeckten, jedoch liquiden Beträge per 1374 fl., 459 fl. und 104 fl. 80 kr. auf den Reservefond zu verweisen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Offertverhandlungsergebnis bezüglich der Buchdrucker- und Buchbinderarbeiten für den Haupt-Rechnungsabschluss pro 1891 und für den Hauptvoranschlag pro 1893 und beantragt, diese Arbeiten auf Grund der erwähnten Offertverhandlung nicht zu vergeben, vielmehr eine neue Offertverhandlung auszuschreiben, und in derselben ausdrücklich zu verlangen, dass die einzubringenden Offerte auch auf die Drucksorten „Erläuterungen der Buchhaltung" und „Abstimmungs-Protokoll" zu lauten haben. (Angenommen.)

St.-R. Dr. Vogler referiert über die Zuschrift des Bezirksschulrathes der Stadt Wien vom 7. Mai 1892, Z. 2798, mit welcher die Entscheidung des n.-ö. Landesschulrathes über die Eingabe des Stadtrathes gegen die Verfügungen des Bezirksschulrathes hinsichtlich einer speciellen Beaufsichtigung des Turnunterrichtes an den allgemeinen Volks- und Bürgerschulen in Wien intimiert wird und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Eingabe des Ortsschulrathes des XV. Bezirkes um Zuweisung eines Aushilfsdieners behufs Vermittlung des dienstlichen Verkehres mit dem Bezirksschul-Inspector und beantragt die Ablehnung dieses Ansuchens und Verständigung des Bezirksschulrathes hievon. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des wissenschaftlichen Vereines „Skioptikon" um Überlassung des Festsaales der Bürgerschule I., Stubenbastei behufs Veranstaltung von Vorträgen für die Volks- und Bürgerschulen und zur Abhaltung der Vereinsvorträge und beantragt, diesem Vereine zur Abhaltung von unentgeltlichen Projectionsvorträgen für die Schuljugend der städtischen Volks- und Bürgerschulen an schulfreien Nachmittagen, und zwar an zwei Samstagen jeden Monates in der Zeit von 2 bis 5 Uhr, und weiters zur Abhaltung der Vereinsabend-Vorträge am Abende eines jeden Samstags unter den vom magistratischen Bezirksamte für den I., VIII. und IX. Bezirk beantragten Modalitäten auf Widerruf und unentgeltlich den genannten Festsaal zu überlassen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die vom Bezirksschulrathe anher mitgetheilte Concursausschreibung für zwei Oberlehrerstellen und eine Oberlehrerinstelle im Wiener Schulbezirke und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

St.-R. Witzelsberger referiert über die Überschreitung der Ausg.-Rubr. XXVIII 2 e „Kosten der Beheizung der Localitäten am Central-Viehmarkte" und beantragt pro 1891 einen Zuschusscredit von 262 fl. 96 kr. zu dieser Rubrik. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Fleischhauers F. Leopold Mayer im X. Bezirke um Aufbesserung der Fleischpreise für die Fleischlieferung an das IV. städtische Waisenhaus im X. Bezirke und beantragt, den mit dem Genannten bezüglich der gedachten Fleischlieferung zufolge Gemeinderaths-Beschlusses vom 19. August 1890, Z. 3229, abgeschlossenen Vertrag dahin zu modificieren, dass demselben gestattet wird, Rind- und Kalbfleisch um den um je 10 kr. reducierten, von dem vom städtischen Markt-Commissariate für beide Fleischgattungen für den X. Bezirk ermittelten Durchschnittspreis liefern zu dürfen. Diese Vertragsänderung wird gleichfalls auf Widerruf gemacht und hat der neue Preis vom 1. December 1891 zu gelten. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen der Congregation der Ordensfrauen vom guten Hirten um eine Subvention für die Wohlthätigkeitsanstalt für arme verwahrloste Mädchen und beantragt die Bewilligung einer Subvention von 100 fl. (Angenommen);

Hierüber ist dem Gemeinderathe zu berichten.

— **Derselbe** referiert über fünf Gesuche um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit nach Wien an:

Jäger Anton, Schlossermeister;

Ramsperger Katharina, Hausbesorgerin;

Haumer Mathias, Gärtner und Grundbesitzer;

Zack Johann, Maschinenschlosser, und

Ramharter Johann, Gärtner. (Angenommen.)

St.-R. Müller referiert über das Ansuchen der Ersten Wiener Wohnungsgenossenschaft in Gersthof um Parcellierung der Realitäten Einl.-Z. 188, 317, 423, 428 und 476 in Gersthof und stellt folgende Anträge:

I. Baulinien.

a) Die genehmigten Baulinien für die Feldgasse (Straßenbreite 11·38 m) bleiben aufrecht.

b) Die genehmigten Baulinien für die Mandlgasse (Straßenbreite 15·7 m) bleiben aufrecht.

c) Die ministeriell mit der Straßenbreite von 15·17 m genehmigten Straßenzüge der nachfolgenden Gassen:

α) der Bergsteiggasse
β) der Scheidlgasse } zwischen der Alseggerstraße und Erndtgasse,

γ) der Sackgasse
δ) der Kleingasse } zwischen der Mitterberg- und Bergsteiggasse,

werden unter Beibehaltung der Straßenaxe mit einer Breite von 12 m genehmigt, und sind demnach die grünen Linien des Situationsplanes A (welche mit den Straßenlinien des Parcellierungsplanes übereinstimmen) als Baulinien (beziehungsweise Straßenbegrenzungslinien) anzusehen, u. zw.:

α) für die Bergsteiggasse

a b und c f (rothe Buchstaben)
grüne grüne Linien

einerseits;

g h i k l m n o (rothe Buchstaben)
grüne grüne grüne grüne Linien

anderseits;

β) für die Scheidlgasse

p q r s t u v w (rothe Buchstaben)
grüne grüne grüne grüne Linien

einerseits,

x y z a′ b′ c′ d′ e′ (rothe Linien)
grüne grüne grüne grüne Linien

anderseits;

γ) für die Sackgasse

f′ g′ h′ i′ k′ a′ s k (rothe Buchstaben)
grüne grüne grüne grüne Linien

einerseits:

l′ m′ n′ o′ p′ b′ t l (rothe Buchstaben)
grüne grüne grüne grüne Linien

anderseits;

δ) für die Kleingasse

q′ p′ s′ t′ u′ c′ u m (rothe Buchstaben)
grüne grüne grüne grüne Linien

einerseits;

v′ w′ x′ y′ z′ d′ v n (rothe Buchstaben)
grüne grüne grüne grüne Linien

anderseits.

d) Die Fortsetzung der Kleingasse (von der Bergsteiggasse bis zur Feldgasse) wird aufgelassen, demnach entfällt auch die hier projectiert gewesene Stiegenanlage und wird die Baulinie für die Feldgasse über die projectiert gewesene Kleingasse hinweggeführt, so dass die bei der Kleingasse offene Baulinie der Feldgasse geschlossen wird.

II. Vorgartenanlage.

In der Bergsteiggasse, der Scheidlgasse, der Sackgasse und der Kleingasse sind Vorgärten in einer Minimalbreite von 4·75 m, von den obigen Straßenbegrenzungslinien einwärts gerechnet, auf den Baustellen anzulegen, insoweit für diese vier Straßen die obigen Baulinien bestimmt wurden, ebenso in der Mandlgasse in der Strecke zwischen der Sackgasse und der Alseggerstraße, sowie in der letzteren Straße zwischen der Mandl- und Bergsteiggasse (vorläufig mit der Beschränkung auf die diesseitige Straßenhälfte mit Rücksicht auf den dermaligen, die Vorgärten bereits enthaltenden Bestand).

Hiedurch wird einer seinerzeitigen, nach Bedarf vorzuschreibenden Ausdehnung der Verpflichtung zur Vorgartenanlage nicht vorgegriffen.

Diese Vorgärten sind gegen die Straße nicht durch Mauern (ausgenommen der nothwendigen Stützmauern zur Sicherung des höher liegenden Terrains), sondern mit durchlässigen Holz- und Eisengittern, eventuell auf gemauertem Sockel, abzuschließen und nach Maßgabe des § 5 der Wiener Bauordnung unverbaut zu belassen.

III. Besondere Verbauungsart.

Auf den Baustellen an den ad II genannten Straßenstrecken sind nur entweder ganz freistehende, oder zu zwei gekuppelte, d. i. mit den Feuermauern zusammenstehende Wohnhäuser in villenartiger Form zu erbauen, welche bloß ein Tiefparterre oder Parterre und zwei Wohnetagen, mit Ausnahme eines zu gestattenden, theilweise bewohnbaren Dachbodengeschosses zu enthalten haben.

IV. Genehmigung der vorliegenden Parcellierung.

Die projectierte Abtheilung der in der Einl.-Z. 188, 317, 423, 428 und 476 des Grundbuches der Gemeinde Gersthof inneliegenden Catasterparcellen 186/5, 184, 183, 173/4, 173/5, 173/38, 185/4 auf Baustellen werde unter den vom Magistrate beantragten Bedingungen genehmigt. (Angenommen.)

Bezüglich der Punkte I bis III ist dem Gemeinderathe zu berichten.

— **Derselbe** referirt über das Ansuchen des Lorenz Twaroch um Bewilligung zur Herstellung eines Risalites bei dem im Baue begriffenen Hause Or.-Nr. 40 Stiftgasse in Hernals und beantragt die Bestätigung des Antrages des magistratischen Bezirksamtes auf Bewilligung zur Herstellung eines 8·56 m langen, 0·079 m vorspringenden Risalites gegen Einlösung des hiezu in Anspruch genommenen Straßesgrundes per 0·676 m² um den Betrag von 12 fl. 69 kr. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen der Anna Bayer, Gastwirtin, XVIII., Cottagegasse Nr. 1 um Bewilligung zur Aufstellung von Gasttischen vor diesem Hause und beantragt die Gesuchsabweisung. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Michael Wanko um Bewilligung zur Herstellung von Baulichkeiten auf dem dem Bürgerspitalfonde gehörigen Lagerplatze Abtheilung Nr. 25 des Reingrubackers (ein Theil der Cat.-Parc. 238 in Simmering) unter den im Magistratsreferate enthaltenen Modalitäten. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Note des k. k. Reichs-Kriegsministeriums vom 3. Mai l. J., Z. 2039, mit welcher bekanntgegeben wird, dass dem Ersuchen des Magistrates um Verlegung des technischen

Übungsplatzes von der Schmelz, woselbst die Sprengübungen vorgenommen werden, nicht Folge gegeben werden kann und stellt folgenden Antrag:

Indem der Stadtrath die Verantwortung für die etwa vorkommende Schädigung der persönlichen Sicherheit und des Eigenthumes, welche infolge der Vornahme der sprengtechnischen Versuche wiederholt vorgekommen sind, ablehnt, sei der Act dem Bürgermeister zur persönlichen Intervention beim Reichs-Kriegsminister zu leiten.

St.-R. R. v. Goldschmidt beantragt, es seien die thatsächlich vorgekommenen Beschädigungen zu erheben und sei hierüber zu berichten.

St.-R. Dr. Lederer beantragt, es sei der Act an den Magistrat als politische Behörde zur weiteren Amtshandlung zu leiten.

Antrag v. Goldschmidt und Dr. Lederer wird angenommen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter übernimmt den Vorsitz.

— **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Regina Vltavsky, XVII., Mayßengasse 35 um Bekanntgabe der Baulinie für die Realität Conscr.-Nr. 527 XVI. Bezirk, Ecke der Wilhelminenstraße und Wattgasse und beantragt, die Baulinien für den Theil zwischen der Watt- und Wichtelgasse in der Weise zu bestimmen, dass die Schnittpunkte der Axe der Wilhelminenstraße einerseits mit der Axe der Wattgasse, anderseits mit der Axe der Wichtelgasse als Straßenaxenpunkte der fraglichen Strecke der Wilhelminenstraße zu gelten haben. Die Baulinien sind unter Festhaltung einer Straßenbreite von 15·17 m in gleichen Entfernungen von dieser Axe zu bestimmen.

(Angenommen.)

Hierüber ist dem Gemeinderathe zu referieren.

— **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Josefa Palm um Bewilligung zur Erbauung eines Hauses auf einer von der an der Ecke der Hauptstraße und verlängerten Gschwandnergasse, XVI. Bezirk gelegenen Parcelle 995/2 abzutrennenden Baustelle III und beantragt, es sei vor Ertheilung des Bauconsenses die Parcellierung der fraglichen Realität vorzunehmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter beantragt, den zu fassenden Beschluss folgendermaßen zu formulieren:

Es wird der Antrag des magistratischen Bezirksamtes für den XVI. Bezirk auf Ertheilung des Bauconsenses verworfen, da nach § 3 der Bauordnung, bevor um die Baubewilligung für die einzelnen Gebäude angesucht wird, die Abtheilungsbewilligung zu erwirken ist.

Dieser Antrag wird angenommen.

— **Derselbe** referiert über das Ergebnis der Offertverhandlung wegen Vergebung der Erd- und Baumeisterarbeiten für die Herstellung von Haupt-Unrathscanälen in der Stromstraße und Paseitigasse, II. Bezirk und beantragt die Genehmigung des Offertes des Maurermeisters Anton Sikora mit dem offerierten Nachlasse vom 27·2 Percent.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Project für die Herstellung einer Nothbrücke als provisorischen Ersatz der Franzensbrücke über den Donaucanal und stellt folgende Anträge:

1. Der Stadtrath wolle dem vom Stadtbauamte ausgearbeiteten Projecte für die Herstellung einer Nothbrücke als provisorischen Ersatz für die Franzensbrücke im Principe die Genehmigung ertheilen, damit sonach die Zustimmung zur Ausführung dieser Nothbrücke vom Standpunkte des Wasserrechtsgesetzes seitens der k. k. n.-ö. Statthalterei eingeholt werden kann.

2. Der Stadtrath behält sich jedoch vor, nach Feststellung der vorbesagten wasserrechtlichen Bedingungen seitens der Behörden zur Erlangung des Detailprojectes die Bedingungen bezüglich der Construction und Ausführung, welche eventuell im Offertwege zu geschehen hätte, zu bestimmen.

3. Das Stadtbauamt ist zu beauftragen, in diesem Sinne die Bedingungen zur Erlangung eines Detailprojectes auszuarbeiten und sind dieselben gleichzeitig mit der wasserrechtlichen Entscheidung vorzulegen.

St.-R. v. Goldschmidt beantragt, es sei sofort eine allgemeine Concurrenz auszuschreiben und hiebei die Bestimmung in das Programm aufzunehmen, dass während des Umbaues der Verkehr auf der Brücke nicht unterbrochen wird.

Die Berathung wird mit Rücksicht auf einige andere dringende Geschäftsstücke abgebrochen und auf die nächste Sitzung verschoben.

St.-R. Dr. Hackenberg referiert über das Offert der Margarethe Höfler auf Ankauf des ihr gehörigen Drittels des Hauses Or.-Nr. 17 Nussdorferstraße, Or.-Nr. 12 Fluchtgasse durch die Gemeinde, sowie über das Offert des Vincenz Schneider und Genossen auf käufliche Überlassung der ihnen gehörigen zwei Drittheile des genannten Hauses an die Gemeinde und beantragt:

1. Die Annahme des Offertes der Margarethe Höfler auf Überlassung des einen Drittheiles dieses Hauses an die Gemeinde um den Betrag von 12.000 fl.

2. Die Ablehnung des Offertes des Vincenz Schneider und Consorten.

3. Das aus dem Stadtrathe gewählte Comité zu ersuchen, die Verhandlungen bezüglich der zwei Drittheile weiter fortzusetzen.

(Angenommen.)

Bezüglich des Punktes 1 ist dem Gemeinderathe zu berichten.

Schluss der Sitzung.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom 18. Mai 1892.

Vorsitzende: 1. Vice-Bürgermeister Dr. Borschke.
2. Vice-Bürgermeister Dr. Richter.

Anwesende:

Boschan,	v. Neumann,
v. Götz,	Noske,
v. Goldschmidt,	Rückauf,
Dr. Grübl,	Schlechter,
Dr. Hackenberg,	Schneiderhan,
Dr. Huber,	Dr. Stenzl,
Dr. Lederer,	Baugoin,
Matzenauer,	Dr. Vogler,
Meißl,	Witzelsberger,
Müller,	Wurm.

Bürgermeister Dr. Prix.

Entschuldigt: Kreindl.
Beurlaubt: Dr. v. Billing.
Experten: Baudirector Berger,
Feuerwehr-Commandant Zier.
Schriftführer: Magistrats-Concipist Schmidbauer.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den **Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke** macht derselbe der Versammlung nachfolgende Mittheilung:

St.-R. Kreindl entschuldigt sein Ausbleiben von der heutigen Sitzung wegen Intervention bei einer Cassen-Scontrierung.

(Zur Kenntnis.)

St.-R. Meißl referiert über eine Anzahl von Gesuchen um Verleihung der Zuständigkeit nach Wien, respective um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt, dieselbe gegen Erlag der entsprechenden Taxe zu verleihen an:

Maier Josef, Schlossergehilfe;
Grünzweig Engelbert, Maurergehilfe und Hausbesorger;
Czekan Adolf, Schuhmacher;
Böhm, geb. Klauer Katharina, Hausbesorgerin;
Kränzl Johann, Gastwirt;
Pollak Ernst, Handelsgesellschafter;
Grünfeld Leopold, Geschäftsgänger;
Benko Johann, Schuhmacher;
Szonleitner Cäcilie, Weißnäherin (Zusicherung);
Fugya Christine, Dienstmagd (Zusicherung);
Helfert Eva, Bedienerin;
Lederer Mathias, Gastwirtsgehilfe;
Rainharter Friedrich, Redactionsdiener;
Posamentir Samuel, Handelsagent;
Volkan Franz, Tischlergehilfe und Hausbesorger;
Reng Johann, Handlungsreisender;
Bikeles Jakob, Papier-Agent;
Berg Josef, Redactionsdiener und Hausbesorger;
Thim Theodor, Spenglergehilfe und Hausbesorger;
Schwarz Ludwig, Cassier;
Popper Ignaz, Buchhalter;
Heindl Leopold, Bäcker und Hausbesitzer;
Spitz Adolf, Hausknecht;
Pawlik Valentin, Schneider. (Angenommen);

— **derselbe** referiert weiters über Gesuche um Verleihung der Zuständigkeit nach Wien und beantragt, dieselbe gegen Erlag der entsprechenden Taxe zu verleihen an:

Morava Ignaz, Herrschaftsgärtner;
Richter Leopold, Mehlhändler;
Saturka Katharina, Büglerin;
Sternbach Franz, Gastwirt;
Eisenhut Josef, Sägefeiler;
Steinbach Karl, Gemischtwaren-Verschleißer;
Mayer Josefa, Stickerin;
Mayer Michael, Schuhmacher;
Pfeiffer Franz, Platzmeister;
Seidling Anton, Hausierer;
Huber Johann, Kutscher;
Göd Josef, Maurer und Hausbesorger; (Angenommen);

— **derselbe** referiert weiters über eine Anzahl von Gesuchen um Verleihung der Zuständigkeit und beantragt, dieselbe gegen Erlag der entsprechenden Taxe zu verleihen an:

Köckeis Georg, Oberkellner;
Sperka Antonia, Handarbeiterin;
Schnepf Wenzel, Omnibus-Conducteur und Hausbesitzer;
Tschada Adam, Milchmeier;
Steininger Leopold, Sattlermeister;
Knap Josef, Spenglermeister;
Maschek Franz, Ingenieur;
Krbetz Julius A., Gemischtwaren-Verschleißer;
Haraста Paul, Gemischtwaren-Verschleißer;
Hes Jakob, Maschinen-Monteur;
Ciskowsky Augustin, Gemischtwaren-Verschleißer;
Kiesel Franz, Buchbindergehilfe;
Fischer Josef, Huf- und Wagenschmied;
Karger Eduard, Gemischtwaren-Verschleißer;
Zarowny Basil, Zahntechniker;
Krejci Josef, Schneidermeister;
Dettenweitz Franz, Einspänner-Eigenthümer;
Bock Franz S., Milchmeier. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über mehrere Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes.

Dasselbe wird verliehen an:

Seemann Johann, Tischler und Trödler;
Bick Johann, Posamentierer;
Holnsteiner Josef, Fiaker-Eigenthümer;
Hillburger Gregor, Kleidermacher.

St.-R. Schneiderhan referiert über das Ergebnis der Offertverhandlung bezüglich der Erd- und Baumeisterarbeiten für den Bau eines Haupt-Unrathscanales aus Beton in der Klosterneuburgerstraße, II. Bezirk, zwischen der Gürtel- und der V. Radialstraße, und beantragt, diese mit 5337 fl. 60 kr. und 600 fl. Pauschale veranschlagten Arbeiten dem Maurermeister Anton Sikora mit dem angebotenen Nachlasse von 27·7 Percent zu übertragen. (Angenommen.)

St.-R. Matzenauer referiert über das Offert des Hausbesitzers und Holzhändlers Johann Fisch in Mannswörth Nr. 131 auf Ankauf des Durchforstungsholzes aus der letzten Fällungsperiode in der Zeinetau um den Gesammtpreis von 168 fl. 20 kr.

Referent beantragt die Annahme dieses Offertes unter den vom Offerenten gestellten Bedingungen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über den Bericht der Forstverwaltung des Fondsgutes Ebersdorf, betreffend die Entfernung der im Jahre 1888 aufgestellten Warnungstafeln im dortigen Gebiete.

Referent beantragt:

1. Es sei dem k. u. k. Oberstjägermeisteramte und der Gemeinde Groß-Enzersdorf mitzutheilen:

a) dass die Tafeln mit (im Hinblicke auf Art. III des Gesetzes vom 19. December 1890, Nr. 45 L.-G.-Bl.) entsprechend verändertem Texte belassen werden;

b) dass unter den vom Magistrate betonten Cautelen: Zahlung eines Recognitionszinses von 1 fl. pro Jahr und Ersatz der Erhaltungskosten bei den Fahrstraßen, kein Anstand gegen die Benützung der bestehenden Wege in der Lobau vorliege.

2. Die Forstverwaltung sei anzuweisen, die außer den Wegen betretenen Personen, insoferne es sich nicht um Holzkäufer handelt, auszuweisen und nach den §§ 60 und 62 F.-G. zur Bestrafung anzuzeigen.

3. Mit dem k. u. k. Oberstjägermeisteramte sei wegen Änderung des Textes der Verbotstafeln auf dessen Kosten zu verhandeln.

(Angenommen.)

St.-R. Dr. Huber referiert über das Ansuchen der Ober-Verwaltung der k. k. Wiener Krankenanstalten um Vergütung der dem k. k. Wiener Krankenhaus-Fond aus der Niveauregulierung in der Spitalgasse im IX. Bezirke erwachsenen Auslagen, sowie über das Ansuchen der Eheleute Unfried, IX. Bezirk, Spitalgasse 3 und der

Victoria Dlauhy, IX. Bezirk, Spitalgasse 5 um Schadloshaltung für die Adaptierungsarbeiten an ihren Häusern anlässlich der Regulierung der genannten Gasse.

Referent beantragt, in diesen drei Fällen zu erklären, dass sich die Gemeinde Wien zu einem Ersatze der beanspruchten Kosten nicht für verpflichtet halte, demungeachtet aber bereit sei, zur vergleichsweisen Beilegung der Angelegenheit einen Theil der effectiv aufgelaufenen, ausschließlich durch die Straßen-Regulierungsarbeiten nothwendig gewordenen Kosten zu vergüten. Von diesem Standpunkte ausgehend ist:

a) die Oberverwaltung der k. k. Wiener Krankenanstalten zu ersuchen, zu diesem Zwecke einen detaillierten Ausweis dieser Kosten zu übermitteln;

b) den Eheleuten Unfried im Vergleichswege eine Vergütung von rund 250 fl., endlich

c) der Victoria Dlauhy im Vergleichswege eine Vergütung von rund 240 fl. zu bewilligen.

Die Vorgenannten haben sohin ausdrücklich zu erklären, dass sie durch diese Vergütung vollkommen befriedigt sind und aus dem in Rede stehenden Anlasse keinen wie immer gearteten weiteren Anspruch an die Gemeinde Wien erheben werden. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Wendelin Kühnel um Bewilligung zur Zusammenlegung der Baustellen IX und X an der Ecke der Gießaufgasse und des Einsiedlerplatzes im V. Bezirke, Einl.-Z. 167 und 299, in eine Grundbuchseinlage und beantragt, diesem Ansuchen Folge zu geben. (Angenommen.)

St.-R. Müller referiert über die Vergebung der Erd- und Baumeisterarbeiten für die Herstellung eines Haupt-Unrathscanales aus Beton in der Hyrtl-, Hauslab- und Habichergasse, dann in der Paniken- und Gablenzgasse und der noch unbenannten Parallelgasse zur Panikengasse im XVI. Bezirke im veranschlagten Gesammtkostenbetrage von 25.628 fl. 84 kr. und 1410 fl. Pauschale und beantragt, diese Arbeiten dem Maurermeister Heinrich Sikora mit dem angebotenen Nachlasse von 25·6 Percent zu übertragen.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Gräf, betreffend die Verlängerung des Canales in der Hyrtlgasse, XVI. Bezirk, und bemerkt, dass sich dieser Antrag mit der bereits in der Stadtraths-Sitzung vom 27. April l. J. erfolgten Genehmigung des bezüglichen Canalbauprojectes und dem vorhergehenden Referate erledigt.

(Dient zur Kenntnis);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Weingroßhändlers Alois Weil, XIX. Bezirk, Promenadeweg Nr. 1 um theilweise Umgestaltung der dortigen öffentlichen Anlage und Errichtung eines Anstandsortes daselbst und bemerkt, dass dieses Ansuchen gegenstandslos sei, da der Gesuchsteller um dessen unerledigte Rückstellung eingeschritten ist. (Dient zur Kenntnis);

— **derselbe** referiert über die Petition von Hausbesitzern in der Apollogasse, VII. Bezirk, um Eröffnung eines Linienwall-Durchbruches in der Verlängerung der Apollogasse.

Referent beantragt, die angesuchte Durchführung der Apollogasse durch den Garten des Sophienspitales mit Rücksicht auf die Ausführungen des Magistrates und Stadtbauamtes derzeit abzulehnen.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Herstellung von Linienwall-Durchbrüchen in der verlängerten Einsiedlergasse, V. Bezirk.

Referent beantragt, den Tausch-Antrag des Ph. J. Basch bezüglich der Überlassung des ihm gehörigen, zu dieser Straßendurchführung nöthigen Grundes Parcelle 707/3 im Ausmaße von beiläufig 227 □° abzulehnen und den projectierten Linienwall-Durchbruch in der verlängerten Einsiedlergasse, welcher vom Stadtbauamte mit dem Kostenbetrage von 6066 fl. 44 kr. veranschlagt wird, vorläufig fallen zu lassen.

St.-R. Ritt. v. Goldschmidt beantragt, es sei dieser Durchbruch, insoweit es mit Rücksicht auf die Grundeigenthumsverhältnisse möglich ist, zu eröffnen.

Dieser Antrag wird abgelehnt, der Referenten-Antrag angenommen.

— **Derselbe** referiert über die Vergebung der mit 3752 fl. 88 kr. und 1000 fl. Pauschale veranschlagten Erd- und Baumeisterarbeiten für die Verlängerung des Haupt-Unrathscanales aus Beton in der Embelgasse, V. Bezirk, und beantragt, diese Arbeiten dem Baumeister Ed. Rzehaczek mit dem angebotenen Nachlasse von 24·1 Percent zu übertragen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Vergebung der Erd- und Pflasterer-arbeiten für die Herstellung eines Linienwall-Durchbruches behufs theilweiser Durchführung der Starhemberggasse im IV. Bezirke und beantragt, diese mit 2038 fl. 32 kr. bezifferten Arbeiten dem Bauunternehmer Anton Žiška mit dem angebotenen Nachlasse von 24·5 Percent zu übertragen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Note des n.-ö. Landesausschusses vom 1. April 1892, Z. 12107, betreffend die Einstellung der vierten Rate per 15.000 fl. der Landessubvention für die Einwölbung des Krotten- und Arbesbaches im Betrage von 60.000 fl. in das Präliminare pro 1892 des n.-ö. Landesfonds und beantragt, diese Note zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter referiert bei Anwesenheit von 19 Stadträthen über Besetzungen im Status der städtischen Feuerwehr.

(Der Berathung über diesen Gegenstand wird Feuerwehr-Commandant Zier beigezogen.)

Referent beantragt zu verleihen:

Die Exerciermeisterstelle I. Classe mit den Jahresgehalte von 1000 fl., dem 30percentigen Quartiergelde und den sonstigen systemisierten Bezügen dem Leopold Gessensohn;

die hiedurch frei werdende Exerciermeisterstelle II. Classe mit dem Jahresgehalte von 900 fl., dem 30percentigen Quartiergelde und den sonstigen systemmäßigen Bezügen dem Leonhard Heer;

die hiedurch frei werdende Exerciermeisterstelle III. Classe mit dem Jahresgehalte von 800 fl., dem 30percentigen Quartiergelde und den sonstigen systemisierten Bezügen dem Josef Harus;

die hiedurch frei werdende Requisitenmeisterstelle mit dem Jahresgehalte von 800 fl., dem 30percentigen Quartiergelde und den sonstigen systemisierten Bezügen dem Gustav Körner;

endlich die hiedurch frei werdende Turnmeisterstelle mit dem Jahresgehalte von 600 fl., dem 30percentigen Quartiergelde und den sonstigen systemisierten Bezügen dem Löschmeistergehilfen Arthur Lubetz.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen der Marie Haßlauer und Amalie Flug, Hausbesitzerinnen im Naßwald um Herstellung eines Brunnens oder Gewährung einer Entschädigung anlässlich des bei der bevorstehenden Ableitung von täglich 36.400 m³ Wasser aus dem Gebiete oberhalb des Kaiserbrunnens zu gewärtigenden Entganges an Nutz- und Trinkwasser.

Referent beantragt, das diesfalls in dem Protokolle vom 30. März 1892 besprochene Übereinkommen, betreffend die Gestattung

der Errichtung des Brunnens auf städtischem Grunde und die Beitragsleistung von 200 fl. (zur Hälfte als Vorschuss vor der Herstellung und zur anderen Hälfte nach erfolgter Ausführung) gegen Erhaltung des Brunnens auf Kosten der Bittstellerinnen, gegen unentgeltliche Gestattung der Benützung desselben seitens fremder Personen und gegen Verzichtleistung auf sämmtliche Entschädigungsansprüche zu genehmigen. (Angenommen.)

St.-R. Müller referiert über den Ankauf des Hauses Nr. 3 Fluchtgasse im IX. Bezirke.

Referent beantragt auf Grund der diesfalls von dem bezüglichen Comité gepflogenen Verhandlungen, dieses Haus behufs Durchführung der Bleichergasse um den Betrag von 18.200 fl. anzukaufen. (Angenommen.)

Hierüber ist dem Gemeinderathe zu berichten.

St.-R. Dr. Grübl referiert über den Magistratsbericht, betreffend die Beitragsleistung der Stadt Wien zu den Kosten des gewerblichen Vorbereitungs-Unterrichtes, respective die Abänderung der gesetzlichen Bestimmungen über diese Vorbereitungsschulen.

Referent stellt folgenden Antrag:

1. Es sei in einer Eingabe an das k. k. Ministerium für Cultus und Unterricht das Resultat der von den k. k. Bezirksschul-Inspectoren angestellten Erhebungen mit der Bitte bekanntzugeben, hievon die k. k. Landesschulräthe der Kronländer zu verständigen. In der Eingabe an das Ministerium sei hervorzuheben, dass durch die mangelhafte Vorbildung der nach Wien einwandernden Lehrlinge und insbesondere durch die mangelhafte Kenntnis, respective Unkenntnis der deutschen Sprache das für die Gewerbeschulen bestimmte Lernziel vielfach nicht erreicht werden kann.

Das Begehren wegen Leistung eines Beitrages zu dem erhöhten Aufwande für die Vorbereitungscurse wird vorbehalten.

2. Den k. k. Bezirksschul-Inspectoren sei für die von ihnen eingeleiteten Erhebungen und die damit verbundene Mühewaltung der Dank auszusprechen. (Angenommen.)

St.-R. Müller referiert über das Project für die Herstellung einer Nothbrücke als provisorischer Ersatz der Franzens-Kettenbrücke über den Donaucanal.

Referent recapituliert seine bereits in der gestrigen Stadtraths-Sitzung gestellten Anträge:

1. Der Stadtrath wolle dem vom Stadtbauamte ausgearbeiteten Projecte für die Herstellung einer Nothbrücke als provisorischer Ersatz für die Franzensbrücke im Principe die Genehmigung ertheilen, damit sonach die Zustimmung zur Ausführung dieser Nothbrücke vom Standpunkte des Wasserrechtsgesetzes seitens der k. k. n.-ö. Statthalterei eingeholt werden kann.

2. Der Stadtrath behält sich jedoch vor, nach Feststellung der vorbesagten wasserrechtlichen Bedingungen seitens der Behörden zur Erlangung des Detailprojectes die Bedingungen bezüglich der Construction und Ausführung, welche eventuell im Offertwege zu geschehen hätte, zu bestimmen.

3. Das Stadtbauamt ist zu beauftragen, in diesem Sinne die Bedingungen zur Erlangung eines Detailprojectes auszuarbeiten und sind dieselben gleichzeitig mit der wasserrechtlichen Entscheidung vorzulegen.

St.-R. Ritt. v. Goldschmidt hält seinen ebenfalls bereits in der gestrigen Sitzung gestellten Antrag aufrecht: Es sei sofort eine allgemeine Concurrenz auszuschreiben und hiebei die Bestimmung in das Programm aufzunehmen, dass während des Umbaues der Verkehr auf der Brücke nicht unterbrochen werde.

St.-R. Dr. Vogler beantragt, über diesen letzteren Antrag namentlich abzustimmen.

Es wird sohin der Antrag des St.-R. Ritt. v. Goldschmidt bei namentlicher Abstimmung mit allen gegen die Stimme des Antragstellers abgelehnt.

Mit „Ja" stimmte St.-R. Ritt. v. Goldschmidt. Mit „Nein" stimmten die sämmtlichen übrigen anwesenden Mitglieder des Stadtrathes:

Boschan, Vice-Bürgermeister Dr. Borschke, v. Götz, Dr. Grübl, Dr. Hackenberg, Dr. Huber, Dr. Lederer, Matzenauer, Meißl, Müller, Ritt. v. Neumann, Noske, Vice-Bürgermeister Dr. Richter, Rückauf, Schlechter, Schneiderhan, Dr. Stenzl, Baugoin, Dr. Vogler, Witzelsberger, Wurm.

Die Anträge des Referenten werden angenommen.

(Während dieses Referates wurde dem als Experten beigezogenen Stadtbaudirector Berger wiederholt zur Auskunftsertheilung und Aufklärung das Wort ertheilt.)

St.-R. Schlechter referiert neuerlich über das Ansuchen der Firma Stützer und Naber, XII., Meidlinger Hauptstraße Nr. 51, um Bezug des Abfallwassers von dem in der Heinrichsgasse im XII. Bezirke befindlichen Auslaufbrunnen.

Referent beantragt, den Stadtraths-Beschluss vom 27. April 1892, wonach dieses Ansuchen abgelehnt, dagegen auf Widerruf die Herstellung einer separaten Abzweigrohrleitung von dem Straßenrohre auf Kosten des Gesuchstellers und die Abgabe von täglich 40 Hektoliter Wasser gegen Bezahlung der normalmäßigen Gebüren bewilligt wurde, aufrecht zu erhalten.

St.-R. Dr. Lederer beantragt, es sei den Gesuchstellern auf Widerruf der Bezug des Abfallwassers im Ausmaße von 40 Hektoliter täglich gegen Bezahlung der Gebüren für Industriewasser und gegen dem zu gestatten, dass dieser Bezug in gewissen Nachtstunden und durch eine besondere Leitung stattfinde.

Dieser Antrag wird angenommen.

(Zur Berathung dieses Gegenstandes wurde ebenfalls Stadtbaudirector Berger beigezogen und demselben zur Aufklärung das Wort ertheilt.)

St.-R. Dr. Grübl referiert über das Ansuchen der fachlichen Fortbildungsschule der Wiener Uhrmacher-Genossenschaft um Bewilligung zur Benützung der ihr überlassenen Schullocalitäten, VII., Zieglergasse Nr. 49 bis neun Uhr abends (an Montagen und Dienstagen).

Referent beantragt die Gewährung dieses Ansuchens. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die provisorische Verwendung des emeritierten Pfarrers Karl Brudniok als evangelischer Religionslehrer an der Communal-Oberrealschule im I. Bezirk und beantragt, die provisorische Verwendung dieses Lehrers für das laufende Semester mit der Entlohnung nach dem Maßstabe von 60 fl. jährlich für jede wöchentliche Unterrichtsstunde zu genehmigen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Josef Fichtinger, XVI. Bezirk, Kulmgasse 4, um Genehmigung der Grundzuschreibung für die Baustellen 6, 7 und 10, Einl.-Z. 2651, 2652 und 2655 an der Haidinger- und Göllnergasse im III. Bezirke.

Referent beantragt, zu der projectierten Grund-Ab- und Zuschreibung nach Maßgabe der vorgelegten Pläne die Bewilligung zu ertheilen und bezüglich des auf den gedachten drei Baustellen und auf

der Realität Einl.-Z. 249 des Grundbuches für den III. Bezirk haftenden Bauverbotes in Betreff der ergänzten Baustellen auf Kosten des Gesuchstellers die Löschungserklärung auszustellen.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Censurierung der Hörer und Hörerinnen am städtischen Pädagogium im I. Semester 1891/92 und beantragt, den diesfälligen Bericht der Pädagogiums-Direction, wonach am Schlusse des I. Semesters dieses Schuljahres im ganzen 173 Hörer und Hörerinnen, und zwar 74 ordentliche und 94 außerordentliche censiert wurden, mit Befriedigung zur Kenntnis zu nehmen.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Stadtbauamtsproject für die Umpflasterung der Fahrbahn der Lastenstraße zwischen der Salesianer- und Heugasse, III. Bezirk, und beantragt, dieses mit 53.938 fl. 93 kr. (budgetmäßig bedeckt) veranschlagte Project zu genehmigen.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Note des Wiener Bezirksschulrathes vom 12. April 1892, Z. 1648, betreffend die Remunerierung der Lehrkräfte für den katholischen Religionsunterricht an den Sammelclassen für Schulbesuchserleichterungen genießende Kinder in den Bezirken I bis X für die Monate November und December 1891.

Referent beantragt, dem Beschlusse des Bezirksschulrathes, wonach diesen Katecheten für die Monate November und December 1891 aus dem Bezirksschulfonde eine besondere Remuneration mit dem gleichen Betrage wie die gesetzliche gewährt wurde, die Zustimmung zu ertheilen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Vereines zur Gründung gemeinsamer Schulgärten im XVII. Bezirk um Überlassung der Directionskanzlei in der Knaben-Bürgerschule Hernals, Petersplatz 17, zur Abhaltung seiner Ausschuss-Sitzungen.

Referent beantragt, diesem Ansuchen gegen dem Folge zu geben, dass der Verein sich vor Abhaltung der jeweiligen Ausschuss-Sitzungen früher mit der Schulleitung in Betreff der Zeit, zu welcher diese stattfinden sollen, ins Einvernehmen zu setzen habe.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Jedlička, betreffend die Ausarbeitung und Überreichung einer Petition wegen Errichtung staatlicher Vieheinkaufsstationen mit Landes-Centralstellen und einer Hauptcentrale und Abgabe des Viehes oder Fleisches an die Gemeinden der Landeshauptstädte.

Referent beantragt, die Überreichung einer solchen Petition an die Reichsvertretung zu unterlassen. (Angenommen.)

St.-R. Ritt. v. Neumann referiert über das Ergebnis der Offertverhandlung, betreffend die Sicherstellung der Arbeiten und Lieferungen für den Schulhausbau in der Winkelgasse, II. Bezirk.

Referent beantragt, es seien zu übertragen:

a) Die Baumeisterarbeiten an Georg Löwitsch, Architekten und Stadtbaumeister, II., Leopoldsgasse 19, mit einem Zuschlage von 55 Percent zu den ursprünglichen Tarifpreisen der Posten 1 bis inclusive 12 und einem Nachlasse von 13 Percent von den übrigen Einheitspreisen des Kostenanschlages, sowie gegen Abzug eines Betrages von 4000 fl. von den ersten à conto-Zahlungen als Kaufpreis für das durch die Demolierung gewonnene Material;

b) die Lieferung von Cementkalk der Firma M. Egger zum offerierten Preise von 1 fl. 33 kr. per 100 kg Roman-Cement;

c) die Steinmetzarbeiten dem Josef Tröger, Steinmetzmeister, IX., Währingerstraße 74, zu den Einheitspreisen des Kostenanschlages;

d) die Zimmermannsarbeiten dem Johann Ludwig, Stadtzimmermeister, V., Margarethengürtel 2, mit einem Nachlasse von 24 Percent;

e) die Spenglerarbeiten dem Leopold Horner, Spengler, V., Hundsthurmerstraße 87, mit einem Nachlasse von 6 Percent;

f) die Schieferdeckerarbeiten dem Karl Schwab, Schiefer- und Ziegeldecker, II., Vereinsgasse 12, zum Preise von 1 fl. 56 kr. für das Quadratmeter blauen englischen Schiefers;

g) die Anstreicherarbeiten dem Salomon Kaufer, Anstreicher, II., Untere Augartenstraße 33, mit einem Nachlasse von 38 Percent;

h) die Bildhauerarbeiten dem Franz Brix, Bildhauer, XVIII., Schulgasse 77, mit einem Nachlasse von 40 Percent;

i) die Lieferung der Steinzeugwaren der Firma Gebrüder Andreae, II., Franzensbrückenstraße 1, mit einem Nachlasse von 36·5 Percent;

k) die Herstellung der Heizanlagen der Actiengesellschaft für Gas- und Wasserleitungen und Heizanlagen, I., Schwarzenbergstraße 6, um den offerierten Betrag von 7432 fl. 29 kr.;

l) die Möbeltischlerarbeiten der Firma Gebrüder Schlimp, II., Treustraße 94, mit einem Nachlasse von 23·2 Percent;

m) die Schriftenmaler- und Metallgießerarbeiten dem B. Ganso, VI., Gumpendorferstraße 35, mit einem Nachlasse von 40 Percent;

n) die Installationsarbeiten für die Gasrohr- und Wasserleitung inclusive der Lieferung der Closets der Firma Heß, Wolf und Comp., IX., Porzellangasse 49, mit einem Nachlasse von 30 Percent bei den Gasrohrleitungsarbeiten und 21 Percent bei den Wasserleitungsarbeiten sammt Closetlieferung;

o) die Herstellung der Falzziegelgewölbe dem Eduard Schneider, Stadtbaumeister, Fünfhaus, Glückgasse 5, zum Preise von 2 fl. 90 kr. per Quadratmeter. (Angenommen.)

Ferner beantragt Referent, die Übertragung der Lieferung der Traversen und Eisenbahnschienen an die Firma Max Wahlberg, I., Stubenbastei 12, zu den offerierten Preisen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter beantragt die Übertragung dieser Lieferung an die Firma Julius Juhos und Comp.

(Die Debatte über diese Lieferung wird unterbrochen, um vorerst hierüber die Äußerung des Stadtbaudirectors zu hören.)

Referent beantragt ferner die Vergebung der Bautischlerarbeiten an die allgem. österr. Baugesellschaft und jene der Schlosserarbeiten an den Schlosser Ernst Kriszt.

St.-R. Dr. Huber beantragt (conform dem Magistrate), die Bautischler- und Schlosserarbeiten der Firma Brüder Schlimp mit einem Nachlasse von 16, respective 14 Percent zu übertragen.

Dieser letztere Antrag wird angenommen.

(St.-R. Ritt. v. Goldschmidt hat sich in seiner Eigenschaft als Präsident der allgem. österr. Baugesellschaft hiebei der Abstimmung enthalten.)

Bezüglich der Glaserarbeiten beantragt Referent zwischen den beiden gleichlautenden Offerenten Adolf Adam und Peter Hartmann durch das Los zu entscheiden.

St.-R. Dr. Huber beantragt, diese Arbeiten dem Adolf Adam, III., Löwengasse 7, mit dem offerierten Nachlasse von 15 Percent zu übertragen.

Der Referent accommodiert sich diesem Antrage, welcher sohin angenommen wird.

Bezüglich der Holzcement- und Asphaltiererarbeiten (Isolierplatten) beantragt Referent die Vergebung derselben an die Firma Paul Hiller und Comp., IV., Favoritenstraße 20, zu den offerierten Preisen. (Angenommen.)

Es wird nunmehr dem mittlerweile wieder in der Sitzung erschienenen Stadtbaudirector das Wort zur Aufklärung bezüglich der Lieferung der Traversen ertheilt, und diese Lieferung sohin nach Ablehnung des Antrages des Vice-Bürgermeisters Dr. Richter dem Max Wahlberg übertragen.

Endlich beantragt Referent, die Herstellung der Sparherde im Verhandlungswege zu vergeben und hinsichtlich der Lieferung der Schulbänke vorerst das Resultat der Schulbank-Expertise abzuwarten. Auch sei in Hinkunft die Asphaltiererarbeit getrennt zur Vergebung zu bringen. (Angenommen.)

(Vice-Bürgermeister Dr. Richter übernimmt den Vorsitz.)

St.-R. Ritt. v. Neumann referiert über die Vergebung über die Lieferung der hydraulischen Bindemittel für den Schulbau in der Freudenau (Aspern-Allee).

Referent beantragt, auf Grund der vorgelegten protokollarischen Äußerung des Stadtbauamtes und der Buchhaltung die Annahme des Offertes der Firma M. Egger, wornach dieselbe den Cement (mit dem Gewichte von 84 kg per Hektoliter) zum Preise von 1 fl. 35 kr. und den Portland-Cement zum Preise von 3 fl. per 100 kg zu liefern bereit ist. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Heinrich Bierenz um Bewilligung zur Herstellung eines photographischen Ateliers, VIII. Bezirk, Lerchenfelderstraße 114.

Referent beantragt, den Antrag des Magistrates, die Baubewilligung gegen dem zu ertheilen, dass einerseits die Eigenthümerin des Hauses, Antonia Schlögl, sich durch einen intabulationsfähigen Revers verpflichtet, das fragliche (provisorische) Gebäude über Anordnung des Magistrates nach vierteljähriger Kündigung ohne Ersatzansprüche unweigerlich zu demolieren, anderseits auch der Gesuchsteller sich ebenfalls in einem Revers zu dieser Demolierung nach vierteljähriger Kündigung verpflichtet und für diesen Fall auf jeden Schadenersatz seitens der Gemeinde ausdrücklich Verzicht leistet, zu bestätigen.

Zur Sicherung der eventuellen Demolierung sei eine Caution von 50 fl. zu erlegen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Bewilligung von Gleichengeldern für den Schulbau II. Bezirk, Vorgartenstraße.

Referent beantragt, sowohl den in dem Berichte des Stadtbauamtes vom 3. Mai 1892, Z. 2930/I, genannten Personen Gleichengelder (Gratificationen) im Gesammtbetrag von 251 fl. zu bewilligen, als auch an die Maurer, Taglöhner, Weiber und Lehrjungen die bezogenen Taglöhne als Gleichengelder zur Auszahlung zu bringen. (Angenommen.)

St.-R. Vangoin referiert über das Ansuchen der Schuldieners-Witwe Josefa Schwöllner um Anweisung der Pension.

Referent beantragt, der Genannten vom 1. April 1892 an unter gleichzeitiger Einstellung des Activitätsgehaltes ihres verstorbenen Ehegatten die normalmäßige Witwenpension jährlicher 240 fl., das von ihr bereits bezogene Sterbequartal von 150 fl. und die Erziehungsbeiträge für die hinterbliebenen minderjährigen, respective unmündigen Kinder Hermine und Rudolf mit dem normalmäßigen Betrage von je 50 fl. jährlich aus den eigenen Geldern der Gemeinde im Sinne der betreffenden Bestimmungen der Pensionsvorschrift zuzuerkennen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen der Friedhofsverwalters-Witwe Ottilie Schlangenhausen um Anweisung der Pension.

Referent beantragt, der Genannten vom 1. Mai 1892 an die normalmäßige Witwenpension von jährlich 500 fl. anzuweisen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die von dem k. k. Notar Karl Denkstein als Erbenmachthaber nach Therese Kaspar zur Erhaltung und Ausschmückung des Einzelngrabes Gruppe 12 A, Reihe 8, Nr. 3 im Wiener Central-Friedhofe angebotenen Widmung eines Betrages von 1000 fl. und beantragt, diese Widmung anzunehmen und zu genehmigen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Abschreibung von Leichenkosten-Rückständen nach 36 Parteien im VII. Bezirke und beantragt, diese Rückstände aus dem Titel der Uneinbringlichkeit abzuschreiben. (Angenommen.)

St.-R. Schlechter referiert über die Zuschrift des Bürgermeisteramtes Mauer vom 10. Mai 1892, Z. 1230, betreffend die commissionelle Verhandlung über das Einschreiten des Karl Lindauer um Gestattung zur Eröffnung eines Sand-, respective Steinbruches auf seinen in Mauer, Ried Haiden gelegenen Grundparcellen Nr. 1597 und 1598.

Referent beantragt, den Magistrat zu ermächtigen, bei der diesfälligen Commissionsverhandlung am 24. l. M. folgende, die Interessen der Hochquellenleitung wahrende Bedingungen für die Zustimmung der Gemeinde Wien zu stellen:

a) Entlang der Hochquellenleitungs-Trace ist an der Grenze derselben ein 10 m breiter Grundstreifen unbearbeitet zu lassen, von da ab eine mindestens einfüßige Böschung gegen den Steinbruch einzurichten und innerhalb einer Entfernung von 20 m von der Grenze des Wasserleitungsgrundes jede Steinsprengung zu unterlassen.

b) Die Sprengungen dürfen überhaupt nur fachkundigen Leuten übertragen werden, welche unter die Leitung eines erfahrenen Werkführers zu stellen sind.

c) Während des Ladens der Bohrlöcher und des Sprengens selbst sind Wachen aufzustellen und ist rechtzeitig das erforderliche Zeichen durch Glockenläuten zu geben.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter beantragt, bei der diesfälligen Commission die Erklärung abzugeben, dass die Gemeinde Wien im Interesse der ungefährdeten Erhaltung der Hochquellen-Wasserleitung mit Rücksicht auf die beim Betriebe der Hochquellenleitung drohende Gefahr sich auf das entschiedenste gegen die Anlage dieses Steinbruches aussprechen müsse.

Dieser Antrag, dem sich der Referent accommodiert, wird einstimmig angenommen.

— **Derselbe** referiert über die in Betreff der Kost im Armen- und Waisenhause „Giselastiftung" in Unter-Meidling, Schillergasse 15, gemachten Wahrnehmungen.

Referent stellt folgende Anträge:

1. Die Kost im Armen- und Waisenhause „Giselastiftung" in Unter-Meidling, Schillergasse 15 für die Zöglinge dieser Anstalt sei bis zur Schaffung eines Definitivums in dieser Anstalt in eigene Regie der Commune Wien zu übernehmen; die barmherzigen Schwestern

vom heiligen Kreuze, welche die Geschäfte der Anstalt führen, seien zu beauftragen, die erforderlichen Einkäufe, sowie die Zubereitung der Speisen zu besorgen.

2. Zur Bestreitung der diesbezüglichen Auslagen sei für die Zöglinge der Anstalt und für die Erwachsenen ein Betrag von ca. 30 kr. pro Kopf und Tag zu bewilligen und das Anerbieten der barmherzigen Schwestern, nach welchem dieselben als Compensation für die Beköstigung durch die Commune Wien bereit sind, von ihrer Entlohnung von je 210 fl. jährlich auf einen Betrag von je 50 fl. zu verzichten, anzunehmen.

Die Güte der eingekauften Lebensmittel, sowie der hergestellten Kost sei periodisch vom städtischen Marktcommissariate zu prüfen und habe dasselbe über die gemachten Wahrnehmungen allmonatlich einen detaillierten Bericht zu erstatten.

Der vom Stadtrathe mit Beschluss vom 11. December 1891, Z. 3617, zum provisorischen Leiter der genannten Anstalt bestellte Armenrath Karl Dinauer sei zu beauftragen, für die ordnungsmäßige Verwendung und Verrechnung der Lebensmittel Sorge zu tragen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Herstellung eines neuen Gewächshauses im städtischen Reservegarten.

Referent beantragt, den Magistrats-Antrag auf Errichtung dieses Gewächshauses abzulehnen.

St.-R. Matzenauer beantragt, diese Herstellung „dermalen" abzulehnen.

Mit dieser Modification, welcher sich der Referent anschließt, wird der Referenten-Antrag angenommen.

St.-R. Ritt. v. Goldschmidt referiert über das Ansuchen des Franz Heintobler um Consens für den Bau eines Wohnhauses im II. Bezirk, Nordwestbahnstraße 73 und beantragt, den Magistrats-Antrag auf Ertheilung dieser Baubewilligung zu bestätigen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Stadtbauamtsproject für die Neupflasterung der Marc Aurelstraße im I. Bezirk und beantragt, dieses mit dem (budgetmäßig bedeckten) Kostenbetrage von 12.003 fl. 43 kr. veranschlagte Project zu genehmigen. (Angenommen.)

St.-R. Matzenauer referiert über das Ansuchen der Albertine Fischer um Consens zur Errichtung von provisorischen Bauobjecten auf den von ihr gepachteten Bürgerspitalfondsgründen vor der St. Marxer Linie im III. Bezirke.

Referent beantragt die Bestätigung des Magistrats-Antrages auf Ertheilung des erbetenen Consenses. (Angenommen.)

St.-R. Ritt. v. Goldschmidt referiert über die Note der k. k. Bezirkshauptmannschaft Währing vom 17. Juli 1891, Z. 10368, betreffend die Genehmigung der Baulinie für eine zwischen der Spöttel- und Herrengasse in Weinhaus zu eröffnenden Parallelstraße vom Kirchenplatz bis zur Köhlergasse.

Referent beantragt, aus den vom Magistrate und Stadtbauamte geltend gemachten Gründen, wornach vor allem öffentliche Interessen für die Durchführung dieses Straßenzuges nicht vorhanden sind, von der Genehmigung desselben abzusehen. (Angenommen.)

Die Sitzung wird geschlossen.

Allgemeine Nachrichten.

Approvisionierung.

(Der tägliche Fleischmarkt.)

(In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 15. bis 21. Mai 1892.)

1. Fleischsendungen:

a) Für den täglichen Fleischmarkt.

Rindfleisch	201.737	Kg.	(Davon aus Nieder-Österreich — 160.749 aus Ober-Österreich — 1.723; aus Mähren — 12.411; aus Galizien — 18.820; aus Ungarn — 8.034 Kg.)
Kalbfleisch	45.587	„	(Davon aus Nieder-Österreich — 3.411; aus Mähren — 75; aus Galizien — 42.085; aus Ungarn — 16 Kg.)
Schaffleisch	341	„	(Davon aus Nieder-Österreich — 58; aus Mähren — 2; Galizien — 270; aus Ungarn — 11 Kg.)
Schweinfleisch	26.282	„	(Davon aus Nieder-Österreich — 23.517; aus Böhmen — 289; aus Mähren — 353; aus Galizien — 985; aus Ungarn — 1.138 Kg.)
Kälber	1.611	Stück	(Davon aus Nieder-Österreich — 11; aus Ober-Österreich — 4; aus Mähren — 5 aus Galizien — 1.587; aus Ungarn — 4 St.)
Schafe	114	„	(Davon aus Nieder-Österreich — 113 aus Galizien — 1 Stück.
Schweine	352	„	(Davon aus Nieder-Österreich — 103; aus Ober-Österreich — 1; aus Mähren — 17; aus Galizien — 226; aus Ungarn — 5 St.);
Lämmer	46	„	(Davon aus Nieder-Österreich — 20; aus Galizien — 9; aus Ungarn — 17 St.)

b) Für den Approvisionierungsverein.

Rindfleisch	4.776	Kg.	Kälber	55	Stück
Kalbfleisch	276	„	Schafe	11	„
Schaffleisch	—	„	Schweine	2	„
Schweinfleisch	390	„	Lämmer	20	„

2. Preisbewegung:

Rindfleisch	Siedfleisch	von	34	bis	70	kr.	per Kg.
	Rostbraten u. Rieden	„	52	„	90	„	„ „
Kalbfleisch		„	30	„	64	„	„ „
Schaffleisch		„	40	„	68	„	„ „
Schweinfleisch		„	50	„	76	„	„ „
Kälber		„	36	„	60	„	„ „
Schafe		„	32	„	50	„	„ „
Schweine		„	50	„	63	„	„ „
Lämmer		von $2^1/_2$ fl. bis 5 fl. per Stück.					

Gegen die Vorwoche war die Zufuhr an Fleischwaren etwas schwächer. Die Nachfrage zum Wochenschlusse lebhaft und besserten sich die Preise des Kalbfleisches um 2 bis 4 kr. per Kg.

Die Preise der übrigen Fleischwaren erlitten keine wesentlichen Änderungen.

* * *

(Pferdemarkt vom 20. Mai 1892.)

Zum Verkaufe wurden gebracht: 925 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . . . 110—400 fl. per Stück,
„ Schlachtpferde . . . . . 21— 67 fl. per Stück.

Der Markt war sehr lebhaft.

Detailpreise in der Woche vom 16. Mai bis 21. Mai 1892:

(Geschlachtet wurden 342 Pferde.)

Vorderes Pferdefleisch	1 Kg.	20—36 kr.
Hinteres „	1 „	24—44 „
Lungen- und Rostbraten	1 „	24—44 „
Selchfleisch	1 „	36—56 „
Extrawürste	1 „	30—44 „
Dürre Würste	1 „	32—56 „
Rohes Fett	1 „	36—60 „
Geschmolzenes Fett	1 „	40—80 „
Schweifhaare	1 Schweif	25—100 „
Knochen	100 Kg.	fl. 2.—3.—
Häute	per St.	„ 3.—7.50

vom Pferde

* * *

(Schlachtviehmarkt vom 23. Mai 1892.)

1. Auftrieb.

Mastvieh — 3857, Weidevieh —.—, Beinlvieh — 442.
Summa . 4299.

Davon — nach Racen:

Ungarische Thiere	1894
Galizische „	798
Deutsche „	1584
Büffel „	23

Davon — nach Gattungen:

Ochsen	3345
Stiere	462
Kühe	492

2. Preisbewegung.

a) Preis per 100 Kg. Lebendgewicht mit Procentabzug:

Ungarische Schlachtthiere	von 53	bis 63	fl.
(extrem	„ 64	„ —	„)
Galizische Schlachtthiere	„ 53	bis 62	„
Deutsche Schlachtthiere	„ 54	„ 64	„
(extrem	„ 65	„ —	„)
Stiere	„ —	„ —	„
Kühe	„ —	„ —	„
Büffel	„ —	„ —	„
Beinlvieh	„ —	„ —	„

Diese Preise ermäßigen sich um den beim Handel vereinbarten Procentabzug (auf dem heutigen Markte 36 bis 47 %), welchen der Verkäufer dem Käufer als Entschädigung:
a) für den Gewichtsverlust infolge der Schlachtung;
b) für die minderwertigen Stoffe, wie: Haut, Horn, Blut, Unschlitt ꝛc.;
c) für die wertlosen Stoffe, wie: Magen- und Darminhalt ꝛc. zugesteht.

b) Preis per 100 Kg. Lebendgewicht ohne Procentabzug:

Ochsen	von 24	bis 33	fl.
Stiere	„ 25	„ 36	„
Kühe	„ 22½	„ 33	„
Büffel	„ 23	„ 28	„
Beinlvieh	„ —	„ —	„

c) Preis per Stück:

Beinlvieh . von 26 bis 95 fl.

Nach dem Modus auf Schlachtgewicht wurden keine Schlachtthiere angekauft.

Unverkauft blieben:

Ochsen	95 Stück
Beinlvieh	41 „

Bei einem gegen den letzten Montagsmarkt um 323 Stück Schlachtthiere stärkeren Auftriebe war die Kauflust beim Beginne des Marktes ziemlich lebhaft, daher die Preise um ½ bis 1 fl. per 100 Kilo gestiegen sind, während im weiteren Verlaufe der Geschäftsverkehr derart schleppend wurde, dass nur vorwöchentliche Preise erzielt werden konnten.

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 21. Mai 1892.

a) Getreide.

					per 100 Kg.
Weizen	(Qualitätsgewicht 74—80 Kg.)	von 8 fl. 33 kr.	bis 10 fl. — kr.		
Roggen	(„ 68—73 „)	„ 7 „ 58 „	„ 9 „ 40 „		
Gerste		„ 5 „ 50 „	„ 8 „ 50 „		
Mais		„ 5 „ 25 „	„ 6 „ 20 „		
Hafer		„ 5 „ 75 „	„ 6 „ 80 „		

b) Mahlproducte.

					per 100 Kg.
Gries	von 15 fl. 75 kr.	bis 17 fl. 50 kr.			
Weizenmehl	„ 8 „ 50 „	„ 17 „ 25 „			
Roggenmehl	„ 11 „ 25 „	„ 16 „ — „			
Weizenkleie	„ 4 „ 35 „	„ 4 „ 60 „			
Roggenkleie	„ 5 „ — „	„ 5 „ 10 „			

Städtisches Lagerhaus.

12. Mai bis 19. Mai 1892:

Waren eingelagert	56.676	Meter-Centner
„ ausgelagert	55.766	„

Die durchschnittliche Tagesbewegung bezifferte sich auf . . . . . 18.740 Meter-Centner.

Lagerstand vom 19. Mai 1892: 293.334 Meter-Centner, und zwar:

74.642	Meter-Centner	Weizen,	21.339	Meter-Centner	Roggen,
36.596	„	Gerste,	37.810	„	Hafer,
11.843	„	Mais,	6.558	„	Ölsaaten,
15.410	„	Mehl u. Kleie,	8.228	„	Wein,
27.423	„	Zucker,	4.216	Hektoliter à 100%	Spiritus.

Der Assecuranzwert dieser Waren stellt sich auf 3,806.210 fl. öst. Währ.

Gewerbeangelegenheiten.

Gewerbeanmeldungen vom 16. Mai 1892.

(Fortsetzung.)

Faas Leopoldine — Marktfahrergewerbe — XVII., Hernals, Gerlgasse 17.
Geschrey Elisabeth — Marktvictualien-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Thaliastraße, Marktstand.
Holler Theresia — Marktvictualien-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Thaliastraße, Marktstand.
Gatty Christof — Maurermeister — XV., Fünfhaus, Österleingasse 8.
Beuren Karl — Mehl-Verschleiß — XVII., Hernals, Frauengasse 10.
Neuffer Johann G. — Mehl- und Gries-Verschleiß — XVI., Ottakring, Wurlitzergasse 7.
Sterner Michael — Mehl-Verschleißer — XIV., Rudolfsheim, Märzstraße 63.
Pauli Veit — Milchmeierei — XVI., Ottakring, Leopoldigasse 22.
Fischer Abraham — Möbelhandel — XVI., Ottakring, Hauptstraße 15.
Stern Adelheid — Modistengewerbe — II., Rafaelgasse 2.
Nowak Anna — Obsthandel en gros — IV., Kärnthnerthormarkt.
Fürst Fanny — Pfaidlerin — I., Operngasse 4.
Schrems Louise — Pfaidlergewerbe — VII., Siebensterngasse 28.
Hailfinger Kuno — Privilegium auf Maschinen — XIX., Unter-Döbling, Silbergasse 13.
Adler Heinrich — Schuhmacher — X., Himbergerstraße 25.
Krikava Theodor — Schuhmacher — X., Sennefeldergasse 19.
Michna Leopoldine — Selchwaren-Verschleiß — I., Schultergasse 2.

Hertl Emilie — Verschleiß von Stroh- und Filzhüten — VII., Zollergasse 4.
Saß Samuel Lazar — Handel mit Tuchabfällen — VII., Bandgasse 30.
Rubinstein Jacques — Vertretung gegen Provision — I., Fleischmarkt 4.
Fischer Anna — Victualien-Verschleiß — XVI., Ottakring, Lerchenfelderstraße 4.
Pallik Josef Eduard — Victualien-Verschleiß — X., Laxenburgerstraße 71.
Wodak Marie — Victualien-Verschleiß — III., Dietrichgasse 14 a.
Hanak Elisabeth — Wäscheputzerei und Färberei — II., An der Brücke 1.
Schinzel Eduard — Erzeugung von Wassermessern — III., Erdbergerlände 8.
Schwarz Franz — Zeitungs-Verschleiß — VIII., Breitenfeldergasse 12.
Schnorrer Rosa — Zuckerbäckerwaren-Verschleiß — XVII., Hernals, Veronikagasse 7.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 17. Mai 1892.

Herzog Max — Verkauf von Albums mit Ansichten der Ausstellungsbauten — II., k. k. Prater, Ausstellungsplatz.
Winkler Karoline — Bestellte am Central-Viehmarkt.
Sasse Dietrich — Verschleiß von Brennfluid — I., Maysedergasse 8.
Hruschka Thomas — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks — V., Kohlgasse 22.
Basownik Marie — Fragnergewerbe — XVII., Hernals, Thelemanngasse 3.
Fischer Josef — Fragner — VII., Westbahnstraße 31.
Kodidek Josef — Friseur und Raseur — XIX., Ober-Döbling, Pantzerg. 12.
Lewinter Josef — Friseur und Raseur — V., Reinprechtsdorferstraße 60.
Schwanda Karl — Friseur — XV., Fünfhaus, Sechshauser Hauptstraße 18.
Gehring Georg — Gasthauspächter — XI., Simmering, Hauptstraße 140.
Hörmann Florian — Gastwirt — II., Schweidelgasse 5.
Schieble Franz — Handel mit Geflügel, Eier und Butter — XIII., Penzing, Poststraße 12.
Schrimek Elisabeth — Gelbgießergewerbe — XVII., Hernals, Rokitanskygasse 47.
Endtreßer Rosalia — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Ottakring, Lerchenfelderstraße 19.
Handl Leopold — Gemischtwaren-Verschleiß — XI., Simmering, Kirchengasse 13.
Pany Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — VI., Dürergasse 3.
Prokich Anton — Gemischtwaren-Verschleiß — XI., Simmering, Dorfgasse 84.
Riha Juliana — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Dornbach, Hauptstraße 161.
Speta Katharina — Gemischtwaren-Verschleiß — XIX., Heiligenstadt, Barawitzkagasse 15.
Streith Antonia — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Schottenfeldg. 28.
Friedrich Martin — Handschuhmachergewerbe — XVI., Neulerchenfeld, Koppstraße 4 a.
Aspan Josef — Hufschmied — X., Inzersdorf, Laxenburgerstraße 17.
Schön Josef — Kleidermacher — XVII., Hernals, Weinhauserstraße 47.
Kuchelbacher Eduard — Kürschner — VI., Mariahilferstraße 49.
Pisk Josef — Lederausschnitt — XVIII., Währing, Hauptstraße 27.
Denk Auguste — Privatlehranstalt für Maßnehmen, Schnittzeichnen und Kleidermachen — V., Griesgasse 4.
Ablöscher Josef — Milchmeier — XIII., Breitensee, Antonsgasse 19.
Fischer Karl — Milch- und Gebäck-Verschleiß — XVI., Ottakring, Ganglbauergasse 4.
Haberfellner Anna — Milch-Verschleiß — XIV., Sechshaus, Ullmannstraße 29.
Pummer Anna — Milch-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Kirchstettengasse 7 und 9.
Todorov Zsivan — Milch-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Herbststraße 16.
Matis Johann — Feilbieten von Naturblumen — XVII., Hernals, Kastnergasse 24.
Sednik Anna — Pfaidlerei — XVI., Neulerchenfeld, Hafnerstraße 27.
Rotter Johann — Schlosser — XII., Gaudenzdorf, Plankengasse 7.
Kepplinger Mathias — Verabreichung von Sodawasser — III., Radetzkyplatz 2.
Popper Jetti — Spirituosenhandel — II., Franzensbrückenstraße 8.
Kudlaček Wenzel — Tischler — XVIII., Währing, Uniongasse 8.
Seidenwerg Josef — Verschleiß von neuen Tuchabfällen — XV., Fünfhaus, Michaelergasse 2.
Weiß Jacques — Handelsagentie mit Uhrfedern — II., Große Mohrengasse 36.
Erlinger Gustav — Victualienhandel — IX., Liechtensteinstraße 33.
Ferch Josef — Victualienhandel — XVII., Hernals, Dornerplatz, Marktstand.
Jankovich Anna — Hausieren mit Victualien und Blumen — II., Wolfsaugasse 4.
Koller Walburga — Victualien-Verschleiß — VII., Guttenberggasse 3.
Zabransky Francisca — Victualien-Verschleiß — VII., Neustiftgasse 51.
Aspan Josef — Wagenschmied — X., Inzersdorf, Laxenburgerstraße 17.
Killer Franz — Wagnergewerbe — XVII., Hernals, Wilhelmsgasse 8.
Hirsch Leopoldine — Wäschergewerbe — XVII., Neuwaldegg, Salmannsdorferstraße 2.

Gewerbeanmeldungen vom 18. Mai 1892.

Schmachtel Franz — Agent — III., Rudolfsgasse 34.
Wauschek Katharina — Brantweinschänkerin — II., Treustraße 42.
Schreckinger Josef — Holzkohlen-Briquetts-Erzeugung — II., Jägerstraße 36.
Friedl Barbara — Fiakergewerbe — I., Verlängerte Wipplingerstraße.
Friedl Barbara — Fiakergewerbe — I., Alter Fleischmarkt.
Brandweiner Salomon — Fleisch-Verschleiß — II., Czerninplatz.
Schmid Josef — Fremdenbeherbergung — V., Matzleinsdorferstraße 11.
Kohn Laura — Verschleiß von Galanteriewaren — II., Große Mohrengasse 29.
Breying Karl — Gastwirt — I., Graben 19.
Mlčoch Victor — Gastwirtsgewerbe — V., Zentagasse 13.
Schmid Josef — Gastwirtsgewerbe — V., Matzleinsdorferstraße 11.
Wallig Johann — Gastwirt — III., Ungargasse 2.
Auerbeck Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Kliebergasse 14.
Breiner Anton — Gemischtwaren-Verschleiß — XIII., Hietzing, Altg. 12.
Grauer Ernestine — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Nordwestbahnstraße 11.
Hallwich Elise — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Gellertplatz 4.
Kainer Rosa — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Dreilaufergasse 18.
Masur Pauline — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Humboldtgasse 17.
Nagl Valentin — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Eugengasse 7.
Stipek Agnes — Gemischtwaren-Verschleiß — XIV., Rudolfsheim, Sigmundgasse 4.
Tomas Emilie — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Rotheléwengasse 4.
Günzburg Bernhard — Allgemeine Handelsagentie — III., Untere Viaductgasse 15.
Müller Franz Karl — Handschuhmacher — XIII., Penzing, Marktg. 57.
Maierhofer Karl — Holzbildhauer — XIV., Sechshaus, Wehrgasse 15.
Höhl Franz — Kaffeesiedergewerbe — II., Obere Donaustraße 47.
Lilg Josef — Kaffeesiedergewerbe — VI., Engelgasse 10.
Löwy Johanna — Verschleiß von Käse, Salami und Brot — II., Hofenedergasse 1.
Csissarz Erdmann Gustav — Ein- und Verkauf von Kohlenanzündern — XVI., Neulerchenfeld, Herbststraße 2.
Porges Adolf — Holz- und Kohlenhandel — II., Nordbahnhof.
Baumgarten Salomon — Korbwaren-Verschleiß — X., Landgutgasse 17.
Lanzer Sigmund und Reinek Julius — Commissionshandel mit Manufacturwaren — I., Eßlinggasse 15.
Beer Wenzel — Mehl-Verschleiß — III., Erdbergstraße 28.
Eppler Karl — Mehl- und Gries-Verschleiß — III., Erdbergstraße 78.
Pallamar Josefa — Milch- und Gebäck-Verschleiß — III., Hörnesg. 13.
Linhardt Marie — Handel mit Naturblumen — II., k. k. Prater, Ausstellungspark, beim Schattentheater.
Dauser Wilhelmine — Verschleiß von Papierblumen — I., Seilergasse 11.
Blechinger Marie — Pfaidlergewerbe — II., Schreygasse 2.
Bullaty Sofie — Pfaidlergewerbe — II., Schiffamtsgasse 17.
Kosler Anna, verehelichte Haas — Pfaidlerin — X., Van der Nüllgasse 14.
Stöckl Aloisia — Pfaidlerei — III., Beatrixgasse 12.
Weiß Helene — Pfaidlergewerbe — II., Circusgasse 17.
Schrabetz Emil — Pflasterergewerbe — I., Elisabethstraße 22.
Spiering Josef — Pretiosen-Verschleiß — I., Rabenplatz 2.
Pražak Josef — Schlossergewerbe — IX., Liechtensteinstraße 100.
Matiašek Jakob — Selchwaren-Verschleiß — VII., Westbahnstraße 23.
Geyschläger Alois — Spänglergewerbe — XVII., Hernals, Veronikagasse 48.
Luy Anton — Spänglergewerbe — II., Herminengasse 11.
Zimmermann Franz — Stockdrechslerei — XIII., Penzing, Kaisergasse 31.
Deutsches Theater zu Berlin — Theatralische Vorstellungen — II., k. k. Prater, Ausstellungspark, Ausstellungstheater.
Willfahrt Friedrich Josef — Tischler — XII., Unter-Meidling, Breitenfurtherstraße 5.
Salvender Moriz — Trödler — II., Glockengasse 9 a.
Spiering Josef — Uhren-Verschleiß — I., Rabenplatz 2.
Teller David — Verschleiß von Uhren und Pretiosen — III., Dietrichg. 9.
Mathias Johann — Feilbieten von Victualien — IX., Hahngasse 6.
Siska Marie — Victualienhandel — X., Arthaberplatz 4.
Hayduck Angelina — Zeitungs-Verschleiß — VIII., Lerchenfelderstraße 12.
Tidl Julia — Zeitungs-Verschleiß — IX., Rothe Löwengasse 17.
Urbanek Theresia — Zeitungs-Verschleiß — VIII., Lenaugasse 4.
Wuschke Emilie — Zeitungs-Verschleiß — VI., Liniengasse 40.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 19. Mai 1892.

Sockl Albin — Anbringen von Annoncen auf Zündholzschachteln — I., Dobllhoffgasse 7.
Groß Julie — Auskocherei — XIV., Rudolfsheim, Arnsteingasse 29.
Zeitler Julie — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks — IX., Währingerstraße 53.
Haroldt Friedrich — Elektrotechniker — VI., Wallgasse 35.
Halpern Leib — Fleischcommissionshandel — III., Großmarkthalle.
Reiffenstein Bruno — Fotografie — IX., Waisenhausgasse 11.
Staudner Pauline — Fragnerin — V., Wehrgasse 20.

Müller Anna — Futteralmachergewerbe — VII., Schottenfeldgasse 95.
Erlbeck Eleonore — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Hahngasse 18.
Mensch Liebe Breindl (Karoline) — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Untere Augartenstraße 4.
Schießl Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — XIV., Rudolfsheim, Marktgasse 25.
Selmeczi Fanny — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Glockengasse 6.
Wenninger Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Währing, Weinberggasse 28.
Ernst Sigismund — Verschleiß von Gummiwaren — I., Krugerstraße 2.
Flödl Ignaz — Kaffeeschankgewerbe — VII., Westbahnstraße 14.
Herzog Roman — Kaffeesieder — VIII., Landongasse 13.
Kramer Jakob — Kaffeesiedergewerbe — VII., Breitegasse 19.
Naderer, geb. Egger Marie — Verabreichung von Kaffee, Thee und Chocolade — IX., Garnisongasse 10.
Rabenlehner Barbara — Kaffeeschänkerin — II., Boerhavegasse 7.
Smek Josefine — Käse- und Salami-Verschleiß — IV., Favoritenstraße 54.
Filbrich-Anatour Flora — Kaiserpanorama — I., Dorotheergasse 6.
Prihoda Jakob — Kleidermacher — VIII., Josefstädterstraße 81.
Kronberger Mathias — Kleinfuhrwerkgewerbe — VIII., Fuhrmannsgasse 11.
Augustin Marie — Marktwictualienhandel — II., Karmelitermarkt.
Weinberger Philipp — Marktwictualienhandel — II., Karmelitermarkt.
Oehler Alois — Mehl- und Gries-Verschleiß — III., Erdbergstraße 10.
Stumpf Kilian — Mehl-Verschleiß — VII., Schottenfeldgasse 35.
Svoboda Anton — Mehl-Verschleiß — III., Barichgasse 17.
Hoffmann Heinrich — Metallgießer — VI., Esterhazygasse 33.
Giwitzer Wilhelmine — Milch- und Gebäck-Verschleiß — IV., Hauptstraße 68. (Das Weitere folgt.)

G.-Z. 87358
V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für die Verlängerung des Haupt-Unrathscanales der Fichtegasse** im I. Bezirke im veranschlagten Kostenbetrage von 2113 fl. 60 kr. und 500 fl. Pauschale, wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 30. Mai 1892, präcise 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl** im neuen Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse des Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 16. Mai 1892. 2—3

Z. 65589
V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen **Vergebung der Erd- und Baumeisterarbeiten für den Umbau des Haupt-Unrathscanales aus Beton** in der kleinen Pfarrgasse im II. Bezirke mit dem Kostenerfordernisse von 2184 fl. 65 kr. und 250 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 27. Mai d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl** im neuen Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 13. Mai 1892. 2—2

G.-Z. 85839
V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der Arbeiten für die Herstellung eines **Holzstöckelpflasters** in der Fahrbahn auf dem Lobkowitzplatze im I. Bezirke im veranschlagten Kostenbetrage von 5378 fl. 93 kr. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 31. Mai d. J., präcise um 11 Uhr vormittags**, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl im Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine **öffentliche schriftliche Offertverhandlung** abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 18. Mai 1892. 1—2

Prot.-Nr. 90242.
V. 1262.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen **Vergebung der Erd- und Baumeisterarbeiten für die Verlängerung des Haupt-Unrathscanales in der Seidengasse und die Erbauung von Zweigcanälen** in der noch unbenannten Seitengasse zwischen der Gürtel- und Kaiserstraße im VII. Bezirke im veranschlagten Kostenbetrage von 2668 fl. 13 kr. und 300 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 2. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl im neuen Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossenen allgemeinen und speciellen Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 22. Mai 1892. 1—3

G.-Z. 12182
VII.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Sicherstellung der Lieferung von circa 14.720 m Baumwollstoff, ferner von circa 4800 m 76 cm breitem, blauroth gestreiften Gradl und von circa 2800 m 112 cm breitem, blauroth gestreiften Gradl zur Anfertigung der Badewäsche für die städtischen Volksbäder im II., VI., VIII. und IX. Bezirke, sowie wegen Anfertigung der Badewäsche wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am **Dienstag den 31. Mai d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Stadler im neuen Rathhause** (**7. Stiege, Mezzanin**) eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Kostenanschläge und die Bedingnisse im Stadtbauamte oder in der Marktcommissariats-Expositur, I., am Hof 9, während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte sind Muster der offerierten Stoffe sowie das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen. Auch finden nur Offerte von gewerbebehördlich berechtigten Geschäftsleuten Berücksichtigung.

Die Einhaltung der Bedingnisse wird seitens der Organe strenge überwacht werden.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 14. Mai 1892. 1—2

G.-Z. 85459
V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der Arbeiten für die Herstellung eines **Asphalt- oder eines Holzstöckelpflasters in der Bognergasse im I. Bezirke** im veranschlagten Kostenbetrage von 6023 fl. 55 kr. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 1. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl** im neuen Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossenen Vorschriften im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse des Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen, und mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 18. Mai 1892. 1—2

G.-Z. 85840

V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung 1. der Arbeiten für die **Herstellung eines Holzstöckelpflasters** in der Strauchgasse im I. Bezirke im veranschlagten Kostenbetrage von 6417 fl. 23 kr.; ferner 2. der bezüglichen **Erd- und Steinpflasterungsarbeiten** im veranschlagten Kostenbetrage von 1058 fl. 67 kr.; endlich 3. der Arbeiten für die **Herstellung der Trottoirs mit Asphalte coulé** im veranschlagten Kostenbetrage von 1367 fl. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 31. Mai d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl, im neuen Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossenen Vorschriften im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städt. Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse des Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 18. Mai 1892. 1—2

G.-Z. 269104

V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für die Herstellung eines Haupt-Unrathscanales** von der Postgasse durch die Schmied-, Haupt- und Bäckergasse, ferner von Haupt-Unrathscanälen in der Hauptgasse zwischen Nr. 66 und der Bäckergasse und zwischen Nr. 9 und der Schmiedgasse und schließlich eines Haupt-Unrathscanales von Nr. 30, Bahngasse durch die Bahn- und Antongasse bis zur Hauptgasse und in der Bahngasse von Nr. 19 bis zur Schmiedgasse und in der Gurkgasse von Nr. 4 bis zur Bahngasse in Penzing im XIII. Bezirke im veranschlagten Gesammtkostenbetrage von 40.455 fl. 76 kr. und 4680 fl. 76 kr. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 7. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl im neuen Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, die Profile, die Kostenanschläge und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamt ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse des Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 22. Mai 1892. 1—3

G.-Z. 21674.

Kundmachung.

(Holzlicitation.)

Das aus der Fällungsperiode 1891/92 aus dem Ottakringer Gemeindewalde herrührende, der Gemeinde Wien gehörige Holz, und zwar: **21 Meter Scheitholz und 487 Meter starke Prügl gelangt Samstag den 28. Mai 1892,** für den Fall schlechter Witterung: Samstag den 4. Juni 1892 zur Veräußerung an den Meistbietenden.

Der Meistbot ist **sofort vom Ersteher bei der Feilbietungs-Commission zu erlegen.**

Zusammenkunft am obigen Tage **um 9 Uhr** vormittags in der Restauration „Steinbruch" am Galitzynberge.

Vom magistratischen Bezirksamte für den XVI. Bezirk.

Wien, am 5. Mai 1892. 3—3

Z. 115.

Kundmachung.

(Licitation.)

Zufolge Bescheides des magistratischen Bezirksamtes für den XIV. und XV. Bezirk vom 12. d. M., Z. $\frac{12991}{XIV.}$ wird die öffentliche Versteigerung der in der **Pfandleihanstalt der Gemeinde Sechshaus im Monate September 1891** verpfändeten und nicht ausgelösten **Pretiosen** von Pfand-Nr. 21893 bis incl. Pfand-Nr. 24901 und **Effecten** von Pfand-Nr. 47646 bis incl. Pfand-Nr. 53204 **am 3. Juni 1892, um 9 Uhr vormittags,** im **Pfandleihanstalts-Gebäude, Sechshaus, Gemeindegasse 5** gegen gleich bare Bezahlung vorgenommen.

Im Falle die Licitation am oben angegebenen Tage nicht beendigt werden könnte, wird sie am nächstfolgenden Werktage fortgesetzt.

Pfandleihanstalt der Gemeinde Sechshaus,

am 14. Mai 1892. 3—3

---

ad M.-Z. 88125
XV.

Kundmachung.

(Hintanhaltung und Vertilgung der Schmarotzerpflanze Kleeseide [Cuscuta]).

Nach dem Gesetze vom 2. Jänner 1883, L.-G.-Bl. Nr. 31, sind alle Besitzer, beziehungsweise Nutznießer oder Pächter von Grundstücken, auf welchen sich die Schmarotzerpflanze Kleeseide (Seidenpflanze, Cuscuta) zeigt, verpflichtet, dieselbe zu vertilgen. Zu diesem Behufe müssen an jener Stelle, wo sie sich zeigt, mit der Sichel im erweiterten Umkreise, das ist mindestens 30 cm über die von der Seide übersponnenen Plätze hinausgreifend, alle Pflanzen dicht an der Erde abgeschnitten und zusammengeworfen werden. Dann gibt man auf die solchergestalt behandelten Plätze eine dicke Schichte von fußlang geschnittenem Stroh oder, wo solches mangelt, eine hinreichende Menge von Spänen, Reisig &c. und verbrennt damit die mit der Sichel abgeschnittenen Kleepflanzen- und Kleeseidetheile, worauf die betreffenden Stellen sorgfältig umzugraben sind. **Diese Vertilgung der Kleeseide ist bis spätestens nach dem ersten Kleeschnitte vorzunehmen.**

Es empfiehlt sich jedoch, schon zur Herbstzeit den sogenannten Stoppelklee und im folgenden Frühjahre die Kleefelder und sonstigen Grundstücke aufmerksamst zu übergehen und die etwa vorgefundene Kleeseide auf die genannte Weise zu vernichten.

Diese Bestimmungen werden mit dem Bemerken zur allgemeinen Kenntnis gebracht, dass gegen die Besitzer, beziehungsweise Nutznießer oder Pächter von Grundstücken, auf welchen die Seidenpflanze in blühendem oder abgeblühtem Zustande vorgefunden wird, in den Wiener allgemeinen Versorgungsfond fließende Geldstrafen **bis 10 fl.** und im Falle der Zahlungsunfähigkeit Arreststrafen **bis zu 48 Stunden** vom competenten magistratischen Bezirksamte verhängt, und überdies Veranstaltungen getroffen werden, dass die Beseitigung der Kleeseide durch Ausschneiden und Verbrennen, sowie durch tiefes Umgraben der mit der Seidenpflanze bestandenen Flecke **auf Kosten der Säumigen** ausgeführt werde.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 15. Mai 1892. 2—3

M.-Z. 255135/1891.

Kundmachung.

(Beerdigung der Leichen von in dem Bezirkstheile Neulerchenfeld verstorbenen Personen im Ottakringer Friedhofe.)

Zufolge Beschlusses des Wiener Stadtrathes vom 29. März d. J., Z. 1304, ist es gestattet, die Leichen der in der ehemaligen Gemeinde Neulerchenfeld verstorbenen Personen auf dem Ottakringer Friedhofe zu beerdigen.

Diejenigen Parteien, welche von diesem Rechte Gebrauch machen und die Leichen ihrer Angehörigen in dem Ottakringer Friedhofe beerdigen lassen wollen, haben diese ihre Absicht dem Herrn städtischen Arzte, welcher die Beschau der Leiche vornimmt, bekanntzugeben und sich sodann mit dem Beschaubefunde behufs Berichtigung der Beerdigungsgebüren an das magistratische Bezirksamt für den XVI. Bezirk Ottakring, Abelegasse Nr. 29, zu wenden.

Wenn die Leiche jedoch wie bisher im **Wiener Central-Friedhofe** bestattet werden soll, so sind die tarifmäßigen Gebüren im städtischen Todtenbeschreibamte im neuen Rathhause, I., Lichtenfelsgasse, Stiege 3, Hochparterre, zu erlegen.

Dies wird in theilweiser Abänderung der h. ä. Kundmachung vom December 1891, Z. 228891, zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, im Mai 1892. 1—3

Z. 97998
V.

Kundmachung.

(Varianten-Project der Theilstrecke „Westbahnhof-Südbahn" der Wiener Stadtbahn [Gürtellinie]).

Zufolge Erlasses der hohen k. k. nied.-österr. Statthalterei vom 17. Mai 1892, Z. 31367, hat der Herr Handelsminister mit dem Erlasse vom 15. Mai 1892, Z. 1505, die Einbeziehung des generellen Variantenprojectes der k. k. General-Inspection der österreichischen Eisenbahnen für die Theilstrecke „Westbahnhof-Südbahn" der Gürtellinie der Wiener Stadtbahn in die Tracenrevision hinsichtlich dieser Stadtbahnlinie angeordnet.

Dieses Project weicht insbesondere in Bezug auf die Anlage der Haltestelle beim Westbahnhofe, ferner auf die Tracenführung nächst der Mariahilferlinie, bei der Wienflussübersetzung und bei Matzleinsdorf—Meidling von dem Projecte ab, welches in der Zeit vom 6. bis einschließlich 13. d. M. zur Einsichtnahme aufgelegen ist.

Gemäß § 3 der Handelsministerialverordnung vom 25. Jänner 1879, R.-G.-Bl. Nr. 19, **liegt das obenerwähnte generelle Variantenproject vom 20. bis einschließlich 27. d. M.** während der gewöhnlichen Amtsstunden von 8 bis 2 Uhr im Rathhause, Stiege 7, 1. Stock im Sectionszimmer Nr. 2 des Gemeinderathes zu jedermanns Einsicht auf und werden allfällige Bemerkungen vom Wiener Magistrate im Magistrats-Departement V entgegengenommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 18. Mai 1892. 2—3

G.-Z. 94523
XI.

Kundmachung.

(Armenstiftung.)

Von dem Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiemit bekanntgemacht, dass am 26. Juli 1892 die Interessen der **Josef und Anna Wasner'schen Stiftung** für vier ohne ihr Verschulden zugrundegegangene, arme Gewerbsleute ohne Unterschied der Confession im Betrage von 412 fl. ö. W. zur Vertheilung gelangen werden.

Dem Stadtrathe der Stadt Wien steht das Vertheilungsrecht zu und ist es Wunsch des seligen Stifters, dass jedes Jahr zwei verarmte Gewerbsleute aus der Leopoldstadt zu berücksichtigen sind.

Bewerber haben ihren Gesuchen den Tauf-, respective Geburtsschein, eventuell den Trauungsschein, die Tauf- oder Geburtsscheine der Kinder, den Gewerbeschein, respective den Erwerbsteuerschein, den Heimatschein, **endlich ein legales Armutszeugnis, in welchem das Moment, dass Gesuchsteller ohne sein Verschulden zugrunde gegangen ist, durch das Armeninstitut und für den Fall, dass derselbe einer Genossenschaft angehört, durch die Genossenschafts-Vorstehung ausdrücklich hervorgehoben wird,** beizulegen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind längstens bis 15. Juni 1892 im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 15. Mai 1892. 1—3

Inhalt.

Gemeinderath: Seite

Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 20. Mai 1892.

Inhalt:

Mittheilungen des Vorsitzenden:

1. Entschuldigung der Gem.-Räthe Röhrl, Dehm und Kreindl wegen Fernbleibens . . . 1223
2. Beurlaubung des Gem.-Rathes Walther . . . 1223
3. Spende des Herrn Theodor Bindtner für dürftige Schulkinder 1223
4. Spende des Herrn Leopold Heiden für dürftige Schulkinder . 1223
5. Beantwortung der Interpellation des Gem.-Rathes Gregorig, betreffend Einstellung gewerblicher Arbeit in der Musik- und Theater-Ausstellung während der Nachmittagsstunden an Sonntagen . . 1223
6. Beantwortung der Interpellation des Gem.-Rathes Kraetschmer, betreffend das Gutachten der Bezirksvertretung bei Verleihung von Wirtsconcessionen . . . 1223
7. Beantwortung der Interpellation des Gem.-Rathes Bachofen v. Echt, betreffend die Regulierung der Straßen jenseits der Kaiser Franz Josef-Jubiläumsbrücke . . . 1223
8. Beantwortung der Interpellation des Gem.-Rathes Edlhofer, betreffend die Anschüttung des für den Bau des Seuchenhofes bestimmten Platzes beim Central-Viehmarkt . . . 1223
9. Beantwortung der Interpellation des Gem.-Rathes Bärtl, betreffend die Verzögerung der Ausführung der Nutzwasserleitung für den Central-Viehmarkt . . . 1224

Interpellationen:

10. Gem.-Rath Matzenauer, betreffend die Abplankung des Mölkersteiges im I. Bezirke . . . 1224
11. Gem.-Rath Steiner, betreffend die Bewilligung von Mehrausgaben für den Bau des Restaurationsgebäudes in der Baumgartener Schlossrealität seitens des Stadtrathes . . . 1224
12. Gem.-Rath Pursch, betreffend die Einführung untauglicher Federn an den Waggons der Wiener Tramway-Gesellschaft . . 1224
13. Gem.-Rath Sauerborn, betreffend die Abstellung des Hausierhandels auf offener Straße . . . 1224

Anträge:

14. Gem.-Rath v. Götz, betreffend die Einschränkung der Verordnung bezüglich der Trottoirbespritzung mit Rücksicht auf die wasserarmen Bezirkstheile . . . 1225
15. Gem.-Rath Eigner, betreffend die Bestellung von Aufsichtsorganen für Unraths-Ablagerungsstätten . . . 1225
16. Derselbe, betreffend den Mangel an Wasserabläufen in den Straßen der neueinverleibten Bezirke . . . 1225
17. Gem.-Rath Schneeweiß, betreffend die Gewährung einer Gnadenpfründe an Andreas Spatzierer . . . 1225
18. Gem.-Räthe Stiaßny und Herold, betreffend die Einlösung der Liebig'schen Realität in der Marc Aurelstraße zu Zwecken der Straßenverbreiterung . . . 1225

Referate:

19. Gem.-Rath Boschan, betreffend die Überreichung einer Petition an das Herrenhaus hinsichtlich der Beitragsleistung des Staates zu den Kosten der Wienfluss-Regulierung . . . 1225
20. Vice-Bürgermeister Dr. Richter, betreffend die Übernahme der Besorgung der öffentlichen und der privaten Beleuchtung durch die Gemeinde . . . 1227
21. Gem.-Rath Wurm, betreffend das Offert des L. K. Zamarski auf Ankauf der Baustelle Einl.-Z. 1252, Sterngasse im I. Bezirk 1237
22. Gem.-Rath Rückauf, betreffend Subventionierung des Döblinger Kirchenmusik-Vereines und der St. Vincenz-Conferenz . 1238
23. Gem.-Rath Dr. Stenzl, betreffend Subventionierung des Erzherzogin Sophienspitales . . . 1238
24. Derselbe, betreffend Subventionierung des Lehrervereines im Schulbezirke Hernals zur Erhaltung der Volksbibliothek . . . 1238
25. Derselbe, betreffend Subventionierung der israelitischen Kinderbewahr- und Privat-Bildungsanstalt für Kindergärtnerinnen im II. Bezirke . . . 1239
26. Gem.-Rath Schlechter, betreffend Subventionierung der Congregation der Töchter der göttlichen Liebe . . . 1240

Beschluss-Protokoll der vertraulichen Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom 20. Mai 1892.

Inhalt:

1. Gem.-Rath Josef Müller, betreffend Erwerbung des Hauses Nr. 3 Fluchtgasse, IX. Bezirk . . . 1241
2. Gem.-Räthe Baugoin, Dr. Stenzl und Vice-Bürgermeister Dr. Richter, betreffend Personal-Angelegenheiten . . . 1241

Stadtrath:

Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 17. Mai 1892 . . . 1241
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 18. Mai 1892 . . . 1245

Allgemeine Nachrichten:

Approvisionierung:

Täglicher Fleischmarkt vom 15. bis 21. Mai 1892 . . . 1251
Pferdemarkt vom 20. Mai 1892 . . . 1252
Schlachtviehmarkt vom 23. Mai 1892 . . . 1252
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 21. Mai 1892 . . . 1252
Städtisches Lagerhaus . . . 1252

Gewerbeangelegenheiten:

Gewerbeanmeldungen . . . 1252—1254
Kundmachungen . . . 1254—1258

Beilage: Mittheilungen des statistischen Departements des Wiener Magistrates Monatsbericht pro März 1892.

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** — Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.

Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. B. Wallishausser's** k. u. k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Otto Maaß (Haasenstein & Vogler), Wien, I., Wallfischgasse 10.

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag 4 Uhr Nachmittags.

Nr. 41. Freitag, den 27. Mai 1892. Jahrgang I.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl., „ „ mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Sitzungen des Gemeinderathes.

Dienstag, den 31. Mai 1892, 1/2 5 Uhr Nachmittags.

Freitag, den 3. Juni 1892, 1/2 5 Uhr Nachmittags.

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom 23. Mai 1892 unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Joh. Nep. Prix und des Vice-Bürgermeisters Dr. Albert Richter.

Bürgermeister Dr. Prix: Die Sitzung ist eröffnet.

1. Herr Gem.-Rath Erndt hat einen Urlaub von vier Wochen angetreten.

2. Herr Gem.-Rath Grünbeck ersucht um einen Urlaub vom 1. Juni bis 31. Juli l. J. — Die Herren, welche zustimmen, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Einverstanden.

3. Herr Gem.-Rath Kreindl ist durch Unwohlsein verhindert, zu erscheinen.

4. Herr Hirschler hat anlässlich seiner Civiltrauung 50 fl. für die Armen erlegt. — Wird dankend zur Kenntnis genommen.

5. Ich habe eine Interpellation des Herrn Gem.-Rathes Matzenauer zu beantworten. Der Herr Gemeinderath hat deshalb interpelliert, weil am Schottenring in der Front des Mölkerhofes ein Theil des Grundes eingeplankt wird, und verlangt, die nöthige Abhilfe zu treffen.

Nach den gepflogenen Erhebungen habe ich die Ehre, zu erwidern, dass dieser Grund sowohl im bücherlichen als im physischen Besitze des Stadterweiterungsfondes infolge eines Beschlusses des Gemeinderathes vom 19. November 1890 sich befindet (Rufe: Hört!), daher diese Einplankung berechtigt erscheint. — Ich bitte, die Einläufe zu verlesen.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (verliest nachstehende Einläufe):

6. Zuschrift der Organisations-Commission für den V. internationalen Binnenschiffahrts-Congress in Paris im Jahre 1892.

Herr Bürgermeister!

Wir beehren uns, Ihnen eine Anzahl Druckschriften, welche auf den in Paris im Monate Juli l. J. stattfindenden V. internationalen Binnenschiffahrts-Congress Bezug nehmen, zu übermitteln.

Wir haben nicht vergessen, welchen großen Antheil die Stadt Wien an der Organisation des II. internationalen Binnenschiffahrts-Congresses im Jahre 1886 genommen hat, und viele von uns erinnern sich noch mit Vergnügen der Gastfreundschaft, mit welcher sie in der Capitale Österreichs aufgenommen wurden.

Desgleichen wäre es uns sehr erwünscht und würden wir uns sehr geehrt fühlen, die Stadt Wien auf dem Congresse in Paris durch Delegierte vertreten zu sehen und ist es Gegenstand des vorliegenden Schreibens, um deren Designierung zu ersuchen.

Genehmigen Herr Bürgermeister ꝛc.

Bürgermeister: Ich glaube, die Herren werden einverstanden sein, dass die Stadt Wien sich durch einen oder zwei Delegierte hieran betheiligt (Zustimmung), und die Herren werden vielleicht auch einverstanden sein, wenn die Wahl der Delegierten dem Bürgermeister überlassen wird. (Rufe: Einverstanden!) Ich werde natürlich auf Freiwillige Rücksicht nehmen.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

7. Anfrage des **Gem.-Rathes Grünbeck** an den Herrn Bürgermeister:

Da die Erbauung eines neuen Schulhauses im XVII. Bezirke Hernals auf den Bauplätzen der Union-Baugesellschaft in der Schmerlinggasse vom Magistrat als auch vom Stadtbauamt besonders wegen der großen Anzahl von 20 Spätunterrichtsclassen befürwortet und als sehr dringend nothwendig bezeichnet und dafür im Präliminare eingesetzt wurde, erlaube ich mir an den Herrn Bürgermeister die Anfrage zu stellen:

Ob er nicht geneigt wäre, diese Vorlage der großen Dringlichkeit halber ehestens dem Gemeinderathe zur Beschlussfassung vorzulegen, damit noch in diesem Sommer mit dem Baue begonnen werden kann.

Bürgermeister: Ich werde die Angelegenheit beschleunigen. Wir schreiten zur Tagesordnung. Ich ersuche den Herrn Gem.-Rath Wurm, das Referat bezüglich der Projecte über die Wiener Verkehrsanlagen zu erstatten und ersuche auch den Herrn Baudirector, beim Referententische Platz zu nehmem.

(Gem.-Rath Wurm und Baudirector Berger treten zum Referententisch.)

S. Referent Gem.-Rath Wurm: Meine Herren! Nur um der Form zu genügen, nenne ich auch heute die Zahl, es ist 2915, Beilage Nr. 69. Es handelt sich um die Beurtheilung jener Pläne, welche demnächst Gegenstand der Tracenrevision sein werden und sich auf die Stadtbahn beziehen. Es sind dies drei Linien, welche von der hohen Regierung zur Vorlage gebracht worden sind, und zwar drei Linien als Hauptbahnen, welche von der Generalinspection der Staatsbahnen ausgearbeitet wurden und drei als Localbahnen, welche im Einvernehmen mit der Generalinspection seitens der Dampftramway-Unternehmung Krauß ausgearbeitet wurden. Diese Hauptlinien, welche von der hohen Regierung vorgelegt werden, sind die Vorortelinie, die Gürtellinie und die Donaustadtlinie. Die Locallinien, welche zu begutachten vorgelegt werden, sind die Wienthallinie, die Donaucanallinie und die innere Ringlinie. Für die Ringlinie sind zwei Alternativlinien vorgelegt, eine über die Lastenstraße, die andere über den Ring. Die Pläne, welche hier vorliegen, sind in einer weit ausführlicheren Weise ausgearbeitet, als es für die Tracenrevision nothwendig wäre. Für die Tracenrevision würden bloß schematische Linien genügen. Allein hier sehen Sie Details, welche die Nivelletten und die Ausführung, mit einem Wort alle Constructionen derart genau wiedergeben, dass es nothwendig sein wird, dass wir vorläufig unsern Standpunkt ganz klar präcisieren, damit nicht nachträglich vielleicht Missverständnisse platzgreifen. Es ist dies sehr nothwendig, denn es könnte später der Fall sein, dass man darauf hinweist: Wir hätten ja alles gesehen, konnten darüber urtheilen, haben uns nicht geäußert und man könnte diese Nichtäußerung vielleicht als eine Zustimmung zu einer Menge Details in der Construction hinnehmen, was jedenfalls sehr bedenklich wäre. Wir constatieren also, dass wir es wohl dankbar anerkennen, dass die Pläne so im Detail ausgeführt sind, aber wir müssen sagen, dass wir gleichzeitig unmöglich gelegentlich der Tracenrevision auch die Zustimmung zu allen Details geben können, welche erst der politischen Begehung vorbehalten sein müssen. Trotzdem aber ist es sehr angezeigt, dass wir heute schon unsere Wünsche und Forderungen in informatorischer Beziehung bekanntgeben, damit seinerzeit, wenn die verschiedenen Pläne genau ausgearbeitet werden, welche zur Grundlage der politischen Begehung dienen sollen, in diesen Plänen unsere Wünsche und Forderungen berücksichtigt werden. Ich glaube, dass dadurch das ganze Verfahren wesentlich vereinfacht werden kann und dass man auch das Entgegenkommen bethätigen wird, unsere gerechtfertigten Wünsche schon in jenen Plänen zum Ausdrucke zu bringen, welche vorgelegt werden müssen, um die politische Begehung der Strecke möglich zu machen. Diese Pläne, welche gegenwärtig vorliegen, bedeuten schon einen sehr großen Fortschritt gegen jene Pläne, welche ursprünglich von der Regierung der Enquête vorgelegt wurden. In jenen Plänen, welche von der Regierung zuerst vorgelegt wurden, waren die nothwendigsten Anschlüsse vernachlässigt. Es war ein Unterschied zwischen Haupt- und Localbahnen in einer Weise gemacht, welche die Wichtigkeit der Localbahnen ganz unverhältnismäßig herabgedrückt hätte. Die Vertretung der Gemeinde in der Enquête war damals schon bemüht, den Charakter der Localbahnen so nahe wie möglich dem der Hauptbahnen zu bringen, und es sind wichtige Zugeständnisse gemacht worden, hauptsächlich in Bezug auf die lichte Höhe des Profils. Es ist jetzt bei den Localbahnen eine Profilhöhe zugestanden, welche wahrscheinlich alsbald Profilhöhe für alle Hauptbahnen in Österreich und Deutschland sein wird, nämlich eine Profilhöhe von 4·4 m. Ursprünglich hat es geheißen, die Profilhöhe wird schwanken zwischen 4 und 4·8 m. Es war also Gefahr vorhanden, dass wir uns vielleicht mit Profilhöhen begnügen müssen, welche nicht viel 4 m übersteigen. Diese Befürchtung ist jetzt endgiltig beseitigt.

Eine Stadtbahn, welche überhaupt ihren Zweck erfüllen soll, muss mit allen Anschlussbahnen in entsprechender Verbindung stehen. Es ist nicht genügend, wie die Regierung ursprünglich gesagt hat, dass nur Hauptbahnen in directe Schienenverbindung mit den Anschlussbahnen gebracht werden müssen und nur auf Hauptbahnen die Verkehrsmittel übergehen. Es müssen nothwendig auch alle Localbahnen mit den Anschlussbahnen in Verbindung stehen und untereinander in eine solche Verbindung gebracht werden, dass der Verkehr nach allen Richtungen leicht bewerkstelligt werden kann. Diese Grundbedingung war, wie ich bereits erwähnt habe, in den ersten Projecten, die uns vorgelegt wurden, sehr vernachlässigt. Es hat geheißen beispielsweise: Die Wienthallinie fängt zunächst des Westbahnhofes an und führt hinab gegen den Prater. In dem Worte „zunächst" liegt schon ausgedrückt, dass keine Verbindung geplant war. Sogar wichtige Hauptlinien, z. B. die Gürtellinie, waren geplant von der Franz Josefsbahn zur Verbindungsbahn über den Gürtel mit Berührung des Westbahnhofes.

Es war also auch nicht deutlich ausgesprochen, dass diese Hauptlinie an diesem Platze mit der Westbahn in Verbindung stehen soll. Die Verbindung der einzelnen Linien untereinander war sehr mangelhaft. Ich weise auf die innere Ringlinie hin. Diese Linie, welche sich einerseits an die Wienthallinie und andererseits an die Donaucanallinie anschließt, war speciell bei dem Anschlusse an die Wienthallinie in eine höchst mangelhafte Verbindung gebracht. Es war dort kein Delta geplant, sondern nur eine einzige Curve, welche es ermöglicht hätte, in der Richtung vom Prater längs des Wienthales bis zum Getreidemarkt und dann auf die Lastenstraße zu kommen. Die sehr wichtige Curve nach außen, dass man von dem Getreidemarkt auf die Wienthallinie hätte fahren können, hat gänzlich gemangelt. Es wäre nothwendig gewesen, dass jedesmal die Züge, welche hinaus geleitet werden sollen, vom Getreidemarkt gegen das Polytechnicum, und dort verkehrt weiter gegen die Westbahn zu hätten fahren müssen. Solche Erschwernisse des Verkehres wären also in höchstem Grade bedenklich. Aber auch wichtige Knotenpunkte waren sehr vernachlässigt. Ich weise auf das Hauptzollamt hin. Das Hauptzollamt ist doch ein so wichtiger Knotenpunkt, von welchem aus man nach allen Richtungen unbehindert fahren können sollte. Hier war geplant, dass die Donaucanallinie in einem sehr tiefen Einschnitte zwischen dem Damme der Verbindungsbahn und dem Invalidenhause münden sollte, ohne dass die Verbindung mit den übrigen Bahnlinien zu bewerkstelligen gewesen wäre. Es ist doch sehr wichtig, dass man von diesem Punkte aus nach allen Seiten fahren kann, und das kann nur

dadurch erreicht werden, wenn wirklich alle Einmündungslinien in eine Ebene gelegt werden, durch Wechsel zu verbinden sind, so dass man nach allen beliebigen Richtungen wechseln kann. Das ist nun erreicht. Diese Bedenken wurden von allen Vertretern in der Enquête lebhaft betont, und von Seite der Regierung wurden auch Zugeständnisse gemacht, aber diese Zugeständnisse waren damals sehr verclausuliert; es hat immer geheißen: „im Falle der Nothwendigkeit", „wenn sich das Bedürfnis herausstellen sollte", „wird eventuell anzustreben sein", lauter Redensarten, die man gebraucht, wenn man nicht „ja" sagen will, und doch unmöglich „nein" sagen kann. Wir waren daher nicht befriedigt, und ich habe mir erlaubt, seinerzeit im Stadtrathe Anträge zu stellen, welche die Herren unter Z. 197 des Jahres 1891 unter b 1 finden können. In diesen Anträgen wurde gefordert, dass eben alle diese Anschlüsse hergestellt und die Verbindungen ermöglicht werden. Diese Anträge wurden sowohl vom Stadtrathe, vom Gemeinderathe, als auch vom Landtag angenommen, und wie sich die Herren überzeugen können, sind sie auch seitens der Regierung insoferne angenommen, als in dem vorliegenden Projecte alle diese Anschlüsse enthalten sind.

Nun beginnt die Wienthallinie, von der es geheißen hat, sie wäre in der Nähe des Westbahnhofes anzulegen — wie damals gefordert wurde, bei Hütteldorf —, so dass ein continuierlicher Verkehr auf derselben vom Praterstern bis Hütteldorf stattfinden kann. Es ist dies nicht ein Verkehr nach Hütteldorf, sondern ein Verkehr auf der Localstrecke der Westbahn überhaupt. Alle unsere Bahnen, welche in Wien einmünden und hauptsächlich das Localbedürfnis befriedigen sollen, sind Kopfstationen, die immerwährend bei größerem Verkehre verstopft sind, so dass jenes Publicum, welches keine Neigung hat, seine Körperkräfte anzuwenden, immer mehr und mehr sich vom Vergnügen abschrecken lässt, diese Bahnen zu benützen; es muss immer Polizei und Gendarmerie aufgewendet werden, um nur leidlich die Ordnung aufrecht zu erhalten, und es ist geradezu zu verwundern, dass nicht öfter sich Katastrophen ereignen, wie sie sich leider schon ereignet haben. Darum ist es absolut nothwendig, dass nicht nur zur Westbahn, sondern auch zur Südbahn solche Anschlüsse geschaffen werden, dass der Localverkehr direct übergeleitet und die unglücklichen Kopfstationen entlastet werden. Durch eine solche Eintheilung lässt sich der Verkehr bewältigen. Früher scheint man in der Leitung der Staatsbahnen nicht dieser Ansicht gewesen zu sein; man hat gefürchtet, dass durch den Entgang des Localverkehres von Hütteldorf nach Wien die Bahn in ihrem Erträgnisse geschädigt werden könnte.

Jetzt scheint man anderer Ansicht zu sein und ist daher auch zuvorkommender. Es ist ja ganz richtig: Durch diese Trennung des Localverkehres auf kurzen Strecken kann der Verkehr auf den längeren Strecken viel intensiver betrieben werden, der Verkehr kann sich vergrößern, wenn die Möglichkeit geboten ist, dass die Verstopfung der Kopfstationen entfällt. Wie sehr sich der Verkehr überhaupt heben kann, beweist, was in anderen Städten geleistet wird. Hier verkehren höchstens 50 Züge nach jeder Richtung, in Berlin auf der Wansee-Bahn zwischen Berlin und Potsdam 118 Züge in jeder Richtung. Wenn wir also hier eine Theilung des Verkehres haben, die unglücklichen Kopfstationen eliminieren, wird der Localverkehr wesentlich gehoben werden, und es werden sich auch die Staatsbahnen nicht zu beklagen haben, dass ihnen irgend etwas entgeht. Wir könnten nun, insofern als es das Verkehrsbedürfnis anbelangt, mit dem bisherigen, wenn auch nicht zufrieden sein, so doch uns insofern beruhigt geben, dass das noch Fehlende in dieser Beziehung ergänzt werden wird.

Eine Stadtbahn ist aber nicht bloß vom eisenbahntechnischen Standpunkte zu betrachten, eine Stadtbahn muss auch berücksichtigen die ästhetischen Anforderungen, sie muss berücksichtigen die Annehmlichkeit der Wohnverhältnisse, den öffentlichen Straßenverkehr, mit einem Worte, sie muss Rücksicht nehmen auf die Schönheit, auf den Wert, auf den öffentlichen Verkehr jener Stadttheile, welche sie durchzieht. Eine Stadtbahn ist ein wesentliches Element der Ausbildung und des Ausbaues der Stadt überhaupt und darf nur immer in diesem Sinne aufgefasst werden. Darum ist es nothwendig, dass wir mit aller Energie dagegen opponieren, wenn einzelne Theile der Stadt in einer Weise verunstaltet werden sollen, wie es nicht nothwendig ist. (Zustimmung.)

Wenn wir nun auf das einzelne übergehen, so müssen wir uns vor allem gegenwärtig halten, dass wir auch eine große Reserve uns auferlegen müssen, weil es nach einer anderen Richtung noch sehr gefährlich wäre, wenn das, was wir heute hier aussprechen, als etwas ganz Definitives aufgefasst werden sollte. In den Punkten 7 und 8 des von uns acceptierten Programmes heißt es ganz ausdrücklich, dass die Projectsaufstellung der zukünftigen Commission für Verkehrsanlagen in Wien vorbehalten bleiben soll. Diesen Standpunkt müssen wir einhalten im wohlverstandenen Interesse der Gemeinde, und wenn wir heute überhaupt unser Gutachten abgeben, so müssen wir das immer nur in dieser reservierten Absicht thun, dass dadurch den Beschlüssen der Commission nicht vorgegriffen werde.

In diesem Sinne sind nun die Anträge des Stadtrathes zu nehmen, welche die Herren in Händen haben. Diese ganze Beschlussfassung war durch das Drängen der Zeit eine so außerordentlich rasche, dass es leider nicht möglich war, selbst die Druckforte, die ich in Händen habe, genau zu corrigieren, und werde ich mir erlauben, wenn ich die einzelnen Anträge zur Verlesung bringe, dann jene Punkte, welche einer Correctur bedürfen, besonders zu erwähnen. Die Herren werden es begreiflich finden, wenn vor allem der erste allgemeine Antrag vom Stadtrath aufgestellt wird, welcher die Verwahrung in sich schließt, der Commission nicht vorzugreifen. Dieser Antrag lautet (liest):

Die Gemeinde Wien verweist bei dem Eingehen auf die Begutachtung des vorliegenden Projectes auf die Bestimmung der Art. VII und VIII des Programmes, nach welcher die einheitliche Leitung der Project-Aufstellung der „Commission für Verkehrsanlagen in Wien" zusteht und gibt ihr Gutachten nur unter der Verwahrung ab, dass dadurch der definitiven Project-Aufstellung durch die obige Commission in keiner Weise präjudiciert werde.

Bürgermeister: Ich würde mir erlauben, für die weitere Debatte folgenden Vorschlag zu machen: Von einer eigentlichen General-Debatte wäre Umgang zu nehmen und es wäre dasjenige, was mehr allgemeiner Natur ist, bei Punkt 1 „Allgemeiner Antrag" vorzubringen. (Zustimmung.) Dann würde ich bitten, dass der Herr Referent die einzelnen Punkte der übrigen Anträge liest, und die geehrten Herren werden die Güte haben, ihre Ausführungen an die einzelnen Punkte anzuknüpfen. Dadurch ist, glaube ich, Gelegenheit geboten, dass die geehrten Herren das, was sie vorzubringen haben, vorbringen können. Sind die geehrten Herren

mit diesem Vorgange einverstanden? (Rufe: Ja!) Das ist also angenommen. Gegenstand der Debatte ist der allgemeine Antrag I.

Gem.-Rath v. Stummer: Ich halte diesen allgemeinen Antrag für sehr wichtig. Wir dürfen uns heute bezüglich einzelner Detailfragen durchaus nicht präjudicieren, und ich möchte bitten, dass Sie im Antrag hinzufügen, dass sie sich auf die allgemeinen Vorschriften, resp. auf die Verordnung des Handelsministeriums vom 25. Jänner 1879, R.-G.-Bl. Nr. 19, §. 3, drittletzter Absatz beziehen. Darin ist bestimmt, dass die Aufgabe der Tracenrevision darin besteht, die die neue Bahn und die Lage der Stationen bezüglichen administrativen, commerciellen und ökonomischen Rücksichten, wie auch die Interessen der etwaigen erworbenen Rechte der bestehenden Transportanstalten zu prüfen und zu erörtern &c. Ich möchte bitten, dass dieser Paragraph im ersten Absatz Beziehung findet, weil wir uns mit Bezug auf die Punkte 7 und 8 des Programmes vorbehalten müssen, die einzelnen Projecte nachträglich zu genehmigen, resp. dass dieselben seitens der Commission festgestellt werden.

Ich möchte Sie also bitten, dass die Verordnung hier angezogen werde, nämlich die Verordnung des Handelsministeriums vom 25. Jänner 1879, R.-G.-Bl. Nr. 19, §. 3.

Referent: Ich bin ganz damit einverstanden, wenn dieser Paragraph citiert wird, glaube aber, dass es zweckmäßiger wäre, ihn bei Punkt 2 zu citieren. Bei Punkt 1 wollen wir nur ausdrücklich sagen, dass wir unser Gutachten mit der Reserve abgeben, dass den Beschlüssen der Commission dadurch nicht vorgegriffen werde.

Im Punkt 2 sagen wir dann, dass wir überhaupt gelegentlich der Tracenrevision unsere Meinung über die Änderung der Trace abgeben werden und dass wir alles Spätere der Begehungs-Commission überlassen, wo dann ein fertiges Project vorliegt. Ich möchte also nicht glauben, dass es zweckmäßig wäre, diesen Zusatz-Antrag bei Punkt 1 anzunehmen, sondern es wäre vielleicht zweckmäßiger, ihn in irgend einer Form bei Punkt 2 zum Ausdruck zu bringen.

Bürgermeister: Würden Herr Gem.-Rath v. Stummer damit einverstanden sein?

Gem.-Rath v. Stummer: Ja natürlich, ich glaube nur, dass es bei Punkt 1 sich besser einfügt.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Meine Herren! Bevor ich eine Bemerkung in dieser Angelegenheit mache, glaube ich vorausschicken zu müssen, dass ich hoffe, dass der gesammte Gemeinderath in der Frage der Anlage dieser Bahnen gleichmäßig vorgehen wird, und dass Majorität und Minorität bestrebt sein werden, gleichmäßig jedes Unheil von der Stadt Wien abzuwenden. (Beifall.) Ich bin überzeugt, dass jeder von Ihnen die Folgen kennt, welche eine schlechte Bahnanlage für einen Bezirk nach sich ziehen kann und wenn einer der Herren vielleicht noch nicht in der Lage sein sollte, hievon Kenntnis zu haben, so empfehle ich ihm, einen kleinen Spaziergang auf die Landstraße zu machen und sich anzusehen, in welcher Weise dieser Bezirk durch die derzeitig bestehende Verbindungsbahn und die Wien-Aspangbahn in seiner Entwicklung gehemmt ist. Ich lade ihn weiters ein, wenn er auf die Südbahn geht, nicht zu schnell zu gehen, sondern sich das Mauerwerk anzusehen, welches den X. Bezirk vom V. Bezirk trennt.

Wenn ein Mitglied des Gemeinderathes sich diese beiden Objecte besichtigt hat, wird es zur Überzeugung kommen, dass es die heiligste Pflicht eines jeden ist, ähnliche Bahnanlagen unter jeder Bedingung zu vermeiden. Er wird zur Überzeugung kommen, dass man es sich, bevor man zu einer solchen Verunstaltung der Stadt seine Zustimmung gibt, nicht einmal, sondern hundertmal überlegen und genau prüfen muss, ob die Opfer, welche gebracht werden, wirklich übereinstimmen mit dem Erfolge, der eventuell dadurch erzielt wird.

Nachdem ich dies vorausgeschickt, begrüße ich den Antrag I des Stadtrathes auf das wärmste. Ich hätte gewünscht, dass dieser Antrag in viel schärferen Ausdrücken gefasst worden wäre; ich stehe nämlich nicht an, hier in öffentlicher Gemeinderaths-Sitzung zu sagen, dass das Vorgehen der Regierung im vorliegenden Falle ein — man kann nicht sagen gesetzwidriges — aber ein solches ist, welches mit der eigenen Vorlage der Regierung im Landtage und mit der jetzigen Regierungsvorlage im Reichsrath und mit den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses in directem und unheilbarem Widerspruche steht.

Das Programm, meine Herren, ist, wie Sie wissen, von Mitgliedern sämmtlicher Betheiligten, von Mitgliedern des Gemeinderathes, beziehungsweise vom Herrn Bürgermeister, von Mitgliedern des Landesausschusses und der Regierung vereinbart worden. Dieses Programm ist eine Art Vertrag und man hat es Ihnen hier im Gemeinderathe erklärt, von diesem Programme darf auch nicht ein Jota gestrichen werden. Ich erinnere Sie daran, man hat auch im Landtage erklärt, von dem Programme darf nicht ein Jota gestrichen werden; wir waren gezwungen, wichtige Bedenken, die wir hatten, in die Form von Wünschen zu kleiden, und waren gezwungen, die vitalsten Interessen mancher Bezirke hintanzusetzen und uns zu sagen, vielleicht geschieht es, wenn wir den Wunsch aussprechen.

Das hat man uns gesagt und die Regierung selbst ist es, welche bereits zum zweitenmale vom klaren Wortlaute des Programmes abgewichen ist. Der erste Fall betrifft die Intercalarzinsen bezüglich des Beitrages zur Wienfluss-Regulierung. Es hat mir der Herr Bürgermeister mitgetheilt, dass verkündet wird, ich hätte im Parlamente gesagt, es würde die Gemeinde Wien den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses nachgeben. Meine Herren, ich bin nie so unvorsichtig, eine derartige Äußerung zu machen, im Gegentheil habe ich ausdrücklich erklärt, die Gemeinde Wien werde ihr Äußerstes daran setzen, um ihr Recht zu bekommen, werde ihr Äußerstes daran setzen deshalb, weil die derzeit vorliegenden Pläne für die Ausführung der Stadtbahn solche sind, dass man sich sagen muss, dass sie geradezu ein Verbrechen gegen die Schönheit, ein Verbrechen gegen die Verkehrsentwicklung unserer Stadt (Rufe: Sehr richtig!) bedeuten; das habe ich erklärt kurz und bündig, und ich hoffe, dass der Wiener Gemeinderath in seiner Gesammtheit dieser Erklärung beistimmen werde. Ich glaube, dass in dieser Frage kein Unterschied zwischen Liberalen und Antiliberalen existieren wird, sondern dass jeder, der nur ein Herz für Wien hat, mit aller Entschiedenheit gegen derlei Dinge aufzutreten entschlossen sein wird.

Der zweite Fall ist folgender. Es steht im Programm, wie Sie hier in II ausdrücklich erwähnt haben, deutlich, dass die Projectaufstellung eine Aufgabe ist, welche der Commission für Verkehrsanlagen zukomme. Das steht im Programme, das ist vom Gemeinderathe, vom Landtage und vom Abgeordnetenhause genehmigt worden. Nun, was heißt Projectaufstellung? Die Herren, welche mit Eisenbahnen zu thun haben, werden mir bestätigen,

dass die Projectaufstellung aus zwei Theilen besteht. Es wird zuerst das sogenannte generelle Project gemacht und dann kommen die Detailprojecte. Das, was uns hier vorliegt, ist ein Mischmasch, bei dem, aufrichtig gesagt, man sich nicht auskennt. Es hat den Anschein eines generellen Projectes, zugleich aber auch Bestimmungen, welche nicht in ein generelles Project, sondern in das Detailproject gehören. Unter Project versteht man auch die Feststellung der Trace, das ist Aufgabe der neu zu bildenden Commission für Verkehrsanlagen, und daher ist der ganze Vorgang der Regierung dem Programme und den bisherigen Beschlüssen des Gemeinderathes und Landtages widersprechend.

Ich habe mich für verpflichtet gehalten, das hier in schärferen Worten zu sagen und ich hätte nur gewünscht, dass das auch in dem Antrage I in schärferen Worten gesagt worden wäre, damit die Herren wissen, dass wir gewillt sind, mit uns nicht spielen zu lassen. Es muss der Regierung klar werden, dass wir Wiener nicht gewillt sind, für diese Schnakerlbahn, d. h. für die Verlängerung der Krauß'schen Dampftramway die schönsten Anlagen unserer Stadt zu opfern, die schönsten Straßen preiszugeben. Das werden wir nie und nimmer thun.

Ich glaube aber, es ist zweckmäßig, wenn der Punkt 1 mit voller Einstimmigkeit zum Beschlusse erhoben wird. Ich ersuche aber auch den Herrn Bürgermeister, über diesen Punkt durch Aufstehen von den Plätzen abstimmen zu lassen, damit bekundet werde, dass wir alle entschlossen sind, ein Recht, das uns nach dem Programme zusteht, mit Entschiedenheit zu vertheidigen und zu wahren. (Lebhafter Beifall.)

Referent: Ich muss meiner aufrichtigen Freude Ausdruck geben, dass auch von Seite der Opposition in so männlicher Weise in dieser Frage aufgetreten wird, wenn sie erklärt, es solle da keine Minorität und keine Majorität geben, wir sollen einig sein, um die Stadt Wien vor einer Verletzung zu schützen und die Bahn so auszubilden, wie es nothwendig sein wird für die Zukunft. Mit großer Freude begrüße ich es, dass die Opposition mit uns vollkommen übereinstimmt und fest vorgehen wird.

Bürgermeister: Wünscht noch jemand das Wort? (Ist nicht der Fall.) Die Debatte ist geschlossen. Ich bringe den Antrag des Stadtrathes zur Abstimmung. Derselbe lautet (liest):

Die Gemeinde Wien verweist bei dem Eingehen auf die Begutachtung des vorliegenden Projectes auf die Bestimmung der Artikel VII und VIII des Programmes, nach welcher die einheitliche Leitung der Project-Aufstellung der „Commission für Verkehrsanlagen in Wien" zusteht und gibt ihr Gutachten nur unter der Verwahrung ab, dass dadurch der definitiven Project-Aufstellung durch die obige Commission in keiner Weise präjudiciert werde.

Jene Herren, welche dem Antrage zustimmen, bitte ich, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht.) (Nach einer Pause.) Einstimmig angenommen. (Beifall.)

Referent: Die allgemeinen Anträge, welche sich auf sämmtliche Projecte beziehen, welche Sie unter II verzeichnet finden, sind in der Absicht verfasst, dass eben die Stadtbahn in der Weise auszuführen sei, wie ich eingangs erwähnt habe, nämlich als integrierender Theil des Ausbaues der Stadt, und in diesen Anträgen sind auch alle Rechte der Gemeinde soweit gewahrt, als es der Stadtrath für nothwendig befunden hat. Diese Anträge gliedern sich nun in vier Punkte. Punkt 1 lautet:

Nachdem in den vorliegenden Projectplänen über die Wiener Verkehrsanlagen nicht nur die beabsichtigten Tracenführungen der Stadtbahnen verzeichnet, sondern auch die Bahnnivelletten im Längenprofile, die beabsichtigte Constructionsweise der Bahnkörper, der Bahnstationen und Haltestellen mit den zugehörigen Objecten verzeichnet sind, und angegeben ist, in welcher Weise städtische Objecte verlegt werden wollen, und nachdem es sich im gegenwärtigen Stadium der Verhandlung nur um die Feststellung der Bahntracen handelt — ich bitte, ich lese gleich das corrigierte — sei seitens der Gemeinde ausdrücklich hervorzuheben, dass die Beurtheilung der Bahnanlagen hinsichtlich der Lage der Bahnnivellette, dann in constructiver und ästhetischer Beziehung sowie hinsichtlich der Art der Umlegung oder Reconstruction der städtischen Objecte (Gebäude, Canäle, Wasserleitungen ꝛc.) der politischen Begehung der Bahnanlagen vorbehalten bleiben müsse.

Bürgermeister: Das Wort hat Herr Gem.-Rath Stiaßny.

Gem.-Rath Stiaßny: Hochgeehrte Herren! Durch den Beschluss des Gemeinderathes, dass eine General-Debatte zu entfallen hat, sind wohl diejenigen Redner, welche gesonnen sind, über das Project im allgemeinen zu sprechen, nach meinem Dafürhalten genöthigt, bei diesem zweiten Punkte das Wort zu ergreifen, und werde ich daher meine allgemeinen Bemerkungen mit Zustimmung des Herrn Bürgermeisters bei diesem Anlasse vorbringen. In das Gefühl der Befriedigung, meine hochgeehrten Herren, dass wir den ersten Schritt zur Verwirklichung eines von uns allen lang gehegten Wunsches, die Erbauung einer Stadtbahn, begehen, mischt sich — und es ist dies von dem früheren Redner in kräftiger und energischer Weise hervorgehoben worden — das Gefühl der Bitterkeit und Besorgnis. Zahlreiche von den Einzelnheiten der Tracenführungen stellen sich geradezu als Versündigung des guten Geschmackes und des guten Aussehens der Stadt Wien dar. (Rufe: Sehr richtig!) Offene Einschnitte, Erddämmungen, Stützmauern, sind gewiss dazu angethan, das Bild der Stadt dauernd und in abscheulicherweise zu verunstalten und die Verbindung in vielen wichtigen Punkten der Stadt bleibend zu unterbinden und zu hemmen.

Diese Fehler sind aber nicht solche, dass sie nicht beseitigt werden können und für die Richtigkeit dieser meiner Behauptung zeugen die Vorschläge, welche von Seite des Bauamtes und des Magistrates vorgelegt worden sind; Vorschläge, welchen im wesentlichen sich der Referent des Gemeinderathes auch angeschlossen hat, und in der That sehen wir an Stelle dieser von mir genannten häßlichen Constructionen weitaus gefälligere und den Verkehr der Stadt nicht behindernde, wir sehen eiserne und gemauerte Viaducte an Stelle von Dämmen und Stützmauern und wir sehen gedeckte Einschnitte, leider auch noch immer gedeckte Einschnitte dort, wo früher beabsichtigt war, offene Einschnitte durch die belebtesten Stadttheile zu führen. Ich muss daher die Vorschläge, wie sie uns von Seite des Stadtrathes gemacht worden sind, als eine wesentliche Verbesserung der Vorlagen der Regierung bezeichnen.

Der Schwerpunkt der Action des Gemeinderathes wird aber — und darüber geben Sie sich keiner Täuschung hin — nicht in den Berathungen und Beschlussfassungen liegen, die Sie heute und an den darauffolgenden Tagen hier im Gemeinderathe pflegen werden, der Schwerpunkt der Action wird in dem Auftreten ihrer

Delegierten in der Verkehrscommission liegen, und ich setze voraus, dass die Männer, welche Sie in die Verkehrs-Commission entsenden werden, energische, thatkräftige, unterrichtete Männer sein werden, welche die ähnlichen und einschlägigen Einrichtungen in allen Großstädten kennen, und welche insbesonders an den Fehlern, welche in anderen Städten begangen worden sind, lernen und trachten werden, diese Fehler in Wien zu vermeiden. (Bravo! rechts.)

Unter diesem Gesichtspunkt erscheinen mir fast die zahlreichen Anträge, welche uns vom Stadtbauamte und in Übereinstimmung mit ihm auch vom Herrn Referenten vorgeschlagen worden sind, als zu sehr ins Detail eingehend; aber ich möchte hier einen Satz des Altmeisters Goethe citieren: „Alles ist nothwendig und nützlich". Ich bin also auch mit diesen detaillierten Anträgen einverstanden. Was mir aber als höchst unnöthig und durchaus nicht nützlich und zweckmäßig erscheint, das ist der Antrag, welcher von Seite des Bauamtes und des Herrn Referenten über die Führung einer der Hauptlinien, nämlich der Donaustadtlinie, gestellt wurde.

Ich bedauere, dass wir nicht im Besitze eines sehr übersichtlichen, schon aus großer Entfernung leicht wahrnehmbaren und für unsere Zwecke sehr geeigneten Planes uns befinden, welchen ich heute vormittags bei einer Sitzung der Donauregulierungs-Commission beim Herrn Statthalter gesehen habe. Ich möchte mir erlauben, die Aufmerksamkeit des Herrn Stadtbaudirectors auf diesen Plan zu lenken, den ich allerdings erst heute vormittags gesehen habe — wenn ich nicht irre, ist er bei Freytag erschienen oder von Freytag verfasst —, eines Planes, welcher uns in übersichtlicher Weise das ganze Gemeindegebiet und die wichtigsten Tracenführungen darstellen würde. Ich glaube, dass, wenn der Herr Baudirector auf diese Anregung eingehen würde, der ganze Gemeinderath mir sehr dankbar sein würde, dass er ein so übersichtliches Bild dessen habe, womit wir uns beschäftigen.

Um nun auf die Donaustadtlinie zurückzukommen, so möchte ich bemerken, dass wir im Gemeinderath uns seit Jahren bestreben, einen Verkehr in die und in der Donaustadt herbeizuführen, dass von Seite eines — wie ich bemerke, abwesenden — Collegen im Gemeinderathe wiederholte Bemühungen gemacht worden sind, einen Personenverkehr in der Donaustadt zu veranstalten, dass sich die Donauregulierungs-Commission seit Jahren abmüht, um von dem Handelsministerium die Einführung eines solchen Personenverkehres zu erlangen. Nun wird thatsächlich von Seite der Regierung, und zwar im Regierungsprogramme eine Donaustadtlinie vorgeschlagen, welche eine directe Verbindung . . . (Bürgermeister gibt das Glockenzeichen) — ich werde nicht in die Details eingehen, Herr Bürgermeister — der Hauptbahn mit der Donauuferbahn herbeiführt. Das ist nun hier nicht der Fall, und ich behalte mir daher vor, bei der Donaustadtlinie einen diesbezüglichen Antrag einzubringen.

Bürgermeister: Darf ich bitten, das bei der Berathung über die Donaustadtlinie vorzubringen!

Gem.-Rath Stiaßny (fortfahrend): Ich habe das nur aus dem Grunde hier vorgebracht, weil mir die Angelegenheit von so großer Wichtigkeit zu sein scheint, dass ich schon in der General-Debatte auf diesen wesentlichen und, wie ich bekenne, einzigen Mangel der Referenten-Anträge hinweisen wollte. Im übrigen aber erkläre ich mich mit den Anträgen, welche der Herr Referent namens des Stadtrathes gestellt hat, einverstanden. (Beifall rechts.)

Gem.-Rath Rosenstingl: Ich möchte mir zuerst die Anfrage erlauben, ob die Debatte so getheilt wird, dass hier bei Punkt 2 über jeden einzelnen der Punkte 1, 2, 3 und 4 besonders gesprochen wird.

Bürgermeister: Gewiss!

Gem.-Rath Rosenstingl: Dann bin ich so gut wie nicht vorgemerkt, denn ich habe nur zu den Punkten 2 und 3 zu sprechen.

Bürgermeister: Wünscht noch jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Dann erkläre ich die Debatte für geschlossen.

Referent (Schlusswort): Es ist keine Einwendung gemacht worden gegen Punkt 1. Der erste Herr Redner hat sehr richtige und wohl überlegte Bemerkungen gemacht über die Eindeckung und die Führung der Bahn als Viaduct, welche aber in einem späteren Punkte berücksichtigt sind, und bezüglich der Donauthallinie würde ich auch Gelegenheit nehmen, später darauf zurückzukommen. Ich will vorläufig nur betonen, dass der Stadtrath es als Pflicht gehalten hat, an einem Beschlusse festzuhalten, welchen der Gemeinderath gefasst hat.

Bürgermeister: Wir schreiten zur Abstimmung. Die Herren, welche dem Artikel II, 1 zustimmen, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Zu diesem Artikel II hat Herr Gem.-Rath v. Stummer den Antrag gestellt „Es möge die Verordnung des Handelsministeriums vom 25. Jänner 1879, R.-G.-Bl. Nr. 19, §. 3 über die Tracenrevision bezogen werden." Das wäre am einfachsten, wenn es nach dem Worte „handelt" in Klammer bezogen würde. Ich bitte die Herren, welche diesem Zusatz-Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ist ebenfalls angenommen.

Referent: Ich werde mir erlauben, den Punkt 2 wieder in corrigierter Form vorzulesen (liest):

„Es wird gefordert, dass bei der Bahnanlage darauf Rücksicht genommen werde, dass alle derzeit bestehenden Communicationen (Straßenzüge) aufrecht erhalten bleiben und dass auch in Zukunft nothwendige Communicationen anstandslos hergestellt werden können, sowie dass bei Einschnitten durchgehends eine Überdeckung der Bahn im bestehenden Niveau ausgeführt werden kann, bei Hochbahntracen hingegen entsprechend breite und hohe Durchlässe im Bahnkörper angelegt werden. Die offen projectierten Bahneinschnitte sind sonach, wenn es die öffentlichen Interessen erfordern, ohne Belastung der Gemeinde Wien jederzeit einzudecken."

Gem.-Rath Rosenstingl: Ich freue mich sehr, dass der Herr Referent hier einige stilistische Änderungen vorgenommen hat, denn ich habe die Satzfügung hier früher ungeheuer zärtlich gefunden. Ich wenigstens befinde mich in gar keiner zärtlichen Stimmung gegen den Herrn Projectanten, und ich finde, dass der Gemeinderath auch gut thut, sich einer solchen Stimmung anzuschließen. Ich finde hier nur ein paar Worte, auf die ich Sie aufmerksam machen möchte; ich betrachte die ganze Geschichte sehr skeptisch, Sie verzeihen mir daher, wenn ich auf diese kleinen Worte einen Wert lege. Es heißt hier im Punkt 2 (liest):

„Es wird gefordert, dass die Überdeckung der Bahn im bestehenden Niveau ausgeführt werden kann, bei Hochbahntracen hingegen entsprechend breite und hohe Durchlässe im Bahnkörper angelegt werden können" und früher heißt es auch „werden kann". Nun, dieses Wort „können" hat eine zweifache Bedeutung; man

kann etwas und man kann etwas doch nicht, nämlich man kann etwas technisch, aber man kann es nicht finanziell und sagt dann, das soll ein anderer „können". Das ist für mich wertvoll, und Sie werden begreifen, dass diese Einwendung etwas berechtigt ist, wenn Sie den letzten Satz lesen, da heißt es: „Die offen projectierten Bahneinschnitte sind sonach, wenn es die öffentlichen Interessen erfordern, ohne Belastung der Gemeinde Wien jederzeit einzudecken." Das ist ganz richtig; dass die Gemeinde Wien jetzt schon dafür sorgt, dass diese offen gelassenen Einschnitte auf Kosten der Unternehmung eingedeckt werden; ich vermisse aber, dass dieser Satz sich ausdehnt auf die Durchlässe. Es heißt hier wohl, es soll das so gemacht werden, dass es gemacht werden kann. Die Herren werden, wenn wir einmal Durchlässe fordern, bei solchen Straßen, wo jetzt Durchlässe nicht gemacht worden sind, sagen: „Man kann es ja machen, macht es Euch, wenn Ihr es braucht, wir brauchen die Durchlässe nicht, wir werden so gut sein, es zu bewilligen." Vielleicht machen Sie auch Anstände, indem Sie sagen, der Verkehr wird gestört; denn das ist Thatsache, es ist auch richtig, dass, wenn die Bahn zwischen Futtermauern lauft in festem Terrain und doch durchgebrochen wird, wirklich der Bahnverkehr gestört wird.

Es müssen die Arbeiten unterbrochen werden u. s. w. wegen des Bahnbetriebes, und ich erinnere Sie nur an die jahrelangen Verhandlungen, die zwischen der Westbahn und den Bezirken Fünfhaus und Sechshaus u. s. f. nothwendig waren, um eine Brücke herzustellen, und den Löwenantheil für diese Brücke haben ja doch diese Bezirke zahlen müssen. Schließlich, nach jahrelangen Bemühungen, hat die Bahn nachgegeben, wo man doch geglaubt hätte, es wäre ganz selbstverständlich, dass die Bahn, welche diese Bezirke durchbrochen hat, wieder die Verbindung herstellen soll. Was man aber für selbstverständlich gehalten hat, war nicht selbstverständlich, und die Bezirke haben schwere Opfer bringen müssen, um diese Verbindung herzustellen.

Ich glaube, nach dem, was wir in den letzten Monaten erlebt haben, müssen wir alles skeptisch betrachten und uns verclausulieren, wo wir nur können. Das ist nothwendig auch bezüglich der Herren, die wir in die Verkehrs-Commission hineinschicken, damit die Herren dort sagen können: Ich kann das und das nicht ohneweiters bewilligen, hinter mir steht der Gemeinderath, der durchaus nicht so bewilligungslustig ist. Wir unterstützen damit auch jene Herren, die in die Verkehrs-Commission hineinkommen, wenn wir jetzt soviel als möglich Cautelen schaffen, dass wir nicht übers Ohr gehauen werden.

Ich möchte bitten, dass in diesen Text aufgenommen werde, dass die Construction so gemacht werde, dass jederzeit auch Durchlässe möglich sind und diese Durchlässe auf Kosten der Unternehmungen gemacht werden.

Das ist alles, was ich zu sagen habe.

Bürgermeister: Ich möchte diesen Antrag fixieren. Wenn ich den Herrn Redner recht verstanden habe, so wünscht er, dass in Zukunft die nothwendigen Communicationen und Durchlässe möglich sein sollen.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Dieser Punkt ist ein außerordentlich wichtiger, und zwar deswegen, weil wir durch denselben uns die Communicationen in Wien schützen wollen, und zwar sowohl für Menschen als auch für das Fuhrwerk. Ich werde Ihnen sogleich meinen Antrag sagen, damit Sie sehen, welcher Unterschied zwischen meiner Anschauung und der Anschauung des Stadtrathes, wenigstens den Worten nach besteht, weil ich glaube, dass wir sonst vollständig einig sein werden. Es heißt nämlich im Punkt 2: „und dass auch in Zukunft nothwendige Communicationen anstandslos hergestellt werden können". Im letzten Satze heißt es endlich: „Die offen projectierten Bahneinschnitte" — das wäre nach dem Antrage des unmittelbaren Herrn Vorredners zu ergänzen — „werden sonach, wenn es die öffentlichen Interessen erfordern . . ."

Ich frage mich nun: Wer hat zu entscheiden, ob eine Communication nothwendig ist und ob sie von den öffentlichen Interessen gefordert wird? Ich glaube, dass diese Entscheidung der Gemeinde obliegt. (Sehr richtig! links.) Aber das, meine Herren, muss ausdrücklich gesagt werden, damit wir dann nicht vielleicht später irgend einen Streit haben und dann die politische Behörde eventuell zu Gunsten der Bahn interveniert. Ich würde daher beantragen, dass es in der dritten Zeile heißen soll: „und dass auch in Zukunft die von der Gemeinde als nothwendig erkannten Communicationen . . . ." und dass es im letzten Satze heißen soll: „Die offen projectierten Bahneinschnitte, sowie die Durchlässe wären sonach auf Verlangen der Gemeinde und ohne Belastung derselben in Wien jederzeit auszuführen." Es sollen also im letzten Satze die Worte „wenn es die öffentlichen Interessen erfordern" gestrichen und an deren Stelle gesetzt werden: „auf Verlangen der Gemeinde".

Gem.-Rath Rosenstingl: Ich ziehe meinen Antrag zu Gunsten des Antrages des Herrn Dr. Lueger, der ja dasselbe sagt, zurück. (Beifall links.)

Referent (Schlusswort): Ich schließe mich den Anträgen des Herrn Collegen Dr. Lueger insofern an, als er meint, dass es zweckmäßig sei, gleich zu präcisieren, wer überhaupt zu erklären hat, ob die öffentlichen Interessen geschädigt sind oder nicht. Andererseits will ich aber bemerken, dass die Stilisierung des Satzes 2 mit Bedacht so vorgenommen wurde, dass in einem Falle, nämlich, wenn bestehende Communicationen zu schützen sind, ganz präcis gefordert wird, dass es die Unternehmung auf eigene Kosten thut, während in einem anderen Falle, wenn es sich in Zukunft ergeben könnte, dass einmal Straßen projectiert werden, die heute noch nicht in Aussicht genommen sind, und mit einem Worte, ganz andere Verhältnisse herrschen, wir heute nur verlangen können, dass die Bahn so angelegt wird, dass man diese Constructionen machen kann. Ich glaube, dieser Unterschied wird nothwendig sein, denn wenn wir zuviel verlangen, laufen wir Gefahr, dass auch das Berechtigte nicht zugestanden wird. Ich möchte Sie daher bitten, den Antrag II so aufrecht zu erhalten, wie er ist, nur mit der Einschaltung „die von der Gemeinde als nothwendig erkannten" und im letzten Satz „auf Verlangen der Gemeinde."

Bürgermeister: Wir schreiten zur Abstimmung, ich werde absatzweise abstimmen lassen.

Der Antrag des Stadtrathes lautet:

Es wird gefordert, dass bei der Bahnanlage darauf Rücksicht genommen wird, dass alle derzeit bestehenden Communicationen (Straßenzüge) aufrecht erhalten bleiben.

Dagegen ist eine Einwendung nicht erhoben worden; die Herren, welche diesem Antrage zustimmen, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Und dass auch in Zukunft nothwendige Communicationen anstandslos hergestellt werden können. Hier ist ein Gegen-Antrag gestellt worden, dass es heißen soll: daß auch

in Zukunft die von der Gemeinde Wien als nothwendig erkannten Communicationen anstandslos hergestellt werden können." Jene Herren, welche diesem Gegen-Antrag zustimmen, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Sowie dass bei Einschnitten durchgehends eine Überdeckung der Bahn im bestehenden Niveau ausgeführt werden kann, bei Hochbahn-Tracen hingegen entsprechend breite und hohe Durchlässe im Bahnkörper angelegt werden. Diejenigen Herren, welche diesem Antrage zustimmen, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Die offen projectierten Bahneinschnitte sind sonach, wenn es die öffentlichen Interessen erfordern, ohne Belastung der Gemeinde Wien jederzeit einzudecken. Der Gegen-Antrag lautet: Die offen projectierten Bahneinschnitte sind jederzeit einzudecken und die Durchlässe jederzeit auszuführen, beides auf Verlangen der Gemeinde Wien und ohne deren Belastung. Diejenigen Herren, welche diesem Gegen-Antrage zustimmen, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Referent: Punkt 3. Endlich wird bedungen, dass in jenen Fällen, wo durch die Bahnführung der Straßenkörper in der Weise occupiert wird, dass hiedurch der Bau von dort bereits projectierten oder dort unumgänglich nothwendig auszuführenden Objecten (Flussregulierungen, Sammelcanäle, Leitungen ꝛc.) behindert erscheint, für den occupierten Grund durch die Unternehmung ein Ersatz zum Baue der besagten Objecte durch Einlösung nachbarlicher Gebäude und Gründe beschafft wird. Das ist sehr nothwendig, hauptsächlich mit Rücksicht auf die Wienfluss-Regulierung, weil es stellenweise vorkommen wird, dass wir gezwungen werden, ganze Reihen von Häusern einzulösen, die wir sonst nicht hätten einzulösen brauchen, wenn keine Bahn gebaut würde.

Die Bahn schiebt nämlich die zu regulierende Wien derart in die Häuserblöcke hinein, dass wir nur wegen der Bahn diese Häuser einlösen müssen.

Ein ähnliches kommt bei den Sammelcanälen nächst dem Donaucanale vor, wo uns auch die Bahn zum Häuserein lösen drängt.

Es ist daher dieser Punkt sehr nothwendig und ich bitte Sie, ihn anzunehmen.

Gem.-Rath Rosenstingl: Es ist vielleicht sehr kleinlich; ich möchte nur ein Wort ändern. Es heißt in der vierten Zeile (liest): „behindert erscheint, für den occupierten Grund durch die Unternehmung ein Ersatz zum Baue der besagten Objecte durch Einlösung nachbarlicher Gebäude und Gründe beschafft wird." — Es heißt also hier „ein Ersatz". Ich überlasse es den Herren Juristen, diese Dialectik weiter auszuführen. Ich glaube, wenn „ein Ersatz" geleistet werden soll, so ist damit nicht gesagt, dass das, was wir ausgeben, uns wieder rückbezahlt werde. Wenn aber gesagt wird, es muss „der Ersatz" geleistet werden, so muss alles rückgezahlt werden.

Gem.-Rath v. Stummer: Meine Herren! Hier ist der erste Punkt, wo ich bedauern muss, dass gleichzeitig mit der Vorlage dieses Generalprojectes nicht auch das Project der Wienregulierung und der Donaucanal-Regulierung vorliegt, denn nur auf Grund aller Projecte gemeinsam ist ein definitives Urtheil für die bestimmten Punkte über die Tracenführung der Bahn möglich Meine Herren, ich glaube auch, dass das Programm, von dem ein sehr geehrter Herr Vertreter gesagt hat, dass es ein Gesetz ist, wirklich ein Gesetz ist, und wenn es ein Gesetz ist, so wäre der Punkt 3 eigentlich nicht nöthig. Wir haben in dem Programm XIII einen Punkt 2, welcher lautet: „Es sollen nachstehende Begünstigungen von der Gemeinde Wien, beziehungsweise dem Lande und Staate gewährt werden: die unentgeltliche Benützung (Unterfahrung oder Übersetzung) öffentlicher Straßen (Ärarial-, Landes- und Gemeindestraßen), insoferne dadurch die Straße ihrer Bestimmung für den öffentlichen Verkehr nicht entzogen wird."

Das haben wir wirklich gethan. Im Punkt 4 b lautet es: „Hinsichtlich der Vertheilung der Kosten jener Anlagen, welche sowohl die Wienregulierung als die Bahnherstellung betreffen, hat nach Fertigstellung der Projecte eine genaue Auseinandersetzung in der Richtung stattzufinden, dass jede dieser beiden Unternehmungen nur mit jenen Kosten belastet wird, welche durch dieselben bedingt sind."

Mir scheint also darin das schon vollständig enthalten zu sein. Ich habe ja durchaus nichts dagegen, wenn dieser Punkt gewissermaßen repetiert wird. Ich bitte, dass Sie diese zwei Punkte jedenfalls anziehen und vielleicht in dem Sinne beginnen: „Wenn auch im Punkte XIII 2 die unentgeltliche Benützung der Straßen seitens der Gemeinde zugestanden wird, so muss das verlangt werden."

Rücksichtlich Punkt IV 6 hinsichtlich der Vertheilung der Kosten wird die Commission die Trennung der Kosten jener Arbeiten bestimmen, welche gemeinsam durchgeführt werden müssen. Es lassen sich die Kosten für gewisse Herstellungen absolut nicht trennen, das muss die Commission machen, das sind wir heute auch nicht in der Lage. Ich möchte dass Sie das wenigstens anziehen, weil es sonst den Anschein haben möchte, als ob wir einen Beschluss, welchen wir einmal gefasst haben, heute gewissermaßen negieren wollten. Ich möchte nicht, dass man anderenorts Mängel ausspräche, dass die Gemeinde heute diesen Beschluss wegen Benützung der Straßen durch einen indirecten Vorgang gewissermaßen zurückzieht. Wenn wir uns aber auf diesen zweiten Passus beziehen, so ist die Sache deutlich.

Referent: Ich möchte die Herren dringend bitten, dass Sie mit der Fassung, wie sie der Stadtrath vorschlägt, einverstanden sind. Der Punkt IV, Absatz 6 ist bezogen bei der Wienthallinie. Daher haben wir es als zweckmäßig gefunden, direct auf den Punkt hinzuweisen, conform dem Programme. Ich glaube aber, es hat eine größere Wirkung, wenn der Punkt allgemein gehalten und auf alle Fälle angewendet wird, welche eintreten können. Es können Wasserleitungsröhren oder Canäle umgelegt werden, so dass wir wirklich zur Demolierung von Häusern schreiten müssen. Es ist besser, als wenn man es beschränkt auf ein paar Punkte, woran man schon im Programme gedacht hat. Im Programme hat man nur an die Wienfluss-Regulierung gedacht, aber die anderen Punkte sind nicht besonders genannt. Darum ist es nothwendig, dass allgemeine Bedingungen aufgestellt werden und der Punkt in der vorliegenden Fassung gelassen wird.

Gem.-Rath Dr. Linke: Ich schließe mich dem Antrage des Herrn Gem.-Rathes Rosenstingl an, der den Antrag gestellt hat, dass statt „ein" Ersatz „der" Ersatz gesetzt werde. Ich möchte das nur näher dahin präcisieren, dass gesetzt werde: „der durch behördliche Schätzung zu erhebende volle Ersatz" u. s. w., weil durch die Bezeichnung „Ersatz" allein nicht genau ausgedrückt ist,

wie derselbe zu erheben ist. Es könnte dieser Ausdruck dann ebenso unbestimmt ausgelegt werden wie die Worte „ein" Ersatz, es wäre daher immerhin besser, wenn die von mir vorgeschlagene genaue Präcisierung angenommen würde.

Referent (zum Schlusswort): Die Herren können versichert sein, dass ich immer dafür bin, dass wir möglichst viel bekommen, aber ich glaube, es ist Gefahr dabei, wenn wir in einem Falle zuviel verlangen, dass wir uns compromittieren und in anderen Fällen dann darauf hingewiesen wird.

Ich glaube, die Fassung, die Collega Rosenstingl vorschlägt, dass statt „ein" Ersatz „der" Ersatz gesetzt werde, schützt uns vollkommen, die sonstigen gestellten Abänderungs-Anträge bitte ich daher abzulehnen; denn theils schwächen Sie damit den Antrag ab, theils bieten Sie eine Spitze, welche sich gegen uns selbst leicht kehren könnte.

Bürgermeister: Ich bitte jene Herren, welche dem Antrage des Referenten zustimmen mit dem Abänderungs-Antrage des Herrn Gem.-Rathes Rosenstingl, der dahin geht, dass es statt „ein" Ersatz „der" Ersatz heißen soll, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Es ist weiter ein Zusatz-Antrag von Seite des Herrn Gem.-Rathes Dr. Linke gestellt worden, dass es heißen soll: „Der durch behördliche Schätzung zu erhebende volle Ersatz". Jene Herren, welche diesem Antrage zustimmen, bitte ich, die Hand zu erheben. (Nach einer Pause.) Abgelehnt.

Ferner ist der Antrag von Herrn Gem.-Rath Stummer gestellt worden, dass die Programmpunkte hier bezogen werden. Jene Herren, welche diesem Antrage zustimmen, bitte ich, die die Hand zu erheben. (Nach einer Pause.) Es ist die Minderheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Referent: Wir schreiten weiter. Punkt 4 lautet:

In jenen Strecken, wo die Bahn im überdeckten Einschnitt geführt wird und ober derselben dermalen Gartenanlagen oder Alleen bestehen, ist anzustreben, dass die Construction der Eindeckung in einem Niveau hergestellt werde, welches es ermöglicht, eine genügend hohe Erdschichte darüber zu geben, damit neuerliche Anpflanzungen möglich sind. (Beifall.)

Ich glaube diesen Antrag nicht weiter begründen zu müssen.

Bürgermeister: Keine Einwendung. (Niemand meldet sich.) Der Antrag ist angenommen.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Mir ist mitgetheilt worden, dass alle Localbahnen in solcher Weise geplant sind, dass ein Übergang der Fahrbetriebsmittel von den Hauptbahnen auf die Localbahnen nicht möglich ist; es soll nämlich die Höhe von 4·4 m nicht hinreichend sein, um solche Übergänge zu bewerkstelligen, die Fahrbetriebsmittel, die Locomotiven gehen gewiss nicht hinüber.

Es ist uns hier vom Herrn Baudirector gesagt worden, dass die Hauptbahnen so construiert werden sollen, dass auch die Fahrbetriebsmittel der Hauptbahnen auf die Localbahnen übergehen können. Das hat gewiss auch eine Bedeutung, denn wenn Sie hier einsteigen und dann zehnmal herumkraxeln müssen, bis Sie ans Ziel kommen, dann haben Sie von der Localbahn, aufrichtig gesagt, nicht viel Vortheil. Ich will daher glauben, dass uns vielleicht der Herr Baudirector diesbezüglich Aufklärungen gibt, und sagt, ob es nicht zweckmäßiger wäre, in dieser Richtung ein allgemeines Verlangen zu stellen.

Ich mache darauf aufmerksam, dass diese Localbahnen eventuell so eingerichtet werden sollen, dass sogar Eilzüge über dieselben geleitet werden können, Eilzüge! Nun hat Se. Excellenz Sections-Chef R. v. Wittek im Abgeordnetenhause ausdrücklich erklärt, dass dem nicht so ist.

Ich bitte, mich aufzuklären, damit ich weiß, ob ich eine Frage zu stellen habe oder nicht.

Referent: Ich will nur bemerken, dass die Fahrbetriebsmittel der äußeren Bahnen durch die Profilhöhe nicht beschränkt sind, mit Ausnahme von großen Locomotiven und sogenannten Hüttelwägen. Es wäre aber gar nicht in unserem Interesse gelegen, wenn die Locomotiven der Anschlussbahnen auf unsere Bahnen hereinfahren könnten. Wir wollen mit rauchlosen Locomotiven fahren, rauchlos wie das rauchlose Pulver; sie rauchen sehr wenig, nahezu gar nicht.

Aber ein Unglück wäre es, wenn große Maschinen hereinkämen. Es handelt sich darum, den Localverkehr so zu bewerkstelligen, dass wir mit den Localwagen hinauskommen können. Unsere Züge sollen verkehren können weit auf die Strecke der Anschlussbahnen hinaus. Denn wenn man auf der Wienthallinie nach Hütteldorf hinausfahren will, so stellt sich eine andere Locomotive vor, wie es in Gloggnitz und Payerbach der Fall ist, wenn die Semmeringlocomotive hinzukommt. Der Zug bleibt intact und kann dann weiter geführt werden. Das ist ja etwas, was nur in unserem eigenen Interesse gelegen ist, dass nicht die Locomotiven der Anschlussbahnen auf unsere Linien hereinfahren. Die Züge bleiben zusammengestellt wie sie sind und fahren dann hinaus auf die Hauptlinien. Dort kann der Verkehr so geschaffen werden, dass nur die Locomotive gewechselt wird.

Stadtbaudirector Berger: Als die Verhandlungen über die Stadtbahn stattgefunden haben, ist namentlich der Punkt aufgeworfen worden hinsichtlich des gegenseitigen Überganges der Fahrbetriebsmittel. Ich habe damals ausgeführt, dass es das Wichtigste sei, wenn die Fahrbetriebsmittel der Localbahnen übergehen können auf die Hauptbahnen, unbeschränkt natürlich in der Strecke, und dass weniger Wert darauf gelegt ist, dass sämmtliche Fahrbetriebsmittel der Hauptbahnen auf alle Linien der Localbahn übergehen. Es scheint da ein Missverständnis sich eingeschlichen zu haben, indem ich nicht gesagt habe, dass alle Fahrbetriebsmittel der Hauptbahnen, soweit das damalige Project uns vorgelegen war — mittlerweile ist eine wesentliche Verbesserung eingetreten — auf jede Linie der Localbahn übergehen. Auf den Localbahnen, welche der Staat zu bauen beabsichtigt, Vorortelinie, Gürtellinie und Donaustadtlinie, ist das ohneweiters der Fall, denn diese drei Linien werden nach den Regeln einer Vollbahn vollständig durchgeführt, es können Orientexpresszüge über diese Strecke ohneweiters fahren.

Was die Localbahnen: Wienthallinie, innere Ringlinie und Donaucanallinie betrifft, so werden die Profile auch mit einer Höhe von 4·4 m durchgeführt. Damals wurde nur von 4 m gesprochen. Ich schalte hier ein, dass die große Londoner Untergrundbahn nur 3·7 m hoch ist. Durch dieses Profil können Fahrbetriebsmittel aller Züge mit Ausnahme der Locomotive durchgehen. Es wird uns aber gewiss nie einfallen, Expresszüge durch den Wiener Donaucanal, beziehungsweise durch den Wienfluss hereinführen zu wollen, weil wir sonst zu der alten Idee eines

Central-Bahnhofes und zu dem, was drum und dran hängt, stimmen würden. Wir würden beim Ausgangspunkt der Verhandlungen sein, wie wir sie vor zehn Jahren geplant haben. Wir haben schließlich die Anschauung gewonnen und Berlin hat es drastisch bestätigt — dass dieser Central-Bahnhof einfach nicht möglich ist, weil er doch nur auf einem Punkte der großen Stadt liegen kann. Ich resumiere. Die Bahnen werden so angelegt — und ich habe speciell über diesen Punkt den Chef des Bauwesens der Generaldirection gesprochen, dass wir die vollständigste Beruhigung haben können — dass bei 4·4 m Höhe alle Fahrbetriebsmittel mit Ausnahme der großen Locomotiven externer Züge durchgehen können. Die Localbahnen werden so angelegt, dass bei 4·4 m Höhe der Betrieb nach außen nach jeder Richtung möglich ist, während die drei Hauptlinien: Vorortelinie, Gürtellinie und Donaustadtlinie überhaupt als Vollbahn ohne jede Einschränkung ausgeführt werden.

Bürgermeister: Es ist kein Antrag gestellt. Wünschen Herr Gem.-Rath v. Stummer das Wort? Ihr Antrag hat keine Unterlage mehr, somit ist, wie ich glaube, die Sache erledigt.

Gem.-Rath v. Stummer: Ich schließe mich dem Herrn Vorredner vollständig an. Die eigentlichen Localbahnen Wienthallinie, Ringlinie und Donaulinie zusammengenommen, sollen den eigentlichen Central-Bahnhof bilden für den äußeren Verkehr.

Wir wollen nicht die äußeren Züge in die Stadt führen, was wir wollen, ist, dass wenn wir irgendwo an den eigentlichen Localbahnen einsteigen, wir eine gewisse Strecke hinausfahren, z. B. auf der Südbahn bis Baden, auf der Westbahn bis Purkersdorf. Wir müssen verlangen und darauf bestehen, dass die Wagen eine gewisse Strecke als Localstrecke hinauskommen, und ich würde deshalb in diesen allgemeinen Theil einen Passus einsetzen in Betreff des Betriebes, und den Wunsch aussprechen, dass die Stadtbahnzüge der Localbahnen in eine gewisse Strecke der Hauptlinien hinausgeführt werden. Es wird sich das auch beziehen auf die weiteren Linien, die speciell der Stadtrath beantragt.

Wenn das nicht geschieht, verschwindet eigentlich der große Nutzen der Localbahnen theilweise; wenn man umsteigen muss, ist die Bahn nicht das, was sie sein soll.

Mit den Stadtbahnzügen soll man eine gewisse Strecke im Localverkehr hinausfahren können, wenn auch nicht mit denselben Locomotiven, so doch mit denselben Waggons. Ich beantrage also, einen Betriebspassus einzusetzen, in welchem schon jetzt der Wunsch ausgesprochen wird, dass die Züge der reinen Localbahnen eine gewisse Strecke des Localverkehres hinaus verkehren. Wenn dies nicht der Fall wäre, entfällt ein großer Vortheil der Localbahnen, und da wir uns schon in Details einlassen, möchte ich bitten, diesen Passus anzunehmen.

Bürgermeister: Ich bitte, Ihren Antrag zu formulieren.

Referent: Ich will nur bemerken, dass dem gewiss kein Hinderniss entgegensteht, weil bestimmt in Aussicht genommen worden ist, dass die Anschlüsse so gemacht werden, damit der Localverkehr hinausgeführt werden kann. (Rufe links: Es steht aber nicht darinnen!) Es ist auch von Anfang an unser Bestreben in der Enquête gewesen, diese Anschlüsse deshalb zu fordern, und es war immer die Rede, dass der Localverkehr hinausgehen soll und sogar noch weiter als nach Purkersdorf.

Bürgermeister: Wir werden die Abstimmung verschieben, bis Herr Gem.-Rath v. Stummer seinen Antrag formuliert hat.

Wir gelangen somit zu III: „Theilstrecke Westbahnhof—Heiligenstadt".

Referent: Bezüglich der Theilstrecke „Westbahnhof—Heiligenstadt" war vor allem darauf Rücksicht zu nehmen, dass die Führung der Tracen sich mehr den bestimmten Baulinien anschließe. Wo das geringste Hindernis war, wo irgend ein Haus vorgestanden ist, oder eine Ausrede möglich war, dass die Baulinie anders bestimmt war als jetzt, hat man gesucht, jeder Einlösung auszuweichen und es ist mit der Bahn stellenweise so nahe an die Häuser herangerückt worden, dass ein ordentlicher Verkehr nicht möglich gewesen wäre; an anderen Strecken aber hat man die Gürtelstraße in ihrer Gänze so verbaut, dass die sonst mit 40 m geplante Straße auf eine ganz unbedeutende Straße, wie eine Nebengasse, eingeengt wurde. Diese Erwägungen haben den Stadtrath veranlasst, die Anträge so zu formulieren, dass wir die Sicherheit haben, dass die Trace und auch die Bahnhofanlagen womöglich in der Mitte der Straße bleiben, so dass rechts und links gleich breite Theile erübrigen, welche für den öffentlichen Verkehr mehr als hinreichend sind. Demzufolge lauten die Anträge für diese Theilstrecke folgendermaßen:

a) Die Tracenführung ist in den geraden Strecken jedenfalls in der Axe und bei Krümmungen möglichst innerhalb des Spiegels der Gürtelstraße zu legen.

Gem.-Rath Dr. Lueger (zur Geschäftsordnung): Ich möchte folgenden Vorschlag machen: Es möge der Herr Stadtbaudirector die Güte haben, bei jeder Strecke uns ein allgemeines Exposé vorzutragen, insbesondere darüber, in welchem Theil der Strecke die Bahn im Einschnitt geht oder im Tunnel, wo sie als Hochbahn geht, welche Verkehrsstraßen gekreuzt werden ꝛc.

Ich stelle diese Bitte aus folgendem Grunde: Es ist mir z. B. nicht möglich gewesen, alle Pläne zu studieren; es ist für uns überhaupt jetzt die Arbeit überraschend gekommen, und ich bin überzeugt, dass, wenn der Herr Stadtbaudirector uns diesbezügliche Aufklärungen gibt, manche Anfrage, manche Debatte vermieden werden wird. Es liegt dies also im Interesse der Beschleunigung des Verfahrens.

Bürgermeister: Es unterliegt dies wohl keinem Anstande dort, wo eine Frage hervortritt, aber hier bei lit. A ist dies nicht der Fall.

Gem.-Rath Rosenstingl: Ich möchte mir doch erlauben zu bitten, dass wir diesen Punkt 3 zusammenfassen würden; es heißt hier a, b, c, d u. s. f. Zu was soll sich denn ein Redner melden, wenn der Stadtrath überhaupt über einen Gegenstand nichts vorschlägt?

Bürgermeister (unterbrechend): Ich bitte sehr ....

Gem.-Rath Rosenstingl: Ich bitte, ich bin noch nicht fertig. Ich glaube, der Herr Baudirector wird einverstanden sein, da es auch für ihn viel leichter ist, wenn er sein Exposé in einem Zuge über dieses Project gibt, als wenn er über jeden Kilometer eine Rede halten muss. Ich glaube, es ist besser, wenn der Herr Baudirector über das ganze spricht und auch wir über das ganze.

Bürgermeister: Ich bitte, das Sprechen über das ganze haben Sie heute schon abgelehnt, das wäre ganz überflüssig und würde die Debatte verlängern. Die Herren können über die einzelnen Punkte ganz gut sprechen, es lässt sich mit einer logischen

Denkweise ganz gut auskommen und es ist auch bisher gegangen. Wenn aber die Herren wünschen, dass der Herr Baudirector über die Theilstrecke Westbahnhof—Heiligenstadt spreche, so kann das ja geschehen.

Stadtbaudirector Berger: Die Theilstrecke Westbahnhof—Heiligenstadt ist die sogenannte Gürtelstraßenlinie, erster Theil. Die Bahn wird abzweigen beim heutigen Westbahnhofe, und zwar beim Hauptportal, welches der Schönbrunnerstraße zugekehrt ist. Die Bahn wird vorgelegt werden, zwischen dem heutigen Verwaltungsgebäude und dem heutigen Bahnhofgebäude und wird vertieft sein. Man wird in diesen Bahnhof gelangen können entweder direct von der Schönbrunnerstraße oder aus der heutigen Westbahnhofhalle durch Abstieg mittels Stiegen. Die Bahn zweigt dann in einem Bogen ab durch den Vorpark der Westbahn und erreicht die Gürtelstraße, und zwar im Spiegel, in der Axe der Gürtelstraße, zwischen den beiden Baufluchten und ist in dieser Axe fortgeführt auf dem Spiegel gegen Fünfhaus und die Josefstadt.

Ich bemerke, dass in den Anträgen des Stadtrathes, nachdem die Bahn hier in der Tiefe geführt wird, die Forderung gestellt wird, den Einschnitt sofort zu decken in der Strecke vom Westbahnhof bis zur Westbahnlinie, weil der Spiegel als Marktplatz benützt wird und dieser Benützung durch den Bahneinschnitt, wie er im Project vorgedacht ist, entzogen würde.

Im Zuge dieser Bahn trifft dieselbe, und zwar im Untergrunde gedeckt, das heutige Wasserreservoir bei der Westbahnlinie. Im Projecte ist man diesem Reservoir ausgewichen und hat die Bahn gegen die Häuserflucht des Bezirkes Neubau gezogen, wodurch die ganze Gürtelstraße im Untergrunde zerstört würde, abgesehen davon, dass gar kein Grund vorliegt, die gerade Trace zu verlassen.

Das Reservoir ist allerdings heute noch in Betrieb, es kann aber außer Betrieb gesetzt und Ersatz hiefür bei einem anderen Reservoir geschaffen werden, und deshalb wird die Forderung gestellt, das Reservoir einzulösen und der Gemeinde Ersatz dafür zu bieten. Die Bahn aber ist dann correct im Spiegel in der Mittelaxe fortzuführen bis hinunter gegen die Lerchenfelderlinie. Die erste Haltestelle nach der Station Westbahnhof liegt bei der Burggasse.

Ich werde übrigens über diese Station am Schlusse mir noch einige Bemerkungen erlauben. Nachdem bei der Station Burggasse die verlängerte Burggasse unterfahren werden soll — bisher war die Bahn immer im Untergrund —, beginnt sie dann zu steigen und aus dem Untergrunde herauszukommen, um zwar bei dem tiefsten Punkte die Gürtelstraße bei der Verlängerung der Lerchenfelderstraße, wo der Ottakringer Bach durchzieht, als Hochbahn zu übersetzen. Es muss dies sein, weil, wenn man dort eine Unterbahn machen wollte, man den Ottakringer Bach durchschneiden oder die Bahn so tief gehen lassen müsste, dass der Ottakringer Bach unterfahren würde. Wenn man das durchführen und sonst die Nivellette der Bahn richtig entwickeln wollte, müsste die Unterfahrung in solcher Tiefe geschehen, dass vielleicht die Einsteigstation 20 bis 30 m tief würde. Das ist der Grund, warum die Nivellette, namentlich der früheren Forderung entsprechend, dass die Fahrbetriebsmittel übergehen können, entsprechende Gefällsverhältnisse bekommt. Die Bahn muss deshalb aus dem Untergrunde heraus und dies vollzieht sich in einer Strecke derart, dass die Querpassage einen Moment unterbrochen wird, und es war unsere Aufgabe, eine solche Configuration zu suchen, die eine Störung der Passage nicht nach sich zieht, und es wurde daher die Kreuzung, dieser Nulleinschnitt, wie wir sagen, in die Gegend der Hasnerstraße im ehemaligen Vororte, beziehungsweise der Bernardgasse in Wien projectiert. An der Stelle wird eine directe Überfahrung der Gürtelstraße vom inneren zum äußeren Gürtel nicht mehr möglich sein; bei der Burggasse ist sie aber noch möglich, bei der verlängerten Neustiftgasse gegenüber der Koppstraße auch. Bei der Lerchenfelderstraße gegen die Thaliastraße ist es wieder möglich, und selbst die Menzelgasse kann noch mit einem etwas gedrückten Profil unterfahren werden. Bei der verlängerten Lerchenfelderstraße liegt die Bahn bereits so hoch, dass man mit dem richtigen vollen Profil durchziehen kann.

Nun kommt wieder eine Strecke, wo die Bahn, wenigstens nach unserer Anschauung, nicht in der richtigen Trace liegt, und das ist von der Lerchenfelderstraße bis hinauf zur ehemaligen Lerchenfelderlinie, beziehungsweise bis zur Breitenfelder Kirche. Da ist die Bahn nach der alten Baulinie eingezeichnet. Die Projectanten haben nämlich, nachdem sich die Verhandlungen über die Baulinie im Gemeinderathe leider etwas verzögert haben, darauf nicht Rücksicht genommen und die alte Baulinie eingezeichnet. Ich habe allerdings die Herren im kurzen Wege aufmerksam gemacht auf die mittlerweile durchgeführten Änderungen, aber das Project war bereits fertig.

Es würde also die Bahn für diese Baulinie nicht passen und wir würden sogar Häuser einlösen müssen, und deshalb müssen wir jetzt darauf aufmerksam machen, dass die Baulinie heute so beschaffen ist, und die Projectanten auffordern, die Bahn in die Axe zu legen. Es kommt dies auch in den Anträgen vor. Im weiteren Verlaufe legt sich die Bahn, die nun wieder zu sinken beginnt, weil mittlerweile das Terrain gegen das Reservoir bei der Lerchenfelderlinie gestiegen ist, wieder in das Terrain ein. In der verlängerten Josefstädterstraße war eine Station oder Haltestelle projectiert; vom Stadtrathe wurde aber beschlossen, dieselbe mehr gegen die Lerchenfelderstraße zu schieben, weil man der Anschauung war, dass dies dem Verkehr besser entspricht, und es wird dies unter einem verlangt. Es kommt auch in den Anträgen vor, dass in der verlängerten Josefstädterstraße Durchbrüche durch den Bahnkörper gemacht werden, was übrigens für beide Fälle gilt, wenn auch die Haltestelle dorthin kommt.

Dann beginnt wieder die Bahn sich in einem Damme fortzubewegen, und zwar längs dem ärarischen Heumagazine in Breitenfeld. Hier ist auch eine Beanständung nothwendig gewesen, weil die Projectanten die Bahn einfach zwischen zwei Futtermauern auf einem Damme führen wollen. Es wird nun eine Bogenstellung verlangt, damit der Gürtelspiegel nicht abgeschlossen ist.

Die Bahn nähert sich dann der Hernalserlinie und muss natürlich hier, wo der Alsbach zu kreuzen ist, wieder als Hochbahn geführt werden. Nachdem sie die verlängerte Florianigasse und die Breitenfeldergasse in gleicher Höhe passiert hat, durchzieht sie die Realität des Casino Elterlein und wendet sich dann dem Währinger Gürtelspiegel zu. Es wird hier wieder von unseren als Punkt 1 aufgestellten Normen abgewichen und die Bahn nicht in die Mitte des Spiegels gelegt. Durch diese Verlegung würde allerdings die Einlösung eines Hauses auf der Hernalser Hauptstraße beim Casino Elterlein erspart werden.

Wenn aber gefordert wird, dass die Trace in die Mitte gelegt wird, dann muss das Haus demoliert und die Gürtelstraße eröffnet

werden. Das ist in der Forderung enthalten. Die Bahn geht als Hochbahn an dem ganzen Wege, den ich jetzt erwähnt habe, und beginnt sich der Kuppe zu nähern, wo die Landes-Irrenanstalt steht, das ist einer der höheren Punkte; hier senkt sich die Bahn in den Gürtelspiegel ein, nicht als volle Tiefbahn, so dass diese Strecke nicht überdeckbar ist. Hier war nun zu beanständen, dass die innere Gürtelstraße in der ganzen Strecke des geplanten Bahnhofes unterbrochen, beziehungsweise nicht zur Durchführung gelangen würde. Die äußere Gürtelstraße bleibt intact, die innere würde aber auf der Strecke — diese Station heißt Michelbeuern — durchbrochen. Hier wird die Forderung gestellt, dass, wenn die Station nicht durch Verlegung verbessert wird, zum mindesten die innere Gürtelstraße durchgeführt werden müsste und weiters Vorsorge getroffen werde für eine Communication zwischen innerer und äußerer Gürtelstraße. Außerdem ist aus ästhetischen Gründen auch noch vorgeschrieben, dass diese Stationen stets in die Mitte des Gürtelspiegels hinsichtlich des Ein- und Ausganges gelegt werden, damit dieselben sich architektonisch besser lösen lassen.

Die Bahn kommt dann wieder heraus und übersetzt als Hochbahn die Währingerlinie. Bei der Währingerlinie ist sie Hochbahn, und hier war dann wieder zu beanständen eine längere Strecke, wo die Bahn allerdings streng im Gürtelspiegel geht, wo man aber wieder einfach zwei Mauern aufzuführen projectiert hat, mit Erdanschüttungen, also einen gemauerten Damm ohne Querverbindung. Allerdings sind in der Richtung der verschiedenen Querstraßen Durchlässe, aber der löbliche Stadtrath hat gefunden, dass eine Bogenstellung gemacht werde auch in der currenten Strecke, d. i. auf die ganze Länge bis hinunter zur Nussdorferstraße, wo wir wieder eine Haltestelle haben. Ich habe vergessen zu erwähnen, dass selbstverständlich bei der Währingerlinie auch eine Haltestelle ist. Bei der ehemaligen Nussdorferlinie beim Gasthause „zum Auge Gottes" ist wieder eine Haltestelle; von hier beginnt die Bahn sich wieder als Hochbahn zu entwickeln. Sie geht an den tief ausgehobenen Gründen längs der Nussdorferstraße als Hochbahn fort, übersetzt in der Nähe der Leibenfrostgasse, d. i. wo die Ansiedelungen beginnen, die heutige Nussdorferstraße als Hochbahn und bildet sofort eine Haltestelle bei der Leibenfrostgasse für den Personenaustausch; dann beginnt die Bahn zu sinken, um sich dem Niveau der Franz Josefsbahn zu nähern. Oberhalb der Gunoldstraße entsteht jene große Station, wo sowohl die Vorortelinie als die Gürtellinie, die ich jetzt beschrieben habe, als auch die Donaucanallinie und endlich die heutige Franz Josefsbahn zusammenkommen.

Vier Geleisepaare gehen hier in einen gemeinsamen Bahnhof und vermitteln den Verkehrsaustausch zwischen diesen vier Bahnen.

Von der Gunoldstraße, wo das Niveau schon erreicht ist, bis zur Grinzingerstraße wird eine große Bahnhofsanlage sich entwickeln, die weniger für die Personenbewegung als für das Rangieren der Züge nothwendig ist.

In dieser Strecke sind heute einige kleine Durchlässe durch die heute bestehende Franz Josefsbahn; diese werden nun in der Bahnhofsanlage nicht berücksichtigt; es ist deshalb beanständet worden und in den Anträgen des Stadtrathes enthalten, dass diese Durchlässe wieder hergestellt werden müssen.

Dann sind noch einige Anlagen für die Betriebsmittel und schließlich bemerke ich noch, dass hier etwas städtischer Grund wird in Anspruch genommen werden müssen, und zwar von der sogenannten „Hagenwiese", welche im Besitz der Gemeinde ist; es ist ein ganz kleiner Theil des dortigen Complexes. Ich habe nur die Trace beschrieben und habe immer die Bedingungen angedeutet, welche in den Anträgen des Referenten präcisiert sind. (Beifall.)

Bürgermeister: Ich werde nun den Antrag Stummer, der mir jetzt vorliegt, zur Abstimmung bringen.

Der Antrag Stummer als Punkt 5, II lautet:

„Es ist zu verlangen, dass die Züge der Localbahnen direct auf die Localbahnstrecke der Süd-, West- und Franz Josefsbahn verkehren." Diejenigen Herren, welche diesem Antrage zustimmen, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht. — Nach einer Pause:) Angenommen.

Gem.-Rath Witzelsberger: Ich möchte mir an den Herrn Baudirector die Anfrage erlauben, ob es nicht richtig wäre, in der Nähe der heutigen Westbahnlinie dort ungefähr, wo das Wasserreservoir ist, eine Haltestelle zu creieren. Die nächste Haltestelle von der Westbahn ist bei der Burggassenlinie beantragt. Bei der Westbahnlinie ist aber der größte Menschenandrang. Der Verkehr vom VII. Bezirk heraus und von der Märzstraße herein, wo die Dampftramway geht, ist ein zehnfach stärkerer als bei der Burggassenlinie.

Man hat mir über eine Anfrage mitgetheilt, dass mit Rücksicht auf die Situation eine Station bei der Westbahnlinie zu nahe wäre und daher erlaube ich mir die Anfrage an den Herrn Baudirector, ob es nicht möglich wäre, dort eine Station zu bekommen, denn wenn irgendwo eine Haltestelle nothwendig ist, so ist es auf diesem Platze, weil auf der ganzen Strecke vielleicht kein so frequenter Platz ist, wo so viele Personen verkehren, als vom VII. Bezirke heraus und von der Märzstraße herein.

Bürgermeister: Der Herr Baudirector wird überhaupt für diese Strecke das Exposé über Haltestellen geben.

Stadtbaudirector Berger: Ich bitte um Verzeihung, ich habe versprochen, das vorzubringen und habe es zum Schlusse nicht gethan. Jetzt sind Haltestellen vorgeschlagen am Westbahnhof als solchen, dann Burggassenlinie, bei der verlängerten Burggasse, dann verlängerte Josefstädterstraße, dann Michelbeuern, das ist die Station gegen die Hernalser Hauptstraße, eine Güterstation beim Irrenhause, die nächste Station ist bei der Währingerlinie, und zwar in der Nähe der Herrengasse, die weitere bei der Nussdorferlinie beim „Auge Gottes" und dann Leibenfrostgasse.

Nun hat der löbliche Stadtrath befunden, dass die Station in der verlängerten Josefstädterstraße erstens deshalb verlegt werden soll, weil sie dort die Durchführung der Josefstädterstraße etwas hindern würden und zweitens, weil man der Anschauung ist, dass dem Verkehr besser gedient wäre, wenn die Station mehr herabgeschoben wird gegen die Lerchenfelderstraße, so dass dann sowohl für das Publicum aus der Lerchenfelderstraße als aus der Josefstädterstraße die Haltestelle dienen würde.

Es ist dies im Antrag enthalten, dass diese Haltestelle etwas mehr heruntergeschoben wird und weil nun die Strecke von der Josefstädterstraße bis zur nächsten Station etwas weit ist (bis zur Währinger Station oder Michelbeuern-Station), ist bei der Hernalserlinie eine zweite Haltestelle angeregt worden.

Ich komme nun auf den Wunsch des St.-R. Witzelsberger hinsichtlich der Station Burggassenlinie zurück. Jetzt ist die Station beantragt bei der Burggassenlinie und die nächste ist beim Westbahnhof selbst; es wird nun angeregt, dazwischen eine Station

zu interponieren bei der Westbahnlinie, oder die bei der Burggasse aufzulösen und zur Westbahnlinie zu schieben.

Wir haben geglaubt, dem Vorschlage der Regierung, die Station bei der Burggasse zu legen, nicht entgegentreten zu sollen und glauben, dass die Burggassenlinie auf ihrer nördlichen Seite beim Galitzynberg eine wichtige Verkehrsstraße ist, wogegen die Westbahnstrecke, die bei der Neubauer Hauptstraße abbiegt, nicht so wichtig ist. Weiters besteht auch das Bedenken, dass die Stationen zu sehr gehäuft werde, und der Betrieb kein schneller sein kann, wenn die Haltestellen so nahe an einander gelegt werden. Persönlich wäre es mir sehr angenehm, noch eine einzuschalten, aber ich trage Bedenken, dass wir in der Anlage von Haltestellen nicht etwa zu weit gehen.

Bürgermeister: Ich bitte, meine Herren, über die Haltestellen bei lit. e zu sprechen. Wenn einer von den Herren einen Antrag wegen einer Haltestelle vorzubringen hat, möge er ihn dann bringen. Jetzt kommen wir zu lit. a: Tracenführung. „Die Tracenführung ist in der geraden Strecke jedenfalls in der Axe und bei Krümmungen möglichst innerhalb des Spiegels der Gürtelstraße zu legen."

Gem.-Rath Weitmann: Nach meiner Ansicht ist es gewiss nur schädlich, wenn die Niveaulegung in dieser Weise durchgeführt wird, wie sie geplant ist.

Man will von der Westbahn bis zur Hasnerstraße eine Tiefbahn . . . . .

Bürgermeister (unterbrechend): Das gehört nicht zu Punkt a, das kommt zu einem anderen Punkte. Hier handelt es sich um eine Linie, die mitten in den Spiegel gelegt werden soll. Da sind Sie doch gewiss dafür.

Gem.-Rath Rosenstingl: Ich constatiere, dass es in diesem Alphabet einen solchen Punkt nicht gibt, wo man über die Tiefbahn sprechen kann.

Bürgermeister: Dann können Sie am Schlusse sprechen. Ich bitte um Verzeihung, aber Ordnung muss sein. Wenn die Anträge des Stadtrathes erörtert sein werden, so wird jeder in der Lage sein, Zusatz-Anträge zu stellen, wie es Herr Gem.-Rath Dr. Lueger schon gethan hat.

Gem.-Rath Rosenstingl: Ich muss mir doch erlauben, zu bemerken, und die Techniker und speciell diejenigen, die von Eisenbahnen etwas verstehen, werden dem zustimmen, dass eine solche Linie ein organisches Ganzes ist, das man absolut nicht in Theile trennen darf, weil die einzelnen Theile in so innigem Zusammenhange stehen, dass man immer von einem Punkte auf den anderen zu sprechen kommen muss. Auch der Herr Baudirector wird mir das bestätigen.

Bürgermeister: Ich bitte, bei der Tracenrevision wird genau so punktweise vorgegangen, und es müssen von den Delegierten die Anträge fixiert werden. Da kann man nicht bogenlange Reden halten über eine ganze Trace. Das muss eingetheilt werden. Darum müssen wir eine diesbezügliche Instruction bekommen. Ich muss bitten, dass das von dem Gemeinderathe befolgte System auch hier eingehalten wird.

Gem.-Rath Rosenstingl: Ich bin noch nicht fertig. Erstens hat der Gemeinderath früher beschlossen, keine General-Debatte abzuhalten und hat nicht daran gedacht, dass bei den einzelnen Punkten eine General-Debatte nothwendig ist. Ferner glaube ich, dass ein zweiter Beschluss des Gemeinderathes provociert werden soll, weil ich sage, dass es laienhaft ist, wenn solche Fragen derart behandelt werden. Es kann jedermann zu den einzelnen Punkten Anträge stellen. Ich stelle nochmals den Antrag, dass über Punkt 3 zusammen debattiert werde und dass jeder hiezu Anträge zu stellen berechtigt ist.

Gem.-Rath Dr. Vogler: Ich mache darauf aufmerksam, dass es nicht angeht, über einzelne vom Stadtrathe aufgestellte Bedingungen zu debattieren. Es muss die Debatte über eine ganze Linie möglich sein. Wenn es sich um die Tracenführung handelt — und das ist der Gegenstand der ganzen Sache, die uns heute hier beschäftigt —, muss es möglich sein, über diese Tracenführung überhaupt zu sprechen. Das ist aber nur möglich, wenn bei jeder einzelnen Linie dieses Thema selbst zur Sprache gebracht wird. Das geht nicht Hand in Hand mit den einzelnen hier aufgestellten Bestimmungen, es muss jede einzelne Theilstrecke separat zur Debatte gebracht werden. (Beifall.) Zweitens erlaube ich mir zu bemerken, dass wenn der Herr Bürgermeister hier verweigert, darüber zu sprechen, ob Tief- oder Hochbahn, beziehungsweise über die Nivellette, er mir da nicht im Rechte zu sein scheint. Das ist eine Frage, die zu allererst entschieden werden muss; dann kann man über die einzelnen Bedingungen sprechen. Wenn einer der Herren Redner über die Nivellette sprechen will, muss ihm das Wort vor lit. a und nicht nach lit. l gestattet werden.

Bürgermeister: Ich bitte! Vorerst hat man die General-Debatte abgelehnt, jetzt wollen Sie sie zu den einzelnen Punkten haben. Es ist besser, einen Antrag zu stellen und darüber abzustimmen, als die Zeit mit langen Reden hinzuhalten. Ich werde das Haus befragen. Ich bitte jene Herren, welche wünschen, dass über die Theilstrecke Westbahnhof—Heiligenstadt eine General-Debatte stattfindet, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Die General-Debatte ist beschlossen.

Referent: Ich glaube, der Wunsch, dass über diese Linie die General-Debatte eröffnet wird, ist darin begründet (Bürgermeister: Die General-Debatte ist ja schon beschlossen!), dass es jedenfalls unangenehm ist, dass gewisse Übergänge vom Niveau stattfinden; einmal eine Untergrundbahn in eine Hochbahn, dann wieder von einer Hochbahn in eine Untergrundbahn. Nun, das ist ein Übelstand, welcher in diesem Falle nicht zu vermeiden ist.

Bürgermeister: Wir sind jetzt in der General-Debatte. Bitte, wünschen Sie zur Sache das Wort?

Referent: Ich bitte, ich spreche zur Sache. Es lässt sich dort keine Bahn führen, welche entweder ganz Untergrundbahn oder ganz Hochbahn ist. Es sind hier Maximalsteigungen, deren Höhendifferenzen so kolossale sind, dass sie nur mit den allergrößten Schwierigkeiten zu überwinden sind.

Eine Untergrundbahn unter den Bachcanälen, dem Ottakringer- und Alserbache, zu führen, ist geradezu unmöglich, und die Hochbahn würde solche Viaducte bekommen, dass die Häuser verstellt werden. Aus diesem Grunde wäre es jedenfalls zweckmäßig, die Bahn in dieser Trace, wie sie bestimmt ist, mit diesem Nivellement zu genehmigen, weil der Niveauwechsel an Punkten angebracht ist, welche den großen Verkehr nicht schädigen.

Alle wichtigen Straßen, die Burggasse, die Thaliastraße und alle übrigen gehen durch, und es ist nirgends zu sehen, dass der Verkehr durch diesen Niveauwechsel an den Punkten, wo er stattfindet, gehemmt wird. Ich bitte, die Bahntrace dieser Strecke Westbahnhof—Heiligenstadt anzunehmen.

Gem.-Rath Weitmann: Als ich zu diesem Gegenstande das Wort ergreifen wollte, hat mich der Herr Bürgermeister auf einen späteren Punkt verwiesen. Ich habe die Anträge des Stadtrathes durchgelesen und eigentlich nirgends einen Punkt gefunden, zu dem ich wegen der Niveauerhöhung, respective wegen Hoch- und Tiefbahn hätte sprechen können. Der Herr Bürgermeister hat gesagt, ich solle bei einem späteren Punkte sprechen, ohne diesen Punkt zu bezeichnen.

Bürgermeister: Ich bitte nun jetzt zu reden.

Gem.-Rath Weitmann: Bezüglich der Tiefbahn von der Westbahn an bis zur Hasnerstraße erblicke ich eine Verkehrsstörung, weil die Tiefbahn doch an einer Stelle wieder heraustritt und so werden Verkehrsstörungen verursacht. Wenn man so häufig wechselt, wird man immer mit dem Niveau in Berührung kommen und an jenen Stellen wird der Verkehr ganz gewiss gehemmt sein, und es ist das auch deshalb schädlich, weil, wenn die Locomotive auf einmal aus der Erde herauskommt, ein Unglück geschehen kann, indem die Pferde leichter scheu werden als insbesondere, wenn die Bahn beständig als Hochbahn oder Tiefbahn hergestellt wird. Wie die Pläne hier vorliegen, habe ich mich überzeugt, dass direct vor der Burglinienstraße ein Bahnhof projectiert wird, der die Burggassenlinie förmlich absperren wird. (Widerspruch seitens des Referenten.) Im Plane sieht man es so. Man könnte denn doch diesen projectierten Bahnhof entweder ober oder unter die Burggasse verlegen, damit die Burggasse dadurch nicht abgesperrt wird. (Referent: Das ist ja die Vorortelinie!) Ich glaube, von der Westbahn an bis hinüber zur Czermakgasse, d. i. nämlich vor dem Czermakfelde, wo eine hohe Steigung ist, ist die Tiefbahn angezeigt, aber bis zur Czermakgasse soll man durchgehends eine Hochbahn anlegen, denn ein Tiefbau zahlt sich bei dieser kleinen Strecke von der Westbahn bis zur Hasnerstraße gar nicht aus. Ich stelle daher den Antrag, dass vom Westbahnhofe an bis zur Czermakgasse eine Hochbahn, von dort bis zur Währingerlinie eine Tiefbahn und von der Währingerlinie bis nach Heiligenstadt wieder eine Hochbahn gebaut werde.

Gem.-Rath Eigner: Sehr geehrte Versammlung! Ich möchte nur mit einigen Worten ein Ersuchen an den Herrn Baudirector richten. Wäre es nicht möglich, bei dieser Bahn, die bei der Burggasse eine Tiefbahn und dann bei der Hernalser- und Währingerlinie gegen Nussdorf hinüber bis zum Anschluss an den Heiligenstädter Bahnhof eine Hochbahn sein wird, statt der projectierten gemauerten Viaducte solche aus Eisenconstruction herzustellen, damit nicht zwischen den alten und neuen Bezirken, wie bei der Verbindungsbahn und anderen Bahnen lauter Pfeiler dastehen und man weder hinaus-, noch hereinsieht. Eisenconstructionen würden sich viel netter und luftiger machen und auch für den Verkehr vortheilhafter sein.

Der Herr Baudirector hat, glaube ich, nicht erwähnt, dass bei der Lerchenfelderlinie die Bahn wieder einen Einschnitt bis zur neuen Kirche macht, beziehungsweise ob sie da überdeckt wird oder offen bleibt. Weiters geht sie auch bei der Czermak- und Kreuzgasse als Tiefbahn; da möchte ich auch die Anfrage stellen, ob dieser Spiegel überdeckt wird oder offen bleibt?

Gem.-Rath Rosenstingl: Wie ich das erstemal die Vorlage über die Strecke vom Westbahnhof bis zum Franz Josef-Bahnhof gesehen habe, hat es mir geradezu die Schamröthe ins Gesicht getrieben über den Muth, den man hat, wenn man mit der Gemeinde Wien etwas zu thun hat. Ich habe gestaunt darüber und muss sagen, ich verfolge die Verhandlungen und die Geschäfte des Wiener Gemeinderathes seit circa 27 Jahren, aber ich erinnere mich nicht, dass irgend einmal mit dem Gemeinderathe so umgesprungen wurde, wie diesmal. Wenn irgend jemand den Witz gemacht hat, dass diese Verkehrsanlagen eigentlich Verkehrtanlagen heißen sollten, so ist das ein treffender Witz. Er bezieht sich darauf, dass diese Bahn ursprünglich Stadtbahn genannt wurde. Jetzt redet man gar nichts mehr von einer Stadtbahn und sagt immer: Verkehrsanlagen. Sie sind eigentliche Verkehrtanlagen, denn das, was die Bedürfnisse der Stadt Wien fordern, ist zu allerletzt gestellt, was sie aber nicht so nothwendig braucht, ist in erste Reihe gestellt worden.

Ich möchte diesen Verkehrsanlagen einen anderen Namen geben. Ich habe nicht das Talent, Witze zu machen und bin auch nicht aufgelegt dazu, aber ich möchte diese Anlagen Verkehrsstörungsanlagen nennen. Denn, meine Herren, das eine Percent der Bevölkerung, welches vielleicht in zehn Jahren fahren wird — thatsächlich fahren in Wien heute 57 Menschen von 1000, in Berlin fahren circa 112 von 1000, also, wenn ich sage, es fahren 100 Menschen, so ist das eine bedeutende Verkehrszunahme in Wien — und damit dieses eine Percent fahren kann, werden 99 Percent der Bevölkerung in ganz grausamer Weise im Verkehr gehindert, geradezu als Canaille behandelt, es wird über sie hinweggegangen, als wenn sie nicht auf der Welt wären nur das eine Percent, welches fahren will. — (Unruhe. Rufe: 6 Percent!) Ich bitte, es sind 57 von 1000, also sagen wir, 5 Percent oder 6 Percent — und wenn 94 Percent oder 92 oder 90 Percent übrig bleiben, so glaube ich, diese 90 Percent haben ja auch ein Recht auf die öffentlichen Anlagen und dass ihr Verkehr nicht behindert werde. Das ist also eine Rücksichtslosigkeit sondergleichen, und gerade bei der Gürtelstraße kommt das besonders zum Vorschein. Wegen dieser 5 oder 10 Percent hat man nicht das Recht, die anderen 90 Percent in solcher Weise auf die Seite zu schieben und gar nicht zu berücksichtigen.

Ich habe vor einigen Monaten hier gesagt, die Leute arbeiten mit der Stadt Wien, als wenn sie ein grüner Anger wäre; nun, ich habe da einen viel zu milden Ausdruck gebraucht, die Herren haben ihre Projecte gemacht, als wenn die Stadt Wien ein Misthaufen wäre, es wird mit einer Rücksichtslosigkeit gearbeitet — wie Kannibalen, und ich sage, die Türken sind nicht einmal so böse mit uns umgegangen, als diese Herren. Denn, meine Herren, wenn ein Haus niedergeschossen oder niedergerissen wird, so ist das lange nicht das größte Unglück. Man kann das Haus wieder und noch schöner aufbauen, was man aber hier baut, das bringt kein Gott und kein Teufel mehr weg, und darum möchte ich Sie bitten, gerade diesen Linien ihre besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Ein Redner hat verlangt, dass die ganze Linie als Tiefbahn gebaut werde. Nun, meine Herren, ich verlange nichts Unmögliches. Ich weiß auch zu rechnen, wenn man sagt, die Linie kostet per Kilometer auf diese Art soviel und auf jene meinetwegen 50 oder 100 Percent mehr, so werde ich auch mit mir reden lassen und sagen, gut 50, 80, 100 Percent ist zu theuer, da muss man sich schon etwas gefallen lassen. Nun haben Sie aber schon gehört, dass das ursprüngliche Project noch viel häßlicher war als das jetzige. Die Herren haben schon etwas nachgegeben und hie und da schon einen Damm verschwinden lassen.

Meine Herren! Dämme hat man in die Gürtelstraße legen wollen, Dämme, gefährliche Dämme mit 45°, die mit Gras bewachsen sind! Seit vierzig Jahren haben wir uns gefreut, dass endlich einmal dieser eiserne Gürtel fallen werde. Nun, dieser eiserne Gürtel ist noch nicht weg und hier haben Sie schon die chinesische Mauer, die noch viel schlimmer sein wird, als der eiserne Gürtel. (Beifall.) Dieser sogenannte eiserne Gürtel war ein Kinderspiel dagegen. Er ist noch nicht verschwunden und man kommt schon mit etwas viel Schlechterem, das geradezu wie eine chinesische Mauer aussieht, die man statt der Linienwälle aufführen will und, meine Herren, von der Nussdorferlinie bis herüber, also genau so wie mit dem Linienwall werden wir eingesäumt. Ich überlasse es Ihnen, sich darüber Ihr Urtheil zu bilden.

Ich will die Sache nicht weiter ausführen, denn ich rede mich sonst in die Hitze hinein, und ich habe mir vorgenommen, die Sache so ruhig als möglich zu besprechen, aber verzeihen Sie — wenn man die Stadt Wien gerne hat, und sie schön und gut findet und sich dann denkt, wie sie ausschauen wird, — wenn man sieht, wie jetzt die Landstraße aussieht, wie häßlich, wie unästhetisch und unwirtschaftlich — denn die Millionen, die die Landstraße durch diese Lage, durch die Entwertung der Häuser ꝛc., verloren hat, können Sie gar nicht zählen. Dasselbe wollen Sie jetzt auf der Gürtelstraße machen! Man scheint keinen Begriff von der Zukunft der Gürtelstraße zu haben. Die Herren, die in Paris waren, werden sich noch an die äußeren Boulevards erinnern. Auch in Paris war eine gewisse kleinbürgerliche Stimmung; als die äußeren Boulevards angelegt wurden, hat man sich darüber moquiert.

Versuchen Sie jetzt den Parisern die äußeren Boulevards wegzunehmen, da werden Sie in der Luft zerrissen. Das ist heute eine großartig schöne Straße. Das kann auch unsere Gürtelstraße werden. Wir müssen endlich vergessen, dass die Gürtelstraße am Rande von Wien liegt. Sie liegt jetzt beinahe in der Mitte Wiens. Sie müssen sich doch Wien vorstellen in 18 bis 20, 30, 50 Jahren. Wir müssen an unsere Kinder denken, und nicht bloß soweit als die Nase reicht, nicht was im Jahre 1892 ist, sondern was in den nächsten Decennien sein wird. Wenn unsere Kinder bösartig sind, werden Sie sagen, die Herren müssen ein Techtelmechtel gemacht haben, dass sie sich so was erlaubt haben, oder die Herren müssen sehr schwach gewesen sein. Eines von diesen beiden Urtheilen wird von unseren Kindern gefällt. Es zeigt sich die Tendenz: Nur billig! Ich bin sehr für die Billigkeit, aber ich erinnere mich bei dem Worte „billig" immer an das Wort „schlecht". In der Regel ist das, was billig ist, auch schlecht. Ich will nicht sagen, dass eine Million eine geringe Summe ist, man kann was damit machen, aber ich würde es mit meinem Gewissen vereinbaren, wenn wir Änderungen in dieser Richtung vornehmen würden, und wenn jemand an uns herantreten und sagen würde: Ihr wollt diese Veränderung, dadurch wird die Geschichte um zehn Percent theurer, ich glaube, Sie würden sagen, in Gottes Namen, wir wollen die zehn Percent dazulegen, aber wir lassen die Stadt nicht ruinieren. Es kommt nicht darauf an, ob wir 26, 28 oder 29 Millionen hergeben, wenn nur das, was geschaffen wird, auch unser Auge erfreut. Es gibt Menschen, die farbenblind sind. Mir scheint, im Handelsministerium sind auch Leute, die farbenblind sind, die keinen Sinn für Ästhetik, keinen Sinn für Schönheit der Formen haben, das sind wirklich die richtigen Linealmenschen. Ich will jedoch diese Leute nicht ohneweiters verurtheilen. Es ist Gewohnheit. Stadtbahnen baut man eben nicht alle Vierteljahre. Die Herren sind alt geworden bei Bahnbauten im Gebirge, in Wäldern, Feldern und der Pußta. Sie sind gewohnt, bei Punkt A und B die Reisschiene anzusetzen und einen Strich zu machen. Dieser Strich wird nur beeinflusst, wenn man wo anstoßt, wo ein Sumpf oder ein Gebirge im Wege ist. Dann wird die Geschichte etwas abgeändert. Die Stadt Wien wird aber gerade wie ein solches Feld behandelt. Wie sie ursprünglich die Linie gemacht haben, ist großartig. Ich werde Gelegenheit haben, bei der Ringlinie einen solchen Punkt zur Sprache zu bringen. Also nur billig, das ist der Grund, warum die Herren sich wehren, durchgehends eine Tiefbahn zu machen. Wegen der Cote will ich mich belehren lassen, weil ich nicht mit dem Kopfe durch die Wand will, und wenn mir das Bauamt erklärt, dass die Sohle des Alsbaches so beschaffen sei, dass sie 100 m auswärts und 100 m herein eine solche Cote ausweist, dass ein Umbau dieses Alsbaches nicht möglich ist. Ich weiß es nicht, es ist mir in dieser Richtung kein Plan zur Verfügung gestellt worden. Ich brauche mich daher nicht zu schämen, da es auch Leute, die es wissen sollten, nicht wissen. Ich habe mich erkundigt und man hat mir gesagt: „Ja, ich weiß das auch nicht!" Wenn die Möglichkeit da wäre, diese drei Cotenpunkte des Alsbaches, Währinger- und Ottakringerbaches zu erfahren, so würde ich beantragen, selbst wenn der Umbau eines dieser Bäche eine Million kosten würde, diese Schleifen von einer Tiefbahn in eine Hochbahn unmöglich zu machen. Das sage ich mit gutem Gewissen, denn, wenn Sie die Zinsen dieser Million rechnen und die kolossale Entwertung, die für alle Zeiten durch derartige Schleifen entsteht, so glaube ich, dass man noch ein gutes Geschäft machen würde, um den Schaden zu verhindern. Wenn mir der Herr Baudirector sagt, dass das Gefälle heute schon ein minimales ist, dass man es nicht mehr verringern kann, dann stehen wir vor einem Punkt, wo wir sagen müssen, da gibt es nichts, da müssen wir uns begnügen, denn das Wasser können wir nicht den Berg hinaufführen, aber ich glaube, es wäre der Erwägung wert, und ich würde bitten, wenn in dieser Richtung etwas möglich wäre, dass die Commune entgegenkomme und sage, wir sind bereit, hier einen Umbau der Canäle auf 100 m, auf 200 m, wegen meiner auf 300 m vorzunehmen, damit es möglich wird, an diesen oder jenen Punkten die Bahn als Tiefbahn zu führen.

Ich bin überhaupt für die Tiefbahn, ich schwärme dafür.

Ich bin nach London gegangen und habe die Sache eigens studiert, ich bin auf der Tiefbahn gefahren, um Eindrücke über selbe zu gewinnen, weil seinerzeit von den Vertretern der Hochbahn die Tiefbahn als niederträchtig hingestellt worden ist und als ob man bei der Fahrt ersticken würde. Ich bin mit Damen gefahren stundenlang, es ist ganz gut gegangen und wir sind nicht erstickt. Ich bin für die Tiefbahn. Aus ästhetischen Gründen bin ich dafür; auch ist der Lärm nicht so groß. Bei der Tiefbahn haben Sie ein viel freieres Verfügungsrecht über die Nivellette. Sie können im Untergrund um 10 m tief gehen, dann eine Steigung herauf machen, um wieder 10 m hinunter zu gehen und so fort. Das geniert niemanden da unten. Stellen Sie sich vor, dass Krauß, welcher den Befähigungsnachweis nicht erbracht hat und die Rutschbahn von St. Veit gemacht hat, dass jemand, der das gethan hat, vom Handelsministerium als würdig erachtet wurde, die Bahn zu bauen, dann glaube ich, kann man solche Dinge unter der Erde auch machen, und es ist nicht nothwendig, dass die Tiefbahn immer so ungeheuer tief fort geht, man kann auch ein bisschen mit dem

Terrain gehen. Ich weiß, dass das Gefälle etwas ist, das nicht angerührt werden darf. Aber das ist denn doch gar zu bequem, wie es die Herren gemacht haben. Hier ist die Wellenlinie, stellen Sie sich vor, wir fahren jetzt durch. Jetzt kommen wir heraus, hinein, heraus, hinein, das geht so vier- bis fünfmal fort und das dauert immer circa 100, 200 m. Sie können sich eine solche Geschichte gar nicht vorstellen, wie das ausschaut, denn es ist das Allerabscheulichste. Futtermauern und Dämme selbst sind nicht so entsetzlich, wie Übergänge von der Tiefbahn zur Hochbahn.

Stellen Sie sich das Bild vor, da geht der Schlauch hinein, dort geht er wieder heraus. Da kann nicht einmal ein Hund durch, noch viel weniger ein Mensch, und das geht nach Beschaffenheit des Terrains 100, 150 bis 200 m. Dem ist abzuhelfen. Das ist vom ästhetischen und vom Verkehrsstandpunkte entschieden zu verwerfen. Aber wie gesagt, wenn ich physikalische Gesetze vor mir habe, die nicht abänderbar sind, also z. B. Gefälle der Canäle, so muss ich mich in Geduld fassen und sage in Gottes Namen.

Ich glaube aber, wenigstens bei der Lerchenfelderlinie, speciell bei der Lerchenfelderlinie halte ich es für möglich, dass dieser Canal in der Weise umgebaut wird, dass wir dort wenigstens die Geschichte ersparen, und es liegt nichts daran, wenn die Locomotive mit ihrem Rauchfange bis zwei Zoll unter die Construction kommt. Es muss nicht eingewölbt werden. Man kann ja eine Brücke machen, man macht ja heute Brücken, die nur 20 cm Stärke haben. Das geht ganz gut, und dann kommen Sie in das Terrain heraus, dass es vielleicht doch möglich ist, dass Sie den Canal bei der Lerchenfelderlinie umbauen und wenigstens hier die Geschichte aus der Welt schaffen. Vielleicht ist es auch an dem zweiten Punkte möglich. Wie gesagt, ich muss es abhängig machen von den Dingen, wie sie liegen, aber ich glaube, der Gemeinderath solle ein genaues Studium verlangen, ob dieser Umbau der Canäle möglich ist und erst, wenn das Stadtbauamt erklärt, es ist technisch nicht möglich, oder es ist ein Umbau nothwendig, der von draußen bis herein Millionen kosten würde, dann können wir uns beruhigen und sagen: Wir haben nicht anders können, wir haben das bewilligen müssen, und darum möchte ich Sie bitten, meinen Antrag zu unterstützen.

Was nun die Station Michelbeuern anbelangt, so ist da eigentlich die höchste Leistung. Da hat man ganz einfach die ganze Gürtelstraße ausgegraben, als wenn sie nicht existieren würde. Man hat nur ein kleines Stück freigelassen, und wenn Sie den Plan ansehen, so nehmen Sie wahr, dass dort diese Linie plötzlich abschwenkt, nach links in einem Bogen herauf geht und dann wieder zur Gürtelstraße zurückführt. Wenn man mit etwas mehr gutem Willen und nicht mit einem so engen Sack die Geschichte geplant hätte, so wäre es möglich, mit einer Tiefbahn in einer geraden Linie unter dem Parke des Irrenhauses durchzukommen. Man wäre sogar so tief durchgekommen, dass, glaube ich, nur größere Bäume gelitten hätten. Ich bin überzeugt, dass bei diesem Irrenhausparke über kurz oder lang eine Veränderung eintreten wird. Die Herren im Stadtrathe werden ja vielleicht darüber schon nachgedacht und vielleicht auch schon gesprochen haben. Diese Sache ist ja schon Gegenstand einer Besprechung gewesen. Es könnte eine solche Variante gemacht werden, dass diese Bahn dort als eine Tiefbahn geführt würde, was dort möglich ist, denn dort kommt kein solcher Canal dazu und auch kein Bach, der durchkreuzt, sondern dort ist es nur die brutale Billigkeit, welche die Herren das Einfachste nehmen lässt, das Sie finden, wobei man sich um das Wiener Publicum einfach nicht kümmert.

Wenn man sagt, dass die Bahn stellenweise so tief kommt, dass derjenige, der hinuntersteigt, zwei bis drei Stock tief hinuntersteigen muss, so frage ich, was ist dann beim Heinrichshof. Pardon! Das ist etwas, was zur Ringlinie gehört, dort darf man hinuntersteigen, dort ist es erlaubt. Auf der Gürtelstraße ist es nicht erlaubt. Warum, weiß ich nicht. Das ist aber Nebensache. Das Argument, das hier passt, wird dort als Gegen-Argument benützt. Es gibt ja Aufzüge in verschiedenen Ländern, auch in Wien gibt es einige, und vielleicht haben die Projectanten eine blasse Ahnung, dass man das Publicum durch Aufzüge befördern könnte. Es dürfte Ihnen vielleicht bekannt sein, wenn auch die Herren Eisenbahner sich mit modernen schönen Dingen nicht gern befassen zu wollen scheinen. Dann wäre leicht abgeholfen, wenn an einzelnen Punkten eine solche Tiefe herauskommen würde, was noch gar nicht ausgemacht ist. Ich muss auch noch erwähnen, dass man nicht horizontal gehen muss; man kann sich ja zum Theile dem Terrain anschließen, so dass solche Tiefen vermieden werden können. Ich bitte, dieser Anregung zu folgen und speciell bezüglich des Überganges der Tief- in eine Hochbahn und bezüglich der Station Michelbeuern ihrer Meinung dahin bestimmten Ausdruck zu geben, dass mit welchen Opfern immer diese Änderung stattfinden solle. (Beifall rechts.)

Referent: Es ist schon genug, was uns überhaupt zugemuthet wird, es ist nicht nothwendig, dass es noch übertrieben wird. Diese Bahntrace, wie sie eingezeichnet ist, ist schon so beleidigend und stellenweise barbarisch zu nennen, dass ich erstaunt bin, dass man nicht zufrieden ist und ihr noch mehr zuschreibt, als was sie schon wirklich leistet. Es war die Rede davon, dass Dämme geplant werden, auf denen Gras wächst. Ich kann Sie versichern: soweit ist man nie gegangen; das, was uns vorgelegt wurde, waren Basteien; das ist schon genug, dass man auf der Gürtelstraße eine Bastei bauen will, wo ein großer Straßenzug sich entwickelt, der mit Gartenanlagen geschmückt ist. Diese sollte in dieser Weise nicht in der Mitte, sondern ganz willkürlich einmal rechts, dann links an den Häusern gezogen werden. Ich glaube, es ist nicht passend, wenn man einen Übelstand übertreibt; aber eine noch gefährlichere Übertreibung liegt in dem so oft aufgezählten Niveauwechsel. Ich bitte wohl aufzumerken. Die Bahn beginnt als Tiefbahn, wird dann Hochbahn und wird dann nur noch ein einzigesmal Tiefbahn; dann bleibt sie Hochbahn. Also von einem vier bis fünfmaligen Wechsel ist nicht die Rede. Bei der Westbahn werden Sie doch keine Hochbahncurve machen und die ganze Gegend dadurch verunstalten wollen. Einer der Herren Vorredner will mit einer Hochbahn anfangen; es liegt hier der Antrag vor: Hochbahn bis zur Czermakgasse, dann Tiefbahn bis zur Währingerstraße, dann wieder Hochbahn. Das ist der Antrag Weitmann; es gibt also auch Herren, die das wollen, denen das besser gefällt. Aber entschieden nicht richtig ist es, dass so oftmaliger Niveauwechsel stattfindet. Ich wiederhole, die Bahn beginnt als Tiefbahn und wird noch einmal Tiefbahn. Wo sind die vier bis fünf Niveauwechsel? Wollen Sie also die Bahn ganz als Tiefbahn führen, so müssen Sie unter mehreren Bächen, darunter drei sehr großen, dem Alserbach, Ottakringer- und Währingerbach, fahren. Das ist keine Kleinigkeit, Bäche wie den Alserbach und Ottakringerbach zu unterfahren. Da kommen Sie in so enorme Tiefen hinunter, dass Sie wirklich Aufzüge machen müssen, wie der Herr Vorredner zugesteht. Wir wollen aber auf dieser Bahn Waggons anlegen, aus denen man ohne

Stufen aus- und einsteigt, um eben den Verkehr zu beschleunigen. Aber die Aufzüge, die da nothwendig wären, sind ein solches Erschwernis des Verkehrs, dass man nicht daran denken soll.

Es ist angeführt worden, dass man beim Heinrichshof so etwas plane. Beim Heinrichshof liegt die Bahn $4^1/_2$ m unter dem Niveau. Das ist gar keine Rede, dass man da drei oder vier Stockwerke hinabsteigt, wie das hier nothwendig wäre. Hier müsste man Thurmhöhen überschreiten, um von oben herunter und von unten hinauf zu kommen. Eine Stadtbahn kann man doch nicht so anlegen, dass man länger braucht, wenn man hinunter und hinaufkommen will, als wenn man die Strecke zu Fuß macht. So etwas ist absolut unausführbar. Dann bitte ich zu berücksichtigen, mit den Kosten müssen wir auch rechnen und fragen, was man dadurch erreicht, wenn man diese Kosten ausgibt. Sie erreichen die Vermeidung des Nullpunktes dort, wo es nicht schadet, denn bei allen Straßen, wo der Verkehr wichtig ist, ist er vollkommen aufrecht erhalten. Es wäre recht schön, wenn man das vermeiden könnte, es lässt sich aber nicht vermeiden. Trotz des Wechsels von Tief- und Hochbahn sind kolossale Gefälle, trotzdem hat man sehr hohe Viaducte am Ausgang der Bahnen nothwendig. Also, wenn man eine Bahn haben will, muss man sie annehmen, wie sie vorgeschlagen ist, dass die Bahn in einer ganz richtigen Weise in der Mitte der Gürtelstraße geführt wird; rechts und links bleiben Plätze für Gartenanlagen und den Straßenverkehr und wenn die Bahn auf Bogenstellungen geht, die etwas eleganter ausgeführt werden, ist keine Verunstaltung in dem Theile, wo eine Hochbahn ist, und wo eine Tiefbahn ist, soll sie überdeckt werden, mithin bleibt eine ganz kurze Strecke, welche mit dem Maximalgefälle überleitet wird.

Gem.-Rath Josef Müller: Wie ich den Text der Projecte der Gürtelbahn gesehen habe, war ich wirklich ganz entrüstet, und nicht nur ich allein, sondern die ganze Bevölkerung der Vororte. Es war, wie es geplant war, gewiss eines der stiefmütterlichst ausgestatteten Projecte.

Nun hat schon der Stadtrath den Projecten ein ganz anderes Kleid gegeben.

Die Futtermauern, die eine ganz entsetzliche Ausstattung gewesen wären, sind vermieden. Man hätte damit ganz einfach die Linienwälle, deren Verschwinden wir so lange erwarteten, näher an die Häuser gestellt. Es wäre der Gürtel weggenommen und ein neuer Gürtel, worauf die Bahn gefahren wäre, wäre hergestellt worden. Es wären nur so viele Löcher als Durchlässe gekommen. Ferner hat man die Strecke im offenen Einschnitt geplant, was geradezu für die Construction und Ausgestaltung der Tod wäre. Man hat den Gürtel mit 40 Klafter projectiert, damit sich die ganze Frequenz hier sammelt; es ist auch schon heute die Frequenz eine derartige, dass die Gürtelstraße mit zehn Meter nahezu zu enge wird.

Nun möchte ich aber besonders auf das Niveau hinweisen, welches jetzt besprochen wird. Ich wäre gewiss auch dafür, wenn es nicht andererseits wieder derartige Nachtheile hätte, dass man die Nivellette derart senke, dass die ganze Gürtelstraße verschont würde.

Wenn Sie sich das als Projectant denken, so müssen Sie die tiefsten Punkte als Anhaltspunkte nehmen. Die tiefsten Punkte sind der Alsbach- und der Währingerbach. Sie müssten den Alsbach unterfahren, denn den Alsbach reconstruieren, das würde eine ganz enorme Auslage machen, und nicht auf hundert, sondern auf viele hundert Meter weit darauf hinzielen, dass man den Alsbach umlegt. Nun haben Sie bei der Elterleinrealität eine Höhe von 12 m in einem Viaduct. Der Alsbach liegt circa 8 m tief, so haben Sie schon 20 m. Von dort müssen Sie mindestens 4 m Ihre Nivellette legen. Wenn Sie also dort hinunter wollten, so müsste von der jetzigen Nivelette aus die Bahn circa 20 bis 25 m tief liegen. Nachdem das Maximum der Steigung 18 Permille beträgt, das ist diejenige Steigung, in welcher man noch mit einer ausreichenden Geschwindigkeit mit so construierten Locomotiven, wie sie hier geplant sind, flott fährt, so ist der Betrieb, wenn Sie die Steigerung vermehren, ein viel schwierigerer, die Fahrgeschwindigkeit eine viel langsamere. Das kann man nicht machen. Wenn Sie daher eine Tiefbahn machen, so würden Sie z. B. auf der Höhe der Gürtelstraße bei der Kreuzgasse eine Station bekommen, die 25 bis 26 m unter dem jetzigen Terrain liegt.

Ich kann mir eine solche Station gar nicht denken; es ist wohl möglich, dass man Aufzüge macht; aber auf eine Distanz von 20 m Aufzüge zu machen und dem Publicum zuzumuthen, dass es da hinuntersteigen soll, ist ein Nachtheil, der sehr schwer in die Wagschale fällt.

Es ist richtig, dass die Gürtelstraße einen unschönen Eindruck machen wird, wenn man eine Hochbahn macht. Man kann aber die Hochbahn so machen, dass alles, was unschön ist, vermieden wird

Ich bin der Ansicht, dass man nicht derartige Bögen mache, die sich in Mäntel auflösen, sondern dass die Stellung in vier Pfeilern hergestellt wird, welche nicht bloß Bogen-Frontseiten, sondern auch Querseiten haben, so dass eine vierpunktige Seitenstellung stattfindet. Ich werde den Antrag stellen, dass in denjenigen Strecken, wo sich die Nivellette derart zum Straßenniveau senkt, dass die Höhe etwa 5, 6 m betragen wird, Eisenconstruction hergestellt wird; denn derartige Viaducte sind immer nützlich, weil die Säulenbreite nahezu dieselbe bleibt und die Höhe gering wird.

Ich werde mir daher erlauben, den Antrag zu stellen, dass in diesen Strecken insbesonders Eisenconstruction herzustellen ist, welche womöglich geräuschlos zu führen wäre, das heißt, dass innerhalb der Eisenconstruction Träger eingeschaltet werden, welche mit isoliertem Materiale versehen sind, so dass das Geräusch und Zittern sich nicht der Eisenconstruction mittheilt, sondern abgeschwächt wird und das Geräusch, welches die Eisenconstruction hervorruft, vermindert wird.

Ich kann nur den Anträgen, wie sie hier liegen, zustimmen. Ich war der erste, welcher eine Beschwerde überreicht hat über die Führung der ursprünglichen Bahn — ich habe sie mit meinen Collegen aus den Vororten vereinbart. Ich habe mit Vergnügen gesehen, dass das Stadtbauamt dieselben Anträge gebracht hat, respective der Referent sie eingebracht hat und der Stadtrath sie vorlegt.

Bei dem Punkte 1 möchte ich eingeschaltet wissen: „Anstatt der projectierten Stützmauern sind Bogenstellungen mit combinierter Eisenconstruction und geräuschloser Fahrt herzustellen." Ferner möchte ich bei Punkt 2 eine kleine Änderung in der Stilisierung beantragen, nämlich anstatt: „Dieser Bahnhof ist in der Weise zu situieren, dass Beginn und Ende desselben in die Mitte der Gürtelstraße fällt", wäre zu setzen: „in der Weise zu situieren, dass die Ein- und Ausfahrt noch innerhalb des Gürtelspiegels liegt und die Führung der Bahn nach beiden Seiten in der Axe des

Spiegels ermöglicht wird". Denn sonst könnte es so aufgefasst werden, weil in der Ausfahrtslinie Curven sind, dass man mit einer großen Contracurve wieder in die Mitte hineinfahren muss. Die übrigen Anträge des Stadtrathes bitte ich Sie anzunehmen.

Gem.-Rath Djörup (zur Geschäftsordnung): Ich beantrage bei diesem Punkte Schluss der Debatte, nachdem noch sechs Herren als Redner vorgemerkt sind.

Bürgermeister: Es ist Schluss der General-Debatte beantragt, die Herren, die zustimmen, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Das Wort haben noch die Herren Gem.-Räthe: Winkler, Dr. Vogler, Brauneiß, Grünbeck, Eigner, Wimberger, Wünsch, Ritter von Goldschmidt, Ritter von Neumann und der Herr Referent.

Gem.-Rath Winkler: Meine Herren, was wir heute hier besprechen, sind eigentlich nur Wünsche, und ich fürchte sehr, dass sie uns nichts nützen werden. Seit Jahren haben die Vororte, die an der Gürtelstraße liegen, Opfer gebracht, um die Gürtelstraße soviel als möglich zu eröffnen und fahrbar zu machen. Leider ist es oft nicht möglich gewesen, weil die Opfer zu groß waren. Nun schwebte aber das Stadtbahnproject in der Luft, und da hat es geheißen, wenn die Stadtbahn kommt, dann wird auch die Gürtelstraße vollständig eröffnet werden. Nun, ich kenne mich vielleicht in den Plänen nicht so aus wie ein Techniker, aber das kann ich sagen, Schönheit ist das keine, und die Gürtelstraße wie sie heute ist, ist absolut nicht so, wie sie sein sollte. Denn sie bildet ein furchtbares Chaos von Schotterhaufen ꝛc. Nun soll die Stadtbahn gebaut werden, und da sollte man meinen, die erste Sache wäre, die Gürtelstraße auf das richtige Niveau zu bringen und das, was jetzt darauf liegt zu beseitigen. Ich komme da speciell auf das, was mir nahe liegt, nämlich auf den XVII. Bezirk. Man hat gemeint, die Bahn wird als Hochbahn durch die Elterleinrealität geführt werden .....

Bürgermeister: Ich bitte den Herrn Redner, bei der Sache zu bleiben.

Es handelt sich um die Linie Westbahnhof—Heiligenstadt.

Gem.-Rath Winkler: Da kann ich ja von der Gürtelstraße sprechen.

Bürgermeister: Aber nicht vom XVII. Bezirke. Ich bitte Sie dringend, bei der Sache zu bleiben.

Gem.-Rath Winkler: Ich möchte doch wissen, wo ich von der Sache abgewichen bin. Die Elterleinrealität liegt doch im Spiegel der Gürtelstraße und ich war der Meinung, dass sie jetzt eingelöst werden wird. Wenn dies jetzt nicht geschieht, wer soll sie dann einlösen? Die Commune Wien oder ein einzelner Bezirk? Es muss getrachtet werden, dass der Spiegel der Gürtelstraße frei wird. Ich habe aber nirgends gelesen, das dies geschehen soll. Man hat sogar gemeint, dass Pfeiler über den ganzen Weg errichtet werden sollen.

Wie das gemacht werden soll, weiß ich nicht. Auf Nr. 2 Hernalser Hauptstraße steht ein Haus, das soll nebst dem Garten eingelöst werden. Das soll und darf nicht sein. Es ist eine Unmöglichkeit. Der Bahnhof eines so großen Bezirkes kommt hinauf zum Wasserreservoir, wo fast kein Verkehr ist. Vis-à-vis liegt die Landes-Irrenanstalt. Der Bahnhof soll womöglich in die Nähe kommen, wo die größte Verkehrslinie in Hernals ist. Die Haltestelle wird projectiert; dazu ist man gekommen, aber man kann nicht 200 bis 300 Schritte davon den Bahnhof machen, Ich weiß nicht, ob wir Anträge stellen können oder nicht, oder ob wir bloß Wünsche aussprechen können. Aber es muss gestattet sein, das auszusprechen und eine derartige Verschandelung durch die Hochbahn soviel als möglich zu verhindern.

Ich bin der Meinung, die Gürtelstraße muss in ihrer ganzen Breite frei gemacht werden und die Bahn darf nur in der Mitte als Tiefbahn laufen. Ich glaube wohl, es würde speciell bei Hernals etwas schwer gehen. Ich war damals Mitglied der Gemeindevertretung, wie der Alsbach eingewölbt wurde. Die Sohle liegt vier Meter tiefer als das Straßenniveau. Da wird es sich nach dem gegenwärtigen Straßenniveau schwer machen, dass eine Bahn gemacht wird. Ich möchte dafür plaidieren, dass diejenigen, welche gewählt werden als Vertreter der Gemeinde Wien, ihr Augenmerk dahin richten, dass alles, was darauf ist, und speciell die Elterlein'sche Realität, wegrasiert werde, ebenso das Haus Nr. 2 Hauptstraße. Ich bitte, diesem Antrage zuzustimmen.

Gem.-Rath v. Stummer: Nachdem der allgemeine Theil des Absatzes 3 klargestellt ist, könnten wir zur Berathung der einzelnen Punkte übergehen und ich beantrage daher die Wahl von Generalrednern.

Bürgermeister: Ich bitte die Herren, welche mit dem Antrage auf Wahl von Generalrednern einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Ich werde die Herren Redner verlesen, ich bitte mir dann zu sagen, ob die Herren pro oder contra sprechen wollen. (Liest:) Die Herren Gem.-Räthe Dr. Vogler pro, Brauneiß contra, Grünbeck contra, Eigner contra, Wimberger contra, Wünsch pro, Ritt. v. Goldschmidt pro, v. Neumann pro.

Die Herren pro-Redner, die Gem.-Räthe Dr. Vogler, v. Goldschmidt, v. Neumann bitte ich, einen Generalredner zu wählen, die Herren contra-Redner, die Gem.-Räthe Brauneiß, Grünbeck, Eigner, Wimberger ebenfalls. (Geschieht. — Nach einer Pause.) Gewählt ist als Generalredner pro Gem.-Rath v. Goldschmidt, als Generalredner contra Gem.-Rath Grünbeck.

Gem.-Rath Ritt. v. Goldschmidt: Es sind Worte gefallen, von welchen ich bedauere, dass sie von einem Techniker, und namentlich von einem Techniker von der Bedeutung des Herrn Vorredners, ausgesprochen worden sind. Es ist richtig, dass die Gürtellinie manche Nachtheile in Betreff des ästhetischen Anblickes und Ausblickes nach sich ziehen wird. Jede Zeit hat aber ihre Anschauung über Schönheit und Ästhetik, und wenn in früheren Jahren Kunsttempel, Bildergallerien, Kirchen und Museen gebaut worden sind, so empfinden wir in der heutigen Zeit im Anblick einer großen Bahn und eines mächtigen Bahnhofes, als Elemente der Leistungsfähigkeit, respective der gesammten Potenz unserer gesellschaftlichen Einrichtungen einen gewaltigen Eindruck. In dieser Weise müssen wir heute die Ästhetik auffassen. Allerdings ist es unsere Aufgabe, den Anforderungen der Zeit mit möglichster Vermeidung des Unschönen möglichst gerecht zu werden; da bitte ich Sie, meine Herren, sich überzeugt zu halten, dass der Stadtrath wohl gewusst hat, dass in diesem Momente eine große Frage auf dem Spiele steht.

Wir haben uns schon im Stadtrathe sehr ernstlich bemüht, alles das, was hier angeführt worden ist, von allen Richtungen aus in Erwägung zu ziehen, und ich möchte für den Stadtrath zunächst das Zeugnis in Anspruch nehmen, dass er gegen das, was von Seite der hohen Regierung ursprünglich geplant worden

ist, eine bedeutende, eine nennenswerte Verbesserung erzielt hat. Meine Herren! Es ist auch von einem Collegen der anderen Seite gesagt worden: „Macht die Bahn ganz als Obergrundbahn, als Hochbahn."

Das kann doch gewiss nicht ernst gemeint sein, denn die Höhenlage einer Eisenbahn — ich meine die Nivellette einer Eisenbahn — ist begrenzt einerseits durch die Leistungsfähigkeit der Motoren, wodurch nur eine gewisse Steigung möglich ist, und andererseits — und da mögen Sie sagen, was Sie wollen — durch das Terrain. Das in Frage stehende Terrain enthält aber zwei Fixpunkte, und diese Fixpunkte sind der Ottakringerbach und der Alsbach; in diesen Punkten ist das Terrain tief, und daher muss in diesen Theilen die Bahn hoch geführt werden. Von diesen Niveaupunkten stürzt sich dann die Bahn naturgemäß rechts und links in das natürliche Terrain, und so ergibt sich das Profil, welches Ihnen heute vorliegt. Wenn Sie das Längenprofil des näheren betrachten, so wird unter den gegebenen Verhältnissen, unter den gegebenen Verhältnissen, wiederhole ich, ein nicht übergroßer Nachtheil für den Verkehr, für die Bevölkerung und für die Ästhetik erreicht werden.

Meine Herren! Dort, wo die zweite Hochbahnstrecke abschließt, d. h. in der Strecke von der Währingerlinie angefangen, zieht sich die Bahn hinab gegen das Heiligenstädter Terrain, und dort wird gewiss der ästhetische Anblick vollkommen gewahrt sein. Ich erwähne ausdrücklich, dass das, was von Seite des Herrn Collegen Rosenstingl — es sei mir erlaubt, ihn zu nennen, weil ich seine Ausführungen gewöhnlich für sehr beachtenswert halte — angeregt wurde, nämlich die durchgehende Tiefbahn, auch im Stadtrathe von Seite eines sehr geehrten Collegen, Herrn Dr. Vogler, versucht worden ist. Wir haben es erwogen, die Bäche zu unterfahren, haben aber sofort erkannt — ich will Sie mit Ziffern nicht ermüden — dass eine Hebung der beiden Bäche unmöglich ist, und wenn sie möglich wäre, so wäre dadurch ein so minimes Resultat erzielt, dass an eine wesentliche Modification der Trace dort gar nicht zu denken ist.

Was haben wir im Stadtrathe erzielt? Wir haben die Dämme total beseitigt, wir haben die Futtermauern nahezu beseitigt, wir werden dort, wo die Hochbahn projectiert ist, entweder Bogenstellungen oder vielleicht auch eiserne Viaducte haben, und ganz gewiss wird es uns gelingen, zur Zeit der politischen Begehung es durchzusetzen, dass auch solche Constructionssysteme eingeführt werden, welche den Verkehr möglichst geräuschlos sichern.

Ein wichtiges ästhetisches Moment ist das folgende, und das ist nicht zu unterschätzen. Die Bahn wird nach den Regeln der Ästhetik in der Axe des Gürtels in der Axe des Gürtelspiegels laufen. Dort, wo der Gürtelspiegel in gerader Richtung läuft, ist dies selbstverständlich, wo er in gekrümmter Richtung geht, wird dies durchgeführt werden müssen. Auf einen Punkt der Linie will ich Sie aufmerksam machen und das ist jener, an welchem die Station „Michelbeuern" unmittelbar an dem Parke der n.-ö. Landes-Irrenanstalt gelegen ist. Das ist ein Punkt, den ich als den wunden Punkt der ganzen Gürtellinie hinzustellen mir erlaube. Dort sind thatsächlich die größten Schwierigkeiten vorhanden und im Projecte nicht gelöst. Aber auch dort haben wir getrachtet, ein Remedium zu finden, denn wir haben im Stadtrathe gewünscht, und nicht nur gewünscht, sondern wir beantragen und Sie werden Gelegenheit haben, darüber Beschluss zu fassen, dass der Anfang und das Ende des im Einschnitte und in der Krümmung gelegenen Stations-Territoriums identisch werden, d. h. genau zusammenfallen mit den Axen der Gürtelstraße, respective des Gürtelspiegels.

Ich glaube, dass wenn Sie überhaupt eine Eisenbahn in der Gürtelstraße wollen — und darüber haben Sie sich ja ausgesprochen, denn Sie haben das Programm der Regierung angenommen, und das Programm hat nicht nur der Gemeinderath, sondern auch der Landtag und das Parlament angenommen — so müssen Sie auch alle jene Consequenzen mit in den Kauf nehmen, welche in der Führung einer Eisenbahn überhaupt liegen. Es wäre ganz gut möglich gewesen zu sagen: So wenig als wir jemals erlauben werden, unsere Ringstraße zu verunstalten — so wenig erlauben wir unter irgend welchen Umständen, die Gürtelstraße mit einer Bahn zu versehen. Die Eisenbahn längs der Gürtelstraße ist aber heute im Principe genehmigt, und derjenige, der die Bahn will, muss auch die Möglichkeit schaffen, sie irgendwohin zu placieren. Ich bin daher der Meinung, dass wir alle jene Bedingungen, welche wir heute aufgestellt haben, und jene, welche wir vielleicht noch im Laufe der Zeit aufzustellen Gelegenheit haben werden, zu deren einer Collega Müller eine Anregung gegeben hat, annehmen können und hiemit thatsächlich für den Verkehr im Allgemeinen und für die Eisenbahn in der Gürtelstraße insbesondere ein wirklich gutes Werk leisten werden. (Beifall rechts.)

Gem.-Rath Grünbeck: Wenn ich mir zu diesem Gegenstande zu sprechen erlaube, so geschieht es, weil ich ein Vorortevertreter bin und mich doppelt verpflichtet fühle, diese Sache klarzulegen. Wenn Sie die Projecte ansehen, so finden Sie, dass man es beim Ring schön und entgegenkommend macht, so dass ich hoffe, man werde die Stadt Wien nicht verschandeln. Wenn man aber zur Gürtellinie kommt, sieht man, dass geknausert und gespart wird. Sie finden hier in den Einzeichnungen Stützmauern, ganze volle Mauern und riesige Viaducte, nur um etwas zu ersparen. Wenn die Sache so ausgeführt wird, wie sie hier vorliegt, so werden wir über diese Vorlage nicht besonders erbaut sein, und über diese sogenannte segensreiche Arbeit wird man vielleicht manches Wort der Enttäuschung von Seite der Vorortebevölkerung hören. Es muss manches von dem geändert werden, wie es dort steht, und ich stehe nicht, wie der Vorredner Herr Winkler gesagt hat, auf dem Standpunkt der Wünsche, sondern auf dem der Forderungen, weil unsere Kinder und Kindeskinder noch durch viele Jahre für diese Bauten zahlen müssen. Wir sind also berechtigt, der hohen Regierung gegenüber fordernd aufzutreten. Ich habe immer, wenn ich von den großen Bahnbauten gehört habe, geglaubt, dass Wien verschönert wird. Was haben Sie nun? Mitten im Gürtel — ja, wenn es mitten im Gürtel wäre, wäre es schon gut; aber man will ja zum großen Theile wieder davon abweichen — riesige Viaducte, so dass man glaubt, es komme eine Wasserleitung daher. Und dabei alles aus festen Mauern und nicht aus Eisen. Warum wendet man nicht im eisernen Jahrhundert Eisen an? Ich muss darüber erstaunen. Man findet nur einige kleinere Brücken aus Eisen. So habe ich die künftige Stadtbahn nicht erwartet. Eines wundert mich, was man will, und das betrifft den Frachtenverkehr.

Als die neue Tramway den Frachtenverkehr einführen wollte, betreffend der gebrannten Ziegel selbst bei Nachtzeit, haben wir Vororte es abgelehnt, denn die ganze Gürtelstraße würde ein förmlicher Lagerplatz werden und unsere schöne Hoffnung würde verloren gehen. Wenn die Regierung etwas ausführt, ist sie nicht so rigoros wie eine Gesellschaft. Was für ein schöner Park war

vor dem Westbahnhofe, und seitdem die Westbahn in staatliche Verwaltung übergegangen ist, sehen Sie dort ein Meer von Brettern. Es wird auch nicht zur Verschönerung Wiens dienen, wenn überall große Lagerplätze entstehen. Die Vororte sind beim Ministerium eingeschritten — ich glaube, auch Wien hat sich dem angeschlossen — die verschiedenen Steinlagerplätze abzuschaffen, welche kaum ein Meter hoch waren. Jetzt würden aber noch viel ärgere Plätze entstehen. Das ist also auch ein Punkt, welchen die verehrliche Commission ins Auge fassen soll, damit die Gürtelstraße nicht eine ganze Menge von Lagerplätzen bekomme. Das würde ja auch die Stadt nicht verschönern, sonst müsste man in einem Jahrzehnte einen neuen Türkenschanzpark eröffnen, wo das erlösende Wort gesprochen wird: „Macht Wien frei!" Da ich nicht Fachmann bin, will ich nicht auf Detailfragen eingehen, sondern nur bezüglich des XVII. Bezirkes eine Bemerkung machen. Beim XVII. Bezirke soll eine riesige Mauer von sechs Klaftern aufgeführt werden. Glauben Sie, dass das verschönert? Auf dem sogenannten Taussig-Garten ist ein einziges Haus, dessen Einlösung 70.000 bis 80.000 fl. kosten würde, und nicht einmal das will die Regierung einlösen.

Man wird von der Elterleinrealität ein Stückchen wegnehmen und die alten Baracken dort belassen, nebstdem, dass man die alten Linienamtsgebäute an Gewerbsleute vermietet. Dafür kann ich mich nicht erwärmen und ebensowenig wird dies die Bevölkerung thun.

Ein sehr wunder Punkt ist die Haltestelle bei der Burglinie. Diejenigen, die von der Breitenseerstraße und von den Bahnhöfen kommen, müssen bei der Mariahilferlinie einsteigen; das ist nicht recht, wenn man berücksichtigt, dass in diesem Rayon 70.000 Einwohner sind, die eine Berechtigung haben, ihr Verkehrsbedürfnis befriedigt zu sehen. Es ist nicht passend, da zu sparen, und ich werde am Schlusse einen Antrag stellen, dass die Haltestelle anstatt bei der Burglinie bei der Westbahnlinie errichtet werde; das liegt auch im Interesse des VII. Bezirkes und auch auf den XIV. Bezirk ist diesbezüglich Rücksicht zu nehmen.

In dieser Frage lege ich der Commission ans Herz, nicht soviel ans Sparen zu denken, und nicht einen neuen Gürtel, einen lästigen Wall zu schaffen, sondern etwas Geschmackvolles zustande zu bringen, so dass man beim Eintritt aus dem alten in das neue Wien etwas sieht, so dass man sagt: In diesem Decennium wurde etwas Schönes, Praktisches geschaffen, aber nicht solches, wo uns die Nachwelt flucht.

Zum Schlusse erlaube ich mir den Antrag zu stellen, es solle eine Haltestelle an der Westbahnlinie, statt an der Burggasse errichtet werden, ebenso an der Altlerchenfelderstraße. Bezüglich Hernals möchte ich mir die Bemerkung erlauben, dass diese Haltestelle, wie sie im Projecte beantragt ist, angenommen wird.

Stadtbaudirector Berger: Ich habe auf die Ausführungen des Herrn Gem.-Rathes Rosenstingl einiges zu erwidern. Es ist dargestellt worden, als ob die Bahnanlage an der Gürtelstraße in brutaler Weise geführt wird, welche das Erstehen eines Linienwalles nach sich zieht. Ich möchte mir die Bemerkung erlauben, dass da in etwas zu lebhaften Farben geschildert wurde. (Rufe links: Schadet nichts!) Darüber habe ich kein Urtheil. Die Bahn selbst liegt in der Hauptsache im Einschnitte und ist, wie es im Stadtrathe beantragt wurde, zu schließen. Dass die Bahn nicht durchaus im Einschnitte geführt werden kann, dafür ist ein rein constructiver Grund: weil man die Bachcanäle nicht ohneweiters abschneiden kann. Es ist weiter gesagt worden: Wenn der Umbau jedes Canals eine Million kosten würde, so würde es der Gemeinderath bewilligen. Mit einer Million kann man allerdings viel machen, aber ich mache darauf aufmerksam, mit dem Umbau allein ist nicht viel gethan. Es müsste z. B. in der Lerchenfelderstraße der Canal in 20 bis 25 m Tiefe hinuntergehen, und wie sich der ganze Privatbesitz zu einer solchen Unterminierung der Straße stellen würde, das ist auch in Betracht zu ziehen. Weiter ist zu bemerken, dass man solche Bachcanäle, deren Gefälle genau geregelt wurde, nicht ohneweiters stören darf. Drückt man sie hinunter, um die Bahn hinüberführen zu können, so verschlechtert man den heutigen Zustand, da im Unterlaufe ein schlechtes Gefälle ist. Hebt man die Bachcanäle, um mit der Bahn durchschliefen zu können, so verdirbt man das Gefälle in den Vororten so, dass Wasserstauungen und Überschwemmungen eintreten können. An dem Gerinne solcher Bäche zu rühren, ist ein sehr gewagtes Unternehmen, und jeder Ingenieur weicht einem derartigen Vorhaben aus, und ist das der Grund, warum man dort keine Tiefbahn angewendet hat. Wollte man sie anwenden, so müsste man unter die heute bestehenden Objecte gehen. Dann müsste man auch die Consequenzen tragen; um die Nivellette so zu führen wie heute, müsste man so tief gehen, dass man bei der Westbahn vielleicht Stollen von 30 bis 35 m Tiefe bekommt, also sechs, sieben Stock Häuserhöhe. Das ist die weitere Consequenz.

Ich bitte weiter zu beachten: Die Bahn wird in einer 40° breiten Straße liegen. Rechts und links ist die 12 m breite Straße entwickelt, in der Mitte liegt der 24 m breite neutrale Streifen. In diesem liegt die Bahn. Ich glaube, dass dieser Streifen ausschließlich zu Parkanlagen bestimmt sein wird, an geeigneten Stellen vielleicht zu Parkanlagen oder Kinderspielplätzen. Dass dort z. B. Holzniederlagen u. s. f. entstehen, kann ich mir nicht vorstellen. Wenn innerhalb dieses Streifens eine Hochbahn geht und beiderseits Parkanlagen sein werden, so kann ich mir nicht denken, dass das eine Verunzierung der Gegend sein wird, umsoweniger, als eine Bogenstellung und, wie beantragt wird, Eisenconstruction angewendet werden kann. Es wirkt sogar gut, wenn derartige Colonnaden sind, welche gewissermaßen den Hintergrund zu den Kinderspielplätzen und Parkanlagen bilden werden und zu Unterständen dienen können.

Ich halte also dafür, dass der Vergleich von Wiederaufrichtung der alten Stadtmauer und von der Abmauerung der neuzugewachsenen Theile nicht zutreffend ist, da eine solche nicht geplant wird, ebenso wenig ein vier- oder fünfmaliger Niveaueinschnitt, da ein solcher nur zweimal vorkommt und die Strecke, wo diese zwischen Hochbahn und Tiefbahn geplant sind, nicht länger als 200 m ist. Denn zwischen der Neustift- und der Menzelgasse sind nicht mehr als 200 m. Die Neustiftgasse geht darüber, die Menzelgasse schon darunter. Wenn man weiter bedenkt, dass der Gürtelspiegel in der Mitte erhöht werden kann — man kann ihn ganz gut gegen ein, zwei Meter heben — so kann man diese 200 m, wenn sie gar so gräßlich erscheinen, noch immer reducieren bis auf 150, ja auf 100 m, wo dann wieder ein Querverkehr stattfindet. Ich glaube nur bemerken zu müssen, dass die Ingenieure, die dieses Project verfasst haben, doch nicht so brutal vorgegangen sind, wie hier die Auffassung vorherrscht. (Zustimmung.)

Referent (Schlusswort): Ich habe schon bemerkt, dass es ganz genügend ist, was uns von Anfang an auf dieser Bahnstrecke zugemuthet wurde, und dass man die dort bestehenden Übelstände

nicht noch durch Übertreibung vergrößern soll. Ganz unrichtig ist es, dass ein vier- bis fünfmaliger Niveauwechsel stattfinden soll, dass mit so einfachen Mitteln eine Tiefbahn herzustellen wäre, und unrichtig ist es auch, dass diese Strecke überhaupt durchaus als Hochbahn befahren werden könnte. Wir haben keine solchen Betriebsmittel, außer wir machen eine Zahnradbahn, um diese Höhendifferenzen zu überwinden; und ob es zweckmäßig wäre, ungezählte Millionen auszugeben, um alle diese Bäche abzuleiten oder zu reconstruieren, dass sie unterfahren werden können, ist auch eine andere Frage, ob Sie diese sechs Stock hohen Treppen anlegen wollen, um dafür zwei Nullpunkte zu vermeiden, die an Straßen liegen, wo gar kein großer Verkehr ist, während, wie ich ebenfalls schon bemerkte, alle Straßen, welche für den Verkehr wichtig sind, vollständig durchgehen.

Ich wende mich jetzt hauptsächlich gegen den Antrag Rosenstingl, weil er ein Vertagungs-Antrag ist; er lautet: „Wenn es überhaupt möglich ist, die Canäle, resp. die eingewölbten Bäche zu reconstruieren, welche die Tiefbahn kreuzen, so ist die ganze Strecke von der Westbahnlinie bis zum Nussdorfergürtel als Tiefbahn zu führen."

Ja, meine Herren, möglich ist auf der Welt alles! Es ist selbstverständlich, wenn Sie die Häuser niederreißen und diese Bäche irgendwie umlegen — es wird aber nicht so einfach gehen, die Bachsohle so tief zu legen, namentlich in so engen Straßen — technisch möglich ist alles. Wenn Sie also dem zustimmen, so sagen Sie einfach: Wir wollen die Gürtelbahn nicht, denn die Auslagen, die das erfordern würde, kann kein Mensch bezahlen und es ist gar keine Aussicht, dass diese Bahn überhaupt gebaut würde.

Aus diesem Grunde bitte ich Sie vorläufig um Ablehnung des Vertagungs-Antrages.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (welcher mittlerweile den Vorsitz übernommen hat): Ich bringe den Antrag des Herrn Gem.-Rathes Rosenstingl zur Abstimmung. Die anderen Anträge bleiben für die einzelnen Punkte vorbehalten, wenn sie vom Herrn Referenten zur Verlesung gebracht werden.

Ich bitte also jene Herren, welche dem Antrage des Herrn Gem.-Rathes Rosenstingl zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Abgelehnt.

Nun bitte ich, mit der Verlesung zu beginnen.

Referent: Ich komme jetzt auf die einzelnen Punkte, welche der Stadtrath für die Durchführung dieser Theilstrecke Westbahnhof—Heiligenstadt aufgestellt hat.

„a) Die Tracenführung ist in den geraden Strecken jedenfalls in der Axe und bei Krümmungen möglichst innerhalb des Spiegels der Gürtelstraße zu legen."

Ich glaube, dieser Antrag ist so klar und richtig, dass gegen denselben wohl keine Einwendung stattfinden wird. Hiezu ist nur ein Zusatz vom Herrn Gem.-Rath Winkler beantragt, der lautet: „Die Bahn sei in der Mitte des Gürtelspiegels zu führen, die Realitäten Nr. 1 und 2 im XVII. Bezirke, Hauptstraße einzulösen und die Gürtelstraße in der ganzen Breite zu eröffnen."

Wir können doch unmöglich alle einzelnen Häuser nennen, welche einzulösen sind, um die Bahn in der Mitte zu führen. Deshalb halte ich es nicht für zweckmäßig, diesen einfachen, klaren und präcisen Ausdruck noch durch Details complicierter zu machen. Ich bitte Sie also, Punkt a) ohne irgend einen Beisatz anzunehmen.

Gem.-Rath Gschwandner: Ich möchte eine kleine Abänderung beantragen. Hier heißt es: „möglichst innerhalb des Spiegels". Wäre es nicht möglich zu sagen: „möglichst innerhalb der Axe des Spiegels"?

Referent: Bei einer gekrümmten Strecke ist es schwer, von einer Axe zu sprechen. Wenn man sagt „innerhalb des Spiegels", so ist das ja auch gesagt, dass man möglichst in der Mitte bleiben will; bei Curven ist das manchmal wirklich schwer.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Wenn das nicht der Fall ist, so bitte ich die Herren, welche mit dem Referenten-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Referenten-Antrag ist angenommen.

Damit ist der Antrag Winkler im ersten Theile erledigt, er ist nämlich identisch, er wünscht auch die Bahn in der Mitte des Gürtelspiegels zu führen. Nun wird von Gem.-Rath Winkler der Antrag gestellt, die Realitäten Nr. 1 und Nr. 2 in der Hauptstraße des XVII. Bezirkes einzulösen und die Gürtelstraße in ihrer ganzen Breite zu eröffnen.

Gem.-Rath Winkler (zur Geschäftsordnung). Ich muss nur bemerken, dass die zwei Realitäten vollkommen in der Mitte des Gürtelspiegels liegen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte die Herren, welche dem Antrage Winkler zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen. (Widerspruch.) Ich bitte die Herren, welche einverstanden sind, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht.) Es ist die Majorität. Ich unterbreche nun die Sitzung auf fünf Minuten. (Nach Wiederaufnahme der Sitzung.) Die Sitzung ist wieder eröffnet, ich bitte den Herrn Referenten, fortzufahren.

Referent: Wir sind bei der Theilstrecke Westbahnhof—Heiligenstadt angelangt bei Punkt b), der lautet: Das zwischen Kilometer 3 und 3·5 bestehende städtische Wasserreservoir ist einzulösen. Das ist nur eine Folge des Punktes a).

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Keine Einwendung? (Nach einer Pause.) Angenommen.

Referent: c) Bei der Tracenführung in der Strecke zwischen Kilometer 4 und 4·5 ist die in letzter Zeit festgesetzte Baulinie der Gürtelstraße zu berücksichtigen — da ist eine stilistische Änderung — und demnach die Trace den neuen Baulinien gemäß in die hienach sich ergebende Axe zu verlegen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? (Nach einer Pause.) Angenommen.

Referent: d) Gegen die Führung der Bahn über den Grund des städtischen Wasserreservoirs nächst der Lerchenfelderlinie obwaltet gegen dem kein Anstand, dass die dort erforderlichen Wasserleitungsrohr-Verbindungen auf Kosten der Unternehmung hergestellt werden.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? (Nach einer Pause.) Angenommen.

Referent: e) Auch in der Strecke zwischen Kilometer 4·8 und 5·1 ist die Bahntrace in die Mitte des Gürtelstraßenspiegels zu verlegen. Das ist nur ein Detail der allgemeinen Bestimmung.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? (Nach einer Pause.) Angenommen.

Referent: f) Die Bahnstrecke zwischen Kilometer 2·8 und der Westbahnstraße ist sofort einzudecken. Das ist nämlich am Beginne der großen Linie, wo ein großer Verkehr, ein Markt ist; da ist die Überdeckung der Untergrundbahn gewiss gerechtfertigt.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? (Nach einer Pause.) Angenommen.

Referent: g) Für die directe Fortführung der Josefstädterstraße sind entsprechend hohe und breite Durchlässe im Bahnkörper der Gürtelstraße zu schaffen.

Gem.-Rath Ritt. v. Neumann: Ich möchte noch eine Ergänzung haben. Es ist wohl sinngemäß: „Josefstädterstraße und Lerchenfelder Hauptstraße im XVI. Bezirk" zu sagen. Ich beantrage diese Einschaltung.

Referent: Ich erlaube mir darauf aufmerksam zu machen, dass diese Stilisierung eine Folge davon war, dass damals noch der Bahnhof dort geplant war. Wenn der Bahnhof entfällt, könnte man sagen: In der Strecke Lerchenfelderstraße zur Josefstädterstraße ist eine Gallerie anzulegen.

Stadtbaudirector Berger: Das greift doch der Entscheidung bezüglich des Bahnhofes vor.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bringe zur Abstimmung Punkt g), sodann den Zusatz-Antrag Neumann. Ich bitte jene Herren, welche dem Referenten-Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Ich bitte jene Herren, welche dem Zusatz-Antrage Neumann zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Referent: h) Rücksichtlich der Strecke Kilometer 5·1 bis Kilometer 5·8, woselbst die Gürtelstraße durch die Station Michelbeuern abgeschnitten erscheint, ist das Project dahin abzuändern, dass die Durchführung des inneren Theiles der Gürtelstraße unbehindert auf Kosten der Unternehmung erfolgt und dass auch die Communicationen zwischen dem äußeren und inneren Gürtel ermöglicht werden. Dieser Bahnhof ist in der Weise zu situieren, dass Beginn und Ende desselben in die Mitte der Gürtelstraße fällt.

Das ist eine der allerbösesten Stellen, welche für die Bahn überhaupt projectiert sind.

Es war beantragt, dass der Bahnhof die Gürtelstraße in einer Weise beengt, dass sie geradezu zu einer secundären Straße würde, dass auf der anderen Seite der Bahnhof an die Irrenanstalt anschließt, mit einem Wort, die Straße wäre ganz ungenügend. Es wird also hier gefordert, dass der Bahnhof in die Mitte der Gürtelstraße verlegt werde und die Gürtelstraße rechts und links vom Bahnhof vorüberführt, so dass der Verkehr in keiner Weise beeinträchtigt wird.

Zu dem Punkte h) ist von Seite des Herrn Collegen Müller eine Ergänzung beantragt worden, nämlich eine andere Stilisierung des Schlusssatzes. Nach „situieren" soll es heißen, dass die Ein- und Anfahrtscurven noch innerhalb des Gürtelspiegels liegen und die Führung der Bahn nach beiden Seiten in die Axe des Spiegels fallen soll. Das ist derselbe Gedanke. Auch der Herr Collega Müller will, dass der Bahnhof in die Mitte der Gürtelstraße kommt.

Gem.-Rath Rosenstingl: Ich muss mir doch noch einmal erlauben, auf die Station Michelbeuern zurückzukommen, und ich möchte doch empfehlen, ob nicht die Alternative möglich wäre, nämlich die gerade Durchführung dieser Strecke — Sie werden sich aus dem Plane erinnern, dass hier eine förmige Abzweigung ist — unter dem Parke des Irrenhauses. Dadurch wäre die ganze Sache aus der Welt geschafft. Denn mit dem, dass man die innere Gürtelstraße frei macht, ist eigentlich auch nicht viel geschehen, es ist nur das Übel etwas weniger schlecht gemacht. Stellen Sie sich diese Gürtelstraße vor. Wenn das durchgeführt wird, so wird die innere Gürtelstraße nicht auf 15, 18, 24 m frei gelassen, sondern es bleibt nur ein kleiner Durchlass frei. Hier kann man mir nicht mit Bächen oder Anlagen kommen. Man könnte eine Strecke hineingehen, die Bahn könnte als Tiefbahn durch den Park durchgeführt werden. Ob die Station Michelbeuern vor oder hinter dem Park sein muss, ist nicht von Bedeutung. Ich möchte überhaupt den Gedanken aussprechen, dass man diese Anlage von Stationen nicht zu seriös nimmt. Es handelt sich nicht um eine Tramway, sondern es ist eine Vollbahn, und täuschen wir uns nicht, es ist zwischen den Zeilen des Erlasses des Handelsministeriums zu lesen, dass dort nur hie und da Personen befördert werden. Diese Bahn ist nicht für den Personenverkehr in dem Sinne, wie wir es auffassen. Diese Bahn dient überhaupt anderen Zwecken und wenn wir dort alle 20 Minuten einen Zug haben, so können wir uns die Finger abschlecken. Das ist das Höchste, was überhaupt geschieht.

Wenn jemand eine Theilstrecke befahren will, so fällt ihm nicht im Schlafe ein, dazu die Stadtbahn zu benützen, weil er möglicherweise 15 Minuten auf den Zug warten muss, und wenn er zu einem Weg, der 20 oder 25 Minuten weit ist, 20 Minuten auf einen Zug warten muss, so setzt er sich lieber auf die Tramway und fährt zu diesem Punkte oder geht sogar.

Diese Linie hat nur den Zweck, diejenigen, die von Punkten draußen wieder weit hinausfahren wollen, zu befördern. Ich weiß aber nicht, ob soviele Personenzüge eingeschaltet werden, wie sie jetzt auf der Verbindungsbahn eingeschaltet sind. Die Stadtbahn ist nicht in dem Sinne gedacht, wie wir sie uns vorstellen, wie die Londoner oder Berliner Stadtbahn ist, wo alle zwei bis drei Minuten ein Zug fährt, darum schreckt es mich nicht, wenn ich vielleicht zu einer solchen Station fünf Minuten gehen muss. Diese Stationen haben für mich eine ähnliche Bedeutung, wie die Hauptstationen, wenn ich eine weite Strecke fahren will. Wenn ich in die Nähe fahren will, so fahre ich mit dieser Bahn gar nicht, das fällt mir nicht ein. Ich muss bei dieser Gelegenheit, weil ein Punkt, der von der Tiefbahn spricht, nicht enthalten ist, darauf zurückkommen. Ich weiß nicht, ob mich die Herren absichtlich falsch verstanden haben oder nur bona fide. Ich habe nicht mit einem Worte gesagt, dass wir einen dieser Bäche unterfahren sollten. Nur in diesem Falle würde jene Tiefe herauskommen, die uns hier wie der Teufel an die Wand gemalt wird. Das ist mir imputiert worden, damit man ein Argument gewinnt. So sollte man nicht kämpfen. Man sollte überhaupt die Dinge mit Ernst besprechen. Damit imponiert man mir nicht, wenn der Herr Referent von einer Zahnradbahn spricht und Witze macht. Damit lasse ich mir nicht imponieren, man muss mir mit Ziffern kommen.

Auf dem Stadtbauamt habe ich mir von Herrn Thalhammer die Coten dieser Bäche geben lassen wollen; wenn ich diese bekommen hätte, so hätte ich nicht ein Wort gesprochen. Ich will ja nicht mit dem Kopfe durch die Wand, ich will über den Bach hinweg, und wenn man etwas nur will, so geht manches in der Welt. Es geht, dass man einen Canal nicht eiförmig in

die Höhe baut, es geht, dass man einen Canal drückt, wenn es sich um 30 bis 40 cm handelt, es geht auch vielleicht . . .

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (unterbrechend): Herr Redner kommen auf einen Umstand zurück.

Gem.-Rath Rosenstingl: Ich bitte, das hängt damit zusammen, weil ich die Station Michelbeuern nur dann als Tiefbahnstation nehmen kann, wenn die Tiefbahn im Princip angenommen wird. Ich möchte schon bitten, dass mir das Wort gestattet werde.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte, die Ausführungen über die Führung des Baches sind, glaube ich, schon verspätet. Bitte sich an den Gegenstand zu halten.

Gem.-Rath Rosenstingl: Aber es wird ja wieder vorkommen. Die Bäche bilden ja keinen Programmpunkt, darum muss es mir gestattet sein, das einzuschalten, damit man mich nicht als einen Menschen hinstellt, der nicht früher darüber nachdenkt, was er redet. Es ist mir nicht eingefallen, in die Tiefe hinunter zu gehen, sondern ich habe gehört, dass der Alsbachcanal circa 8 m mit der Sohle tief liegt, und ich habe gesagt — die Herren werden sich erinnern — wenn eine Umlegung Millionen kosten würde oder sie wegen des ohnehin geringen Gefälles nicht möglich ist, begebe ich mich jedes Wortes. Aber ich will, dass das ganz genau constatiert werde, dass man mir präcise sage: Es ist unmöglich, bei der Lerchenfelderlinie hinunter zu gehen, bei der Währingerlinie hinunter zu gehen, über den Alsbach hinüber zu gehen. Wenn man mir das sagt, so glaube ich es und bin zufrieden. Ich weiß es aber nicht, man hat uns nichts in die Hand gegeben; wir haben jetzt erst während der Sitzung den Motivenbericht des Bauamtes bekommen; man kann ja das nicht aus den Ärmeln schütteln, uns stehen ja die Daten nicht zur Verfügung. Ich verlange nichts Ungerechtes, aber man soll nicht Witze machen und uns nicht mit Argumenten kommen, mit 30, 40 und 50 m u. s. w. Bleiben wir einfach ernst und sagen wir, so und soviel beträgt die Tiefe, das und das können wir also nicht machen, und damit werden wir uns zufrieden geben.

Referent: Ich will constatieren, dass sich der verehrte Herr College Rosenstingl sehr im Irrthum befindet, wenn er glaubt, dass ich über ihn einen Witz machen wollte. Ich habe wörtlich gesagt, technisch ist alles möglich, es ist gar kein Zweifel, dass man diese Bäche in der Tiefe unterfahren oder die Bahn auch über die Bäche führen könnte. Aber wie die Bäche jetzt existieren, wenn man diese ungeheueren Kosten nicht anwenden will, die Bäche zu verlegen, müsste man die Bahn so tief anlegen, dass man circa 26 bis 30 m hinabsteigen müsste. Das ist ungefähr 5 bis 6 Stockwerke. Diesen Passus mit der Zahnradbahn habe ich nicht in Bezug auf die Tiefbahn gebraucht, sondern in Bezug auf die Hochbahn, die auch angeregt worden ist. Herr Rosenstingl kennt die Niveauverhältnisse sehr genau und wird zustimmen, dass, wenn man mit Hochbahn anfängt, man gegen Nussdorf eine Rutsche bekommt, die man nur mit einer Zahnradbahn überwinden könnte.

Gem.-Rath v. Stummer: Der geehrte Herr Vorredner hat den Wunsch geäußert, man solle die Station Michelbeuern in den Untergrund verlegen. Ich bitte doch recht sehr, zu bedenken, wir haben auf der ganzen Strecke gar keine Frachtenstation. Der Herr Vorredner hat gesprochen von dem Personenverkehr, wir müssen trachten, eine Station zu bekommen, wo wir Frachten auf- und abladen können; das gestaltet sich bei dieser Anlage sehr gut, weil wir in dem Dreieck nördlich oberhalb verschiedene Depots und Abladeplätze schaffen können. Wir müssen für die Industrie auch sorgen, wir sorgen zu wenig für das Geschäft und das soll auch berücksichtigt werden. Meiner Ansicht nach liegt die Station hier am allerbesten. Was beantragt ist, dass die Commission auf der rechten Seite auch den Gürtel durchführt, ist ganz richtig und wir wollen das verlangen, aber eine Abänderung der Station halte ich für schädlich aus geschäftlichen Rücksichten, und das müssen wir doch auch berücksichtigen. Wenn wir gar keine Station haben, wo wir Frachten auf- und abladen können, was wollen wir dann mit der ganzen Linie, wenn wir nur auf den Personenverkehr rechnen? Das halte ich für unrichtig; ich möchte daher bitten, lassen wir die Station wo sie ist; sie ist sehr gut situiert. Wir müssen auf das Geschäft Rücksicht nehmen, die Bewohner dieses Theiles müssen einmal eine Station bekommen, wo sie die Frachten auf- und abladen können. Das ist ein außerordentlich wichtiger Punkt. Wir könnten die Station in den Untergrund verlegen, aber praktisch ist es nicht; ich muss sagen, vom geschäftsmännischen Standpunkte wäre das ein großer Nachtheil, und ich bitte, die Station so zu acceptieren, wie sie geplant ist.

Gem.-Rath Josef Müller: Es existiert eine Station Michelbeuern. Bei dieser Station ist ein ziemlich scharfer Winkel der Gürtelstraße. Diesem Winkel kann die Station Michelbeuern nicht folgen, weil sie den Radius nicht einhalten kann. Es ist dort eine sanfte Curve eingeschaltet; dadurch wird die ganze Station gegen den Irrenhausgarten gedrängt, so dass die Straße nicht mit 12° freibleibt, sondern ein Platz von 20 bis 30° zwischen der Gürtelstraße und der zukünftigen Station Michelbeuern freibleibt, dort soll ein Garten gepflanzt werden. Nun ist geplant, dass an der Gürtelstraße, welche an der Stelle um das doppelte verbreitert wird, was gewiss nicht zum Nachtheile sein wird, ein Gürtel angelegt wird, so dass die innere Gürtelstraße ihre wirkliche Fortsetzung durch den Irrenhausgarten findet. Es ist das eine Anlage, welche gewiss nicht unschön sein wird, nachdem der Theil hinter der Station als Gartenanlage dienen wird. Die Zufahrt in einer offenen Station ist viel bequemer für den Frachten- und Personenverkehr und viel besser als in einer Untergrundbahn. Die Station in einer Untergrundbahn, wo viele Züge verkehren, ist derart mit Rauch angefüllt, dass ein förmlicher Rauchfang entsteht, während, wenn die Bahn in einer offenen Linie fährt, der Rauch sich verflüchtigt. Wenn man es so machen wird, wie es der Herr Gem.-Rath Rosenstingl befürwortet, so müsste die Station viel weiter gegen das Irrenhaus führen, dadurch müssen Sie die Strecke schon von der Elterlein'schen Realitiät abzweigen, und Sie bekommen eine Strecke in der Hochbahn, welche nicht parallel zur Gürtelstraße ist. Sie müssen den Weg quer über die Gürtelstraße, über die Häuser hinüberführen, und das ist gewiss unschön. Ich finde, dass die Anlage der Station Michelbeuern in einem offenen Einschnitt, nachdem beiderseits eine Gartenanlage möglich und wirklich ausführbar ist, und nachdem die Gürtelstraße auf das doppelte verbreitert wird und die Bahn auf eigene Kosten die Verantwortung übernimmt, die Verbindung herzustellen, den Verhältnissen entsprechen würde, und ich würde bitten, das anzunehmen.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Ich weiß nicht, welche Vorstellung sich die Herren von dieser Bahn machen, aber was ich hier höre, übersteigt meine Begriffe. Ich höre von einem Frachtenbahnhof sprechen. Ich glaube, der Herr Stadtbaudirector und der Herr Referent werden zugeben, dazu, von einem Frachtenbahnhofe zu reden, gehört viel Phantasie. Der Herr College v. Stummer möge mir das verzeihen. Woher sollen Frachten kommen? Ich

bitte mir nur ein Geschäft zu nennen, welches dorthin Frachten expedieren wird. Frachten kommen entweder auf die Vorortelinien oder auf die großen Bahnen. Wenn Frachten auf den großen Wagen aufgeladen werden müssen, so ist es vollständig gleichgiltig, wie weit sie zu fahren haben, ob eine Viertelstunde oder eine Stunde. Man muss die Geschäfte kennen, um zu wissen, dass dort gewiss kein Frachtenverkehr sein wird. Es ist von Rauchbelästigung gesprochen worden. Hoffentlich werden die Maschinen nicht mit jenem Dampf fahren, wie er auf der Verbindungsbahn erzeugt wird. Hoffentlich wird man mit Coaks heizen. Mit Kohlen zu heizen, wäre der größte Wahnsinn. Wenn der Herr Gem.-Rath Rosenstingl einen Antrag vorlegt, werde wenigstens ich für ihn stimmen. Meine Herren! Die Irrenanstalt — es ist schade, dass Herr Landtags-Abgeordneter Dr. Richter heute Vorsitzender ist und sich daher an der Debatte nicht betheiligen kann — wird noch solange stehen, dass wir alle zusammen es nicht erleben werden, dass sie wegkommt. So ist die Sache, und so ist sie auch heuer im Landtage besprochen worden. Ja, Herr Gem.-Rath Matzenauer wird das bestätigen, weil er, wie ich glaube, selbst das gesagt hat. (Gem.-Rath Matzenauer: Ja!) Also, meine Herren, das sind Phantasien und mit solchen Dingen befasse ich mich nicht gerne. Ich bitte also, dass Herr Gem.-Rath Rosenstingl seinen Antrag stilisiere und dann werden wir dafür stimmen.

Gem.-Rath v. Neumann: Meine Herren! Die Station Michelbeuern wird eine wesentliche Umgestaltung erfahren durch den Antrag, es sei eine Station bei der Alserstraße zu errichten. Jetzt ist die Station Michelbeuern combiniert aus einem Rangierbahnhof und der Personenstation Czermakgasse, wogegen die Hernalser Hauptstraße als Hauptzufahrtsstraße keine Haltestelle für den Personenverkehr erhalten soll. Nun ist ein Antrag gestellt worden, der auch angenommen werden dürfte, an der Alserstraße bei der Ausmündung auf die Gürtelstraße eine Personenstation zu errichten. Wenn das geschieht, wird sich die Station Michelbeuern wesentlich umgestalten und eine andere Configuration annehmen. Jedenfalls steht fest, dass man Haltestellen dort machen soll, wo Hauptstraßenzüge einmünden und das sind die Stellen Hernalser- und Ottakringerstraße. Die Haltestelle in der Alserstraße wird jedoch die Frage der Errichtung einer Station Michelbeuern tangieren.

Es ist übrigens geradezu unerklärlich, dass man dort, wo keine Straßenverbindungen bestehen, solche Hauptstationen anlegen will. Ich bin überzeugt, dass den Wünschen des Herrn Gem.-Rathes Rosenstingl durch diesen Antrag zugleich Rechnung getragen werden wird, denn man wird sich dann sagen müssen, es hat keinen Sinn, einen so großen Bahnhof dort ferner noch zu errichten, wo weder von außen, noch von innen eine Hauptverkehrsstraße ausmündet. Meine Herren, das scheint mir überhaupt eine eigenthümliche Geschichte von Haus aus, und ich habe darüber einen Witz gehört mit Rücksicht auf das Irrenhaus, den ich nicht wiederholen will, aber er war berechtigt. (Gem.-Rath Dr. Lueger: Er ist wohl naheliegend.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Der Herr Referent hat das Schlusswort.

Referent: Ich hoffe, dass keine Opposition gemacht und der Antrag des Stadtrathes angenommen wird, wie er gestellt ist; denn die Station Michelbeuern ist gegenwärtig so situiert, dass nach keiner Seite hin eine Belästigung stattfindet. Wenn man die Berliner Stadtbahn kennt, so weiß man, dass dort die Stationen in noch viel engeren Straßen sind und zwar bei einer Hochbahn, und hier ist keine Hochbahn, und ist rechts und links viel mehr Raum als in Berlin; die Gürtelstraße wird enorm verbreitert, und es ist gewiss ein sehr großer Vortheil, wenn diese schönen Anlagen, die rechts und links vom Bahnhofe sind, bequem befahren werden können. Es ist auch keine Gefahr, dass rechts oder links nur ein schmaler Weg sein wird, sondern es werden breite Straßen sein wie die übrigen Straßen, und ebenso breit wie die Gürtelstraße an anderen Stellen. Ich bitte Sie daher, für den Antrag des Stadtrathes zu stimmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Gegen den Referenten-Antrag ist folgender Gegen-Antrag vom Herrn Gem.-Rath Rosenstingl gestellt worden:

„Es ist die Verlegung der Station Michelbeuern in den Untergrund längs dem Irrenhausparke und die Abänderung der Richtung der Trace als gerade Fortsetzung in Aussicht zu nehmen."

Die Herren, die diesem Antrage zustimmen, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Ich bitte um die Gegenprobe. (Geschieht.) Das ist mit 21 gegen 17 Stimmen abgelehnt. (Rufe: Wir sind nicht beschlussfähig!) Bitte zu zählen. (Das Ergebnis der Zählung ergibt, dass 49 Gemeinderäthe anwesend sind.)

Gem.-Rath Dr. Lueger (zur Geschäftsordnung): Es ist verkündet worden 17 gegen 21. Anwesend sind, wie ich gehört habe, 49. Nach dem Statute, nach unserer Geschäftsordnung kann ein Beschluss nur von der Majorität der Anwesenden gefasst werden. Es müssen also für den Antrag mindestens 25 stimmen, es ist also eigentlich kein Beschluss zustande gekommen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich muss sehr bitten, für den Antrag Rosenstingl war die erforderliche Anzahl nicht zu finden, also ist er abgelehnt. Zur Abstimmung gelangte der Antrag Rosenstingl. Derselbe hat die Majorität nicht erlangt, nun kommt der Antrag des Referenten zur Abstimmung.

Gem.-Rath Rosenstingl (zur Geschäftsordnung): Es ist mir gesagt worden, dass man sich gewehrt hat, dass das als Fixum eingestellt werde. Ich habe vielleicht ein schlechtes Wort gebraucht, ich habe gemeint, dass das als Studie in Aussicht zu nehmen sei. Ich will das nicht als Definitivum hinstellen und bitte, dass dies als Zusatz-Antrag angesehen werde.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wenn die Versammlung einverstanden ist, bringe ich diesen Antrag als Zusatz-Antrag zur Abstimmung. Jetzt bringe ich den Referenten-Antrag zur Abstimmung, jedoch nur bis zu den Worten „ermöglicht werden" (liest): „Rücksichtlich der Strecke Kilometer 5·1 bis Kilometer 5·8 u. s. w., dass auch Communicationen zwischen dem äußeren und inneren Gürtel ermöglicht werden".

Für den Schluss liegt ein Gegen-Antrag vor. Wünscht jemand das Wort? Wenn dies nicht der Fall ist, bitte ich jene Herren, welche damit einverstanden sind, die Hand zu erheben. — Angenommen.

Gegen den Schluss kommt zur Abstimmung der Gegen-Antrag des Herrn Gem.-Rathes Josef Müller, welcher lautet: „Dieser Bahnhof ist in der Weise zu situieren, dass die Ein- und Abfahrt-Curven noch innerhalb des Gürtelspiegels liegen und die Führung der Bahn nach beiden Seiten in der Axe des Spiegels ermöglichen wird." Bitte jene Herren, welche diesem Gegen-Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. — Angenommen.

Nun kommt zur Abstimmung der Zusatz-Antrag des Gem.-Rathes Rosenstingl: „Es wäre zu studieren, ob nicht die

Verlegung der Station innerhalb Michelbeuern in den Untergrund u. s. w. Ich bitte jene Herren, welche dem Antrage in der Fassung zustimmen, die Hand zu erheben. — Angenommen.

Ich bitte fortzufahren.

Referent (liest): i) Anstatt der bei Kilometer 4·0 bis 4·7 und 6·4 bis 7·0 projectierten Stützmauern sind Bogenstellungen zur Erleichterung des Verkehrs anzubringen. Ich glaube, es ist begründet, dass wir bestrebt sind, diese Basteimauern zu entfernen und dafür etwas Angenehmeres zu bieten.

Zu Punkt i) ist ein Antrag des Gem.-Rathes Müller eingebracht worden, welcher lautet, anstatt einfacher Bogenstellungen" zu sagen: „Bogenstellungen, combiniert mit Eisenconstructionen und geräuschloser Fahrt."

Gem.-Rath Wünsch: Ich habe mir, meine Herren, das Wort erbeten, um gegen die Fassung, wie sie hier stilisiert ist, zu sprechen. Es hat ein Collega, welcher früher gesprochen hat, bereits in sehr drastischer Weise und eclatant nachgewiesen, dass die ganze Gürtellinie eigentlich den Erwartungen der Vorortebewohner absolut nicht entspricht. (Rufe: Sehr richtig!) Es war eine große Enttäuschung, die die Vorortebewohner erfahren haben, denn das Bedürfnis eines Verkehrs, wie er auf dieser Bahn sich entwickeln wird, besteht in den Vororten absolut nicht. Dagegen besteht aber das Bedürfnis, aus den Vororten in das Centrum der Stadt zu kommen. (Rufe: So ist es!) Diesem Bedürfnisse ist mit den Linien, wie sie vorliegen, nicht abgeholfen. Wir haben uns der Enttäuschung gefügt. Nun kommt aber eine zweite Enttäuschung, und diese zweite Enttäuschung, die sehr bitter ist, liegt in den Details, welche hier in den Plänen enthalten sind, welche vor Ihnen liegen: die Art und Weise, wie die Bahn durch unsere Gürtelstraße geführt werden soll. Ich kann Ihnen sagen, die Vorortebewohner sind stolz auf ihre Gürtelstraße. Es ist das Schönste, was sie haben. Ein großer Luftraum, und es sind große Opfer gebracht worden, um dieselbe zu schaffen. Sie wird sich wohl auch ferner noch weiter entwickeln und wird der Stadt Wien zur Zierde gereichen. Aber was geschieht jetzt? Man wollte einen Linienwall, den wir zu demolieren erst im Begriffe sind, in die schöne Gürtelstraße, die eine Zierde der Stadt sein soll, hineinlegen. Es ist wohl allerdings gesagt worden, dass man das alles mildern kann, dass man Gartenanlagen machen wird, dass man vielleicht das Terrain gewissermaßen landschaftlich gruppieren wird. Aber, meine Herren, seien Sie überzeugt, die Schönheit der Gürtelstraße ist dadurch entschieden zerstört, gleichviel, ob die Bahn nun auf Eisenconstruction gemacht oder auf Bögen aufgeführt wird, oder auf Stützmauern gar, was das größte Unglück wäre, zu dem es hoffentlich nicht kommen wird.

Machen wir uns wenigstens Hoffnung, dass die Commission in dieser Beziehung ihren vollen Einfluss wird geltend machen, dass den ästhetischen und Verkehrsrücksichten auf der Gürtelstraße dadurch Rechnung getragen wird, dass diese Stützmauern überhaupt auf der Gürtelstraße vermieden werden, nicht, wie es im Antrag heißt, bei Kilometer so und soviel, sondern im allgemeinen.

Ich würde Sie bitten, zu beschließen, dass in allen jenen Strecken, wo auf der Gürtelstraße die Bahn als Hochbahn geführt wird, dieselbe auf Bogen zu führen sei. Wir haben damit wenigstens die Beruhigung, dass man nicht, wenn man auf Fehler in den Plänen kommt, uns sagt: Da, wo wir Bögen haben machen wollen, werden nun Stützmauern gemacht. Wir haben dann wenigstens unsere Schuldigkeit gethan und unsere Wünsche geltend gemacht.

Ich bitte, diesen Punkt folgendermaßen zum Antrage zu machen: In allen jenen Theilen der Gürtellinie, wo die Bahn auf der Gürtelstraße als Hochbahn geführt wird, sind aus ästhetischen und Verkehrsrücksichten Bogen- oder Eisenconstructionen anzuwenden.

Referent: Ich erlaube mir zu bemerken, dass gewiss für jeden, der die Anträge liest, es einen befriedigenden Eindruck machen wird, wenn man in das Detail eingeht und ganz genau die Strecke bezeichnet, in welcher Verbesserungen möglich sind. Ich habe mich genau überzeugt, dass außer diesen Strecken, die in der Vorlage angegeben sind, nämlich von Kilometer 4 bis 4·7 und 5 bis 5·7 und 4·4 bis 7 keine Strecke so gelegen ist, dass sie geeignet wäre, überhaupt solche Constructionen zuzulassen, wie vorgeschlagen wird. Es ist gewiss unser Bestreben, dass auf der Gürtelstraße die Bahn so schön als möglich ausgeführt wird, das heißt, dass die höheren Theile Bogenstellungen bekommen, was gewiss ästhetisch, sehr vollkommen wirkt. Dort sind keine eisernen Säulen mehr möglich wie beim Kinderpark, denn es müssten eiserne Säulen gemacht werden wie bei der Rotunde. Es handelt sich um ganz kolossale Höhen, darum ist der Antrag wie er vom Collegen Müller ergänzt wird, ganz richtig. Eisenconstructionen sind dort am geeignetesten, wo zu geringe Höhen vorhanden sind, um ästhetisch wirkende Bogenconstructionen auszuführen. Wo aber die Höhe vorhanden ist, wird immer eine Bogenconstruction edler und vornehmer wirken als eine plumpe Eisenconstruction. Denn solche Eisenconstructionen werden plump und unschön. Ich möchte daher bitten, diesen Antrag, wie er von dem Stadtrathe vorgeschlagen und vom Collegen Müller ergänzt wurde, anzunehmen, weil darin gewiss alles enthalten ist, was berücksichtigungswert ist und es einen besseren Eindruck macht, wenn man in die Details geht, als wenn man etwas allgemeines ausspricht.

Gem.-Rath v. Stummer: Ich habe zu diesem Punkte nichts weiter zu erwähnen.

Gem.Rath Dr. Linke: Bezüglich der Eisenconstruction erlaube ich mir ein Bedenken auszusprechen. Es ist die Eisenconstruction jedenfalls da angezeigt, wo die Gürtelstraße die normale Breite hat. Aber da, wo die Verengung der Gürtelstraße stattfindet, muss man berücksichtigen, dass eine Eisenconstruction für eine Eisenbahn mit einem solchen Geräusch verbunden ist, welches eine totale Entwertung der angrenzenden Häuser zur Folge hat.

Ich weise aus der Lectüre auf den Fall der Railway Elevated in New-York, Broadway hin, welche bekanntlich auch eine breite Straße ist, vielleicht breiter als die Gürtelstraße. In ihrem engeren Theil hat sich die Eisenconstruction nicht bewährt.

Es sind da derartige Processe enstanden, dass die Railway den Betrieb geradezu einstellen wollte. Ich bin in dieser Beziehung ein Laie, aber ich muss diese Bedenken aussprechen und es mögen die Fachleute dieselben beurtheilen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Da niemand mehr vorgemerkt ist, ist die Debatte geschlossen.

Referent (zum Schlusswort): Ich will nur das noch erwähnen, dass der Antrag des Collegen Müller jedenfalls berücksichtigungswert ist. Ich thue es sehr ungern, dass ich Anträge, welche der Stadtrath formuliert hat, in einer anderen Form zur Annahme vorschlage, aber die Sache ist so flüchtig und unter

so schwierigen Verhältnissen zustande gekommen, dass ich mich als Referent gerne füge, wenn hier Verbesserungen noch möglich sind. Ich bin sehr dafür, dass alles geschieht, um diese Bahn auf der Gürtelstraße thunlichst ästhetisch durchzubilden und muss betonen, dass es wünschenswert ist, dass in allen Strecken, wo überhaupt eine gewisse Höhe vorhanden ist, die Bogenstellungen eingeführt werden, während in allen anderen Strecken, wo diese Höhe nicht vorhanden ist, Eisenconstructionen gewählt werden.

Ich kann nur diesen Antrag, wie er hier gestellt wurde, befürworten und möchte den Herrn Collegen Müller bitten, seinen Antrag vielleicht dahin zu modificieren, dass er sich nicht bloß auf diesen Kilometer beziehe, sondern, dass überhaupt auf allen jenen Strecken, wo eine Bogenconstruction nicht möglich ist, die Eisenconstruction zu wählen ist. In dieser Strecke, von Kilometer 6·4 bis 7, ist aber die Bahn so hoch, dass die Bogenstellung und nicht die Eisenconstruction hineinpasst.

Gem.-Rath J. Müller (zur Abstimmung): Ich bin damit einverstanden, dass nicht bloß hier, sondern im allgemeinen eine combinierte Ausführung der Bogenstellung und Eisenconstruction mit geräuschloser Fahrt hergestellt werde.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wir schreiten zur Abstimmung. Es gelangt zunächst zur Abstimmung der Gegen-Antrag Wünsch, welcher lautet: In allen jenen Theilen der Gürtellinie, wo die Bahn auf der Gürtelstraße als Hochbahn geführt wird, sind aus ästhetischen und Verkehrsrücksichten Bogenstellungen anzubringen oder Eisenconstructionen. Wenn dieser Antrag abgelehnt wird, so kommt der Antrag des Herren Referenten zur Abstimmung und der Antrag Müller als ein besonderer Zusatz-Antrag. Ich bringe zur Abstimmung den Antrag Wünsch.

Jene Herren, welche demselben zustimmen, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Gem.-Rath Wünsch: Der Zusatz-Antrag Müller kann auch bei meinem Antrag kommen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Sache ist erledigt. Der Antrag Wünsch fasst auch den Antrag Müller in sich.

Gem.-Rath J. Müller: Ich habe beantragt: Mit geräuschloser Fahrt. Das ist sehr wichtig.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Es kommt also noch zur Abstimmung der Zusatz nach Eisenconstruction zu setzen: „mit geräuschloser Fahrt". Bitte die Herren, welche demselben zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Referent: k) Für die bereits bestehenden drei Durchlässe im Terrain des Heiligenstädter Bahnhofes sind mindestens zwei Durchlässe in entsprechender Weise aufrecht zu erhalten.

Dieser Heiligenstädter Bahnhof liegt nämlich unmittelbar an der Franz Josefs-Bahn. An der Nussdorferstraße rechts liegt diese Anlage, links ist ein Steilraum über den ohnedies kein Verkehr möglich ist. Trotzdem ist es wünschenswert, dass doch mindestens zwei Durchlässe belassen werden, um in den Vordergrund zwischen die Bahn und die Donau hineinzukommen. Bitte daher, diesem Antrage zuzustimmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? Angenommen.

Referent: Es folgt Punkt l). Da ist eine etwas andere Stilisierung: Es ist anstatt der vorgeschlagenen Dispositionen der Haltestelle Lerchenfelderlinie quer vor der Josefstädterstraße eine Haltestelle zwischen der Josefstädter- und Lerchenfelderstraße und ferner eine solche an der Ausmündung der Alserstraße in die Gürtelstraße anzulegen.

Gem.-Rath v. Stummer: Ich muss schon bitten, dass die Herren den Punkt nach der Vorlage acceptieren. Die Anlage der Station hier soll heißen: Lerchenfelderlinie-Station und nicht Josefstädterstraße; das ist nicht entsprechend den Terrainverhältnissen gesetzt. Wenn man diese Station verschieben würde, so bekäme sie ein Gefälle von 18 Permille; das Gefälle müsste abgeändert werden, und wir bekämen die Bahn auf der Seite, wo die Bogenstellungen viel höher und die Gefällsverhältnisse viel ungünstiger werden. Ich muss Sie daher aus rein technischen Motiven bitten, die Station zu belassen, wo sie ist. Was die Communication betrifft, ist sie auch günstig, wir haben sowohl von der Lerchenfelderstraße als von der Josefstädterstraße den Zugang; auch bekommen wir zu jeder Station einen separaten Zugang. Ich weiß nicht, wieso da die Communication schlecht sein sollte, aber die Verlegung der Station würde außerordentlich schlechte Gefällsverhältnisse verursachen, und ich muss Sie daher ersuchen, sie dort zu belassen, wo sie geplant ist.

Gem.-Rath Ritt. v. Neumann: Ich muss meine Verwunderung ausdrücken, dass Collega v. Stummer eine Verbesserung, welche für die Verkehrsverhältnisse der Bezirke Josefstadt und Neubau nothwendig ist, perhorresciert und die bequeme Führung einer Bahntrace als Hauptsache hinstellt. Für mich wird die Bahn wegen der Bewohner und des Verkehres gebaut und nicht für die Ingenieure so geplant, damit sie bequemer diese Bahntrace ausführen können. Nun bitte ich, sich diese Situation anzusehen. Die Verzögerung, welche das Referat über Abänderung der Baulinie der Gürtelstraße erfahren, ist möglicherweise die Ursache, dass die Projectierung unzweckmäßig stattgefunden hat. Die Ingenieure haben auf die frühere Baulinie projectiert und den Bahnhof sohin an der allergünstigsten Stelle beantragt, quer vor die Hauptstraße, womit die Josefstädterstraße mit einer Barrière abgebaut werden sollte. Unsere Hauptstraße geht nicht direct auf die Lerchenfelderstraße, und doch ist ein Verkehrszug nach dieser Richtung unerlässlich. Nun soll nach dem Stadtrath-Antrage die Station nach der Lerchenfelderstraße hin verschoben werden, womit es möglich wird, Bogenstellungen in den Fluchten der beiden Hauptstraßen des VIII. und XVI. Bezirkes auszuführen, und der Bahnhof kommt dann zwischen die Josefstädter- und Lerchenfelderstraße an die richtige Stelle, so zwar, dass sowohl von dem äußeren Bezirk der Verkehr nach innen, wie die Benützung des Bahnhofes für alle Straßenzüge ermöglicht wird, combiniert mit dem Antrage, eine zweite Station an der Alserstraße zu errichten, und zwar an der Einmündung der Hernalser- und Ottakringerstraße in die Gürtelstraße.

Es erreichen damit die Bezirke VII, VIII, IX, XVI und XVII Aufsteigstationen. Im Stadtrathe wurde dieser Vorschlag sofort als der einzig richtige erkannt und angenommen. Ich begreife nicht, wie man einem so zweckmäßigen Antrage widerstreben kann.

Was das stärkere Gefälle anbelangt, so mögen die Herren das unter sich ausmachen, das muss schließlich zu bewältigen sein. Wir wollen hinaus aus unserem Bezirke, wir wollen keine chinesische Mauer haben, wir wollen ungehinderten Verkehr mit unseren Nachbarbezirken.

Ich muss also bitten, diesen Antrag anzunehmen. Ich bemerke übrigens, dass der Antrag f) der angenommen worden ist, die Sache

bereits erledigt. Wenn der Antrag v. Stummer angenommen werden wollte, müssen Sie den früher angenommenen Antrag cassieren. Ich glaube, der verehrte Herr College hat die Sache nicht so gründlich studiert wie ich, da ich die Situation doch genauer kenne. Ich möchte also den Herrn Collegen bitten, seinen Antrag zurückzuziehen.

Gem.-Rath Grünbeck: Ich muss mich auch für den Referenten-Antrag aussprechen; nach der Vorlage desselben ist Hernals und Ottakring förmlich abgeschnitten von jedem Verkehr. Hernals hat circa 76.000 Einwohner, Ottakring nicht minder. Wir brauchen unbedingt wenigstens eine Haltestelle; was nützt es uns, wenn das oben beim Wasserthurm ist. Der Antrag, wie er vom Herrn Referenten gestellt worden ist, ist den Verhältnissen entsprechend und ganz richtig. Ich möchte also freundlichst ersuchen, für den Antrag des Herrn Referenten in dieser Weise, dass auch bei Ausmündung der Alserstraße in den Gürtel eine Haltestelle errichtet wird, zu stimmen.

Referent (zum Schlusswort): Es ist ganz gewiss, dass zwischen der Josefstädterstraße und der Lerchenfelderstraße ein Bahnhof angezeigt ist, denn die Lerchenfelderstraße hat eine Fortsetzung in der Thaliastraße, welche weit hinausreicht und noch viel weiter ausgebaut werden wird, als es bisher der Fall war. Auch die Josefstädterstraße hat eine Fortsetzung, wohl nicht unmittelbar, aber durch zwei Straßen: Sowohl die Lerchenfelder Hauptstraße als die Feldgasse sind in directer Beziehung zur Josefstädterstraße. Dort ist jedenfalls ein Knotenpunkt des Verkehrs; an der Ausmündung der Alserstraße ist gewiss auch ein großer Verkehr. Darum sind diese beiden Punkte gewiss geeignet.

Es sind noch ein paar Gegen-Anträge, auf welche ich leider vergessen habe, früher hinzuweisen: Es sei eine Haltestelle in der Nähe der ehemaligen Westbahnlinie anzustreben — Antrag Witzelsberger, mit dem ein Antrag Grünbeck's identisch ist. Diese Verlegung der Haltestelle von der Burggasse zur Westbahnlinie ist darum nicht zu empfehlen, weil die Burggasse ebenso eine Hauptverkehrsstraße seinerzeit sein wird, wie sie die Lerchenfelderstraße und die Thaliastraße sind. Sowohl die Burggasse verlängert sich längs der Schmelz bis gegen das Gebirge hinaus, als auch die Lerchenfelderstraße, die ihre Fortsetzung in der Thaliastraße findet. Das sind so wichtige Radialstraßen, dass es gewiss angezeigt ist, in diesen Straßen die Bahnhöfe anzulegen. Ich möchte daher bitten, die Anträge des Stadtrathes unverändert anzunehmen.

Gem.-Rath v. Stummer (zur Berichtigung): Ich will bloß constatieren, dass die Anlage dieser Station mit der Baulinie gar nichts zu thun hat, wie aus den Plänen zu ersehen ist.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Es liegen folgende Anträge vor: 1. Antrag des Herrn Referenten; 2. der Zusatz-Antrag des Herrn Gem.-Rath Winkler, welcher dahin geht, wenn die Bahn bei der Hernalser Linie als Tiefbahn geführt wird, sei der Bahnhof in die Nähe der gegenwärtigen Hernalser Linie zu verlegen; dann der Antrag Grünbeck, es solle die Haltestelle an der Westbahnlinie anstatt an der Burglinie errichtet werden und ebenso an der Altlerchenfelderstraße; endlich der Antrag Witzelsberger, es sei eine Haltestelle in der Nähe der ehemaligen Westbahnlinie anzulegen.

Ich bringe also zunächst den Antrag des Herrn Referenten zur Abstimmung. Die Herren, die demselben zustimmen, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Nun kommt der Zusatz-Antrag des Gem.-Rathes Winkler. Die Herren, die demselben zustimmen, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Abgelehnt.

Antrag Grünbeck: Es soll die Haltestelle nächst der Westbahnlinie statt an der Burggassenlinie errichtet werden, ebenso eine an der Altlerchenfelderstraße. Das glaube ich entfällt jetzt, denn es lässt sich nicht vereinen.

Antrag Witzelsberger: Es sei eine Haltestelle in der Nähe der ehemaligen Westbahnlinie anzustreben. Die Herren, die mit diesem Antrage einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Gem.-Rath Dr. Vogler: Meine Herren, ich mache darauf aufmerksam, nachdem über Antrag des Herrn Gem.-Rathes Winkler zu Punkt a) beschlossen wurde, es sei an dieser Stelle ein Haus, und zwar das Elterleinhaus, einzulösen, erscheint es mir bedenklich, dass wir alle anderen Häuserlösungen mit Stillschweigen übergehen, denn, wenn man ein Haus nennt und sagt, dies ist einzulösen, und von den weiteren Einlösungen gar nicht spricht, so könnte daraus gefolgert werden, dass nur dieses einzige Haus einzulösen ist. Entschuldigen die Herren, es wird so oft über die Juristen geschimpft, aber ich glaube, es ist Pflicht jedes Gemeinderathes auf etwas aufmerksam zu machen, was unbedingt ein Fehler ist. Der Gemeinderath hat hier einen Fehler begangen, indem er diesen Antrag annahm, und es muss dieser Fehler irgendwie repariert werden. Ich bin nicht in der Lage, einen concreten Antrag zu stellen, wie das geschehen soll, sondern wollte nur den Herrn Referenten aufmerksam machen, dass hier eine Correctur nothwendig ist. Mindestens muss der Gemeinderath erklären, dass dadurch, dass er bei einem Punkte die ganze Einlösung fordert, nicht gefolgert werden darf, dass dies das einzige Haus ist, das auf der ganzen Straße einzulösen sein wird.

Referent: Ich muss auch erklären, dass der allgemein gehaltene Punkt a jedenfalls richtiger ist, als wenn man in einem einzigen Falle ein Haus anführt, welches einzulösen ist, während dies in allen anderen Fällen nicht geschieht.

Punkt a) lautet: „Die Tracenführung ist in den geraden Strecken jedenfalls in der Axe und bei Krümmungen möglichst innerhalb des Spiegels der Gürtelstraße zu legen", das heißt alle Hindernisse sind selbstverständlich auf Kosten der Unternehmung zu beseitigen.

Es sind in der Strecke zwischen der Lerchenfelderstraße und Florianigasse eine Unzahl Realitäten, welche in den Spiegel der Gürtelstraße hineinreichen. Wenn nun die Gürtelstraße in der Mitte geführt werden muss, so müssen dort ganze Häuserreihen eingelöst werden. Es ist hier ebenso, wie weiter unten, unterhalb der Florianigasse, und darum ist es nicht angezeigt, ein einzelnes Haus, welches unterhab der Florianigasse steht, zur Einlösung zu bezeichnen, während alle anderen Häuser nicht bezeichnet werden. Im Antrage a) ist alles enthalten, und ich halte es für sehr bedenklich, wenn überhaupt irgend eine Ausnahme stipuliert wird, und ich bedauere es daher, dass dieser Antrag angenommen wurde.

Gem.-Rath Winkler: Meine Herren, ich würde es unendlich bedauern, wenn heute hier, sei es von dieser oder jener Seite, die Meinung ausgesprochen würde, alle Häuser, die am Spiegel der Gürtelstraße liegen, sollen überhaupt nicht eingelöst werden. Ich habe früher schon betont, dass alle Realitäten, die die Gürtelstraße tangieren, jetzt eingelöst werden müssen. Jetzt zahlen je drei Curien

dazu, und da kommt die Commune Wien jedenfalls besser daraus, als wenn sie später selbst die Häuser einlöst. Wer soll sie denn dann einlösen? Es könnte sogar, wie es bei dem Hause in der Hernalser Hauptstraße, das ich gemeint habe, der Fall ist, vorkommen, dass, wenn die Bahn im Spiegel der Gürtelstraße geführt wird, ein Haus daneben, welches 1° oder 1·2° vom Bahnpfeiler entfernt ist, stehen bleibt! Wenn nicht alle diese Häuser eingelöst werden, so wird die Gürtelstraße in unserem Leben nicht auf die richtige Breite kommen, sondern diese Häuser stehen bleiben. Ich halte also daran fest, dass alle diese Häuser eingelöst werden müssen.

Ob der Bau der Bahn dadurch eine Million mehr oder weniger kostet, darauf kommt es nicht an. Ich möchte also nach dem, was Herr Gem.-Rath Dr. Vogler erklärt hat, bitten, dass noch andere Objecte wegkommen und die Gürtelstraße endlich freigemacht werde.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Nachdem der Beschluss des Gemeinderathes einmal gefasst worden ist, gibt es ohnehin geschäftsordnungsmäßig gar kein Mittel, eine Reassumierung durchzuführen; der Beschluss über den Antrag des Collegen Winkler ist gefasst worden. Aber ein anderes Mittel gibt es. Meine Herren, ich sehe nämlich ein, dass das präjudicierend sein kann. Es kann aus diesem Beschlusse gefolgert werden, dass der Gemeinderath der Anschauung ist, dass alle übrigen Realitäten nicht von der Unternehmung, sondern von der Gemeinde einzulösen sind. Es ist gut, wenn der Stadtrath vielleicht bis morgen einen Antrag formuliert und alle Realitäten namhaft macht, welche eingelöst werden sollen, oder aber Sie beschließen heute, es sind alle Realitäten, welche im Wege sind, von der Unternehmung einzulösen. (Gem.-Rath Rosenstingl: So ist es!)

Gem.-Rath Grünbeck: Ich kann auch selbstverständlich zu dem, was der geehrte Herr College Dr. Lueger gesagt hat, gar nichts hinzufügen. Ich bin auch der Ansicht, wenn man soviel Millionen hineinsteckt, müssen wir wenigstens einen ordentlichen Gürtel haben. Schaffen wir Ordnung in der Sache.

Gem.-Rath Rosenstingl: Ich möchte mir erlauben, einen Antrag zu stellen, ich glaube, es kann als Zusatz zu dem Antrag Winkler betrachtet werden, „sowie alle anderen collidierenden Häuser einzulösen."

Gem.-Rath Dr. Lueger (zur Geschäftsordnung): Ich beantrage: Es sind alle Realitäten, welche die Durchführung der Trace, wie sie im Punkte a) verlangt wird, hindern, von der Unternehmung vollständig einzulösen. Ich glaube, es ist das in Ordnung.

Referent: Ein allgemein gehaltener Antrag ist mir immer viel lieber, als wenn man speciell eine Realiät herausnimmt und ich habe keine Einwendung, dass dieser Zusatz angenommen werde.

Vorsitzender Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Als ein besonderer Punkt m) kann der Antrag Dr. Lueger zur Abstimmung kommen: „Alle Realitäten, welche die Durchführung der Trace, wie sie hier vorgeschlagen ist, verhindern, sind von der Unternehmung einzulösen."

Ich bitte jene Herren, welche damit einverstanden sind, die Hand zu erheben. — Angenommen.

Referent (liest): 2. Theilstrecke Westbahnhof—Matzleinsdorf. Es ist ein Project vorgelegt worden, aber dieses Project hat so wenig Beifall gefunden, dass es von Seite der Regierung wieder zurückgezogen wurde und ein neues Project vorgelegt wird, worüber speciell referiert werden wird.

Gem.-Rath Dr. Linke: Meine Herren! Das ganze Stadtbahnnetz soll ein einheitliches Ganzes bilden. Wenn wir eine einzelne Trace beurtheilen, wollen wir eigentlich das ganze kennen. Deshalb ist es lebhaft zu bedauern, dass das Alternativ-Project nicht vorliegt. Es wäre wünschenswert, dass es vorgelegt werde, bevor die Debatte über die Verkehrsanlagen in dieser Woche abgeschlossen wird.

Ich erlaube mir daher an den Herrn Vorsitzenden die Anfrage, ob und wann uns überhaupt das Alternativ-Project zur Ansicht vorgelegt wird und wann es zur Berathung im Gemeinderathe gelangt, und ob es nicht möglich ist, im Laufe dieser Woche dasselbe vorzulegen.

Referent: Dieses Project muss erst öffentlich ausgestellt werden, und zwar mindestens acht Tage. Es wird also nicht möglich sein, dieses Project gleichzeitig mit dem da zu beurtheilen. Es macht aber nichts, weil die Fortsetzung vom Westbahnhofe zur Südbahn selbständig behandelt werden kann.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Angenommen. Ich bitte fortzufahren.

Referent: B. Donaustadtlinie. Der Gemeinderath hat seinerzeit beschlossen, die Regierung wäre aufzufordern, Studien darüber zu machen, ob anstatt der von ihr vorgeschlagenen Donaustadtlinie, welche bekanntlich von der Verbindungsbahn abzweigt, die Rudolfstraße übersetzt, dann längs der Nordbahn hinunterführt und sich gegen die Donauuferbahn senkt, dort im Niveau weiterläuft und sich endlich wieder an den großen Bahnhof anschließt, eine Änderung zu erfolgen hätte, ob nicht eine bessere Verbindung zu suchen wäre von der Nordbahn, Nordwestbahnhof und Heiligenstadt in der Weise, dass an der Verbindungsbahn unmittelbar beim Nordbahnhofe eingemündet und im weiteren Verlaufe über die Dresdenerstraße nach dem Nordwestbahnhofe die Trace geführt wird, und dann in letzter Linie nach Heiligenstadt. Diese letztere Linie, welche seinerzeit vom Gemeinderathe empfohlen wurde, hat den Vortheil, dass sie nicht durch öde Gebiete, sondern durch bewohnte Gebiete führt, was für das Interesse der Stadt günstiger ist.

Es ist indes durchaus nicht ausgeschlossen, dass seinerzeit auch die andere Linie gebaut werden wird, denn sie ist gewiss wichtig für die Donauuferbahn. Der Stadtrath hat infolge dessen die Anträge so formuliert:

In dieser Beziehung gibt die Gemeinde ihrer Anschauung dahin Ausdruck, dass es sich empfehle, die Bahnlinie vom Praterstern an sofort in definitiver Weise längs des Nordbahnhofes an der Nordbahnstraße und nach Übersetzung der Dresdenerstraße längs des Nordwestbahnhofes, dann weiters neben den Geleisen der Nordwestbahn zur Donauuferbahn und zum Bahnhofe von Heiligenstadt zu führen, und es wäre an die k. k. Regierung das Ersuchen zu stellen, noch vor Entscheidung über die Tracenführung der Donaustadtlinie die vorerwähnte Alternative einem eingehenden Studium unterziehen zu lassen.

Ich bitte, diesen Theil vorerst in die Debatte zu ziehen.

Stadtbaudirector Berger: Ich erlaube mir, dem früheren Beschlusse entsprechend, zunächst die Trace zu beschreiben. Diese Linie soll vom Praterstern abzweigen, und zwar von der heutigen Verbindungsbahn, und soll an der Rückseite der heutigen Verbindungsbahnanlagen, dann als Hochbahn auf der linken Seite

der Kronprinz Rudolfstraße, der Grenze des Nordbahnhofes, hinziehen, dann in einem Bogen nach der Vorgartenstraße sich wenden und wieder an der rückwärtigen Grenze des Nordbahnhofes bei der Vorgartenstraße eine Abzweigung gegen die bestehende Nordbahn erhalten.

Dieses Geleise soll nur den Zweck haben, um die Züge rangieren zu können; es wäre eine einfache Erweiterung des Nordbahnhofes, für den Verkehr ist sie nicht weiter bestimmt. Die Trace selbst soll sich aber wieder zur Donau wenden und in die Donauuferbahn nächst der Müller'schen Mühle einmünden; dann soll die bestehende Donauuferbahn in demselben Niveau vermehrte Geleise erhalten und provisorisch fortgeführt werden bis nach Heiligenstadt mit einer Brücke über den Donaucanal. Das letzterwähnte Stück dieser Bahn von der Nordbahn bis Heiligenstadt soll als Provisorium aufgefasst werden und soll seinerzeit in der Vorgartenstraße oder parallel mit derselben definitiv gebaut werden. Was die Höhenlage dieser Bahn betrifft, so ist sie als Hochbahn bis zur Kronprinz Rudolf-Brücke gedacht. Hier wird beanständet, dass, wenn die Trace ausgeführt, die Bahn nach dem Sinken so nieder wird, dass der freie Verkehr unmöglich wird. Weiters wird in der Vorgartenstraße beabsichtigt, die Bahn bis zur Flucht des zukünftigen Vorgartengitters zu legen; dann soll die Bahn im Niveau gehen.

Es wird bemerkt, dass die Bahnanlage einen sehr schlechten Verkehr haben wird, denn sie wird die Vorgartenstraße im Niveau kreuzen. Das wäre der erste große Mangel. Schließlich würde die ganze Bahn im Niveau der Donauuferbahn liegen, also ein rascher Verkehr auch nicht möglich sein.

Dazu kommt, dass die Uferstrecke bei besonderen Hochwässern überflutet wird. Es sind thatsächlich Zeiten vorgekommen, wo die Donauuferbahn durch fünf bis acht Tage überflutet und ganz außer Betrieb gesetzt war. Wird aber seinerzeit das Definitivum, die Hochbahn, durch die Donaustadt gebaut und durch die Vorgartenstraße geführt, so würde das eine Verunstaltung dieser hübschen Straße zur Folge haben. Es besteht nicht die Absicht, das zu thun, sondern die Bahn hinter den Vorgartenstraßenhäusern zu führen, so dass man die Bahn nur auf den Straßenkreuzungen sehen würde. Das wäre schöner. Diese Bahn muss auch die Nordbahn übersetzen. Bedenken Sie nun, dass die Nordbahn sehr hoch ist, weil sie sich der Brücke nähert. Darüber müsste noch die Bahn als Hochbahn gehen; das wäre dann entschieden eine unzweckmäßige Lösung.

Nebenbei bemerke ich, dass durch diese Bahn der Holzausstreifplatz eingeschränkt würde. Dagegen ist ein Antrag des Stadtrathes gerichtet. Weil diese Lösung hinsichtlich ihrer provisorischen Anlagen sehr viel Bedenken hat und auch hinsichtlich ihrer definitiven Anlage nicht ohne Bedenken ist, beantragt der Stadtrath, den Vorschlag, der nach der Idee des seinerzeitigen Generaldirectors Nördling von dem Baudirector der Nordwestbahn Hohenegger aufgegriffen wurde, zu studieren, bevor er sich dazu entschließt, und dieser Vorschlag läuft darauf hinaus, dass die Verbindungsbahn nicht auf Umwegen in die Donaustadt geführt, sondern sofort auf den Geleisen der Nordbahn eingebunden würde. Dadurch würde der Nordbahnhof ein Localbahnhof, und für die Halle der Nordbahn müsste ein Ersatz geschaffen werden. Zwei Geleise der Nordbahn würden für die Stadtbahn genommen, bei der Dresdenerstraße würde die Bahn dieselbe übersetzen und eine Verbindung mit den Nordwestbahnanlagen herstellen. Da würde wieder eine Station geschaffen, und dann gienge die Linie mit dem Damme der Nordwestbahn hinaus, bei der Nordwestbahn würde die Brücke unterfahren und die Bahn nach Heiligenstadt geführt werden.

Diese Anlage hätte den Zweck, dass sie hochwasserfrei ist, keine Straße im Niveau kreuzt und endlich den Verkehr der Nord- und Nordwestbahn in die Stadtbahn einbeziehen würde, welcher heute, was den Personenverkehr betrifft, nicht einbezogen ist, so dass es für diese wichtige Linie geboten erscheint, zu fordern, dass wenigstens, bevor über den Vorschlag entschieden wird, derselbe studiert werde. Es wird mir vielleicht eingewendet werden, dass die Donaustadt darunter leiden würde. Ich erlaube mir aber zu bemerken, dass die Station bei dem Nordwestbahnhof so ziemlich in die Mitte der oberen Donaustadt zu liegen kommt, und dass jedenfalls, was den Personenverkehr betrifft, wenn ein flotter und rascher Verkehr gemacht werden kann, ein bedeutender Nutzen erzielt würde. Für die Donaustadt bleibt die Uferbahn als Frachtenbahn, die noch ausgebildet und verstärkt wird. Das würde den nöthigen Verkehr für die dortigen Etablissements aufrecht erhalten. Für den Personenverkehr halte ich dafür — und der Stadtrath hat diese Anschauung durch seinen Beschluss sanctioniert — dass diese Vorschläge weiter studiert werden sollen.

Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Nach den Ausführungen des Herrn Baudirectors kann ich mich kurz fassen. Die Verkehrsanlagen sollen in erster Linie nicht nur rasch Personen befördern können, sondern sämmtliche großen Bahnhöfe untereinander verbinden. Wenn von einem Herrn Vorredner hervorgehoben wurde, dass im Volksmunde der Witz geht, dass diese Anlagen als verkehrte Anlagen bezeichnet werden, so gilt derselbe insbesonders von der Donaustadtlinie. Ein Bahnhof, der den größten Verkehr nach Norden hat, was den Personenverkehr betrifft; ein Bahnhof, wie es der Nordbahnhof ist, wird wie ein Stiefkind behandelt und von der Verbindung ausgeschlossen, und das war einer der größten Fehler; weiter, dass die Bahn dort in der Vorgartenstraße im Niveau der Straßen geführt werden soll, ist ein noch größerer Fehler, denn, wie ich glaube, sind drei Geleise projectiert. Denken Sie, wie viele Straßenübergänge dort übersetzt werden, und wenn alle 15 Minuten ein Zug in der Richtung hin und her verkehrt, können Sie denken, mit welcher Lastzugsgeschwindigkeit eigentlich dort diese Züge verkehren können. Man weist darauf hin, dass die Dampftramway im Niveau der Straße verkehrt; es ist etwas ganz anderes, wenn die Dampftramway dort mit zwei oder drei Waggons verkehrt, oder wenn Züge mit 30 und 40 Waggons verkehren; die kann man nicht augenblicklich zum Stehen bringen; das kann die Dampftramway, wenn sie einen Gegenstand oder eine Person auf dem Bahnkörper sieht, aber es ist nicht möglich bei Zügen mit 50 oder mehr Waggons. Ich verwahre mich feierlichst, dass der Nordwestbahnhof von der Einmündung ausgeschlossen werde, und dass in der Vorgartenstraße die Bahn im Niveau der Straße geführt werde; ich bin dafür, dass sie rückwärts der Vorgartenstraße zwischen den Häusern geführt werden; denn sonst müsste, wie in der Invalidenstraße in Berlin, wenn ein Zug kommt, ein Mann mit einer Glocke vorangehen und läuten, und wenn ein Hindernis ist, wartet der Zug; es werden so statt 8 km nur 4 oder 5 km zurückgelegt; da braucht man keine Bahn, sondern richtet es zu Fuß viel rascher.

Es ist aber noch etwas anderes; die Bahn soll in die Donauuferbahn übergehen, und zwar im Niveau der jetzigen Donauuferbahn. Wer so etwas projectiert, muss nicht gut sehen können, muss auch

die Situation nicht verstehen, denn nach einem Hochwasser ist die Herstellung der Donauuferbahn gleichbedeutend mit einem Neubaue. Es ist dies wiederholt vorgekommen, und zwar vor zwei Jahren am 16. September, wie Hochwasser war. Da war die Donauuferbahn nicht mehr in der Lage, eine Anzahl Waggons und Locomotiven vom Bahnkörper wegzubringen, weil sich die Schwellen gedehnt haben, gewichen sind; alles musste stehen bleiben und der Verkehr hat gestockt. Es soll dort augenblicklich ein Provisorium, nicht ein Definitivum geschaffen werden. Wir wissen, was in Österreich ein Provisorium heißt; das ist bei uns ein Definitivum und nichts anderes. Aus diesem Grunde möchte ich mich dagegen verwahren. Meine Herren! Schließen Sie sich den Ausführungen des Stadtrathes an, dass die Nordwestbahn einbezogen werde, dass in der Vorgartenstraße die Bahn nicht im Niveau der Straße geführt werde und ebenso auch nicht im Niveau der Donauuferbahn.

Gem.-Rath Rosenstingl: Es bleibt mir sehr wenig zu sagen übrig, denn wiederholen will ich nicht. Der Herr Vorredner hat besonders darauf hingewiesen, dass diese Bahn im Terrain der Inundation sich befindet. Nun heißt es hier provisorisch. Man kann auch noch eine andere Auffassung von „provisorisch" haben, nämlich etwas für eine gewisse Zeit zu machen, dieses oder jenes durchführen und dann hört das Ding auf; beispielsweise Diurnisten anzustellen, denen man, wenn man sie nicht mehr braucht, einen Fußtritt gibt. Hier aber dieses Provisorium ist ganz bestimmt ein Definitivum; darüber täuschen Sie sich nicht, und ich begrüße es wirklich, dass der Stadtrath diese Idee aufgenommen hat. Aber, ich glaube, hier wird es einen Kampf geben mit einer Macht und ich möchte wünschen, dass die Regierung denselben Muth hat, wenn sie mit dieser Macht kämpft, wie sie ihn bei uns, bei der Commune Wien hat. Das ist die Nordbahn; die ist der Stein des Anstoßes. Diese wehrt sich dagegen, dass man sie in diese Geleiseanlage einbezieht. Sie hat ja gewiss das Recht, sich zu wehren, weil ja ganz bedeutende Investitionen nothwendig sein werden. Es ist zu mindesten eine Vergrößerung der Hallen nothwendig u. s. w. Nun aber, glaube ich, dürfte es doch Mittel und Wege geben, die Nordbahn in dieser Richtung kirre zu machen. Wenn die Regierung durch ihren Vertreter im Reichsrathe erklären lässt: „das muss geschehen", indem er von der Commune spricht, so muss ich mich sehr entschieden dagegen verwahren, dass ein Beamter des Handelsministeriums überhaupt das Wort „muss" uns gegenüber gebraucht. Ich glaube, so tief sind wir noch lange nicht gesunken, dass wir uns gefallen lassen müssen, dass von „muss" die Rede ist. Wir werden vielleicht noch Gelegenheit haben zu zeigen, dass es von uns abhängen wird, ob wir mitthun oder nicht; es wird vielleicht nicht lange dauern, dass wir zu diesem Gegenstande kommen. Ich benütze diese Gelegenheit, um diesen Satz des Herrn Regierungsvertreters im Reichsrathe aufs entschiedenste zurückzuweisen. (Bravo!) Ich möchte nur wünschen, dass die Herren von der Regierung mit derselben Energie gegen die Nordbahn vorgehen (Gem.-Rath Dr. Friedjung: Hört! Hört!), und ich würde es aufs lebhafteste begrüßen, wenn die Idee des Stadtrathes zur Durchführung gelangen würde; ich theile auch nicht die Befürchtung, dass die Leopoldstadt durch Einbeziehung des Nordwestbahnhofes besonderen Schaden leiden würde. Ich bin in dieser Beziehung der Ansicht des Oberingenieurs Waldvogel, dass vom Nordwestbahnhofe ein bedeutendes Terrain abgetrennt und dem freien Verkehre übergeben werden kann, weil factisch der Nordwestbahnhof in Zukunft eine Art Übergangsstation werden dürfte. Vielleicht wird einmal eine Verstaatlichung eintreten und es lässt sich dann ein sehr schönes Arrangement in dieser Richtung treffen.

Es wäre entschieden die glücklichste Lösung, wenn der Antrag des Stadtrathes von Seite der Regierung angenommen werden würde. Denn der Umweg ist an und für sich eigentlich dafür bezeichnend, mit welcher Tiefe und mit welchem Ernste die Herren diese Trace geplant haben. Ich glaube auch, dass das, was hintennach folgt, alles sehr richtig ist, und ich verstehe das so, dass jedenfalls die Kronprinz Rudolfstraße eine Steigung hat, und dass man die Bahn im Gefälle führen will.

Das ist wieder so ein Eingriff, den ich nur aus Achtung vor Ihnen nicht mit dem richtigen Namen bezeichnen will. (Gem.-Rath Dr. Friedjung: Nur heraus mit der Sprache!) Das ist ein starkes Stück, wie die Herren mit unseren Straßen umgehen. Man muss sich vorstellen, wie das ausschauen wird, wenn die Bahn in einer langsamen Rutsche hinuntergehen wird. Aber man kümmert sich nicht um die misera contribuens plebs, die muss zahlen und kuschen und sich alles gefallen lassen. Hier ist wieder so ein Punkt, wo man anfassen muss. Ich will keine Kritik üben, aber ich hätte gewünscht, dass wir die Sache etwas schärfer fassen und die Zähne zeigen würden bei dieser Gelegenheit und sagen: „Wenn Ihr das nicht thut, stellen wir in Aussicht, dass wir nicht mitthun." Man muss sich etwas obstinat stellen, und man wird wirklich obstinat, wenn man diese Linien anschaut. Ich komme vielleicht in den Verdacht, ein factiöser Oppositioneller zu sein, aber wenn ich sehe, wie das alles gemacht wird — und ich muss sagen mit einer Frivolität sondergleichen, ohne Rücksicht auf die Bevölkerung von Wien, — da muss man giftig werden und seinen Gedanken etwas derberen Ausdruck geben, als es wünschenswert ist, so dass man selbst bedauert, so grob, so scharf gewesen zu sein. Sie müssen also verzeihen, wenn ich ein bisschen stärkere Ausdrücke gebrauche; es ist das ja begreiflich. Man muss sich die Dinge vorstellen, wie sie ausschauen, dann wird man es gerechtfertigt finden, dass ich so spreche.

Man sagt, man will die Vorgartenstraße einbeziehen und durch die Blöcke durchgehen. Wenn man sagt, man mache das provisorisch, so fasse ich das so auf: Man will es durch ein anderes Definitivum ersetzen. Warum wird dieses Definitivum nicht gleich gemacht? Wer hält die Herren auf, ein Definitivum zu machen und zwischen den Blöcken mit der Hochbahn durchzugehen? Man möge mir eine Antwort darauf geben. Die Antwort ist: Weil man nicht will; man will nur das durchbringen, dann können wir uns auf den Kopf stellen, und man ändert nichts mehr. Ich hätte am liebsten dieses a, b, c, d gar nicht gewünscht, weil dies ein Eingehen auf die Sache bedeutet. Aber ich sehe ein, dass man im Falle der Ablehnung wenigstens retten will, was zu retten ist. Ich möchte daher wünschen, dass das einstimmig zur Annahme gelangt.

Vielleicht werden wir doch gehört, obwohl wir gesehen haben, dass alle unsere Wünsche, die doch so bescheiden waren, nicht berücksichtigt wurden. Meine Herren, es war eine rührende Bescheidenheit, die der Gemeinderath in dieser Sache entwickelte, — keinen Beistrich haben wir geändert, nur bescheidene Wünsche geäußert und gesagt: Erlaube uns gnädigst, dass wir leben und die Millionen hingeben und dann wünschen wir noch ein bisschen etwas — wie gesagt, alle diese Wünsche sind mit souveräner Verachtung unter den Tisch geworfen worden, auch nicht ein

Wunsch wurde ordentlich berücksichtigt von allen, die wir ausgesprochen haben, und ich fürchte sehr, wenn sich unsere Vertreter, die ich bei diesem Amte nicht beneide, nicht auf beide Füße stellen und sich wehren und nur Schritt für Schritt nachgeben, dann schaut es schlecht aus mit diesen Verkehrsanlagen. (Bravo!)

Gem.-Rath Grünbeck: Meine Herren, gewiss ist diese Donaustadtlinie die Lieblingsidee eines gewissen Herrn, der sie wahrscheinlich auch recht gern durchbringen möchte. Die Provisorien kennen wir in den Vororten zur Genüge; was einmal als Provisorium da ist, das bringen Sie in Ihrem Leben nicht mehr weg, und was man glaubt als Definitivum nicht durchzubringen, da sagt man eben, ich bitte, es ist nur ein Provisorium. Wie lange dies aber dann dauert, das weiß man: bis in die Ewigkeit. Bei der Regierung ist es ja immer ein bisschen schwer, so etwas durchzusetzen, besonders wenn das Rückgrat etwas steif ist, dann ist es noch schwieriger. Diese Linie ist oft Überschwemmungen ausgesetzt, und in der Vorgartenstraße laufen, wenn ich nicht irre, drei Geleise, unbekümmert, ob dort Leute verkehren oder nicht; also auf der einen Seite schaffen wir etwas Gutes, um es auf der anderen Seite destomehr zu verderben. Ich bin also entschieden gegen ein solches Machwerk, das so rücksichtslos entworfen ist. Dagegen soll man sich also entschieden aussprechen. Aber Sie sollten Vertrauen zu uns haben; Dr. Lueger sitzt ja auch in der Commission, geben Sie acht und helfen Sie unserem Führer, dann werden Sie so manches bei der Regierung durchsetzen, denn er ist einer, der sich nicht scheut, auch der Regierung die Zähne zu zeigen.

Gem.-Rath v. Stummer: Meine Herren! Ich glaube, die Regierung wollte mit dieser Linie eine Verbindung zwischen der jetzigen Verbindungsbahn und dem künftigen Bahnhofe in Heiligenstadt, ferner eine Entlastung des jetzigen Bahnhofes am Hauptzollamt. Diese Linie wird so geführt, weil sie dadurch mit dem Nordwest- und Nordbahnhofe in keine Collision kommt. Sie wurde auch seinerzeit damit motiviert, dass man sagte, das Kriegsministerium wünscht diese Linie, weil die Kasernen zur Donau hin verlegt werden und als Regress dafür, dass die Herren soweit von der Stadt wegkommen, sollen sie eine bessere Verbindung bekommen.

Meine Herren! Das stimmt auch nicht; die Kasernen kommen in die Nähe der Rotunde hin und die Herren können also diese Bahn nicht benützen. Der Herr Baudirector hat ja in ausführlicher und klarer Weise dargestellt, welche Nachtheile diese Linie hat und ich will daher dies alles nicht wiederholen, sondern einfach sagen, dass mir diese ganze Anlage vollständig verunglückt scheint, und daher erkläre ich, dass ich überhaupt nicht in der Lage bin, auf diese Linie weiter einzugehen. Ich glaube auch, dass der Gemeinderath das vollständig zum Ausdruck bringen und sagen soll, in der Überzeugung, dass diese Linie, wie sie hier geplant ist, weder den staatlichen noch stadtlichen Interessen nützt, bin ich nicht in der Lage, auf dieses Project einzugehen, sondern schlage das andere Project vor, wie es hier vom Stadtrathe vorgeschlagen worden ist. Ich stelle daher den Antrag, den zweiten Passus ganz zu streichen. Für uns scheint mir das so, dass wir keinen anderen Fall kennen.

Wir sind nicht in die Lage versetzt, irgend welchen Nutzen von dieser Linie einzusehen. Ich bin wenigstens nicht in der Lage, *weder in staatlicher noch stadtlicher* Richtung den Nutzen dieser Linie einzusehen und ich glaube, wir sollen das hier ganz unumwunden und offen zum Ausdrucke bringen: Die Gemeinde ist nicht in der Lage, den Nutzen dieser Linie einzusehen weder für die Stadt noch für den Staat, sie ist daher überhaupt nicht in der Lage, auf diese Linie näher einzugehen, sondern besteht darauf, dass eine Verbindung, sowie es hier vorgeschlagen ist, zwischen der jetzigen Verbindungsbahn, dem Nordbahnhof und dem Nordwestbahnhof nach Heiligenstadt durchgeführt werde. Ein Eingehen auf diese Linie involviert immer schon, dass wir eventuell uns damit befriedigt erklären könnten. Ich glaube, wir sollten es offen ablehnen und erklären, wir sind nicht in der Lage, den Nutzen der Linie einzusehen und können uns daher auf dieselbe nicht einlassen. (Bravo-Rufe.) Wenn wir einen ähnlichen Satz vor „in dieser Beziehung" ansetzen, dass die Gemeinde die Erklärung abgibt, sie habe die Überzeugung, dieselbe diene keinem Interesse, sie sei daher nicht in der Lage auf diese Linie einzugehen und bringe die andere in Vorschlag, so wäre das die richtige Stilisierung. Ich bitte den Punkt so anzunehmen.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Meine Herren! Ich beschränke mich auf die Formulierung des Antrages, welchen der unmittelbare Herr Vorredner eigentlich schon gestellt: „Die Gemeinde Wien spricht sich mit aller Entschiedenheit gegen die vorgeschlagene Trace aus und gibt ihrer Anschauung dahin Ausdruck" u. s. w. bis zu dem Punkt „zum Bahnhof von Heiligenstadt zu führen". Punkt 2 Das andere: „Es wäre an die k. k. Regierung das Ansuchen zu stellen" könnte wegfallen. Das ist selbstverständlich.

Gem.-Rath Tagleicht: Meine Herren! Es ist ein großer Fehler, wenn befürwortet werden soll, dass die Verlängerung der Stadtbahn durch den Nordbahnhof via Nordwestbahnhof nach Heiligenstadt gehe. Es ist nicht zu verkennen, dass die Absicht, welche die andere Trace vorgezeichnet hat, darin culminiert, die künftige Verbauung der Donaustadt zu ermöglichen und den nöthigen Verkehr dort zu schaffen. Diesen Umstand darf der Gemeinderath nicht aus dem Auge lassen. Er ist eine Bedingung für den ganzen Stadttheil, welcher längs der Donau sich dort entwickeln wird. Wenn heute von diesem wichtigen Factor Umgang genommen würde, wäre eine Verbauung der Donaustadt auf unbestimmte Zeit hinaus verzögert, vielleicht bedeutend reduciert. Ich glaube daher, dass wir in Anbetracht dieses wichtigen Umstandes uns nicht mit der Frage befassen oder dem Wunsche hingeben sollen, dass die Nordwestbahn auf diese Weise einbezogen werde. Der Personenverkehr von der Nordwestbahn gegen die Stadt hat dort überdies einen bequemeren Weg durch die Tabor- und Nordbahnstraße.

Es wäre auch möglich, dass man sich vorstellt, dass die ganze Strecke vom Nordbahnhofe bis zum Nordwestbahnhofe für diese beantragte Linie geradezu verloren ist, weil ein Personenverkehr vermöge der Straßenzüge ein minimaler sein wird und ein Verkehr sich unmöglich entwickeln wird. Es ist jedenfalls vorzuziehen, dass die Trace durch die verlängerte Praterstraße in die Vorgartenstraße geht, keineswegs aber das Provisorium, welches vom Herrn Baudirector geschildert wurde, längs der Donauuferbahn, sondern es soll ein Definitivum geschaffen werden, und zwar die Linie in der Vorgartenstraße neben der Nordbahn direct hinaus nach Heiligenstadt. Hiebei will ich erwähnen, dass denjenigen Herren, welchen um eine Einbeziehung der Nordwestbahn zu thun ist, entgegengekommen werden könnte, indem eine Zweigbahn hinübergeführt wird, und zwar eine Zweigbahn von der Vorgartenstraße zur Nordwestbahn hinüber. Dadurch, meine Herren, würde einerseits dem großen Verkehr zum Communalbad eine Bequemlichkeit

geschaffen, ein Umstand, der gewiss hunderten und tausenden von Wienern erwünscht ist, anderseits aber wird sich die Verbindung zwischen Praterstern und Nordwestbahnhof nicht durch das Chaos von Nordbahngeleisen bewegen müssen, wie es unter allen Umständen nach meiner Meinung nicht zu empfehlen ist; denn es herrscht bekanntlich dort ein steter Verkehr der Nordbahn mit ihren eigenen Zügen. Es müssten neue Fahrordnungen geschaffen werden, von denen wir heute keine Vorstellung haben und die jedenfalls collidieren dürften mit dem regulären äußeren Verkehre der Nordbahn.

Aus all diesen Gründen empfehle ich, dass die Trace vorgezogen werden soll durch die verlängerte Praterstraße, Kronprinz Rudolfstraße, zur Vorgartenstraße und von dort eine kurze Verbindung mit dem Nordwestbahnhofe, in weiterer Richtung aber direct nach Heiligenstadt hinaus. Ich empfehle Ihnen diesen Antrag, weil er jedenfalls den Verhältnissen und der künftigen Entwicklung der Donaustadt sehr zustatten kommen wird.

Referent (zum Schlusswort): Ich wollte nur meine Befriedigung darüber aussprechen, dass sämmtliche Redner mit einer nur halben Ausnahme — denn der letzte Herr Redner hat auch halb und halb dafür gesprochen — sich für den Antrag des Stadtrathes ausgesprochen haben, dass es doch klar auf der Hand liegend ist, dass die Stadtbahn in dieser Führung vorzuziehen sei, und dass andere Projecte geradezu eine Verunstaltung der Donaustadt bezeichnen würden.

Ich war sehr erstaunt, dass zu Beginn der Sitzung ein Freund der Donaustadt sich für die andere Alternative ausgesprochen hat. Es ist gewiss, dass die Führung im Niveau eine Behelligung der ganzen Gegend wäre, ohne einen entsprechenden Nutzen zu bringen. Für die dortigen Industrien reicht die Donauuferbahn vollkommen aus, welche jedenfalls Anschlüsse erhalten wird, und ein Personenverkehr kann ja dort nicht existieren, wo ja überhaupt eine schwache Bewohnerschaft vorhanden ist. Es wird sich gewiss zuerst der obere Theil der Donaustadt entwickeln, und für diesen Theil ist die Linie nächst der Nordwestbahn sehr erwünscht, besonders nach der ersten Alternative, welche der Stadtrath vorschlägt. Aber nicht nur das Provisorium ist ein Unglück; das, was künftig definitiv werden sollte, ist auch ein Unglück. Ich bitte, sich diese kolossal hohe Hochbahn vorzustellen, die ja kein Vortheil für die Donaustadt wäre. Ich möchte also die Herren sehr bitten, bei dem Antrage zu verbleiben, welcher von dem Stadtrathe in erster Linie gestellt wurde; die Alternativ-Anträge hat der Stadtrath geglaubt nur vorsichtigerweise stellen zu müssen, wenn, trotzdem wir uns für die erstere Linie aussprechen, die zweite ausgeführt werden sollte.

Gem.-Rath Dr. Stern (zur Geschäftsordnung): Ich bitte den Herrn Präsidenten um die Auszählung des Hauses, ob wir beschlussfähig sind. (Widerspruch.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Versammlung ist nicht mehr beschlussfähig. Die Abstimmung erfolgt morgen über die Anträge Lueger und Stummer.

Gem.-Rath Wünsch: Ich stelle den Antrag, dass zu constatieren ist, welche Mitglieder der Gemeindevertretung anwesend sind und welche nicht.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte, meine Herren, morgen erfolgt über diesen Punkt die Abstimmung. (Lebhafte Unruhe.) Wenn es aber die Versammlung wünscht, werden wir mit der Verlesung beginnen.

Gem.-Rath Ritt. v. Goldschmidt: Da ich hier anwesend bin, spreche ich gewiss nicht für mich, aber nachdem die Herren Collegen, die es nahezu bis jetzt hier ausgehalten haben, vielleicht gezwungen waren fortzugehen, glaube ich, dass es nicht collegial . . . (Lärmende Unterbrechung.)

Gem.-Rath Rauscher: Ich glaube, dass wir noch beschlussfähig sind, Herr Vorsitzender, und nachdem die ganze Debatte zu Ende geführt ist, glaube ich, dass die Abstimmung vorgenommen werden kann. Ich bedauere dabei nur, dass bei einer so wichtigen Frage, welche die ganze Stadt Wien interessiert, so wenig Mitglieder des Gemeinderathes anwesend sind. (Rufe: Es wurde zweimal ausgezählt. Wir sind nicht mehr beschlussfähig!)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte um die Verlesung.

(Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Gem.-Rath Schrenckh erscheinen als anwesend die Gemeinderäthe: Becker, Beutnitz, Djörup, Dobeš, Eigner, Frauenberger, Dr. Friedjung, Gerhardus, Gfrorner, Ritter von Goldschmidt, Dr. Grübl, Grünbeck, Hörmann, Dr. Klotzberg, Lang, Dr. Linke, Dr. Lueger, Matthies, Matzenauer, Müller Josef, v. Neumann, Dr. Prockſch, Rauscher, Vice-Bürgermeister Dr. Richter, Rosenstingl, Sauerborn, Schlögl, Schrenckh, Schuh, Stehlik, Steiner, Dr. Stern, v. Stummer, Tagleicht, Tischler, Vock, Winker, Wünsch, Wurm, Zagórski, Ziegelwanger, Dr. Zimmermann).

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss der Sitzung um 10 Uhr nachts.)

Stadtrath.

Sitzungen des Stadtrathes.

Dienstag, den 31. Mai 1892.
Mittwoch, den 1. Juni 1892.
Donnerstag, den 2. Juni 1892.
Freitag, den 3. Juni 1892.

Allgemeine Nachrichten.

Approvisionierung.

(Borstenviehmarkt vom 24. Mai 1892.)

1. Auftrieb:

Jungschweine	4376	Stück
Fettschweine	5253	„
Summa	9629	Stück

Angekauft wurden:

für Wien	7923	Stück
für das Land	1236	„
unverkauft blieben	470	„

2. Preisbewegung:

Jungschweine	von 36	bis 45	kr.	per Kg. Lebendgewicht.
Fettschweine	„ 38·5	„ 42·5	„	

Infolge des stärkeren Auftriebes haben die Preise einen Rückgang von 1 kr. per Kilo erfahren.

(Pferdemarkt vom 24. Mai 1892.)

Zum Verkaufe wurden gebracht: 416 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . . . 90—350 fl. per Stück,
„ Schlachtpferde . . . . . 23— 70 fl. „ „

Der Markt war infolge der auswärtigen Pferdemärkte sehr flau.

* * *

(Stechviehmarkt vom 25. Mai 1892.)

1. Auftrieb:

Kälber Waidner 2233, Kälber lebend 1307, Lämmer Waidner 716, Lämmer lebend 133, Schafe Waidner 282, Schafe lebend 2249.

2. Preisbewegung:

Kälber Waidner per Kg. . . . . von 36 bis 58 kr.
Kälber lebend . „ „ . . . . . von 34 bis 52 kr.
Lämmer Waidner „ Paar . von 4 bis 9 fl.
Lämmer lebend „ „ . „ 6 „ 11 „
Schafe Waidner „ Kg. . . . . von 30 bis 40 kr.
Schafe lebend . „ Paar . von 8 bis 22½ fl.

Auf dem Jungviehmarkte wurden gegen die Vorwoche um 38 Stück Kälber mehr zugeführt. Die Kauflust war infolge des stärkeren Feiertagsbedarfes lebhaft, daher die Preise um 3 kr. per Kilo gestiegen sind.

Auf dem Schafmarkte wurden um 935 Stück Schafe weniger aufgetrieben und sind die Preise bei reger Kauflust um 25 kr. per Paar gestiegen.

Auf dem Schlachtviehmarkte wurden am 25. d. M. 86 Stück Mast- und 110 Stück Beinlvieh aufgetrieben.

* * *

Bierpreise im Monate Mai 1892.

En gros.

Abzug, Wiener I.	10 bis 11½°	fl. 9.50 bis fl. 9.90
„ böhmisches, oberösterr. 2c. II. .	9 „ 10°	„ 9.— „ „ 9.50
Lager, Wiener	12 „ 13°	„ 13.— „ „ 14.—
Märzen, Wiener (Export)	13 „ 14½°	„ 14.— „ „ 15.—
Böhmisches nach Pilsner Art . . .	11 „ 12°	„ 15.— „ „ 16.—
Pilsner	11 „ 12°	„ 16.75 „ „ 17.50

(Diese Preise sind franco Zustellung, incl. Verzehrungssteuer, netto Cassa ohne jeden Sconto zu verstehen.)

En détail.

Abzug	12 bis 14 kr. per Liter	über die Gasse,
„	12 „ 16 „ „ „	im Locale,
Lager und Märzen	18 „ 24 „ „ „	über die Gasse,
„ „ „	20 „ 30 „ „ „	im Locale,
Böhmisches, Pilsner	26 „ 32 „ „ „	

Flaschenbier-Preise.

Abzug in Flaschen zu ½ Liter	per Liter 11 bis 14 kr.
Lager „ „ „ „ „	„ „ 18 „ 24 „
Pilsner „ „ „ „ „	„ „ 24 „ 30 „

Gewerbeangelegenheiten.

Gewerbeanmeldungen vom 19. Mai 1892.

(Fortsetzung.)

Thyam Johann — Musikalienhandel — II., Taborstraße 61.
Brutmann Magdalena — Naturblumenhandel — VII., Neubaugasse 49.
Matejka Adalbert — Naturblumenhandel — XVIII., Währing, Hauptstraße 24 oder 29.
Schüssel (Schiesl) Josef — Parfumerie- und Kurzwaren-Verschleiß — XII., Simmering, Hauptstraße 56.
Frey-Trauer Barbara Marie — Pfaidlergewerbe — XVIII., Währing, Johannesgasse 47.
Rosenfeld Sigmund — Schilder- und Schriftenmalerei — I., Wipplingerstraße 29.
Brandstein Jakob und Herzler Samuel — Schuhmacher — VII., Westbahnstraße 35.
Maier Francisca — Handel mit Singvögeln — VII., Schottenfeldg. 95.
Grünfeld Moriz — Krystallisierung von Soda — II., Kaiser Josefstraße 13.
Ferrighi Augusto, Dr. — Verabreichung von Speisen, Ausschank von Bier, Wein und Liqueuren — II., k. k. Prater, Ausstellungspark.
Kornfeld Karl Emanuel — Spirituosen-Verschleiß — V., Reinprechtsdorferstraße 57.
Duse Eleonora — Theatralische Vorstellungen — II., Carltheater.
Machatschek Josef — Tischlergewerbe — IX., Nussdorferstraße 25.
Mayer Josef — Vermittlung von Versicherungsverträgen — VII., Siebensterngasse 46.
Senkik Agnes — Handel mit Victualien und Blumen — XVIII., Währing, Martinsstraße 88.
Halpern Leib — Viehhandel — III., Central-Viehmarkt.
Wolfenberger Anna — Wirtin — II., k. k. Prater, Ausstellungsstr. 163.
Wolfenberger Anna — Wirtin — II., Kronprinz Rudolfstraße 54.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 20. Mai 1892.

Blöch Rosalia — Brantwein- und Theeschank — II., Taborstraße.
Prohaska Ignaz — Buschenschänke und Restauration — II., k. k. Prater, Ausstellungsraum.
Lasnowsky Marie — Feigenkaffee-Erzeugung — XII., Ober-Meidling, Grünberggasse 14.
Pfisterer Johann — Feinputzer — XII., Unter-Meidling, Rosaliagasse 1.
Hauer Eleonore — Fleisch- und Selchwaren-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Marktstand in der Brunnengasse.
Scholz Eduard — Fotografengewerbe — XIII., Penzing, Parkgasse 56.
Matauschek Ernestine — Gasthausgewerbe — XVI., Ottakring, Rosenhügelstraße 2.
Muck Adam — Gasthauspacht — XVI., Ottakring, Hauptstraße 202.
Schierl Johann — Gasthausgewerbe — XVI., Ottakring, Hauptstraße 202.
Beran Anton — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Hernals, Grillparzergasse 21.
Gabriel Ferdinand — Gemischtwaren-Verschleiß — VIII., Schmidgasse 8.
Gansterer Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Hernals, Hauptstraße 25.
Nowotny Josefa — Gemischtwaren-Verschleiß — XIII., Penzing, Parkgasse 38.
Hartmann Josef — Kleidermachergewerbe — XII., Gaudenzdorf, Feldgasse 7.
Mekinsky Anna — Damenkleidermacherin — VI., Gumpendorferstraße 37.
Buranić Bartholomäus — Kleinfuhrwerksgewerbe — XVI., Ottakring, Rosenhügelstraße 2.
Dorner Engelbert — Kleinfuhrmann — V., Vor der Matzleinsdorferlinie.
Schachinger Marie — Kostgebung — V., Grohgasse 1.
Trebitsch Moses Löb, recte Moriz — Lederausschnitt und Verschleiß von Schuhmacherzugehör — XII., Gaudenzdorf, Schönbrunner Hauptstraße 57.
Adler Karl — Manufacturwaren-Verschleiß — IX., Pramergasse 3.
Adler Samuel — Manufacturwaren-Verschleiß — IX., Seegasse 15.
Hönigsberg Anton — Manufacturwaren-Verschleiß — IX., D'Orsayg. 7.
Schieder Veronika — Marktfahrergewerbe — XV., Fünfhaus, Sperrgasse 14.
Blumentritt Josef — Marktvictualien-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Brunnengasse, Marktstand.
Geitner Anna — Marktvictualienhandel — XIV., Rudolfsheim, Marktgasse vor dem Hause Nr. 19.
Krause Josef — Mehl-Verschleiß — III., Parkgasse 9.
Wöppel Anna — Mehl- und Gries-Verschleiß — III., Leonhardtgasse 7.
Menzel Bertha — Milch-Verschleiß — VI., Magdalenenstraße 66.
Pollak Rosa — Möbel-Verschleiß — VII., Schottenfeldgasse 76.
Werkstadt Franz — Musikergewerbe — XIX., Ober-Döbling, Pantzergasse 18.
Majzell Katharina — Hausieren mit Obst — II., Gerhardusgasse 26.
Okrukcy Georg — Feilbieten von Obst und Grünwaren — XVII., Hernals, Gürtelstraße 11.
Stuka Anna — Feilbieten von Obst und Grünwaren — XVII., Hernals, Karlsgasse 10.
Zelko Georg — Feilbieten von Obst und Grünwaren — XVII., Hernals, Josefigasse 13.
Lutz Francisca — Perlmutterdrechslergewerbe — XVII., Hernals, Rokitanskygasse 45.
Dohnal Josef — Schuhmachergewerbe — XVI., Ottakring, Hyrtlgasse 12.
Skala Anastasia — Schuhmachergewerbe — XVI., Ottakring, Wichtlg. 12.
Reimann Johann — Verschleiß von Schmucksachen mit böhmischen Granaten — I., Graben, Palais Equitable.

Böhm Karl — Sodawasser-Verschleiß — XIX., Unter-Döbling, Peregrinigasse 17.
Joachimsthaler Wenzel — Tischlergewerbe — XII., Unter-Meidling, Waltergasse 6.
Horowitz Salomon — Wein-Verschleiß — I., Schönlaterngasse 6.
Kohn Hermann — Zimmermaler — II., Obere Donaustraße 63.
Schwägerl Katharina — Zuckerbäckerwaren-Verschleiß — XVII., Hernals, Alsbachstraße 12.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 21. Mai 1892.

Schlechtitzki Johann — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks — XVIII., Währing, Schulgasse 29.
Stark Leopold — Verschleiß von Brennholz, Kohlen und Coaks — VII., Zollergasse 2.
Stastny Johann — Eis-Verschleiß — XIII., Baumgarten, Hauptstraße 7.
Halle von Simon — Erzeugung von künstlichem Fischbein — XI., Simmering, Am Canal 37.
Binder Johann — Fleisch- und Selchwaren-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Burggasse 48.
Gayer Karl — Fleischselchergewerbe — XVIII., Währing, Herrengasse 24.
Gerschbauer Josefine — Fragnergewerbe — VI., Bergsteiggasse 6.
Rausch Johann — Friseur und Raseur — V., Griesgasse 4.
Schäfer Anton — Friseur und Raseur — XIV., Sechshaus, Hauptstraße 85.
Hofer Ferdinand — Gast- und Schankgewerbe — XV., Fünfhaus, Clementinengasse 15.
Kammel Ritter von Hardegger Karl — Gastwirtsgewerbe — I., Ballg. 6.
Lorenz Franz — Gastwirtsgewerbe — IV., Heumühlgasse 14.
Pitka Franz — Gastwirt — II., Wallensteinstraße 21.
Weinrother Franz — Gastwirt — XIII., Lainz, Hauptstraße 22.
Eggenhofer Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Hundsthurmerstraße 46.
Kittner Wilhelmine — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Kaiserstraße 70.
Kroupa Ernst — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Kaiserstraße 33.
Ludwig Elise — Gemischtwaren-Verschleiß — VI., Magdalenenstraße 46.
Marrhold Karl — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Hernals, Josefigasse 18. (Das Weitere folgt.)

G.-Z. 40326.
IV.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen **Vergebung der Buchdrucker- und Buchbinderarbeiten für den Haupt-Rechnungsabschluss der Stadt Wien,** betreffend das Jahr 1891, und für den Hauptvoranschlag, betreffend das Jahr 1893, sowie für die Erläuterungen der städtischen Buchhaltung hiezu und das Abstimmungs-Protokoll hierüber, wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am Dienstag den 7. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Silberbauer im neuen Rathhause (6. Stiege, I. Stock)**, eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die bezüglichen Musterbände und Bedingnisse ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke per Bogen zu versehenden Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht mit dem vorgeschriebenen Vadium versehene Offerte wird keine Rücksicht genommen. Ebenso finden jene Offerte keine Berücksichtigung, welche von nicht gewerbebehördlich Berechtigten überreicht werden.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 24. Mai 1892. 1—3

G.-Z. 87358
V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für die Verlängerung des Haupt-Unrathscanales der Fichtegasse** im I. Bezirke im veranschlagten Kostenbetrage von 2113 fl. 60 kr. und 500 fl. Pauschale, wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 30. Mai 1892, präcise 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl** im neuen Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse des Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 16. Mai 1892. 3—3

G.-Z. 85840
V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung 1. der Arbeiten für die **Herstellung eines Holzstöckelpflasters** in der Strauchgasse im I. Bezirke im veranschlagten Kostenbetrage von 6417 fl. 23 kr.; ferner 2. der bezüglichen **Erd- und Steinpflasterungsarbeiten** im veranschlagten Kostenbetrage von 1058 fl. 67 kr.; endlich 3. der Arbeiten für die **Herstellung der Trottoirs mit Asphalte coulé** im veranschlagten Kostenbetrage von 1367 fl. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 31. Mai d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl, im neuen Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossenen Vorschriften im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städt. Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse des Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 18. Mai 1892. 2—2

Prot.-Nr. 90242.
V. 1262.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen **Vergebung der Erd- und Baumeisterarbeiten für die Verlängerung des Haupt-Unrathscanales in der Seidengasse und die Erbauung von Zweigcanälen** in der noch unbenannten Seitengasse zwischen der Gürtel- und Kaiserstraße im VII. Bezirke im veranschlagten Kostenbetrage von 2668 fl. 13 kr. und 300 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 2. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl im neuen Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossenen allgemeinen und speciellen Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 22. Mai 1892. 2—3

G.-Z. 12182
VII.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Sicherstellung der Lieferung von circa 14.720 m Baumwollstoff, ferner von circa 4800 m 76 cm breitem, blauroth gestreiften Gradl und von circa 2800 m 112 cm breitem, blauroth gestreiften Gradl zur Anfertigung der Badewäsche für die städtischen Volksbäder im II., VI., VIII. und IX. Bezirke, sowie wegen Anfertigung der Badewäsche wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am **Dienstag den 31. Mai d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Stadler im neuen Rathhause (7. Stiege, Mezzanin)** eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Kostenanschläge und die Bedingnisse im Stadtbauamte oder in der Marktcommissariats-Expositur, I., am Hof 9, während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte sind Muster der offerierten Stoffe sowie das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen. Auch finden nur Offerte von gewerbebehördlich berechtigten Geschäftsleuten Berücksichtigung.

Die Einhaltung der Bedingnisse wird seitens der Organe strenge überwacht werden.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 14. Mai 1892. 2—2

G.-Z. 85459
V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der Arbeiten für die Herstellung eines **Asphalt- oder eines Holzstöckelpflasters in der Bognergasse im I. Bezirke** im veranschlagten Kostenbetrage von 6023 fl. 55 kr. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 1. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl** im neuen Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossenen Vorschriften im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse des Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen, und mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 18. Mai 1892. 2—2

G.-Z. 85839

V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der Arbeiten für die Herstellung eines **Holzstöckelpflasters** in der Fahrbahn auf dem Lobkowitzplatze im I. Bezirke im veranschlagten Kostenbetrage von 5378 fl. 93 kr. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 31. Mai d. J., präcise um 11 Uhr vormittags**, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl im Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine **öffentliche schriftliche Offertverhandlung** abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 18. Mai 1892. 2—2

Z. 97998

V.

Kundmachung.

(Varianten-Project der Theilstrecke „Westbahnhof-Südbahn" der Wiener Stadtbahn [Gürtellinie]).

Zufolge Erlasses der hohen k. k. nied.-österr. Statthalterei vom 17. Mai 1892, Z. 31367, hat der Herr Handelsminister mit dem Erlasse vom 15. Mai 1892, Z. 1505, die Einbeziehung des generellen Variantenprojectes der k. k. General-Inspection der österreichischen Eisenbahnen für die Theilstrecke „Westbahnhof-Südbahn" der Gürtellinie der Wiener Stadtbahn in die Tracenrevision hinsichtlich dieser Stadtbahnlinie angeordnet.

Dieses Project weicht insbesondere in Bezug auf die Anlage der Haltestelle beim Westbahnhofe, ferner auf die Tracenführung nächst der Mariahilferlinie, bei der Wienflussübersetzung und bei Matzleinsdorf—Meidling von dem Projecte ab, welches in der Zeit vom 6. bis einschließlich 13. d. M. zur Einsichtnahme aufgelegen ist.

Gemäß § 3 der Handelsministerialverordnung vom 25. Jänner 1879, R.-G.-Bl. Nr. 19, **liegt das obenerwähnte generelle Variantenproject vom 20. bis einschließlich 27. d. M.** während der gewöhnlichen Amtsstunden von 8 bis 2 Uhr im Rathhause, Stiege 7, 1. Stock im Sectionszimmer Nr. 2 des Gemeinderathes zu jedermanns Einsicht auf und werden allfällige Bemerkungen vom Wiener Magistrate im Magistrats-Departement V entgegengenommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 18. Mai 1892. 3—3

Inhalt.

Gemeinderath: Seite

Sitzungen des Gemeinderathes 1259

Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 23. Mai 1892.

Inhalt:

Mittheilungen des Vorsitzenden:

1. Beurlaubung des Gem.-Rathes Erndt 1259
2. Ebenso des Gem.-Rathes Grünbeck 1259
3. Entschuldigung des Gem.-Rathes Kreindl wegen Fernbleibens 1259
4. Spende des Herrn Hirschler für die Armen 1259
5. Beantwortung der Interpellation des Gem.-Rathes Matzenauer, betreffend die Abplankung des Möllersteiges im I. Bezirke . . . 1259

Einlauf:

6. Einladung seitens der Organisations-Commission zum V. internationalen Binnenschiffahrts-Congress in Paris. 1259

Interpellation:

7. Gem.-Rath Grünbeck, betreffend Beschleunigung des Schulhausbaues Hernals, Schmerlinggasse 1259

Referat:

8. Gem.-Rath Wurm, betreffend die Projecte der Wiener Stadtbahn 1260

Stadtrath:

Sitzungen des Stadtrathes 1290

Allgemeine Nachrichten:

Approvisionierung:

Borstenviehmarkt vom 24. Mai 1892 1290
Pferdemarkt vom 24. Mai 1892 1291
Stechviehmarkt vom 25. Mai 1892 1291
Bierpreise im Monate Mai 1892 1291

Gewerbeangelegenheiten:

Gewerbeanmeldungen . . . . . 1291—1292

Kundmachungen . . . . . 1292—1294

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** — Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.

Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. B. Wallishausser's** k. u. k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Otto Maaß (Haasenstein & Vogler), Wien, I., Wallfischgasse 10.

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag 4 Uhr Nachmittags.

Nr. 42. Dienstag, den 31. Mai 1892. Jahrgang I.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl., „ „ mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom 24. Mai 1892 unter dem Vorsitze der Vice-Bürgermeister Dr. Franz Vorschke und Dr. Albert Richter.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Die Sitzung ist eröffnet.

1. Der Herr Bürgermeister entschuldigt sein Ausbleiben von der heutigen Sitzung, ebenso die Herren Gem.-Räthe Hipp, Brauneiß und Schmidt.

2. Die kaiserl. Akademie der Wissenschaften ladet zu ihrer feierlichen Sitzung am 30. Mai 1892, um 12 Uhr mittags, ein; Karten sind beim Herrn Präsidialsecretär Pohl zu erheben.

3. Der Herr Gem.-Rath Friedrich Kaspar ersucht um einen zweimonatlichen Urlaub. Die Herren werden wohl nichts dagegen haben. (Nach einer Pause.) Angenommen.

4. Eine Interpellation des Herrn Gem.-Rathes Grünbeck, betreffend die Erbauung eines Schulhauses im XVII. Bezirke, habe ich die Ehre, dahin zu beantworten, dass dieses Schulbauproject bereits vom Bezirksschulrathe an den Magistrat gelangt ist und in wenigen Tagen dem Stadtrathe zur weiteren Berathung und Beschlussfassung vorgelegt werden wird.

Ich ersuche, die Einläufe zu verlesen.

5. Schriftführer Gem.-Rath Janotta (liest):

Resolution.

Geehrter Gemeinderath der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien!

In Ansehung dessen, dass der X. Bezirk bei der Schaffung der Verkehrsanlagen sehr stiefmütterlich behandelt, ja fast gänzlich übergangen, das wenige aber, was geboten werden soll, auf spätere Baujahre hinausgeschoben wurde;

in Ansehung dessen, dass der X. Bezirk aber gerade seiner Fabriken, seiner arbeitenden Bevölkerung wegen, und weil er durch Bahndämme und Eisenbahngeleise an einem freien Verkehr mit den Nachbarbezirken behindert ist, der Verkehrsmittel für raschen Fernverkehr besonders bedarf;

in Ansehung dessen, dass schon seit Jahren über den Viehtrieb durch den Bezirk auf den Central-Viehmarkt zum Schlachthause Klagen geführt werden;

in Ansehung dessen endlich, dass den Bewohnern des westlichen Theiles des Bezirkes doch ein leichterer Verkehr zum Central-Friedhof ermöglicht werden soll,

richtet der Ausschuss des „Politischen Favoritener Bürgervereines" über Auftrag der außerordentlichen Hauptversammlung vom 21. Mai 1892 an den löblichen Gemeinderath der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien die Bitte, die nachstehend ausgedrückten Wünsche nachdrücklichst zu befürworten.

Diese Wünsche lauten:

1. In der ersten Bauzeit, d. i. bis 1897, ist bereits die Gürtellinie von der Westbahn zur Station Matzleinsdorf zu bauen.

2. Die Penzing-Kaiser-Ebersdorfer Bahn ist allenfalls über die Pottendorfer Bahn mit Matzleinsdorf in Verbindung zu bringen und somit der Gürtelbahn anzuschließen, wodurch benannte Bahnen ins Stadtbahnnetz einbezogen wären.

3. Es ist keinesfalls ein Rangier-Bahnhof vor dem Südbahnhofe in Favoriten anzulegen, sondern gelegentlich der Südbahnverstaatlichung ist der Hauptbahnhof nach Matzleinsdorf und ebenso der Rangierbahnhof dorthin zu verlegen; der Damm für das Geleise zum jetzigen Südbahnhof ist also nicht zu verbreitern, jedoch mit einer größeren Zahl von Durchlässen zu versehen.

4. Es ist eine Bahnstrecke ab Matzleinsdorf in der Richtung der Quellengasse im X. Bezirk durch diesen Bezirk nach Simmering laufend, mit einem Anschluss an die Aspang-, Staats- und Donauuferbahn ins Auge zu fassen.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Zur Kenntnis.

6. Schriftführer Gem.-Rath Janotta (liest):

Petition überreicht durch den **Gem.-Rath Bachofen v. Echt:**

Löblicher Gemeinderath!

Die gefertigten Hauseigenthümer von Ober-Döbling, deren Besitzungen durch die projectierte Trace der „Vorortelinie" tangiert erscheinen, erlauben sich anlässlich der bevorstehenden Berathung des der hohen Landesbehörde zu

erstattenden Gutachtens ihre Beschwerde gegen die Projectstrace im Gemeindegebiete Ober-Döbling einem löblichen Gemeinderath in nachstehender

Petition

darzulegen und deren Berücksichtigung zu erbitten.

Es wurden von einer Reihe von Interessenten innerhalb der zur Einbringung von Bemerkungen offen gehaltenen achttägigen Frist gegenüber der Trace der Vorortelinie im Gebiete von Ober-Döbling Verwahrungen protokolliert oder mittels eigener Gesuche zur Kenntnis gebracht, so

1. von dem Rudolfiner-Vereine, welcher den Bestand des Rudolfinerhauses, Grinzingerstraße 21, durch die projectierte Trace wesentlich gefährdet erachtet;

2. von Frau Johanna von Mittag-Lenkheym, Hof- und Ministerialrathsgattin, als Eigenthümerin des Hauses Ober-Döbling, Herrengasse 25, durch Herrn Dr. Theodor Reisch;

3. von Herrn Samuel Hirschl als Eigenthümer des Hauses Ober-Döbling, Herrengasse 3;

4. von Frau Louise Bösch als Eigenthümerin des Hauses Ober-Döbling, Grinzingerstraße 18, durch Herrn Dr. Freund;

5. von Herrn Professor Heinrich Obersteiner als Eigenthümer der Realität Ober-Döbling, Hirschengasse 71;

6. von Frau Francisca von Wertheimstein als Eigenthümerin des Hauses Ober-Döbling, Hauptstraße 98, durch Herrn Dr. H. Jaques,

welche sämmtlich gegen die projectierte Trace Verwahrung einlegten.

Wir endesgefertigten Realitätenbesitzer in Ober-Döbling:

7. Amalie von Schwarz, Eigenthümerin der Häuser Nr. 5, 7, 9 der Herrengasse in Ober-Döbling;

8. C. F. Scheibl, Eigenthümer des Hauses Nr. 21 Herrengasse in Ober-Döbling;

9. D. Deutsch noe. Ignaz Deutsch's Erben, Eigenthümer der Häuser Nr. 27 Herrengasse in Ober-Döbling und Nr. 24 Gemeindegasse in Unter-Döbling;

10. F. Schmitt, Eigenthümer der Häuser Nr. 12, 14, 16 Herrengasse in Ober-Döbling und der Gartenparcellen Nr. 423/1—3;

11. Marianne Rayecz, Eigenthümerin des Hauses Nr. 23 Herrengasse, Ober-Döbling,

schließen uns den vorgenannten Reclamanten an, und verwahren wir uns gegen die projectierte Trace der Vorortelinie im Laufe des Krotenbaches aus nachfolgenden Gründen:

Die zu unseren Häusern gehörigen Gärten, welche, an beiden Seiten des Krotenbaches gelegen, seit unvordenklichen Zeiten her bestehen, sind wahre Zierden und Luftreservoirs für die ganze Gegend, deren Aufrechthaltung sowohl im Privatinteresse der Eigenthümer als auch im öffentlichen Interesse gelegen ist.

Durch die projectierte Trace der Vorortelinie im Laufe des Krotenbaches werden diese alten Culturen völlig der Vernichtung preisgegeben, die jenseits des Krotenbaches gelegenen, zu unseren Häusern gehörigen Gartentheile gänzlich abgeschnitten und wertlos gemacht und unsere Realitäten total entwertet.

Wir bemerken, dass das Land Niederösterreich, welches Besitzer der Häuser Nr. 15, 17 und 19 Herrengasse ist, woselbst die Landes-Taubstummenanstalt untergebracht ist, gleich uns durch die projectierte Trace auf das empfindlichste geschädigt erscheint und sich mit einer separaten Eingabe unserer Verwahrung anschließen wird.

Dem Vernehmen nach hat bereits das löbliche Stadtbauamt in Berücksichtigung der Reclamationen, welche von den Hauseigenthümern der Cottageanlagen gegen die projectierte Station „Ober-Hohenwarth" eingebracht wurden, Anlass genommen, eine Variante der Tracc der Vororte in der Weise zu beantragen, dass die Trace hinter die Sternwartestraße verlegt wurde.

Es ließe sich bei Annahme dieser Variante die Fortsetzung der Linie ganz wohl derart herstellen, dass sie in einem größeren Bogen jenseits des Krotenbaches auf der Unter-Döblinger Seite weiter geführt, zumeist freie Felder schneiden würde, wodurch die Gefahr der Schädigung altbestehender Culturen und hervorragender humanitärer Anstalten, wie des Rudolfinerhauses und der Landes-Taubstummenanstalt, welche mit der Trace der Vorortelinie längs dem Krotenbache verbunden wäre, abgelenkt werden könnte.

Sonach geht unsere ergebene, unter Anschluss der Vollmachten A, B und C gestellte Bitte dahin:

Ein löblicher Gemeinderath geruhe, die vorgebrachten Einwendungen gegen die Trace der Vorortelinie im vormaligen Gemeindegebiete von Ober-Döbling von der Grinzingerstraße bis zur Nussdorferstraße bei Beschlussfassung über das an die hohe Landesbehörde zu erstattende Gutachten in geneigte Erwägung zu ziehen und eine Abänderung dieser Trace im Sinne obiger Ausführungen, derart, dass dieselbe jenseits des Krotenbaches verlegt wird, in Antrag zu bringen.

(Folgen die Unterschriften.)

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Zur Kenntnis. — Wir gehen zur Tagesordnung über.

Gem.-Rath Gerhardus (zur thatsächlichen Berichtigung): Der Herr Referent hat gestern in seiner Ausführung gesagt, dass die Donauuferbahn den Zwecken der dort ansässigen Industrie rücksichtlich des Frachtenverkehres vollständig genüge. Ich berichtige thatsächlich, dass die Donauuferbahn für die Industrien des Donaustadtgebietes sozusagen gar kein Interesse hat; sie vermittelt nur den Verkehr zwischen der Nordbahn und der Donaudampfschiffahrts-Gesellschaft einerseits und der Franz Josefs-Bahn andererseits. Sie ist aber aus anderen Gründen für die dort ansässige Industrie durchaus nicht prakticabel, weil sie in ihrer Combination mit der Verbindungsbahn Frachtsätze notiert, die man dadurch weit unterbietet, dass man beispielsweise die von der Stadt kommenden Güter mit Pferden direct an die Donauuferbahn führt. Ob nun die Trace, wie sie hier vom Stadtrathe vorgeschlagen wird, für die Zukunft sowohl für die ansässige, als die neu hinzukommende Industrie Nutzen haben wird, muss ich aus dem Grunde bezweifeln, weil ein großer Theil des Gebietes, wo die Industrie ihre Niederlassung finden soll, ziemlich weit abgelegen ist.

Gem.-Rath Stiaßny (zur Geschäftsordnung): Gestatten Sie mir, dass ich eine höfliche und dringende Bitte an Sie richte. Ich war gestern am Schlusse der Sitzung nicht mehr anwesend und kann zur Entschuldigung für diesen Umstand nur anführen, dass ich vormittags und mittags $4^1/_2$ Stunden bei einer Sitzung der Donauregulierungs-Commission anwesend war und dann durch ungefähr vier Stunden im Gemeinderathe gewesen bin. Ich war daher nicht in der Lage, mich an der Debatte über die Führung der Donaustadtlinie zu betheiligen. Da Ihnen bekannt ist, dass ich seit einem halben Menschenalter mich mit der Donaustadt und deren Communication beschäftige, so lege ich Wert darauf, dass Sie zum mindesten meine Anschauung über diesen Punkt hören, und ich stelle die ergebene Bitte, der Gemeinderath wolle beschließen, die Debatte über die Donaustadtlinie wieder zu eröffnen.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Über diesen Antrag muss sofort abgestimmt werden; ich ersuche jene Herren, welche für Wiederaufnahme der Debatte sind, die Hand zu erheben. Angenommen.

7. Referent Gem.-Rath Wurm: Nachdem die Wiederaufnahme der Debatte beschlossen wurde, muss ich vor allem den Standpunkt des Stadtrathes auf das klarste präcisieren. Der Stadtrath ist der Überzeugung, dass die Ansicht, welche der Gemeinderath seinerzeit schon ausgesprochen hat, nämlich eine Verbindung vom Nordbahnhof gegen den Nordwestbahnhof nnd im ferneren Verlaufe bis zum Bahnhofe in Heiligenstadt zu suchen, den Bedürfnissen vielmehr entsprechen würde, als jene Verbindung, welche durch die Kronprinz Rudolfstraße geplant ist, wo die Bahn sich in das Niveau senkt, infolge dessen in das Gebiet des Hochwassers kommt und zeitweise dort gänzlich unbenützbar sein wird, überdies so kolossale Umwege macht, um den Personenverkehr gegen Heiligenstadt zu vermitteln, dass eine solche Verzögerung des Verkehrs eintritt, dass jedenfalls die kürzere Linie vorzuziehen ist. Es ist gar kein Zweifel, dass die Donauuferbahn, wie sie gegenwärtig existiert, einer Ergänzung bedarf und ich bin überzeugt, dieselbe wird kommen, sie ist gar nicht zu vermeiden, schon aus strategischen Gründen, weil die Kasernen dort einer Verbindung bedürfen. Es ist also ganz im Interesse der Gemeinde, wenn wir mit aller Energie dafür eintreten, dass eine Verbindung vom Nordbahnhof zum Nordwestbahnhof

und in dieser Richtung hinüber geschaffen wird, die andere Verbindung, darüber können Sie beruhigt sein, wird jedenfalls kommen.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Ich eröffne die Debatte, mache aber aufmerksam, dass nur die Donaustadtlinie, und zwar der erste Absatz in Debatte war und daher auch jetzt nur in Debatte kommen kann.

Gem.-Rath Stiaßny: Meine geehrten Herren, gestatten Sie mir, dass ich zuerst meinen Dank dafür ausdrücke, dass Sie mir gestattet haben, meine Anschauung über diese für Wien hochwichtige Frage auszusprechen. Wenn man den Namen „Donaustadt" vor jemandem erwähnt, so findet man meist, dass die betreffenden Personen diesen großen und für die Entwicklung des Handels und Verkehres hochwichtigen Stadttheil gar nicht oder nur vom Hörensagen oder nur ganz oberflächlich kennen.

Gestatten Sie mir nun, dass ich mit wenigen Worten ihnen beschreibe, wie die Donaustadt eigentlich entstanden ist. Die Donaustadt hat eine Länge von nahezu 14 Kilometer, also fast zwei deutsche Meilen. Es befinden sich in ihr acht Landungsplätze von Corporationen mit einer Ausdehnung von 4068 m, elf Landungsplätze von Privaten mit einer Ausdehnung von 3069 m, und sechs öffentliche sonstige Landungsplätze mit einem Ausmaße von 3021 Currentmeter. Diese öffentlichen Landungsplätze herzustellen ist die österreichisch-ungarische Monarchie, respective der damalige österreichische Staat nach dem Schiffahrtsacte vom 7. November 1857 verpflichtet gewesen, dieser Verpflichtung aber bisher nicht vollständig nachgekommen. Außerdem sind Uferflächen von 3089 m Länge vorhanden, so dass die Donaustadt Landungsflächen im Gesammtausmaße von 13.247 m besitzt. Entlang dieser Landungsflächen befindet sich eine eingeleisige Bahn, die Donauuferbahn, welche der Herr Referent soeben ganz richtig charakterisiert hat. Diese Bahn ist wohl nicht im Stande, dem jetzigen Frachtenverkehr zu genügen, absolut aber nicht im Stande, den Personenverkehr in sich aufzunehmen, wenn gegenwärtig überhaupt die Möglichkeit bestünde, den Personenverkehr auf diese Bahn zu leiten.

Ich muss bei diesem Anlasse wiederholt auf die verdienstvollen Bemühungen eines Collegen, des Herrn Gem.-Rathes Geitler, hinweisen, welcher seit Jahren bestrebt war, den Personenverkehr auf der Donauuferbahn zu bewerkstelligen. Ich bringe ihnen in Erinnerung, dass anlässlich der Jubiläums-Ausstellung im Jahre 1883 und der landwirtschaftlichen Ausstellung im Jahre 1890 ersucht wurde, den Personenverkehr auf dieser Bahn einzuführen; nie aber hat dieser Verkehr durchgeführt werden können. Gegenwärtig ist die Communication für Frachten- und für Personen mit der Donauuferbahn fast ausschließlich einerseits von Nussdorf und andererseits von Kaiser-Ebersdorf und man muß zugestehen, dass niemand Lust haben wird, in die Donaustadt auf diesem etwas ungewöhnlichen und weiten Wege zu gelangen. Wir haben aber ein großes Interesse, dass ein Verkehr sich in der Donaustadt selbst entwickle, aus Gründen, die ich gleich anführen werde, und dass die Möglichkeit vorhanden ist, dass man aus dem Inneren der Stadt schnell und billig in die Donaustadt gelangen kann. Dies aber ist im Regierungsprogramme gegeben. Ich will vor allem nachweisen, welches materielle Interesse die Stadt Wien an dem Aufschwunge und der Entwicklung der Donaustadt nimmt. Von den 3,852.628 m² reinem Baugrunde, welcher der Donauregulierungs-Commission, deren eine Curie ja die Stadtcurie Wien bildet, besessen hat, sind circa 350.000 m² verkauft, so dass wir noch dreieinhalb Millionen Quadratmeter besitzen. Eine Verwertung und Verbauung dieser Grundflächen ist daher nicht nur im Interesse der Donauregulierungs-Commission, sondern wie leicht begreiflich, im doppelten Interesse der Stadt Wien gelegen. Jetzt befinden sich über 40 Fabriken und über 100 Wohngebäude in der Donaustadt und seit einigen Wochen ist die Nachfrage nach Bauplätzen mit Rücksicht auf die angehoffte bequeme Verbindung mit den übrigen Bahnlinien eine sehr rege geworden. Ich kann erwähnen, dass die Preise für Baugründe — also ein Umstand, der der Stadt Wien in vortheilhafter Weise zugute kommt — seit einem Jahre um 40 Percent und mehr gestiegen sind und wir selbst zu diesen hohen Preisen willige Käufer finden. Auf diesem ausgedehnten Gebiete besitzen wir den Erzherzog Karlplatz, der mit einer Gartenanlage versehen ist, die die doppelte Größe des Stadtparkes besitzt, außerdem den Kaiser Josefsplatz und zwölf kleinere Plätze, von welchem der kleinste noch die doppelte Größe des hohen Marktes besitzt. In dieser Donaustadt hat nun die Regierung eine Donaustadtbahnlinie projectiert. Wie sieht aber die Bahnlinie aus? — Wenn wir sie so construieren, wie der geehrte Herr Referent sie vorschlägt, tangiert sie die Donaustadt thatsächlich nur in einem Punkte, wo diese vom Stadtrath projectierte Donaustadtlinie vom Nordbahnhof abzweigt, um rasch und wirklich nur in einem Punkte die Donaustadt zu berühren, und über die Dresdenerstraße zur Nordbahn eilt. Diese Abzweigung ist zweckmäßig für den Frachtenverkehr der Nordbahn und der Nordwestbahn, und wenn diese Bahnen über kurz oder lang auch in den Besitz des Staates übergehen werden, so muss ich sagen, es ist auch im öffentlichen Interesse gelegen, wenn diese kurze, bequeme Verbindung zwischen der Nord- und Nordwestbahn herbeigeführt werde.

Aber nennen Sie diese Verbindung doch nicht eine Donaustadtbahn, sie berührt ja doch die Donaustadt nur an einem Punkte, wo sie über die Dresdenerstraße geht, aber über die Donaustadt hinunter werden Sie mit dieser Bahn nicht gelangen. Es ist nicht anders möglich, als dass die Trace der Donaustadtlinie so geführt wird, dass sie vom Praterstern abzweigt und durch die Kronprinz Rudolfstraße auf eisernem Unterbau weitergeführt wird und an der rückwärtigen Ecke des Nordbahnhofes anlangt. Und nun kommt eine Abweichung vom ursprünglichen Programme, welches der Gemeinderath genehmigt hat, dass sie nicht etwa sich ins Niveau der Engerthstraße herabsenkt und als zweites Geleise der Donauuferbahn weitergeführt wird, sondern wie dies für spätere Zeit in Aussicht genommen ist, als Hochbahn und als ein Parallelgeleise der Donauuferbahn weitergeführt wird.

Sie haben gestern nicht mit Unrecht sich beklagt, dass seitens der Regierung wiederholt Änderungen an dem Ihnen, dem Landtage und Reichsrathe vorgelegten Programme versucht worden sind, und Sie waren bestrebt, diese Abänderungen zurückzuweisen und die ganze Angelegenheit auf den ursprünglichen Stand zurückzuführen. Hier aber geschieht das Entgegengesetzte.

Der Gemeinderath ist bestrebt, das ursprüngliche Regierungsprogramm, das — ich erinnere daran — auch Sie genehmigt haben, denn Sie haben keine Einwendung gegen die Führung der Donaustadtlinie erhoben, der Gemeinderath, sage ich, ist bestrebt, das ursprüngliche Programm abzuändern, und aus diesem Programme eine hochwichtige, nicht nur für den II. Bezirk wichtige, sondern für die ganze Entwicklung der Donaustadt hochwichtige Linie zu streichen; diesem Bestreben möchte ich entgegentreten, ohne die

Anträge des Referenten dadurch zu kreuzen und ohne den Anträgen, welche der Stadtrath uns vorgelegt hat, entgegenzutreten.

Zum Schlusse möchte ich erwähnen, dass auch in der ursprünglichen Regierungsvorlage die Führung dieser definitiven Donaustadtlinie stromabwärts in Aussicht genommen worden war, und dass nach meinem Dafürhalten schon jetzt sich empfehlen würde, bei Tracierung der Bahn auf diese seinerzeitige Verlängerung stromabwärts Rücksicht zu nehmen. Das allerdings ist richtig, dass diese stromabwärts gekehrte Linie der Donaustadtbahn hauptsächlich oder wenigstens zum großen Theil strategischen Interessen dienen wird; das ist aber eine Bahn, die nicht in der ersten Bauperiode zur Ausführung gelangen soll, und mit welcher Sie sich nach dem Jahre 1897 mit Muße werden beschäftigen können. Streichen Sie aber heute die Donaustadtlinie, so versetzen Sie der Donaustadt den schwersten Schlag, einen Schlag, der ihr nicht vom bösesten und schlimmsten Feinde hätte zugefügt werden können, und es wäre doch wirklich bedauerlich, wenn von den Wienern selbst etwas unternommen würde, was die Entwicklung der Stadt in ihrem Fundament schädigen kann.

Ich komme zum Schlusse, indem ich den Antrag stelle: Es sei am Beginne des Punktes, welcher von der Donaustadtlinie handelt, auszusprechen, der Gemeinderath spreche seine Anschauung dahin aus, dass die Bahnlinie vom Praterstern abzweigend, von der Verbindungsbahn durch die Kronprinz Rudolfstraße und da entlang rückwärts des Nordbahnhofes in definitiver Weise als Hochbahn für den Personenverkehr eingerichtet und durchgeführt werde. Desgleichen ist auf die Verlängerung dieser Linie bei eintretendem Bedarf stromabwärts Rücksicht zu nehmen, um auch auf diesen Theil der Donaustadt den Personenverkehr einbeziehen zu können.

Ich bemerke, dass diese Anträge sinngemäß mit dem Beschlusse übereinstimmen, welchen Sie vor einigen Monaten über das Programm für die Verkehrsanlagen hier gefasst haben, und dass mit Annahme dieses Antrages lediglich Sie sich auf dem Boden Ihrer früher gefassten Beschlüsse bewegen.

Ich empfehle Ihnen daher meinen Antrag zur Annahme.

Gem.-Rath Geitler: Ich bin der geehrten Versammlung außerordentlich dankbar, dass es mir möglich ist, auch noch meine Meinung über die in Ausführung begriffene Donaustadtlinie auszusprechen.

Ich war leider gestern verhindert, der Sitzung anzuwohnen, und habe nicht gedacht, dass die Debatte soweit gediehen wird, als sie bereits gediehen ist.

Nachdem Sie aber so gütig waren, die Debatte wieder zu eröffnen, so gestatten Sie mir, nachdem schon ein Vorredner so liebenswürdig war, meine Person anzuführen, Ihnen zu sagen, dass ich, als ich vor circa acht Jahren in den Gemeinderath eingetreten bin, — es waren seit meinem Eintritte erst einige Tage vergangen — sofort den Antrag im Gemeinderathe einbrachte, es möge die Donauuferbahn für den Personenverkehr prakticabel gemacht werden. Dieser Antrag wurde von allen Ämtern sehr genau und kritisch beurtheilt und Stadtbauamt, Magistrat und Gemeinderath sind schließlich einstimmig der Ansicht gewesen, dass es recht wäre, wenn meinem Antrage stattgegeben werde. Es sind auch bezüglich Schritte bei der hohen Regierung gemacht worden, um die Donauuferbahn für den Personenverkehr tauglich zu machen. Ich selbst habe mich aber nicht nur im Gemeinderathe, sondern überall dort, wo es mir sonst möglich war, für die Sache zu interessieren, weiter bemüht, und ich kann Sie versichern, dass der vor kurzem abgetretene Präsident der Staatsbahnen, Freiherr von Czedik, sich außerordentlich förderlich über dieses Project ausgesprochen hat, und zwar ganz richtig deswegen, weil er schon damals — es sind circa sieben, acht Jahre — der Ansicht war, dass der heutige Zustand der Donauuferbahn für den Frachtenverkehr nicht einmal genüge und dass ohne ein zweites Geleise der Frachtenverkehr entsprechend nicht sich entwickeln könne. Infolge dessen, wenn ein zweites Geleise gebaut wird, wäre auch kein Hindernis dagegen, dass auch der Personenverkehr auf dieser Strecke eingeführt werde. Leider, meine Herren, — Sie wissen es ja — ist in dieser Sache trotz aller Bemühungen nichts geschehen. Ich weiß es ganz genau, dass der frühere Finanzminister sich entschieden gegen die Anlegung eines zweiten Geleises auf der Donauuferbahn ausgesprochen hat, und dass somit die ganze Sache liegen geblieben ist. Es ist ja mit dem, was die Regierung hinsichtlich der Donaustadtlinie thut, auch nicht das Richtige gethan, und der Schluss-Antrag des Herrn Collegen Stiaßny, den derselbe vorgetragen hat, geht eben dahin, dass auch von der Kronprinz Rudolfbrücke stromabwärts die Donauuferbahn derart hergestellt werde, dass sie nicht nur als eine ordentliche Frachtenbahn an dem Donaustrome, sondern auch für den Personenverkehr als eine richtige Bahn etabliert werde. Collega Stiaßny hat bereits bemerkt, dass in dem Falle, als die Donauuferbahn nicht so ausgestaltet würde, wenigstens wie es das Regierungsproject wünscht, wirklich die Donaustadt eigentlich zu existieren aufgehört hat. Es ist ohnedies vorauszusehen, dass in dem Falle, als der Wiener Donaucanal in einen Verkehrshafen umgewandelt wird, die Bedeutung der großen Donau nächst Wien wahrscheinlich bedeutend sinken werde. Denn ich kann es mir nicht denken, dass man eine so kolossale Summe, wie die Summe von 10 Millionen für die Regulierung des Donaucanales aufwenden wird, ohne dann wirklich aus dem Donaucanal einen Verkehrshafen zu machen; und dann wird ein großer Theil jenes Verkehres, der sich heute an der großen Donau abwickelt, selbstverständlich im Wiener Donaucanal abwickeln müssen. Denn was die Theoretiker sagen, man könne den Localverkehr in den Donaucanal bringen und man könne den Transitverkehr, beziehungsweise den Umschlagverkehr an der großen Donau lassen, das ist alles nicht wahr. Der Kaufmann weiß in dem Augenblicke, wo er seine Ware da oder dort aufgibt, nicht, ob diese Ware loco Bahn bleiben, oder transit wird verkauft werden. Sehr viele Waren, die loco Wien aufgegeben wurden, sind in Transitverkehr verkauft worden, und sehr viele Waren, die im Transit aufgegeben wurden, wurden zu convenablen Preisen loco Wien verkauft, und es wären, wenn dieses doppelte Ausladen der Güter, so wie es sich die Theoretiker denken, überhaupt gemacht würde, eine Menge Spesen nicht nur für den Kaufmann, sondern für alle Transportanstalten gegeben.

Meiner Ansicht nach wird also wirklich schon durch die Umwandlung des Wiener Donaucanales in einen Verkehrshafen die Bedeutung des Donaustromes, beziehungsweise der Donaustadt abnehmen. Umso nothwendiger aber, meine hochverehrten Herren, ist es, dass man der Donaustadt nicht noch dasjenige nehme, was ihr ausschließlich dazu verhelfen kann, dass sie das wird, was wir von ihr erhofft haben. Es muss die Donaustadt ein ordentliches Viertel für den Handel und für Fabriken werden. Das kann sie aber nur dann, wenn wirklich innerhalb ihres Rayons

eine für den großen Verkehr geeignete Bahn etabliert wird. Ich bitte, auch noch weiters zu bedenken, dass es unbedingt nothwendig ist, dass der Verkehr auf der Donauuferbahn günstiger gestaltet werde, weil die Wiener Verbindungsbahn dadurch, dass sie einen großen Theil der Stadtbahnaufgaben auf sich nehmen wird, den Frachtenverkehr nicht mehr so wird durchführen können, wie es jetzt der Fall ist. Im Gegentheile glaube ich, dass ein großer Theil des Frachtenverkehres von der Wiener Verbindungsbahn auf die Donauuferbahn wird gelenkt werden müssen, um die Wiener Verbindungsbahn für den Personenverkehr benützbar zu machen. Es ist daher unbedingt nothwendig — College Stiaßny hat ganz recht — wenn auch der östliche Theil, beziehungsweise der Theil von der Kronprinz Rudolfsbrücke abwärts mit den Geleisen der k. k. Staatsbahn und der österr.-ungar. Staatseisenbahn-Gesellschaft nächst der Stadlauerbrücke durch eine ordentliche, doppelgeleisige Bahn verbunden werde, und dann werden Sie wirklich auch die Bahn für den Personenverkehr bekommen.

Es ist aber für die Stadt Wien außerdem wichtig, dass die Bahn factisch am Donaustrome weitergeführt wird, und zwar wegen des Communalbades. Ich glaube, dass unser Communalbad ganz anders frequentiert sein wird, wenn man unmittelbar zu demselben mit einer bequemen, raschen Verbindung kommen wird. Jetzt ist es, wie die Herren wissen, außerordentlich schwer, dass man zu dem Bade gelangt. Wenn man aber von allen möglichen Richtungen diesseits oder jenseits der Stadt, von den alten oder neuen Theilen billig, bequem und schnell zum Strombade an der Rudolfsbrücke kommen wird, dann werden Sie sich überzeugen, dass dieses ausgezeichnete Bad für das Publicum erst recht benutzbar gemacht wird. Schon aus diesem Grunde würde ich glauben, dass unbedingt der Antrag des Collegen Stiaßny, der, soweit ich ihn überhaupt gehört habe, sich vollkommen im ersten Theile an das Regierungsproject anschließt, von Seiten des Gemeinderathes anzunehmen wäre. Was der Herr Referent gemeint hat, wir sollen jetzt einmal eine Verbindung vom Nordbahnhofe längs der Nordwestbahn bis zur Dresdenerstraße machen, wir würden die andere Bahn schon später bekommen, so ist das eine Zukunftsmusik, die ich nicht spiele und auf die ich nicht höre. Was wir bei dieser Gelegenheit nicht bekommen, werden wir in einer langen Reihe von Jahren nicht bekommen. Alle Augenblicke kann man das Geld, die Lust und die Arbeitskraft für solche Anlagen nicht haben; jetzt ist der geeignete Moment dazu gekommen. Ich bitte Sie dringend, nehmen Sie den Antrag Stiaßny an und lehnen Sie den des Stadtrathes ab. Sie werden dadurch der Gemeinde Wien, welche zum dritten Theile an den Gründen längs der regulierten Donau betheiligt ist, eine große Einnahme schaffen; werden Sie das aber nicht thun, dann werden Sie sehr viel von denjenigen Gründen, welche für Fabrikszwecke acquiriert werden können, nicht verkaufen können. Bitte sich das gegenwärtig zu halten, wenn Sie über die Anträge, welche Ihnen vorliegen, abstimmen.

Gem.-Rath K. J. Müller: Ich möchte die Herren bitten, dem Antrage des Gem.-Rathes Stiaßny zuzustimmen, aber mit einer kleinen Abänderung. Die Bahntrace soll heute auf dem Gehwege der Kronprinz Rudolfstraße an der Nordbahnmauer geführt werden. Diese Straße ist heute schon einseitig, sie ist rechts breiter als links, und jetzt soll der linke Gehweg auch wegkommen.

Unter den Schienen wird niemand gehen. Im Kohlenhofe, in der Straße innerhalb der Mauer der Nordbahn ist Platz vorhanden. Als der Bau der Kronprinz Rudolfstraße durchgeführt wurde, haben wir damals schon Wert darauf gelegt, dieses Stück Grund zu bekommen. Jetzt ist Gelegenheit dazu, denn wie lange wird es dauern, und die Nordbahn ist verstaatlicht, dann geht die Trace auf dem Grunde der Staatsbahn, während sie jetzt auf Gemeindegrund gehen würde.

Ich bitte dem Antrage zuzustimmen, dass die Trace in der Kronprinz Rudolfstraße nicht auf dem Gehwege, sondern in der Kohlenstraße gehe. Wenn man sagt, man kann dann nicht herausfahren, so kann man auch nicht herausfahren, wenn die Trace vor der Mauer liegt; liegt sie in der Kohlenstraße, dann geniert sie uns nicht. Die Kronprinz Rudolfstraße stellt die Verbindung mit dem Marchfelde her und soll jetzt neuerdings verschmälert werden. Ich bitte Sie also, dem Zusatz-Antrage zuzustimmen, die Trace innerhalb der Nordbahnmauern zu legen.

Stadtbaudirector Berger: Ich möchte mir doch erlauben, darauf aufmerksam zu machen, welche Monstrosität zustande käme, wenn das jetzt vorliegende Project zustande kommt, und dass es absolut nothwendig ist, auf weitere Studien zu dringen; denn man wird uns seinerzeit, wenn die Bahn nach dem Projecte ausgeführt ist, mit Recht den Vorwurf machen, dass wir den löblichen Gemeinderath nicht darauf aufmerksam gemacht haben. Die Bahn in der Kronprinz Rudolfstraße ist als Hochbahn gedacht, sie wird von der heutigen Verbindungsbahn abzweigen und gegen die Kronprinz Rudolfbrücke gehen. Die Straße steigt auf diesem Wege successive, die Bahn muss auf diesem Wege successive fallen, weil sie sich mit dem Niveau des Nordbahnhofes vereinigen muss und schließlich sogar mit dem Niveau der Donauuferbahn, die Bahn wird deshalb anfänglich beim Praterstern eine Höhe von circa fünf Metern haben. Wenn die geehrten Herren aber das Längenprofil ansehen, so reduciert sich der überdeckte linksseitige Gehweg immer mehr. Der Viaduct auf eisernen Säulen wird zweieinhalb Meter hoch sein, und selbst die Fußgeher, die da hinuntergehen, werden im letzten Moment glauben, sie können durch dieses Loch nicht durch. Dazu wird dann noch die perspectivische Wirkung kommen, dass man glauben wird, es geht das in den Erdhorizont hinein; das ist bei dieser Hochbahn ganz unzulässig.

Dann wendet sich die Bahn zum Nordbahnhofe, vereinigt sich mit der Nordbahn und bildet bekanntermaßen die Anlage, wo der Vorgarten occupiert werden soll, gegen den ein Antrag gestellt ist. Nun überschreitet die Bahn im Niveau die Vorgartenstraße.

Es wird nun von einem lebhaften Verkehr in der Donaustadt gesprochen, natürlich auf der Vorgartenstraße, und von einem lebhaften Personenverkehr. Wenn ein lebhafter Personenverkehr auf der Bahn ist, dann sind den ganzen Tag die Zugschranken zu, und der andere Verkehr wird abgesperrt. Es wird, meine ich, das Gegentheil eintreten, denn auf einer Niveaubahn kann nie ein ordentlicher Personenverkehr sich entwickeln. (Sehr richtig!) Die Bahn muss das ganze Donauufer mit der Glocke voraus hinauffahren, damit nicht ein Unglück geschieht. Diese Verkehrsstörung wirkt aber auf den ganzen Betrieb der Stadtbahn zurück, denn das sind ja lauter Kreisverkehre. Und es ist ein großer Irrthum, wenn man aus dieser Bahnanlage sich besondere Vortheile für die Donaustadt verspricht und dabei zwei wichtige Verkehrsinstitute, wie die Nordbahn und die Nordwestbahn, ganz

ausschließt. Es ist deshalb der Antrag des löblichen Stadtrathes, in erster Richtung diese Linie zu studieren und erst im äußersten Falle auf die vorgeschlagene überzugehen, wohlbegründet. (Beifall.)

Gem.-Rath Djörup: Meine Herren! Wenn wir den Verkehr in der Donaustadt betrachten wollen, so müssen wir von einem anderen Gesichtspunkte ausgehen, als demjenigen, der uns soeben vom Herrn Baudirector Berger vorgeführt wurde.

Vor zwanzig Jahren, wie die Donaustadt-Baugesellschaft gegründet wurde, die Donaustadtgründe und die sogenannte Vorgartenstraße parcelliert wurden, da war scheinbar Aussicht vorhanden, die Donaustadt nicht als Fabriksstadt, sondern als imposantes Wohnviertel herzurichten. Die ganze Parcellierungsanlage von dazumal zeigt das. Es wird ja unschön sein, wenn die Bahn vom Praterstern hinuntergeht, ähnlich wie Herr Collega Rosenstingl es gestern vom Gürtel gesagt hat. Das ist ganz richtig, aber ich gehe von der Ansicht aus, wie auch Herr Collega Gerhardus soeben gesagt hat, dass der Donaustadt als Fabriksstadt mit der gegenwärtigen Bahnanlage nicht gedient ist.

Meine Herren, es wird immer hervorgehoben, dass in der Donaustadt so und soviel Ufer existiert; das ist richtig, auf dem Papier existiert es. Aber so und soviel Percent sind aus verschiedenen Ursachen unbenützbar. Wenn die Pläne uns correct vorgezeigt würden, wie heute die Donaustadt existiert, so würde man sehen, wieviel Percent davon bei gewöhnlichem Wasserstande wegen der Inseln, die darin liegen, nicht zu benützen sind. Was würde es nützen, wenn wir sehen, wir haben die gegenwärtigen Bau- und Fabriksplätze durch die gegenwärtige Bahn bedient? Die Wasserstraße ermöglicht es den Schiffen nicht, überall anzulegen. Wo die Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft ihre Quai-Anlagen hat, kann ein fremdes Schiff nicht anlegen, weil die Gesellschaft sie für ihre eigenen Zwecke braucht. Wo die Lagerhäuser der Unionbank sind, kann eine dritte Person auch nicht hinkommen. Dann hat die Donauregulierungs-Commission einen — ich möchte einen feinen Ausdruck gebrauchen, aber es kommt mir so schwer heraus — einen Lapsus gemacht, dass sie der Uferbahn seitens des Handelsministeriums erlaubt hat, ihren Rangierbahnhof auf den einzigen Platz, der am Ufer oberhalb der Floridsdorfer Brücke existiert, anzulegen. Sie hätten sonst viel anschütten müssen und deshalb haben Sie den Bahnhof auf den schönsten Quaiplatz verlegt, welcher für den Holzhandel bestimmt wäre, und das ist ein solcher Fehler, dass er heute schwer zu reparieren ist. Ich will Sie nicht deshalb anklagen, dass Sie so kurzsichtig waren, aber schon in ein paar Jahren wird sich die Situation zeigen und die Übelstände, die da entstanden sind.

Ich bin also dafür, um den Handel und die Industrie der Donaustadt zu heben, die Vorlagen der Regierung zu acceptieren und nicht das uns vom löblichen Stadtrathe vorgelegte Project: Also die Vorlage der Regierung mit dem Zusatz-Antrage des Herrn Collegen Stiaßny, dem ich bitte zuzustimmen.

Gem.-Rath Dr. Vogler: Ich beantrage Schluss der Debatte.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke (nach Befragen des Hauses): Angenommen. Das Wort haben noch die Herren Gem.-Räthe Gerhardus, Dr. Klotzberg und der Herr Referent.

Gem.-Rath Gerhardus: Als ich mir vorhin das Wort erbat, konnte ich nur einige Ausführungen des Herrn Referenten berichtigen. Ich werde mir daher erlauben, jetzt auf die Sache etwas näher einzugehen. Allerdings kann ich dem Herrn Stadtbaudirector bezüglich der technischen Schwierigkeiten, die er hervorgehoben hat, nicht erwidern, weil ich dies nicht zu beurtheilen vermag, aber ich glaube, es wird möglich sein, diese technischen Schwierigkeiten zu überwinden, wenn es sich darum handelt, ein so großes und kostbares Stück Land, wie die Donaustadt, mobil zu machen. Nicht ein Drittel, wie Herr Collega Geitler sagte, trägt die Stadt Wien zu den Kosten bei, sondern 60 bis 70 Percent rücksichtlich ihrer Betheiligung an den Landes- und Staatsumlagen. Ich muss es sehr bedauern, dass seit einer Reihe von Jahren für die Donaustadt überhaupt nichts geschehen ist. Ich bitte Sie, zu bedenken, meine Herren, dass die Donaustadt seit zwei Jahrzehnten ein jämmerliches Dasein führt, dass Niemand daran gedacht hat, dort Straßen oder Canäle zu schaffen.

Es war weder für Sicherheit noch für Beleuchtung gesorgt, und da hat man von Seite der Donauregulierungs-Commission und der Stadt Wien gesagt: Erst warten wir, bis verbaut ist, dann werden wir Straßen bauen! Nun hören Sie vom Herrn Gem.-Rathe Stiaßny, dass sich heute, wo die Anwartschaft auf eine Bahnanlage besteht, zahlreiche Käufer für die dortigen Plätze melden, und glauben Sie nicht, dass derselbe Fall auch vor 20 Jahren eingetreten wäre, wenn die Gemeinde Wien mit der Donauregulierungs-Commission zusammen sich erboten hätte, das zu schaffen, was für die Industrie absolut nothwendig ist?

Erst seit einem Jahre besteht die sogenannte Uferstraße, welche wenigstens einen Theil der dortigen Calamitäten beseitigt hat; andere Straßen sind zwar geplant, aber sie sind derzeit noch angeschüttete Erdhaufen.

Ich glaube nun, meine Herren, bei dem intensiven Interesse, welches die Stadt Wien hat, muss vorgesorgt werden, dass die Anlage der Donauuferbahn jene Situation erhält, die den zukünftigen Interessen der Donaustadt Rechnung trägt. Heute wird sich ja kein großer Personenverkehr dort entwickeln, aber ich bitte Sie zu bedenken, dass wir die Bahn nicht für heute bauen, sondern für die Zukunft escomptieren, um dort reges industrielles Leben zu schaffen. Dazu ist die Donaustadt in erster Reihe berufen; dem bitte ich Sie Rechnung zu tragen, und dann wird es Ihnen auch möglich sein, über die technischen Schwierigkeiten, die vom Herrn Stadtbaudirector dargelegt wurden, hinwegzukommen. (Beifall.)

Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Ich verzichte auf das Wort.

Referent: Ich will nur vor allem constatieren, dass der Stadtrath ganz consequent mit dem bereits gefassten Gemeinderaths-Beschlusse gewesen ist. Unter den Gemeinderaths-Beschlüssen, welche seinerzeit angenommen wurden, heißt es unter b), Zahl 6, es sei die Einbeziehung des Nordbahn- und Nordwestbahnhofes in das Stadtbahnnetz anzustreben. Das ist ein so wichtiger Grundsatz, der damals ausgesprochen wurde, dass der Stadtrath sich verpflichtet gefühlt hat, denselben zu befolgen und an die Spitze der Anträge zu stellen, welche die Donaustadt-Bahnlinie betreffen. Ich habe zuerst schon erklärt, dass hauptsächlich tactische Gründe es sind, welche dafür sprechen; diese Bahn würden wir sonst nicht erhalten. Es ist gar keine Rede, dass, wenn die Bahn durch die Kronprinz Rudolfstraße geführt wird, eine entsprechende Verbindung des Nord- und Nordwestbahnhofes gegen Heiligenstadt erreicht wird. Die vom Stadtrathe vorgeschlagene Bahn wird auch dann sehr leicht in Verbindung zu setzen sein mit dem unteren Theile der Donauuferbahn; der untere Theil der Donaustadt wird gewiss seinerzeit eine Verbindung bekommen, auf das kann man rechnen, aber nicht darauf könnte man rechnen, dass jene Bahn gebaut wird, welche

der Gemeinderath damals als nothwendig erklärt hat. Wir sind gewiss alle Freunde der Entwicklung eines so beträchtlichen Theiles, wie es die Donaustadt ist, aber eben weil wir Freunde dieses Stadttheiles sind, können wir nicht zustimmen, dass die Bahn in einer solchen Weise geführt werde, wie es geplant ist, denn die Art und Weise, wie die Bahn geplant wird, verunstaltet nicht bloß die Kronprinz Rudolfstraße durch das unglückliche Niveau; auch die Verkehrsverhältnisse werden dadurch beeinträchtigt, wenn die Bahn im Niveau liegt. Wenn aber die definitive Linie gebaut wird, so kommt die Bahn, wie ich gestern schon erwähnt habe, in eine so schwindelnde Höhe über die Nordbahntrace, dass es eine Ungeheuerlichkeit ist, eine Bahn zu bauen, welche auf so hohem Viaducte geführt wird, und welche auch unbequeme Gefällsverhältnisse hat.

Es ist zu erwarten, dass dadurch, dass wir festhalten an dem Gemeinderaths-Beschlusse und der Verbindung des Nordbahn- und Nordwestbahnhofes gegen Heiligenstadt, wir eine Bahn in viel zweckmäßigerer Weise bekommen. Es ist nicht ausgeschlossen, dass vielleicht eine Linie vorgeschlagen wird durch die Ausstellungsstraße. Aber diese Linie, welche seitens der Regierung heute vorgeschlagen wird, könnten wir nur annehmen, wenn das, was in erster Linie steht, abgeschlagen wird. Nur wenn die Regierung nicht darauf eingeht, sofort eine Verbindung der Nord- und Nordwestbahn herzustellen, hat sich der Stadtrath veranlasst gesehen, weitere Bedingungen zu stellen, für die Bahn, welche im Regierungsprogramme in Aussicht genommen ist. Ich bitte, die Anträge des Stadtrathes anzunehmen.

Gem.-Rath Stiaßny (zu einer thatsächlichen Berichtigung): Ich habe Folgendes thatsächlich zu berichtigen: Es ist unrichtig, dass ich meinen Antrag als Gegen-Antrag zu dem Antrage des Herrn Referenten stelle. Im Gegentheile ist der von mir gestellte Antrag ein Zusatz-Antrag zu dem des Stadtrathes und habe ich ausdrücklich erklärt, dass ich für den Antrag des Herrn Referenten eintreten und dafür stimmen werde.

Zweitens habe ich thatsächlich zu berichtigen, dass ich nicht die vom Herrn Stadtbaudirector in ihrer ganzen Häßlichkeit geschilderte Niveaubahn vertreten will, sondern ausdrücklich gesagt habe, dass ich für jene Hochbahn eintrete und meinen Antrag dahin stelle, dass jene Hochbahn gebaut werden soll, welche von der Regierung im Programme A als späterer Ersatz für die gegenwärtig geplante Niveaubahn vorgeschlagen wird. Ich habe die definitive Hochbahn keineswegs zur Verunstaltung der Donaustadt vorgeschlagen. Ich wiederhole, dass mein Antrag nur als ein Zusatz, aber nicht als ein Gegen-Antrag zu dem des Bauamtes und Stadtrathes zu betrachten ist.

Gem.-Rath Geitler (zu einer thatsächlichen Berichtigung): Ich habe nur gegenüber dem Collegen Gerhardus etwas zu berichtigen. Ich habe ausdrücklich gesagt, dass die Stadt Wien mehr als ein Drittel zu den Donauregulierungskosten beiträgt, dagegen muss ich sagen, dass ich die letzten Bemerkungen des Herrn Collegen Stiaßny nicht in Einklang finde mit dem, was er früher gesagt hat, und daher bitte ich, dass der Antrag, den Herr College Stiaßny gestellt, vor der Abstimmung genau verlesen werde.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Wir schreiten zur Abstimmung. Es wird nämlich über den Punkt B „Donaustadtlinie" abgestimmt werden. Hiezu sind folgende Anträge: Ein Antrag des Dr. Klotzberg, der dahin geht, erstens den Nordbahnhof mit dem Nordwestbahnhof zu verbinden. Zweitens das Provisorium durch die Vorgartenstraße und längs der Donauuferbahn abzulehnen und gleich ein Definitivum zu schaffen. Weiters ein Antrag des Dr. Lueger, der an die Spitze des Referenten-Antrages zu stellen wäre. Er lautet: Die Gemeinde spricht sich mit aller Entschiedenheit gegen die vorgeschlagene Trace aus, in der Überzeugung, dass dieselbe weder den staatlichen noch den städtischen Interessen dienen könne. Dann schließt sich an der Referenten-Antrag; aber der Schlusssatz fiele weg.

Ein weiterer Antrag ist der des Collegen Tagleicht, er geht dahin, dass die Trace durch die verlängerte Praterstraße, Kronprinz Rudolfstraße, zur Vorgartenstraße, von dort eine kurze Verbindung mit dem Nordwestbahnhof, in weiterer Richtung aber direct nach Heiligenstadt zu ziehen sei.

Nun ist noch ein Antrag des Gem.-Rathes Stummer. Ich glaube, der Antrag Stummer und College Dr. Lueger ist ein combinierter. (Gem.-Rath Dr. Lueger ruft: Bitte, gleichlautend!) Also heißen wir ihn „Antrag Dr. Lueger-Stummer".

Ferner ein Antrag des Gem.-Rathes Stiaßny: Der Gemeinderath spricht seine Anschauung dahin aus, dass die Bahnlinie vom Praterstern abzweigend, von der Verbindungsbahn durch die Kronprinz Rudolfstraße und von da entlang der Rückseite des Nordbahnhofes in definitiver Weise als Hochbahn für den Personenverkehr eingerichtet und durchgeführt werde. Desgleichen ist auf die Verlängerung dieser Linie bei eintretendem Bedarfe stromabwärts Rücksicht zu nehmen, um auch diesen Theil der Donaustadt in den Personenverkehr einbeziehen zu können.

Weiters liegt ein Antrag des Gem.-Rathes Müller vor: dass die Trace der Bahn in der Kronprinz Rudolfstraße innerhalb der Grenzmauer der Nordbahn über die sogenannte Kohlenstraße zu legen ist.

Ein Gegen-Antrag gegen den Referenten-Antrag ist nach meiner Anschauung allein nur der Antrag Tagleicht. Herr Dr. Lueger macht nur früher eine Bemerkung zu dem Referenten-Antrage über den separat abgestimmt werden wird. Der Antrag Stiaßny ist nach seiner eigenen Auffassung nur ein Zusatz-Antrag, ebenso der Antrag Dr. Klotzberg.

Ich muss daher den Antrag Tagleicht zuerst zur Abstimmung bringen.

Gem.-Rath Tagleicht (zur Geschäftsordnung): Ich erlaube mir zu bemerken, dass ich betreffs der Enunciation des Herrn Vorsitzenden, dass mein Antrag als Gegen-Antrag, der Antrag Stiaßny aber nicht als solcher gegen den Referenten-Antrag aufzufassen sei, anderer Meinung bin. Ich glaube, wenn anerkannt wird, dass der Antrag Stiaßny ein Zusatz-Antrag zu dem Referenten-Antrage ist, auch der Antrag Tagleicht dies sein muss, denn die beiden Anträge Tagleicht und Stiaßny decken sich vollkommen, sie sind in ihrem Wesen gleich.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Das ist nicht richtig. Herr Gem.-Rath Stiaßny meint, wenn sein Antrag angenommen wird, kann der Referenten-Antrag daneben laufen.

Gem.-Rath Tagleicht: Zwei Beschlüsse können wir hier doch nicht fassen.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Ich kann die Sache nicht anders auffassen. Die Herren, die für den Antrag Tagleicht stimmen, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Es ist die Minorität.

Nun kommt der Referenten-Antrag, und zwar zunächst die Einleitung, die Herr Gem.-Rath Dr. Lueger beantragt hat, weil das der Kopf des Antrages wird. Diese Einleitung heißt: Die Gemeinde spricht sich mit aller Entschiedenheit gegen die vorgeschlagene Trace aus, in der Überzeugung, dass dieselbe weder den staatlichen noch den städtischen Interessen dienen könne. Damit ist offenbar die frühere staatliche Trace gemeint (Gem.-Rath Dr. Lueger: Die Niveaubahn, die vorgeschlagen ist!), aber nicht die vom Stadtrathe vorgeschlagene Trace. Die Herren, die mit diesem Passus einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Daran schließt sich der weitere Passus, der folgendermaßen lautet: Die Gemeinde gibt ihrer Anschauung dahin Ausdruck, dass es sich empfehle, die Bahnlinie vom Praterstern an sofort in definitiver Weise längs des Nordbahnhofes an der Nordbahnstraße und nach Übersetzung der Dresdenerstraße längs des Nordwestbahnhofes, dann weiters neben den Geleisen der Nordwestbahn zur Donauuferbahn und zum Bahnhofe von Heiligenstadt zu führen. Die Herren, die mit diesem Referenten-Antrage einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Nun wird beantragt, dass die nächsten vier Zeilen weggelassen werden. Dieselben lauten: Es wäre an die k. k. Regierung das Ersuchen zu stellen, noch vor Entscheidung über die Tracenführung der Donaustadtlinie die vorerwähnte Alternative einem eingehenden Studium unterziehen zu lassen.

Die Herren, die dafür stimmen, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Es ist die Minorität.

Also bleibt der Kopf, den Dr. Lueger beantragt hat, und der Referenten-Antrag in der früheren Fassung.

Jetzt kommen die Zusatz-Anträge. Gem.-Rath Dr. Klotzberg beantragt: Der Nordbahnhof sei mit dem Nordwestbahnhof zu verbinden. (Rufe: Das ist im Referenten-Antrage enthalten!) Ich muss doch darüber abstimmen lassen. (Rufe: Es ist schon abgestimmt worden!) Ich kann ja nicht entscheiden, ob das darin enthalten ist, das müssen Sie entscheiden. Die Herren, die dafür sind, bitte ich die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Wird der zweite Antrag aufrecht erhalten?

Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Der muss aufrecht erhalten werden. Er deckt sich mit dem Antrage Stiaßny, nicht ein Provisorium zu gestatten, sondern augenblicklich ein Definitivum herzustellen.

Gem.-Rath Stiaßny: Zur Abstimmung erlaube ich mir zu bemerken, dass mein Antrag nach meinem Dafürhalten der weitestgehende ist, weil er nicht nur die oberhalb der Kronprinz Rudolfbrücke, sondern die auch unterhalb derselben herzustellende definitive Bahn betrifft.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Nach den Erklärungen, die Herr Dr. Klotzberg gegeben hat, habe ich nichts dagegen. Wir stimmen nun über den Antrag Stiaßny ab; ich glaube denselben nicht mehr verlesen zu müssen. (Rufe: Nein!) Jene Herren, welche mit dem Antrage Stiaßny einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Nun kommt der zweite Antrag Dr. Klotzberg, das Provisorium durch die Vorgartenstraße und längs der Donauuferbahn abzulehnen und gleich ein Definitivum zu beschließen. (Rufe: Das ist dasselbe!) Jene Herren, welche dafür sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Nun kommt der Antrag Tagleicht. (Rufe: Darüber ist schon abgestimmt!) Ja, derselbe ist schon abgelehnt.

Endlich kommt ein Antrag Müller. Derselbe hat jetzt Bedeutung, weil eine andere Trace beschlossen worden ist. Derselbe lautet: Die Trace der Bahn in der Kronprinz Rudolfstraße ist inner der Grenzmauer der Nordbahn über die sogenannte Kohlenstraße zu legen." Jene Herren, welche damit einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Referent: Falls die Regierung die vom Stadtrathe vorgeschlagene Linie von der Nordbahn zur Nordwestbahn u. s. w. nicht annimmt, und eine definitive Hochbahn acceptiert würde, entfallen auch jene Punkte, welche für das Provisorium aufgestellt wurden. Es ist also mit einem Worte die Debatte über die Donaulinie erledigt. (Rufe: Sehr richtig!)

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Sind die Herren damit einverstanden? (Zustimmung.) Angenommen. Wir gelangen nun zur Vorortelinie.

Referent: Die Vorortelinie beginnt bekanntlich beim Penzinger Bahnhofe und führt von dort über Breitensee, Ottakring, im weiteren Verlaufe über die äußeren Theile von Währing vor der Sternwarte vorüber an den Krotenbach und von dort aus gegen den Bahnhof in Heiligenstadt. Auch diese Linie hat sehr in die Augen fallende Übelstände. Ein hervorragender Übelstand ist der, dass sie gleich in Anfang Straßen im Niveau kreuzt. Außerdem ist der Bahnhof, welcher in Ottakring geplant ist, direct vor die Burggasse gelegt. Das ist geradezu eine Ungeheuerlichkeit, eine Straße von dieser kolossalen Entwicklung, welche von der Burg aus bis an die Berge hinführt, derart zu unterbrechen, dass ihre gerade Fortsetzung unmöglich wäre. Es ist also absolut zu fordern, dass dieser Bahnhof in einer Weise beschränkt werde, dass sowohl die Burggasse als auch die Thaliastraße unbehindert fortgesetzt werden können. Ferner ist es ein großer Übelstand, dass diese Bahn stadtseits der Sternwarte geführt wird und infolge dessen das ganze Cottageviertel unterschneidet. Wenn nun auch die Vorsorgen getroffen werden, die wir principiell angenommen haben, dass die Gartenanlagen geschützt werden u. s. w., kann doch nicht in Abrede gestellt werden, dass es eine sehr empfindliche Beeinträchtigung eines Wohnviertels dieser Art ist, wenn unterhalb desselben die Bahn geführt wird.

Die Bahnhofsanlage „Hohenwarth" ist derart ungünstig, dass durch eine Verlegung der Trace hinter die Sternwarte auch eine bessere Bahnhofsanlage gefunden werden kann. Ein fernerer sehr bedeutender Übelstand ist der, dass die Bahntrace beim Krotenbache wiederholt in das Bachgebiet selbst einschneidet. Nun ist die Einwölbung des Krotenbaches beschlossen, und der hohe Landtag hat zu diesem Zwecke eine sehr bedeutende Subvention, 60.000 fl., zugestanden. Die Einwölbung muss so rasch als möglich durchgeführt werden, aus sanitären Gründen und aus Verkehrsrücksichten, denn es ist oberhalb des Krotenbaches eine Straße beantragt. Wenn nun die Bahn sogleich gebaut würde, wäre es vielleicht möglich, irgend ein Einvernehmen zu treffen; nachdem aber die Bahn in die zweite Bauperiode fällt, muss bedungen werden, dass die Bahntrace anders gelegt werde, in das rechtsseitige Gehänge, um die Einwölbung und Straßenherstellung sofort durch-

führen können. Das sind so gewichtige Gründe für die Abänderung der Trace, dass der Stadtrath sich veranlasst gesehen hat, die einschlägigen Anträge zu stellen. Ich kann vielleicht gleich mit den Details beginnen, welche wesentlich mit dem Gesagten im Einklange stehen.

Der Antrag lautet (liest):

a) Die Bahnhofsanlage Ottakring ist in der Art abzuändern, dass die Burggasse in ihrer geradlinigen Fortsetzung nicht unterbrochen wird.

Gem.-Rath Gräf: Ich erlaube mir, die Anfrage zu stellen, ob der Herr Referent über das ganze jetzt referiert, oder ob über jeden einzelnen Punkt discutiert wird, denn ich will mir erlauben, zu Punkt 1 einen Abänderungs-Antrag zu stellen.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Wir haben es gestern auch so gemacht und über die einzelnen Punkte gesprochen. Wenn die Herren wünschen, kann es auch jetzt so geschehen. (Zustimmung.)

Gem.-Rath Josef Müller: Ich glaube, man soll die Vorortelinie ebenso behandeln wie die Gürtelstraßenlinie, dass man nämlich im allgemeinen sämmtliche Punkte berührt, weil sie ein zusammenhängendes Ganzes bilden. Nach und nach kann man dann die einzelnen Punkte besprechen.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Ich ertheile dem Herrn Baudirector das Wort.

Baudirector Berger: Die Vorortelinie ist bestimmt, eine Verbindung zwischen der Westbahn und der Franz Josefs-Bahn herzustellen. Es beginnt dieser Bahnzug bei der Station Penzing, in der Nähe der Freisinggasse. Ich bemerke hiebei, dass die ganze Bahn als normalspurige, doppelgeleisige Vollbahn gedacht ist; weil ich von mehreren Seiten gefragt wurde, wiederhole ich, dass auch die bereits berathenen Bahnen normalspurige Vollbahnen sind. Die Bahn geht in einem Bogen über die Linzer Poststraße, bei Breitensee schneidet sie ins Terrain vollständig ein, geht hinter den Häusern bei Breitensee durch und bildet bei der Verlängerung der Burggasse — das ist jetzt die Burggasse, die beanstandet wird — die Station Ottakring. Das ist eine große Station zwischen der verlängerten Burggasse in der Gegend des sogenannten Flötzersteiges bis zur Verlängerung der Lerchenfelderstraße, nämlich der Thaliastraße. Das ist die erste Station. Hier haben wir es nicht mit gewöhnlichen Haltestellen zu thun, hier haben wir thatsächlich eine Frachtenstation, nicht nur wegen der Aufnahme von Frachten an den einzelnen Plätzen, sondern es werden auch Kohlenrutschen gemacht, damit die Kohle der Consumtion näher zugeführt werden kann. Die Bahn geht hier auf einer Aufdämmung, überschreitet mit genügender Durchfahrtshöhe die verlängerte Lerchenfelderstraße, geht durch Ottakring durch, um eine zweite größere Station zu bilden an der linken Seite der nach Dornbach führenden Hernalser Hauptstraße, halb im Einschnitt, halb im Damm — ich werde darauf noch zu sprechen kommen. Auch hier ist eine vollständige Frachtenstation gedacht. Dann wendet sich die Bahn, um zwischen dem Hernalser Friedhofe und dem Hernalser Schlachthause durchzugehen und das Terrain Weinhaus zu erreichen. Dieser Durchzug wird zum Theil im Einschnitt, zum Theil im Tunnel gemacht, währenddem in Weinhaus die Bahn wieder zutage tritt, auf Viaducten geführt, den Czartoryski-Garten durchzieht, sich rechts von der dort bestehenden neuen Kirche abwendet und vor der Sternwarte ins Cottage-Terrain eintritt. Nach dieser Durchziehung bildet sie die Station „Hohenwarth", — nicht zu verwechseln mit der „hohen Warte". Dann erreicht die Bahn das Krotenbachthal, wo sie am rechten Ufer des Baches geht, die Nussdorferstraße überschreitet und in den von mir schon erwähnten Bahnhof Heiligenstadt einmündet, wo die Vorortelinie, die Donaucanal-, Gürtelstraßenlinie und die Franz Josef-Bahn zusammentreffen und einen Personenaustausch vollziehen können.

Bei dieser Bahnstrecke ist Folgendes zu erwähnen: Die Linzer Poststraße wird mit einem Viaduct übersetzt, der circa 4 m hoch wäre. Es wird jedenfalls eine Correction der Straße vollzogen werden müssen, um die Durchfahrt frei zu erhalten. Weiter ist geplant, eine Straße — die Neubergerstraße, die derzeit noch nicht ausgeführt ist, seinerzeit aber ein wichtiger Straßenzug werden wird, im Niveau zu übersetzen. Es wird vom Referenten beantragt, die Übersetzung außerhalb des Niveaus vorzunehmen.

Weiter ist bezüglich dieser Strecke nichts zu bemerken. Nun komme ich zur Station Ottakring. Diese Station liegt auf einem niederen Damme und sperrt vier Straßenzüge ab, darunter auch die Burggasse. Es ist dies speciell auch im Referate beanstandet worden und es wird verlangt, dort einen Durchbruch zu machen, sei es durch Änderung der Nivellette oder durch Verschiebung des Bahnhofes. Im übrigen geht die Bahn als Hochbahn ohne eine Störung zu verursachen. Bei der Station Hernals ist ein ähnliches Verhältnis, indem dort auch vier Straßenzüge abgesperrt werden, und daher wird es auch hier nothwendig sein, eine Correctur anzubringen.

Unangenehmer wird die Anlage in der Folge zunächst beim städtischen Schlachthause in Hernals, wo ebenfalls ein sehr tiefer Einschnitt vorgeschlagen ist, was auch beanstandet wird. Dann in der Nähe der Sternwarte, wo sowohl von der Direction als auch anderen Interessenten Einwand und Protest erhoben worden sind. In dieser Richtung wird beantragt, die Regierung zu ersuchen, zunächst Studien zu machen bezüglich der Tracenführung hinter der Sternwarte, durch die sogenannten Schreiber'schen Sandgruben, wodurch dann das Krotenbachthal viel leichter zu erreichen ist und diese unschöne Station „Hohenwarth" vermieden werden kann. Allerdings wird die Bahn etwas weiter von den heute bewohnten Plätzen abgelenkt, aber dafür werden die Störungen in den Cottageanlagen, die heute gefürchtet werden, vermieden und wird erreicht, dass die Partie beim Hernalser Schlachthaus, wenn man mehr in den Berg hineingeht, vollständig als Tunnel geführt werden kann und diese tiefen Einschnitte vermieden werden.

Bezüglich des Krotenbachthales wäre Folgendes zu bemerken. Der Krotenbach soll heuer eingewölbt werden. Vom Gemeinderathe ist die Bewilligung bereits ertheilt und vom Landtage ist eine Subvention unter der Voraussetzung bewilligt, dass noch in diesem Jahre angefangen wird.

Nun hatten wir die Absicht, diesen Bachcanal gleichzeitig mit der Bahn zu bauen: nachdem aber bekanntermaßen diese Strecke von der Hernalser Hauptstraße bis Heiligenstadt in die zweite Bauperiode fällt, also erst 1897 begonnen werden soll, können wir den Bau nicht abwarten, sondern wir müssen den Bachcanal heuer noch ausführen, abgesehen von der sanitären Nothwendigkeit. Deshalb wird beantragt, den Canal in dieser Strecke auszuführen und die Bahn möge seinerzeit ihren Platz suchen, wo sie ihn findet. Vermuthlich wird sie mehr rechts gehen müssen, wir können aber heute, wo die Bahn nicht definitiv bestimmt ist, nicht zuwarten und das Baujahr verlieren.

Ich glaube, das wäre im allgemeinen alles, was über diese Trace zu sagen ist.

Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Ich bitte, wie weit ist diese Trace von der Sternwarte entfernt?

Baudirector Berger: Meinen Sie vom Gebäude oder vom Parke?

Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Vom Gebäude, nachdem die Herren befürchten, dass durch den Verkehr ihre Instrumente alteriert werden können.

Baudirector Berger: Von der Mitte des Gebäudes ist die Bahn 220 m entfernt.

Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Ich danke!

Gem.-Rath Steiner: Meine Herren, ich werde Sie nicht lange aufhalten und hätte mich gar nicht zum Worte gemeldet, wenn nicht die hohe Regierung bei jeder Gelegenheit im Landtage und Reichsrath, als über die Verkehrsanlagen debattiert wurde, das große Glück und die großen Vortheile, welche die Vororte angeblich durch den Bau dieser Linie haben, hervorgehoben hätte. Ich kann Ihnen die Erklärung abgeben im Namen der Bevölkerung des XIX. Bezirkes ohne Unterschied der Parteistellung, dass der Bau dieser Bahn für uns ganz interesselos ist, dass wir gar nichts von dem Bau haben. Die Orte, die früher keine Verkehrsmittel gehabt haben, werden auch jetzt keine bekommen. Wir haben das eine, wir können rechts nach St. Pölten und links über Tulln nach St. Pölten fahren, aber in die Metropole, wohin wir eigentlich wollen, kommen wir durch diesen Bau wieder nicht. Sie wissen, wie schlecht es heuer schon bei uns ist, die Zinse sind bedeutend gesunken, die Belastung ist eine größere geworden. Es ist uns von Seite der Regierung, auch im niederösterreichischen Landtag bestimmt versprochen worden, dass wir Verkehrsmittel bekommen. Wo sind die Verkehrsmittel? Man baut eine strategische Linie, ohne Rücksicht auf die Bevölkerung. Auch im Reichsrathe wurde von den Herren Jungczechen immer darauf hingewiesen, dass Wien so glücklich ist, was für Wien alles ausgegeben wird, für die Vororte u. s. w. Ich frage Sie, meine Herren, haben wir nicht ein Recht, muss die Regierung nicht die Bevölkerung von Wien berücksichtigen, hat man nicht im vergangenen Jahre von Haus zu Haus die Finanzer geschickt und das wenige Betriebscapital, das in den Häusern war, abgenommen? Jetzt sagt man, man wird uns soviel zurückgeben! Ich glaube, wir werden wieder das meiste zahlen müssen; mit den Versprechungen ist es nicht weit her. Ich will Sie nicht länger aufhalten und erkläre nochmals, dass wir an dem Baue dieser Linie gar kein Interesse haben. (Bravo! links.)

Gem.-Rath Josef Müller: Ich möchte mir einige Worte zur Vorortelinie erlauben und möchte auch darauf hinweisen, dass diese Linie für den Verkehr, sowohl für den Personen- als Frachtenverkehr keine große Bedeutung hat. Es ist das eine directe Verbindung zwischen der Westbahn und der Franz Josefbahn. Das Publicum wird nicht viel davon haben. Es ist nun bestimmt, dass diese Bahn ausgeführt wird und es handelt sich nur darum, dass das Publicum soviel als möglich Vortheile aus derselben zieht. Die Führung der Trace ist gesichert, und muss man dafür sorgen, dass sie wenigstens den Augen entsprechend ist.

Ich möchte die einzelnen Punkte durchgehen, Anträge stellen und dieselben begründen. Wenn man den Ottakringer Bahnhof betrachtet, so sehen wir, dass durch den Ottakringer Bahnhof derzeit vier Straßen abgesperrt sind und es ist Sorge getragen, dass eine Straße dort durchgeführt wird, und zwar nicht in directer Verbindung, sondern in einem sogenannten Parallelweg. Die Burggasse stößt an die Station, wird links mittels des Parallelweges verlegt, geht über die currente Bahn und geht wieder im Parallelwege auf die andere Seite hinüber. Die anderen drei Straßen finden wir unberücksichtigt. Ich werde mir diesbezüglich den Antrag dahin zu stellen erlauben, dass gesagt wird, dass mindestens außer der Burggasse noch eine Straße in geradliniger Fortsetzung zu führen ist.

Bezüglich des Bahnhofes in Hernals finden wir dasselbe. Der Hernalser Bahnhof schließt sich an die Dornbacherstraße an und ist circa 700 m lang. In dieser Entfernung sind ebenfalls Straßen projectiert; sie sind in dem Generalplane eingezeichnet, es wird in nächster Zeit von diesen Baulinien Gebrauch gemacht und werden die dadurch entstandenen Blöcke zur Verbauung kommen.

Es ist im ganzen Hernalser Bahnhofe nicht eine Straße, welche zur geraden Durchführung projectiert ist. Wie aus der Situation des Bahnhofes, respective dem Vergleiche der Nivellette zu ersehen ist, ist es möglich, auch dort eine Verbindung der Straßen in directer Weise durchzuführen. Ich werde daher den Antrag stellen, dass beim Hernalser Bahnhofe Sorge zu tragen ist, dass mindestens zwei Straßen in ihrer geradlinigen Fortsetzung nicht unterbrochen werden.

Wenn wir vom Hernalser Bahnhof gegen das Alseckergelände gehen, finden wir, dass dort ein Viaduct geplant ist, welcher in einen ungeheuren Einschnitt oberhalb des Hernalser Schlachthauses mündet. Dieser Einschnitt legt sich gerade an der nordwestlichen Ecke des Schlachthauses derart an, dass ein Theil der Gebäude demoliert werden müsste und der dort situierte Brunnen, welcher, wie die Herren, die aus dem Bezirke sind, wissen circa 10- bis 12.000 fl. gekostet hat, zu beseitigen wäre. Also abgesehen davon, dass bedeutende Störungen in dem Betriebe des Schlachthauses selber eintreten würden, wäre die Führung der Trace mit bedeutenden Auslagen verbunden, nachdem das Schlachthaus einen neuen Brunnen herstellen und neue Gebäude bauen müsste. Aber auch abgesehen davon, ist die Führung der Trace in einem so enormen Einschnitt gewiss jedem Schönheitsgefühl entgegenstehend.

Es lässt sich auch hier eine Änderung machen. Ich werde mir erlauben, Abänderungsvorschläge zu machen, dahin gehend, dass man hinter dem Hernalser Friedhof geht und die Bahn in neuer Richtung gegen die Sandgestätte und von dort gegen den Krotenbach führt, und zwar auch aus dem Grunde, weil die Bahn, wie sie projectiert ist, von der Ecke des Schlachthauses gegen die Realität des Czartoryski führt, von dort mitten durch Häuser geht, hinter dem Köhler'schen Stiftungshause, das uns gehört, dann hinter der Schule weiter drei, vier noch neugebaute Häuser durchbricht, in einen Tunnel hineingeht und in der Station in dem höchst ungünstig gelegenen Cottageterrain herauskommt. Auf dieser Strecke, wo die Bahn als Untergrundbahn geführt wird, ist sie derart situiert, dass sie einige Häuser in ihrer Sicherheit bedroht. Sie nähert sich nämlich in ihrem Terrain derart den Kellern und Fundamenten der Häuser, dass der Bestand derselben in künftiger Zeit ausgeschlossen ist.

Gehen wir auf den Cottagebahnhof über, so sehen wir, dass derselbe in einem ganz enormen Einschnitt von circa 11 m liegt, das ist die Herstellung einer Bahn, wie sie nur in den seltensten Fällen vorkommt.

Das ist ja geradezu ein Abgrund, der da gemacht wird und wozu? Ein Frachtenverkehr in dem Cottageviertel wird sich gewiss nicht entwickeln. Dort wohnen die Leute, ich möchte sagen, auf

dem Lande. Niemand hat das Bedürfnis, Frachten, die er auch jetzt nicht bezieht, dort zu beziehen. Ferner ist, wie bereits darauf hingewiesen worden ist, auch die Frequenz eine sehr geringe. Wohin sollen die Betreffenden gehen? Wenn sie zur Westbahn fahren, gehen sie ein paar hundert Schritte auf den Gürtel und wenn sie zum Franz Josef-Bahnhofe kommen wollen, gehen sie auch durch die Gürtelstraße. Eine andere Verbindung durch die Peripherielinie ist nicht nöthig. Für uns sind nur die Radiallinien diejenigen, welche einen Vortheil bringen und hauptsächlich soll die Aufgabe der Commission dahin gehen, dass diese Radiallinien so bald als möglich gebaut werden, weil nur diese allein uns Nutzen und Vortheil bringen.

Verfolgen wir die Bahn weiter, so finden wir, dass sie vom Rudolfinerhaus heraustritt und dort in eine Gegend kommt, wo der Bau ein sehr schwieriger wird.

Es ist die Irrenanstalt hier, es ist die Verbindungsstraße von Grinzing nach Währing, die Verbindungsstraße von der Silberstraße, dann das Taubstummen-Institut, der Koch'sche Garten, der Krotenbach, denn wir ja überwölben wollen. Also es collidieren soviele Arbeiten auf einem Punkte, dass es sehr schwierig ist, allen diesen Rechnung zu tragen. Darum wäre es besser, dass man diese Linie auflässt. Mein Antrag geht dahin, dass man zunächst den Hernalser Bahnhof derart verlegt, dass er hinter dem Friedhof liegt, dass eine Station eventuell auf der Gersthoferstraße errichtet wird, dass die Bahn dann gegen die Silberstraße geht und den Anschluss an die Franz Josef-Bahn erlangt.

Meine Anträge werden sich daher in folgender Weise gestalten. Zu dem Punkte a): „Die Bahnhofanlage Ottakring ist derart abzuändern, dass die Burggasse und noch eine Straße in ihrer geradlinigen Fortsetzung nicht unterbrochen werde." Man kann nicht vier Straßen unterbrechen und die Bahn parallel führen.

Bei diesem Punkte, glaube ich, würde sich am besten einschalten lassen der Punkt bezüglich des Hernalser Bahnhofes: „Im Profil 3·3 bis 3·6 Hernalser Bahnhof ist Sorge zu tragen, dass mindestens zwei Straßen in ihrer geradlinigen Fortsetzung nicht unterbrochen werden." Derzeit besteht keine Fortsetzung.

Der Punkt b): „Es ist die Bahntrace in der Strecke von Weinhaus bis Ober-Döbling hinter die Sternwarte zu verlegen, wobei auch die in einem Bogen ungünstig gelegene Station Hohenwarth entfallen würde", glaube ich, würde sich am besten so stilisieren lassen: „Es ist in der Strecke vom Hernalser Bahnhof eine neue Variante hinter dem Friedhof und hinter der Sternwarte bis gegen die Silberstraße zu studieren, um die enormen Einschnitte beim Hernalser Schlachthause, sowie die ungünstig gelegene Station Hohenwarth zu vermeiden, und ist hier für eine Station bei der Gersthofer Hauptstraße vorzusorgen", damit die Gegend Gersthof—Pötzleinsdorf und das Hinterland noch eine Station bekommen.

Bezüglich des Punktes d) habe ich keinen Antrag zu stellen. Da handelt es sich nur um die Führung von Straßenzügen im Niveau der Bahn. Da soll Vorsorge getroffen werden, dass die Straße entweder unter der Bahn oder über der Bahn geführt werde, damit die Frequenz nicht gestört werde.

Im Punkte c) heißt es: „Mit Rücksicht auf die bereits behördlich genehmigte Einwölbung des Krotenbaches und die projectierte Anlage einer Straße über derselben ist die Abänderung der Bahntrace im Krotenbachthale in der Weise durchzuführen, dass dieselbe in das rechtsseitige Gehänge des Krotenbachthales verlegt und das Krotenbachbett von der Bahnanlage freigehalten wird." Wenn diese Bahn in den Krotenbach geführt wird, so würde die durch die Gemeinde bereits zum Baue bestimmte Überwölbung des Krotenbaches bedeutend beeinträchtigt werden. Wir haben das Recht, dort einzuwölben. Durch die Führung der Trace, wie sie hier vorgeschrieben ist, werden wir aus der uns genehmigten Trace sozusagen herausgepresst und in eine viel ungünstigere Situation gebracht.

Dadurch erleidet die Gemeinde, wenn sie der Trace der Bahn Rechnung trägt, sehr bedeutende Auslagen. Es würde das der Gemeinde mindestens 50- bis 60.000 fl. mehr kosten, wenn man die Trace derart führt und sich an die Trace des Bahnkörpers anschließt, als wenn das nicht der Fall ist. Daher stelle ich den Antrag: Da durch die Führung der Bahntrace längs des Krotenbaches die behördlich genehmigte Einwölbung des Krotenbaches erheblich erschwert wird, sind, falls diese Behinderung nicht durch die Verlegung der Bahnaxe aus dem derzeitigen Laufe des Krotenbaches behoben wird, die bei dem Bau der Überwölbung des Krotenbaches und bei der Führung einer Straße über denselben durch diese Behinderung oder Erschwerung erwachsenen Mehrkosten auf Rechnung der Unternehmung zu setzen.

Nachdem wir die Concession und das Recht, dort zu bauen, erlangt haben, ist die Folge, dass die Mehrkosten von Seite der Bahn getragen werden.

Bei dem Punkte c) möchte ich folgenden Antrag dazusetzen: „In der Strecke vor dem Rudolfinum" — das ist dort, wo das Rudolfinerhaus und das Taubstummen-Institut stehen, und wo die Straßen zusammen kommen — „ist die Bahn derart zu führen, dass selbe aus dem Krotenbache zu verlegen ist, und dass die Interessen der Straßenkreuzungen daselbst, sowie des Bestandes des Rudolfinums und des Taubstummen-Institutes gewahrt werden."

Ich empfehle Ihnen diese Anträge zur Annahme, nachdem sie den Interessen der dortigen Gegend vollkommen entsprechen.

Gem.-Rath Grünbeck: Wenn Sie sich die Trace in meinem Bezirke ansehen, so müssen Sie sagen, dass sie gewiss nicht glücklich genannt werden kann, denn sie durchschneidet vom Hernalser Bahnhofe einen riesigen Baublock, kommt auf den Friedhof und nimmt einen Theil des Schlachthauses mit. Trotzdem neben der Spodiumfabrik eine Gasse, zwar nicht in der richtigen Breite, vorüberführt, weicht man absichtlich der geraden Linie aus. Es wäre viel besser, die Trace oberhalb des Hernalser Friedhofes zu führen. Ich bitte, zu bedenken, dass durch diese Führung der Trace der Gemeinde Wien riesige Auslagen erwachsen werden. In erster Linie wird ein Theil des schon belegten Friedhofes förmlich zerstört; der obere Theil des Schlachthauses, ein Magazin mit dem Werte von 6000 bis 8000 fl., das uns einen Zins von 800 bis 1000 fl. einträgt, muss abgetragen werden. Auch ist dort ein großer Brunnen, der mit riesigen Opfern gebaut worden ist, in Gefahr, von der Bahn mitgenommen zu werden. Es wäre unbedingt gut, wenn man die Trace so ausführen würde, wie der geehrte Herr Collega schon vorher gesagt hat: Oberhalb des Hernalser Friedhofes in einem Tunnel gegen Neugersthof.

Ich muss staunen, dass man die Bahn in zwei Bauperioden bauen will; wenn das geschieht, hat es für die Vororte absolut keinen Wert. Die Bahn muss unbedingt in der ersten Bauperiode

gebaut werden, damit wir nicht ein sogenanntes Stockgeleise bekommen, welches den Vororten gewiss nichts nützt.

Ein großer Übelstand ist, dass man Hochdämme statt Viaducte bauen will; man glaubt, man ist in einem Dorfe, hier sind aber keine ländlichen Verhältnisse; wir sind Städter und die Bahn soll auch städtischen Einrichtungen angepasst sein; sie soll nicht fünf bis sechs Gassen ganz absperren durch Aufrichtung eines Dammes; für eine solche Tracenführung würden sich die Vororte gewiss bedanken und darüber nicht sehr erfreut sein. Das Wichtigste ist vom Herrn Herrn Vorredner ausgeführt worden und ich schließe mit dem Antrage, es möge die Vorortelinie in der ganzen Ausdehnung in der ersten Bauperiode ausgeführt werden.

Gem.-Rath Ziegelwanger: Eine der ungünstigsten Linien ist die Vorortelinie. Wir freuen uns schon zwölf bis vierzehn Jahre auf die Bahn Penzing—Nussdorf und bekommen jetzt eine so unglückliche Trace.

Wie der Herr Baudirector gesagt hat, mündet die Vorortelinie in Penzing beim Westbahnhofe ein; sie tangiert dort ein Schulgebäude, welches vor vier bis fünf Jahren mit einem Kostenaufwande von nahezu 70.000 fl. aufgeführt wurde. Dieses Schulgebäude muss, wenn die Bahn so gebaut wird, sofort wo anders hingebaut werden.

Es ist ja doch unmöglich, hart an einer Schule eine Bahn zu bauen.

Weiters, meine Herren, die Poststraße! Die Bahn wird höchst verkehrsstörend wirken. Sie soll mit Dämmen hergestellt werden, geradeso wie in einem galizischen Dorfe. Wenn Sie die Bahn gar nicht bauen, ist es besser, als wenn Sie sie so bauen. Diese Bahnen werden nur den Verkehr stören, weil sie die ganzen Ortschaften durchfahren. Mir kommt es so vor, als ob die Schulgebäude und die großen Complexe als Fixpunkte betrachtet würden; wo ein paar Häuser beieinanderstehen, geht die Trace hin. So geht es fort bis Heiligenstadt. Das ist die ungünstigste Linie. Die Vorortelinie wird so ausschauen, wie es in einem galizischen Dorfe ausschaut.

Doch ich will Sie nicht länger belästigen. Ich erlaube mir, zwei Anträge zu stellen und ersuche Sie, dieselben zu unterstützen.

Mein erster Antrag zu C, „Vorortelinien", ist der, dass die Trace bei ihrer Einmündung in Penzing entweder verlegt oder eine andere Trace bestimmt oder die Schule in der Preysinggasse in Penzing eingelöst und anderwärts gebaut werde. Weiters wäre in Erwägung zu ziehen, ob diese Trace nicht in das Thal des Ameisbaches verlegt werden kann, so dass die Einmündung außer der Station Penzing der Westbahn erfolgen kann.

In Anbetracht, dass diese Bahn alle Ortschaften durchschneidet und factisch verkehrsstörend wirkt, erlaube ich mir noch einen zweiten Antrag zu stellen:

In Anbetracht, dass diese Trace sämmtliche Ortschaften von Heiligenstadt bis Penzing förmlich durchschneidet und auf die Verkehrsinteressen dieser Ortschaften höchst störend wirkt, und in weiterer Erwägung, dass die Bahn mittels Erddämmen hergestellt werden soll, beschließe der Gemeinderath, dass diese Trace einem neuen Studium unterzogen werde und möglichst mehr westseitig zu verlegen wäre, oder wenigstens mit gemauerten Viaducten hergestellt werde, und zwar auf die Weise, wie die Gürtellinie geplant ist.

Es ist im Interesse der Vororte, dass wir gegen diese Trace Stellung nehmen und gegen die Art und Weise der Ausführung dieser Bahn. Ich ersuche Sie, meine Anträge zu unterstützen.

Gem.-Rath Gräf: Nach den Ausführungen des unmittelbaren Herrn Vorredners bleibt mir nicht viel zu sagen übrig; alle haben wir die gleichen Schmerzen. Thatsache ist, dass die Vorortelinie in einer Weise angelegt werden soll, wie sie einem galizischen Bauerndorfe eher entsprechen würde als Bezirken, die der Reichshaupt- und Residenzstadt angegliedert worden sind, namentlich die Führung der Strecke auf den Dämmen. Der XVI. Bezirk speciell hat mit Rücksicht darauf, dass gerade die zwei Bahnhöfe, der Hernalser und der Ottakringer Bahnhof in sein Territorium fallen, am meisten zu leiden, weil in den Bauplätzen zwischen der Wilhelminenstraße, rücksichtlich der Tornbacherstraße und der Seitenberggasse, andererseits zwischen der Sulmgasse und der Breitenseerstraße die ganze Communication unterbunden wird. Unsere langjährigen Hoffnungen, die wir auf ein Verkehrsmittel gesetzt haben, werden sich also jetzt nicht erfüllen. Es ist Aussicht vorhanden, dass man uns an den Bahnhöfen in Hernals und Ottakring Kohlenrutschen hinstellt, und bei dieser Gelegenheit sollen unsere Straßenzüge unterbunden werden. Ich kann Sie nur bitten, den Anträgen des Herrn Collegen Müller zuzustimmen, die in Erkenntnis der Thatsachen und in Berücksichtigung dessen, dass factisch eine Unterbindung des Verkehres, respective Unterbrechung der Straßen eine Schädigung dieser Bezirkstheile wäre, gestellt sind.

Ich muss mich gegen den Antrag wenden, den ein Collega von dieser (rechten) Seite zur Annahme empfiehlt, nämlich, es sei die Trace der Verbindungsbahn Penzing—Nussdorf einem neuen Studium zu unterziehen. Meine Herren! Es ist wahr, im großen und ganzen entspricht diese Bahnanlage unseren sehnlichst gehegten Erwartungen nicht. Aber ich muss offen gestehen, uns ist es lieber, wir bekommen vorderhand weniger als gar nichts, und wenn man heute nochmals daran gehen will, die Trace zu studieren und zu erwägen, ob sie nicht umgelegt oder weiter nach Westen verlegt werden kann, so sage ich Ihnen offen, das ist nicht möglich. Wenn die Bahn uns heute schon keine besonderen Vortheile bietet, wenn sie weiter nach Westen verlegt wird, bietet sie uns gar nichts mehr. Sie wird einfach den XVI. und XVII. Bezirk in einem Tunnel durchziehen, und wie dann der Bahnhof angelegt werden soll, weiß ich nicht. Wir haben nicht einmal einen Frachtenverkehr zu gewärtigen; unsere einzige Hoffnung ist, dass vielleicht Fabriks-Etablissements hinauskommen, sonst können wir nichts hoffen, denn ein Personenverkehr wird sich dort wahrscheinlich nicht entwickeln.

Ich bitte Sie also, den Antrag meines geschätzten Collegen Ziegelwanger nicht zu acceptieren, und im übrigen unterstütze ich die Anträge, die Herr Collega Müller gestellt hat. Ich habe zwar hier einen ganz gleichlautenden Antrag, und es wird nicht schaden, wenn ich ihn verlese. Er lautet:

Nebst der Burggasse, deren geradlinige Durchführung bis in die Breitenseerstraße nicht gehindert werden soll, wäre noch zwischen der Lerchenfelderstraße und Marc Aurelstraße eine zweite Straße in die Breitenseerstraße einzumünden. Ebenso zwei Straßenzüge bei der Bahnhofstation in Hernals.

Dieser Antrag ist also conform dem Antrage des Herrn Gem.-Rathes Müller.

Gem.-Rath Villicus: Ich beantrage Schluss der General-Debatte.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Es ist Schluss der General-Debatte beantragt, die Herren, welche diesem Antrage zustimmen, wollen sich erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Das Wort haben noch die Herren Gem.-Räthe Gräf, Eigner, Jedlička, Djörup. Herr Gem.-Rath Gräf wünschen zu Punkt 2 das Wort? (Gem.-Rath Gräf: Ja!) Dann bitte ich Herrn Gem.-Rath Eigner.

Gem.-Rath Eigner: Meine Herren! Sie haben bei der gestrigen Vorlage über die Gürtellinie von Nussdorf bis zum Westbahnhof gesehen, dass ein Project vorgelegt wurde, wodurch wir, wenn es ausgeführt wird, eine Abmauerung von Alt- und Neu-Wien bekommen. Lauter Futtermauern hat die Bahn, wo man nicht hinaus- und hineinkommen kann! Jetzt sehen Sie sich erst diese Bahnstrecke an, die wird noch ärger ausgeführt, Sie sehen nichts als Dammeinschnitte, Anschüttungen ꝛc.; da ist dann die Welt mit Brettern verschlagen. Es erinnert mich dies an Berlin, dort sieht es ebenso aus, Sie sehen dort nichts als Erdwälle, wenn Sie auf der Bahn herumfahren. Wenn der Feind kommt, so kann er gar nicht hinein, das ist die prächtigste Schanze! (Heiterkeit.) Man braucht keine Mauern mehr aufführen, die sind dort schon gesichert. (Heiterkeit.) Was nun diese Trace betrifft, so durchschneidet sie, wenn sie von Ottakring kommt, wie schon der Herr Collega gesagt hat, den Hernalser Friedhof und das Schlachthaus. Ich glaube, meine Herren, der Hernalser Friedhof ist nicht gebaut worden, damit eine Bahn durchgeht. Das Hernalser Schlachthaus ist nicht gebaut worden, dass dort die Bahn hingeführt wird. Das Schlachthaus soll erweitert, verlängert oder verbreitert werden. So ist es aber vollständig abgeschnitten. Ich glaube, dass das Schlachthaus für die Zukunft nicht zu groß ist, eher zu klein. Ich glaube, der Gemeinde, welche sich verpflichten musste, das Schlachthaus zu bauen, wird es schwer fallen, das Gebäude, das Ihnen soviel Geld gekostet hat, zu demolieren und wegzureißen. Herr Gem.-Rath Müller hat etwas erwähnt von einem Brunnen, der 10.000 bis 12.000 fl. gekostet hat. Gerade unter diesem Brunnen fährt auch die Bahn fort, und dort fährt man wieder innerhalb der Sternwarte. Ich glaube, dass jede Bahnanlage, ob es Staats- oder Privatbahn ist, immer den gefährlichsten Punkten ausweicht, man macht lieber Krümmungen und Umwege. Wer fährt, der muss zahlen. Man fährt nach Kilometer und soviel Kilometer muss man zahlen. Aber nein, da fährt man, wo die schwierigsten Verhältnisse sind, da muss man Häuser demolieren. Das Cottage-Viertel, wo es sich die Leute soviele Tausende haben kosten lassen, wo die schönsten Villen sind, die müssen durch eine Bahnanlage zugrunde gerichtet werden, wo Ochsen und Kohlen transportiert werden und Holz gelagert wird. Dann geht man noch weiter hinüber zur Heiligenstädterlinie. Meine Herren, ich glaube, dass es viel praktischer wäre, wenn man die Bahn zwischen dem Hernalser und Dornbacher Friedhofe über die Sternwarte hereinführen würde und nicht über die Schreiber'sche Sandgestätte, man soll sie hinter der Sandgestätte durchführen. Hinter Döbling, das wäre klüger und würden Kosten erspart sein und würden die Leute von Grinzing, Sievering und Heiligenstadt näher auf den Bahnhof haben und der Verkehr würde für die Leute ein besserer sein, auch für die Frachten wäre es näher. Wenn die Leute bis zur Sternwarte oder nach Unter- oder Ober-Döbling gehen müssen, da brauchen sie keine Bahn, da sind sie ohnehin schon in Wien. Wenn man den Hernalser und Ottakringer Bahnhof betrachtet, so werden uns sämmtliche Straßen unterschnitten, das wird so eine Anlage sein wie in St. Pölten, dass der Bahnhof oben ist und wenn man von St. Pölten herausgeht, man nichts sieht als das flache Land.

Ich glaube, man sollte Vorkehrungen treffen, dass auch Straßenzüge durch den Bahnhof durchgehen. Ich glaube, der Herr St.-R. Müller hat diesen Antrag bereits eingebracht. Ich werde mir auch zwei Anträge zur Verlesung zu bringen erlauben (Liest):

1. Dass durch den Bau der Vorortelinie der Verkehr und die Verbauung keine wesentlichen Hindernisse erfahren, so hat die Bahn, wo sie Hochbahn ist, in ihrer ganzen Länge aus Eisenconstruction oder soviel als möglich aus gemauerten Viaducten abwechselnd mit Eisenconstruction ausgeführt zu werden.

2. Die Vorortelinie der zu erbauenden Stadtbahn soll im XVI., XVII. und XVIII. Bezirke zwischen den Friedhöfen von Hernals und Dornbach über die neuen Cottageanlagen von Gersthof und außerhalb der Sternwarte durchgeführt werden und von da an ihre Fortsetzung über Heiligenstadt zur Franz Josef-Bahn erhalten.

Ich bitte, diese Anträge anzunehmen.

Gem.-Rath Jedlička: Ich glaube, vor allem müssen wir uns vor Augen halten, welchen Zwecken diese Bahn in den Vororten dienen soll. Ich glaube, dass sie nicht so sehr dem Zwecke des Personenverkehres dienen wird, als vielmehr erstens den strategischen Zwecken und dann den Handelszwecken. Denn, meine Herren, der Personenverkehr wird auf dieser Bahn niemals zu einer großen Entfaltung gelangen. Am richtigsten und besten wird diese Bahn ihre Aufgabe erfüllen, wenn sie sich den Handelszwecken zuwendet. In den Vororten draußen sind eine Unmasse Fabriksanstalten, eine Masse Gewerbetreibende und wir haben alle, wenn wir irgend etwas von der Bahn beziehen, z. B. Kohlen, Rohmateriale ꝛc. überall weithin, und da wäre es zweckmäßiger, nachdem diese Bahn am meisten dem Handel dienen soll, dass man an der Ausmündung einer jeden Hauptstraße jedes Bezirkes einen Lastenbahnhof anlegt. Es sind deren nicht soviele. Wir haben einen Lastenbahnhof in Heiligenstadt, dann bekommen wir einen bei der Grinzingerstraße unten, wo die Bahn aus dem Tunnel herausmündet, dann würden wir einen Lastenbahnhof bekommen bei der Ausmündung der Weinhauser Hauptstraße, dann einen bei Hernals und bei der Ottakringer Hauptstraße. Wenn Sie glauben, das ist zuviel, so sage ich Ihnen, es ist nicht zuviel verlangt; wenn die Bahn dem Handel dienen soll, wenn sie den Verhältnissen und Bedürfnissen entsprechen soll, muss dies so eingetheilt werden. (Rufe: Sehr richtig!) Sehen Sie nun, welchen Umweg eine Bahn macht; bloß damit sie irgendwo in die Nähe einer Fabrik kommt, damit die Bahn die Fracht übernimmt. Sie geht zu jedem kleinen Städtchen und die Vororte sind doch keine kleinen Städte, sie sind Bezirke mit 70- bis 80-, bis 120.000 Einwohnern. Wenn am Lande draußen Städte mit 4000, 5000 Einwohnern einen Personen- und Frachtenbahnhof haben, so wird es auch gewiss gerechtfertigt sein, dass jedem der so großen Bezirke ein Frachtenbahnhof gegeben werde. Wenn Sie den Handel fördern wollen, so müssen sie ihm unter die Arme greifen.

Das kann nur dadurch geschehen, dass man die Kohle, das Rohmaterial in den Bezirk hineinbringt, dass man die Ware gleich im Orte aufgeben kann, damit nicht halbe oder ganze Tage

versäumt werden, bis man zum Dampfschiff oder zum nächsten Bahnhof kommt.

Natürlich müsste dann das entfallen, was Collega Gerhardus gesagt hat. Er hat hervorgehoben, dass die Frachtsätze auf dieser Bahn zu theuer sind. Das muss sich eben aufhören, sonst hat die Bahn nicht den Zweck erfüllt, der beabsichtigt ist. Jede Bahn hat schwierige Punkte auf ihrer Strecke zu überwinden, gewisse Theile zu bauen, die viel Geld kosten. Nehmen wir zum Beispiel die Südbahn; die Gesellschaft hat zuerst die Strecke bis Gloggnitz und dann jene von Triest hinauf bis zum Semmering gebaut. Der Semmering selbst ist übrig geblieben; diese schwierige Strecke musste aber auch gebaut werden, um den Verkehr zu erleichtern. Wir sind in einer Zeit der Verstaatlichung der Bahnen, warum soll nun der Staat, der alle Bahnen übernimmt, nicht zu demselben Preis fahren, wie er auf den Staatsbahnen heute draußen fährt. Wenn er die langen Strecken draußen so billig fährt, soll er sich da vielleicht mehr zahlen lassen, weil die Bahn mehr gekostet hat? Das muss aufhören, der Preis darf nur im Verhältnis der Entfernung ein höherer sein. Nur die Entfernung darf maßgebend sein, nicht das theuere Bauen.

Dann komme ich zu den Dämmen. Meine Herren! Wenn wir darauf eingehen und wenn wir zulassen, dass die Bahn draußen in Form eines Dammes geführt wird, dann haben wir von vorneherein gesündigt und unsere Nachkommen werden uns nichts Schönes nachreden, weil wir eine chinesische Mauer geschaffen haben werden. Sehen Sie, welche Schwierigkeiten der Damm der Westbahn im XV. Bezirke bereitet. Es hat ein Heidengeld gekostet, bis eine Brücke darüber gemacht worden ist. Schauen Sie, welche Hindernisse die Franz Josef-Bahn dem IX. Bezirke bereiten wird, wenn sich dieser einmal entwickeln wird. Schauen Sie sich Simmering an, hier haben wir die Staats- und die Aspangbahn; diese sind dort eingekeilt. Diese Dämme hemmen die Entwicklung der Bezirke, sie entwerten die Gründe, wir müssen uns daher dagegen entschieden aussprechen. Ich habe bereits zum erstenmale, als uns die Pläne vorgelegt worden sind, hervorgehoben und betont, dass man beim Ausbau dieser Vororte- und Ringbahnen unter jeder Bedingung darauf achten und Rücksicht nehmen müsste, dass, wie die Pläne der Parcellierung von Wien heute laufen, jede Straße ihren Durchgang hat. Wo ein Einschnitt ist, muss eine Brücke darüber, ist es eine Hochbahn, muss man sie darunter durchführen können, nicht wie der Herr Gem.-Rath Müller beantragt, dass man drei oder vier Straßen absperren soll. Damit macht man die Leute unglücklich und stellt sie hinter einen Damm. Wenn wir draußen die Frachtenbahnhöfe eintheilen, so wird jeder Gewerbetreibende und Fabrikant die Bequemlichkeit haben, dass ihm die Fracht nicht zu theuer kommt, dass er sein Rohmaterial in der nächsten Nähe bekommt.

Wenn eine Fabrik gebaut werden soll, so sind die Leute immer dagegen und machen Eingaben, dass die Fabrik wegkommt. Dann wird er es bequem haben und er wird hinausziehen, weil er draußen alles bekommt. Wenn auf diese Art gebaut wird, dann nützt es, sonst ist der Zweck verfehlt. Wenn der Kriegsminister die Bahn zu strategischen Diensten haben will, so soll er sie auf eigene Kosten bauen, dann haben wir keine Pflicht, beizutragen. Wenn wir die Steuern zahlen, so muss die Bahn nach unseren Bedürfnissen und nach unserem Geschmack gebaut werden. Wir dürfen weder den Handel schädigen, noch die Stadt verschandeln lassen. Ich beantrage, dass bei der Ausmündung einer jeden Hauptstraße in jedem der westlichen Vororte ein Lastenbahnhof errichtet werde. Damit schließe ich.

Gem.-Rath Djörup: Meine Herren! Wir haben bereits vor Monaten bezüglich der Vorortelinie den Beschluss gefasst, dass dieselbe für den beschränkten Personenverkehr zu dienen habe, hauptsächlich aber für Handel und Industrie, und dass dort die Einschnitte und Dämme zugelassen werden, um die Bahn so billig als möglich zu machen und dem Handel und der Industrie förderlich zu sein. Es kommt mir nun etwas befremdend vor, dass alle Wünsche, die gestern für eine reine Localbahn vorgebracht wurden, heute bei der Gürtelstraße wiederholt werden. Das halte ich nicht für gerecht, wenn wir die ganze Sache nicht gefährden wollen. Ich möchte bitten, dass wir uns dem ursprünglichen Programm möglichst nahe halten und unsere Wünsche demselben anpassen.

Aber in dem Passus e) in unserer Stadtrathvorlage verstehe ich nicht, warum es dort heißt, dass bei dem Hernalser Schlachthause die Mauer zu erhöhen ist, damit man dort eine Überdeckung der Bahn herstellen könne, eventuell dass die Trace zu verlegen ist, um eine Berührung des Schlachthauses zu vermeiden. Ja, meine Herren, wenn wir die Vortheile der Bahn, die uns die Regierung baut, genießen wollen, und die darin bestehen, dass wir die Ochsen direct in das Schlachthaus führen können, anstatt dass dieselben zu Fuß durch alle Bezirke geführt werden, so können wir doch nicht einen Antrag beschließen, der das unmöglich macht. Das betrachte ich als einen Fehler. Wenn wir aussagen können, dass die Baulichkeiten unseres Schlachthauses in Hernals möglichst geschont werden, so dürfen wir doch nicht sagen, dass die Bahn dieselben gar nicht berühren solle, wie es in der letzten Zeile der vierten Seite ausdrücklich steht, wo es heißt, dass durch eine Änderung der Trace die Berührung des Schlachthauses zu vermeiden wäre. Ich glaube, das kann nur ein Irrthum sein. Ich bitte den geehrten Herrn Referenten, dass er uns darüber Aufklärung gebe.

Referent (Schlusswort): Zuerst will ich dem letzten Herrn Redner Aufklärung geben, dass wir nur gemeint haben, dass die Bahn nicht das neugebaute Schlachthaus devastieren soll. Die Bahn soll allerdings unmittelbar am Schlachthause vorüberführen, weil wir principiell alle Schlachthäuser mit einander verbinden wollen — es kommt das später noch bei den Schluss-Anträgen vor, — damit auf diese Weise der Viehtrieb vermieden werde. Im allgemeinen will ich nur eine Bemerkung machen. Eine Reihe von Herren hat sich dahin ausgesprochen, als ob die Vorortelinie überhaupt ein Unglück wäre; aber dann sind wieder Worte gefallen, es sei anzustreben, dass diese Linie in der ersten Bauperiode gebaut werden soll. Allerdings ist es richtig, dass die Vorortelinie sehr viele Übelstände mit sich bringt, hauptsächlich wenn sie so ausgeführt wird, wie sie geplant wird. Aber anderseits ist sie von großer Bedeutung nicht nur für die Industrien, die dort erblühen, sondern auch für den Personenverkehr durchaus nicht so unbedeutend, als es dargestellt wurde. Denn durch den Anschluss an Heiligenstadt steht die Bahn nicht nur mit der Franz Josef-Bahn in Verbindung, sondern auch mit den anderen Stadtbahnen und anderseits auch mit der Westbahn. Es ist also die Bahn durchaus nicht für den Personenverkehr vollkommen wertlos; das ist absolut unrichtig. Alles übrige behalte ich mir für die Special-Debatte vor.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Wir schreiten zur Special-Debatte.

Referent: Punkt a) „Die Bahnhofanlage Ottakring ist in der Art zu ändern, dass die Burggasse in ihrer geradlinigen Fortsetzung nicht unterbrochen werde." Zu diesem Punkt a) liegt vorerst ein Zusatz-Antrag des Collegen Müller vor. Er lautet:

„1. In dem Profile 3·3 bis 3·6 (Hernalser Bahnhof) ist dafür Sorge zu tragen, dass mindestens zwei Straßen in ihrer geradlinigen Fortsetzung nicht unterbrochen werden.

2. dass außer der Burggasse mindestens noch eine Straße in ihrer geradlinigen Fortsetzung nicht unterbrochen werde."

Außerdem also, was wir verlangen, dass die Burggasse durchgeführt wird, wird in den Anträgen verlangt, dass noch eine zweite Gasse durch den Ottakringer Bahnhof und zwei durch den Hernalser Bahnhof geführt werden.

Es ist allerdings sehr wünschenswert, dass soviele Verbindungen als möglich hergestellt werden, aber es wird schwer zu erreichen sein, dass Straßen durch den Bahnhof gelegt werden können. Denn die Manipulation in dem Bahnhof verlangt eben, dass der Bahnhof eine gewisse Länge erhalte. Es wird schon schwierig sein, diesen Bahnhof zwischen der Burggasse und Thaliastraße so einzuengen, dass er weder in die Burggasse noch in die Thaliastraße hineinragt; wenn also ein sehr großes Gewicht darauf gelegt wird, dass außerdem noch eine andere Straße darüber geführt wird, so kann es höchstens ein Verkehr durch eine Überbrückung sein, aber nicht so, dass man noch eine dritte Straße durchführt. Ich bitte nicht weiter zu gehen, als es Punkt a) besagt und den Zusatz-Antrag wenigstens bezüglich des Ottakringer Bahnhofes fallen zu lassen. Bezüglich des Hernalser Bahnhofes ist es nicht ausgeschlossen, dass eine Straße durchgeführt werden kann.

Gem.-Rath Zagórski: Auch ich erlaube mir den Antrag des Herrn Collegen Müller im allgemeinen sowohl als auch im besonderen bezüglich der Bahnhofanlage Ottakring wärmstens zu unterstützen, denn es geht doch nicht gut an, dass die Gemeinde Ottakring in ihrem verbauten Theile von dem Hinterlande, von welchem sie ohnehin durch den Galitzynberg abgesperrt wird, noch weiter durch vier zehn Klafter breite Straßen abgesperrt wird. Die Anträge des geehrten Herrn Collegen giengen dahin, dass erstens die Burggasse freigegeben werde, welche nicht nur an und für sich eine sehr wichtige bedeutende Verkehrsstraße ist, sondern welche auch infolge ihrer Einmündung in die Ottakringer-Hütteldorferstraße eine directe Verbindung vom Ring bis Hütteldorf darbietet, infolge dessen von höchster Bedeutung ist, was auch vom geehrten Herrn Referenten anerkannt wurde.

Die Gemeinde Ottakring benöthigt aber noch eine zweite wichtige Verbindung mit dem Hinterlande oder vielmehr mit den Cottageanlagen, welche auf diesen Bergen gebaut sind — und das ist die Marc Aurelstraße, welche wegen ihrer Trace sowohl als wegen des Niveaus die einzige praktische Verbindung mit unseren Cottageanlagen ermöglicht. Daher würde ich mir den Antrag erlauben, dass diese zwei Straßen freigegeben werden, in erster Linie die Burggasse, zweitens die Marc Aurelstraße. Die anderen Straßen laufen zum Friedhof todt aus.

Ich erlaube mir daher, den Antrag zu stellen, dass bei der Bahnhofanlage in Ottakring die Burggasse und die sogenannte Marc Aurelstraße in ihrer geradlinigen Fortsetzung nicht unterbrochen werden.

Gem.-Rath Bärtl: Ich unterstütze auch den Antrag des Herrn Collegen Müller und meines Herrn Vorsprechers. Allein es ist noch zu wenig Gewicht darauf gelegt worden, eine Flügelbahn oder eine kurze Strecke einer Bahn bis zum Schlachthause zu führen. Legen Sie die Trace weiter weg vom Schlachthause, ich habe nichts dagegen, aber ich bitte, behalten Sie im Auge — sei es nun, dass das der Herr Referent aufnimmt oder die Vertreter, die in die Commission gewählt werden — es soll eine Trace unter allen Umständen zum Schlachthause geführt werden, denn die Übelstände, welche der Viehtransport mit sich bringt, lassen es wünschenswert erscheinen, dass eine Verbindung zum Schlachthause angestrebt wird. Ich habe mit dem St. Marxer Schlachthause bezüglich des Viehtransportes solche Erfahrungen gemacht. Ich möchte nur wünschen, dass die Herren Vertreter, die in die Commission kommen, im Auge behalten, dass eine Flügelbahn oder in der Nähe des Schlachthauses eine Verbindung mit dem Viehtransport hergestellt werde. Das ist mein Ersuchen.

Referent (Schlusswort): Gegen die Zusatz-Anträge, welche gestellt werden, habe ich nur das eine einzuwenden, dass ich mich verpflichtet fühle, auf die Schwierigkeiten hinzuweisen, die es macht, dass allen diesen Wünschen entsprochen werde. Es ist sehr schwierig, dass die Burggasse durchgeführt werde, weil zwischen der Thaliastraße und der Burggasse die Länge an und für sich keine übergroße ist. Aber darauf müssen wir bestehen. Wenn es möglich sein sollte, die anderen Wünsche auch zu erfüllen, so wird es jedenfalls gut sein, mit aller Energie darauf zu dringen. Aber ich befürchte, dass das sehr schwierig sein wird. Beim Hernalser Bahnhof wird vielleicht noch eine Straße durchzuführen sein, aber die Marc Aurelstraße würde nur dann über den Ottakringer Bahnhof zu führen sein, wenn die ganze Trace vertieft würde, denn der Bahnhof Ottakring ist zwar tief, aber nicht so tief, dass man ihn überfahren, und nicht so hoch zu bringen, dass man ihn unterfahren könnte. Auf diese Schwierigkeit bin ich verpflichtet aufmerksam zu machen, sonst will ich gegen die Anträge nichts sagen, weil es immer erwünscht ist, den Verkehr soviel als möglich zu begünstigen.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Wir schreiten zur Abstimmung. Gegen Punkt a) der Referenten-Anträge ist keine Einwendung erhoben worden. Ich ersuche jene Herren, welche mit diesem Punkte einverstanden sind, die Hand zu erheben. — Angenommen.

Nun kommen mehrere Zusatz-Anträge, und zwar zunächst ein Antrag des Herrn Gem.-Rathes Gräf, welcher lautet (liest): „Nebst der Burggasse, deren geradlinige Durchführung bis in die Breitenseerstraße nicht gehindert werden soll, wäre noch zwischen der Lerchenfelder- und Marc Aurelstraße eine zweite in die Breitenseerstraße ununterbrochen einzumünden. Ebenso zwei Straßenzüge beim Bahnhof Station Hernals."

Ich ersuche jene Herren, welche hiemit einverstanden sind, die Hand zu erheben. — Abgelehnt.

Ein Antrag des Herrn Gem.-Rathes Zagórski lautet (liest): „Dass bei der Bahnhofanlage in Ottakring die Burggasse und die sogenannte Marc Aurelstraße in ihrer geradlinigen Fortsetzung nicht unterbrochen werden."

Ich ersuche jene Herren, welche hiemit einverstanden sind, die Hand zu erheben. — Angenommen.

Gem.-Rath Müller: Ich habe im Allgemeinen Anträge gestellt.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Ich bitte, beide Anträge sind zu Punkt a). Herr Collega Müller hat zu Punkt a) beantragt: „In dem Profile 3·3 bis 3·6 Hernalser Bahnhof ist dafür Sorge zu tragen, dass mindestens zwei Straßen in ihrer geradlinigen

Fortsetzung nicht unterbrochen werden." Das ist derselbe Gedanke, der schon in dem früheren Antrage gelegen war. Die Herren, die damit einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen.

„Zweitens, dass außer der Burggasse mindestens noch eine Gasse in ihrer geradlinigen Fortsetzung nicht unterbrochen werde. Die Herren, die dafür sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Nun kommt noch der Antrag des Gem.-Rathes Bärtl: „Dass die Vertreter der Stadtbahn in der Commission anstreben mögen, dass betreffs des Viehtransportes zum Hernalser Schlachthause eine Flügelbahn gebaut werde."

Diejenigen Herren, welche zustimmen, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Abgelehnt.

Referent: Punkt b). Hier ist eine kleine Abänderung: „Die Bahntrace in der Strecke vom Hernalser Schlachthause bis Ober-Döbling ist hinter die Sternwarte zu verlegen, wobei auch die in einem Bogen ungünstig gelegene Station Hohenwarth umgestaltet wird." Diese Abänderung wurde darum angenommen, weil schon vom Hernalser Schlachthaus an die Linie mehr westlich gerückt werden muss, um hinter der Sternwarte entsprechend vorbeizukommen. Die Ablenkung der Trace ist wohl ein allgemeines Interesse, wie ich mir schon in der General-Debatte zu bemerken erlaubte, nachdem dadurch die Unterfahrung des Cottageviertels vermieden wird und auch die Belästigung der Sternwarte jedenfalls beschränkt wird, wenn nicht ganz aufgehoben werden kann. Dass die Abschwenkung schon bei dem Hernalser Schlachthause beginnt, ist darin begründet, weil das früher bezeichnete Weinhaus zu nahe der Sternwarte gelegen ist und die Bahn von Weinhaus nicht mehr hinter der Sternwarte in entsprechender Entfernung herumkommen kann. Ich bitte Sie, diesen Antrag anzunehmen.

Hiezu ist ein Zusatz-Antrag, resp. sogar ein Gegen-Antrag vom Herrn Gem.-Rath Müller gestellt:

„Es sei in der Strecke vom Hernalser Bahnhofe eine neue Variante hinter der Sternwarte bis gegen die Silberstraße zu studieren, um die enormen Einschnitte beim Hernalser Schlachthause, sowie die in einem Bogen ungünstig gelegene Station Hohenwarth zu vermeiden und für eine Station in Gersthof Hauptstraße vorzusorgen."

Es ist hiebei geplant, die Bahn vom Schlachthause ganz weg zu verlegen. Nun ist es aber Princip, dass alle Schlachthäuser mit der Bahn zu verbinden sind, und darum bitte ich Sie, diesen Antrag nicht anzunehmen, sondern den Antrag des Stadtrathes, dass die Abschwenkung erst vom Hernalser Schlachthause an stattfinde. Es ist ohnehin beantragt, um diese Übelstände zu beheben, diese Einschnitte einzudecken und die Trace etwas nach Westen zu rücken, aber nicht soviel, dass der Verkehr zum Schlachthause aufgehoben wird. Es ist unbedingt nothwendig, dass dieses Schlachthaus in Verbindung mit den übrigen Schlachthäusern bleibt. Ich bitte Sie daher, den Antrag b) so wie er gestellt ist anzunehmen.

Gem.-Rath Wünsch: Ich habe mich zum Worte gemeldet, nicht um über die Trace selbst zu sprechen, denn dieser Gegenstand ist schon in der General-Debatte hinreichend beleuchtet worden und ich kann hierüber nur die Ansicht theilen, welche meine Collegen aus den Vororten bereits zum Ausdrucke gebracht haben. Ich glaube auch, dass die Herren, indem Sie dem Antrage zustimmen, einem Bedürfnisse der Bevölkerung Rechnung tragen.

Ich habe jedoch einiges zu sprechen über die Art und Weise der Anlage der Bahnhöfe. Wenn ich mich auf den Standpunkt stelle, dass die Abschwenkung stattfinden wird hinter der Sternwarte, wie von dem Herrn Referenten beantragt wird, so ist zunächst in seinem Antrage enthalten, dass die Station Hohenwarth umgelegt wird. Nun, meine Herren, ich glaube wohl mit gutem Gewissen aussprechen zu können, dass diese Station für die Bewohner der Cottage gar keine actuelle Bedeutung hat, nachdem sie keinen Personenverkehr vermittelt, und dass es für den Cottage nicht vortheilhaft ist, einen Bahnhof mitten hineinzustellen, wegen der Unannehmlichkeiten, welche er mit sich bringt. Dagegen aber glaube ich, dass für den XVIII. Bezirk die Anlage eines Lastenbahnhofes unbedingt nothwendig ist. (Rufe: Sehr richtig!) Es hat bereits eine College dieser Seite (rechts), von welchem ich das nicht erwartet habe, auf die Wichtigkeit der Unterstützung der Industrie, des Handels und Gewerbes hingewiesen in Bezug auf die Führung von Rohmateriale. Ich kann nur sagen, dass nach einer Berechnung, welche angestellt wurde, der Bedarf von Kohlen und sonstigen Lasten für den XVIII. Bezirk voraussichtlich auf einer Bahn gelandet worden, circa 2000 Waggons betragen. Ich glaube wohl, dass ein solches Quantum bereits hinreichend die Forderung rechtfertigt, anstatt der in der Vorlage projectierten Haltestelle Gersthof einen Frachtenbahnhof Gersthof zu errichten. Ich erlaube mir den Antrag zu stellen: Anstatt der Haltestelle Gersthof ist daselbst ein Frachtenbahnhof zu errichten.

Der zweite Antrag geht auch weiter. Wenn nämlich diese Linie ins Auge gefasst wird, wird diese Bahn das Krotenbachthal erreichen hinter der Sternwarte an einem Punkte, der den Ortschaften Döbling und Grinzing ziemlich nahe gelegen ist. Es wäre wünschenswert, für diese Vorortebahn an jener Stelle, wo die Bahn an den Tag tritt und in das Krotenbachthal hineinkommt, eine Haltestelle zu errichten. Mag es auch sein, dass diese Haltestelle vorläufig nicht jene actuelle Bedeutung hat für den Personenverkehr, so ist es aber unzweifelhaft, dass in Zukunft sich an diese Linie Radiallinien anschließen werden und für die Bewohner jenes Bezirkes ein rascher Anschluss an die Stadtlinie erreicht wird, welchen sie heute nicht haben. Dies würde aber gewahrt, wenn die vorhin beantragte Station Krotenbachthal als Haltestelle ins Auge gefasst wird.

Ich erlaube mir daher, den Antrag zu stellen: Anstatt der Haltestelle Gersthof ist daselbst ein Frachtenbahnhof zu errichten. Beim Austritte der Bahn in das Krotenbachthal ist eine Haltestelle anzulegen.

Gem.-Rath Müller: Ich erlaube mir eine Bemerkung gegen den Herrn Referenten, welcher sagte, dass mein Antrag eine Verbindung mit dem Schlachthause ausschließt. Das ist nicht der Fall. Ich will nur einen Einschnitt bei dem Schlachthause vermeiden und bin einverstanden, dass eine Verbindung mit dem Schlachthause stattfindet. Das ist in dem Antrage nicht ausgeschlossen.

Bezüglich der Anträge des Herrn Collegen Wünsch könnte man es derart machen. Ich habe ausdrücklich gesagt, dass die Station auf die Gersthofer Hauptstraße, das ist eine Hauptverkehrsader, kommen würde. Ich werde mich anschließen, dass statt „Station" „Frachtenstation" gesagt würde.

Im Antrage ist durchaus nicht ausgeschlossen, dass die Verbindung mit dem Schlachthause stattfindet, die wird stattfinden müssen.

Nach dem Antrage Bärtl werden auch die Experten dafür zu sorgen haben, und daher glaube ich, dass der Antrag mit der Modification anzunehmen ist.

Gem.-Rath Grünbeck: Ich muss mich auch für den Antrag Müller aussprechen. So wie die Trace hier liegt, kann sie nicht bleiben. Wenn Sie einen Theil des Schlachthauses demolieren, dann muss die Gemeinde in den Sack greifen und einige tausend Gulden für neue Bauten ausgeben. Es wäre also besser, den Antrag Müller anzunehmen.

Gem.-Rath Eigner: Ich will nur einige Worte denen meines geehrten Herrn Vorredners anschließen. Ich glaube, dass es nicht gerade Bedingung sein müsse, dass die Haupttrace direct am Schlachthause vorüberfahren müsse; das glaube ich nicht.

Wenn Sie den Central-Viehmarkt ansehen, finden Sie, dass dort auch die Bahn nicht direct vorbeiführt; es ist eben eine Abzweigung da. Da kann auch eine Abzweigung gemacht werden. Ich will nur ausführen, dass das Schlachthaus unglücklich angelegt ist, indem es in den Berg hineingebaut ist. Es hätte auf einem günstigeren Punkte hergestellt werden können, so dass heute eine leichtere Bahnverbindung mit dem Schlachthause hergestellt werden könnte. Dadurch, dass es in einen Berg hineingebaut ist und dort ein Einschnitt hinkommt, ist die Einfahrt des Schlachthauses nach meinem Gutachten nicht so gut zu bewerkstelligen. Wenn auch die Trace der Bahn außerhalb des Hernalser Friedhofes geführt würde, so könnte immerhin eine kleine Abzweigung gemacht werden, die in das Schlachthaus einmündet und dem Viehtransporte wesentlich dienen würde.

Gem.-Rath Bärtl: Ein Vertreter des XVII. Bezirkes hat heute schon wiederholt ausgesprochen, er könne nicht zustimmen, dass die Verbindung mit dem Schlachthause hergestellt werde, weil dort Baulichkeiten demoliert werden müssten. Das ist aber nicht der Fall. Nach den Aufklärungen des Herrn Baudirectors geht die Trace knapp am Schlachthause vorüber. Es braucht also nichts demoliert zu werden. Es ist wichtig, dass die Verbindung hergestellt werde; ihr Wert ist ein außerordentlicher, nicht nur in sanitärer, sondern auch in approvisioneller Hinsicht. Die schnelle Beförderung der Thiere ist von großem Wert.

Mein Antrag, den ich zu Punkt a) gestellt habe, erscheint jetzt im Punkt b) berücksichtigt. Das ist mir ganz recht, und daher stimme ich in erster Linie für den Referenten-Antrag, und wie Collega Müller selbst gesagt hat, involviert sein Antrag nicht, dass die Verbindung hergestellt werden kann. Sein Antrag ist ein Zusatz-Antrag. Ich empfehle Ihnen daher in erster Linie den Antrag des Referenten, wo Sie die Gewissheit haben, dass die Vertreter in der Commission für die Verbindung unter allen Umständen eintreten. Das hat einen großen Wert.

Gem.-Rath Herrdegen: Es ist von verschiedenen Seiten die Besorgnis ausgesprochen worden, dass eine Verbindung mit dem Schlachthause nicht hergestellt werden dürfte. Ich erlaube mir, Sie aufmerksam zu machen, dass diese Sorge ganz überflüssig ist, aus dem einfachen Grunde, weil die veterinärpolizeilichen Vorschriften ganz entschieden dafür sprechen, dass die Verbindung hergestellt werde, darauf wird schon die Regierung dringen. Das kann nicht in Frage gestellt werden. Wir brauchen uns in dieser Beziehung einer Sorge nicht hingeben, die Verbindung muss hergestellt werden.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Wünscht noch jemand das Wort zur Frage? (Niemand meldet sich.) Ich bitte den Referenten zum Schlusswort.

Referent: Meine Herren! Ich möchte Sie bitten, in diesem Falle gegen den Antrag b) nicht zu stimmen, denn wie der Wortlaut jetzt ist, haben Sie die volle Sicherheit, dass das Hernalser Schlachthaus von beiden Seiten wird zu erreichen sein. Wenn Sie irgend einem anderen Antrage zustimmen, welcher vielleicht gestattet, dass eine Zweigbahn hingeführt wird, aber in den Hauptverkehr das Schlachthaus nicht einbezieht, so ist ein wesentliches Element, das wir grundsätzlich aufgestellt haben, die bequeme Verbindung des Schlachthauses, eliminiert. Es ist ganz gut, dass der Antrag so angenommen wird, dass die Bahntrace in der Strecke von dem Hernalser Schlachthause bis Ober-Döbling hinter die Sternwarte zu verlegen ist. Das ist ganz klar. Sie können die Bahn so bequem, als Sie wollen, hinter der Sternwarte vorüberführen und Sie können dann von der Franz Josef-Bahn wie von der Westbahn aus direct zum Schlachthause gelangen, was ich für unbedingt nothwendig halte. Es ist gar kein Grund vorhanden, davon abzugehen.

Später, wo die Unannehmlichkeiten zur Sprache kommen, welche dort herrschen, dass die Bahn als Tiefbahn geführt wird, wird das ohnehin eliminiert, indem die Bahn in der Weise geführt wird, dass sie überdeckt und etwas verlegt wird, um die Baulichkeiten des Schlachthauses zu schonen. Was nothwendig ist, soll geschehen. Ich bitte aber, den Grundgedanken festzuhalten, dass das Schlachthaus einbezogen wird.

In anderer Beziehung möchte ich darauf aufmerksam machen, dass es sehr unangenehm wäre, wenn wir bezüglich der Bahnhofanlagen Schwierigkeiten hätten. Die Bahnhofanlagen sind, wie sie vorgeschlagen werden, ganz gerechtfertigt. Ich will nicht dagegen opponieren, es ist gewiss, dass eine Erweiterung des Bahnhofes Gersthof nothwendig ist, um ihn zu einem Frachtenbahnhofe auszugestalten, nachdem die Bahn größtentheils eine Industriebahn sein soll.

Aber die Anlegung eines Bahnhofes oben am Krotenbache wird Schwierigkeiten ergeben. Ich möchte dem nicht entgegentreten, muss aber bitten, alle Anträge bezüglich der Bahnhofanlagen als Zusatz-Anträge zu betrachten und den Satz bezüglich der Station Hohenwarth aufrecht zu erhalten.

Ich möchte also bitten, die Anträge des Stadtrathes unverändert anzunehmen, wogegen gegen die Zusätze bezüglich der Bahnhofanlagen keine Einwendung erhoben werden kann. Ich bitte zu berücksichtigen, dass, wenn der Antrag des Stadtrathes angenommen wird, wir die volle Sicherheit haben, dass das Schlachthaus eine zweckmäßige Verbindung hat.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Zu Punkt b) hat Gem.-Rath Müller einen Gegen-Antrag gestellt, der zuerst zur Abstimmung kommt. Derselbe lautet: „Es sei in der Strecke vom Hernalser Bahnhofe eine neue Variante hinter der Sternwarte bis in die Silberstraße zu studieren, um die enormen Einschnitte bei dem Hernalser Schlachthause, sowie die im Bogen ungünstig gelegene Station Hohenwarth zu vermeiden, und ist für eine Frachtenstation bei der Gersthofer Hauptstraße Sorge zu tragen." Jene Herren, welche mit diesem Antrage einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Es ist die Majorität; angenommen.

Der erste Theil des Antrages Wünsch, der dahin geht, „anstatt der Haltestelle Gersthof ist daselbst ein Frachtenbahnhof zu errichten" ist hiemit erledigt. Ich bringe daher den zweiten Theil

des Antrages Wünsch zur Abstimmung, der lautet: „Bei dem Austritte der Bahn in das Krotenthal ist eine Haltestelle anzulegen." Jene Herren, welche damit einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Referent: c) Mit Rücksicht auf die bereits behördlich genehmigte Einwölbung des Krotenbaches und die projectierte Anlage einer Straße über denselben, ist die Abänderung der Bahntrace im Krotenbachthale in der Weise durchzuführen, dass dieselbe in das rechtsseitige Gehänge des Krotenbachthales verlegt und das Krotenbachbett von der Bahnanlage freigehalten wird.

Es ist schon früher sowohl vom Baudirector als von meiner Seite betont worden, dass die Bahntrace so gelegt ist, dass die sofortige nothwendige Einwölbung dieser Strecke des Krotenbaches nicht möglich wäre. Der Krotenbach muss sofort eingewölbt werden aus sanitären Gründen und darum, weil wir vom Landesausschusse einen Beitrag von 60.000 fl. bekommen haben, welcher eben für eine bestimmte Zeit gegeben ist. Eine Verlegung der Trace ist jedenfalls nothwendig. Zu diesem Punkt hat Herr College Müller den Zusatz-Antrag gestellt:

„Da durch die Führung der Bahntrace längs des Krotenbaches die bereits behördlich genehmigte Einwölbung des Krotenbaches erheblich erschwert wird, sind — falls diese Behinderung nicht durch die Verlegung der Bahntrace aus dem derzeitigen Laufe des Krotenbaches behoben wird — die bei dem Baue der Überwölbung des Krotenbaches und Führung einer Straße über denselben durch diese Behinderung oder Erschwerung erwachsenden Mehrkosten auf Rechnung der Unternehmung zu setzen."

Es ist allerdings richtig, dass die Unternehmung verpflichtet sein wird, die Mehrkosten zu leisten, aber es wird vielleicht heute schwer sein, dieselben überhaupt festzustellen, nachdem der Bau erst in sechs Jahren in Angriff genommen wird und wir erst dann genau wissen werden, wie die Bahn gebaut wird. Heute ist nicht die Gelegenheit vorhanden, irgendwie Detailprojecte auszuarbeiten, und es ist noch die Frage, ob die Bahn überhaupt in diese Gegend geführt wird. Es ist möglich, dass die Bahntrace in sechs Jahren, wo sich die Verhältnisse sehr ändern können, überhaupt eo ipso abgeändert wird.

Wir haben uns heute dagegen zu wehren, dass die Bahntrace so festgestellt wird, dass wir nicht einwölben und die Straße führen können; wie die Bahn nach sechs Jahren geplant wird, ist gleichgiltig; sie muss nur so geplant werden, dass die Einwölbung und Straßenführung nicht behindert wird.

Ein weiterer Antrag des Collegen Müller bezüglich des Punktes c) geht dahin: „In der Strecke vor dem Rudolfinum sei die Bahn derart zu führen, dass dieselbe von dem Krotenbach zu verlegen ist und damit den Interessen der Straßenkreuzungen daselbst, sowie des Bestandes des Rudolfinums und Taubstummen-Institutes gerecht werde."

Das deckt sich insofern, als auch da gefordert wird, dass die Bahn verlegt werde ober der Einwölbung; aber es wird schwer sein, beides zu berücksichtigen, denn auf der einen Seite liegt das Rudolfinum und auf der anderen Seite das Taubstummen-Institut. Es ist das ein Zusatz-Antrag, denn principiell wird auch hier gesagt, dass die Bahn nicht ober dem Krotenbache gehen soll. Ich bitte, den Antrag des Stadtrathes anzunehmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Wünscht jemand zu Punkt c) das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Wir schreiten zur Abstimmung.

Der Antrag Müller erscheint als ein Gegen-Antrag zum Referenten-Antrage und kommt daher zuerst zur Abstimmung. Er lautet (liest): „Da durch die Führung der Bahntrace längs des Krotenbaches die bereits behördlich genehmigte Einwölbung des Krotenbaches erheblich erschwert wird, sind — falls diese Behinderung nicht durch die Verlegung der Bahntrace aus dem Laufe des Krotenbaches behoben wird — die bei dem Baue der Überwölbung des Krotenbaches und Führung einer Straße über demselben durch diese Behinderung oder Erschwerung erwachsenden Mehrkosten auf Rechnung der Unternehmung zu setzen."

Ich bitte, nach dem Schlusssatze ist dies kein Gegen-Antrag, sondern ein Zusatz-Antrag.

Ich schreite daher zur Abstimmung über Punkt c). Ich ersuche jene Herren, welche damit einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Den Antrag Müller habe ich bereits verlesen; ich ersuche jene Herren, welche mit demselben einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Nun kommt der weitere Antrag Müller (liest): „In der Straße vor dem Rudolfinum sei die Bahn derart zu führen, dass selbe aus dem Krotenbach zu verlegen ist, damit die Interessen der Straßenkreuzung daselbst, sowie der Bestand des Rudolfinums und Taubstummen-Institutes gewahrt werden." Ich ersuche jene Herren, welche mit dem Antrage einverstanden sind, aufzustehen. — Angenommen.

Ein weiterer Antrag liegt bei diesem Punkte nicht vor.

Referent (liest): d) „Anstatt der zwischen Kilometer 0·6 und 0·7 projectierten Straßenkreuzung im Niveau, ist sofort bei der Bahnanlage eine definitive Überfahrung der Straße herzustellen."

Es ist schon erwähnt worden, dass hier die Neubergerstraße in der Weise mit der Bahn in Verbindung steht, dass die Geleise gekreuzt werden müssten. Selbstverständlich ist hier eine Überführung sehr zweckmäßig.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Keine Einwendung? Angenommen.

Referent (liest): e) Die projectierten Futtermauern und Einschnitte bei Kilometer 4·5 sind in der Ausdehnung des Hernalser Schlachthauses auf die Höhe des dort bestehenden Niveaus zu bringen, und ist dortselbst eine Überdeckung der Bahn herzustellen, eventuell wäre durch Änderung der Trace die Berührung des Schlachthauses zu vermeiden."

Es ist dort dieser tiefe Einschnitt in der Nähe des Schlachthauses. Wenn also die Trace doch so geführt werden sollte, dass sie in die Nähe des Schlachthauses käme, so wäre zu verlangen, dass diese ganze Trace einzudecken ist, so dass mindestens der Bestand des Schlachthauses zu erhalten wäre. Noch besser wäre, wenn unter allen Bedingungen diese Trace soweit abgelenkt würde, dass sie eben außer dem Territorium des Schlachthauses herauskommt. Jedenfalls wäre der Beschluss zu fassen, dass von dieser Trace aus das Schlachthaus bequem und leicht zu erreichen sei.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Ich ersuche jene Herren, welche

mit dem Punkte e) einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Nun kommen wir noch zu einer Reihe von Anträgen, welche in der General-Debatte gestellt worden sind und welche füglich erst am Ende der Detailbestimmungen besprochen werden konnten.

Der erste Antrag Ziegelwanger geht dahin, „dass die Trace bei Einmündung in die Westbahn in Penzing entweder verlegt und eine andere Trace bestimmt wird, oder dass die Schule in der Preysinggasse in Penzing eingelöst und anderwärts gebaut wird. Es ist weiter in Erwägung zu ziehen, ob diese Trace nicht im Theil des Ameisbaches verlegt werden kann, so dass die Einmündung außer der Station Penzing der Westbahn erfolgen kann."

Ich ersuche jene Herren, welche einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Abgelehnt.

Der zweite Antrag Ziegelwanger lautet (liest): „In Anbetracht, dass diese Trace sämmtliche Ortschaften von Heiligenstadt bis Penzing förmlich durchschneidet, auf alle Verkehrsinteressen dieser Ortschaften höchst störend wirkt, und in weiterer Erwägung, dass diese Bahnstrecke nur mittels Erddämmen hergestellt werden soll, beschließe der Gemeinderath, dass diese Trace einem neuen Studium unterzogen wird und möglichst mehr westseitig zu verlegen wäre oder wenigstens mit gemauerten Viaducten hergestellt wird, und zwar auf die Weise, wie die Gürtellinie geplant ist."

Gem.-Rath Ziegelwanger: Ich glaube, dass diesen Antrag niemand verstanden hat, folglich kann auch niemand dafür stimmen, und ich ersuche daher den Herrn Vorsitzenden, ihn nochmals deutlich zu verlesen. Denn das ist ein Antrag, den man würdigen muss.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Ich bitte, mir nicht einen Vorwurf zu machen. Sie müssen eben deutlicher und besser schreiben, dann werde ich auch genauer lesen können.

Der Herr Schriftführer wird so gut sein, den Antrag nochmals zu verlesen.

Gem.-Rath Ziegelwanger: Ich lese ihn selbst vor.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Das können Sie thun, ich habe nichts dagegen.

Gem.-Rath Ziegelwanger (liest): „In Anbetracht, dass diese Trace sämmtliche Ortschaften von Heiligenstadt bis Penzing durchschneidet, auf alle Verkehrsinteressen . . . (Pause. — Lebhafte Heiterkeit.) — Meine Herren, es ist auch die Beleuchtung hier sehr schlecht — (liest:) dieser Ortschaften höchst störend wirkt, und in weiterer Erwägung, dass diese Bahnstrecke nur mittels Erddämmen hergestellt werden kann, beschließe der Gemeinderath, dass diese Trace einem neuen Studium unterzogen und womöglich nach Westen zu verlegt oder wenigstens mit gemauerten Viaducten hergestellt werde, und zwar auf dieselbe Weise, wie die Gürtellinie hergestellt werden soll." Ich glaube, dieser Antrag kann angenommen werden.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Ich bitte die Herren, die für diesen Antrag sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Abgelehnt. (Widerspruch links. — Gem.-Rath Gregorig: So schnell geht das nicht, Herr Vorsitzender, ich bitte, ordentlich abzustimmen!) Ich bitte sehr, das ist entschieden abgelehnt. Es kann nicht noch einmal zur Abstimmung gebracht werden. (Erneuerter Widerspruch links. — Rufe: Gegenprobe!) Ich bitte also um die Gegenprobe. (Geschieht.) Das ist auch die Minorität. (Rufe: Noch einmal abstimmen!) Ich bitte also diejenigen Herren, die für den Antrag Ziegelwanger stimmen, aufzustehen. (Geschieht.) Nun bitte ich um die Gegenprobe. (Nach einer Pause.) Jetzt ist es die Majorität, der Antrag ist angenommen. Ich constatiere aber, dass eine Anzahl Herren früher nicht abgestimmt hat.

Wir schreiten in der Abstimmung weiter. Es liegt ferner ein Antrag des Collegen Eigner vor, dahin gehend, die Vorortelinie der zu erbauenden Stadtbahn ist — die Herren müssen entschuldigen, aber die Bleistiftschrift ist sehr schlecht und es ist ziemlich finster — so anzulegen, dass sie im XVI., XVII. und XVIII. Bezirke zwischen den Friedhöfen von Hernals und Dornbach über die neuen Cottageanlagen in Gersthof und außerhalb der Sternwarte durchgeführt wird und dann ihre Fortsetzung über Heiligenstadt zur Franz Josef-Bahn erhält.

Gem.-Rath Gregorig (zur Abstimmung): Ich glaube, nach dem Antrage, den wir soeben angenommen haben, ist jede weitere Abstimmung unmöglich. Nachdem angenommen wurde, die Trace zu verlegen, involviert dies eine Vertagung, da neue Studien gemacht werden sollen, und folglich fallen alle anderen Anträge weg.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Ich muss aber auch diesen Antrag, der etwa berathen werden soll, zur Abstimmung bringen; vorläufig ist er nicht zurückgezogen. Die Herren, die für diesen Antrag stimmen, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Abgelehnt.

Ein zweiter Antrag des Herrn Gem.-Rathes Eigner geht dahin: Damit durch den Bau der Vorortelinie der Verkehr und die Verbauung keine wesentlichen Hindernisse erfahren, soll die Bahn, wo sie Hochbahn ist, in ihrer ganzen Länge aus Eisenconstruction oder soviel als möglich aus gemauerten Viaducten abwechselnd mit Eisenconstruction ausgeführt werden. Die Herren, welche damit einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Abgelehnt.

Herr Gem.-Rath Grünbeck beantragt: Es möge die Vorortelinie in der ganzen Ausdehnung in der ersten Bauperiode ausgeführt werden. Die Herren, die damit einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Abgelehnt.

Antrag des Herrn Gem.-Rathes Jedlička: Bei der Erbauung der Vorortelinie ist darauf Rücksicht zu nehmen, dass keine der projectierten Gassen und Straßen durch den Eisenbahndamm oder Einschnitt abgesperrt werde. Bei der Ausmündung der Hauptstraßen in den Bezirken Ottakring, Hernals, Gersthof, Döbling ist je ein Lastenbahnhof zu errichten. Ich bitte die Herren, welche hiemit einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht. — Nach einer Pause.) Ich bitte aufzustehen. (Geschieht. — Nach einer Pause.) Bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause.) Der Antag ist angenommen. Ich unterbreche nun die Sitzung auf zehn Minuten. (Nach Wiedereröffnung der Sitzung:)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (welcher den Vorsitz übernommen): Die Sitzung ist wieder eröffnet. Ich bitte den Herrn Referenten, zu beginnen.

Referent: Wir kommen nun zur Wienthallinie. Die Wienlinie beginnt bei Hütteldorf und geht von da längs der Westbahn bis in die Gegend von Baumgarten auf der Seite der Verbindungsbahn, geht dann bis zur Dampftramway, die Dampftramwaystrecke wird umgelegt und die Linie geht an der Wien fort bis zur Jakobstraße — von der Jakobstraße an liegen die Pläne gegenwärtig vor —, von der Jakobstraße geht die Linie am rechten Ufer der Wien continuierlich fort bis zum Obstmarkt und

vom Obstmarkt schreitet sie — vor der Technik ist leider ein sehr großer Bahnhof geplant — am Rande der Parkanlage fort bis zum Hauptzollamt. Die ganze Linie ist in der Strecke von der Jakobstraße angefangen bis zum Schwarzenbergplatz als Tiefbahn gedacht, vom Schwarzenbergplatz bis zur Tegetthoffbrücke steigt sie und von der Tegetthoffbrücke bis zum Hauptzollamt ist sie Hochbahn und schließt sich dort an die große Bahnhofanlage, an die Verbindungsbahn, an und geht längs der Verbindungsbahn bis zum Praterstern.

Sehr erhebliche Einwendungen gegen die Linie lassen sich hauptsächlich in jenem Theile machen, wo sie in die Nähe des Obstmarktes kommt, dann zur Technik und im weiteren Verlaufe bis zum Hauptzollamt und Praterstern. Diese Anlage vor dem Polytechnicum wird von allen Seiten bekämpft, nachdem dort ein ganz überflüssig ausgedehnter Bahnhof geplant ist, welcher sich sehr restringieren und auch in der Richtung gegen den Obstmarkt verschieben läßt. Ferner ist in den vorliegenden Plänen angezeigt, dass diese Bahn von der Tegetthoffbrücke bis zum Hauptzollamt auf förmlichen Basteimauern und Anschüttungen, mit einem Worte wie eine Festung gebaut werden und nur den Durchlass bei der Reisnerstraße bekommen soll, einen Durchlass, der noch schmäler ist als die ohnehin schmale Reisnerstraße.

Da ist, wie uns das bekannt wurde, sofort eine Einwendung erhoben worden, und es ist wenigstens die Zusicherung vorhanden, dass die Bastei eliminiert und an Stelle derselben ein eleganter Viaduct aus Eisen und Stein gebaut werden soll. Aber die Anlage bei der Polytechnik ist bis jetzt noch in der unzulässigen Form geplant.

Im weiteren Verlaufe durch die obere und untere Viaductgasse ist die Bahn verbreitert, weil die gegenwärtige Verbindungsbahn zwei Geleise hat und die zukünftige Stadtbahn wieder zwei Geleise bekommt, im ganzen also vier Geleise nothwendig sind. Die Verbreiterung ist dort in der allereinfachsten Weise versucht. Dadurch, dass man Futtermauern herstellt und dazwischen Erdanschüttungen macht. Infolge dessen ist die Bahn so breit, dass die schmalen Straßen beiderseits so beengt werden, dass der Verkehr nicht regelmäßig aufrecht erhalten werden könnte. Darum wird hier dieselbe Forderung gestellt wie längs des Kinderparks, dass die Verbreiterung so stattfindet, dass die Passage nicht behelligt wird. In welcher Weise das gemacht werden soll, ist eine offene Frage. Aber gewiss wird die Gemeinde fordern, dass die Straßen nicht beengt werden.

Ein sehr großes Übel bei diesen Bahnanlagen ist auch das, dass in dem ganzen Verlaufe derselben auf die ästhetischen Anforderungen zu wenig Rücksicht genommen ist. Es ist hier in den Anträgen des Stadtrathes alles gefordert, was überhaupt nothwendig ist, um die Bahn in einer Weise durchzuführen, welche diesen Anforderungen und den Anforderungen des Verkehrs entspricht. Die übrigen Bemerkungen will ich mir ersparen, bis die einzelnen Punkte, welche der Stadtrath in dieser Beziehung beantragt, zur Debatte gelangen. Ich will nur eines noch betonen, dass ein wesentliches Zugeständnis gemacht wurde in Betreff dessen, was der Gemeinderath seinerzeit verlangt hat. Der Gemeinderath hat verlangt, dass die Wienthallinie einen Anschluss hat in der Nähe von Hütteldorf. Dieses Zugeständnis ist gemacht, indem in den generellen Plan dies in der Weise eingezeichnet ist, dass wir diesen Anschluss vollkommen gesichert haben. Das ist hochwichtig, denn die ganze Linie hätte keinen Wert, wenn sie so ausgeführt worden wäre, wie sie ursprünglich geplant war, wenn sie einfach nächst dem Westbahnhofe ausgegangen wäre, ohne mit den Geleisen der Westbahn in Verbindung zu stehen. Jetzt wird die Linie so geführt, dass die Westbahn entlastet wird, und dass man direct von dieser Linie auf die Westbahn gelangen kann. Wir verlangen nun, dass die Pläne über diese Theile sobald wie möglich vorgelegt werden, von der Jakobstraße an aufwärts, dass wir die Pläne für die Wienregulierung sofort in Angriff nehmen können. Wir können diesbezüglich unmöglich etwas thun, bis nicht die Detailpläne vorliegen.

Stadtbaudirector Berger: Ich habe nicht viel mehr zu ergänzen und möchte mir nur zu bemerken erlauben, dass die Linie am Praterstern so gedacht ist, dass die Geleise vor dem Viaduct gegen den Praterstern zu gelegt werden sollen. Es muss so sein, weil die Abzweigung zur Donaustadt nach rückwärts gelegt wird. Wenn übrigens dem Wunsche des Gemeinderathes entsprochen und die Bahn über den Nordbahnhof geführt wird, so vereinfacht sich die ganze Anlage am Praterstern. Bezüglich der Helenenstraße wurde erwähnt, dass eine Erweiterung nicht zulässig ist, denn wenn die Straße auf 10 m reduciert wird, würde der Verkehr arg geschädigt und ist auch beanstandet worden. Über den Donaucanal kommt eine vollständig neue Brücke, welche ebenso wird wie die heute bestehende Brücke über den Donaucanal. Beim Viaducte ist es derselbe Fall wie in der Helenengasse; durch die Vorsetzung der Mauern vor den heutigen Viaduct würde für vier Geleise Platz. Es wird das ebenfalls beanstandet und es ist mindestens eine Säulenstellung verlangt worden, so dass die Gehwege unter der gedeckten Säulenhalle aufrecht erhalten bleiben. Ein wichtiger Punkt ist der beim Hauptzollamte. Nach dem früheren Projecte ist beim Hauptzollamte immer eine Geleisekreuzung perhorresciert worden. In dem Projecte ist nun eine Geleisekreuzung, und zwar der Stockgeleise am Hauptzollamte, eingezeichnet, so dass die Verbindung vom Donaucanal zur Nordbahn vollzogen werden kann, welche früher nicht möglich war. Gleichzeitig wird an der Stirnseite des Hauptzollamtes ein Durchbruch geplant, so dass man von der Hinteren Zollamtsstraße auf die Ringstraße hinauskommen und nach Übersetzung der Zollamtsstraße auch zur Marxergasse gelangen kann. Durch diese Durchführung wird ein Wunsch, der von den Vertretern des dritten Bezirkes mit Recht bezüglich der Marxergasse geäußert wurde, zwar nicht vollständig, sondern auf Umwegen erfüllt. Deshalb stellt der Stadtrath Anträge, welche eine weitere Durchführung fordern. Heute ist es nicht nothwendig, auf die Details einzugehen. Es wird möglich sein, wenn man sich gegen die Mitte des Eislaufplatzes zurückzieht, wo man dann zwischen den Museen herauskommen würde. Die geradlinige Durchführung ist allerdings schwierig, weil die Bahn, die zum Donaucanal führt, hier im Sinken begriffen ist, so dass die Durchfahrt noch niedriger wäre, als bei der Ungargasse. Wenn etwas abgeschwenkt wird, kann man ganz gut durchfahren, und wenn der Eislaufplatz seinem Zwecke zur Errichtung der Markthalle zugeführt wird, so würde ohnedies diese Verbindung hergestellt werden müssen, so dass man den Platz nicht bloß von der einen Seite erreichen kann. Eine Schädigung der Markthallen würde eintreten, wenn denselben die zweiten Geleise, welche derzeit für dieselben bestimmt sind, entzogen würden. Dieselben sollen von der Stadtbahn occupiert und durch Drehscheiben Ersatz geboten werden. Es wird die Forderung gestellt, die städtischen Geleise nicht zu tangieren. Was die weitere Fortführung längs des Kinderparkes betrifft, ist schon ausgeführt worden, dass gegen die

gemauerten Dämme Einsprache erhoben und eine aus Eisen und Stein combinierte Colonnade gewünscht wird. Im Stadtraths-Antrage ist angeregt, diese Colonnade mehr vom Kinderpark abzuschieben.

Es geht bekanntermaßen ein ungepflasterter Gehweg außen längs des Kinderparkes, der nicht so stark frequentirt ist, dass er nicht überdeckt werden könnte, und es würde auf diese Weise sehr viel vom Park geschont.

Bei der Salesianergasse (Tegetthoffbrücke) ist eine Übersetzung in voller Höhe und dann sinkt die Bahn zum Schwarzenbergplatz. Hier ist schon eine überdeckte Untergrundbahn. In der verlängerten Marokkanergasse ist der Nullschnitt, wo die Bahn das Niveau verlässt, um einzusinken. In dieser Strecke ist die Bahn im Uebergang begriffen; sie hat hier ein sehr starkes Gefälle. Nach dem Antrage des Stadtrathes soll sie außer dem Parke mit Benützung des äußeren Gehweges geführt werden. Bei der Schwarzenbergbrücke sehen wir die Abzweigung gegen die Rennweglinie zum Central-Friedhof. Von hier ist die Bahn überall überbrückbar, was auch vom Stadtrathe gefordert wird. Die Frachtenstation vor der Technik ist eine überflüssige Brutalität, die nicht nothwendig ist (Beifall), die man ganz entschieden perhorrescieren muss und die gewiss auch nicht ausgeführt wird. Hier ist eine gewöhnliche Haltestelle mit zwei Oeffnungen für Ein- und Aussteigen vollständig genügend und sie ist auch vollständig zu überbrücken; denn die Bahn liegt genügend tief.

Weiter wird gefordert, dass bei dem Delta, für den Fall, als die Ringstraßenlinie gewählt wird, etwas geändert werde, denn bei dem Projecte müsste die Elisabethbrücke sofort demoliert werden. Das ist nicht nothwendig, denn die Brücke wäre erst dann zu demolieren, wenn die Wien eingewölbt wird. Wenn die Variante über die Ringstraße nicht genehm sein sollte, müsste das Delta in die Lastenstraße gelegt werden, wo man wohl dann einen spitzen Winkel zu bewältigen hätte. Beim Naschmarkt ist ein Theil nicht gedeckt, es ist dazu kein Grund vorhanden, und wird auch hier die Eindeckung gefordert. Dann kommt eine bemerkenswerte Strecke von der Bärenmühle bis zur Canalgasse. Nachdem die Bahn am rechten Ufer geführt wird, wird die Bahn so angelegt, dass ein Theil des heutigen Wienbettes benützt wird und die Wienregulierung nach links gedrängt wird, und wie die Herren aus der grünen Linie sehen — es ist das die zukünftige Mauer der Wienfluss-Regulierung —, wird die linke Häuserinsel fallen, scheinbar wegen der Wienfluss-Regulierung, in Wirklichkeit wegen der Bahn, denn man hätte ohne Bahn Platz genug. Deshalb wird die Forderung gestellt, dass die Bahn die Kosten der Einlösung trägt, und es ist in dem genehmigten Programm der Fall vorgesehen, wo es heißt, dass nach der Fertigstellung der beiden Projecte eine Auseinandersetzung darüber zu erfolgen hat, welche Kosten das eine oder andere Project belasten.

Derselbe kommt an einer anderen Stelle nur in kleinerem Maßstabe vor. Ich bemerke nebenbei, dass gefordert wird, bei der Pressgasse die Bahn sofort zu decken. Zwischen der Pressgasse und der Kettenbrückengasse ist eine enge Passage, und es ist nothwendig, dass diese gleich erweitert werde.

Bei der nächsten Häuserreihe, die an der erwähnten Straße liegt, ist eine Demolierung nicht nothwendig. Ein kleiner Theil wird von den Häusern abgeschnitten, aber das berührt die Gemeinde nicht.

Über den weiteren Verlauf der Bahn ist nicht viel zu sagen. Die Bahn liegt an der Rückseite der Häuser, begegnet keinen besonderen Schwierigkeiten.

Hinsichtlich des Wienflusses bei der Kreuzung mit der Gürtelstraße ist Folgendes zu bemerken. Die Linie der Wienflussbahn geht im Untergrunde fort, nur nicht am Ufer, sondern tritt in die Jakobstraße ein. Die Bahnunternehmung ist gewillt, die Jakobstraße durchaus auf zwölf Klafter zu verbreitern, eine Reihe Häuser einzulösen und die Bahn im Untergrunde zu führen. Es ist das eine für die Bahn billigere Variante, denn wenn sie am Ufer führe, hätte sie Gasometer einzulösen. Es ist naheliegend, dass man diese Variante wählt; das hat übrigens auch sein Gutes: es entsteht eine weniger scharfe Curve und stört weniger bei der Wienfluss-Regulierung, indem wir den Wienfluss gut entwickeln können, ohne mit der Gasanstalt in Conflict zu kommen. Hier liegt die Bahn im Einschnitte, die Gürtellinie kommt hoch herüber. Die betreffende Trace liegt dem löblichen Gemeinderathe noch nicht vor. Sie geht als Hochbahn mit einem Niveauunterschied von sechzehn Metern gegen die Wienflussbahn. Es wird dem löblichen Stadtrath der Antrag gestellt werden, dass diese Differenz möglichst reduciert werde und weiters, dass diese Linie mit dem Südbahnhofe direct zu verbinden sei.

Früher war eine directe Verbindung mit dem Westbahnhof geplant. Es waren zwei Geleise hinaufgeführt, so dass die Gürtelstraße eine viergeleisige Bahn erhalten hätte, eine als Gürtellinie, die andere als Wienlinie. Diese hätte im Westbahnhof einmünden sollen, so dass die Passagiere in den Westbahnhof hätten kommen müssen, um in die Stadt zu gelangen. Man hat aber eingesehen, dass der Westbahnhof ohnehin überlastet sei und dass es für Bahn und Publicum angenehmer sei, dass die mit der Westbahn ankommenden Passagiere schon bei Hütteldorf gegen die Wienflusslinie abfallen können.

Hier liegt der Fall vor, dass man die Gürtelstraßen von der sonstigen Normalbreite von 40° auf 20° reduciert hat, was sich heute sehr rächt.

In der Jakobstraße geht die Bahn im Untergrund und schließt sich an die bestehende Dampftramway Krauß an. Diese geht im Wienfluss, wie heute — nur soll sie reconstruiert und mit einem stärkeren Oberbau versehen werden und von Penzing bis Hütteldorf eine neue Strecke gebaut werden.

Es wird in den Anträgen des Stadtrathes die Vorlage dieses Projectes gefordert, damit wir wissen, wie sich in jener Gegend die Wienfluss-Regulierung stellt.

Gem.-Rath Matthies: Meine Herren! Als vor ungefähr zehn Jahren dem Gemeinderathe ein Stadtbahnproject vorlag, beschloss der Gemeinderath, Schablonen auf gewissen Punkten der Ringstraße und des Schwarzenbergplatzes aufzustellen, damit man sieht, wie die Trace in natura aussehen würde. Damals war die Überbrückung des Ringes als Hochbahn gedacht, jetzt liegt für diese Trace ein Tiefbahnproject vor und ich bin überzeugt, wenn der Gemeinderath heute beschließt, dass für diese schiefe Übersetzung über die Wien und die vordere Zollamtsstraße wieder Schablonen aufgestellt werden sollen, so wird wieder nur ein Schrei der Entrüstung darüber laut werden. Ich verkenne nicht, dass in den Vorschlägen des Stadtrathes eine bedeutende Verbesserung der ganzen Anlage in dieser Gegend liegt, aber nichtsdestoweniger bleibt diese schiefe Übersetzung über die Wien, wo sie unter dem Ring durchfährt und dann als Hochbahn über die Wien setzt und zum Hauptzoll-

amt geht und die vordere Zollamtsstraße abschneidet, schrecklich. Ich sehe ein, dass es auf diesem Wege wohl nicht anders geht. Aber ich erinnere Sie daran, dass wir schon verschiedene Projecte im Gemeinderathe hatten, wo die Übersetzung der Donaucanallinie zur Wienthallinie durch das Hauptzollamt gegangen ist und da war die Überführung über den Wienfluss unterhalb der Radetzkybrücke bei der Ausmündung der Wien in den Donaucanal geplant. Es war da eine große Curve und man fuhr in das Hauptzollamt an der Stirnseite ein. So war es früher gedacht. Vielleicht ist es noch möglich, die Sache so auszuführen. Ich bin kein Fachmann, würde aber glauben, dass dadurch sehr viel Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt werden würden.

So würde vielleicht auch die Marxergasse durchgeführt werden können, und zwar gerade wie es bei dem Viaduct in der Ungargasse ist. Wenn also die Übersetzung unterhalb der Radetzkybrücke möglich wäre, wäre viel damit gewonnen und ich weiß, dass damals diese Vorlage sogar ein Project des Stadtbauamtes war — der Herr Baudirector wird sich daran erinnern —, damals stand das Postgebäude noch nicht dort, man wird also jetzt jedenfalls einen Umweg machen müssen. Aber, meine Herren, wenn Sie den Muth haben, einer Gesellschaft eine Trace zu bewilligen, bei welcher selbst der Heinrichshof unterfahren wird, so ist es auch möglich, das Hauptzollamt zu unterfahren, dessen Casematten ohnehin beinahe leer sind, seitdem an allen Bahnhöfen Zollämter errichtet wurden. Warum soll man immer mit schonender Hand am Hauptzollamt vorübergehen, als ob es nicht angetastet werden dürfte? Ich glaube, wenn die Vertreter der Stadt Wien heute die Anschauung haben, dass die Trace nicht so über den Ring geführt werden soll, so werden sie es auch durchsetzen. Dann würde selbstverständlich auch die Marxergasse in gerader Linie durchgeführt werden können.

Jetzt ist geplant, dass die Vordere Zollamtsstraße so mit der Hinteren Zollamtsstraße verbunden werden soll, dass der Theil von der Übersetzung bis zur Stubenbrücke vollständig abgesperrt ist. Wenn wir nun einmal den Wienfluss einwölben wollen, so wird da ein Boulevard, und warum soll dieser gerade bei der Finanz-Landesdirection aufhören, das sehe ich nicht ein.

Ich kann aber mit Genugthuung sagen und begrüße es mit Freuden, dass der Stadtrath sich auch mit den anderen Angelegenheiten befasst hat und eine Verbreiterung des Viaductes wenigstens in dieser Weise beantragt.

Was nun aber die Weiterführung der Bahn an dem Heumarkte betrifft, ich habe gegen die Säulenstellung am Heumarkte gar nichts einzuwenden, sie ist die schönste, die es gibt, wenn diese Säulenstellung in der horizontalen Linie fortgeht, aber eine Säulenstellung können wir bis zur Tegetthoffbrücke haben, von da muss sie in einem schiefen Damm mit einer Mauer abschließen — eine Mauer die in ihrem Anfange 5 m hoch ist und dann bei der Marokkanergasse bis zum Nullpunkt heruntergeht, dass wird gewiss keine Verschönerung sein! Ich glaube, dass noch eine andere Lösung möglich ist, vielleicht ist es möglich, beim Münzamte durch den Kinderpark durch und im Wienthal die Bahn zu führen. Es ist geplant worden in den Anträgen des Gemeinderathes, dass die Bahn an der Straße durchgeführt werde. Das wäre vielleicht eine ganz gute Idee, um den Park zu schonen, aber ich glaube, der Park wird deshalb doch nicht geschont werden. Die Bevölkerung der Landstraße hat das volle Recht, solche Bedingungen zu verlangen, denn kein Theil unserer Stadt wird gewissermaßen so verschandelt, als der III. Bezirk.

Gem.-Rath v. Neumann: Wir kommen jedenfalls jetzt zu der interessantesten Partie jener Bahnlinien, welche Privatunternehmungen überlassen sind, und können an diesem Project der Wienthallinie ermessen, was wir damit gewinnen, dass die Theilung der Arbeit eingeführt wurde und der Staat sich entschlossen hat, die Vollbahnen zu bauen, die Localbahnen einer Privatunternehmung zu überlassen. Dieser Umstand hat dazu geführt, zwischen Local- und Hauptbahnen eine größere Trennung herbeizuführen, als erwünscht ist. Die Projecte zeigen es, und namentlich das Project der Wienthalbahn, dass man die Absicht hat, die Privat- und Localbahnen möglichst unabhängig und ohne directen Anschluss mit den Hauptbahnen auszuführen. Die sehr verehrten Herren haben bereits aus den Ausführungen des Herrn Stadtbaudirectors gehört, dass im ersten Projecte die Wienthallinie an die Gürtellinie angeschlossen war durch eine allerdings selbständige Linie, welche bis zum Westbahnhof reichte.

Die Angliederung im Niveau des tiefliegenden Westbahnhofes der Localstation wäre zweifellos später erfolgt, und wenn auch vom Hause aus die Absicht bestanden hat, das, was alle Welt verlangt: die Übergänge der Züge von den Localbahnen auf die Hauptbahnen, möglichst zu beschränken, so würde doch das Verlangen der Bevölkerung und der Druck der öffentlichen Meinung dahin geführt haben, dass schließlich der Übergang der Züge von der Gürtellinie auf die Verlängerungslinie nach dem Wienthale erzwungen worden wäre.

Wir hätten dann eine Verbindung der Gürtellinie mit der Wienthallinie gehabt, was jetzt verhindert ist. Das Project Krauß & Cie. stellt sich als nichts weiter dar, als eine Verlängerung der Dampftramway Gaudenzdorf — Mödling in der Richtung des Wienthales und weiter in der Richtung des Donauthales, ebenfalls selbständig, denn Sie wissen, dass in Heiligenstadt nur eine sogenannte Berührung stattfindet, keine Übergangsverbindung für einen Circulationsverkehr. Obwohl der Gemeinderath diesen Wunsch ausgesprochen hat, welchen auch sämmtliche Techniker theilen und welcher auch bei den Berathungen im Ingenieur-Vereine als vollberechtigt zum Ausdrucke kam, so ist derselbe trotzdem nicht erfüllt worden, und Sie sehen daraus, was solche Wünsche bedeuten.

Ich bemerke dies deshalb, weil ich zum Schlusse zu Anträgen kommen werde, von denen ich nicht will, dass sie unter den Wünschen verzeichnet werden, sondern als Forderungen.

Die Wünsche, welche der Herr Referent abermals aufstellt, scheinen mir nicht mehr Bedeutung erringen zu können als die seinerzeitigen. Alle Projectanten des Stadtbahnnetzes, ohne Unterschied, in erster Linie Fogerty, haben die Gürtellinie mit der Wienthal- und Donaucanallinie in Verbindung gebracht, weil das mit Rücksicht auf den Localverkehr dringend nothwendig ist. Hier sehen Sie Folgendes. Die Wienthallinie geht selbständig durch 16 m unter der obenführenden Gürtellinie. Ob 16 m oder 6 m Differenz, das ist gleichgiltig. Täuschen Sie sich nicht, wenn der Herr Referent mit seinem Antrage debutieren und sagen wird, wir wollen diese Differenz vermindern, um das handelt es sich nicht. Es handelt sich darum, dass die Züge der Gürtelbahn auf die Wienthallinie übergehen können, und zwar von der Richtung Wienthal nach dem Gürtel der westlichen Vororte und nach der Richtung Südbahn.

Nur wenn ein durchgehender Verkehr eingeführt ist, kann derselbe den entsprechenden Nutzen haben. Ich frage Sie, meine Herren, wie wird es sich mit den Bezirken VII und VIII, XVI, XVII und XVIII verhalten, wenn die Anrainer nächst der Gürtelstraße nach der Inneren Stadt verkehren wollen. Die Stadtbahn soll ja auch einem verbesserten Localverkehr dienen; man soll daher an die Einfallstationen für die Innere Stadt, das ist an die verlängerte Kärnthnerstraße, Schottenring, Ferdinandsbrücke gelangen können. Der betreffende Bürger dieses Bezirkes darf auf die Gürtellinie aufsteigen und hat die Erlaubnis, bis zum Schlachthaus zu fahren, dann kann er absteigen und warten, bis er in einem von der Wiener Dampftramway eingeführten Zug via Mödling—Wienthal Platz findet, um an der Station Elisabethbrücke auszusteigen, oder umgekehrt, wenn er die Reise via Heiligenstadt macht, dabei vermuthlich noch Zeit findet, einen Frühschoppen zu trinken, um dann per Donaucanallinie nach der Station Ferdinandsbrücke zu fahren. Wie sieht es aus, wenn die Leute in den Prater gelangen wollen? Ebenfalls dieses Umsteigen. Dann die Rückfahrt vom Prater! Denken Sie zum Beispiel an einen Sonntag; denken Sie an die Tage, wo der Prater en masse aufgesucht wird. Sie werden zugeben müssen, dass das keine entsprechende Verbindung ist. Heute können Sie mit der verlästerten Wiener Tramway von der Hernalser Hauptstraße direct zum Praterstern fahren und von der Hernalser Hauptstraße an den Ring und alle Stationen gelangen, und mit der Zukunftbahn, mit dem modernsten städtischen Verkehrsmittel, mit der Stadtbahn, werden Sie nichts wie umsteigen müssen. Es geht daher, meine Herren, nicht an, auf diese Verbindung zu verzichten, die vorhanden war. Man hat sich nicht geschent, eine Linie, welche dem Gemeinderath und dem Landtag vorgelegen, die Verbindung Wienthal—Westbahnhof, auszuschalten, ohne irgend einen Ersatz zu bieten. Wenn man sagt, dass die Angliederung gegen Hütteldorf geschaffen wird, so sage ich, dass ist nur eine berechtigte und sinngemäße Forderung, die aber nicht die nothwendige Verbindung der Gürtelstraße mit der Wienthallinie ersetzt, und ein jeder Stadtbahnprojectant weiß, dass dieser Ringverkehr, Gürtelstraße—Donaucanal- und Wienthallinie die erste Vorbedingung für die Anlage ist, soll selbe dem Localverkehr dienen.

Wir wollen ja nicht immer nach Mödling und Purkersdorf fahren, wir wollen auch in Wien weitere Distanzen mit der Stadtbahn bequem bewältigen können. Nun, der Herr Referent hat bereits in dieser Weise etwas gethan. Er hat nämlich den Antrag gestellt, es sei die Verbindung der Wienthallinie nach der Richtung Südbahn anzustreben und das als Wunsch bezeichnet. Ich bin mit diesem Vorschlage einverstanden, wenn derselbe als Forderung gestellt wird und nicht als Wunsch. (Beifall.) Wie ernst es mit diesem Wunsche gemeint ist, möge Ihnen der Zusatz in den Anträgen des Stadtrathes beweisen, wo es heißt: mindestens — wenn das nämlich, was wir wollen, nicht beliebt, — möge man die Stationen nicht so different legen. Was heißt das, einen Wunsch aussprechen und nachher sagen: Wenn du den Wunsch nicht erfüllen willst, bin ich auch mit etwas zufrieden, was so gut wie nichts ist? Dafür danke ich gar nicht. Ob wir 100 oder 30 Stufen hinuntersteigen müssen, ist schon gleich. Im Gegentheile, mir sind 100 Stufen lieber, weil dann der Fehler offenkundiger ist und man eine solche Anlage nicht belassen kann. Mir ist die heutige Differenz weit lieber als die Deckung eines solchen Fehlers. Wenn ich mit der Forderung: Wienthal via Südbahn einverstanden bin, so reclamiere ich aber auch die Verbindung, die wir gehabt haben, die im Programme war und genehmigt worden ist, die Verbindung der Wienthallinie nach der Richtung Westbahnhof. Ich gebe ja zu, dass die viergeleisige Bahn schwer durchzuführen ist und bescheide mich ja auch damit, dass man eine Kehre einlegt und mit der zweigeleisigen Bahn zufrieden ist. Man wird natürlich einwenden, das geht nicht; denn das ist eine bekannte Methode, die ich als Techniker recht gut kenne, dass, wenn ein Techniker etwas nicht will, er geschwind sagt, das geht nicht (Heiterkeit), und die Leute, die ihn nicht controlieren können (Rufe links: Aha, Coulissengeheimnisse! Geschäftsgeheimnisse!), sind natürlich geopfert. Nun will ich aber, um nicht missverstanden zu werden und um nicht meine Ausführungen einmal gegen mich ausgespielt zu sehen, sagen, dass ich das immer nur im guten Sinne gebrauche. Ich sage immer nur, es geht etwas nicht, wenn der andere etwas Schlechteres will. Wenn er etwas Besseres will, gebe ich mir immer Mühe. (Gem.-Rath Dr. Lueger: Jetzt ist es schon heraus! Heiterkeit.) Nun, meine Herren, man wird mir sagen: Das geht nicht, die großen Züge durchführen, Eilzüge via Südbahn, Westbahn, Franz Josef-Bahn; es geht nicht, diese Combination mit dem Localverkehr. Ja, meine Herren, das geht deshalb schwer, weil es geschäftlich für die Unternehmung schwierig und für die Regierung ebenso unangenehm ist. Man lässt nicht gerne einen Rock von zwei Leuten gebrauchen und auch nicht eine Bahn von zwei Unternehmungen betreiben, die getrennte Rechnungen führen. Dass das aber — der Vorschlag, mit einer zweigeleisigen Bahn diesen doppelten Zwecken zu genügen — nicht gar so ungeschickt sein und dass dies möglich sein muss, beweist mir der Projectant Fogerty, der sie projectiert hat und die Eilzüge sogar in den Mittelpunkt der Stadt führen wollte. Und wenn ich dies nicht von Fogerty wüsste, würde ich auf die Südbahn blicken. Die Südbahn hat zwei Geleise und bewältigt einen Massenlocalverkehr, der kaum mit einem zweiten Verkehre zu vergleichen ist. Da geht es mit zwei Geleisen. Man plant allerdings, ein drittes Geleise zu bauen. Gut, wenn das zweckmäßig ist, möge man es auch am Gürtel machen. Wenn uns schon die Gürtelstraße bis zu einem gewissen Grade ruiniert wird und wenn man uns schon Opfer zumuthet — ich habe bei der Debatte über die Gürtelstraße über diese Opfer nicht geklagt, ich bin mir derselben aber voll bewusst, — dann will ich wenigstens einen ganzen Nutzen für die Stadt Wien haben und will sagen: Ich habe damit etwas für die Bevölkerung erkauft, was eine solche Schädigung in gewissem Sinne aufwiegt. (Sehr richtig! rechts.)

Von diesen Forderungen der Verbindung der Wienthallinie und der Donaucanallinie — ich sage es des Zusammenhanges wegen — dürfen wir absolut nicht abgehen (Beifall rechts), und das sage ich Ihnen: Wenn man sagt, es geht nicht, dann werde ich an jene Ausführungen erinnern, die im Ingenieur- und Architektenvereine, und insbesondere im Comité für bauliche Entwicklung Wiens, ohne dass ein Widerspruch erfolgte, zur Geltung kamen. Es geht, es muss gehen, und wie die Herren sich geschäftlich abfinden, das ist mir einerlei, das geht mich für meine Person nichts an. Ich werde daher statt des, wie mir scheint, ungenügenden Wunsches folgenden Antrag stellen, und zwar nicht als Wunsch, sondern als Bedingung: „Es ist für eine Verbindung der Wienthallinie mit der Gürtellinie sowohl in der Richtung gegen den Westbahnhof als nach der Südbahn vorzusorgen.“ Nun will ich sagen, wie das nach meiner Überzeugung möglich wird. Wenn die Herren es anders machen werden, ist es mir auch recht, aber als Techniker will ich mich wenigstens dahin rechtfertigen,' dass ich darüber nachgedacht habe.

Die Herren können der Absicht, der Wiener Dampftramway Krauß & Co. die freie Durchfahrt zu belassen, vollständig Rechnung tragen; ich habe gegen die Trace wenigstens in diesem Punkte nichts einzuwenden. Man kann diese Bahn recht gut durchfahren lassen und zwei selbständige Verbindungen nach rechts und links ausführen, welche die Gürtelbahn erreichen. Nach rechts am linken Ufer ist es höchst einfach, weil das Schlachthaus ohnedies bereits tangiert ist, und weil nach meiner Überzeugung schon der Straßencorrectur wegen dort eine wesentliche Veränderung vor sich gehen muss. Wenn man mir sagt, man müsse den Fluss dann übersetzen, das kostet Geld, so frage ich: Warum musste denn aufs rechte Ufer hinübergegangen werden? Weil es dort billiger sich gestaltet, weil dort keine Häuser stehen; denn wie weit der Wunsch der Gemeinde, es sollen die Häuser am linken Ufer von der Unternehmung mit eingelöst werden, sich erfüllen wird, werden wir ja sehen; es wird das mindestens eine sehr zweifelhafte Sache sein.

Das sind jene Bemerkungen, welche ich glaubte in der General-Debatte ausführen zu können; sonst bin ich mit der Linie einverstanden bis auf einen Punkt, den ich in der Special-Debatte besprechen werde; es ist das der Punkt e): Resselparkstation; diese Frage zu besprechen ist nicht möglich, ohne die Frage der Tracenführung hinsichtlich der Ringlinie zu berühren. Wir haben im Stadtrathe diesen Punkt zurückgelassen und combiniert mit der Debatte über die Frage, ob Ring- oder Lastenstraße. Ich erlaube mir auch hier diese Anregung zu geben. (Lebhafter Beifall.)

Gem.-Rath Dr. Lueger: Meine sehr geehrten Herren! Vor allem erlaube ich mir, die Ausführungen meines unmittelbaren Herrn Vorredners aufs freudigste zu begrüßen; ich stimme mit ihm in sehr vielen Punkten überein. Ich glaube, bei Gelegenheit der Besprechung dieser Linie ist es die erste Aufgabe des Wiener Gemeinderathes, dagegen Protest zu erheben, dass gerade diese Linie an Concessionäre verliehen werde. Diese Linie ist, ich könnte sagen, die einzige Radiallinie, die wir haben, die einzige Linie, welche dem internen Wiener Verkehr zugute kommen kann; alle anderen Linien sind mehr oder weniger Kreislinien, welche vielleicht einem Verkehr nach auswärts dienen können, einem Verkehre nach innen aber nicht dienen. Bei Besprechung dieser Linie fällt mir nun Folgendes auf. In dem Programme heißt es: II, Localbahnen d) Eine Linie im Wienthale; dieselbe beginnt nächst dem Westbahnhofe, folgt dem Zuge der Gürtelstraße und der unter a) beschriebenen Gürtellinie bis zum Gumpendorfer Schlachthause und führt sodann entlang des Wienflusses bis zur Elisabethbrücke, im weiteren Zuge entlang des Reservegartens.

Ich richte nunmehr an den Herrn Referenten, eventuell an den Herrn Baudirector die Frage, ob die vorgelegten Pläne den Forderungen des Programmes entsprechen, und wenn nicht, dann, glaube ich, ist es unsere entschiedene Pflicht, dagegen Verwahrung einzulegen, dass Pläne uns vorgelegt werden, welche dem Programme nicht entsprechen. (Bravo! Bravo!) Das Abgeordnetenhaus hat zwar anerkannt, dass die Bestimmungen des Programmes von den competenten Organen geändert werden können. Ich habe gefragt, wer das competente Organ ist, habe aber keine Antwort erhalten. Mir ist aber klar, wer das competente Organ sein kann; das competente Organ kann nur die Commission für Verkehrsanlagen sein (Sehr richtig!); ein anderes competentes Organ gibt es nach dem Wortlaute des Programmes nicht.

Nun, meine Herren, erlauben Sie mir, dass ich weiter fortfahre.

Die Linie hat nicht bloß die Schwäche, welche vom unmittelbaren Herrn Vorredner angeführt worden ist — ein Punkt, der außerordentlich empfindlich ist und zeigt, dass die Worte, die im Abgeordnetenhause vom Herrn Baron Sommaruga gesprochen worden sind, richtig sind, dass man nämlich diese Linien einer Privatunternehmung zuwenden — ich habe dazwischen gerufen: „zuschanzen" — will.

Die Lösung bei der Verbindung zwischen der Gürtelstraße und dieser Linie ist in diesen Plänen deswegen erfolgt, damit diese Bahn der Firma Krauß & Co. concessioniert werden kann. Ein anderer vernünftiger Grund liegt nicht vor. Ich glaube, der Wiener Gemeinderath darf zu solchen Geschäften unter keiner Bedingung seine Hand bieten. (Zustimmung.)

Nun gehen wir aber bei dieser Linie weiter fort. Es ist gut, dass sie längs des ganzen Wienflusses im Einschnitte geht. Ich bin auch damit einverstanden, dass die Einlösung der Häuser auf die Bahn überwälzt wird. Das ist vollständig richtig. Aber nun erlauben Sie mir, dass ich Sie im Geiste zur Elisabethbrücke auf dieser Bahn führe. Was geschieht von der Elisabethbrücke an? Von der Elisabethbrücke an, meine Herren, wird das Wienflussbett verlassen, es wird der dort befindliche Graben eventuell zugeschüttet werden, um, wie mir mitgetheilt worden ist, Bauplätze zu gewinnen. Dafür werden die gesammten Gartenanlagen, welche sich bei der protestantischen Schule vor der Technik befinden, welche sich vor der Karlskirche befinden, ein großer Theil derjenigen, welche sich am Schwarzenbergplatze befinden, es wird der ganze schöne Weg, welcher im Reservegarten längs des Heumarktes hinführt und welcher einer der wenigen schattigen Wege im Stadtpark ist, es wird dann der Theil des Kindergartens gegen den Heumarkt zu vollständig ruiniert. Wir kommen dann zur Ausmündung der Ungargasse; dort wird die Lastenstraße umgelegt. Die Straße wird vertieft und gerade über jenen Theil des Stadtparks gelegt, in welchem sich die schönsten und ältesten Bäume befinden, Bäume, welche mit enormen Kosten dorthin geführt worden sind, Bäume, von denen ich weiß, dass sie aus dem Stadtgraben dorthin geführt wurden. Dieser Theil des Stadtparkes wird total ruiniert. Überdies wird unsere Central-Markthalle ruiniert, weil die beiden Geleise, welche jetzt für den Dienst der Central-Markthalle bestimmt sind, herausgenommen werden sollen.

Es geht dann die Linie weiter, die jetzt ohnehin schon einem Tunnel ähnlich ist; bei der Landstraße Hauptstraße und bei der Ungargasse wird sie um weitere zwei Geleise verbreitert, so dass man wohl sagen kann, dass das schon mehr einem Schlauch als einer Durchfahrt ähnlich sieht. Es wird die untere und obere Viaductgasse, selbst wenn Sie es so machen, wie es von Seite des löblichen Stadtrathes vorgeschlagen wird, noch mehr verschandelt, als sie jetzt schon verschandelt ist.

Meine Herren! Diese Mauern, die dort gezogen werden, bleiben aber dann, es müssen aber Gallerien werden und auf Eisen gestellt werden, und wenn das noch ausgeführt wird, so ist das geradezu gräßlich. Es wird, wie erwähnt, die Durchführung der Marxergasse unmöglich gemacht, die Durchführung der Zollamtsstraße hintertrieben, mit einem Worte, es tritt eine so unendliche Schädigung der Bezirke Wieden und Landstraße ein, eine solche Barbarei gegen die schönsten Stadttheile, dass man sagen muss, es gehört ein Muth dazu — das ist ein zu schönes Wort, doch bleiben wir dabei, — derartige Dinge vorzuschlagen. (Ruf links: Vandalismus!) Die Schönheit einer Stadt kann man hauptsächlich

nach den sogenannten Veduten beurtheilen und ein wunderschöner Ausblick ist jetzt, wenn man auf der Elisabethbrücke steht und gegen die Karlskirche zu sieht. Jeder, der das einmal beobachtet hat, wird bestätigen müssen, dass das eine sehr schöne Ansicht ist und jeder wird auch zugestehen, dass der Schwarzenbergplatz mit dem Hochstrahlbrunnen einer der schönsten Plätze Wiens ist, und zwar weil er glücklicherweise nicht im Quadrat formiert ist, sondern sehr schöne architektonische Linien zeigt, und wenn einmal die Heumarktkaserne umgebaut wird, wenn auch dieser Theil reguliert wird, was unausweichlich ist, wenn die Gasse durchgeführt ist, welche in der Favoritenstraße über das Mondscheingebäude gehen wird, so wird dieser Platz eine Zierde werden, wie sie vielleicht in keinem anderen Platze der Welt gefunden wird. Was geschieht aber hier? Unmittelbar daneben kommt die Bahn aus dem Untergrunde und es wird dann diese Mauer, oder sagen wir meinetwegen Eisengerüste, errichtet werden, wodurch die ganze Aussicht zerstört wird. Sie sagen auch und es wird in den allgemeinen Bedingungen festgestellt, dass die Untergrundbahn so tief liegen soll, dass eventuell das Terrain oben noch bepflastert werden kann; aber schauen Sie nun, wie das zerschnitten wird. Wenn die Bahn auch so tief liegt, dass man noch Rasen oder kleine Sträucher pflanzen kann, so werden Sie schon sehen, wie das aussehen wird und wie gerade unsere schönsten Gartenpartien in unverantwortlicher Weise zerstört werden.

Meine Herren! Wenn man bedenkt, dass der Theil dort bestimmt ist, zu den schönsten Gegenden Wiens zu zählen, dass an Stelle des Metternich-Parkes eine städtische Anlage geschaffen wurde, die geradezu reizend genannt werden kann, die bis zur Stadt verlängert wird, und wenn man sich dann vorstellt, dass dieser schöne Stadttheil durch — sagen wir — eiserne Gerüste vom Verkehr mit der Stadt abgeschnitten werden soll, dann muss man sagen, dass derjenige, der einer solchen Linie zustimmt, ein Wahnsinniger sein muss. Daneben liegt dieser tiefe Graben — schauen Sie dort den Wienfluss an! Der Herr Baudirector wird zugeben, und es ist meine feste Überzeugung, in diesen Wienfluss gehört das Hochwasser mitsammt der Stadtbahn hinein! Ist es denn nothwendig, dass diese Bahn bei der Ungargasse einmündet? Nein, es ist nicht nothwendig, sie könnte ganz natürlich geführt werden und sogar in Verbindung mit der Donaucanallinie gebracht werden. Nein, sie muss aber dort durchgehen und unsere Parkanlagen zerstören, und dann wird die Wien zugeschüttet, um Bauplätze zu gewinnen! Ja, meine Herren, entweder hat man Geld, um so etwas zu bauen, dann muss man auch so bauen, dass die Schönheit nicht zerstört wird, hat man aber das Geld nicht, geht man um, wie ein Knicker oder wie ein Geizhals, so muss man solche Sachen eben stehen lassen, bevor man es mit seinem Gewissen vereinbar findet, die schönsten Punkte der Stadt in solcher Weise zu ruinieren, wie es hier geschieht — bevor ich so etwas zugebe, verzichte ich und jeder andere lieber auf eine solche Bahn.

Ich spreche aus dem innersten Gefühl. Es ist hundertmal geschrieben und gedruckt worden, dass die Ringstraße unglücklich angelegt worden ist. Sie ist so angelegt, dass man nur von einem Punkte aus die Karlskirche sieht, und jetzt kommt dieser „Palawatsch" dazu. Es ist unfassbar, wie ein Techniker die Idee haben kann, vor der Technik und daher vor der Karlskirche — die hängen ja unmittelbar zusammen — einen Bahnhof und einen Rangierbahnhof zu errichten. Ich habe gerade wegen dieses Punktes von „Linealmenschen" gesprochen. Ich erkläre, ich habe vor jedem Mann der Wissenschaft und daher auch vor einem Techniker den größten Respect, aber ich habe deswegen von Linealmenschen gesprochen, weil wirklich nur einer, der gar nichts anderes kennt, so etwas machen kann. Mir kommen diese Linealmenschen vor wie ein Paragraphenreiter unter den Juristen, der nichts anderes kennt, als die Paragraphe des bürgerlichen Gesetzbuches. Wenn irgend etwas in der Welt vorkommt, so stecken sie die Nase in das Gesetzbuch und kennen nichts anderes als ihre Paragraphe. Es gibt Techniker, die nichts anderes als ihr Lineal kennen. Bei der schönsten Sache wird das Lineal genommen, und wenn es gerade passt, wird unbarmherzig ein Strich gezogen. (Rufe: Der Czar!) Der Czar von Russland traut sich das ja gar nicht, das macht man nur in Wien, da speculiert man auf das künstlerisch großgezogene Wien, als wenn die Stadtbahn unter jeder Bedingung geschaffen werden müsste, während wir überzeugt sind, dass auf einer Masse von Linien, die sie heute besprochen haben, unter der Woche keine Katze fahren wird. Ich sage das jetzt schon. An Sonntagen werden Leute fahren, um eine Landpartie zu machen, aber unter der Woche wird keine Katze fahren. Und den Vertretern der Vororte sage ich Folgendes nur unter der Blume, wir sind ja beinahe in vertraulicher Sitzung, da kann man schon ungeniert reden: „Ihre Kinder — ich habe Gott sei Dank keine, die können über mich nichts Schlechtes reden — Ihre Kinder, wenn die den „Palawatsch" in der Vororte- und Gürtellinie und die Mauer sehen werden und herumkraxeln werden müssen über alle möglichen Brücken, die werden sich denken, na, unsere Väter, die müssen damals in unglückseliger Geistesabwesenheit solchen Zuständen zugestimmt haben."

Wenn hier so etwas gesprochen wird, so ist es noch viel ärger im III. Bezirke, weil wir auf der Landstraße ein lebendes Beispiel haben, wie ein Bezirk ruiniert werden soll. Schauen Sie nur die Durchfahrt in der Ungargasse an.

Da geht man hinunter, man glaubt, man kommt in ein finsteres Loch, in den Tartarus. Ist es nicht so, meine Herren? Jetzt haben sie die Träger oben licht angestrichen, damit die Geschichte schöner ausschaut.

Schauen Sie die Durchfahrt bei der Landstraßer Hauptstraße an, wie unmöglich es ist, das Niveau in anständiger Weise zu regulieren. Ich bin kein Techniker, aber thalab und thalauf ist nicht schön. Sehen Sie die Bahn an, welche einmal als Hochbahn und einmal als Tiefbahn geht, wie die Geschichte aussieht. Sagen Sie, ob ich als Vertreter Wiens, der auf die Schönheit der Stadt sein erstes Augenmerk zu richten hat, einer solchen Linie zustimmen kann. Es ist das eine reine Unmöglichkeit. Ich fasse es nicht, warum man einen Graben, den unser Herrgott hat graben lassen ohne Mühe, zuschüttet und sagt, jetzt machen wir daneben einen Graben. Das ist unfassbar; dazu gehört ein Linealmensch. Aber hier geschieht das. Der Herr Baudirector wird es bestätigen. Er schüttelt das Haupt, er soll schauen, wo die Einwölbung ist. Der Graben wird zugeschüttet und daneben wird fleißig gegraben. Es ist dort wunderschön im Schatten zu gehen, das brauchen wir aber nicht, eine Bahn ist viel wichtiger, die unten gehen wird, die wird aber unten stinken und mittlerweile wird es auch heraufstinken, als wenn sie oben gehen würde. So wird dort umgesprungen, statt dass man den Graben, welcher vorhanden ist, fortführt.

In der Strecke von der Tegetthoffbrücke durch den Stadtpark hindurch bis zur Stubenthorbrücke ist das Wienthal geradezu reizend. Wenn man über die Karolinenbrücke geht und den Blick aufwärts oder abwärts senkt, so ist es geradezu schön zu nennen. Ich opfere schon diesen bestehenden Graben gerne im Interesse der Sache, aber dass ich so etwas thue, dass ich den Graben oben zuschütte und daneben einen anderen Graben mache und auf der anderen Seite eine eiserne Stellage aufrichten lasse, über welche die Züge gewiss nicht geräuschlos gehen werden; ich versichere Sie, das wird einen Lärm geben, daneben wird ein alter Häfen noch ein Wohlton sein, das ist meine Überzeugung — nun damit kann ich nicht einverstanden sein. Ich muss noch Folgendes sagen: Ich bin weiters der Meinung, dass diese Linie, und der Herr Baudirector wird mir das gewiss zugeben, im engsten Zusammenhang mit der Wienfluss-Regulierung steht, und ich sage noch etwas, meine sehr geehrten Herren!

Sie begehren hier, dass die Bahn Häuser einlöse, Sie haben keine Ahnung davon, wie wenig Sie mit einem solchen Begehren erreichen werden und ich habe jetzt schon das Gefühl, meine Herren, dass das Ministerium eventuell eine andere Entscheidung trifft. Das ist eine sehr gefährliche Sache. Wir werden die Kosten bezahlen müssen, den größten Theil der Kosten. Wir wölben den Wienfluss ein, oder wenn wir den Wienfluss nicht einwölben, engen wir ihn so zusammen, dass der nöthige Raum für die Bahn übrig bleibt.

Wir sind diejenigen, die den Herren den Grund und Boden umsonst geben müssen. Meine Herren, vollständig umsonst! Sie haben nichts anderes zu thun, als die Schienen zu legen und da sagt man, das soll Krauß & Comp. besorgen.

Wie ich diese 4·4 m gesehen habe, wie ich gelesen habe, dass diese gewissen Locomotiven nicht hinüber gehen können, habe ich gewusst, wie viel es geschlagen hat, habe ich sofort gewusst, dass wir nicht die Stadtbahn kriegen in dem Sinne, wie es dargestellt ist, wir bekommen eine Krauß & Comp.-Bahn herein und deshalb soll das alles zerstört werden. Das kann, meine Herren, niemand von ihnen verantworten.

Ich habe mir schon den Gedanken nahegelegt, nachdem wir den größten Theil der Auslagen ohnehin tragen bei der Wienflussregulierung, ob es nicht gescheiter wäre, diese einzige fruchtbringende Linie, denn der Verkehr wird da nicht unbedeutend sein, selbst zu bauen.

Wenn wir schon das andere bauen, so bauen wir daneben auch noch die paar Schienen hinein. Was kriegen wir? Wir kriegen da die Krauß'sche Pimperlbahn (Heiterkeit), wir kriegen da eine neue Gesellschaft zu der Gasgesellschaft und in 20 oder 30 Jahren wird man sich die Köpfe zerbrechen, wie man diese Gesellschaft los bekomme. Wir werden der Gesellschaft dann die einzelnen Theile ablösen müssen zu bedeutenden Beträgen.

Ich erlaube mir Ihnen folgende Anträge zu stellen: „Es möge als allgemeiner Antrag zuerst beschlossen werden, 1. die Gemeinde Wien spricht sich gegen die Verleihung der Concession an Krauß & Comp. mit aller Entschiedenheit aus." (Sehr gut! links.) Und damit der Regierung jedwede Ausrede benommen wird, 2. „der Gemeinderath der Stadt Wien behält sich, wenn der Bau dieser Bahn nicht von der Commission für die Verkehrsanlagen in eigener Regie durchgeführt wird, vor, um die Concession zur Erbauung dieser Bahn anzusuchen." Wir selber sollen die Concession der Bahn erwerben. Ich erkläre nochmals, haben Sie kein Bedenken vor der Concession, wir müssen beinahe alles bezahlen, und damit ich in der Special-Debatte nicht nochmals das Wort ergreifen muss, so erlauben Sie mir, dass ich folgender Meinung Ausdruck gebe. Alles das, was von Seite des Stadtrathes beantragt wird, ist recht schön und gut. Es sind Palliativen, sie schützen vielleicht vor dem Ärgsten, aber ich bin der Meinung, dass all dem eine ganz entschiedene Verwahrung vorangeschickt werden muss und stelle daher folgenden dritten Antrag:

Die Gemeinde Wien spricht sich mit aller Entschiedenheit gegen die Trace von der Elisabethbrücke bis zur Einmündung in die Donaustadtlinie aus, da hiedurch die Heleneugasse, die Obere und Untere Viaductgasse verengert, die Durchführung der Marxergasse gegen die Ringstraße, die bisherige Benützung zweier Geleise zu Markthallenzwecken unmöglich gemacht, der Kinderpark, der Reservegarten, die Anlagen am Schwarzenbergplatz, dann vor der Karlskirche und der Technik beinahe zur gänze zerstört werden.

Dann, meine Herren, mögen Sie auch noch immer unter dem Vorbehalte dieser Palliative beschließen, was der Stadtrath beantragt hat. Vor allem soll aber Verwahrung eingelegt werden gegen die Trace, welche vom Stadtrathe vorgeschlagen wird, da dies eine Versündigung gegen die Schönheit der Stadt ist. Ich empfehle Ihnen meine Anträge zur Annahme.

Gem.-Rath Dehm: Nachdem die Frage von dem Herrn Vorredner nach bautechnischer und ästhetischer Beziehung hinlänglich beleuchtet wurde, verzichte ich auf das Wort.

Referent: Ich habe schon bei der allgemeinen Debatte hervorgehoben, dass mit dem Programm leider keine Übereinstimmung in dem Punkte ist, dass die Bahn nicht, wie damals gesagt wurde, nächst dem Westbahnhofe beginnt. Ich habe aber auch erklärt, dass dieser Anschluss nächst Hütteldorf auch unseren Anforderungen entspricht. Es ist also ein Theil entfallen, während andererseits ein sehr wichtiger Theil uns zugestanden wurde. Ich habe schon gleich bei meinen ersten Worten darauf hingewiesen, wie hochwichtig es ist, dass die Kopfstationen aller einmündenden Bahnen thunlichst entlastet werden. Es ist das nur zu erreichen, wenn alle Linien der Stadtbahn mit den Staatsbahnen in einer Weise in Verbindung gesetzt werden, das man direct von den Staatsbahnen auf die Anschlussbahnen überfahren kann, und zwar nicht durch die Kopfstationen, sondern an Punkten, welche weiter außen gelegen sind. Diese Linie schließt sich in der Gegend von Baumgarten an, läuft längs der Westbahn bis Hütteldorf, und es kann auf diese Weise der ganze Localverkehr hinausgeführt werden und ebenso auch herein. Es ist das ein eminenter Vorzug. Wir haben auch in unseren allgemeinen Anträgen darauf hingewiesen, dass es nothwendig sein wird, die Verbindung mit der Südbahn herzustellen. Mit der Südbahn besteht die Verbindung durch die bereits bestehende Verbindungsbahn. Wenn die Verbindung durch die Wienthallinie hergestellt ist, ist die Verbindung mit der Südbahn in ausgezeichneter Weise erreicht. Diese Verbindung mit der Westbahn wird auch erreicht werden, weil bestimmt erklärt ist, dass der Anschluss, wenn auch nicht in Hütteldorf, so doch früher stattfinden wird. Es sind das wesentliche Vorzüge. Ich verkenne nicht, dass trotzdem der Übergang von der Gürtellinie zur Wienthallinie wünschenswert ist. Es ist auch in den anderen Anträgen eine Verbindung der Gürtel- mit der Donaucanallinie angestrebt. Der Ringverkehr, der

bei Fogerty angestrebt war, ist, jedenfalls von hohem Werte. Ich mache aber darauf aufmerksam, dass, wenn wir in diesen Theilstrecken Westbahn—Wienthal, Ufer-, Gürtelbahn diesen Verkehr aufrecht erhalten wollen, wir uns mit dem Gedanken vertraut machen müssen, dass vier Geleise kommen. Es geht nicht an, dass der Fern- und Localverkehr sich auf eine zweigeleisige Bahn beschränkt.

Wir wollen einen Bahnverkehr von drei zu drei Minuten haben, wie wir ihn gegenwärtig in Wien gar nicht kennen. Ein solcher dichter Verkehr ist unmöglich zu vereinen auf denselben Geleisen, wo ein Fernverkehr stattfindet. Die Herren erinnern sich, dass im Fogerty-Projecte alle jene Strecken, wo sich ein Fernverkehr mit dem Localverkehr vereint, eine viergeleisige Bahn war, so an der Donaucanallinie. Mit diesem Vortheil ist gleichzeitig auch der Nachtheil verbunden, dass die ganze Gegend dort in einer Weise in Anspruch genommen würde, welche jedesfalls viel intensiver ist, als wenn wir vorläufig mit einer zweigeleisigen Bahn uns begnügen würden und die Westbahn mit der Wienthallinie in eine befriedigende Verbindung bringen. Was die vom Herrn Vorredner angeführte Devastierung der Stadt anbelangt, so glaube ich, dass der Stadtrath in seinen Anträgen alle jene Einschränkungen bereits gemacht hat, die nothwendig sind. Es ist gar keine Rede, dass die Vedute auf die Karlskirche in irgend einer Weise beeinträchtigt wird. Dieser Platz, der vor der Karlskirche ausgebildet wird, gehört gewiss zu den allerschönsten, die in Wien erreicht werden können. Er darf in keiner Weise verunstaltet werden, es dürfen durchaus keine Bauten, welche die Vedute beeinträchtigen, aufgeführt werden; dem ist Rechnung getragen. Es ist keine Rede davon, dass irgend eine Baulichkeit zugelassen werde, es ist keine Rede, dass ein Einschnitt zugeworfen — das ist die Wien — und ein neuer aufgemacht wird. Alle Einschnitte, worüber die Bahn fährt, werden überdeckt werden. Es ist unmöglich, die Bahn im weiteren Verlaufe von der Elisabethbrücke abwärts im Wienthal zu führen, aus dem Grunde, weil wir einen wichtigen Knotenpunkt, das Hauptzollamt, verlieren. Das Hauptzollamt ist ein Knotenpunkt, von dem aus wir nach allen Richtungen fahren können. Das ist eine Grundbedingung; ohne diese nützt die Stadtbahn überhaupt nichts. Es ist bedauerlich, dass an anderen Punkten diese Verbindung nicht so glänzend ist, als es zu wünschen ist, das ist allerdings ein Mangel. Ich gestehe zu, dass in diesen Plänen ein Übergang von der Gürtellinie in die Wienthallinie nicht stattfindet, außer der Verbindung von Hütteldorf herein; aber wenn man sich an anderen Stellen darüber hinwegsetzen kann, darf man es bei diesem Knotenpunkte nicht thun. Dies ist eben unvermeidlich und dieses unvermeidliche Übel müssen wir soviel als möglich dadurch bekämpfen, dass wir die Bahn in einer Weise führen, die am wenigsten belästigt. Die Bahn bleibt im Untergrund, sie wird überdeckt sein bis zu jenem Punkte bei der Schwarzenbergbrücke, wo die Steigung gegen die Tegetthoffbrücke ist.

Diese ganz kurze Strecke wird in einer Weise durch Gartenanlagen zu maskieren sein, dass es nicht störend sein wird. Die weitere Strecke bis zum Hauptzollamt kann in einer eleganten Weise am Rande des Parks geführt werden, so dass der Park gewiss nicht in einer Weise adaptiert wird, dass man darum eine zweckmäßige Stadtbahn ablehnen soll; auch alle übrigen Übelstände sind zu beheben, ich erwähne die Viaducte in den engeren Straßen, wenn diese entsprechend construiert werden, wird die Beengung keine solche sein, dass man auf die Stadtbahn verzichten muss. Wenn man gar nichts zugestehen will, so sage man, man wolle nicht, dass die Bahn tief ins Herz der Stadt hineinfahre. Ein weiteres Schlagwort ist, dass man da eine Dampftramway bekommt, davon ist gar keine Rede; wir hoffen im Gegentheile, dass eine Menge Linien der Dampframway Localbahnen werden, aber da herum wird nie eine Dampftramway geführt werden. Die Localbahnen werden ordentliche Bahnen sein, sie werden dieselbe Spurweite haben und jenes Profil, wie es für alle Bahnen in Österreich und Deutschland genügen dürfte, man kann mit allen Waggons hereinfahren; dass man mit großen Locomotiven hereinfährt, wird niemand wünschen und es wäre auch sehr zu bedauern, solche Locomotiven in das Herz der Stadt zu führen. Es ist auch eine Geschwindigkeit von 30 km per Stunde angenommen, es ist auch die Bahnanlage im ganzen so ausgestaltet, dass es ganz anständige befriedigende Localbahnen werden. Aus diesen Gründen muss ich diese principiellen Anwürfe zurückweisen.

Gem.-Rath Herrdegen: Wenn man das Project der Wienthallinie eingehender studiert, ist man vor allem andern von lebhaftem Bedauern erfüllt, dass die Ableitung der Wien nicht zum Gegenstande eines ernsten Studiums gemacht wurde. Wäre die Ableitung der Wien eingehender studiert worden — früher ist sie ja studiert worden — so würde sich diese Frage in ganz anderer Weise haben lösen lassen. Es ist nicht mehr an der Zeit, darüber zu sprechen und ich will mich deshalb hievon enthalten. Eines aber will ich bemerken, dass zweifellos die Wienthallinie, wenn wir sie uns fortgesetzt und in Verbindung mit dem Westbahnhofe und mit der Donaucanallinie denken, die einzige ertragsfähige Linie von allen Linien der Stadtbahn bildet. (Zustimmung.) Diese Linie wird voraussichtlich einen solchen Ertrag abwerfen, dass es thatsächlich kein Malheur wäre, wenn die Commune Wien sie selbst bauen und betreiben würde. Man kann sich nicht der Meinung erwehren, dass mit einer gewissen Rücksichtslosigkeit beim Projecte der Wienthallinie vorgegangen wurde. Es drängt sich nahezu das Wort „Brutalität" auf, denn das alles, was gesagt wurde, konnte doch jene schweren Bedenken, die ausgesprochen wurden, nicht paralysieren. Vor allem liegen Unbegreiflichkeiten vor. Ich wenigstens kann nicht begreifen, warum man die natürlichste Verbindung mit dem Westbahnhofe und der Donaucanallinie nicht gesucht hat. Ich habe hierüber eine andere Meinung als der Herr Referent. Ich glaube, dass es viel weniger wichtig ist, die Verbindung mit dem Hauptzollamte zu suchen (Bravo!), als mit der Donaucanallinie. Das ist zweifellos, dass die Wienthallinie die einzige ist, die wirklich den Charakter einer Stadtbahn hat. Und wenn dieser Charakter ihr zuerkannt wird und wenn wir von diesem Gesichtspunkte das ganze Project betrachten, sehe ich gar nicht die Nothwendigkeit ein, dass wir gerade an das Hauptzollamt einen Anschluss haben müssen.

Es wäre jedenfalls wünschenswert, wenn wir die Donaucanallinie, die Wienthallinie und den Westbahnhof in Verbindung bringen. Ich gestehe nun, dass die Anträge des Stadtrathes jedenfalls darauf abzielen, eine wesentliche Verbesserung herbeizuführen. Ich kann mir kein Urtheil anmaßen, inwieweit die Sache auch gelingen wird. Es scheint mir, dass hier weniger Forderungen, als Wünsche ausgesprochen werden. Ob es dem Stadtrathe, ob es der Commune gelingen wird, alle Wünsche zur Erfüllung zu bringen, erscheint mir einigermaßen fraglich, selbst auch, was die Einlösung der Häuser anbelangt. Es wird am linken Wienufer zwischen der Engelgasse und der Canalgasse eine Anzahl Häuser,

circa fünfzehn, einzulösen kommen, darunter sind Häuser, welche erst seit zehn Jahren und vielleicht seit noch kürzerer Zeit erbaut sind.

Das alles sind Momente, welche die Bedenken gewiss nicht verringern, die gegen diese Tracenführung sprechen. Es muss zugegeben werden, dass durch das, was angestrebt wird, nämlich durch die Verbindung mit Hütteldorf allerdings ein Ersatz für die mangelnde Verbindung mit dem Westbahnhofe geboten ist; vollständig befriedigen kann das jedoch nicht, denn eine directe Verbindung mit der Gürtellinie muss als besonders wertvoll bezeichnet werden.

Ich will mich auf diese wenigen Bemerkungen beschränken, weil ich glaube, dass bei Besprechung der Details noch immerhin Gelegenheit geboten sein wird, auf alle Momente zurückzukommen.

Gem.-Rath Schneeweiß: Meine Herren, ich glaube, dass das Project ohnehin schon zur genüge besprochen wurde und bin eben der Ansicht, dass es nicht unbedingt nothwendig ist, dass diese Wienthallinie durch die schönsten Anlagen durchgeht. Einen besonderen Wert legen die Herren darauf, dass das Hauptzollamt miteinbezogen wird.

Ich glaube aber, dass dies zu vermeiden wäre und diese Bahn ebenso großen Wert hat, ob das Hauptzollamt einbezogen wird oder aber die Bahn nur in der Nähe vorbei ziehen wird. Die Bahn wird am Franz Josefs-Quai als Hochbahn heruntergeführt und dann soll sie die Wien überbrücken. Ich glaube nur, es wäre möglich, die Bahn auch ohne Überbrückung der Wien am linken Ufer fortzuführen und dadurch die Verschandlung der verschiedenen Parkanlagen zu verhindern. Ich glaube nämlich, dass es ganz gleich ist, ob die Wienthallinie am rechten oder linken Ufer der Wien geführt wird, denn draußen muss die Wien ohnehin wieder überbrückt werden und so könnte dies hier unterbleiben. Wenn man beim Hauptzollamt eine Station, etwa unterhalb des Museums errichtet, so wird ja ohnehin ein directer Verkehr mit der Verbindungsbahn hergestellt. Es ist das nur eine Anregung und liegt auch nicht in der Unmöglichkeit. Denn die Bahn dürfte mehr Hindernisse haben, wenn sie durch den Kinderpark unter dem Resselpark und den Obstmarkt durchgeführt werden soll, und es dürfte jedenfalls kostspieliger sein, als wenn sie am linken Wienufer geführt wird. Nachdem die Wien ohnehin eingewölbt wird, so glaube ich, können diese Arbeiten, wenn sie unter einem gemacht werden, viel billiger gemacht werden, als wenn wir jetzt die Trace bestimmen und die Bahn bauen und dann vielleicht seinerzeit bei der Wieneinwölbung die ganze Sache schlecht finden und die Bahn vielleicht wieder umlegen müssen.

Ich will Sie nicht weiter ermüden, denn ich glaube überhaupt, dass das ganze Project ohnehin nicht zustande kommen wird. Hiermit bin ich fertig.

Gem.-Rath Janotta: Nachdem uns die Nachtheile, welche der III. und IV. Bezirk durch diese Tracenlegung erleiden würden, in so ausgezeichneter Weise geschildert wurden, und nachdem hoffentlich der Gemeinderath in entschiedener Weise gegen eine solche barbarische Schädigung (Beifall) unserer Stadt auftreten wird, erkläre ich, auf das Wort zu verzichten. (Beifall links.)

Gem.-Rath Tischler: Meine Herren! Ich hätte jetzt eigentlich nichts mehr beizufügen, nachdem Sie doch hoffentlich die Anträge des Gem.-Rathes Dr. Lueger annehmen werden. Ich habe nur wegen der Häusereinlösungen in der Magdalenenstraße sprechen wollen und habe mir die Wienthallinie in der Weise gedacht, dass sie bis ans Donauufer fortgeht und auf der einen Seite eine Abzweigung zur Aspangbahn hat, damit der Leichentransport geregelt werden kann.

Nur bitte ich, dass wir wenigstens in dieser Frage geschlossen vorgehen, denn wir haben sehr bittere Erfahrungen darüber, dass durch die Differenzen in unserer Mitte immer ein dritter Nutzen zieht; das möchte ich vermieden wissen und ich nehme an, dass wir, die Majorität und die Minorität, den Herrn Bürgermeister den Rücken decken werden, wenn er unsere Wünsche und Forderungen entsprechend zur Geltung bringt. (Beifall.)

Gem.-Rath Djörup: Meine Herren! Seit vier Jahren habe ich das Vergnügen, im Sommer jeden Tag auf der Krauß'schen Bahn nach Mauer zu fahren. Wer die Details dieser Strecke kennt, und weiß, wie kleinlich diese Gesellschaft in jeder Beziehung vorgeht, wer die Verhältnisse in Mauer kennt, und weiß, dass jeden Moment Menschen und Thiere überfahren werden können, und zwar wegen Nichteinlösung eines kleinen Bauernhauses, das mit Schindeln gedeckt ist, der wird zugeben, dass man mit Wünschen vis-à-vis einer solchen Gesellschaft nichts ausrichten kann, wenn wir vis-à-vis großen Gesellschaften hier in Wien bis jetzt mit allem möglichen Druck, z. B. gegenüber der Tramway-Gesellschaft und anderen, nichts haben zuwege bringen können. Wer glaubt, bei dieser Gesellschaft etwas in Form von Wünschen im Interesse der Stadt herauszubekommen? Ich kann mir in dieser Beziehung nicht genug wünschen, dass andere die Concession bekommen, als die genannte Gesellschaft. Ich glaube, seitens der Regierung liegt eine Art Verpflichtung vor, sie geht zurück in die 70er Jahre, wie die Gründer von Krauß & Comp. die bosnischen Bahnen mit Verlust gebaut haben. Diese schmalspurigen Bahnen haben die Herren Hügel und Sagor mit großen Verlusten gebaut und sie haben damit Ersprießliches geleistet, denn sie sind unter den damaligen Verhältnissen mit Rücksicht auf die großen Opfer, welche der Krieg gefordert hat, von einer Nachtragsforderung abgestanden, und die Regierung hat die moralische Verpflichtung übernommen, ihnen in schönen Tagen die damaligen Verluste auf andere Art und Weise einzubringen. Ja, meine Herren, diese damaligen Verluste sollen jetzt auf Kosten der Stadt Wien dieser Gesellschaft, respective ihren Hauptactionären eingebracht werden, das ist der ganze Casus, warum der Bau dieser Bahn mit ihnen abgeschlossen werden soll. Aber das sind eigentlich nicht in öffentliche Sitzung gehörige Sachen.

Ich will also darüber mich nicht weiter verbreitern. Aber eines möchte ich im Detail besprechen. Wenn unten bei der Ungargasse, wie Dr. Lueger gesagt hat, und dann zur Landstraße Hauptstraße hinüber jetzt noch ein paar Geleise dazukommen, so wird das mit zwei Tunnels sein. Da ist mir ein Project in Erinnerung, welches ich vor drei Jahren im Ingenieurverein gesehen habe, wo sie die Geleiseanlage beim Hauptzollamte um ungefähr $1^1/_2$ m heben. Ein solches Project liegt vor, wenn auch nicht für uns, aber bei der Regierung, und zwar nicht von Krauß & Comp., sondern von anderer Seite. Durch Detailausnützung bei diesem Projecte geht es deutlich hervor, dass es ganz gut geht, die ganze Colonnade zu heben und die Verbindung mit dem Hauptzollamte, welche Sie noch wünschen, darzustellen und auch die anderen Wünsche des III. und IV. Bezirkes zu berücksichtigen.

Bezüglich der Trace längs des Wienflusses hinunter möchte ich mich dem Wunsche anschließen, dass die Trace als Stadtbahn auf das linksseitige Ufer verlegt werde.

Wenn der Wienfluss reguliert wird, und wir uns das Jawort bezüglich der Zuwölbung aus dem Kopfe schlagen und den

Wienfluss bloß zudecken, so gewinnen wir für die Widerlager, was wir vor vier Monaten gesehen haben, wie das Project vom Bauamte vorgelegen ist, eine kolossale Mauer. Diese Mauerstärke ist nicht nothwendig, wenn wir den Wienfluss nicht zuwölben, sondern nur mit Traversen zudecken. Ich befürworte es, dass wir vom Naschmarkte gegen die Stubenthorbrücke den Wienfluss nicht einwölben, sondern bloß zudecken und in den Böschungen finden wir genügend Platz für den Querschnitt, welchen das Stadtbauamt für den Wienfluss beansprucht, und Platz für die Tiefbahn, wenn dieselbe als solche aufrecht erhalten werden soll und man braucht nicht in den Stadtpark links und rechts und in den Kinderpark hineingehen.

Übrigens ist die Sache seitens der Herren Collegen v. Neumann und Dr. Lueger so trefflich vorgeführt, dass ich darüber nicht weiter zu reden brauche.

Gem.-Rath v. Stummer: Ich wollte eigentlich bei den einzelnen Punkten mich zum Worte melden. Nun will ich mir nur erlauben, meiner Meinung bezüglich einiger Momente Ausdruck zu geben. Ich glaube, wir müssen unbedingt, so wie der geehrte Herr Vorredner v. Neumann gesagt hat, auf diesem Anschluss bestehen und zwar auf dem Anschluss nicht nur zur Nordwestbahn und Südbahn, sondern auch an die Gürtellinie. Diese drei Anschlüsse müssen wir verlangen, nicht als Wunsch und auch nicht so, wie es hier im Punkt a) aufgefasst ist, sondern direct als Bedingung.

Ein zweiter Punkt ist der beim Polytechnicum, der auch soviel gestreift wird. Ich habe meine eigene Meinung bezüglich dieser ganzen Anlage, wie sie hier im Programme ist.

Die Hauptschwierigkeit scheint mir hier daraus zu entstehen, dass die Wienflusscorrection auf diese Art geplant wird. Es ist nämlich gedacht, im Hintergrunde einen großen Baublock herauszubekommen und durch den Verkauf dieser Gründe Geld zu gewinnen, sagen wir es offen. Das ist recht löblich. Aber ich glaube, auf diesem Punkte dürfen wir dieses Motiv nicht gelten lassen. Dieser Punkt kann meiner Ansicht nach, und ich gestehe Ihnen, dass nach meinem Geschäftsgefühl als Eisenbahningenieur mir auch jener Standpunkt viel näher ward, nur in rein architektonischer Weise gelöst werden (Beifall), vom Standpunkte des reinen Schönheitsgefühls und nicht von dem Standpunkte, ob es billiger oder theuerer ist, ob es besser oder weniger gut für den Eisenbahningenieur geht.

Ich glaube, da spreche ich gewiss ehrlich und offen. Ich meine daher, dass gerade bei einem solchen Punkte die Ausführung — ich bitte mich recht zu verstehen — zurückgehalten werden soll, weil ich glaube, durch die Concurrenz-Ausschreibung der Gemeinde würden wir in die Lage kommen, bezüglich solcher einzelner Punkte gewisse Projecte zu erhalten und es wird vielleicht dann durch eine Combination dieser Projecte oder durch eine ganz besondere Idee eines Architekten hier eine glückliche Lösung gefunden werden.

Ich lege aber den Schwerpunkt darauf, und das wäre für meine Person von außerordentlichem Wert, wenn der Gemeinderath sich hier entscheiden und sagen würde: In diesem Punkte will ich kein Geld verdienen. Diesen Punkt will ich als Schönheitspunkt der Stadt ausgestalten und ich verzichte auf die anderthalb oder zwei Millionen, welche wir durch den Verkauf als Bauplätze bekommen können. Wenn wir das thun, so ist der ganze Platz, wenn ich so sagen kann, weg, er ist einfach ruiniert. Wir können die Bahn nur vom rein ästhetischen und rein künstlerischen Standpunkte und nicht von einem anderen Standpunkte aus regeln. Es scheint mir, es wäre das der richtigste Punkt, dass wir die Wienfluss-Regulierung nicht auf diese Art hinausrücken, um noch einen Bauplatz zu bekommen, sondern hier verzichten auf den Bauplatz und auf den Verdienst von zwei Millionen und dass wir diesen Platz nur künstlerisch ausgestalten. Dadurch kann die ganze Anlage anders werden und gegen die Lastenstraße gerückt und der Resselpark zum großen Theile belassen werden. Ich möchte mir nur noch erlauben, etwas zu streifen bezüglich einer Bemerkung des Vertreters aus dem III. Bezirke. Er hat sich sehr erwärmt für die großen Mängel, welche durch die Bahnanlage für den III. Bezirk entstehen. Ich habe Gelegenheit gehabt, vor kurzer Zeit über diesen P. nkt im III. Bezirke selbst zu sprechen. Ich bin ganz gleicher Ansicht, nur habe ich die Überzeugung, und meine Meinung steht fest, dass wir so, wie die Sachen heute stehen, den Anschluss an die Verbindungsbahn unbedingt suchen müssen. Wir müssen heute diese Verbindungsbahn als Radiallinie betrachten, ob wir eine zweite Radiallinie in dieser Richtung zur Südbahn bekommen, das wissen die Götter. Jedenfalls dauert das sehr lange. Wenn wir Anschlüsse nicht suchen, dann haben wir keine Verbindung, wie wir sie auch heute nicht haben, von der Wienthallinie zur West- und Südbahn. Wenn ich aber an diesem Standpunkte festhalte — ich bitte mir nur einen Augenblick zu folgen — dann entfallen alle Sachen, welche der Vertreter des III. Bezirkes bemängelt hat, dann kann ich nicht anders, als von der Tiefbahn zu einer Hochbahn steigen und dann kann ich die Verhältnisse nicht anders machen, als sie geplant sind.

Es ist gar kein Zweifel, dass, wenn die Dinge so durchgeführt werden — und ich glaube, es ist nicht anders möglich — die Landstraße noch schlechter fährt als es heute der Fall ist. Denn, geben wir uns keinen Illusionen hin, die zwei Geleise, die jetzt geplant sind vor dem Bahnhofe, werden für den Verkehr durchaus nicht genügen, und es wird sich bald zeigen, dass noch mehrere Geleise gelegt werden müssen. Daraus folgt, dass diese schrecklichen Tunnels und Brücken, die heute schon bei der Ungargasse und Landstraßer Hauptstraße bestehen, noch viel ärger und unerhört werden. Da gibt es nur ein Mittel, und auf dieses werde ich auch bei einer anderen Linie kommen, nämlich, dass wir den ganzen Bahnhof heben; und wenn ich das thue, bleibt mir nichts anderes übrig, als dass — was mir als das rationellste erscheint — man von diesem Punkte die Donaucanallinie als Hochbahn führt. Das ist das Resultat, wenn ich diesen Punkt verbessern will. Bezüglich der Hochbahn will ich dann sprechen, wenn wir zur Donaucanallinie kommen.

Es wäre ein Mittel gewesen, um dies zu vermeiden, und wenn das hätte gemacht werden können, dann wäre ich auch mit der Tiefbahn einverstanden und würde sogar dafür stimmen. Das wäre gewesen, wenn etwas ausgeführt worden wäre, was immer so sehr negiert worden ist und doch von vielen Seiten verlangt wurde — auch ich habe es verlangt, aber man hat es von vorneherein ausgeschlossen —, nämlich die Ableitung der Wien. Wenn wir die Wien abgeleitet hätten, so hätten wir — was der Vertreter des III. Bezirkes gewünscht hat — den jetzigen Wienfluss benützen können, um die Tiefbahn hineinzulegen. Dann wären alle Schwierigkeiten beseitigt gewesen. Nachdem das nicht mehr möglich ist, müssen wir damit rechnen, und wir können die Linie an diesem Punkte nicht anders führen als sie ist. Die Verbesserung der Landstraße kann nur dadurch eintreten, dass wir das Ganze heben,

um die Einfahrt auf die Landstraße zu verbessern. Das halte ich im Interesse des ganzen Bezirkes nicht nur für höchst erwünscht, sondern geradezu als geboten. Denn die Landstraße wird durch die neue Linie jedenfalls verschlechtert werden. Geben wir uns keinen Illusionen hin, zwei Geleise werden nicht ausreichen. Das ist geplant, aber die Erfahrung lehrt, dass ein Centralbahnhof, welcher auf vier Seiten Linien aufnimmt, sich bedeutend vergrößert. Dann werden die Verhältnisse noch schlechter. Ich schließe, behalte mir aber vor, bei den einzelnen Punkten noch einige Bemerkungen zu machen.

Gem.-Rath Dr. Friedjung: Bei der ganzen Führung der Wienthallinie zeigt sich einfach der Mangel an Muth, den die Regierung in dieser Angelegenheit bewiesen hat. Die Regierung hat erklärt, dass sie vor den Reichsrath nur hintreten könne mit der Forderung eines Credites von 40,000.000 fl., und dass sie nicht im Stande sei, einen höheren Credit durchzusetzen, einen solchen, bei welchem es möglich gewesen wäre, dass auf Kosten der Gemeinschaft, nicht durch Vergebung an eine Privatbahn beide Bahnlinien, die Wienthallinie und die Donaucanallinie gebaut werden. Dieser Mangel an Muth — ich muss es so nennen, — war nicht nothwendig; denn der Reichsrath hätte, wenn es die Regierung gewollt hätte, einen höheren Betrag gleichfalls bewilligt, da ja der Reichsrath ein gefügiges Werkzeug in der Hand der Regierung ist. Aus diesem Mangel an Muth folgt nun, dass wir sehen, wie diese Linien einer Privatbahn zur Concessionierung überlassen worden sind. Es ist das ein Nachtheil, welchen ich schon in der Debatte über die Verkehrsanlagen hervorgehoben habe, wie auch der Gemeinderath über meinen Antrag den Wunsch ausgesprochen hat, dass auf keinen Fall der Bau dieser Linien einer Privatbahn überlassen werde. Es ist demnach vollkommen consequent, wenn wir dies auch jetzt in präciser Form aussprechen, und deshalb werde ich dem Antrage Dr. Lueger auch zustimmen. Ja, ich glaube, dass wir den Mangel an Muth, den die Regierung gezeigt hat, indem sie diese Linien nicht auf allgemeine Kosten hat bauen wollen, nicht auch zeigen sollen; ich glaube, dass die Stadt Wien nicht in denselben Fehler verfallen soll und sie sollte sich immerhin mit dem Gedanken befassen, dass, wenn kein anderes Mittel vorhanden ist, dieser Privatconcession aus dem Wege zu gehen, die Stadt Wien selbst bereit ist, diese Bahn zu bauen. In dieser allgemeinen Form, in der Herr Dr. Lueger die Sache ausgesprochen hat, ist sie auch acceptabel. Ich habe geglaubt, dass wir verpflichtet werden sollen, uns dafür zu entscheiden, dass wir den Bahnbau selbst ausführen sollen. Das wäre im höchsten Grade gefährlich; wir hätten um $^3/_4$10 Uhr nicht beschließen können, dass die Stadt den Bau selbst vornimmt. In der Form aber, dass, falls die Gesellschaft von dem Bahnbaue auszuscheiden in gar keiner anderen Weise zu erzielen ist, der Gemeinderath sich vorbehält, selbst um die Concession einzukommen, können wir den Antrag Dr. Lueger annehmen. (Bravo! links.)

Mit dem dritten Antrage des Herrn Dr. Lueger kann ich mich nicht einverstanden erklären, und zwar deswegen, weil seine Tendenz geradezu im Widerspruche steht mit der ausgezeichneten Rede, welche wir von Herrn Neumann gehört und die wir so *lebhaft acclamiert* haben. Was haben wir gethan, als wir ihm beistimmten? Wir haben gesagt, dass wir trachten müssen, die Kreuzlinien mit den Radiallinien vollständig in eine fortwährende Verbindung zu bringen.

Schon als das Fogerty-Project auf der Tagesordnung stand, hat Herr Gustav v. Pacher eine seiner geistreichen Broschüren über die Verkehrsanlagen geschrieben und den Grundsatz verfochten, dass man auf der neuen Bahn von überall nach überall müsse fahren können. Nur dadurch, dass die Radial- und Kreislinien vollkommen in Verbindung sind, ist es möglich, mit einer geringen Anzahl von Radiallinien auszukommen, indem man ein kleines Stück auf der Kreis- und dann auf der Radiallinie fährt. Aber das kann nur dann erreicht werden, wenn die Radial- mit den Kreislinien wirklich in Verbindung sind, und deshalb haben wir den Antrag v. Neumann warm begrüßt, dass die Radiallinie des Wienthals mit der Kreislinie der Gürtelbahn in directe Verbindung zu bringen sei. Wenn wir aber demselben zustimmen, so dürfen wir nicht dem zustimmen, was Herr Dr. Lueger beantragt in Beziehung auf die Verbindung der Wienthallinie mit der Verbindungsbahn. Wir müssen uns genau überlegen, bevor wir dem dritten Antrage des Herrn Dr. Lueger rechtgeben, ob wir den Bewohnern der westlichen Vororte es unmöglich machen sollen, in den Prater zu gelangen, und zwar auf einer eigenen Linie.

Wenn wir dem Antrage Lueger zustimmen, so erklären wir hiermit, wir verzichten auf eine Verbindung der Wienthallinie mit der Verbindungsbahn, wir verzichten auf eine Verbindung der westlichen Vororte mit dem Prater. Ich habe den Antrag ganz genau durchgelesen. Dr. Lueger hat, indem er die Wienthallinie nur im Wienthale weiterführen wollte bis zur Donaucanallinie, auf die ästhetisch allerdings unschöne Verbindung zwischen der Wienthallinie und der Verbindungsbahn verzichtet. Das hat Herr v. Stummer vollständig richtig aufgefasst, und der Antrag Lueger wäre demnach nach dieser Richtung verhängnisvoll. Wenn wir wirklich wollen, dass die Bewohner Wiens von überall nach überall fahren können, müssen wir darauf dringen, dass diese Radial- und Kreislinien mit einander in Verbindung sind, und diese Verbindung mit ästhetisch möglichst ausreichenden Mitteln mit der Verbindungsbahn in Verbindung bringen. Wer einigermaßen sich mit dieser Frage beschäftigt und aus der ganzen Bibliothek von Büchern und Broschüren, die darüber geschrieben wurden, nur die Hauptbroschüren gelesen hat, weiß, dass eines der schwierigsten technischen Probleme die Zusammenbindung der Wienthal- und Donaucanallinie mit der Verbindungsbahn beim Hauptzollamte ist. Das ist eines der schwierigsten Probleme, wie jedem Laien klar wird, denn die Verbindungsbahn ist so hoch angelegt, wie die Ringstraße. Man kann zu dieser Verbindungsbahn durch eine Hochbahn oder mit Schwierigkeiten unter dem Wienflusse hinüberkommen, aber es ist schwer, diese Linien zusammenzubinden. Keinesfalls dürfen wir erklären, dass wir auf diese Verbindung verzichten, wir müssen ästhetisch mögliche Formen finden.

Wir müssen eine Form finden, wie sie der Herr Gem.-Rath v. Stummer angedeutet hat, die ich als Nichttechniker nicht beurtheilen kann. Wir müssen darauf verzichten, dass wir durch die Bauplätze ein bis zwei Millionen Gulden ersparen. Das scheint mir ein schlechtes Geschäft zu sein, weil wir die Stadt Wien auf diese Weise verunzieren. Verzichten können wir auf diese Verbindung nicht, wir können dieses große System um eines derartigen Bedenkens willen nicht aufgeben. Deswegen müssen wir es uns gut überlegen, ob wir den dritten Antrag annehmen. Allerdings hat der Herr Gem.-Rath Dr. Lueger den dritten Antrag in einer Form eingebracht, in der er unschädlich zu sein scheint; er hat nämlich gesagt: Wir verzichten auf diese Verbindung,

aber wenn sie durchaus hergestellt werden soll, so erheben wir jene Wünsche nach einer ästhetischen Ausgestaltung, welche der Stadtrath uns vorschlägt. Ich glaube nicht, dass der Gemeinderath einen derartigen Verzichtbeschluss fassen soll; der Gemeinderath muss darauf dringen, dass die Architekten und Ingenieure ein Mittel finden, um das ästhetisch möglich zu machen, verzichten kann er nicht. Wir müssen im Sinne des Herrn Gem.-Rathes v. Neumann dahin trachten, die Radial- und die Kreislinien in Verbindung zu bringen, auch in Bezug auf die Linien, die vom Herrn Gem.-Rathe Dr. Lueger bestritten worden sind. Wir müssen uns vollkommen klar machen, dass wir die Verbindung der westlichen Vororte mit dem Prater nicht unterbinden dürfen. Das war dasjenige, was ich über die Anträge des Herrn Dr. Lueger zu bemerken habe. (Bravo!)

Gem.-Rath Rosenstingl: Ich werde Sie nicht lange belästigen, weil ja dieser Gegenstand in ziemlich ausreichender Weise hier behandelt worden ist, und wenn ich eingehend sein wollte, müsste ich wieder Ihre Geduld sehr lange in Anspruch nehmen. Ich müsste über die Sache sprechen, die leider sowohl vom Ministerium seinerzeit, als auch von der Enquête hier im Gemeinderathe so mir nichts dir nichts abgethan worden ist mit einigen Worten und einigen Ziffern; die Worte haben nicht viel bedeutet und die Ziffern waren nicht richtig.

Ich will den Wunsch aussprechen, den ich nach verschiedenen Richtungen seit Jahren zum Ausdruck gebracht habe, nämlich die Ableitung des Wienflusses.

Ich will nicht viele Worte verlieren, nur annageln will ich etwas zum ewigen Gedächtnis. Wenn Sie die ganze Sache hier betrachten, werden Sie zwei Punkte finden, wo sich schier unglaubliche Schwierigkeiten ergeben. Das liegt in der Natur der Sache. Sie wollen die Hochbahn zweimal mit der Tiefbahn verbinden, das ist für den Eisenbahntechniker entschieden eines der schwierigsten Probleme, umsomehr schwierig, wenn die Hochbahn und die Tiefbahn so nahe aneinander gerückt sind, wie besonders bei der Verbindungsbahn unten am Eislaufplatz. Am oberen Ende, bei der Westbahnlinie, ist es nicht so schwer, weil es sich um eine senkrechte Kreuzung handelt, hier kann man bei einem passenden Punkte der kreuzenden Linie übergehen. Viel schwieriger ist die Sache, wenn die Tiefbahn parallel mit der Hochbahn geht und man die Verbindung im Delta finden muss. Sie müssen sich die Sache so vorstellen: Von der Donaucanallinie muss das Geleise zur Verbindungsbahn heraufgehen, damit man von drüben hinauffahren kann.

Man muss auch von der Verbindungsbahnlinie wieder in die Wienthallinie heruntergehen, und das ist die Schwierigkeit, weil die Wienthallinie parallel läuft mit den anderen und ihr ungeheuer nahegerückt ist, so dass man mit dem Gefälle zu kämpfen hat, und es darf ein gewisses Maximalgefälle auch bei Localbahnen nicht überschritten werden. Ich theile vollständig die Bedenken des Herrn Dr. Lueger, kann mich dem aber trotzdem nicht anschließen, dass wir auf diese Verbindung verzichten sollen. Ebensowenig kann ich mich aber mit dem Herrn Referenten einverstanden erklären, dass wir auf die Verbindung oben bei der Gürtellinie verzichten sollen. Selbst im Falle, wenn in dem Stücke von der Westbahnlinie zur Mittelgasse — und nur um dieses Stück handelt es sich hier — eine viergeleisige Bahn nothwendig wäre, damit die Vollbahn von der Localbahn vollständig getrennt wird, möchte ich nicht behaupten, dass dies unbedingt nothwendig ist; ich glaube, dass man mit drei Geleisen auch auskommen könnte. Sie können vielleicht sagen, glauben heißt nichts wissen und jedenfalls sind vier Geleise besser, insbesondere wegen der Sicherheit der Personen &c, und es sei also entschieden vorzuziehen, wenn die Localllinie nicht auf derselben Linie läuft, wenn es auch nur ein ganz kurzes Stück ist, wie die Vollbahn. Ich sehe das ein, aber ist denn das Unglück so groß? Es ist doch eine Tiefbahn, die zugedeckt wird. Denn ich kann mir gar nicht vorstellen, dass diese Cannibalenwirtschaft wirklich Thatsache werden soll, dass diese Linie offen bleibt, dass sie ein Graben wird. Sie wird also gewiss zugedeckt und wenn Sie sich vorstellen, dass von der Westbahn bis zur Mittelgasse vier Geleise laufen, so ist das eine rein finanzielle Frage. Es kostet um soviel mehr, aber die Frage ist dadurch gelöst. Sie haben nämlich dort den Punkt, wo die Bahn von der Tiefbahn in die Hochbahn übergeht und sich um die Wienthallinie nicht kümmert.

Die zwei Geleise gehen von diesen Punkten aus als Tiefbahn weiter fort und schließen sich im Delta der Wienthallinie an.

Ich glaube, dass die Frage in diesem Sinne gelöst werden kann, und selbst wenn die Betriebstechniker darauf bestehen, dass diese hundert Kilometer mit vier Geleisen hergestellt werden, so können wir uns die Sache gefallen lassen, weil es jedenfalls ein schwerer betriebstechnischer Fehler wäre, die Localbahn von der anderen Gürtelstraßenlinie für allezeit auszuschließen. Wenn wir sie jetzt nicht kriegen, so kriegen wir sie später gar nicht, und ich begreife, dass auch dann, wenn die Bahn einmal gebaut wird, und man würde dann anstückeln, so würde man ein Flickwerk machen, welches von meinem Standpunkte aus zu verurtheilen wäre.

Jetzt muss die Sache geplant werden, und wo nach menschlicher Voraussicht eine Erweiterung wünschenswert sein wird, müssen wir sie jetzt verlangen, wenn auch das Bedürfnis momentan noch gar nicht vorhanden ist, damit wir nicht später wieder diese Gefrettwirtschaft bekommen und die Sache schwer erkämpfen müssen. Heute geht sozusagen das in einem Aufwaschen.

Was aber die andere Linie betrifft, so weiß ich nicht, ob es nicht möglich ist — ich kenne im Augenblick die Entfernung des Mittelpunktes des Wienthales bei der Stubenthorbrücke von der Trace hinter dem Hauptzollamte nicht —, aber ob es nicht doch möglich ist, dort mit einer Contracurve vom Wienthale selbst diese Verbindung zu erreichen. Ich glaube, man sollte das nicht so kurz abthun, und es wäre doch der Mühe wert, wenigstens einen Moment darüber nachzudenken, ob es nicht möglich wäre, durch eine Contracurve vom Wienthale aus bei der Stubenthorbrücke hinauf zu gelangen bis zur Verbindungsbahn; man könnte ja sogar auf dieser kurzen Strecke bis zum Maximum, bis an die Grenze gehen, die überhaupt erlaubt ist. Das würde jedenfalls vorzuziehen sein, wenn wir dadurch dieses ganze häßliche Stück von der Centralmarkthalle bis zum Schwarzenbergplatz wegbringen würden. Selbstverständlich müssten wir, wenn die Absicht wirklich vorhanden ist, Baublocks dort anzulegen und deshalb die Wienfluss-Cunette zu verändern, dies entschieden perhorrescieren, denn wir wollen das Wienthal freihalten und nicht zu solchen Speculationen verwenden.

Ich mache Sie daher jetzt darauf aufmerksam, dass Sie darauf bestehen. Es wird uns auch sehr interessieren, ob die Linie über den Ring oder die Lastenstraße projectiert ist, denn wenn sie auf dem schmalen Streifen zwischen Ring- und Lastenstraße hineingeht, so nahe als möglich am Wienfluss, so ist dadurch die Möglichkeit der Lastenstraße gegeben. Wenn wir aber an der Schwarzenberg-

brücke herausen bleiben, im äußern Kreise durch den Resselpark gehen, dann müssen wir auf die Ringstraße hinein. Das sind zwei Dinge, die so innig zusammenhängen, dass man sie nicht trennen kann. Ich will noch eine Bemerkung machen bezüglich der Unternehmung Krauß & Comp. und schließe mich vor allem der Ansicht an, dass es nicht angeht, eine Unternehmung zu nehmen, und ihr die Sache an den Hals zu werfen. Es hat ein Herr Vorredner gesagt, dass der Regierung der Muth gefehlt hat, soviele Millionen mehr zu verlangen. Ich glaube, es ist ein anderer Grund, nämlich die Firma Krauß & Comp. hat für das Handelsministerium das Project gemacht, oder wenigstens den größten Theil der Projecte gemacht. Nun wäre es das einfachste, dass das Handelsministerium der Firma Krauß & Comp. die Arbeiten anständig bezahlt, aber das wollen die Herren nicht. Die Bezahlung soll in einer anderen Form erfolgen, in der Form, dass man ihr die einzige Strecke, welche ein Erträgnis verspricht, an den Hals wirft, und dagegen müssen wir uns wehren. Ich habe gegen die Firma Krauß nichts, kenne die Herren nicht, kümmere mich auch nicht darum, dass man behauptet, es sei eine Schwägerschaft Schuld, dass die Unternehmung eine Linie bauen dürfte, welche andere Unternehmungen nie haben bauen dürfen. Diese Geschichte zieht sich fort und geht weiter. Das ist so bei Freundschaften wie bei Schwägerschaften. Das Sprichwort lautet: „Wer den Papst zum Vetter hat, kann leicht Cardinal werden." Das sind übrigens Privatgeschichten, die uns nichts kümmern, aber wir haben keine Hand dazuzugeben, um solche Dinge zu unterstützen, deshalb bin ich für den Antrag des Herrn Collegen Dr. Lueger bezüglich der ersten zwei Punkte, bezüglich der Verbindung schließe ich mich dem Antrage des Herrn Collegen Neumann an.

Gem.-Rath Tagleicht: Ich werde mich kurz fassen; ich werde es nicht so machen wie der Herr Vorredner, der versprochen hat, kurz zu sprechen, aber nicht Wort gehalten hat. Unter der großen Zahl von Vorschlägen, welche in der That Verbesserungsvorschläge sind gegenüber den Anträgen des Herrn Referenten, ist es wohl wünschenswert, dass der Gemeinderath eine große Anzahl derselben annehmen möge, und ich würde kein Wort verlieren, hätte mich nicht der Antrag des Herrn Dr. Lueger dazu veranlasst. Er betrifft den Antrag, dass der Gemeinderath seine Bereitwilligkeit aussprechen möge, selbst um die Concession über die in Debatte gestandene Theilstrecke der Stadtbahn einzukommen. Ich glaube, dass dieser Antrag nicht ernst zu nehmen ist. (Rufe links: Oho!) Ich kann mir nicht vorstellen, dass ein Antrag auf eine wenige Kilometer lange Theilstrecke der Stadtbahn als eine für die Gemeinde Wien selbst zu concessionierende Theilstrecke aufgefasst werden soll vermöge der allgemeinen Verrechnungs-Modalitäten und namentlich der Kosten, welche in diesem Falle die Gemeinde auf sich nehmen müsste. — Ich spreche daher meine Meinung aus, dass dieser Antrag des Herrn Dr. Lueger nicht angenommen werde, da es wohl ganz ungerechtfertigt ist, eine Theilstrecke als Eigenthum zu besitzen, welche mittels Concession erst declariert werden soll. — Ich möchte darauf aufmerksam machen, nachdem die Gemeinde Wien ohnedies der Eigenthümer dieser Bahn sein wird (Widerspruch) nach ihrer Fertigstellung, und es entfällt daher jedes Bedenken (Rufe: O nein!) in dem Maße, weil die Gemeinde Beiträge zur Erbauung dieser Bahn leistet und weiters die Straßen, welche ja Eigenthum der Gemeinde sind, dies auch bleiben werden. (Widerspruch.) Es ist selbstverständlich, dass der Eigenthumsanspruch der Gemeinde vorhanden ist (Widerspruch) und diesen Anspruch reclamiere ich für die Gemeinde und ich wünsche, dass im Eisenbahnbuch dieser Anspruch vorgemerkt werde. Ich wiederhole, dass ich gegen den Antrag des Dr. Lueger, hauptsächlich bezüglich der Concessionserwerbung oder der Bereitwilligkeit zur Concessionserwerbung seitens der Gemeinde bin.

Gem.-Rath Matzenauer: Meine Herren! Ich habe bisher mich an dieser Debatte nicht betheiligt, weil ich der Meinung bin, dass bei einer vorherrschend technischen Angelegenheit auch in erster Linie Techniker zu sprechen haben. Heute hat mich die Ausführung des Herrn Dr. Lueger aber veranlasst, dennoch das Wort zu ergreifen, weil es nach seinen Ausführungen den Anschein haben könnte, als wenn nur er Liebe zur schönen Vaterstadt Wien hätte, und die, die wir mitgewirkt haben (Widerspruch, Heiterkeit links), zu diesem Antrage des Stadtrathes etwa die Hand bieten wollten zur Verschandlung der Stadt Wien. Ich liebe meine Vaterstadt mindestens ebenso wie Dr. Lueger und will keine Verschandlung der Stadt, aber eine Stadtbahn ohne irgend welche Unannehmlichkeiten gibt es eben nicht. Wie Fogerty sein Project vorgelegt hat, ist ein Schrei der Entrüstung durch die Stadt gegangen, dass man die Bahn am Donaucanal führen will, dass man die Ringstraße mit einer Hochbahn überspannen will, u. s. w. Heute haben wir merkwürdiger Weise von einem anderen schon angekündigt erhalten, dass er die Hochbahn für den Donaucanal reclamieren wolle.

Es scheint, dass der Geist Fogerty wieder umgeht. Nun hat Herr Dr. Lueger die Übelstände, welche bei der Wienthallinie vorhanden sind, in den schwärzesten Farben geschildert, wie wir es bei ihm, wenn er gegen etwas auftritt, zu hören gewöhnt sind. Ich habe namentlich den Geist, der stets verneint, herausgehört. Wenn er uns in erster Linie sagt, er verzichtet lieber auf die Bahn, so ist es eben der Geist, der stets verneint .... (Gem.-Rath Rauscher ruft: Weil er recht hat!) Ich bitte, wenn Sie das Wort haben, dann sprechen Sie, jetzt habe ich das Wort! .... Ich glaube also, dass wir nicht so weit sind, dass wir auf die Stadtbahn verzichten wollen. Wir sind auch nicht, glaube ich, soweit, dass wir dem Dr. Lueger auf dem Wege folgen, den er uns anräth, dass wir die Stadtbahn selbst bauen sollen. Wir werden Millionen ausgeben müssen für die Wasserversorgung, wir werden Millionen ausgeben für die Erwerbung der Gaswerke, ob wir die bestehenden erwerben oder ob wir neue erbauen, wir werden Millionen ausgeben für die Einwölbung wie die Wienflussregulierung, wir werden Millionen ausgeben infolge der Einbeziehung der Vororte.

Meine Herren! Ich glaube das sind Millionen genug. Der Herr Führer der Opposition hat gut reden, uns jetzt in Millionen hineinzujagen und wenn infolge dieser vielen Millionen die nöthige Verzinsung und Amortisation dieses Anlagecapitales neue Steuern erfordert, dann wird er der erste sein, der über die Misswirtschaft der Majorität schreien (Gelächter links) und sagen wird: Das sind die Folgen Euerer Finanzwirtschaft! Das kennen wir, uns zuerst in große Ausgaben hineinhetzen, resp. bei den Ausgaben in der splendidesten Weise sagen: Da liegt an ein paar Millionen Gulden nichts, da verzichten wir auf Millionen, für das wollen wir Geld ausgeben, und dann wenn die Rechnung präsentiert wird, entsetzt sagen: Das ist Eure Wirtschaft, das ist die Finanzwirtschaft der Majorität, jetzt müssen wir eine neue Steuer ausschreiben! (Sehr richtig! rechts.) Das ist sehr bequem für die Opposition, aber wie

ich glaube, kein Anlass, dass wir ihr folgen. Ich werde also den Herren auf diesem Wege nicht folgen.

Ich bitte auch zu bedenken, dass, wenn man sagt, man baut die Wienthallinie, man naturgemäß auch die Ringlinie — ob auf dem Ring oder auf der Lastenstraße — bauen muss, und wieviel Millionen das kostet, das möge er sich selbst berechnen.

Ich habe auch nicht gehört, dass eine Stadtbahn, in den ersten Jahren wenigstens, rentabel ist; wenigstens hat die Geschichte der Londoner Metropolitanbahn und der Berliner Stadtbahn uns von dem Gegentheil belehrt. Ich werde also Herrn Dr. Lueger in seinen Rathschlägen, die er heute gegeben hat, nicht folgen.

Gem.-Rath Dr. Vogler: Ich möchte nicht auf das vielfach gestreifte Gebiet der heutigen Debatte folgen und mich in das Princip der Wienthallinie nicht einlassen. Ich möchte nur mit einigen Worten, um eine Thatsache festzustellen, eine kleine juristische Frage hier berühren. Wir besitzen ein Gesetz, welches sich auf die Concessionierung von Hauptbahnen bezieht und wir besitzen dann wieder ein Gesetz, welches sich ausschließlich auf die Concessionierung von Localbahnen bezieht. Zwischen diesen beiden Gattungen von Gesetzen gibt es aber einen gewaltigen Unterschied, und dieser besteht insbesondere für die Commune und Gemeindevertretungen darin, dass bei Localbahnen gegenwärtig auf Grund des heute inkraft bestehenden Localbahngesetzes Gemeindestraßen nur mit Zustimmung der zur Erhaltung verpflichteten in Anspruch genommen werden können, und der Vorgang bei der Errichtung einer solchen Localbahn ist in der Regel der, dass die betreffende Unternehmung, welche sich um die Concession für eine solche Bahn bewirbt, zunächst an die betreffende Gemeindevertretung herantritt und mit derselben über die Bedingungen der eventuellen Straßenbenützung u. s. w. sich ins Einvernehmen setzt. Hier hören wir auf einmal, dass eine Wienthallinie, welche in dem Programme über die Verkehrsanlagen ausdrücklich als eine Localbahn bezeichnet wird, unter einem bei einer Tracenrevision bezüglich von Hauptbahnen gleichfalls einer solchen unterzogen werden soll, ohne dass, wenn ich nicht irre, irgend ein Unterschied in Bezug auf die eine und die andere Linie gemacht wird. Die Tracenrevision kann doch bei den anderen Linien, über welche wir bereits berathen haben, nur auf Grund der im allgemeinen geltenden Eisenbahngesetze ausgeschrieben werden, bezüglich dieser Linie aber doch nur auf Grund des Localbahngesetzes. Allerdings, meine Herren, wenn dieses Programm einmal Gesetzeskraft haben wird, wird die Sache einigermaßen anders stehen.

In diesem Programme heißt es unter anderem, dass die unentgeltliche Benützung öffentlicher Straßen und darunter auch von Gemeindestraßen, insoferne dadurch die Straßen ihrer Bestimmung für den öffentlichen Verkehr nicht entzogen werden, der Unternehmung eingeräumt wird und in dem letzten Artikel dieses Programmes heißt es, dass auch das Enteignungsrecht bezüglich aller dieser Verkehrsanlagen in Gemäßheit des Enteignungsgesetzes vom Jahre 1878 zuerkannt werden soll, beziehungsweise, dass dieses Enteignungsgesetz auf alle diese Verkehrsanlagen Anwendung zu finden habe. Wie man aber heute, wo dieses Programm gewiss noch nicht Gesetzeskraft erlangt hat, in dieser Weise vorgehen kann, ist mir unbegreiflich, und ich glaube, dass die Gemeinde Wien heute in der Lage wäre, einfach zu erklären: Ich lasse mich auf eine Äußerung überhaupt gar nicht ein, und die ganze Tracenrevision bezüglich der Wienthallinie und der anderen Localbahnen wäre damit gegenstandslos; denn ohne die Gemeinde Wien, deren Straßen man zur Errichtung der Bahn unbedingt braucht, kann man nichts machen.

Es ist auch sehr viel gestritten worden, ob das Programm einen Vertrag oder ein Gesetz bildet, wahrscheinlich ist es beides. Mir ist die Formulierung, wie es im Abgeordnetenhause vorgelegt wurde, nicht recht in Erinnerung. Wenn es so vorgelegt wurde wie uns, dass das Abgeordnetenhaus nur seine Zustimmung zu geben hatte, so weiß ich nicht, ob damit überhaupt ein Enteignungsrecht seitens der gesetzgebenden Gewalt ausgesprochen werden kann; denn ein Enteignungsgesetz, eventuell die Bestimmung, dass das bestehende Enteignungsgesetz auf einen anderen Fall Anwendung zu finden habe, kann nur im Wege eines wirklichen Gesetzes erfolgen, aber nicht, indem der Reichsrath einfach die Mittel für irgend welche Unternehmungen bewilligt und nebenbei erklärt, er ist mit einem Programme, welches jemand ausgearbeitet hat, einverstanden. Ich will gar keine Anträge stellen, ich wollte, damit über die Sache nicht geschwiegen werde, zu den vielen Merkwürdigkeiten, zu welchen diese Bahn Anlass gegeben hat, diese juristischen Merkwürdigkeiten hier angeregt haben und damit schließe ich. (Bravo! Bravo! rechts.)

Stadtbaudirector Berger: Ich möchte einige Punkte berühren, welche für die Entschließung des wohllöblichen Gemeinderathes wichtig zu sein scheinen. Es ist von mehreren Herren darauf hingewiesen worden, dass die Lösung, beim Kinderpark den Anschluss an die Verbindungsbahn zu suchen, schädigend sein würde, weil die Bahn an der Grenze des Kinderparkes geführt wird, und dass sich die Sache technisch leichter lösen ließe, wenn die Bahn im Wienthale fortgeführt und später der Anschluss gemacht würde. Ich erlaube mir, daran zu erinnern, das solche Projecte da waren und vom löblichen Gemeinderathe verworfen wurden. Denn der eine Anschluss ist in der Weise gedacht, dass der Kinderpark der Quere nach durchzogen wird, um bei der Karolinenbrücke beim Münzamte das Hauptzollamt zu erreichen. Das zweite Project hat Herr Gem.-Rath Rosenstingl erwähnt; dort war eine Veränderung unterhalb der Stubenbrücke gegen das Hauptzollamt quer durch den Eislaufplatz. Diese Linie ist perhorresciert worden, weil der Eislaufplatz, der für Markthallenzwecke bestimmt ist, ganz zerschnitten und weil die Einmündung am unteren Ende des Bahnhofes stattfinden würde, was gar keinen Zweck hätte. Diese Lösungen sind nicht neu, sind aber vom löblichen Gemeinderathe verworfen worden.

Was die Verbindung des Westbahnhofes mit der Wienthallinie betrifft, so habe ich mir erlaubt, ausdrücklich zu erwähnen, dass das vorgeschlagen war und jetzt in einer anderen Weise gelöst werden soll. Ich muss aufmerksam machen, dass es nicht anders geht, als mit vier Geleisen, denn man kann den Localverkehr mit dem Vollbahnverkehr nicht vermengen.

Der Hinweis darauf, dass das beispielsweise heute auf der Südbahn möglich ist, trifft nicht zu, denn die Südbahn fährt mit ihren Vollzügen über Pottendorf, obwohl sie auch an Sonntagen keinen 5- und 10-Minutenverkehr hat. Man kann nicht von einer Verspätung großer Züge den ganzen Verkehr Wiens abhängig machen, denn es werden sich die Züge in den Wiener Verkehr nicht einfügen; aber man muss auf eine viergeleisige Bahn rechnen, weiter darauf, dass eine Verbindung nur dann möglich ist, wenn das Gumpendorfer Schlachthaus aufgelassen wird, dann würden sich die Schleifen entwickeln lassen. Oder man müsste auf die alte Idee zurückgreifen, die Bahn als Hochbahn zu bauen, um die Kreuzungen durchführen zu können. Ich möchte auf diese Con-

sequenzen aufmerksam gemacht haben. Technisch zu lösen ist es, schlecht wird es nicht sein, wenn man mehr Geleise hat, aber die Schwierigkeiten, die damit verbunden sind, wollen in Betracht gezogen werden.

Was schließlich die Anlage der Bahn bei der Technik, den großen schönen Platz zwischen der Karlskirche und der Elisabethbrücke anbelangt, wo beanständet wird, dass ein neuer Graben aufgeworfen wird und die Wien seinerzeit verdeckt werden soll, so möchte ich darauf aufmerksam machen, dass der löbliche Gemeinderath wiederholt über diese Lösung berathen hat und ich möchte darauf zurückgreifen, dass das erste Project der Wienfluss-Regulierung dem Gemeinderathe mit einer Bilanz vorgelegt wurde, aus welcher hervorgieng, dass für zu verkaufende Baugründe 14 Millionen eingenommen werden könnten. Damals war der Wien-Boulevard nur mit 45 m und eine Hochbahn in der Mitte gedacht. Es ist im Laufe der Verhandlungen beanstandet worden, dass man die Parkanlagen zerstören muss, und man hat fort und fort reduciert, und bei der letzten Vorlage wurde noch auf eine Einnahme — nicht von 1 bis 2 Millionen, wie heute immer gesagt wird, — sondern von 5 bis 6 Millionen gerechnet. Er hat thatsächlich darauf gerechnet, dass das alte Wienflussbett zum Theile für Bauplätze verwendet werden soll. Ich fühle mich als Beamter verpflichtet, hierauf aufmerksam zu machen; mir speciell wäre es auch lieber, wenn der löbliche Gemeinderath die ganzen Plätze freiläßt und nichts verbauen läßt. Nur muss er mit der Consequenz rechnen, dass dann ein Ausfall von 6 Millionen eintreten wird. Wenn auf diese 6 Millionen verzichtet werden kann, dann kann allerdings der Wienfluss entweder im heutigen Bette belassen werden mitsammt der Stadtbahn, oder wenn er in ein neues Bett gelegt wird, kann im alten Bett eine Parkanlage geschaffen werden. Dann kann man die schönheitlichen Wünsche erfüllen. Wenn man aber rechnen muss — und ich werde jedenfalls, wenn es sich um die Kosten handelt, beim Worte genommen werden — muss man daran denken, dass man nicht durch eine Abänderung die 6 Millionen Einnahmen streicht. Darauf will ich aufmerksam machen, damit der löbliche Gemeinderath bei seiner Beschlussfassung von allem unterrichtet ist.

Referent (zum Schlusswort): Zuerst will ich darauf zurückweisen, dass ich bei Beginn der Debatte ausdrücklich erklärt habe, der Stadtrath stehe auf dem Standpunkte, dass das alles nur informatorische Erklärungen sind, die wir abgeben, dass wir überhaupt, bevor die Commission zusammengetreten ist, eigentlich gar nicht berechtigt wären, irgend welche Meinung auszusprechen, weil die Projectsverfassung und alles, was damit zusammenhängt, Sache der Commission ist. Im Programme ist aber vorgesorgt auch für alle jene Fälle, wenn die Commission sich dafür entscheiden sollte, an Concessionäre irgend eine Bahnlinie abzutreten. Der Gemeinderath als solcher, wie auch die Vertreter der Gemeinde haben sich bei jeder Gelegenheit auf das entschiedenste gegen die Concessionierung ausgesprochen.

Diese Thatsache will ich neuerdings constatieren, aber ich will neuerdings sagen, dass wir heute gar nichts weiter zu thun haben, als privatim unsere Meinung auszusprechen, und ist es der Commission vorbehalten, *überhaupt* irgend welche Entscheidungen zu treffen. Wenn wir heute um ½11 Uhr nachts plötzlich beschließen wollten, die Bahn in eigener Regie zu bauen — so glaube ich, dass das nicht gut möglich sein wird, weil das ein Unternehmen von so kolossaler Tragweite ist, das wir jedenfalls eine sehr genaue Berechnung über die Kosten und das zu erwartende Erträgnis haben müssten, bevor wir irgend einen Beschluss fassen.

Was aber die Änderung der Linien anbelangt, welche Herr Gem.-Rath Dr. Lueger ebenfalls beantragt hat, so bitte ich zu berücksichtigen, welche Consequenzen das hätte. Einer der härtesten Kämpfe in der Enquête war der um den Knotenpunkt beim Hauptzollamt. Wenn jemand zur Südbahn hinübergeht, von der Donaucanallinie oder welchem Punkt immer zur Südbahn oder von der Wienthallinie in den Prater, muss er vom Hauptzollamt heraufkommen. Sie können welche Richtung immer wählen, von der oder in welche Sie kommen wollen, Sie brauchen immer die Verbindungsbahn gerade an dieser Stelle des Hauptzollamtes als Knotenpunkt. Wenn wir also jetzt wieder davon abgehen und sagen würden, wir sind ganz zufrieden, wenn man mit der einen Linie unten durch, mit der anderen darüber fährt, so wäre dies das Aufgeben eines Standpunktes, welchen wir so schwer erreicht haben, wobei wir froh sein müssen, dass wir soweit sind.

Ich habe schon erwähnt, dass es gewiss noch weitere Verbesserungen gibt und dass auch jede weitere Linie, die wir anschließen können, erwünscht wäre, z. B. die Verbindung am Gürtel, die Herr Gem.-Rath v. Neumann wünscht, wenn wir aber heute auch alle Wünsche nennen, so müssen wir doch nicht etwas dafür aufgeben, was wir schon erreicht haben. Wenn wir heute sagen wollten, wir wollen auch eine Verbindung nach der Westbahn hin, verzichten aber auf einen wichtigen Knotenpunkt, so kann dem niemand beistimmen, der überhaupt die Stadtbahn will.

Die übrigen Einwürfe, die gegen diese Linie gemacht wurden, lassen sich alle beheben. Die Plätze werden gewiss nicht so verunstaltet werden, keine Vedute wird verstellt werden, auch beim Polytechnicum und bei der Karlskirche nicht. Dass man die Linienführung gänzlich aufgibt, weil man etwas fürchtet, was nicht geschehen wird, und eine Linie vorschlägt, die nicht durchführbar ist, das geht nicht.

Wenn man die Wienthallinie am linken Ufer fortführen würde, so würde man mitten durch den Stadtpark kommen, und das wäre jedenfalls eine größere Verunstaltung, als wenn die Bahn am Rande des Stadtparkes fährt. Wenn man zwischen der Tegetthoff- und Schwarzenbergbrücke eine Rampe anlegt, so ist das gewiss weniger verunstaltend, als wenn man die Rampe dort macht, wo sie Herr Gem.-Rath Rosenstingl plant, nämlich vom Stadtpark und über das Hauptzollamt. Dadurch würde die Ungargasse abgeschnitten, und das wäre viel bedauerlicher, als die Steigung in dieser kurzen Strecke, die überdies durch die Gartenanlage maskiert wird. Ich bitte Sie also, diese Stadtbahn-Anträge im Principe zu genehmigen und in die Specialdebatte einzugehen.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Ich werde mich ganz kurz fassen. Gegenüber dem Herrn Dr. Friedjung bemerke ich thatsächlich, dass in meinem Antrage III keineswegs ein Verzicht auf irgend eine Verbindung mit dem Prater enthalten ist, sondern bloß die Negation vorkommt gegen die jetzt vorgeschlagene Weise. Ich constatiere weiter gegenüber dem Herrn Collegen Tagleicht, dass für den Fall, als die Concession an die Firma Krauß & Comp. ertheilt wird, nach Ablauf der Concessionsdauer das Eigenthumsrecht von der Bahn nicht der Gemeinde, sondern dem Staate zufällt. Ich übergehe die Bemerkungen des Herrn Gem.-Rathes Matzenauer, um keinen Misston in die Verhandlung zu bringen. (Beifall links.) Gegenüber Herrn Dr. Vogler bemerke ich thatsächlich, dass seine Anschauung wohl richtig ist, dass aber in dem

Gesetzentwurfe, der vom Abgeordnetenhause beschlossen wurde, ausdrücklich das Enteignungsrecht vorkommt und dass hierüber auch ein Gemeinderaths-Beschluss vorliegt. Gegenüber dem Herrn Baudirector bemerke ich schließlich, dass die betreffenden Erwerbungen eben zu einer Zeit ins Auge gefasst wurden, als vom Landtage und Reichsrathe noch kein Beitrag zur Wienfluss-Regulierung bestimmt war und die Stadt Wien eventuell sämmtliche Kosten aus eigenem zu tragen gehabt hätte. Damit schließe ich.

Gem.-Rath Dr. Friedjung: Ich berichtige dem Herrn Dr. Lueger gegenüber thatsächlich, dass sein Antrag wegen Führung dieser Linie ausschließlich, und zwar nicht nur von mir, sondern auch von allen späteren Rednern so aufgefasst wurde, wie er ist, so dass wir darnach unsere Abstimmung einrichten müssen.

Stadtbaudirector Berger: Ich constatiere, dass dem Gemeinderathe seinerzeit ein Wienfluss-Regulierungsproject vorlag, in welchem genau nachgewiesen war, und welches nur unter der Bedingung genehmigt wurde, dass Staat und Land ausgiebige Beiträge leisten, dass also dieselben vollständig mitcalculiert waren.

Referent: Ich muss auch constatieren, dass damals genau gesagt wurde, das Project kostet achtzehn Millionen, die Regierung zahlt vier Millionen, die Gemeinde vier und das Land vier, und sechs Millionen machen die Bauplätze aus.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wir schreiten zur Abstimmung. Es sind von Herrn Dr. Lueger folgende Anträge gestellt worden:

1. Die Gemeinde Wien spricht sich gegen die Verleihung der Concession an Krauß & Comp. aus.

2. Der Gemeinderath behält sich vor, wenn der Bau dieser Bahn nicht von der Commission für Verkehrsanlagen in eigener Regie durchgeführt wird, um die Concession zur Erbauung dieser Bahn anzusuchen.

3. Die Gemeinde Wien spricht sich mit aller Entschiedenheit gegen die Trace von der Elisabethbrücke bis zur Einmündung in die Donaustadtlinie aus, da hiedurch die Helenengasse, die Obere und Untere Viaductgasse verengert, die Durchführung der Marxerstraße gegen die Ringstraße, die bisherige Benützung zweier Geleise zu Markthallenzwecken unmöglich gemacht, der Kinderpark, der Reservegarten, die Anlagen am Schwarzenbergplatz, dann vor der Karlskirche und der Technik beinahe zur Gänze zerstört werden.

Für den Fall der Nichtbeachtung dieser Beschlüsse erklärt der Gemeinderath ꝛc.

Dann kommen die Specialbedingungen. Ich bringe die Anträge gesondert zur Abstimmung, und zwar den ersten Antrag des Herrn Dr. Lueger: „Die Gemeinde spricht sich gegen die Verleihung der Concession ꝛc. aus." Die Herren, welche zustimmen, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen. (Bravo-Rufe.)

Punkt 2: „Der Gemeinderath ꝛc." Die Herren, welche mit diesem Antrage einverstanden sind, bitte ich, aufzustehen. (Geschieht.) Es sind 30 Stimmen dafür. Ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause:) Es sind 27 Stimmen dagegen. Der Antrag ist sohin angenommen. (Beifall.)

Es kommt nun zur Abstimmung der Antrag Nr. 3. Die Herren, welche zustimmen, bitte ich die Hand zu erheben. (Geschieht. — Nach einer Pause:) Bitte sich gefälligst zu erheben. (25 Stimmen dafür.) Bitte um die Gegenprobe. (28 Stimmen dagegen.) Dieser Antrag ist abgelehnt.

Ich bitte den Referenten, fortzufahren.

Referent: D. Wienthallinie. Jetzt kommen die verschiedenen Specialbedingungen:

a) Nachdem in dem vorliegenden Übersichtsplane auch die Fortsetzung der Wienthallinie von der Stiegergasse aufwärts nicht durch eine punktierte, sondern durch eine stetige Linie eingezeichnet ist, wird mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, dass diese Trace als eine sofort auszuführende bezeichnet erscheint, wodurch dem in der Sitzung vom 27. Jänner 1892 ausgesprochenen Wunsche des Gemeinderathes Rechnung getragen ist.

Hier wird darauf hingewiesen, dass der Gemeinderath selbst diese Linie gewünscht habe, und dass sie ausgeführt werden soll.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wünscht jemand das Wort? (Nach einer Pause.) Keine Einwendung; daher angenommen.

Referent: b) Es wird das Ersuchen gestellt, das Project für diese Strecke sobald als möglich auszuarbeiten, damit die nothwendigen Anhaltspunkte für die Ausarbeitung des Wienflussprojectes und die Durchführung des letzteren geboten sind."

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? (Niemand meldet sich. — Nach einer Pause.) Angenommen.

Gem.-Rath Tagleicht (zur Geschäftsordnung): Ich beantrage mit Rücksicht auf die vorgerückte Zeit den Schluss der Sitzung.

Gem.-Rath Dr. Lueger (zur Geschäftsordnung): Ich beantrage dasselbe.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Es ist Schluss der Sitzung beantragt. Ich bitte diejenigen Herren, welche dem Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht. — Nach einer Pause.) Angenommen.

(Schluss der öffentlichen Sitzung um $^3/_4$11 Uhr nachts.)

Stadtrath.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom 19. Mai 1892.

Vorsitzende: Bürgermeister Dr. Prix,
1. Vice-Bürgermeister Dr. Borschke,
2. Vice-Bürgermeister Dr. Richter.

Anwesende:

Boschan,	v. Neumann,
v. Goldschmidt,	Noske,
v. Götz,	Rückauf,
Dr. Grübl,	Schlechter,
Dr. Hackenberg,	Schneiderhan,
Dr. Huber,	Dr. Stenzl,
Kreindl,	Vaugoin,
Dr. Lederer,	Dr. Vogler,
Matzenauer,	Witzelsberger,
Meißl,	Wurm.
Müller,	

Beurlaubt: Dr. v. Billing.
Experten: Baudirector Berger, Bibliotheksdirector Dr. Glossy.
Schriftführer: Magistrats-Concipist Appel.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke eröffnet die Sitzung.

St.-R. Meißl entschuldigt sein späteres Erscheinen wegen Theilnahme an einer Cassenscontrierung.

St.-R. Schneiderhan referiert über den Recurs des Sodawasser-Verschleißers Gustav Dobner gegen die vom magistratischen Bezirksamte für den XII. Bezirk verweigerte Aufstellung des Sodawasserkastens bei der Lobkowitzbrücke in Meidling und beantragt, die Aufstellung des Kastens auf demselben Platze, an welchem derselbe bereits durch drei Jahre gestanden sei, zu genehmigen.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Musikvereines in Meidling um Überlassung des Turnsaales in der Mädchen-Volksschule XII., Ehrenfelsgasse und beantragt, die unentgeltliche und widerrufliche Überlassung desselben in der Zeit vom 1. October bis 30. Juni jeden Jahres, und zwar an Donnerstagen von ½7 bis 8 Uhr abends sammt Beistellung der Beleuchtung und Beheizung seitens der Gemeinde Wien zu genehmigen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über drei Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt, dem

Linek Johann, Schrauben- und Nietenmacher,
Hödl Franz, Claviermacher,
Wyhart Math., Gastwirt

das Bürgerrecht zu verleihen. (Angenommen.)

St.-R. Dr. Lederer referiert über den von der Gemeinde Währing fixierten Kaufpreis von 20 fl. per Quadratklafter für die an die Karl Badstieber'schen Erben im Ausmaße von 59·34 □° und an Johann Kahlig im Ausmaße von 8·06 □° veräußerten Theile des Währinger Bachbettes und beantragt die nachträgliche Genehmigung.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Wiener Frauen-Erwerb-Vereines um Bewilligung einer Subvention für die folgenden Jahre und beantragt: Es sei dem Wiener Frauen-Erwerb-Vereine für die Jahre 1893, 1894 und 1895 eine Subvention von je 1000 fl. ö. W. zu bewilligen.

St.-R. Matzenauer beantragt, wie bei ähnlichen Fällen es geschehen ist, diese Bewilligung an den Vorbehalt des Widerrufes und an die Bedingung der Vorlage des Rechenschaftsberichtes zu knüpfen.

Der Referenten-Antrag wird mit dem Zusatz-Antrage des St.-R. Matzenauer angenommen; an den Gemeinderath.

— **Derselbe** referiert über die Besetzung zweier communaler Stiftplätze an der Wiener Handels-Akademie und beantragt, dieselben dem Aug. Riedel und Hermann Heß zu verleihen.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des prov. Dieners der Gemeinde Ottakring, Karl Birgowitsch, um Anweisung der Bezüge eines Aushilfsdieners und beantragt, dem Genannten die Bezüge eines Aushilfsdieners von 1 fl. 30 kr. täglich zu bewilligen.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über den Erlass der hohen k. k. n.-ö. Statthalterei vom 1. Jänner 1892, Z. 67200, bezüglich der Anfrage des k. k. Gewerbeinspectors, ob das Lagerhaus inspectionspflichtig sei und beantragt, zu beschließen, dass für den Stadtrath kein Anlass zu einer Äußerung vorliege, da der Magistrat als politische Behörde zur Berichterstattung aufgefordert wurde.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Rechtsconsulenten des städtischen Lagerhauses, Dr. Ebermann, um Erhöhung seines Jahreshonorares ab 1. Jänner 1892 von 1200 fl. auf 2000 fl. und beantragt, dem Ansuchen zu entsprechen.

Es wird die Vertagung beschlossen zum Zwecke der Einholung der Äußerung des Bürgermeisters.

— **Derselbe** referiert bei Anwesenheit von 18 Stadträthen über die Anweisung der Pension für die Buchhaltungs-Officialswitwe Fanny Pischinger und beantragt, der Genannten die normalmäßige Witwenpension von jährlich 400 fl. und deren Stiefsohne Otto Georg Engelbert Pischinger den normalmäßigen Erziehungsbeitrag von 130 fl. jährlich bis zur Erreichung des Normalalters oder einer etwaigen früheren Versorgung zu bewilligen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Rückauf wegen Ernennung der Rudolfsheimer Bürger zu Wiener Bürgern und beantragt, zu beschließen:

1. Die Gemeinde Wien ist bereit, den Bürgern der ehemaligen Gemeinde Rudolfsheim das Wiener Bürgerrecht ohneweiters zu verleihen und ihnen die Rechte als Wiener Bürger zuzugestehen, sobald sie im Sinne des § 8 des Wiener Gemeindestatutes darum ansuchen.

2. Demnach ist dem § 5 des Statuts für den Rudolfsheimer Bürgerversorgungsfond vom 28. Jänner 1871 sowie dem Gemeindeausschuss-Beschlusse vom 16. December 1890 gemäß der Rudolfsheimer Bürgerversorgungsfond dem Wiener Bürgerspitalsfond einzuverleiben.

3. Die Rechte der Witwen der ehemaligen Rudolfsheimer Bürger bleiben aufrecht und sind dieselben den Witwen von Wiener Bürgern gleichzuhalten.

St.-R. Rückauf beantragt, den Rudolfsheimer Bürgern das Bürgerrecht von Wien unter Erlaß der Taxen zu verleihen und den diesbezüglichen Fond dem Wiener Bürgerspitalsfond mit Rücksicht auf das Statut und die späteren Beschlüsse der Gemeinde Rudolfsheim einzuverleiben.

St.-R. Dr. Vogler beantragt, auf Grund der Beschlüsse der Gemeinde Rudolfsheim zu erklären, dass die Gemeinde Wien die Rudolfsheimer Bürger als Wiener Bürger aufnehme, beziehungsweise den Rudolfsheimer Bürgern das Wiener Bürgerrecht mit Erlass der Taxen zu verleihen.

Referent stellt den Eventual-Antrag, den 21 Rudolfsheimer Bürgern das Bürgerrecht der Stadt Wien mit Erlass der Taxen zu verleihen.

Der Antrag Rückauf und die Referenten-Anträge Nr. 2 und 3 werden angenommen.

St.-R. Rückauf referiert über das Ergebnis der neuerlichen Offertverhandlung bezüglich der Lieferung von Mauthausener Würfel- und Randsteinen und beantragt:

a) Dem Anton Poschacher die Lieferung von:

400.000 Stück 7" Mauthausener Würfeln zum Preise von 270 fl. per Mille,

7000 Stück 7" Zwickelsteinen zum Preise von 190 fl. per Mille,

100.000 Stück 5/7/9" doppelt geritzten Pflastersteinen zum Preise von 295 fl. per Mille und

1000 Metern Randsteinen zum Preise von 4 fl. 60 kr. per Meter.

b) Dem J. Straßer die Lieferung von

30.000 Stück 7" Mauthausener Würfeln zum Preise von 270 fl. per Mille und von

10.000 Stück 5/7/9" doppelt geritzten Pflastersteinen zum Preise von 290 fl. per Mille und

c) dem Leopold Heindl die Lieferung von

200.000 Stück 7" Mauthausener Würfeln zum Preise von 270 fl. per Mille,

2000 Stück 7" Zwickelsteinen zum Preise von 190 fl. per Mille und von

1000 Meter Randsteinen zum Preise von 4 fl. 50 kr. per Meter.

d) Dem Leopold Heindl die Lieferung von

100.000 Stück 7" Thurnhofer und schwarz blauen Granitwürfeln zum Preise von 290 fl. per Mille und

25.000 Stück 5/7/7" Parallelepipedsteinen zum Preise von 220 fl. per Mille zu übertragen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Project für die Neupflasterung der Keplergasse zwischen der Sonnwendgasse und Himbergerstraße im X. Bezirke mit dem Kostenerfordernisse von 3256 fl. 48 kr. und beantragt die Genehmigung. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Project für die Neupflasterung der Vereinsgasse von der großen Stadtgutgasse bis zur Kaiser Josefstraße im II. Bezirke mit dem Kostenerfordernisse von 14.071 fl. 40 kr. und beantragt die Genehmigung. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Jakob Studnicka um Bewilligung zur Herstellung einer Verkaufshütte, X. Bezirk, Simmeringerstraße, Parcelle 1897/1 und beantragt, den Antrag des magistratischen Bezirksamtes für den X. Bezirk auf Ertheilung des Bauconsenses mit Rücksicht darauf, dass das Object auf unparcelliertem Grund aufgeführt werden soll und unter der Bedingung, dass das Object auf Verlangen des magistratischen Bezirksamtes jederzeit sofort ohne Anspruch auf Entschädigung beseitigt werde, zu bestätigen.

Über Antrag des St.-R. Schlechter modificiert der Referent seinen Antrag dahin, dass statt „auf Verlangen des magistratischen Bezirksamtes" gesetzt wird „auf Verlangen des Magistrates".

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Herstellung des Kinderspielplatzes nächst der Dresdenerstraße im II. Bezirke und beantragt die Bewilligung eines Zuschusscredites per 251 fl. 49 kr. zu diesem Zwecke.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Anerbieten des Leopold Rath in Neustift a. W. wegen Abfuhr der Laubstreu im Pötzleinsdorfer Wald von den Promenadewegen gegen Bezahlung eines Ablösungsbetrages von 5 fl. und beantragt die Genehmigung.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über den Platzzinsrückstand für den Materiallagerplatz in der Pfefferhofgasse im III. Bezirke pro 1. September 1875 bis 31. Juli 1876 per 297 fl. und den Rückstand an Sachverständigengebür für Untersuchung des Hauses Nr. 7 Pfefferhofgasse im III. Bezirke per 20 fl., zusammen 317 fl. nach Ludwig Harnwolf und beantragt, diesen bereis abgeschriebenen Rückstand gänzlich außer Evidenz zu bringen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Uneinbringlichkeit der für die Gemeinde Hetzendorf per 1891 aushaftenden Gemeindeumlage zu den directen Steuern im Betrage von 4 fl. 76 kr. nach Franz Batter im XII. Bezirke, und beantragt die Abschreibung.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über Hundesteuerrückstände nach zwölf Parteien aus dem III. Bezirke und beantragt die Abschreibung.

(Angenommen.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter referiert über das Ansuchen des Bibliotheks-Directors um Bewilligung eines Credites von 1500 fl. zur Herausgabe eines Kataloges für die Specialausstellung der Stadt Wien auf der internationalen Ausstellung für Musik und Theaterwesen und beantragt die Genehmigung. (Angenommen.)

St.-R. Dr. Stenzl referiert bezüglich der erledigten städtischen Arztensstelle im XV. Bezirke und beantragt:

a) die infolge der Resignation des Wundarztes Franz X. Schmidt in Erledigung gekommene Stelle eines provisorischen städtischen Arztes im XV. Bezirke nicht neu zu besetzen;

b) die Agenden des ausgeschiedenen städtischen Arztes bis auf weiteres den provisorischen städtischen Ärzten Dr. Bernheim und Dr. Schoßberger in der Weise zu übertragen, daß Dr. Schoßberger den beschauärztlichen Dienst in dem ganzen bisher dem F. Schmidt zugewiesenen Todtenbeschaurayon, Dr. Bernheim die Supplierung des städtischen Arztes Dr. Baumgarten und des Dr. Schoßberger bei der Todtenbeschau in allen jenen Fällen übernimmt, in welchen die verstorbene Person von einem dieser städtischen Ärzte behandelt wurde;

c) die dem Franz X. Schmidt bewilligte Remuneration von jährlich 400 fl. in gleichen Theilen den provisorischen städtischen Ärzten Dr. Bernheim und Dr. Schoßberger zuzuweisen, beziehungsweise ihre derzeitige Remuneration um jährlich 200 fl. zu erhöhen.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Bewilligung von Gnadengaben.

Die Anträge des Referenten werden angenommen.

— **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Lehrervereines im Schulbezirke Hernals um Subvention für die Volksbibliothek und beantragt, dem genannten Vereine zur Erhaltung der von demselben gegründeten Volksbibliothek im XVII. Bezirke pro 1892 eine Subvention im Betrage von 230 fl. zu bewilligen, das Ansuchen um unentgeltliche Beistellung des Beheizungs- und Beleuchtungsmateriales, sowie um Gewährung einer Remuneration an die Bibliothekare abzulehnen.

St.-R. Boschan beantragt, die Subvention wie bisher im Betrage von 200 fl. zu bewilligen.

Der Referent erklärt sich einverstanden und wird der Referenten-Antrag angenommen.

— **derselbe** referiert über das Ansuchen der Ersten Kinderbewahranstalt und Privat-Bildungsanstalt für Kindergärtnerinnen um Subvention und beantragt die Bewilligung einer Subvention von 200 fl. für das Schuljahr 1891/92.

(Angenommen; an den Gemeinderath);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Erzherzogin Sophienspitales VII., Kaiserstraße 7 um eine Subvention und beantragt, die bisher gewährte Subvention von 1000 fl. auch für das Jahr 1891 zu bewilligen. (Angenommen; an den Gemeinderath);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen der Deborah Kohn, Unterlehrerin an der Taubstummen-Abtheilung in der Schule IX., Hahngasse 35 um Bewilligung einer jährlichen Remuneration und beantragt im Hinblicke auf § 13 des Gesetzes vom 27. Dec. 1891, L.-G.-Bl. Nr. 67, die Abweisung des Ansuchens.

(Angenommen);

St.-R. Schlechter referiert über mehrere Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt, das Bürgerrecht zu verleihen:

Segatta Bartholomäus, Drechsler;

Bieger Franz, Tapezierer;

Eilenbach Felix, Goldarbeiter. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über vier Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt, das Bürgerrecht zu verleihen dem Milchmeier Knie Karl. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über den Recurs des Moriz Traube, Brantweinschank-Pächters, gegen die vom Magistrate erfolgte Abweisung seines Ansuchens um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt, dem Recurse stattzugeben und dem Genannten das Bürgerrecht zu verleihen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Abschreibung einer Stempelgebür und von Wasserbezugs- und Stempelgebüren und beantragt, die Abschreibung einer Stempelgebür nach Georg Altinger anläßlich rückständiger Wassermehrverbrauchsgebür, III., Ungargasse 24, und von Wasserbezugs- und Stempelgebüren nach Leopold Paßler, III., Linke Bahngasse 1, aus dem Titel der Uneinbringlichkeit zu bewilligen.

Weiters beantragt Referent:

In Zukunft darf jedoch ein Stempelbetrag nicht mehr nachträglich eingehoben werden, sondern ist ein eventueller Stempelbetrag von den Parteien mit der Anmeldung zu erlegen.

Über Antrag des St.-R. Boschan wird der Zusatz-Antrag des Referenten als Ersuchen an den Bürgermeister geleitet.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über einen Rückstand einer Wassermehrverbrauchsgebür und beantragt, die nach der Firma Honus und Lang aushaftende Mehrverbrauchsgebür per 48 fl. 86 kr. für das II. Quartal 1890 aus dem Titel der Uneinbringlichkeit zur Abschreibung zu bewilligen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen der Congregation der Töchter der göttlichen Liebe um Subvention und beantragt, derselben pro 1892 eine Subvention von 100 fl. zu bewilligen.

(Angenommen; an den Gemeinderath);

— **derselbe** referiert über die Vornahme von Reparaturen an dem Maschinenhause der Kaiser Ferdinands-Wasserleitung in Heiligenstadt und beantragt, diese Arbeiten mit dem Kostenbetrage von 990 fl. zu genehmigen und zur Ausgabs-Rubrik XXVI 2 b einen Zuschusscredit von 690 fl. zu bewilligen. (Angenommen.)

St.-R. Rückauf referiert über das Ansuchen der Vienna General-Omnibus-Company um Ertheilung des Consenses für den Bau eines Fouragedepots im X. Bezirk, Simmeringerstraße 166 und beantragt, den Antrag des Magistrates auf Ertheilung des Bauconsenses zu bestätigen, nachdem die nachbarlichen Interessen des Bürgerspitalfondsgrundes durch die bedungene Feuermauer gewahrt erscheinen, und aus bau- und feuerpolizeilichen Rücksichten gegen das Project im übrigen kein Anstand obwaltet. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Mehrarbeiten der Firma H. und F. Glaser bezüglich der Regulierung der Glasergasse in Dornbach und beantragt, die Ausbezahlung des Verdienstbetrages per 673 fl. 75 kr. zu genehmigen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Kirchenmusikvereines der Pfarre zum heil. Paulus in Ober-Döbling und der St. Vincenzconferenz um Subvention und beantragt, Subventionen von je 50 fl. für das Jahr 1892 zu bewilligen.

(Angenommen; an den Gemeinderath);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Vorstehers des XVIII. Bezirkes um Errichtung einer Volksküche für den XVIII. Bezirk und beantragt, das Ansuchen dem I. Wiener Volksküchenvereine zur geneigten Berücksichtigung zu übermitteln. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Vorstehers des XVIII. Bezirkes um Errichtung einer sogenannten Schulküche für arme Schulkinder im XVIII. Bezirke und beantragt, dieses Ansuchen dem Central-Vereine zur Beköstigung armer Schulkinder zur Berücksichtigung zu übermitteln. (Angenommen.)

St.-R. Witzelsberger referiert über eine Kostgelderbewilligung und beantragt, zu den Vorarbeiten für die Errichtung eines eigenen Steueramtes im X. Bezirke sechs Steueramtsbeamte in außerordentlichen Amtsstunden zu verwenden, denselben das Kostgeld von 1 fl. 20 kr. pro Tag zu bewilligen und einen Zuschusscredit von 244 fl. 80 kr. zu genehmigen. (Angenommen.)

(Vice-Bürgermeister Dr. Richter übernimmt den Vorsitz.)

— **Derselbe** referiert über das Ansuchen der k. k. Landwirtschafts-Gesellschaft um Gestattung des Verkaufes der bei der internationalen Nutz- und Zuchtviehschau vom 7. bis 11. September l. J. zur Schau ausgestellten Consumschweine im Ausstellungsraume und beantragt, die Bewilligung zu ertheilen und mit Rücksicht auf die kurze Zeitdauer eine Entschädigung für den Entgang an Marktgebüren nicht zu verlangen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen der Genossenschaft der Marktvictualienhändler um Aufhebung des Verbotes des nachmittägigen Verkaufes auf den Märkten des XVI. Bezirkes und beantragt, der Genossenschaft bekanntzugeben, dass dies Ansuchen bereits über ihr erstes Einschreiten mit Stadtraths-Beschluss vom 13. Mai d. J., Z. 2580, genehmigend erledigt worden ist. (Angenommen.)

St.-R. v. Götz referiert bezüglich der Instandsetzung der Thurmuhr der Kirche in Hietzing und beantragt, von dem in der Sitzung vom 17. d. Mts. gefassten Beschlusse „auf sofortige Vorlage eines Kostenvoranschlages bezüglich Herstellung eines dritten Zifferblattes gegen die Schönbrunnerstraße" Umgang zu nehmen mit Rücksicht auf die bedeutenden Kosten. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über den in der Gemeinderaths-Sitzung vom 12. April l. J. gestellten Antrag des Gem.-Rathes Vincenz Wessely und das Ansuchen mehrerer Bewohner der Parkgasse in Breitensee um sofortige Reparatur und Instandsetzung des Brunnens in der Parkgasse in Breitensee, XIII. Bezirk, und beantragt die Ablehnung.

(Angenommen.)

(Bürgermeister Dr. Prix übernimmt den Vorsitz.)

St.-R. Noske referiert über das Ansuchen des Fabrikanten Friedrich Strauß um Verleihung der Zuständigkeit und beantragt die Gesuchsgewährung. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Vorschreibung der Gefahrenclasse und des Gefahrenprocentes seitens der I. österr. allg. Unfallversicherungs-Gesellschaft für die bei den Erweiterungsbauten der Hochquellenleitung oberhalb des Kaiserbrunnens verwendeten Arbeiter und beantragt, dagegen den Rekurs nicht zu ergreifen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Protokolle der öffentlichen und vertraulichen Sitzungen des Bezirksausschusses des XIII. Bezirkes vom 7. April 1892 und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über den Rekurs des Pferdemäklers Guttmann Schiller gegen die abweisliche Erledigung seines Ansuchens um Verleihung der Zuständigkeit durch den Magistrat und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an den Genannten. (Angenommen);

— **derselbe** referiert bezüglich der Einfriedung des Versorgungshauses am Alserbache und beantragt:

Unter Abänderung des Gemeinderaths-Beschlusses vom 10. April 1891 von der Versetzung des Einfriedungsgitters bei der Versorgungsanstalt im IX. Bezirke Umgang zu nehmen, das an der Stelle m n befindliche Gitter vielmehr zu entfernen und zu eventueller anderweitiger Benützung aufzubewahren; behufs Einfriedung des im Plane B mit a c d e bezeichneten Gartentheiles die Alternative D (Plan D') für die Einfriedung der Vorgärten die Herstellung eines Gitters, bestehend aus 80 cm aus der Erde ragenden Gußsäulen und vier horizontal gespannten Drähten nach Art des vor der Karlskirche verwendeten Gitters mit dem Kostenvoranschlage D per 2531 fl. 85 kr. für die gesammte Arbeit zu genehmigen, wegen Lieferung des Drahtgeflechtes, beziehungsweise der Drähte mit den Firmen Hutter und Schrantz und Johann Meerkatz zu verhandeln und dem Bestbieter die Arbeit hintanzugeben, die übrigen Arbeiten durch die städtischen Contrahenten auszuführen.

Die erwachsenden Auslagen finden in der Position X 17 pro 16.000 fl. Allgemeiner Versorgungsfond Deckung.

St.-R. Matzenauer beantragt die Vorlage eines neuen Kostenvoranschlages bezüglich der Gitterherstellung wie bei der Gartenanlage vor der Votivkirche.

Es wird sonach beschlossen, den Act an den Magistrat zurückzuleiten zur Abänderung der Alternative D in der Art, dass an Stelle der vier parallel horizontal gespannten Drähte einfache Carreaugitter (nach Art der Vergitterung in der Lazarethgasse) zur Verwendung gelangen und sonach Wiedervorlage an den Stadtrath.

St.-R. Wurm referiert über das Offert des Ludwig Karl Zamarski auf Ankauf der Baustelle Einl.-Z. 1252 im I. Bezirke, Sterngasse und beantragt, das Anbot des Ludwig Karl Zamarski auf Ankauf der Baustelle in der Sterngasse Einl.-Z. 1252 im I. Bezirke, Cat.-Parc. 477/1 im Ausmaße von 215·20 m² um den Preis von 144 fl. (Einhundertvierzigvier Gulden) per Quadratmeter anzunehmen. Die von dem Offerenten abgegebene Erklärung, dass er für die allfälligen Adaptierungskosten, welche ihm oder seinen Nachfolgern infolge Herstellung des richtigen Straßenniveaus erwachsen könnten, keine Entschädigung von der Gemeinde Wien verlangen werde, grundbücherlich sicherzustellen.

Ein Drittel des Kaufpreises sei binnen acht Tagen, der Rest gegen 5percentige Verzinsung und grundbücherliche Sicherstellung in vier gleichen Jahresraten mit Vorbehalt der früheren Zahlung zu erlegen. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(Vice-Bürgermeister Dr. Richter übernimmt wieder den Vorsitz.)

— **Derselbe** referiert bezüglich der Decentralisierung des städtischen Steueramtes und beantragt:

1. Bei den magistratischen Bezirksämtern für den II., III., IV., V., VI., VII. Bezirk sind mit 1. Jänner 1893 eigene Steueramtsabtheilungen zu errichten und die diesfalls erforderlichen Vorarbeiten sowohl in administrativer als auch in baulicher Beziehung noch im laufenden Jahre durchzuführen.

Über die Details dieser Durchführung hat der Magistrat nach Einholung des Gutachtens der Steueramts-Direction, beziehungsweise des Stadtbauamtes mit thunlicher Beschleunigung an den Stadtrath zu berichten.

2. Diese vier Steueramtsabtheilungen sind in den Gemeindehäusern der betreffenden Bezirke zu errichten und ist zu diesem Behufe im Gemeindehause des II. Bezirkes auf den Hoftract ein zweites Stockwerk aufzusetzen, im Gemeindehause des III. Bezirkes im ersten Stocke längs der Sechskrügelgasse der nöthige Raum zu schaffen; im Gemeindehause des IV. Bezirkes ist diese Amtsabtheilung im ersten Stocke (Eckwohnung und anstoßende Wohnung) unterzubringen und im Gemeindehause des VII. Bezirkes der Turnsaal in entsprechender Weise zu adaptieren.

Das Stadtbauamt ist anzuweisen, die erforderlichen technischen Projecte, weiters die Kostenanschläge für die innere Einrichtung mit thunlicher Beschleunigung auszuarbeiten und zur Genehmigung vorzulegen.

St.-R. Noske beantragt, die Bureaus im ersten Stocke zu vereinigen und nur den Rest in den zweiten Stock zu verlegen.

(Abgelehnt.)

Der Referenten-Antrag wird angenommen; an den Gemeinderath.

Die Sitzung wird geschlossen.

Allgemeine Nachrichten.

Approvisionierung.

(Der tägliche Fleischmarkt.)

(In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 22. bis 28. Mai 1892.)

1. Fleischsendungen:

a) Für den täglichen Fleischmarkt.

Rindfleisch	184.790	Kg.	(Davon aus Nieder-Österreich — 144.671; aus Ober-Österreich — 3.754; aus Mähren — 15.523; aus Galizien — 16.157; aus Ungarn — 4.685 Kg.)
Kalbfleisch	53.134	„	(Davon aus Nieder-Österreich — 5.169; aus Mähren — 97; aus Galizien — 47.868 Kg.)
Schaffleisch	207	„	(Davon aus Nieder-Österreich — 60; aus Galizien — 147 Kg.)
Schweinfleisch	28.247	„	(Davon aus Nieder-Österreich — 23.426; aus Böhmen — 184; aus Mähren — 216; aus Galizien — 2.649; aus Ungarn — 1.772 Kg.)
Kälber	2.149	Stück	(Davon aus Nieder-Österreich — 15; aus Ober-Österreich — 1; aus Mähren — 37; aus Galizien — 2.090; aus Ungarn — 6 St.)
Schafe	194	„	(Davon aus Nieder-Österreich — 189; aus Galizien — 4; aus Ungarn 1 St.);
Schweine	349	„	(Davon aus Nieder-Österreich — 38; aus Mähren — 9; aus Galizien — 295; aus Ungarn — 7 St.);
Lämmer	36	„	(Davon aus Nieder-Österreich — 32; aus Galizien — 4 St.)

b) Für den Approvisionierungsverein.

Rindfleisch	2.442	Kg.	Kälber	40	Stück
Kalbfleisch	219	„	Schafe	—	„
Schaffleisch	—	„	Schweine	—	„
Schweinfleisch	248	„	Lämmer	—	„

2. Preisbewegung:

Rindfleisch	Siedfleisch	von 38	bis	70	kr.	per Kg.
	Rostbraten u. Rieden	„ 52	„	94	„	„ „
Kalbfleisch		„ 30	„	75	„	„ „
	(extrem	„ 25	„	28	„	„ „)
Schaffleisch		„ 50	„	58	„	„ „
Schweinfleisch		„ 54	„	78	„	„ „
Kälber		„ 30	„	58	„	„ „
Schafe		„ 30	„	48	„	„ „
Schweine		„ 45	„	61	„	„ „
Lämmer		von $3\frac{1}{2}$ fl. bis 6 fl. per Stück.				

Die dieswöchentliche Zufuhr an Fleischwaren war beinahe gleich jener der Vorwoche, die Nachfrage nicht besonders lebhaft und wurden zum Wochenschlusse Kalbfleisch und Kälber um 4 bis 6 kr. per Kilogramm billiger gehandelt.

* * *

(Schlachtviehmarkt vom 30. Mai 1892.)

1. Auftrieb.

Mastvieh — 4094, Weidevieh —.—, Beinlvieh — 469.

Summa . 4563.

Davon — nach Racen:

Ungarische Thiere . . .	2037
Galizische „ . . .	1306
Deutsche „ . . .	1205
Büffel „ . . .	15

Davon — nach Gattungen:

Ochsen	3803
Stiere	309
Kühe	451

2. Preisbewegung.

a) Preis per 100 Kg. Lebendgewicht mit Procentabzug:

Ungarische Schlachtthiere	von 53	bis	$62\frac{1}{2}$	fl.
(extrem	„ 63	„ —		„)
Galizische Schlachtthiere	„ 53	bis	62	„
Deutsche Schlachtthiere	„ 54	„	63	„
(extrem	„ 64	„	65	„)
Stiere	„ —	„	—	„
Kühe	„ —	„	—	„
Büffel	„ —	„	—	„
Beinlvieh	„ —	„	—	„

Diese Preise ermäßigen sich um den beim Handel vereinbarten Procentabzug (auf dem heutigen Markte 35 bis 46 %), welchen der Verkäufer dem Käufer als Entschädigung:
a) für den Gewichtsverlust infolge der Schlachtung;
b) für die minderwertigen Stoffe, wie: Haut, Horn, Blut, Unschlitt 2c.;
c) für die wertlosen Stoffe, wie: Magen- und Darminhalt 2c. zugesteht.

b) Preis per 100 Kg. Lebendgewicht ohne Procentabzug:

Ochsen . .	von 24	bis	34 fl.
Stiere . .	„ 27	„	37 „
Kühe . . .	„ 25	„	34 „
Büffel . .	„ 23	„	28 „
Beinlvieh .	„ —	„	— „

c) Preis per Stück:

Beinlvieh . von 32 bis 103 fl.

Nach dem Modus auf Schlachtgewicht wurden keine Schlachtthiere angekauft.

Unverkauft blieben:

Ochsen	108 Stück
Beinlvieh	27 „

Gegen den letzten Montagsmarkt wurden um 264 Stück Schlachtthiere mehr aufgetrieben. Die Kauflust war ziemlich flau, daher die Preise einen Rückgang von 50 kr. bis 1 fl. per 100 Kilo erfahren haben.

* * *

(Pferdemarkt vom 27. Mai 1892.)

Zum Verkaufe wurden gebracht: 516 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . . . 100—450 fl. per Stück,
„ Schlachtpferde . . . . . 21— 65 fl. per Stück.

Der Markt war äußerst lebhaft.

Detailpreise in der Woche vom 22. Mai bis 28. Mai 1892:

(Geschlachtet wurden 325 Pferde.)

Vorderes Pferdefleisch	1 Kg.	20—36	kr.
Hinteres „	1 „	24—44	„
Lungen- und Rostbraten . .	1 „	24—44	„
Selchfleisch	1 „	36—56	„
Extrawürste	1 „	30—44	„
Dürre Würste	1 „	32—56	„
Rohes Fett	1 „	36—60	„
Geschmolzenes Fett	1 „	40—80	„
Schweifhaare	1 Schweif	25—100	„
Knochen	100 Kg.	fl. 2.—3.—	
Häute	per St.	„ 3.—7.50	

vom Pferde

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 28. Mai 1892.

a) Getreide.

Weizen	(Qualitätsgewicht 74—80 Kg.) . .	von	8 fl.	37 kr.	bis	10 fl.	— kr.	per 100 Kg.
Roggen	(„ 68—73 „) . .	„	7 „	60 „	„	9 „	40 „	
Gerste		„	5 „	50 „	„	8 „	— „	
Mais		„	5 „	34 „	„	5 „	63 „	
Hafer		„	5 „	88 „	„	6 „	80 „	

b) Mahlproducte.

Gries	von	15 fl.	75 kr.	bis	17 fl.	50 kr.	per 100 Kg.
Weizenmehl	„	8 „	50 „	„	17 „	25 „	
Roggenmehl	„	11 „	25 „	„	16 „	— „	
Weizenkleie	„	4 „	35 „	„	4 „	60 „	
Roggenkleie	„	5 „	— „	„	5 „	10 „	

Städtisches Lagerhaus.

19. Mai bis 26. Mai 1892:

Waren eingelagert	42.534 Meter-Centner
„ ausgelagert	38.728 „

Die durchschnittliche Tagesbewegung bezifferte sich auf . . . . . 16.253 Meter-Centner.

Lagerstand vom 26. Mai 1892: 297,139 Meter-Centner, und zwar:

80.283	Meter-Centner Weizen,	15.697	Meter-Centner Roggen,
37.050	„ Gerste,	33.658	„ Hafer,
20.119	„ Mais,	6.540	„ Ölsaaten,
14.520	„ Mehl u. Kleie,	7.850	„ Wein,
27.200	„ Zucker,	4.552	Hektoliter à 100% Spiritus.

Der Assecuranzwert dieser Waren stellt sich auf 3,791.150 fl. öst. Währ.

Armenangelegenheiten.

(Seehospiz für arme kranke Kinder.) Montag den 30. Mai d. J. wurden von der Commune Wien dreißig arme, scrophulose Kinder zum Curgebrauche in das Seehospiz zu Triest entsendet.

Gewerbeangelegenheiten.

Genossenschaftsangelegenheiten.

(Genossenschaft der Blas-, Streichinstrumenten- und Harmonika-Erzeuger.) Bei der am 24. April 1892 unter Intervention des Herrn Genossenschafts-Commissärs, Magistratssecretärs Franz Altmann, vorgenommenen Neuwahl wurde Herr Karl Stecher, Blasinstrumenten-Erzeuger, VI. Bezirk, Nelkengasse Nr. 8, zum Vorsteher, Herr Karl Herm. Voigt, Streichinstrumenten-Erzeuger, I. Bezirk, Spiegelgasse Nr. 21, zum Vorsteher-Stellvertreter gewählt.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 21. Mai 1892.

(Fortsetzung.)

Marousek Barbara — Gemischtwaren-Verschleißer — VII., Kaiserstraße 11.
Stern Jakob — Gemischtwaren-Verschleiß — VIII., Alserstraße 59.
Theimer Julie — Gemischtwaren-Verschleiß — VIII., Skodagasse 17.
Völkl Anton — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Währing, Schulgasse 42.
Wittrich Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — VI., Gumpendorferstraße 89.
Juliani Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — XV., Fünfhaus, Schönbrunnerstraße 1.
Kämpf Anna — Grünzeug- und Blumenhandel — XIV., Rudolfsheim, Fischergasse, Markt.
Prelecz Marie — Handel mit Grünzeug und Obst — XVIII., Währing, Feldgasse 36.
Haberhauer Johann — Kleidermacher — V., Siebenbrunnengasse 10.
Swoboda Josef — Kleidermacher — XVI., Neulerchenfeld, Grundsteingasse 36.
Jokl Johann — Kleinfuhrwerk — II., Nordbahnhof.
Dedicz Heinrich — Marktfierant — VII., Kaiserstraße 58.
Reschreiter Josef — Marktvictualien-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Markt in der Thaliastraße.
Ita Gottfried — Mehl- und Gries-Verschleiß — III., Reisnerstraße 3.
Mraz Franz — Mehl-Verschleiß — Margarethenstraße 61.
Stift Karl — Mehl- und Gries-Verschleiß — IX., Nussdorferstraße 38.
Tschunko Laurenz — Mehl- und Gries-Verschleiß — IX., Nussdorferstr. 86.
Nowotny Ignaz — Milchmeier — XIII., Penzing, Rochusgasse 26.
Martinek Theresia — Modistengewerbe — VI., Stumpergasse 20.
Großmann Hilbert — Verschleiß von neuen Möbeln — I., Bauernmarkt 3.
Pommerhanz Gustav — Öl- und Fettwaren-Verschleiß — VI., Magdalenenstraße 55.
Kopatschek Marie — Pfaidlerin — I., Lobkowitzplatz 3.
Meider Leopold — Verschleiß von Pfaidlerwaren — II., Miesbachgasse 11.
Hofmann Johann — Schlossergewerbe — XVI., Ottakring, Wichtlg. 40.
Schneider Alois — Selchwaren-Verschleiß — V., Wimmergasse 15.
Hammerschmidt Josef — Thierhandel — I., Rothenthurmstraße 16.
Völkl Johann — Victualienhändler — XV., Fünfhaus, Neubaugürtel 34.
Schweigler Josef — Zuckerbäcker — V., Untere Bräuhausgasse 2.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 23. Mai 1892.

Beller Josef — Bäckergewerbe — XIX., Heiligenstadt, Herrengasse 6.
Protiwinsky Robert — Bäckergewerbe — XIX., Heiligenstadt, Herrengasse 6.
Bezenker Wilhelm — Bildhauer — V., Tichtelgasse 21.
Seehan Franz — Brantweinschank — XII., Gaudenzdorf, Schönbrunner Hauptstraße 51.
Hein Gustav — Buffet — XVIII., Währing, Feldgasse 25.
Bartos Johann — Herstellung von Druckplatten — V., Straußengasse 20.
Breitwieser Clementine — Einspännergewerbe — X., Süd- und Staatsbahnhof.
Engel jun. Andreas — Einspännergewerbe — XVIII., Währing, Alsbachstraße, Ecke der Martinsstraße.
Niederdorfer Karl — Einspännergewerbe — I., Stefansplatz.
Lechner Ferdinand — Vertretung einer Firma — I., Fleischmarkt 3.
Schön Franz — Fragner — V., Siebenbrunnengasse 69.
Franze Anton — Friseur — V., Schallergasse 9.
Cedaro Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Kolonitzplatz 2.
Dworschak Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — XI., Simmering, Hauptstraße 120.
Eibl Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — VI., Stumpergasse 54.
Glück Barbara — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Liechtensteinstraße 31.
Heller Adolf — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Hörnesgasse 20.

(Das Weitere folgt.)

Z. 80045
X.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen **Sicherstellung der Lieferung von completen Water-Closets** sammt den damit verbundenen Installationsarbeiten für die Closet- und Pissoirbespülungseinrichtungen in mehreren städt. Schulgebäuden in Wien im veranschlagten Gesammtkostenbetrage von 13.900 fl. wird auf Grund der vom Stadtbauamte für die einzelnen Schulen verfassten Kostenanschläge, der allgemeinen Bedingnisse und der Vorschrift sammt den Preistarifen I und II vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am **Mittwoch den 15. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags,** im neuen Rathhause (Eingang von der Rathhausstraße, Stiege Nr. 7) im Bureau des Herrn Magistratsrathes Schmitt im II. Stocke, eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Kostenanschläge, die Bedingnisse und die Vorschrift sammt den Preistarifen I und II im Stadtbauamte im neuen Rathhause, Mezzanin, während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte sind fünf Percent derjenigen Summe, um welche die offerierte Arbeit oder Lieferung erstanden werden will, als Vadium beizuschließen, welches für den Ersteher als Caution zu dienen hat.

Auf verspätet einlangende oder mit dem vorgeschriebenen Vadium nicht versehene Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich jedoch die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 26. Mai 1892. 1—3

Prot.-Nr. 2344
IV ex 1892

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen **Vergebung der maschinellen Arbeiten zur Herstellung einer Niederdruck-Dampfluftheizung** in der städtischen Doppelschule VI. Bezirk, Kopernikus- und Cornelisgasse wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am **Montag den 13. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Philipp im neuen Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, die Berechnung des stündlichen Wärmeerfordernisses und die dem Projecte beigeschlossenen allgemeinen und speciellen Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 27. Mai 1892. 1—3

G.-Z. 86454
V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen **Vergebung der Pflastererarbeiten für die Neupflasterung der Marc Aurelstraße** von Or.-Nr. 6 bis 12 im I. Bezirke im veranschlagten Kostenbetrage von 2167 fl. 80 kr. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 9. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl** im neuen Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung, entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 24. Mai 1892. 1—3

G.-Z. 92284
V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen **Vergebung der Pflastererarbeiten für die Neupflasterung der Vereinsgasse** im II. Bezirke von der großen Stadtgutgasse bis zur Kaiser Josefstraße im veranschlagten Kostenbetrage von 3381 fl. 52 kr. und 200 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 8. Juni d. J., präcise um 11 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl im neuen Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städt. Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse des Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 24. Mai 1892. 1—3

G.-Z. 74009
V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen **Vergebung der Erd- und Baumeisterarbeiten für die Herstellung eines Haupt-Unrathscanales aus Beton** in der Siebenbrunnengasse im V. Bezirke im veranschlagten Kostenbetrage per 1683 fl. 91 kr. und 224 fl. 52 kr. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 11. Juni d. J., präcise um 11 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl im neuen Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse des Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Magistrat vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 28. Mai 1892. 1—3

G.-Z. 75415
V.

Kundmachung.

(Offertausschreibungen.)

Wegen **Vergebung a) der Arbeiten und Lieferungen für die Herstellung eines geräuschlosen Pflasters** in der Rothenthurmstraße in der Strecke zwischen dem Stefansplatze und dem Fleischmarkte im I. Bezirke im veranschlagten Kostenbetrage von 15.959 fl. 15 kr.; dann **b) der bezüglichen Steinpflasterungsarbeiten** im veranschlagten Kostenbetrage von 1288 fl. 14 kr., eventuell von 1161 fl. 19 kr.; und je 800 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 10. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl im neuen Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossenen Vorschriften im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse des Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen, und mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 28. Mai 1892. 1–3

G.-Z. 40326.
IV.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen **Vergebung der Buchdrucker- und Buchbinderarbeiten für den Haupt-Rechnungsabschluss der Stadt Wien,** betreffend das Jahr 1891, und für den Hauptvoranschlag, betreffend das Jahr 1893, sowie für die Erläuterungen der städtischen Buchhaltung hiezu und das Abstimmungs-Protokoll hierüber, wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am Dienstag den 7. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Silberbauer im neuen Rathhause** (6. Stiege, I. Stock), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die bezüglichen Musterbände und Bedingnisse ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke per Bogen zu versehenden Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht mit dem vorgeschriebenen Vadium versehene Offerte wird keine Rücksicht genommen. Ebenso finden jene Offerte keine Berücksichtigung, welche von nicht gewerbebehördlich Berechtigten überreicht werden.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 24. Mai 1892. 2–3

Prot.-Nr. 90242.
V. 1262.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen **Vergebung der Erd- und Baumeisterarbeiten für die Verlängerung des Haupt-Unrathscanales in der Seidengasse und die Erbauung von Zweigcanälen** in der noch unbenannten Seitengasse zwischen der Gürtel- und Kaiserstraße im VII. Bezirke im veranschlagten Kostenbetrage von 2668 fl. 13 kr. und 300 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 2. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl im neuen Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossenen allgemeinen und speciellen Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 22. Mai 1892. 3–3

G.-Z. 93027
V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen **Vergebung der Pflastererarbeit für die Neupflasterung der Keplergasse** zwischen der Sonnwendgasse und der Himbergerstraße im X. Bezirke im veranschlagten Kostenbetrage von 2956 fl. 48 kr. und 200 fl. Pauschale, wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 9. Juni d. J., präcise um 11 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl** im neuen Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossenen Vorschriften im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse des Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 24. Mai 1892. 1—3

G.-Z. 269104
V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für die Herstellung eines Haupt-Unrathscanales** von der Postgasse durch die Schmied-, Haupt- und Bäckergasse, ferner von Haupt-Unrathscanälen in der Hauptgasse zwischen Nr. 66 und der Bäckergasse und zwischen Nr. 9 und der Schmiedgasse und schließlich eines Haupt-Unrathscanales von Nr. 30, Bahngasse durch die Bahn- und Antongasse bis zur Hauptgasse und in der Bahngasse von Nr. 19 bis zur Schmiedgasse und in der Gurkgasse von Nr. 4 bis zur Bahngasse in Penzing im XIII. Bezirke im veranschlagten Gesammtkostenbetrage von 40.455 fl. 76 kr. und 4680 fl. 76 kr. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 7. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl im neuen Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, die Profile, die Kostenanschläge und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamt ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse des Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 22. Mai 1892. 2—3

Inhalt.

Gemeinderath: Seite

Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 24. Mai 1892.

Inhalt:

Mittheilungen des Vorsitzenden:

1. Entschuldigung des Bürgermeisters und der Gem.-Räthe Hipp, Brauneiß und Schmidt wegen Fernbleibens 1295
2. Einladung zu einer feierlichen Sitzung der kaiserlichen Akademie der Wissenschaften 1295
3. Beurlaubung des Gem.-Rathes Kaspar 1295
4. Beantwortung der Interpellation des Gem.-Rathes Grünbeck, betreffend die Beschleunigung des Schulhausbaues, Hernals, Schmerlinggasse 1295

Einläufe:

5. Resolution des „Politischen Favoritener Bürgervereines", betreffend die Stellungnahme zum Stadtbahnproject 1295
6. Petition einiger Hauseigenthümer von Ober-Döbling, dasselbe betreffend. (Gem.-Rath Bachofen v. Echt) 1295

Referat:

7. Gem.-Rath Wurm, betreffend die Projecte der Wiener Stadtbahn (Fortsetzung der Debatte) 1296

Stadtrath:

Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 19. Mai 1892 1329

Allgemeine Nachrichten:

Approvisionierung:

Täglicher Fleischmarkt vom 22. bis 28. Mai 1892 1333
Schlachtviehmarkt vom 30. Mai 1892 1334
Pferdemarkt vom 27. Mai 1892 1334
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 28. Mai 1892 1334
Städtisches Lagerhaus 1334

Armenangelegenheiten:

Seehospiz für arme kranke Kinder 1334

Gewerbeangelegenheiten:

Genossenschaftsangelegenheiten:

Genossenschaft der Blas-, Streichinstrumenten- und Harmonika-Erzeuger 1335
Gewerbeanmeldungen 1335

Kundmachungen . . . . . 1335—1338

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** — Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.

Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. B. Wallishausser's** k. u. k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Otto Maaß (Haasenstein & Vogler), Wien, I., Wallfischgasse 10.